Michael F. Feldkamp
unter Mitarbeit von Birgit Ströbel

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1994 bis 2003

Begründet von Peter Schindler

Eine Veröffentlichung
der Wissenschaftlichen Dienste
des Deutschen Bundestages

Herausgeber:	Verwaltung des Deutschen Bundestages Abteilung Wissenschaftliche Dienste/Referat Geschichte, Zeitgeschichte und Politik (WD 1)
Verlag:	Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden
Technische Umsetzung:	bsix information exchange GmbH, Braunschweig
	ISBN 3-8329-1395-5 (Printausgabe)

© Deutscher Bundestag, Berlin 2005

Vorwort

Die parlamentarische Demokratie ist auf das wache Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Aber wer auch immer sich mit der wichtigsten Institution unseres parlamentarischen Regierungssystems, dem Deutschen Bundestag, beschäftigen möchte, ob es um die Beteiligung an einer Diskussion geht, um Kritik, Ablehnung oder Zustimmung, für den ist eine Grundkenntnis wichtiger Daten, Fakten, Zusammenhänge und Hintergründe unverzichtbar.

Vor rund 25 Jahren, aus Anlass des 30jährigen Bestehens des Deutschen Bundestages, haben die Wissenschaftlichen Dienste deshalb erstmals versucht, die Daten und Fakten zu Leistung, Struktur und Geschichte des Deutschen Bundestages in einer Dokumentation zusammenzustellen, nach denen mit Recht häufig gefragt wird und die bis dahin jeweils einzeln von den verschiedenen Organisationseinheiten der Verwaltung erfragt oder unterschiedlichen Publikationen entnommen werden mussten.

Über die Jahre hinweg hat sich aus dieser Dokumentation das Datenhandbuch und damit ein Werk entwickelt, das an Vollständigkeit und Übersichtlichkeit seinesgleichen sucht und das insbesondere für Wissenschaftler, Journalisten und Lehrer, aber auch für jeden, der sich intensiver mit dem Deutschen Bundestag beschäftigen will, unverzichtbar geworden ist. Der nunmehr vorliegende Ergänzungsband 1994 bis 2003 behandelt einen Zeitraum, in dem unser Land sich großen Herausforderungen gegenüber sieht: Die Sicherung bestehender und das Schaffen neuer Arbeitsplätze, die Fortentwicklung unserer Sozialsysteme, die Förderung von Bildung und Wissenschaft, die Reform der föderalen Strukturen, aber auch die Erweiterung und Integration der Europäischen Union und die Gewährleistung der Sicherheit sind Aufgaben, die zwar die Politik insgesamt, gerade aber auch unser Parlament bewältigen muss.

Die Diskussionen, die in den Medien und zwischen den Bürgerinnen und Bürgern über politische Entscheidungen und ihr Zustandekommen geführt werden, benötigen die Kenntnis der Daten und Fakten, die das Datenhandbuch anbietet. Ich bin deshalb sicher, dass der nunmehr vorliegende Ergänzungsband auf ebenso reges Interesse stoßen wird wie die bisherigen Bände.

Wolfgang Thierse
Präsident des Deutschen Bundestages

Vorbemerkung

Das Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages ist in den 25 Jahren seit seines ersten Erscheinens zu einer „Institution“ avanciert. Es gibt Auskünfte über nahezu das gesamte Geschehen im Deutschen Bundestag, angefangen von den Ergebnissen der Bundestagswahlen, über die Sozialstruktur der Bundestagsabgeordneten, die Aktivitäten im Plenum und in den vielen Gremien und Ausschüssen, bis hin zur Arbeit der Bundestagsverwaltung. So ist das Datenhandbuch zum einem für verschiedene wissenschaftliche Disziplinen geradezu ein unentbehrliches Hilfsmittel in Lehre und Forschung geworden, zum anderen hat es die Funktion übernommen, einer breiteren Öffentlichkeit Rechenschaft über die Tätigkeit im Deutschen Bundestag abzulegen.

Mit dem Datenhandbuch wird die Arbeit des Bundestages in hohem Maße transparent. Den Bürgerinnen und Bürgern werden Informationen zur Verfügung gestellt, die es ihnen ermöglichen Arbeit und Leistung ihres Parlaments kennen zu lernen, zu verstehen und zu beurteilen.

So geben die Statistiken etwa Einblick in Entwicklungen und Veränderungen: Sie verdeutlichen, welchen immensen Arbeitsaufwand die Mitglieder des Deutschen Bundestages und die einzelnen Gremien des Parlaments seit der 13. Wahlperiode, seit 1994, zu bewältigen hatten – sei es, dass die Vielzahl der Gesetzentwürfe und Gesetze pro Wahlperiode oder die Kleinen und Großen Anfragen oder auch die Petitionen aufgeschlüsselt werden.

In dem vorliegenden Datenhandbuch wird im Anschluss an die dreibändige Gesamtausgabe, die den Zeitraum 1949 bis 1999 umfasst, nun der Zeitraum von 1994 bis zum 31. März 2003 abgedeckt. In Anlehnung an das Datenhandbuch 1949 bis 1999 ist der Aufbau des vorliegenden Datenhandbuches beibehalten worden; an einigen Stellen kam es zu inhaltlichen Straffungen, neue Kapitel sind hinzugekommen. Mit diesem Vorgehen soll all jenen, die das bisherige Datenhandbuch als ein Hilfsmittel benutzt haben, zukünftig die Arbeit mit dem vorliegenden Datenhandbuch erleichtert werden. Zur weiteren Unterstützung des Benutzers wurden im vorliegenden Datenhandbuch am Ende eines jeden Kapitels Verweise auf das Datenhandbuch 1949 – 1999 angebracht, die ein schnelles Nachschlagen von Fakten aus den Wahlperioden zuvor ermöglichen.

Zum Schluß sollen an dieser Stelle namentlich genannt werden: *Barbara Scholz*, *Christa Sommer*, Dr. *Birgit Ströbel* und *Ilona Werk*. Sie haben in den letzten Jahren als (zeitweise) Mitarbeiterinnen des Fachbereichs XI „Geschichte, Zeitgeschichte und Politik“ in der Bundestagsverwaltung maßgeblichen Anteil an der Entstehung der vorliegenden Ausgabe des Datenhandbuches. Dafür gilt ihnen besonderer Dank.

Berlin, im Mai 2005 *Michael F. Feldkamp*

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1	**Wahlen zum Deutschen Bundestag**	1
1.1	Wahlgesetze und Wahlrechtsregelungen	2
1.2	Tag der Wahl zum Deutschen Bundestag	5
1.3	Wahlalter	6
1.4	Verzeichnis der Parteien	6
1.5	Wahlkampf-Slogans der Parteien	10
1.6	Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung	14
1.7	Wahlergebnisse auf Bundesebene	15
1.8	Wahlergebnisse alphabetisch nach Parteien	18
1.9	Wahlergebnisse der 13., 14. und 15. Wahlperiode nach Ländern	21
1.10	Wahlstudien: Bibliographie	30
1.11	Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht	41
1.12	Stimmabgabe nach Beruf und Konfession	44
1.13	Hochburgen und Wahlkreisabgeordnete	46
1.14	Überhangmandate	60
1.15	Briefwähler	64
1.16	Ungültige Stimmen	64
1.17	Stimmenanteil/Mandatsanteil	65
1.18	Nachwahlen	65
1.19	Wahlprüfung	67
1.20	Tag der Konstituierung des Deutschen Bundestages	69
1.21	Dauer der Wahlperioden	69
1.22	Trendverschiebungen zwischen Bundestags- und Landtagswahlen	70
1.23	Staatliche Parteienfinanzierung	72
1.24	Rechenschaftsberichte der Parteien	82
2	**Mitglieder des Deutschen Bundestages**	113
2.1	Zahl der Abgeordneten	114
2.2	Die Regelungen im Abgeordnetengesetz	116
2.3	Indemnität, Immunität und Zeugnisverweigerung	118
2.4	Überprüfung auf eine Stasi-Tätigkeit in der DDR	121
2.5	Vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft	123
2.6	Verstorbene Politiker	123
2.7	Mandatsverzichte	127
2.8	Inkompatibilitäten	130
2.9	Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung	130
2.10	Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag	134

Seite

2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Europäisches Parlament 136
2.12 Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl 136

3 Alters- und Sozialstruktur 138

3.1 Altersgliederung 140
3.2 Durchschnittsalter 143
3.3 Die ältesten und jüngsten Abgeordneten 144
3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag 146
3.5 Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR (10. WP) 157
3.6 Weibliche Abgeordnete 158
3.7 Familienstand 169
3.8 Konfession/Religion 170
3.9 Schulabschluss und Hochschulbildung 171
3.10 Wehrdienst der Abgeordneten 173
3.11 Berufsstruktur 173
3.12 Gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete 191
3.13 Parlamentssoziologie: Bibliographie 194
3.14 Parlamentarische Laufbahn: Synopse 195
3.15 Anteile der Fraktionen an der Besetzung von Führungspositionen 226
3.16 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung 228
3.17 Wechsel zwischen Bundestagsmandat und Ministerpräsidentenamt 230

4 Präsidium, Vorstand, Ältestenrat 232

4.1 Wahl und Amtszeit der Bundestagspräsidenten 233
4.2 Wahl und Amtszeit der Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages 235
4.3 Präsidium 239
4.4 Ältestenrat 239
4.5 Kommissionen des Ältestenrates und Kunstbeirat 241
4.6 Zahl der Sitzungen 243
4.7 Alterspräsidenten 243

5 Fraktionen und Gruppen 244

5.1 Bildung von Fraktionen und Gruppen 245
5.2 Fraktionen und Gruppen: Statistik 247
5.3 Fraktionen und Gruppen der einzelnen Wahlperioden 247
5.4 Fraktionsstärke und Fraktionswechsel 248
5.5 Bilanz der Fraktionswechsel (bzw. -stärke) für die einzelnen Fraktionen 251
5.6 Vorstände der Fraktionen und Gruppen 251
5.7 Partei- und Fraktionsvorsitzende 259
5.8 Arbeitskreise und Arbeitsgruppen 260

Seite

5.9 Hilfsdienste der Fraktionen und Gruppen 272
5.10 Sonstige im Bundestag vertretene Parteien 274

6 Parlament und Regierung 275

6.1 Wahl und Amtszeit der Bundeskanzler 276
6.2 Zusammensetzung der Bundeskabinette: Namensliste 277
6.3 Bundesministerien: Minister und Staatssekretäre 281
6.4 Parlamentarische Staatssekretäre 289
6.5 Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz 293
6.6 Koalitionen und Opposition im Bundestag 295
6.7 Regierungsbildung 296
6.8 Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat 299
6.9 Zusammensetzung der Bundeskabinette: Strukturdaten 300
6.10 Koalitionsvereinbarungen und Koalitionsausschüsse 304
6.11 Regierungserklärungen und Aussprachen bei Amtsantritt der Bundesregierung 311
6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte 325
6.13 Konstruktives Misstrauensvotum 326
6.14 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers 326
6.15 Missbilligungs- und Entlassungsanträge 330
6.16 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern 333
6.17 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag 338

7 Plenarsitzungen/Abstimmungen/Arbeitsrhythmus 400

7.1 Tagungsstätten der Plenarsitzungen 401
7.2 Sitzordnung im Plenum 401
7.3 Plenarsitzungen: Statistik 403
7.4 Sondersitzungen 403
7.5 Reden ausländischer Gäste vor den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates 406
7.6 Redner im Plenum 408
7.7 Reden und Ansprachen des Bundestagspräsidenten im Plenum 411
7.8 Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern 414
7.9 Vereinbarte Debatten 415
7.10 Behandlung selbständiger politischer Anträge im Plenum 417
7.11 Regelungen zur Debattendauer 419
7.12 Der „Hammelsprung“ 420
7.13 Namentliche Abstimmungen 421
7.14 Erklärungen zur Abstimmung 444
7.15 Bezweiflung der Beschlussfähigkeit 445
7.16 Ordnungsmaßnahmen 446

Seite

7.17 Publizität der Verhandlungen: Öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen 448
7.18 Gedenksitzungen und Sonderveranstaltungen 449

8 Ausschüsse 452

8.1 Statistik zur Ausschusstätigkeit: Überblick 453
8.2 Verzeichnis der Ausschüsse 457
8.3 Besetzung des Ausschussvorsitzes 465
8.4 Mitgliederzahl der Ausschüsse 466
8.5 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse: Bibliographie 468
8.6 Erweiterte öffentliche Ausschussberatung 474
8.7 Öffentliche Anhörungen 475
8.8 Registrierung der Interessenverbände 508
8.9 Untersuchungsausschüsse 509
8.10 Enquete-Kommissionen 524

9 Wahlen im Deutschen Bundestag 557

9.1 Parlamentarische Ämter und Gremien 558
9.2 Oberste Bundesorgane und andere staatliche Ämter und Gremien 561
9.3 Außerparlamentarische Gremien mit parlamentarischer Beteiligung 564
9.4 Internationale interparlamentarische Versammlungen 570

10 Gesetzgebung 571

10.1 Statistik zur Gesetzgebung 572
10.2 Gesetzentwürfe der Bundesregierung untergliedert nach Ressorts 576
10.3 Bundestag und Bundesrat 577
10.4 Vermittlungsverfahren 583
10.5 Bundestag und Bundesverfassungsgericht 588
10.6 Für nichtig oder verfassungswidrig erklärte Bundesgesetze 594
10.7 Gesetze aufgrund europäischer Impulse 601
10.8 Unionsvorlagen 603
10.9 Gesetzentwürfe auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen 606

11 Kontrolltätigkeiten 613

11.1 Anfragen 614
11.2 Aktuelle Stunden 631
11.3 Regierungsbefragung 650
11.4 Oppositionelles Verhalten: Statistik 659
11.5 Änderungen des Bundestages am Gesamtvolumen des Haushaltsplans 663

Seite

11.6 Parlamentarische Kontrollgremien 667

11.7 Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag 670

12 Geschäftsordnung – Parlamentsrecht – Parlamentsreform 679

12.1 Chronik der Änderungen der Geschäftsordnung vom 2.7.1980 seit der 13. Wahlperiode 680

12.2 Parlamentsreformen: Bibliographie 683

12.3 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Haushalts des Deutschen Bundestages 685

12.4 Konferenz der Präsidenten der deutschen Landesparlamente 686

13 Grundgesetzänderungen 687

13.1 Grundgesetzänderungen: Statistik 688

13.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze in der 13. und 14. Wahlperiode 689

13.3 Geänderte Grundgesetzartikel in der 13. und 14. Wahlperiode 691

13.4 Nicht verabschiedete Änderungsentwürfe 692

14 Petitionen 700

14.1 Petitionsrecht und Petitionsverfahren 701

14.2 Petitionen: Statistik 702

14.3 Jahresberichte des Petitionsausschusses 711

15 Wehrbeauftragter des Bundestages 714

15.1 Wahl und Amtszeit der Wehrbeauftragten 714

15.2 Eingaben an den Wehrbeauftragten 716

15.3 Weisungen an den Wehrbeauftragten 718

15.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten 719

16 Bundesversammlung 722

16.1 Zusammensetzung nach Parteien 723

16.2 Wahl der Bundespräsidenten 724

16.3 Bundespräsident/Bundestagspräsident/Bundesratspräsident/ Bundeskanzler 725

16.4 Präsidentenanklage 726

17 Haushalt des Bundestages (Einzelplan 02) 727

17.1 Entwicklung Bundeshaushalt insgesamt und Einzelplan 02 (Bundestag) 728

17.2 Diäten für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages 729

17.3 Zuschüsse an die Fraktionen 731

Seite

17.4 Mitarbeiter der Abgeordneten 735

17.5 Entwicklung der Personalausgaben im Bundestag 738

18 Parlamentsgebäude 739

18.1 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik 739

18.2 Umzug des Bundestages nach Berlin: Bibliographie 744

18.3 Architektonische Umgestaltung des Reichstags-Komplexes und Neubauten für den Bundestag: Chronik 749

18.4 Architektonische Umgestaltung des Reichstagsgebäudes und Neubauten für den Bundestag: Bibliographie 754

18.5 Bannmeile/Befriedeter Bezirk 757

19 Bundestagsverwaltung 760

19.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung 761

19.2 Personalaustausch im Zusammenhang mit dem Umzug von Bonn nach Berlin . 771

19.3 Übersicht über die Entwicklung der Bestände der Bibliothek, der Pressedokumentation und des Parlamentsarchivs 772

19.4 Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Dienste 773

20 Öffentlichkeitsarbeit 781

20.1 Besucherzahlen 782

20.2 Publikationen der Öffentlichkeitsarbeit 783

20.3 Internet Angebot des Deutschen Bundestages 793

20.4 Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages 794

20.5 Wissenschaftspreis und Medienpreis für Arbeiten zum Parlamentarismus 796

21 Auswärtige Beziehungen und europäische Integration 799

21.1 Parlamentarische Versammlung des Europarates 800

21.2 Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) 802

21.3 Europäisches Parlament 804

21.4 Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten (PPK) 820

21.5 Parlamentarische Versammlung der NATO 822

21.6 Parlamentarische Versammlung der KSZE/OSZE 823

21.7 Interparlamentarische Union (IPU) 824

21.8 Parlamentariergruppen 825

21.9 Konferenz der Europaausschüsse (COSAC) 828

21.10 Auslandsdienstreisen der Abgeordneten 833

Seite

22 Parlamentarische Vereinigungen 835

23 Statistische Gesamtübersicht 840

24 Literatur zum Deutschen Bundestag und zum Parlamentarismus 870

25 Autorenregister 889

26 Verzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages und Personenregister 900

27 Sachregister 1038

28 Plenarsitzungsregister 1084

29 Abkürzungen 1088

1 Wahlen zum Deutschen Bundestag

Überblick Seite

1.1 Wahlgesetze und Wahlrechtsregelungen 2

1.2 Tag der Wahl zum Deutschen Bundestag 5

1.3 Wahlalter 6

1.4 Verzeichnis der Parteien 6

1.5 Wahlkampf-Slogans der Parteien 10

1.6 Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung 14

1.7 Wahlergebnisse auf Bundesebene 15

1.8 Wahlergebnisse alphabetisch nach Parteien 18

1.9 Wahlergebnisse der 13., 14. und 15. Wahlperiode nach Ländern 21

- Zahl der Wahlkreise und Mandate in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland
- Wahlergebnisse in den einzelnen Ländern
- Abweichungen der Stimmenanteile vom Bundesdurchschnitt
- Wahlergebnisse unterschieden nach Ländern im Gebiet der Bundesrepublik in den Grenzen bis 1990 und in den Ländern im Gebiet der ehemaligen DDR

1.10 Wahlstudien: Bibliographie 30

- Studien zu den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002
- Regionale Wahlstudien

1.11 Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht 41

1.12 Stimmabgabe nach Beruf und Konfession 44

1.13 Hochburgen und Wahlkreisabgeordnete 46

- Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil

1.14 Überhangmandate 60

- Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 1998

1.15 Briefwähler 64

1.16 Ungültige Stimmen 64

1.17 Stimmenanteil/Mandatsanteil 65

1.18 Nachwahlen 65

1.19 Wahlprüfung 67

- Rechtsgrundlage
- Statistik

1.20 Tag der Konstituierung des Deutschen Bundestages 69

1.21 Dauer der Wahlperioden 69

1.22 Trendverschiebungen zwischen Bundestags- und Landtagswahlen 70

1.23 Staatliche Parteienfinanzierung 72

1.24 Rechenschaftsberichte der Parteien 82

- Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien
- Verzeichnis der Fundstellen für die Rechenschaftsberichte 1994-2001
- Anteil verschiedener Einnahmearten an den Gesamteinnahmen der Bundestagsparteien
- Auszüge aus den Rechenschaftsberichten 1994-2001: Einnahmen
- Auszüge aus den Rechenschaftsberichten 1994-2001: Ausgaben

1.1 Wahlgesetze und Wahlrechtsregelungen

Für die erste und zweite Bundestagswahl 1949 und 1953 wurden eigene Wahlgesetze verabschiedet. Das Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 (BGBl. I S. 383) gilt erstmals nicht nur für eine einzige Wahl, sondern allgemein. Es knüpft an das Bundeswahlgesetz von 1953 an und wurde bis 1994 u. a. durch zwölf Gesetze zur Änderung des Bundeswahlgesetzes geändert. Seit Beginn der 13. Wahlperiode kamen folgende Gesetze hinzu:

13. Wahlperiode (1994 – 1998)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) CDU/CSU und FDP b) 24.9.1996 c) 13/5583	Reduzierung der Zahl der Mitglieder des Bundestages auf 598 mit Beginn der 15. Wahlperiode, Festlegung der Wahlkreiseinteilung auf 299 Wahlkreise bis zum Ende der 13. Wahlperiode, Vermeidung von Überhangmandaten bei der Wahlkreiseinteilung, Änderungen des Wahlkreiszuschnitts für die Wahl zum 14. Bundestag.	a) 11.10.1996 b) 18.11.1996 BGBl. I S. 1712
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes[1]	a) B 90/DIE GRÜNEN b) 5.6.1997 c) 13/7854	Gewährung des aktiven Wahlrechts an alle Staatsbürger, sofern sie sich mindestens drei Monate ununterbrochen im Bundesgebiet aufgehalten haben.	a) 5. 3.1998 b) 23. 4.1998 BGBl. I S. 706
Gesetz zur Neueinteilung der Wahlkreise für die Wahl zum Deutschen Bundestag (Wahlkreisneueinteilungsgesetz)	a) CDU/CSU und FDP b) 13.1.1998 c) 13/9598	Festlegung der Wahlkreiseinteilung für 299 Wahlkreise ab der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag; Neufassung der Anlage zu § 2 Abs. 2 des Bundeswahlgesetzes.	a) 13.2.1998 b) 6.7.1998 BGBl. I S. 1698
Gesetz zur Aussetzung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik für die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag[2]	a) CDU/CSU und FDP b) 28.4.1998 c) 13/10533	Abschaffung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament. *Änderungen in der 2. Beratung:* Titeländerung; Aussetzung der Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung für die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag.	a) 25. 6.1998 b) 28. 8.1998 BGBl. I S. 2430

[1] Eingebracht als: Gesetz zur Aufhebung der Begrenzung des aktiven Wahlrechts für Deutsche, die nicht in den Gebieten der Mitgliedstaaten des Europarates leben.

[2] Eingebracht als: Gesetz zur Aufhebung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikaufhebungsgesetz).

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes[1]	a) PDS b) 17.1.1996 c) 13/3520	Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Ausländer auf Bundesebene und Senkung des Wahlberechtigungsalters auf 16 Jahre.	a) – (Beschlussempfehlung mit Ablehnungsvorschlag, Drs. 13/11117)
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) PDS b) 17.1.1996 c) 13/3523	Abschaffung der 5-Prozent-Sperrklausel für die Wahl zum 14. Bundestag, Einräumung der Möglichkeit von Präferenzstimmen bei der Wahl der Landeslisten der Parteien, Kompensation von Überhangmandaten bei Beibehaltung der bisherigen Zahl der Bundestagsmandate, Überprüfung der Wahlkreiseinteilung zur Vermeidung von Überhangmandaten.	a) – (Beschlussempfehlung mit Ablehnungsvorschlag, Drs. 13/11117)
Gesetz zur Kompensation von Überhangmandaten	a) B 90 b) 24.9.1996 c) 13/5575	Kompensation der in einem Land zu Gunsten einer Partei anfallenden Überhangmandate durch Abzug einer entsprechenden Mandatszahl bei anderen Landeslisten derselben Partei für die Wahl zum 14. Bundestag.	a) - (Ablehnung in 2. Beratung)
Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) SPD b) 24.9.1996 c) 13/5582	Reduzierung der Zahl der Mitglieder des Bundestages auf 598 und der Zahl der Wahlkreise auf 299 mit Beginn der 15. Wahlperiode. Einführung einer Ausgleichsmandatsübergangsregelung und Änderungen des Wahlkreiszuschnitts für die Wahl zum 14. Bundestag: Festlegung der Wahlkreiseinteilung und Bekanntmachung von Neubeschreibungen von Wahlkreisen.	a) - (Ablehnung in 2. Beratung am 11.10.1996)

[1] Vgl. dazu auch den Gesetzentwurf der PDS vom 17. Januar 1996 zur Änderung des Art. 38 des Grundgesetzes (Drucksache 13/3519).

14. Wahlperiode (1998 – 2002)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz)	a) SPD, CDU/CSU und B 90/DIE GRÜNEN b) 23. 2. 1999 c) 14/401	Wiederaufnahme der repräsentativen Wahlstatistik bei Bundestags- und Europawahlen mit erweiterten Verfahrensregelungen zum Schutz des Wahl- und Statistikgeheimnisses.	a) 25.3.1999 b) 31.5.1999 BGBl. I S. 1023
Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) SPD und B 90/DIE GRÜNEN b) 4.7.2000 c) 14/3764	Änderung versch. §§ Bundeswahlgesetz: Erleichterung der Gewinnung von Wahlvorständen, Beschränkung der Einsicht in das Wählerverzeichnis auf die Angaben zur eigenen Person, Präzisierung der Anforderungen an die Aufstellung von Bewerbern durch Parteien, Abschaffung der amtlichen Wahlumschläge, Neuregelung der Erstattung der Bundeswahlkosten an die Länder; Neufassungsermächtigung.	a) 13.10.2000 b) 4.5.2001 BGBl. I S. 698
Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	a) SPD und B 90/ DIE GRÜNEN b) 7.11.2000 c) 14/4497	Anpassung der Wahlkreiseinteilung an die Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern und geänderte regionale und kommunale Gebiets- und Verwaltungsstrukturen; Abgrenzung und Beschreibung der neu eingeteilten Wahlkreise in der Anlage zu § 2 Abs. 2 Bundeswahlgesetz; Bekanntmachungsermächtigung.	a) 8.2.2001 b) 4.5.2001 BGBl. I S. 701
Erstes Gesetz zur Änderung des Wahlstatistikgesetzes	a) SPD, CDU/CSU und B 90/DIE GRÜNEN b) 3.7.2001 c) 14/6538	Änderung der §§ 2 bis 8 Wahlstatistikgesetz: Einbeziehung der Briefwahlstimmen bei Bundestags- und Europawahlen in die repräsentative Wahlstatistik.	a) 8.11.2001 b) 24.1.2002 BGBl. I S. 412

15. Wahlperiode (2002 –[1])

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
–	–	–	–

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.1.

1.2 Tag der Wahl zum Deutschen Bundestag

Die folgende Übersicht enthält für die Wahljahre seit 1994

– die für die Anordnung des Wahltermins zu beachtende verfassungsrechtliche Bestimmung,
– die sich daraus ergebende Zeitspanne für den möglichen Wahltag (einen Sonntag oder gesetzlichen Feiertag!),
– das tatsächliche Datum der Wahl.

Wahl-periode (Wahljahr)	Für die Anordnung des Wahltages zu beachtende verfassungsrechtliche Bestimmung (Artikel 39 GG)	Bezugs-datum (Konstituierung des Bundestages)	Zeitspanne zwischen dem erstmöglichen und letztmöglichen Wahltermin	Tag der Wahl
13. WP (1994)	„frühestens fünfundvierzig, spätestens siebenundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode“	20.12.1990	25.9.1994 – 20.11.1994	16.10.1994[2]
14. WP (1998)	„frühestens fünfundvierzig, spätestens siebenundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode“	10.11.1994	16.8.1998 – 4.10.1998	27.9.1998[3]
15. WP (2002)	„frühestens fünfundvierzig, spätestens siebenundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode“	26.10.1998	28.7.2002 – 22.9.2002	22.9.2002[4]

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.3.

[1] Stand: 31. März 2003.
[2] Anordnung über die Bundestagswahl 1994; BGBl. I S. 301.
[3] Anordnung über die Bundestagswahl 1998; BGBl. I S. 389.
[4] Anordnung über die Bundestagswahl 2002; BGBl. I (2001) S. 4049.

1.3 Wahlalter

Mit dem 27. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 23. Juli 1970, Art. 38 Abs. 2 GG, wurde das aktive Wahlalter von einundzwanzig Jahren bzw. das passive Wahlalter von fünfundzwanzig Jahren herabgesetzt auf achtzehn bzw. einundzwanzig Lebensjahre. Der entsprechende Absatz lautet: „Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.“ Die Volljährigkeit, die im Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt ist, begann zu der Zeit – und noch im Wahljahr 1972 – mit Vollendung des 21. Lebensjahres. Durch das Gesetz zur Neuregelung des Volljährigkeitsalters vom 31. Juli 1974 (in Kraft getreten am 1. Januar 1975) wurde die Volljährigkeit – und damit das Alter für die Wählbarkeit – schließlich auf die Vollendung des 18. Lebensjahres herabgesetzt.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.4.

1.4 Verzeichnis der Parteien

Das Verzeichnis umfasst alle zur jeweiligen Bundestagswahl zugelassenen Kreiswahlvorschläge und Landeslisten von Parteien. In einigen Fällen ist aus technischen Gründen die Schreibweise der Abkürzungen nicht identisch mit der satzungsgemäßen Kurzbezeichnung, in anderen Fällen war aus gleichen Gründen die Bildung einer Kurzbezeichnung notwendig.

Wahl zum 13. Deutschen Bundestag (1994)

APD	AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS
BGD	Bund für Gesamtdeutschland, Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft – DIE NEUE DEUTSCHE MITTE -
BP	Bayernpartei
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CM	CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
DEMOKRATEN	DIE DEMOKRATEN
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DSU	Deutsche Soziale Union
DVP	Deutsche Volkspartei
FBU	FREIE BÜRGER UNION
FSU	FREISOZIALE UNION – Demokratische Mitte
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
FDP/DVP[1]	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
FDP/DPS[2]	Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar

[1] Landesverband Baden-Württemberg der F.D.P.
[2] Landesverband Saarland der F.D.P.

GRAUE	DIE GRAUEN – Graue Panther
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
GRÜNE/GAL[1]	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grün-Alternative-Liste
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LD	Liberale Demokraten, die Sozialliberalen
LIGA	CHRISTLICHE LIGA Die Partei für das Leben
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NATURGESETZ	DIE NATURGESETZ-PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
PASS	Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PDS Linke Liste[2]	Partei des Demokratischen Sozialismus Landesverband Niedersachsen Linke Liste
REP	DIE REPUBLIKANER
Solidarität[3]	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
STATT Partei	STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN
Tierschutz[4]	Mensch Umwelt Tierschutz
UAP	UNABHÄNGIGE ARBEITER-PARTEI (Deutsche Sozialisten)
ZENTRUM	Deutsche Zentrumspartei

Wahlen zum 14. Deutschen Bundestag (1998)

AB 2000	Partei der Alternativen Bürgerbewegung 2000 Deutschland
APD	AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS
APPD	Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands
BFB[4]	BUND FREIER BÜRGER - OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND - Die Freiheitlichen
BP	Bayernpartei
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CHANCE 2000	CHANCE 2000
CM	CHRISTLICHE MITTE - Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.

[1] Landesverband Hamburg der GRÜNEN.
[2] Landesverband Niedersachsen der PDS.
[3] Aus technischen Gründen war die Bildung einer Kurzbezeichnung notwendig.
[4] Aus technischen Gründen ist die Schreibweise nicht identisch mit der satzungsgemäßen Kurzbezeichnung.

Deutschland	Ab jetzt: Bündnis für Deutschland
DIE FRAUEN	Feministische Partei DIE FRAUEN
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DMP	Die MittelstandsPartei
DPD	DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
DSU	Deutsche Soziale Union
DVU	DEUTSCHE VOLKSUNION
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
FDP/DVP[1]	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
F.D.P./DPS[2]	Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar
FAMILIE	FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS
FORUM	NEUES FORUM
FP Deutsch.[3]	Freiheitliche Partei Deutschlands
FSU	FREISOZIALE UNION - Demokratische Mitte
GRAUE	DIE GRAUEN – Graue Panther
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
GRÜNE/GAL[4]	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grün-Alternative Liste
GRÜNE Saar[5]	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
GRÜNE/B 90[6]	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
HP	Humanistische Partei
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NATURGESETZ	NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN
Nichtwähler[7]	Partei der Nichtwähler
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ödp	Ökologisch-Demokratische Partei
PASS	Partei für Arbeit und Soziale Sicherheit/Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
Pro DM	Initiative Pro D-Mark - neue liberale Partei
PSG	Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale
REP	DIE REPUBLIKANER
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
STATT Partei	STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN

[1] Landesverband Baden-Württemberg der F.D.P.
[2] Landesverband Saarland der F.D.P.
[3] Aus technischen Gründen ist die Schreibweise nicht identisch mit der satzungsgemäßen Kurzbezeichnung.
[4] Landesverband Hamburg der GRÜNEN.
[5] Landesverband Saarland der GRÜNEN.
[6] Landesverband Brandenburg der GRÜNEN.
[7] Aus technischen Gründen war die Bildung einer Kurzbezeichnung notwendig.

Tierschutz[1]	Mensch Umwelt Tierschutz
ZENTRUM	Deutsche Zentrumspartei

Wahlen zum 15. Deutschen Bundestag (2002)

AUFBRUCH	Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit (AUFBRUCH)
BP	Bayernpartei
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CM	CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
Deutschland	Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland
DIE FRAUEN	Feministische Partei DIE FRAUEN
Die Violetten	Alternative spirituelle Politik im neuen Zeitalter – Die Violetten
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DSU	Deutsche Soziale Union
FAMILIE	FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS
FDP[2]	Freie Demokratische Partei
FDP	Freie Demokratische Partei – Die Liberalen
FDP/DVP	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
FDP/DPS	Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar
FP Deutschland[1]	Freiheitliche Partei Deutschlands
GRAUE	DIE GRAUEN – Graue Panther
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
GRÜNE/GAL[3]	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grün-Alternative Liste
GRÜNE Saar[4]	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
GRÜNE/B 90[5]	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
HP	Humanistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ödp	Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)

[1] Aus technischen Gründen ist die Schreibweise nicht identisch mit der satzungsgemäßen Kurzbezeichnung.

[2] Das Präsidium der FDP beschloss am 18. November 1968 die Abkürzungsbuchstaben der Freien Demokratischen Partei durch so genannte „werbliche Stopper“, die Pünktchen, zu trennen. Sie sind ab dem darauf folgenden Bundestags-Wahlkampf (1969) verwendet worden. Der Eintrag F.D.P. erfolgte in § 1 (Zweck) der Satzung 1971 und in § 36 (Rechtsnatur und Sitz) ab 1976. Die F.D.P. entschied am 6. Mai 2001 auf ihrem 52. Bundesparteitag in Düsseldorf sich vom „Pünktchen-Logo“ zu trennen, weil die Punkte nicht im Internet verwendet werden konnten und das Internet beim Wahlkampf 2002 ein Schlüsselmedium werden sollte. Die „F.D.P.-Fraktion im Deutschen Bundestag“ änderte daraufhin zum 1. September 2001 ihre Bezeichnung in „FDP im Deutschen Bundestag“.

[3] Landesverband Hamburg der GRÜNEN.

[4] Landesverband Saarland der GRÜNEN.

[5] Landesverband Brandenburg der GRÜNEN.

PBC	Partei Bibeltreuer Christen (PBC)
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PRG	Partei für RentenGerechtigkeit und Familie (PRG)
REP	DIE REPUBLIKANER
Schill	Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Tierschutz[1]	Mensch Umwelt Tierschutz
ZENTRUM	Deutsche Zentrumspartei – Älteste Partei Deutschlands gegründet 1870

Quelle: Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes (Bundeswahlleiter).

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.5.

1.5 Wahlkampf-Slogans der Parteien

Wahl-jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	PDS	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
1994	„Damit es weiter aufwärts geht – CDU“ „CDU – Sicher in die Zukunft“ „Es geht um Deutschland – CDU“ „Freiheit statt Volksfront – CSU“	„Freu‘ Dich auf den Wechsel, Deutschland – SPD“ „Kanzlerwechsel – SPD“ „Gemeinsam sind wir stark – SPD“	„Diesmal geht‘s um alles – F.D.P. Die Liberalen“ „F.D.P. Die Liberalen – Die Kraft der Vernunft“	„Jede Stimme für Links ist eine Stimme gegen Rechts“ „Links wählen: Gregor Gysi“ „Veränderung beginnt mit Opposition“	„Nur mit uns“ „Ein Land reformieren – Ökologisch wirtschaften“ „Ein Land reformieren – Frauen nach vorn“
Wahl-jahr	**CDU/CSU**	**SPD**	**FDP**	**PDS**	**BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**
1998	„Weltklasse für Deutschland– CDU“ (Porträt von *Helmut Kohl*) „Fit für Europa – Stark für die Zukunft“ „Für einen starken Euro – *Helmut Kohl* CDU“	„In Zukunft bekommen die Familien in Deutschland Zuwachs beim Kindergeld“ „Die Zukunft unseres Landes beginnt jeden Morgen um acht“ (Abbildung zwei kleinerer schulpflichtiger Kinder)	„Rot – Grün + PDS – Zweitstimme F.D.P. – Wir oder die“	„Die neue Linke: Arbeit – Ausbildung soziale Gerechtigkeit – PDS“ „Cool! – PDS“ „Geil! – PDS“ Ohne uns schnappt jeder Kanzler über – PDS“	„Wir versprechen grüne Landschaften“ „Wählt Grün, und es gibt ein Bündnis für Arbeit“ Frauen-Zukunft. Macht-Wechsel.“ Atomausstieg nur mit uns“

[1] Aus technischen Gründen ist die Schreibweise nicht identisch mit der satzungsgemäßen Kurzbezeichnung.

Wahl-jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	PDS	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
noch: 1998	„Sicherheit statt Risiko – Für Deutschland – CDU“ „Lass‘ dich nicht anzapfen! – Fünf Mark pro Liter Benzin – nein zu Rot-Grün – CDU“ „Wir sind bereit – SPD – PDS Aufpassen Deutschland! – CDU“ (Abbildung zweier zum Gruß per Handschlag ineinander verschränkte Hände) „Mit Bayern gewinnt Deutschland – CSU“ „Schröder*-Land ist abgebrannt! * Deutschland verdient Besseres! – CSU“	„... denn sie wissen nicht, was sie tun“ (Porträts von *Helmut Kohl* und *Theo Waigel*) „Vom Wähler verschmäht“ (Porträts von *Helmut Kohl* und *Theo Waigel*) „Wem die Stunde schlägt“ (Porträt von *Helmut Kohl*) „Zeit für sichere Renten“ „Zeit für sichere Arbeitsplätze“ „Zeit für gerechte Steuern“	„Wir kämpfen – für Arbeitsplätze in Deutschland: Steuern und Abgaben senken. – für die Zukunft unserer Jugend: Mehr Geld für Bildung – für verlässliche Außenpolitik: Kinkel statt Fischer“ (Porträts von *Hans-Dietrich Genscher, Jürgen W. Möllemann, Otto Graf Lambsdorff* und *Guido Westerwelle)*	„Für eine gerechte Republik“ Linksdruck gegen Rechtsruck“ „Unsere Kinder sollen eine Zukunft haben“ Regierung stoppen, nicht ABM“ Das erste Mal. Beim Küssen Augen zu. Beim Wählen Augen auf“ (Abbildung eines küssenden Paares) „Ausbilden nicht ausgrenzen“ „Abschiebestopp für Steuerflüchtlinge!“ „Reichtum teilen. Armut bekämpfen“	„Mehr Demokratie wagen“ „Wähl die Ökosteuer, denn die schafft Arbeitsplätze“ „Wähl Grün, und es gibt mehr Arbeitsplätze“ „Wähl Grün und du musst nicht zum Bund“ „Neue Gerechtigkeit nur mit uns“ „Weltoffene Gesellschaft nur mit uns“ „Wählt Grün gegen die große Koalition“
Wahl-jahr	**CDU/CSU**	**SPD**	**FDP**	**PDS**	**BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**
2002	Gemeinsam für Deutschland. Zeit für Taten. – CDU (Porträts von *Edmund Stoiber* u. *Angela Merkel*) 4 Millionen Arbeitslose: Das Armutszeugnis der SPD. Zeit für Taten. – CDU	„Das Ziel meiner Arbeit? Dass alle Arbeit haben.“ Für ein modernes Deutschland. – SPD (*Gerhard Schröder* am Schreibtisch) Arbeit gerecht verteilen. Das ist die Politik der Mitte. Wir in Deutschland. – SPD	18 Die Zeit ist reif. Guido Westerwelle Kanzlerkandidat der FDP Wählen Sie Optimismus. Mehr Netto. Mehr Bildung. Mehr Arbeit. 18 FDP	Frieden kostet Mut, Kriege kosten Leben Die linke Kraft PDS Arbeit soll das Land regieren Die linke Kraft PDS Gerechtigkeit weltweit Die linke Kraft PDS	Grün wirkt Außen Minister, innen grün. (Porträt von *Joschka Fischer*) Grün wirkt Damit der Albtraum nicht Wirklichkeit wird. (Porträts von *Edmund Stoiber* u. *Guido Westerwelle* mit *Jürgen W. Möllemann* im Hintergrund)

Wahl-jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	PDS	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
noch: 2002	Kompetenz wählen. Mit beiden Stimmen. Zeit für Taten. – CDU Gemeinsam mehr aus Deutschland machen. – CDU (Porträt von *Edmund Stoiber*) Zeit für Taten. Am 22. September ist Bundestagswahl. CDU (Porträt von *Edmund Stoiber*) Der Aufschwung beginnt mit den Köpfen. Zeit für Taten. – CDU (Porträts von *Edmund Stoiber* u. *Angela Merkel* „Wenn mein Freund so viele Versprechen brechen würde wie der Kanzler, würde ich ihn rauswerfen.“ Zeit für Taten. – CDU (Porträt einer jungen Frau) Schönen Sommer und im Herbst kommt „Hoch Edmund“. – CSU Zeit für Taten“.	Familien fördern und entlasten. Das ist die Politik der Mitte. Wir in Deutschland. – SPD Anpacken statt schlechtreden. Für eine mutige Arbeitsmarktreform. Für ein modernes Deutschland. – SPD SPD: Arbeit für weitere 100.000 junge Ostdeutsche. CDU/CSU: Keine Konzepte beim Thema Jugendarbeitslosigkeit. „Edmund Essen ist fertig.“ (Abbildung weißer Kreidestücke) „Wie viel ein Mensch lernt ist seine Sache. Dass er die Möglichkeit dazu hat, unsere.“ Für ein modernes Deutschland. – SPD	Mehr Tempo für Deutschland. Mehr Netto. Mehr Bildung. Mehr Arbeit. 18 FDP Mehr Netto für alle, damit sich mehr Menschen unsere Arbeit leisten können. Mehr Netto. Mehr Bildung. Mehr Arbeit. 18 FDP 18 FDP Klartext. Mut. Möllemann. Einer wie wir. Unsere Nr. 1 für Rheinland – Pfalz. (Porträt von *Rainer Brüderle*) Mehr Mega-Herz für unsere Kinder. Mehr Netto. Mehr Bildung. Mehr Arbeit. 18 FDP Steuern runter Jobs rauf Da kann man doch nur nicken. Mehr Netto. Mehr Bildung. Mehr Arbeit. 18 FDP	Macht den Osten stark Die linke Kraft PDS (Abbildung eines küssenden Paares) Ich wähle die Roten. Mit beiden Stimmen. PDS Mehr Geld für Schulen Die linke Kraft PDS Vermögenssteuer wieder einführen! Tobin Tax weltweit! Umsteuern! Die linke Kraft PDS Der Jugend eine Chance! Die linke Kraft PDS	Grün wirkt Damit die Kinder gewinnen. (Porträt von *Fritz Kuhn* vor spielenden Kindern) Grün wirkt Brüder durch Sonne zur Arbeit. (Solartechnik auf dem Bundeskanzleramt) Grün wirkt Damit Europa nicht rechts abrutscht. Grün wirkt Klimaschutz ist wählbar! Grün wirkt Für eine tolerante Gesellschaft. (*Rezzo Schlauch* strickend) Grün wirkt Frauenrechte sind Menschenrechte. Zweitstimme ist Joschka-Stimme. Grün wirkt Wir sorgen für gutes Klima. (Porträt von *Jürgen Trittin*) Grün wirkt Wir machen’s gleich! Gleiche Rechte für Lesben, Schwule und Heteros.

Wahl-jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	PDS	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
noch: 2002	Bundestagswahl am 22. September CSU Zeit für Taten. (Porträt von *Edmund Stoiber*) Anpacken für den Aufschwung! – CSU näher am Menschen. (Porträt von *Edmund Stoiber*) Bundestagswahl am 22. September Sozial ist, was Arbeit schafft. CSU Zeit für Taten Stoiber kommt CSU näher am Menschen.				Grün wirkt Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Grün wirkt Unsere Welt dreht sich um Gerechtigkeit. Grün wirkt La deutsche Vita (Multikulturell mit Porträt von *Claudia Roth*) tip Liebling x–berg (Porträt von *Hans-Christian Ströbele*) Grün wirkt Künast deckt auf. (Porträt von *Renate Künast*) Grün wirkt Deutsche aller Länder, wählt! (Slogan in verschieden Sprachen) Grün wirkt! (leeres Poster) Grün wirkt Für Familienkinder, Heimkinder, Blumenkinder, Scheidungskinder, Schlüsselkinder Sonntagskinder, Alltagskinder, Wunderkinder... Grün wirkt Die Hälfte der Macht den Männern!

Wahl-jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	PDS	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
noch: 2002					Grün wirkt Die neue Ess-Klasse. Sicher für alle. Grün wirkt Deutschland steigt aus. (bunte Atommei-ler) Grün wirkt Frauen nach oben! (Porträt von *Kerstin Müller*) Grün wirkt Bunte Republik Deutschland (Abbildung dreier Gartenzwerge)

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.9.

1.6 Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Wahljahr	Wohn-bevölkerung	Wahlberechtigte	Wahlberechtigte in % der durch-schnittlichen Wohnbevölkerung	Wähler	Wahlbeteiligung: Wähler in % der Wahlberechtig-ten
1994	81 485 747[1]	60 452 009	74,2	47 737 999	79,0
1998	82 024 193[2]	60 762 751	74,1	49 947 087	82,2
2002	82 474 729[3]	61 432 868	74,5	48 582 761	79,1

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.10.

[1] Stand: 30. September 1994.
[2] Stand: 30. Juni 1998.
[3] Stand: 30. Juni 2002.

1.7 Wahlergebnisse auf Bundesebene

Wahl zum 13. Bundestag (1994)

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl der Mandate
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
CDU/CSU	21 130 952	45,0	19 517 156	41,5	294
SPD	17 966 813	38,3	17 140 354	36,4	252
GRÜNE	3 037 902	6,5	3 424 315	7,3	49
FDP	1 558 185	3,3	3 258 407	6,9	47
PDS	1 920 420	4,1	2 066 176	4,4	30
REP	787 757	1,7	875 239	1,9	–
GRAUE	178 450	0,4	238 642	0,5	–
ÖDP	200 138	0,4	183 715	0,4	–
NATURGESETZ	59 087	0,1	73 193	0,2	–
Tierschutz	–	–	71 643	0,2	–
PBC	26 864	0,1	65 651	0,1	–
STATT Partei	7 927	0,0	63 354	0,1	–
BP	3 324	0,0	42 491	0,1	–
APD	1 654	0,0	21 533	0,0	–
CM	3 559	0,0	19 887	0,0	–
PASS	489	0,0	15 040	0,0	–
MLPD	4 932	0,0	10 038	0,0	–
Solidarität	8 032	0,0	8 103	0,0	–
LIGA	3 788	0,0	5 195	0,0	–
ZENTRUM	1 489	0,0	3 757	0,0	–
BSA	–	–	1 285	0,0	–
FBU	8 193	0,0	–	–	–
DSU	2 395	0,0	–	–	–
DKP	693	0,0	–	–	–
DVP	606	0,0	–	–	–
FSU	467	0,0	–	–	–
KPD	426	0,0	–	–	–
UAP	302	0,0	–	–	–
LD	221	0,0	–	–	–
BGD	107	0,0	–	–	–
DEMOKRATEN	104	0,0	–	–	–
Einzelbewerber bzw. Wählergruppen	34 080	0,1	–	–	–

Wahl zum 14. Bundestag (1998)

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl der Mandate
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
SPD	21 535 893	43,8	20 181 269	40,9	298
CDU/CSU	19 456 687	39,5	17 329 388	35,1	245
GRÜNE	2 448 162	5,0	3 301 624	6,7	47
FDP	1 486 433	3,0	3 080 955	6,2	43
PDS	2 416 781	4,9	2 515 454	5,1	36
REP	1 115 664	2,3	906 383	1,8	–
DVU	–	–	601 192	1,2	–
Pro DM	–	–	430 099	0,9	–
GRAUE	141 763	0,3	152 557	0,3	–
Tierschutz	1 734	0,0	133 832	0,3	–
NPD	45 043	0,1	126 571	0,3	–
BFB	134 795	0,3	121 196	0,2	–
ödp	145 308	0,3	98 257	0,2	–
PBC	46 379	0,1	71 941	0,1	–
APPD	1 676	0,0	35 242	0,1	–
NATURGESETZ	35 132	0,1	30 619	0,1	–
DIE FRAUEN	3 966	0,0	30 094	0,1	–
CHANCE 2000	3 206	0,0	28 566	0,1	–
BP	1 772	0,0	28 107	0,1	–
FAMILIE	8 134	0,0	24 825	0,1	–
CM	9 023	0,0	23 619	0,0	–
BüSo	10 260	0,0	9 662	0,0	–
Nichtwähler	–	–	6 827	0,0	–
APD	1 458	0,0	6 759	0,0	–
PSG	–	–	6 226	0,0	–
Deutschland	1 946	0,0	6 196	0,0	–
PASS	10 449	0,0	5 556	0,0	–
MLPD	7 208	0,0	4 731	0,0	–
FORUM	6 296	0,0	4 543	0,0	–
AB 2000	4 097	0,0	3 355	0,0	–
DPD	1 172	0,0	2 432	0,0	–
HP	532	0,0	435	0,0	–
DSU	8 180	0,0	–	–	–
STATT Partei	4 406	0,0	–	–	–
DKP	2 105	0,0	–	–	–
ZENTRUM	2 076	0,0	–	–	–

noch: Wahl zum 14. Bundestag (1998)

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl der Mandate
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
DMP	1 924	0,0	–	–	–
FSU	763	0,0	–	–	–
FP Deutschland	131	0,0	–	–	–
Einzelbewerber bzw. Wählergruppen	66 026	0,1	–	–	–

Wahl zum 15. Bundestag 2002

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl der Mandate
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
SPD	20 059 967	41,9	18 488 668	38,5	251
CDU/CSU	19 647 690	41,1	18 482 641	38,5	248
GRÜNE	2 693 794	5,6	4 110 355	8,6	55
FDP	2 752 796	5,8	3 538 815	7,4	47
PDS	2 079 203	4,3	1 916 702	4,0	2[1]
REP	55 947	0,1	280 671	0,6	–
GRAUE	75 490	0,2	114 224	0,2	–
Die Tierschutzpartei	8 858	0,0	159 655	0,3	–
NPD	103 209	0,2	215 232	0,4	–
ödp	56 593	0,1	56 898	0,1	–
PBC	71 106	0,1	101 645	0,2	–
DIE FRAUEN	2 264	0,0	36 832	0,1	–
BP	6 757	0,0	9 379	0,0	–
FAMILIE	15 138	0,0	30 045	0,1	–
CM	2 413	0,0	15 440	0,0	–
BüSo	22 531	0,0	16 958	0,0	–
HP	1 385	0,0	2 485	0,0	–
Die Violetten	840	0,0	2 412	0,0	–
Aufbruch	2 895	0,0	4 697	0,0	–
ZENTRUM	1 823	0,0	3 127	0,0	–
KPD	686	0,0	1 624	0,0	–
PRG	4 363	0,0	7 499	0,0	–
Schill	120 330	0,3	400 476	0,8	–
Deutschland	571	0,0	–	–	–

[1] Fraktionslos.

noch: Wahl zum 15. Bundestag (2002)

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Zahl der Mandate
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
DKP	3 953	0,0	–	–	–
DSU	6 003	0,0	–	–	–
FP Deutschland	2 003	0,0	–	–	–
Einzelbewerber bzw. Wählergruppen	43 116	0,1	–	–	–

Quelle: Statistisches Bundesamt, Der Bundeswahlleiter. Wahl zum Deutschen Bundestag (hier die Wahlen 1994, 1998, 2002), Fachserie 1, Heft 3: Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen.

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.11.

1.8 Wahlergebnisse alphabetisch nach Parteien

Die folgende Tabelle enthält – alphabetisch nach Parteinamen und nach den Wahljahren geordnet – von allen Parteien und Wählergemeinschaften, die bei den Bundestagswahlen seit 1994 mit Landeslisten aufgetreten sind,

– die Zahl der gültigen Stimmen (Zweitstimmen),
– den Stimmenanteil in Prozent der gültigen Stimmen bzw. Zweitstimmen sowie
– Hinweise, falls sie nicht in allen Bundesländern aufgetreten sind.

Abkürzungen:

BB	Brandenburg	NI	Niedersachsen
BE	Berlin	NW	Nordrhein-Westfalen
BW	Baden-Württemberg	RP	Rheinland-Pfalz
BY	Bayern	SH	Schleswig-Holstein
HB	Bremen	SL	Saarland
HE	Hessen	SN	Sachsen
HH	Hamburg	ST	Sachsen-Anhalt
MV	Mecklenburg-Vorpommern	TH	Thüringen

Partei	Wahl-jahr	Gültige Stimmen (Zweitstimmen)	in % der Stimmen	Aufgetreten mit Landesliste nur in den Bundesländern[1]
Alternative spirituelle Politik im neuen Zeitalter (Die Violetten)	2002	2 412	0,0	NW
Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands (APPD)	1998	35 242	0,1	HH, NI, HB, NW, HE, BW, BY, SL, BE
Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit (AUFBRUCH)	2002	4 697	0,0	BY
AUTOFAHRER- UND BÜRGER-INTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS (APD)	1994	21 533	0,0	BW
	1998	6 759	0,0	BE

[1] Nicht aufgeführt wurden einzelne Wahlkreisbewerber.

Partei	Wahl-jahr	Gültige Stimmen (Zweitstimmen)	in % der Stimmen	Aufgetreten mit Landesliste nur in den Bundesländern[1]
Bayernpartei (BP)	1994	42 491	0,1	BY
	1998	28 107	0,1	BY
	2002	9 379	0,0	BY
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	1994	3 424 315	7,3	
	1998	3 301 624	6,7	
	2002	4 110 355	8,6	
Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)	1994	8 103	0,0	NI, NW, HE, BW, BY, BE, TH
	1998	9 662	0,0	NW, HE, BW, BY, BE, SN
	2002	16 958	0,0	HH, NI, BE, NW, SN, HE, BY, BW
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)	1994	1 285	0,0	NW, BE
BUND FREIER BÜRGER – OFFENSIVE FÜR DEUTSCH-LAND Die Freiheitlichen (BFB)	1998	121 196	0,2	in allen Ländern außer ST
CHANCE 2000	1998	28 566	0,1	HH, BE, NW, HE, BY, BE, MV, SN
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	1994	16 089 960	34,2	in allen Ländern außer BY
	1998	14 004 908	28,4	in allen Ländern außer BY
	2002	14 167 561	29,5	in allen Ländern außer BY
Christlich-Soziale Union (CSU)	1994	3 427 196	7,3	BY
	1998	3 324 480	6,7	BY
	2002	4 315 080	0,0	BY
CHRISTLICHE LIGA (LIGA)	1994	5 195	0,0	BY
CHRISTLICHE MITTE (CM)	1994	19 887	0,0	NW, BW, BY
	1998	23 619	0,0	NI, NW, HE, BW, BY, SL
	2002	15 440	0,0	NW, HE, BY, BW
DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (DPD)	1998	2 432	0,0	BW
DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)	1998	601 192	1,2	
Deutsche Zentrumspartei (ZENTRUM)	1994	3 757	0,0	NW
	2002	3 127	0,0	NW
FAMILIEN-PARTEI DEUTSCH-LANDS (FAMILIE)	1998	24 825	0,1	NW, SL
	2002	30 045	0,1	NW, SL
Feministische Partei DIE FRAUEN (DIE FRAUEN)	1998	30 094	0,1	SH, NW, HE, RP, BW, BYSL, BE, TH
	2002	36 832	0,1	HH, BE, NW, BY, BW

[1] Nicht aufgeführt wurden einzelne Wahlkreisbewerber.

Partei	Wahl-jahr	Gültige Stimmen (Zweitstimmen)	in % der Stimmen	Aufgetreten mit Landesliste nur in den Bundesländern[1]
Freie Demokratische Partei (FDP)	1994	3 258 407	6,9	
	1998	3 080 955	6,2	
	2002	3 538 815	7,4	
DIE GRAUEN (Graue Panther)	1994	238 642	0,5	
	1998	152 557	0,3	
	2002	114 224	0,2	in allen Ländern außer MV, HH, RP
Humanistische Partei (HP)	1998	435	0,0	BE
	2002	2 485	0,0	BE, NW
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	2002	1 624	0,0	BE
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	1994	10 038	0,0	
	1998	4 731	0,0	NW, BW, BY, BE
Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)	1994	71 643	0,2	NI, NW, BY
	1998	133 832	0,3	HH, NI, NW, HE, RP, BW, BY, BE, BB
	2002	159 655	0,3	Ni, ST, NW, HE, RP, BY, BW
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	1998	126 571	0,3	in allen Ländern außer TH
	2002	215 232	0,4	
NATURGESETZ PARTEI, AUF-BRUCH ZU NEUEM BEWUSST-SEIN (NATURGESETZ)	1994	73 193	0,2	In allen Ländern außer SN, ST, TH
	1998	30 619	0,1	HH, NI, HB, NW, HE, RP, BW, BY, BE
Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)	1994	183 715	0,4	in allen Ländern außer HH, HB, ST
	1998	98 257	0,2	in allen Ländern außer HH, HB, ST,
	2002	56 898	0,1	NI, BE, NW, HE, TH, RP, BY, BW
Partei Bibeltreuer Christen (PBC)	1994	65 651	0,2	NI, NW, HE, BW, BY, SN
	1998	71 941	0,1	NI, NW, HE, RP, BW, BY, SN
	2002	101 645	0,2	SH, NI, BE, NW, SN, HE, RP, BY, BW
Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen (PASS)	1994	15 040	0,0	BE, ST
	1998	5 556	0,0	BE
Partei der Nichtwähler	1998	6 827	0,0	NW
Partei des Demokratischen Sozialis-mus (PDS)	1994	2 066 176	4,4	
	1998	2 515 454	5,1	
	2002	1 916 702	4,0	
Partei für RentenGerechtigkeit und Familie (PRG)	2002	7 499	0,0	BW
Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale (PSG)	1998	6 226	0,0	NI, NW, HE, BW, BE, ST

[1] Nicht aufgeführt wurden einzelne Wahlkreisbewerber.

Partei	Wahl-jahr	Gültige Stimmen (Zweitstimmen)	in % der Stimmen	Aufgetreten mit Landesliste nur in den Bundesländern[1]
Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill)	2002	400 476	0,8	in allen Ländern außer ST
Pro Deutsche Mitte – Initiative Pro D-Mark (Pro DM)	1998	430 099	0,9	
DIE REPUBLIKANER (REP)	1994	875 239	1,9	
	1998	906 383	1,8	
	2002	280 671	0,6	in allen Ländern außer BB, ST
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	1994	17 140 354	36,4	
	1998	20 181 269	40,9	
	2002	18 488 668	38,5	
STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN	1994	63 354	0,1	NW, RP, BW, BY, SL, BE, BB, TH

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.12.

1.9 Wahlergebnisse der 13., 14. und 15. Wahlperiode nach Ländern

Dieses Kapitel enthält folgende Tabellen und Übersichten:

– Zahl der Wahlkreise und Mandate in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland
– Die Wahlergebnisse in den einzelnen Ländern
– Abweichungen der Stimmenanteile vom Bundesdurchschnitt
– Wahlergebnisse unterschieden nach Ländern im Gebiet der Bundesrepublik in den Grenzen bis 1990 und in den Ländern im Gebiet der ehemaligen DDR

Zahl der Wahlkreise und Mandate in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland

Bundesland	Bundestagswahl 1994		Bundestagswahl 1998		Bundestagswahl 2002	
	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate
Schleswig-Holstein	11	24	11	24	11	22
Hamburg	7	14	7	13	6	13
Niedersachsen	31	67	31	68	29	63
Bremen	3	6	3	5	2	4
Nordrhein-Westfalen	71	148	71	148	64	134

[1] Nicht aufgeführt wurden einzelne Wahlkreisbewerber.

Bundesland	Bundestagswahl 1994		Bundestagswahl 1998		Bundestagswahl 2002	
	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mandate
Hessen	22	49	22	47	21	44
Rheinland-Pfalz	16	33	16	34	15	30
Baden-Württemberg	37	79	37	78	37	76
Bayern	45	92	45	93	44	95
Saarland	5	9	5	8	4	9
Berlin	13	27	13	25	12	23
Mecklenburg-Vorpommern	9	15	9	15	7	10
Brandenburg	12	23	12	23	10	16
Sachsen-Anhalt	13	23	13	26	10	18
Thüringen	12	24	12	25	10	17
Sachsen	21	39	21	37	17	29
insgesamt	328	672	328	669	299	603

Wahlergebnisse in den einzelnen Ländern

Verwendete Abkürzung in den nachfolgenden Tabellen: WK = Wahlkreissitze bzw. –mandate, LL = Landeslistensitze bzw. –mandate

Wahl zum 13. Bundestag (1994)

Bundesland		Sitze	CDU/CSU		SPD		B 90/DIE GRÜNEN		FDP		PDS		Sonstige	
		insgesamt	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate
Schleswig-Holstein	WK	11		9		2		-		-		-		-
	LL	13	41,5	1	39,6	8	8,3	2	7,4	2	1,1	-	2,0	-
	insges.	24		10		10		2		2		-		-
Hamburg	WK	7		1		6		-		-		-		-
	LL	7	34,9	4	39,7	-	12,6	2	7,2	1	2,2	-	3,4	-
	insges.	14		5		6		2		1		-		-
Niedersachsen	WK	31		17		14		-		-		-		-
	LL	36	41,3	11	40,6	14	7,1	5	7,7	5	1,0	1	2,4	-
	insges.	67		28		28		5		5		1		-
Bremen	WK	3		-		3		-		-		-		-
	LL	3	30,2	2	45,5	-	11,1	1	7,2	-	2,7	-	3,2	-
	insges.	6		2		3		1		-		-		-
Nordrhein-Westfalen	WK	71		31		40		-		-		-		-
	LL	77	38,0	27	43,1	26	7,4	11	7,6	12	1,0	1	2,7	-
	insges.	148		58		66		11		12		1		-

noch: Wahl zum 13. Bundestag (1994)

Bundesland		Sitze insgesamt	CDU/CSU %	CDU/CSU Mandate	SPD %	SPD Mandate	B 90/DIE GRÜNEN %	B 90/DIE GRÜNEN Mandate	FDP %	FDP Mandate	PDS %	PDS Mandate	Sonstige %	Sonstige Mandate
Hessen	WK	22		14		8		-		-		-		-
	LL	27	40,7	6	37,2	11	9,3	5	8,1	4	1,1	1	3,6	-
	insges.	49		20		19		5		4		1		-
Rheinland-Pfalz	WK	16		12		4		-		-		-		-
	LL	17	43,8	3	39,4	10	6,2	2	6,9	2	0,6	-	3,8	-
	insges.	33		15		14		2		2		-		-
Baden-Württemberg	WK	37		37		-		-		-		-		-
	LL	42	43,3	-	30,7	25	9,6	8	9,9	8	0,8	1	4,9	-
	insges.	79		37		25		8		8		1		-
Bayern	WK	45		44		1		-		-		-		-
	LL	47	51,2	6	29,6	28	6,3	6	6,4	6	0,5	1	5,8	-
	insges.	92		50		29		6		6		1		-
Saarland	WK	5		-		5		-		-		-		-
	LL	4	37,2	4	48,8	-	5,8	-	4,3	-	0,7	-	3,2	-
	insges.	9		4		5		-		-		-		-
Berlin	WK	13		6		3		-		-		4		-
	LL	14	31,4	3	34,0	6	10,2	3	5,2	2	14,8	-	4,3	-
	insges.	27		9		9		3		2		4		-
Mecklenburg-Vorpommern	WK	9		7		2		-		-		-		-
	LL	6	38,5	-	28,8	2	3,6	-	3,4	1	23,6	3	2,1	-
	insges.	15		7		4		-		1		3		-
Brandenburg	WK	12		-		12		-		-		-		-
	LL	11	28,1	6	45,1	-	2,9	-	2,6	1	19,3	4	2,1	-
	insges.	23		6		12		-		1		4		-
Sachsen-Anhalt	WK	13		10		3		-		-		-		-
	LL	10	38,8	-	33,4	4	3,6	1	4,1	1	18,0	4	2,2	-
	insges.	23		10		7		1		1		4		-
Thüringen	WK	12		12		-		-		-		-		-
	LL	12	41,0	-	30,2	6	4,9	1	4,1	1	17,2	4	2,5	-
	insges.	24		12		6		1		1		4		-
Sachsen	WK	21		21		-		-		-		-		-
	LL	18	48,0	-	24,3	9	4,8	2	3,8	1	16,7	6	2,4	-
	insges.	39		21		9		2		1		6		-
Bundesgebiet	WK	328		221		103		-		-		4		-
	LL	344	41,5	73	36,4	149	7,3	49	6,9	47	4,4	26	3,5	-
	insges.	672		294		252		49		47		30		-

Wahl zum 14. Bundestag (1998)

Bundesland		Sitze ins-gesamt	SPD %	SPD Mandate	CDU/CSU %	CDU/CSU Mandate	B 90/DIE GRÜNEN %	B 90/DIE GRÜNEN Mandate	FDP %	FDP Mandate	PDS %	PDS Mandate	Sonstige %	Sonstige Mandate
Schleswig-Holstein	WK	11		11		-		-		-		-		-
	LL	13	45,4	-	35,7	9	6,5	2	7,6	2	1,5	-	3,3	-
	insges.	24		11		9		2		2		-		-
Hamburg	WK	7		7		-		-		-		-		-
	LL	6	45,7	-	30,0	4	10,8	1	6,5	1	2,3	-	4,7	-
	insges.	13		7		4		1		1		-		-
Niedersachsen	WK	31		27		4		-		-		-		-
	LL	37	49,4	8	34,1	20	5,9	4	6,4	4	1,0	1	3,2	-
	insges.	68		35		24		4		4		1		-
Bremen	WK	3		3		-		-		-		-		-
	LL	2	50,2	-	25,4	1	11,3	1	5,9	-	2,4	-	4,8	-
	insges.	5		3		1		1		-		-		-
Nordrhein-Westfalen	WK	71		53		18		-		-		-		-
	LL	77	46,9	19	33,8	34	6,9	11	7,3	11	1,2	2	3,9	-
	insges.	148		72		52		11		11		2		-
Hessen	WK	22		18		4		-		-		-		-
	LL	25	41,6	3	34,7	13	8,2	4	7,9	4	1,5	1	6,1	-
	insges.	47		21		17		4		4		1		-
Rheinland-Pfalz	WK	16		10		6		-		-		-		-
	LL	18	41,3	5	39,1	8	6,1	2	7,1	3	1,0	-	5,4	-
	insges.	34		15		14		2		3		-		-
Baden-Württemberg	WK	37		11		26		-		-		-		-
	LL	41	35,6	19	37,8	6	9,2	8	8,8	7	1,0	1	7,6	-
	insges.	78		30		32		8		7		1		-
Bayern	WK	45		7		38		-		-		-		-
	LL	48	34,4	27	47,7	9	5,9	6	5,1	5	0,7	1	6,2	-
	insges.	93		34		47		6		5		1		-
Saarland	WK	5		5		-		-		-		-		-
	LL	3	52,4	-	31,8	3	5,5	-	4,7	-	1,0	-	4,6	-
	insges.	8		5		3		-		-		-		-
Berlin	WK	13		9		-		-		-		4		-
	LL	12	37,8	1	23,7	7	11,3	3	4,9	1	13,4	-	8,9	-
	insges.	25		10		7		3		1		4		-
Mecklenburg-Vorpommern	WK	9		7		2		-		-		-		-
	LL	6	35,3	-	29,3	2	2,9	-	2,2	-	23,6	4	6,7	-
	insges.	15		7		4		-		-		4		-
Brandenburg	WK	12		12		-		-		-		-		-
	LL	11	43,5	-	20,8	5	3,6	1	2,8	1	20,3	4	9,0	-
	insges.	23		12		5		1		1		4		-
Sachsen-Anhalt	WK	13		13		-		-		-		-		-
	LL	13	38,1	-	27,2	6	3,3	1	4,1	1	20,7	5	6,6	-
	insges.	26		13		6		1		1		5		-

noch: Wahl zum 14. Bundestag (1998)

Bundesland		Sitze insgesamt	SPD %	SPD Mandate	CDU/CSU %	CDU/CSU Mandate	B 90/DIE GRÜNEN %	B 90/DIE GRÜNEN Mandate	FDP %	FDP Mandate	PDS %	PDS Mandate	Sonstige %	Sonstige Mandate
Thüringen	WK	12		11		1		-		-		-		-
	LL	13	34,5	-	28,9	6	3,9	1	3,4	1	21,2	5	8,1	-
	insges.	25		11		7		1		1		5		-
Sachsen	WK	21		8		13		-		-		-		-
	LL	16	29,1	4	32,7	-	4,4	2	3,6	2	20,0	8	10,2	-
	insges.	37		12		13		2		2		8		-
Bundesgebiet	WK	328		212		112		-		-		4		-
	LL	341	40,9	86	35,2	133	6,7	47	6,2	43	5,1	32	5,9	-
	insges.	669		298		245		47		43		36		-

Wahl zum 15. Bundestag (2002)

Bundesland		Sitze insgesamt	SPD %	SPD Mandate	CDU/CSU %	CDU/CSU Mandate	B 90/DIE GRÜNEN %	B 90/DIE GRÜNEN Mandate	FDP %	FDP Mandate	PDS %	PDS Mandate	Sonstige %	Sonstige Mandate
Schleswig-Holstein	WK	11		10		1		-		-		-		-
	LL	11	42,9	-	36,0	7	9,4	2	8,0	2	1,3	-	2,4	-
	insges.	22		10		8		2		2		-		-
Hamburg	WK	6		6		-		-		-		-		-
	LL	7	42,0	-	28,1	4	16,2	2	6,8	1	2,1	-	4,8	-
	insges.	13		6		4		2		1		-		-
Niedersachsen	WK	29		25		4		-		-		-		-
	LL	34	47,8	6	34,5	18	7,3	5	7,1	5	1,0	-	2,3	-
	insges.	63		31		22		5		5		-		-
Bremen	WK	2		2		-		-		-		-		-
	LL	2	48,6	-	24,6	1	15,0	1	6,7	-	2,2	-	2,9	-
	insges.	4		2		1		1		-		-		-
Nordrhein-Westfalen	WK	64		45		19		-		-		-		-
	LL	70	43,0	15	35,1	30	8,9	12	9,3	13	1,2	-	2,5	-
	insges.	134		60		49		12		13		-		-
Hessen	WK	21		17		4		-		-		-		-
	LL	23	39,7	1	37,1	13	10,7	5	8,2	4	1,3	-	3,0	-
	insges.	44		18		17		5		4		-		-
Rheinland-Pfalz	WK	15		7		8		-		-		-		-
	LL	15	38,2	5	40,2	5	7,9	2	9,3	3	1,0	-	3,4	-
	insges.	30		12		13		2		3		-		-
Baden-Württemberg	WK	37		7		30		-		-		-		-
	LL	39	33,5	20	42,8	4	11,4	9	7,8	6	0,9	-	3,6	-
	insges.	76		27		34		9		6		-		-

noch: Wahl zum 15. Bundestag (2002)

Bundesland		Sitze insgesamt	SPD %	SPD Mandate	CDU/CSU %	CDU/CSU Mandate	B 90/DIE GRÜNEN %	B 90/DIE GRÜNEN Mandate	FDP %	FDP Mandate	PDS %	PDS Mandate	Sonstige %	Sonstige Mandate
Bayern	WK	44		1		43		-		-		-		-
	LL	51	26,1	25	58,6	15	7,6	7	4,5	4	0,7	-	2,5	-
	insges.	95		26		58		7		4		-		-
Saarland	WK	4		4		-		-		-		-		-
	LL	5	46,0	-	35,0	3	7,6	1	6,4	1	1,4	-	3,6	-
	insges.	9		4		3		1		1		-		-
Berlin	WK	12		9		-		1		-		2		-
	LL	11	36,6	-	25,9	6	14,6	3	6,6	2	11,4	-	4,9	-
	insges.	23		9		6		4		2		2		-
Mecklenburg-Vorpommern	WK	7		5		2		-		-		-		-
	LL	3	41,7	-	30,3	2	3,5	-	5,4	1	16,3	-	2,8	-
	insges.	10		5		4		-		1		-		-
Brandenburg	WK	10		10		-		-		-		-		-
	LL	6	46,4	-	22,3	4	4,5	1	5,8	1	17,2	-	3,8	-
	insges.	16		10		4		1		1		-		-
Sachsen-Anhalt	WK	10		10		-		-		-		-		-
	LL	8	43,2	-	29,0	6	3,4	1	7,6	1	14,4	-	2,4	-
	insges.	18		10		6		1		1		-		-
Thüringen	WK	10		9		1		-		-		-		-
	LL	7	39,9	-	29,4	5	4,3	1	5,9	1	17,0	-	3,5	-
	insges.	17		9		6		1		1		-		-
Sachsen	WK	17		4		13		-		-		-		-
	LL	12	33,3	8	33,6	-	4,6	2	7,3	2	16,2	-	5,0	-
	insges.	29		12		13		2		2		-		-
Bundesgebiet	WK	299		171		125		1		-		2		-
	LL	304	38,5	80	38,5	123	8,6	54	7,4	47	4,0	-	3,0	-
	insges.	603		251		248		55		47		2		-

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.13.

Abweichungen der Stimmenanteile vom Bundesdurchschnitt

Je nach Bundesland weichen die Stimmenanteile der Parteien teilweise erheblich – und meist kontinuierlich in einer Richtung – vom Bundesdurchschnitt ab. Für die CDU bzw. CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist in den folgenden drei Tabellen errechnet worden, wie viele Prozentpunkte ihre jeweiligen Landesergebnisse bei den Bundestagswahlen von 1994 bis 2002 über oder unter dem Bundesdurchschnitt liegen.

CDU/CSU		1994	1998	2002
Bundesgebiet		41,5 %	35,2 %	38,5 %
Abweichung in Prozentpunkten in den Ländern	Schleswig-Holstein	± 0,0	+ 0,5	– 2,5
	Hamburg	– 6,6	– 5,2	– 10,4
	Niedersachsen	– 0,2	– 1,1	– 4,0
	Bremen	– 11,3	– 9,8	– 13,9
	Nordrhein-Westfalen	– 3,5	– 1,4	– 3,4
	Hessen	– 0,8	– 0,5	– 1,4
	Rheinland-Pfalz	+ 2,3	+ 3,9	+ 1,7
	Baden-Württemberg	+ 1,8	+ 2,6	+ 4,3
	Bayern	+ 9,7	+ 12,5	+ 20,1
	Saarland	– 4,3	– 3,4	– 3,5
	Berlin	– 10,1	– 11,5	– 12,6
	Mecklenburg-Vorpommern	– 3,0	– 5,9	– 8,2
	Brandenburg	– 13,4	– 14,4	– 16,2
	Sachsen-Anhalt	– 2,7	– 8,0	– 9,5
	Thüringen	– 0,5	– 6,3	– 9,1
	Sachsen	+ 6,5	– 2,5	– 4,9

SPD		1994	1998	2002
Bundesgebiet		36,4 %	40,9 %	38,5 %
Abweichung in Prozentpunkten in den Ländern	Schleswig-Holstein	+ 3,2	+ 4,5	+ 4,4
	Hamburg	+ 3,3	+ 4,8	+ 3,5
	Niedersachsen	+ 4,2	+ 8,5	+ 9,3
	Bremen	+ 9,1	+ 9,3	+ 10,1
	Nordrhein-Westfalen	+ 6,7	+ 6,0	+ 4,5
	Hessen	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,2
	Rheinland-Pfalz	+ 3,0	+ 0,4	– 0,3
	Baden-Württemberg	– 5,7	– 5,3	– 5,0
	Bayern	– 6,8	– 6,5	– 12,4
	Saarland	+ 12,4	+ 11,5	+ 7,5
	Berlin	– 2,4	– 3,1	– 1,9
	Mecklenburg-Vorpommern	– 7,6	– 5,6	+ 3,2
	Brandenburg	+ 8,7	+ 2,6	+ 5,9
	Sachsen-Anhalt	– 3,0	– 2,8	+ 4,7
	Thüringen	– 6,2	– 6,4	+ 1,4
	Sachsen	– 12,1	– 11,8	– 5,2

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		1994	1998	2002
Bundesgebiet		7,3 %	6,7 %	8,6 %
Abweichung in Prozentpunkten in den Ländern	Schleswig-Holstein	+ 1,0	– 0,2	+ 0,8
	Hamburg	+ 5,3	+ 4,1	+ 7,6
	Niedersachsen	– 0,2	– 0,8	– 1,3
	Bremen	+ 3,8	+ 4,6	+ 6,4
	Nordrhein-Westfalen	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3
	Hessen	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,1
	Rheinland-Pfalz	– 1,1	– 0,6	– 0,7
	Baden-Württemberg	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,8
	Bayern	– 1,0	– 0,8	– 1,0
	Saarland	– 1,5	– 1,2	– 1,0
	Berlin	+ 2,9	+ 4,6	+ 6,0
	Mecklenburg-Vorpommern	– 3,7	– 3,8	– 5,1
	Brandenburg	– 4,4	– 3,1	– 4,1
	Sachsen-Anhalt	– 3,7	– 3,4	– 5,2
	Thüringen	– 2,4	– 2,8	– 4,3
	Sachsen	– 2,5	– 2,3	– 4,0

FDP		1994	1998	2002
Bundesgebiet		6,9 %	6,2 %	7,4 %
Abweichung in Prozentpunkten in den Ländern	Schleswig-Holstein	+ 0,5	+ 1,4	+ 0,6
	Hamburg	+ 0,3	+ 0,3	– 0,6
	Niedersachsen	+ 0,8	+ 0,2	– 0,3
	Bremen	+ 0,3	– 0,3	– 0,7
	Nordrhein-Westfalen	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,9
	Hessen	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,8
	Rheinland-Pfalz	± 0,0	+ 0,9	+ 1,9
	Baden-Württemberg	+ 3,0	+ 2,6	+ 0,4
	Bayern	– 0,5	– 1,1	– 2,9
	Saarland	– 2,6	– 1,5	– 1,0
	Berlin	– 1,7	– 1,3	– 0,8
	Mecklenburg-Vorpommern	– 3,5	– 4,0	– 2,0
	Brandenburg	– 4,3	– 3,4	– 1,6
	Sachsen-Anhalt	– 2,8	– 2,1	+ 0,2
	Thüringen	– 2,8	– 2,8	– 1,5
	Sachsen	– 3,1	– 2,6	– 0,1

PDS		1994	1998	2002
Bundesgebiet		4,4 %	5,1 %	4,0 %
Abweichung in Prozentpunkten in den Ländern	Schleswig-Holstein	– 3,3	– 3,6	– 2,7
	Hamburg	– 2,2	– 2,8	– 1,9
	Niedersachsen	– 3,4	– 4,1	– 3,0
	Bremen	– 1,7	– 2,7	– 1,8
	Nordrhein-Westfalen	– 3,4	– 3,9	– 2,8
	Hessen	– 3,3	– 3,6	– 2,7
	Rheinland-Pfalz	– 3,8	– 4,1	– 3,0
	Baden-Württemberg	– 3,60	– 4,1	– 3,1
	Bayern	– 3,9	– 4,4	– 3,2
	Saarland	– 3,7	– 4,1	– 2,6
	Berlin	+ 10,4	+ 8,3	+ 7,4
	Mecklenburg-Vorpommern	+ 19,2	+ 18,5	+ 12,3
	Brandenburg	+ 14,9	+ 15,2	+ 13,2
	Sachsen-Anhalt	+ 13,6	15,6	+ 10,4
	Thüringen	+ 12,8	+ 16,1	+ 13,0
	Sachsen	+ 12,3	+ 14,9	+ 12,2

Wahlergebnisse unterschieden nach Ländern im Gebiet der Bundesrepublik in den Grenzen bis 1990 und in den Ländern im Gebiet der ehemaligen DDR

Wahljahr 1994	Früheres Bundesgebiet[1]		Neue Länder und Berlin-Ost[2]	
Partei	Erststimmen in %	Zweitstimmen in %	Erststimmen in %	Zweitstimmen in %
SPD	39,7	37,5	31,8	31,5
CDU	36,6	33,2	40,0	38,5
CSU	9,5	8,0	–	–
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7,1	7,9	3,8	4,3
FDP	3,4	7,7	2,9	3,5
PDS	0,4	1,0	20,5	19,8
REP	1,9	2,0	0,5	1,3

[1] Wahlkreise 1-248 und 250-257
[2] Wahlkreise 249 und 258-328.

Wahljahr 1998	Früheres Bundesgebiet[1]		Neue Länder und Berlin-Ost[2]	
Partei	Erststimmen in %	Zweitstimmen in %	Erststimmen in %	Zweitstimmen in %
SPD	45,2	42,3	37,9	35,1
CDU	32,9	28,7	29,7	27,3
CSU	9,1	8,4	–	–
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5,4	7,3	3,3	4,1
FDP	3,1	7,0	2,8	3,3
PDS	0,7	1,2	22,4	21,6
REP	2,3	1,9	2,2	1,5

Wahljahr 2002	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
Partei	Erststimmen in %	Zweitstimmen in %	Erststimmen in %	Zweitstimmen in %
SPD	42,6	38,3	39,1	39,7
CDU	32,4	29,8	30,3	28,3
CSU	11,0	11,0	–	–
B 90/DIE GRÜNEN	6,1	9,4	3,6	4,7
FDP	5,7	7,6	6,0	6,4
PDS	1,0	1,1	19,2	16,9
REP	0,1	0,6	0,1	0,5

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.13.

1.10 Wahlstudien: Bibliographie

Dieses Kapitel enthält die folgenden zwei Spezialbibliographien:

– Studien zu den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002
– Regionale Wahlstudien (soweit sie mittelbar oder unmittelbar in Verbindung mit einer Bundestagswahl stehen)

Studien zu den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002

Wahljahr	Titel der Wahlstudien
1994	*Bergmann, Knut*, Rückblick auf den Bundestagswahlkampf 1994: Analogien, Unterschiede und Schlussfolgerungen im Blick auf 1998. In: Civis. 1997. H. 3/4. S. 67-74.

[1] Wahlkreise 1-248 und 250-257.
[2] Wahlkreise 249 und 258-328.

Wahljahr	Titel der Wahlstudien
noch: 1994	*Brettschneider, Frank*, Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich. Wiesbaden 2002.
	Bundestagswahl 1994. Eine Analyse der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994. Mannheim 1994. (Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Nr. 76)
	Deinert, Rudolf Günter, Institutionenvertrauen, Demokratiezufriedenheit und Extremwahl. Ein Vergleich zwischen westdeutscher Rechts- und ostdeutscher PDS-Wahl. Sankt Augustin 1997. (Teilw. zugl.: Stuttgart, Univ., Magisterarbeit, 1995.)
	Dörner, Christine, Do Media Matter? Zur Reichweite des Agenda Settings. In: *Dörner, Christine* und *Klaudia Erhardt*, Politische Meinungsbildung und Wahlverhalten. Analysen zum „Superwahljahr“ 1994. Opladen 1998. S. 119-149.
	Dörner, Christine und *Klaudia Erhardt*, Politische Meinungsbildung und Wahlverhalten. Analysen zum „Superwahljahr“ 1994. Opladen 1998.
	Dreyfus, François-Georges, Les élections fédérales allemandes de 1994. In: Défense nationale. Jg. 50. 1994. H. 12. S. 107-114.
	Falter, Jürgen W. und *Markus Klein*, Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1994. B 51-52. S. 22-34.
	Falter, Jürgen W. und *Markus Klein*, Wer wählt rechts? München 1994.
	Falter, Jürgen W. und *Harald Schoen*, Wahlen und Wählerverhalten. In: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven. Hrsg. von *Thomas Ellwein*. Opladen 1999. S. 454-470.
	Feist, Ursula, Nichtwähler 1994. Eine Analyse der Bundestagswahl 1994. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1994. B 51-52. S. 35-46.
	Feist, Ursula, Wählerstimmungen und Wahlentscheidung 1994 – Zeit für einen Wechsel? In: Parteiensystem am Wendepunkt? Wahlen in der Fernsehdemokratie. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. München, Landsberg am Lech 1996. S. 59-76.
	Feld, Lars P. und *Gebhard Kirchgässner*, Offizielle und verdeckte Arbeitslosigkeit und ihr Einfluss auf die Wahlchancen der Regierung und der Parteien. Eine ökonomische Analyse für die Ära Kohl. In: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994. Hrsg. von *Max Kaase*. Opladen 1998. S. 537-570.
	Germans divided. The 1994 Bundestag elections and the evolution of the German party system. Edited by *Russell J. Dalton*. Oxford 1996.
	Gibowski, Wolfgang G., Election Trends in Germany. An Analysis of the Second General Election in Reunited Germany. In: German Politics. Jg. 4. 1995. H. 2. S. 26-53.
	Green, Simon, Penny Henson and *Charlie Jeffery*, The German Bundestag election of 1994. Towards a „Wende ohne Ende“? In: International Relations. Jg. 12. 1995. H. 5. S. 65-75.
	Hartenstein, Wolfgang, Den Wählern auf der Spur. Sankt Ingbert 2002.
	Hartenstein, Wolfgang, Fünf Jahrzehnte Wahlen in der Bundesrepublik. Stabilität und Wandel: In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 2002. H. 21. S. 39-46.
	Hetterich, Volker, Von Adenauer zu Schröder – der Kampf um Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998. Opladen 2000.
	Hin, Monika, Ergebnisse der Bundestagswahl 1994 aus dem Informationssystem Wahlen. In: Wirtschaft und Statistik. 1994. H. 12. S. 985-990.
	Holtz-Bacha, Christina, Politikvermittlung im Wahlkampf. Befunde und Probleme der Wirkungserforschung von Wahlspots. In: Medien & Kommunikationswissenschaft. Jg. 42. 1994. H. 3. S. 340-350.
	Holtz-Bacha, Christina, Wahlwerbung als politische Kultur. Parteienspots im Fernsehen 1957 – 1998. Wiesbaden 2000.
	Hough, Daniel und *Charlie Jeffery*, Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 34. 2003. H. 1. S. 79-94.

Wahljahr	Titel der Wahlstudien
noch: 1994	*Jung, Helmut,* Zwischen Frust und Lust. Eine Analyse der Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994. In: Parteiendemokratie zwischen Kontinuität und Wandel. Die deutschen Parteien nach den Wahlen 1994. Hrsg. von *Gerhard Hirscher*. München 1995. S. 99-168.
	Jung, Matthias und *Dieter Roth,* Kohls knappster Sieg. Eine Analyse der Bundestagswahl 1994. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1994. B 51-52. S. 3-15.
	Kaase, Max und *Petra Bauer-Kaase,* Zur Beteiligung an der Bundestagswahl 1994. In: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994. Hrsg. von *Max Kaase*. Opladen 1998. S. 85-112.
	Keil, Silke I., Wahlkampfkommunikation in Wahlanzeigen und Wahlprogrammen. Eine vergleichende inhaltsanalytische Untersuchung der von den Bundestagsparteien CDU, CSU, SPD, FDP, B'90/Die Grünen und PDS vorgelegten Wahlanzeigen und Wahlprogrammen in den Bundestagswahlkämpfen 1957-1998. Frankfurt am Main 2003. (Zugl.: Stuttgart, Univ., Diss., 2002.)
	Kepplinger, Hans Mathias, Hat das Fernsehen die Wahl entschieden? Eine vergleichende Analyse der TV-Berichterstattung in den Jahren 1990, 1994 und 1998. In: Die politische Meinung. Jg. 43. 1998. H. 347. S. 14-17.
	Maier, Jürgen und *Karl Schmitt,* Stabilität und Wandel regionaler Wählerstrukturen in Ostdeutschland 1990-1999. In: Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Hrsg. von *Frank Brettschneider, Jan van Deth* und *Edeltraud Roller*. Opladen 2002. S. 81-108.
	Oldopp, Birgit, Auf dem Weg ins Parlament. Auswahl und Wahlkampffinanzierung der Kandidaten in Deutschland, Kanada und den USA. Frankfurt am Main 2001. (Zugl.: Hamburg, Univ. der Bundeswehr, Diss., 2000.)
	Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002 sowie mit den Ergebnissen der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 21. April 2002. Hrsg. im Auftrag des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (VDSt) vom Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten der Stadt Duisburg. Duisburg 2002.
	Rattinger, Hans und *Jürgen Maier,* Der Einfluss der Wirtschaftslage auf die Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1998. H. 52. S. 45-54.
	Roth, Dieter, Wahljahr '94: Eine demoskopische Bilanz. In: Parteiensystem am Wendepunkt? Wahlen in der Fernsehdemokratie. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. München, Landsberg am Lech 1996. S. 24-35.
	Schoenbach, Klaus, Jan de Ridder und *Edmund Lauf,* Politicians on TV news. Getting attention in Dutch and German election campaigns. In: European journal of political research. Jg. 39. 2001. H. 4. S. 519-531.
	Schultze, Rainer-Olaf, Eine Bundestagswahl oder zwei? Wählerverhalten in Deutschland Ost und Deutschland West. Der Weg zur „inneren Einheit" scheint noch weit. In: Der Bürger im Staat. Jg. 52. 2002. H 1/2 S. 16-25.
	Schultze, Rainer-Olaf, Widersprüchliches, Ungleichzeitiges und kein Ende in Sicht: Die Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 26. 1995. H. 2. S. 325-352.
	Veen, Hans-Joachim, Die schwindende Berechenbarkeit der Wähler und die Zukunft des deutschen Parteiensystems. Auch eine Analyse der Bundestagswahlen nach der Vereinigung. In: Ungewissheiten der Macht. Parteien, Wähler, Wahlentscheidung. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Landsberg am Lech 1998. S. 42-67.
	Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994. Hrsg. von *Max Kaase*. Opladen 1998.
	Wahlen und Wahlkampf in den Medien. Untersuchungen aus dem Wahljahr 1994. Hrsg. von *Christina Holtz-Bacha*. Opladen 1996.
	Weßels, Bernhard, Ideologische Atomisierung oder Wählerwandel? Wahlverhalten in Deutschland 1976-1998. In: Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Hrsg. von *Frank Brettschneider, Jan van Deth* und *Edeltraud Roller*. Opladen 2002. S. 49-80.

Wahljahr	Titel der Wahlstudien
noch: 1994	*Wilke, Jürgen* und *Carsten Reinemann,* Kanzlerkandidaten in der Wahlkampfberichterstattung. Eine vergleichende Studie zu den Bundestagswahlen 1949 – 1998. Köln 2000. *Zelle, Carsten,* Candidates, Issues and Party Choice in the Federal Election of 1994. In: German Politics. Jg. 4. 1995. H. 2. S. 54-78.
1998	*Alemann, Ulrich von,* Der Wahlsieg der SPD von 1998. Politische Achsenverschiebung oder glücklicher Ausreißer? In: *Niedermayer, Oskar,* Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Opladen 1999. S. 37-62. *Andersen, Uwe* und *Wichard Woyke,* Wahl '98. Zur Bundestagswahl 1998. Parteien und Wähler. Wahlrecht und Wahlverfahren. Politische Entwicklung. Opladen 1998. *Arzheimer, Kai* und *Jürgen W. Falter,* „Annäherung durch Wandel“? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998 in Ost-West-Perspektive. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1998. B 52. S. 33-43. Der Aufstand der Frauen. In: Emma. 1998. H. 6. S. 22-27. *Becker, Rolf,* Voter participation in the 1998 Bundestag elections. A theoretical modification and empirical application of Down‘s theory of voter participation. In: German politics. Jg. 11. 2002. H. 2. S. 39-87. *Bergmann, Knut,* Der Bundestagswahlkampf 1998: Vorgeschichte, Strategien, Ergebnis. Wiesbaden 2002. (Zugl.: Bonn, Univ., Diss., 2001.) *Brenner, Gerd,* Was haben die Jungen gewählt? In: Deutsche Jugend. Jg. 46. 1998. H. 11. S. 465-466. *Brettschneider, Frank,* Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich. Wiesbaden 2002. Bundestagswahl 1998. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Köln. Jg. 49. 1998. H. 8. S. 489-552. *Dalton, Russell J.,* Germany‘s vote for a „New Middle“. In: Current history. Jg. 98. 1999. H. 627. S. 176-179. *Döpke, Jörg,* Zum Einfluss der Wirtschaftslage auf die Wahlergebnisse in Deutschland. In: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik. Jg. 28. 2002. H. 1. S. 59-72. *Donsbach, Wolfgang* und *Olaf Jandura,* Chances and Effects of Authenticity. Candidates of the German Federal Election in TV News. In: The Harvard International Journal of Press Politics. Jg. 8. 2003. H. 1. S. 49-65. *Eith, Ulrich,* Bundestagswahl 1998. Ruck zur Mitte oder Gerechtigkeitslücke? Der Regierungswechsel 1998 im Lichte wahlsoziologischer Interpretationen. Kanzler- oder Politikwechsel? In: Der Bürger im Staat. Jg. 52. 2002. H. 1/2. S. 10-15. *Eith, Ulrich* und *Gerd Mielke,* Die soziale Frage als „neue“ Konfliktlinie? Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit und Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998. In: Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit. Hrsg. von *Jan van Deth, Hans Rattinger* und *Edeltraud Roller*. Opladen 2000. S. 93-115. *Elff, Martin,* Neue Mitte oder alte Lager? Welche Rolle spielen sozioökonomische Konfliktlinien für das Wahlergebnis 1998? In: Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit. Hrsg. von *Jan van Deth, Hans Rattinger* und *Edeltraud Roller*. Opladen 2000. S. 67-92. *Falter, Jürgen W. und Harald Schoen,* Wahlen und Wählerverhalten. In: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven. Hrsg. von *Thomas Ellwein.* Opladen 1999. S. 454-470. *Falter, Jürgen W.* und *Harald Schoen,* Wechselwähler in Deutschland. Wählerelite oder politischer Flugsand? In: Demokratie und Partizipation. Festschrift für *Max Kaase*. Hrsg. von *Oskar Niedermayer*. Wiesbaden 2000. S. 13-33.

Wahljahr	Titel der Wahlstudien
noch: 1998	*Feist, Ursula* und *Hans-Jürgen Hoffmann*, Die Bundestagswahlanalyse 1998: Wahl des Wechsels. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 30. 1999. H. 2. S. 215-251.
	Franke, Siegfried F., Wechselwähler. Eine Analyse der Wählerbeweglichkeit am Beispiel der Bundestagswahl 1998 und der Landtagswahlen der Jahre 1998 bis 2000. Marburg. 2001.
	Gabriel, Oscar W. und *Frank Brettschneider*, Die Bundestagswahl 1998. Ein Plebiszit gegen Kanzler Kohl? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1998. H. 52. S. 20-32.
	Gaspers, Klaus und *Heinz-Christoph Herbertz*, Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998. In: Wirtschaft und Statistik. 1998. H. 10. S. 803-812.
	Gibowski, Wolfgang G., Wie gut sind Wahlprognosen? Eine Betrachtung am Beispiel der Bundestagswahl 1998. In: Demokratie und Partizipation. Festschrift für *Max Kaase*. Hg. von *Oskar Niedermayer*. Wiesbaden 2000. S. 417-422.
	Glotz, Peter, Zäsur. In: Die neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte. Jg. 45. 1998. H. 10. S. 869-870.
	Gschwend, Thomas, Ronald John Johnston und *Charles J. Pattie*, Split-ticket patterns in mixed-member proportional election systems. Estimates and analyses of their spatial variation at the German federal election, 1998. In: British journal of political science. Jg. 33. 2003. H. 1. S. 109-127.
	Hartenstein, Wolfgang, Den Wählern auf der Spur. Sankt Ingbert 2002.
	Hartenstein, Wolfgang, Fünf Jahrzehnte Wahlen in der Bundesrepublik. Stabilität und Wandel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 2002. H. 21. S. 39-46.
	Hennig, Eike, Schwarz-Rot-Grün und die Wahlen von 1998 und 1999. In: Vorgänge. Jg. 38. 1999. H. 4. S. 1-8.
	Hetterich, Volker, Von Adenauer zu Schröder – der Kampf um Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998. Opladen 2000.
	Hilmer, Richard und *Nicolas Schleyer*, Stimmensplitting bei der Bundestagswahl 1998. Strukturen, Trends und Motive. In: Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit. Hrsg. von *Jan van Deth, Hans Rattinger* und *Edeltraud Roller*. Opladen 2000. S. 173-197.
	Hofmann-Göttig, Joachim R., „Der Jugend eine Zukunft“. Wahlverhalten junger WählerInnen. In: Unsere Jugend. Jg. 54. 2002. H. 4. S. 146-154.
	Holtz-Bacha, Christina, Entertainisierung der Politik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 31. 2000. H. 1. S. 156-166.
	Holtz-Bacha, Christina, Wahlwerbung als politische Kultur. Parteienspots im Fernsehen 1957 – 1998. Wiesbaden 2000.
	Hough, Daniel und *Charlie Jeffery*, Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 34. 2003. H. 1. S. 79-94.
	Jaschke, Hans-Gerd, Die rechtsextremen Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Stehen sie sich selbst im Wege? In: *Niedermayer, Oskar*, Die Parteien nach der Bundestagswahl. Opladen 1999. S. 141-157.
	Jugendliche Wähler in den neuen Bundesländern. Eine Längsschnittstudie zum Wahlverhalten von Erstwählern bei der Bundestagswahl 1998. Hrsg. von *Hans-Peter Kuhn* u. a. Opladen 2001.
	Jung, Matthias und *Dieter Roth*, Wer zu spät geht, den bestraft der Wähler. Eine Analyse der Bundestagswahl 1998. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1998. B 52. S. 3–18.
	Kamps, Klaus, Politische Parteien und Kampagnen-Management. In: Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual. Hrsg. von *Andreas Dörner* und *Ludgera Vogt*. Frankfurt am Main 2002. S. 69-91.
	Keil, Silke I., Wahlkampfkommunikation in Wahlanzeigen und Wahlprogrammen. Eine vergleichende inhaltsanalytische Untersuchung der von den Bundestagsparteien CDU, CSU, SPD, FDP, B’90/Die Grünen und PDS vorgelegten Wahlanzeigen und Wahlprogrammen in den Bundestagswahlkämpfen 1957-1998. Frankfurt am Main 2003. (Zugl.: Stuttgart, Univ., Diss., 2002.)

Wahljahr	Titel der Wahlstudien
noch: 1998	*Kepplinger, Hans Mathias,* Hat das Fernsehen die Wahl entschieden? Eine vergleichende Analyse der TV-Berichterstattung in den Jahren 1990, 1994 und 1998. In: Die politische Meinung. Jg. 43. 1998. H. 347. S. 14-17.
	Kielmansegg, Peter Graf, Vorschlag und Wahl: Der Wähler als Weichensteller, In: Merkur. Jg. 52. 1998. H. 5. S. 385-399.
	Klein, Markus und *Dieter Ohr,* Gerhard oder Helmut? „Unpolitische“ Kandidateneigenschaften und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 41. 2000. H. 2. S. 199-224.
	Kuenheim, Haug von, Entscheidung ’98. Fakten, Analysen, Ansichten zur Bundestagswahl. Hamburg 1998.
	Langguth, Gerd, Kein „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“? Die Bundestagswahlen in Deutschland und die Auswirkungen auf die Europäische Union. In: Europäische Rundschau. Jg. 27. 1999. H. 2. S. 101-117.
	Larcher, Detlev von, Aufbruch nach links oder ab durch die „neue Mitte“? Thesen zum Ausgang der Bundestagswahl. In: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. 1998. H. 5. S. 9.
	Leggewie, Claus, Rot und Grün gleich rot-grün? Brief an einen Jungwähler. In: Merkur. Jg. 52. 1998. H. 7. S. 610-624.
	Lemasson, Sylvie, L' Allemagne de Gerhard Schröder. Dossier. In: Problèmes politiques et sociaux. 2000. H. 837. S. 1-90.
	Machnig, Matthias, Die Kampa als SPD-Wahlkampfzentrale der Bundestagswahl ’98: Organisation, Kampagnenformen und Erfolgsfaktoren. In: Forschungsjournal neue soziale Bewegungen. Jg. 12. 1999. H. 3. S. 20-39.
	Maier, Jürgen und *Karl Schmitt,* Stabilität und Wandel regionaler Wählerstrukturen in Ostdeutschland 1990-1999. In: Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Hrsg. von *Frank Brettschneider, Jan van Deth,* und *Edeltraud Roller*. Opladen 2002. S. 81-108.
	Molitor, Ute und *Viola Neu,* Das Wahlverhalten der Frauen bei der Bundestagswahl 1998. Kaum anders als das der Männer. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 30. 1999. H. 2. S. 252-267.
	Müller, Albrecht, Von der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie. Beobachtungen zum Bundestagswahlkampf 1998 im Spiegel früherer Erfahrungen. Opladen 1999.
	Müller, Bernhard, „Eine Wahl ist kein Erntedankfest“ (FAZ). Das Debakel der Unionsparteien. In: Sozialismus. Jg. 25. 1998. H. 11. S. 11-12.
	Neugebauer, Gero und *Richard Stöss,* Nach der Bundestagswahl 1998. Die PDS in stabiler Seitenlage? In: *Niedermayer, Oskar,* Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Opladen 1999. S. 119-140.
	Niedermayer, Oskar, Die Bundestagswahl 1998. Ausnahmewahl oder Ausdruck langfristiger Entwicklungen der Parteien und des Parteiensystems? In: *Niedermayer, Oskar,* Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Opladen 1999. S. 9-35.
	Niedermayer, Oskar, Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Opladen 1999.
	Noelle-Neumann, Elisabeth, Hans Mathias Kepplinger und *Wolfgang Donsbach,* Kampa. Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998. Freiburg im Breisgau 1999.
	Oberndörfer, Dieter, Gerd Mielke und *Ulrich Eith,* Die neue Konfliktlinie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Jg. 43. 1998. H. 7. S. 1291-1296.
	Oberreuter, Heinrich, Die Amerikanisierung des Wahlkampfes in Deutschland. In: Wahlkämpfe. Sprache und Politik. Hrsg. von *Robert Kriechbaumer*. Wien 2002. S. 129-142.
	Oladè Paraiso, Jean-Yves, Gerhard Schröder et le retour de la Social-Démocratie allemande au pouvoir. In: Allemagne d'aujourd'hui. 1999. H. 147. S. 7-22.
	Oswald, Hans und *Hans-Peter Kuhn,* Erstwähler in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 2003. H. 15. S. 18-25.
	Padgett, Stephen und *Thomas Saalfeld,* Bundestagswahl '98. End of an Era? London 2000.

Wahljahr	Titel der Wahlstudien
noch: 1998	*Pappi, Franz Urban,* Die Abwahl Kohls. Hauptergebnis der Bundestagswahl 1998? In: Zeitschrift für Politik. Jg. 46. 1999. H. 1. S. 1-29.
	Pappi, Franz Urban und *Paul W. Thurner,* Die deutschen Wähler und der Euro. Auswirkungen auf die Bundestagswahl 1998? In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 41. 2000. H. 3. S. 199-224.
	Pappi, Franz Urban, Melvin J. Hinich und *Susumu Shikano,* Ideologie und Wählerverhalten am Beispiel der Bundestagswahl 1998. In: Willensbildungsprozesse und Demokratie. Werner Kaltefleiter zum Gedenken. Hrsg. von *Edward Keynes*. Frankfurt am Main 2000. S. 27-59.
	Pickel, Gert, Dieter Walz und *Wolfram Brunner,* Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems. Opladen 2000.
	Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002 sowie mit den Ergebnissen der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 21. April 2002. Hrsg. im Auftrag des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (VDSt) vom Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten der Stadt Duisburg. Duisburg 2002.
	Pollack, Detlev und *Gert Pickel,* Besonderheiten der politischen Kultur in Ostdeutschland als Erklärungsfaktoren der Bundestagswahl 1998 und die Rückwirkungen der Bundestagswahlen auf die politische Kultur Ostdeutschlands. In: Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit. Hrsg. von *Jan van Deth, Hans Rattinger* und *Edeltraud Roller*. Opladen 2000. S. 117-142.
	Pulzer, Peter G. J., The German federal election of 1998. In: West European politics. Jg. 22. 1999. H. 3. S. [241]-249.
	Rattinger, Hans und *Jürgen Maier,* Der Einfluss der Wirtschaftslage auf die Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1998. H. 52. S. 45-54.
	Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit. Hrsg. von *Jan van Deth, Hans Rattinger* und *Edeltraud Roller*. Opladen 2000.
	Rettich, Markus und *Roland Schatz,* Amerikanisierung oder Die Macht der Themen. Bundestagswahl 1998. Die Medien-Tenor-Analyse der Berichterstattung und ihrer Auswirkung auf das Wählervotum. Bonn 1998.
	Rüttgers, Jürgen, Mitten im Wandel. Was nun CDU? In: Die politische Meinung. Jg. 44. 1999. H. 354. S. 35-41.
	Scherer, Klaus-Jürgen, Rot-Grün regiert das Land! Analytisches zur Bundestagswahl vom 27. September 1998. In: Perspektiven ds. Jg. 15. 1998. H. 4. S. 231-237.
	Schmidt, Ute, Sieben Jahre nach der Einheit. Die ostdeutsche Parteienlandschaft im Vorfeld der Bundestagswahl 1998. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1998. H 1-2. S. 37-53.
	Schmierer, Joscha, Rot-grüne Küchenbrigade oder Koch und Kellner. Nach der doppelten Überraschung der Bundestagswahl. In: Kommune. Jg. 16. 1998. H. 11. S. 6-9.
	Schoen, Harald, Gründe für wechselndes Wahlverhalten. Helfen neue Instrumente Licht in das Dunkel zu bringen? In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 41. 2000. H. 4. S. 677-706.
	Schoen, Harald, „It‘s time for a change“. Zum sozialdemokratischen Erfolg bei der Bundestagswahl 1998. In: Civis. 1998. H. 2. S. 5-10.
	Schoenbach, Klaus, Jan de Ridder und *Edmund Lauf,* Politicians on TV news. Getting attention in Dutch and German election campaigns. In: European journal of political research. Jg. 39. 2001. H. 4. S. 519-531.
	Schultze, Rainer-Olaf, Eine Bundestagswahl oder zwei? Wählerverhalten in Deutschland Ost und Deutschland West. Der Weg zur „inneren Einheit“ scheint noch weit. In: Der Bürger im Staat. Jg. 52. 2002. H. 1/2. S. 16-25.
	Schultze, Rainer-Olaf, Wählerverhalten bei Bundestagswahlen. Bekannte Muster mit neuen Akzenten. In: Politische Bildung. Jg. 33. 2000. H. 3. S. 34-56.

Wahljahr	Titel der Wahlstudien
noch: 1998	*Shikano, Susumu,* Die soziale Konstruktion politischer Wirklichkeit. Zur kollektiven Deutung der Bundestagswahl 1998 durch Medien und Bürger. Frankfurt am Main 2002. (Zugl.: Mannheim, Univ., Diss., 2001.) *Soeffner, Hans-Georg* und *Dirk Tänzler,* Medienwahlkämpfe – Hochzeiten ritueller Politikinszenierung. In: Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual. Hrsg. von *Andreas Dörner* und *Ludgera Vogt*. Frankfurt am Main 2002. S. 92-115. *Sternburg, Wilhelm von,* Nicht die Wähler verhindern sinnvolle Reformen. Notizen zum rot-grünen Wahlsieg. In: Die neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte. Jg. 45. 1998. H. 11. S. 965-967. *Stöss, Richard* und *Gero Neugebauer,* Die SPD bei der Bundestagswahl 1998: Historischer Wahlsieg mit Risiken. In: Perspektiven ds. Jg. 16. 1999. H. 1. S. 49-55. *Strohmeier, Gerd,* Moderne Wahlkämpfe – wie sie geplant, geführt und gewonnen werden. Baden-Baden 2002. Besonders S. 259-306. (Zugl.: Passau, Univ., Diss., 2001.) Umbruch 98. Wähler – Parteien – Kommunikation. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. München 2001. *Varwick, Johannes,* Deutschland nach den Wahlen 1998. Ergebnisse der Bundestagswahl am 27. September und der Landtagswahlen in Bayern am 13. September und Mecklenburg-Vorpommern am 27. September. In: Gegenwartskunde. Jg. 47. 1998. H. 4. S. 483-488. Wählerinnen müssen Druck machen! Mit Beiträgen von *Rita Süssmuth, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Christine Bergmann* und *Rita Grießhaber*. In: Emma. Köln. 1998. H. 5. S. 48-53. Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998. Hrsg. von *Hans-Dieter Klingemann*. Wiesbaden 2001. *Vogt, Ludgera,* Wählen in der Multioptionsgesellschaft. In: Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual. Hrsg. von *Andreas Dörner* und *Ludgera Vogt*. Frankfurt am Main 2002. S. 116-140. *Vorländer, Hans,* Die FDP nach der Bundestagswahl 1998. Koalitionspartei im Wartestand? In: *Niedermayer, Oskar,* Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Opladen 1999. S. 103-118. Wahlkampf in den Medien – Wahlkampf mit den Medien. Ein Reader zum Wahljahr 1998. Hrsg. von *Christina Holtz-Bacha*. Opladen 1999. *Weßels, Bernhard,* Ideologische Atomisierung oder Wählerwandel? Wahlverhalten in Deutschland 1976-1998. In: Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Hrsg. von *Frank Brettschneider, Jan van Deth* und *Edeltraud Roller*. Opladen 2002. S. 49-80. *Weßels, Bernhard,* Kanzler- oder Politikwechsel. Bestimmungsgründe des Wahlerfolgs der SPD bei der Bundestagswahl 1998. In: Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit. Hrsg. von *Jan van Deth, Hans Rattinger* und *Edeltraud Roller*. Opladen 2000. S. 35-65. *Wilke, Jürgen* und *Carsten Reinemann,* Kanzlerkandidaten in der Wahlkampfberichterstattung. Eine vergleichende Studie zu den Bundestagswahlen 1949 – 1998. Köln 2000.
2002	*Arzheimer, Kai* und *Jürgen W. Falter,* Ist der Osten wirklich rot? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2002 in Ost-West-Perspektive. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 2002. H. 49-50. S. 27-35. *Bartels, Hans-Peter,* Der schwierige Sieg. Mit Beitr. von Hans-Peter Bartels u. a. In: Berliner Republik. Jg. 4. 2002. H. 5. S. 6-31. *Brettschneider, Frank,* Die Medienwahl 2002. Themenmanagement und Berichterstattung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 2002. H. 49-50. S. 36-47. Bundestagswahl 2002 – Analyse eines Zufalls. Mit Beiträgen verschiedener Verfasser. In: Forschungsjournal neue soziale Bewegungen. Jg. 16. 2003. H. 1. S. 2-108. *Döpke, Jörg,* Zum Einfluss der Wirtschaftslage auf die Wahlergebnisse in Deutschland. In: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik. Jg. 28. 2002. H. 1. S. 59-72.

Wahljahr	Titel der Wahlstudien
noch: 2002	*Eisel, Stephan*, Ein Wahlergebnis und sieben Fragen. In: Die politische Meinung. Jg. 47. 2002. H. 396. S. 5-11.
	Eisel, Stephan und *Jutta Graf*, Bundestagswahl 2002 – die umstrittenen Wahlkreise. Sankt Augustin 2002.
	Eisel, Stephan und *Jutta Graf*, Die PDS und die Bundestagswahl 2002. Sankt Augustin 2001.
	Gibson, Rachel K., *Andrea Römmele* und *Stephen Ward*, German parties and internet campaigning in the 2002 federal election. In: German politics. Jg. 12. 2003. H. 1. S. 79-108.
	Graf, Jutta und *Viola Neu*, PolitikKompass. Analyse der Bundestagswahl vom 22. September 2002. Sankt Augustin 2002. (Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 91)
	Hartenstein, Wolfgang, Den Wählern auf der Spur. Sankt Ingbert 2002.
	Hartenstein, Wolfgang und *Rita Müller-Hilmer*, Die Bundestagswahl 2002. Neue Themen – neue Allianzen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 2002. H. 49-50. S. 18-26.
	Hartwich, Hans-Hermann, Arbeitsmarktreform im Bundestagswahlkampf 2002. Eine Fallstudie zum Thema „Demokratie und Arbeitslosigkeit“. In: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik. Jg. 52. 2003. H. 1. S. 113-142.
	Hebecker, Eike, Experimentieren für den Ernstfall. Der Online-Wahlkampf 2002. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 2002. H. 49-50. S. 48-54.
	Hilmer, Richard, Bundestagswahl 2002: Eine zweite Chance für Rot-Grün. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 34. 2003. H. 1. S. 187-219.
	Hirscher, Gerhard, Die Zukunft des Parteienwettbewerbs in Deutschland – Analysen der Bundestagswahl 2002. In: Politische Studien. J. 54. 2003. H. 387. S. 13-20.
	Hough, Daniel und *Charlie Jeffery*, Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 34. 2003. H. 1. S. 79-94.
	Jesse, Eckhard, Das Abschneiden der PDS und der Rechtsparteien bei der Bundestagswahl 2002. In: Zeitschrift für Politik. Jg. 50. 2003. H. 1. S. 17-36.
	Jung, Helmut, Analyse der Bundestagswahl 2002. In: Politische Studien. Jg. 54. 2003. H. 387. S. 21-33.
	Korte, Karl-Rudolf, Die Mitte ist der „Heilige Gral“. Der Bundestagswahlkampf war von fehlender inhaltlicher Spannung und der Zuspitzung auf „Kanzlerpräsidenten“ geprägt. In: Die politische Meinung. Jg. 47. 2002. H. 396. S. 15-18.
	Lohauß, Peter, Die Niederlage des bürgerlichen Lagers. In: Kommune. Jg. 20. 2002. H. 11. S. 14-17.
	Moderner Wahlkampf. Blick hinter die Kulissen. Hrsg. von *Thomas Berg*. Opladen 2002.
	Müchler, Günter, Gelbe Karte für Rot-Grün. In: Die politische Meinung. Jg. 47. 2002. H. 396. S. 27-39.
	Pappi, Franz Urban und *Susumu Shikano*, Schröders knapper Sieg bei der Bundestagswahl 2002. In: Zeitschrift für Politik. Jg. 50. 2003. H. 1. S. 1-16.
	Politik – Medien – Wähler. Wahlkampf im Medienzeitalter. Hrsg. von *Matthias Machnig*. Opladen 2002.
	Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002 sowie mit den Ergebnissen der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 21. April 2002. Hrsg. im Auftrag des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (VDSt) vom Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten der Stadt Duisburg. Duisburg 2002.
	Poschmann, Thomas, Erfolgreiche Wahlkreiskandidaturen für Splitterparteien. Zur Feststellung der bereinigten Zweitstimmenzahl bei der Ermittlung des endgültigen Ergebnisses der Bundestagswahl 2002. In: Thüringer Verwaltungsblätter. Jg. 12. 2003. H. 6. S. 121-128.
	Pukelsheim, Friedrich, Bundestagswahl 2002. Erfolgswertgleichheit der Wählerstimmen zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Augsburg, Univ., Institut für Mathematik, 2003. (Report No. 449.)

Wahljahr	Titel der Wahlstudien
noch: 2002	*Roberts, Geoffrey K.*, „Taken at the flood?“ The German general election 2002. In: Government and opposition. Jg. 38. 2003. H. 1. S. 53-72. *Roth, Dieter* und *Matthias Jung*, Ablösung der Regierung vertagt. Eine Analyse der Bundestagswahl 2002. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 2002. H. 49-50. S. 3-17. *Schoen, Harald* und *Jürgen W. Falter*, Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2002. In: Politische Studien. Jg. 54. 2003. H. 387. S. 34-43. *Scholz, Rupert* und *Hans Hofmann*, Muss das Ergebnis der Bundestagswahl 2002 korrigiert werden? In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 36. 2003. H. 2. S. 39-45. *Schreiber, Wolfgang*, Nachwahl am Tag der Hauptwahl und sonstige wahlrechtliche Auffälligkeiten. Rechtliche Nachbetrachtungen zur Bundestagswahl 2002. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 22. 2003. H. 4. S. 402-408. *Schwartzenberg, Margitta von*, Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002. In: Wirtschaft und Statistik. 2002. H. 10. S. 823-837. *Stöhlker, Klaus J.*, Wahlen, Macht und Libertas. In: Mut. 2002. H. 423. S. 6-10. *Sturm, Roland*, Europa – kein Wahlkampfthema? Die Bundestagswahl 2002 im Kontext der Europäischen Union. Dabei stehen wichtige Entscheidungen an. In: Der Bürger im Staat. Jg. 52. 2002. H. 1/2. S. 74-78. *Wendt, Alexander*, Gefangen im Milieu. Anmerkungen zum Scheitern der PDS. In: Die politische Meinung. Jg. 47. 2002. H. 396. S. 12-14. *Werner, Tim C.*, Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2002 nach Geschlecht und Alter. Ergebnisse einer repräsentativen Wahlstatistik. In: Wirtschaft und Statistik. 2003. H. 3. S. 171-188.

Regionale Wahlstudien[1]

Länder	Titel der Wahlstudien
Schleswig-Holstein	*Bonde, Bettina* und *Immo von Homeyer*, Wahlrecht, Wahlsystem und Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein. In: Demokratie in Schleswig-Holstein: Historische Aspekte und aktuelle Fragen. Opladen 1998. S. 343-370.
Hamburg	Analyse der Bundestagswahl 1998 in Hamburg. Statistisches Landesamt Hamburg. Hamburg 1998.
Niedersachsen	*Müller-Hilmer, Rita*, Die niedersächsische Landtagswahl vom 1. März 1998: Die Kür des Kanzlerkandidaten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 30. 1999. H. 1. S. 41-55.
Bremen	–
Nordrhein-Westfalen	Extremistische Parteien und Gruppierungen in NRW: Kandidaturen, Wahlkampf, Ergebnisse, Entwicklungen; Superwahljahr 1994/95. Hrsg. vom Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Abt. Verfassungsschutz. Düsseldorf. 1995.
Rheinland-Pfalz	*Arzheimer, Kai* und *Cornelia Weins*, Zerfallen die sozialstrukturellen Bindungen an die Union – zum Beispiel in Rheinland-Pfalz? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 28. 1997. H. 2. S. 203-215.
Hessen	*Heidenreich, Bernd (*Hrsg.*)* und *Klaus Lange (*Bearb.*)*, Hessen – Wahlen und Politik. Stuttgart. 1996.

[1] Alle Länder der Bundesrepublik werden nachfolgend aufgeführt, auch wenn für deren Wahlen keine Wahlanalysen vorliegen.

Länder	Titel der Wahlstudien
Baden-Württemberg	–
Bayern	*Hirscher, Gerhard*, Die CSU nach den Wahlen des Jahres 1994. In: Umbruch und Wandel in westeuropäischen Parteiensystemen. Frankfurt am Main. 1995. S. 155-179.
Saarland	–
Berlin	–
Mecklenburg-Vorpommern	Ergebnisse der Kreistags- und Europawahlen 1994 sowie der Landtags- und Bundestagswahlen 1990 in Mecklenburg-Vorpommern in der Struktur der Landtags- und Bundestagswahlkreise 1994. Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin 1994. *Schoon, Steffen*, Zwischen „Ostkompetenz“ und Entzauberung. Die PDS und ihre Wähler in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1994 und 1998. In: Deutschland-Archiv. Jg. 34. 2001. H. 5. S. 777-784. *Werz, Nikolaus* (Hrsg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern. München 2000. *Werz, Nikolaus* und *Jochen Schmidt*, Der Wähler – ein unbekanntes Wesen? Wählerverhalten in Mecklenburg-Vorpommern. In: Traditio et innovatio. Jg. 3. 1998. H. 1. S. 17-20. *Werz, Nikolaus* und *Jochen Schmidt*, Wahlen und politische Einstellungen seit 1990. Resümee und Ausblick. In: Mecklenburg-Vorpommern im Wandel. Bilanz und Ausblick. München. 1998. S. 260-273.
Brandenburg	–
Sachsen-Anhalt	*Eith, Ulrich*, Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt. Zur Bedeutung sozialstruktureller Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidungen 1990 und 1994. Berlin. 1997. *Gagel, Walter*, Im Schatten der Bundestagswahl: Die Europawahlen und die Kommunalwahlen am 12. Juni 1994 – Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. Juni 1994. In: Gegenwartskunde. Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung. Jg. 43. 1994. H. 3. S. 347-352. *Renzsch, Wolfgang*, Landtagswahlen 2002: Zum Verhältnis von Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt. In: Wahlen 2002 in Sachsen-Anhalt. Ausgangsbedingungen – Handlungsrahmen – Entscheidungsalternativen. Hrsg. von *Klaus-Bernd Roy*. Magdeburg 2002. S. 9-17.
Thüringen	Bundestagswahl 2002 in Thüringen. Ergebnisse vorangegangener Wahlen und ausgewählte Strukturdaten zurückliegender Jahre. Hrsg. vom Thüringer Landesamt für Statistik. Erfurt 2002.
Sachsen	*Corellou-Davidovski, Carol*, L’ élection au Bundestag de Manfred Kolbe, député CDU de Saxe: une victoire prévisible? In: Revue d’Allemagne. Jg. 1995. H. 1. S. 85-92.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.14.

1.11 Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

Zwischen 1953 und 1990 nahm das Statistische Bundesamt bei Bundestagswahlen regelmäßig Repräsentativerhebungen vor, die vor allem eine Aufschlüsselung der Stimmabgabe und der Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht erlauben. Im Gegensatz zu den Umfragen der Forschungsinstitute werden jedoch für diese repräsentativen Wahlstatistiken keine Befragungen von Wählern vorgenommen. Vielmehr werden in repräsentativ ausgewählten Wahlbezirken besondere Wahlzettel ausgegeben, auf denen die Unterscheidungsmerkmale „Alter“ und „Geschlecht“ vermerkt sind. Bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 wurde auf die repräsentative Wahlstatistik verzichtet. Dazu hatte der Bundestag am 29. Juni 1994 das Gesetz zur Aussetzung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik für die Wahl zum 13. Bundestag verabschiedet. Die Änderung von § 51 Abs. 2 Bundeswahlgesetz wurde am 28. September 1994 – drei Wochen vor dem Wahltag – verkündet (BGBl. I S. 2734).

Die Begründung zur Aussetzung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik für die Wahl zum 13. Deutschen Bundestag verwies auf nicht näher erläuterte Bedenken, „mit einem nach Alter und Geschlecht gekennzeichneten Stimmzettel an der Wahl teilzunehmen“ (Drucksache 12/8152, S. 3). Der Bundesrat hatte diese Bedenken seinerzeit nicht geteilt. Nach seiner Auffassung ist die repräsentative Wahlstatistik unverzichtbar, um Erkenntnisse über das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht sowie über die Gruppe der Nichtwähler zu gewinnen und den Wahlforschungsinstituten Grundlagen für Wahlforschung und Hochrechnungen zu liefern (Entschluss vom 23. September 1994, Bundesratsdrucksache 841/94 – Beschluss). In der oben erwähnten Entschließung hatte der Bundesrat nicht nur das erhebliche öffentliche Interesse an der repräsentativen Wahlstatistik betont, sondern auch den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich nach der Bundestagswahl 1994 Vorschläge für die künftige Ausgestaltung der repräsentativen Wahlstatistik vorzulegen. Eine entsprechende Gesetzesinitiative war jedoch in der 13. Wahlperiode nicht erfolgt.

Trotz breiter Kritik aus Wissenschaft und Forschung hatte der Deutsche Bundestag am 25. Juni 1998 einen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP zur erneuten Aussetzung der repräsentativen Wahlstatistik beschlossen (Gesetz über die Aussetzung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik für die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag vom 25. August 1998, BGBl. I S. 2430). Der Bundesrat hatte diesem Entwurf am 10. Juli 1998 zugestimmt. In der erläuternden Entschließung (Bundesratsdrucksache 661/98 – Beschluss) begründete der Bundesrat seine Zustimmung – wie schon bei der Bundestagswahl 1994 – damit, dass die Vorbereitungen für die Bundestagswahl 1998 zu weit fortgeschritten seien und den Wählern und Wahlbehörden wenige Wochen vor dem Wahltag keine Ungewissheit über die Modalitäten der Stimmabgabe mehr zugemutet werden könne. Zugleich bekräftigte der Bundesrat aber das erhebliche öffentliche Interesse an den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik und forderte den Bundestag und die Bundesregierung auf „unverzüglich eine inhaltliche Überarbeitung der bundesrechtlichen Vorschriften über die Repräsentative Wahlstatistik einzuleiten“.

Kurz nach der Bundestagswahl am 28. September 1998 betonten Wahl- und Meinungsforschungsinstitute, der Deutsche Städtetag sowie Universitäten und Statistische Ämter die Notwendigkeit der repräsentativen Wahlstatistik und plädierten für eine gesetzliche Regelung.

Diese erfolgte mit dem am 1. Juni 1999 in Kraft getretenen Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (WStatG – Wahlstatistik) vom 21. Mai 1999 (BGBl. I, S. 1023). Das Gesetz hat sich bereits bei der Wahl der Abgeordneten aus der Bundesrepublik Deutschland zum Europäischen Parlament am 13. Juni 1999 bewährt.

Das Wahlstatistikgesetz in der Fassung vom 21. Mai 1999 sah noch keine Einbeziehung der Briefwahlstimmen in die repräsentative Wahlstatistik vor. Der Anteil der Briefwähler an der Gesamtzahl der Wähler hat sich jedoch stetig erhöht (vgl. dazu unten Kapitel. 1.15 Briefwähler). Vor diesem Hintergrund wurde am 17. Januar 2002 – noch rechtzeitig vor der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 – das 1. Gesetz zur Änderung des Wahlstatistikgesetzes (BGBl. I S. 412) erlassen. Dieses Gesetz sieht nunmehr die Einbeziehung ausgewählter Briefwahlbezirke in die Statistik vor. Durch diese Einbeziehung der Briefwahlstimmen werden ca. 300.000 bis 350.000 (Brief-)Wähler zusätzlich von der repräsentativen Wahlstatistik betroffen sein.

Die repräsentative Wahlstatistik ist eine Stichprobenerhebung. Die Auswahl der Stichprobenwahlbezirke trifft der Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Ämtern der Länder.
Nach § 3 WStatG dürfen nicht mehr als fünf vom Hundert der Wahlbezirke und der Briefwahlbezirke eines Landes an der repräsentativen Wahlstatistik teilnehmen. Die ausgewählten Wahlbezirke müssen darüber hinaus jeweils mindestens 400 Wahlberechtigte (bei der Urnenwahl; bei der Briefwahl: 400 Wähler) umfassen. Diese Regelungen tragen dem Gebot der Anonymität der repräsentativen Wahlstatistik Rechnung und garantieren somit die Wahrung des Wahlgeheimnisses.
Aus den ca. 80.000 Wahlbezirken und ca. 10.000 Briefwahlbezirken wurden für die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 für die Feststellung der Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen 2.496 Urnenwahlbezirke ausgewählt. Die Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen wird in 2.617 Urnenwahlbezirken und 375 Briefwahlbezirken statistisch erfasst. Es wird somit gewährleistet, dass die Ergebnisse der ausgewählten Bezirke für die Gesamtheit des Wahlgebietes und für die einzelnen Bundesländer repräsentativ sind.

Wahl-jahr	Alter in Jahren	SPD-Wähler			CDU/CSU-Wähler			BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN- Wähler			FDP-Wähler			PDS-Wähler			Wähler sonstiger Parteien		
		männl. in %	weibl. in %	insges. in %	männl. in %	weibl. in %	insges. in %	männl. in %	weibl. in %	insges. in %	männl. in %	weibl. in %	insges. in %	männl. in %	weibl. in %	insges. in %	männl. in %	weibl. in %	insges. in %
1994[1]	18-24	32,7	36,5	34,6	35,0	30,8	33,2	12,9	15,8	14,2	6,7	6,2	6,3	4,8	5,5	5,1	7,9	5,2	6,6
	25-34	36,7	42,5	39,4	34,9	29,1	32,1	11,5	14,2	12,7	5,7	4,9	5,3	5,2	5,6	5,5	6,0	3,7	5,0
	35-44	39,2	35,9	37,7	35,7	37,6	36,8	9,5	12,0	10,5	7,0	6,4	6,6	5,0	5,1	5,2	3,6	3,0	3,2
	45-59	36,4	35,9	36,7	44,2	45,3	44,5	3,9	5,0	4,3	8,7	7,2	7,8	3,9	4,3	4,0	2,9	2,3	2,7
	ab 60	34,7	32,2	34,3	47,7	52,6	49,7	1,9	3,2	2,5	8,4	7,2	7,5	4,2	2,6	3,3	3,1	2,2	2,7
	zusammen	36,1	35,9	36,4	40,6	42,2	41,4	7,0	8,2	7,3	7,5	6,6	6,9	4,6	4,2	4,4	4,2	2,9	3,6
1998[2]	18-24	35	37	36	32	31	32	8	12	10	7	5	6	5	6	6	13	10	12
	25-34	42	42	42	30	27	29	8	12	10	6	6	6	5	6	5	9	8	9
	35-44	44	41	42	31	29	30	9	12	10	5	5	5	6	7	7	6	5	6
	45-59	43	43	43	36	35	36	5	6	5	8	7	7	5	5	5	5	4	4
	ab 60	39	41	40	43	44	44	2	3	2	7	6	6	6	3	4	4	3	4
	zusammen	41	41	40,9	35	35	35,2	6	8	6,7	6	6	6,2	5	5	5,1	7	5	5,9
2002[3]	18-24	34,9	41,3	38,1	33,3	30,7	32,0	10,9	11,4	11,2	11,5	8,9	10,2	4,0	3,4	3,7	5,5	4,2	4,8
	25-34	34,4	39,9	37,1	35,5	32,2	33,9	11,3	12,6	11,9	11,0	8,5	9,8	3,4	3,1	3,3	4,5	3,6	4,1
	35-44	37,5	41,1	39,3	35,3	31,8	33,5	11,7	13,5	12,6	7,8	6,5	7,2	3,9	3,8	3,9	3,9	3,3	3,6
	45-59	37,6	40,0	38,8	38,2	36,8	37,4	8,4	9,3	8,8	7,7	7,1	7,4	5,0	4,4	4,7	3,2	2,5	2,9
	ab 60	37,0	39,7	38,5	46,4	45,6	46,0	3,4	4,1	3,8	6,3	5,4	5,8	4,5	3,5	3,9	2,4	1,7	2,0
	zusammen	36,7	40,2	38,5	39,2	37,8	38,5	8,2	8,9	8,6	8,1	6,7	7,4	4,3	3,7	4,0	3,5	2,7	3,1

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.15.

[1] Quelle: Bundestagswahl 1994. Eine Analyse der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994. Hrsg. von der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim. Mannheim 1994. S. 18. (Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V. Mannheim, Nr. 76).

[2] Quelle: Bundestagswahl 1998. Eine Analyse der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998. Hrsg. von der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim. Mannheim 1998. S. 18. (Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V. Mannheim, Nr. 91).

[3] Quelle: Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt, der Bundeswahlleiter. H. 5: Textliche Auswertung der Wahlergebnisse. Wiesbaden 2003. S. 78-79.

1.12 Stimmabgabe nach Beruf und Konfession

Die Stimmabgabe nach Beruf und Konfession wurde bis zur Bundestagswahl 1990 sowie seit der Bundestagswahl 2002 durch die amtliche Repräsentativstatistik ermittelt[1]. Für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 konnten Ergebnisse der „Forschungsgruppe Wahlen e. V. Mannheim“, verwendet werden. Die amtliche Repräsentativstatistik und die Forschungsgruppe Wahlen sind bei der Ermittlung der Berufe und der Konfessions- bzw. Religionszugehörigkeit auf Umfragen angewiesen[2].

Wahljahr		SPD in %	CDU/CSU in %	B 90/GR in %	FDP in %	PDS in %	andere in %
1994	Gesamt	36,4	41,1	6,9	7,3	4,4	3,6
	Berufstätig:						
	berufstätig	37	39	8	7	5	4
	Rentner	36	49	3	7	4	2
	in Ausbildung	33	29	21	7	6	5
	arbeitslos	42	31	7	4	12	4
	Berufsgruppe:						
	Arbeiter	45	37	5	4	5	5
	Angestellte	36	38	9	8	6	3
	Beamte	33	43	11	8	3	3
	Selbständige	18	52	8	15	3	4
	Landwirte	14	64	4	9	3	6
	Gewerkschafts-Mitglied:						
	ja	50	30	7	3	6	4
	nein	33	44	8	8	4	4
	Arbeiter + Gewerksch.:						
	Gew.-Mitglied	55	30	4	2	5	5
	kein Mitglied	39	41	5	5	5	5
	Angestellte + Gewerksch.:						
	Gew.-Mitglied	46	28	9	4	10	3
	kein Mitglied	34	41	9	8	5	3
1998	Gesamt	40,9	35,2	6,7	6,2	5,1	5,9
	Berufstätig:						
	berufstätig	41	33	8	7	5	7
	Rentner	42	41	3	6	5	4
	in Ausbildung	37	27	17	6	6	7
	arbeitslos	44	23	7	4	13	9

[1] Zur repräsentativen Wahlstatistik vgl. die Vorbemerkungen im Kapitel 1.11 Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht.

[2] Quellen für die Wahlen 1994 und 1998: Bundestagswahl 1994. Eine Analyse der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994. Hrsg. von der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim. Mannheim 1994 (Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Nr. 76) Und: Bundestagswahl 1998. Eine Analyse der Wahl vom 27. September 1998. Hrsg. von der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim. Mannheim 1998. (Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Nr. 91)
Quelle für die Wahl 2002: Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt, der Bundeswahlleiter. H. 5: Textliche Auswertung der Wahlergebnisse. Wiesbaden 2003.

Wahljahr		SPD in %	CDU/CSU in %	B 90/GR in %	FDP in %	PDS in %	andere in %
noch: 1998	Berufsgruppe:						
	Arbeiter	48	30	3	3	6	10
	Angestellte	42	32	8	7	6	5
	Beamte	36	40	11	6	3	4
	Selbständige	22	44	10	15	4	5
	Landwirte	15	69	2	9	3	3
	Gewerkschafts-Mitglied:						
	ja	56	22	6	3	7	6
	nein	38	37	7	7	5	6
	Arbeiter + Gewerksch.:						
	Gew.-Mitglied	61	19	3	2	6	9
	kein Mitglied	43	33	3	4	6	11
	Angestellte + Gewerksch.:						
	Gew.-Mitglied	52	21	10	3	8	6
	kein Mitglied	39	34	8	8	6	5
2002	Gesamt	38,5	38,5	8,6	7,4	4,0	3,0
	Berufstätig:						
	berufstätig	37	38	10	8	4	3
	Rentner	40	44	4	6	5	2
	in Ausbildung	38	28	16	10	5	3
	arbeitslos	41	27	9	6	10	7
	Berufsgruppe:						
	Arbeiter	44	37	4	7	4	4
	Angestellte	41	35	10	7	4	3
	Beamte	33	41	14	6	3	3
	Selbständige	21	51	11	13	3	2
	Landwirte	19	66	3	6	4	3
	Gewerkschafts-Mitglied:						
	ja	51	27	9	5	5	3
	nein	36	41	9	8	4	3
	Arbeiter + Gewerksch.:						
	Gew.-Mitglied	54	28	4	5	4	5
	kein Mitglied	40	41	4	7	5	4
	Angestellte + Gewerksch.:						
	Gew.-Mitglied	56	20	11	5	7	2
	kein Mitglied	38	38	10	8	4	2

Stimmabgabe der Arbeiter im westlichen und östlichen Wahlgebiet

Wahljahr	Wahlgebiet in %	SPD in %	CDU/CSU in %	B 90/GR in %	FDP in %	PDS in %	andere in %
1994	West	50	35	4	5	1	6
	Ost	35	41	3	3	15	3
1998	West	53	31	–	–	–	–
	Ost	39	27	–	–	17	–
2002	West	45	39	5	6	1	4
	Ost	40	30	3	7	15	5

Konfession

Wahljahr	Konfession	SPD in %	CDU/CSU in %	B 90/GR in %	FDP in %	PDS in %	andere in %
1994	katholisch	–	52	–	–	–	–
	evangelisch	–	39	–	–	–	–
	keine	–	29	–	–	17	–
1998	katholisch	36	47	6	6	1	5
	evangelisch	46	33	7	7	2	5
	keine	41	21	8	5	16	9
2002	katholisch	30	52	8	7	1	2
	evangelisch	44	36	8	8	2	3
	keine	40	25	11	8	11	5

□ Angaben für den Zeitraum bis 1990 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.16.

1.13 Hochburgen und Wahlkreisabgeordnete

Der Begriff „Hochburgen“ wird sowohl umgangssprachlich wie auch in der Wissenschaft nicht eindeutig verwendet. Üblicherweise versteht man darunter einen sog. „sicheren“ oder „stabilen“ Wahlkreis, der von einer gegnerischen Partei aller Voraussicht nach nicht erobert werden kann. Es gibt allerdings keine Übereinkunft, wie groß der Stimmenanteil einer Partei sein muss und welche sonstigen Faktoren berücksichtigt werden müssen, um von einer Hochburg oder von einem stabilen Wahlkreis sprechen zu können.
Nachfolgend wurden jene Wahlkreisergebnisse zusammengestellt, in denen von einer Partei bzw. einem Kandidaten ein Zweit- bzw. Erststimmenanteil von mindestens 55,0 % erreicht worden ist. Berücksichtigung fanden nur solche Parteien, die in dem betreffenden Wahljahr die Sperrklausel überwinden konnten. Bei Prozentzahlen ab 60,0 sind die Bezeichnung des Wahlkreises und/oder der Name des direkt gewählten Wahlkreisbewerbers **fett** gedruckt.

Es werden mit Hochburgen gelegentlich auch solche Wahlkreise bezeichnet, in denen eine Partei die höchsten Stimmenanteile erhalten hat, unabhängig davon, ob sie den betreffenden Wahlkreis auch erobern konnte. Dieses gilt für die kleineren Parteien, wenn sie zwar kein Direktmandat errungen haben und die dennoch „Hochburgen“ besitzt, in denen sie immer wieder überdurchschnittlich hohe Zweitstimmenanteile erhält.
Um beiden Definitionen von „Hochburgen“ gerecht zu werden, ist dieses Kapitel folgendermaßen gegliedert:

– Statistik über die Wahlkreissitze und Hochburgen;
– Zusammenstellung der stabilen Wahlkreise, d. h. der Wahlkreise mit einem Stimmenanteil von über 55,0%;
– Aufstellung der Wahlkreise mit dem höchsten und – interessehalber – dem niedrigsten Stimmenanteil für jede in den Bundestag eingezogene Partei.

Wahljahr	Wahlkreis-sitze insge-samt	davon entfallen auf folgende Parteien (in Klammern: Anteil der Hochburgen)					
		SPD	CDU	CSU	FDP	B 90/GR	PDS
1994	328	103(14)	177(17)	44(24)	–	–	4
1998	328	212(36)	74(1)	38(15)	–	–	4
2002	299	171(20)	82(2)	43(31)	–	1	2

Wahl zum 13. Bundestag (1994)

Partei		Wahlkreis	Zweit-stimmen-anteil in %	Erst-stimmen-anteil in %	Wahlkreis-abgeordneter
CDU	20	Unterems	48,3	56,7	Rudolf Seiters
	26	Mittelems	52,4	57,0	Hermann Kues
	27	**Cloppenburg – Vechta**	**63,8**	**67,7**	**Manfred Carstens**
	96	Borken II	51,7	55,6	Elke Wülfing
	107	Paderborn	53,2	56,9	Friedhelm Ost
	132	Fulda	51,4	55,1	Alfred Dregger
	151	Bitburg	52,7	57,1	Peter Harald Rauen
	188	Offenburg	48,6	58,3	Wolfgang Schäuble
	196	Biberach	54,2	58,9	Alois Graf von Waldburg-Zeil
	198	Zollernalb – Sigmaringen	50,4	56,5	Dietmar Schlee
	312	Döbeln – Grimma – Oschatz	49,4	55,8	Manfred Kolbe
	315	Görlitz – Zittau – Niesky	53,9	56,9	Georg Janovsky
	316	Bautzen – Löbau	56,7	**60,3**	**Gottfried Haschke**
	317	Pirna – Sebnitz – Bischofswerda	56,6	59,8	Klaus Brähmig
	320	Dresden-Land – Freital – Dippoldiswalde	56,2	**60,9**	**Rainer Jork**

noch: Wahl zum 13. Bundestag (1994)

Partei		Wahlkreis	Zweit-stimmen-anteil in %	Erst-stimmen-anteil in %	Wahlkreis-abgeordneter
noch: CDU	321	Freiberg – Brand-Erbisdorf – Flöha – Marienberg	53,3	56,6	Joachim Schmidt
	326	Aue – Schwarzenberg – Klingenthal	50,8	55,3	Wolfgang Dehnel
CSU	199	Altötting	57,2	**60,5**	**Josef Hollerith**
	200	Freising	56,1	58,4	Albert Probst
	201	Fürstenfeldbruck	52,0	55,6	Gerda Hasselfeldt
	202	Ingolstadt	56,6	**62,7**	**Horst Seehofer**
	209	Rosenheim	56,6	**60,6**	**Wolfgang Zeitlmann**
	210	Starnberg	55,1	59,7	Wolfgang Gröbl
	211	Traunstein	57,4	**61,1**	**Peter Ramsauer**
	212	Weilheim	57,4	**62,0**	**Michaela Geiger**
	213	Deggendorf	57,7	**61,1**	**Bartholomäus Kalb**
	214	Landshut	54,9	57,8	Wolfgang Götzer
	215	Passau	54,8	59,1	Klaus Rose
	216	Rottal-Inn	59,5	**61,9**	**Max Straubinger**
	217	Straubing	58,4	**63,6**	**Ernst Hinsken**
	218	Amberg	54,4	56,6	Rudolf Kraus
	219	Regensburg	52,8	55,6	Benno Zierer
	222	Bamberg	53,5	56,8	Gerhard Scheu
	234	Bad Kissingen	57,8	**61,6**	**Eduard Lintner**
	235	Main-Spessart	52,1	55,4	Wolfgang Zöller
	236	Schweinfurt	53,2	56,9	Michael Glos
	239	Augsburg-Land	53,7	58,3	Eduard Oswald
	240	Donau-Ries	56,7	**60,6**	**Hans Raidel**
	241	Neu-Ulm	52,9	58,6	Theodor Waigel
	242	Oberallgäu	52,6	57,7	Gerd Müller
	243	Ostallgäu	56,7	**60,2**	**Kurt J. Rossmanith**
SPD	19	Aurich – Emden	56,0	57,1	Jann-Peter Janssen
	84	Duisburg I	54,6	56,9	Helmut Wieczorek
	85	**Duisburg II**	**61,0**	**62,6**	**Günter Schluckebier**
	86	Oberhausen	57,9	59,3	Dieter Schanz
	88	Essen I	53,6	56,1	Otto Reschke
	89	Essen II	59,3	**60,8**	**Rolf Hempelmann**
	93	Gelsenkirchen I	58,3	59,3	Joachim Poß
	94	Gelsenkirchen II – Recklinghausen III	56,7	58,0	Norbert Formanski

noch: Wahl zum 13. Bundestag (1994)

Partei		Wahlkreis	Zweit-stimmen-anteil in %	Erst-stimmen-anteil in %	Wahlkreis-abgeordneter
noch: SPD	95	Bottrop-Recklinghausen IV	56,6	57,4	Dieter Grasedieck
	110	Bochum I	55,1	55,7	Klaus Hasenfratz
	111	Bochum II –Ennepe-Ruhr-Kreis II	55,4	56,6	Klaus Lohmann
	112	**Herne**	**60,2**	**62,2**	**Dieter Maaß**
	114	Dortmund II	59,3	**60,0**	**Wolfgang Weiermann**
	116	Unna I	53,7	55,5	Ulrich Böhme

Wahl zum 14. Bundestag (1998)

Partei		Wahlkreis	Zweit-stimmen-anteil in %	Erst-stimmen-anteil in %	Wahlkreis-abgeordneter
CDU	27	Cloppenburg – Vechta	58,8	**61,9**	**Manfred Carstens**
CSU	199	Altötting	53,3	58,2	Josef Hollerith
	202	Ingolstadt	52,2	55,0	Horst Seehofer
	209	Rosenheim	51,7	55,2	Wolfgang Zeitlmann
	210	Starnberg	52,2	57,0	Ilse Aigner
	211	Traunstein	54,7	**60,1**	**Peter Ramsauer**
	212	Weilheim	53,2	58,0	Michaela Geiger
	213	Deggendorf	51,6	56,2	Bartholomäus Kalb
	214	Landshut	52,5	56,0	Wolfgang Götzer
	216	Rottal-Inn	56,1	59,3	Max Straubinger
	217	Straubing	55,1	**63,0**	**Ernst Hinsken**
	234	Bad Kissingen	52,4	56,5	Eduard Lintner
	239	Augsburg-Land	50,6	58,1	Eduard Oswald
	240	Donau-Ries	52,8	57,2	Hans Raidel
	242	Oberallgäu	50,4	56,4	Gerd Müller
	243	Ostallgäu	53,3	56,9	Kurt J. Rossmanith
SPD	**19**	**Aurich – Emden**	**61,6**	59,6	Jann-Peter Janssen
	23	Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land	54,0	55,0	Holger Ortel
	41	Hameln-Pyrmont –Holzminden	53,3	55,8	Brigitte Schulte
	42	Hannover-Land II	52,8	55,2	Horst Schild
	44	Salzgitter – Wolfenbüttel	55,2	58,9	Wilhelm Schmidt
	45	Braunschweig	50,1	55,8	Leyla Onur

noch: Wahl zum 14. Bundestag (1998)

Partei	Wahlkreis		Zweit-stimmen-anteil in %	Erst-stimmen-anteil in %	Wahlkreis-abgeordneter
noch: SPD	48	Northeim – Osterode	54,8	56,8	Edith Niehuis
	51	Bremen-West	53,0	58,1	Konrad Kunick
	52	Bremerhaven – Bremen-Nord	54,2	58,2	Ilse Janz
	70	Wuppertal II	49,2	55,2	Willfried Penner
	82	Wesel I	52,4	57,8	Uwe Jens
	83	Wesel II	54,8	57,5	Peter Enders
	84	Duisburg I	57,5	**61,0**	**Helmut Wieczorek**
	85	**Duisburg II**	**62,9**	**66,4**	**Johannes Andreas Pflug**
	86	**Oberhausen**	**62,1**	**65,3**	**Wolfgang Grotthaus**
	87	Mülheim	55,3	57,5	Dieter Schloten
	88	Essen I	57,2	59,0	Hans-Günter Bruckmann
	89	**Essen II**	**62,1**	**65,3**	**Rolf Hempelmann**
	91	Recklinghausen I	57,0	58,8	Jochen Welt
	93	**Gelsenkirchen I**	**63,2**	**65,4**	**Joachim Poß**
	94	**Gelsenkirchen II – Recklinghausen III**	**61,0**	**63,0**	**Norbert Formanski**
	95	**Bottrop – Recklinghausen IV**	**60,1**	**63,2**	**Dieter Grasedieck**
	108	Hagen	52,2	55,9	René Röspel
	109	Ennepe-Ruhr-Kreis I	52,9	57,1	Adolf Ostertag
	110	Bochum I	58,4	**60,7**	**Klaus Hasenfratz**
	111	Bochum II – Ennepe-Ruhr Kreis II	57,6	59,9	Christel Humme
	112	**Herne – Bochum III**	**63,1**	**65,5**	**Dieter Maaß**
	113	Dortmund I	54,7	56,6	Hans-Eberhard Urbaniak
	114	**Dortmund II**	**62,0**	**63,5**	**Wolfgang Weiermann**
	115	Dortmund III	54,2	57,6	Ursula Burchardt
	116	Unna I	56,9	59,3	Rolf Stöckel
	117	Hamm – Unna II	53,5	55,4	Dieter Wiefelspütz
	126	Werra-Meißner	55,0	58,2	Joachim Tappe
	244	Saarbrücken I	50,1	56,4	Oskar Lafontaine
	245	Saarbrücken II	55,6	58,3	Jutta Müller
	246	Saarlouis	51,6	55,1	Ottmar Schreiner

Wahl zum 15. Bundestag (2002)

Partei	Wahlkreis		Zweit-stimmen-anteil in %	Erst-stimmen-anteil in %	Wahlkreis-abgeordneter
CDU	33	Cloppenburg-Vechta	59,3	**62,2**	**Manfred Carstens (Emstek)**
	293	Biberach	54,2	57,7	Franz Romer
CSU	**215**	**Altötting**	**65,3**	**65,7**	**Stephan Mayer**
	216	**Freising**	**63,3**	**62,7**	Franz Obermeier
	217	Fürstenfeldbruck	58,1	59,4	Gerda Hasselfeldt
	218	**Ingolstadt**	**62,7**	**65,3**	**Horst Seehofer**
	223	München-Land	55,7	55,6	Martin Mayer (Siegertsbrunn)
	224	**Rosenheim**	**64,7**	**63,1**	**Wolfgang Zeitlmann**
	225	**Starnberg**	**62,9**	**63,3**	**Ilse Aigner**
	226	**Traunstein**	**67,3**	**69,0**	**Peter Ramsauer**
	227	**Weilheim**	**64,3**	**63,5**	**Alexander Dobrindt**
	228	**Deggendorf**	**70,9**	**68,9**	**Bartholomäus Kalb**
	229	**Landshut**	**67,2**	**65,7**	**Wolfgang Götzer**
	230	**Passau**	**67,5**	**64,8**	**Klaus Rose**
	231	**Rottal-Inn**	**72,8**	**73,0**	**Max Straubinger**
	232	**Straubing**	**72,3**	**74,6**	**Ernst Hinsken**
	233	**Amberg**	**63,5**	**60,4**	**Rudolf Kraus**
	234	**Regensburg**	**60,0**	59,9	Maria Eichhorn
	235	**Schwandorf**	**67,4**	**66,9**	**Klaus Hofbauer**
	236	**Weiden**	**61,3**	59,2	Georg Girisch
	237	**Bamberg**	**60,9**	**60,7**	**Thomas Silberhorn**
	238	Bayreuth	58,3	**60,7**	**Hartmut Koschyk**
	241	**Kulmbach**	**61,2**	**63,0**	**Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg**
	242	Ansbach	56,3	56,4	Josef Göppel
	247	Roth	52,6	55,2	Marlene Mortler
	249	**Bad Kissingen**	**63,8**	**63,4**	**Eduard Lintner**
	250	Main-Spessart	57,2	59,0	Wolfgang Zöller
	251	Schweinfurt	56,4	58,4	Michael Glos
	254	**Augsburg-Land**	**62,4**	**65,3**	**Eduard Oswald**
	255	**Donau-Ries**	**65,5**	**64,7**	**Hans Raidel**
	256	**Neu-Ulm**	**60,5**	**61,4**	**Georg Nüßlein**
	257	**Oberallgäu**	**60,8**	**64,8**	**Gerd Müller**
	258	**Ostallgäu**	**65,5**	**64,9**	**Kurt J. Rossmanith**

noch: Wahl zum 15. Bundestag (2002)

Partei	Wahlkreis		Zweit-stimmen-anteil in %	Erst-stimmen-anteil in %	Wahlkreis-abgeordneter
SPD	**25**	**Aurich -Emden**	**61,7**	**61,4**	**Jann-Peter Janssen**
	41	Hannover I	50,9	55,5	Gerd Andres
	42	Hannover II	49,9	56,3	Edelgard Bulmahn
	49	Salzgitter – Wolfenbüttel	53,1	56,8	Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
	55	Bremen II - Bremerhaven	52,6	58,0	Uwe Beckmeyer
	116	Duisburg I	53,5	57,5	Petra Weis
	117	Duisburg II	59,0	**63,1**	**Johannes Andreas Pflug**
	118	Oberhausen – Wesel III	56,9	**61,8**	**Wolfgang Grotthaus**
	120	Essen II	54,5	**60,9**	**Rolf Hempelmann**
	122	Recklinghausen I	53,1	56,2	Jochen Welt
	123	Recklinghausen II	53,0	56,6	Waltraud Lehn
	124	Gelsenkirchen	56,5	**60,3**	**Joachim Poß**
	126	Bottrop – Recklinghausen III	53,1	57,6	Dieter Grasedieck
	139	Hagen – Ennepe-Ruhr - Kreis I	49,0	55,2	René Röspel
	140	Ennepe-Ruhr-Kreis II	51,6	55,7	Christel Humme
	141	Bochum I	52,0	57,0	Axel Schäfer
	142	Herne – Bochum II	57,8	**61,5**	**Gerd Friedrich Bollmann**
	143	Dortmund I	51,8	57,8	Marco Bülow
	144	Dortmund II	54,5	**60,0**	**Ulla Burchardt**
	145	Unna I	53,3	56,4	Rolf Stöckel

Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil

Für die folgende Aufstellung wurden aus den Wahlstatistiken der Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 die Wahlkreise mit den höchsten und niedrigsten (Zweit-)Stimmenanteilen der Parteien zusammengestellt. Berücksichtigung fanden nur solche Parteien, die in dem betreffenden Wahljahr die Sperrklausel überwinden konnten und in den Bundestag eingezogen sind.
Ausgewählt wurden: Bei den in allen Bundesländern kandidierenden Parteien CDU, SPD, FDP sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kommen die ersten zwölf Wahlkreise mit dem höchsten und niedrigsten Stimmenanteil zum Zuge, bei der nur in Bayern kandidierenden CSU nur die ersten fünf; bei der im ganzen Bundesgebiet aufgetretenen PDS wird wegen des erheblich abweichenden Stimmverhaltens in Ost- und Westdeutschland die Liste wiederum auf zwölf Wahlkreise ausgedehnt.
Sofern sich an der letzten Stelle zufällig mehrere Wahlkreise mit gleicher Prozentzahl befinden, werden sie entweder alle aufgenommen oder die Aufstellung wird vorher abgebrochen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wahljahr	Wahlkreise mit dem **höchsten** Stimmenanteil			Wahlkreise mit dem **niedrigsten** Stimmenanteil		
1994	255	Berlin-Kreuzberg/-Schöneberg	23,0	295	Eisleben – Sangerhausen – Hettstedt	2,3
	185	Freiburg	18,9	272	Prenzlau – Angermünde – Schwedt – Templin – Gransee	2,4
	140	Frankfurt am Main III	16,4	271	Neuruppin – Kyritz – Wittstock – Pritzwalk – Perleberg	2,5
	203	München-Mitte	16,1	281	Senftenberg – Calau – Spremberg	2,6
	14	Hamburg- Eimsbüttel	15,8	270	Neustrelitz – Strasburg – Pasewalk – Ueckermünde – Anklam	2,8
	139	Frankfurt am Main II	15,7	274	Eberswalde – Bernau –Bad Freienwalde	2,8
	254	Berlin-Charlottenburg/ -Wilmersdorf	15,7	275	Brandenburg – Rathenow – Belzig	2,8
	59	Köln I	15,6	279	Frankfurt/Oder – Eisenhüttenstadt – Beeskow	2,8
	12	Hamburg-Mitte	15,4	280	Cottbus – Guben – Forst	2,8
	162	Stuttgart I	15,4	221	Weiden	2,9
	13	Hamburg-Altona	15,1	277	Fürstenwalde – Strausberg – Seelow	2,9
	99	Münster	14,6	278	Luckenwalde – Zossen – Jüterbog – Königs Wusterhausen	2,9
				282	Bad Liebenwerda – Finsterwalde – Herzberg – Lübben – Luckau	2,9
1998	255	Berlin – Kreuzberg – Schöneberg	26,0	270	Neustrelitz – Strasburg – Pasewalk – Ueckermünde – Anklam	2,2
	185	Freiburg	20,4	295	Eisleben – Sangershausen – Hettstedt	2,3
	203	München - Mitte	18,6	266	Rostock-Land – Ribnitz – Damgarten – Teterow – Malchin	2,5
	254	Berlin-Charlottenburg/ -Wilmersdorf	17,5	272	Prenzlau – Angermünde – Schwedt – Templin – Gransee	2,5
	249	Berlin-Mitte – Prenzlauer Berg	17,3	221	Weiden	2,6
	140	Frankfurt am Main III	16,1	267	Stralsund – Rügen – Grimmen	2,6
	59	Köln I	15,5	217	Straubing	2,7
	139	Frankfurt am Main II	15,5			
	162	Stuttgart I	15,5			
	194	Tübingen	14,9			

noch: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wahljahr	Wahlkreise mit dem **höchsten** Stimmenanteil			Wahlkreise mit dem **niedrigsten** Stimmenanteil		
noch: 1998	250	Berlin-Tiergarten – Wedding – Nord-Charlottenburg	14,8	268	Greifswald – Wolgast – Demmin	2,7
	12	Hamburg-Mitte	14,3	293	Merseburg – Querfurt – Weißenfels	2,7
				220	Schwandorf	2,8
				262	Wismar – Gadebusch – Grevesmühlen – Doberan – Pützow	2,8
				264	Güstrow – Sternberg – Lübz – Parchim – Ludwigslust	2,9
				282	Bad Liebenwerda – Finsterwalde – Herzberg – Lübben – Luckau	2,9
2002	282	Freiburg	25,0	75	Mansfelder Land	2,3
	84	Berlin-Friedrichshain - Kreuzberg - Prenzlauer Berg-Ost	23,1	74	Burgenland	2,5
	81	Berlin-Charlottenburg/ -Wilmersdorf	22,5	166	Annaberg - Aue-Schwarzenberg	2,6
	20	Hamburg-Altona	20,2	70	Börde	2,6
	21	Hamburg-Eimsbüttel	20,1	65	Elbe-Elster - Oberspreewald-Lausitz II	2,7
	184	Frankfurt am Main II	19,4	18	Neubrandenburg – Mecklenburg-Strelitz - Uecker-Randow	2,7
	95	Köln II	19,1	72	Bernburg - Bitterfeld - Saalkreis	2,9
	76	Berlin-Mitte	19,0	232	Straubing	2,9
	259	Stuttgart I	18,9	16	Greifswald - Demmin - Ostvorpommern	3,0
	82	Berlin-Tempelhof - Schöneberg	18,7	15	Stralsund - Nordvorpommern - Rügen	3,0
	80	Berlin-Steglitz - Zehlendorf	18,2	64	Cottbus - Spree-Neiße	3,1
	222	München-West/Mitte	17,8	67	Elbe-Havel-Gebiet	3,1

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem **höchsten** Stimmenanteil			Wahlkreise mit dem **niedrigsten** Stimmenanteil		
1994	27	Cloppenburg – Vechta	63,8	249	Berlin-Mitte/-Prenzlauer Berg	17,3
	316	Bautzen – Löbau	56,7	258	Berlin-Friedrichshain/ -Lichtenberg	18,3
	317	Pirna – Sebnitz – Bischofswerda	56,6	260	Berlin-Hellersdorf/-Marzahn	19,4
	320	Dresden-Land – Freital – Dippoldiswalde	56,2	276	Potsdam	20,6
	196	Biberach	54,2	261	Berlin-Hohenschönhausen/ -Pankow/-Weißensee	21,1

noch: Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem **höchsten** Stimmenanteil			Wahlkreise mit dem **niedrigsten** Stimmenanteil		
noch: 1994	315	Görlitz – Zittau –Niesky	53,9	259	Berlin-Köpenick/-Treptow	21,2
	321	Freiberg – Brand-Erbisdorf – Flöha – Marienberg	53,3	277	Luckenwalde – Zossen – Jüterbog – Königs Wusterhausen	24,9
	107	Paderborn	53,2	85	Duisburg II	25,5
	151	Bitburg	52,7	274	Eberswalde – Bernau –Bad Freienwalde	25,8
	26	Mittelems	52,4	273	Oranienburg – Nauen	25,9
	352	Annaberg – Stollberg – Zschopau	51,9	277	Fürstenwalde – Strausberg – Seelow	26,1
	96	Borken II	51,7	279	Frankfurt/Oder – Eisenhüttenstadt – Beeskow	26,1
1998	27	Cloppenburg-Vechta	58,8	249	Berlin-Mitte – Prenzlauer Berg	12,0
	107	Paderborn	49,8	258	Berlin-Friedrichshain-Lichtenberg	13,4
	26	Mittelems	47,4	260	Berlin-Hellersdorf – Marzan	15,2
	151	Bitburg	47,2	259	Berlin-Köpenick – Treptow	16,0
	181	Odenwald-Tauber	45,8	261	Berlin-Hohenschönhausen – Pankow – Weißensee	16,0
	147	Ahrweiler	45,7	276	Potsdam	17,1
	149	Cochem	45,7	274	Eberswalde – Bernau – Bad Freienwalde	19,2
	196	Biberach	45,5	278	Luckenwalde – Zossen – Jüterbog – Königs – Wusterhausen	19,3
	96	Borken II	45,3	273	Oranienburg – Nauen	19,5
	119	Hochsauerlandkreis	45,0	255	Berlin-Kreuzberg – Schöneberg	19,6
	121	Olpe – Siegen-Wittgenstein II	44,7	275	Brandenburg – Rathenow – Belzig	19,6
	55	Heinsberg	44,1	272	Prenzlau – Angermünde - Schwedt – Templin – Gransee	20,1
2002	33	Cloppenburg-Vechta	59,3	84	Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg – Prenzlauer Berg-Ost	12,8
	293	Biberach	54,2	77	Berlin-Pankow	15,9
	295	Zollernalb-Sigmaringen	52,8	87	Berlin-Lichtenberg	16,1
	138	Paderborn	52,2	85	Berlin-Treptow – Köpenick	17,5
	277	Odenwald-Tauber	51,6	86	Berlin-Marzahn – Hellersdorf	17,7
	286	Rottweil-Tuttlingen	50,6	61	Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming	19,9
	176	Fulda	49,2	57	Uckermark-Barnim I	20,7
	32	Mittelems	48,7	59	Märkisch-Oderland-Barnim II	21,0
	148	Hochsauerlandkreis	48,5	14	Rostock	21,5
	205	Bitburg	48,4			
	281	Calw	48,4			
	127	Borken II	47,9			

noch: Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem **höchsten** Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem **niedrigsten** Stimmenanteil
noch: 2002		63 Frankfurt (Oder) – Oder-Spree 21,9 60 Brandenburg an der Havel – Potsdam-Mittelmark I – Havelland III – Teltow-Fläming I 22,3 64 Cottbus – Spree-Neiße 22,5

Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem **höchsten** Stimmenanteil	Wahlkreise mit dem **niedrigsten** Stimmenanteil
1994	216 Rottal-Inn 59,5 217 Straubing 58,4 234 Bad Kissingen 57,8 213 Deggendorf 57,7 211 Traunstein 57,4 212 Weilheim 57,4	203 München-Mitte 34,3 230 Nürnberg-Nord 40,3 204 München-Nord 41,2 231 Nürnberg-Süd 43,1 228 Erlangen 43,4
1998	216 Rottal-Inn 56,1 217 Straubing 55,1 211 Traunstein 54,7 199 Altötting 53,3 243 Ostallgäu 53,3	203 München-Mitte 31,9 230 Nürnberg-Nord 37,7 204 München-Nord 38,2 231 Nürnberg-Süd 39,9 225 Hof 40,6
2002	216 Rottal-Inn 72,8 217 Straubing 72,3 228 Deggendorf 70,9 230 Passau 67,5 235 Schwandorf 67,4	219 München-Nord 42,7 245 Nürnberg-Nord 43,4 222 München-West/Mitte 43,6 246 Nürnberg-Süd 45,6 220 München-Ost 45,9

Freie Demokratische Partei (FDP)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem **höchsten** Stimmenanteil			Wahlkreise mit dem **niedrigsten** Stimmenanteil		
1994	162	Stuttgart I	14,1	260	Berlin-Hellersdorf/-Marzahn	1,7
	60	Köln II	13,1	249	Berlin-Mitte/-Prenzlauer Berg	1,8
	169	Ludwigsburg	12,5	258	Berlin-Friedrichshain/-Lichtenberg	1,8
	133	Hochtaunus	12,2	279	Frankfurt/Oder – Eisenhüttenstadt – Beeskow	2,0
	166	Nürtingen	11,9	259	Berlin-Köpenick/-Treptow	2,1
	63	Bonn	11,8	261	Berlin-Hohenschönhausen/-Pankow/-Weißensee	2,1
	164	Böblingen	11,8	272	Prenzlau – Angermünde – Schwedt –Templin– Gransee	2,1
	208	München-Land	11,8	277	Fürstenwalde – Strausberg – Seelow	2,3
	67	Rheinisch-Bergischer Kreis	11,5	274	Eberswalde – Bernau – Bad Freienwalde	2,4
	193	Reutlingen	11,5			
	28	Diepholz	11,4			
	74	Düsseldorf I	11,4			
	184	Calw	11,4			
1998	162	Stuttgart I	11,9	258	Berlin-Friedrichshain – Lichtenberg	1,8
	133	Hochtaunus	11,7	260	Berlin - Hellersdorf – Marzan	1,9
	60	Köln II	11,6	265	Rostock	2,0
	63	Bonn	11,6	268	Greifswald – Wolgst – Demmin	2,0
	65	Rhein-Sieg-Kreis II	11,6	270	Neustrelitz – Strasburg – Pasewalk – Ueckermünde – Anklam	2,0
	172	Schwäbisch Hall – Hohenlohe	11,4	262	Wismar – Gadebusch – Grevesmühlen – Doberan – Bützow	2,1
	67	Rheinisch-Bergischer Kreis I	11,2	267	Stralsund - Rügen – Grimen	2,1
	99	Münster	11,2	269	Neubrandenburg – Altentreptow – Waren – Röbel	2,1
	74	Düsseldorf I	10,8	249	Berlin-Mitte – Prenzlauer Berg	2,2
	77	Neuss II	10,7	261	Berlin-Hohenschönhausen – Pankow – Weißensee	2,3
	168	Waiblingen	10,6			
	170	Neckar-Zaber	10,5			
2002	99	Rhein-Sieg-Kreis II	12,4	235	Schwandorf	2,5
	101	Rheinisch-Bergischer Kreis	11,9	232	Straubing	2,8
	107	Düsseldorf I	11,8	236	Weiden	3,0
	111	Krefeld I - Neuss II	11,6	231	Rottal-Inn	3,0
	97	Bonn	11,6	228	Deggendorf	3,1
	104	Solingen – Remscheid – Wuppertal II	11,4	233	Amberg	3,5
				226	Traunstein	3,6
	130	Münster	11,3	229	Landshut	3,6
	105	Mettmann I	11,3	255	Donau-Ries	3,6
	98	Rhein-Sieg-Kreis I	11,1	234	Regensburg	3,6
	112	Viersen	11,0	218	Ingolstadt	3,6
	93	Euskirchen – Erftkreis II	11,0	241	Kulmbach	3,7

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem **höchsten** Stimmenanteil			Wahlkreise mit dem **niedrigsten** Stimmenanteil		
1994	258	Berlin-Friedrichshain/Lichtenberg	37,8	325	Annaberg – Stollberg – Zschopau	12,3
	260	Berlin-Hellersdorf/-Marzahn	37,7	322	Glauchau – Rochlitz – Hohenstein-Ernsttal – Hainichen	13,1
	261	Berlin-Hohenschönhausen/-Pankow/-Weißensee	33,3	328	Reichenbach – Plauen – Auerbach – Oelsnitz	13,1
	249	Berlin-Mitte/-Prenzlauer Berg	33,2	282	Bad Liebenwerda – Finsterwalde – Herzberg – Lübben – Luckau	13,4
	259	Berlin-Köpenick/-Treptow	30,9	296	Nordhausen – Worbis – Heiligenstadt	13,5
	265	Rostock	29,9	321	Freiberg – Brand-Erbisdorf – Flöha – Marienberg	13,5
	276	Potsdam	26,7	320	Dresden-Land – Freital – Dippoldiswalde	13,9
	263	Schwerin – Hagenow	25,6	271	Neuruppin – Kyritz –Wittstock – Pritzwalk –Perleberg	14,2
				326	Aue – Schwarzenberg – Klingenthal	14,2
1998	258	Berlin-Friedrichshain – Lichtenberg	32,6	213	Deggendorf	0,3
	260	Berlin-Hellersdorf – Marzahn	32,6	215	Passau	0,3
	261	Berlin-Hohenschönhausen – Pankow – Weißensee	29,1	217	Straubing	0,3
	265	Rostock	28,6	211	Traunstein	0,4
	249	Berlin-Mitte – Prenzlauer Berg	27,5	216	Rottal-Inn	0,4
	259	Berlin-Köpenick – Treptow	27,5	220	Schwandorf	0,4
	300	Erfurt	26,3	240	Donau-Ries	0,4
	303	Gera-Stadt – Eisenberg – Gera-Land I	26,0			
	263	Schwerin – Hagenow	25,2			
	269	Neubrandenburg – Altentreptow – Waren – Röbel	24,9			
	276	Potsdam	24,2			
	323	Chemnitz I	24,2			
2002	87	Berlin-Lichtenberg	29,3	232	Straubing	0,3
	86	Berlin-Marzahn – Hellersdorf	27,3	228	Deggendorf	0,4
	85	Berlin-Treptow – Köpenick	23,4	230	Passau	0,4
	59	Märkisch-Oderland - Barnim II	20,7	231	Rottal-Inn	0,4
	77	Berlin-Pankow	20,2	235	Schwandorf	0,4
	196	Gera – Saale-Holzland-Kreis	20,1	236	Weiden	0,4

noch: Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem **höchsten** Stimmenanteil			Wahlkreise mit dem **niedrigsten** Stimmenanteil		
noch: 2002	164	Chemnitz	19,7	255	Donau-Ries	0,4
	194	Erfurt	19,0			
	63	Frankfurt (Oder) – Oder-Spree	18,9			
	18	Neubrandenburg – Mecklenburg-Strelitz – Uecker-Randow	18,9			
	199	Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen	18,8			
	57	Uckermark - Barnim I	18,6			

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem **höchsten** Stimmenanteil			Wahlkreise mit dem **niedrigsten** Stimmenanteil		
1994	85	Duisburg II	61,0	320	Dresden-Land – Freital – Dippoldiswalde	17,7
	112	Herne	60,2	319	Dresden II	17,8
	114	Dortmund II	59,3	318	Dresden I	17,9
	89	Essen II	59,3	316	Bautzen – Löbau	18,1
	93	Gelsenkirchen I	58,3	317	Pirna – Sebnitz – Bischofswerda	18,2
	86	Oberhausen	57,9	315	Görlitz – Zittau – Niesky	19,9
	94	Gelsenkirchen II – Recklinghausen III	56,7	268	Greifswald – Wolgast – Demmin	20,8
	95	Bottrop – Recklinghausen IV	56,6	209	Rosenheim	20,9
	19	Aurich – Emden	56,0	210	Starnberg	21,1
	111	Bochum II – Ennepe-Ruhr-Kreis II	55,4	313	Meißen – Riesa – Großenhain	21,3
	110	Bochum I	55,1	212	Weilheim	21,8
	84	Duisburg I	54,6	196	Biberach	22,0
1998	93	Gelsenkirchen I	63,2	316	Bautzen – Löbau	22,9
	112	Herne-Bochum III	63,1	320	Dresden-Land – Freital – Dippoldswalde	23,8
	85	Duisburg II	62,9	317	Pirna – Sebnitz – Bischofswerda	24,0
	86	Oberhausen	62,1	318	Dresden I	24,6
	89	Essen II	62,1	319	Dresden II	24,6
	114	Dortmund II	62,0	315	Görlitz – Zittau – Niesky	25,7
	19	Aurich – Emden	61,6			

noch: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Wahljahr	Wahlkreise mit dem **höchsten** Stimmenanteil			Wahlkreise mit dem **niedrigsten** Stimmenanteil		
noch: 1998	94	Gelsenkirchen II – Recklinghausen III	61,0	210	Starnberg	26,0
	95	Bottrop – Recklinghausen IV	60,1	196	Bieberach	26,4
	110	Bochum I	58,4	312	Freiberg – Brand-Erbisdorf – Flöha – Marienberg	26,4
	111	Bochum II – Enepe-Ruhr-Kreis II	57,6	313	Meißen – Riesa – Großenhain	26,7
	84	Duisburg I	57,5	209	Rosenheim	27,1
				212	Weilheim	27,1
2002	25	Aurich-Emden	61,7	231	Rottal-Inn	17,9
	117	Duisburg II	59,0	226	Traunstein	18,9
	142	Herne-Bochum II	57,8	232	Straubing	19,0
	118	Oberhausen-Wesel III	56,9	228	Deggendorf	19,4
	124	Gelsenkirchen	56,5	225	Starnberg	19,5
	120	Essen II	54,5	224	Rosenheim	19,6
	144	Dortmund II	54,5	258	Ostallgäu	20,3
	116	Duisburg I	53,5	227	Weilheim	20,4
	145	Unna I	53,3	215	Altötting	20,5
	122	Recklinghausen I	53,1	229	Landshut	20,8
	126	Bottrop – Recklinghausen III	53,1	216	Freising	21,7
	49	Salzgitter – Wolfenbüttel	53,1	230	Passau	21,7

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.17.

1.14 Überhangmandate

Hat eine Partei in einem Land mehr Wahlkreismandate mittels der Erststimmen erzielen können als ihr nach dem Verhältnis der in diesem Land für alle Parteien abgegebenen Zweitstimmen eigentlich zustehen, so erhält diese Partei die Direktmandate. Damit wird erreicht, dass der Partei die Direktmandate erhalten bleiben. Zugleich erhöht sich die im Bundeswahlgesetz festgesetzte Zahl der Abgeordneten um die Zahl der Überhangmandate.

In der 1. bis 12. Wahlperiode gab es insgesamt 23 Überhangmandate.

In der 13., 14. und 15. Wahlperiode setzten sich die Überhangmandate wie folgt zusammen:

13. Wahlperiode (1994)

Wahlperiode (Wahljahr)	Zahl der Überhangmandate	davon	im Bundesland	für Partei
13. WP (1994)	16	2	Baden-Württemberg	CDU
		2	Mecklenburg-Vorpommern	CDU
		2	Sachsen-Anhalt	CDU
		3	Thüringen	CDU
		3	Sachsen	CDU
		1	Bremen	SPD
		3	Brandenburg	SPD

Vertreten durch *Hans Meyer*[1] hatte die Landesregierung von Niedersachsen (Beschwerdeführer: Ministerpräsident *Gerhard Schröder*) mit einem Normenkontrollantrag gegen die Überhangmandate geklagt. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat am 10. April 1997 entschieden, dass § 7 Abs. 3 Satz 2 des Bundeswahlgesetzes, der zu den 16 Überhangmandaten geführt hat, **verfassungsgemäß** ist. Diese Entscheidung wurde zwar nur mit der Stimmengleichheit 4:4 getroffen, doch gilt in diesem Fall § 15 Abs. 3 Satz 3 Bundesverfassungsgerichtsgesetz: „Bei Stimmengleichheit kann ein Verstoß gegen das Grundgesetz oder sonstiges Bundesrecht nicht festgestellt werden."

Ohne Überhangmandate wäre die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP in der 13. Wahlperiode theoretisch zwar auch möglich gewesen, sie hätte jedoch nur über eine der absoluten Mehrheit entsprechende Stimmenzahl verfügt, d. h. das Stimmenverhältnis von Regierung und Opposition hätte 329:327 betragen. Das zeigt die nachfolgende Gegenüberstellung.

13. WP (1994)	Mandatszahl **ohne** Überhang-mandate	Mandatszahl **mit** Überhang-mandaten
CDU/CSU	282	294
SPD	248	252
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	49	49
FDP	47	47
PDS	30	30
Abg. insgesamt	656	672
Koalition aus CDU/CSU und FDP	329	341
Absolute Mehrheit	329	337

14. Wahlperiode (1998)

Wahl-periode (Wahljahr)	Zahl der Überhang-mandate	davon	im Bundesland	für Partei
14. WP (1998)	13	1	Hamburg	SPD
		2	Mecklenburg-Vorpommern	SPD
		3	Brandenburg	SPD
		4	Sachsen-Anhalt	SPD
		3	Thüringen	SPD

Ohne Überhangmandate wäre die Regierungskoalition von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der 14. Wahlperiode theoretisch auch möglich gewesen. Sie hätte über eine der absoluten Mehrheit entsprechende Stimmenzahl verfügt, d. h. das Stimmenverhältnis von Regierung und Opposition hätte 332:327 betragen. Das zeigt die nachfolgende Gegenüberstellung.

[1] Vgl. dazu auch den Beitrag *Hans Meyer*, Der Überhang und anderes Unterhaltsames aus Anlass der Bundestagswahl 1994. In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft. Jg. 77. 1994. H. 4. S. 312-362.

14. WP (1998)	Mandatszahl **ohne** Überhang-mandate	Mandatszahl **mit** Überhang-mandaten
CDU/CSU	245	245
SPD	285	298
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	47	47
FDP	43	43
PDS	36	36
Abg. insgesamt	656	669
Koalition aus SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	332	349
Absolute Mehrheit	329	335

15. Wahlperiode (2002)

Wahl-periode (Wahljahr)	Zahl der Überhang-mandate	davon	im Bundesland	für Partei
15. WP (2002)	5	1	Hamburg	SPD
		2	Sachsen-Anhalt	SPD
		1	Thüringen	SPD
		1	Sachsen	CDU

Durch die Neueinteilung der Wahlkreise zur 15. Bundestagswahl wurde der Anteil der Überhangmandate nur wenig beseitigt. Es wurde deutlich, dass kein singulärer Faktor für die Überhangmandate allein verantwortlich gemacht werden kann[1].

Ohne Überhangmandate wäre die Regierungskoalition von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der 14. Wahlperiode theoretisch auch möglich gewesen. Sie hätte über eine der absoluten Mehrheit entsprechende Stimmenzahlen verfügt, d. h. das Stimmenverhältnis von Regierung und Opposition hätte 302:296 betragen. Das zeigt die nachfolgende Gegenüberstellung:

[1] Vgl. dazu *David N. Rauber*, Überhangmandate – keine Überraschung (mehr). In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 34. 2003. H. 1. S. 116-122. *Joachim Behnke*, *Ruth Kamm* und *Thomas Sommerer*, Der Effekt der Neueinteilung der Wahlkreise auf die Entstehung von Überhangmandaten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 34. 2003. H. 1. S. 122-145. *Joachim Behnke*, Ein integrales Modell der Ursachen von Überhangmandaten. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 44. 2003. H. 1. S. 41-65.

15. WP (2002)	Mandatszahl **ohne** Überhang-mandate	Mandatszahl **mit** Überhang-mandaten
SPD	247	251
CDU/CSU	247	248
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	55	55
FDP	47	47
fraktionslos (PDS)	2	2
Abg. insgesamt	598	603
Koalition aus SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	302	306
Absolute Mehrheit	300	302

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.19.

Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 1998

Überhangmandate fielen bei Wahlen zum Deutschen Bundestag in den Jahren 1949, 1953, 1957, 1961, 1980, 1983, 1987, 1990 und 1994 an. Sieht man von der dritten Wahlperiode (Wahljahr 1957) ab, schieden nach jeder dieser Wahlen direkt gewählte Abgeordnete von Parteien aus, zu deren Gunsten in dem jeweiligen Land Überhangmandate angefallen waren. In der ersten Wahlperiode wurden die Nachfolger noch im Wege der Ersatzwahl bestimmt (§ 15 BWG 1949). Nachdem das Prinzip der Listennachfolge grundsätzlich auch auf direkt gewählte Bewerber erstreckt worden war (erstmals § 54 BWG 1953; heute § 48 Abs. 1 BWG), wurden die Nachfolger seit der zweiten Wahlperiode (Wahljahr 1953) auch in diesen Fällen aus den jeweiligen Landeslisten berufen. In einem Wahlprüfungsverfahren wurde diese Rechtspraxis erstmals in einem Verfahren beanstandet, das dem angefochtenen Beschluss vorausgegangen ist.

Der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts hat am 26. Februar 1998 (Az BvC 28/96; Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 97, S. 317ff.) u. a. beschlossen:

„Verfügt eine Partei in einem Land über mehr Direktmandate als ihr Listensitze zustehen, so wird diese Unterschiedszahl von Sitzen nicht auch von dem Zweitstimmenergebnis getragen [...]. Solche Überhangmandate haben nicht im Wege der Anrechnung auf das Sitzkontingent der Liste einen Listensitz verdrängt. In diesen Fällen gibt es daher auf der Liste keine Reservesitze, die durch Rückabwicklung der Anrechnung der Direktmandate wieder aufleben könnten, um einen Listenbewerber nachrücken zu lassen. Für solche Fälle hält die Landesliste daher mitgewählte Ersatzleute nicht vor.“

Scheidet ein direkt gewählter Abgeordneter aus dem Bundestag aus und verfügt die Partei dieses Abgeordneten in dem betreffenden Land über ein Überhangmandat, so kann dieser Sitz nicht durch einen Listenkandidaten ersetzt werden. Im Laufe einer Wahlperiode können somit für eine Fraktion oder Gruppe Mandate verloren gehen. In der 14. Wahlperiode verlor die SPD auf diesem Wege insgesamt vier Abgeordnete. Vgl. dazu die Übersicht Kapitel 5.4 Fraktionsstärke und Fraktionswechsel.

1.15 Briefwähler[1]

Wahljahr	Wähler		
	insgesamt	darunter Briefwähler	
	Anzahl		%
1994	47 737 999	6 389 047	13,4
1998	49 947 087	8 016 122	16,0
2002	48 582 761	8 765 762	18,0

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.20.

1.16 Ungültige Stimmen[2]

Ungültig sind diejenigen Stimmen, die den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen, sowie die Stimmen, die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten. Trifft dies auf einem Stimmzettel nur für die Erst- oder nur für die Zweitstimme zu, so verliert dadurch die andere Stimme nicht ihre Gültigkeit.
In der Praxis müssen Stimmen am häufigsten aus folgenden Gründen für ungültig erklärt werden:

– Der Stimmzettel ist entweder auf beiden Seiten oder nur auf der Erst- oder Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen;
– es sind entweder auf beiden Seiten oder nur auf der Erst- oder Zweitstimmenseite mehrere Wahlvorschläge angekreuzt.

In dem zuerst genannten Fall hat der Wähler absichtlich oder aus Unachtsamkeit darauf verzichtet, sich für einen Wahlkreisvorschlag oder eine Landesliste oder für beides zu entscheiden; im zweiten Fall kann vom Wahlvorstand nicht darüber befunden werden, welches Kreuz gelten soll.

Wahl-jahr	Gültige Erststimmen	Ungültige Erststimmen	in % aller Erst-stimmen	Gültige Zweitstimmen	Ungültige Zweitstimmen	in % aller Zweit-stimmen
1994	46 949 356	788 643	1,7	47 105 174	632 825	1,3
1998	49 166 580	780 507	1,6	49 308 512	638 575	1,3
2002	47 841 724	741 037	1,5	47 996 480	586 281	1,2

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.21.

[1] Quelle: Statistisches Bundesamt.
[2] Quelle: Statistisches Bundesamt.

1.17 Stimmenanteil/Mandatsanteil

Prozentuale Unterschiede zwischen dem Stimmenanteil der Parteien und ihrem Mandatsanteil im Deutschen Bundestag sind vorhanden, wenn auch nur gering. Vor allem bei den größeren Parteien ist ihr prozentualer Mandatsanteil höher als ihr prozentualer Stimmenanteil. Der Grund dafür ist, dass die Stimmenanteile derjenigen Parteien, die die Sperrklausel nicht erreichen konnten, bei der Mandatszuteilung unberücksichtigt bleiben. Zum anderen können Überhangmandate (vgl. Kapitel 1.14) zu Gunsten der größeren Parteien deren Mandatsanteil im Verhältnis zum Wählerstimmenanteil aufbessern. Insgesamt aber bestätigt der folgende Vergleich zwischen Stimmen- und Mandatsanteil, dass das Prinzip der Verhältniswahl im Großen und Ganzen verwirklicht wurde.

Wahl-periode (Wahljahr)	Partei	Anteil der (Zweit-) Stimmen in %	Anteil der Mandate in %
13. WP (1994)	CDU/CSU	41,5	43,8
	SPD	36,4	37,5
	B 90/GR	7,3	7,3
	FDP	6,9	7,0
	PDS	4,4	4,5
14. WP (1998)	SPD	40,9	44,5
	CDU/CSU	35,1	36,6
	B 90/GR	6,7	7,0
	FDP	6,2	6,4
	PDS	5,1	5,4
15. WP (2002)	SPD	38,5	41,6
	CDU/CSU	38,5	41,1
	B 90/GR	8,6	9,1
	FDP	7,4	7,8
	PDS[1]	4,0	0,3

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 *s.* **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.22.

1.18 Nachwahlen[2]

In § 43 Bundeswahlgesetz gibt es „Besondere Vorschriften für Nachwahlen und Wiederholungswahlen“. Darin heißt es:

„(1) Eine Nachwahl findet statt 1. wenn in einem Wahlkreis oder in einem Wahlbezirk die Wahl nicht durchgeführt worden ist, 2. wenn ein Wahlkreisbewerber nach der Zulassung des Kreiswahlvorschlages, aber noch vor der Wahl stirbt. (2) Die Nachwahl soll im Falle des Absatzes 1 Nr. 1 spätestens drei Wochen, im Falle des Absatzes 1 Nr. 2

[1] Da die PDS einen Stimmenanteil von unter 5 % erreichte, ist sie nicht als Fraktion im Bundestag vertreten, jedoch erlangte sie zwei Direktmandate, so dass die beiden Abgeordneten als Fraktionslose mit einem entsprechend geringen Mandatsanteil im Bundestag vertreten sind.

[2] Das Wahlgesetz zum ersten Deutschen Bundestag kannte ebenfalls Nachwahlen: Diesem Wahlgesetz zufolge wurde unterschieden, ob ein ausscheidender Abgeordneter in einem Wahlkreis direkt gewählt worden war oder das Mandat über die Landesliste („Landesergänzungsvorschlag“) einer Partei erhalten hatte; im ersten Fall wurde nicht einfach „nachgerückt“, sondern es hatten Nachwahlen stattzufinden. Während der 1. Wahlperiode wurden zwischen 1949 und 1952 insgesamt 14 Nachwahlen durchgeführt, die tabellarisch zusammengestellt sind im **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.23.

spätestens sechs Wochen nach dem Tage der Hauptwahl stattfinden. Den Tag der Nachwahl bestimmt der Landeswahlleiter. (3) Die Nachwahl findet nach denselben Vorschriften und auf denselben Grundlagen wie die Hauptwahl statt."

Eine Nachwahl findet nach denselben Vorschriften wie die Hauptwahl statt. Grundsätzlich sind alle Vorschriften des Bundeswahlgesetzes, der Bundeswahlordnung und der Bundeswahlgeräteordnung, wie sie zur Hauptwahl bestanden haben, gültig. Der Landeswahlleiter kann notwendige Regelungen zur Anpassung des Nachwahlverfahrens an besondere Verhältnisse treffen[1].

Von der Regelung der Nachwahl ist bislang in folgenden Fällen Gebrauch gemacht worden:

Lfd. Nr.	Wahl zur ...	Datum der Bundestagswahl	Datum der Nachwahl	Wahlkreis (ggf. Wahlbezirk)	Grund der Nachwahl
1	4. WP	17. 9.1961	1. 10. 1961	151 Cochem	Tod des Wahlkreisbewerbers *Fritz Klein* (SPD)
2	5. WP	19. 9.1965	3. 10. 1965	135 Obertaunuskreis	Tod des Wahlkreisbewerbers *Erich Henz* (AUD[2])
3		19. 9.1965	3. 10. 1965	236 Schweinfurt	Tod des Wahlkreisbewerbers *Ernst Meier* (DFU[3])
4	11. WP	25. 1. 1987	1. 2. 1987	Großgerau (Wahlbezirk Nr. 5 [Okrifteler Straße der Stadt Mörfelden Walldorf])	Zerstörung der Wahlurne am Wahltage um 17.45 Uhr durch einen Molotowcocktail
5	15. WP	22. 9.2002	22.9.2002	295 Sigmaringen	Tod des Wahlkreisbewerbers *Dietmar Schlee* (CDU)
6		22. 9.2002	22.9.2002	230 Passau	Tod des Wahlkreisbewerbers *Maic-Roland Muth* (PDS)

Bei der Nachwahl 1961 handelte es sich um den ersten Fall, so dass deren Ergebnisse mit besonderem Interesse erwartet worden sind. Der Bundeswahlleiter erklärte dazu u. a.:

„Die zunächst befürchtete starke Verminderung der Wahlbeteiligung ist nicht eingetreten. [...] In bezug auf die Stimmabgabe haben sich dieselben Tendenzen gezeigt wie im übrigen Wahlgebiet, [...] Besonders wenig Stimmen haben die für die Sitzverteilung nicht in Frage kommenden Parteien erhalten. Ihre Anhänger sind offenbar entweder der Wahl ferngeblieben, oder haben es vorgezogen, ihre Stimmen den im Bundestag vertretenen größeren Parteien zu geben. Für die Bekanntgabe einer vorläufigen Sitzverteilung in der Wahlnacht wurde die Stimmabgabe im Wahlkreis 151 geschätzt (das Wahlergebnis 1957 eingesetzt)."[4]

Auch bei der Nachwahl 1965 wurden für die Berechnung der vorläufigen Sitzverteilung die Stimmen aus der Wahl 1961 verwendet.[5]

Bei den zur Bundestagswahl 2002 erforderlich gewordenen Nachwahlen war es organisatorisch möglich, den Nachwahltermin auf den Termin der Hauptwahl zu legen.

[1] Vgl. dazu *Wolfgang Schreiber*, Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag. Kommentar zum Bundeswahlgesetz. Köln, 7., neu bearb. Aufl. 2002. S. 573-579.

[2] Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD).

[3] Deutsche Friedens-Union (DFU).

[4] Vgl.: Wahlen zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden. Heft 4: Textliche Auswertung der Wahlergebnisse. Stuttgart, Mainz 1961. S. 14. (Fachserie A: Bevölkerung und Kultur, Reihe 8).

[5] Vgl.: Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden. Heft 4: Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen. Stuttgart, Mainz 1965. S. 14. (Fachserie A: Bevölkerung und Kultur, Reihe 8).

1.19 Wahlprüfung

Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage für die Wahlprüfung[1] sind Artikel 41 GG, das Wahlprüfungsgesetz (ein reines Verfahrensgesetz, das Gegenstand, Ziel und Verfahren der Wahlprüfung festlegt, aber keine materielle Aussagen über Wahlfehler, Wahlungültigkeiten und deren Rechtsfolgen enthält) sowie das materielle Wahlrecht. Zum materiellen Wahlrecht gehören insbesondere die Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung. Das formelle Wahlprüfungsrecht (Wahlprüfungsgesetz vom 12. März 1951) wurde mehrfach geändert, zuletzt durch Gesetz vom 28. April 1995 (BGBl. I, S. 582). Eine größere Änderung erfolgte in der 4. Wahlperiode durch das Gesetz vom 24. August 1965 (BGBl. I, S. 1442). Das Wahlprüfungsgesetz räumt dem Wahlprüfungsausschuss u. a. das Recht ein, von der Durchführung einer sonst obligatorischen öffentlichen mündlichen Verhandlung über jeden Wahleinspruch dann abzusehen, wenn dieser Einspruch offensichtlich unbegründet ist.
Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, auf die sich der Wahlprüfungsausschuss stützt, müssen Wahleinsprüche als unbegründet angesehen werden, die auf die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages keinen Einfluss gehabt haben bzw. haben konnten. (BVerfGE 40,11). Bisher wurden unter Berufung auf diese Auslegung alle Wahleinsprüche sowohl vom Bundestag als auch (bei Beschwerde) vom Bundesverfassungsgericht als unbegründet oder unerheblich zurückgewiesen.
Ihrem Inhalt nach lassen sich die bisherigen Wahleinsprüche folgendermaßen unterscheiden:

– Wahlvorenthaltung, Nichteintragung im Wählerverzeichnis, Nichtzugang von Briefwahlunterlagen, Mängel bei der Durchführung der Wahl,
– allgemeine rechtliche und politische Vorbehalte,
– Nichtzulassung von Parteien bzw. Wählergruppen oder Einzelbewerbern zur Wahl durch den Bundeswahlausschuss,
– unrichtige Auszählung der Stimmen, Mehrfachwahl,
– Verletzung der Chancengleichheit der Parteien.

[1] Literaturhinweise anstelle vieler: *Gerald Kretschmer*, Wahlprüfung. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 441-465. Sowie: *Wolfgang Schreiber*, Handbuch des Wahlrechts zum deutschen Bundestag. Kommentar zum Bundeswahlgesetz. Köln, 7., neu bearb. Auflage 2002. § 48 Rn. 14 ff.

Statistik

Die folgende Statistik[1] enthält Angaben über die Zahl der eingegangenen Wahleinsprüche zu jeder einzelnen Bundestagswahl einschließlich Begründung und Art der Erledigung.

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-[2]
Eingegangene Wahleinsprüche davon im Bundestag (Plenum) behandelte	1 453 1 437	110 102	520 453
Begründung des Einspruchs:			
– Wahlvorenthaltung, Nichteintragung in das Wählerverzeichnis, Nichtzugang von Briefwahlunterlagen, Mängel bei der Durchführung der Wahl	32	54	46
– allgemeine rechtliche und politische Vorbehalte	1364[3]	38	387[4]
– Nichtzulassung von Parteien bzw. Wählergruppen oder Einzelbewerbern zur Wahl	5	8	6
– unrichtige Auszählung der Stimmen, Mehrfachwahl	5	9	3
– sonstige Begründungen	11	–	10
– ohne Begründung	20	1	1
Vom Bundestag zurückgewiesen:			
– als offensichtlich unbegründet	1 383	90	200[5]
– als unzulässig wegen Nichteinhaltung der gesetzlichen Ausschlussfrist	9	9	233
– als unzulässig wegen Verlustes des Wahlrechts	0	0	0
– als unzulässig wegen Ausschlusses vom Wahlrecht (infolge Richterspruchs, Pflegschaft, Entmündigung)	0	0	0
– als unzulässig wegen sonstiger Gründe	4	0	0
– als unzulässig wegen bestimmter Mängel[6]	29	3	20
Anderweitige Erledigung (kein Einspruch, sondern Petition: Einspruch vom Einspruchsführer zurückgenommen)	28	8	67

Die Gesamtzahl der eingegangenen und vom Bundestag behandelten **Wahleinsprüche** zu den Bundestagswahlen von 1949 bis 1990 (1.–12. Wahlperiode) beträgt **427**. Sämtliche Wahleinsprüche sind vom Bundestag zurückgewiesen worden.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.24.

1 Quelle: Unterlagen des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages.
2 Stand: 12. Februar 2004.
3 Hauptsächlich Wahleinsprüche wegen der hohen Zahl der Überhangmandate.
4 Davon beziehen sich 337 Wahleinsprüche auf das Thema „Vorwurf des Wahlbetrugs“.
5 Davon wurden zwei Wahleinsprüche teilweise als unzulässig und teilweise als offensichtlich unbegründet zurückgewiesen.
6 Mängel im Sinne des § 2 Abs. 3 Wahlprüfungsgesetz, die auch nicht nachträglich behoben werden konnten (z. B. fehlende Unterschriften, mangelnde Begründung).

1.20 Tag der Konstituierung des Deutschen Bundestages

Das Grundgesetz (Art. 39 Abs. 2 GG) regelt:

„Der Bundestag tritt spätestens am dreißigsten Tage nach der Wahl zusammen."

Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht die Termine zwischen Wahltag, dem dreißigsten Tag nach der Wahl und der Konstituierung des Bundestages.

Wahlperiode	Tag der Wahl	30. Tag nach der Wahl	Tag der Konstituierung
13. WP	16.10.1994	15.11.1994	10.11.1994
14. WP	27. 9.1998	27.10.1998	26.10.1998
15. WP	22. 9.2002	22.10.2002	17.10.2002

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.25.

1.21 Dauer der Wahlperioden

Die Dauer der Wahlperioden des Deutschen Bundestages ist in Artikel 39 Abs. 1 GG geregelt. Diese Bestimmung lautet seit dem Dreiunddreißigsten Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 29 und 39) vom 23. August 1976 (BGBl. I S. 2381):

„Der Bundestag wird auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages. Die Neuwahl findet frühestens fünfundvierzig, spätestens siebenundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Im Falle einer Auflösung des Bundestages findet die Neuwahl innerhalb von sechzig Tagen statt."

Daraus folgt seither eine flexible Dauer der Wahlperiode, indem ihr Ende bis zu einem gewissen Maße variabel ist: Nach Artikel 39 Abs. 2 GG muss der Bundestag am dreißigsten Tag nach der Wahl zusammentreten, auch wenn die vorangegangene vierjährige Wahlperiode noch nicht restlos abgelaufen ist. Das Ende der Wahlperiode hängt nunmehr allein von der mehr oder weniger frühzeitigen Datierung des Wahltermins ab, d. h. innerhalb des 45. und 47. Monats nach Beginn der Wahlperiode. Diese Bestimmung ist erstmals 1980 beim Ende der 8.Wahlperiode wirksam geworden[1]

Wahlperiode	Dauer der Wahlperiode			plenarsitzungs-freie Zeit
	von	→	bis	
	Konstituierung des Bundestages	letzte Plenarsitzung	Ablauf der Wahl-periode	
13.WP	10.11.1994	16.10.1998	26.10.1998	10 Tage
14.WP	26.10.1998	13.09.2002	17.10.2002	33 Tage
15.WP	17.10.2002			

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.26.

[1] Zum Problem der Rechte des Bundestages zwischen zwei Wahlperioden vgl.: *Albrecht Kochsiek*, Der Alt-Bundestag. Die Rechte des Bundestages in dem Zeitraum zwischen Wahl und Zusammentritt des neugewählten Bundestages. Berlin 2002. (Beiträge zum Parlamentsrecht, Bd. 54). (Zugl.: Kiel, Univ., Diss., 2001).

1.22 Trendverschiebungen zwischen Bundestags- und Landtagswahlen

Datum	Bundestags-/Landtagswahl	CDU/CSU		SPD	
		Stimmenanteil in %[1]	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten	Stimmenanteil in %[1]	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten
16.10.1994	Bundestagswahl	**41,5**	– 2,3	**36,4**	+ 2,9
	Schleswig-Holstein	41,5	– 2,0	39,6	+ 1,1
	Hamburg	34,9	– 1,7	39,7	– 1,3
	Niedersachsen	41,3	– 3,0	40,6	+ 2,2
	Bremen	30,2	– 0,7	45,5	+ 3,0
	Nordrhein-Westfalen	38,0	– 2,5	43,1	+ 2,0
	Hessen	40,7	– 0,6	37,2	– 0,8
	Rheinland-Pfalz	43,8	– 1,8	39,4	+ 3,3
	Baden-Württemberg	43,3	– 3,2	30,7	+ 1,6
	Bayern	51,2	– 0,7	29,6	+ 2,9
	Saarland	37,2	– 0,9	48,8	– 2,4
	Berlin	31,4	– 8,0	34,0	+ 3,4
	Mecklenburg-Vorpommern	38,5	– 2,7	28,8	+ 2,3
	Brandenburg	28,1	– 8,2	45,1	+ 12,2
	Sachsen-Anhalt	38,8	+ 0,2	33,4	+ 8,7
	Thüringen	41,0	– 4,2	30,2	+ 8,3
	Sachsen	48,0	– 1,5	24,3	+ 6,1
16.10.1994	LTWahl Mecklenburg-Vorpommern	37,7	– 0,6	29,5	+ 2,5
16.10.1994	LTWahl Saarland	38,6	+ 5,2	49,4	– 5,0
16.10.1994	LTWahl Thüringen	42,6	– 2,8	29,6	+ 6,8
19.2.1995	LTWahl Hessen	39,2	– 1,0	38,0	– 2,8
14.5.1995	BüWahl Bremen	32,6	+ 1,9	33,4	– 5,4
14.5.1995	LTWahl Nordrhein-Westfalen	37,7	+ 1,0	46,0	– 4,0
22.10.1995	AHWahl Berlin	37,4	– 3,0	23,6	– 6,8
24.3.1996	LTWahl Schleswig-Holstein	37,2	+ 3,4	39,8	– 6,4
24.3.1996	LTWahl Rheinland-Pfalz	38,7	± 0,0	39,8	– 5,0
24.3.1996	LTWahl Baden-Württemberg	41,3	+ 1,7	25,1	– 4,3
21.9.1997	BüWahl Hamburg	30,7	+ 5,6	36,2	– 4,2
1.3.1998	LTWahl Niedersachsen	35,9	– 0,5	47,9	+ 3,6
26.4.1998	LTWahl Sachsen-Anhalt	22,0	– 12,4	35,9	+ 1,9
13.9.1998	LTWahl Bayern	52,9	+ 0,1	28,7	– 1,3

[1] Bei den Bundestagswahlen Zweitstimmenanteil.

Datum	Bundestags-/Landtagswahl	CDU/CSU		SPD	
		Stimmen-anteil in %[1]	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten	Stimmen-anteil in %[1]	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten
27.9.1998	Bundestagswahl	**35,1**	– 6,4	**40,9**	+ 4,5
	Schleswig-Holstein	35,7	– 5,8	45,4	+ 5,8
	Hamburg	30,0	– 4,9	45,7	+ 6,0
	Niedersachsen	34,1	– 7,2	49,4	+ 8,8
	Bremen	25,4	– 4,8	50,2	+ 4,7
	Nordrhein-Westfalen	33,8	– 4,2	46,9	+ 3,8
	Hessen	34,7	– 6,0	41,6	+ 4,4
	Rheinland-Pfalz	39,1	– 4,7	41,3	+ 1,9
	Baden-Württemberg	37,8	– 5,5	35,6	+ 4,9
	Bayern	47,7	– 3,5	34,4	+ 4,8
	Saarland	31,8	– 5,4	52,4	+ 3,6
	Berlin	23,7	– 7,7	37,8	+ 3,8
	Mecklenburg-Vorpommern	29,3	– 9,2	35,3	+ 6,5
	Brandenburg	20,8	– 7,3	43,5	– 1,6
	Sachsen-Anhalt	27,2	– 11,6	38,1	+ 4,7
	Thüringen	28,9	– 12,1	34,5	+ 4,3
	Sachsen	32,7	– 15,3	29,1	+ 4,8
27.9.1998	LTWahl Mecklenb.-Vorpomm.	30,2	– 7,5	34,3	+ 4,8
7.2.1999	LTWahl Hessen	43,4	+ 4,2	39,4	+ 1,4
6.6.1999	BüWahl Bremen	37,1	+ 4,5	42,,6	+ 9,2
5.9.1999	LTWahl Brandenburg	26,5	+ 7,8	39,3	– 14,8
5.9.1999	LTWahl Saarland	45,5	+ 6,9	44,4	– 5,0
12.9.1999	LTWahl Thüringen	51,0	+ 8,4	18,5	– 11,1
19.9.1999	LTWahl Sachsen	56,9	– 1,2	10,7	– 5,9
10.10.1999	AHWahl Berlin	40,8	+ 3,4	22,4	– 1,2
27.2.2000	LTWahl Schleswig-Holstein	35,2	– 2,0	43,1	+ 3,3
14.5.2000	LTWahl Nordrhein-Westfalen	37,0	– 0,7	42,8	– 3,2
25.3.2001	LTWahl Baden-Württemberg	44,8	+ 3,5	33,3	+ 8,2
25.3.2001	LTWahl Rheinland-Pfalz	35,3	– 3,4	44,7	+ 4,9
23.9.2001	BüWahl Hamburg	26,2	– 4,5	36,5	+ 0,3
21.10.2001	AHWahl Berlin	23,8	– 17,0	29,7	+ 7,3
21.4.2002	LTWahl Sachsen-Anhalt	37,3	– 15,3	20,0	– 15,9

[1] Bei den Bundestagswahlen Zweitstimmenanteil.

Datum	Bundestags-/Landtagswahl	CDU/CSU		SPD	
		Stimmen-anteil in %[1]	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten	Stimmen-anteil in %[1]	Differenz zur jeweils letzten Wahl in %-Punkten
27.9.2002	Bundestagswahl	**38,5**	+ 3,4	**38,5**	– 2,4
	Schleswig-Holstein	36,0	+ 0,3	42,9	– 2,5
	Hamburg	28,1	– 1,9	42,0	– 3,7
	Niedersachsen	34,5	+ 0,4	47,8	– 1,6
	Bremen	24,6	– 0,8	48,6	– 1,6
	Nordrhein-Westfalen	35,1	+ 1,3	43,0	– 3,9
	Hessen	37,1	+ 2,4	39,7	– 1,9
	Rheinland-Pfalz	40,2	+ 1,1	38,2	– 3,1
	Baden-Württemberg	42,8	+ 5,0	33,5	– 2,1
	Bayern	58,6	+ 10,9	26,1	– 8,3
	Saarland	35,0	+ 3,2	46,0	– 6,4
	Berlin	25,9	+ 2,2	36,6	– 1,2
	Mecklenburg-Vorpommern	30,3	+ 1,0	41,7	+ 6,4
	Brandenburg	22,3	+ 1,5	46,4	+ 2,9
	Sachsen-Anhalt	29,0	+ 1,8	43,2	+ 5,1
	Thüringen	29,4	+ 0,5	39,9	+ 5,4
	Sachsen	33,6	+ 0,9	33,3	+ 4,2
2.2.2003	LTWahl Niedersachsen	48,3	+ 12,4	33,4	– 14,5
2.2.2003	LTWahl Hessen	48,8	+ 5,4	29,1	– 10,3

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.28.

1.23 Staatliche Parteienfinanzierung

Durch das Sechste Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes (PartG) und anderer Gesetze vom 28. Januar 1994, das rückwirkend zum 1. Januar 1994 in Kraft trat, ist die staatliche Parteienfinanzierung im Rahmen des Art. 21 Abs. 1 GG grundlegend überarbeitet worden. Die bisherigen Regelungen über die Wahlkampfkostenerstattung und den Chancenausgleich im Parteiengesetz, Europawahlgesetz sowie in den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen der Länder wurden durch die Regelung einer staatlichen Teilfinanzierung der politischen Parteien ersetzt.

Eine Neuregelung war notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 9. April 1992 (BVerfGE 85, S. 264ff.) wesentliche Teile der alten Regelung für verfassungswidrig erklärt und dem Gesetzgeber aufgegeben hatte, bis 1994 die verfassungswidrigen Regelungen zu beseitigen. Gleichzeitig hatte das Gericht dem Gesetzgeber ausdrücklich die Möglichkeit eröffnet, von einer sachlich begrenzten Wahlkampfkostenerstattung abzugehen und den Parteien allgemeine finanzielle Mittel zukommen zu lassen. Nachdem, wie im PartG für wesentliche gesetzliche Änderungen vorgesehen, eine vom Bundespräsidenten eingesetzte Kommission unabhängiger Sachverständiger dem Gesetzgeber Empfehlungen zur Neugestaltung der staatlichen Parteienfinanzierung gegeben hatte (Drs. 12/4425), legten die Bundestagsfraktionen am 28. September 1993 einen interfraktionellen Gesetzentwurf vor (Drs. 12/5774). Dieser wurde vom Deutschen Bundestag am 12. November 1993 mit den Stimmen der CDU/CSU, FDP und Teilen der SPD-Fraktion angenommen. Der Bundesrat stimmte am 17. Dezember 1993

[1] Bei den Bundestagswahlen Zweitstimmenanteil.

mehrheitlich dem Gesetz zu. Die Ausfertigung des Gesetzes durch den Bundespräsidenten gemäß Art. 82 Abs. 1 GG erfolgte am 28. Januar 1994 (BGBl. I S. 142).

Das neue Gesetz sieht vor, dass die Parteien jährlich entsprechend dem Grad ihrer Verwurzelung in der Gesellschaft Zuschüsse erhalten. Maßstab der Verwurzelung sind zum einen die Wählerstimmen, zum anderen das Beitrags- und Spendenaufkommen. Im Einzelnen erhalten die Parteien jährlich für die bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen erzielten gültigen Zweitstimmen bis zu einer Gesamtzahl von 5 Mio. Stimmen 1,00 DM (0,70 €) je Stimme sowie für die darüber hinaus erzielten Stimmen 1,00 DM (0,70 €) je Stimme. Spenden und Beiträge werden bis zu einer Höhe von 6.000 DM (3.300 €) je natürlicher Person zusätzlich mit einem Betrag von 0,50 DM (0,38 €) je Beitrags- und Spendenmark bezuschusst (§ 18 Abs. 3 PartG).

Um in den Genuss staatlicher Mittel zu gelangen, müssen die Parteien mit Ausnahme solcher nationaler Minderheiten eine bestimmte Anzahl von Zweitstimmen erlangt haben. Bei Bundestags- bzw. Europawahlen liegt dieses Quorum, wie bei der bisherigen Wahlkampfkostenerstattung, bei 0,5 %. Bei den Landtagswahlen wurde das Quorum nunmehr ländereinheitlich auf 1 % festgelegt (§ 18 Abs. 4 PartG).

Erhält die Partei staatliche Mittel, dürfen diese ihre Eigeneinnahmen (im wesentlichen Beiträge und Spenden) nicht überschreiten (§ 18 Abs. 5 Satz 1 PartG). Mit dieser „relativen Obergrenze“ wird sichergestellt, dass die Parteien nicht überwiegend vom Staat finanziert werden (Vorrang der Selbstfinanzierung der Parteien vor der Staatsfinanzierung). Die Gesamthöhe der für alle Parteien errechneten staatlichen Zuschüsse darf nicht höher als die „absolute Obergrenze“ von 230 Mio. DM im Jahre 1995 (133 Mio. € im Jahre 2003) sein. Wird die relative oder die absolute Obergrenze überschritten, erfolgt eine entsprechende anteilige Kürzung für die Bundesverbände der Parteien (§ 18 Abs. 5 Satz 2 und § 19 Abs. 6 PartG). Die absolute Obergrenze kann durch Gesetz geändert werden. Vorschläge hierzu erarbeitet eine vom Bundespräsidenten erneut einzusetzende Kommission unabhängiger Sachverständiger (§ 18 Abs. 6 PartG).

Änderungen zum Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967 (BGBl. I S. 773) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (BGBl. I S. 149)			
Gesetz	Gesetz vom ...	Fundstelle	geänderte Paragraphen
Gesetz zur Ergänzung des Jahressteuergesetzes 1996 und zur Änderung anderer Gesetze (Jahressteuer-Ergänzungsgesetz 1996 – JstErgG 1996)	18. Dezember 1995	BGBl. I S. 1959, 1965	(Art 28) § 40
Justizmitteilungsgesetz und Gesetz zur Änderung kostenrechtlicher Vorschriften und anderer Gesetze (JuMiG)	18. Juni 1997	BGBl. I S. 1430, 1436	(Art. 12) § 37
Siebtes Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes	17. Februar 1999	BGBl. I S. 146	§ 18 Abs. 2
Achtes Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes	28. Juni 2002	BGBl. I S. 2268	§ 18, 19, 19 a (neu), 20

Staatliche Teilfinanzierung 1995[1]

Absolute Obergrenze: 230 000 000 DM

PARTEI	STIMMEN-KONTO (§ 19 Abs. 3 PartG)	ZUWEN-DUNGEN (§ 24 Abs. 5 PartG)	WÄHLER-ANTEIL (§ 18 Abs. 3 PartG)	ZUWEN-DUNGS-ANTEIL (§ 18 Abs. 3 Nr. 3 PartG)	SUMME	ABSOLUTE OBERGRENZE (§ 18 Abs. 5 PartG)	RELATIVE OBERGRENZE	ENDBETRAG	VERTEILUNG LÄNDER/BUND (§ 19 Abs. 8 PartG)	
	Wählerstimmen der letzten Bundestags-, Europa- und 16 Landtagswahlen	Rechenschafts-bericht 1994	5 Mio. Wähler-stimmen mal 1,30 DM, dar-über 1,00 DM	Zuwendungen aus dem Rechenschafts-bericht 1994 mal 0,50 DM	Wähler- und Zuwendungs-anteil	Kappung bei 230 000 000 DM	Selbsterwirt-schaftete Eigen-einnahmen 1994	unter Berück-sichtigung der relativen Ober-grenze	**Länderanteil** Wählerstimmen b. Landtags-wahlen mal 1,00 DM	**Bundesanteil** übrige Mittel
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
SPD	43 333 514	168 832 990,00	44 833 514,00	84 416 495,00	129 250 009,00	90 349 999,49	220 138 323,00	90 349 999,49	14 803 463,00	75 546 536,49
CDU	40 458 359	126 902 613,00	41 958 359,00	63 451 306,50	105 409 665,50	73 684 816,72	164 051 232,00	73 684 816,72	13 022 326,00	60 662 490,72
GRÜNE	10 170 135	20 394 887,00	11 670 135,00	10 197 443,50	21 867 578,50	15 286 155,27	32 121 886,00	15 286 155,27	3 182 552,00	12 103 603,27
CSU	8 902 514	26 250 572,00	10 402 514,00	13 125 286,00	23 527 800,00	16 446 704,60	40 682 013,00	16 446 704,60	3 081 944,00	13 364 760,60
FDP	6 399 742	22 594 128,00	7 899 742,00	11 297 064,00	19 196 806,00	13 419 197,61	33 904 662,00	13 419 197,61	1 698 478,00	11 720 719,61
PDS	5 211 722	18 543 855,00	6 711 722,00	9 271 927,50	15 983 649,50	11 173 095,73	23 226 121,00	11 173 095,73	1 475 230,00	9 697 865,73
REP	3 482 007	4 675 719,34	4 526 609,10	2 337 859,67	6 864 468,77	4 798 489,03	6 288 035,75	4 798 489,03	1 219 698,00	3 578 791,03
GRAUE	556 193	892 032,60	723 050,90	446 016,30	1 169 067,20	817 216,35	959 456,75	817 216,35	41 685,00	775 531,35
ÖDP	491 872	2 855 555,78	639 433,60	1 427 777,89	2 067 211,49	1 445 048,70	3 284 090,47	1 445 048,70	218 096,00	1 226 952,70
BFB	385 676	1 116 396,96	501 378,80	558 198,48	1 059 577,28	740 679,30	1 293 001,24	740 679,30	0,00	740 679,30
APD	231 265	251 353,63	300 644,50	125 676,82	426 321,32	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
DVU	125 416	2 352 159,09	163 040,80	1 176 079,55	1 339 120,35	936 089,08	2 685 520,09	936 089,08	125 416,00	810 673,08
BP	59 936	137 422,48	77 916,80	68 711,24	146 628,04	102 497,81	194 635,05	102 497,81	59 936,00	42 561,81
STATT (NDS)	55 605	210 273,16	72 286,50	105 136,58	177 423,08	124 024,56	264 308,82	124 024,56	55 605,00	68 419,56
STATT	46 894	652 480,90	60 962,20	326 240,45	387 202,65	270 667,36	822 285,48	270 667,36	46 894,00	223 773,36
AFB	36 735	–	47 755,50	0,00	47 755,50	33 382,66	–	33 382,66	33 382,66	0,00
SSW	28 245	145 732,54	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
FORUM	15 060	172 345,13	19 578,00	86 172,57	105 750,57	73 923,12	403 794,37	73 923,12	15 060,00	58 863,12
Gesamt	119 990 890	396 980 516,61	130 608 642,70	198 417 392,05	329 026 034,75	229 701 987,39	530 319 365,02	229 701 987,39	39 079 765,66	190 600 221,73

[1] Hier Neuberechnung; Stand: 18. Juni 1997: Drs. 13/8888, S. 124f.

Staatliche Teilfinanzierung 1996[1]

Absolute Obergrenze: 230 000 000 DM

PARTEI	STIMMEN-KONTO (§ 19 Abs. 3 PartG)	ZUWEN-DUNGEN (§ 24 Abs. 5 PartG)	WÄHLER-ANTEIL (§ 18 Abs. 3 PartG)	ZUWEN-DUNGS-ANTEIL (§ 18 Abs. 3 Nr. 3 PartG)	SUMME	ABSOLUTE OBER-GRENZE (§ 18 Abs. 5 PartG)	RELATIVE OBERGRENZE	ENDBETRAG	VERTEILUNG LÄNDER/BUND (§ 19 Abs. 8 PartG)	
	Wählerstimmen der letzten Bundestags-, Europa- und 16 Landtagswahlen	Rechenschafts-bericht 1995	5 Mio. Wähler-stimmen mal 1,30 DM, dar-über 1,00 DM	Zuwendungen aus dem Rechenschafts-bericht 1995 mal 0,50 DM	Wähler- und Zuwendungs-anteil	Kappung bei 230 000 000 DM	Selbsterwirt-schaftete Eigen-einnahmen 1995	unter Berück-sichtigung der relativen Ober-grenze	**Länderanteil** Wählerstimmen b. Landtags-wahlen mal 1,00 DM	**Bundesanteil** übrige Mittel
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
SPD	42 858 328	163 903 822,00	44 358 328,00	81 951 911,00	126 310 239,00	90 532 091,58	194 819 668,00	90 532 091,58	14 328 277,00	76 203 814,58
CDU	40 504 276	118 578 406,00	42 004 276,00	59 289 203,00	101 293 479,00	72 601 481,79	144 657 626,00	72 601 481,79	13 068 243,00	59 533 238,79
GRÜNE	10 336 606	22 585 479,00	11 836 606,00	11 292 739,50	23 129 345,50	16 577 816,98	30 561 073,00	16 577 816,98	3 349 023,00	13 228 793,98
CSU	8 902 514	26 384 736,00	10 402 514,00	13 192 368,00	23 594 882,00	16 911 487,42	36 323 134,00	16 911 487,42	3 081 944,00	13 829 543,42
FDP	6 608 311	18 383 494,00	8 108 311,00	9 191 747,00	17 300 058,00	12 399 710,80	32 519 005,00	12 399 710,80	1 907 047,00	10 492 663,80
PDS	5 211 722	20 001 873,00	6 711 722,00	10 000 936,50	16 712 658,50	11 978 695,80	26 025 422,00	11 978 695,80	1 475 230,00	10 503 465,80
REP	3 390 015	3 736 153,58	4 407 019,50	1 868 076,79	6 275 096,29	4 497 636,90	4 849 681,32	4 497 636,90	1 127 706,00	3 369 930,90
GRAUE	556 193	933 185,41	723 050,90	466 592,71	1 189 643,61	852 669,78	974 696,29	852 669,78	41 685,00	810 984,78
öDP	468 043	2 489 219,79	608 455,90	1 244 609,90	1 853 065,80	1 328 173,58	2 611 251,59	1 328 173,58	194 267,00	1 133 906,58
BFB	385 676	1 051 429,73	501 378,80	525 714,87	1 027 093,67	736 163,11	1 121 801,94	736 163,11	0,00	736 163,11
APD	231 265	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
STATT Partei	102 499	408 540,87	133 248,70	204 270,44	337 519,14	241 914,78	460 011,46	241 914,78	102 499,00	139 415,78
DVU	96 456	2 322 230,87	125 392,80	1 161 115,44	1 286 508,24	922 096,91	3 376 611,49	922 096,91	96 456,00	825 640,91
BP	59 936	143 102,02	77 916,80	71 551,01	149 467,81	107 130,14	146 227,44	107 130,14	59 936,00	47 194,14
SSW	38 285	140 908,09	49 770,50	70 454,05	120 224,55	86 170,21	679 382,48	86 170,21	38 285,00	47 885,21
AFB	36 735	245 100,05	47 755,50	122 550,03	170 305,53	122 065,44	385 001,95	122 065,44	36 735,00	85 330,44
WSH	28 206	46 066,00	36 667,80	23 033,00	59 700,80	42 790,18	51 800,77	42 790,18	28 206,00	14 584,18
FORUM	15 060	133 582,38	19 578,00	66 791,19	86 369,19	61 904,59	313 799,31	61 904,59	15 060,00	46 844,59
Gesamt	119 830 126	381 487 328,79	130 151 992,20	190 743 664,43	320 895 656,63	230 000 000,00	479 876 194,04	230 000 000,00	38 950 599,00	191 049 401,00

[1] Hier Neuberechnung; Stand: 2. März 1999: Drs. 14/4747, S. 112.

Staatliche Teilfinanzierung 1997[1]

Absolute Obergrenze: 230 000 000 DM

PARTEI	STIMMEN-KONTO (§ 19 Abs. 3 PartG)	ZUWEN-DUNGEN (§ 24 Abs. 5 PartG)	WÄHLER-ANTEIL (§ 18 Abs. 3 PartG)	ZUWEN-DUNGSAN-TEIL (§ 18 Abs. 3 Nr. 3 PartG)	SUMME	ABSOLUTE OBER-GRENZE (§ 18 Abs. 5 PartG)	RELATIVE OBER-GRENZE	ENDBETRAG	VERTEILUNG LÄNDER/BUND (§ 19 Abs. 8 PartG)	
	Wählerstimmen der letzten Bundestags-, Europa- und 16 Landtagswahlen	Rechenschafts-bericht 1996	5 Mio. Wähler-stimmen mal 1,30 DM, dar-über 1,00 DM	Zuwendungen aus dem Rechenschafts-bericht 1996 mal 0,50 DM	Wähler- und Zuwendungs-anteil	Kappung bei 230 000 000 DM	Selbsterwirt-schaftete Eigen-einnahmen 1996	unter Berück-sichtigung der relativen Ober-grenze	**Länderanteil** Wählerstimmen b. Landtags-wahlen mal 1,00 DM	**Bundesanteil** übrige Mittel
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
SPD	42 814 858	164 407 644,00	44 314 858,00	82 203 822,00	126 518 680,00	87 891 919,65	192 594 496,00	87 891 919,65	14 284 807,00	73 607 112,65
CDU	40 544 444	121 613 429,00	42 044 444,00	60 806 714,50	102 851 158,50	71 450 206,08	149 187 600,00	71 450 206,08	13 108 411,00	58 341 795,08
GRÜNE	10 337 119	25 002 564,00	11 837 119,00	12 501 282,00	24 338 401,00	16 907 770,34	33 563 544,00	16 907 770,34	3 349 536,00	13 558 234,34
CSU	8 902 514	33 688 450,00	10 402 514,00	16 844 225,00	27 246 739,00	18 928 178,79	45 491 568,00	18 928 178,79	3 081 944,00	15 846 234,79
FDP	6 601 739	20 541 478,00	8 101 739,00	10 270 739,00	18 372 478,00	12 763 272,27	28 219 121,00	12 763 272,27	1 900 475,00	10 862 797,27
PDS	5 211 722	21 383 750,00	6 711 722,00	10 691 875,00	17 403 597,00	12 090 195,29	24 411 670,00	12 090 195,29	1 475 230,00	10 614 965,29
REP	3 364 366	5 626 844,60	4 373 675,80	2 813 422,30	7 187 098,10	4 992 842,55	7 566 073,29	4 992 842,55	1 102 057,00	3 890 785,55
GRAUE	542 864	1 061 160,22	705 723,20	530 580,11	1 236 303,31	858 853,97	1 141 814,77	858 853,97	28 356,00	830 497,97
ÖDP	468 043	3 532 745,87	608 455,90	1 766 372,94	2 374 828,84	1 649 782,19	3 693 411,81	1 649 782,19	194 267,00	1 455 515,19
BFB	396 590	1 062 142,64	515 567,00	531 071,32	1 046 638,32	727 094,62	1 262 132,81	727 094,62	10 914,00	716 180,62
APD	231 265	41 532,00	300 644,50	20 766,00	321 410,50	223 282,34	54 775,63	54 775,63	0,00	54 775,63
DVU	113 795	2 250 028,49	147 933,50	1 125 014,25	1 272 947,75	884 310,69	2 635 047,67	884 310,69	113 795,00	770 515,69
STATT Partei	87 006	478 570,93	113 107,80	239 285,47	352 393,27	244 805,91	535 992,41	244 805,91	87 006,00	157 799,91
BP	59 936	130 488,52	77 916,80	65 244,26	143 161,06	99 453,30	138 995,85	99 453,30	59 936,00	39 517,30
SSW	38 285	140 172,26	49 770,50	70 086,13	119 856,63	83 263,83	576 715,81	83 263,83	38 285,00	44 978,83
AFB	36 735	177 209,00	47 755,50	88 604,50	136 360,00	94 728,64	368 750,59	94 728,64	36 735,00	57 993,64
WSH	28 206	111 301,69	36 667,80	55 650,85	92 318,65	64 133,32	159 150,12	64 133,32	28 206,00	35 927,32
FORUM	15 060	93 006,19	19 578,00	46 503,10	66 081,10	45 906,22	197 169,00	45 906,22	15 060,00	30 846,22
Gesamt	119 794 547	401 342 517,41	130 409 192,30	200 671 258,73	331 080 451,03	230 000 000,00	491 798 028,76	229 831 493,29	38 915 020,00	190 916 473,29

[1] Stand: 6. Februar 1998: Drs. 14/4747, S. 118.

Staatliche Teilfinanzierung 1998[1]

Absolute Obergrenze: 245 000 000 DM

PARTEI	STIMMEN-KONTO (§ 19 Abs. 3 PartG)	ZUWEN-DUNGEN (§ 24 Abs. 5 PartG)	WÄHLER-ANTEIL (§ 18 Abs. 3 PartG)	ZUWEN-DUNGS-ANTEIL (§ 18 Abs. 3 Satz 1Nr. 3 PartG)	SUMME	ABSOLUTE OBER-GRENZE (§ 18 Abs. 2, 6 PartG)	RELATIVE OBER-GRENZE (§ 18 Abs. 5 PartG)	ENDBETRAG (§ 18 Abs.6 PartG)	VERTEILUNG LÄNDER/BUND (§ 19 Abs. 8 PartG)	
	Wählerstimmen der letzten Bundestags-, Europa- und 16 Landtagswahlen	Rechenschafts-bericht 1997	5 Mio. Wähler-stimmen mal 1,30 DM, dar-über 1,00 DM	Zuwendungen aus dem Rechenschafts-bericht 1997 mal 0,50 DM	Wähler- und Zuwendungs-anteil	Kappung bei 230 000 000 DM	Selbsterwirt-schaftete Eigen-einnahmen 1997	unter Berück-sichtigung der relativen Ober-grenze	**Länderanteil** Wählerstimmen b. Landtags-wahlen mal 1,00 DM	**Bundesanteil** übrige Mittel
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
SPD	46 275 202	164 996 248,00	47 775 202,00	82 498 124,00	130 273 326,00	96 756 242,72	190 961 828,00	96 756 242,72	14 704 236,00	82 052 006,72
CDU	38 359 956	119 055 974,00	39 859 956,00	59 527 987,00	99 387 943,00	73 817 136,87	145 013 737,00	73 817 136,87	13 008 975,00	60 808 161,87
GRÜNE	10 177 647	25 665 891,00	11 677 647,00	12 832 945,50	24 510 592,50	18 204 439,16	34 002 281,00	18 204 439,16	3 312 755,00	14 891 684,16
CSU	8 941 736	26 385 222,68	10 441 736,00	13 192 611,34	23 634 347,34	17 553 636,79	36 600 851,00	17 553 636,79	3 223 882,00	14 329 754,79
FDP	6 384 701	19 726 684,00	7 884 701,00	9 863 342,00	17 748 043,00	13 181 777,18	28 419 916,00	13 181 177,18	1 860 889,00	11 320 888,18
PDS	5 771 717	21 441 417,00	7 271 717,00	10 720 708,50	17 992 425,50	13 363 284,28	24 538 924,00	13 363 284,28	1 585 947,00	11 777 337,28
REP	3 321 994	6 017 082,61	4 318 592,20	3 008 541,31	7 327 133,51	5 441 988,24	7 448 287,48	5 441 988,24	1 028 541,00	4 413 447,24
DVU	938 533	1 981 091,97	1 220 092,90	990 545,99	2 210 638,89	1 641 879,57	3 243 225,54	1 641 879,57	337 341,00	1 304 538,57
ödp	452 471	3 627 311,35	588 212,30	1 813 655,68	2 401 867,98	1 783 908,71	3 764 906,11	1 783 908,71	178 695,00	1 605 213,71
Pro DM	445 718		579 433,40	0,00	579 433,40	430 355,16		430 355,16	15 619,00	414 736,16
BFB	396 590	1 298 244,23	515 567,00	649 122,12	1 164 689,12	865 034,67	1 410 746,53	865 034,67	10 914,00	854 120,67
GRAUE	304 222	1 059 031,84	395 488,60	529 515,92	925 004,52	687 016,79	1 298 360,56	687 016,79	28 356,00	658 660,79
APD	231 265	34 668,58	300 644,50	17 334,29	317 978,79	236 168,32	42 023,95	42 023,95	0,00	42 023,95
SSW	38 285	150 011,46	49 770,50	75 005,73	124 776,23	92 673,45	629 508,17	92 673,45	38 285,00	54 388,45
AFB	36 735	110 017,28	47 755,50	55 008,64	102 764,14	76 324,70	174 932,02	76 324,70	36 735,00	39 589,70
STATT Partei	31 401	446 507,12	40 821,30	223 253,56	264 074,86	196 132,95	601 250,29	196 132,95	31 401,00	164 731,95
WSH	28 206	45 598,39	36 667,80	22 799,20	59 467,00	44 167,17	48 292,78	44 167,17	28 206,00	15 961,17
FORUM	15 060	70 486,61	19 578,00	35 243,31	54 821,31	40 716,73	135 978,38	40 716,73	15 060,00	25 656,73
NPD	11 531	1 551 015,56	14 990,30	775 507,78	790 498,08	587 116,54	2 369 315,06	587 116,54	11 531,00	575 585,54
Gesamt	122 162 970	393 662 503,68	133 038 573,30	196 831 251,87	329 869 825,17	245 000 000,00	480 704 363,87	244 805 855,63	39 457 368,00	205 348 487,63

[1] Stand: 2. März 1999: Drs. 14/4747, S. 123.

Staatliche Teilfinanzierung 1999[1]

Absolute Obergrenze: 245 000 000 DM

PARTEI	STIMMEN-KONTO (§ 19 Abs. 3 PartG)	ZUWEN-DUNGEN (§ 24 Abs. 5 PartG)	WÄHLER-ANTEIL (§ 18 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 u. Satz 2 PartG)	ZUWEN-DUNGSAN-TEIL (§ 18 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 PartG)	SUMME	ABSOLUTE OBER-GRENZE (§ 18 Abs. 2, § 19 Abs. 6 PartG)	RELATIVE OBER-GRENZE (§ 18 Abs. 5, § 19 Abs. 6 PartG)	ENDBETRAG (§ 19 Abs. 6 PartG)	VERTEILUNG LÄNDER/BUND (§ 19 Abs. 8 PartG)	
	Wählerstimmen der letzten Bundestags-, Europa- und 16 Landtagswahlen Stand: 31.10.2000	Rechenschafts-bericht 1999	5 Mio. Wähler-stimmen mal 1,30 DM, dar-über 1,00 DM	Zuwendungen aus dem Rechenschafts-bericht 1998 mal 0,50 DM	Wähler- und Zuwendungs-anteil	Kappung bei 230 000 000 DM	Selbsterwirt-schaftete Eigen-einnahmen 1999	unter Berück-sichtigung der relativen Ober-grenze	**Länderanteil** Wählerstimmen b. Landtags-wahlen mal 1,00 DM	**Bundesanteil** übrige Mittel
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
SPD	42 653 531	172 671 659,00	44 153 531,00	86 335 829,50	130 489 360,50	93 949 155,55	207 608 688,00	93 949 155,55	14 165 177,00	79 783 978,55
CDU	37 879 955	133 145 261,00	39 379 955,00	66 572 630,50	105 952 585,50	76 283 276,26	196 220 291,00	76 283 276,26	13 246 823,00	63 036 453,26
CSU	9 088 369	30 972 467,51	10 588 369,00	15 486 233,76	26 074 602,76	18 773 077,75	48 059 024,00	18 773 077,75	3 223 882,00	15 549 195,75
GRÜNE	8 061 579	27 953 076,00	9 561 579,00	13 976 538,00	23 538 117,00	16 946 869,90	38 771 728,00	16 946 869,90	3 018 461,00	13 928 408,90
PDS	5 911 792	23 139 279,00	7 411 792,00	11 569 639,50	18 981 431,50	13 666 167,52	26 110 717,00	13 666 167,52	1 828 593,00	11 837 574,52
FDP	5 638 124	22 803 335,00	7 138 124,00	11 401 667,50	18 539 791,50	13 348 197,50	36 174 091,00	13 348 197,50	1 736 798,00	11 611 399,50
REP	2 386 451	6 921 105,68	3 102 386,30	3 460 552,84	6 562 939,14	4 725 156,04	8 606 237,49	4 725 156,04	1 019 030,00	3 706 126,04
DVU	1 033 486	3 230 155,24	1 343 531,80	1 615 077,62	2 958 609,42	2 130 126,59	5 006 908,00	2 130 126,59	432 294,00	1 697 832,59
Pro DM	492 187	323 301,59	639 843,10	161 650,80	801 493,90	577 056,05	7 000 049,44	577 056,05	62 088,00	514 968,05
TIER-SCHUTZ	201 918	132 100,03	262 493,40	66 050,02	328 543,42	236 543,25	134 261,67	134 261,67	16 732,00	117 529,67
ödp	178 695	4 824 974,30	232 303,50	2 412 487,15	2 644 790,65	1 904 184,73	5 106 068,92	1 904 184,73	178 695,00	1 725 489,73
NPD	41 124	2 493 498,22	53 461,20	1 246 749,11	1 300 210,31	936 119,70	3 404 734,36	936 119,70	41 124,00	894 995,70
SSW	38 285	166 099,30	49 770,50	83 049,65	132 820,15	95 627,27	676 656,40	95 627,27	38 285,00	57 342,27
STATT Partei	31 401	455 025,99	40 821,30	227 513,00	268 334,30	193 194,15	633 337,38	193 194,15	31 401,00	161 793,15
WSH	28 206	66 986,31	36 667,80	33 493,16	70 160,96	50 514,18	73 625,38	50 514,18	28 206,00	22 308,18
GRAUE	17 559	1 112 951,06	22 826,70	556 475,53	579 302,23	417 083,47	1 378 134,61	417 083,47	17 559,00	399 524,47
BFB	10 914	1 934 415,91	14 188,20	967 207,96	981 396,16	706 581,29	2 518 244,00	706 581,29	10 914,00	695 667,29
AFB	7 110	108 330,00	9 243,00	54 165,00	63 408,00	45 652,21	151 945,84	45 652,21	7 110,00	38 542,21
FAMILIE	5 623	28 205,50	7 309,90	14 102,75	21 412,65	15 416,59	28 372,94	15 416,59	5 623,00	9 793,59
Gesamt	113 706 309	432 482 226,64	124 048 196,70	216 241 113,35	340 289 310,05	245 000 000,00	587 663 115,43	244 897 718,42	39 108 795,00	205 788 923,42

[1] Hier: Fiktive Neuberechnung der staatlichen Teilfinanzierung 1999 unter Berücksichtigung der Zuwendungen an die CDU; Stand 29. Januar 2001: Drs. 14/7979, S. 97. Die Berechnung hat nur nachrichtlichen Wert aufgrund des noch nicht rechtskräftig abgeschlossenen CDU-Klageverfahrens.

Staatliche Teilfinanzierung 2000[1]

Absolute Obergrenze: 245 000 000 DM

PARTEI	STIMMEN-KONTO (§ 19 Abs. 3 PartG)	ZUWEN-DUNGEN (§ 24 Abs. 5 PartG)	WÄHLER-ANTEIL (§ 18 Abs. 3 Satz 1 Nr 1 u. Satz 2 PartG)	ZUWEN-DUNGS-ANTEIL (§ 18 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 PartG)	SUMME	ABSOLUTE OBER-GRENZE (§ 18 Abs. 2, § 19 Abs. 6 PartG)	RELATIVE OBER-GRENZE (§ 18 Abs. 5, § 19 Abs. 6 PartG)	ENDBETRAG (§ 19 Abs. 6 PartG)	VERTEILUNG LÄNDER/BUND (§ 19 Abs. 8 PartG)	
	Wählerstimmen der letzten Bundestags-, Europa- und 16 Landtagswahlen Stand: 31.10.2000	Rechenschafts-bericht 1999	5 Mio. Wähler-stimmen mal 1,30 DM, dar-über 1,00 DM	Zuwendungen aus dem Rechenschafts-bericht 1998 mal 0,50 DM	Wähler- und Zuwendungs-anteil	Kappung bei 230 000 000 DM	Selbsterwirt-schaftete Eigen-einnahmen 1998	unter Berück-sichtigung der relativen Ober-grenze	**Länderanteil** Wählerstimmen b. Landtags-wahlen mal 1,00 DM	**Bundesanteil** übrige Mittel
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
SPD	42 013 048	169 794 966,00	43 513 048,00	84 897 483,00	128 410 531,00	93 432 647,37	212 090 530,00	93 432 647,37	13 524 694,00	79 907 953,37
CDU	37 423 687	140 745 024,00	38 923 687,00	70 372 512,00	109 296 199,00	79 524 888,97	182 380 389,00	79 524 888,97	12 790 555,00	66 734 333,97
CSU	9 088 369	25 998 496,83	10 588 369,00	12 999 248,42	23 587 617,42	17 162 560,76	44 915 623,00	17 162 560,76	3 223 882,00	13 938 678,76
GRÜNE	7 718 463	26 118 997,00	9 218 463,00	13 059 498,50	22 277 961,50	16 209 643,43	34 413 898,00	16 209 643,43	2 675 345,00	13 534 298,43
FDP	6 052 470	24 805 810,00	7 552 470,00	12 402 905,00	19 955 375,00	14 519 708,79	32 761 223,00	14 519 708,79	2 151 144,00	12 368 564,79
PDS	6 011 792	23 115 121,00	7 511 792,00	11 557 560,50	19 069 352,50	13 875 030,92	26 190 012,00	13 875 030,92	1 928 593,00	11 946 437,92
REP	2 469 747	5 597 778,69	3 210 671,10	2 798 889,35	6 009 560,45	4 372 609,77	6 306 563,88	4 372 609,77	1 102 326,00	3 270 283,77
DVU	969 151	2 020 644,88	1 259 896,30	1 010 322,44	2 270 218,74	1 651 831,40	4 371 610,28	1 651 831,40	367 959,00	1 283 872,40
Pro DM	492 187	153 884,70	639 843,10	76 942,35	716 785,45	521 539,48	6 501 375,10	521 539,48	62 088,00	459 451,48
TIER-SCHUTZ	201 918	121 622,97	262 493,40	60 811,49	323 304,89	235 239,52	122 674,53	122 674,53	16 732,00	105 942,53
ödp	178 695	3 676 822,14	232 303,50	1 838 411,07	2 070 714,57	1 506 670,38	3 821 560,51	1 506 670,38	178 695,00	1 327 975,38
SSW	60 367	141 170,61	78 477,10	70 585,31	149 062,41	108 459,14	697 357,98	108 459,14	60 367,00	48 092,14
NPD	56 245	2 153 608,99	73 118,50	1 076 804,50	1 149 923,00	836 694,23	2 563 654,15	836 694,23	56 245,00	780 449,23
STATT Partei	31 401	240 371,34	40 821,30	120 185,67	161 006,97	117 150,11	607 591,44	117 150,11	31 401,00	85 749,11
GRAUE	17 559	1 372 495,10	22 826,70	686 247,55	709 074,25	515 928,75	1 481 285,35	515 928,75	17 559,00	498 369,75
BFB	10 914	896 304,37	14 188,20	448 152,19	462 340,39	336 402,99	1 068 667,36	336 402,99	10 914,00	325 488,99
AFB	7 110	125 741,04	9 243,00	62 870,52	72 113,52	52 470,44	241 807,20	52 470,44	7 110,00	45 360,44
FAMILIE	5 623	41 793,87	7 309,90	20 896,94	28 206,84	20 523,55	41 797,98	20 523,55	5 623,00	14 900,55
Gesamt	112 808 746	427 142 653,53	123 159 021,10	213 560 326,80	336 719 347,90	245 000 000,00	560 577 620,76	244 887 435,01	38 211 232,00,	206 676 203,01

[1] Stand: 6. Februar 2001: Drs. 14/7979, S. 104.

Staatliche Teilfinanzierung 2001[1]

Absolute Obergrenze: 133 000 000 €

PARTEI	STIMMEN-KONTO (§ 19 Abs. 3 PartG)	ZUWEN-DUNGEN (§ 24 Abs. 5 PartG)	WÄHLER-ANTEIL (§ 18 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 u. Satz 2 PartG)	ZUWEN-DUNGS-ANTEIL (§ 18 Abs. 3Satz 1 Nr. 3 PartG)	SUMME	ABSOLUTE OBER-GRENZE (§ 18 Abs. 2, § 19 Abs. 6 PartG)	RELATIVE OBER-GRENZE (§ 18 Abs. 5, § 19 Abs. 6 PartG)	ENDBETRAG (§ 19 Abs. 6 PartG)	VERTEILUNG LÄNDER/BUND (§ 19 Abs. 8 PartG)	
	Wählerstimmen der letzten Bundestags-, Europa- und 16 Landtagswahlen Stand: 31.10.2001	DM-Betrag lt. Rechenschaftsbericht 2000 geteilt durch 1,95583 €	5 Mio. Wählerstimmen mal 0,664679 €, darüber mal 0,511292 € €	0,255646 € je 0,511292 € Zuwendung €	Wähler- und Zuwendungsanteil €	Kappung bei 125.266.510,89 € €	Selbst erwirtschaftete Einnahmen; DM-Betrag lt. Rechenschaftsbericht 2000 geteilt durch 1,95583 €	unter Berücksichtigung der relativen Obergrenze €	**Länderanteil** 0,511292 € je Wählerstimme bei den jeweiligen Landtagswahlen €	**Bundesanteil** übrige Mittel €
SPD	42 465 539	81 596 972,64	22 479 225,37	40 798 486,32	63 277 711,69	47 493 741,64	101 530 015,39	47 493 741,64	7 146 422,90	40 347 318,74
CDU	37 046 988	71 075 204,39	19 708 763,59	35 537 602,20	55 246 365,79	41 465 731,82	90 375 444,18	41 465 731,82	6 347 105,25	35 118 626,57
CSU	9 088 369	13 641 271,74	5 413 745,36	6 820 635,87	12 234 381,23	9 182 641,50	19 307 686,76	9 182 641,50	1 648 345,08	7 534 296,42
GRÜNE	7 391 686	11 717 641,10	4 546 244,92	5 858 820,55	10 405 065,47	7 809 629,62	15 179 628,09	7 809 629,62	1 200 804,03	6 608 825,59
PDS	6 101 215	11 527 503,92	3 886 437,42	5 763 751,96	9 650 189,38	7 243 049,55	13 062 359,71	7 243 049,55	1 031 795,43	6 211 254,12
FDP	6 061 796	11 566 800,28	3 866 282,80	5 783 400,14	9 649 682,94	7 242 669,44	15 511 821,07	7 242 669,44	1 104 631,03	6 138 038,41
REP	2 168 955	2 340 858,00	1 441 658,84	1 170 429,00	2 612 087,84	1 960 529,57	2 563 166,42	1 960 529,57	409 817,94	1 550 711,63
DVU	928 194	713 103,26	616 951,06	356 551,63	973 502,69	730 672,52	1 661 098,69	730 672,52	167 193,51	563 479,01
Pro DM	492 187	62 311,95	327 146,36	31 155,98	358 302,34	268 927,53	993 461,25	268 927,53	31 745,10	237 182,43
TIER-SCHUTZ	185 186	44 526,10	123 089,25	22 263,05	145 352,30	109 095,67	46 040,55	46 040,55	0,00	46 040,55
Schill	165 421	38 522,78	109 951,86	19 261,39	129 213,25	96 982,34	49 191,06	49 191,06	49 191,06	0,00
ödp	108 920	1 398 319,65	72 396,84	699 159,83	771 556,67	579 099,85	1 465 916,68	579 099,85	55 689,92	523 409,93
SSW	60 367	84 348,73	40 124,68	42 174,37	82 299,05	61 770,40	358 781,64	61 770,40	30 865,16	30 905,24
NPD	56 245	1 194 046,17	37 384,87	597 023,09	634 407,96	476 161,46	1 572 451,88	476 161,46	28 757,62	447 403,84
GRAUE	22 093	1 364 091,09	14 684,75	682 045,55	696 730,30	522 938,14	1 368 119,79	522 938,14	11 295,97	511 642,17
AFB	7 110	26 256,19	4 725,87	13 128,10	17 853,97	13 400,48	26 404,46	13 400,48	3 635,29	9 765,19
FAMILIE	5 623	17 757,77	3 737,49	8 878,89	12 616,38	9 469,36	17 834,43	9 469,36	2 874,99	6 594,37
Gesamt	112 355 894	208 409 535,76	62 692 551,33	104 204 767,92	166 897 319,25	125 266 510,89	265 089 422,05	125 155 664,49	19 270 170,28	105 885 494,21

[1] Stand: 7. Februar 2002: Mitteilung des Referates Parteienfinanzierung/Landesparlamente.

Staatliche Teilfinanzierung 2002[1]

Absolute Obergrenze: 133 000 000 €

PARTEI	STIMMEN-KONTO (§ 19a Abs. 3 PartG)	ZUWEN-DUNGEN (§ 24 Abs. 5 PartG a.F.)	WÄHLER-ANTEIL (§ 18 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 u. Satz 2 PartG)	ZUWEN-DUNGS-ANTEIL (§ 18 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 PartG)	SUMME	ABSOLUTE OBER-GRENZE (§ 18 Abs. 2, § 19a Abs. 5 PartG)	RELATIVE OBER-GRENZE (§ 18 Abs. 5 PartG a.F., § 19a Abs. 5 PartG)	ENDBETRAG (§ 19a Abs. 5 PartG)	VERTEILUNG LÄNDER/BUND (§ 19a Abs. 6 PartG)	
	Wählerstimmen der letzten Bundestags-, Europa- und 16 Landtagswahlen Stand: 31.12.2002	DM-Betrag lt. Rechenschafts-bericht 2001 geteilt durch 1,95583	4 Mio. Wähler-stimmen mal 0,85 €, darüber mal 0,70 €	0,38 € je 1,00 € Zuwendung	Wähler- und Zuwendungs-anteil	Kappung bei 133.000.000 €	Selbst erwirt-schaftete Ein-nahmen; DM-Betrag lt. Rechenschafts-bericht 2001 geteilt durch 1,95583	unter Berück-sichtigung der relativen Ober-grenze	**Länderanteil** 0,50 € je Wäh-lerstimme bei den jeweiligen Landtagswahlen lt. Wählerstim-menkonto	**Bundesanteil** übrige Mittel
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
SPD	40 490 402	84 022 719,77	28 943 281,40	31 928 633,51	60 871 914,91	49 364 396,10	112 477 902,48	49 364 396,10	6 847 324,50	42 517 071,60
CDU	37 290 057	71 219 081,92	26 703 039,90	27 063 251,13	53 766 291,03	43 602 053,44	89 557 368,48	43 602 053,44	6 247 136,00	37 354 917,44
CSU	10 078 969	18 478 719,01	7 655 278,30	7 021 913,22	14 677 191,52	11 902 544,83	25 399 491,26	11 902 544,83	1 611 941,00	10 290 603,83
GRÜNE	8 170 733	11 618 748,05	6 319 513,10	4 415 124,26	10 734 637,36	8 705 310,02	16 032 719,10	8 705 310,02	1 159 442,00	7 545 868,02
FDP	6 639 165	13 086 858,26	5 247 415,50	4 973 006,14	10 220 421,64	8 288 304,10	18 547 115,04	8 288 304,10	1 139 989,50	7 148 314,60
PDS	5 340 238	11 627 912,45	4 338 166,60	4 418 606,73	8 756 773,33	7 101 350,89	13 241 499,01	7 101 350,89	927 895,50	6 173 455,39
REP	1 543 243	1 876 030,08	1 311 756,55	712 891,43	2 024 647,98	1 641 898,81	2 231 607,35	1 641 898,81	400 767,00	1 241 131,81
Schill	634 969	175 310,69	539 723,65	66 618,06	606 341,71	491 715,96	334 565,12	334 565,12	117 246,50	217 318,62
TIER-SCHUTZ	185 186	57 923,35	157 408,10	22 010,87	179 418,97	145 500,75	62 082,92	62 082,92	0,00	62 082,92
ödp	108 920	1 266 670,83	92 582,00	481 334,92	573 916,92	465 420,91	1 348 165,66	465 420,91	54 460,00	410 960,91
DVU	103 456	850 840,02	87 937,60	323 319,21	411 256,81	333 510,85	1 368 420,98	333 510,85	51 728,00	281 782,85
SSW	60 367	81 460,97	51 311,95	30 955,17	82 267,12	66 714,95	384 770,23	66 714,95	30 183,50	36 531,45
FWG RP[2]	46 549	0,00	39 566,65	0,00	39 566,65	32 086,78	0,00	0,00	0,00	0,00
Pro DM	46 469	50 832,17	39 498,65	19 316,22	58 814,87	47 696,23	864 958,38	47 696,23	23 234,50	24 461,73
NPD	44 714	967 972,77	38 006,90	367 829,65	405 836,55	329 115,26	1 247 364,00	329 115,26	22 357,00	306 758,26
GRAUE FAMILIE	22 093	1 478 062,21	18 779,05	561 663,64	580 442,69	470 713,02	1 510 018,80	470 713,02	11 046,50	459 666,52
	5 623	25 282,40	4 779,55	9 607,31	14 386,86	11 667,10	25 513,52	11 667,10	2 811,50	8 855,60
Gesamt	110 811 153	216 884 424,95	81 588 045,45	82 416 081,47	164 004 126,92	133 000 000,00	284 633 562,33	132 727 344,55	18 647 563,00	114 079 781,55

[1] Stand: 3. Februar 2003: Mitteilung des Referates Parteienfinanzierung/Landesparlamente.
[2] Landesverband Freie Wählergruppen Rheinland-Pfalz e.V.

1.24 Rechenschaftsberichte der Parteien

Art. 21 des Grundgesetzes enthält die Forderung, dass die Parteien „über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben“ müssen. Das Parteiengesetz bindet seit 1966 die Erstattung von Wahlkampfkosten an die Vorlage eines jährlichen Rechenschaftsberichts beim Präsidenten des Deutschen Bundestages. Nach dem Parteienfinanzierungsgesetz vom 22. Dezember 1983 sind die Parteien verpflichtet, nicht nur wie bereits seit 1966 über ihre Einnahmen, sondern auch über die Verwendung der Mittel und über ihren Vermögensstand Auskunft zu geben. Die sog. Rechenschaftsberichte der Parteien werden vom Präsidenten als Drucksache des Deutschen Bundestages veröffentlicht.

Verzeichnis der Fundstellen für die Rechenschaftsberichte 1994-2001

1994	als	BT-Drs. Nr. 13/3390	vom	21. 12. 1995
		BT-Drs. Nr. 13/4163	vom	20. 3. 1996
1995	als	BT-Drs. Nr. 13/6472	vom	10. 12. 1996
		BT-Drs. Nr. 13/7785	vom	2. 6. 1997
1996	als	BT-Drs. Nr. 13/8923	vom	4. 11. 1997
		BT-Drs. Nr. 13/10074	vom	6. 3. 1998
1997	als	BT-Drs. Nr. 14/246	vom	23. 12. 1998
		BT-Drs. Nr. 14/703	vom	22. 03. 1999
1998	als	BT-Drs. Nr. 14/2508	vom	14. 01. 2000
		BT-Drs. Nr. 14/3535	vom	29. 05. 2000
1999	als	BT-Drs. Nr. 14/5050	vom	15. 12. 2000[1]
		BT-Drs. Nr. 14/5725	vom	30. 03. 2001
2000	als	BT-Drs. Nr. 14/8022	vom	22. 01. 2002
		BT-Drs. Nr. 14/8836	vom	22. 04. 2002
2001	als	BT-Drs. Nr. 15/700	vom	20. 03. 2003[1]

Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien

Jahr	SPD in DM	CDU in DM	CSU in DM	B 90/GR in DM	FDP in DM	PDS in DM
1994	398 065 418	289 721 623	69 049 765	77 560 042	70 289 786	–
1995	307 198 731	225 939 290	50 294 274	66 830 971	53 940 968	–
1996	303 445 352	226 718 089	63 352 288	66 477 197	45 027 051	52 250 596
1997	301 231 662	223 787 472	56 748 675	69 221 352	45 483 960	51 978 708
1998	344 404 237	276 175 343[2]	67 206 390	75 896 598	53 711 218	57 260 102
1999	334 039 671	263 702 107	65 376 929	71 329 067	50 361 018[3]	60 291 596
2000	318 156 771	263 186 049	55 873 166	62 679 182	47 811 931[3]	53 980 314
2001	341 928 802	262 156 764	68 968 305	62 110 274	58 448 867	59 769 551

[1] In diesem Rechenschaftsbericht wurden verschiedene Angaben aus Rechenschaftsberichten der Vorjahre korrigiert.
[2] Neufassung mit Drs. 14/5050 v. 15.12.2000.
[3] Neufassung mit Drs. 15/700 v. 20.3.2003.

Anteil verschiedener Einnahmearten an den Gesamteinnahmen der Bundestagsparteien

Einnahmeart	Jahr	SPD in %	CDU in %	CSU in %	B 90/GR in %	FDP in %	PDS in %
Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	1994	38,3	32,3	26,5	19,8	18,0	–
	1995	50,9	43,8	34,4	27,4	22,5	–
	1996	50,4	44,3	30,9	30,5	24,4	32,4
	1997	52,4	45,0	34,3	31,2	23,4	32,4
	1998	45,8	36,5[1]	28,7	28,5	19,4	30,2
	1999	47,1	39,9	30,2	29,3	21,4[1]	29,0
	2000	47,7	41,2	36,7	29,5	23,1[1]	32,7
	2001	44,7	42,5	35,8	28,7	19,0	29,2
Spenden	1994	8,7	19,6	26,0	11,6	23,6	–
	1995	8,1	15,9	26,6	13,1	21,7	–
	1996	9,2	15,9	35,7	14,9	31,1	10,6
	1997	7,7	15,1	24,3	13,2	31,5	11,3
	1998	10,7	24,0[1]	36,5	15,0	40,7	12,9
	1999	10,1	24,7	23,3	14,0	37,9[3]	12,4
	2000	7,8	21,1	24,2	13,4	32,6[3]	12,6
	2001	9,4	19,0	30,8	16,2	36,1	12,1
Staatliche Mittel	1994	33,5	40,0	39,3	26,7	34,3	–
	1995	29,4	32,6	30,7	26,8	26,7	–
	1996	29,8	32,0	26,5	24,9	27,5	22,7
	1997	29,9	32,7	34,2	25,0	28,9	23,6
	1998	28,1	26,8[1]	26,0	24,0	24,5	21,9
	1999	28,1	29,0	28,8	23,8	26,5[3]	24,1
	2000	29,4	30,1	30,5	25,9	30,3[3]	25,5
	2001	27,2	30,9	26,1	24,6	24,0	23,7

[1] Neufassung mit Drs. 15/700 v. 20.3.2003.

Auszüge aus den Rechenschaftsberichten 1994 – 2001: Einnahmen[1]

– alphabetisch nach Parteien –

Autofahrer und Bürgerinteressenpartei Deutschlands (APD)		**Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:**							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1996	64	2,6	81,6	–	0,0	–	–	1,0	14,8
1997	81	2,6	47,5	–	–	–	45,9	2,1	1,9

Bayernpartei (BP)[2]		**Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:**							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	206	29,8	60,3	–	0,1	4,1	–	–	5,7
1995	285	20,6	30,3	–	0,2	0,2	34,9	–	13,9
		Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Parteienfinanzierung	Spenden von natürlichen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1996	350	15,2	44,6	22,8	0,1	1,6	–	–	15,6

[1] Bei Stand 31. März 2003 lag die Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2001 (2. Teil – Sonstige Parteien) noch nicht vor.

[2] Rechenschaftsberichte nur bis 1996 eingereicht vgl. BT-Drs.14/4747.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	77 560	19,8	11,4	0,2	2,1	4,3	26,7	3,6	31, 9
1995	66 831	27,4	12,8	0,3	1,8	1,2	26,8	2,2	27,5
1996	66 477	30,5	14,5	0,4	1,5	1,5	24,9	2,1	24,6
1997	69 221	31,2	12,9	0,3	1,5	1,2	25,0	2,1	25,9
1998	75 897	28,5	14,6	0,4	1,4	4,4	24,0	1,8	24,9
1999	71 329	29,3	13,5	0,5	0,9	2,2	23,8	1,8	28,0
2000	62 679	29,5	12,9	0,5	1,1	2,0	25,9	1,2	26,8
2001	62 110	28,7	14,3	1,9	1,2	2,4	24,6	2,0	24,9

Bund Freier Bürger - Die Freiheitlichen (BFB)[1]		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	1 760	10,5	61,5	1,0	0,2	0,2	25,7	0,0	0,9
1995	1 922	6,1	51,9	0,0	0,0	0,0	38,5	0,4	3,1
1996	2 067	7,1	53,2	0,1	0,0	0,0	35,6	0,5	3,4
1997	2 249	8,2	54,2	0,1	0,1	0,1	32,8	0,1	4,5
1998	3 634	10,0	58,1	0,6	0,0	0,4	23,8	0,1	6,9
1999	1 947	12,8	40,3	0,4	0,0	0,2	36,3	1,0	8,8

[1] 1998 umbenannt in: BUND FREIER BÜRGER – OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND; Die Freiheitlichen (BFB – Die Freiheitlichen). Die Partei kandidierte nur bei der Bundestagswahl 1998 und löste sich zum 31.12.2000 auf.

Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	2 445	10,3	50,8	3,5	–	0,0	–	1,0	34,4
1995	2 307	10,9	50,0	3,1	–	0,0	–	–	36,1
1996	2 431	10,4	48,6	2,1	–	0,0	–	0,1	38,8
1997	2 319	12,3	49,0	1,1	–	0,0	–	0,0	37,5
1998	2 409	13,3	47,8	1,9	–	0,0	–	0,0	37,0
1999	2 363	13,6	51,7	2,6	–	0,0	–	0,1	32,0
2000	2 324	15,5	50,4	2,8	–	0,1	–	0,1	31,1

Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)[1]		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	333	19,3	53,5	–	–	27,2	–	–	–
1995	267	23,2	51,8	–	–	25,0	–	–	–

[1] Nur an der Bundestagswahl 1994 teilgenommen.

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	289 722	32,3	14,5	5,1	2,2	1,0	40,0	1,5	3,4
1995	225 939	43,8	11,6	4,3	1,9	1,1	32,6	1,4	3,4
1996	226 718	44,3	11,8	4,1	1,7	1,1	3,2	2,8	2,2
1997	223 787	45,0	10,6	4,5	2,2	1,0	32,7	1,5	2,5
1998[1]	276 175	36,5	16,2	7,8	2,0	0,9	26,8	7,7	2,2
1999	263 702	39,9	18,0	6,7	1,9	1,3	29,0	1,3	1,8
2000	263 186	41,2	17,2	3,9	1,5	1,2	30,1	2,0	2,7
2001	262 157	42,5	13,7	5,3	2,5	1,6	30,9	1,2	2,2

Christlich-Soziale Union in Bayern e. V. (CSU)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	69 050	26,5	15,5	10,5	2,8	2,7	39,3	0,9	1,8
1995	53 941	34,4	18,4	8,2	2,7	3,3	30,7	0,4	2,0
1996	63 352	30,9	26,8	8,9	2,2	2,6	26,5	0,4	1,7
1997	56 749	34,3	16,2	8,1	2,3	3,1	34,2	0,5	1,3
1998	67 206	28,7	22,4	14,1	3,0	2,8	26,0	0,6	2,4
1999	65 377	30,2	14,1	9,2	12,0	2,9	28,8	0,2	2,5
2000	55 873	36,7	14,9	9,3	2,3	3,4	30,5	0,9	1,9
2001	68 968	35,8	21,1	9,7	1,8	3,3	26,1	0,2	1,9

[1] Neufassung mit Drs.14/5050 v. 15.12.2000.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	3 005	35,9	35,9	0,3	0,9	0,4	–	6,7	19,9
1995	2 852	36,5	35,8	0,3	0,7	0,5	–	3,9	22,5
1996	3 500	28,4	44,0	0,2	0,6	0,1	–	3,8	23,0
1997	2 977	33,5	35,0	0,1	0,5	1,5	–	4,7	24,8
1998	2 712	34,5	34,5	0,0	0,5	6,5	–	3,4	18,2
1999	2 684	37,2	40,9	0,0	0,3	0,8	–	3,6	17,3
2000	2 691	36,6	43,3	–	0,4	0,3	–	4,2	15,1

Deutsche Volksunion (DVU)[1]		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	4 104	21,8	42,8	0,2	0,0	0,6	34,3	0,2	0,3
1995	5 523	10,4	49,8	–	0,1	0,5	16,9	0,4	21,9
1996	4 789	11,6	40,7	–	0,0	0,7	14,6	2,1	30,4
1997	5 613	8,7	48,3	–	0,0	0,4	10,6	0,3	31,6
1998	10 058	5,4	35,0	0,1	0,0	0,2	16,1	9,1	34,1
1999	11 451	4,4	32,0	0,1	0,0	0,1	18,6	1,6	43,2
2000	5 605	7,0	47,5	0,0	0,3	0,1	29,5	3,1	12,6

[1] Nur an der Bundestagswahl 1998 teilgenommen.

FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS (FAMILIE)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1998	28	26,8	72,6	0,0	–	–	–	0,6	–
1999	58	18,6	53,9	–	0,0	–	26,8	–	0,7
2000	57	11,1	49,9	–	0,0	–	35,9	0,2	2,9

Feministische Partei DIE FRAUEN[1]		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1995	100	46,5	45,3	–	–	8,2	–	0,0	–
1996	170	62,9	21,9	0,8	–	1,0	–	13,4	–
1998	221	39,5	38,7	1,6	0,0	3,2	–	8,0	8,8
1999[2]	180	44,0	34,5	1,7	0,0	0,9	–	1,1	17,8
2000	167	42,2	31,8	1,9	0,0	2,3	–	2,2	19,6

[1] Nur an der Bundestagswahl 1998 und 2002 teilgenommen.
[2] Rechenschaftsbericht ohne Prüfungsvermerk (§ 30 Abs. 2 PartG) eingereicht.

Freie Demokratische Partei (FDP)		**Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:**							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	70 290	18,0	17,8	5,8	2,7	1,0	34,3	3,0	17,4
1995	50 294	22,5	16,7	5,0	5,9	0,8	26,7	13,8	8,7
1996	45 027	24,4	24,5	6,6	2,5	0,8	27,5	3,8	9,9
1997	45 484	23,4	24,4	7,1	2,8	0,8	28,9	4,2	8,7
1998	53 711	19,4	28,5	12,2	4,8	0,7	24,5	1,6	8,1
1999[1]	50 361	21,4	31,6	6,3	2,6	0,9	26,5	1,9	8,8
2000[2]	47 812	23,1	26,5	6,1	2,9	0,9	30,3	1,8	8,2
2001	58 449	19,0	28,8	7,3	3,5	1,1	24,0	2,4	13,9

Freiheitliche Deutsche Volkspartei– Die Freiheitlichen in Deutschland (FDVP)		**Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:**							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
2000	349	2,4	75,6	–	–	0,2	–	–	21,7

[1] Neufassung mit Drs.15/700 v. 20.03.2003.
[2] Neufassung mit Drs.15/700 v. 20.03.2003.

DIE GRAUEN – Graue Panther (Graue)		**Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:**							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	2 534	7,5	28,7	–	1,3	0,5	35,4	–	26,7
1995	2 467	7,7	30,5	–	0,1	1,1	51,7	–	8,8
1996	2 122	7,6	45,0	–	0,2	1,0	40,1	–	6,1
1997	2 557	7,2	43,3	0,0	0,2	0,0	34,1	–	15,1
1998	2 157	5,8	56,4	0,1	0,1	0,0	32,6	1,4	3,5
1999	1 916	6,0	69,4	0,0	0,1	1,4	20,9	0,4	1,8
2000	4 021	2,5	63,9	0,0	0,2	0,0	16,9	0,0	16,6

Die Mittelstandspartei (DMP)		**Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:**							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1998	134	66,7	33,1	–	–	0,1	–	–	–

Initiative Pro D-Mark– neue liberale Partei– (Pro DM)[1]		**Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:**							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1998	7 430	0,6	4,0	0,8	88,6	0,2	5,8	0,0	–
1999	7 078	0,4	3,7	0,8	86,9	–	8,2	0,0	–
2000	2 463	1,2	5,1	2,4	70,2	–	21,1	–	–

Marxistisch–Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)[2]		**Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:**							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
2000	4 181	35,3	29,3	0,3	18,1	6,2	–	9,8	1,0

[1] Herbst 2000 umbenannt in: „Pro Deutsche Mitte – Initiative Pro DM“.
[2] Rechenschaftsbericht ohne Prüfungsvermerk (§ 30 Abs. 2 PartG) eingereicht.

Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	30	42,6	54,3	–	0,0	–	–	1,4	1,8
1995	42	40,7	49,2	–	0,1	3,8	–	6,3	–
1996	76	46,3	45,4	0,3	0,1	2,4	–	5,2	0,4
1997	108	24,9	60,8	0,1	0,1	0,3	–	–	13,8
1998	155	24,8	61,0	0,1	0,1	0,5	–	0,2	13,3
1999	281	17,3	26,0	–	0,0	0,2	47,7	0,1	8,6
2000	280	13,5	17,7	–	0,9	0,0	43,8	0,0	24,1

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)[1]		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	2 240	28,8	61,6	0,2	0,4	2,0	–	4,7	2,2
1995	1 857	30,8	59,2	0,0	0,3	5,1	–	2,2	2,4
1996	1 800	31,6	57,2	0,1	0,1	4,7	–	3,3	2,9
1997	2 459	21,4	52,3	0,2	0,1	5,7	–	16,5	3,6
1998	4 058	16,7	62,8	0,1	0,0	4,2	14,5	0,0	1,6
1999	3 977	19,1	40,1	0,2	0,1	4,5	29,3	0,4	6,3
2000	4 053	20,8	48,9	0,1	0,1	4,3	20,7	1,6	3,5

[1] Nur an der Bundestagswahl 1998 teilgenommen.

Neues Forum (FORUM)[1]		**Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:**							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	2 614	4,4	3,0	0,0	2,3	1,0	44,6	4,8	40,0
1995	725	10,4	9,5	0,5	9,8	12,7	18,9	0,4	38,8
1996	738	8,2	5,1	–	5,9	6,7	18,4	1,0	54,9
1997	333	13,6	8,0	–	7,5	10,5	10,6	1,1	48,7

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)		**Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:**							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	7 001	5,0	37,5	0,2	2,3	1,4	18,9	0,6	34,2
1995	4 278	11,6	47,6	–	0,6	0,7	33,8	0,6	5,2
1996	6 032	8,8	51,0	–	0,4	0,5	22,0	0,6	16,8
1997	5 905	8,6	53,7	–	0,5	0,6	28,4	0,4	7,8
1998	8 131	6,9	54,3	–	0,5	0,7	21,9	0,3	15,3
1999	6 319	8,4	51,2	–	0,5	0,2	30,1	0,2	9,4
2000	4 890	10,3	46,4	–	1,2	0,4	30,8	0,3	10,6

[1] Nur an der Bundestagswahl 1998 teilgenommen.

Partei Bibeltreuer Christen (PBC)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	689	25,9	71,9	–	–	–	–	0,3	1,8
1995	415	32,0	65,7	–	–	–	–	0,9	1,4
1996	441	29,5	68,6	–	–	–	–	0,3	1,6
1997	492	29,1	67,1	–	–	–	–	3,2	0,7
1998	790	18,0	78,8	–	–	–	–	1,3	1,9

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	48 840	29,9	12,9	0,2	0,8	2,6	22,7	1,2	29,8
1995	56 536	28,7	8,8	0,1	4,3	1,9	26,2	2,3	27,8
1996	52 251	32,4	10,5	0,1	1,3	0,9	22,7	1,5	30,6
1997	51 979	32,4	11,2	0,1	2,2	0,7	23,6	0,5	29,1
1998	57 260	30,2	12,7	0,2	1,4	0,6	21,9	0,5	32,5
1999	60 292	29,0	12,2	0,2	1,2	0,4	24,1	0,4	32,4
2000	53 980	32,7	12,5	0,1	1,2	0,4	25,5	0,4	27,1
2001	59 770	29,2	11,9	0,2	1,5	0,3	23,7	0,2	32,9

Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale (PSG)[1]		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1996	301	21,5	53,1	–	–	25,4	–	–	–
1998	224	26,6	58,0	–	–	15,4	–	–	–
1999	209	38,2	43,6	–	–	18,2	–	–	–
2000	209	42,1	40,1	–	–	17,7	–	–	–

Die Republikaner (REP)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	16 142	9,1	25,5	0,0	2,3	1,4	37,6	0,6	23,5
1995	5 763	17,6	60,9	0,1	2,7	2,8	9,9	1,9	4,2
1996	16 466	5,2	35,9	0,1	0,7	3,6	42,9	0,4	11,2
1997	12 304	7,2	51,0	0,0	0,7	1,5	27,4	0,1	12,0
1998	16 967	5,0	44,2	0,1	0,5	0,9	31,6	0,1	17,7
1999	14 860	5,4	36,2	–	0,3	0,4	39,0	0,0	18,6
2000	11 946	6,5	34,4	–	0,6	0,3	42,3	0,2	15,8

[1] Nur an der Bundestagswahl 1998 teilgenommen.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	398 065	38,3	7,0	1,7	3,7	1,4	33,5	3,2	11,2
1995	307 199	50,9	6,6	1,5	2,4	1,1	29,4	0,9	7,2
1996	303 445	50,4	7,8	1,4	2,2	1,1	29,8	0,6	6,7
1997	301 232	52,4	6,6	1,1	2,0	0,9	29,9	0,4	6,7
1998	344 404	45,8	8,5	2,2	2,3	1,1	28,1	0,4	11,6
1999	334 040	47,1	8,2	1,9	4,4	1,1	28,1	0,7	8,4
2000	318 157	47,7	6,7	1,1	5,2	1,0	29,4	0,8	8,2
2001	341 929	44,7	7,6	1,8	5,9	0,9	27,2	3,4	8,5

STATT-Partei DIE UNABHÄNGIGEN		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	1 027	23,4	51,6	2,0	0,8	0,5	9,0	1,8	11,0
1995	960	19,6	23,6	–	0,3	0,9	41,2	3,4	10,8
1996	928	12,9	38,9	0,4	1,2	1,2	26,3	3,3	15,9
1997	961	12,6	40,5	5,7	0,6	0,2	25,5	3,1	12,0
1998	952	8,5	41,7	0,7	0,3	0,1	20,6	15,1	12,9
1999	935	6,6	20,7	–	0,1	0,0	20,7	37,5	14,3

Südschleswigscher Wählerverband (SSW)[1]		Prozentualer Anteil der verschiedenen Einnahmearten an den Gesamteinnahmen:							
Jahr	Gesamteinnahmen - in 1000 DM -	Mitglieds-beiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristi-schen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen u. a.	Staatliche Mittel	sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen
1994	842	12,2	5,1	57,9	2,6	1,2	12,2	0,2	8,7
1995	725	14,2	5,2	56,1	5,0	0,4	3,7	12,8	2,6
1996	736	15,5	3,5	56,0	2,3	0,5	11,7	0,5	10,0
1997	745	17,3	2,8	61,7	1,7	0,4	11,6	0,5	3,9
1998	861	14,4	4,9	56,6	0,9	0,4	10,1	1,3	11,3
1999[2]	807	14,7	2,8	62,4	1,3	0,8	12,6	4,4	1,0

[1] An den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 nicht teilgenommen.
[2] Rechenschaftsbericht ohne Prüfungsvermerk (§ 30 Abs. 2 PartG) eingereicht.

Auszüge aus den Rechenschaftsberichten 1994 – 2001: Ausgaben[1]

- alphabetisch nach Parteien -

Autofahrer und Bürgerinteressenpartei Deutschlands (APD)		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politische Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1996	74	–	17,4	69,6	–	0,2	0,0	12,9
1997	53	–	19,7	69,2	3,6	–	4,7	2,8

Bayernpartei (BP)		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politische Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	231	3,0	7,7	40,9	42,1	1,1	0,2	5,1
1995	237	2,6	22,9	52,1	4,1	1,5	0,0	16,7
1996	312	2,1	10,9	54,9	14,1	0,5	0,1	17,5

[1] Bei Stand 31. März 2003 lag die Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2001 (2. Teil – Sonstige Parteien) noch nicht vor.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	90 450	15,6	10,6	12,8	31,9	0,3	1,4	27,3
1995	63 104	21,2	14,3	20,3	11,9	0,3	2,9	29,2
1996	64 901	21,8	13,7	22,5	12,8	0,3	3,7	25,2
1997	63 241	23,7	14,3	23,8	7,0	0,3	2,6	28,4
1998	85 879	19,3	11,4	18,8	26,4	0,3	1,8	22,0
1999	78 974	20,9	12,5	17,7	21,3	0,3	2,0	25,3
2000	57 412	24,7	13,5	20,3	8,3	1,3	2,6	29,2
2001	61 690	22,7	12,8	19,7	16,4	1,6	1,7	25,1

Bund Freier Bürger – Die Frei-heitlichen (BFB)[1]		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	5 451	1,2	8,2	0,4	89,6	0,0	0,2	0,3
1995	1 431	4,5	29,0	10,7	44,5	6,5	0,6	4,2
1996	1 123	5,0	30,7	6,4	47,0	3,7	0,9	6,2
1997	3 886	1,1	15,1	26,5	52,5	1,6	0,6	2,6
1998	5 692	3,4	14,5	2,6	73,6	0,7	0,8	4,4
1999	1 200	4,7	36,8	3,2	36,2	2,2	2,5	14,3

[1] 1998 umbenannt in: BUND FREIER BÜRGER – OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND; Die Freiheitlichen (BFB – Die Freiheitlichen). Die Partei kandidierte nur bei der Bundestagswahl 1998 und löste sich zum 31.12.2000 auf.

Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	3 014	18,3	10,7	26,1	16,8	0,1	0,0	27,9
1995	2 351	20,6	10,1	28,8	4,9	0,1	0,3	35,4
1996	2 373	20,3	10,1	27,9	1,9	0,1	0,0	39,8
1997	2 351	21,6	10,2	30,1	1,0	0,1	0,0	37,0
1998	2 439	22,1	9,5	20,6	11,2	0,1	0,0	36,5
1999	2 363	26,1	9,8	23,0	9,0	0,1	0,0	32,0
2000	2 353	29,6	10,3	26,4	2,8	0,1	0,0	30,7

Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)[1]		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	328	6,7	7,1	78,3	7,4	–	–	–
1995	274	8,4	5,2	86,4	–	–	–	–

[1] Nur an der Bundestagswahl 1994 teilgenommen.

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	313 320	23,5	15,8	11,7	43,0	0,5	2,4	3,1
1995	214 683	34,2	23,7	20,2	14,2	0,8	3,3	3,6
1996	209 020	35,1	24,6	19,4	14,6	0,6	3,3	2,4
1997	195 221	37,7	25,8	23,0	7,6	0,5	2,5	2,8
1998[1]	319 671	24,4	16,5	14,1	34,7	0,4	8,0	1,9
1999	299 767	25,9	18,3	15,6	35,1	1,7	1,7	1,6
2000	223 411	34,3	24,2	19,1	12,1	2,8	4,2	3,2
2001	287 227	26,0	18,6	16,1	18,7	1,7	16,8	2,1

Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU)		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	86 671	16,9	11,5	20,7	46,0	0,9	2,7	1,4
1995	53 292	26,1	19,4	40,2	7,7	2,4	2,4	2,0
1996	73 038	18,8	13,0	25,3	38,3	1,6	1,5	1,5
1997	45 387	30,7	22,2	40,9	1,9	0,3	2,2	1,6
1998	83 115	17,3	13,0	24,0	41,4	1,2	1,1	2,0
1999	60 996	24,7	18,0	35,2	15,0	3,0	1,5	2,6
2000	48 569	29,9	21,0	39,6	4,7	1,5	1,1	2,2
2001	58 230	27,3	19,6	35,1	13,9	0,9	0,9	2,3

[1] Neufassung mit Drs.14/5050 v. 15.12.2000.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	3 445	11,4	45,5	22,9	2,8	0,0	0,1	17,3
1995	3 013	11,3	32,5	33,3	1,6	0,0	–	21,3
1996	3 053	12,0	32,3	28,4	0,7	0,0	0,3	26,3
1997	3 278	10,4	30,3	36,2	0,5	0,0	0,0	22,5
1998	2 830	11,5	38,9	31,8	0,4	0,0	0,1	17,4
1999	2 883	11,2	33,8	38,1	0,6	0,0	0,2	16,1
2000	2 524	12,2	39,2	32,2	0,1	0,0	0,2	16,1

Deutsche Volksunion (DVU)[1]		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	1 818	14,8	32,6	12,8	0,7	38,1	0,3	0,7
1995	5 101	5,2	17,4	19,2	22,5	11,9	0,0	23,7
1996	5 344	7,4	7,6	18,7	30,4	8,6	–	27,2
1997	6 521	5,9	22,7	10,1	26,8	7,2	0,0	27,2
1998	12 328	2,7	6,7	8,0	50,2	4,6	0,0	27,8
1999	11 560	1,8	5,8	8,1	36,0	5,5	0,0	42,8
2000	2 863	6,2	31,7	17,4	1,0	19,1	–	24,6

[1] Nur an der Bundestagswahl 1998 teilgenommen.

FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS (FAMILIE)		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1998	32	–	21,0	69,1	8,9	0,9	0,1	–
1999	43	2,8	22,3	44,3	25,7	2,3	1,8	0,9
2000	38	15,7	11,2	58,8	7,1	1,6	1,3	4,3

Feministische Partei DIE FRAUEN[1]		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1995	63	1,7	39,9	58,4	–	–	–	–
1996	174	44,4	30,5	25,1	–	–	–	–
1998	208	2,9	14,1	36,3	29,9	0,1	7,3	9,4
1999[2]	159	–	11,9	34,9	22,7	0,5	10,0	20,1
2000	156	–	25,1	32,5	9,9	0,1	11,4	21,0

[1] Nur an der Bundestagswahl 1998 teilgenommen.
[2] Rechenschaftsbericht ohne Prüfungsvermerk (§ 30 Abs. 2 PartG) eingereicht.

Freie Demokratische Partei (FDP)		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	100 017	13,6	14,2	11,4	45,1	0,9	2,6	12,3
1995	50 379	24,3	26,9	17,4	16,4	3,1	3,3	8,7
1996	51 607	22,1	22,8	20,0	20,8	3,0	2,8	8,6
1997	44 592	25,6	26,9	22,9	8,9	4,2	2,8	8,8
1998	63 433	16,9	19,1	17,9	33,2	3,5	2,5	6,9
1999	59 092	16,2	20,7	18,1	31,5	3,6	2,4	7,5
2000[1]	44 099	18,7	22,8	23,9	16,8	6,0	2,9	8,9
2001	60 423	11,8	21,9	20,5	24,7	5,1	2,5	13,5

Freiheitliche Deutsche Volks-partei – Die Freiheitlichen in Deutsch-land (FDVP)		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
2000	173	–	6,4	1,0	48,4	0,2	–	44,0

[1] Neufassung mit Drs.15/700 v. 20. 3.2003.

DIE GRAUEN – Graue Panther (Graue)		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	3 817	5,2	9,9	28,0	38,9	0,3	–	17,8
1995	3 114	3,6	11,3	56,1	5,7	0,3	16,1	6,9
1996	1 165	4,3	25,4	52,1	6,3	0,9	–	11,1
1997	2 832	2,9	9,6	55,5	4,8	0,3	13,3	13,6
1998	2 183	4,2	15,4	44,8	31,1	0,6	0,4	3,4
1999	2 064	2,4	12,4	63,0	20,1	0,4	–	1,7
2000	4 400	1,7	12,5	68,5	2,0	0,2	0,0	15,1

Die Mittelstandspartei (DMP)		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1998	123	13,0	17,2	5,5	51,3	0,2	12,7	–

Initiative Pro D-Mark-neue liberale Partei-(Pro DM)[1]		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1998	24 498	–	0,4	0,0	99,3	0,2	0,1	–
1999	3 695	–	1,6	–	90,4	7,8	0,2	–
2000	338	–	13,5	77,4	–	9,1	–	–

[1] Herbst 2000 umbenannt in: „Pro Deutsche Mitte – Initiative Pro DM“.

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)		Personalausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes	Ausgaben für allgemeine politische Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
2000[1]	4 114	22,2	6,5	34,7	13,5	6,4	15,8	1,0

Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)		Personalausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes	Ausgaben für allgemeine politische Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	38	–	48,4	50,4	–	–	–	1,4
1995	36	0,7	65,7	13,1	13,5	–	7,0	–
1996	64	0,2	69,0	9,2	17,9	–	3,2	0,5
1997	104	–	56,8	20,6	6,0	1,1	1,2	14,4
1998	170	0,4	35,0	10,5	36,9	1,5	3,8	12,1
1999	148	–	35,4	13,6	33,5	1,1	–	16,4
2000	196	0,6	37,6	22,9	3,6	0,8	–	34,5

[1] Rechenschaftsbericht ohne Prüfungsvermerk (§ 30 Abs. 2 PartG) eingereicht.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)[1]		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	2 243	5,5	39,6	3,6	43,7	1,9	3,6	2,2
1995	1 700	7,1	45,3	4,7	30,0	3,2	6,0	3,7
1996	1 774	7,1	44,8	18,7	21,4	3,2	1,7	3,0
1997	2 898	1,5	27,2	43,8	15,6	3,2	5,5	3,1
1998	4 169	3,3	18,8	39,0	33,3	1,1	2,8	1,6
1999	3 846	5,1	23,4	21,4	35,2	1,1	7,3	6,5
2000	4 106	10,1	32,2	34,2	13,4	1,0	5,8	3,4

Neues Forum (FORUM)[2]		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	2 716	23,5	13,0	11,3	10,6	0,0	3,2	38,5
1995	1 032	31,4	25,5	14,3	0,5	0,0	1,9	26,5
1996	947	18,0	22,3	13,7	–	0,1	3,2	42,7
1997	594	20,7	33,2	17,1	0,2	0,0	1,5	27,3

[1] Nur an der Bundestagswahl 1998 teilgenommen.
[2] Nur an der Bundestagswahl 1998 teilgenommen.

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	10 077	8,0	7,5	12,7	47,4	0,1	0,5	23,8
1995	3 659	22,4	19,4	42,7	7,8	0,4	1,2	6,1
1996	6 194	14,1	16,4	34,3	18,3	0,1	0,4	16,4
1997	4 928	17,1	22,8	48,6	1,6	0,2	0,4	9,4
1998	8 821	10,6	15,3	33,1	26,5	0,3	0,1	14,1
1999	5 635	13,3	19,8	41,1	14,7	0,2	0,3	10,5
2000	4 007	17,4	22,1	44,1	3,2	0,1	0,2	12,9

Partei Bibeltreuer Christen (PBC)		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	767	6,6	26,5	–	63,3	–	2,1	1,7
1995	369	14,0	46,0	–	38,0	–	–	2,0
1996	400	11,4	25,9	35,2	25,3	–	0,5	1,8
1997	408	12,8	42,7	25,7	17,3	–	0,6	0,8
1998	945	9,0	43,6	10,3	35,0	–	0,6	1,6

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	60 545	15,1	17,1	7,0	36,5	0,0	0,3	24,0
1995	45 686	24,0	21,1	12,8	7,1	0,0	0,7	34,4
1996	44 615	26,8	20,3	15,9	0,7	0,0	0,5	35,8
1997	46 527	27,0	19,8	17,3	1,6	0,0	1,6	32,6
1998	67 904	19,6	18,9	10,5	23,4	0,0	0,1	27,4
1999	63 931	21,5	15,9	12,3	19,7	0,0	0,0	30,6
2000	47 797	28,2	18,8	19,3	3,0	0,0	0,1	30,6
2001	57 925	25,0	17,2	14,2	9,3	0,0	0,3	34,0

Partei für Soziale Gleichheit (PSG)[1]		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1996	314	7,4	5,3	87,3	–	–	–	–
1998	208	14,7	18,4	64,4	2,5	–	–	–
1999	189	32,2	19,1	48,8	–	–	–	–
2000	218	39,6	14,3	46,1	–	–	–	–

[1] Nur an der Bundestagswahl 1998 teilgenommen.

Die Republikaner (REP)		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	22 529	2,3	16,0	1,9	61,2	0,3	1,7	16,8
1995	7 588	3,7	34,0	2,5	55,3	0,8	0,5	3,2
1996	12 723	2,1	17,3	2,3	63,1	0,3	0,4	14,4
1997	12 072	2,0	16,2	5,4	63,5	0,3	0,4	12,3
1998	19 243	1,7	10,8	2,4	68,6	0,2	0,6	15,6
1999	14 189	3,0	12,4	2,2	62,5	0,2	0,2	19,5
2000	10 158	4,5	17,8	8,5	49,4	0,3	1,0	18,5

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	441 466	21,6	13,1	11,8	41,2	0,4	1,8	10,1
1995	281 428	33,6	19,3	20,7	15,8	1,1	1,8	7,8
1996	292 403	32,7	19,2	20,0	17,9	2,0	1,2	7,0
1997	276 632	34,5	21,1	21,8	10,8	1,8	2,8	7,3
1998	395 245	26,7	16,1	14,3	31,5	0,8	0,5	10,1
1999	371 179	26,8	18,0	14,7	30,4	2,0	0,5	7,5
2000	294 501	31,5	22,5	17,7	15,7	2,8	1,0	8,9
2001	312 388	30,4	18,6	19,4	19,2	1,9	1,3	9,3

STATT-Partei DIE UNABHÄNGIGEN		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	1 070	2,7	23,3	22,5	18,9	0,2	21,9	10,6
1995	593	1,4	29,2	25,8	8,5	2,2	15,4	17,5
1996	882	1,8	26,0	17,1	24,6	0,5	13,3	16,7
1997	1 514	1,5	13,8	11,4	61,3	0,8	3,6	7,6
1998	1 150	0,8	16,5	17,9	44,1	3,9	6,1	10,7
1999	610	0,4	21,3	35,8	14,3	4,1	2,1	22,0

Südschleswigscher Wählerverband (SSW)[1]		Personal-ausgaben	Ausgaben des laufenden Geschäfts-betriebes	Ausgaben für allgemeine politi-sche Arbeit	Ausgaben für Wahlkämpfe	Zinsen	sonstige Ausgaben	Zuschüsse an Gliederungen
Jahr	Gesamtausgaben in 1000 DM	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	832	41,8	12,9	10,1	26,2	–	0,2	8,8
1995	674	53,7	23,9	11,0	7,8	–	0,8	2,8
1996	975	37,4	11,2	5,7	26,9	0,4	10,8	7,5
1997	665	54,9	17,6	11,6	5,6	0,0	6,0	4,4
1998	986	39,9	12,4	6,7	22,4	–	8,7	9,9
1999[2]	771	55,5	17,1	9,5	6,3	–	10,6	1,0

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 1.30.

[1] An den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 nicht teilgenommen.
[2] Rechenschaftsbericht ohne Prüfungsvermerk (§ 30 Abs. 2 PartG) eingereicht.

2 Mitglieder des Deutschen Bundestages

Überblick Seite

2.1 Zahl der Abgeordneten 114
– Gesetzliche Mitgliederzahl
– Zahl der verschiedenen Abgeordneten

2.2 Die Regelungen im Abgeordnetengesetz 116

2.3 Indemnität, Immunität und Zeugnisverweigerung 118
– Recht auf Indemnität
– Recht auf Immunität
– Recht auf Zeugnisverweigerung
– Rechtsgrundlagen
– Verfahren

2.4 Überprüfung auf eine Stasi-Tätigkeit in der DDR 121
– Rechtsgrundlagen
– Absprache zu den Überprüfungskriterien
– Statistik

2.5 Vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft 123

2.6 Verstorbene Politiker 123

2.7 Mandatsverzichte 127

2.8 Inkompatibilitäten 130

2.9 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung 130
– Statistik
– Verzeichnis der Doppelmitgliedschaften in Bundestag und Landesregierung

2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag 134
– Statistik zur Doppelmitgliedschaft im Deutschen Bundestag und in einem Landtag

2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Europäisches Parlament 136

2.12 Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl 136

2.1 Zahl der Abgeordneten

Gesetzliche Mitgliederzahl

Die gesetzliche Zahl der Mitglieder des Deutschen Bundestages in einer jeden Wahlperiode hängt von verschiedenen Faktoren ab[1]:

(1) Zunächst sieht das geltende **Wahlgesetz** vor, wie viele Abgeordnete entweder nach Kreiswahlvorschlägen oder über die Landeslisten zu wählen sind.
Seit dem Gesetz zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie dem Änderungsvertrag vom 20. August 1990 erhöhte sich die Zahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf **656**
Durch das Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 15. November 1996 wurde die Zahl der Mitglieder des Deutschen Bundestages mit Beginn der 15. Wahlperiode auf **598** reduziert.

(2) Diese in den Wahlgesetzen vorab festgelegte „gesetzliche Mitgliederzahl“ kann sich um so genannte „**Überhangmandate**“ erhöhen, falls eine Partei in den Wahlkreisen mehr Mandate errungen hat, als ihr nach dem Stimmenanteil zustehen.
Überhangmandate hat es in der 13., 14. und 15. Wahlperiode gegeben (vgl. dazu Kapitel 1.14). Die meisten Überhangmandate im Laufe der Geschichte des Deutschen Bundestages – insgesamt 16 – gab es während der 13. Wahlperiode.

(3) Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 26. Februar 1998 wird ein ausgeschiedenes oder verstorbenes direkt gewähltes Mitglied des Deutschen Bundestages so lange nicht durch Nachrücker von der Landesliste ersetzt, wie aus dem betreffenden Bundesland Überhangmandate für die betreffende Partei bestehen. Diese Regelung wird seit der 14. Wahlperiode praktiziert, so dass sich seitdem die „gesetzliche Mitgliederzahl“ im Laufe einer Wahlperiode verringern kann (vgl. dazu auch Kapitel 5.4). Abgesehen davon ändert sich die gesetzliche Mitgliederzahl nicht, wenn ein Abgeordneter auf sein Mandat verzichtet oder wenn ein Mandatsinhaber stirbt und sein Sitz dadurch vorübergehend vakant ist.

(4) Die gesetzliche Mitgliederzahl verringert sich im Laufe einer Wahlperiode wiederum, wenn der Fall eintritt, dass einem Abgeordneten, der über die Landesliste gewählt wurde, als Folge eines Parteiverbots das **Mandat aberkannt** werden muss.

(5) **Andere** im Wahlgesetz vorgesehene **Fälle**, wodurch sich ebenfalls die Mitgliederzahl verringern könnte, sind im Bundestag bisher nicht vorgekommen (beispielsweise, wenn auf einer Landesliste keine Listenbewerber mehr vorhanden sind und daher kein Abgeordneter nachrücken könnte oder wenn eine Wiederholungs- oder Ersatzwahl unterbleibt, weil innerhalb der nächsten sechs Wochen ohnehin ein neuer Bundestag gewählt wird).

Die gesetzliche Mitgliederzahl ist Grundlage für die exakte Berechnung beispielsweise von Mehrheiten, die bei Wahlen oder Abstimmungen erreicht werden müssen, oder bei der Feststellung bestimmter Teile der Gesamtzahl von Abgeordneten, wenn etwa „ein Viertel der Abgeordneten“ die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verlangt (Kapitel 8.9). Über die Höhe der „Mehrheit der Mitglieder“ bzw. Zweidrittelmehrheit vgl. Kapitel 7.13: Erforderliche Abstimmungsmehrheiten.

[1] Vgl. dazu auch: *Markus Winkler*, Die gesetzliche Mitgliederzahl des 14. Deutschen Bundestages – Ein Beitrag zur Dogmatik von Änderungsgesetzen und zur Konkretisierung des Art. 121 GG durch das Bundeswahlgesetz. In: Verwaltungsrundschau. Jg. 46. 2000. H. 5. S. 165-169.

	Stand	MdB gemäß Wahlgesetz	zuzüglich Überhang-mandate	abzüglich der Man-date, die nicht nach-besetzt werden gemäß BVerfG-Urteil vom 26.2.1998	abzüglich Mandats-aberkennung	gesetzliche Mitglieder-Zahl
13. WP 1994-1998	gesamte WP	656	16	–	0	672
14. WP 1998-2002	Beginn der WP	656	13	–	0	669
	ab 9.8.2000			1		668
	ab 7.6.2001			1		667
	ab 1.7.2001			1		666
	ab 13.9.2002			1		665
15. WP 2002-[1]	Beginn der WP	598	5	–	0	603

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 2.1.

Zahl der verschiedenen Abgeordneten

Zum Aspekt „Zahl der Abgeordneten“ gehört auch die Frage, wie viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland bisher Mitglied des Deutschen Bundestages waren, wobei es keine Rolle spielt, ob die Mandatszeit zehn Wahlperioden oder auch nur einen Tag dauerte, und ob sie unterbrochen war.
Bei einer solchen Statistik ist es methodisch naheliegend, den schrittweisen Anstieg der Zahl der verschiedenen Abgeordneten von Wahlperiode zu Wahlperiode in zwei Etappen anzugeben: Die Zahl zu Beginn einer neuen Wahlperiode sowie den Anstieg während der Wahlperiode durch Nachrücker.

Wahlperiode	Zahl der „verschiedenen“ Mitglieder des Deutschen Bundestages	
	zu Beginn der WP	am Ende der WP
13. WP 1994-1998	2 808	2 825
14. WP 1998-2002	2 991	3 005
15. WP 2002-[2]	3 178	

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 2.1.

[1] Stand: 31. März 2003.
[2] Stand: 31. März 2003.

2.2 Die Regelungen im Abgeordnetengesetz

Am 8. Dezember 1976 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297) verabschiedet. Es ist am 1. April 1977 in Kraft getreten und enthielt anfangs im Wesentlichen die Materien, die bislang in den Diätengesetzen und im Gesetz über die Rechtsstellung der in den Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes vom 4. August 1953 (BGBl. I S. 777) geregelt waren. Inzwischen hat der Bundestag 23 Gesetze zur Änderung des Abgeordnetengesetzes verabschiedet, womit sowohl die ursprünglich einbezogenen Materien neu gefasst als auch völlig neue Materien gesetzlich geregelt wurden.

Verzeichnis der Änderungsgesetze seit 1994:

Laufende Nr.	Gesetz	Fundstelle	Inhalt
16	Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Fraktionsgesetz) vom 19. März 1994	BGBl. I S. 526	Einfügung eines neuen Elften Abschnitts in das Abgeordnetengesetz (§§ 45 bis 53): Gesetzliche Regelung von Rechtsstellung, Aufgaben, Organisation, Finanzierung, Haushalts- und Wirtschaftsführung, Pflicht zur Rechnungslegung sowie Rechnungsprüfung durch den Bundesrechnungshof der Fraktionen im Deutschen Bundestag.
17	Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes vom 4. November 1994	BGBl. I S. 3346	Redaktionelle Änderungen und Klarstellungen im Abgeordnetengesetz und im Europaabgeordnetengesetz: Aufhebung von Regelungen bezüglich des früheren Sonderstatus Berlins, Beseitigung von Ungleichbehandlungen von Mitgliedern des Bundestages und des Europäischen Parlaments, Beseitigung von Unklarheiten hinsichtlich des Umfangs der erstattungsfähigen Kosten bei Dienstreisen und der Anrechnung von Bezügen aus öffentlichen Kassen, Beibehaltung einer Entschädigungszahlung an deutsche Mitglieder des Europäischen Parlaments, Bindung des passiven Wahlrechts zum Europäischen Parlament an die Unionsbürgerschaft, gesetzliche Regelung der Verschwiegenheitspflicht und der Erteilung von Aussagegenehmigungen für Abgeordnete; Änderung Art. 8 § 4 Eisenbahnneuordnungsgesetz, der §§ 54 und 96 Strafprozessordnung und des § 376 Zivilprozessordnung.
18	Achtzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes	nicht verkündet (Entwürfe vgl. Drs. 13/1825 u. 13/2340)	Der Entwurf wurde nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens ersetzt durch: Gesetz zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten (vgl. Drs. 13/3121).
19	Gesetz zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten vom 15. Dezember 1995	BGBl. I S. 1718	Aufhebung des nicht zur Verkündung gelangten Achtzehnten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Fünfzehnten Gesetzes zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes;

Laufende Nr.	Gesetz	Fundstelle	Inhalt
noch 19			Änderung des Abgeordnetengesetzes: Anhebung der Entschädigung der Abgeordneten auf 11.200 DM zum 1.1.1996 und auf 12.000 DM zum 1.7.1997 (§ 11), Erhöhung und weitere Auffächerung der monatlichen Kostenpauschale (§ 12), Halbierung des Höchstbezugszeitraums für das Übergangsgeld (§ 18), strukturelle Änderungen bei der Altersentschädigung (§§ 19 und 20), Bestandsschutz für bestehende Ansprüche und Anwartschaften (§ 35a), Änderung weiterer §§, Neufassungsermächtigung; Änderung der §§ 9, 10b und 13 Europaabgeordnetengesetz: Anpassung der Entschädigung und Versorgungsleistungen für Europaabgeordnete an die Regelungen für Bundestagsabgeordnete und ihre Hinterbliebenen.
20	Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes vom 19. Juni 1996	BGBl. I S. 843	Verschiebung der mit dem Gesetz zur Rechtsstellung der Abgeordneten beschlossenen Termine zur Erhöhung der Diäten und der Bemessungsbeträge für die Altersentschädigung um jeweils ein Jahr, Aktualisierung von Verweisungen auf andere Rechtsnormen, Klarstellungen; Änderung versch. §§ des Abgeordnetengesetzes, Änderung der §§ 4 und 10 des Europaabgeordnetengesetzes.
21	Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Achtzehntes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes vom 20. Juli 2000	BGBl. I S. 1037	Verschärfung der Anrechnungsvorschriften beim Bezug von Übergangsgeld ehemaliger Bundesminister und Parlamentarischer Staatssekretäre neben der Abgeordnetenentschädigung mit sofortiger Wirkung, strengere Anrechnungsvorschriften auch bei sonstigen Versorgungsansprüchen ab Beginn der 15. WP (Änderung versch. §§ Abgeordnetengesetz); Einbeziehung der Informations- und Kommunikationstechniken in die Amtsausstattung der Abgeordneten (Änderung § 12, Abs. 4); redaktionelle Änderungen, Klarstellungen und Folgeänderungen beim Abgeordnetengesetz und Europaabgeordnetengesetz.
22	Zweiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 19. Dezember 2000	BGBl. I S.1754	Änderung §§ 11, 30 und 35a Abgeordnetengesetz: Anhebung der Abgeordnetenentschädigung ab dem 1.1.2001 in drei Jahresschritten von je 1,9 v.H., für die Übergangszeit der zweiten Jahreshälfte 2000 preissteigerungsbedingt um 0,6 v.H., Anpassung des fiktiven Bemessungsbetrags für die Altersentschädigung nach dem Übergangsrecht.
23	Dreiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 10. November 2001	BGBl. I S. 2990	Änderung versch. §§ Abgeordnetengesetz: Währungsumstellung von Deutscher Mark auf Euro für alle im Gesetz genannten Beträge, Einbeziehung der Sprachkommunikation über Festnetze (Internet) in das gemeinsame Informations- und

Laufende Nr.	Gesetz	Fundstelle	Inhalt
noch: 23			Kommunikationssystem des Bundestages, Herausnahme von ärztlich nachgewiesener Arbeitsunfähigkeit und Abwesenheit aus familiären Gründen aus der Kürzung der Kostenpauschale.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 2.3.

2.3 Indemnität, Immunität und Zeugnisverweigerung

Das Grundgesetz garantiert dem Abgeordneten

– auf Dauer das Recht auf Indemnität (Art. 46 Abs. 1 GG) und
– während der Mandatszeit das Recht auf Immunität (Art. 46 Abs. 2-4 GG).

Recht auf Indemnität

Wegen einer Abstimmung oder einer Äußerung, die ein Abgeordneter im Bundestag oder in einem seiner Ausschüsse getan hat, darf er zu keiner Zeit gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb des Bundestages zur Verantwortung gezogen werden (so genannte *Indemnität* oder Straffreiheit). Niemand kann also einen Abgeordneten wegen seiner Abstimmung zur Rechenschaft ziehen, auch nicht nach Beendigung seiner Mandatszeit. Der Bundestag kann die Indemnität eines Abgeordneten nicht aufheben.
Dagegen muss der Abgeordnete, der bei seinen Äußerungen gegen die parlamentarische Ordnung verstößt, mit Ordnungsmaßnahmen des Präsidenten rechnen (vgl. Abschnitt 7.16: Ordnungsmaßnahmen). Die Indemnität gilt auch nicht für verleumderische Beleidigungen. Sie können strafrechtlich verfolgt werden, wenn der Bundestag die Immunität (im engeren Sinne) aufhebt. Die Indemnität hindert schließlich nicht, dass der Abgeordnete von seiner Fraktion oder von Abgeordneten anderer Fraktionen, von seiner Partei, den Wählern im Wahlkreis oder von der öffentlichen Meinung für das, was er im Bundestag sagt, zur Rede gestellt und kritisiert wird.

Recht auf Immunität

Jede strafrechtliche Verfolgung oder jede Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Abgeordneten ist nur mit Genehmigung des Bundestages zulässig (Immunität im engeren Sinne). Eine Ausnahme gilt nur dann, wenn der Abgeordnete auf frischer Tat oder im Laufe des folgenden Tages festgenommen wird.
Dieses Recht dient nach seiner historischen Entwicklung vor allem dazu, die Funktionsfähigkeit des Parlaments nicht durch staatliche Maßnahmen zu gefährden. Es ist ein Recht des Bundestages und nicht des einzelnen Abgeordneten. Daher ist die Entscheidung über die Aufrechterhaltung oder Aufhebung der Immunität, wie die Geschäftsordnung sagt, eine politische Entscheidung, die ihrem Wesen nach kein Eingriff in ein schwebendes Verfahren sein darf, bei dem es um die Feststellung von Recht oder Unrecht, Schuld oder Nichtschuld geht. Sie beruht auf einer Interessenabwägung zwischen den Belangen des Parlaments und denen der anderen hoheitlichen Gewalten. Das betroffene Mitglied kann daher nicht selbst beantragen, seine Immunität aufzuheben.

Recht auf Zeugnisverweigerung

Der Abgeordnete darf über Personen, die ihm als Abgeordnete oder denen er in seiner Eigenschaft als Abgeordneter Tatsachen anvertraut hat, sowie über diese Tatsachen selbst das Zeugnis verweigern. Insoweit ist auch die Beschlagnahme von Schriftstücken unzulässig. Damit soll ein Vertrauensverhältnis zwischen dem Abgeordneten und dem Bürger geschaffen werden. Über dieses Recht kann der Bundestag nicht verfügen. Es ist allein die Entscheidung des Abgeordneten, ob er von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch macht. Das Recht ist auch noch nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag wirksam.

Rechtsgrundlagen

Materielle Rechtsgrundlagen des Immunitätsrechts des Rechts auf Indemnität und des Zeugnisverweigerungsrechts sind

– Artikel 46 und 47 GG;
– § 107 der Geschäftsordnung des Bundestages, zuletzt geändert durch Beschluss des Bundestages vom 3. Dezember 1987;
– der vom Bundestag am 16. März 1973 verabschiedete Beschluss betr. Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Bundestages, zuletzt zweimal ergänzt durch Beschlüsse des Bundestages vom 3. Dezember 1987 und vom 16. Juni 1988 (s. Anlage 6 der GOBT);
– die vom Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung am 24. April 1970 verabschiedeten Grundsätze in Immunitätsangelegenheiten und in Fällen der Genehmigung gemäß § 50 Abs. 3 StPO sowie bei Ermächtigungen gemäß § 90b Abs. 2 und § 194 Abs. 4 StGB (s. Anlage 6 der GOBT).

Verfahren

Gemäß § 107 GOBT werden die auf dem Dienstweg dem Präsidenten des Deutschen Bundestages zugeleiteten Ersuchen in Immunitätsangelegenheiten dem Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung unmittelbar zugeleitet, der ohne eine Beweiswürdigung die formellen Voraussetzungen für eine Entscheidung des Bundestages prüft. Bei Verkehrs- und Bagatelldelikten sowie bei der Fortsetzung von Strafverfahren zu Beginn einer Wahlperiode gegen Mitglieder des Bundestages, gegen die der vorhergehende Bundestag die Durchführung dieser Strafverfahren bereits genehmigt hatte, wird die Entscheidung des Ausschusses als Vorentscheidung gedruckt und an alle Mitglieder des Bundestages verteilt; sie gilt als Entscheidung des Bundestages, wenn nicht innerhalb von sieben Tagen nach Verteilung ein Mitglied des Bundestages Widerspruch gegen die Entscheidung erhebt. In allen anderen Fällen wird die Beschlussempfehlung auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt. Die Entscheidung des Bundestages wird dem Bundesminister der Justiz zugeleitet, der sie auf dem Dienstweg an die zuständige Stelle weiterleitet.

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
Immunitätsfälle (insgesamt) – genehmigt – nicht genehmigt – nicht behandelt bzw. eingestellt	22 19 2 1	17 14 3 0
Äußerungsdelikte (§ 185 ff. StGB) – genehmigt – nicht genehmigt – nicht behandelt	2 0 2 0	3 0 3 0
Verkehrsdelikte – genehmigt – nicht genehmigt	2 2 0	6 6 0
Allgemeine Kriminalität – genehmigt – nicht genehmigt – nicht behandelt bzw. eingestellt	 11 11 0 0	 6 6 0 0
Disziplinarverfahren (Ehrengerichtsverfahren) – genehmigt – nicht genehmigt	2 2 0	1 1 0
Strafvollstreckung – genehmigt – nicht genehmigt	0 0 0	0 0 0
Haft zur Erzwingung der Ableistung des Offenbarungseides – genehmigt – nicht genehmigt – gegenstandslos	1 0 0 1	0 0 0 0
Sonstige Beschränkungen der persönlichen Freiheit (Untersuchungshaft, zwangsweise Vorführung) – genehmigt – nicht genehmigt	0 0 0	0 0 0
Sonstiges – genehmigt – gegenstandslos	3 3 0	1 1 0
Zeugenvernehmungen – genehmigt – nicht genehmigt – zurückgezogen – an ersuchende Stelle zurückgesandt – gegenstandslos	1 1 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0
Zahl der betroffenen Abgeordneten	15	14

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 2.4.

2.4 Überprüfung auf eine Stasi-Tätigkeit in der DDR

Rechtsgrundlagen

Der Bundestag hat in seiner 64. Sitzung am 5. Dezember 1991 das 14. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes beschlossen (BGBl. I Seite 67), dem ein Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP (Drucksache 12/1324) in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drucksache 12/1737) zu Grunde lag. Durch dieses Gesetz wurde § 44 b (Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit) in das Abgeordnetengesetz (AbgG) eingefügt. Die Regelung sieht im Grundsatz eine freiwillige Überprüfung (§ 44 b Abs. 1 AbgG), für Ausnahmefälle eine Überprüfung auf Grund eines Beschlusses des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (§ 44 b Abs. 2 AbgG) vor.

Zusammen mit dem 14. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes beschloss der Bundestag gemäß § 44 b Abs. 4 AbgG „Richtlinien zur Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit“ (Drucksache 12/1324) in der Fassung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drucksache 12/1737), die mit Wirkung vom Tage der Beschlussfassung des Deutschen Bundestages am 5. Dezember 1991 in Kraft traten (BGBl. I S. 76). Es handelt sich ihrem rechtlichen Rang nach um besondere Geschäftsordnungsvorschriften (Sondergeschäftsordnung).
Die Richtlinien regeln auf der Grundlage des § 44 b Abs. 4 AbgG das Verfahren zur Feststellung einer Tätigkeit oder Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS) der Deutschen Demokratischen Republik. Ziffer 1. Abs. 1 begründet die Zuständigkeit des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung für alle Überprüfungen.
Nach Ziffer 3. trifft der Ausschuss auf Grund der Mitteilungen und auf Grund sonstiger ihm zugeleiteter oder von ihm beigezogener Unterlagen die Feststellung, ob eine hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeit oder politische Verantwortung für das MfS/AfNS als erwiesen anzusehen ist.

Absprache zu den Überprüfungskriterien

Der Ausschuss hat außerdem am 30. April 1992 in einer „Absprache zur Durchführung der Richtlinien gemäß § 44 b AbgG“ weitere Einzelheiten des Überprüfungsverfahrens beschlossen (Amtliche Mitteilung des Deutschen Bundestages vom 22. Mai 1992).
Hierbei handelt es sich um Verfahrensgrundsätze, die sich der 1. Ausschuss für die Abwicklung der Überprüfungsverfahren im Rahmen der vorrangigen Regelungen des § 44 b AbgG und der Richtlinien gegeben hat. Richtlinien und Absprache konkretisieren und erläutern die vom Ausschuss als maßgeblich angesehenen Feststellungskriterien sowohl für das Verfahren der Überprüfung auf Antrag des Abgeordneten gegenüber dem Präsidenten (§ 44 b Abs. 1 AbgG), als auch für das Verfahren einer Überprüfung ohne Zustimmung des Abgeordneten (§ 44 b Abs. 2 AbgG). Danach sind Feststellungskriterien für den Ausschuss insbesondere:

– hauptamtliche Tätigkeit für das MfS/AfNS;
– inoffizielle Tätigkeit, wenn
  (1) eine unterzeichnete Verpflichtungserklärung vorliegt oder
  (2) nachweislich Berichte oder Angaben über Personen geliefert wurden oder
  Zuwendungen, Vergünstigungen, Auszeichnungen oder Vergleichbares nachweislich dafür entgegengenommen wurden oder
  (4) sonstige Unterlagen vorliegen, die schlüssiges Handeln für das MfS/AfNS belegen;
– politische Verantwortung für das MfS/AfNS oder seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen;

– das Vorliegen einer unterzeichneten Verpflichtungserklärung, wobei jedoch wegen fehlender Unterlagen eine Mitarbeit nicht bewertet werden kann, ein Tätigwerden nicht vorliegt oder nicht nachweisbar ist;
– eine nachgewiesene Eintragung in die IM-Kartei, wobei Verdachtsmomente jedoch offensichtlich auf manipulierten Daten zu Ungunsten des Betroffenen basieren;
– eine Tätigkeit oder politische Verantwortung für das MfS/AfNS, wobei jedoch Einzelpersonen nachweislich weder mittelbar noch unmittelbar belastet oder benachteiligt worden sind.

Diese Absprache ist auch in der 13., 14. und 15. Wahlperiode gültig.

Statistik[1]

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
Zahl der Abgeordneten	672	669
Zahl der (freiwilligen) Anträge von Abgeordneten auf Überprüfung	178	150
– davon Überprüfung abgeschlossen	178	150
– davon Überprüfung nicht abgeschlossen	0	0
– davon Überprüfung durch Mandatsniederlegung erledigt	0	0
Ergebnis der abgeschlossenen Überprüfungen:		
– hauptamtliche Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR festgestellt	0	0
– inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR festgestellt	0	2
– politische Verantwortung für den Staatssicherheitsdienst der DDR festgestellt	0	0
– sonstige Feststellungen	1	3
Namentliche Erwähnung im Bericht des 1. Ausschusses		
– gewünscht	161	137
– nicht gewünscht	17	13
Zahl der Fälle, in denen der 1. Ausschuss ohne Antrag bzw. Zustimmung der betroffenen Abgeordneten ein Überprüfungsverfahren eingeleitet hat	3	3
– davon Überprüfung abgeschlossen	3[2]	3[3]

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 2.5.

[1] Quellen: 13. Wahlperiode: Drucksachen 13/2994, 13/4478, 13/10498, 13/10893 und 13/11104. 14. Wahlperiode: Drucksachen 14/1900, 14/3145, 14/3228, 14/6694.
[2] Vgl. Drucksachen 13/10498, 13/10893 und 13/11104.
[3] Vgl. Drucksachen 14/3145, 14/6694 und 14/9951.

2.5 Vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft

Außer durch Tod kann die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag unter bestimmten Umständen vorzeitig enden, beispielsweise infolge

– Ungültigkeit der Wahl,
– Neufestsetzung des Wahlergebnisses,
– Mandatsverzicht,
– Mitgliedschaft zu einer durch das Bundesverfassungsgericht verbotenen Partei,
– Übernahme von Funktionen, die mit dem Abgeordnetenmandat unvereinbar sind (vgl. Kapitel 2.8: Inkompatibilität).

In der folgenden Statistik sind alle Fälle einer vorzeitigen Beendigung der Mitgliedschaft einschließlich der Zahl der während der Mandatszeit verstorbenen Abgeordneten erfasst. Die häufigsten Fälle, in denen die Mitgliedschaft vorzeitig beendet wurde, betrafen bisher Mandatsniederlegungen aus privaten oder beruflichen Gründen oder infolge von Unvereinbarkeitsbestimmungen (vgl. die detaillierte Aufstellung in Kapitel 2.7: Mandatsverzicht).

	1.-12. WP (1949-1994)	13. WP (1994-1998)	14. WP (1998-2002)	15. WP (2002-[1])
Während der Mandatszeit verstorben	193	6	7	–
Mandatsniederlegungen	313	15	27	3
Mandatsaberkennungen	3	0	0	0

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 2.6.

2.6 Verstorbene Politiker

Das Verzeichnis enthält in chronologischer Anordnung die Todesdaten bedeutender Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie deutscher Spitzenpolitiker.

1994

1. Januar	der ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende des Gesamtdeutschen Blocks/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) und spätere CSU-Abgeordnete *Walter Eckhardt*
27. Januar	der Vorsitzende des Finanzausschusses *Hans H. Gattermann* (FDP)
21. Februar	der Staatssekretär beim Bundesminister für Familie und Senioren *Albrecht Hasinger*, in der 8. Wahlperiode Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU)
9. März	der ehem. Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages *Karl Wilhelm Berkhan* (SPD), zuvor Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung
12. März	der ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP *Hansheinrich Schmidt*

[1] Stand: 31. März 2003.

9. Mai	der SPD-Politiker und spätere Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) *Heinz-Werner Meyer*
27. Mai	der ehem. Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft *Klaus Beckmann*, zuvor Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion
4. Juli	der ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende des Gesamtdeutschen Blocks/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) *Frank Seiboth*
19. Juli	der ehem. stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion und Vorsitzende des Arbeitskreises Wirtschaft und Ernährung der CDU/CSU-Fraktion *Ernst Müller-Hermann*
13. August	der Generalsekretär der Nordatlantischen Allianz und Vorsitzende des Nordatlantikrates *Manfred Wörner*, zuvor stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion und Bundesminister der Verteidigung
1. September	der ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) *Otto Reindl*
2. Oktober	der ehem. Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses und des Haushaltsausschusses, Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen und spätere Präsident des Europäischen Rechnungshofes *Albert Leicht* (CDU)
30. Oktober	der ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Forschung und Technologie *Ludwig Gerstein* (CDU)
26. Dezember	der ehem. Bundesminister für Wirtschaft (und zeitweise auch für Finanzen) *Karl Schiller* (SPD)

1995

26. April	der ehem. stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Vorsitzende des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen und spätere langjährige Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen *Egon Franke*
29. September	der Verleger und ehem. CDU-Politiker *Gerd Bucerius*, im Bundestag Vorsitzender des Ausschusses für Berlin und des Untersuchungsausschusses zum Fall *„Otto John“*
19. Oktober	der CDU-Politiker *Jürgen Wohlrabe*
12. Dezember	der ehem. Vorsitzende der Fraktion der Deutschen Partei *Herbert Schneider* (zuletzt CDU)

1996

5. Januar	der CDU-Politiker *Thomas Ruf*
6. Januar	der ehem. Bundesminister für Wirtschaft und spätere Bundesschatzminister *Kurt Schmücker* (CDU)
26. März	die ehem. Bundesministerin für Gesundheit und spätere Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit *Käte Strobel* (SPD)
14. Mai	der ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende *Ludwig Preiß*, zuvor FDP, später CDU
16. Juli	*Adolf von Thadden*, als Abgeordneter der Deutschen Reichspartei zweitjüngstes Mitglied des ersten Bundestages, später Vorsitzender der NPD

17. Juli	der ehem. Fraktionsvorsitzende des Gesamtdeutschen Blocks/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) *Karl Mocker*
18. Juli	der ehem. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung *Hans Katzer* (CDU)
12. August	der ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP und spätere Staatssekretär im Bundesministerium des Innern *Wolfgang Rutschke*
16. August	der ehem. hessische Ministerpräsident *Albert Osswald* (SPD)
11. September	der ehem. Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages *Willi Weiskirch*, zuvor Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion
14. September	der ehem. stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP *Bruno Menzel*, während der Zeit der Wende in der DDR Mitbegründer und Parteivorsitzender der ostdeutschen FDP
26. November	der Vizepräsident des Deutschen Bundestages *Hans Klein* (CSU), zuvor Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung
9. Dezember	der ehem. CDU-Abgeordnete und spätere Kultusminister von Baden-Württemberg *Wilhelm Hahn*
15. Dezember	die ehem. SPD-Abgeordnete und spätere Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg in Bonn, Senatorin a.D. *Ilse Elsner*

1997

1. Januar	die ehem. stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende und spätere Bundesministerin für Familie und Jugend *Aenne Brauksiepe*
24. Januar	die ehem. stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende *Irma Blohm*
18. April	der ehem. Vorsitzende der Gruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Fraktion *Herbert Czaja*
8. Mai	der ehem. Bundestagspräsident *Kai-Uwe von Hassel* (CDU/CSU), zuvor Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Bundesminister der Verteidigung und Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte
29. Mai	der ehem. stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende *Victor Kirst*
21. Juli	der ehem. Vorsitzende des CDU/CSU-Arbeitskreises „Auswärtige, gesamtdeutsche und Verteidigungsfragen“ *Ernst Majonica*

1998

16. April	der ehem. Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen *Gerhard Reischl* (SPD)
4. Mai	der ehem. Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte *Theodor Oberländer* Gesamtdeutschen Blocks/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten [GB/BHE], später CDU)
6. Mai	der ehem. Partei- und Fraktionsvorsitzende der FDP, Minister für gesamtdeutsche Fragen und Vizekanzler *Erich Mende* (später CDU)
14. Mai	der ehem. Bundestagsvizepräsident und Bundesminister der Justiz *Richard Jaeger* (CSU)
19. September	der ehem. Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion *Manfred Schulte*

20. Oktober	der ehem. Bundesminister der Justiz, zuvor Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt, zuvor und danach Vorsitzender verschiedener Ausschüsse und hauptsächlich Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion *Gerhard Jahn*
30. Oktober	der ehem. Vizepräsident des Deutschen Bundestages, zuvor Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend und Gesundheit und kurzzeitig Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung *Heinz Westphal* (SPD)
11. Dezember	der ehem. bayerische Ministerpräsident *Max Streibl* (CSU)
30. Dezember	die ehem. Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages *Michaela Geiger* (CSU), zuvor Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und danach beim Bundesminister der Verteidigung

1999

2. Februar	der ehem. Arbeitskreisvorsitzende „Finanzen und Steuerfragen“ der CDU/CSU-Fraktion sowie Vorsitzender zunächst des Hauptstadtausschusses und später des Finanzausschusses *August Neuburger*
22. Mai	der ehem. niedersächsische Ministerpräsident *Alfred Kubel* (SPD)
26. Juni	der ehem. Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses *Hans Stercken* (CDU)
19. Oktober	der ehem. Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung *Ottfried Henning* (CDU)

2000

31. Januar	der ehem. Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und spätere Präsident des Bundesrechnungshofes *Karl Wittrock* (SPD)
26. März	der ehem. Ministerpräsident des Saarlandes *Werner Zeyer* (CDU)
21. April	der ehem. CDU-Abgeordnete und Mitglied des Europäischen Parlaments *Hans Edgar Jahn*
15. August	der ehem. Alterspräsident (1998) *Fred Gebhardt* (PDS)
28. Oktober	der ehem. Reichstagsabgeordnete (bis 1933) und Bundestagsabgeordnete *Josef Felder* (SPD) im Alter von 100 Jahren
16. November	der ehem. Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten *Josef Ertl* (FDP)
4. Dezember	der ehem. baden-württembergische Innenminister *Walter Krause* (SPD)

2001

31. Januar	der ehem. Bundesfinanzminister *Heinz Starke* (CSU)
23. November	der ehem. schleswig-holsteinische Ministerpräsident und Bundesminister der Verteidigung und der Finanzen *Gerhard Stoltenberg* (CDU)
16. Dezember	der ehem. Alterspräsident des Deutschen Bundestages *Stefan Heym* (PDS)

2002

27. Januar	der ehem. nordrhein-westfälische Ministerpräsident *Franz Meyers* (CDU)
30. Januar	die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN *Kristin Heyne*
2. Mai	der ehem. Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und Bundestagspräsident *Richard Stücklen* (CSU)
7. Mai	der ehem. Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern *Horst Waffenschmidt* (CDU)
29. Juni	der ehem. Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion *Alfred Dregger*
6. Oktober	der ehem. Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte sowie Vorsitzender der FDP-Fraktion *Wolfgang Mischnick*
7. November	der Verleger und ehem. Bundestagsabgeordnete *Rudolf Augstein* (FDP)

2003[1]

22. Februar	der ehem. Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen *Kurt Gscheidle* (SPD)

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 2.7.

2.7 Mandatsverzichte

Für einen Mandatsverzicht gibt es verschiedene Gründe. Viele Abgeordnete verzichteten, weil ihnen Positionen und Aufgaben übertragen wurden, die mit der Ausübung des Mandats nicht oder nur schwer vereinbar waren. Die folgende Liste führt alle Mitglieder des Bundestages auf, die seit der 13. Wahlperiode ihr Mandat niedergelegt haben. Aufgeführt werden ggf. außer der Fraktionszugehörigkeit und dem Datum des Ausscheidens auch der Grund, bzw. die spätere Tätigkeit.

Wahlperiode	Name	Fraktion	Datum des Mandatsverzichts	anschließend ausgeübte Funktion oder übernommenes Amt
13. WP 1994-1998	*Lafontaine, Oskar*	SPD	17.11.1994	Ministerpräsident des Saarlandes (seit 1985)
	Bernrath, Hans Gottfried	SPD	31.12.1994	Vorsitzender der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation
	Marienfeld, Claire	CDU	28.4.1995	Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages
	Heym, Stefan	PDS	31.10.1995	–
	Faltlhauser, Kurt	CSU	20.11.1995	Staatsminister und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei

[1] Stand: 31. März 2003.

Wahl-periode	Name	Fraktion	Datum des Mandats-verzichts	anschließend ausgeübte Funktion oder übernommenes Amt
noch: 13. WP	*Lanfermann, Heinz*	FDP	7.2.1996	Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz
	Steenblock, Rainder	B 90/DIE GRÜNEN	1.6.1996	Minister für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein
	Wittmann, Simon	CSU	21.8.1996	Landrat von Neustadt a. d. Waldnaab
	Glotz, Peter	SPD	24.9.1996	Gründungsrektor der Universität Erfurt
	Thieser, Dietmar	SPD	19.12.1996	Oberbürgermeister von Hagen (seit 1989)
	Gansel, Norbert	SPD	16.6.1997	Oberbürgermeister von Kiel
	Richwien, Roland	CDU	4.11.1997	Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Infrastruktur des Freistaates Thüringen
	Börnsen, Arne	SPD	6.1.1998	Vizepräsident bei der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post
	Töpfer, Klaus	CDU	28.2.1998	Executive Director of the United Nation Environment Programme (UNEP)
	Vosen, Josef	SPD	3.6.1998	Bürgermeister von Düren
14. WP 1998-2002	*Lafontaine, Oskar*	SPD	16.3.1999	–
	Dietzel, Wilhelm	CDU	12.4.1999	Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten des Landes Hessen
	Matthäus-Maier, Ingrid	SPD	1.7.1999	Vorstandsmitglied der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Frankfurt
	Verheugen, Günter	SPD	15.9.1999	EU-Kommissar für die EU-Erweiterungsverhandlungen
	Pützhofen, Dieter	CDU	30.9.1999	Oberbürgermeister in Leverkusen
	Jacoby, Peter	CDU	19.10.1999	Minister für Finanzen und Bundesangelegenheiten des Saarlandes
	Kanther, Manfred	CDU	25.1.2000	–
	Schwanhold, Ernst	SPD	21.2.2000	Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
	Müller, Klaus Wolfgang	B 90/DIE GRÜNEN	31.3.2000	Minister für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein
	Penner, Willfried	SPD	11.5.2000	Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages
	Rüttgers, Jürgen	CDU	5.6.2000	Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen
	Möllemann, Jürgen W.	FDP	5.6.2000	Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen
	Dreßler, Rudolf	SPD	31.8.2000	Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel

Wahl-periode	Name	Fraktion	Datum des Mandats-verzichts	anschließend ausgeübte Funktion oder übernommenes Amt
noch: 14 WP	*Kolbe, Manfred*	CDU	2.10.2000	Staatsminister der Justiz des Landes Sachsen
	Roth, Claudia	B 90/DIE GRÜNEN	31.3.2001	Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
	Scholz, Olaf	SPD	6.6.2001	Senator und Präses der Behörde für Inneres in Hamburg
	Brecht, Eberhard	SPD	30.6.2001	Bürgermeister von Quedlinburg
	Krüger, Paul	CDU	14.8.2001	Oberbürgermeister von Neubrandenburg
	Schütz, Dietmar	SPD	31.10.2001	Oberbürgermeister von Oldenburg
	Uldall, Gunnar	CDU	6.11.2001	Senator und Präses der Behörde für Wirtschaft und Arbeit in Hamburg
	Schnieber-Jastram, Birgit	CDU	7.11.2001	Senatorin und Präses der Behörde für Soziales und Familie in Hamburg
	Gysi, Gregor	PDS	1.2.2002	Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in Berlin
	Knake-Werner, Heidi	PDS	17.2.2002	Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz in Berlin
	Hauser, Norbert	CDU	9.4.2002	Vizepräsident des Bundesrechnungshofes
	Holetschek, Klaus	CSU	6.5.2002	Bürgermeister von Bad Wörishofen
	Pieper, Cornelia	FDP	31.5.2002	Vorsitzende der FDP-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
	Friedrich, Peter (Altenburg)	SPD	13.9.2002	–
15. WP 2002-[1]	*Wolf, Ingo*	FDP	8.11.2002	FDP-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Nordrhein-Westfalen
	Kubicki, Wolfgang	FDP	9.12.2002	Abgeordneter des Landtags von Schleswig-Holstein
	Eberl, Christian	FDP	20.3.2003	Staatssekretär im niedersächsischen Umweltministerium

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 2.8.

[1] Stand: 31. März 2003.

2.8 Inkompatibilitäten

Vorschriften zur Unvereinbarkeit mit dem Bundestagsmandat bestehen bei folgenden Ämtern und Funktionen:

– Bundespräsident;
– Mitglied des Bundesrates;
– Mitglied einer Landesregierung;
– Mitglied der Bundesregierung (gilt nur für Mitglieder des Bundestages, die dem Gemeinsamen Ausschuss nach Art. 53 a Grundgesetz angehören);
– Wehrbeauftragter des Bundestages;
– Bundesbeauftragter für den Datenschutz;
– Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik;
– Beamte;
– Angestellte des öffentlichen Dienstes;
– Beamte des Bundesrechnungshofes;
– Wahlbeamte auf Zeit;
– Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts;
– Richter;
– Professoren;
– Berufssoldaten, freiwillige Soldaten auf Zeit;
– Mitglieder des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

□ Näherer Angaben insbesondere zur jeweiligen Rechtsgrundlage s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 2.9.

2.9 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landesregierung

Das Grundgesetz enthält keine ausdrückliche Regelung, wonach die gleichzeitige Mitgliedschaft in einer Landesregierung und im Deutschen Bundestag unzulässig sei. In den ersten Jahren nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949, als vor allem zahlreiche Landesminister in den Bundestag gewählt worden waren, führten einige – auch nur zeitweilige – Doppelmitgliedschaften wiederholt zu juristischen Kontroversen.
Erst mit der Neufassung der Geschäftsordnung des Bundesrates im Jahre 1966 wurde in § 2 geregelt: „Die Mitglieder des Bundesrates dürfen nicht gleichzeitig dem Bundestag angehören. Wird ein Mitglied des Bundesrates in den Bundestag gewählt, so muss es dem Präsidenten des Bundesrates in angemessener Frist mitteilen, welches der beiden Ämter es niederlegt.“ Weil jedes Mitglied einer Landesregierung – nach der von den Landesregierungen geübten Bestellungspraxis für den Bundesrat – mindestens stellvertretendes Mitglied des Bundesrates ist, wird in dieser Geschäftsordnungsregelung inzwischen eine gewisse Rechtsgrundlage dafür gesehen, dass die Mitgliedschaft in einer Landesregierung und im Bundestag generell unvereinbar ist. Zumindest die Praxis entspricht dieser Auffassung. Seitdem wurden die Doppelmitgliedschaften in kürzerer Zeit aufgelöst.

Statistik

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
Gleichzeitige Mitgliedschaft in Landesregierung und Bundestag	3	14
– davon zuerst Mitglied einer Landesregierung und später Mitglied des Bundestages	1	4
– davon zuerst Mitglied des Bundestages und später Mitglied einer Landesregierung	2	10
Auflösung der Doppelmitgliedschaft		
– durch Rücktritt als Landesminister	0	4
– durch Entlassung als Landesminister infolge Neuwahl/Umbildung der Landesregierung	0	0
– durch Verzicht auf das Bundestagsmandat	3	10
– durch Beendigung des Bundestagsmandats infolge Endes der Wahlperiode	0	0
– keine Auflösung bis zum Ende der laufenden Wahlperiode des Bundestages[1]	0	0
Auflösung der Doppelmitgliedschaft		
– innerhalb eines Monats	3	13
– nach 1 Monat	0	1
– nach 2 Monaten	0	0
– nach 3 Monaten	0	0
– nach 4-6 Monaten	0	0
– nach 7-12 Monaten	0	0
– nach 13-24 Monaten	0	0
– nach über 25 Monaten	0	0
– keine Auflösung[2]	0	0

Verzeichnis der Doppelmitgliedschaften in Bundestag und Landesregierung

13. Wahlperiode (1994-1998)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
Lafontaine, Oskar (SPD)	a) Ministerpräsident des Saarlandes b) Mitglied des Bundestages c) Mandatsverzicht	a) 9. 4. 1985 b) 10. 11. 1994 c) 17. 11. 1994	[1][3]

[1] Statt dessen Wiederwahl in den folgenden Bundestag.
[2] Statt dessen Wiederwahl in den folgenden Bundestag.
[3] [1] bedeutet noch vor Ablauf eines Monats.

noch: 13. Wahlperiode (1994–1998)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
Faltlhauser, Kurt (CSU)	a) Mitglied des Bundestages b) Staatsminister und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei c) Mandatsverzicht	a) 4. 11. 1980 b) 15. 11. 1995 c) 20. 11. 1995	[1]
Steenblock, Rainder (B 90/DIE GRÜNEN)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein c) Mandatsverzicht	a) 10. 11. 1994 b) 23. 5. 1996 c) 1. 6. 1996	[1]

14. Wahlperiode (1998-2002)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
Lafontaine, Oskar (SPD)	a) Ministerpräsident des Saarlandes b) Mitglied des Bundestages c) Rücktritt als Ministerpräsident	a) 9. 4.1985 b) 26.10.1998 c) 27.10.1998	[1]
Schröder, Gerhard (SPD)	a) Ministerpräsident des Landes Niedersachsen b) Mitglied des Bundestages c) Rücktritt als Ministerpräsident	a) 21. 6.1990 b) 26.10.1998 c) 27.10.1998	[1]
Vaatz. Arnold (CDU)	a) Staatsminister für Umwelt und Landesentwicklung im Freistaat Sachsen b) Mitglied des Bundestages c) Rücktritt als Landesminister	a) 1. 1.1992 b) 26.10.1998 c) 10.11.1998	[1]
Rainer Brüderle (FDP)	a) Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz. b) Mitglied des Bundestages c) Rücktritt als Landesminister	a) 23. 6.1987 b) 26.10.1998 c) 12.11.1998	[1]
Dietzel, Wilhelm (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten des Landes Hessen c) Mandatsverzicht	a) 10.11.1994 b) 7. 4.1999 c) 12. 4.1999	[1]
Jacoby, Peter (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Finanzen und Bundesangelegenheiten des Saarlandes c) Mandatsverzicht	a) 10.11.1994 b) 29. 9.1999 c) 19.10.1999	[1]

noch: 14. Wahlperiode (1998–2000)

Name, Partei	a) zuerst wahrgenommene Funktion seit ... b) hinzugetretene Funktion (Beginn der Doppelmitgliedschaft) ab ... c) Auflösung der Doppelmitgliedschaft durch ... am ...	Datum zu a) Datum zu b) Datum zu c)	Aufhebung der Doppelmitgliedschaft nach ... Monaten
Schwanhold, Ernst (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen c) Mandatsverzicht	a) 20.12.1990 b) 2. 2.2000 c) 21.2.2000	[1]
Müller, Klaus Wolfgang (B 90/DIE GRÜNEN)	a) Mitglied des Bundestages b) Minister für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein c) Mandatsverzicht	a) 26.10.1998 b) 28. 3.2000 c) 31. 3.2000	[1]
Kolbe, Manfred (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Staatsminister der Justiz des Landes Sachsen c) Mandatsverzicht	a) 20.12.1990 b) 15. 9.2000 c) 2.10.2000	[1]
Scholz, Olaf (SPD)	a) Mitglied des Bundestages b) Senator und Präses der Behörde für Inneres in Hamburg c) Mandatsverzicht	a) 26.10.1998 b) 28. 5.2001 c) 6. 6.2001	[1]
Uldall, Gunnar (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Senator und Präses der Behörde für Wirtschaft und Arbeit in Hamburg c) Mandatsverzicht	a) 29. 3.1983 b) 31.10.2001 c) 6.11.2001	[1]
Schnieber-Jastram, Birgit (CDU)	a) Mitglied des Bundestages b) Senatorin und Präses der Behörde für Soziales und Familie in Hamburg c) Mandatsverzicht	a) 10.11.1994 b) 31.10.2001 c) 7.11.2001	[1]
Gysi, Gregor (PDS)	a) Mitglied des Bundestages b) Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in Berlin c) Mandatsverzicht	a) 20.12.1990 b) 17. 1.2002 c) 1. 2.2002	[1]
Knake-Werner, Heidi (PDS)	a) Mitglied des Bundestages b) Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz in Berlin c) Mandatsverzicht	a) 10.11.1994 b) 17. 1.2002 c) 17. 2.2002	1

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 2.10.

2.10 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Landtag

Die zeitweise gleichzeitige Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag und in einem Landtag gehört seit der 4. Wahlperiode zur Ausnahme. Die folgende, nach den Wahlperioden des Bundestages gegliederte Liste der Abgeordneten mit **mindestens dreimonatigem Doppelmandat** enthält Angaben über die genaue Dauer doppelter Mitgliedschaften.

Wahlperiode	Name des Abgeordneten Partei	Doppelmandat in der Zeit von ... bis ...	Mandat im Bundesland
13. WP	*Diethard Schütze* (CDU)	10.11.1994 – 22.10.1995	Berlin
1994–1998	*Michael Teiser* (CDU)	10.11.1994 – 5. 7.1995	Bremen
14. WP 1998-2002	–	–	–
15. WP	*Roland Gewalt* (CDU)	17.10.2002 – 31. 1.2003	Berlin
2002–	*Jürgen W. Möllemann* (FDP)	17.10.2002 – 5. 6.2003 (†)	Nordrhein-Westfalen

Statistik zur Doppelmitgliedschaft im Deutschen Bundestag und in einem Landtag

Wahlperiode des Bundestages	Zahl der Doppelmandate																				
	insge-samt	davon von Abg. der Fraktion ...				davon von Mitgliedern der Landesparlamente von ...1)															
		CDU/ CSU	SPD	FDP	So-nst.	SH	HH	NI	HB	NW	HE	RP	BW	BY	SL	BE	MV	BB	ST	TH	SN
13. WP 1994–1998	2	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
14. WP 1998–2002	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Abkürzungen:

SH	=	Schleswig-Holstein	NW	=	Nordrhein-Westfalen	BY	=	Bayern	BB	=	Brandenburg
HH	=	Hamburg	HE	=	Hessen	SL	=	Saarland	ST	=	Sachsen-Anhalt
NI	=	Niedersachsen	RP	=	Rheinland-Pfalz	BE	=	Berlin	TH	=	Thüringen
HB	=	Bremen	BW	=	Baden-Württemberg	MV	=	Mecklenburg-Vorpommern	SN	=	Sachsen

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 2.11.

2.11 Doppelmitgliedschaft Bundestag/Europäisches Parlament

Seit der Direktwahl 1979 hat sich die Frage der Doppelmitgliedschaft im Bundestag und im Europäischen Parlament gewandelt. Während bis 1979 die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag Voraussetzung war für die Entsendung in das Europäische Parlament, ist das Doppelmandat seit der 13. Wahlperiode nicht mehr vorgekommen. Schon am 7. Juli 1988 hat das Europäische Parlament eine Entschließung angenommen, in der die Auffassung vertreten wurde, „dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments im Prinzip für ein Vollzeitmandat gewählt werden und daher weder Zeit noch Gelegenheit haben, ein Mandat in einem nationalen Parlament wahrzunehmen“. Es forderte die Mitgliedstaaten auf, den Abgeordneten die Praxis des Doppelmandats zu untersagen. In verschiedenen Entwürfen zu einer Europäischen Verfassung findet sich explizit eine entsprechende verfassungrechtliche Bestimmung.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 2.12.

2.12 Gremiensitze im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl

In diesem Abschnitt ist die Zahl der Abgeordneten und die Zahl der Sitze in den Ausschüssen und Gremien ins Verhältnis gestellt worden, um einen Hinweis auf die Inanspruchnahme des Abgeordneten außerhalb des Plenums des Bundestages zu geben.
Bei der Auswahl der Gremien war maßgebend, dass sie während der Sitzungswochen regelmäßig zusammentreten. Nicht berücksichtigt wurden Fraktionsgremien wie Arbeitskreise und Arbeitsgruppen. Hingegen wurden aber europäische parlamentarische Gremien wie die Versammlung des Europarates berücksichtigt.

Zahl der von Abgeordneten zu besetzenden Sitze:

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-[1]
Mitglieder des Bundestages insgesamt	672	669	603
Präsidium (Bundestagspräsident, Vizepräsidenten)	5	6	5
Ältestenrat	29	29	28
Ständige Ausschüsse	731	703	623
Sonderausschüsse	–	21	–
Untersuchungsausschüsse	24	15	11
Enquete-Kommissionen	60	61	–
Vermittlungsausschuss	16	16	16

[1] Stand: 31. März 2003.

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-[1]
Gemeinsamer Ausschuss nach Artikel 53a GG	31[2]	33[3]/32	32
Gremien/Kuratorien/Beiräte/Kommissionen	155	163	186
Parlamentarische Versammlung des Europarates	18	18	18
Parlamentarische Versammlung der NATO	12[4]	12	12
Parlamentarische Versammlung der OSZE	13	13	13
Interparlamentarische Union	8	8	8
zu besetzende Sitze insgesamt	1102	1098/1097	952

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 2.16.

[1] Stand: 31. März 2003.

[2] Die Gruppe der PDS zog mit Schreiben vom 27. März 1995 ihren Wahlvorschlag zur Wahl der Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses gemäß Artikel 53a des Grundgesetzes (Drs. 13/731) zurück, so dass der Gemeinsame Ausschuss statt der im Grundgesetz vorgeschriebenen Mitgliederstärke von 32 Mitgliedern aus dem Bundestag nur 31 Mitglieder des Bundestages zählte.

[3] Bis zum Ausscheiden des Abgeordneten *Rudolf Dreßler* am 31. August 2000 zählte der Gemeinsame Ausschuss – entgegen der im Grundgesetz vorgeschriebenen Mitgliederstärke – 49 Mitglieder, davon 33 Mitglieder des Bundestages und 16 Mitglieder des Bundesrates.

[4] Früher: Nordatlantische Versammlung/NAV.

3 Alters- und Sozialstruktur

Überblick Seite

3.1 Altersgliederung 140
– Anteil der Abgeordneten nach Geburtsjahrgängen
– Anteil der Abgeordneten nach Altersgruppen
3.2 Durchschnittsalter 143
3.3 Die ältesten und jüngsten Abgeordneten 144
3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag 146
– Mittlere Zugehörigkeitsdauer der Abgeordneten
– Mitgliedschaft der Abgeordneten seit den einzelnen Wahlperioden (Anciennitätsgruppen)
– Zahl und Anteil der neuen Abgeordneten
– Wiederwahlhäufigkeit der Abgeordneten
– Abgeordnete mit mindestens 25-jähriger Mandatszeit im Bundestag
3.5 Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR (10. WP) 157
3.6 Weibliche Abgeordnete 158
– Statistische Übersicht
– Anteil der weiblichen Abgeordneten in den Fraktionen und Gruppen
– Weibliche Kandidaten bei Bundestagswahlen
– Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag
– Familienstand
– Konfession / Religion
– Schulabschluss und Hochschulbildung
– Weibliche Abgeordnete in Führungspositionen: Namensliste
3.7 Familienstand 169
3.8 Konfession/Religion 170
3.9 Schulabschluss und Hochschulbildung 171
– Anteil der männlichen und weiblichen Abgeordneten mit Hochschulbildung
– Art der Hochschulbildung
– Studienfächer der Abgeordneten mit Hochschulstudium
3.10 Wehrdienst der Abgeordneten 173
3.11 Berufsstruktur 173
– Vorbemerkungen
– Berufsbegriff: Definition
– Berufsbegriff: Kritik
– Berufsstatistik: Fragestellungen
– Berufe: Klassifizierung
– Berufsangaben: Gültigkeit
– Berufstabellen: Begriffe
– Berufsbezeichnungen
– Gesamtzahl der Bundestagsabgeordneten
– Grundberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsbereiche)
– Vorberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsbereiche)
– Grundberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsabschnitte)
– Vorberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsabschnitte)

– Die 15 häufigsten Grundberufe 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsklassen)
– Die 15 häufigsten Vorberufe 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsklassen)
– Grundberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode nach Geschlecht (hier: Berufsbereiche)
– Vorberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode nach Geschlecht (hier: Berufsbereiche)
– Grundberufe der Abgeordneten der 13. Wahlperiode (1994-1998) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)
– Vorberufe der Abgeordneten der 13. Wahlperiode (1994-1998) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)
– Grundberufe der Abgeordneten der 14. Wahlperiode (1998-2002) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)
– Vorberufe der Abgeordneten der 14. Wahlperiode (1998-2002) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)
– Grundberufe der Abgeordneten der 15. Wahlperiode (2002–) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)
– Vorberufe der Abgeordneten der 14. Wahlperiode (2002–) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)

3.12 Gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete 191

– Zahl der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten
– Mitgliedschaft in den Einzelgewerkschaften des DGB
– Mitgliedschaft im Deutschen Beamtenbund (dbb-beamtenbund und tarifunion)
– Mitgliedschaft im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)
– Mitgliedschaft in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG)

3.13 Parlamentssoziologie: Bibliographie 194

3.14 Parlamentarische Laufbahn: Synopse 195

3.15 Anteile der Fraktionen an der Besetzung von Führungspositionen 226

3.16 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung 228

– Die jüngsten Mitglieder der Fraktionsvorstände
– Die jüngsten Vorsitzenden der Ständigen Ausschüsse und Enquete-Kommissionen
– Die jüngsten Mitglieder der Bundesregierung
– Die jüngsten Parlamentarischen Staatssekretäre

3.17 Wechsel zwischen Bundestagsmandat und Ministerpräsidentenamt 230

3.1 Altersgliederung

Die folgenden Tabellen verdeutlichen die Altersgliederung der Mitglieder des Deutschen Bundestages jeweils zu Beginn der 13., 14. und 15. Wahlperiode:

– Anteil der Abgeordneten nach Geburtsjahrgängen (in Zahlen und in Prozent),
– Anteil der Abgeordneten nach Altersgruppen (in Zahlen und in Prozent sowie kumuliert in Prozent).

Anteil der Abgeordneten nach Geburtsjahrgängen

a) in Zahlen

Geburtsjahrgänge	13. WP 1994-1998	14.WP 1998-2002	15. WP 2002-
1910-1914	1	–	–
1915-1919	–	–	–
1920-1924	2	–	–
1925-1929	14	2	–
1930-1934	42	11	1
1935-1939	123	85	15
1940-1944	185	167	107
1945-1949	129	159	144
1950-1954	85	108	121
1955-1959	59	69	86
1960-1964	22	33	57
1965-1969	9	24	37
1970-1974	1	10	21
1975-1979	–	1	12
1980-1984	–	–	2
Insgesamt	672	669	603

b) in Prozent

Geburtsjahrgänge	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
1910-1914	0,1	–	–
1915-1919	–	–	–
1920-1924	0,3	–	–
1925-1929	2,1	0,3	–
1930-1934	6,3	1,6	0,2
1935-1939	18,3	12,7	2,5
1940-1944	27,5	25,0	17,7
1945-1949	19,2	23,8	23,9
1950-1954	12,7	16,1	20,1
1955-1959	8,8	10,3	14,3
1960-1964	3,3	4,9	9,5
1965-1969	1,3	3,6	6,1
1970-1974	0,1	1,5	3,5
1975-1979	–	0,1	2,0
1980-1984	–	–	0,3

Anteil der Abgeordneten nach Altersgruppen

a) in Zahlen

Alter von ... bis unter ..... Jahren	13. WP 1994-1998	14.WP 1998-2002	15. WP 2002-
unter 20	–	–	1
20-25	1	1	2
25-30	9	14	20
30-35	22	33	28
35-40	63	34	51
40-45	83	78	63
45-50	132	123	96
50-55	186	157	149
55-60	119	164	124
60-65	42	54	64
65-70	12	10	4
70-75	2	1	1
75-80	–	–	–
80-85	1	–	–

b) in Prozent

Alter von ... bis unter ..... Jahren	13. WP 1994-1998	14.WP 1998-2002	15. WP 2002-
unter 20	–	–	0,2
20-25	0,1	0,1	0,3
25-30	1,3	2,1	3,3
30-35	3,3	4,9	4,6
35-40	9,4	5,1	8,5
40-45	12,4	11,7	10,5
45-50	19,6	18,4	15,9
50-55	27,7	23,5	24,7
55-60	17,7	24,5	20,6
60-65	6,3	8,1	10,6
65-70	1,8	1,5	0,7
70-75	0,3	0,1	0,2
75-80	–	–	–
80-85	0,1	–	–

c) kumuliert in Prozent

Alter	13. WP 1994-1998	14.WP 1998-2002	15. WP 2002-
unter 20 Jahren	–	–	0,2
unter 25 Jahren	0,1	–	0,5
unter 30 Jahren	1,4	2,2	3,8
unter 35 Jahren	4,7	7,1	8,4
unter 40 Jahren	14,1	12,2	16,9
unter 45 Jahren	26,5	23,9	27,4
unter 50 Jahren	46,1	42,3	43,4
unter 55 Jahren	73,8	65,8	68,0
unter 60 Jahren	91,5	90,3	88,6
unter 65 Jahren	97,8	98,4	99,2
unter 70 Jahren	99,6	99,9	99,9
unter 75 Jahren	99,9	100,0	100,1
unter 80 Jahren	99,9	–	–
unter 85 Jahren	100,0	–	–

Quelle: Verwaltung des Deutschen Bundestages, Parlamentsarchiv und Datenbank MdB-Stamm.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 3.1.

3.2 Durchschnittsalter

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten zu Beginn der 13., 14. und 15. Wahlperiode geht aus der nachfolgenden Tabelle hervor.

		gesamter Bundestag	bei den männlichen MdB	bei den weiblichen MdB	SPD	CDU/ CSU	B 90/GR	FDP	PDS	Fraktionslos
13. WP 1994-1998	Durchschnittsalter (in Jahren)	49,1	50,0	46,7	49,9	49,4	41,7	51,6	48,5	–
	Abweichungen vom Durchschnittsalter (in Jahren)	± 0	+ 0,9	– 2,4	+ 0,8	+ 0,3	– 7,4	+ 2,5	– 0,6	–
14. WP 1998-2002	Durchschnittsalter (in Jahren)	49,9	50,9	47,6	50,4	50,9	43,3	50,9	47,0	–
	Abweichungen vom Durchschnittsalter (in Jahren)	± 0	+ 1,0	– 2,3	+ 0,5	+ 1,0	– 6,6	+ 1,0	– 2,9	–
15.WP 2002-	Durchschnittsalter (in Jahren)	49,3	50,2	47,4	50,7	48,5	45,0	50,6	–	40,0
	Abweichungen vom Durchschnittsalter (in Jahren)	± 0	+ 0,9	– 1,9	+ 1,4	– 0,8	– 4,3	+ 1,3	–	– 9,3

Im Laufe der Geschichte des Deutschen Bundestages lag zu Beginn der 7. Wahlperiode (1972) das Durchschnittsalter mit 46,6 Jahren am niedrigsten und zu Beginn der 4. Wahlperiode (1961) mit 52,3 Jahren am höchsten.

Quelle: Parlamentsarchiv und Datenbank MdB-Stamm.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 3.2.

3.3 Die ältesten und jüngsten Abgeordneten

Die folgenden Übersichten enthalten von jeder Wahlperiode jeweils die zehn ältesten und die zehn jüngsten Mitglieder des Bundestages mit Parteizugehörigkeit und Geburtsdatum angegeben (Stand: Beginn der Wahlperiode).

13. Wahlperiode (1994-1998)	
Die zehn ältesten Mitglieder	
Stefan Heym (PDS)	* 10. 4. 1913
Alfred Dregger (CDU)	* 10. 12. 1920
Heinrich Graf von Einsiedel (PDS)	* 26. 7. 1921
Gerhard Zwerenz (PDS)	* 3. 6. 1925
Otto Graf Lambsdorff (FDP)	* 20. 12. 1926
Hans-Dietrich Genscher (FDP)	* 21. 3. 1927
Hans Gottfried Bernrath (SPD)	* 5. 7. 1927
Uwe-Jens Heuer (PDS)	* 11. 7. 1927
Dionys Jobst (CSU)	* 5. 9. 1927
Liesel Hartenstein (SPD)	* 20. 9. 1928
Die zehn jüngsten Mitglieder	
Matthias Berninger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	* 31. 1. 1971
Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	* 19. 1. 1968
Simone Probst (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	* 3. 12. 1967
Steffen Tippach (PDS)	* 18. 11. 1967
Hans Martin Bury (SPD)	* 5. 4. 1966
Claudia Nolte (CDU)	* 7. 2. 1966
Cem Özdemir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	* 21. 12. 1965
Eckart von Klaeden (CDU)	* 18. 11. 1965
Norbert Röttgen (CDU)	* 2. 7. 1965
Birgit Homburger (FDP)	* 11. 4. 1965

14. Wahlperiode (1998-2002)	
Die zehn ältesten Mitglieder	
Fred Gebhardt (PDS)	* 27. 2.1928[1]
Hans-Eberhard Urbaniak (SPD)	* 9. 4. 1929
Heiner Geißler (CDU)	* 3. 3. 1930
Helmut Kohl (CDU)	* 3. 4. 1930
Christian Schwarz-Schilling (CDU)	* 19. 11. 1930
Gustav-Adolf Schur (PDS)	* 23. 2. 1931
Erika Reinhardt (CDU)	* 30. 1. 1932
Anni Brandt-Elsweier (SPD)	* 2. 3. 1932

[1] Verstarb während der 14. WP am 15. August 2000.

14. Wahlperiode (1998-2002)	
Helmut Lippelt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	* 24. 3. 1932
Otto Schily (SPD)	* 20. 7. 1932
Die zehn jüngsten Mitglieder	
Carsten Schneider (SPD)	* 23. 1. 1976
Katherina Reiche (CDU)	* 16. 7. 1973
Sabine Jünger (PDS)	* 21. 5. 1973
Christian Simmert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	* 4. 12. 1972
Hubertus Heil (SPD)	* 3. 11. 1972
Angela Marquardt (PDS)	* 3. 9. 1971
Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	* 21. 4. 1971
Matthias Berninger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	* 31. 1. 1971
Michael Roth (SPD)	* 24. 8. 1970
Andrea Nahles (SPD)	* 20. 6. 1970

15. Wahlperiode (2002-)	
Die zehn ältesten Mitglieder	
Otto Schily (SPD)	* 20. 7. 1932
Heinz Riesenhuber (CDU/CSU)	* 1. 12. 1935
Inge Wettig-Danielmeier (SPD)	* 1. 10. 1936
Hans-Ulrich Klose (SPD)	* 14. 6. 1937
Walter Link (CDU/CSU)	* 21. 7. 1937
Wolfgang Bötsch (CDU/CSU)	* 8. 9. 1938
Werner Lensing (CDU/CSU)	* 30. 10. 1938
Hans Georg Wagner (SPD)	* 26. 11. 1938
Norbert Geis (CDU/CSU)	* 13. 1. 1939
Wolf Bauer (CDU/CSU)	* 5. 3. 1939
Die zehn jüngsten Mitglieder	
Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	* 14. 6. 1983
Jens Spahn (CDU/CSU)	* 16. 5. 1980
Dorothee Mantel (CDU/CSU)	* 19. 4. 1978
Kristina Köhler (CDU/CSU)	* 3. 8. 1977
Daniel Bahr (FDP)	* 4. 11. 1976
Melanie Oßwald (CDU/CSU)	* 1. 6. 1976
Carsten Schneider (SPD)	* 23. 1. 1975
Marco Wanderwitz (CDU/CSU)	* 10. 10. 1975
Grietje Bettin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	* 16. 7. 1975
Daniela Raab (CDU/CSU)	* 7. 7. 1975

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 3.3.

3.4 Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag

Daten zur Mandatsdauer der Abgeordneten lassen Schlussfolgerungen darüber zu, inwieweit die personelle Mobilität des Bundestages im Laufe der Wahlperiode gesunken oder gestiegen ist. Unter folgenden Aspekten wird die Dauer der Mitgliedschaft in diesem Kapitel aufgeschlüsselt:

– mittlere Zugehörigkeitsdauer der Abgeordneten (in Jahren) zu Beginn und am Ende der Wahlperioden,
– Mitgliedschaft der Abgeordneten seit den einzelnen Wahlperioden (Anciennitätsgruppen),
– Zahl und Anteil der neuen Abgeordneten in einer jeden Wahlperiode,
– Wiederwahlhäufigkeit der Abgeordneten,
– Mitglieder des Bundestages, die schon dem 1. Bundestag angehört haben.
– Abgeordnete mit mindestens 25-jähriger Mandatszeit im Bundestag,

Mittlere Zugehörigkeitsdauer der Abgeordneten

Die folgenden zwei Tabellen geben die mittlere Zugehörigkeitsdauer aller Abgeordneten zum Bundestag in Jahren zu Beginn und am Ende der Wahlperiode an sowie die Abweichungen davon bei den Abgeordneten der einzelnen Fraktionen.

Zugehörigkeitsdauer zu Beginn der Wahlperiode

Zugehörigkeitsdauer (in Jahren)	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Abgeordnete insgesamt	6,13	6,85	6,93
Abgeordnete der SPD	– 0,18	– 0,62	+ 0,16
Abgeordnete der CDU	+ 0,66	+ 1,64	+ 0,06
Abgeordnete der CSU	+ 3,80	+ 3,29	+ 1,53
Abgeordnete der FDP	+ 1,69	– 0,12	+ 0,23
Abgeordnete von B 90/DIE GRÜNEN	– 4,79	– 2,95	– 2,53
Abgeordnete der PDS	– 4,97	– 4,23	– 4,94

Zugehörigkeitsdauer am Ende der Wahlperiode

Zugehörigkeitsdauer (in Jahren)	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Abgeordnete insgesamt	9,85	10,64	–
Abgeordnete der SPD	+ 0,27	– 0,62	–
Abgeordnete der CDU	+ 0,66	+ 1,67	–
Abgeordnete der CSU	+ 3,69	+ 3,00	–
Abgeordnete der FDP	+ 1,69	– 0,23	–
Abgeordnete von B 90/DIE GRÜNEN	– 4,66	– 3,00	–
Abgeordnete der PDS	– 4,94	– 4,30	–

Mitgliedschaft der Abgeordneten seit den einzelnen Wahlperioden (Anciennitätsgruppen)

Unter „Anciennität“ wird hier das „Dienstalter“ der Abgeordneten verstanden, gemessen am Zeitpunkt ihres erstmaligen Eintritts in den Bundestag. Dazu ist im Folgenden angegeben, inwieweit die Abgeordneten schon in den zurückliegenden Wahlperioden dem Bundestag angehört haben.

Bundestag insgesamt

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
MdB (in Zahlen)			
– seit 1. WP	0	0	0
– seit 2. WP	0	0	0
– seit 3. WP	1	0	0
– seit 4. WP	0	0	0
– seit 5. WP	2	1	0
– seit 6. WP	15	3	0
– seit 7. WP	22	12	5
– seit 8. WP	32	23	16
– seit 9. WP	61	39	19
– seit 10. WP	51	34	19
– seit 11. WP	102	76	40
– seit 12. WP	183	151	91
– seit 13. WP	–	164	106
– seit 14. WP	–	–	134
MdB (in %)			
– seit 1. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 2. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 3. WP	0,1	0,0	0,0
– seit 4. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 5. WP	0,3	0,2	0,0
– seit 6. WP	2,2	0,5	0,0
– seit 7. WP	3,3	1,8	0,8
– seit 8. WP	4,8	3,4	2,7
– seit 9. WP	9,1	5,8	3,2
– seit 10. WP	7,6	5,1	3,2
– seit 11. WP	15,2	11,4	6,6
– seit 12. WP	27,2	22,6	15,1
– seit 13. WP	–	24,5	17,6
– seit 14. WP	–	–	22,22

Abgeordnete der CDU

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Gesamtzahl der Abgeordneten der CDU	244	98	190
davon (in Zahlen) MdB			
– seit 1. WP	0	0	0
– seit 2. WP	0	0	0
– seit 3. WP	1	0	0
– seit 4. WP	0	0	0
– seit 5. WP	1	1	0
– seit 6. WP	7	2	0
– seit 7. WP	7	5	2
– seit 8. WP	13	10	5
– seit 9. WP	22	14	6
– seit 10. WP	26	18	7
– seit 11. WP	34	20	11
– seit 12. WP	74	49	32
– seit 13. WP	–	41	39
– seit 14. WP	–	–	34
davon (in %) MdB			
– seit 1. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 2. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 3. WP	0,4	0,0	0,0
– seit 4. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 5. WP	0,4	0,5	0,0
– seit 6. WP	2,9	1,0	0,0
– seit 7. WP	2,9	2,5	1,1
– seit 8. WP	5,3	5,1	2,6
– seit 9. WP	9,0	7,1	3,2
– seit 10. WP	10,7	9,1	3,7
– seit 11. WP	13,9	10,1	5,8
– seit 12. WP	30,3	24,8	16,8
– seit 13. WP	–	20,7	20,5
– seit 14. WP	–	–	17,9

Abgeordnete der CSU

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Gesamtzahl der Abgeordneten der CSU	50	47	58
davon (in Zahlen) MdB			
– seit 1. WP	0	0	0
– seit 2. WP	0	0	0
– seit 3. WP	0	0	0
– seit 4. WP	0	0	0
– seit 5. WP	0	0	0
– seit 6. WP	4	0	0
– seit 7. WP	2	2	0
– seit 8. WP	7	5	5
– seit 9. WP	7	5	3
– seit 10. WP	3	2	1
– seit 11. WP	7	6	5
– seit 12. WP	14	14	11
– seit 13. WP	–	5	7
– seit 14. WP	–	–	6
davon (in %) MdB			
– seit 1. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 2. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 3. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 4. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 5. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 6. WP	8,0	0,0	0,0
– seit 7. WP	4,0	4,3	0,0
– seit 8. WP	14,0	10,6	8,6
– seit 9. WP	14,0	10,6	5,2
– seit 10. WP	6,0	4,3	1,7
– seit 11. WP	14,0	12,8	8,6
– seit 12. WP	28,0	29,8	19,0
– seit 13. WP	–	10,6	12,1
– seit 14. WP	–	–	10,3

Abgeordnete der SPD

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Gesamtzahl der Abgeordneten der SPD	252	298	251
davon (in Zahlen) MdB			
– seit 1. WP	0	0	0
– seit 2. WP	0	0	0
– seit 3. WP	0	0	0
– seit 4. WP	0	0	0
– seit 5. WP	0	0	0
– seit 6. WP	3	1	0
– seit 7. WP	9	4	2
– seit 8. WP	10	7	6
– seit 9. WP	27	17	8
– seit 10. WP	13	7	4
– seit 11. WP	44	38	19
– seit 12. WP	72	69	34
– seit 13. WP	–	72	51
– seit 14. WP	–	–	75
davon (in %) MdB			
– seit 1. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 2. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 3. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 4. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 5. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 6. WP	1,2	0,3	0,0
– seit 7. WP	3,6	1,3	0,8
– seit 8. WP	3,9	2,4	2,4
– seit 9. WP	10,7	5,7	3,2
– seit 10. WP	5,1	2,4	1,6
– seit 11. WP	17,5	12,8	7,6
– seit 12. WP	28,6	23,2	13,5
– seit 13. WP	–	24,2	20,3
– seit 14. WP	–	–	29,9

Abgeordnete der FDP

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Gesamtzahl der Abgeordneten der FDP	47	43	47
davon (in Zahlen) MdB			
– seit 1. WP	0	0	0
– seit 2. WP	0	0	0
– seit 3. WP	0	0	0
– seit 4. WP	0	0	0
– seit 5. WP	1	0	0
– seit 6. WP	1	0	0
– seit 7. WP	4	1	1
– seit 8. WP	2	1	0
– seit 9. WP	5	3	2
– seit 10. WP	2	5	0
– seit 11. WP	6	15	4
– seit 12. WP	17	9	14
– seit 13. WP	–	5	4
– seit 14. WP	–	–	9
davon (in %) MdB			
– seit 1. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 2. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 3. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 4. WP	0,0	0,0	0,0
– seit 5. WP	2,1	0,0	0,0
– seit 6. WP	2,1	0,0	0,0
– seit 7. WP	8,5	2,3	2,1
– seit 8. WP	4,3	2,3	0,0
– seit 9. WP	10,6	7,0	4,3
– seit 10. WP	4,3	11,6	0,0
– seit 11. WP	12,8	34,9	8,5
– seit 12. WP	36,2	20,9	29,8
– seit 13. WP	–	11,6	8,5
– seit 14. WP	–	–	19,1

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Gesamtzahl der Abgeordneten von B 90/GRÜNEN	49	47	55
davon (in Zahlen) MdB			
– seit 10. WP	7	6	7
– seit 11. WP	7	3	1
– seit 12. WP	1	26	0
– seit 13. WP	–	1	15
– seit 14. WP	–	–	9
davon (in %) MdB			
– seit 10. WP	14,3	12,8	12,7
– seit 11. WP	14,3	6,4	1,8
– seit 12. WP	2,0	55,3	0,0
– seit 13. WP	–	2,1	27,3
– seit 14. WP	–	–	16,4

Abgeordnete der PDS

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Gesamtzahl der Abgeordneten der PDS	30	36	2
davon (in Zahlen) MdB			
– seit 11. WP	4	4	0
– seit 12. WP	5	4	0
– seit 13. WP	–	11	0
– seit 14. WP	–	–	1
davon (in %) MdB			
– seit 11. WP	13,3	11,1	0,0
– seit 12. WP	16,7	11,1	0,0
– seit 13. WP	–	30,6	0,0
– seit 14. WP	–	–	50,0

Zahl und Anteil der neuen Abgeordneten

Stand zu Beginn der Wahlperiode

	13. WP 1994-1998		14. WP 1998-2002		15. WP 2002 -	
	Zahl	Anteil in %	Zahl	Anteil in %	Zahl	Anteil in %
Zahl und Anteil der neuen Abgeordneten insgesamt	203	30,2	166	24,8	173	28,7
Abgeordnete der SPD	74	29,4	83	27,9	52	20,7
Abgeordnete der CDU	59	24,2	38	19,2	64	33,7
Abgeordnete der CSU	6	12,0	8	17,0	20	34,5
Abgeordnete der FDP	9	19,1	9	20,9	13	27,7
Abgeordnete von B 90/DIE GRÜNEN	34	69,4	11	23,4	23	41,8
Abgeordnete der PDS	21	70,0	17	47,2	–	–
Fraktionslose Abgeordnete	–	–	–	–	1	50,0 %

Wiederwahlhäufigkeit der Abgeordneten

Die Mitgliedschaft im Parlament für nur eine Wahlperiode gehört zur Ausnahme; die einmalige oder mehrmalige Wiederwahl ist dagegen zusehends zur Regel geworden. Deutlich wird diese Entwicklung an den so genannten „Wiederwahlquoten“. Diese geben an, inwieweit Abgeordnete, die dem Bundestag in einer bestimmten Wahlperiode erstmals angehört haben, einmal oder mehrmals wiedergewählt worden sind.
Der Anstieg der Wiederwahlquoten der Abgeordneten zwischen 1949 und 2002 geht aus den folgenden zwei Tabellen hervor. Die erste Tabelle gibt den Prozentsatz der ein- oder mehrmaligen Wiederwahl der Parlamentsneulinge einer jeden Wahlperiode getrennt nach der Häufigkeit an. So ist beispielsweise erkennbar, dass von den 117 neuen Abgeordneten der 8. Wahlperiode nur 12,0 % einmal, 13,7 % dagegen zweimal, 18,8 % dreimal usw. wiedergewählt wurden.
Berücksichtigt werden nur die Abgeordneten, die erstmals zu Beginn einer Wahlperiode in den Bundestag gewählt werden. Der Abgeordnete, der keine ununterbrochene Mandatszeit über mehrere Wahlperioden hat (eine bzw. mehrere Wahlperioden kein Mandat erhalten = zeitliche Lücke) wird nur in der Wahlperiode seiner erstmaligen Wahl zu Beginn der Wahlperiode berücksichtigt. Nachgerückte Abgeordnete finden erst Berücksichtigung, wenn der Zeitpunkt ihres Eintritts der Beginn einer Wahlperiode ist.

MdB seit Beginn der	1.WP 1949	2.WP 1953	3.WP 1957	4.WP 1961	5.WP 1965	6.WP 1969	7.WP 1972	8.WP 1976	9.WP 1980	10.WP 1983	11.WP 1987	12.WP 1990	13.WP 1994	14.WP 1998	15.WP 2002
Zahl der Neulinge	410	245	159	131	132	156	145	117	130	91	110	235	203	166	173
davon (in %) **nicht** wiedergewählt	40,0	34,7	18,9	22,9	16,7	17,3	9,7	9,4	13,1	25,3	29,1	22,1	19,7	24,1	–
davon (in %) wiedergewählt:															
– einmal	17,3	14,7	26,4	23,7	18,9	14,7	16,6	12,0	9,2	15,4	19,1	15,3	33,0	75,9	–
– zweimal	12,9	16,7	18,9	21,4	16,7	20,5	13,1	13,7	19,2	12,1	12,7	28,9	47,3	–	–
– dreimal	12,9	17,1	14,5	11,5	15,9	14,1	15,2	18,8	16,9	15,4	17,3	33,6	–	–	–
– viermal	9,0	9,4	10,1	12,2	10,6	7,7	13,8	23,1	13,1	19,8	21,8	–	–	–	–
– fünfmal	5,1	3,7	5,7	3,1	9,8	9,6	19,3	4,3	16,2	12,1	–	–	–	–	–
– sechsmal	0,2	2,0	0,6	4,6	8,3	7,7	4,8	6,8	12,3	–	–	–	–	–	–
– siebenmal	1,2	0,0	2,5	0,8	2,3	7,1	4,8	12,0	–	–	–	–	–	–	–
– achtmal	0,5	0,4	1,9	0,0	0,8	1,3	2,8	–	–	–	–	–	–	–	–
– neunmal	0,5	1,2	0,6	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– zehnmal	0,2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– elfmal	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– zwölfmal	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

In der zweiten Tabelle werden die Prozentzahlen kumuliert dargestellt, so dass die Häufigkeitsangaben als „mindestens“ zu lesen sind.

MdB seit Beginn der	1.WP 1949	2.WP 1953	3.WP 1957	4.WP 1961	5.WP 1965	6.WP 1969	7.WP 1972	8.WP 1976	9.WP 1980	10.WP 1983	11.WP 1987	12.WP 1990	13.WP 1994	14.WP 1998	15.WP 2002
Zahl der Neulinge	410	245	159	131	132	156	145	117	130	91	110	235	203	166	173
davon (in %) wiedergewählt															
– einmal	59,8	65,2	81,2	77,3	83,3	82,7	90,4	90,7	86,9	74,8	70,9	77,8	80,3	75,9	–
– zweimal	42,5	50,5	54,8	53,6	64,4	68,0	73,8	78,7	77,7	59,4	51,8	62,5	47,3	–	–
– dreimal	29,6	33,8	35,9	32,2	47,7	47,5	60,7	65,0	58,5	47,3	39,1	33,6	–	–	–
– viermal	16,7	16,7	21,4	20,7	31,8	33,4	45,5	46,2	41,6	31,9	21,8	–	–	–	–
– fünfmal	7,7	7,3	11,3	8,5	21,2	25,7	31,7	23,1	28,5	12,1	–	–	–	–	–
– sechsmal	2,6	3,6	5,6	5,4	11,4	16,1	12,4	18,8	12,3	–	–	–	–	–	–
– siebenmal	2,4	1,6	5,0	0,8	3,1	8,4	7,6	12,0	–	–	–	–	–	–	–
– achtmal	1,2	1,6	2,5	0,0	0,8	1,3	2,8	–	–	–	–	–	–	–	–
– neunmal	0,7	1,2	0,6	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– zehnmal	0,2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– elfmal	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
– zwölfmal	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

Quelle: Verwaltung des Deutschen Bundestages, Referat Parlamentsarchiv.

Abgeordnete mit mindestens 25-jähriger Mandatszeit im Bundestag

Wahlperiode	lfd. Nr.	Name des Abgeordneten, Partei	MdB seit
13. WP (1994-1998)	1	*Carstens, Manfred* (CDU)	1972 (7. WP)
	2	*Conradi, Peter* (SPD)	1972 (7. WP)
	3	*Däubler-Gmelin, Herta* (SPD)	1972 (7. WP)
	4	*Dregger, Alfred* (CDU)	1972 (7. WP)
	5	*Gansel, Norbert (SPD)*	1972 (7. WP)
	6	*Genscher, Hans-Dietrich* (FDP)	1965 (5. WP)
	7	*Horn, Erwin* (SPD)	1969 (6. WP)
	8	*Hornhues, Karl-Heinz* (CDU)	1972 (7. WP)
	9	*Jens, Uwe* (SPD)	1972 (7. WP)
	10	*Jobst, Dionys* (CSU)	1969 (6. WP)
	11	*Kleinert, Detlef* (FDP)	1969 (6. WP)
	12	*Graf Lambsdorff, Otto* (FDP)	1972 (7. WP)
	13	*Lenzer, Christian* (CDU)	1969 (6. WP)
	14	*Möllemann, Jürgen W.* (FDP)	1972 (7. WP)
	15	*Penner, Willfried* (SPD)	1972 (7. WP)
	16	*Pfeifer, Anton* (CDU)	1969 (6. WP)
	17	*Probst, Albert* (CSU)	1969 (6. WP)
	18	*Rappe, Hermann* (SPD)	1972 (7. WP)
	19	*Riedl, Erich* (CSU)	1969 (6. WP)
	20	*Schäuble, Wolfgang* (CDU)	1972 (7. WP)
	21	*Schluckebier, Günter* (SPD)	1972 (7. WP)
	22	*Schmitz, Hans Peter* (CDU)	1972 (7. WP)
	23	*Schulte, Dieter* (CDU)	1969 (6. WP)
	24	*Seiters, Rudolf* (CDU)	1969 (6. WP)
	25	*Sperling, Dietrich* (SPD)	1969 (6. WP)
	26	*Spranger, Carl-Dieter* (CSU)	1972 (7. WP)
	27	*Stoltenberg, Gerhard* (CDU)	1957 (3. WP, mit Unterbrechung)
	28	*Susset, Egon* (CDU)	1969 (6. WP)
	29	*Urbaniak, Hans-Eberhard* (SPD)	1970 (6. WP, nachgerückt)
	30	*Vogt, Wolfgang* (CDU)	1969 (6. WP)
	31	*Waffenschmidt, Horst* (CDU)	1972 (7. WP)
	32	*Waigel, Theodor* (CSU)	1972 (7. WP)
	33	*Warnke, Jürgen* (CSU)	1969 (6. WP)
	34	*Wittmann, Fritz* (CSU)	1971 (6. WP, nachgerückt, mit Unterbrechung)
14. WP (1998-2002)	1	*Carstens, Manfred* (CDU)	1972 (7. WP)
	2	*Däubler-Gmelin, Herta* (SPD)	1972 (7. WP)
	3	*Hornhues, Karl-Heinz* (CDU)	1972 (7. WP)
	4	*Jens, Uwe* (SPD)	1972 (7. WP)
	5	*Möllemann, Jürgen W.* (FDP)	1972 (7. WP)
	6	*Penner, Willfried* (SPD)	1972 (7. WP)
	7	*Pfeifer, Anton* (CDU)	1969 (6. WP)
	8	*Schäuble, Wolfgang* (CDU)	1972 (7. WP)
	9	*Schmitz, Hans Peter* (CDU)	1972 (7. WP)
	10	*Seiters, Rudolf* (CDU)	1969 (6. WP)
	11	*Spranger, Carl-Dieter* (CSU)	1972 (7. WP)
	12	*Urbaniak, Hans-Eberhard* (SPD)	1970 (6. WP, nachgerückt)
	13	*Waigel, Theodor* (CSU)	1972 (7. WP)

Wahlperiode	lfd. Nr.	Name des Abgeordneten, Partei	MdB seit
15. WP (2002-[1])	1	*Bindig, Rudolf* (SPD)	1976 (8. WP)
	2	*Bötsch, Wolfgang* (CSU)	1976 (8. WP)
	3	*Carstens, Manfred* (CDU)	1972 (7. WP)
	4	*Däubler-Gmelin, Herta* (SPD)	1972 (7. WP)
	5	*Glos, Michael* (CSU)	1976 (8. WP)
	6	*Ibrügger, Lothar* (SPD)	1976 (8. WP)
	7	*Karwatzki, Irmgard* (CDU)	1976 (8. WP)
	8	*Kirschner, Klaus* (SPD)	1976 (8. WP)
	9	*Kraus, Rudolf* (CSU)	1976 (8. WP)
	10	*Lintner, Eduard* (CSU)	1976 (8. WP)
	11	*Möllemann, Jürgen W.* (FDP)	1972 (7. WP, mit Unterbrechung)
	12	*Riesenhuber, Heinz* (CDU)	1976 (8. WP)
	13	*Rose, Klaus* (CSU)	1977 (8. WP, nachgerückt)
	14	*Rühe, Volker* (CDU)	1976 (8. WP)
	15	*Schäuble, Wolfgang* (CDU)	1972 (7. WP)
	16	*Schulte*, ehem. *Traupe, Brigitte* (SPD)	1976 (8. WP)
	17	*Weisskirchen, Gert* (SPD)	1976 (8. WP)
	18	*Wimmer, Willy* (CDU)	1976 (8. WP)
	19	*Wissmann, Matthias* (CDU)	1976 (8. WP)

Quelle: Verwaltung des Deutschen Bundestages, Parlamentsarchiv und Datenbank MdB-Stamm.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 3.4.

3.5 Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR (10. WP)

Die nachfolgende Übersicht gibt Auskunft über die Anzahl der Mitglieder des Deutschen Bundestag der 13., 14. und 15. Wahlperiode, die der am 18. März 1990 freigewählten 10. Volkskammer der DDR (konstituiert am 5. April 1990) bis zum 2. Oktober 1990 angehörten[2]. (Stand: Beginn der Wahlperiode.)

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Bundestag insgesamt	37	26	12
davon:			
CDU	20	11	4
SPD	10	10	7
FDP	1	0	0
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1	2	1
PDS	5	3	–
Fraktionslose	–	–	0

Quelle: Datenbank MdB-Stamm

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 3.8.

[1] Stand: 31. März 2003

[2] Nach dem Parlamentsrecht der Bundesrepublik beginnt die Tätigkeit eines gewählten Abgeordneten mit der Konstituierung eines Parlaments. Nach dem Wahlrecht der DDR begann die Mitgliedschaft in der Volkskammer mit der „Annahme der Wahl“. Diese erfolgte für die 10. Volkskammer am 23. März 1990. Vgl. dazu auch die Bestimmungen § 21 (3) Abgeordnetengesetz.

3.6 Weibliche Abgeordnete

Mit der Einführung von Quoten und Quoren erhielt die ohnehin seit 1949 in der Bundesrepublik Deutschland beachtete Frage nach dem Anteil von Frauen in der Politik zusätzlich große Aufmerksamkeit. So sind für dieses Kapitel einige Statistiken und Übersichten des vorliegenden Datenhandbuch zusammengefasst und ggf. in veränderter Form zum Thema weibliche Abgeordnete präsentiert worden, um die Rolle der Frauen im Bundestag eigens zu veranschaulichen. Dazu ist dieser Abschnitt folgendermaßen untergliedert:

– Statistische Übersicht
– Anteil der weiblichen Abgeordneten in den Fraktionen und Gruppen
– Weibliche Kandidaten bei Bundestagswahlen
– Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag
– Familienstand
– Konfession
– Schulabschluss und Hochschulbildung
– Weibliche Abgeordnete in Führungspositionen: Namensliste

Statistische Übersicht[1]

Wahlperiode	Weibliche Abgeordnete zu Beginn der WP		Weibliche Abgeordnete am Ende der WP	
	Anzahl	in % aller Abg.	Anzahl	in % aller Abg.
13. WP 1994-1998	176	26,2	181	26,9
14. WP 1998-2002	207	30,9	211	31,7
15. WP 2002-	196	32,5		

Anteil der weiblichen Abgeordneten in den Fraktionen und Gruppen

Fraktion/Gruppe	Wahl-periode	Weibliche Abgeordnete		Abweichung vom Durchschnitt aller weiblichen Abgeordneten in Prozentpunkten
		Anzahl	in %	
CDU/CSU	13.	41	13,9	– 12,3
	14.	45	18,4	– 12,5
	15.	57	23,0	– 9,5
SPD	13.	85	33,7	+ 7,5
	14.	105	35,2	+ 4,3
	15.	95	37,9	+ 5,4

[1] Quelle: Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag (jeweils entsprechende Wahlperiode).

Fraktion/Gruppe	Wahl-periode	Weibliche Abgeordnete		Abweichung vom Durchschnitt aller weiblichen Abgeordneten in Prozentpunkten
		Anzahl	in %	
FDP	13.	8	17,0	– 9,2
	14.	9	20,9	– 10,0
	15.	10	21,3	– 11,2
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	13.	29	59,2	+ 33,0
	14.	27	57,4	+ 26,5
	15.	32	58,2	+ 25,7
PDS	13.	13	43,3	+ 17,1
	14.	21	58,3	+ 27,4
fraktionslos	15.	2	100,0	+ 67,5

Weibliche Kandidaten bei Bundestagswahlen

Wahljahr	Kandidaten insgesamt	davon Frauen		Anteil der gewählten Frauen	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %
1994	3923	1157	29,5	176	26,2
1998	4006	1237	30,9	207	30,9
2002	3544	1028	29,0	196	32,5

Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag

Soziologisches Merkmal	Wahl-periode	Weibliche Abgeordnete		Abweichung vom Durch-schnitt aller Abgeordneten in Prozentpunkten
		Anzahl	in %	
erstmals gewählt	13.	66	37,5	+ 7,0
	14.	58	28,0	+ 3,2
	15.	63	32,1	+ 3,4
einmal wiederge-wählt	13.	63	35,8	+ 7,4
	14.	65	31,4	+ 5,5
	15.	51	26,0	+ 3,4
mehrmals wieder-gewählt	13.	47	26,7	– 14,4
	14.	84	40,6	– 8,7
	15.	82	41,8	– 7,0

Familienstand[1]

Soziologisches Merkmal	Wahl-periode	Weibliche Abgeordnete Anzahl	Weibliche Abgeordnete in %	Abweichung vom Durchschnitt aller Abgeordneten in Prozentpunkten
Familienstand ledig, verwitwet, getrennt lebend, geschieden, lesbische Lebensgemeinschaft mit und ohne Kinder bzw. ohne Angaben	13.	64	36,4	+ 16,0
	14.	83	40,1	+ 18,1
	15.	83	42,3	+ 13,8
Familienstand verheiratet, ohne Kinder bzw. ohne Angaben über Kinder	13.	20	11,4	+ 2,0
	14.	23	11,1	+ 1,1
	15.	23	11,7	+ 1,7
Familienstand verheiratet, mit Kind(ern)	13.	92	52,3	– 17,9
	14.	101	48,8	– 19,2
	15.	90	45,9	– 15,6

Konfession / Religion[2]

Soziologisches Merkmal	Wahl-periode	Weibliche Abgeordnete Anzahl	Weibliche Abgeordnete in %	Abweichung vom Durchschnitt aller Abgeordneten in Prozentpunkten
Katholisch	13.	32	18,2	– 13,3
	14.	38	18,4	– 11,8
	15.	47	24,0	– 8,2
Evangelisch	13.	54	30,7	– 2,6
	14.	67	32,4	– 0,6
	15.	71	36,2	+ 0,4
Islam	13.	–	–	–
	14.	1	0,5	+ 0,3
	15.	2	1,0	+ 0,7
Freireligiös	13.	–	–	–
	14.	–	–	–
	15.	–	–	–
Atheist	13.	1	0,6	+ 0,4
	14.	3	1,4	+ 0,9
	15.	1	0,5	+ 0,3
Konfessionslos	13.	2	1,1	– 0,1
	14.	8	3,9	+ 1,2
	15.	5	2,6	+ 0,8
Ohne Angaben	13.	87	49,4	+ 15,9
	14.	90	43,5	+ 10,2
	15.	70	35,7	+ 6,0

[1] Quelle: Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag (jeweils entsprechende Wahlperiode).
[2] Quelle: Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag (jeweils entsprechende Wahlperiode).

Schulabschluss und Hochschulbildung[1]

Soziologisches Merkmal	Wahl-periode	Weibliche Abgeordnete		Abweichung vom Durchschnitt aller Abgeordneten in Prozentpunkten
		Anzahl	in %	
Schulabschluss Hochschulreife	13.	129	73,3	+ 2,2
	14.	156	75,4	+ 3,2
	15.	129	65,8	– 4,2
Hochschulbildung	13.	124	70,5	– 0,2
	14.	150	72,5	– 2,5
	15.	165	84,2	– 2,5

Weibliche Abgeordnete in Führungspositionen: Namensliste

13. Wahlperiode (1994 - 1998)

Fraktion	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestags-präsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschuss-vorsitzende	Bundes-minister	Parlamentarische Staatssekretäre
SPD		Stellv. Vors.: *Anke Fuchs, Ingrid Matthäus-Maier* Parl. Geschäftsf.: *Katrin Fuchs* Querschnittsgruppen-Vorsitzende: *Ulla Schmidt, Heidemarie Wieczorek-Zeul* Arbeitsgruppen-Sprecherinnen: *Herta Däubler-Gmelin, Christel Hanewinckel, Elke Ferner, Susanne Kastner, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Adelheid Tröscher* (ab 24. 4. 1996),	A. für Arbeit und Sozialordnung: *Ulrike Mascher* A. für Familie Senioren, Frauen und Jugend: *Edith Niehuis* A. für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung: *Edelgard Bulmahn, Doris Odendahl* (ab 26. 6. 1996) Enqu.-Komm. „Schutz des Menschen u. der Umwelt“:		

[1] Quelle: Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag (jeweils entsprechende Wahlperiode).

noch: 13. Wahlperiode

Fraktion	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestags-präsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschuss-vorsitzende	Bundes-minister	Parlamentarische Staatssekretäre
noch: SPD		*Edelgard Bulmahn* (ab 1. 7. 1996)	*Marion Caspers-Merk* (ab 21. 6. 1995)		
CDU/ CSU	Bundestags-präsidentin: *Rita Süssmuth* Vizepräsidentin: *Michaela Geiger* (ab 16. 1.1994)	Stellv. Vors.: *Hannelore Rönsch* Parl. Geschäftsf.: *Brigitte Baumeister* Arbeitsgruppen-Vorsitzende: *Maria Eichhorn, Gerda Hasselfeldt* (ab 28.11.1995) Vors. der Gruppe „Frauen“: *Bärbel Sothmann*	Enqu.-Komm. „Sog. Sekten und Psychogruppen“: *Ortrun Schätzle* (ab 9. 5.1996)	BM f. Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *Claudia Nolte* BM f. Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicher-heit: *Angelika Merkel*	PStS beim BM der Finanzen: *Irmgard Kar-watzki* PStS beim BM der Verteidigung: *Michaela Geiger* (bis 15. 1.1997) PStS beim BM für Familie, Senio-ren, Frauen und Jugend: *Gertrud Dempwolf* PStS beim BM für Gesundheit: *Sabine Bergmann-Pohl* PStS beim BM für Bildung, Wis-senschaft, For-schung und Tech-nologie: *Cornelia Yzer* (bis 22. 1.1997), *Elke Wülfing* (ab 23. 1.1997)
B 90/DIE GRÜNEN	Vizepräsidentin: *Antje Vollmer*	Sprecherin: *Kerstin Müller* Stellv. Parl. Geschäftsf.: *Simone Probst* und *Margareta Wolf-Mayer*[1]	PetitionsA.: *Christa Nickels* A. für Fremden-verkehr und Tourismus: *Halo Saibold* (ab 9.10.1996)		

[1] Ab 24. 3.1995 Namenswechsel: *Margareta Wolf.*

noch: 13. Wahlperiode

Fraktion	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestags-präsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschuss-vorsitzende	Bundes-minister	Parlamentarische Staatssekretäre
noch: B 90/DIE GRÜNEN		Arbeitskreis-Koordinatorinnen: *Kristin Heyne, Michaele Hustedt, Franziska Eich-städt-Bohlig* und *Andrea Fischer* (ab 10.10.1995), *Marieluise Beck* (ab 8.10.1996)			
FDP		Parl. Geschäftsf.: *Ina Albowitz* Arbeitskreis-Vorsit-zende: *Gisela Babel*		BM für Justiz: *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* (bis 17. 1.1996)	
PDS		Stellv. Vorsitzende: *Christa Luft* und *Heidi Knake-Werner* Parl. Geschäftsf.: *Dagmar Enkelmann* (ab 25. 8. 1995) Stellv. Parl. Geschäftsf.: *Dagmar Enkelmann* (bis 25. 8. 1995), *Barbara Höll, Ruth Fuchs* (ab 25. 8.1995), *Rosel Neuhäuser* (ab 11. 9.1996) Arbeitsbereich-Leite-rinnen: *Andrea Lederer*[1], *Christa Luft, Heidi Knake-Werner, Christina Schenk*			

[1] Ab 13. 5.1996 Namenswechsel: *Andrea Gysi.*

14. Wahlperiode (1998 - 2002)

Fraktion	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestags-präsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschuss-vorsitzende	Bundes-minister	Parlamentarische Staatssekretäre
SPD	Vizepräsidentin: *Anke Fuchs*	Stellv. Vors.: *Iris Gleicke* *Sabine Kaspereit,* *Ingrid Matthäus-Maier* (bis 3. 5. 1999) *Gudrun Schaich-Walch* (ab 11. 9. 2000 bis 23. 1. 2001), *Ulla Schmidt* (bis 12. 1. 2001), *Hildegard Wester* (ab 23. 1.2001) Stellv. Parl. Geschäftsf.: *Ilse Janz,* *Susanne Kastner,* *Angelica Schwall-Düren* Querschnittsgruppen-Sprecherin: *Ursula Burchardt,* *Monika Griefahn* Arbeitsgruppen-Sprecherin: *Anni Brandt-Elsweiler, Dagmar Freitag,* *Hildegard Wester* (bis 23. 1.2001), *Christel Humme* (ab 6. 2. 2001), *Gudrun Schaich-Walch* (bis 25. 9. 2000), *Regina Schmidt-Zadel* (ab 26. 9. 2000), *Angelika Mertens* (bis 27. 11. 2000), *Ulrike Mehl,* *Adelheid Tröscher,* *Brunhilde Irber,*	A. für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: *Erika Simm* Innenausschuss: *Ute Vogt* (ab 17. 5. 2000) A. für Arbeit und Sozialordnung: *Doris Barnett* A. für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *Christel Hanewinckel*[1] A. für Kultur und Medien: *Elke Leonhard* (bis 30. 6. .2000) *Monika Griefahn* (ab 5. 7.2000) Enqu.-Komm. „Recht und Ethik der modernen Medizin“: *Margot von Renesse*	BM für Justiz: *Herta Däubler-Gmelin* BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *Christine Bergmann* BM für Gesundheit: *Ulla Schmidt* (ab 12. 1.2001) BM für Bildung und Forschung: *Edelgard Bulmahn* BM für wirtschaftl. Zusammenarbeit und Entwicklung: *Heidemarie Wieczorek-Zeul*	PStS beim BM des Innern: *Cornelie Sonntag-Wolgast* PStS beim BM der Finanzen: *Barbara Hendricks* PStS beim BM für Arbeit und Sozialordnung: *Ulrike Mascher* PStS beim BM der Verteidigung: *Brigitte Schulte* PStS beim BM für Familie Senioren, Frauen und Jugend: *Edith Niehuis* PStS beim BM für Gesundheit: *Gudrun Schaich-Walch* (ab 22. 1.2001) PStS beim BM für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: *Angelika Mertens* (ab 28.11.2000)

[1] Ab 24. 3.2001 Namenswechsel: *Christel Riemann-Hanewinckel.*

noch: 14. Wahlperiode

Fraktion	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestags-präsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschuss-vorsitzende	Bundes-minister	Parlamentarische Staatssekretäre
noch: SPD		*Monika Griefahn* (ab Oktober 1999 bis Juli 2000)			
CDU/ CSU		Stellv. Vors.: *Hannelore Rönsch* (bis 29. 2.2000), *Maria Böhmer* (ab 29. 2.2000) Parl. Geschäftsf.: *Brigitte Baumeister* (bis 29. 2. 2000), *Birgit Schnieber-Jastram* (ab 29. 2.2000) Arbeitsgruppen-Vorsitzende: *Gerda Hasselfeldt, Birgit Schnieber-Jastram* (bis 29. 2. 2000), *Maria Eichhorn* Vors. der Gruppe „Frauen“: *Bärbel Sothmann* (bis 24.2.2000), *Annette Widmann-Mauz* (ab 24.2.2000)			
B 90/DIE GRÜNEN	Vizepräsidentin: *Antje Vollmer*	Sprecherin: *Kerstin Müller* 1. Parl. Geschäftsf.: *Kristin Heyne* (bis † 30. 1. 2002), *Katrin Dagmar Göring-Eckardt* (ab 19. 2. 2000) Parl. Geschäftsf.: *Katrin Dagmar Göring-Eckardt* (bis 19. 2. 2002), *Elkin Deligöz* (19. 2. 2002), *Steffi Lemke*	FinanzA.: *Christine Scheel* A. für Menschen-rechte und huma-nitäre Hilfe: *Claudia Roth, Christa Nickels* (ab 14. 3.2001)	BM für Gesund-heit: *Andrea Fischer* (bis 12. 1.2001) BM für Verbrau-cherschutz, Ernäh-rung und Land-wirtschaft: *Renate Künast* (ab 12. 1.2001)	PStS beim BM für Wirtschaft und Technologie: *Margareta Wolf* (ab 15. 1. 2001) PStS beim BM für Gesundheit: *Christa Nickels* (bis 12. 1.2001) PStS beim BM für Umwelt, Natur-schutz und Reak-torsicherheit: *Gila Altmann, Simone Probst*

noch: 14. Wahlperiode

Fraktion	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestags-präsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschuss-vorsitzende	Bundes-minister	Parlamentarische Staatssekretäre
noch: B 90/DIE GRÜNEN		Arbeitskreis-Koordinatorinnen: *Margareta Wolf* (bis 17. 1. 2001), *Thea Dückert* (ab 14. 2. 2001), *Franziska Eichstädt-Bohlig* (bis 12. 3. 2001)			PStS beim BM für wirtschaftl. Zusammenarbeit und Entwicklung: *Ursula Eid*
FDP		Stellv. Vors.: *Cornelia Pieper* (bis 19. 6. 2001), *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* (ab 19. 6. 2001) Arbeitsgruppen-Vor-sitzende: *Irmgard Schwaetzer*			
PDS	Vizepräsidentin: *Petra Bläss*	Stellv. Vors.: *Christa Luft, Heidi Knake-Werner* (bis 2. 10. 2000), *Petra Pau* (ab 2. 10. 2000) Parl. Geschäftsf. *Heidi Knake-Werner* (ab 2. 10. 2000 bis 22. 1. 2002) Stellv. Parl. Geschäftsf.: *Ruth Fuchs, Barbara Höll, Angela Marquardt* (ab 2. 10. 2000) Arbeitsgruppen: *Ruth Fuchs, Petra Bläss (ab 9. 2. 1999), Barbara Höll, Chri-stine Ostrowski,*	PetitionsA.: *Heidemarie Lüth*		

noch: 14. Wahlperiode

Fraktion	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestags-präsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschuss-vorsitzende	Bundes-minister	Parlamentarische Staatssekretäre
noch: PDS		*Heidi Lippmann-Kasten*[1], *Ulla Jelpke*, *Maritta Böttcher*, Evelyn Kenzler (bis 4. 5. 1999), *Eva Bulling-Schröter* (ab 22. 1. 2002), *Angela Marquardt* (ab 19. 1. 1999)			

15. Wahlperiode (2002-)

Fraktion	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestags-präsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschuss-vorsitzende	Bundes-minister	Parlamentarische Staatssekretäre
SPD	Vizepräsidentin: *Susanne Kastner*	Stellv. Vors.: *Nicolette Kressl*, *Gudrun Schaich-Walch*, *Angelica Schwall-Düren* Parl. Geschäftsf.: *Nina Hauer*, *Ute Kumpf* Arbeitsgruppen-Sprecherinnen: *Christine Lambrecht*, *Gabriele Lösekrug-Möller*, *Dagmar Freitag*, *Christel Humme*, *Helga Kühn-Mengel*, *Ulrike Mehl*, *Karin Kortmann*, *Brunhilde Irber*	A. für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: *Erika Simm* Innenausschuss: *Cornelie Sonntag-Wolgast* A. für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft: *Herta Däubler-Gmelin* A. für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *Kerstin Griese* A. für Kultur und Medien: *Monika Griefahn*	BM für Gesundheit: *Ulla Schmidt* BM für Bildung und Forschung: *Edelgard Bulmahn* BM für wirtschaftl. Zusammenarbeit und Entwicklung: *Heidemarie Wieczorek-Zeul*	PStS beim BM des Innern: *Ute Vogt* PStS beim BM der Finanzen: *Barbara Hendricks* PStS beim BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *Christel Riemann-Hanewinckel* PStS beim BM für Gesundheit und Soziale Sicherheit: *Marion Caspers-Merk* PStS beim BM für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: *Angelika Mertens*, *Iris Gleicke*

[1] Ab 22. 2.1999 Namenswechsel: *Heidi Lippmann.*

noch: 15. Wahlperiode

Fraktion	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestags-präsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschuss-vorsitzende	Bundes-minister	Parlamentarische Staatssekretäre
CDU/CSU		Vorsitzende: *Angela Merkel* Stellv. Vors.: *Maria Böhmer,* *Gerda Hasselfeld* Parl. Geschäftsf.: *Ilse Falk* Arbeitgruppen-Vorsitzende: *Dagmar Wöhrl,* *Annette Widmann-Mauz,* *Katherina Reiche,* *Maria Eichhorn* Vors. der Gruppe „Frauen“: *Annette Widmann-Mauz*			
B 90/DIE GRÜNEN	Vizepräsidentin: *Antje Vollmer*	Vorsitzende: *Katrin Dagmar,* *Göring-Eckardt,* *Krista Sager* Stellv. Vors. und Arbeitskreis-Koordinatorin: *Thea Dückert* Parl. Geschäftsf.: *Ekin Deligöz,* *Irmingard Schewe-Gerigk*	Finanzausschuss: *Christine Scheel* A. für Menschenrechte und humanitäre Hilfe: *Christa Nickels*	BM für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft: *Renate Künast*	PStS beim BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: *Simone Probst,* *Margareta Wolf* PStS beim BM für wirtschaftl. Zusammenarbeit und Entwicklung: *Ursula Eid* PStS beim BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *Marieluise Beck* PStS beim BM des Auswärtigen: *Kerstin Müller*
FDP		Stellv. Vors.: *Birgit Homburger*	Petitionsausschuss: *Marita Sehn*		

noch: 15. Wahlperiode

Fraktion	Weibliche Mitglieder des Deutschen Bundestages als				
	Mitglieder des Bundestags-präsidiums	Mitglieder des (engeren) Fraktionsvorstandes	Ausschuss-vorsitzende	Bundes-minister	Parlamentarische Staatssekretäre
noch: FDP			A. für Bildung, Forschung und Technikfolgenab-schätzung: *Ulrike Flach*		

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 **s. Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 3.11.

3.7 Familienstand

Verwendete Abkürzungen: M – Männer; F – Frauen.

	Wahl-periode	Familienstand der Abgeordneten[1]								
		ledig, verwitwet, geschieden[2] bzw. ohne Angaben in %			verheiratet, ohne Kinder bzw. ohne Angaben in %			verheiratet, mit Kind(ern) in %		
		M	F	M + F	M	F	M + F	M	F	M + F
Bundestag insgesamt	13.	14,7	36,4	20,4	8,7	11,4	9,4	76,6	52,3	70,2
	14.	13,9	40,1	22,0	9,5	11,1	10,0	76,6	48,8	68,0
	15.	21,9	42,3	28,5	9,1	11,7	10,0	69,0	45,9	61,5
CDU/CSU	13.	10,7	31,7	13,6	5,9	4,9	5,8	83,4	63,4	80,6
	14.	8,0	40,0	18,8	5,0	13,3	6,5	87,0	46,7	79,6
	15.	18,3	50,9	25,8	8,4	14,0	9,7	73,3	35,1	64,5
SPD	13.	14,4	30,6	19,8	10,8	14,1	11,9	74,9	55,3	68,3
	14.	14,5	35,2	21,8	12,4	9,5	11,4	73,1	55,2	66,8
	15.	22,4	38,9	28,7	10,3	8,4	9,6	67,3	52,6	61,8
B 90 /DIE GRÜNEN	13.	55,0	55,2	55,1	15,0	10,3	12,2	30,0	34,5	32,7
	14.	50,0	55,6	53,2	20,0	7,4	12,8	30,0	37,0	34,0
	15.	43,5	50,0	47,3	13,0	9,4	10,9	43,5	40,6	41,8
FDP	13.	15,4	37,5	19,2	18,0	25,0	19,2	66,7	37,5	61,7
	14.	14,7	22,2	16,3	17,6	33,3	20,9	67,6	44,4	62,8
	15.	24,3	10,0	21,3	5,4	30,0	10,6	70,3	60,0	68,1
PDS	13.	29,4	46,2	36,7	0,0	7,7	3,3	70,6	46,2	60,0
	14.	33,3	52,4	44,4	0,0	9,5	5,6	66,7	38,1	50,0
fraktionslos	15.	0,0	0,0	0,0	0,0	50,0	0,0	0,0	50,0	0,0

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 3.12.

[1] Quelle: Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag (jeweils entsprechende Wahlperiode).
[2] Ebenso getrennt lebend, allein erziehend, unverheiratet und nichteheliche Lebensgemeinschaften.

3.8 Konfession/Religion

Die Angaben zur Konfessions- bzw. Religionszugehörigkeit der Abgeordneten wurden jeweils mit Stand zu Beginn einer Wahlperiode erhoben. Sie beruhen auf Selbstangaben der Abgeordneten für das „Amtliche Handbuch des Deutschen Bundestages“[1].

	Wahl-periode	katholisch in %	evange-lisch in %	sonstige Konfes-sion/ Religion in %	konfes-sionslos in %	Islam in %	Atheist in %	Ohne Angabe[2] in %
Bundestag insgesamt	13.	31,5	33,3	0,3	1,2	0,0	0,1	33,5
	14.	30,2	33,0	0,1	2,7	0,1	0,4	33,3
	15.	32,2	35,8	0,0	1,8	0,3	0,2	29,7
CDU/CSU	13.	57,5	39,5	0,3	0,0	0,0	0,0	2,7
	14.	59,2	36,7	0,0	0,0	0,0	0,0	4,1
	15.	58,5	36,7	0,0	0,4	0,0	0,0	4,4
SPD	13.	12,3	32,5	0,4	0,4	0,0	0,0	54,4
	14.	13,1	35,6	0,3	1,0	0,0	0,3	49,7
	15.	12,4	36,3	0,0	3,6	0,4	0,4	47,0
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	13.	6,1	16,3	0,0	2,0	0,0	0,0	75,5
	14.	14,9	19,1	0,0	2,1	2,1	0,0	61,7
	15.	14,5	29,1	0,0	1,8	1,8	0,0	52,7
FDP	13.	17,0	36,2	0,0	0,0	0,0	0,0	46,8
	14.	23,2	32,6	0,0	0,0	0,0	0,0	44,2
	15.	21,3	38,3	0,0	0,0	0,0	0,0	40,4
PDS	13.	3,3	3,3	0,0	20,0	0,0	3,3	70,0
	14.	2,8	5,6	0,0	38,9	0,0	5,6	47,2
fraktionslos	15.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 3.13.

[1] Die Tabellen wurden erstellt auf der Grundlage der Angaben in: Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag (jeweils entprechende Wahlperiode).

[2] Die Rubrik „Ohne Angabe“ lässt nicht den Schluss zu, dass die hier erfassten Abgeordneten keiner Religionsgemeinschaft oder Konfession angehören.

3.9 Schulabschluss und Hochschulbildung

Anteil der männlichen und weiblichen Abgeordneten mit Hochschulbildung

	Wahl-periode	männliche MdB		weibliche MdB		MdB insgesamt	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Bundestag insgesamt	13.	383	77,2	134	76,1	517	76,9
	14.	378	81,8	158	76,3	536	80,1
	15.	358	88,0	165	84,2	523	86,7
CDU/CSU	13.	196	77,5	29	70,7	225	76,5
	14.	164	82,0	31	68,9	195	79,6
	15.	172	90,1	44	77,2	216	87,1
SPD	13.	127	76,0	65	36,9	192	76,2
	14.	151	78,2	84	80,0	235	78,9
	15.	133	85,3	83	87,4	216	86,1
FDP	13.	34	87,2	5	62,5	39	83,0
	14.	32	94,1	6	66,7	38	88,4
	15.	34	91,9	9	90,0	43	91,5
B 90/DIE GRÜNEN	13.	18	90,0	23	79,3	41	83,7
	14.	18	90,0	21	77,8	39	83,0
	15.	19	82,6	27	84,4	46	83,6
PDS	13.	8	47,1	12	92,3	20	66,7
	14.	13	86,7	16	76,2	29	80,6
fraktionslos	15.	0	0,0	2	100,0	2	100,0

Art der Hochschulbildung

Diese Übersicht enthält ggf. auch Abgeordnete, die die Universität oder Hochschule ohne Abschluss verlassen haben.

	Wahl-periode	Hoch-schulausbil-dung		davon							
				Höhere Fach-schule/ Fachhoch-schule		Pädagogische Hochschule		Universität mit Abschluss		Universität ohne Abschluss	
		An-zahl	%	An-zahl	%	An-zahl	%	An-zahl	%	An-zahl	%
Bundestag insgesamt	13.	517	76,9	14	2,1	38	5,7	423	63,0	42	6,3
	14.	536	80,1	30	4,5	35	5,2	436	65,2	35	5,2
	15.	523	86,7	110	18,2	23	3,8	363	60,2	27	4,5
CDU/CSU	13.	225	76,5	5	1,7	8	2,7	194	66,0	18	6,1
	14.	195	79,6	14	5,7	7	2,9	170	69,4	4	1,6
	15.	216	87,1	51	20,6	6	2,4	152	61,3	7	2,8

	Wahl-perio-de	Hoch-schulausbil-dung		davon							
				Höhere Fach-schule/ Fachhoch-schule		Pädagogische Hochschule		Universität mit Abschluss		Universität ohne Abschluss	
		An-zahl	%	An-zahl	%	An-zahl	%	An-zahl	%	An-zahl	%
SPD	13.	192	76,2	7	2,8	22	8,7	142	56,4	21	8,3
	14.	235	78,9	13	4,4	21	7,0	177	59,4	24	8,1
	15.	216	86,1	50	19,9	14	5,6	139	55,4	13	5,2
FDP	13.	39	83,0	1	2,1	3	6,4	35	74,5	0	0,0
	14.	38	88,4	2	4,7	3	7,0	33	76,7	0	0,0
	15.	43	91,5	6	12,8	2	4,3	34	72,3	1	2,1
B 90/DIE GRÜNEN	13.	41	83,7	0	0,0	4	8,2	34	69,4	3	6,1
	14.	39	83,0	0	0,0	2	4,3	32	68,1	5	10,6
	15.	46	83,6	2	3,6	1	1,8	37	67,3	6	10,9
PDS	13.	20	66,7	1	3,3	1	3,3	18	60,0	0	0,0
	14.	29	80,6	1	2,8	2	5,6	24	66,7	2	5,6
fraktionslos	15.	2	100,0	1	50,0	0	0,0	1	50,0	0	0,0

Studienfächer der Abgeordneten mit Hochschulstudium[1]

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002	15. WP[2] 2002-
Rechts- und Staatswissenschaften, Verwaltungswissenschaft	135	137	151
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft, Ökonomie, Haushaltswissenschaften	63	65	84
Philologie, Philosophie, Politologie, Soziologie, Geschichte, Kunst, Kulturwissenschaft, Bibiliothekswissenschaft, Zeitungs-, Gesellschaft-, Musik- u. Literaturwissenschaft	60	54	102
Ingenieurwesen, Architektur, Grafik/Design, Bildende Kunst	68	60	41
Land- und Forstwirtschaft	9	9	12
Pädagogik, Sportwissenschaft Lehramt/Dipl.-Lehrer	79	101	95
Naturwissenschaften, Pharmazie, Geographie	31	30	37
Medizin, Tiermedizin, Psychologie, Sozialarbeit	16	13	21
Theologie	14	13	11

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 3.14.

[1] Quelle: Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag (jeweils entsprechende Wahlperiode). In dieser Aufstellung sind Doppelnennungen enthalten, da manche Abgeordnete mehr als einen Studiengang abgeschlossen haben.

[2] Diese Übersicht enthält ab der 15. WP auch jene Abgeordnete, die die Universität oder Hochschule ohne Abschluss verlassen haben.

3.10 Wehrdienst der Abgeordneten

Die Abgeordneten des Bundestages sind nicht verpflichtet, für den biographischen Teil des Amtlichen Handbuchs des Deutschen Bundestages Angaben zur Frage zu machen, ob sie Wehrdienst oder Wehrersatzdienst geleistet haben. Genaue Zahlen sind somit nicht ermittelbar. Eine Unterscheidung zwischen Grundwehrdienstleistenden und Zeitsoldaten war in den meisten Fällen nicht einwandfrei möglich, so dass auch für die nachfolgende Tabelle darauf verzichtet wurde. Eine Durchsicht der Biografien der Abgeordneten ergab folgende Ergebnisse:

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Männliche Abgeordnete	496	462	407
Soldat im Zweiten Weltkrieg	6	–	–
Bundeswehr	86	92[1]	92[1]
Nationale Volksarmee (NVA)[2]	37	23[3]	21
Wehr- und Zivildienst[4]	1	2	2
Zivildienst/Wehrersatzdienst	19	37	27
Vom Wehrdienst befreit[5]	3	3	2
Haft wegen Wehrdienstverweigerung (in der DDR)	–	1	1
Keine Angaben	344[6]	304	262[7]
darunter: „weißer Jahrgang“[8]	66	28	3

□ Angaben für die 11. Wahlperiode (1987-1990) s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 3.15.

3.11 Berufsstruktur[9]

Das Kapitel „Berufsstruktur“ enthält im Anschluss an ausführliche Vorbemerkungen die folgenden Tabellen :

– Grundberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsbereiche)
– Vorberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsbereiche)
– Grundberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsabschnitte)
– Vorberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsabschnitte)

1 Darunter ein Abgeordneter, der zum „weißen Jahrgang“ zählt (vgl. Anm. 6).
2 Darunter auch die sog. „Bausoldaten“.
3 Darunter auch: Kein Wehrdienst, aber Reservistenausbildung während des Studiums.
4 Wehr- und Zivildienst umfasst jene Abgeordnete, die nach Antritt ihrer Wehrpflicht als Wehrdienstverweigerer anerkannt wurden.
5 Gründe für eine Befreiung vom Wehrdienst konnten u. a. sein: Vater im Zweiten Weltkrieg gefallen, Untauglichkeit wegen Krankheit oder Behinderung; Wohnsitz in Berlin (West); Tätigkeit bei der Polizei, der Feuerwehr dem Bundesgrenzschutz oder dem Technischen Hilfswerk; Aufnahme eines Theologiestudiums.
6 Darunter auch 5 Abgeordnete mit der Angabe: „keinen Wehrdienst“.
7 Darunter auch 1 Abgeordneter mit der Angabe: „keinen Wehrdienst“.
8 Abgeordnete, die in der Bundesrepublik Deutschland aufwuchsen und die zwischen dem 1. Januar l929 und dem 30. Juni 1937 geboren wurden.
9 Das Kapitel 3.11 „Berufsstruktur“ wurde verfasst von Prof. Dr. *Wilhelm Heinz Schröder* (Universität zu Köln, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung, Abtlg. Zentrum für Historische Sozialforschung).

– Die 15 häufigsten Grundberufe 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsklassen)
– Die 15 häufigsten Vorberufe 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsklassen)
– Grundberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode nach Geschlecht (hier: Berufsbereiche)
– Vorberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode nach Geschlecht (hier: Berufsbereiche)
– Grundberufe der Abgeordneten der 13. Wahlperiode (1994-1998) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)
– Vorberufe der Abgeordneten der 13. Wahlperiode (1994-1998) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)
– Grundberufe der Abgeordneten der 14. Wahlperiode (1994-1998) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)
– Vorberufe der Abgeordneten der 14. Wahlperiode (1998-2002) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)
– Grundberufe der Abgeordneten der 15. Wahlperiode (2002-) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)
– Vorberufe der Abgeordneten der 15. Wahlperiode (2002-) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)

Vorbemerkungen

Zahlen zur Berufs- und Sozialstruktur gehören mit zu den am häufigsten nachgefragten Informationen über den Deutschen Bundestag. Entsprechend haben die Statistiken zur Berufsstruktur der Abgeordneten traditions- und bedarfsgemäß einen hohen Stellenwert im Datenhandbuch. Die unterschiedlichen Nutzergruppen haben aber einen unterschiedlichen Informationsbedarf, den das vorliegende Datenhandbuch nicht vollständig decken kann.
Heino Kaack hat schon darauf hingewiesen: „Je nachdem, ob die Frage der Rekrutierung von Parlamentariern, die der Praxis der Mandatsausübung, die politische Interessenaggregation oder die soziale Herkunft der Abgeordneten im Mittelpunkt der Analyse steht, wird man zu einer jeweils anderen Art der Datenaufbereitung gelangen müssen. So kann die berufliche Einordnung der Abgeordneten sich erstens auf den erlernten Beruf, zweitens auf den unmittelbar vor dem ersten Mandatsantritt ausgeübten Beruf und drittens auf die Berufstätigkeit während der Abgeordnetenzeit beziehen.“[1]

Berufsbegriff: Definition

Traditionellerweise wird Beruf[2] definiert als eine Kombination von Tätigkeiten, die zu Erwerbszwecken dienen und für die bestimmte Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind. So definiert das Statistische Bundesamt: Beruf = „auf Erwerb gerichtete, charakteristische Kenntnisse und Fertigkeiten sowie Erfahrungen erfordernde und in einer typischen Kombination zusammenfließende Arbeitsverrichtungen, durch die der Einzelne an der Leistung der Gesamtheit im Rahmen der Volkswirtschaft mitschafft“[3]

[1] *Heino Kaack*, Die soziale Zusammensetzung des Deutschen Bundestages. In: US-Kongress und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Hrsg. von *Uwe Thaysen*, *Roger H. Davidson* und *Robert G. Livingston*. Opladen 1988. S. 128–149 (hier: S. 128).

[2] Zur Definition, Erfassung, Klassifizierung, Bewertung und Analyse von „Beruf“ gibt es eine umfangreiche Literatur; vgl. die jüngsten Übersichtsbeiträge von: *Werner Dostal*, Der Berufsbegriff in der Berufsforschung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. In: IAB-Kompendium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Hrsg. von *Gerhard D. Kleinhenz*. Nürnberg 2002. (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; 250) S. 463-474. *Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik* und *Alfons J. Geis*, Berufsklassifikation und Messung des beruflichen Status / Prestige. In: ZUMA-Nachrichten. Jg. 27. 2003. H. 52. S. 125-138.

[3] Klassifizierung der Berufe. Personensystematik; systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt. Stuttgart 1992. S. 15.

Verfassungsrechtlich ist ein Beruf „jede auf Dauer berechnete und nicht nur vorübergehende, der Schaffung und Erhaltung einer Lebensgrundlage dienende Betätigung."

Die Mehrdimensionalität des Berufs, seine historische Bedeutung sowie die ständige Anpassungsnotwendigkeit an erwerbsbezogene und gesellschaftliche Veränderungen haben in den letzten Jahren zunehmend drei Dimensionen des letztgenannten Strukturmerkmals wieder in den Brennpunkt gerückt:

– Emanzipative Funktion des Berufs,
– Soziale und personale Identitätsbildung durch den Beruf und
– Berufsschutz als Element sozialer Stabilität.

Hieraus wird deutlich, dass Beruf neben seiner Funktion, Aufgaben und Tätigkeiten arbeitsteiliger Strukturen innerhalb des Erwerbssystems zu beschreiben, zu organisieren und gesellschaftlich abzusichern, weitere Aufgaben gesellschaftlicher Zuweisung und Verantwortungsübernahme transportiert, die zwar auf tiefe historische Wurzeln zurückgreifen können, immer aber wieder neu beschrieben und bewertet werden müssen.
Die Akteure in Arbeitswelt und Gesellschaft, beispielsweise Arbeitgeber, Verbände, politische Institutionen, Arbeitsämter, Einrichtungen des beruflichen Bildungssystems, benötigen zusammenfassende Begrifflichkeiten und Modelle, die sie als Basis für Orientierung, Aktionen und Evaluierungen in der Erwerbsarbeit einsetzen können. Bisher ist der Berufsbegriff in der Lage gewesen, derartige Zuweisungen zu tragen und insbesondere für Außenstehende die Komplexität der Arbeitswelt in einer verständlichen Form zu komprimieren.
Bildung und Einkommen stehen mit der beruflichen Position in engem Zusammenhang. Die Bedeutung von beruflicher Tätigkeit und Position werden damit begründet, dass diese eben als wichtige Faktoren für Lebensstile, Verhaltensweisen, Einstellungen und Gruppenhandeln gesehen werden. „Berufs-Prestige" ist das Ansehen, dass einer beruflichen Tätigkeit und einer beruflichen Position oder Stellung zugeschrieben wird. Damit wird „Berufs-Prestige" in den modernen industriellen bis postindustriellen Gesellschaften zur wichtigsten Komponente des allgemeinen Ansehens einer Person. Die Wichtigkeit von „Beruf" wird dadurch unterstrichen, dass die beiden anderen Status-Merkmale (Bildung und Einkommen) an separatem Gewicht verloren haben und sich heute fast ausschließlich im Merkmal „Beruf" wiederfinden. Vor allem der Zusammenhang von „Bildung" zu „Beruf" ist nachhaltig beeinträchtigt. Höhere Bildung bedeutet nicht mehr automatisch einen höheren Status, sondern bietet lediglich bessere Ausgangschancen im Verteilungskampf um das knapper werdende Gut „Arbeit".

Berufsbegriff: Kritik

Im Zuge der neuen Dynamik in der Arbeitswelt steht der traditionelle Berufsbegriff in der Kritik. Er sei nicht mehr sinnvoll, zu starr, um im schnellen Wandel zu bestehen, zu eng für das heutige umfassende Aufgaben- und Tätigkeitsverständnis und zu überlastet, um auch offene Erwerbsstrukturen begleiten zu können. Auch die Thematisierung des Phänomens Beruf in der Berufsbildung und der sie begleitenden Forschung sei geeignet, Beruflichkeit im Übergang zu neuen Strukturen als nicht mehr zu akzeptierendes, historisch geprägtes Korsett darzustellen, das in heutiger Zeit nicht mehr geeignet sei, die mit Beruf verbundenen Qualifikationsbündel zu beschreiben und zu ordnen. Aus diesen Hinweisen wird eine Entberuflichung der Arbeitswelt abgeleitet.
Der Nutzwert der herkömmlichen Berufsbegriffe und damit der Nutzwert von Berufsanalysen werden seit den 1980er Jahren besonders von Gesellschaftskritikern radikal in Frage gestellt. Der Soziologe *Ulrich Beck*, der bereits in den achtziger Jahren den Begriff der „Risikogesellschaft" geprägt hat, sieht z. B. in der radikalen „Individualisierung" des Einzelnen und der damit verbundenen Notwendigkeit, sich die eigene Biographie individuell mühsam zu erarbeiten, ja zu „basteln" („Bastelbiographien") eine bislang politisch, sozial und pädagogisch nicht gelöste Problematik der so genannten „zweiten Moderne". „Individualisierung" meint hier die Auflösung industriegesellschaftlicher Lebensformen (Beruf, Klasse, Schicht, Geschlechterrolle, Familie) und die Ablösung solcher Lebensformen durch solche, in denen die Individuen ihre Biographie selbst herstellen, inszenieren, „zusammenschustern" müssen[1]

[1] *Ulrich Beck*, Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main. 1998, S. 249ff.

Trotz dieser Kritik wird das Konzept „Beruf“ – aus obengenannten Gründen - als zentraler Orientierungsbegriff für Individuum, Wirtschaft und Gesellschaft grundsätzlich seine Berechtigung behalten.

Berufsstatistik: Fragestellungen

Die Ausgabe des Datenhandbuchs 1949 – 1999 hat schon einen Katalog von häufigen Fragen im Zusammenhang mit der Berufsstatistik zusammengestellt; hier die um weitere Fragen ergänzte Liste.
Fragen ...

1. nach der „Spiegelbildlichkeit“ der erlernten und vor dem Mandat ausgeübten Berufe der Abgeordneten, d. h. die Frage, ob und inwieweit die Zusammensetzung des Parlaments der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung entspricht,
2. nach dem durch den erlernten Beruf erworbenen „Sachverstand“, die der Parlamentarier funktional in die Parlamentsarbeit einbringen kann,
3. nach der „Politiknähe“ von Berufen, d. h. die Frage, welche Berufe Qualifikationen aufweisen, die auch für eine politische Tätigkeit nützlich sind, bzw. welche Berufe schon in einem „politiknahen“ Raum agieren,
4. nach der Verbindung zwischen Beruf, darauf basierender „Interessenlage“ und dem vermutlichen Abstimmverhalten der Abgeordneten,
5. nach der „Gebundenheit“ von Abgeordneten (beispielsweise bei Berufen wie Angestellte von Parteien, Fraktionen, Gewerkschaften, Verbänden usw.),
6. nach der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Abgeordneten (beispielsweise durch bestimmte versorgungsrechtliche Regelungen wie bei Beamten) oder aber
7. nach der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Mandat (bei Politikern, denen die Politik zum Beruf geworden ist),
8. nach der Kontrollfähigkeit des Parlaments (angesichts des steigenden Anteils der Beamten-Abgeordneten).

Die Analyse der „erlernten“ und „ausgeübten“ Berufe der Abgeordneten gehört zum Standardrepertoire der Parlamentssoziologie. Die Methode der Berufsanalyse steht allgemein im wissenschaftlichen Zusammenhang mit der Erforschung von Herkunft, Rekrutierung, Karrierisierung, Verberuflichung und Professionalisierung gesellschaftlicher und politischer Führungsgruppen / Eliten bzw. der „politischen Klasse“[1]. Innerhalb der Parlamentssoziologie erfreut sich aber traditional die Untersuchung des sozialen Hintergrundes der Abgeordneten einer großen Beliebtheit, obgleich die Erklärungskraft der Ergebnisse bereits seit geraumer Zeit als relativ begrenzt erachtet wird. Der stratifikationstheoretische Ansatz betont allgemein die Bedeutung der gesellschaftlichen Schichtung für die politische Elitenrekrutierung. Nach dieser Auffassung ist die soziale Herkunft entscheidend dafür, ob jemand die Chance hat, in politische oder gesellschaftliche Spitzenpositionen aufzusteigen. Die politischen Lebenschancen derjenigen mit hohem sozialen Status seien danach wesentlich größer, als derjenigen mit durchschnittlichem Sozialprestige. Angehörige aus den oberen Sozialschichten sind im politischen Rekrutierungsprozess offensichtlich privilegiert. Die gesellschaftliche Schichtung spiegelt sich überproportional in der Zusammensetzung politischer Führungsgruppen wider.
Der „Beruf“ als sozialstatistisches Hintergrundmerkmal basiert auf der impliziten Annahme, dass die Verortung einer Person im sozialen Gefüge einer Gesellschaft vor allem durch die in einer arbeitsteiligen Gesellschaft spezifische Erwerbstätigkeit gegeben sei. Die These, die diesen Forschungsbereich ursprünglich anregte, sah einen Zusammenhang zwischen dem sozio-ökonomischen Status von Parlamentariern

[1] Die meisten Arbeiten gehen von den beiden Pionierarbeiten von *Dietrich Herzog* (Politische Karrieren, Opladen 1975, und Politische Führungsgruppen, Darmstadt 1982) aus; eine exemplarische Anwendung auf Bundestagsabgeordnete insbesondere bei: *Lutz Golsch*, Die politische Klasse im Parlament. Politische Professionalisierung von Hinterbänklern im Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1998. Vgl. auch die zahlreichen Beiträge von *Werner J. Patzelt* (u. a. Abgeordnete und ihr Beruf. Interviews, Umfragen, Analysen. Berlin 1995). Jüngster Überblick in: Karrieren, Verhaltensmerkmale und Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten. Bearb. von *Wilhelm Weege*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Abteilung Wissenschaftliche Dienste. [Berlin] 2003.

und der von ihnen vertretenen politischen Interessen. Das Parlament sollte daher ein Spiegelbild der Gesellschaft und damit ein möglichst genaues Abbild der Sozialstruktur der Bevölkerung sein. Diese Idealvorstellung hält sich aber – entgegen allen „besserern“ Einsichten – hartnäckig in der öffentlichen Meinung und wird zur grundsätzlichen Parlamentskritik benutzt.

Berufe: Klassifizierung

Trotz der Bedeutung des Berufskonzepts in der Gesellschaftstheorie ist die empirische Arbeit mit dem Berufskonzept schwierig. Der Forscher muss bei der Klassifikation daher die Gesichtspunkte, Verfahrensschritte und Entscheidungen festlegen und dokumentieren. Der erste (und vielleicht wichtigste) Schritt besteht im Prinzip darin, viele ähnliche Berufe in Klassifikationen zusammenzufassen.
Eine Vielzahl von Dimensionen der Berufsklassifikation sind möglich, so könnte man die Berufe klassifizieren nach: Aufgabenschwerpunkt, Tätigkeitsschwerpunkt, Stellung im Beruf (Status), Stellung im Betrieb (Funktion), erforderliche Qualifikationsebene, erforderliche Fachrichtung, Arbeitsmilieu oder Arbeitsmittel. Welche man von diesen Dimensionen für die Berufsklassifizierung nutzt, hängt von der dabei verfolgten Fragestellung ab.
Neben dieser Mehrdimensionalität ergibt sich im praktischen Falle die Notwendigkeit, Mehrfachzuordnungen zuzulassen. Befragte Personen können für dieselbe Tätigkeit – je nach Betrachtungsweise – unterschiedliche Berufsbezeichnungen wählen.
Schließlich sind auch Unschärfen bei der Klassifikation zu berücksichtigen. Kein Beruf bzw. kein Berufsfeld weist klare und scharfe Konturen auf. Berufe sind „ausgefranst“, d. h. sie zeigen meist einen Kernbereich von konstituierenden Elementen, der durch einen Randbereich von optionalen Zusatzelementen eingehüllt wird. Gleichzeitig sind Überschneidungen mit anderen Berufen die Regel.
Zur Ordnung von Berufsinformationen und, darauf aufbauend, zur Beschreibung von Struktur und Verteilung beruflicher Tätigkeiten wird in Deutschland derzeit die nationale „Klassifizierung der Berufe“ des Statistischen Bundesamts (KldB92) benutzt, die wiederum mit der internationalen Standardklassifikation der Berufe („International Standard Classification of Occupations“) des „International Labour Office“ aus dem Jahr 1988 (ISCO-88) kompatibel ist. Damit ist die Vergleichbarkeit von Statistiken über die beruflichen Tätigkeiten auf nationaler und internationaler Ebene möglich.

Klassifizierung der Berufe nach dem Statistischen Bundesamt[1]	
Ebene 1: *6 Berufsbereiche*	Sie folgen in ihrer Einteilung und Anordnung weitgehend der traditionellen Unterscheidung in Urproduktions-, Fertigungs - und Dienstleistungsberufe.
Ebene 2: *33 Berufsabschnitte*	Sie umfassen jeweils solche Berufe, die sich im Wesen der Berufsaufgabe, in der Berufstätigkeit, in der Art des verarbeiteten Materials oder in anderer Hinsicht ähneln
Ebene 3: *88 Berufsgruppen*	Sie fassen die fachlich näher zueinander gehörenden, dem Wesen ihrer Berufsaufgabe und Tätigkeit nach verwandten Berufe zusammen, wobei in den Fertigungsberufen vielfach das verwendete Material als Leitprinzip dient, weil es die Art der Berufstätigkeit entscheidend prägt.
Ebene 4: *369 Berufsordnungen*	Die hier zusammengefassten Berufe sind nach dem Wesen ihrer Berufsaufgabe und Tätigkeit gleichartig.
Ebene 5: *2.287 Berufsklassen*	Sie sind einzelnen Berufen oder Berufsarten, die in der entsprechenden Berufsordnung zusammengefasst sind, oder bestimmten Spezialisierungsformen sowie berufsfachlichen Helfertätigkeiten vorbehalten, demnach im Wesen ihrer Berufsaufgabe und Arbeitsverrichtungen vom gemeinsamen Tätigkeitstyp.

[1] Klassifizierung der Berufe. Systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden. Stuttgart 1992. S. 13.

Der Parlamentssoziologie in Deutschland fehlt es an einem für die Berufsstatistik der Abgeordneten geeigneten und verbindlichem Kategorienschema[1]. Für die Ansprüche des Datenhandbuchs reicht jedoch die Nutzung der Klassifikation der Amtlichen Statistik aus. Dadurch wird nicht nur die nationale und internationale Vergleichbarkeit ermöglicht, sondern damit ließe sich sogar die beliebte Frage nach der „Spiegelbildlichkeit“ der Berufsstruktur des Bundestages mit der Bevölkerung z. B. durch den statistischen Vergleich mit dem deutschen Mikrozensus (mit identischer Klassifikation) quantitativ exakt beantworten.

Berufsangaben: Gültigkeit

Diese von den Abgeordneten selbst gemachten und veröffentlichten Angaben bilden die Grundlage für die folgenden Berufsstatistiken. Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages („Abgeordnetengesetz“) regelt in § 44a das Verhalten der Bundestagsabgeordneten. Darin enthalten ist u. a. „die Pflicht der Mitglieder des Bundestages zur Anzeige ihres Berufs sowie ihrer wirtschaftlichen oder anderen Tätigkeiten, die auf für die Ausübung des Mandats bedeutsame Interessenverknüpfungen hinweisen können, unterschieden nach Tätigkeiten vor und nach der Übernahme des Mandats einschließlich ihrer Änderungen während der Ausübung des Mandats“. Die entsprechenden Angaben (insbesondere zum Beruf, der vor der Mitgliedschaft zuletzt ausgeübt wurde) sind zu veröffentlichen.
Trotz der „Pflichtanzeige“ ist die Gültigkeit der Angaben nicht immer gegeben. Grundsätzlich können Datendefizite und Datendefekte in nahezu allen Selbstangaben der Parlamentshandbücher enthalten sein. Dies kann die Durchführung einer zuverlässigen Berufsanalyse beeinträchtigen. Die Eigenangaben der Abgeordneten müssen ggf. durch andere biographischer Quellen ergänzt werden.

Berufstabellen: Begriffe

Das Datenhandbuch legt Tabellen zur Grundauswertung der Berufe der Bundestagabgeordneten vor. Diese sollen zu einem ersten schnellen Informationseinstieg und zur Beantwortung deskriptiver Fragen dienen.

Erläuterungen zu den Begriffen „Grundberuf“ und „Vorberuf“	
Grundberuf	Die Bezeichnung „Grundberuf“ wurde aus der traditionalen Bezeichnung „erlernter Beruf“ entwickelt. Er bezeichnet das Berufs-/Tätigkeitsfeld, das man nach Abschluss des höchsten Bildungs-/Berufsabschlusses (inkl. Zweiter Bildungsweg/Akademische Berufsbildung), aber vor Eintritt in das Parlament erreicht hat.
Vorberuf	Der Vorberuf bezeichnet die letzte hauptamtliche Tätigkeit vor Eintritt in das Parlament (in den Bundestag, aber auch bei – vorheriger Zugehörigkeit zu einem Landtag – in den Landtag!). Dieser Vorberuf wurde – soweit vorhanden – jeweils aus den anzeigepflichtigen Angaben der (Neu-)Abgeordneten entnommen; diese haben insbesondere die Angabe(n) zum Beruf, der vor der Mitgliedschaft zuletzt ausgeübt wurde, zu veröffentlichen.

[1] Die bisherigen Beiträge zur Statistik des 13., 14. und 15. Deutschen Bundestags in der Zeitschrift für Parlamentsfragen stützen sich noch weitgehend auf das – nicht unumstrittene – Kategorienschema des letzten Datenhandbuchs. Vgl. dazu u. a.: *Adalbert Hess*, Sozialstruktur des 13. Deutschen Bundestages. Berufliche und fachliche Entwicklungslinien. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 26. 1995. H. 4. S. 567-585. Und: *Franziska Deutsch* und *Suzanne S. Schüttemeyer*, Die Berufsstruktur des Deutschen Bundestages: 14. und 15. Wahlperiode. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 34. 2003. H. 1. S. 21-32.

Berufsbezeichnungen:

Die Bezeichnungen der „Berufsbereiche“, „Berufsabschnitte“ und „Berufsklassen“ wurden wörtlich aus der Amtlichen Berufsklassifikation entnommen, auf ergänzende Hinweise – wie etwa „ohne nähere Angabe“ – wurde verzichtet. Damit lassen sich die Tabellen leicht mit denen anderer Bereiche vergleichen.

Gesamtzahl der Bundestagsabgeordneten:

Bekanntlich legt in jeder Wahlperiode eine Reihe von Bundestagsabgeordneten ihr Mandat nieder bzw. scheidet aus unterschiedlichen Gründen aus dem Parlament aus. Entsprechend gibt es eine Reihe von Bundestagsabgeordneten, die in das Parlament nachrücken. Die Berufe dieser Nachrücker wurden in die Statistik mit aufgenommen. Die Gesamtzahl der Abgeordneten pro Wahlperiode vergrößert sich daher:
In der 13. WP von 672 auf insgesamt 693 Bundestagsabgeordnete;
In der 14. WP von 669 auf insgesamt 684 Bundestagsabgeordnete;
In der 15. WP von 603 auf insgesamt 608 (Stand 31. August 2003) Bundestagsabgeordnete.

Grundberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsbereiche)

	13. WP 1994–1998		14. WP 1998–2002		15. WP 2002–	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Berufe Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	30	4,3	22	3,2	24	3,9
Bergleute, Mineralgewinner	2	0,3	1	0,1	–	–
Fertigungsberufe	32	4,6	27	3,9	17	2,8
Technische Berufe	100	14,4	95	13,9	66	10,9
Dienstleistungsberufe	529	76,3	539	78,8	501	82,4
Gesamt	**693**	**100,0**	**684**	**100,0**	**608**	**100,0**

Vorberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsbereiche)

	13. WP 1994–1998		14. WP 1998–2002		15. WP 2002–	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Berufe Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	21	3,0	15	2,2	16	2,6
Fertigungsberufe	8	1,2	10	1,5	9	1,5
Technische Berufe	20	2,9	17	2,5	9	1,5

	13. WP 1994–1998		14. WP 1998–2002		15. WP 2002–	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Dienstleistungsberufe	641	92,5	639	93,4	572	94,1
Sonstige Arbeitskräfte	3	0,4	3	0,4	2	0,3
Gesamt	**693**	**100,0**	**684**	**100,0**	**608**	**100,0**

Grundberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsabschnitte)

	13. WP 1994–1998		14. WP 1998–2002		15. WP 2002–	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Land-, Tier-, Forstwirschaft/Gartenbau	30	4,3	22	3,2	24	3,9
Berg/Mineralien	2	0,3	1	0,1	–	–
Chemie/Kunststoffe	1	0,1	–	–	–	–
Papier/Druck	3	0,4	2	0,3	1	0,2
Metallerzeugung/-bearbeitung	3	0,4	2	0,3	–	–
Metall-/Maschinenbau	17	2,5	13	1,9	7	1,2
Montierer/Metallarbeiter	4	0,6	4	0,6	3	0,5
Textil/Bekleidung			1	0,1	1	0,2
Ernährung	2	0,3	2	0,3	1	0,2
Hochbau/Tiefbau	1	0,1	2	0,3	3	0,5
Ausbau/Polsterer	1	0,1	1	0,1	1	0,2
Ingenieure/Chemiker, Physiker, Mathematiker	97	14,0	84	12,3	57	9,4
Techniker	3	0,4	11	1,6	9	1,5
Warenkaufleute	15	2,2	14	2,0	18	3,0
Dienstleistungskaufleute	16	2,3	18	2,6	17	2,8
Verkehrsberufe	1	0,1	–	–	–	–
Organisation/Verwaltung/Büro	30	4,3	29	4,2	36	5,9
Ordnung/Sicherheit	163	23,5	157	23,0	145	23,8
Schriftwerk/Künstlerische Berufe	6	0,9	7	1,0	7	1,2
Gesundheitsdienst	19	2,7	17	2,5	15	2,5
Soziales/Erziehung/Geistes-/Naturwissenschaften	277	40,0	294	43,0	261	42,9
Sonstige Dienstleistungen	2	0,3	3	0,4	2	0,3
Gesamt	**693**	**100,0**	**684**	**100,0**	**608**	**100,0**

Vorberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsabschnitte)

	13. WP 1994–1998		14. WP 1998–2002		15. WP 2002–	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Land-, Tier-, Forstwirtschaft/Gartenbau	21	3,0	15	2,2	16	2,6
Papier/Druck	–	–	1	0,1	1	0,2
Metall-/Maschinenbau	2	0,3	1	0,1	–	–
Elektro	1	0,1	2	0,3	2	0,3
Montierer/Metallarbeiter	–	–	1	0,1	1	0,2
Ernährung	3	0,4	3	0,4	2	0,3
Hochbau/Tiefbau	2	0,3	2	0,3	3	0,5
Ingenieure/Chemiker, Physiker, Mathematiker	17	2,5	14	2,0	7	1,2
Techniker	3	0,4	3	0,4	2	0,3
Warenkaufleute	13	1,9	12	1,8	9	1,5
Dienstleistungskaufleute	13	1,9	15	2,2	20	3,3
Verkehrsberufe	1	0,1	–	–	–	–
Organisation/Verwaltung/Büro	307	44,3	315	46,1	287	47,2
Ordnung/Sicherheit	89	12,8	89	13,0	84	13,8
Schriftwerk/Künstlerische Berufe	17	2,5	10	1,5	12	2,0
Gesundheitsdienst	12	1,7	10	1,5	9	1,5
Soziales/Erziehung/Geistes-/Naturwissenschaften	189	27,3	187	27,3	150	24,7
Sonstige Dienstleistungen	–	–	1	0,1	1	0,2
Sonstige Arbeitskräfte	3	0,4	3	0,4	2	0,3
Gesamt	**693**	**100,0**	**684**	**100,0**	**608**	**100,0**

Die 15 häufigsten Grundberufe 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsklassen)

	13. WP 1994–1998		14. WP 1998–2002		15. WP 2002–	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Jurist(en/innen)	132	19,0	128	18,7	123	20,2
Ingenieur(e/innen)	48	6,9	47	6,9	30	4,9
Gymnasiallehrer/innen	40	5,8	37	5,4	36	5,9
Diplom-Volkswirt(e/innen)	32	4,6	31	4,5	23	3,8

	13. WP 1994–1998		14. WP 1998–2002		15. WP 2002–	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Politolog(en/innen)	20	2,9	25	3,7	25	4,1
Verwaltungsfachleute (gehobener Dienst), allgemein	20	2,9	19	2,8	23	3,8
Grundschullehrer/innen	22	3,2	22	3,2	16	2,6
Landwirt(e/innen)	19	2,7	13	1,9	10	1,6
Geistliche, Seelsorger/innen	14	2,0	15	2,2	13	2,1
Lehrer/innen an berufsbildenden Schulen	14	2,0	13	1,9	12	2,0
Industriekaufleute	13	1,9	13	1,9	10	1,6
Realschullehrer/innen	12	1,7	13	1,9	11	1,8
Sozialarbeiter/innen, Sozialpädago-g(en/innen)	11	1,6	13	1,9	11	1,8
Bank-, Sparkassenfachleute	9	1,3	9	1,3	14	2,3
Diplom-Kaufleute	11	1,6	10	1,5	11	1,8

Die 15 häufigsten Vorberufe 13., 14. und 15. Wahlperiode (hier: Berufsklassen)

	13. WP 1994–1998		14. WP 1998–2002		15. WP 2002–	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Partei-, Gewerkschafts-, Verbandsse-kretär(e/innen) und –funktionär(e/innen)	79	11,4	90	13,2	74	12,2
Verwaltungsfachleute (höherer Dienst), allgemein	46	6,6	40	5,8	43	7,1
Rechtsanwält(e/innen)	37	5,3	39	5,7	41	6,7
Kommunale Wahlbeamt(e/innen)	36	5,2	38	5,6	35	5,8
Wissenschaftliche Mitarbeiter/innen	30	4,3	34	5,0	27	4,4
Gymnasiallehrer/innen	21	3,0	20	2,9	15	2,5
Lehrer/innen in der Erwachsenen- und Fortbildung	22	3,2	18	2,6	16	2,6
Verwaltungsfachleute (gehobener Dienst), allgemein	17	2,5	20	2,9	15	2,5
Präsident(en/innen), Minister/innen, Senator(en/innen)	18	2,6	17	2,5	15	2,5
Geschäftsbereichsleiter/innen	17	2,5	18	2,6	13	2,1
Landwirt(e/innen), allgemein	19	2,7	14	2,0	12	2,0
Hochschul-, Fachhochschullehrer/ innen	23	3,3	16	2,3	4	0,7

	13. WP 1994–1998		14. WP 1998–2002		15. WP 2002–	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Geschäftsführer/innen, Betriebsleiter/innen	15	2,2	12	1,8	12	2,0
Betriebs-, Personalrät(e/innen)	16	2,3	14	2,0	9	1,5
Verbandsleiter/innen, Vb.geschäftsführer/innen	12	1,7	12	1,8	13	2,1

Grundberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode nach Geschlecht (hier: Berufsbereiche)

		Geschlecht				Gesamt	
		männlich		weiblich			
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
13. WP 1994-1998	Berufe Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	24	4,7	6	3,3	30	4,3
	Bergleute, Mineralgewinner	2	0,4	–	–	2	0,3
	Fertigungsberufe	30	5,9	2	1,1	32	4,6
	Technische Berufe	82	16,1	18	9,8	100	14,5
	Dienstleistungsberufe	371	72,9	157	85,8	528	76,3
	Gesamt	**509**	**100,0**	**183**	**100,0**	**692**	**100,0**
14. WP 1998-2002	Berufe Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	17	3,6	5	2,3	22	3,2
	Bergleute, Mineralgewinner	1	0,2	–	–	1	0,1
	Fertigungsberufe	23	4,9	4	1,9	27	4,0
	Technische Berufe	75	16,0	20	9,3	95	13,9
	Dienstleistungsberufe	352	75,2	186	86,5	538	78,8
	Gesamt	**468**	**100,0**	**215**	**100,0**	**683**	**100,0**
15. WP 2002-	Berufe Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	20	4,9	4	2,0	24	3,9
	Fertigungsberufe	13	3,2	4	2,0	17	2,8
	Technische Berufe	51	12,5	15	7,5	66	10,9
	Dienstleistungsberufe	325	79,5	176	88,4	501	82,4
	Gesamt	**409**	**100,0**	**199**	**100,0**	**608**	**100,0**

Vorberufe der Abgeordneten der 13., 14. und 15. Wahlperiode nach Geschlecht (hier: Berufsbereiche)

		Geschlecht				Gesamt	
		männlich		weiblich			
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
13. WP 1994-1998	Berufe Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	19	3,7	2	1,1	21	3,0
	Fertigungsberufe	7	1,4	1	0,5	8	1,2
	Technische Berufe	15	2,9	5	2,7	20	2,9
	Dienstleistungsberufe	468	91,9	173	94,0	641	92,5
	Sonstige Arbeitskräfte	–	–	3	1,6	3	0,4
	Gesamt	**509**	**100,0**	**184**	**100,0**	**693**	**100,0**
14. WP 1998-2002	Berufe Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	15	3,2	–	–	15	2,2
	Fertigungsberufe	7	1,5	3	1,4	10	1,5
	Technische Berufe	13	2,8	4	1,9	17	2,5
	Dienstleistungsberufe	433	92,5	206	95,4	639	93,4
	Sonstige Arbeitskräfte	–	–	3	1,4	3	0,4
	Gesamt	**468**	**100,0**	**216**	**100,0**	**684**	**100,0**
15. WP 2002-	Berufe Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	15	3,7	1	0,5	16	2,6
	Fertigungsberufe	6	1,5	3	1,5	9	1,5
	Technische Berufe	4	1,0	5	2,5	9	1,5
	Dienstleistungsberufe	384	93,9	188	94,5	572	94,1
	Sonstige Arbeitskräfte	–	–	2	1,0	2	0,3
	Gesamt	**409**	**100,0**	**199**	**100,0**	**608**	**100,0**

Grundberufe der Abgeordneten der 13. Wahlperiode (1994-1998) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)

	CDU/CSU		SPD		FDP		B 90/DIE GRÜNEN		PDS	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Land-, Tier-, Forstwirtschaft/Garten-bau	23	7,6	1	0,4	3	6,1	2	4,0	1	3,3
Berg/Mineralien	–	–	2	0,8	–	–	–	–	–	–
Chemie/Kunststoffe	1	0,3	–	–	–	–	–	–	–	–
Papier/Druck	1	0,3	2	0,8	–	–	–	–	–	–
Metallerzeugung/-bearbeitung	–	–	2	0,8	–	–	–	–	1	3,3
Metall-/Maschinenbau	7	2,3	9	3,5	–	–	–	–	1	3,3
Montierer/Metallarbeiter	1	0,3	2	0,8	–	–	–	–	1	3,3
Ernährung	2	0,7	–	–	–	–	–	–	–	–
Hochbau/Tiefbau	1	0,3	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausbau/Polsterer	–	–	1	0,4	–	–	–	–	–	–
Ingenieure/Chemiker, Physiker, Mathematiker	43	14,1	37	14,2	8	16,3	6	12,0	3	10,0
Techniker	–	–	2	0,8	–	–	1	2,0	–	–
Warenkaufleute	7	2,3	5	1,9	–	–	3	6,0	–	–
Dienstleistungskaufleute	9	3,0	5	1,9	2	4,1	–	–	–	–
Verkehrsberufe	–	–	–	–	–	–	–	–	1	3,3
Organisation/Verwaltung/Büro	15	4,9	13	5,0	–	–	1	2,0	1	3,3
Ordnung/Sicherheit	85	28,0	48	18,5	19	38,8	7	14,0	4	13,3
Schriftwerk/Künstlerische Berufe	4	1,3	1	0,4	1	2,0	–		–	–
Gesundheitsdienst	7	2,3	8	3,1	2	4,1	2	4,0	–	–
Soziales/Erziehung/Geistes-/Natur-wissenschaften	98	32,2	120	46,2	14	28,6	28	56,0	17	56,7
Sonstige Dienstleistungen	–	–	2	0,8	–	–	–	–	–	–
Gesamt	**304**	**100,0**	**260**	**100,0**	**49**	**100,0**	**50**	**100,0**	**30**	**100,0**

Vorberufe der Abgeordneten der 13. Wahlperiode (1994-1998) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)

	CDU/CSU		SPD		FDP		B 90/DIE GRÜNEN		PDS	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Land-, Tier-, Forstwirtschaft/Garten-bau	17	5,6	–	–	3	6,1	1	2,0	–	–
Metall-/Maschinenbau	–	–	1	0,4	–	–	–	–	1	3,3
Elektro	1	0,3	–	–	–	–	–	–	–	–
Ernährung	3	1,0	–	–	–	–	–	–	–	–
Hochbau/Tiefbau	2	0,7	–	–	–	–	–	–	–	–
Ingenieure/Chemiker, Physiker, Mathematiker	10	3,3	4	1,5	1	2,0	2	4,0	–	–
Techniker	–	–	2	0,8	–	–	1	2,0	–	–
Warenkaufleute	9	3,0	4	1,5	–	–	–	–	–	–
Dienstleistungskaufleute	7	2,3	4	1,5	2	4,1	–	–	–	–
Verkehrsberufe	–	–		–	–	–	–	–	1	3,3
Organisation/Verwaltung/Büro	139	45,7	111	42,7	22	44,9	19	38,0	16	53,3
Ordnung/Sicherheit	40	13,2	32	12,3	12	24,5	3	6,0	2	6,7
Schriftwerk/Künstlerische Berufe	7	2,3	4	1,5	1	2,0	–	–	5	16,7
Gesundheitsdienst	6	2,0	4	1,5	1	2,0	1	2,0	–	–
Soziales/Erziehung/Geistes-/Natur-wissenschaften	61	20,1	93	35,8	7	14,3	23	46,0	5	16,7
Sonstige Arbeitskräfte	2	0,7	1	0,4	–	–	–	–	–	–
Gesamt	**304**	**100,0**	**260**	**100,0**	**49**	**100,0**	**50**	**100,0**	**30**	**100,0**

Grundberufe der Abgeordneten der 14. Wahlperiode (1998-2002) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)

	CDU/CSU		SPD		FDP		B 90/DIE GRÜNEN		PDS	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Land-, Tier-, Forstwirtschaft/Garten-bau	16	6,3	2	0,7	1	2,2	2	4,1	1	2,8
Berg/Mineralien	–	–	1	0,3	–	–	–	–	–	–
Papier/Druck	–	–	2	0,7	–	–	–	–	–	–
Metallerzeugung/-bearbeitung	–	–	1	0,3	–	–	–	–	1	2,8
Metall-/Maschinenbau	4	1,6	8	2,6	–	–	–	–	1	2,8
Montierer/Metallarbeiter	1	0,4	3	1,0	–	–	–	–	–	–
Textil/Bekleidung	–	–	1	0,3	–	–	–	–	–	–
Ernährung	2	0,8	–	–	–	–	–	–	–	–
Hochbau/Tiefbau	1	0,4	1	0,3	–	–	–	–	–	–
Ausbau/Polsterer	–	–	1	0,3	–	–	–	–	–	–
Ingenieure/Chemiker, Physiker, Mathematiker	35	13,9	37	12,3	5	11,1	4	8,2	3	8,3
Techniker	2	0,8	8	2,6	–	–	1	2,0	–	–
Warenkaufleute	6	2,4	4	1,3	2	4,4	2	4,1	–	–
Dienstleistungskaufleute	7	2,8	8	2,6	2	4,4	1	2,0	–	–
Organisation/Verwaltung/Büro	13	5,2	13	4,3	2	4,4	–	–	1	2,8
Ordnung/Sicherheit	73	29,0	58	19,2	14	31,1	7	14,3	5	13,9
Schriftwerk/Künstlerische Berufe	4	1,6	1	0,3	1	2,2	1	2,0	–	–
Gesundheitsdienst	7	2,8	6	2,0	1	2,2	2	4,1	1	2,8
Soziales/Erziehung/Geistes-/Natur-wissenschaften	80	31,7	145	48,0	17	37,8	29	59,2	23	63,9
Sonstige Dienstleistungen	1	0,4	2	0,7	–	–	–	–	–	–
Gesamt	**252**	**100,0**	**302**	**100,0**	**45**	**100,0**	**49**	**100,0**	**36**	**100,0**

Vorberufe der Abgeordneten der 14. Wahlperiode (1998-2002) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)

	CDU/CSU		SPD		FDP		B 90/DIE GRÜNEN		PDS	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Land-, Tier-, Forstwirtschaft/Garten-bau	14	5,6	–	–	1	2,2	–	–	–	–
Papier/Druck	–	–	1	0,3	–	–	–	–	–	–
Metall-/Maschinenbau	–	–	–	–	–	–	–	–	1	2,8
Elektro	2	0,8	–	–	–	–	–	–	–	–
Montierer/Metallarbeiter	1	0,4	–	–	–	–	–	–	–	–
Ernährung	3	1,2	–	–	–	–	–	–	–	–
Hochbau/Tiefbau	2	0,8	–	–	–	–	–	–	–	–
Ingenieure/Chemiker, Physiker, Mathematiker	8	3,2	3	1,0	1	2,2	2	4,1	–	–
Techniker	–	–	3	1,0	–	–	–	–	–	–
Warenkaufleute	6	2,4	4	1,3	2	4,4	–	–	–	–
Dienstleistungskaufleute	5	2,0	7	2,3	1	2,2	2	4,1	–	–
Organisation/Verwaltung/Büro	111	44,0	146	48,3	20	44,4	16	32,7	22	61,1
Ordnung/Sicherheit	36	14,3	36	11,9	10	22,2	4	8,2	3	8,3
Schriftwerk/Künstlerische Berufe	3	1,2	3	1,0	2	4,4	–	–	2	5,6
Gesundheitsdienst	6	2,4	2	0,7	–	–	2	4,1	–	–
Soziales/Erziehung/Geistes-/Natur-wissenschaften	52	20,6	96	31,8	8	17,8	23	46,9	8	22,2
Sonstige Dienstleistungen	1	0,4	–	–	–	–	–	–	–	–
Sonstige Arbeitskräfte	2	0,8	1	0,3	–	–	–	–	–	–
Gesamt	**252**	**100,0**	**302**	**100,0**	**45**	**100,0**	**49**	**100,0**	**36**	**100,0**

Grundberufe der Abgeordneten der 15. Wahlperiode (2002-) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)

	CDU/CSU		SPD		FDP		B 90/DIE GRÜNEN		fraktionslos	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Land-, Tier-, Forstwirtschaft/Garten-bau	16	6,5	2	0,8	2	3,9	4	7,4	–	–
Papier/Druck	–	–	1	0,4	–	–	–	–	–	–
Metall-/Maschinenbau	2	0,8	5	2,0	–	–	–	–	–	–
Montierer/Metallarbeiter	2	0,8	1	0,4	–	–	–	–	–	–
Textil/Bekleidung	–	–	1	0,4	–	–	–	–	–	–
Ernährung	1	0,4			–	–	–	–	–	–
Hochbau/Tiefbau	2	0,8	1	0,4	–	–	–	–	–	–
Ausbau/Polsterer	–	–	1	0,4	–	–	–	–	–	–
Ingenieure/Chemiker, Physiker, Mathematiker	22	8,9	25	9,9	4	7,8	6	11,1	–	–
Techniker	2	0,8	7	2,8	–	–	–	–	–	–
Warenkaufleute	7	2,8	6	2,4	2	3,9	3	5,6	–	–
Dienstleistungskaufleute	9	3,6	6	2,4	2	3,9	–	–	–	–
Organisation/Verwaltung/Büro	17	6,9	17	6,7	2	3,9	–	–	–	–
Ordnung/Sicherheit	78	31,5	48	19,0	13	25,5	6	11,1	–	–
Schriftwerk/Künstlerische Berufe	2	0,8	2	0,8	1	2,0	2	3,7	–	–
Gesundheitsdienst	6	2,4	5	2,0	–	–	4	7,4	–	–
Soziales/Erziehung/Geistes-/Natur-wissenschaften	80	32,3	125	49,4	25	49,0	29	53,7	2	100,0
Sonstige Dienstleistungen	2	0,8	–	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt	**248**	**100,0**	**253**	**100,0**	**51**	**100,0**	**54**	**100,0**	**2**	**100,0**

Vorberufe der Abgeordneten der 15. Wahlperiode (2002-) nach Fraktionen (hier: Berufsabschnitte)

	CDU/CSU		SPD		FDP		B 90/DIE GRÜNEN		fraktionslos	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Land-, Tier-, Forstwirtschaft/Garten-bau	13	5,2	–	–	2	3,9	1	1,9	–	–
Papier/Druck	–	–	1	0,4	–	–	–	–	–	–
Elektro	2	0,8	–	–	–	–	–	–	–	–
Montierer/Metallarbeiter	1	0,4	–	–	–	–	–	–	–	–
Ernährung	2	0,8	–	–	–	–	–	–	–	–
Hochbau/Tiefbau	3	1,2	–	–	–	–	–	–	–	–
Ingenieure/Chemiker, Physiker, Mathematiker	1	0,4	1	0,4	1	2,0	4	7,4	–	–
Techniker	–	–	2	0,8	–	–	–	–	–	–
Warenkaufleute	4	1,6	2	0,8	2	3,9	1	1,9	–	–
Dienstleistungskaufleute	12	4,8	4	1,6	4	7,8			–	–
Organisation/Verwaltung/Büro	114	46,0	126	49,8	23	45,1	23	42,6	1	50,0
Ordnung/Sicherheit	43	17,3	30	11,9	8	15,7	3	5,6	–	
Schriftwerk/Künstlerische Berufe	4	1,6	5	2,0	2	3,9	1	1,9	–	–
Gesundheitsdienst	4	1,6	3	1,2	–	–	2	3,7	–	–
Soziales/Erziehung/Geistes-/Natur-wissenschaften	43	17,3	78	30,8	9	17,6	19	35,2	1	50,0
Sonstige Dienstleistungen	1	0,4	–	–	–	–	–	–	–	–
Sonstige Arbeitskräfte	1	0,4	1	0,4	–	–	–	–	–	–
Gesamt	**248**	**100,0**	**253**	**100,0**	**51**	**100,0**	**54**	**100,0**	**2**	**100,0**

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999,** Kapitel 3.17

3.12 Gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete

Angaben über die Zahl der Abgeordneten, die Mitglied einer Gewerkschaft sind, werden seit einigen Jahren der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Anders als für die zurückliegenden Wahlperioden, wo man auf die Selbstangaben im Amtlichen Handbuch angewiesen war, lassen sich jetzt genaue Zahlen ermitteln. Die Angaben beziehen sich auf den Stand jeweils zu Beginn einer Wahlperiode[1].

Zahl der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten

	Wahl-periode	Zahl der Abge-ordneten	davon gewerkschaftlich organisiert[2]		davon			
					in DGB-Gewerk-schaften		in anderen Gewerkschaften	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bundestag insgesamt	13.	672	318	47,3	252	79,2	66	20,8
	14.	669	345	51,6	283	82,0	62	18,0
	15.	603	282	46,8	220	78,0	62	22,0
CDU/CSU	13.	294	69	23,5	9	13,0	60	87,0
	14.	245	62	25,3	8	12,9	54	87,1
	15.	248	64	25,8	12	18,7	52	81,3
SPD	13.	252	212	84,1	210	99,1	2	0,9
	14.	298	251	84,2	246	98,0	5	2,0
	15.	251	198	78,9	192	97,0	6	3,0
FDP	13.	47	3	6,4	0	0,0	3	100,0
	14.	43	3	7,0	0	0,0	3	100,0
	15.	47	5	10,6	1	20,0	4	80,0
B 90/DIE GRÜ-NEN	13.	49	17	34,7	16	94,1	1	5,9
	14.	47	16	34,0	16	100,0	0	0,0
	15.	55	13	23,6	13	100,0	0	0,0
PDS	13.	30	17	56,7	17	100,0	0	0,0
	14.	36	13	36,1	13	100,0	0	0,0
fraktionslos	15.	2	2	100,0	2	100,0	0	0,0

[1] Quellen: *Wolfgang Pege*, Weiter Wachstum am linken Rand – Strukturanalyse des XIII. Deutschen Bundestags. In: Gewerkschaftsreport des Instituts der deutschen Wirtschaft. Jg. 30. 1996. H. 2. S. 72-79. *Wolfgang Pege*, Weiter Wachstum im linken Spektrum – Gewerkschafter im 14. Deutschen Bundestag. In: Gewerkschaftsreport des Instituts der deutschen Wirtschaft. Jg. 33. 1999. H. 2. S. 3-9. *Wolfgang Pege*, Jeder 3. Bundestagsabgeordnete in der Gewerkschaft. In: Unternehmen & Gesellschaft. 2002. H. 4. S. 20. *Wolfgang Pege*, Gewerkschafter im Bundestag. In: Unternehmen & Gesellschaft. 2003. H. 3. S. 29. Sowie ferner unveröffentlichte Unterlagen des Redaktionsbüro PEGE Bonn.

[2] Einschließlich Mehrfachnennungen.

Mitgliedschaft in den Einzelgewerkschaften des DGB[1]

Einzelgewerkschaft des DGB[2]	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft/ver.di	–	–	114
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr	93	108	–[3]
IG Metall	29	35	28
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen	22	24	–[4]
IG Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst	20	18	–[5]
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	48	50	37
IG Bau-Steine-Erden ab Januar 1996: IG Bauen-Agrar-Umwelt	14	17	11
IG Bergbau und Energie ab Oktober 1997: IG Bergbau, Chemie, Energie	9	24	24
Gewerkschaft Holz und Kunststoff	0	0	–[6]
IG Chemie-Papier-Keramik	8	–[7]	–
Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten	2	3	1
Gewerkschaft Textil-Bekleidung	1	–[8]	–
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) ab Mai 2000: TRANSNET Gewerkschaft GdED	2	0	0
Gewerkschaft Leder	0	–[9]	–
Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	–[10]	–	–
Deutsche Postgewerkschaft	2	1	–[11]
Gewerkschaft der Polizei	2	3	5

1 Es ist zu berücksichtigen, dass eine Mitgliedschaft zeitgleich in mehreren Einzelgewerkschaften des DGB möglich ist.
2 DAG = Deutsche Angestellten-Gewerkschaft wurde im März 2001 in die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft/ver.di und damit in den DGB integriert.
3 Ab März 2001 zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft/ver.di.
4 Ab März 2001 zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft/ver.di.
5 Ab März 2001 zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft/ver.di.
6 Ab Januar 2000 zur IG Metall.
7 Ab Oktober 1997 zur IG Bergbau, Chemie, Energie.
8 Ab April 1998 zur IG Metall.
9 Ab Oktober 1997 zur IG Bergbau, Chemie, Energie.
10 Ab Januar 1996 zur IG Bauen-Agrar-Umwelt.
11 Ab März 2001 zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft/Ver.di.

Mitgliedschaft im Deutschen Beamtenbund (dbb-beamtenbund und tarifunion)

	13. WP (1994-1998)		14. WP (1998-2002)		15. WP (2002-)	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Bundestag insgesamt	40	6,0	40	6,0	48	8,0
davon:						
- CDU/CSU	37	12,6	35	14,3	38	15,3
- SPD	1	0,4	2	0,7	6	2,4
- FDP	2	4,3	3	7,0	4	8,5
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0	0,0	0	0,0	0	0,0
- PDS	0	0,0	0	0,0	–	–

Mitgliedschaft im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)

Dem Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands gehörten in der 13., 14. und 15. Wahlperiode nur Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion an.

Wahlperiode	Anzahl
13. WP (1994-1998)	14
14. WP (1998-2002)	14
15. WP (2002-)	14

Mitgliedschaft in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG)

Die DAG wurde im März 2001 in ver.di und damit in den DGB integriert.

	13. WP (1994-1998)		14. WP (1998-2002)	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Bundestag insgesamt	12	1,8	8	1,2
davon:				
- CDU/CSU	9	3,1	5	2,0
- SPD	1	0,4	3	1,0
- FDP	1	2,1	0	0,0
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1	2,0	0	0,0
- PDS	0	0,0	0	0,0

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999,** Kapitel 3.19

3.13 Parlamentssoziologie: Bibliographie

In dieser Bibliographie werden nicht nur Untersuchungen erfasst, die die Parlamentssoziologie der 13., 14. oder 15. Wahlperiode thematisieren, sondern auch Analysen, die in diesem Zeitraum erschienen sind und weiter zurückliegende Wahlperioden berücksichtigen.

Titel der Untersuchung
Abgeordnete und ihr Beruf. Interviews – Umfragen – Analysen. Hrsg. von *Werner J. Patzelt*. Mit einem Vorwort von *Rita Süssmuth*. Berlin 1995.
Franziska Deutsch und *Schüttemeyer, Suzanne S.*, Die Berufsstruktur des Deutschen Bundestages: 14. und 15. Wahlperiode. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 34. 2003. H. 1. S. 21-32.
Golsch, Lutz, Die politische Klasse im Parlament. Politische Professionalisierung von Hinterbänklern im Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1998. (Zugl.: Göttingen, Univ., Diss., 1997.)
Hess, Adalbert, Sozialstruktur des 13. Deutschen Bundestages: Berufliche und fachliche Entwicklungslinien. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 26. 1995. H. 4. S. 567-585.
Krieger, Joachim Edward, Rollenorientierungen, Rollenerwartungen und Rollenverhalten von Ost-Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Eine empirische Untersuchung. Frankfurt am Main 1998. (Zugl.: Hagen, Fernuniv., Diss., 1997.)
Lemke-Müller, Sabine, Abgeordnete im Parlament. Zur Parlamentskultur des Deutschen Bundestages in den neunziger Jahren. Rheinbreitbach 1999. (Zugl.: Marburg, Univ., Habil.-Schr., 1999.)
Patzelt, Werner J., Deutschlands Abgeordnete. Profil eines Berufsstands, der weit besser ist als sein Ruf. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 17. 1996. H. 3. S. 462-502.
Patzelt, Werner J., Parlamentarische Rekrutierung und Sozialisation. Normative Erwägungen, empirische Befunde und praktische Empfehlungen. In: Zeitschrift für Politik. 46. Jg. 1999. H. 3. S. 243-282.
Patzelt, Werner J., What can an individual MP do in German parliamentary politics? In: The journal of legislative studies. Jg. 5. 1999. H. 3/4. S. 23-52.
Weßels, Bernhard, Legislative recruitment in Germany: Professionalization or political class? Berlin 1996.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 3.20.

3.14 Parlamentarische Laufbahn: Synopse

Die parlamentarische Laufbahn aller Abgeordneten des Bundestages der 13.–15. Wahlperiode, die Führungspositionen im Bereich des Parlaments und/oder der Regierung innehatten oder innehaben, ist in diesem Kapitel synoptisch dargestellt. Dabei wurde der Vollständigkeit halber die parlamentarische Laufbahn in den Wahlperioden zuvor ebenfalls mit aufgeführt.

Folgende Ämter und Funktionen wurden ausgewählt und mit der voranstehenden Abkürzung bezeichnet:

AVst	=	Vorsitzender eines Ausschusses des Bundestages (einschließlich Sonderausschüsse, Untersuchungsausschüsse, Enquete-Kommissionen und Europa-Kommission[1],
BK	=	Bundeskanzler
BMin	=	Bundesminister
BPräs	=	Bundespräsident
BTPräs	=	Bundestagspräsident
FrVst	=	Mitglieder des engeren Fraktionsvorstandes (Vorsitzende, stellvertretende Vorsitzende, Parlamentarische Geschäftsführer, Vorsitzende eines Arbeitskreises oder einer Arbeitsgruppe), außerdem der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe
GrVst	=	Mitglieder des engeren Gruppenvorstandes (Vorsitzende, stellvertretende Vorsitzende, Parlamentarische Geschäftsführer, Vorsitzende eines Arbeitskreises oder einer Arbeitsgruppe)
PStS	=	Parlamentarischer Staatssekretär
VPräs	=	Vizepräsident des Deutschen Bundestages
WehrB	=	Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

Bei jedem der aufgeführten Politiker ist zugleich die Dauer seiner Mandatszeit im Deutschen Bundestag ersichtlich. Veränderungen im Laufe einer Wahlperiode sind nicht festgehalten worden. Für die Ermittlung der genauen Daten der Mitgliedschaft des Abgeordneten im Bundestag sei auf das Personenregister verwiesen (Kapitel 25), bzw. auf die einschlägigen Kapitel im Datenhandbuch.

[1] Die Europa-Kommission bestand nur in der 10. Wahlperiode.

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Adam-Schwaetzer, Irmgard (FDP) siehe Schwaetzer, Irmgard													
Albowitz, Ina (FDP) * 26.4.1943										MdB FrVst	MdB FrVst	MdB	
Altmaier, Peter (CDU) * 18.6.1958											MdB	MdB	MdB FrVst
Altmann, Gila (B 90/DIE GRÜNEN) * 22.5.1949											MdB	MdB PStS	
Andres, Gerd (SPD) * 8.4.1951									MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB PStS	MdB PStS
Arnold, Rainer (SPD) * 21.6.1950												MdB	MdB FrVst
Austermann, Dietrich (CDU) * 22.10.1941							MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Babel, Gisela (FDP) * 23.5.1938										MdB FrVst	MdB FrVst		
Bachmaier, Hermann (SPD) * 5.7.1939								MdB	MdB AVst	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst
Barnett, Doris (SPD) * 22.5.1953											MdB	MdB AVst FrVst	MdB FrVst
Barthel, Eckhardt (SPD) * 17.12.1939												MdB FrVst	MdB FrVst
Barthel, Klaus (SPD) * 28.12.1955											MdB AVst	MdB	MdB
Barthle, Norbert (CDU) * 1.2.1952												MdB	MdB FrVst
Baumann, Günter (CDU) * 1.8.1947												MdB	MdB FrVst
Baumeister, Brigitte (CDU) * 19.10.1946										MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	

Stand: 31. März 2003.

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Beck[-Oberdorf] Marieluise (GRÜNE → GRÜNE/B 90 → B 90/DIE GRÜNEN) * 25.6.1952								MdB FrVst	MdB		MdB FrVst	MdB	MdB PStS
Beck, Volker (B 90/DIE GRÜNEN) *12.12.1960											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Becker-Inglau, Ingrid (SPD) * 20.11.1946									MdB	MdB FrVst	MdB	MdB	
Bellmann, Veronika (CDU) * 20.11.1960													MdB FrVst
Benneter, Klaus Uwe (SPD) * 1.3.1947													MdB AVst
Bergmann-Pohl, Sabine (CDU) * 20.4.1946									MdB BMin	MdB PStS	MdB PStS	MdB FrVst	
Berninger, Matthias (B 90/DIE GRÜNEN) * 31.1.1971											MdB	MdB PStS	MdB PStS
Bernrath, Hans Gottfried (SPD) * 5.7.1927							MdB	MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst		
Beucher, Friedhelm Julius (SPD) * 21.7.1946										MdB	MdB	MdB AVst	
Biehle, Alfred (CSU) * 15.11.1926				MdB	MdB	MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst WehrB	WehrB	WehrB		
Bindig, Rudolf (SPD) * 6.9.1940						MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Bläss, Petra (PDS/LL → PDS) * 12.6.1964										MdB GrVst	MdB	MdB VPräs FrVst	
Blank, Joseph-Theodor (CDU) * 19.3.1947								MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB	
Blüm, Norbert (CDU) * 21.7.1935					MdB	MdB	MdB FrVst BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB	

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Bodewig, Kurt (SPD) * 26.4.1955												MdB PStS BMin	MdB
Böhmer, Maria (CDU) * 23.4.1950										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Börnsen, Arne (SPD) * 5.10.1944							MdB		MdB	MdB FrVst	MdB AVst		
Bötsch, Wolfgang (CSU) * 8.9.1938						MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB BMin FrVst	MdB BMin	MdB FrVst	MdB
Böttcher, Maritta (PDS) * 29.3.1954											MdB	MdB FrVst	
Bohl, Friedrich (CDU) * 5.3.1945							MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst BMin	MdB BMin	MdB	
Borchert, Jochen (CDU) * 25.4.1940							MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst BMin	MdB BMin	MdB	MdB
Bosbach, Wolfgang (CDU) * 11.6.1952											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Brähmig, Klaus (CDU) * 1.8.1957										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Brandner, Klaus (SPD) * 13.1.1949												MdB FrVst	MdB FrVst
Brandt-Elsweier, Anni (SPD) * 2.3.1932										MdB	MdB	MdB FrVst	
Breuer, Paul (CDU) * 25.6.1950							MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB
Brüderle, Rainer (FDP) * 22.6.1945												MdB FrVst	MdB FrVst
Bürsch, Michael (SPD) * 3.6.1942											MdB	MdB AVst	MdB
Bulling-Schröter, Eva (PDS) * 22.2.1956											MdB	MdB FrVst	

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Bulmahn, Edelgard (SPD) * 4.3.1951									MdB	MdB FrVst	MdB AVst FrVst	MdB BMin	MdB BMin
Burchardt, Ulla (SPD) * 22.4.1954										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Burgbacher, Ernst (FDP) * 28.5.1949												MdB	MdB FrVst
Bury, Hans Martin (SPD) * 5.4.1966										MdB	MdB FrVst	MdB FrVst PStS	MdB PStS
Carstens, Manfred (CDU) * 23.2.1943					MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst PStS	MdB PStS	MdB PStS	MdB	MdB AVst
Carstensen, Peter Harry (CDU) * 12.3.1947								MdB	MdB	MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB FrVst
Caspers-Merk, Marion (SPD) * 24.4.1955										MdB	MdB AVst	MdB FrVst	MdB PStS
Catenhusen, Wolf-Michael (SPD) * 13.7.1945							MdB	MdB AVst	MdB AVst FrVst	MdB AVst FrVst	MdB FrVst	MdB PStS	
Claus, Roland (PDS) * 18.12.1954												MdB FrVst	
Däubler-Gmelin, Herta (SPD) * 12.8.1943					MdB	MdB	MdB AVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB BMin	MdB AVst
Dautzenberg, Leo (CDU) * 4.2.1950												MdB	MdB FrVst
Deichmann, Christel (SPD) * 29.8.1941											MdB	MdB FrVst	
Deligöz, Ekin (B 90/DIE GRÜNEN) * 21.4.1971												MdB FrVst	MdB FrVst
Dempwolf, Gertrud (CDU) * 3.2.1936								MdB	MdB	MdB	MdB PStS		
Deß, Albert (CSU) * 17.4.1947										MdB	MdB	MdB	MdB FrVst

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Diller, Karl (SPD) * 27.1.1941									MdB	MdB	MdB FrVst	MdB PStS	MdB PStS
Dörflinger, Werner (CDU) * 2.10.1940							MdB	MdB	MdB	MdB AVst	MdB AVst		
Doss, Hansjürgen (CDU) * 9.8.1936							MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	
Dregger, Alfred (CDU) * 10.12.1920 † 29.6.2002					MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB		
Dreßler, Rudolf (SPD) * 17.11.1940							MdB PStS	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	
Dückert, Thea (B 90/DIE GRÜNEN) * 5.6.1950												MdB FrVst	MdB FrVst
Edathy, Sebastian (SPD) * 5.9.1969												MdB FrVst	MdB FrVst
Eichel, Hans (SPD) * 24.12.1941												BMin	MdB BMin
Eichhorn, Maria (CSU) * 11.9.1948										MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst
Eichstädt-Bohlig, Franziska (B 90/DIE GRÜNEN) * 10.9.1941											MdB FrVst	MdB FrVst	MdB
Eid, Ursula (GRÜNE → GRÜNE/B 90 → B 90/DIE GRÜNEN) * 18.5.1949								MdB FrVst	MdB		MdB	MdB PStS	MdB PStS
Elm, Ludwig (PDS) * 10.8.1934											MdB GrVst		
Enkelmann, Dagmar (PDS → PDS/ LL → PDS) * 5.4.1956									MdB GrVst	MdB GrVst	MdB GrVst		
Eppelmann, Rainer (CDU) * 12.2.1943										MdB AVst	MdB AVst FrVst	MdB FrVst	MdB

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Erler, Gernot (SPD) * 3.5.1944									MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst
Ernstberger, Petra (SPD) * 11.11.1955											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Essen, Jörg van (FDP) * 29.9.1947										MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst
Eylmann, Horst (CDU) * 1.12.1933								MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst		
Falk, Ilse (CDU) * 21.9.1943										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Faltlhauser, Kurt (CSU) * 13.9.1940							MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB PStS		
Feldmann, Olaf (FDP) * 9.5.1937							MdB	MdB	MdB	MdB AVst	MdB		
Ferner, Elke (SPD) * 5.5.1958										MdB	MdB FrVst		MdB FrVst
Fischer, Andrea (B 90/DIE GRÜNEN) * 14.1.1960											MdB FrVst	MdB BMin	
Fischer, Dirk [Erik] (CDU) * 29.11.1943							MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst
Fischer, Joseph [Joschka] (GRÜNE → B 90/DIE GRÜNEN) * 12.4.1948								MdB FrVst			MdB FrVst	MdB BMin	MdB BMin
Flach, Ulrike (FDP) * 1. 1.1951												MdB AVst	MdB AVst
Freitag, Dagmar (SPD) * 3.3.1953											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Friedhoff, Paul K. (FDP) * 2.2.1943										MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	
Friedrich, Gerhard (CSU) * 10.3.1948									MdB	MdB	MdB FrVst AVst	MdB FrVst	
Friedrich, Hans-Peter (CSU) * 10.3.1957												MdB	MdB FrVst

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Friedrich, Horst (FDP) * 12.10.1950										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Fuchs, Anke (SPD) * 5.7.1937							MdB PStS BMin	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB AVst FrVst	MdB FrVst	MdB VPräs	
Fuchs, Katrin (SPD) * 25.5.1938								MdB	MdB	MdB	MdB FrVst		
Fuchs, Ruth (PDS → PDS/LL → PDS) * 14.12.1946									MdB	MdB	MdB GrVst	MdB FrVst	
Fuhrmann, Arne (SPD) * 5.6.1941										MdB AVst	MdB	MdB	
Funke, Rainer (FDP) * 18.11.1940							MdB		MdB	MdB PStS	MdB PStS	MdB	MdB FrVst
Gansel, Norbert (SPD) * 5.8.1940					MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB		
Gehrcke, Wolfgang (PDS) * 8.9.1943												MdB FrVst	
Geiger, Michaela (CSU) * 29.9.1943 † 30.12.1998							MdB	MdB	MdB FrVst	MdB PStS	MdB PStS VPräs	MdB	
Geis, Norbert (CSU) * 13.1.1939									MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB
Geißler, Heiner (CDU) * 3.3.1930			MdB				MdB BMin	MdB BMin	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB	
Genscher, Hans-Dietrich (FDP) * 21.3.1927			MdB FrVst	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB		
Gerhardt, Wolfgang (FDP) * 31.12.1943											MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst
Gleicke, Iris (SPD) * 18.7.1964										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB PStS
Glos, Michael (CSU) * 14.12.1944						MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst
Gloser, Günter (SPD) * 27.1.1950											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Glotz, Peter (SPD) * 6.3.1939					MdB PStS	MdB PStS		MdB	MdB	MdB	MdB FrVst		
Göhner, Reinhard (CDU) * 16.1.1953								MdB AVst	MdB AVst	MdB PStS	MdB FrVst	MdB	MdB
Göring-Eckardt, Katrin Dagmar (B 90/DIE GRÜNEN) * 3.5.1966												MdB FrVst	MdB FrVst
Götz, Peter (CDU) * 24.9.1947										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Graf, Günther (SPD) * 1.12.1941									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	
Griefahn, Monika (SPD) * 3.10.1954												MdB FrVst AVst	MdB FrVst AVst
Griese, Kerstin (SPD) * 6.12.1966												MdB	MdB FrVst AVst
Grill, Kurt-Dieter (CDU) * 28.12.1943											MdB	MdB AVst	MdB
Gröbl, Wolfgang (CSU) * 12.3.1941									MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS		
Gröhe, Hermann (CDU) * 25.2.1961											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Großmann, Achim (SPD) * 17.4.1947									MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB PStS	MdB PStS
Grund, Manfred (CDU) * 3.7.1955											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Günther, Horst (CDU) * 17.7.1939							MdB	MdB	MdB FrVst	MdB PStS	MdB PStS	MdB	
Günther, Joachim (FDP) * 22.10.1948										MdB FrVst PStS	MdB PStS	MdB	MdB
Gysi, Andrea zuvor Lederer, A. (PDS/LL → PDS) * 4.10.1957										MdB GrVst	MdB GrVst		

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Gysi, Gregor (PDS → PDS/LL → PDS) * 16.1.1948									MdB GrVst	MdB GrVst	MdB GrVst	MdB FrVst	
Haack, Karl Hermann (SPD) * 17.2.1940									MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB
Hacker, Hans-Joachim (SPD) * 10.10.1949										MdB	MdB	MdB	MdB FrVst
Hanewinckel, Christel (SPD) siehe Riemann – Hanewinckel, C.													
Hartenbach, Alfred (SPD) * 5.3.1943											MdB	MdB FrVst	MdB PStS
Haschke, Gottfried (CDU) * 25.3.1935									MdB	MdB PStS	MdB	MdB	
Hasselfeldt, Gerda (CSU) * 7.7.1950									MdB BMin	MdB BMin	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst
Hauchler, Ingomar (SPD) * 15.3.1938								MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst		
Hauer, Nina (SPD) * 30.5.1968												MdB	MdB FrVst
Haungs, Rainer (CDU) * 7.9.1942 † 18.1.1996								MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst		
Hauser, Hansgeorg (CSU) * 20.6.1943										MdB FrVst	MdB FrVst PStS	MdB FrVst	
Hauser, Otto (CDU) * 11.7.1952								MdB	MdB	MdB	MdB PStS		
Haussmann, Helmut (FDP) * 18.5.1943						MdB	MdB	MdB FrVst	MdB BMin	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	
Hedrich, Klaus-Jürgen (CDU) * 21.12.1941								MdB	MdB	MdB	MdB PStS	MdB FrVst	MdB
Heil, Hubertus (SPD) * 3.11.1972												MdB	MdB FrVst
Heinen, Ursula (CDU) * 7.10.1965												MdB FrVst	MdB FrVst

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Heinrich, Ulrich (FDP) * 11.12.1939									MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB
Hellwig, Renate (CDU) * 19.2.1940							MdB	MdB AVst	MdB	MdB AVst	MdB		
Hendricks, Barbara (SPD) * 29.4.1952											MdB	MdB PStS	MdB PStS
Heyne, Kristin (B 90/DIE GRÜNEN) * 25.2.1952 † 30.1.2002											MdB FrVst	MdB FrVst	
Hiksch, Uwe (SPD→PDS) * 12.7.1964											MdB	MdB FrVst	
Hilsberg, Stephan (SPD) * 17.2.1956									MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst PStS	MdB
Hinsken, Ernst (CSU) * 5.2.1943							MdB	MdB	MdB	MdB	MdB PStS	MdB AVst	MdB AVst FrVst
Hintze, Peter (CDU) * 25.4.1950										MdB PStS	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Hirche, Walter (FDP) * 13.2.1941											MdB PStS	MdB FrVst	
Hirsch, Burkhard (FDP) * 29.5.1930					MdB		MdB	MdB	MdB	MdB	MdB VPräs		
Höll, Barbara (PDS/LL→PDS) * 26.12.1957										MdB GrVst	MdB GrVst	MdB FrVst	
Hörsken, Heinz-Adolf (CDU) * 6.8.1938										MdB	MdB FrVst		
Hörster, Joachim (CDU) * 26.3.1945									MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB
Homburger, Birgit (FDP) * 11.4.1965										MdB	MdB	MdB	MdB FrVst
Hornhues, Karl-Heinz (CDU) * 10.6.1939					MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB AVst	MdB	
Hornung, Siegfried (CDU) * 8.7.1938								MdB	MdB	MdB AVst	MdB FrVst	MdB FrVst	

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Hoyer, Werner (FDP) * 17.11.1951									MdB FrVst	MdB FrVst	MdB PStS	MdB	MdB FrVst
Hüppe, Hubert (CDU) * 3.11.1956										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Humme, Christel (SPD) * 25.11.1949												MdB FrVst	MdB FrVst
Hustedt, Michaele (B 90/DIE GRÜNEN) * 15.10.1958											MdB FrVst	MdB	MdB
Ibrügger, Lothar (SPD) * 24.12.1944						MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB PStS	MdB
Irber, Brunhilde (SPD) * 27.7.1948											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Irmer, Ulrich (FDP) * 19.1.1939									MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB	
Jäger, Renate (SPD) * 17.6.1941										MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB
Janz, Ilse (SPD) * 23.4.1945										MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	
Jelpke, Ulla (PDS) * 9.6.1951										MdB	MdB	MdB FrVst	
Jens, Uwe (SPD) * 2.10.1935					MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB	
Jobst, Dionys (CSU) * 5.9.1927				MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst		
Kansy, Dietmar (CDU) * 18.7.1938							MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	
Kanther, Manfred (CDU) * 26.5.1939										BMin	MdB BMin	MdB	
Karwatzki, Irmgard (CDU) * 15.12.1940						MdB	MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS	MdB	MdB PStS	MdB	MdB
Kaspereit, Sabine (SPD) * 4.8.1945											MdB	MdB FrVst	
Kastner, Susanne (SPD) * 11.12.1946									MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB VPräs

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Kauder, Volker (CDU) * 3.9.1949										MdB	MdB	MdB	MdB FrVst
Kemper, Hans-Peter (SPD) * 12.5.1944										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Kenzler, Evelyn (PDS) * 2.12.1962												MdB FrVst	
Kinkel, Klaus (FDP) * 17.12.1936										BMin	MdB BMin	MdB FrVst	
Kirschner, Klaus (SPD) * 4.11.1941						MdB	MdB	MdB	MdB AVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB AVst	MdB AVst
Klaeden, Eckart von (CDU) * 18.11.1965											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Klein, Hans (CSU) * 11. 7.1931 † 26.11.1996						MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB BMin	MdB VPräs	MdB VPräs		
Kleinert, Detlef (FDP) * 26.7.1932				MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst		
Klinkert, Ulrich (CDU) * 23.5.1955									MdB	MdB FrVst PStS	MdB PStS	MdB	
Klose, Hans-Ulrich (SPD) * 14.6.1937								MdB	MdB	MdB FrVst	MdB VPräs	MdB AVst	MdB
Knake-Werner, Heidi (PDS) * 5.3.1943											MdB GrVst	MdB FrVst	
Körper, Fritz Rudolf (SPD) * 14.11.1954										MdB	MdB FrVst	MdB PStS	MdB PStS
Kohl, Helmut (CDU) * 3.4.1930						MdB FrVst	MdB FrVst BK	MdB BK	MdB BK	MdB BK	MdB BK	MdB	
Kolb, Heinrich Leonhard (FDP) * 8. 1.1956										MdB PStS	MdB PStS	MdB	MdB FrVst
Kolbow, Walter (SPD) * 27.4.1944							MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB PStS	MdB PStS
Koppelin, Jürgen (FDP) * 14.9.1945										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Kors, Eva-Maria (CDU) * 22.5.1942										MdB	MdB	MdB FrVst	
Kortmann, Karin (SPD) * 23.6.1959												MdB FrVst	MdB FrVst
Koschyk, Hartmut (CSU) * 16.4.1959										MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst
Kraus, Rudolf (CSU) * 27. 2.1941						MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst PStS	MdB PStS	MdB AVst	MdB AVst
Kressl, Nicolette (SPD) * 29.10.1958											MdB	MdB	MdB FrVst
Kriedner, Arnulf (CDU) * 16.5.1938										MdB AVst	MdB		
Krings, Günter (CDU) * 7.8.1969													MdB FrVst
Kröning, Volker (SPD) * 15.3.1945											MdB	MdB AVst	MdB
Krüger, Paul (CDU) * 7.3.1950									MdB	MdB FrVst BMin	MdB FrVst	MdB AVst	
Künast, Renate (B 90/DIE GRüNEN**)** * 15.12.1955												BMin	MdB BMin
Kühn-Mengel, Helga (SPD) * 1.7.1947											MdB	MdB	MdB FrVst
Kues, Herrmann (CDU) * 21.11.1949											MdB	MdB FrVst	MdB
Küster, Uwe (SPD) * 14.7.1945										MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst
Kuhlwein, Eckart (SPD) * 11.4.1938						MdB	MdB PStS	MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB		
Kuhn, Werner (CDU) * 19.5.1955											MdB	MdB AVst	MdB

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Kumpf, Ute (SPD) * 4.12.1947												MdB	MdB FrVst
Kutzmutz, Rolf (PDS) * 1.9.1947											MdB	MdB FrVst	
Laermann, Karl-Hans (FDP) * 26.12.1929					MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst BMin	MdB		
Lafontaine, Oskar (SPD) * 16.9.1943											MdB	MdB BMin	
Lambrecht, Christine (SPD) * 19.6.1965												MdB	MdB FrVst
Lambsdorff, Otto Graf (FDP) * 20.12.1926					MdB FrVst	MdB FrVst BMin	MdB BMin	MdB BMin FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst		
Lamers, Karl (CDU) * 11.11.1935							MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	
Lammert, Norbert (CDU) * 16.11.1948							MdB	MdB	MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS	MdB FrVst	MdB VPräs
Larcher, Detlev von (SPD) * 30.3.1937										MdB	MdB	MdB FrVst	
Laufs, Paul (CDU) * 22.6.1938						MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst PStS	MdB PStS	MdB	
Laumann, Karl-Josef (CDU) * 11.7.1957										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Lederer, Andrea (PDS) siehe Gysi, Andrea													
Lemke, Steffi (B 90/DIE GRÜNEN) * 19.1.1968											MdB	MdB FrVst	
Lengsfeld, Vera zuvor Wollenberger, Vera (GRÜNE/B 90 → B 90/DIE GRÜNEN → CDU/CSU) * 4.5.1952									MdB	MdB GrVst	MdB	MdB FrVst	MdB

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Lenzer, Christian (CDU) * 19.2.1933				MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst		
Leonhard, Elke (SPD) * 17.5.1949										MdB	MdB	MdB AVst	MdB
Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine (FDP) * 26.7.1951										MdB BMin	MdB BMin	MdB FrVst	MdB
Link, Walter (CDU) * 21.7.1937								MdB	MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB
Lintner, Eduard (CSU) * 4.11.1944						MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB PStS	MdB PStS	MdB	MdB
Lippelt, Helmut (GRÜNE → GRÜNE/B 90 → B 90/DIE GRÜNEN) * 24.3.1932									MdB FrVst		MdB FrVst	MdB	
Lippmann [-Kasten], Heidi (PDS) * 2.4.1956												MdB FrVst	
Lippold, Klaus W. (CDU) * 14.2.1943								MdB	MdB	MdB AVst FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst
Lischewski, Manfred (CDU) * 2.9.1940										MdB	MdB AVst	MdB	
Lösekrug-Möller, Gabriele (SPD) * 20.4.1951												MdB	MdB FrVst
Lohmann, Klaus (SPD) * 17.3.1936								MdB	MdB	MdB	MdB FrVst		
Lohmann, Wolfgang (CDU) * 29.5.1935								MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	
Loske, Reinhard (B 90/DIE GRÜNEN) * 15.2.1959													MdB FrVst
Lotz, Erika (SPD) * 9.9.1943											MdB	MdB	MdB FrVst
Louven, Julius (CDU) * 18.2.1933							MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB	

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Lühr, Uwe-Bernd (FDP) * 17.3.1949										MdB FrVst	MdB FrVst		
Lüth, Heidemarie (PDS) * 24.9.1946											MdB	MdB AVst	
Luft, Christa (PDS) * 22.2.1938											MdB GrVst	MdB FrVst	
Luther, Michael (CDU) * 27.9.1956										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB
Marienfeld, Claire (CDU) * 21.4.1940										MdB	MdB WehrB		
Marquardt, Angela (PDS) * 3.9.1971												MdB FrVst	
Marschewski, Erwin (CDU) * 31.3.1940								MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst
Mascher, Ulrike (SPD) * 24.10.1938										MdB	MdB AVst	MdB PStS	
Matschie, Christoph (SPD) * 15.7.1961										MdB	MdB	MdB AVst FrVst	MdB PStS
Matthäus-Maier, Ingrid (FDP → frtl. → SPD) * 9.9.1945						MdB AVst	MdB AVst	MdB	MdB AVst FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	
Mattischeck, Heide (SPD) * 26.5.1939										MdB	MdB	MdB FrVst	
Mayer, Conny (CDU) * 18.1.1972													MdB FrVst
Mehl, Ulrike (SPD) * 6.8.1956										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Meister, Michael (CDU) * 9.6.1961											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Merkel, Angela (CDU) * 17.7.1954										MdB BMin	MdB BMin	MdB	MdB FrVst
Mertens, Angelika (SPD) * 11.10.1952											MdB	MdB FrVst PStS	MdB PStS

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Merz, Friedrich (CDU) * 11.11.1955											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Meyer, Jürgen (SPD) * 26.3.1936										MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	
Michelbach, Hans (CSU) * 3.5.1949											MdB	MdB	MdB FrVst
Möllemann, Jürgen W. (FDP) * 15.7.1945 † 5.6.2003					MdB	MdB FrVst	MdB FrVst PStS	MdB PStS	MdB BMin	MdB BMin	MdB	MdB AVst	MdB
Mosdorf, Siegmar (SPD) * 29.1.1952										MdB	MdB AVst	MdB PStS	
Müller, Elmar (CDU) * 21.5.1942										MdB FrVst	MdB FrVst	MdB	
Müller, Kerstin (B 90/DIE GRÜNEN) * 13.11.1963											MdB FrVst	MdB FrVst	MdB PStS
Müller, Manfred (PDS) * 27.2.1943											MdB GrVst	MdB	
Müller, Michael (SPD) * 10.7.1948								MdB	MdB	MdB AVst FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst
Müntefering, Franz (SPD) * 16.1.1940					MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst		MdB BMin	MdB FrVst
Nachtwei, Winfried (B 90/DIE GRÜNEN) * 15.4.1946											MdB	MdB	MdB FrVst
Nelle, Engelbert (CDU) * 9.6.1933							MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst		
Neuhäuser, Rosel (PDS) * 6.4.1949											MdB GrVst	MdB	
Neumann, Bernd (CDU) * 6.1.1942									MdB	MdB PStS	MdB PStS	MdB	MdB
Neumann, Volker (SPD) * 10.9.1942						MdB	MdB	MdB		MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Nickels, Christa (GRÜNE → B 90/DIE GRÜNEN) * 29.7.1952								MdB FrVst	MdB		MdB AVst	MdB AVst PStS	MdB AVst
Niehuis, Edith (SPD) * 2.8.1950									MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB PStS	
Nitsch, Johannes (CDU) * 24.3.1937									MdB	MdB FrVst	MdB PStS		
Nolte, Claudia (CDU) * 7.2.1966									MdB	MdB FrVst	MdB BMin	MdB	MdB
Nooke, Günter (CDU) * 21.1.1959												MdB FrVst	MdB FrVst
Odendahl, Doris (SPD) * 30.6.1933								MdB	MdB	MdB FrVst	MdB AVst		
Özdemir, Cem (B 90/DIE GRÜNEN) * 21.12.1965											MdB FrVst	MdB	
Olderog, Rolf (CDU) * 29.12.1937							MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst		
Ortleb, Rainer (FDP) * 5.6.1944									MdB BMin	MdB BMin	MdB		
Ost, Friedhelm (CDU) * 15.6.1942										MdB AVst	MdB AVst	MdB	
Ostertag, Adolf (SPD) * 22.7.1939										MdB	MdB	MdB FrVst	
Ostrowski, Christine (PDS) * 24.8.1945									MdB			MdB FrVst	
Oswald, Eduard (CSU) * 6.9.1947									MdB	MdB FrVst	MdB FrVst BMin	MdB AVst	MdB AVst FrVst
Pau, Petra (PDS; 15. WP: fraktionslos) * 9.8.1963												MdB FrVst	MdB
Pawelski, Rita (CDU) * 29.10.1948													MdB FrVst
Paziorek, Peter (CDU) * 29.5.1948										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Penner, Willfried (SPD) * 25.5.1936					MdB	MdB FrVst	MdB PStS	MdB FrVst AVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB AVst	MdB AVst WehrB	
Pfeifer, Anton (CDU) * 21.3.1937				MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst PStS	MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS	MdB	
Pfennig, Gero (CDU) * 11.2.1945						MdB		MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB FrVst		
Pflüger, Friedbert (CDU) * 6.3.1955										MdB	MdB	MdB AVst	MdB FrVst
Pick, Eckhard (SPD) * 8.2.1941									MdB	MdB	MdB	MdB PStS	
Pieper, Cornelia (FDP) * 4.2.1959												MdB FrVst	MdB
Pinger, Winfried (CDU) * 15.5.1932				MdB		MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst		
Pofalla, Roland (CDU) * 15.5.1959										MdB	MdB	MdB	MdB FrVst
Pohler, Hermann (CDU) * 22.1.1935										MdB FrVst	MdB		
Polenz, Ruprecht (CDU) * 26.5.1946											MdB	MdB FrVst	MdB
Poppe, Gerd (B 90/DIE GRÜNEN) * 25.3.1941										MdB GrVst	MdB		
Poß, Joachim (SPD) * 27.12.1948							MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst
Probst, Albert (CSU) * 29.12.1931				MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst PStS	MdB PStS	MdB PStS	MdB	MdB		
Probst, Simone (B 90/DIE GRÜNEN) * 3.12.1967											MdB FrVst	MdB PStS	MdB PStS
Protzner, Bernd (CSU) * 23.8.1952										MdB	MdB	MdB FrVst	
Ramsauer, Peter (CSU) * 10.2.1954										MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Rappe, Hermann (SPD) * 20.9.1929					MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB	MdB	MdB	MdB		
Rauen, Peter (CDU) * 26.1.1945									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB AVst FrVst
Reiche, Katherina (CDU) * 16.7.1973												MdB	MdB FrVst
Reinhardt, Erika (CDU) * 30.1.1932										MdB	MdB	MdB FrVst	
Renesse, Margot von (SPD) * 5.2.1940										MdB FrVst	MdB	MdB AVst	
Repnik, Hans-Peter (CDU) * 27.5.1947							MdB	MdB	MdB PStS	MdB PStS	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB
Reuter, Bernd (SPD) * 9.11.1940							MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	
Rexrodt, Günter (FDP) * 12.9.1941										BMin	MdB BMin	MdB	MdB
Riedl, Erich (CSU) * 23.6.1933				MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB PStS	MdB PStS	MdB		
Riegert, Klaus (CDU) * 26.2.1959										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Riemann-Hanewinckel, Christel zuvor Hanewinckel, C. (SPD) * 6.4.1947										MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst AVst	MdB PStS
Riesenhuber, Heinz (CDU) * 1.12.1935						MdB	MdB FrVst BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB	MdB AVst	MdB
Riester, Walter (SPD) * 27.9.1943												BMin	MdB
Robbe, Reinhold (SPD) * 9.10.1954											MdB	MdB FrVst	MdB AVst FrVst
Rönsch, Hannelore (CDU) * 12.12.1942								MdB	MdB	MdB BMin	MdB FrVst	MdB FrVst	

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Röttgen, Norbert (CDU) * 2.7.1965											MdB	MdB	MdB FrVst
Ronsöhr, Heinrich-Wilhelm (SPD) * 8.1.1945											MdB	MdB FrVst	MdB
Rose, Klaus (CSU) * 7.12.1941						MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst PStS	MdB	MdB
Rossmanith, Kurt J. (CSU) * 22.11.1944							MdB	MdB	MdB	MdB	MdB AVst	MdB	MdB
Rossmann, Ernst-Dieter (SPD) * 4.2.1951												MdB	MdB FrVst
Roth, Claudia (B 90/DIE GRÜNEN) * 15.5.1955												MdB AVst	MdB
Roth, Adolf (CDU) * 15.9.1937								MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB AVst	
Ruck, Christian (CSU) * 24.12.1954										MdB	MdB	MdB	MdB FrVst
Rühe, Volker (CDU) * 25.9.1942						MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB BMin	MdB BMin	MdB FrVst	MdB AVst
Rüttgers, Jürgen (CDU) * 26.6.1951									MdB AVst FrVst	MdB FrVst	MdB BMin	MdB FrVst	
Runde, Ortwin (SPD) * 12.2.1944													MdB FrVst
Sager, Christa (B 90/DIE GRÜNEN) * 28.7.1953													MdB FrVst
Saibold, Halo (GRÜNE → GRÜNE/B 90 →B 90/DIE GRÜNEN) * 1.10.1943									MdB		MdB AVst		
Schäfer, Helmut (FDP) * 9.1.1933						MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS		
Schätzle, Ortrun (CDU) * 20.4.1934									MdB	MdB	MdB AVst		

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Schäuble, Wolfgang (CDU) * 18.9.1942					MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst BMin	MdB BMin	MdB BMin FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst
Schaich-Walch, Gudrun (SPD) * 20.8.1946										MdB	MdB	MdB FrVst PStS	MdB FrVst
Scharping, Rudolf (SPD) * 2.12.1947											MdB FrVst	MdB BMin	MdB
Schauerte, Hartmut (CDU) * 13.9.1944											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Scheel, Christine (B 90/DIE GRÜNEN) * 31.12.1956											MdB	MdB AVst	MdB AVst
Scheffler, Siegfried (SPD) * 5.11.1944										MdB	MdB	MdB PStS	MdB FrVst
Schenk, Christina (B 90/GRÜNE → frtl. → PDS) * 8.7.1952										MdB GrVst	MdB	MdB	
Scheu, Gerhard (CSU) * 27.3.1943								MdB	MdB	MdB AVst	MdB FrVst	MdB	
Schewe-Gerigk, Irmingard (B 90/DIE GRÜNEN) *15.5.1948											MdB	MdB	MdB FrVst
Schily, Otto (GRÜNE → SPD) * 20.7.1932								MdB FrVst	MdB	MdB AVst	MdB FrVst	MdB BMin	MdB BMin
Schlauch, Rezzo (B 90/DIE GRÜNEN) * 4.10.1947											MdB FrVst	MdB FrVst	MdB PStS
Schmidbauer, Bernd (CDU) * 29.5.1939								MdB	MdB AVst FrVst	MdB PStS	MdB PStS	MdB	MdB
Schmidt, Albert (B 90/DIE GRÜNEN) * 13.2.1951											MdB	MdB FrVst	MdB

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Schmidt, Andreas (CDU) * 4.11.1956										MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB AVst
Schmidt, Christian (CSU) * 26.8.1957										MdB	MdB	MdB	MdB FrVst
Schmidt, Renate (SPD) * 12.12.1943							MdB	MdB	MdB FrVst	MdB VPräs			BMin
Schmidt, Ulla (SPD) * 13.6.1949										MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst BMin	MdB BMin
Schmidt, Wilhelm (SPD) * 13.5.1944									MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst
Schmidt-Jortzig, Edzard (FDP) * 8.10.1941											MdB BMin	MdB FrVst	
Schmidt-Zadel, Regina (SPD) * 20.1.1937										MdB	MdB	MdB FrVst	
Schmitz, Hans Peter (CDU) * 21.5.1937					MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB AVst	MdB	
Schnieber-Jastram, Birgit (CDU) * 4.7.1946											MdB	MdB FrVst	
Schöler, Walter (SPD) * 10.3.1947										MdB	MdB	MdB	MdB FrVst
Scholz, Olaf (SPD) * 14.6.1958												MdB FrVst	MdB
Scholz, Rupert (CDU) * 23.5.1937									BMin	MdB	MdB FrVst	MdB AVst	
Schoppe, Waltraud (GRÜNE → B 90/DIE GRÜNEN) * 27.6.1942								MdB FrVst	MdB FrVst		MdB		
Schreiner, Ottmar (SPD) * 21.2.1946							MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB	MdB
Schröder, Gerhard (SPD) * 7.4.1944							MdB	MdB				MdB BK	MdB BK
Schubert, Mathias (SPD) * 26.7.1952											MdB	MdB FrVst	

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Schulte, Brigitte zuvor Traupe, B. (SPD) * 26.9.1943						MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB PStS	MdB
Schulte, Dieter (CDU) * 9.6.1941				MdB	MdB	MdB	MdB FrVst PStS	MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS	MdB		
Schulz, Werner (GRÜNE/B 90 → B 90/DIE GRÜNEN) * 22.1.1950									MdB	MdB GrVst	MdB FrVst	MdB	MdB
Schwaetzer, Irmgard zuvor Adam-Schwaetzer I. (FDP) * 5.4.1942							MdB	MdB FrVst	MdB PStS	MdB BMin	MdB	MdB FrVst	
Schwalbe, Clemens (CDU) * 31.12.1947									MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	
Schwall-Düren, Angelica (SPD) * 16.7.1948											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Schwanhold, Ernst (SPD) * 5.12.1948										MdB AVst	MdB AVst FrVst	MdB FrVst	
Schwanitz, Rolf (SPD) * 2.4.1959									MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB PStS	MdB PStS
Schwarz-Schilling, Christian (CDU) * 19.11.1930						MdB	MdB AVst BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB	MdB	
Seehofer, Horst (CSU) * 4.7.1949							MdB	MdB	MdB PStS	MdB PStS BMin	MdB BMin	MdB FrVst	MdB FrVst
Sehn, Marita (FDP) * 2.5.1955										MdB		MdB	MdB AVst
Seiffert, Heinz (CDU) * 18.9.1952											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Seiters, Rudolf (CDU) * 13.10.1937				MdB FrVst	MdB FrVst	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst BMin	MdB BMin	MdB FrVst	MdB VPräs	

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Sielaff, Horst (SPD) * 7.2.1937							MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst		
Simm, Erika (SPD) * 16.4.1940										MdB	MdB	MdB AVst FrVst	MdB AVst FrVst
Singer, Johannes (SPD) * 4.6.1943									MdB	MdB FrVst	MdB FrVst		
Solms, Hermann Otto (FDP) * 24.11.1940							MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB VPräs	MdB VPräs
Sonntag-Wolgast, Cornelie (SPD) * 29.8.1942									MdB	MdB	MdB	MdB PStS	MdB AVst
Sothmann, Bärbel (CDU) * 20.8.1939										MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	
Sperling, Dietrich (SPD) * 1.3.1933				MdB	MdB	MdB PStS	MdB PStS	MdB	MdB	MdB	MdB		
Spiller, Jörg-Otto (SPD) * 14.5.1942											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Spranger, Carl-Dieter (CSU) * 28.3.1939					MdB	MdB	MdB FrVst PStS	MdB PStS	MdB PStS	MdB BMin	MdB BMin	MdB	
Staffelt, Ditmar (SPD) * 1.8.1949												MdB FrVst PStS	MdB PStS
Steinbach [-Hermann], Erika (CDU) * 25.7.1943										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB
Sterzing, Christian (B 90/DIE GRÜNEN) * 30.4.1949											MdB	MdB FrVst	
Stiegler, Ludwig (SPD) * 9.4.1944							MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst
Stöckel, Rolf (SPD) * 7.6.1957												MdB FrVst	MdB FrVst
Stoltenberg, Gerhard (CDU) * 29.9.1928 † 23.11.2001	MdB	MdB	MdB BMin	MdB FrVst			BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB		

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Storm, Andreas (CDU) * 20.5.1964											MdB	MdB	MdB FrVst
Ströbele, Hans-Christian (B 90/DIE GRÜNEN) * 7.6.1939								MdB				MdB	MdB FrVst
Struck, Peter (SPD) * 24.1.1943							MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst BMin	MdB BMin
Stünker, Joachim (SPD) * 29.3.1948												MdB AVst	MdB FrVst
Such, Manfred (GRÜNE → GRÜNE/B 90 → B 90/DIE GRÜNEN) * 21.12.1942									MdB FrVst		MdB		
Süssmuth, Rita (CDU) * 17.2.1937								BMin	MdB BMin BTPräs AVst	MdB BTPräs	MdB BTPräs	MdB	
Susset, Egon (CDU) * 3.6.1929				MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst		
Tauss, Jörg (SPD) * 5.7.1953											MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Thalheim, Gerald (SPD) * 29.6.1950										MdB	MdB	MdB PStS	MdB PStS
Thiele, Carl-Ludwig (FDP) * 9.8.1953										MdB	MdB AVst	MdB	MdB FrVst
Thierse, Wolfgang (SPD) * 22.10.1943									MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB BTPräs	MdB BTPräs
Thönnes, Franz (SPD) * 16.9.1954											MdB	MdB FrVst	MdB PStS
Thomae, Dieter (FDP) * 23.6.1940									MdB	MdB AVst	MdB AVst	MdB	MdB
Töpfer, Klaus (CDU) * 29.7.1938									BMin	MdB BMin	MdB BMin		

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Traupe, Brigitte (SPD) siehe Schulte, B.													
Trittin, Jürgen (B 90/DIE GRÜNEN) * 25.7.1954												MdB BMin	MdB BMin
Tröscher, Adelheid (SPD) * 16.2.1939											MdB FrVst	MdB FrVst	
Uldall, Gunnar (CDU) * 17.11.1940								MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	
Vaatz, Arnhold (CDU) * 9.8.1955												MdB FrVst	MdB FrVst
Verheugen, Günter (SPD) * 28.4.1944								MdB	MdB	MdB AVst FrVst	MdB FrVst	MdB PStS	
Vogt, Ute (SPD) * 3.10.1964											MdB	MdB AVst	MdB PStS
Vogt, Wolfgang (CDU) * 1.12.1929				MdB	MdB	MdB	MdB FrVst PStS	MdB PStS	MdB PStS	MdB	MdB FrVst		
Voigt, Karsten D. (SPD) * 11.4.1941					MdB	MdB	MdB FrVst	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst		
Vollmer, Antje (GRÜNE → GRÜNE/B 90 → B 90/DIE GRÜNEN) * 31.5.1943								MdB FrVst	MdB FrVst		MdB VPräs	MdB VPräs	MdB VPräs
Volmer, Ludger (GRÜNE → GRÜNE/B 90 → B 90/DIE GRÜNEN) * 17.2.1952								MdB FrVst	MdB		MdB	MdB PStS	MdB
Vosen, Josef (SPD) * 23.7.1943						MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB		
Waffenschmidt, Horst (CDU) * 10.5.1933					MdB	MdB	MdB FrVst PStS	MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS	MdB PStS		

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Wagner, Hans Georg (SPD) * 26.11.1938										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB PStS
Waigel, Theodor (CSU) * 22.4.1939					MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB	
Waldburg-Zeil, Alois Graf von (CDU) * 20.9.1933							MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB		
Warnke, Jürgen (CSU) * 20.3.1932				MdB AVst	MdB AVst	MdB AVst	MdB BMin	MdB BMin	MdB BMin	MdB	MdB		
Wegner, Konstanze (SPD) * 27.2.1938									MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	
Weiß, Gerald (CDU) * 12.7.1945												MdB FrVst	MdB FrVst
Weis, Reinhard (SPD) * 12.3.1949									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Weisheit, Matthias (SPD) * 18.12.1945										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Weisskirchen, Gert (SPD) * 16.5.1944						MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Weizsäcker, Ernst Ulrich von (SPD) * 25.6.1939												MdB AVst	MdB AVst
Wend, Rainer (SPD) * 8.3.1954												MdB FrVst	MdB AVst FrVst
Weng, Wolfgang (FDP) * 21.12.1942								MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst		
Wester, Hildegard (SPD) * 28.12.1949										MdB	MdB	MdB FrVst	
Widmann-Mauz, Annette (CDU) * 13.6.1966												MdB FrVst	MdB FrVst
Wieczorek, Helmut (SPD) * 24.2.1934							MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB AVst FrVst	MdB AVst FrVst	

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Wieczorek, Norbert (SPD) * 12.12.1940							MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	MdB AVst FrVst	MdB FrVst	
Wieczorek-Zeul, Heidemarie (SPD) * 21.11.1942									MdB	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB BMin	MdB BMin
Wiefelspütz, Dieter (SPD) * 22.9.1946									MdB	MdB AVst FrVst	MdB AVst FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst
Wilz, Bernd (CDU) * 13.12.1942								MdB	MdB FrVst	MdB FrVst PStS	MdB PStS	MdB	
Wimmer, Willy (CDU) * 18.5.1943						MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst PStS	MdB PStS	MdB	MdB	MdB
Wissmann, Matthias (CDU) * 15.4.1949						MdB	MdB AVst	MdB FrVst	MdB FrVst	MdB FrVst BMin	MdB BMin	MdB AVst FrVst	MdB AVst
Wolf, Hanna (SPD) * 14.6.1936										MdB FrVst	MdB	MdB FrVst	
Wolf[-Mayer], Margareta (B 90/DIE GRÜNEN) * 26.5.1957											MdB FrVst	MdB FrVst PStS	MdB PStS
Wollenberger, Vera (GRÜNE/B 90 → B 90/DIE GRÜNEN → CDU/CSU) siehe Lengsfeld, V.													
Wülfing, Elke (CDU) * 7.11.1947										MdB	MdB PStS	MdB	MdB FrVst
Würzbach, Peter Kurt (CDU) * 15.12.1937						MdB	MdB FrVst PStS	MdB PStS	MdB PStS	MdB	MdB	MdB	
Yzer, Cornelia (CDU) * 28.7.1961										MdB PStS	MdB PStS		

Name des Abgeordneten, Partei, Lebensdaten	3. WP 1957-61	4. WP 1961-65	5. WP 1965-69	6. WP 1969-72	7. WP 1972-76	8. WP 1976-80	9. WP 1980-83	10. WP 1983-87	11. WP 1987-90	12. WP 1990-94	13. WP 1994-98	14. WP 1998-2002	15. WP 2002-
Zapf, Uta (SPD) * 14.8.1941										MdB	MdB	MdB FrVst	MdB FrVst
Zöpel, Christoph (SPD) * 4.7.1943										MdB	MdB	MdB FrVst PStS	MdB FrVst
Zumkley, Peter (SPD) * 17.9.1936									MdB	MdB	MdB	MdB FrVst	

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 3.21.

3.15 Anteile der Fraktionen an der Besetzung von Führungspositionen

In diesem Kapitel wird der – unterschiedliche und schwankende – Anteil der einzelnen Fraktionen an der Besetzung der Spitzenämter und -funktionen innerhalb des Bundestages und der Bundesregierung dokumentiert.

Folgende Führungspositionen wurden berücksichtigt:

– Präsident und Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages;
– Zugehörigkeit zum engeren Fraktionsvorstand (d. h. Fraktionsvorsitzender, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Parlamentarische Geschäftsführer, Justitiare, Vorsitzende von Arbeitskreisen bzw. Arbeitsgruppen);
– Vorsitz in einem der ständigen Ausschüsse des Bundestages;
– Mitglieder der Bundesregierung;
– Parlamentarische Staatssekretäre bzw. Staatsminister.

Die folgende Tabelle führt für jede Wahlperiode – Stand bei Beginn der Wahlperiode und im Falle verschiedener Veränderungen, Einrichtung zusätzlicher Spitzenpositionen usw. auch Stand während der Wahlperiode – auf, wie viele Spitzenämter in jeder Kategorie insgesamt existierten und wie sich deren Besetzung auf die einzelnen Parteien oder Fraktionen verteilte.

Wahlperiode	Stand	Spitzenfunktionen, Spitzenämter Bundestag/Bundesregierung	Ämter insgesamt	davon zu besetzen durch Partei bzw. Fraktion der				
				SPD	CDU/CSU	B 90/GR	FDP	PDS
13.WP 1994–1998	Beginn der WP	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	1	2	1	1	–
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreis- oder Arbeitsgruppenvorsitzende	101	37	33	10	12	9
		Vorsitz in den ständigen Ausschüssen	22	8	10	2	2	–
		Mitglieder der Bundesregierung	18	0	15	0	3	–
		Parlamentarische Staatssekretäre	27	0	21	0	6	–
		insgesamt	173	46	81	13	24	9
	Januar 1998	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	1	2	1	1	–
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreis- oder Arbeitsgruppenvorsitzende	101	37	33	10	12	9
		Vorsitz in den ständigen Ausschüssen	22	8	10	2	2	–
		Mitglieder der Bundesregierung	17	0	14	0	3	–
		Parlamentarische Staatssekretäre	25	0	19	0	6	–
		insgesamt	170	46	78	13	24	9
	Mai 1998	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	1	2	1	1	–
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreis- oder Arbeitsgruppenvorsitzende	101	37	33	10	12	9
		Vorsitz in den ständigen Ausschüssen	22	8	10	2	2	–
		Mitglieder der Bundesregierung	17	0	14	0	3	–
		Parlamentarische Staatssekretäre	26	0	20	0	6	–
		insgesamt	171	46	79	13	24	9

Wahlperiode	Stand	Spitzenfunktionen, Spitzenämter Bundestag/Bundesregierung	Ämter insgesamt	davon zu besetzen durch Partei bzw. Fraktion der				
				SPD	CDU/CSU	B 90/GR	FDP	PDS
14.WP 1998–2002	Beginn der WP	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	6	2	1	1	1	1
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreis- oder Arbeitsgruppenvorsitzende	110	38	35	9	13	15
		Vorsitz in den ständigen Ausschüssen	23	10	9	2	1	1
		Mitglieder der Bundesregierung	16	13	0	3	0	0
		Parlamentarische Staatssekretäre	24	19	0	5	0	0
		insgesamt	179	82	45	20	15	17
	August 1999	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	6	2	1	1	1	1
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreis- oder Arbeitsgruppenvorsitzende	110	38	35	9	13	15
		Vorsitz in den ständigen Ausschüssen	23	10	9	2	1	1
		Mitglieder der Bundesregierung	15	12	0	3	0	0
		Parlamentarische Staatssekretäre	25	20	0	5	0	0
		insgesamt	179	82	45	20	15	17
	Januar 2001	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	6	2	1	1	1	1
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreis- oder Arbeitsgruppenvorsitzende	112	38	36	9	13	16
		Vorsitz in den ständigen Ausschüssen	23	10	9	2	1	1
		Mitglieder der Bundesregierung	15	12	0	3	0	0
		Parlamentarische Staatssekretäre	27	21	0	6	0	0
		insgesamt	183	83	46	21	15	18
15.WP 2002–	Beginn der WP	Bundestagspräsident, Vizepräsidenten	5	2	1	1	1	–
		Fraktionsvorstand, Arbeitskreis- oder Arbeitsgruppenvorsitzende	95	35	37	9	14	–
		Vorsitz in den ständigen Ausschüssen	21	9	8	2	2	–
		Mitglieder der Bundesregierung	14	11	0	3	0	–
		Parlamentarische Staatssekretäre	27	20	0	7	0	–
		insgesamt	162	77	46	22	17	–

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 3.22.

3.16 Die jüngsten Funktionsinhaber im Parlament und in der Regierung

In diesem Kapitel wurden für die 13., 14. und 15. Wahlperiode aufgelistet:

– die jüngsten Mitglieder der Fraktionsvorstände[1], begrenzt auf den „engeren“ Fraktionsvorstand, d. h. die Vorsitzenden, die stellvertretenden Vorsitzenden und die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen des Bundestages in den einzelnen Wahlperioden;
– die jüngsten Vorsitzenden von Ständigen Ausschüssen und Enquete-Kommissionen;
– die jüngsten Mitglieder der Bundesregierung;
– ferner die jüngsten Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister.

Die jüngsten Mitglieder der Fraktionsvorstände

Wahl-periode	Stand	Name, Partei	Geburts-datum	Alter bei Amtsüber-nahme	Bemerkungen
13. WP 1994–1998	Beginn der WP	*Simone Probst* (B 90/DIE GRÜNEN)	3.12.1967	27	Stellv. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN
14. WP 1998–2002	Beginn der WP	*Steffi Lemke* (B 90/DIE GRÜNEN)	19.1.1968	30	Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN; jüngstes Mitglied eines Fraktionsvorstandes bis zur Wahl von *Angela Marquardt*
	2.10.2000	*Angela Marquardt* (PDS)	3.9.1971	29	Stellv. Parlamentarische Geschäftsführerin der PDS–Fraktion
15. WP 2002–	Beginn der WP	*Ekin Deligöz* (B 90/DIE GRÜNEN)	21.4.1971	31	Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN

Die jüngsten Vorsitzenden der Ständigen Ausschüsse und Enquete-Kommissionen

Wahl-periode	Stand	Name, Partei	Geburts-datum	Alter bei Amtsüber-nahme	Bemerkungen
13. WP 1994–1998	Beginn der WP	*Carl-Ludwig Thiele* (FDP)	9.8.1953	41	Vorsitzender des Finanzausschusses; jüngster Vorsitzender bis zur Benennung von *Marion Caspers-Merk*

[1] Vorstände der Gruppen wurden nicht berücksichtigt.

Wahl-periode	Stand	Name, Partei	Geburts-datum	Alter bei Amtsüber-nahme	Bemerkungen
noch: 13. WP	5.10.1995	*Marion Caspers-Merk* (SPD)	24. 4.1955	40	Vorsitzende der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt - Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“
14. WP 1998–2002	Beginn der WP	*Christoph Matschie* (SPD)	15. 7.1961	37	Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
15. WP 2002–	Beginn der WP	*Kerstin Griese* (SPD)	6.12.1966	36	Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die jüngsten Mitglieder der Bundesregierung

Wahl-periode	Stand	Name, Partei	Geburts-datum	Alter bei Amtsüber-nahme	Bemerkungen
13. WP 1994–1998	Beginn der WP	*Claudia Nolte* (CDU)	7.2.1966	28	BMin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
14. WP 1998–2002	Beginn der WP	*Andrea Fischer* (B 90/DIE GRÜNEN)	14.1.1960	38	BM für Gesundheit bis 12.1.2001
	12.1.2001	*Renate Elly Künast* (B 90/DIE GRÜNEN)	15.12.1955	45	BM für Verbraucherschutz, Nahrungsmittelsicherheit und Landwirtschaft jüngste BMin nach dem Ausscheiden von *Andrea Fischer*
15. WP 2002–	Beginn der WP	*Renate Elly Künast* (B 90/DIE GRÜNEN)	15.12.1955	46	BM für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Die jüngsten Parlamentarischen Staatssekretäre

Wahl-periode	Stand	Name, Partei	Geburts-datum	Alter bei Amtsüber-nahme	Bemerkungen
13. WP 1994–1998	Beginn der WP	*Cornelia Yzer* (CDU)	28.7.1961	33	PStS beim BMin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (bis 22. 1. 1997)
	22.1.1997	*Heinrich Leonhard Kolb* (FDP)	8.1.1956	41	PStS beim BMin für Wirtschaft (seit Beginn der WP); jüngster PStS nach Ausscheiden von *Cornelia Yzer*

Wahl-periode	Stand	Name, Partei	Geburts-datum	Alter bei Amtsüber-nahme	Bemerkungen
14. WP 1998–2002	Beginn der WP	*Simone* Probst (B 90/DIE GRÜNEN)	3.12.1967	30	PStS beim BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; jüngste PStS bis zur Benennung von *Matthias Berninger*
	23.1.2001	*Matthias Berninger* (B 90/DIE GRÜNEN)	31.1.1971	29	PStS beim BM für Verbraucherschutz, Nahrungsmittelsicherheit und Landwirtschaft
15. WP 2002–	Beginn der WP	*Matthias Berninger* (B 90/DIE GRÜNEN)	31.1.1971	31	PStS beim BM für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 3.23.

3.17 Wechsel zwischen Bundestagsmandat und Ministerpräsidentenamt

Der Wechsel eines Bundestagsabgeordneten auf das Amt des Ministerpräsidenten/Bürgermeisters eines Landes/Stadtstaats bzw. umgekehrt gehört durchaus zur Praxis in der Bundesrepublik Deutschland. Über jene Fälle während des Zeitraums 1994-2003 gibt das nachfolgende Verzeichnis Auskunft[1]. Nicht aufgeführt sind jene, die als Ministerpräsidenten ohne Bundestagsmandat das Amt eines Bundesministers übernahmen[2].

Name/Partei	Mitglied a) des Bundestages b) der Bundesregierung	Ministerpräsident im Land		Mitglied a) des Bundestages b) der Bundesregierung
Gerhard Stoltenberg (CDU)	a) 1957–1971 b) 1965–1969	1971–1982	Schleswig- Holstein	a) 1983–1998
Helmut Kohl (CDU)	–	1969–1976	Rheinland Pfalz	a) 1976–2002 b) 1982–1998
Hans Ulrich Klose (SPD)	–	1974–1981	Hamburg	a) seit 1983
Kurt Biedenkopf (CDU)	a) 1976–1980 und 1987–1990	1990–2002	Freistaat Sachsen	–
Bernhard Vogel (CDU)	a) 1965–1967	1976–1988 1992–2003	Rheinland-Pfalz Thüringen	–
Oskar Lafontaine (SPD)	–	1985–1998	Saarland	a) 1994 und 1998–1999 b) 1998–1999

[1] Vgl. dazu ergänzend Kapitel 2.7, das alle Abgeordneten aufführt, die während einer Wahlperiode auf ihr Mandat verzichteten.

[2] Das waren: *Manfred Stolpe* (SPD), 1990–2002 Ministerpräsident von Brandenburg, und *Wolfgang Clement* (SPD), 1998–2002 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

Name/Partei	Mitglied a) des Bundestages b) der Bundesregierung	Ministerpräsident im Land		Mitglied a) des Bundestages b) der Bundesregierung
Hans Eichel (SPD)	–	1991–1999	Hessen	a) seit 2002 b) seit 1999
Rudolf Scharping (SPD)	–	1991–1994	Rheinland-Pfalz	a) seit 1994 b) 1998–2002
Gerhard Schröder (SPD)	a) 1980–1986	1990–1998	Niedersachsen	a) seit 1998 b) seit 1998
Christoph Bergner (CDU)	–	1993–1994	Sachsen-Anhalt	a) seit 2002

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 3.25

4 Präsidium, Vorstand, Ältestenrat

Überblick Seite

4.1 Wahl und Amtszeit der Bundestagspräsidenten 233
– Abstimmungsverhalten bei den Wahlen der Bundestagspräsidenten

4.2 Wahl und Amtszeit der Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages 235
– Verzeichnis der Vizepräsidenten und Amtszeit
– Wahlvorschläge und Ergebnisse der Wahl der Vizepräsidenten

4.3 Präsidium 239
– Zusammensetzung des Präsidiums

4.4 Ältestenrat 239
– Zusammensetzung
– Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat

4.5 Kommissionen des Ältestenrates und Kunstbeirat 241

4.6 Zahl der Sitzungen 243

4.7 Alterspräsidenten 243

4.1 Wahl und Amtszeit der Bundestagspräsidenten

Dem protokollarischen Rang nach steht der Präsident des Deutschen Bundestages an zweiter Stelle unmittelbar nach dem Bundespräsidenten. Dieses wird aus der Tatsache begründet, dass er der Repräsentant desjenigen Verfassungsorgans ist, das als einziges unmittelbar vom Volk gewählt wird. Der Bundestagspräsident besitzt im wesentlichen folgende Funktionen:

– Er „vertritt den Bundestag“ (§ 7 GOBT),
– er hat die Leitungs- und Ordnungsgewalt in den Bundestagssitzungen,
– er übt das Hausrecht und die Polizeigewalt in den Räumen des Bundestages aus,
– er ist Chef und oberste Dienstbehörde der Angehörigen der Bundestagsverwaltung,
– er führt den Vorsitz in den Führungs- und Lenkungsgremien des Bundestages.

Zu diesen Gremien zählen insbesondere das Präsidium und der Ältestenrat. Ist der Bundestagspräsident an der Ausübung seiner Funktionen verhindert, wird er von einem Vizepräsidenten aus der zweitstärksten Fraktion vertreten.
Über die Einreichung von Wahlvorschlägen für das Amt des Bundestagspräsidenten enthält die Geschäftsordnung keine Bestimmungen, so dass grundsätzlich jeder Abgeordnete vorschlagsberechtigt ist. Nach altem Parlamentsbrauch wird jedoch die Besetzung des Präsidentenamtes der stärksten Fraktion überlassen, die einen entsprechenden Wahlvorschlag einreicht. Gewählt ist nach § 2 GOBT, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages erhält, d. h. die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl einschließlich der Berliner Abgeordneten, die bei dieser Wahl immer schon stimmberechtigt waren. Weiter heißt es in § 2 GOBT:

„Ergibt sich im ersten Wahlgang keine Mehrheit, so können für einen zweiten Wahlgang neue Bewerber vorgeschlagen werden. Ergibt sich auch dann keine Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Bundestages, so kommen die beiden Anwärter mit den höchsten Stimmenzahlen in die engere Wahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los durch die Hand des amtierenden Präsidenten.“

Der Bundestagspräsident und seine Stellvertreter werden für die Dauer der Wahlperiode gewählt.

13. WP 1994-1998	1. Sitzung, 10. November 1994 *Wahlvorschlag:* Prof. Dr. *Rita Süssmuth* (CDU/CSU), vorgeschlagen durch Dr. *Wolfgang Schäuble* (CDU/CSU) namens der Fraktion der CDU/CSU *Wahlergebnis*: abgegebene Stimmen: 669 davon für Prof. Dr. *Rita Süssmuth* (CDU/CSU): 555 Nein-Stimmen: 81 Enthaltungen: 32 ungültige Stimmen: 1 **Bundestagspräsidentin: Prof. Dr.** *Rita Süssmuth* (CDU/CSU) Amtszeit: 10.11.1994 bis 26.10.1998

14. WP 1998-2002	1. Sitzung, 26. Oktober 1998 *Wahlvorschlag:* *Wolfgang Thierse* (SPD), vorgeschlagen durch Dr. *Peter Struck* (SPD) namens der Fraktion der SPD *Wahlergebnis*: abgegebene Stimmen: 666 davon für *Wolfgang Thierse* (SPD): 512 Nein-Stimmen: 109 Enthaltungen: 45 **Bundestagspräsident:** *Wolfgang Thierse* (SPD) Amtszeit: ab 26.10.1998 bis 17.10.2002
15. WP 2002-	1. Sitzung, 17. Oktober 2002 *Wahlvorschlag:* *Wolfgang Thierse* (SPD), vorgeschlagen durch *Franz Müntefering* (SPD) namens der Fraktion der SPD *Wahlergebnis*: abgegebene Stimmen: 596 davon für *Wolfgang Thierse* (SPD) 357 Nein-Stimmen: 219 Enthaltungen: 20 **Bundestagspräsident:** *Wolfgang Thierse* (SPD) Amtszeit: ab 17.10.2002

Abstimmungsverhalten bei den Wahlen der Bundestagspräsidenten

Wahlperiode	Wahl von Bundestags-präsident(in)	abgegebene Stimmen	davon Ja-Stimmen	Stimmenanteil in (%[1])
13. WP 1994-1998	*Rita Süssmuth*	669	555	83,0
14. WP 1998-2002	*Wolfgang Thierse*	666	512	76,9
15. WP 2002-	*Wolfgang Thierse*	596	357	59,9

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 4.1.

[1] Stimmenanteil der Ja-Stimmen in Prozent der abgegebenen Stimmen.

4.2 Wahl und Amtszeit der Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages

Die Stellvertreter des Präsidenten werden wie der Bundestagspräsident für die Dauer der Wahlperiode gewählt.
Mit Beginn der 13. Wahlperiode, ist die Mindestzahl der Vizepräsidenten in der Geschäftsordnung des Bundestages geregelt durch Ergänzung des GOBT mit Beschluss vom 10. November 1994 § 2 Absatz 1:

„Jede Fraktion des Deutschen Bundestages ist durch mindestens einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin im Präsidium vertreten."

Seitdem gilt für jede Fraktion das Recht auf ein Grundmandat im Präsidium.

Für die Wahl der Stellvertreter des Präsidenten sieht die Geschäftsordnung des Bundestages in § 2 Absatz 1 und 2 getrennte Wahlhandlungen mit verdeckten Stimmzetteln vor.
In der 13. Wahlperiode wurde BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN drittstärkste Fraktion und beanspruchte einen Platz im Präsidium. Die SPD wollte andererseits auf einen ihrer bisherigen zwei Vizepräsidenten nicht verzichten. Zugleich war erkennbar, dass sich keine Mehrheit für eine Vergrößerung des Präsidiums von fünf auf sechs Mitglieder finden ließ, und erst recht war die FDP nicht bereit, als nunmehr kleinste Fraktion aus dem Präsidium auszuscheiden. Da eine interfraktionelle Einigung nicht zustande kam, musste die Wahl der Vizepräsidenten mit Hilfe einer Geschäftsordnungsänderung durchgeführt werden. Vor der eigentlichenWahl kam es nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte zu folgendem Verfahren:

1) Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Einräumung eines Grundmandats im Präsidium für jede Fraktion (Drucksache 13/8): Annahme (!)
2) Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD: Erweiterung des Präsidiums auf sechs Mitglieder (Drucksache 13/7): Ablehnung
3) Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe der PDS: Einräumung eines Grundmandats im Präsidium für jede Fraktion und Gruppe (Drucksache 13/15 [neu]): Ablehnung
4) Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP: Festlegung der Zahl der Stellvertreter des Bundestagspräsidenten auf vier (Drucksache 13/6): Annahme
5) Entsprechend interfraktioneller Vereinbarung Wahl der Stellvertreter getrennt und mit verdeckten Stimmkarten in der Reihenfolge des Stärkeverhältnisses der Fraktionen.

Verzeichnis der Vizepräsidenten und Amtszeit

Wahl-periode	Vizepräsidenten	Amtszeit
13. WP 1994-1998	1) *Hans Klein* (CDU/CSU)	10.11.1994 bis 26.11.1996 (†)
	Michaela Geiger (CDU/CSU)	16. 1.1997 bis 26.10.1998
	2) *Hans-Ulrich Klose* (SPD)	10.11.1994 bis 26.10.1998
	3) *Antje Vollmer* (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10.11.1994 bis 26.10.1998
	4) *Burkhard Hirsch* (FDP)	10.11.1994 bis 26.10.1998
14. WP 1998-2002	1) *Anke Fuchs* (SPD)	26.10.1998 bis 17.10.2002
	2) *Rudolf Seiters* (CDU)	26.10.1998 bis 17.10.2002
	3) *Antje Vollmer* (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26.10.1998 bis 17.10.2002
	4) *Hermann Otto Solms* (FDP)	26.10.1998 bis 17.10.2002
	5) *Petra Bläss* (PDS)	26.10.1998 bis 17.10.2002
15. WP 2002-[1]	1) *Susanne Kastner* (SPD)	17.10.2002 bis
	2) *Norbert Lammert* (CDU)	17.10.2002 bis
	3) *Antje Vollmer* (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17.10.2002 bis
	4) *Hermann Otto Solms* (FDP)	17.10.2002 bis

[1] Stand: 31. März 2003.

Wahlvorschläge und Ergebnisse der Wahl der Vizepräsidenten

13. WP 1994-1998	*Wahl der Stellvertreter des Präsidenten:* 1. Sitzung, 10. November 1994 *Wahl eines Stellvertreters des Präsidenten:* *Wahlvorschläge:* 1) *Hans Klein* (CSU), vorgeschlagen durch die Fraktion der CDU/CSU 2) Dr. *Dagmar Enkelmann* (PDS), vorgeschlagen durch die Gruppe der PDS *Wahlergebnis*: abgegebene Stimmen: 662 davon für *Hans Klein* (CSU): 515 für Dr. *Dagmar Enkelmann* (PDS): 45 Enthaltungen: 76 ungültige Stimmen: 26
	Wahl eines weiteren Stellvertreters des Präsidenten: *Wahlvorschlag*: *Hans-Ulrich Klose* (SPD), vorgeschlagen durch die Fraktion der SPD *Wahlergebnis*: abgegebene Stimmen: 661 davon Ja-Stimmen: 591 Nein-Stimmen: 50 Enthaltungen: 20
	Wahl eines weiteren Stellvertreters des Präsidenten: *Wahlvorschläge*: 1) Dr. *Antje Vollmer* (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), vorgeschlagen durch die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2) *Anke Fuchs* (SPD), vorgeschlagen durch die Fraktion der SPD *Wahlergebnis*: abgegebene Stimmen: 669 davon für Dr. *Antje Vollmer* (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 358 für *Anke Fuchs* (SPD): 279 Enthaltungen: 27 ungültige Stimmen: 5
	Wahl eines weiteren Stellvertreters des Präsidenten: *Wahlvorschläge*: 1) Dr. *Burkhard Hirsch* (FDP), vorgeschlagen durch die Fraktion der FDP 2) *Anke Fuchs* (SPD), vorgeschlagen durch die Fraktion der SPD *Wahlergebnis*: abgegebene Stimmen: 662 davon für Dr. *Burkhard Hirsch* (FDP): 394 für *Anke Fuchs* (SPD): 259 Enthaltungen: 8 ungültige Stimmen: 1

noch: 13. WP	*Wahl einer Nachfolgerin für den am 26. November 1996 verstorbenen Vizepräsidenten Hans Klein (CDU/CSU):* 151. Sitzung, 16. Januar 1997 *Wahlvorschläge*: 1) *Michaela Geiger* (CDU/CSU), vorgeschlagen durch die Fraktion der CDU/CSU 2) Dr. *Dagmar Enkelmann*, vorgeschlagen durch die Gruppe der PDS *Wahlergebnis*: abgegebene Stimmen: 616 davon für *Michaela Geiger* (CDU/CSU): 407 für Dr. *Dagmar Enkelmann* (PDS): 48 Nein-Stimmen: 36 Enthaltungen: 116 ungültige Stimmen: 9
14. WP 1998-2002	*Wahl des Stellvertreters des Präsidenten:* 1. Sitzung, 26. Oktober 1998 *Wahlvorschlag:* *Anke Fuchs* (SPD), vorgeschlagen durch die Fraktion der SPD *Wahlergebnis*: abgegebene Stimmen: 665 davon Ja-Stimmen: 486 Nein-Stimmen: 148 Enthaltungen: 31
	Wahl eines weiteren Stellvertreters des Präsidenten: *Wahlvorschlag:* *Rudolf Seiters* (CDU), vorgeschlagen durch die Fraktion der CDU/CSU *Wahlergebnis*: abgegebene Stimmen: 663 davon Ja-Stimmen: 445 Nein-Stimmen: 142 Enthaltungen: 75 ungültige Stimmen: 1
	Wahl eines weiteren Stellvertreters des Präsidenten: *Wahlvorschlag:* Dr. *Antje Vollmer* (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), vorgeschlagen durch die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN *Wahlergebnis*: abgegebene Stimmen: 662 davon Ja-Stimmen: 421 Nein-Stimmen: 191 Enthaltungen: 47 ungültige Stimmen: 3
	Wahl eines weiteren Stellvertreters des Präsidenten: *Wahlvorschlag:* Dr. *Hermann Otto Solms* (FDP), vorgeschlagen durch die Fraktion der FDP *Wahlergebnis*: abgegebene Stimmen: 664 davon Ja-Stimmen: 423 Nein-Stimmen: 150 Enthaltungen: 91

noch: 14. WP	*Wahl eines weiteren Stellvertreters des Präsidenten:* *Wahlvorschläge:* 1) *Petra Bläss* (PDS), vorgeschlagen durch die Fraktion der PDS 2) *Michaela Geiger* (CDU/CSU), vorgeschlagen durch die Fraktion der CDU/CSU *Wahlergebnis*: abgegebene Stimmen: 663 davon für *Petra Bläss* (PDS): 335 für *Michaela Geiger* (CDU/CSU) 285 Enthaltungen: 19 ungültige Stimmen: 4
15. WP 2002-	*Wahl des Stellvertreters des Präsidenten:* 1. Sitzung, 17. Oktober 2002 *Wahlvorschlag:* *Susanne Kastner* (SPD), vorgeschlagen durch die Fraktion der SPD *Wahlergebnis*: abgegebene Stimmen: 594 davon Ja-Stimmen: 421 Nein-Stimmen: 146 Enthaltungen: 27
	Wahl eines weiteren Stellvertreters des Präsidenten: *Wahlvorschlag:* Dr. *Norbert Lammert* (CDU), vorgeschlagen durch die Fraktion der CDU/CSU *Wahlergebnis*: abgegebene Stimmen: 591 davon Ja-Stimmen: 498 Nein-Stimmen: 66 Enthaltungen: 27
	Wahl eines weiteren Stellvertreters des Präsidenten: *Wahlvorschlag:* Dr. *Antje Vollmer* (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), vorgeschlagen durch die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN *Wahlergebnis*: abgegebene Stimmen: 590 davon Ja-Stimmen: 378 Nein-Stimmen: 176 Enthaltungen: 36
	Wahl eines weiteren Stellvertreters des Präsidenten: *Wahlvorschlag:* Dr. *Hermann Otto Solms* (FDP), vorgeschlagen durch die Fraktion der FDP *Wahlergebnis*: abgegebene Stimmen: 581 davon Ja-Stimmen: 490 Nein-Stimmen: 62 Enthaltungen: 29

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 4.2.

4.3 Präsidium

Das Präsidium besteht aus dem Bundestagspräsidenten und seinen Stellvertretern, den Vizepräsidenten. Seit 1969 ist das Präsidium ein regelmäßig zusammentretendes Gremium, da mit der Änderung der Geschäftsordnung zu Beginn der 6. Wahlperiode der Bundestagspräsident Verträge von erheblicher Bedeutung nur im Benehmen mit seinen Stellvertretern schließen und andere bestimmte Aufgaben nur im Benehmen oder mit Zustimmung des Präsidiums wahrnehmen kann. Die Zahl der Präsidiumsmitglieder und der Stellenanteil der Fraktionen im Präsidium ist seit der 13. Wahlperiode geregelt.
Mit Beschluss des Bundestages vom 10. November 1994 wurde in § 2 Abs. 1 Satz 2 GOBT bestimmt:

„Jede Fraktion des Deutschen Bundestages ist durch mindestens einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin im Präsidium vertreten."

Zusammensetzung des Präsidiums

Wahl-periode	Stand	Zahl der Präsidi-ums-mitglieder	Aufgliederung nach Fraktionszugehörigkeit					
			BTPräs	Vizepräsidenten				
				CDU/ CSU	SPD	FDP	B 90/GR	PDS
13. WP 1994-1998	Beginn der WP	5	**CDU/ CSU**	1	1	1	1	–
14. WP 1998-2002	Beginn der WP	6	**SPD**	1	1	1	1	1
15. WP 2002-	Beginn der WP	5	**SPD**	1	1	1	1	–

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 4.3.

4.4 Ältestenrat

Die Aufgaben des Ältestenrates sind in § 6 Abs. 2 GOBT beschrieben:

„Der Ältestenrat unterstützt den Präsidenten bei der Führung der Geschäfte. Er führt eine Verständigung zwischen den Fraktionen über die Besetzung der Stellen der Ausschussvorsitzenden und ihrer Stellvertreter sowie über den Arbeitsplan des Bundestages herbei."

Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben ist der Ältestenrat kein Beschlussorgan, d. h. es wird nicht abgestimmt über bestimmte Vorschläge oder Vorlagen, sondern es werden Vereinbarungen zwischen den Fraktionen getroffen. Zum Beschlussorgan wird der Ältestenrat seit 1969 hingegen, wenn über die so genannten inneren Angelegenheiten zu entscheiden ist. Dazu heißt es in § 6 Abs. 3 GOBT:

„Der Ältestenrat beschließt über die inneren Angelegenheiten des Bundestages, soweit sie nicht dem Präsidenten oder dem Präsidium vorbehalten sind. Er verfügt über die Verwendung der dem Bundestag vorbehaltenen Räume. Er stellt den Voranschlag für den Haushaltseinzelplan des Bundestages auf, von dem der Haushaltsausschuss nur im Benehmen mit dem Ältestenrat abweichen kann."

Neben der traditionellen Aufgabe eines parlamentarischen Lenkungsgremiums sind dem Ältestenrat mit Änderung der Geschäftsordnung vom 1. Oktober 1969 auch die Aufgaben des früheren Vorstandes des Bundestages[1] zugefallen.
Zur Vorbereitung seiner Vereinbarungen und Beschlüsse setzt der Ältestenrat seit der 6. Wahlperiode (1969–1972) Unterkommissionen bzw. seit 1980 „Kommissionen" ein. (Vgl. dazu Kapitel 4.5.)

[1] Zum Vorstand des Deutschen Bundestages vgl. Datenhandbuch 1949 – 1999, Kapitel 4.4.

Zusammensetzung

Der Ältestenrat setzt sich aus dem Bundestagspräsidenten, den Vizepräsidenten und weiteren Mitgliedern zusammen, die von den Fraktionen im Verhältnis ihrer Stärke zu benennen sind. Ferner regelt die Geschäftsordnung seit 1969, dass die Zahl ausdrücklich auf „dreiundzwanzig weitere [...] Mitglieder“ festgeschrieben ist. Allerdings kann sich die Zahl erhöhen, sofern im Bundestag Gruppen vertreten sind und ihnen durch Beschluss des Bundestages die Entsendung eines Vertreters in den Ältestenrat zugebilligt worden ist.

Wahlperiode	Präsident	Vize-präsidenten	Zusätzliche Mitgliederzahl	Kabinettsmitglied	Gesamt-mitgliederzahl
13. WP 1994-1998	1	4	24	1	30
14. WP 1998-2002	1	5	23	1	30
15. WP 2002-	1	4	23	1	29

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 4.5

Vertreter des Kabinetts im Ältestenrat

Seit März 1950 benennt die Bundesregierung einen ständigen Vertreter des Bundeskabinetts im Ältestenrat.

Wahlperiode	a) Vertreter des Kabinetts b) dessen Stellvertreter
13. WP 1994-1998	a) BMin *Friedrich Bohl* b) Staatsminister *Anton Pfeifer* und Staatsminister *Bernd Schmidbauer*
14. WP 1998-2002	a) BMin *Bodo Hombach* (bis Juli 1999) Staatssekretär *Frank-Walter Steinmeier* (August 1999) Staatsminister *Hans Martin Bury* (ab September 1999) b) Staatssekretär *Frank-Walter Steinmeier* (bis Juli 1999) Staatsminister *Hans Martin Bury* (August 1999) Staatsminister *Rolf Schwanitz* (ab September 1999) Staatssekretär *Frank-Walter Steinmeier* (ab September 1999)
15. WP 2002-	a) Staatsminister *Rolf Schwanitz* b) Staatsministerin *Christina Weiss*

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 4.5.

4.5 Kommissionen des Ältestenrates und Kunstbeirat

Der Ältestenrat setzt zur Vorbereitung seiner Beschlüsse unterschiedlich benannte Unterkommissionen, bzw. seit 1980 „Kommissionen“ ein. Die Anzahl und genaue Bezeichnung dieser Kommissionen und die Namen ihrer Vorsitzenden gehen aus der folgenden Aufstellung hervor. In ihr sind auch vereinzelte Gremien enthalten, die der Bundestag mit teilweise anderer Zusammensetzung zur Vorberatung innerer Angelegenheiten (z.B. Parlamentsreform) eingesetzt hat. Der Kunstbeirat ist keine Kommission des Ältestenrates, wird aber vom Ältestenrat eingesetzt. Der Vorsitz des Kunstbeirates ist an das Amt des Bundestagspräsidenten gebunden.

13. Wahlperiode (1994-1998)

Bezeichnung der Kommissionen des Ältestenrates	Vorsitz
Kommission für die Rechtsstellung der Abgeordneten	Vizepräsident *Hans-Ulrich Klose* (SPD)
Kommission für die Raumverteilung	*Brigitte Baumeister* (CDU/CSU)
Kommission für Angelegenheiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abgeordneten	*Ina Albowitz* (FDP)
Kommission für soziale, dienst- und tarifrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Verlegung des Parlamentssitzes nach Berlin (Personal- und Sozialkommission)	Vizepräsident *Hans-Ulrich Klose* (SPD)
Kommission für die Verlegung des Bundestages von Bonn nach Berlin und für die Bauangelegenheiten des Bundestages in Bonn (Baukommission)	*Dietmar Kansy* (CDU/CSU)
Kommission für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und –medien (IuK-Kommission)	*Uwe Küster* (SPD)
Kommission für innere Angelegenheiten des Bundestages gem. § 6 Abs. 3, 4 GOBT[1]	*Eduard Oswald* (CDU/CSU)
Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages[2]	Vizepräsident *Hans-Ulrich Klose* (SPD)

[1] Diese Kommission nimmt nach Vereinbarung des Ältestenrates vom 16. Februar 1995 die bisher auf Grund § 6 Abs. 4 GOBT von den Kommissionen für Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs und der Dokumentation, für die Besucherbetreuung, für internationale Austauschprogramme sowie für Restaurantangelegenheiten betreuten Aufgaben und gegebenenfalls weitere innere Angelegenheiten wahr.

[2] Keine Kommission des Ältestenrates, sondern eine Kommission „sui generis“ ist die am 9. Oktober 1995 konstituierte „Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages“.

14. Wahlperiode (1998-2002)

Bezeichnung der Kommissionen des Ältestenrates	Vorsitz
Kommission für die Rechtsstellung der Abgeordneten	Vizepräsident *Rudolf Seiters* (CDU)
Kommission für die Raumverteilung	*Kristin Heyne* (B 90/DIE GRÜNEN)[1]
Kommission für Angelegenheiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abgeordneten	*Jürgen Koppelin* (FDP)
Kommission für soziale, dienst- und tarifrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Verlegung des Parlamentssitzes nach Berlin (Personal- und Sozialkommission)	Vizepräsidentin *Anke Fuchs* (SPD)
Kommission für die Verlegung des Bundestages von Bonn nach Berlin und für die Bauangelegenheiten des Bundestages in Bonn (Baukommission)	*Dietmar Kansy* (CDU/CSU)
Kommission für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und –medien (IuK-Kommission)	*Uwe Küster* (SPD)
Kommission für innere Angelegenheiten des Bundestages gem. § 6 Abs. 3, 4 GOBT	*Peter Ramsauer* (CDU/CSU)

15. Wahlperiode (2002-)

Bezeichnung der Kommissionen des Ältestenrates	Vorsitz
Kommission für die Rechtsstellung der Abgeordneten	Vizepräsident *Norbert Lammert* (CDU)
Kommission für die Raumverteilung	*Irmingard Schewe-Gerigk* (B 90/DIE GRÜNEN)
Kommission für Angelegenheiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abgeordneten	*Jürgen Koppelin* (FDP)
Kommission für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und -medien	Vizepräsidentin *Susanne Kastner* (SPD)
Kommission für innere Angelegenheiten des Bundestages gem. § 6 Abs. 3, 4 GOBT	*Peter Ramsauer* (CDU/CSU)

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 4.6.

[1] Der Vorsitz blieb nach dem Tod von *Kristin Heyne*, am 30. Januar 2002, vakant.

4.6 Zahl der Sitzungen

Die Statistik enthält die Zahl der Sitzungen des Präsidiums, des Ältestenrates und seiner Kommissionen.

	1. bis 12. WP 1949-1994	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
Sitzungen des Präsidiums	–[1]	94	82
Sitzungen des Ältestenrates	1293	84	88
Kommissionssitzungen des Ältestenrates	972	202	154

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 4.7.

4.7 Alterspräsidenten

Die hauptsächliche Funktion des Alterspräsidenten[2] ergibt sich aus § 1 Abs. 2 GOBT. Darin heißt es:

„In der ersten Sitzung des Bundestages führt das an Jahren älteste oder, wenn es ablehnt, das nächstälteste Mitglied des Bundestages den Vorsitz, bis der neugewählte Präsident oder einer seiner Stellvertreter das Amt übernimmt."

Dieser älteste Abgeordnete des Deutschen Bundestages wird im nachfolgenden Abs. 3 Satz 1 des § 1 GOBT als „Alterspräsident" bezeichnet.
Das Amt des Alterspräsidenten ist somit zunächst allein auf die Leitung der konstituierenden Sitzung beschränkt, die Einladung der gewählten Abgeordneten zur konstituierenden Sitzung erfolgt durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages der jeweiligen Wahlperiode zuvor. Dem Alterspräsidenten werden Leitungsbefugnisse bzw. Konstituierungskompetenzen zugestanden, die sonst dem Bundestagspräsidenten zustehen. Die Ordnungsgewalt steht ihm insoweit zu, als sie für die Durchführung der Wahl des Bundespräsidenten erforderlich sind.

§ 8 („Sitzungsvorstand") Abs. 2 Satz 2 GOBT regelt ferner:

„Sind Präsident und Stellvertreter gleichzeitig verhindert, so übernimmt der Alterspräsident die Leitung."

Damit kommt dem Alterspräsidenten auch eine Rolle als Stellvertreter des Bundestagspräsidenten zu, die jedoch bei Abwesenheit des Alterspräsidenten auch vom ältesten Abgeordneten wahrgenommen werden kann.

Wahlperiode	Alterspräsident	Bemerkungen
13. WP 1994-1998	*Stefan Heym* (PDS) * 10. April 1913	Mandatsniederlegung am 31. Oktober 1995
14. WP 1998-2002	*Fred Gebhardt* (PDS) * 27. Februar 1928	während der Wahlperiode am 15. August 2000 verstorben
15. WP 2002-	*Otto Schily* (SPD) * 20. Juli 1932	

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 4.8.

[1] Präsidiumssitzungen werden erst seit der 6. Wahlperiode gezählt. Demnach waren es von der 6. bis 12. Wahlperiode insgesamt 533 Sitzungen.

[2] Vgl. dazu auch *Heinrich Wilhelm Klopp*, Das Amt des Alterspräsidenten im Deutschen Bundestag. Historische Entwicklung, Bestellung, Befugnisse und Rechtsstellung einer Institution des deutschen Parlamentarismus. Berlin 2000. (Beiträge zum Parlamentsrecht; Bd. 48).

5 Fraktionen und Gruppen

Überblick **Seite**

5.1 Bildung von Fraktionen und Gruppen 245
– Fraktionsbildung
– Gruppenbildung

5.2 Fraktionen und Gruppen: Statistik 247

5.3 Fraktionen und Gruppen der einzelnen Wahlperioden 247
– Mandatsanteile der CSU-Landesgruppe innerhalb der CDU/CSU-Fraktion

5.4 Fraktionsstärke und Fraktionswechsel 248

5.5 Bilanz der Fraktionswechsel (bzw. -stärke) für die einzelnen Fraktionen 251

5.6 Vorstände der Fraktionen und Gruppen 251

5.7 Partei- und Fraktionsvorsitzende 259

5.8 Arbeitskreise und Arbeitsgruppen 260

5.9 Hilfsdienste der Fraktionen und Gruppen 272
– Zahl der Fraktionsmitarbeiter
– Personalausgaben für Fraktionsmitarbeiter
– Personaltausch im Bereich der Fraktionen im Zusammenhang mit dem Umzug von Bonn nach Berlin

5.10 Sonstige im Bundestag vertretene Parteien 274

5.1 Bildung von Fraktionen und Gruppen

Die Fraktionen sind mit eigenen Rechten ausgestattete Teile des Bundestages. Aufgrund ihrer Eigenständigkeit sind sie berechtigt, Rechte des Bundestages und eigene Rechte, die das Grundgesetz einräumt, vor dem Bundesverfassungsgericht geltend zu machen. Die Fraktionen sind aber keine Organe des Bundestages, da sie von ihm weder eingesetzt werden noch Aufträge oder Weisungen erhalten; sie sind vielmehr von der Organisationsgewalt des Bundestages unabhängige Vereinigungen von Mitgliedern des Bundestages, die sich zur gemeinsamen Verfolgung politischer Ziele zusammengeschlossen haben[1].

Fraktionsbildung

Die Geschäftsordnung des Bundestages knüpft die Bildung einer Fraktion an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen wie Mindestmitgliederzahl und die Zugehörigkeit zur gleichen Partei. Diese Bedingungen sind zuletzt in § 10 Abs. 1 GOBT, durch Beschluss vom 27. März 1969, geändert worden:

„Die Fraktionen sind Vereinigungen von mindestens fünf Prozent der Mitglieder des Bundestages, die derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die auf Grund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Land miteinander in Wettbewerb stehen. Schließen sich Mitglieder des Bundestages abweichend von Satz 1 zusammen, bedarf die Anerkennung als Fraktion der Zustimmung des Bundestages."

Diese Änderung beseitigte das Erfordernis der Zustimmung des Bundestages zur Bildung einer Fraktion der CDU/CSU.

Auf Grund der gesetzlichen Mitgliederzahl[2] ergaben sich seit 1994 folgende Fraktionsmindeststärken.

	Stand	gesetzliche Mitgliederzahl	Fraktionsmindeststärke
13. WP 1994–1998	gesamte WP	672	34
14. WP 1998–2002	Beginn der WP	669	34
	ab 9.8.2000	668	34
	ab 7.6.2001	667	34
	ab 1.7.2001	666	34
	ab 13.9.2002	665	34
15. WP 2002–[3]	Beginn der WP	603	31

Gruppenbildung

Abgeordnete, deren Zusammenschluss die Fraktionsmindeststärke nicht erreicht, können sich gemäß § 10 Abs. 4 GOBT zu einer Gruppe zusammenschließen, wenn der Bundestag diesem zustimmt. Ob die erforderliche Gruppenstärke vorhanden ist, entscheidet der Bundestag mittels der Anerkennung oder Ableh-

[1] Nach: *Hans Troßmann*, Der Deutsche Bundestag. Vorgeschichte und Leistungen, Organisation und Arbeitsweise. Darmstadt 1971. S. 101–102.
[2] Vgl. dazu Kapitel 2.1.
[3] Stand: 31. März 2003.

nung als Gruppe. Die Geschäftsordnung räumt Gruppen keinerlei den Fraktionen zuerkannte Rechte ein. 1960 wurde entschieden, dass fünf Abgeordnete eine Gruppe bilden können.

Die Frage der Gruppenbildung und der Rechte von Gruppen innerhalb des Bundestages bekam erst seit der Vereinigung Deutschlands Bedeutung. Zum Ende der 11. Wahlperiode, in der 12. sowie in der 13. Wahlperiode waren Parteien und politische Gruppen in den Bundestag gewählt worden, deren Mandatsanteil unter fünf Prozent lagen. Bei der Wahl zum 13. Bundestag profitierte die PDS von einer Wahlrechtsbestimmung aus dem Jahr 1956, wonach Parteien bei der Mandatsverteilung berücksichtigt werden, wenn sie in mindestens drei Wahlkreisen einen Sitz errungen haben. Die PDS erreichte – auf das Bundesgebiet umgerechnet – zwar nur einen Zweitstimmenanteil von 4,4%, dafür aber vier Direktmandate, und sie zog so mit 30 Abgeordneten in den Bundestag ein. Die Mehrheit des Bundestages lehnte auf Empfehlung des Ältestenrates die Anerkennung der PDS als Fraktion ab. Stattdessen wurden die Antragsteller als Gruppe anerkannt. Der Bundestag konkretisierte für die Gruppe der PDS am 9. März 1995 die in der 13. Wahlperiode einzuräumenden Rechte (Drucksache 13/684):

„2. Die Gruppe erhält für die 13.Wahlperiode folgende Rechte:

a) Die Gruppe ist berechtigt, entsprechend § 12 Satz 1 GOBT ordentliche und stellvertretende Mitglieder in die Fachausschüsse zu entsenden. Die von der Gruppe entsandten Mitglieder haben die gleichen Rechte wie die von den Fraktionen entsandten Mitglieder. Ihnen stehen die einer ‚Fraktion im Ausschuss' in den Bestimmungen des VII. Abschnitts der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eingeräumten Rechte zu. Soweit die Gruppe in Fachausschüssen vertreten ist, muss sie auf Verlangen entsprechend § 55 Abs. 3 GOBT in Unterausschüssen vertreten sein.

b) Für die Berechtigung der Gruppe, Mitglieder in Untersuchungsausschüsse zu entsenden, gilt § 12 Satz 1 GOBT entsprechend; das gleiche gilt für die Berechtigung, Mitglieder in Enquete-Kommissionen zu entsenden. Soweit die Gruppe mit einem Mitglied in Enquete-Kommissionen vertreten ist, findet § 56 Abs. 2 GOBT entsprechende Anwendung.

c) Die Gruppe kann ein Mitglied in den Ältestenrat entsenden. Das von der Gruppe entsandte Mitglied tritt zu den in § 6 Abs. 1 GOBT vorgesehenen Mitgliedern des Ältestenrates hinzu. Es hat Stimmrecht, soweit der Ältestenrat über die inneren Angelegenheiten des Deutschen Bundestages beschließt. Soweit der Ältestenrat kein Beschlussorgan ist, kann Einvernehmen durch Konsens der Fraktionen hergestellt werden.

d) Die Gruppe erhält das Recht, Gesetzentwürfe, Anträge, Entschließungsanträge sowie Große und Kleine Anfragen einzubringen. Für das Verlangen auf Beratung ihrer Gesetzentwürfe stehen der Gruppe die den Fraktionen zustehenden geschäftsordnungsrechtlichen Befugnisse zu. Die Gruppe kann die Aufsetzung ihrer Vorlagen auf die Tagesordnung gemäß § 20 Abs. 4 GOBT und die Erstattung von Zwischenberichten zu eigenen Vorlagen entsprechend § 62 Abs. 2 GOBT verlangen. Sie kann der Ausschussüberweisung ihrer Entschließungsanträge gemäß § 88 Abs. 2 Satz 1 GOBT widersprechen. Für eigene Große Anfragen hat sie die Rechte gemäß § 101 Satz 3 und § 102 Satz 2 GOBT.

e) Der Gruppe wird das Recht zugestanden, pro Jahr eine noch festzulegende Zahl von Aktuellen Stunden zu verlangen. Im übrigen kann die Gruppe Geschäftsordnungsanträge sowie geschäftsordnungsrechtliche Verlangen und Widerspruchsrechte, deren Geltendmachung den Fraktionen oder fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages vorbehalten ist, dann einbringen, wenn der Antrag, das Verlangen oder der Widerspruch von mindestens 34 Mitgliedern des Bundestages unterstützt wird.

f) Die Gruppe erhält Redezeit entsprechend ihrer Stärke im Verhältnis zu den Fraktionen des Deutschen Bundestages und nach näherer Vereinbarung im Ältestenrat.

g) Dem Vorsitzenden der Gruppe werden die Rechte zuerkannt, die ein Vorsitzender einer Fraktion des Deutschen Bundestages entsprechend der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages besitzt.

h) Die Gruppe erhält die für ihre parlamentarische Arbeit erforderliche finanzielle, technische und personelle Unterstützung. Hierfür werden ihr der hälftige Grundbetrag sowie der Zuschlag entsprechend ihrer Stärke einschließlich der besonderen Zuschläge für die Opposition gewährt; sie erhält für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 1994 einen ihrer Stärke entsprechenden Sondergrundbetrag und einen Anteil an den Zuschüssen für internationale Zusammenarbeit."

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 5.1.

5.2 Fraktionen und Gruppen: Statistik

Die folgende Statistik enthält Angaben über die Anzahl der Fraktionen und Gruppen zu Beginn und am Ende der Wahlperioden sowie über die Anzahl der Sitzungen dieser Fraktionen und Fraktionsvorstände bzw. Gruppen und Gruppenvorstände.

	13. WP 1994–1998	14. WP 1998–2002	15. WP 2002–
Zahl der Fraktionen (zu Beginn der WP)	4	5	4
Zahl der Fraktionen (am Ende der WP)	4	5	
Zahl der Gruppen (zu Beginn der WP)	1	0	0
Zahl der Gruppen (am Ende der WP)	1	0	
Fraktions- und Fraktionsvorstandssitzungen	777	1098	
Gruppen- und Gruppenvorstandssitzungen	198	0	

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 5.2.

5.3 Fraktionen und Gruppen der einzelnen Wahlperioden

Die folgende Tabelle weist die zu Beginn einer jeden Wahlperiode des Bundestages bestehenden Fraktionen und Gruppen sowie die Zahl ihrer Mitglieder nach. Sämtliche Fraktionswechsel und die sich daraus ergebenden fortlaufenden Veränderungen der Fraktions- bzw. Gruppenstärken sind in einer chronologisch-tabellarischen Darstellung in Kapitel 5.4 enthalten.

Fraktion/Gruppe	13. WP 1994–1998		14. WP 1998–2002		15. WP 2002–	
	Beginn	Ende	Beginn	Ende	Beginn	Ende
CDU/CSU	294	295	245	245	248	
SPD	252	251	298	292	251	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	49	48	47	47	55	
FDP	47	47	43	43	47	
PDS	30	30	36	37	–	
fraktionslos	–	1	–	1	2	

Mandatsanteile der CSU-Landesgruppe innerhalb der CDU/CSU-Fraktion

Zu den Besonderheiten zählt es, dass die CDU/CSU-Fraktion sich aus zwei Parteien, der CDU und der CSU zusammensetzt. Den rechtlichen Rahmen für den Zusammenschluss von CDU und CSU zu einer Fraktion bildet § 55 Abs. 1 Satz 1 der Geschäftsordnung des Bundestages. Danach können sich Mitglieder des Bundestages, die derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die aufgrund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Land miteinander im Wettbewerb stehen, sich zu Fraktionen zusammenschließen. CDU und CSU treffen zu Beginn einer Wahlperiode im Vorfeld der Erarbeitung einer „Arbeitsordnung“ eigens „Vereinbarungen über die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft“.

Wahl-periode	Mandate der CDU/CSU-Fraktion	davon Mandate der CSU-Landesgruppe	
	Anzahl	Anzahl	in %
13. WP 1994–1998	294	50	17,0
14. WP 1998–2002	245	47	19,2
15. WP 2002–	248	58	23,4

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 5.3.

5.4 Fraktionsstärke und Fraktionswechsel

Während einer Wahlperiode können sich die zu Beginn einer Wahlperiode bestehenden Fraktionsstärken verändern. Gründe können sein:

– Wechsel der Fraktion durch einzelne Abgeordnete;
– Abspaltungen oder auch Fusionen von Fraktionen und Gruppen;
– Veränderung der Fraktionsstärke sowie der Gesamtzahl der Mitglieder des Deutschen Bundestages aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 26. Februar 1998. Demzufolge wird ein ausgeschiedenes oder verstorbenes direkt gewähltes Mitglied des Deutschen Bundestages solange nicht durch Nachrücken von der Landesliste ersetzt, wie aus dem betreffenden Bundesland Überhangmandate für die betreffende Partei bestehen;
– Mandatsaberkennungen.

13. Wahlperiode (1994–1998)									
Datum	Bemerkungen	Bei Fraktionswechsel		Veränderungen der Fraktions- bzw. Gruppenstärke					
		alte Fraktion	neue Fraktion	CDU/CSU	SPD	B 90/GR	FDP	PDS	Fraktionslos
16.10.1994 10.11.1994	Mandatsverteilung aufgrund des Wahlergebnisses/Fraktionen und Gruppen des 13. Bundestages	–	–	294	252	49	47	30	–
8.10.1996	FrW: *Kurt Neumann*	SPD	frtl.		251				1
16./17.12.1996	FrW: *Vera Lengsfeld*	B90/GR	CDU/CSU	295		48			

14. Wahlperiode (1998–2002)									
Datum	Bemerkungen	Bei Fraktionswechsel		Veränderungen der Fraktionsstärke					
		alte Fraktion	neue Fraktion	SPD	CDU/CSU	B 90/GR	FDP	PDS	Fraktionslos
27.9.1998 26.10.1998	Mandatsverteilung aufgrund des Wahlergebnisses/ Fraktionen des 14. Bundestages	–	–	298	245	47	43	36	
28.9.1998	FrW: *Uwe Hiksch*	SPD	frtl.	297					1
5.10.1998	FrW: *Uwe Hiksch*	frtl.	PDS					37	0
9.8.2000	Tod von *Ilse Schumann* ohne Nachrükker	SPD	–	296					
6.6.2001	Ausscheiden von *Olaf Scholz* ohne Nachrücker	SPD	–	295					
30.6.2001	Ausscheiden von *Eberhard Brecht* ohne Nachrücker	SPD	–	294					
14./15.11.2002	FrW: *Christa Lörcher*	SPD	frtl.	293					1
13.9.2002	Ausscheiden von *Peter Friedrich* ohne Nachrücker	SPD		292					

15. Wahlperiode (2002–[1])								
Datum	Bemerkungen	Bei Fraktionswechsel		Veränderungen der Fraktions- bzw. Gruppenstärke				
		alte Fraktion	neue Fraktion	SPD	CDU/CSU	B 90/GR	FDP	Fraktionslos
22.9.2002 17.10.2002	Mandatsverteilung aufgrund des Wahlergebnisses/Fraktionen des 15. Bundestages	–	–	251	248	55	47	2[2]
11.2.2003	FrW: *Jürgen W. Möllemann*	FDP	frtl.				46	3

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 5.4.

[1] Stand: 31. März 2003.
[2] Beide fraktionslose Abgeordnete waren Mitglied der PDS.

5.5 Bilanz der Fraktionswechsel (bzw. -stärke) für die einzelnen Fraktionen

Eine „Bilanz“ der Fraktionswechsel und des Ausscheidens von Abgeordnete aus Ländern mit Überhangmandaten für jede Fraktion enthält die folgende Tabelle. Für die einzelnen Wahlperioden ist der Gewinn und Verlust an Mandaten infolge von ausscheidenden oder beitretenden Abgeordneten angegeben.

Fraktion	Wahlperiode	Gewinne/ Verluste	Summe
CDU/CSU	13.	+ 1 – 0	+ 1
	14.	± 0	± 0
SPD	13.	+ 0 – 1	– 1
	14.	+ 0 – 5	– 5
FDP	13.	± 0	± 0
	14.	± 0	± 0
B 90/DIE GRÜNEN	13.	+ 0 – 1	– 1
	14.	± 0	± 0
PDS	13.	± 0	± 0
	14.	– 0 + 1	+ 1

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 5.6.

5.6 Vorstände der Fraktionen und Gruppen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
Wahlperiode	Fraktionssprecher(innen) / Fraktionsvorsitzende(r) - gleichberechtigt -	Parlamentarische Geschäftsführer(innen)
13. WP 1994–1998	1) *Joseph Fischer* 2) *Kerstin Müller*	1) *Werner Schulz* 2) *Simone Probst* (Stv. Parlamentarische Geschäftsführerin) 3) *Margareta Wolf-Mayer*[1] (Stv. Parlamentarische Geschäftsführerin)

[1] Ab 24. März 1995 Namensänderung: *Margareta Wolf.*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
Wahlperiode	Fraktionssprecher(innen) / Fraktionsvorsitzende(r) - gleichberechtigt -	Parlamentarische Geschäftsführer(innen)
14. WP 1998–2002	1) *Kerstin Müller* 2) *Rezzo Schlauch*	1) *Kristin Heyne* (1. Parlamentarische Geschäftsführerin) (bis †30.1.2002) *Katrin Dagmar Göring-Eckardt* (1. Parlamentarische Geschäftsführerin) (ab 19. 2. 2002) 2) *Katrin Dagmar Göring-Eckardt* (Parlamentarische Geschäftsführerin) (bis 19.2.2002) *Ekin Deligöz* (Parlamentarische Geschäftsführerin) (ab 19.2.2002) 3) *Steffi Lemke* (Parlamentarische Geschäftsführerin)
15. WP 2002–[1]	1) *Katrin Dagmar Göring-Eckardt* 2) *Krista Sager*	1) *Volker Beck* (1. Parlamentarischer Geschäftsführer) 2) *Irmingard Schewe-Gerigk* (Parlamentarische Geschäftsführerin) 3) *Ekin Deligöz* (Parlamentarische Geschäftsführerin)

Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in Bayern (CDU/CSU)					
Wahlperiode	Vorsitzender/ Vorsitzende	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Justitiare Arbeitsgruppen -vorsitzende, Gruppenvorsitzende	Sonst. Vorst.-mitgl.[2]
13.WP 1994–1998	*Wolfgang Schäuble* (CDU)	1) 1. Stv. Vors.[3]: *Michael Glos* (CSU) 2) *Gerhard Friedrich* (CSU) 3) *Heiner Geißler* (CDU) 4) *Paul Krüger* (CDU) 5) *Hans-Peter Repnik* (CDU) 6) *Hannelore Rönsch* (CDU)	1) 1. Parl. Geschf.: *Joachim Hörster* (CDU) 2) Stv. d. 1. Parl. Geschf.: *Eduard Oswald* (CSU) (bis 14.1.1998) *Peter Ramsauer* (CSU) (ab 15.1.1998)	*Reinhard Göhner* (CDU) (Justitiar) *Gerhard Scheu* (CSU) (Justitiar) - - - - - - - - - - - - - Die Namen der Arbeitsgruppen -vorsitzenden siehe unter Kapitel 5.8 - - - - - - - - - - - - - Vorsitzende der sonst. Gruppen:	13

[1] Stand: 31. März 2003.
[2] Der bei Vorstandssitzungen mitberatungsberechtigte Personenkreis ist in § 6 Abs. 2 der Arbeitsordnung der CDU/CSU im Einzelnen aufgeführt. Für den Wortlaut der Arbeitsordnung vgl. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, S. 947.
[3] Zugleich Vorsitzender der CSU-Landesgruppe.

Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in Bayern (CDU/CSU)					
Wahlperiode	Vorsitzender/ Vorsitzende	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Justitiare Arbeitsgruppen -vorsitzende, Gruppenvorsitzende	Sonst. Vorst.-mitgl.
noch: 13.WP 1994–1998		7) *Rupert Scholz* (CDU) 8) *Rudolf Seiters* (CDU)	3) *Brigitte Baumeister* (CDU) 4) *Andreas Schmidt* (CDU) 5) *Clemens Schwalbe* (CDU)	*Joseph-Theodor Blank* (CDU) (Kommunalpolitik) *Hansjürgen Doss* (CDU) (Mittelstand) *Heinz-Adolf Hörsken* (CDU) (bis † 23.2.1996) *Wolfgang Vogt* (CDU) (ab 21.5.1996) (Arbeitnehmer) *Hartmut Koschyk* (CSU) (Vertriebene und Flüchtlinge) *Bärbel Sothmann* (CDU) (Frauen)	
14. WP 1998–2002	bis 29.2.2000 *Wolfgang Schäuble* (CDU)	bis 29.2.2000: 1) 1. Stv. Vors.[1]: *Michael* Glos (CSU) 2) *Hermann Kues* (CDU) 3) *Michael Luther* (CDU) 4) *Friedrich Merz* (CDU) 5) *Hannelore Rönsch* (CDU) 6) *Volker Rühe* (CDU) 7) *Jürgen Rüttgers* (CDU) 8) *Horst Seehofer* (CSU)	bis 29.2.2000: 1) 1. Parl. Geschf.: *Hans-Peter Repnik* (CDU) 2) Stv. d. 1. Parl. Geschf.: *Peter Ramsauer* (CSU) 3) *Brigitte Baumeister* (CDU) 4) *Manfred Grund* (CDU) 5) *Joachim Hörster* (CDU)	bis 29.2.2000: *Wolfgang Bötsch* (CSU) (Justitiar) *Andreas Schmidt* (CDU) (Justitiar) - - - - - - - - - - - - - Die Namen der Arbeitsgruppen -vorsitzenden siehe unter Kapitel 5.8 - - - - - - - - - - - - - Vorsitzende/Sprecher der sonst. Gruppen: *Hansjürgen Doss* (CDU) (Mittelstand) *Peter Götz* (CDU) (Kommunalpolitik) *Hermann Gröhe* (CDU) Menschen-rechte und humanitäre Hilfe	13

[1] Zugleich Vorsitzender der CSU-Landesgruppe.

Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in Bayern (CDU/CSU)					
Wahlperiode	Vorsitzender/ Vorsitzende	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Justitiare Arbeitsgruppen -vorsitzende, Gruppenvorsitzende	Sonst. Vorst.-mitgl.
noch: 14. WP 1998–2002				*Dietmar Kansy* (CDU) (Bau- und Wohnungswesen) *Hartmut Koschyk* (CSU) (Vertriebene und Flüchtlinge) *Karl-Josef Laumann* (CDU) (Arbeitnehmer) *Klaus Riegert* (CDU) (Sport) *Bärbel Sothmann* (CDU) (Frauen)	
noch: 14. WP	ab 29.2.2000: *Friedrich Merz* (CDU)	ab 29.2.2000: 1) 1. Stv. Vors.[1]: *Michael* Glos (CSU) 2) *Maria Böhmer* (CDU) 3) *Wolfgang Bosbach* (CDU) 4) *Klaus Lippold* (CDU) 5) *Günter Nooke* (CDU) 6) *Peter Rauen* (CDU) 7) *Volker Rühe* (CDU) 8) *Horst Seehofer* (CSU)	ab 29.2.2000: 1) 1. Parl. Geschf.: *Hans-Peter Repnik* (CDU) 2) Stv. d. 1. Parl. Geschf.: *Peter Ramsauer* (CSU) 3) *Manfred Grund* (CDU) 4) *Eckart von Klaeden* (CDU) 5) *Birgit Schnieber-Jastram* (CDU) (bis 6.11.2001), *Ilse Falk* (CDU) (ab 6.11.2001	ab 29.2.2000: *Wolfgang Bötsch* (CSU) (Justitiar) *Andreas Schmidt* (CDU) (Justitiar) - - - - - - - - - - - - - Die Namen der Arbeitsgruppen-vorsitzenden siehe unter Kapitel 5.8 - - - - - - - - - - - - - Vorsitzende/ Sprecher der sonst. Gruppen: *Hansjürgen Doss* (CDU) (Mittelstand) *Peter Götz* (CDU) (Kommunal-politik) *Hermann Gröhe* (CDU) (Menschenrechte u. humanitäre Hilfe)	13

[1] Zugleich Vorsitzender der CSU-Landesgruppe.

Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in Bayern (CDU/CSU)					
Wahlperiode	Vorsitzender/ Vorsitzende	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Justitiare Arbeitsgruppen -vorsitzende, Gruppenvorsitzende	Sonst. Vorst.-mitgl.
noch: 14. WP				*Dietmar Kansy* (CDU) (Bau- und Wohnungswesen) *Hartmut Koschyk* (CSU) (Vertriebene und Flüchtlinge) *Annette Widmann-Mauz* (CDU) (Frauen) *Gerald Weiß* (CDU) (Arbeitnehmer)	
15.WP 2002–[1]	*Angela Merkel* (CDU)	1) 1. Stv. Vors.[2]): *Michael Glos* (CSU) 2) *Wolfgang Schäuble* (CDU) 3) *Wolfgang Bosbach* (CDU) 4) *Friedrich Merz* (CDU) 5) *Horst Seehofer* (CSU) 6) *Maria Böhmer* (CDU) 7) *Klaus W. Lippold* (CDU) 8) *Gerda Hasselfeldt* (CSU) 9) *Arnold Vaatz* (CDU)	1) 1. Parl. Geschf.: *Volker Kauder* (CDU) 2) Stv. d. 1. Parl. Geschf.: *Peter Ramsauer* (CSU) 3) *Ilse Falk* (CDU) 4) *Manfred Grund* (CDU) 5) *Eckart von Klaeden* (CDU)	*Roland Pofalla* (CDU) (Justitiar) *Hans-Peter Friedrich* (CSU) (Justitiar) - - - - - - - - - - - - - Die Namen der Arbeitsgruppen-vorsitzenden siehe unter Kapitel 5.8 - - - - - - - - - - - - - *Peter Götz* (CDU) (Kommunalpolitik) *Günter Krings* (CDU) (Junge Gruppe) *Erwin Marschewski* (CSU) (Vertriebene und Flüchtlinge) *Hartmut Schauerte* (CDU) (Mittelstand) *Gerald Weiß* (CDU) (Arbeitnehmer) *Annette Widmann-Mauz* (CDU) (Frauen)	15

[1] Stand: 31. März 2003.
[2] Zugleich Vorsitzender der CSU-Landesgruppe.

Freie Demokratische Partei (FDP)				
Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Vorstands-mitglieder kraft Amtes
13. WP 1994–1998	*Hermann Otto Solms*	1) *Wolfgang Weng* 2) *Ulrich Irmer* 3) *Uwe-Bernd Lühr*	1) *Jörg van Essen* 2) *Ina Albowitz* 3) *Ulrich Heinrich*	*Burkhard Hirsch* (Bundestagsvize-präsident)
14. WP 1998–2002	*Wolfgang Gerhardt*	1) *Rainer Brüderle* 2) *Walter Hirche* 3) *Klaus Kinkel* 4) *Cornelia Pieper* (bis 19.6.2001) *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* (ab 19.6.2001)	1) *Jörg van Essen* 2) *Ulrich Heinrich* 3) *Jürgen Koppelin*	*Hermann Otto Solms* (Bundestagsvize-präsident)
15. WP 2002–[1]	*Wolfgang Gerhardt*	1) *Rainer Brüderle* 2) *Birgit Homburger* 3) *Werner Hoyer* 4) *Carl-Ludwig Thiele*	1) *Jörg van Essen* 2) *Jürgen Koppelin* 3) *Ernst Burgbacher*	*Hermann Otto Solms* (Bundestagsvizepräsi-dent)

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)				
Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Stellvertretende Parla-mentarische Geschäfts-führer
13. WP 1994–1998	*Gregor Gysi*	1) *Christa Luft* 2) *Heide Knake-Werner*	*Manfred Müller* (bis 25.8.1995), *Dagmar Enkelmann* (ab 25.8.1995)	1) *Dagmar Enkelmann* (bis 25.8.1995) *Ruth Fuchs* (ab 25.8.1995) 2) *Barbara Höll* 3) *Rosel Neuhäuser* (ab 11.9.1996)
14. WP 1998–2002	bis 2.10.2000: *Gregor Gysi* ab 2.10.2000: *Roland Claus*	bis 2.10.2000: 1) *Christa Luft* 2) *Heide Knake-Werner* 3) *Wolfgang Gehrcke* ab 2.10.2000: 1) *Christa Luft* 2) *Petra Pau* 3) *Wolfgang Gehrcke*	bis 2.10.2000: *Roland Claus* ab 2.10.2000: *Heidi Knake-Werner (bis 22.01.2002)* *Rolf Kutzmutz* (ab 22.01.2002)	bis 2.10.2000: 1) *Barbara Höll* 2) *Ruth Fuchs* ab 2.10.2000: 1) *Ruth Fuchs* 2) *Barbara Höll* 3) *Angela Marquardt*

[1] Stand: 31. März 2003.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)					
Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Vorstands-mitglieder kraft Amtes	Sonst. Vorst. mitgl.
13. WP 1994–1998	*Rudolf Scharping*	*Rudolf Dreßler* *Anke Fuchs* *Ingrid Matthäus-Maier* *Otto Schily* *Wolfgang Thierse* *Günter Verheugen* (bis 18.3.1997) *Ottmar Schreiner* (ab 18.3.1997)	*Peter Struck* (Erster Parlamentarischer Geschäftsführer) *Wolf-Michael Catenhusen* *Katrin Fuchs* *Uwe Küster* *Wilhelm Schmidt*	*Hans-Ulrich Klose* (Bundestagsvizepräsident)	30
14. WP 1998–2002	*Peter Struck* (bis 19.7. 2002) *Ludwig Stiegler* (19.7.2002 bis 24.7. 2002 kommissarischer Vors.; ab 25. 7. 2002 gewählter Vors.)	*Rudolf Dreßler* (bis 11.9.2000), *Gudrun Schaich-Walch* (11.9.2000 bis 23.1.2001) *Franz Thönnes* (ab 23.1.2001) *Gernot Erler* *Iris Gleicke* *Sabine Kaspereit* *Ingrid Matthäus-Maier* (bis 3.5.1999) *Joachim Poß* (ab 3.5.1999) *Michael Müller* *Ulla Schmidt* (bis 12. 1.2001) *Hildegard Wester* (ab 23.1.2001) *Ernst Schwanhold* (bis 14.3.2000) *Norbert Wieczorek* (ab 14.3.2000) *Ludwig Stiegler* (bis 24.7.2002)	*Wilhelm Schmidt* (Erster Parlamentarischer Geschäftsführer) *Ilse Janz* *Susanne Kastner* *Uwe Küster* *Angelica Schwall-Düren*	*Wolfgang Thierse* (Bundestagspräsident) *Anke Fuchs* (Bundestagsvizepräsidentin)	30

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)					
Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Vorstands-mitglieder kraft Amtes	Sonst. Vorst. mitgl.
15. WP 2002–[1]	*Franz Müntefering*	*Gernot Erler* *Hans-Joachim Hacker* *Nicolette Kressl* *Michael Müller* *Joachim Poß* *Gudrun Schaich-Walch* *Angelica Schwall-Düren* *Ludwig Stiegler*	*Wilhelm Schmidt* (erster Parlamentarischer Geschäftsführer) *Nina Hauer* *Ute Kumpf* *Uwe Küster*	*Wolfgang Thierse* (Bundestagspräsident) *Susanne Kastner* (Bundestagsvizepräsidentin	30

Landesgruppe der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU-Landesgruppe)				
Wahlperiode	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende	Parlamentarische Geschäftsführer	Sonst. Vorst. mitgl.[2]
13. WP 1994–1998	*Michael Glos*	1) *Otto Regenspurger* 2) *Kurt J. Rossmanith*	*Eduard Oswald* (bis 14.1.1998), *Peter Ramsauer* (ab 15.1.1998)	9
14. WP 1998–2002	*Michael Glos*	1) *Hansgeorg Hauser* 2) *Bernd Protzner*	*Peter Ramsauer*	7
15. WP 2002–[3]	*Michael Glos*	1) *Ilse Aigner* 2) *Gerd Müller* 3) *Max Straubinger*	*Peter Ramsauer*	8

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 5.7.

[1] Stand: 31. März 2003.
[2] Zusätzlich zu den bereits genannten Mitgliedern sind im CSU-Landesgruppenvorstand die von der CSU zu bestimmenden weiteren zwei stellvertretenden Vorsitzenden der Gesamtfraktion sowie die der CSU angehörenden Vorsitzenden der Fraktionsarbeitsgruppen vertreten.
[3] Stand: 31. März 2003.

5.7 Partei- und Fraktionsvorsitzende

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN			
Wahl-periode	Fraktionssprecher(innen)	Parteisprecher(innen)	
13. WP 1994–1998	*Joseph Fischer* *Kerstin Müller*	1993–1994 1991–1994 1994–1996 1996–1998	*Marianne Birthler* *Ludger Volmer* *Krista Sager* *Jürgen Trittin* *Gunda Röstel* *Jürgen Trittin*
14. WP 1998–2002	*Kerstin Müller* *Rezzo Schlauch*	1998–2000 2000–2001 2001–2002	*Antje Radcke* *Gunda Röstel* *Renate Künast* *Fritz Kuhn* *Claudia Roth* *Fritz Kuhn*
15. WP 2002–[1]	*Katrin Dagmar Göring-Eckardt* *Krista Sager*		*Angelika Beer* *Reinhard Bütikofer*

Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in Bayern (CDU/CSU)			
Wahl-periode	Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU	Parteivorsitzende der CDU	der CSU
13. WP 1994–1998	1994–1998 *Wolfgang Schäuble*	1973–1998 *Helmut Kohl*	1988–1999 *Theodor Waigel*
14. WP 1998–2002	1998–2000 *Wolfgang Schäuble* ab 2000 *Friedrich Merz*	1998–2000 *Wolfgang Schäuble* ab 2000 *Angela Merkel*	ab 1999 *Edmund Stoiber*
15. WP 2002–[2]	*Angela Merkel*		

Freie Demokratische Partei (FDP)			
Wahlperiode	Fraktionsvorsitzende	Parteivorsitzende	
13. WP 1994–1998	*Hermann Otto Solms*	1993–1995 ab 1995	*Klaus Kinkel* *Wolfgang Gerhardt*
14. WP 1998–2002	*Wolfgang Gerhardt*	bis 2001 ab 2001	*Wolfgang Gerhardt* *Guido Westerwelle*
15. WP 2002–[3]	*Wolfgang Gerhardt*		

[1] Stand: 31. März 2003.
[2] Stand: 31. März 2003.
[3] Stand: 31. März 2003.

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)				
Wahlperiode	Fraktionsvorsitzende		Parteivorsitzende	
14. WP 1998–2002	ab 1998 ab 2000	*Gregor Gysi* *Roland Claus*	ab 1993	*Lothar Bisky*

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)				
Wahlperiode	Fraktionsvorsitzende		Parteivorsitzende	
13. WP 1994–1998	1994–98	*Rudolf Scharping*	bis 1995 1995–1999	*Rudolf Scharping* *Oskar Lafontaine*
14. WP 1998–2002	ab 1998 ab 19.7.2002	*Peter Struck* *Ludwig Stiegler* (19.7.2002 bis 24.7.2002 kommissarischer Vors.; ab 25.7.2002 gewählter Vors.)	ab 1999	*Gerhard Schröder*
15. WP 2002–[1]	ab 2002	*Franz Müntefering*		

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 5.8.

5.8 Arbeitskreise und Arbeitsgruppen

Seit der 2. Wahlperiode (1953–1957) bilden die Fraktionen der CDU/CSU und SPD, seit der 3. Wahlperiode auch die FDP-Fraktion interne Arbeitskreise bzw. Arbeitsgruppen, deren Arbeitsgebiet bei der CDU/CSU-Fraktion zu Beginn der 9. Wahlperiode, bei der SPD-Fraktion während der 12. Wahlperiode der Gliederung der Bundestagsausschüsse entspricht. Die kleineren Fraktionen haben Arbeitsgruppen mit einem Arbeitsgebiet, das die Bereiche mehrerer Bundestagsausschüsse umfasst.
Die Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der Fraktionen sind Hilfsorgane der Fraktionsvollversammlung und dienen der fraktionsinternen Vorberatung.

Arbeitsgruppen der CDU/CSU Vorsitzende der Arbeitsgruppen (in der Regel zugleich Sprecher der Fraktionen für die einzelnen Fachgebiete)	
13. WP 1994–1998	1. Recht *Norbert Geis* (CSU) 2. Inneres und Sport *Erwin Marschewski* (CDU) 3. Wirtschaft *Rainer Haungs* (CDU) (bis 18.1.1996) *Gunnar Uldall* (CDU) (ab 6.2.1996)

[1] Stand: 31. März 2003.

Arbeitsgruppen der CDU/CSU Vorsitzende der Arbeitsgruppen (in der Regel zugleich Sprecher der Fraktionen für die einzelnen Fachgebiete)		
noch: 13. WP 1994–1998	4.	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten *Egon Susset* (CDU)
	5.	Verkehr *Dirk Fischer* (CDU)
	6.	Post und Telekom *Elmar Müller* (CDU)
	7.	Raumordnung, Bauwesen und Städtebau *Dietmar Kansy* (CDU)
	8.	Finanzen *Hansgeorg Hauser* (CSU) (bis 15.11.1995) *Gerda Hasselfeldt* (CSU) (ab 28.11.1995)
	9.	Haushalt *Adolf Roth* (CDU)
	10.	Arbeit und Soziales *Julius Louven* (CDU)
	11.	Gesundheit *Wolfgang Lohmann* (CDU)
	12.	Auswärtiges *Karl Lamers* (CDU)
	13.	Verteidigung *Paul Breuer* (CDU)
	14.	Europa *Gero Pfennig* (CDU)
	15.	Wirtschaftliche Zusammenarbeit *Winfried Pinger* (CDU)
	16.	Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie *Christian Lenzer* (CDU)
	17.	Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit *Klaus W. Lippold* (CDU)
	18.	Familie, Senioren, Frauen und Jugend *Maria Eichhorn* (CSU)
	19.	Fremdenverkehr und Tourismus *Rolf Olderog* (CDU)
14. WP 1998–2002 **(bis 29. 2. 2000)**	1.	Recht *Norbert Geis* (CSU)
	2.	Inneres und Sport *Erwin Marschewski* (CDU)
	3.	Wirtschaft und Technologie *Gunnar Uldall* (CDU)

Arbeitsgruppen der CDU/CSU Vorsitzende der Arbeitsgruppen (in der Regel zugleich Sprecher der Fraktionen für die einzelnen Fachgebiete)		
noch: 14. WP 1998–2002 **(bis 29. 2. 2000)**	4.	Ernährung Landwirtschaft und Forsten *Heinrich-Wilhelm Ronsöhr* (CDU)
	5.	Verkehr, Bau- und Wohnungswesen *Dirk Fischer* (CDU)
	6.	Angelegenheiten der neuen Länder *Michael Luther* (CDU)
	7.	Kultur und Medien *Norbert Lammert* (CDU)
	8.	Finanzen *Gerda Hasselfeldt* (CSU)
	9.	Haushalt *Dietrich Austermann* (CDU)
	10.	Arbeit und Soziales *Birgit Schnieber-Jastram* (CDU)
	11.	Gesundheit *Wolfgang Lohmann* (CDU)
	12.	Auswärtiges *Karl Lamers* (CDU)
	13.	Verteidigung *Paul Breuer* (CDU)
	14.	Angelegenheiten der Europäischen Union *Peter Hintze* (CDU)
	15.	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung *Klaus-Jürgen Hedrich* (CDU)
	16.	Bildung und Forschung *Gerhard Friedrich* (CDU)
	17.	Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit *Klaus W. Lippold* (CDU)
	18.	Familie, Senioren, Frauen und Jugend *Maria Eichhorn* (CSU)
	19.	Tourismus *Klaus Brähmig* (CDU)
noch 14. WP 1998–2002 **(ab 29.2. 2000)**	1.	Recht *Norbert Geis* (CSU)
	2.	Innen *Erwin Marschewski* (CDU)
	3.	Wirtschaft und Technologie *Gunnar Uldall* (CDU) (bis 6.11.2001) *Matthias Wissmann* (CDU) (ab 6.11.2001)
	4.	Ernährung Landwirtschaft und Forsten (ab Januar 2001:) Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft *Heinrich-Wilhelm Ronsöhr* (CDU)

Arbeitsgruppen der CDU/CSU Vorsitzende der Arbeitsgruppen (in der Regel zugleich Sprecher der Fraktionen für die einzelnen Fachgebiete)		
noch: 14. WP 1998–2002 **(ab 29.2. 2000)**	5.	Verkehr, Bau- und Wohnungswesen *Dirk Fischer* (CDU)
	6.	Angelegenheiten der neuen Länder *Günter Nooke* (CDU)
	7.	Kultur und Medien *Norbert Lammert* (CDU)
	8.	Finanzen *Gerda Hasselfeldt* (CSU)
	9.	Haushalt *Dietrich Austermann* (CDU)
	10.	Arbeit und Soziales *Karl-Josef Laumann* (CDU)
	11.	Gesundheit *Wolfgang Lohmann* (CDU)
	12.	Auswärtiges *Karl Lamers* (CDU)
	13.	Verteidigung *Paul Breuer* (CDU)
	14.	Angelegenheiten der Europäischen Union *Peter Hintze* (CDU)
	15.	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung *Klaus-Jürgen Hedrich* (CDU)
	16.	Bildung und Forschung *Gerhard Friedrich* (CDU)
	17.	Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit *Peter Paziorek* (CDU)
	18.	Familie, Senioren, Frauen und Jugend *Maria Eichhorn* (CSU)
	19.	Tourismus *Klaus Brähmig* (CDU)
	20.	Sport und Ehrenamt *Klaus Riegert* (CDU)
15. WP 2002–	1.	Recht *Norbert Röttgen* (CDU)
	2.	Innen *Hartmut Koschyk* (CSU)
	3.	Wirtschaft und Arbeit *Karl-Josef Laumann* (CDU)[1]
	4.	Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft *Peter Harry Carstensen* (CDU)

[1] Wirtschaftspolitische Sprecherin: *Dagmar Wöhrl* (CSU).

Arbeitsgruppen der CDU/CSU Vorsitzende der Arbeitsgruppen (in der Regel zugleich Sprecher der Fraktionen für die einzelnen Fachgebiete)	
noch: 15. WP 2002–	5. Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Aufbau Ost *Dirk Fischer* (CDU) 6. Kultur und Medien *Günter Nooke* (CDU) 7. Finanzen *Michael Meister* (CDU) 8. Haushalt *Dietrich Austermann* (CDU) 9. Gesundheit und soziale Sicherung *Andreas Storm* (CDU)[1] 10. Auswärtiges *Friedbert Pflüger* (CDU) 11. Verteidigung *Christian Schmidt* (CSU) 12. Angelegenheiten der Europäischen Union *Peter Hintze* (CDU) 13. Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung *Christian Ruck* (CSU) 14. Bildung und Forschung *Katherina Reiche* (CDU) 15. Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit *Peter Paziorek* (CDU) 16. Familie, Senioren, Frauen und Jugend *Maria Eichhorn* (CSU) 17. Tourismus *Klaus Brähmig* (CDU) 18. Sport und Ehrenamt *Klaus Riegert* (CDU) 19. Menschenrechte und humanitäre Hilfe *Hermann Gröhe* (CDU) 20. Ausschussgruppe Petitionen *Günter Baumann* (CDU)

Arbeitsgruppen der SPD Sprecher der Querschnitts- und Arbeitsgruppen	
13. WP 1994–1998	**Querschnittsgruppen:** Deutsche Einheit *Rolf Schwanitz* Europa *Heidemarie Wieczorek-Zeul* Gleichstellung von Frau und Mann *Ulla Schmidt*

[1] Gesundheitspolitische Sprecherin: *Annette Widmann-Mauz* (CDU).

Arbeitsgruppen der SPD Sprecher der Querschnitts- und Arbeitsgruppen	
noch: 13. WP 1994–1998	**Arbeitsgruppen:** Wahlprüfung und Geschäftsordnung *Johannes Singer* Petitionen *Bernd Reuter* Außenpolitik *Karsten D. Voigt* Inneres *Fritz Rudolf Körper* Sportpolitik *Klaus Lohmann* Rechtspolitik *Herta Däubler-Gmelin* Finanzen *Joachim Poß* Haushalt *Karl Diller* Wirtschaft *Uwe Jens* (bis 13.9.1995) *Ernst Schwanhold* (ab 26.9.1995) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten *Horst Sielaff* Arbeit und Sozialordnung *Ottmar Schreiner* (bis 18.3.1997) *Gerd Andres* (ab 22.4.1997) Verteidigung *Walter Kolbow* Familie und Senioren, Frauen und Jugend *Christel Hanewinckel* Gesundheit *Klaus Kirschner* Verkehr *Elke Ferner* Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit *Michael Müller* Post und Telekommunikation *Hans Martin Bury* Raumordnung, Bauwesen und Städtebau *Achim Großmann* Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technik *Peter Glotz* (bis 30.6.1996) *Edelgard Bulmahn* (ab 1.7.1996) Wirtschaftliche Zusammenarbeit *Ingomar Hauchler* (bis 23.4.1996) *Adelheid Tröscher* (ab 24.4.1996) Fremdenverkehr und Tourismus *Susanne Kastner*

Arbeitsgruppen der SPD Sprecher der Querschnitts- und Arbeitsgruppen	
noch: 13. WP 1994–1998	Angelegenheiten der Europäischen Union *Heidemarie Wieczorek-Zeul*
14. WP 1998–2002	**Querschnittsgruppen:** Nachhaltige Entwicklung *Ursula Burchhardt* Neue Medien *Monika Griefahn* **Arbeitsgruppen:** Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung *Anni Brandt-Elsweier* Petitionen *Bernd Reuter* Außenpolitik *Christoph Zöpel* (bis 5.10.1999) *Gert Weisskirchen* (ab 5.10.1999) Inneres *Dieter Wiefelspütz* Sport *Dagmar Freitag* Recht *Alfred Hartenbach* Finanzen *Joachim Poß* (bis 3.5.1999) *Jörg-Otto Spiller* (ab 5.5.1999) Haushalt *Hans-Georg Wagner* Wirtschaft und Technologie *Hans Martin Bury* (bis 31.7.1999) *Ditmar Staffelt* (ab 1.9.1999 bis 28.2.2002) *Rainer Wend* (ab 1.3.2002) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ab Januar 2001:) Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft *Matthias Weisheit* Arbeit und Sozialordnung *Adolf Ostertag* (bis 15.11.2000) *Franz Thönnes* (ab 15.11.2000 bis 6.3.2001) *Klaus Brandner* (ab 6.3.2001) Sicherheitsfragen *Peter Zumkley* Familie, Senioren, Frauen und Jugend *Hildegard Wester* (bis 23.1.2001) *Christel Humme* (ab 6.2.2001) Gesundheit *Gudrun Schaich-Walch* (bis 25.9.2000) *Regina Schmidt-Zadel* (ab 26.9.2000)

Arbeitsgruppen der SPD Sprecher der Querschnitts- und Arbeitsgruppen	
noch; 14. WP 1998–2002	Verkehr, Bau- und Wohnungswesen *Angelika Mertens* (bis 27.11.2000) *Reinhard Weis* (ab 28.11.2000) Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit *Ulrike Mehl* Angelegenheiten der neuen Länder *Mathias Schubert* Menschenrechte und humanitäre Hilfe *Rudolf Bindig* Bildung und Forschung *Stephan Hilsberg* (bis 28.11.2000) *Jörg Tauss* (ab 28.11.2000) Wirtschaftliche Zusammenarbeit *Adelheid Tröscher* Tourismus *Brunhilde Irber* Angelegenheiten der Europäischen Union *Norbert Wieczorek* (bis 14.3.2000) *Günter Gloser* (ab 21.3.2000) Kultur und Medien *Gert Weisskirchen* (bis Oktober 1999) *Monika Griefahn* (ab Oktober 1999 bis Juli 2000) *Eckhardt Barthel* (ab Juli 2000)
15. WP 2002–	**Querschnittsgruppen:** –[1] **Arbeitsgruppen:** Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunität *Christine Lambrecht* Petitionen *Gabriele Lösekrug-Möller* Außenpolitik *Gert Weisskirchen* Inneres *Dieter Wiefelspütz* Sport *Dagmar Freitag* Recht *Joachim Stünker* Finanzen *Jörg-Otto Spiller* Haushalt *Walter Schöler* Wirtschaft und Arbeit *Klaus Brandner*

[1] Stand: 31. März 2003.

Arbeitsgruppen der SPD Sprecher der Querschnitts- und Arbeitsgruppen		
		Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft *Matthias Weisheit*
		Sicherheitsfragen *Rainer Arnold*
		Familie, Senioren, Frauen und Jugend *Christel Humme*
		Gesundheit und Soziale Sicherung *Helga Kühn-Mengel*
		Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Aufbau Ost *Reinhard Weis* Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit *Ulrike Mehl*
		Bildung und Forschung *Jörg Tauss*
		Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung *Karin Kortmann*
		Tourismus *Brunhilde Irber*
		Angelegenheiten der Europäischen Union *Günter Gloser*
		Kultur und Medien *Eckhardt Barthel*
		Menschenrechte und humanitäre Hilfe *Rudolf Bindig*

Arbeitskreise der FDP Vorsitzende der Arbeitskreise		
13.WP 1994–1998	I	Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik *Helmut Haussmann*
	II	Wirtschafts-, Finanz- und Agrarpolitik *Otto Graf Lambsdorff* (bis 28.1.1997) *Paul K. Friedhoff* (ab 28.1.1997)
	III	Arbeits-, Sozial-, Jugend-, Frauen-, Familien-, Senioren- und Gesundheitspolitik *Gisela Babel*
	IV	Innen-, Rechts- und Sportpolitik *Detlef Kleinert*
	V	Umwelt-, Bildungs-, Wissenschafts-, Verkehrs-, Bau-, Forschungs- und Technologiepolitik *Wolfgang Gerhardt*

Arbeitskreise der FDP Vorsitzende der Arbeitskreise		
14. WP 1998–2002	I	Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik *Helmut Haussmann*
	II	Wirtschafts-, Finanz- und Agrarpolitik *Paul K. Friedhoff* (bis 29.6.1999) *Rainer Brüderle* (ab 29.6.1999)
	III	Arbeits-, und Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Familien-, Senioren-, Frauen- und Jugendpolitik *Irmgard Schwaetzer*
	IV	Innen- und Rechtspolitik *Edzard Schmidt-Jortzig*
	V	Umwelt-, Verkehrs-, Wohnungsbau-, Bildungs- und Forschungspolitik *Horst Friedrich*
15. WP 2002-	I	Internationale Politik *Werner Hoyer*
	II	Wirtschaft und Finanzen *Rainer Brüderle*
	III	Sozialpolitik *Heinrich Leonhard Kolb*
	IV	Innen und Recht *Rainer Funke*
	V	Bildung, Forschung und Infrastruktur *Horst Friedrich*

Arbeitskreise von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Koordinator(innen) der Arbeitskreise:		
13. WP 1994–1998	I	Wirtschaft, Finanzen, Forschung und Technologie, Bildung und Wissenschaft, Post, Tourismus *Kristin Heyne*
	II	Umwelt, Raumordnung und Verkehr *Michaele Hustedt* (bis 10.10.1995) *Franziska Eichstädt-Bohlig* (ab 10.10.1995)
	III	Innen, Recht und Petitionen *Cem Özdemir* (bis 25.4.1995) *Rezzo Schlauch* (ab 25.4.1995)
	IV	Frauen, Arbeit und Soziales, Jugend und Gesundheit *Andrea Fischer* (bis 8.10.1996) *Marieluise Beck* (ab 8.10.1996)
	V	Außenpolitik, Menschenrechte, Abrüstung *Helmut Lippelt*

Arbeitskreise von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Koordinator(innen) der Arbeitskreise:		
14. WP 1998–2002	I	Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Finanzen *Margareta Wolf* (bis 17.1.2001 *Thea Dückert* (ab 14. 2.2001)
	II	Umwelt, Infrastruktur, Ernährung, Bildung, Tourismus und Sport *Franziska Eichstädt-Bohlig* (bis 12.3.2001) *Albert Schmidt* (ab 13. 3.2001)
	III	Innen, Recht, Frauen, und Jugend *Volker Beck*
	IV	Außenpolitik, Menschenrechte, Abrüstung *Christian Sterzing*
15. WP 2002 –	I	Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Finanzen, Haushalt *Thea Dückert*
	II	Umwelt & Energie, Bauen & Verkehr, Verbraucherschutz & Agrar, Forschung & Technologie, Tourismus, Sport *Reinhard Loske*
	III	Innen, Recht, Frauen, Familie, Senioren, Bildung, Jugend *Hans-Christian Ströbele*
	IV	Internationale Politik und Menschenrechte *Winfried Nachtwei*

Arbeitsbereiche bzw. Arbeitsgruppen der PDS Leiter(innen) der Arbeitsbereiche		
13. WP 1994–1998	I	Außen- und Friedenspolitik *Andrea Lederer*[1] (bis Juni 1997) *Steffen Tippach* (ab Juni 1997)
	II	Wirtschaft, Finanzen, Haushalt, Umwelt, Verkehr *Christa Luft*
	III	Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik *Heidi Knake-Werner*
	IV	Innen-, Rechts-, AusländerInnen-, Wissenschafts- und Bildungspolitik *Ludwig Elm*
14. WP 1998–2002		Arbeit, Soziales, Gesundheit *Ruth Fuchs*
		Europapolitik eingesetzt am: 2. 11. 1999 *Uwe Hiksch*
		Feministische Politik eingesetzt am: 9. 2. 1999 *Petra Bläss*
		Finanzen, Haushalt, Steuern *Barbara Höll*

[1] Ab 13. 5. 1996 Namensänderung: *Andrea Gysi*.

Arbeitsbereiche bzw. Arbeitsgruppen der PDS Leiter(innen) der Arbeitsbereiche	
noch: 14. WP 1998–2002	Innenpolitik bis: 4. 5. 1999 *Ulla Jelpke* Innen- und Rechtspolitik ab: 4. 5. 1999 *Ulla Jelpke* Internationale Politik *Heidi Lippmann-Kasten*[1] Recht bis: 4. 5. 1999 *Evelyn Kenzler* Bauen, Wohnen, Verkehr bis: April 1999 *Christine Ostrowski* Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt, Energie, Technologie bis: April 1999 *Rolf Kutzmutz* Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt, Energie, Technologie, Bauen, Wohnen, Verkehr, ab 20. 4. 1999 *Rolf Kutzmutz* bis 21.1. 2002 *Eva Bulling-Schröter* ab 22. 1. 2002 Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt, Energie, Technologie Bauen, Wohnen, Verkehr, Tourismus ab 22. 1. 2002 *Eva Bulling-Schröter* Wissenschaft & Forschung, Hochschule, Medien, Bildung, Kultur, Sport *Maritta Böttcher* Zukunft eingesetzt am: 19.1.1999 *Angela Marquardt*

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999,** Kapitel 5.9.

[1] Ab 22. 2.1999 Namensänderung: *Heidi Lippmann.*

5.9 Hilfsdienste der Fraktionen und Gruppen

Zahl der Fraktionsmitarbeiter

Die nachstehende und die folgenden Übersichten geben die personelle Stärke der Hilfsdienste für den Bundestag insgesamt und für die einzelnen Fraktionen und Gruppen wieder.

Wahlperiode	Stand	insgesamt		
		höherer Dienst	andere	Insgesamt
13. WP 1994–1998	Dezember 1995	315	522	837
14. WP 1998–2002	Dezember 1999	314	523	837
15. WP 2002–	März 2003	299	459	758

Wahl-periode	Stand	CDU/CSU Fraktion			SPD-Fraktion			FDP-Fraktion			Fraktion B 90/DIE GRÜNEN			Gruppe/Fraktion PDS		
		höherer Dienst	andere	insges.	höherer Dienst	andere	insges.	höherer Dienst	andere	insges.	höherer Dienst	andere	insges.	höherer Dienst	andere	insges.
13. WP 1994–1998	Dez. 1995	109	212	321	106	186	292	27	50	77	47	45	92	26	29	55
14. WP 1998–2002	Dez. 1999	105	196	301	103	184	287	22	56	78	44	50	94	40	37	77
15. WP 2002–	März 2003	115	184	299	109	173	282	26	59	85	49	43	92	–	–	–

Personalausgaben für Fraktionsmitarbeiter

Die Fraktionshilfsdienste werden aus den dafür vorgesehenen Zuschüssen aus dem Haushalt des Bundestages finanziert (vgl. Kapitel 17.3: Zuschüsse an die Fraktionen). Mit dem am 1. Januar 1995 in Kraft getretenen Sechzehnten Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Fraktionsgesetz) vom 11. März 1994 (BGBl. I S. 526) sind die Geld- und Sachleistungen der Fraktionen außerhalb der Haushaltsgesetze erstmals generell geregelt worden. Im Gesetz ist auch die Rechnungslegung vorgeschrieben, so dass nun ab 1995 die Personalausgaben für die Fraktionsmitarbeiter dokumentiert werden können.

Fraktion/Gruppe	Ausgaben im Kalenderjahr[1]							
	1995 in DM	1996 in DM	1997 in DM	1998 in DM	1999 in DM	2000 in DM	2001 in DM	2002 in €
CDU/CSU	28 164 163	30 897 988	31 777 989	32 008 713	31 016 635	32 310 946	33 026 716	16 989 247
SPD	29 735 790	30 601 760	32 008 824	29 439 250	30 293 099	30 515 960	33 435 716	17 573 535
B 90/DIE GRÜNEN	6 684 552	8 497 568	8 986 679	9 128 856	9 403 178	9 070 851	9 156 706	4 678 496
FDP	8 280 609	8 013 788	8 028 734	8 272 981	9 167 924	8 728 577	9 210 902	4 551 262
PDS	5 080 123	5 721 086	5 923 618	5 136 641	7 864 086	8 188 728	8 675 977	3 714 437
insgesamt	77 945 237	83 732 190	86 725 844	83 986 441	87 744 922	88 815 062	93 506 018	47 506 977

[1] Quellen: Drs. 13/5473 (1995) – Drs. 13/8456 (1996) – Drs. 13/11264 (1997) – Drs. 14/1391 (1998) – Drs. 14/4040 (1999) – Drs. 14/6652 (2000) – Drs. 14/9943 (2001) – Drs. 15/1511 (2002).

Personaltausch im Bereich der Fraktionen im Zusammenhang mit dem Umzug von Bonn nach Berlin

Der Deutsche Bundestag hat im Zuge seines Umzugs von Bonn nach Berlin in Berlin 758 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Bundesbehörden übernommen, 899 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden im Gegenzug in Bonn an Tauschbehörden/-einrichtungen und andere Behörden abgegeben. Diese Zahlen schließen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Abgeordneten mit ein. Vgl. dazu insbesondere Kapitel 19.2.
Innerhalb der Fraktionen fand mit folgenden Einrichtungen ein Personaltausch mit den Fraktionen statt:

Tauschbehörden/-einrichtungen	Fraktionen	
	abgegeben	übernommen
Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte	36	36
Statistisches Bundesamt	24	21
Bundesversicherungsamt	28	28
Deutscher Entwicklungsdienst	16	16
Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung	21	21
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik	1	1
Gesamt	**126**	**123**

Quelle: Umzugsbeauftragter des Deutschen Bundestages

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 5.10.

5.10 Sonstige im Bundestag vertretene Parteien

Durch die Erlangung eines Direktmandates, durch Wahlbündnisse und Wahlabsprachen waren oder sind immer wieder auch sonstige, meist kleinere und oft erst neu gegründete Parteien durch einzelne Abgeordnete im Bundestag vertreten gewesen. Abgesehen von den Wahlbündnissen und Wahlabsprachen, d. h. der Überlassung von sicheren Listenplätzen oder aussichtsreichen Wahlkreisen durch größere Parteien, können andere Parteien dadurch Präsenz im Parlament erlangen, dass Abgeordnete die Parteizugehörigkeit wechseln, ihre bisherige Fraktion verlassen und das Mandat bis zum Ende der Wahlperiode beibehalten.

Wahlperiode	im Bundestag vertretene Partei	Zeitraum	Vertreten durch den/die Abgeordnete(n)
13. WP 1994–1998	–	–	–
14. WP 1998–2002	–	–	–
15. WP 2002–[1]	Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	seit Beginn der Wahlperiode	*Gesine Lötzsch* *Petra Pau*

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 5.11.

[1] Stand: 31. März 2003.

6 Parlament und Regierung

Überblick Seite

6.1 Wahl und Amtszeit der Bundeskanzler 276

6.2 Zusammensetzung der Bundeskabinette: Namensliste 277

6.3 Bundesministerien: Minister und Staatssekretäre 281

6.4 Parlamentarische Staatssekretäre 289

– Verteilung der Parlamentarischen Staatssekretäre auf die Bundesministerien
– Zahl der Minister und Parlamentarischen Staatssekretäre
– Wechsel vom Parlamentarischen Staatssekretär zum Bundesminister
– Parlamentarische Staatssekretäre, die nicht Mitglieder des Deutschen Bundestages sind

6.5 Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz 293

6.6 Koalitionen und Opposition im Bundestag 295

– Koalitionen und Mehrheitsverhältnisse

6.7 Regierungsbildung 296

– Dauer der Regierungsbildungen zu Beginn der Wahlperiode
– Mandatsanteil/Anteil der Kabinettsmitglieder
– Bibliographie zur Regierungsbildung

6.8 Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat 299

6.9 Zusammensetzung der Bundeskabinette: Strukturdaten 300

– Zahl der Regierungsmitglieder und der Abgeordneten im Vergleich
– Zahl der Regierungsmitglieder (einschließlich Bundeskanzler) seit 1949
– Anteil der Juristen im Kabinett
– Die Regierungsmitglieder mit über zehnjähriger Amtszeit
– Zugehörigkeit der Parteivorsitzenden zum Bundeskabinett

6.10 Koalitionsvereinbarungen und Koalitionsausschüsse 304

6.11 Regierungserklärungen und Aussprachen bei Amtsantritt der Bundesregierung 311

– Zusammenstellung sämtlicher Regierungserklärungen
– Übersicht über die Regierungserklärungen

6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte 325

6.13 Konstruktives Misstrauensvotum 326

6.14 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers 326

– Chronik der Vertrauensfrage von Bundeskanzler Gerhard Schröder im November 2001

6.15 Missbilligungs- und Entlassungsanträge 330

– Anträge gegen Regierungsmitglieder
– Anträge gegen Parlamentarische Staatssekretäre

6.16 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern 333

– Statistik der Herbeirufungen von Regierungsmitgliedern

6.17 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag 338

– Berichte der Bundesregierung nach Ressorts: Statistik
– Berichte der Bundesregierung nach Ressorts: Verzeichnis

6.1 Wahl und Amtszeit der Bundeskanzler

Zur Wahl und Ernennung des Bundeskanzlers heißt es in Art. 63 GG:

„(1) Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestage ohne Aussprache gewählt.

(2) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt. Der Gewählte ist vom Bundespräsidenten zu ernennen.

(3) Wird der Vorgeschlagene nicht gewählt, so kann der Bundestag binnen vierzehn Tagen nach dem Wahlgange mit mehr als der Hälfte seiner Mitglieder einen Bundeskanzler wählen.

(4) Kommt eine Wahl innerhalb dieser Frist nicht zustande, so findet unverzüglich ein neuer Wahlgang statt, in dem gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält. Vereinigt der Gewählte die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich, so muss der Bundespräsident ihn binnen sieben Tagen nach der Wahl ernennen. Erreicht der Gewählte diese Mehrheit nicht, so hat der Bundespräsident binnen sieben Tagen entweder ihn zu ernennen oder den Bundestag aufzulösen.“

Da bisher noch bei jeder Bundeskanzlerwahl schon im 1. Wahlgang die erforderliche Stimmenmehrheit erreicht worden ist, war es nicht erforderlich, auf die Regelungen von Abs. 3 und 4 zurückzugreifen.
In der Geschäftsordnung des Bundestages (§ 4) ist festgelegt, daß die Wahl des Bundeskanzlers „mit verdeckten Stimmzetteln“, also geheim, erfolgt.
Das Amt des Bundeskanzlers endet vorzeitig, außer durch Tod oder durch Rücktritt, mit der Wahl eines Nachfolgers und dessen Ernennung zum Bundeskanzler aufgrund eines konstruktiven Misstrauensvotums nach Artikel 67 Abs. 1 GG (vgl. dazu Kapitel 6.13).
Das Amt des Bundeskanzlers endet in jedem Falle mit dem ersten Zusammentritt des Bundestages einer neuen Wahlperiode. Auf Ersuchen des Bundespräsidenten ist der Bundeskanzler verpflichtet, die Geschäfte bis zur Ernennung seines Nachfolgers weiterzuführen (Art. 69 Abs. 2 und 3 GG). Die für die Wahl des Bundeskanzlers erforderliche Mehrheit der Mitglieder des Bundestages bedeutet Mehrheit ihrer gesetzlichen Mitgliederzahl.

13. WP 1994-1998	2. Sitzung, 15. November 1994 Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: *Helmut Kohl* (CDU/CSU) *Wahlergebnis (1. Wahlgang):* abgegebene Stimmen: 671 davon Ja-Stimmen: 338 Nein-Stimmen: 333 Mehrheit der Mitglieder: 337 Stimmenzahl der Koalition: 341 **Bundeskanzler: Dr. Helmut Kohl (CDU/CSU)** Tag der Vereidigung: 3. Sitzung, 15.11.1994 Amtszeit: 15.11.1994 bis 27.10.1998

14. WP 1998-2002	2. Sitzung, 27. Oktober 1998 Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: *Gerhard Schröder* (SPD) *Wahlergebnis (1. Wahlgang):* abgegebene Stimmen: 666 davon Ja-Stimmen: 351 Nein-Stimmen: 287 Stimmenthaltungen: 27 ungültige Stimme: 1 Mehrheit der Mitglieder: 335 Stimmenzahl der Koalition: 345 **Bundeskanzler: Gerhard Schröder** (SPD) Tag der Vereidigung: 2. Sitzung, 27.10.1998 Amtszeit: 27.10.1998 bis 22.10.2002
15. WP 2002-	2. Sitzung, 22. Oktober 2002 Wahlvorschlag des Bundespräsidenten: *Gerhard Schröder* (SPD) *Wahlergebnis (1. Wahlgang):* abgegebene Stimmen: 599 davon Ja-Stimmen: 305 Nein-Stimmen: 292 Stimmenthaltungen: 2 ungültige Stimme: 0 Mehrheit der Mitglieder: 302 Stimmenzahl der Koalition: 306 **Bundeskanzler: Gerhard Schröder** (SPD) Tag der Vereidigung: 2. Sitzung, 22.10.2002 Amtszeit: ab 22.10.2002

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.1.

6.2 Zusammensetzung der Bundeskabinette: Namensliste

13. Wahlperiode (1994-1998): 5. Kabinett *Kohl*

Das 5., von November 1994 bis Oktober 1998 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Helmut Kohl* besteht zu Beginn der Wahlperiode aus 16 Ressorts, und damit aus zwei Ressorts weniger als sein 4. Kabinett.

Die Verringerung der Zahl der Ressorts wird erreicht durch die Vereinigung verschiedener Ministerien. Zusammengelegt werden (1.) das bisherige Bundesministerium für Familie und Senioren und das bisherige Bundesministerium für Frauen und Jugend zu einem neuen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie (2.) das bisherige Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und das bisherige Bundesministerium für Forschung und Technologie zu einem neuen Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie.
Dem Bundesministerium für Gesundheit wird die Zuständigkeit für Sozialhilfe aus dem Geschäftsbereich des bisherigen Bundesministeriums für Familie und Senioren übertragen.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	*Helmut Kohl*	CDU
Stellvertreter des Bundeskanzlers	*Klaus Kinkel*	FDP
Bundesminister der Auswärtigen	*Klaus Kinkel*	FDP
Bundesminister des Innern	*Manfred Kanther*	CDU
Bundesminister der Justiz	*Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* bis 14.12.1995 [Rücktrittserklärung] mdWdGb bis 17.1.1996)	FDP
	Edzard Schmidt-Jortzig (ab 17.1.1996)	FDP
Bundesminister der Finanzen	*Theodor Waigel*	CSU
Bundesminister für Wirtschaft	*Günter Rexrodt*	FDP
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	*Jochen Borchert*	CDU
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	*Norbert Blüm*	CDU
Bundesminister der Verteidigung	*Volker Rühe*	CDU
Bundesminister für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	*Claudia Nolte*	CDU
Bundesminister für Gesundheit	*Horst Seehofer*	CSU
Bundesminister für Verkehr	*Matthias Wissmann*	CDU
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	*Angela Merkel*	CDU
Bundesminister für Post und Telekommunikation[1]	*Wolfgang Bötsch* (bis 17.12.1997, mdWdGb bis 31.12.1997)	CSU
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	*Klaus Töpfer* (bis 14.1.1998)	CDU
	Eduard Oswald (ab 14.1.1998)	CSU
Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	*Jürgen Rüttgers*	CDU
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	*Carl-Dieter Spranger*	CSU
Bundesminister für besondere Aufgaben	*Friedrich Bohl*	CDU

[1] Auflösung des Ministeriums zum 31. Dezember 1997 als Folge der Neuordnung des Postwesens beschlossen.

14. Wahlperiode (1998-2002): 1. Kabinett *Schröder*

Das 1., von Oktober 1998 bis Oktober 2002 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Gerhard Schröder* besteht zu Beginn der Wahlperiode nur noch aus 14 Ressorts, d. h. einem Ressort weniger als das 5. Kabinett von Bundeskanzler *Kohl* zum Ende der Wahlperiode.
Folgende Veränderungen treten mit Wirkung vom 27. Oktober 1998 in Kraft: (1.) Das bisherige Bundesministerium für Verkehr und das bisherige Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau werden zu einem neuen Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zusammengelegt. (2.) Das Bundesministerium für Wirtschaft wird in Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie umbenannt. (3.) Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie erhält die Bezeichnung Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	*Gerhard Schröder*	SPD
Stellvertreter des Bundeskanzlers	*Joseph Fischer*	B 90/GR
Bundesminister des Auswärtigen	*Joseph Fischer*	B 90/GR
Bundesminister des Innern	*Otto Schily*	SPD
Bundesminister der Justiz	*Herta Däubler-Gmelin*	SPD
Bundesminister der Finanzen	*Oskar Lafontaine* (bis 18.3.1999)[1]	SPD
	Werner Müller (BMin für Wirtschaft und Technologie; 18.3.1999-12.4.1999 mdWdGb)	parteilos[2]
	Hans Eichel (ab 12.4.1999)	SPD[2]
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie	*Werner Müller*	parteilos
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	*Karl-Heinz Funke* (bis 12.1.2001)	SPD[2]
ab 22.1.2001: Bundesminister für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	*Renate Künast* (ab 12.1.2001)	B 90/GR[2]
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	*Walter Riester*	SPD[2]
Bundesminister der Verteidigung	*Rudolf Scharping* (bis 19.7.2002)	SPD
	Peter Struck (ab 19.7.2002)	SPD
Bundesminister für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	*Christine Bergmann*	SPD[2]
Bundesminister für Gesundheit	*Andrea Fischer* (bis 12.1.2001)	B 90/GR
	Ulla Schmidt (ab 12.1.2001)	SPD

[1] Rücktrittserklärung am 11. März 1999.
[2] Während der 14. Wahlperiode nicht MdB.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	*Franz Müntefering* (bis 17.9.1999)	SPD
	[*Jürgen Trittin* (18.9.1999 bis 29.9.1999 mdWdGb)]	B 90/GR
	Reinhard Klimmt (29.9.1999-20.11.2000)	SPD[2]
	Kurt Bodewig (ab 20.11.2000)	SPD
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	*Jürgen Trittin*	B 90/GR
Bundesminister für Bildung und Forschung	*Edelgard Bulmahn*	SPD
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	*Heidemarie Wieczorek-Zeul*	SPD
Bundesminister für besondere Aufgaben[1]	*Bodo Hombach* (bis 31.7.1999)	SPD[2]

15. Wahlperiode (2002-): 2. Kabinett *Schröder*

Das 2., seit Oktober 2002 amtierende Kabinett von Bundeskanzler *Gerhard Schröder* besteht zu Beginn der Wahlperiode nur noch aus 13 Ressorts, d. h. 1 Ressort weniger als das 1. Kabinett *Schröder*.

Folgende Veränderungen treten mit Wirkung vom 22. Oktober 2002 in Kraft: (1.) Das bisherige Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und das bisherige Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung werden zu einem neuen Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit zusammengelegt. Darüber hinaus werden diesem aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen weitere neue Zuständigkeiten übertragen. Die Zuständigkeiten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bleiben unberührt. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit erhält auch die Federführung für die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. (2.) Mit der Übertragung von Zuständigkeiten aus dem bisherigen Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung wird das bisherige Bundesministerium für Gesundheit zu einem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung umgebildet. (3.) Dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wird aus dem Geschäftsbereich des Bundeskanzlers die Zuständigkeit des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer übertragen.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	*Gerhard Schröder*	SPD
Auswärtiges Amt	*Joseph Fischer*	B 90/GR
Bundesminister des Innern	*Otto Schily*	SPD
Bundesminister der Finanzen	*Hans Eichel*	SPD
Bundesminister der Justiz	*Brigitte Zypries*	SPD
Bundesminister der Verteidigung	*Peter Struck*	SPD
Bundesminister für Bildung und Forschung	*Edelgard Bulmahn*	SPD

[1] Nach der Entlassung von BM *Bodo Hombach* auf eigenen Antrag wurde der BM für besondere Aufgaben nicht mehr besetzt. *Hombach* wurde am 16. August 1999 EU-Sonderbeauftragter für den Balkan.

[2] Während der 14. Wahlperiode nicht MdB.

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundesminister für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	*Renate Künast*	B 90/GR
Bundesminister für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	*Renate Schmidt*	SPD
Bundesminister für Gesundheit und Soziale Sicherung	*Ulla Schmidt*	SPD
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	*Jürgen Trittin*	B 90/GR
Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	*Manfred Stolpe*	SPD
Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit	*Wolfgang Clement*	SPD
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	*Heidemarie Wieczorek-Zeul*	SPD

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.2.

6.3 Bundesministerien: Minister und Staatssekretäre

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre	Beamtete Staatssekretäre
Bundeskanzleramt/ Bundespresseamt	13. WP 1994–1998	BM für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes: *Friedrich Bohl* (CDU)	1) *Bernd Schmidbauer* (CDU) (Staatsminister) 2) *Anton Pfeifer (CDU)* (Staatsminister) 3) *Otto Hauser* (CDU) (Sprecher der Bundesregierung) (ab 26.5.1998)	Sprecher der Bundesregierung: *Dieter Vogel* (bis 28.2.1995) *Peter Hausmann* (1.3.1995–25.5.1998)
	14. WP 1998–2002	BM für besondere Aufgaben (bis 31.7.1999) und Chef des Bundeskanzleramtes (bis 7.7.1999): *Bodo Hombach*[1] (SPD)	1) *Rolf Schwanitz* (SPD) (Staatsminister) (Beauftragter der BReg für Angelegenheiten der neuen Länder)	Sprecher der Bundesregierung: *Uwe-Karsten Heye*

[1] Nach der Entlassung von BM *Bodo Hombach* auf eigenen Antrag wurde das Amt des BM für besondere Aufgaben nicht mehr nachbesetzt, die Aufgaben des Chefs des Bundeskanzleramtes wurden StS *Frank-Walter Steinmeier* übertragen. *Hombach* ist seit dem 16. August 1999 EU-Sonderbeauftragter für den Balkan.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre	Beamtete Staatssekretäre
noch: Bundeskanzleramt/ Bundespresseamt	noch: 14. WP 1998–2002		2) *Michael Naumann* (Staatsminister)[1] (Beauftragter der BReg für Angelegenheiten der Kultur und Medien) (3.3.1999 bis 31.12.2000) *Julian Nida-Rümelin* (SPD) (Staatsminister) (ab 10.1.2001) 3) *Hans Martin Bury* (SPD) (Staatsminister) (ab 1.8.1999)	Chef der Nachrichtendienste: *Frank-Walter Steinmeier* Chef des Bundeskanzleramtes (ab 7.7.1999)
	15. WP 2002–		1) *Rolf Schwanitz* (SPD) (Staatsminister) (Beauftragter der BReg für Angelegenheiten der neuen Länder) 2) *Christina Weiss* (Staatsministerin) (Beauftragte der BReg für Angelegenheiten der Kultur und Medien)	*Frank-Walter Steinmeier* Chef des Bundeskanzleramtes (ab 7.7.1999)
Auswärtiges Amt	13. WP 1994–1998	*Klaus Kinkel* (FDP)	1) *Helmut Schäfer* (FDP) (Staatsminister) 2) *Werner Hoyer* (FDP) (Staatsminister)	1) *Dieter Kastrup* (bis 10.3.1995) *Peter Hartmann* (ab 13.3.1995) 2) *Hans-Friedrich von Ploetz*
	14. WP 1998–2002	*Joseph Fischer* (B 90/DIE GRÜNEN)	1) *Günter Verheugen* (SPD) (Staatsminister) (bis 16.9.1999) *Christoph Zöpel* (SPD) (Staatsminister) (ab 17.9.1999)	1) *Wolfgang Ischinger* (bis 28.6.2001) *Jürgen Chrobog* (ab 28.6.2001) 2) *Hans-Friedrich von Ploetz* (bis 8.10.1999)

[1] Staatsminister ab 3.3.1999 nach Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre vom 15. Januar 1999. Gemäß § 1 Abs. 1 müssen die Parlamentarischen Staatssekretäre „Mitglieder des Deutschen Bundestages sein, bei der Ernennung eines Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundeskanzler kann von diesem Erfordernis abgesehen werden“. (BGBl. I S. 10)

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre	Beamtete Staatssekretäre
noch: Auswärtiges Amt	noch: 14. WP 1998–2002		2) *Ludger Volmer* (B 90/DIE GRÜNEN) (Staatsminister)	*Gunter Pleuger* (ab 8.10.1999)
	15. WP 2002–	*Joseph Fischer* (B 90/DIE GRÜNEN)	1) *Hans Martin Bury* (SPD) (Staatsminister) 2) *Kerstin Müller* (B 90/DIE GRÜNEN) (Staatsministerin)	1) *Jürgen Chrobog* 2) *Gunter Pleuger*
BM des Innern	13.WP 1994–1998	*Manfred Kanther* (CDU)	1) *Horst Waffenschmidt* (CDU) (bis 15.5.1997) *Manfred Carstens* (CDU) (ab 15.5.1997) 2) *Eduard Lintner* (CSU)	1) *Franz Kroppenstedt* (bis 30.4.1995) *Eckart Werthebach* (ab 1.6.1995) 2) *Kurt Schelter* 3) *Walter Priesnitz* (bis 31.3.1996)
	14. WP 1998–2002	Otto Schily (SPD)	1) *Fritz Rudolf Körper* (SPD) 2) *Cornelie Sonntag-Wolgast* (SPD)	1) *Claus Henning Schapper* 2) *Brigitte Zypries*
	15. WP 2002–	Otto Schily (SPD)	1) *Fritz Rudolf Körper* (SPD) 2) *Ute Vogt* (SPD)	*Claus Henning Schapper*
BM der Justiz	13. WP 1994–1998	*Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* (FDP) (bis 14.12.1995 [Rücktrittserklärung]; mdWdGb bis 17.1.1996) *Edzard Schmidt-Jortzig* (FDP) (ab 17.1.1996)	*Rainer Funke* (FDP)	*Ingo Kober* (bis 31.12.1995) *Heinz Lanfermann* (ab 7.2.1996)
	14. WP 1998–2002	Herta Däubler-Gmelin (SPD)	*Eckhart Pick* (SPD)	*Hansjörg Geiger*
	15. WP 2002–	*Brigitte Zypries* (SPD)	*Alfred Hartenbach* (SPD)	*Hansjörg Geiger*
BM der Finanzen	13. WP 1994–1998	*Theodor Waigel* (CSU)	1) *Irmgard Karwatzki* (CDU) 2) *Kurt Faltlhauser* (CSU) (bis 15.11.1995)	1) *Manfred Overhaus* 2) *Jürgen Stark*

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM der Finanzen	noch: 13. WP 1994–1998		*Hansgeorg Hauser* (CSU) (ab 15.11.1995)	3) *Franz-Christoph Zeitler* (bis 28.2.1995)
	14. WP 1998–2002	*Oskar Lafontaine* (SPD) (bis 18.3.1999; Rücktrittserklärung am 11.3.1999) in der Zwischenzeit mdWdGb: *Werner Müller* (parteilos) (BMin für Wirtschaft und Technologie) *Hans Eichel* (SPD) (ab 12.4.1999)	1) *Karl Diller* (SPD) 2) *Barbara Hendricks* (SPD)	1) *Heiner Flassbeck* (bis 30.4.1999) *Caio Koch-Weser* (ab 3.5.1999) 2) *Claus Noé* (bis 30.4.1999) *Heribert Zitzelsberger* (ab 3.5.1999) 3) *Manfred Overhaus*
	15. WP 2002–	*Hans Eichel* (SPD)	1) *Karl Diller* (SPD) 2) *Barbara Hendricks* (SPD)	1) *Caio Koch-Weser* 2) *Heribert Zitzelsberger* 3) *Manfred Overhaus*
BM für Wirtschaft	13. WP 1994–1998	*Günter Rexrodt* (FDP)	1) *Norbert Lammert* (CDU) (bis 15.5.1997) 2) *Heinrich Leonhard Kolb* (FDP)	1) *Johannes Ludewig* (bis 30.4.1997) *Rudi Geil* (ab 30.4.1997) 2) *Dieter von Würzen* (bis 30.6.1995 *Lorenz Schomerus* (ab 1.7.1995) 3) *Klaus Bünger* (ab 15.5.1997)
BM für Wirtschaft und Technologie	14. WP 1998–2002	*Werner Müller* (parteilos)	1) *Siegmar Mosdorf* (SPD) (bis 1.3.2002) *Ditmar Staffelt* (SPD) (ab 1.3.2002) 2) *Margareta Wolf* (B 90/DIE GRÜNEN) (ab 15.1.2001)	1) *Alfred Tacke* 2) *Lorenz Schomerus* (bis 31.7.1999) *Axel Gerlach* (ab 1.8.1999)
BM für Wirtschaft und Arbeit	15. WP 2002–	*Wolfgang Clement* (SPD)	1) *Ditmar Staffelt* (SPD) 2) *Gerd Andres* (SPD)	1) *Alfred Tacke* 2) *Axel Gerlach* 3) *Rudolf Anzinger*

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM für Wirtschaft und Arbeit	noch 15. WP 2002–		3) *Rezzo Schlauch* (B 90/DIE GRÜNEN)	
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	13. WP 1994–1998	*Jochen Borchert* (CDU)	*Wolfgang Gröbl* (CSU) (bis 15.1.1998) *Ernst Hinsken* (CSU) (ab 15.1.1998)	*Franz-Josef Feiter*
ab 12.1.2001 BM für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	14. WP 1998–2002	*Karl-Heinz Funke* (SPD) (bis 12.1.2001) *Renate Künast* (B 90/DIE GRÜNEN) (ab 12.1.2001)	*Gerald Thalheim* (SPD) *Matthias Berninger* (B 90/DIE GRÜNEN) (ab 23.1.2001)	*Martin Wille* *Alexander Müller* (ab 23.1.2001)
BM für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	15. WP 2002–	*Renate Künast* (B 90/DIE GRÜNEN)	1) *Gerald Thalheim* (SPD) 2) *Matthias Berninger* (B 90/DIE GRÜNEN)	1) *Alexander Müller* 2) *Martin Wille*
BM für Arbeit und Sozialordnung[1]	13. WP 1994–1998	*Norbert Blüm* (CDU)	1) *Horst Günther* (CDU) 2) *Rudolf Kraus* (CSU)	1) *Bernhard Worms* (bis 31.3.1995) *Karl Jung* (ab 5.5.1995 bis 31.3.1996) *Wilhelm Hecker* (ab 1.4.1996) 2) *Werner Tegtmeier*
	14. WP 1998–2002	*Walter Riester* (SPD)	1) *Gerd Andres* (SPD) 2) *Ulrike Mascher* (SPD)	1) *Klaus Achenbach* 2) *Werner Tegtmeier*
BM der Verteidigung	13. WP 1994–1998	*Volker Rühe* (CDU)	1) *Michaela Geiger* (CSU) (bis 15.1.1997) *Klaus Rose* (CSU) (ab 23.1.1997) 2) *Bernd Wilz* (CDU)	1) *Jörg Schönbohm* (bis 24.1.1996) *Gunnar Simon* (ab 9.2.1996) 2) *Peter Wichert*

[1] In der 15. Wahlperiode in die Zuständigkeit des BM für Wirtschaft und Arbeit übergegangen. Mit der Übertragung von Zuständigkeiten aus dem bisherigen Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung wird das bisherige Bundesministerium für Gesundheit zu einem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung umgebildet.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre	Beamtete Staatssekretäre
noch: BM der Verteidigung	14. WP 1998–2002	*Rudolf Scharping* (SPD) (bis 19. 7. 2002) *Peter Struck* (SPD) (ab 19.7.2002)	1) *Walter Kolbow* (SPD) 2) *Brigitte Schulte* (SPD)	1) *Walther Stützle* 2) *Peter Wichert* 1) *Klaus-Günther Biederbick* (ab 9. Mai 2000) 2) *Walther Stützle* *(bis 14. 10. 2002)*
	15. WP 2002–	*Peter Struck* (SPD)	1) *Walter Kolbow* (SPD) 2) *Hans Georg Wagner* (SPD)	1) *Peter Eickenboom* 2) *Klaus-Günther Biederbick*
BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	13. WP 1994–1998	*Claudia Nolte* (CDU)	*Gertrud Dempwolf* (CDU)	1) *Willi Hausmann* 2) *Heribert Scharrenbroich* (bis 30.11.1995)
	14. WP 1998–2002	*Christine Bergmann* (SPD)	*Edith Niehuis* (SPD)	*Peter Haupt*
	15. WP 2002–	*Renate Schmidt* (SPD)	1) *Marieluise Beck* (B 90/DIE GRÜNEN) 2) *Christel Riemann-Hanewinckel* (SPD)	*Peter Haupt*
BM für Gesundheit	13. WP 1994–1998	*Horst Seehofer* (CSU)	*Sabine Bergmann-Pohl* (CDU)	*Baldur Wagner*
	14. WP 1998–2002	*Andrea Fischer* (B 90/DIE GRÜNEN) (bis 12.1.2001) *Ulla Schmidt* (SPD) (ab 12.1.2001)	*Christa Nickels* (B 90/DIE GRÜNEN) (bis 12.1.2001) *Gudrun Schaich-Walch* (SPD) (ab 12.1.2001)	*Erwin Jordan* (bis 18.1.2001) *Klaus Theo Schröder* (ab 22.1.2001)
BM für Gesundheit und Soziale Sicherung[1]	15. WP 2002–	*Ulla Schmidt* (SPD)	1) *Marion Caspers-Merk* (SPD) 2) *Franz Thönnes* (SPD)	*Klaus Theo Schröder*

[1] Mit der Übertragung von Zuständigkeiten aus dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung wird mit Beginn der 15. Wahlperiode das vorherige Bundesministerium für Gesundheit zu einem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung umgebildet.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre	Beamtete Staatssekretäre
BM für Post und Telekommunikation[1]	13. WP 1994–1997	*Wolfgang Bötsch* (CSU) (bis 17.12.1997, mdWdGb bis 31.12.1997)	*Paul Laufs* (CDU)	*Gerhard O. Pfeffermann*
BM für Verkehr	13. WP 1994–1998	*Matthias Wissmann* (CDU)	1) *Manfred Carstens* (CDU) (bis 15.5.1997) *Norbert Lammert* (CDU) (ab 15.5.1997) 2) *Johannes Nitsch* (CDU)	*Wilhelm Knittel* (bis 31.3.1995) *Hans Jochen Henke* (ab 1.4.1995)
BM für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	14. WP 1998–2002	*Franz Müntefering* (SPD) (bis 17.9.1999) *Jürgen Trittin* (B 90/DIE GRÜNEN) (18.9.1999 bis 29.9.1999 mdWdGb) *Reinhard Klimmt* (29.9.1999–20.11.2000) *Kurt Bodewig* (SPD) (ab 20.11.2000)	1) *Achim Großmann* (SPD) 2) *Lothar Ibrügger* (SPD) (bis 20.3.2000) *Kurt Bodewig* (SPD) (ab 20.3.2000 bis 20.11.2000) *Angelika Mertens* (SPD) (ab 28.11.2000) 3) *Siegfried Scheffler* (SPD) (bis 27.11.2000) *Stephan Hilsberg* (SPD) (ab 28.11.2000)	1) *Elke Ferner* (bis 29.11.2000) *Ralf Nagel* (ab 30.11.2000) 2) *Matthias Machnig* (bis 2.11.1999) *Henner Wittling* (ab 2.11.1999)
	15. WP 2002–	*Manfred Stolpe* (SPD)	1) *Angelika Mertens* (SPD) 2) *Iris Gleicke* (SPD) 3) *Achim Großmann* (SPD)	1) *Tilo Braune* 2) *Ralf Nagel*

[1] Auflösung des Ministeriums zum 31. Dezember 1997 als Folge der Neuordnung des Postwesens.

Bundesministerium	Wahlperiode	Bundesminister	Parlamentarische Staatssekretäre	Beamtete Staatssekretäre
BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau[1]	13. WP 1994–1998	*Klaus Töpfer* (CDU) (bis 14.1.1998) *Eduard Oswald* (CSU) (ab 14.1.1998)	*Joachim Günther* (FDP)	*Christa Thoben*
BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	13. WP 1994–1998	*Angela Merkel* (CDU)	1) *Ulrich Klinkert* (CDU) 2) *Walter Hirche* (FDP)	*Clemens Stroetmann* (bis 16.1.1995) *Erhard Jauck* (ab 18.1.1995)
	14. WP 1998–2002	*Jürgen Trittin* (B 90/DIE GRÜNEN)	1) *Gila Altmann* (B 90/DIE GRÜNEN) 2) *Simone Probst* (B 90/DIE GRÜNEN)	*Rainer Baake*
	15. WP 2002–	*Jürgen Trittin* (B 90/DIE GRÜNEN)	1) *Margareta Wolf* (B 90/DIE GRÜNEN) 2) *Simone Probst* (B 90/DIE GRÜNEN	*Rainer Baake*
BM für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	13. WP 1994–1998	*Jürgen Rüttgers* (CDU)	1) *Bernd Neumann* (CDU) 2) *Cornelia Yzer* (CDU) (bis 22.1.1997) *Elke Wülfing* (CDU) (ab 23.1.1997)	1) *Fritz Schaumann* 2) *Gebhard Ziller* (bis 30.6.1996) *Helmut Stahl* (ab 19.8.1996)
BM für Bildung und Forschung	14. WP 1998–2002	*Edelgard Bulmahn* (SPD)	*Wolf-Michael Catenhusen* (SPD)	*Uwe Thomas*
	15. WP 2002–	*Edelgard Bulmahn* (SPD)	*Christoph Matschie* (SPD)	*Uwe Thomas*
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	13. WP 1994–1998	*Carl-Dieter Spranger* (CSU)	*Klaus-Jürgen Hedrich* (CDU)	*Wighard Härdtl*
	14. WP 1998–2002	*Heidemarie Wieczorek-Zeul* (SPD)	*Ursula Eid* (B 90/DIE GRÜNEN)	*Erich Stather*
	15. WP 2002–	*Heidemarie Wieczorek-Zeul* (SPD)	*Ursula Eid* (B 90/DIE GRÜNEN)	*Erich Stather*

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.3.

[1] In der 14. Wahlperiode wurden das BM für Verkehr sowie das BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zum BM für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zusammengelegt.

6.4 Parlamentarische Staatssekretäre

Die Berufung von Parlamentarischen Staatssekretären war bei Bildung der Großen Koalition Ende 1966 vereinbart und durch das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre vom 6. April 1967 ermöglicht worden. Parlamentarische Staatssekretäre sind – mit einer Ausnahme[1] – Mitglieder des Bundestages; sie haben die nicht näher umschriebene Aufgabe, die Bundesminister, denen sie beigegeben sind, bei ihrer Regierungsaufgabe zu unterstützen. Parlamentarische Staatssekretäre (einschließlich der „Staatsminister“) werden mit ihrer Ernennung jedoch keine Regierungsmitglieder. An die Einführung der Parlamentarischen Staatssekretäre wurden u. a. die Erwartungen geknüpft, den Bundesminister bei seiner Arbeit zu entlasten. Auch gab es die Vorstellung, das Amt könne eine Art „Minister-Schule“ werden.
Die Entlastungsfunktion ist vor allem in der Fragestunde des Bundestages deutlich geworden: Die Mehrzahl der mündlichen Anfragen wird seit langem durch die Parlamentarischen Staatssekretäre beantwortet.

Verteilung der Parlamentarischen Staatssekretäre auf die Bundesministerien

	13. WP 1994–1998	davon erstmals ernannt	14. WP 1998–2002	davon erstmals ernannt	15. WP 2002–	davon erstmals ernannt
Bundeskanzleramt[2]	3[3]	1	2[4]	2	1	0
Auswärtiges Amt	2	1	2	3	2	1
BM des Innern	2	0	2	2	2	1
BM der Justiz	1	0	1	1	1	1
BM der Finanzen	2	2	2	2	2	0
BM für Wirtschaft ab 14. WP: BM für Wirtschaft und Technologie ab 15. WP: BM für Wirtschaft und Arbeit	2[5]	0	2[6]	3	3	1
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ab 12.1.2001: BM für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	1	1	2[7]	2	2	0
BM für Arbeit und Sozialordnung[8]	2	0	2	2	–	–
BM der Verteidigung	2	1	2	2	2	1

1 Nach § 1 Abs. 1 der Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre vom 15. Januar 1999 müssen die Parlamentarischen Staatssekretäre „Mitglieder des Deutschen Bundestages sein, bei der Ernennung eines Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundeskanzler kann von diesem Erfordernis abgesehen werden“ (BGBl. I S. 10).
2 Vgl. dazu bereits Anm. 1 zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre vom 15. Januar 1999.
3 Bis 26. Mai 1998: 2.
4 Bis 1. August 1999: 1.
5 Ab 15. Mai 1997: 1.
6 Bis Januar 2001: 1.
7 Bis 23. Januar 2001: 1.
8 In der 15. Wahlperiode in die Zuständigkeit des BM für Wirtschaft und Arbeit übergegangen.

	13. WP 1994–1998	davon erstmals ernannt	14. WP 1998–2002	davon erstmals ernannt	15. WP 2002–	davon erstmals ernannt
BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	1	1	1	1	2	2
BM für Gesundheit ab 15. WP: BM für Gesundheit und Soziale Sicherung	1	0	1	2	2	2
BM für Verkehr ab 14. WP: BM für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	2	1	3	6	3	1
BM für Post- und Fernmeldewesen	1[1]	0	–	–	–	–
BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	1	0	–	–	–	–
BM für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie ab 14. WP: BM für Bildung und Forschung	2	1	1	1	1	1
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	1	1	1	1	1	0
BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	2	1	2	2	2	0
Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre insgesamt	28	11	26	32	26	11

[1] Bis 31. Dezember 1997.

Zahl der Minister und Parlamentarischen Staatssekretäre

Die folgende Übersicht veranschaulicht die Entwicklung der Zahl der Bundesminister und der Parlamentarischen Staatssekretäre bzw. Staatsminister, untergliedert nach den Parteien, die an den jeweiligen Regierungskoalitionen beteiligt waren.

Wahl-periode	Stand	BMin insges.	PStS insges.	davon										
				CDU		CSU		SPD		FDP		B 90/GR		
				Bmin	PStS	BMin	PStS	BMin	PStS	BMin	PStS	BMin	PStS	nicht MdB[1]
13. WP 1994–1998	Beginn der WP	17	27	10	16	4	5	0	0	3	6	0	0	
	Mai 1997	17	26	10	15	4	5	0	0	3	6	0	0	
	Januar 1998	16	25	9	14	4	5	0	0	3	6	0	0	
	Mai 1998	16	26	9	15	4	5	0	0	3	6	0	0	
14. WP 1998–2002	Beginn der WP	15[2]	24	0	0	0	0	11	18	0	0	3	5	1
	August 1999	14[2]	25	0	0	0	0	10	19	0	0	3	5	1
	Januar 2001	14[2]	27	0	0	0	0	10	21	0	0	3	6	
15. WP 2002–[3]	Beginn der WP	13	27	0	0	0	0	10	19	0	0	3	7	1

[1] Siehe Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre vom 15. Januar 1999: Gemäß § 1 Abs. 1 müssen die Parlamentarischen Staatssekretäre „Mitglieder des Deutschen Bundestages sein, bei der Ernennung eines Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundeskanzler kann von diesem Erfordernis abgesehen werden“ (BGBl. I S. 10).

[2] Davon ein Minister parteilos.

[3] Stand: 31. März 2003.

Wechsel vom Parlamentarischen Staatssekretär zum Bundesminister

Mit der Einführung der Parlamentarischen Staatssekretäre war die Vorstellung verbunden, in diesem Amt könnten Abgeordnete Erfahrungen für eine mögliche spätere Verwendung als Minister sammeln. Es ist deshalb von Interesse, inwieweit bisher tatsächlich Parlamentarische Staatssekretäre bzw. Staatsminister zu Bundesministern ernannt wurden.

Wahl periode	Gesamtzahl der seit 1967 erstmals ernannten Parlamentarischen Staatssekretäre	davon später Bundesminister geworden		Zahl der in der ... Wahlperiode erstmals ernannten Bundesminister	davon zuvor Parlamentarischer Staatssekretär gewesen		Namen der Bundesminister, die zuvor Parlamentarische Staatssekretäre bzw. Staatsminister waren
		Anzahl	in %		Anzahl	in %	
13. WP 1994–1998	138	23	16,7	4	0	–	
14. WP 1998–2002	172	24	13,3	22	1	4,5	*Kurt Bodewig* (SPD)[1]
15. WP 2002–	184	24	12,6	3	0	–	

[1] Unmittelbarer Wechsel im gleichen Ressort.

Parlamentarische Staatssekretäre, die nicht Mitglieder des Deutschen Bundestages sind

Nach Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre vom 15. Januar 1999 (§ 1 Abs. 1) müssen die Parlamentarischen Staatssekretäre „Mitglieder des Deutschen Bundestages sein, bei der Ernennung eines Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundeskanzler kann von diesem Erfordernis abgesehen werden“ (BGBl. I S. 10). Bislang ist davon in drei Fällen, jeweils bei der Ernennung eines Staatsministers und Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und Medien, Gebrauch gemacht worden:

Wahlperiode	Name
14. WP 1998–2002	*Michael Naumann* (parteilos) 3.3.1999 bis 31.12.2000
	Julian Nida-Rümelin (SPD) ab 1.1.2001
15. WP 2002–	*Christina Weiss* (parteilos)

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.4.

6.5 Kanzlerkandidatur, Partei- und Fraktionsvorsitz

In der folgenden Übersicht sind für den Zeitraum seit 1994 gegenübergestellt:

– die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD,
– die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD,
– die von der CDU/CSU bzw. SPD nominierten Kanzlerkandidaten,
– die von der CDU/CSU bzw. SPD gestellten Bundeskanzler.

Wahljahr	Stand	Parteivorsitzende CDU und CSU	Kanzlerkandidat CDU/CSU	Fraktions-vorsitzende(r) CDU/CSU	Parteivorsitzender SPD	Kanzlerkandidat SPD	Fraktions-vorsitzender SPD	Bundeskanzler
1994	vor der Wahl	CDU: *Helmut Kohl* CSU: *Theodor Waigel*	*Helmut Kohl*	*Wolfgang Schäuble*	*Rudolf Scharping* (bis 1995) *Oskar Lafontaine* (ab 1995)	*Rudolf Scharping*[1]	*Hans-Ulrich Klose*	*Helmut Kohl*
	in der 13. WP			*Wolfgang Schäuble*			*Rudolf Scharping*	*Helmut Kohl*
1998	vor der Wahl	CDU *Helmut Kohl* (bis 1998) *Wolfgang Schäuble* (bis 2000) *Angela Merkel* (ab 2000) CSU: *Theodor Waigel* (bis 1999) *Edmund Stoiber* (ab 1999)	*Helmut Kohl*	*Wolfgang Schäuble*	*Oskar Lafontaine* (bis 1999) *Gerhard Schröder* (ab 1999)	*Gerhard Schröder*	*Rudolf Scharping*	*Gerhard Schröder*
	in der 14. WP			*Wolfgang Schäuble* (bis 2000) *Friedrich Merz* ab 2000			*Peter Struck* (bis 2002) *Ludwig Stiegler* (ab 2002)	*Gerhard Schröder*
2002	vor der Wahl	CDU: *Angela Merkel* CSU: *Edmund Stoiber*	*Edmund Stoiber*	*Friedrich Merz*	*Gerhard Schröder*	*Gerhard Schröder*	*Ludwig Stiegler*	*Gerhard Schröder*
	in der 15. WP[2]			*Angela Merkel*			*Franz Müntefering*	*Gerhard Schröder*

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.5.

[1] Bis zu seinem Rücktritt als Parteivorsitzender im Mai 1993 war *Björn Engholm* Kanzlerkandidat der SPD.
[2] Stand 31. März 2003.

6.6 Koalitionen und Opposition im Bundestag

Die folgende Dokumentation verzeichnet in tabellarischer Form

– die seit der 13. Wahlperiode des Bundestages geschlossenen Regierungskoalitionen,
– die Zahl der Kabinettsmitglieder (jeweils einschließlich Bundeskanzler) insgesamt und nach Parteizugehörigkeit,
– die zur Regierungskoalition gehörende Mandatszahl,
– Zusammensetzung und Mandatszahl der Opposition, in der die Zahl aller Abgeordneten, deren Fraktion nicht ausdrücklich und offiziell an der Regierung beteiligt ist, und aller fraktionslosen Abgeordneten enthalten ist.

Wahlperiode	Stand	Regierungs-koalition aus:	Zahl der Bundes-minister (einschl. Bundes-kanzler)	Mandatszahl der Regierungs-koalition (in Klammern: am Ende der Wahl-periode)[1]	Fraktionen in der Opposition	Mandatszahl der Opposition (in Klammern: am Ende der Wahl-periode)[1]	Bemerkungen
13. WP 1994–1998	17.11.1994	CDU/CSU FDP	CDU 11 CSU 4 FDP 3 zusammen 18	341 (342)	SPD B 90/GR PDS	331 (330)	Kabinett *Helmut Kohl* (CDU)
14. WP 1998–2002	27.10.1998	SPD B 90/GR	SPD 12 B 90/GR 3 zusammen 15	343 (338)	CDU/CSU FDP PDS	325 (326)	Kabinett *Gerhard Schröder* (SPD)
15. WP 2002–	22.10.2002	SPD B 90/GR	SPD 10 B 90/GR 4 zusammen 14	306	CDU/CSU FDP Fraktionslose	297	Kabinett *Gerhard Schröder* (SPD)

[1] Zu den Veränderungen im Einzelnen vgl. Kapitel 5.4 Fraktionsstärke und Fraktionswechsel.

Koalitionen und Mehrheitsverhältnisse

Sämtliche Bundesregierungen seit 1949 waren Koalitionsregierungen, da – von der 3. Wahlperiode (1957–1961) abgesehen – keine im Bundestag vertretene Partei allein die Mehrheit aller Mandate erreicht hatte.
Koalitionen und Regierungen lassen sich u. a. nach folgender Typologie einteilen:

– Allparteienkoalitionen (in der Bundesrepublik auf Bundesebene noch nie eingetreten);
– Große Koalitionen (bisher nur in der 5. Wahlperiode zwischen 1966 und 1969);
– Kleine Koalitionen (Normalfall in der Bundesrepublik);
– Minderheitsregierungen (bisher nur dreimal kurzfristig: Ende 1966; 1972 und im September 1982.

Wahlperiode	Stand (Vereidigung des Kabinetts)	Art der Regierung bzw. Koalition	an der Regierung bzw. Koalition beteiligte Fraktionen	Mehrheitsverhältnis der Regierung bzw. Koalition
13. WP 1994–1998	17.11.1994	Kleine Koalition	CDU, CSU, FDP	absolute Mehrheit
14. WP 1998–2002	27.10.1998	Kleine Koalition	SPD, B 90/DIE GRÜNEN	absolute Mehrheit
15. WP 2002–[1]	22.10.2002	Kleine Koalition	SPD, B 90/DIE GRÜNEN	absolute Mehrheit

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.6.

6.7 Regierungsbildung

Die Dauer der einzelnen Koalitions- und Regierungsbildung kann ein Indiz für die Schwierigkeit ihres Zustandekommens sein. Gemessen wird die Dauer der Regierungsbildung vom Tag der Wahl bis zur Vereidigung des Bundeskabinetts (und nicht bis zur Wahl des Bundeskanzlers), weil es – wie 1953 und 1957 – möglich ist, dass zwar der neue Bundeskanzler schon gewählt wurde, die Koalitionsverhandlungen (einschließlich der Verhandlungen zwischen CDU und CSU) über die Zusammensetzung des künftigen Kabinetts aber noch nicht abgeschlossen sind.

Dauer der Regierungsbildungen zu Beginn der Wahlperiode

	13. WP 1994	14. WP 1998	15. WP 2002
Tag der Wahl	16.10.1994	27. 9.1998	22. 9.2002
Beginn der Koalitionsverhandlungen	27.10.1994	1.10.1998	25. 9.2002
Abschluss der Koalitionsverhandlungen	11.11.1994	20.10.1998	16.10.2002

[1] Stand: 31. März 2003.

	13. WP 1994	14. WP 1998	15. WP 2002
Ende der vorangegangenen Wahlperiode	10.11.1994	26.10.1998	17.10.2002
Konstituierung des neuen Bundestages	10.11.1994	26.10.1998	17.10.2002
Wahl des Bundeskanzlers	15.11.1994	27.10.1998	22.10.2002
Vereidigung des Kabinetts	17.11.1994	27.10.1998	22.10.2002
Abgabe der Regierungserklärung	23.11.1994	10.11.1998	29.10.2002
Dauer der Regierungsbildung[1]	32 Tage	30 Tage	30 Tage

Mandatsanteil/Anteil der Kabinettsmitglieder

Wahlperiode	Stand	Mandatsanteil der Koalitionsparteien		Anteil der Kabinettsmitglieder	
		Zahl insg.	davon	Zahl insg.	davon
13. WP 1994–1998	15.11.1994 (Beginn der WP)	341 = 100 %	CDU 244 = 71,6 % CSU 50 = 14,7 % FDP 47 = 13,8 %	18 = 100 %	CDU CSU 11 = 61,1 % FDP 4 = 22,2 % 3 = 16,7 %
14. WP 1998–2002	27.10.1998 (Beginn der WP)	345 = 100 %	SPD 298 = 86,4 % B 90/GR 47 = 13,6 %	16 = 100 %	SPD 12 = 75,0 % B 90/GR 3 = 18,8 % parteilos 1 = 6,3 %
15. WP 2002–	22.10.2002 (Beginn der WP)	306 = 100 %	SPD 251 = 82,0 % B 90/GR 55 = 18,0 %	14 = 100 %	SPD 10 = 71,4 % B 90/GR 4 = 28,6 %

Bibliographie zur Regierungsbildung

Jahr	Titel der Untersuchung
1994	*Gudrun Heinrich*, Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung auf Bundesebene 1994 im Spiegel der Presse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 26. 1995. H. 2. S. 193–204. *Jesse, Eckhard*, Koalitionsveränderungen 1949 bis 1994: Lehrstücke für 1998? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 29. 1998. H. 3. S. 460–477. *Kropp, Sabine*, Koalitionsbildungen in Bund und Ländern. Verfahren, Institutionalisierungsprozesse und Gewinnverteilungen. In: Parteiendemokratie in Deutschland. Hrsg. von *Oscar W. Gabriel* für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn, 2. aktualisierte Aufl. 2001. S. 340–359. *Niclauß, Karlheinz*, Koalitionen und Kandidaten. Rückblick und Wahleinschätzung 2002. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 52. 2002. H. 21. S. 32–38.

[1] Gerechnet vom Tag der Wahl bis zur Vereidigung des Kabinetts.

Jahr	Titel der Untersuchung
noch: 1994	Das vereinte Deutschland zukunftsfähig machen. Koalitionsvereinbarungen für die 13. Legislaturperiode von CDU/CSU und FDP mit Erläuterungen zu verschiedenen Sachpunkten. Hrsg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, HA Öffentlichkeitsarbeit. Bonn 1994.
1998	Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20. Oktober 1998. (Wortlaut). In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Jg. 43. 1998. H. 7. S. 1521–1552. *Bergmann, Kristin*, Regierungsbildung 1998. Dokumentation der Koalitionsverhandlungen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 30. 1999. H. 2. S. 316–325. *Busse, Volker*, Regierungsbildung aus organisatorischer Sicht. Tatsächliche und rechtliche Betrachtungen am Beispiel des Regierungswechsels 1998. In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 52. 1999. H. 8. S. 313–322. *Dettling, Warnfried*, Neue Mehrheit, alte Mitte, und kein politischer Horizont? In: Kommune. Jg. 16. 1998. H. 12. S. 6–9. *Jesse, Eckhard*, Koalitionsveränderungen 1949 bis 1994: Lehrstücke für 1998? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 29. 1998. H. 3. S. 460–477. *Kropp, Sabine*, Koalitionsbildungen in Bund und Ländern. Verfahren, Institutionalisierungsprozesse und Gewinnverteilungen. In: Parteiendemokratie in Deutschland. Hrsg. von *Oscar W. Gabriel* für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn, 2. aktualisierte Aufl. 2001. S. 340–359. *Kropp, Sabine*, Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung der Bundesparteien vom 20. Oktober 1998. Ein Plan und die ersten Schritte seiner Realisierung. In: Gegenwartskunde. Jg. 48. 1999. H. 1. S. 31–44. *Niclauß, Karlheinz*, Koalitionen und Kandidaten. Rückblick und Wahleinschätzung 2002. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 52. 2002. H. 21. S. 32–38. *Zivier, Ernst Renatus*, Der Koalitionsvertrag – rechtlich oder “nur“ politisch bindend? In: Recht und Politik. Jg. 34. 1998. H. 4. S. 204–208.
2002	*Busse, Volker*, Änderungen der Organisation der Bundesregierung und Zuständigkeitsanpassungs-Gesetz 2002. Erläuterungen am Beispiel der Regierungsbildung 2002. In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 56. 2003. H. 10. S. 407–413. Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland, für eine lebendige Demokratie. [Koalitionsvereinbarung 2002–2006]. Hrsg. vom SPD-Parteivorstand. Berlin 2002. *Jesse, Eckhard*, Die wahrscheinlichen und die sinnvollen Koalitionen (vor) der Bundestagswahl 2002. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 33. 2002. H. 3. S. 421–435. *Kropp, Sabine*, Regierungsbildung im Bund – unwägbarer denn je? Koalitionspolitische Optionen vor den Bundestagswahlen 2002. In: Gesellschaft, Wirtschaft Politik. Jg. 51. 2002. H. 2. S. 139–143.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.7.

6.8 Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat

In der Regel sind die Mitglieder der Bundesregierung zugleich auch Mitglieder des Deutschen Bundestages. Es gibt jedoch weder eine Bestimmung, die dieses vorschreibt, noch eine, die dieses einschränkt oder generell ausschließt (vgl. Kapitel 2.8: Inkompatibilitäten). In den bisherigen Fällen, in denen Mitglieder der Bundesregierung nicht gleichzeitig Bundestagsmitglieder waren, wird zwischen „typischen" und „situationsbedingten" Nichtmitgliedschaften im Bundestag unterschieden (*Adalbert Hess*)[1]. Typische Nichtmitgliedschaften findet man z.B. bei Experten und hohen Beamten, die in ein Ministeramt gerufen werden, situationsbedingte Nichtmitgliedschaften oft bei Politikern, die kurzfristig wegen überraschender Minister- oder Regierungswechsel in das Bundeskabinett eintreten.
Die Gesamtzahl der Regierungsmitglieder (einschließlich Bundeskanzler) ohne Bundestagsmandat betrug in der 1. bis 12. Wahlperiode 153 Regierungsmitglieder.
Die Namen der Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat seit der 13. Wahlperiode sind in der folgenden tabellarischen Übersicht zusammengestellt.

Wahlperiode	Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat	Partei	Ressort	Bemerkungen
13. WP 1994–1998	–	–	–	–
14. WP 1998–2002	*Bodo Hombach*	SPD	BM für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes	BM bis 31.7.1999. Chef des Bundeskanzleramtes bis 7.7.1999.
	Hans Eichel	SPD	BM der Finanzen	BM ab 12.4.1999; ab 15. WP MdB
	Werner Müller	parteilos	BM für Wirtschaft und Technologie	Vom 18.3.1999 bis 12.4.1999 zusätzlich mdWdGb des BM der Finanzen beauftragt.
	Karl-Heinz Funke	SPD	BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	BM bis 9.1.2001
	Renate Künast	B 90/ GR	BM für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	BM ab 12.1.2001; ab 15. WP MdB
	Walter Riester	SPD	BM für Arbeit und Sozialordnung	ab 15. WP MdB
	Christine Bergmann	SPD	BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	
	Reinhard Klimmt	SPD	BM für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	BM vom 22.9.1999 bis 15.11.2000
15. WP 2002–	*Brigitte Zypries*	SPD	BM der Justiz	in der 13. WP Beamtete Staatssekretärin im BM des Innern
	Wolfgang Clement	SPD	BM für Wirtschaft und Arbeit	
	Renate Schmidt	SPD	BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	MdB in der 9.–12. WP
	Manfred Stolpe	SPD	BM für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.8.

[1] *Adalbert Hess*, Zur Parlamentsmitgliedschaft der Minister in Bund und Ländern (1946-1971). In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 2. 1971. H. 3. S. 262-276.

6.9 Zusammensetzung der Bundeskabinette: Strukturdaten

Zahl der Regierungsmitglieder und der Abgeordneten im Vergleich

183 Personen würde eine Liste aller Regierungsmitglieder – Bundeskanzler und Bundesminister – umfassen, die vom Beginn der 1. Wahlperiode bis zum Beginn der 15. Wahlperiode dem Bundeskabinett angehörten. Eine entsprechende Liste aller Mitglieder des Bundestages bis zum Beginn der 15. Wahlperiode brächte es auf 3 178 Namen (vgl. Kapitel 2.1: Zahl der Abgeordneten).

Der Unterschied zwischen den beiden Gruppen liegt in der Steigerungsrate: Gemessen an der Zahl von 14 Kabinettsmitgliedern im Jahr 1949 ist deren Zahl bis 2002 um das Dreizehnfache gestiegen. Bei den Abgeordneten dagegen hat sich die Zahl im gleichen Zeitraum nicht ganz um das Achtfache vergrößert. Die Einzelheiten sind aus der Gegenüberstellung der Indexzahlen ersichtlich, die 1949 jeweils von 100 ausgehen und 2002 bei den Regierungsmitgliedern auf 1 307 gestiegen sind, bei den Abgeordneten jedoch nur auf 776. Infolge von Koalitions- und Regierungswechseln findet insgesamt gesehen im Kabinettsbereich ein wesentlich stärkerer personeller Austausch statt als im Parlament. Entsprechend liegen die durchschnittlichen Mandatszeiten der Abgeordneten erheblich über den Amtszeiten der Kabinettsmitglieder.

Wahlperiode	Stand	Zahl der		Entwicklung der Zahlenreihe (Index 1949 = 100)	
		Regierungsmitglieder seit 1949	Mitglieder des Bundestages seit 1949	Regierungsmitglieder	Mitglieder des Bundestages
	Beginn der 1. WP	14	410	100	100
	Ende der 12. WP	153	2605	1093	635
13. WP 1994–1998	Beginn	155	2808	1107	685
	Ende	157	2824	1121	689
14. WP 1998–2002	Beginn	173	2990	1236	729
	Ende	179	3008	1279	734
15. WP 2002–[1]	Beginn	183	3178	1307	776
	Ende				

[1] Stand 31. März 2003.

Zahl der Regierungsmitglieder (einschließlich Bundeskanzler) seit 1994

183 beträgt (beim Stand 31. März 2003) die Zahl aller Regierungsmitglieder, die – einschließlich Bundeskanzler – dem Bundeskabinett von 1949 bis zum Beginn der 15. Wahlperiode angehören bzw. angehört haben. Nur 1949 und 1998 waren alle Kabinettsmitglieder erstmalig in dieser Funktion tätig; in allen übrigen Kabinetten gab es neue Kabinettsmitglieder in unterschiedlicher Anzahl. Mit anderen Worten: Nur die Kabinette von 1949 und 1998 haben gewissermaßen bei Null angefangen, was Regierungserfahrung betrifft.
Alle Einzelheiten sind der folgenden Statistik zu entnehmen. Aus ihr lassen sich auch die Zahl der Rücktritte beziehungsweise Entlassungen und die Zahl der Todesfälle während der Amtszeit ersehen.

Wahl-periode	Kabinett	zu Beginn der Amtszeit des Kabinetts		im Verlauf der Amtszeit des Kabinetts					Zahl der verschiedenen Regierungsmitglieder ab der 1. Wahlperiode[1] insgesamt
		Zahl der Regierungsmitglieder	davon erstmals im Kabinett	Rücktritte/ Entlassungen	Todesfälle	Veränderungen der Zahl der Regierungsmitglieder	Zahl der dadurch nachrückenden Regierungsmitglieder	davon erstmals im Kabinett	
13. WP 1994–1998	*Kohl*	18	2	3	0	- 1	2	2	157
14. WP 1998–2002	*Schröder*	16	16	7	0	- 1	6	6	178
15. WP 2002–	*Schröder*	14	5						183[2]

[1] Stand am Ende des jeweiligen Kabinetts bzw. der Wahlperiode.
[2] Stand zu Beginn der Amtszeit des Kabinetts in der 15.Wahlperiode.

Anteil der Juristen im Kabinett

Vor dem Hintergrund der wiederholt erhobenen Vermutung von einem Juristenmonopol in den staatlichen Organen und Institutionen ist die Frage von Interesse, wie stark Juristen in den Kabinetten der Bundesregierung vertreten sind. Die Tabelle zeigt, dass der Anteil der Volljuristen an den jeweiligen Bundesregierungen erheblich schwankt – zwischen 25 und 50 Prozent – und auch nicht von der parteipolitischen Zusammensetzung des Kabinetts abhängt.

Die folgenden Angaben beziehen sich jeweils auf den Beginn der Kabinette; der Bundeskanzler ist gegebenenfalls in die Zahl der Juristen unter den Regierungsmitgliedern einbezogen.

Wahlperiode	Kabinett	Anzahl der Regierungsmitglieder	Anteil der Volljuristen unter den Regierungsmitgliedern	
			Anzahl	in %
13. WP 1994–1998	*Kohl*	18	9	50,0
14. WP 1998–2002	*Schröder*	16	3	18,8
15. WP 2002–	*Schröder*	14	6	42,9

Die Regierungsmitglieder mit über zehnjähriger Amtszeit

Die folgende Tabelle nennt die Regierungsmitglieder der 13. bis beginnenden 15. Wahlperiode die länger als 120 Monate, d. h. über zehn Jahre einem Bundeskabinett angehörten.

Wahlperiode	Amtszeit in Monaten	Name, Partei	Ressort
13.WP 1994–1998	193	*Helmut Kohl* (CDU)	1982 – 1998 Bundeskanzler
	193	*Norbert Blüm* (CDU)	1982 – 1998 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
	138	*Klaus Töpfer (CDU)*	1987 – 1994 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1994 – 1998 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
14.WP 1998–2002	–	–	–
15.WP 2002–	–	–	–

Zugehörigkeit der Parteivorsitzenden zum Bundeskabinett

Inwieweit in den Regierungskoalitionen seit 1994 die Vorsitzenden bzw. Sprecher des Bundesvorstandes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) der an der Regierung beteiligten Parteien dem Bundeskabinett angehörten, zeigt die folgende Zusammenstellung. Die Tabelle berücksichtigt auch, ob die im Kabinett vertretenen Parteivorsitzenden das Amt des Bundeskanzlers oder Vizekanzlers innehatten.

Wahl-periode	Stand	Zusammen-setzung der Koalition	Parteivorsitzende	Mitglied der Bundes-regierung	als Bundes-kanzler	als Vizekanzler
13. WP 1994–1998	Beginn der WP	CDU CSU FDP	*Helmut Kohl*	ja	ja	–
			Theodor Waigel	ja	–	nein
			Klaus Kinkel (bis 1995)	ja	–	ja
			Wolfgang Gerhardt (ab 1995)	nein	–	–
14.WP 1998–2002	Beginn der WP	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	*Oskar Lafontaine* (bis 1999)	ja	–	nein
			Gerhard Schröder (ab 1999)	ja	ja	–
			Antje Radcke	nein	–	–
			Gunda Röstel (bis 2000)	nein	–	–
			Renate Künast (2000–2001)	nein	–	nein
			Fritz Kuhn (2000–2002)	nein	–	–
			Claudia Roth (2001–2002)	nein	–	–
15.WP 2002–[1]	Beginn der WP	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	*Gerhard Schröder*	ja	ja	–
			Angelika Beer	nein	–	–
			Reinhard Bütikofer	nein	–	–

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.9

[1] Stand: 31. März 2003.

6.10 Koalitionsvereinbarungen und Koalitionsausschüsse

Koalitionspartner treffen in Vorbereitung der Bildung einer Regierungskoalition Vereinbarungen, in denen die Bedingungen ihrer zukünftigen Zusammenarbeit festgelegt werden. Solche Koalitionsvereinbarungen enthalten die personellen und sachlichen Bedingungen der Parteien bzw. Fraktionen, unter denen die Koalitionspartner bereit sind zur Regierungsbildung sowie zur parlamentarischen Unterstützung dieser gemeinsam getragenen Regierung. Vereinbarungsformen können sein:

– mündliche Absprachen zwischen Verhandlungsdelegationen, die eventuell nachträglicher Bestätigung durch die betroffenen Fraktionen bedürfen,
– Gedächtnisprotokolle, die zu den eigenen Akten genommen oder ausgetauscht werden,
– Briefwechsel oder
– vertragsähnliche Dokumente mit oder ohne Unterzeichnung.

In dem Maße, in dem Koalitionsvereinbarungen einen schriftlich fixierten Charakter angenommen haben, ergab sich auch die Notwendigkeit, ein Gremium zu schaffen, das die Einhaltung der Absprachen garantieren und überwachen sollte. In der Bundesrepublik war erstmals nach dem Vorbild aus den Weimarer Jahren im Koalitionsvertrag von 1961 die Einsetzung eines **„Koalitionsausschusses“** vorgesehen. Dieser ist ein dem Bundeskabinett und den jeweiligen Mehrheitsfraktionen vorgeschaltetes Koordinationsgremium.

Wahl-periode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
13. WP 1994–1998	Beginn der WP	CDU/CSU, FDP	Detaillierte Koalitionsvereinbarung „Das vereinte Deutschland zukunftsfähig machen“[1]: 1. Schlanker Staat „Staat schlanker machen - Bürokratie abbauen“ mit dem Ziel: „staatliches Handeln im normativen, administrativen und gerichtlichen Bereich auf das notwendige Maß [zu] beschränken“ 2. Steuerpolitik – „Neuaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft in den neuen Ländern und die dabei notwendige sozialpolitische Flankierung“ – Sicherstellung dieser Maßnahmen und Konsolidierung des Haushaltes – Senken der Staatsquote (von gut 50 %) auf 46 % bis zum Jahr 2000 – Senken der Gewerbesteuer mit dem Ziel der Abschaffung – Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer zum 1. Januar – Steuerfreistellung des Existenzminimums 3. Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Stärkung des Mittelstandes – Gewinnen privater Haushalte als Arbeitgeber – Verstärkung der Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung für Arbeitslosen- oder Sozialhilfeempfänger – Flexibilisierung der Möglichkeiten zur Wiedereingliederung Schwervermittelbarer in den Arbeitsmarkt 4. Familienpolitik, Sozialpolitik, Wohnungsbau. Ziel: „Umbau des Sozialstaates“ – Einsetzen einer Expertenkommission, die u.a. die Einführung eines sogenannten „Bürgergeldes“ prüfen soll – Einsetzen einer Kommission zur „systematischen Durchleuchtung des gesamten Systems sozialer Transferleistungen“ – Erhöhung des Kinderfreibetrages und stärkere Orientierung des Kindergeldes an Einkommen und Kinderzahl – Förderung von Frauenerwerbsarbeit und Erleichterung des Wiedereinstiegs in das Berufsleben für Frauen – Schaffung preiswerten Wohnraums	Offiziell nicht vorgesehen; Fortsetzung der seit 1982 entwickelten Praxis mit „Koalitionsrunde“ und „Koalitionsarbeitsgruppen“

[1] Quelle: *Gudrun Heinrich*, Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung auf Bundesebene 1994 im Spiegel der Presse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 26. 1995. H. 2. S. 193-204, besonders S. 200 f..

Wahl-periode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
noch: 13. WP 1994–1998	noch: Beginn der WP	noch: CDU/CSU, FDP	– „Kostensenkungs- und Wohnbaulandinitiative“ – „Übergang in das Vergleichsmietensystem“ für die neuen Länder 5. Bildung, Wissenschaft, Forschung – „Strukturreform“ im Hochschulbereich durch „Änderung des Hochschulrahmengesetzes“ – Aufwertung beruflicher Bildung und Gleichstellung beruflicher und schulischer Abschlüsse – schnellere „Umsetzung von Schlüsseltechnologien in Produkte und Verfahren“ – Gründung einer „Deutschen Akademie der Wissenschaft“ 6. Umweltpolitik – Festhalten an der Kernenergie als „wesentlichem Beitrag zur Stromerzeugung“ – Durchsetzung einer „EU-weiten, aufkommensneutralen CO_2/Energiesteuer“ 7. Rechts- und Innenpolitik – Kriminalitätsbekämpfung – Novellierung des Bundeskriminalamtsgesetzes – Verbesserung des Opfer- und Zeugenschutzes – konsequente Anwendung des Ausländerrechts – „Kinderstaatszugehörigkeit“ 8. Europa- und Außenpolitik – „Heranführung“ der „Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa“ an die EU – „Festigung von Partnerschaft und gutnachbarlichen Beziehungen zu den GUS-Staaten“ – „schrittweise Erweiterung der NATO“	
14. WP 1998–2002	20.10.1998	SPD, B 90/DIE GRÜNEN	Koalitionsvereinbarung „Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert“[1]: 1. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Stärkung der Wirtschaft – Einrichtung eines „Bündnisses für Arbeit und Ausbildung“ mit Gewerkschaften und Unternehmen	Koalitionsausschuss aus je acht Mitgliedern pro Koalitionspartner ist ausdrücklich vorgesehen, der Angelegenheiten von grundlegender Bedeutung beraten und in

[1] Quelle: *Kristin Bergmann*, Regierungsbildung 1998. Dokumentation der Koalitionsverhandlungen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 30. 1999. H. 2. S. 316-325. (Hier: S. 322-324.)

Wahl-periode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
noch: 14. WP 1998– 2002	noch: 20.10.1998	noch: SPD, B 90/DIE GRÜNEN	– Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit – Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung, Missbrauch geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und Scheinselbständigkeit – Rücknahme von Einschnitten bei den Arbeitnehmerschutzrechten 2. Steuerpolitik – Dreistufige Steuerreform bis zum Jahr 2002 im Gesamtvolumen von 54 Milliarden DM – Dreistufige ökologische Steuer- und Abgabenreform zur Senkung der Lohnnebenkosten (davon nur der erste Schritt im Koalitionsvertrag konkretisiert) 3. Ausstieg aus der Atomenergie – zunächst in Konsensgesprächen mit der Energiewirtschaft – nach Ablauf eines Jahres durch Gesetz, das den Ausstieg entschädigungsfrei regelt 4. Ökologische Modernisierung – Verbesserung des Klimaschutzes – Einführung eines Umweltgesetzbuches – Verschärfung des Bundesnaturschutzgesetzes – Verschärfung der rechtlichen Regelungen zur Gentechnologie – Pflicht zur wissenschaftlichen Begleitung von Freilandversuchen mit transgenen Pflanzen 5. Verkehrspolitik – Keine zusätzlichen Finanzmittel für die Magnetschwebebahn Transrapid – Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs – 0,5 Promille-Grenze für Alkohol am Steuer 6. Reform der Alterssicherung – Rücknahme der Rentenkürzung – Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivkapital zur Altersvorsorge 7. Gesundheitspolitik – Einführung eines Globalhaushaltes im Gesundheitswesen – Neuordnung des Arzneimittelmarktes (Positivliste) – Stärkung der Rolle des Hausarztes 8. Drogenpolitik – Unterstützung von Substitutionsmethoden 9. Familienpolitik – Erhöhung des Kindergeldes	Konfliktfällen Konsens herbeiführen soll

Wahl-periode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
noch: 14. WP 1998– 2002	noch: 20.10.1998	noch: SPD, B 90/DIE GRÜNEN	– Mehr Steuergerechtigkeit für Familien – Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten – Flexibilisierung des Elternurlaubs – Verankerung eines Rechts auf gewaltfreie Erziehung 10. Frauenpolitik – Gleichstellungsgesetz mit verbindlichen Regelungen auch für die Privatwirtschaft – Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen 11. Innere Sicherheit – Intensivierung der Kriminalitätsbekämpfung – Bürokratiearme Bekämpfung von Alltagskriminalität 12. Reform des Staatsbürgerschaftsrecht – Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft – Erleichterung der Einbürgerung	
15. WP 2002–	16.10.2002	SPD, B 90/DIE GRÜNEN	Koalitionsvertrag „Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland. Für eine lebendige Demokratie“. I. Präambel II. Mehr Beschäftigung, starke Wirtschaft und solide Finanzen – Arbeit (Arbeitsplätze schaffen – Arbeitslosigkeit bekämpfen; Beschäftigung schaffen; Vermittlung in Arbeit stärken; kundenfreundliche und effiziente Strukturen in der Arbeitsmarktpolitik schaffen; Modernisierung der Arbeitswelt) – Wirtschaftspolitik (Politik für Wachstum und Beschäftigung; Mittelstandsinitiative; Bürokratieabbau und Modernisierung der Verwaltung; Außenwirtschaftsoffensive; Förderung von Zukunftstechnologien) – Finanzen und Steuern (notwendige Strukturreformen; gerechte Steuerpolitik; ökologische Finanzreform; Föderalismus reformieren) III. Aufbau Ost (Investitionen und Mittelstand fördern; Zukunftsinvestitionen in Ausbildung und Forschung; Infrastruktur und Kommunen ; Arbeit und neue Qualifikation schaffen; Landwirtschaft, Natur und Tourismus; Gesundheitsversorgung; EU-Osterweiterung; Opfer des SED-Regimes) IV. Kinderfreundliches Land und bessere Bildung für alle – Kinder und Familien im Zentrum (mehr und bessere Betreuungseinrichtungen für Kinder; Verbesserung der wirtschaftlichen Situation von Familien)	Monatlich tagender Koalitionsausschuss aus je acht Mitgliedern pro Koalitionspartner ist ausdrücklich vorgesehen, der darüber hinaus Angelegenheiten von grundlegender Bedeutung beraten und in Konfliktfällen Konsens herbeiführen soll.

Wahl-periode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
noch: 15. WP 2002–	noch: 16.10.2002	noch: SPD, B 90/DIE GRÜNEN	– Bildung und Ausbildung für morgen (Zukunft Bildung; Ausbildung für alle Jugendlichen und Qualität der beruflichen Ausbildung stärken; Qualitätsoffensive berufliche Weiterbildung; attraktive Hochschulen) – Forschung, Innovation, Nachhaltigkeit (Schlüsseltechnologien für neue Arbeitsplätze; Forschung für den Menschen; Forschung und Gesellschaft) V. – Ökologische Modernisierung und Verbraucherschutz (Umsetzung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie; Öko-Effizienz – die Jobmaschine von morgen; Internationale Umweltpolitik; Klimaschutz; Fortsetzen der Energiewende; Ausstieg aus der Atomenergie; Effizienzsteigerung beim Umweltrecht; Moderne Abfallwirtschaft; Gewässer- und Naturschutz; Umwelt und Gesundheit; Bodenschutz; Chemikalienpolitik) – Mobilität für das 21. Jahrhundert (Verkehrsinvestitionen; Innovationen für eine nachhaltige Mobilität der Zukunft; mehr Öffentlicher Verkehr, stärkere Schiene; Güterkraftverkehr; Belastung durch Verkehrslärm abbauen; Luftbelastung und CO_2-Emissionen verringern; mehr Sicherheit im Straßenverkehr – Fahrradverkehr) – Konsequente Verbraucherpolitik – gesunde Lebensmittel – moderne Agrarpolitik (Verbraucherschutz als Querschnittsaufgabe; Verbraucherkompetenz stärken und Verbraucherschutz ausbauen; gesunde Ernährung und sichere Lebensmittel; grüne Gentechnik: Wahlfreiheit herstellen; Landwirtschaft und ländlichen Raum zukunftsfähig machen; Reform der gemeinsamen Agrarpolitik in Europa; Nachhaltigkeit als globale Herausforderung; Tierschutz) VI. Solidarische Politik und Erneuerung des Sozialstaats – Sozialpolitik (Soziale Sicherung zukunftsfest machen; gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung stärken; fördern und fordern - Sozialhilfe modern gestalten; Armuts- und Reichtumsberichterstattung fortsetzen) – Mehr Qualität und mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen (solidarische Finanzierung sichern – Beitragssätze stabilisieren; Wettbewerb verbessern – effektiv steuern; Leistungen sichern – Qualität nachhaltig steigern; Patientensouveränität stärken – Transparenz erhöhen; Arbeit der Beschäftigten anerkennen und Belastungen vermindern; Sucht- und Drogenpolitik; humane Pflege)	

Wahl-periode	Stand	Koalition	Koalitionsvertrag	Koalitionsausschuss
noch: 15. WP 2002–	noch: 16.10.2002	noch: SPD, B 90/DIE GRÜNEN	– Kinder und Jugendliche stärken und schützen – Politik für ältere Menschen – Lebenswerte Städte – sozialer Zusammenhalt (angemessener Wohnraum für alle; innovative Konzepte für unsere Städte; Bauen einfacher machen - die Baukultur in Deutschland stärken) VII. Gleichstellung von Frauen und Männern (Frauen in der Arbeitswelt; Frauen vor Gewalt schützen; Frauenrechte sind Menschenrechte; Gender Mainstreaming im Gesundheitsbereich und in der Verwaltung) VIII. Sicherheit, Toleranz und Demokratie – Rechts- und Innenpolitik (Das Jahrzehnt der Integration; interreligiöser und interkultureller Dialog; Verstärkung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit; Modernisierung der Verwaltung und Reform des Föderalismus; Wirtschaftsrecht modernisieren; Innere Sicherheit; Bundesgrenzschutz: Polizei des Bundes; Sportförderung auf hohem Niveau halten; Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen ausbauen; demokratische Beteiligungsrechte und Datenschutz; Drogenpolitik; Modernisierung von Verfahren und Institutionen der Justiz; moderne Gesellschaftspolitik) – Bürgergesellschaft stärken (Zivildienst; Kultur- und Medienpolitik) IX. Gerechte Globalisierung – Deutschland in Europa und in der Welt – Außen- und Sicherheitspolitik (Stärkung und Reform der Vereinten Nationen und multilateraler Strukturen; transatlantische Beziehungen; NATO und NATO-Osterweiterung; Russland/Osteuropa; zivile Krisenprävention; Kampf gegen den Terrorismus; Menschenrechte; Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik; Bundeswehr und internationale Einsätze; Abrüstung und Rüstungskontrolle; Rüstungsexportkontrolle) – Europäischer Einigungsprozess (Erweiterung und Vertiefung; Europäische Außen- und Sicherheitspolitik; Stabilitätspakt Südosteuropa; Europäische Justiz- und Innenpolitik; das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell stärken; Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik; faire finanzielle Lastenverteilung für eine solidarische Union) – Globale Gerechtigkeit und Entwicklungszusammenarbeit (Weltwirtschaftsordnung; Entwicklungspolitik; Ausfuhrgewährleistungen des Bundes (HERMES); Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft, Gemeinden und Kommunen)	

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.10.

6.11 Regierungserklärungen und Aussprachen bei Amtsantritt der Bundesregierung

Regierungserklärungen werden üblicherweise im Parlament zu Beginn einer Wahlperiode nach Bildung der neuen Regierung vom Regierungschef abgegeben. In diesen Erklärungen wird das politische Programm der Regierung für die gesamte Wahlperiode umrissen und der Kritik der Opposition ausgesetzt. Neben diesen so genannten „großen Regierungserklärungen“ werden während einer Wahlperiode Regierungserklärungen zu besonderen Anlässen abgegeben. Dieses erfolgt durch den Regierungschef oder durch den zuständigen Ressortminister[1].

Wahlperiode	Sitzung/Datum		Gesamtdauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungs-erklärung durch Bundes-kanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungs-erklärung	Aussprache über Regierungs-erklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wort-meldungen von		
						Regie-rung	Koali-tion	Opposi-tion
13. WP 1994–1998	5. Sitz. vom 23.11.1994	5.–7. Sitz. vom 23.11.1994 24.11.1994 25.11.1994	a) 3 Tage b) 25 ¾	*Kohl* (CDU/CSU)	**23.11.:** *Scharping* (SPD) – *Schäuble* (CDU/CSU) – *Fischer* (Frankfurt) (B 90/DIE GRÜNEN) – BMin *Kinkel* (FDP) – *Gysi* (PDS) – *Schulz* (Berlin) (B 90/DIE GRÜNEN) – *Müller* (PDS) – *Verheugen* (SPD) – BMin *Waigel* (CDU/CSU) – MPräs *Lafontaine* (SPD) – *Solms* (FDP) – *Volmer* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Dregger* (CDU/CSU) – *Wieczorek-Zeul* (SPD) – *Seiters* (CDU/CSU) – *Häfner* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Weng* (Gerlingen) (FDP) – *Lederer* (PDS) – BMin *Kanther* (CDU/CSU) – *Köster-Loßack* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Schily* (SPD) – *Müller* (Köln) (B 90/DIE GRÜNEN) – BMin *Leutheusser-Schnarrenberger* (FDP) – *Scholz* (CDU/CSU) – *Däubler-Gmelin* (SPD) – *Repnik* (CDU/CSU) – *Schwanitz* (SPD) – *von Einsiedel* (PDS) – *Kleinert* (Hannover) (FDP) – *Zwerenz* (PDS) – *Jelpke* (PDS) – *Heuer* (PDS)	4	8	20

[1] Vgl. dazu: „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler“. Eine Analyse der großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder. Hrsg. von *Karl-Rudolf Korte*. Wiesbaden 2002. Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder. Hrsg. von *Klaus Stüwe*. Leverkusen 2002. *Karl-Rudolf Korte*, Die Regierungserklärung als Führungsinstrument der Bundeskanzler. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Bd. 33. 2002. H. 3. S. 452-462. *Guido van den Berg* und *Silke Vagt*, Die Großen Regierungserklärungen der Bundeskanzler im quantitativen Vergleich. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 33. 2002. H. 3. S. 463-473.

Wahlperiode	Sitzung/Datum		Gesamtdauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungs-erklärung durch Bundes-kanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungs-erklärung	Aussprache über Regierungs-erklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wort-meldungen von		
						Regie-rung	Koali-tion	Opposi-tion
noch: 13. WP 1994–1998					**24.11.:** MPräs *Schröder* (SPD) – *Glos* (CDU/CSU) – *Wolf-Mayer* (B 90/DIE GRÜNEN) – BMin *Rexrodt* (FDP) – *Luft* (PDS) – *Krüger* (CDU/CSU) – *Dreßler* (SPD) – BMin *Blüm* (CDU/CSU) – *Beck* (Bremen) (B 90/DIE GRÜNEN) – *Babel* (FDP) – *Knake-Werner* (PDS) – *Fuchs* (Köln) (SPD) – *Geißler* (CDU/CSU) – *Rössel* (PDS) – *Müller* (Düsseldorf) (SPD) – BMin *Merkel* (CDU/CSU) – *Hustedt* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Homburger* (FDP) – *Lippold* (Offenbach) (CDU/CSU) – BMin *Borchert* (CDU/CSU) – *Thalheim* (SPD) – *Susset* (CDU/CSU) – *Schmidt* (Aachen) (SPD) – BMin *Nolte* (CDU/CSU) – *Grießhaber* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Schmalz-Jocobsen* (FDP) – *Schenk* (PDS) – *Eichhorn* (CDU/CSU) – *Hanewinckel* (SPD) – *Schätzle* (CDU/CSU) – *Falk* (CDU/CSU) – *Kirschner* (SPD) – BMin *Seehofer* (CDU/CSU) – *Knoche* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Thomae* (FDP) – *Fuchs* (PDS) – *Lohmann* (Lüdenscheid) (CDU/CSU) **25.11.:** *Thierse* (SPD) – BMin *Rüttgers* (CDU/CSU) – *Kiper* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Gerhardt* (FDP) – *Elm* (PDS) – *Glotz* (SPD) – MPräs *Stoiber* (CSU) – *Altmann* (Pommelsbrunn) (B 90/DIE GRÜNEN) – *Glotz* (SPD) – MPräs *Stoiber* (CSU) – *Großmann* (SPD) – *Rönsch* (Wiesbaden) (CDU/CSU) – *Eichstädt-Bohlig* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Warnick* (PDS) – BMin *Töpfer* (CDU/CSU) – *Kansy* (CDU/CSU) – *Ferner* (SPD) – BMin *Wissmann* (CDU/	6	13	18

Wahlperiode	Sitzung/Datum		Gesamtdauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungserklärung durch Bundeskanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungserklärung	Aussprache über Regierungserklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wortmeldungen von		
						Regierung	Koalition	Opposition
noch: 13. WP 1994–1998					CSU) – *Altmann* (Aurich) (B 90/DIE GRÜNEN) – *Friedrich* (FDP) – *Enkelmann* (PDS)	3	6	12
					Insgesamt	13	27[1]	50[2]
14. WP 1998–2002	3. Sitz. vom 10.11.1998	3.–6. Sitz. vom 10.11.1998 11.11.1998 12.11.1998 13.11.1998	a) 4 Tage b) 29	*Schröder* (SPD)	**10.11.:** *Schäuble* (CDU/CSU) – *Struck* (SPD) – *Müller* (Köln) (B 90/DIE GRÜNEN) – *Gerhardt* (FDP) – *Gysi* (PDS) – *Glos* (CDU/CSU) – BMin AA Fis*cher* (B 90/DIE GRÜNEN) – BMin *Scharping* (SPD) – *Haussmann* (FDP) – *Rühe* (CDU/CSU) – BMin *Wieczorek-Zeul* (SPD) – *Gehrcke* (PDS) – *Beer* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Erler* (SPD) – *Bindig* (SPD)	3	5	7
					11.11.: *Kues* (CDU/CSU) – BMin *Riester* (SPD) – *Schwaetzer* (FDP) – *Dückert* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Laumann* (CDU/CSU) – *Knake-Werner* (PDS) – *Schmidt* (Aachen) (SPD) – *Brüderle* (FDP) – *Buntenbach* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Singhammer* (CDU/CSU) – *Ostertag* (SPD) – *Lohmann* (Lüdenscheid) (CDU/CSU) – BMin BMG *Fischer* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Thomae* (FDP) – *Dreßler* (SPD) – *Fuchs* (PDS) – *Zöller* (CDU/CSU) – *Schaich-Walch* (SPD) – *Fink* (CDU/CSU) – *Rönsch* (Wiesbaden) (CDU/CSU) – BMin *Bergmann* (SPD) – *Lenke* (FDP) – *Schewe-Gerigk* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Bläss* (PDS) – *Eichhorn* (CDU/CSU) – *Wester* (SPD)	3	8	15

[1] Darunter zwei Mitglieder des Bundesrates.
[2] Darunter zwei Mitglieder des Bundesrates.

Wahlperiode	Sitzung/Datum		Gesamtdauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungs-erklärung durch Bundes-kanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungs-erklärung	Aussprache über Regierungs-erklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wort-meldungen von		
						Regie-rung	Koali-tion	Opposi-tion
noch 14.WP 1998–2002					**12.11.:** *Wissmann* (CDU/CSU) – BMin *Müller* – *Friedhoff* (FDP) – *Schulz* (Leipzig) (B 90/DIE GRÜNEN) – *Kutzmutz* (PDS) – *Wöhrl* (CDU/CSU) – *Schwanhold* (SPD) – *Wolf* (Frankfurt) (B 90/DIE GRÜNEN) – *Rössel* (PDS) – MPräs. *Vogel* (CDU/CSU) – StMin *Schwanitz* (SPD) – *Pieper* (FDP) – *Luther* (CDU/CSU) – *Kaspereit* (SPD) – *Rüttgers* (CDU/CSU) – BMin *Schily* (SPD)– *Westerwelle* (FDP) – *Beck* (Bremen) (B 90/DIE GRÜNEN) – *Pau* (PDS) – BMin *Däubler-Gmelin* (SPD) – *Zeitlmann* (CDU/CSU) – *Deligöz* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Beck* (Köln) (B 90/DIE GRÜNEN) – *Edathy* (SPD) – *Lammert* (CDU/CSU) – StMin *Naumann* – *Özdemir* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Kenzler* (PDS) – *Friedrich* (Erlangen) (CDU/CSU) – BMin *Bulmahn* (SPD) – *Möllemann* (FDP) – *Berninger* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Böttcher* (PDS) – *Rachel* (CDU/CSU) – BMin *Bulmahn* (SPD) – *Hilsberg* (SPD) – *Kansy* (CDU/CSU) – *Eichstädt-Bohlig* (B 90/DIE GRÜNEN) – BMin *Müntefering*, (SPD) – *Friedrich* (Bayreuth) (FDP) – *Schmidt* (Hitzhofen) (B 90/DIE GRÜNEN) – *Ostrowski* (PDS) – *Fischer* (Hamburg) (CDU/CSU) – *Gleicke* (SPD) – *Lippold* (Offenbach) (CDU/CSU) –PStS *Probst* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Homburger* (FDP) – *Mehl* (SPD) – *Marquardt* (PDS) – *Müller* (Düsseldorf) (SPD) – *Seehofer* (CDU/CSU) – BMin *Funke* – *Heinrich* (FDP) – *Höfken* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Naumann* (PDS) – *Carstensen* (Nordstrand) (CDU/CSU) – *Weisheit* (SPD)	10	18	29

Wahlperiode	Sitzung/Datum		Gesamtdauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungserklärung durch Bundeskanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungserklärung	Aussprache über Regierungserklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wortmeldungen von		
						Regierung	Koalition	Opposition
noch: 14. WP 1998–2002					**13.11.:** BMin *Lafontaine* (SPD) – *Merz* (CDU/CSU) – *Matthäus-Maier* (SPD) – *Scheel* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Solms* (FDP) – *Luft* (PDS) – *Hasselfeldt* (CDU/CSU) – *Müller* (Kiel) (B 90/DIE GRÜNEN) – StMin *Faltlhauser* (CSU) – *Thiele* (FDP) – *Poß* (SPD) – *Rauen* (CDU/CSU) – *Höll* (PDS)	1	4	8
					Insgesamt	17	35	59[1]
15. WP 2002–	4. Sitz. vom 29.10.2002	4.–6. Sitz. vom 29.10.2002 30.10.2002 31.10.2002	a) 3 Tage b) 26	*Schröder* (SPD)	**29.10.**: *Merkel* (CDU/CSU) – *Müntefering* (SPD) – *Westerwelle* (FDP) – BMin AA *Fischer* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Merz* (CDU/CSU) BMin AA *Fischer* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Bahr* (Neuruppin) SPD – *Glos* (CDU/CSU) – *Bätzing* (SPD) – *Scholz* (SPD) – *Pau* (fraktionslos) – BMin AA *Fischer* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Schäuble* (CDU/CSU) – *Erler* (SPD) – *Gerhard* (FDP) – *Schwall-Düren* (SPD) – *Hintze* (CDU/CSU) – *Bindig* (SPD) – *Hoyer* (FDP) – BMin BMVg *Struck* (SPD) – *Schmidt* (Fürth) (CDU/CSU) – BMin BMVg *Struck* (SPD) – *Schmidt* (Fürth) CDU/CSU – *Nachtwei* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Pflüger* (CDU/CSU) – *Robbe* (SPD) – BMin BMZ *Wieczorek-Zeul* (SPD) – *Ruck* (CDU/CSU) – PStS *Eid* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Lötzsch* (fraktionslos) – BMin BMJ *Zypries* (SPD) – *Röttgen* (CDU/CSU) – *Hacker* (SPD) – *Funke* (FDP) – *Montag* (B 90/DIE GRÜNEN) – BMin BMI *Schily* (SPD) – *Bosbach* (CDU/CSU) – *Stokar von Neuforn* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Stadler* (FDP) – *Koschyk* (CDU/CSU) – StMin *Weiss* (parteilos) – *Lammert* (CDU/CSU) –			

[1] Darunter ein Mitglied des Bundesrates.

Wahlperiode	Sitzung/Datum		Gesamtdauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungs-erklärung durch Bundes-kanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungs-erklärung	Aussprache über Regierungs-erklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wort-meldungen von		
						Regie-rung	Koali-tion	Opposi-tion
noch: 15. WP 2002–					*Griefahn* (SPD) – *Otto* (Frankfurt) (FDP) – *Nooke* (CDU/CSU) – BMin BMU *Trittin* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Lippold* (Offenbach) (CDU/CSU) – *Mehl* (SPD) – *Homburger* (FDP) – *Müller* (Düsseldorf) (SPD) – *Paziorek* (CDU/CSU) – *Hermann* (B 90/DIE GRÜNEN)	11	16	25
					30.10.: BMin BMWA *Clement* (SPD) – *Merz* (CDU/CSU) – *Dückert* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Brüderle* (FDP) – *Stiegler* (SPD) – *Wöhrl* (CDU/CSU) – *Schulz* (Berlin) (B 90/DIE GRÜNEN) – *Kopp* (FDP) – *Wend* (SPD) – *Laumann* (CDU/CSU) – *Brandner* (SPD) – *Pau* (fraktionslos) – BMin BMF *Eichel* (SPD) – *Austermann* (CDU/CSU) – *Hermenau* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Rexrodt* (FDP) – *Poß* (SPD) – *Kalb* (CDU/CSU) – *Scheel* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Solms* (FDP) – *Spiller* (SPD) – *Meister* (CDU/CSU) – *Lötzsch* (fraktionslos) – BMin BMVBW *Stolpe* (SPD) – *Vaatz* (CDU/CSU) – *Schmidt* (Hitzhofen) (B 90/DIE GRÜNEN) – *Friedrich* (Bayreuth) (FDP) – *Faße* (SPD) – *Oswald* (CDU/CSU) – *Eichstädt-Bohlig* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Fischer* (Hamburg) (CDU/CSU) – BMin BMBF *Bulmahn* (SPD) – *Reiche* (CDU/CSU) – *Bettin* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Flach* (FDP) – *Tauss* (SPD) – *Fell* (B 90/DIE GRÜNEN) – BMin BMFSFJ *Schmidt* (SPD) – *Böhmer* (CDU/CSU) – *Schewe-Gerigk* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Lenke* (FDP) – *Kressl* (SPD) – *Eichhorn* (CDU/CSU) – *Deligöz* (B 90/DIE GRÜNEN)	5	18	21

Wahlperiode	Sitzung/Datum		Gesamtdauer a) in Tagen b) in Stunden	Abgabe der Regierungs-erklärung durch Bundes-kanzler	Aussprache über die Regierungserklärung			
	Abgabe der Regierungs-erklärung	Aussprache über Regierungs-erklärung			Reihenfolge der Redner	Zahl der Wort-meldungen von		
						Regie-rung	Koali-tion	Opposi-tion
noch 15.WP					**31.10.**: BMin BMVEL *Künast* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Hasselfeldt* (CDU/CSU) – *Teuchner* (SPD) – *Goldmann* (FDP) – *Weisheit* (SPD) – *Carstensen* (Nordstrand) (CDU/CSU) – BMin BMGS *Schmidt* (SPD) – *Seehofer* (CDU/CSU) – *Kauder* (CDU/CSU) – *Küster* (SPD) – *Beck* (Köln) (B 90/DIE GRÜNEN) – *Thiele* (FDP) – *Bender* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Kolb* (FDP) – *Schaich-Walch* (SPD) – *Storm* (CDU/CSU) – *Kühn-Mengel* (SPD) – *Thomae* (FDP) – *Kurth* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Widmann-Mauz* (CDU/CSU) – *Kirschner* (SPD) – *Lötzsch* (fraktionslos)	2	9	11
					Insgesamt	18	43	57

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.11.

Zusammenstellung sämtlicher Regierungserklärungen

Wahl-periode	lfd. Nr.	Sit-zung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
13. WP 1994–1998	1	5. 6. 7.	23.11.1994 24.11.1994 25.11.1994	Regierungsprogramm	BKanzler *Kohl*
	2	12.	19.1.1995	Lage in Tschetschenien	BKanzler *Kohl*
	3	18.	9.2.1995	Sicherung des Verbraucherschutzes bei Rindfleischimporten (BSE)	BMin *Seehofer* (Gesundheit)
	4	18.	9.2.1995	Hochwasserkatastrophe – Hilfe und Möglichkeiten vorbeugender Maßnahmen	BMin *Merkel* (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
	5	21.	16.2.1995	Hilfen für die neuen Bundesländer – Erfolgreicher Aufbau Ost	BMin *Rexrodt* (Wirtschaft)
	6	27.	16.3.1995	Klimakonferenz Berlin – Perspektiven für einen besseren Klimaschutz	BMin *Merkel* (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
	7	28.	17.3.1995	Deutsch-tschechische Beziehungen	BMin *Kinkel* (Auswärtiges)
	8	33.	26.4.1995	Ergebnisse der Berliner Klimakonferenz sowie aktuelle Fragen der Kernenergie	BMin *Merkel* (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
	9	38.	18.5.1995	Auswirkungen der aktuellen währungspolitischen Entwicklungen in der Europäischen Union auf die Landwirtschaft	BMin *Borchert* (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten)
	10	41.	1.6.1995	Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau in Deutschland und zum Frieden in Europa	BKanzler *Kohl*
	11	44.	22.6.1995	Aktuelle Fragen der Europapolitik, insbesondere Vorschau auf die Tagung des Europäischen Rates in Cannes am 26./27. Juni 1995	BMin *Kinkel* (Auswärtiges)
	12	56.	22.9.1995	Lateinamerikakonzept der Bundesregierung	BMin *Kinkel* (Auswärtiges)
	13	61.	12.10.1995	Fünf Jahre Deutsche Einheit	BKanzler *Kohl*
	14	61.	12.10.1995	Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Washington unter Berücksichtigung der konjunkturellen Entwicklung und ihrer einnahme- und ausgabenmäßigen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte	BMin *Waigel* (Finanzen)
	15	63.	25.10.1995	50. Jahrestag der Vereinten Nationen	BMin *Kinkel* (Auswärtiges)
	16	65.	27.10.1995	40 Jahre Bundeswehr – 5 Jahre Armee der Einheit	BKanzler *Kohl*

Wahl-periode	lfd. Nr.	Sit-zung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch 13. WP 1994–1998	17	74.	30.11.1995	Friedensvereinbarungen für Bosnien	BMin *Kinkel* (Auswärtiges)
	18	76.	6.12.1995	Deutsche Beteiligung an den militärischen Maßnahmen zur Absicherung des Friedensvertrages für Bosnien-Herzegowina	BKanzler *Kohl*
	19	77.	7.12.1995	Aktuelle Fragen der Europapolitik, insbesondere Vorschau auf die Tagung des Europäischen Rates in Madrid am 15./16. Dezember 1995	BKanzler *Kohl*
	20	84.	2.2.1996	Aktuelle Lage der Rentenversicherung	BMin *Blüm* (Arbeit und Sozialordnung)
	21	86.	8.2.1996	Jahreswirtschaftsbericht 1996 und Bericht der Bundesregierung betr. Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze	BMin *Rexrodt* (Wirtschaft)
	22	101.	25.4.1996	10 Jahre Tschernobyl	BMin *Merkel* (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
	23	102.	26.4.1996	Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung	BKanzler *Kohl*
	24	110.	13.6.1996	Auswärtige Kulturpolitik	BMin *Kinkel* (Auswärtiges)
	25	128.	10.10.1996	Europapolitik, insbesondere Stand der Regierungskonferenz	BMin *Kinkel* (Auswärtiges)
	26	128.	10.10.1996	Wirtschaftlicher Aufbau in den neuen Bundesländern	BMin *Rexrodt* (Wirtschaft)
	27	145.	5.12.1996	Menschenrechtspolitik in den Auswärtigen Beziehungen	BMin *Kinkel* (Auswärtiges)
	28	148.	12.12.1996	Aktuelle Fragen der Europapolitik, insbesondere Vorschau auf die Tagung des Europäischen Rates in Dublin am 13./14. Dezember 1996	BKanzler *Kohl*
	29	154.	30.1.1997	Deutsch-Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung	BKanzler *Kohl*
	30	155.	31.1.1997	Gemeinsame Verantwortung für mehr Beschäftigung in Deutschland	BKanzler *Kohl*
	31	157.	20.2.1997	Jahreswirtschaftsbericht 1997 der Bundesregierung	BMin *Rexrodt* (Wirtschaft)
	32	160.	27.2.1997	Anstehende Castor-Transporte	BMin *Kanther* (Inneres)
	33	177.	4.6.1997	Fragen der Finanzpolitik	BMin *Waigel* (Finanzen)
	34	180.	11.6.1997	Tagung des Europäischen Rates in Amsterdam am 16./17. Juni 1997	BMin *Kinkel* (Auswärtiges)
	35	181.	12.6.1997	50. Jahrestag des Marshallplans	BKanzler *Kohl*

Wahl-periode	lfd. Nr.	Sit-zung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch 13. WP 1994–1998	36	185.	27.6.1997	Europäischer Rat in Amsterdam sowie Weltwirtschaftsgipfel in Denver und Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen	BKanzler *Kohl*
	37	186.	5.8.1997	Die Hochwasserkatastrophe an der Oder und die Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung	BKanzler *Kohl*
	38	197.	9.10.1997	Wirtschaftlicher Aufbau in den neuen Bundesländern	BMin *Rexrodt* (Wirtschaft)
	39	203.	13.11.1997	Vorschau auf die Sondertagung des Europäischen Rates über Beschäftigung in Luxemburg am 20./21. November 1997	BKanzler *Kohl*
	40	210.	11.12.1997	Vertrag von Amsterdam und bevorstehender Europäischer Rat in Luxemburg am 12./13. Dezember 1997	BMin *Kinkel* (Auswärtiges)
	41	213.	15.1.1998	Kyoto – Erfolg und weitere Verpflichtung im weltweiten Klimaschutz	BMin *Merkel* (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
	42	224.	26.3.1998	Öffnung der Atlantischen Allianz für Polen, die Tschechische Republik und Ungarn	BMin *Kinkel* (Auswärtiges)
	43	225.	27.3.1998	Jahreswirtschaftsbericht 1998 der Bundesregierung „Den Aufschwung voranbringen – Arbeitsplätze schaffen“	BMin *Rexrodt* (Wirtschaft)
	44	227.	2.4.1998	Festlegung des Teilnehmerkreises an der Europäischen Währungsunion	BKanzler *Kohl*
	45	241.	18.6.1998	Europäischer Rat in Cardiff am 15. und 16. Juni 1998	BKanzler *Kohl*
	46	248.	16.10.1998	Deutsche Beteiligung an den von der NATO geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt	BMin *Kinkel* (Auswärtiges)
14. WP 1998–2002	1	3. 4. 5. 6.	10.11.1998 11.11.1998 12.11.1998 13.11.1998	Regierungsprogramm	BKanzler *Schröder*
	2	14.	10.12.1998	Vorschau auf den Europäischen Rat in Wien am 11./12. Dezember 1998 und Ausblick auf die deutsche Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 1999	BKanzler *Schröder*
	3	20.	23.2.1999	Gewalttätige Aktionen aus Anlass der Verhaftung des PKK-Vorsitzenden *Abdullah Öcalan*	BMin *Schily* (Inneres)
	4	27.	18.3.1999	Stand der Agenda 2000 nach dem Rücktritt der Europäischen Kommission	BMin *Fischer* (Auswärtiges)
	5	31.	26.3.1999	Aktuelle Lage im Kosovo nach dem Eingreifen der NATO und die Ergebnisse der Sondertagung des Europäischen Rates in Berlin	BKanzler *Schröder*

Wahl-periode	lfd. Nr.	Sit-zung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch 14. WP 1998–2002	6	32.	15.4.1999	Aktuelle Lage im Kosovo	BKanzler *Schröder*
	7	33.	19.4.1999	Vollendung der Einheit Deutschlands	BKanzler *Schröder*
	8	35.	22.4.1999	50. Jahrestag der Gründung der Nordatlantikpakt-Organisation	BKanzler *Schröder*
	9	41.	8.6.1999	Ergebnisse des Europäischen Rates am 3./4. Juni 1999 in Köln und Stand der Friedensbemühungen im Kosovo-Konflikt	BKanzler *Schröder*
	10	44.	16.6.1999	Globalisierung gemeinsam gestalten	BKanzler *Schröder*
	11	47.	24.6.1999	Deutschland erneuern - Zukunftsprogramm 2000	BMin *Eichel* (Finanzen)
	12	63.	28.10.1999	Ergebnisse der Sondertagung des Europäischen Rates in Tampere am 15./16. Oktober 1999	BMin *Fischer* (Auswärtiges)
	13	67.	5.11.1999	Ergebnisse der „5. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Bonn“	BMin *Trittin* (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
	14	69.	11.11.1999	Stand der deutschen Einheit	BKanzler *Schröder*
	15	77.	3.12.1999	Zum bevorstehenden Europäischen Rat in Helsinki am 10./11. Dezember 1999	BKanzler *Schröder*
	16	79.	16.12.1999	Ergebnisse des Europäischen Rates in Helsinki am 10./11. Dezember 1999	BKanzler *Schröder*
	17	84.	27.1.2000	Stabilitätspakt Südosteuropa – Stand und Perspektiven	BMin *Fischer* (Auswärtiges)
	18	95.	23.3.2000	11. Vertragsstaatenkonferenz zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen	BMin *Trittin* (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
	19	97.	5.4.2000	Kosovo – Herausforderung auf dem Weg des Balkan nach Europa	BMin *Fischer* (Auswärtiges)
	20	98.	6.4.2000	Ergebnisse der Sondertagung des Europäischen Rates vom 23./24. März 2000 in Lissabon	BKanzler *Schröder*
	21	102.	11.5.2000	Deutschland im Aufbruch – Moderne Wirtschaftspolitik für neue Arbeitsplätze	BKanzler *Schröder*
	22	106.	19.5.2000	Frieden braucht Entwicklung	BMin *Wieczorek-Zeul* (Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
	23	108.	8.6.2000	Weltkonferenz zur Zukunft der Städte – URBAN 21 – in Berlin am 4. bis 6. Juli 2000	BMin *Klimmt* (Verkehr, Bau- und Wohnungswesen)
	24	111.	29.6.2000	Ausstieg aus der Kernenergie – Chancen für eine Energiepolitik im gesellschaftlichen Konsens	BKanzler *Schröder*

Wahl-periode	lfd. Nr.	Sit-zung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch 14. WP 1998–2002	25	111.	29.6.2000	Zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Feira am 19./20. Juni 2000	BMin *Eichel* (Finanzen)
	26	122.	29.9.2000	Stand des Vereinigungsprozesses zehn Jahre nach Herstellung der staatlichen Einheit	BKanzler *Schröder*
	27	124.	12.10.2000	Neuausrichtung der Bundeswehr	BMin *Scharping* (Verteidigung)
	28	127.	26.10.2000	50. Jahrestag der Europäischen Menschenrechtskonvention	BMin *Däubler-Gmelin* (Justiz)
	29	128.	27.10.2000	Wirtschaftliche Lage in Deutschland und Europa	BMin *Eichel* (Finanzen)
	30	130.	09.11.2000	6. Weltklimakonferenz – Verpflichtung und Chancen	BMin *Trittin* (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
	31	135.	28.11.2000	Bevorstehender Europäischer Rat in Nizza vom 7. bis 9. Dezember 2000	BKanzler *Schröder*
	32	140.	7.12.2000	6. Weltklimakonferenz – Chancen für mehr Klimaschutz	BMin *Trittin* (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
	33	143.	18.1.2001	Verkehrsbericht 2000 – Integrierte Verkehrspolitik: Unser Konzept für eine mobile Zukunft	BMin *Bodewig* (Verkehr, Bau- und Wohnungswesen)
	34	144.	19.1.2001	Ergebnisse des Europäischen Rates in Nizza	BKanzler *Schröder*
	35	149.	8.2.2001	Neuorientierung der Verbraucher- und Agrarpolitik	BMin *Künast* (Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft)
	36	150.	9.2.2001	Die Bundeswehr der Zukunft, Feinausplanung und Stationierung	BMin *Scharping* (Verteidigung)
	37	170.	17.5.2001	Vertrauen und Solidarität – die Chancen der Zukunft nutzen	BMin *Schmidt* (Gesundheit)
	38	176.	21.6.2001	Ergebnisse des Europäischen Rates in Göteborg am 15. und 16. Juni 2001	BKanzler *Schröder*
	39	180.	29.6.2001	Solidarpakt II: Sichere Zukunft für die neuen Länder	BKanzler *Schröder*
	40	183.	6.7.2001	Aktuelle Entwicklung in Südosteuropa und Lage in Mazedonien	BMin *Fischer* (Auswärtiges)
	41	186.	12.9.2001	Erklärung zu den Anschlägen in den Vereinigten Staaten von Amerika	BKanzler *Schröder*
	42	187.	19.9.2001	Terroranschläge in den USA und Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie der NATO	BKanzler *Schröder*
	43	192.	11.10.2001	Aktuelle Lage nach Beginn der Operation gegen den internationalen Terrorismus in Afghanistan	BKanzler *Schröder*

Wahl-periode	lfd. Nr.	Sit-zung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch 14. WP 1998–2002	44	195.	18.10.2001	Informelles Treffen des Europäischen Rates in Gent am 19. Oktober 2001	BKanzler *Schröder*
	45	198.	8.11.2001	Jugendpolitisches Programm der Bundesregierung: „Chancen im Wandel“	BMin *Bergmann* (Familie, Senioren, Frauen und Jugend)
	46	198.	8.11.2001	Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus	BKanzler *Schröder*
	47	207.	12.12.2001	Tagung des Europäischen Rates in Laeken am 14./15. Dezember 2001	BKanzler *Schröder*
	48	224.	14.3.2002	Auf dem Weg in eine verbraucherorientierte Marktwirtschaft	BMin *Künast* (Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft)
	49	225.	15.3.2002	Internationale Verantwortung: Entwicklung stärken	BMin *Wieczorek-Zeul* (Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
	50	227.	21.3.2002	Ergebnisse des Europäischen Rates in Barcelona am 15./16. März 2002	BKanzler *Schröder*
	51	228.	22.3.2002	Kyoto-Protokoll in Kraft setzen – Unsere Verantwortung für globalen Klimaschutz	BMin *Trittin* (Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
	52	230.	18.4 2002	Familie ist, wo Kinder sind – Politik für ein familien- und kinderfreundliches Deutschland	BKanzler *Schröder*
	53	233.	25.4.2002	Zur Lage im Nahen Osten	BKanzler *Schröder*
	54	236.	16.5.2002	Politik für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung – Zukunftssicherung durch Nachhaltigkeit	BKanzler *Schröder*
	55	239.	6.6.2002	Vorrang des Verbraucherschutzes notwendiger denn je – für ein neues Denken und Handeln	BMin *Künast* (Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft)
	56	242.	13.6.2002	Politik für Bildung und Innovation – Chancen eröffnen, Werte vermitteln, Teilhabe sichern, im Wettbewerb erfolgreich bestehen	BKanzler *Schröder*
	57	245.	27.6.2002	Investitionen für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur – Mobilität für die Zukunft sichern	BMin *Bodewig* (Verkehr, Bau- und Wohnungswesen)
	58	248.	4.7.2002	Zur Lage der Wirtschaft in Deutschland	BKanzler *Schröder*
	59	250.	25.7.2002	Zur Lage der Bundeswehr und ihrer Aufgaben im Rahmen der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland	BMin *Struck* (Verteidigung)

Wahl-periode	lfd. Nr.	Sit-zung	Datum	Thema der Regierungserklärung	Abgabe der Erklärung durch
noch 14. WP 1998–2002	60	250.	25.7.2002	Den Opfern helfen – Gemeinsinn stärken: Maßnahmen zur Bewältigung der Hochwasserkatastrophe	BKanzler *Schröder*
15. WP 2002–[1]	1	4. 5. 6.	29.10.2002 30.10.2002 31.10.2002	Regierungsprogramm	BKanzler *Schröder*
	2	10.	14.11.2002	NATO-Gipfel am 21./22. November 2002 in Prag	BMin *Fischer* (Auswärtiges)
	3	16.	19.12.2002	Ergebnisse des Europäischen Rates in Kopenhagen am 12./13. Dezember 2002	BKanzler *Schröder*
	4	25.	13.2.2003	Zur aktuellen internationalen Lage	BKanzler *Schröder*
	5	32.	14.3.2003	Mut zum Frieden und zur Veränderung	BKanzler *Schröder*

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.11.

Übersicht über die Regierungserklärungen

Regierungserklärungen vorgelegt durch:	13. WP 1994–1998	14. WP 1998–2002
Bundeskanzleramt	17	32
Auswärtiges Amt	12	5
Bundesministerium des Innern	1	1
Bundesministerium der Justiz	–	1
Bundesministerium der Finanzen	2	3
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	6	–
Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft[2]	1	3
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	1	–
Bundesministerium der Verteidigung	–	3
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	–	1
Bundesministerium für Gesundheit	1	1
Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	–	3
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5	5

[1] Stand: 31. März 2003.
[2] Bis 22. Januar 2001: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Regierungserklärungen vorgelegt durch:	13. WP 1994–1998	14. WP 1998–2002
Bundesministerium für Bildung und Forschung	–	–
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	–	2
Regierungserklärungen insgesamt	46	60

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.11.

6.12 Kanzler- und Ministerrücktritte

Datum	Name, Partei	Ressort	Bemerkungen
13. Wahlperiode (1994–1998): Kabinett *Kohl*			
14.12.1995	*Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* (FDP)	Justiz	mdWdGb bis 17.1.1996
17.12.1997	*Wolfgang Bötsch* (CSU)	Post und Telekommunikation	mdWdGb bis 31.12.1997
14.1.1998	*Klaus Töpfer* (CDU)	Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	
14. Wahlperiode (1998–2002): Kabinett *Schröder*			
11.3.1999	*Oskar Lafontaine* (SPD)	Finanzen	Entlassung am 18.3.1999
31.7.1999	*Bodo Hombach* (SPD)	besondere Aufgaben	Ernennung zum EU-Koordinator für den Balkan-Stabilitätspakt
22.9.1999	*Franz Müntefering* (SPD)	Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	Ernennung zum SPD-Generalsekretär
16.11.2000	*Reinhard Klimmt* (SPD)	Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	Entlassung am 20.11.2000
9.1.2001	*Andrea Fischer* (B 90/GR)	Gesundheit	Entlassung am 12.1.2001
9.1.2001	*Karl-Heinz Funke* (SPD)	Ernährung	Entlassung am 12.1.2001
18.7.2002	*Rudolf Scharping* (SPD)	Verteidigung	Entlassung am 19.7.2002
15. Wahlperiode (2002–): Kabinett *Schröder*[1]			
–	–	–	–

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.12.

[1] Stand 31. März 2003

6.13 Konstruktives Misstrauensvotum

Als „konstruktives Misstrauensvotum“ wird folgendes, in Artikel 67 GG geregeltes Verfahren bezeichnet:

„(1) Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Misstrauen nur dadurch aussprechen, dass er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Der Bundespräsident muss dem Ersuchen entsprechen und den Gewählten ernennen.
(2) Zwischen dem Antrage und der Wahl müssen achtundvierzig Stunden liegen.“

In der Geschichte des Deutschen Bundestages hat es bisher zwei Mal einen Antrag nach Artikel 67 GG gegeben, nämlich im April 1972 (der gescheitert ist, da er keine Mehrheit fand) sowie im September/ Oktober 1982.
Beide Fälle wurden im **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.14 dokumentiert.

6.14. Vertrauensfrage des Bundeskanzlers

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland kann jederzeit im Deutschen Bundestag den Antrag stellen, ihm das Vertrauen auszusprechen. In Artikel 68 GG ist festgelegt, was geschehen kann, falls dieser Vertrauensantrag keine Mehrheit findet:

„(1) Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen den Bundestag auflösen. Das Recht zur Auflösung erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler wählt.
(2) Zwischen dem Antrage und der Abstimmung müssen achtundvierzig Stunden liegen.“

Neben dieser Möglichkeit, einen Vertrauensantrag selbstständig nach Artikel 68 GG zu stellen, kann der Bundeskanzler auch den Vertrauensantrag mit einer Gesetzesvorlage verbinden (vgl. dazu Artikel 81 GG), doch ist dieser Fall bisher nicht vorgekommen. Jedoch ist bei der vierten Vertrauensfrage, die jemals ein Bundeskanzler stellte, ein Antrag der Bundesregierung mit der Vertrauensfrage verbunden worden.
Mit der Vertrauensfrage verfügt der Bundeskanzler über ein Instrument, das zu zweierlei Zwecken eingesetzt werden kann: „zur Stabilisierung seiner Macht oder zur Initiierung von Neuwahlen“[1].
In der Geschichte des Deutschen Bundestages hat bisher vier Mal ein Bundeskanzler die Vertrauensfrage nach Artikel 68 GG gestellt:
1.) 1972 fand der Antrag von Bundeskanzler *Willy Brandt* (SPD), ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die erforderliche Mehrheit.
2.) 1982 stellte Bundeskanzler *Helmut Schmidt* (SPD) die Vertrauensfrage und erhielt die Zustimmung sämtlicher Abgeordneter der sozialliberalen Regierungskoalition, SPD- und FDP-Abgeordneter, und damit am 5. Februar 1982 die Bestätigung für seine Regierung.
3.) Ebenfalls 1982 stellte Bundeskanzler *Helmut Kohl* (CDU) die Vertrauensfrage, um noch vor Ablauf der Wahlperiode Neuwahlen zum Bundestag zu ermöglichen.
4.) Im November 2001 stellte Bundeskanzler *Gerhard Schröder* (SPD) die Vertrauensfrage.
Die Ersuchen um die Vertrauensfragen 1972 und 1982 wurden im **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.15, dokumentiert. Für die Vertrauensfrage 2001 vgl. im Einzelnen die folgende Chronik.

[1] *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*, Koalitionen, Kanzlerwahl und Kabinettsbildung. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 1297-1324. (Hier: S. 1309).

Chronik der Vertrauensfrage von Bundeskanzler *Gerhard Schröder* im November 2001[1]

Mi. 7. Nov. 2001 Bundeskanzler *Schröder* übermittelt dem Deutschen Bundestag den Antrag der Bundesregierung: „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte“ bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Art. 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Art. 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolution 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen“ (Drucksache 14/7296).
Die PDS-Fraktion legt einen Entschließungsantrag zu dem Antrag des Bundeskanzlers über die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus vor (Drucksache 14/7333). Darin fordert sie u .a. den Eintritt des Deutschen Bundestages für ein „sofortiges Ende des Krieges in Afghanistan“.

Do. 8. Nov. 2001 Der Deutsche Bundestag behandelt in seiner 198. Plenarsitzung den Antrag der Bundesregierung für einen „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte ...“ (Drucksache 14/7296) in dem Zusatztagesordnungspunkt 2. Nach einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers *Schröder* kommt es zu einer Aussprache von einer Stunde. Nach der Aussprache wird der Antrag an den Auswärtigen Ausschuss (federführend), den Rechtsausschuss, Verteidigungsausschuss, Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie mitberatend und gemäß § 96 der Geschäftsordnung des Bundestages an den Haushaltsausschuss überwiesen.

Fr. 9. Nov. 2001 Der Fraktionssprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, *Rezzo Schlauch,* teilt dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion *Peter Struck* mit, dass es bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Stimmen gegen den Antrag der Bundesregierung für einen „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte“ geben wird.

So. 11. Nov. 2001 Die acht Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, *Annelie Buntenbach, Steffi Lemke, Christian Simmert, Monika Knoche, Irmingard Schewe-Gerigk, Hans-Christian Ströbele, Sylvia Voß* und *Winfried Hermann* haben in einem „Positionspapier“ ihre Gründe für die Ablehnung des Antrags auf Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan erläutert.

Mo. 12. Nov. 2001 Nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ gibt es in der SPD vier Abgeordnete, die sich auf eine Ablehnung des Antrags der Bundesregierung festgelegt haben. Dem Vernehmen nach sind es *Gudrun Roos, Uwe Jens, Konrad Gilges* und *Konrad Kunick*. In beiden Fraktionen der Regierungskoalition gibt es außerdem eine Reihe von Parlamentariern, die sich nicht festgelegt haben.
Regierungssprecher *Uwe-Karsten Heye* teilt vor der Bundespressekonferenz mit, dass Bundeskanzler *Schröder* nach dem derzeitigen Stand nicht die Absicht habe, die Vertrauensfrage zu stellen. Die Bemühungen gingen weiter dahin, eine eigene Mehrheit für die Koalition sicherzustellen.
Der Parteirat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Fraktion, dem Einsatz unter bestimmten Bedingungen zuzustimmen. Die Parteivorsitzende *Claudia Roth* erklärt gegenüber Journalisten: „Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie in dem Mandat Präzisierungen und Klarstellungen vornimmt, die uns dieses Mandat akzeptabel erscheinen lassen“. Die Präzisierungen seien mit 12 : 2 Stimmen Beschluss des Parteirats und Bedingung für eine Zustimmung zum Antrag der Bundesregierung auf Bereitstellung von bis zu 3900 Soldaten. Dazu gehöre, dass die Bundeswehr-Soldaten ausschließlich gegen die Organisation des Moslem-Extremisten *Osama bin Laden*, El Kaida, und deren Unterstützer eingesetzt würden. Deutsche Elitesoldaten des Kommando Spezialkräfte (KSK) sollten bei der Ergreifung

[1] Vgl. dazu auch: *Michael F. Feldkamp,* Chronik der Vertrauensfrage von Bundeskanzler *Gerhard Schröder* im November 2001. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 33. 2002. H. 1. S. 5-9. Vgl. dazu auch: *Christian Simmert* und *Volker Engels*, Die Lobby regiert das Land. Berlin 2002. S. 177-246. *Christoph Schönberger*, Parlamentarische Autonomie unter Kanzlervorbehalt? In: Juristenzeitung. Jg. 57. 2002. H. 5. S. 211-219.

möglicher Täter nur „quasi polizeilich-militärische Aufgaben“ übernehmen. Die Klarstellungen sollen als Protokollnotiz zum Antrag erfolgen.

Di. 13. Nov. 2001 Die FDP-Fraktion legt den Antrag „Präventive außenpolitische Konzepte gegen den Terrorismus“ vor (Drucksache 14/7445).

Der Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, *Hans-Peter Repnik*, teilt mit, dass die Union gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan stimmen werde, wenn Bundeskanzler *Schröder* die Abstimmung mit der Vertrauensfrage verbindet.

Bundeskanzler *Schröder* richtet an Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse* (SPD) ein Schreiben, worin er ankündigt, die Vertrauensfrage im Bundestag zu stellen. Das Schreiben lautet:

„In Verbindung mit der Abstimmung zum Antrag der Bundesregierung? Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Art. 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Art. 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolution 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen stelle ich den Antrag nach Artikel 68 Absatz 1 des Grundgesetzes. Ich bitte darum, die Beschlussfassung hierüber am Freitag, dem 16. November, herbeizuführen.“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende, *Peter Struck*, teilt daraufhin der Presse mit, Bundeskanzler *Schröder* werde am Freitag die Vertrauensfrage mit der Abstimmung über die Bereitstellung von 3900 Soldaten verknüpfen. Die SPD signalisiere geschlossene Zustimmung.

Um 16.40 Uhr spricht Bundeskanzler *Schröder* in der Sitzung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, um beim Koalitionspartner für den Antrag auf Einsatz bewaffneter deutscher Soldaten in Afghanistan zu werben und der Fraktion mitzuteilen, dass er den Antrag auf Vertrauensfrage stellen werde.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD *Struck* teilt mit, dass wesentlicher Auslöser für die Vertrauensfrage von Bundeskanzler *Schröder* das angekündigte Votum von acht Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei, gegen den Antrag für einen Einsatz bewaffneter deutscher Soldaten zu stimmen.

Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD treffen zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen und einigen sich auf einen ergänzenden Antrag zu dem Antrag der Bundesregierung auf einen bewaffneten Einsatz von deutschen Soldaten (der Antrag wird als Drucksache am 16. November vorgelegt), der „Widerständlern“ die Zustimmung erleichtern soll.

Am Nachmittag nimmt Bundeskanzler *Schröder* an der Sitzung der FDP-Fraktion teil. Bei dem Gespräch geht es nach Angaben des Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, *Wolfgang Gerhardt*, um die politische Lösung in Afghanistan nach dem Ende des Taliban-Regimes. *Gerhardt* teilt mit, dass die Liberalen geschlossen für einen Bundeswehreinsatz im Afghanistan-Krieg seien. Wenn der Bundeskanzler jedoch die Vertrauensfrage mit dem Regierungsantrag verbinde, werde die FDP mit Nein stimmen.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, *Friedrich Merz*, erklärt, dass die Union dem Bundeswehr-Einsatz eigentlich zustimmen wollte, kündigt aber in der Vertrauensfrage das Nein der Fraktion an.

Fraktionssprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, *Schlauch*, erklärt, dass durch die Verknüpfung des Antrags der Bundesregierung mit der Vertrauensfrage sich eine neue Situation ergeben habe. Die Fraktionsspitze bemühe sich weiterhin, sowohl durch den Entschließungsantrag wie durch eine Präzisierung des Bundeswehrmandats „bestimmten Bedenken entgegenzukommen“.

Mi. 14. Nov. 2001 Der Auswärtige Ausschuss legt zum Antrag der Bundesregierung (Drucksache 14/7296) seine Beschlussempfehlung und seinen Bericht (Drucksache 14/7447) vor. Darin heißt es u. a.:

„Der Bundesminister der Verteidigung soll ermächtigt werden, im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Auswärtigen deutsche Streitkräfte im Rahmen der Operation ENDURING FREEDOM einzusetzen. Hierfür sollen bis zu 3.900 Soldaten mit entsprechender Ausrüstung bereitgestellt werden. Die Dauer der bereits am 7. Oktober 2001 begonnenen Operation richtet sich nach den Erfordernissen der vielfältigen internationalen Bemühungen als

Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA. Die Beteiligung mit deutschen Streitkräften an der Operation ENDURING FREEDOM ist zunächst auf zwölf Monate begrenzt".
Im Auswärtigen Ausschuss wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS dem Antrag der Bundesregierung (Drucksache 14/7296) zugestimmt.
Der Haushaltsausschuss legt zum Antrag der Bundesregierung (Drucksache 14/7296) gemäß § 96 der Geschäftsordnung seine Beschlussempfehlung (Drucksache 14/7480) vor. Darin heißt es u .a.:
„Der Einsatz militärischer Mittel ist aus Sicht der Bundesregierung unverzichtbar, um die terroristische Bedrohung zu bekämpfen und eine Wiederholung von Angriffen wie am 11. September 2001 nach Möglichkeit auszuschließen.
[...] Hinsichtlich der Kosten und der Finanzierung geht die Bundesregierung in ihrem Beschluss vom 7. November 2001 davon aus, dass im laufenden Jahr Mehrausgaben von ca. 50 Mio. DM entstehen. Dieser Betrag soll im Rahmen der Haushaltsermächtigungen durch Umschichtung im Epl. [= Einzelplan] 14 finanziert werden.
Im Jahr 2002 werden zusätzliche Ausgaben bis zu 500 Mio. DM erforderlich. Diese sollen aus den zusätzlichen Anti-Terror-Mitteln finanziert werden.
Der Haushaltsausschuss hält den Antrag der Bundesregierung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar".
Der Vorsitzende der PDS-Fraktion, *Roland Claus*, fordert die Regierung auf, ihren Beschluss zur Bereitstellung deutscher Soldaten für den Anti-Terror-Krieg zu überarbeiten. Der Beschluss spiegele den Verlauf der Ereignisse in Afghanistan – die Verdrängung der Taliban aus wichtigen Städten – nicht mehr wider. Die PDS werde am Freitag bei der verknüpften Abstimmung mit Nein stimmen.
Die FDP-Fraktion legt einen eigenen Entschließungsantrag zur Bereitstellung von Bundeswehrsoldaten für den Anti-Terror-Einsatz vor (Drucksache 14/7503).

Do. 15. Nov. 2001 Der Auswärtige Ausschuss legt Beschlussempfehlung und Bericht zum Entschließungsantrag der PDS-Fraktion (Drucksache 14/7333) vor (Drucksache 14/7493). Es wird die Ablehnung des Entschließungsantrags vorgeschlagen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS gefasst.
Gegen Mittag wird die „Protokollerklärung zum Antrag der Bundesregierung auf Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte vom 7. November 2001" veröffentlicht.
Die SPD-Abgeordnete *Christa Lörcher*, die zuvor ihr Nein zum Antrag der Bundesregierung erklärt hat, übermittelt am Nachmittag dem SPD-Fraktionsvorsitzenden *Struck* ihr Austrittsgesuch aus der SPD und ist mit Wirkung vom 15. November 2001 fraktionslos.

Fr. 16. Nov. 2001 Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen zur Beratung des Antrags der Bundesregierung (Drucksachen 14/7296 und 14/7447) einen Entschließungsantrag vor (Drucksache 14/7513).
In einer Probeabstimmung zum Antrag der Bundesregierung in der Fraktionsversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmen die Abgeordneten *Ströbele*, *Buntenbach*, *Hermann* und *Simmert* mit Nein. In der Probeabstimmung in der SPD-Fraktion stimmen alle Abgeordneten mit Ja.
Die CDU/CSU-Fraktion legt einen eigenen Entschließungsantrag zur Bereitstellung von Bundeswehrsoldaten für den Anti-Terror-Einsatz vor.
In der 202. Sitzung (TOP 3) berät der Deutsche Bundestag die Beschlussempfehlung und den Bericht des Auswärtigen Ausschusses (Drucksache 14/7447) zum Antrag der Bundesregierung „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Art. 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Art. 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolution 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen" (Drucksache 14/7296). Ebenfalls liegt der Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung (Drucksache 14/7480) vor.

Die Beschlussempfehlung auf Drucksache 14/7447 wird in Verbindung mit dem Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 Abs. 1 GG auf Drucksache 14/7440 beraten.
Die Beschlussempfehlung auf Drucksache 14/7447 wird in Verbindung mit dem Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 Abs. 1 GG auf Drucksache 14/7440 in namentlicher Abstimmung angenommen. Für die Annahme der Beschlussempfehlung reicht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen (einfache Mehrheit). Für die Annahme des Antrags des Bundeskanzlers gemäß Art 68 Abs. 1 GG ist die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages erforderlich (mindestens 334 Stimmen).

Das Ergebnis im Einzelnen:

Abgegebene Stimmen	662
Nicht abgegebene Stimmen	4
Ja-Stimmen	336
Nein-Stimmen	326
Enthaltungen	0
Ungültige	0

Die Stimmen teilen sich auf wie folgt:

	Ja	Nein	nicht abgegeben	Fraktionsstärke
SPD	293	–	–	293
CDU/CSU	–	242	3	245
B 90/DIE GRÜNEN	43	4	–	47
FDP	–	43	–	43
PDS	–	36	1	37
fraktionslos	–	1	–	1

Der Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 14/7513) wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der anderen Fraktionen angenommen.
Die Entschließungsanträge der Fraktionen der CDU/CSU (Drucksache 14/7512) und der FDP (Drucksache 14/7503) werden abgelehnt. Die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (Drucksache 14/7493), den Entschließungsantrag der PDS (Drucksache 14/7333) abzulehnen, wird gegen die Stimmen der PDS-Fraktion angenommen.

6.15 Missbilligungs- und Entlassungsanträge

Anträge gegen Regierungsmitglieder

Das Grundgesetz kennt außer dem so genannten „konstruktiven Misstrauensvotum“ gegen den Bundeskanzler (vgl. Kapitel 6.13) keine Misstrauensvoten gegen Mitglieder der Bundesregierung. Doch sind im Bundestag wiederholt Missbilligungs- und Tadelsanträge gegen den Bundeskanzler und gegen Bundesminister eingebracht worden, ferner Anträge, in denen der Bundeskanzler um Entlassung eines Bundesministers ersucht wird.

Es ist umstritten, ob solche in der Verfassung nicht vorgesehenen Anträge überhaupt zulässig sind. Sie wurden jedoch wiederholt zur Abstimmung des Bundestages gestellt. Auch bei Annahme eines entsprechenden Antrags hätte dieser keine rechtlich zwingende Wirkung.
Aufgenommen sind solche Anträge, die
– das Ziel der Missbilligung oder der Entlassung förmlich und zumeist auch schon ausdrücklich in der Überschrift bezeichnen und/oder
– sich gegen ein konkret benanntes Regierungsmitglied richten.

Unberücksichtigt bleiben dementsprechend Anträge, die einen politisch weiter gefassten Gegenstand betreffen und in denen sich die Missbilligung oder „Verurteilung“ eines Regierungsmitgliedes nur innerhalb des Textes findet, ferner Anträge, in denen die Bundesregierung pauschal wegen eines Verhaltens getadelt wird.

Wahlperiode	lfd. Nr.	Antragsteller	Mitglied der Bundesregierung	Art des Antrages	Abstimmungsergebnis	a) Drucksache b) Sitzung c) Datum
13. WP 1994–1998	34	Fraktion B 90/DIE GRÜNEN	Verkehrsminister	Antrag betr. **Missbilligung** des Bundesministers für Verkehr *Matthias Wissmann* wegen Nichteinhaltung seiner Verpflichtungen nach §§ 5 und 7 des Bundesschienenwegeausbaugesetzes	Überweisung an den Ausschuss für Verkehr (federführend)	a) 13/6857 b) 172. c) 24.4.1997
	35	Gruppe der PDS	Bundeskanzler	Antrag betr. Aufforderung an Bundeskanzler Helmut Kohl die **Vertrauensfrage** gemäß Art. 68 GG zu stellen	Antrag abgelehnt	a) 13/7786 b) 177. c) 4. 6. 1997
	36	Fraktionen der SPD und B 90/DIE GRÜNEN	Finanzminister	Antrag betr. **Entlassung** des Bundesministers der Finanzen *Theodor Waigel*	Antrag in namentlicher Abstimmung abgelehnt	a) 13/7787 b) 177. c) 4. 6. 1997
	37	Gruppe der PDS	Bundeskanzler	Antrag betr. Aufforderung an Bundeskanzler Helmut Kohl die **Vertrauensfrage** gemäß Art. 68 GG zu stellen	Antrag auf Aufsetzung auf die Tagesordnung abgelehnt	a) 13/8613 b) 195. c) 2. 10. 1997
14. WP 1998–2002	38	Fraktion der FDP	Finanzminister	Antrag betr. **Missbilligung** des Verhaltens des Bundesfinanzministers *Oskar Lafontaine*	Antrag auf Aufsetzung auf die Tagesordnung abgelehnt	a) 14/549 b) 27. c) 18. 3 1999
	39	Fraktion der CDU/CSU	Umweltminister	Antrag betr. **Entlassung** des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit *Jürgen Trittin*	Antrag in namentlicher Abstimmung abgelehnt	a) 14/5573 b) 159. c) 16. 3. 2001
	40	Fraktion der FDP	Verbraucherschutzministerin	Antrag betr. **Missbilligung** der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft,	Antrag abgelehnt	a) 14/5765 b) 164. c) 5. 4. 2001

Wahl-periode	lfd. Nr.	Antragsteller	Mitglied der Bundes-regierung	Art des Antrages	Abstimmungs-ergebnis	a) Drucksache b) Sitzung c) Datum
noch: 14. WP 1998–2002				*Renate Künast* wegen Unterzeichnung eines Aufrufs zur Freilassung als Mitglieder einer terroristischen Vereinigung verdächtigter Personen		
	41	Fraktion der FDP	Verteidigungsminister	Antrag betr. **Entlassung** des Bundesministers für Verteidigung *Rudolf Scharping*	Antrag in namentlicher Abstimmung abgelehnt	a) 14/8954 b) 236. c) 16. 5.2002
15. WP 2002–[1]	–					

Anträge gegen Parlamentarische Staatssekretäre

Wahl-periode	lfd. Nr.	Antragsteller	Parlamentarischer Staatssekretär	Art des Antrages	Abstimmungser-gebnis	a) Drucksache b) Sitzung c) Datum
13. WP 1994–1998	–					
14. WP 1998–2002	3	Fraktion der FDP	PStS beim Bundesminister für Umwelt	Antrag auf **Entlassung** der Parl. Staatssekretärin *Gila Altmann* wegen der Unterzeichnung einer Anti-Kriegs-Initiative vom 14. April 1999	Antrag abgelehnt	a) 14/798 b) 36. c) 23. 4. 1999
15. WP 2002–[2]	–					

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.16.

[1] Stand: 31. März 2003.
[2] Stand: 31. März 2003.

6.16 Herbeirufung von Regierungsmitgliedern

Die Herbeirufung von Regierungsmitgliedern durch das Parlament zählt zu seinen grundlegenden Kontrollrechten. Artikel 43 Abs. 1 GG lautet: „Der Bundestag und seine Ausschüsse können die Anwesenheit jedes Mitgliedes der Bundesregierung verlangen.“ Das Verfahren der Antragstellung ist mehrmals geändert worden. Gegenwärtig kann der Bundestag „auf Antrag einer Fraktion oder von anwesenden fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages die Herbeirufung eines Mitgliedes der Bundesregierung beschließen“ (§ 42 GOBT).

Wahl-periode	lfd. Nr.	Antragsteller	Mitglied der Bundesregierung	a) Beratungsgegenstand b) Drucksache	Abstimmungs-resultat	unmittelbarer Erfolg	a) StenBe: Sitz.-Nr. b) Datum
13. WP 1994–1998	55	Fraktion B 90/DIE GRÜNEN	Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicher-heit	a) Aktuelle Stunde zum Krebsrisiko durch bodennahes Ozon b) –	Zustimmung	ja[1]	a) 38. b) 18. 5.1995
	56	Fraktion B 90/DIE GRÜNEN	Bundeskanzler	a) Neue europäische Sicherheitsarchitek-tur und die Rolle der französischen Atomwaffen b) 13/2456	ohne Abstim-mung[2]	–	a) 59. b) 29. 9.1995
	57	SPD-Fraktion	Bundesminister für Wirtschaft	a) Große Anfrage betr. Entwicklung und Stand der Arbeitszeitflexibilisierung in Deutschland b) 13/1334, 13/2581	Ablehnung	ja[3]	a) 61. b) 12.10.1995
	58	Fraktion B 90/DIE GRÜNEN	Bundeskanzler	a) Aktuelle Stunde betr. Ursachen der aktuellen Schwierigkeiten im deutsch-tschechischen Verhältnis b) –	Ablehnung	–	a) 82. b) 31. 1.1996
	59	Fraktion B 90/DIE GRÜNEN	Bundesminister des Innern	a) Aktuelle Stunde betr. Lage in Bosnien und Absicht der Bundesregierung zur Rückführung von Bürgerkriegsflücht-	ohne Abstim-mung[4]	–	a) 124. b) 25. 9.1996

[1] Nach der Abstimmung wurde die Sitzung für neun Minuten unterbrochen, bis Bundesumweltministerin *Angela Merkel* im Plenum eintraf.
[2] Antrag vor Abstimmung erledigt durch die Anwesenheit von Bundeskanzler *Helmut Kohl*.
[3] Bundeswirtschaftsminister *Günter Rexrodt* nimmt kurze Zeit später an der Plenarsitzung teil.
[4] Keine Abstimmung auf Grund der Ankündigung, Bundesminister *Manfred Kanther* befinde sich auf dem Weg in das Plenum; der Bundesminister nimmt kurze Zeit später an der Plenarsitzung teil.

Wahl-periode	lfd. Nr.	Antragsteller	Mitglied der Bundesregierung	a) Beratungsgegenstand b) Drucksache	Abstimmungs-resultat	unmittelbarer Erfolg	a) StenBe: Sitz.-Nr. b) Datum
noch: 13. WP 1994–1998				lingen nach Bosnien-Herzegowina beginnend ab dem 1.10.1996 b) –			
	60	Fraktion B 90/DIE GRÜNEN	Bundesminister für Verkehr	a) Aktuelle Stunde betr. Haltung der Bundesregierung zu Forderungen nach Einführung einer Autobahn-Vignette b) –	ohne Abstimmung[1]	–	a) 128. b) 10.10.1996
	61	SPD-Fraktion	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	a) Fragestunde: Sanierung des so genannten Schürmann-Baus in Bonn b) 13/7013	Rücknahme des Antrags[2]	–	a) 159. b) 26. 2.1997
	62	SPD-Fraktion	Bundesminister der Finanzen	a) Aktuelle Stunde betr. Einschätzung der Ausbildungsplatzsituation und des Handlungsbedarfs durch die Bundesregierung b) –	Ablehnung	–	a) 175. b) 15. 5.1997
	63	SPD-Fraktion	Bundeskanzler	a) Aktuelle Stunde zur Erklärung des Bundeskanzlers, dass eine Halbierung der Arbeitslosenzahlen bis zum Jahre 2000 nicht mehr zu erreichen sei b) –	Ablehnung	–	a) 213. b) 15. 1.1998
14. WP 1998–2002	64	FDP-Fraktion	Bundesminister der Finanzen	a) 2. und 3. Beratung Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 b) 14/23	Ablehnung	–	a) 12. b) 4.12.1998
	65	CDU/CSU-Fraktion	Bundesminister der Finanzen	a) Antrag der CDU/CSU betr. umgehender Vorlage des Bundeshaushaltes 1999 b) 14/184	Ablehnung	–	a) 19. b) 28. 1.1999

[1] Keine Abstimmung auf Grund der Ankündigung, Bundesverkehrsminister *Matthias Wissmann* befinde sich auf dem Weg in das Plenum; der Bundesminister nimmt kurze Zeit später an der Plenarsitzung teil.

[2] Die SPD-Fraktion erwartet statt dessen „baldmöglichst eine schriftliche Antwort“ des Bundesministers *Klaus Töpfer*.

Wahl-periode	lfd. Nr.	Antragsteller	Mitglied der Bundesregierung	a) Beratungsgegenstand b) Drucksache	Abstimmungs-resultat	unmittelbarer Erfolg	a) StenBe: Sitz.-Nr. b) Datum
noch: 14. WP 1998–2002	66	CDU/CSU-Fraktion	Bundesminister für Arbeit und Sozial-ordnung	a) Aktuelle Stunde betr. Haltung der Bundesregierung über die bekannt gewordenen Pläne des Bundesarbeitsministers, die Rentenanpassung für die Jahre 2000 und 2001 zu halbieren und zu der beabsichtigten Neuregelung zum Schlechtwettergeld b) –	– [1]	ja[2]	a) 42. b) 10. 6.1999
	67	CDU/CSU-Fraktion	Bundesminister für Wirtschaft und Technologie	a) Fragestunde: Aus dem Bereich des Bundeskanzlers und Bundeskanzleramtes zum Hausbau von *Bodo Hombach* b) 14/1189	Ablehnung[3]	–	a) 46. b) 23. 6.1999
	68	CDU/CSU-Fraktion	Bundesminister des Innern	a) Antrag der CDU/CSU betr. modernes europäisches Asyl- und Ausländerrecht b) 14/2695	Ablehnung	–	a) 93. b) 16. 3.2000
	69	CDU/CSU-Fraktion	Bundesminister der Finanzen	a) Befragung der Bundesregierung zum Bericht über die Entwicklung der Konvergenz in der Europäischen Union im Jahre 1999 b) –	Ablehnung	–	a) 113. b) 5. 7. 2000
	70	FDP-Fraktion	Bundesminister für Arbeit und Sozial-ordnung	a) Aktuelle Stunde betr. Haltung der Bundesregierung zur Fortgeltung des Ladenschlussgesetzes nach den Sanktionen gegen eine thüringische Friseurin b) –	Ablehnung	–	a) 121. b) 28. 9.2000
	71	CDU/CSU-Fraktion	Mitglied des Bundesfinanzministeriums	a) 2. und 3. Beratung Ökosteuer-Abschaffungsgesetz b) 14/4097	Rücknahme des Antrags[4]	–	a) 152. b) 15. 2.2001

[1] Keine Abstimmung nachdem dem darauf folgenden Antrag auf Unterbrechung der Sitzung durch Vizepräsidentin *Antje Vollmer* stattgegeben wurde.
[2] Unterbrechung der Sitzung von 1 Std. 47 Min. bis zum Erscheinen von Bundesarbeitsminister *Walter Riester*.
[3] Unterbrechung der Sitzung nach Wiederholung des Herbeirufungsantrags. Erneute Ablehnung.
[4] Staatssekretärin *Barbara Hendricks* erscheint kurz nach der Antragstellung.

Wahl-periode	lfd. Nr.	Antragsteller	Mitglied der Bundesregierung	a) Beratungsgegenstand b) Drucksache	Abstimmungs-resultat	unmittelbarer Erfolg	a) StenBe: Sitz.-Nr. b) Datum
noch: 14. WP 1998–2002	72	PDS-Fraktion	Bundesminister der Verteidigung	a) Aktuelle Stunde betr. Haltung der Bundesregierung zu aktuellen Berichten über die Gründe zum Eintritt in den Kosovo-Krieg b) –	Ablehnung[1]	–	a) 153. b) 16. 2.2001
	73	FDP-Fraktion	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	a) Fragestunde: Diverse Anfragen b) 14/6272	Zustimmung	ja[2]	a) 175. b) 20. 6.2001
	74	FDP-Fraktion	Bundesminister für Wirtschaft und Technologie	a) Antrag der FDP betr. neue Wachstumschancen mit durchgreifenden wirtschaftspolitischen Reformen schaffen – Blitzprogramm für die deutsche Wirtschaft b)14/6446	Ablehnung	–	a) 180. b) 29. 6.2001
	75	CDU/CSU-Fraktion	Bundeskanzler	a) Antrag der FDP betr. neue Wachstumschancen mit durchgreifenden wirtschaftspolitischen Reformen schaffen – Blitzprogramm für die deutsche Wirtschaft b)14/6446	Rücknahme[3]	–	a) 180. b) 29. 6.2001
	76	CDU/CSU-Fraktion	Bundeskanzler	a) Antrag der FDP betr. Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu den Vorhaben der Bundesregierung zur Bewältigung der aktuellen politischen Herausforderung b)14/8281	Ablehnung	–	a) 222. b) 1. 3.2002

[1] Parlamentarische Staatssekretärin *Brigitte Schulte* ist anwesend
[2] Nach Abstimmung Unterbrechung der Sitzung für 29 Minuten bis zum Erscheinen von Arbeitsminister *Walter Riester*.
[3] Rücknahme des Antrags aufgrund des Abstimmungsergebnisses des vorherigen Antrags

Wahl-periode	lfd. Nr.	Antragsteller	Mitglied der Bundesregierung	a) Beratungsgegenstand b) Drucksache	Abstimmungs-resultat	unmittelbarer Erfolg	a) StenBe: Sitz.-Nr. b) Datum
noch: 14. WP 1998–2002	77	CDU/CSU-Fraktion	Bundesminister für Arbeit und Sozial-ordnung	a) 2. und 3. Beratung des Gesetzes zur Verlängerung von Übergangsregelungen im Bundessozialhilfegesetz b) 14/8010, 14/7280	ohne Abstimmung[1]	–	a) 224. b) 14. 3.2002
15. WP 2002–[2]	78	CDU/CSU-Fraktion	Bundeskanzler, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Bundesminister für Finanzen	a) Aussprache zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers b) –	Ablehnung	–	a) 6 b) 31.10.2002

Statistik der Herbeirufungen von Regierungsmitgliedern

In der folgenden Statistik wird zusammengefasst, in welcher Weise die bisherigen Anträge auf Herbeirufungen von Regierungsmitgliedern zu Plenarsitzungen behandelt worden sind.

	13. WP 1994–1998	14. WP 1998–2002
Anträge auf Herbeirufungen von Regierungsmitgliedern	9	14
– davon einstimmig angenommen	0	0
– davon mit Mehrheit zugestimmt	1	1
– davon bei Stimmengleichheit abgelehnt	0	0
– davon mit Mehrheit abgelehnt	4	9
– davon ohne Abstimmung	3	2
– davon zurückgezogen/zurückgestellt/Verzicht	1	2
– dabei Beschlussunfähigkeit festgestellt	0	0

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.17.

[1] Antrag vor Abstimmung erledigt durch die Anwesenheit von Arbeitsminister *Walter Riester*.
[2] Stand: 31. März 2003.

6.17 Berichte der Bundesregierung an den Bundestag

Die Berichte der Bundesregierung an den Bundestag unterstützen – von ihrer reinen Informationsfunktion abgesehen – die parlamentarische Arbeit auf dem Gebiet der Gesetzesnovellierung, der Kontrolle und der Planung.
Die Berichte werden im folgenden nach den jeweiligen Ressorts aufgeführt. Eine statistische Übersicht vermittelt einen Eindruck über den gesamten Umfang.

Berichte der Bundesregierung nach Ressorts: Statistik

Ressort	13. WP 1994–1998	14. WP 1998–2002
Bundeskanzleramt / Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien	1	4
Bundeskanzleramt / Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der neuen Länder	0	3
Auswärtiges Amt	33	36
Bundesministerium des Innern	15	13
Bundesministerium der Justiz	5	9
Bundesministerium der Finanzen	35	54
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	35	27
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten[1]	23	20
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	22	28
Bundesministerium der Verteidigung[2]	–	–
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	10	9
Bundesministerium für Gesundheit	6	6
Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	35	18
Bundesministerium für Umweltschutz, Naturschutz und Reaktorsicherheit	16	12
Bundesministerium für Bildung und Forschung	23	15
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3	3
Gesamtzahl	263	261

[1] Seit 22. Januar 2001: Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft.
[2] Jahresberichte des Wehrbeauftragten sind in Kap.15.4 aufgeführt.

Berichte der Bundesregierung nach Ressorts: Verzeichnis

Ressort: Bundeskanzleramt
Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien (BKM)

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Medienbericht[1]	Beschluss vom 12. März 1976 zu Nr. 2 des Antrags Drs. 7/4770	fortlaufend	13. WP: Drs. 13/10650 vom 18. Mai 1998 14. WP: Der BKM hat dem Ausschuss für Kultur und Medien am 20. Juni 2002 einen „Kurzbericht über medienpolitisch relevante Entwicklung“ zugeleitet (Ausschuss-Drs. 14/317). Der Medienbericht wird für die 15.WP vorbereitet.
Ergänzung: Einbeziehung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien	Beschluss vom 26. September 1996 zu Nr. II.7 der Beschlussempfehlung Drs. 13/4288	noch in der 13. Wahlperiode	enthalten in: Drs. 13/10650 vom 18. Mai 1998
Entwicklung und kurz- und mittelfristige Planungen des Deutschen Historischen Museums	Beschluss vom 20. Januar 1994 zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung Drs. 12/6553	jährlich	Obleute und Sprecher im Ausschuss für Kultur und Medien haben am 28. März 2001 einvernehmlich beschlossen, dass die förmliche, jährliche Berichtspflicht gemäß dem Wunsch des BKM entfällt.
Bericht der Bundesregierung über ihre Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit[2]	§ 96 des Bundesvertriebenengesetzes vom 3. September 1971 (BGBl. I S. 1565, 1807) sowie § 96 des Bundesvertriebenengesetzes vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 829) und Beschluss vom 19. April 1996 zu Nr. 4 der Beschlussempfehlung Drs. 13/3195	alle zwei Jahre	14. WP: Drs. 14/2312 vom 6. Dezember 1999 Drs. 14/9163 vom 16. Mai 2002

[1] Bis zur 13. WP im Geschäftsbereich des BMI.
[2] Bis zur 13. WP im Geschäftsbereich des BMI.

noch Ressort: Bundeskanzleramt

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Evaluierungsbericht zum Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz (IuKDG)[1]	Beschluss vom 13. Juni 1997 zu Nr. II. des Entschließungsantrags Drs. 13/7935	einmalig Mitte 1999	14. WP: Drs. 14/1191 vom 18. Juni 1999
Vorschläge zur Umstrukturierung der Filmförderungsanstalt	Beschluss vom 29. April 1998 zu Nr. 6 der Beschlussempfehlung Drs. 13/10509	einmalig Ende der 14. WP	entfällt mit Blick auf die anstehende Novellierung des Filmförderungsgesetzes
Bericht über die Erfahrungen der Bundesregierung – bei der Umsetzung des „Vertrages zur Kulturfinanzierung in der Bundeshauptstadt“ sowie – zur künftigen Förderung der Kultur in der Bundesstadt Bonn	Beschluss vom 16. November 2000 zu Nr. I.2 der Beschlussempfehlung Drs. 14/4597 (neu)	einmalig November 2001	14. WP: Drs. 14/9677 vom 3. Juli 2002
Medien- und Kommunikationsbericht zur Überwindung der digitalen Spaltung	Beschluss vom 13. Juni 2002 der Beschlussempfehlung Drs. 14/8151	alle 2 Jahre	
Medien- und Kommunikationsbericht über Medien- und Kommunikationsbericht über die Fortschritte bei der Verwirklichung einer trag- und zukunftsfähigen Medien- und Kommunikationsordnung	Beschluss vom 4. Juli 2002 der Beschlussempfehlung Drs. 14/9664	alle 4 Jahre	Bericht soll mit bestehenden Berichtspflichten koordiniert und ggf. integriert werden (z.B. Medienbericht)

Ressort: Bundeskanzleramt
Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der neuen Länder

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit[1] zusammen mit Aufbau Ost	Beschluss vom 9. Mai 1996 zu Buchstabe a der Beschlussempfehlung Drs. 13/3643 (modifizierte Annahme des Antrags Drs. 13/2586) Beschluss vom 26. Juni 1997 (Annahme einer Entschließung Drs. 13/7835; zusammengefasst lt. Kurzprotokoll der 71. Sitzung des Ältestenrates am 15. Januar 1998)	jährlich zum Tag der Deutschen Einheit (jährliche Aktualisierung bis zum Jahr 2004 auf Basis des Berichts des Jahres 1999)	14. WP: Drs. 14/1825 vom 18. Oktober 1999 Drs. 14/4129 vom 26. September 2000 Drs. 14/6979 vom 26. September 2001

Ressort: Auswärtiges Amt

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Integration der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Union[2]	Beschluss vom 19. Oktober 1966 Drs. V/1010 und 21. September 1995 zu Nr. 1 Buchstabe a der Beschlussempfehlung Drs. 13/1957	jährlich spätestens bis 31. März des folgenden Jahres	14. WP: Drs. 14/3434 vom 17. Mai 2000 Drs. 14/5682 vom 28. März 2001 Drs. 14/8565 vom 13. März 2002 aufgehoben durch Beschluss vom 27. Juni 2002 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 14/9560

[1] Bis zur 13. WP im Geschäftsbereich des BMI; ab 2002 Vorlage durch das BMVBW.
[2] Bis Berichtsjahr 2000 siehe BMWi.

noch Ressort: Auswärtiges Amt

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Tätigkeit des Europarats und der Westeuropäischen Union (WEU)	Beschlüsse vom 22. Februar und 28. April 1967 Beschlüsse vom 25. Januar und 12. März 1990 zu den Anträgen Drs. V/1010, V/1653, 11/4877 und 11/6632 sowie Beschluss vom 11. Februar 1993	halbjährlich	13. WP: Europarat: Drs. 13/112 vom 21. Dezember 1994 Drs. 13/2138 vom 10. August 1995 Drs. 13/4020 vom 7. März 1996 Drs. 13/5373 vom 31. Juli 1996 Drs. 13/6195 vom 18. November 1996 Drs. 13/8117 vom 25. Juni 1997 Drs. 13/9842 vom 5. Februar 1998 Drs. 13/11309 vom 21. Juli 1998 WEU: Drs. 13/647 vom 28. Februar 1995 Drs. 13/2248 vom 4. September 1995 Drs. 13/3827 vom 28. Februar 1996 Drs. 13/5463 vom 28. August 1996 Drs. 13/8479 vom 3. September 1997 Drs. 13/9843 vom 5. Februar 1998 Drs. 13/11444 vom 22. September 1998 Drs. 13/11463 vom 6. Oktober 1998 14. WP: Europarat: Drs. 14/1130 vom 7. Juni 1999 Drs. 14/1526 vom 9. August 1999 Drs. 14/2960 vom 14. März 2000 Drs. 14/9791 vom 9. Juli 2002 Drs. 14/9792 vom 9. Juli 2002 WEU: Drs. 14/346 vom 28. Januar 1999 Drs. 14/1525 vom 9. August 1999 Drs. 14/4219 vom 29. September 2000 Drs. 14/2657 vom 7. Februar 2000 Drs. 14/5442 vom 1. März 2001 Drs. 14/6845 vom 27. August 2001

noch Ressort: Auswärtiges Amt

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis (**Jahresabrüstungsbericht**)	Beschluss vom 14. Januar 1982 Drs. 9/1251; Beschluss vom 25. März 1982 Drs. 9/1464; Beschluss vom 10. Dezember 1986 Drs. 10/6681 und Beschluss vom 5. Juni 1997 Drs. 13/6482	jährlich spätestens zum 30. April	13. WP: Drs. 13/1126 vom 13. April 1995 Drs. 13/4450 vom 24. April 1996 Drs. 13/7389 vom 9. April 1997 Drs. 13/10464 vom 22. April 1998 14. WP: Drs. 14/810 vom 21. April 1999 Drs. 14/3233 vom 12. April 2000 Drs. 14/5986 vom 9. Mai 2000 Drs. 14/8941 vom 25. April 2002
Bericht über die Lage der Menschenrechte in der Welt (**Menschenrechtsbericht**)	Beschluss vom 10. Dezember 1986 Drs. 10/6223; Beschluss vom 6. Dezember 1991 Drs. 12/1735; Beschluss vom 23. Juni 1994 Drs. 12/7752	alle zwei Jahre	13. WP: Drs. 13/3312 vom 12. Dezember 1995 Drs. 13/8861 vom 29. Oktober 1997 14. WP: Drs. 14/3739 vom 28. Juni 2000 Drs. 14/9323 vom 8. Juni 2002
Stand der Bemühungen um eine Konvention gegen Vertreibung	Beschluss vom 23. Juni 1994 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 12/7320	einmalig	enthalten in: Drs. 13/3312 vom 12. Dezember 1995 (nach Auffassung der BReg.)
Bericht über die von der Bundesregierung unternommenen Schritte zur Stärkung der gesetzgeberischen Befugnisse des Europäischen Parlaments und über den Stand der Beratungen zwischen den Mitgliedstaaten	Beschluss vom 15. Juni 1989 Drs. 11/4751 (Annahme des Entschließungsantrags Drs. 11/3866)	jährlich erstmals zum Jahresende 1989	13. WP: Drs. 13/875 vom 24. März 1995 Drs. 13/4212 vom 26. März 1996 Drs. 13/7370 vom 4. April 1997 Drs. 13/10011 vom 25. Februar 1998 14. WP: Drs. 14/439 vom 23. Februar 1999 Drs. 14/2835 vom 24. Februar 2000 Drs. 14/5221 vom 1. Februar 2001 Drs. 14/8210 vom 6. Februar 2002 15.WP: Drs. 15/340 vom 15. Januar 2003
Bericht über den Stand der Unterzeichnung und Ratifizierung europäischer Abkommen und Konventionen durch die Bundesrepublik Deutschland	Beschluss vom 25. Januar 1990 Drs. 11/6074	alle zwei Jahre	13. WP: Drs. 13/5006 vom 20. Juni 1996 14. WP: Drs. 14/740 vom 8. April 1999 Drs. 14/6749 vom 20. Juli 2001

noch Ressort: Auswärtiges Amt

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die humanitäre Hilfe im Ausland unter vergleichender Einbeziehung des Umfangs humanitärer Hilfeleistungen anderer Industrieländer	Beschluss vom 30. September 1993 Drs. 12/5430 (Annahme des Antrags Drs. 12/2776)	regelmäßig mindestens einmal pro Wahlperiode	14. WP: Drs. 14/3891 vom 5. Juli 2000
Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung		–	13. WP: Drs. 13/1479 vom 23. Mai 1995
Sachstandsbericht zur Auswärtigen Kulturpolitik	Beschluss vom 15. Juni 1994 Drs. 12/7890	jährlich ohne Termin	13. WP: Drs. 13/3823 vom 20. Februar 1996 Drs. 13/9999 vom 18. Februar 1998 14. WP: Drs. 14/1266 vom 23. Juni 1999 Drs. 14/4312 vom 11. Oktober 2000 Drs. 14/6825 vom 15. August 2001 Drs. 14/9760 vom 3. Juli 2002
Bericht über die Bemühungen zur Wiederherstellung der Demokratie in Nigeria	Beschluss vom 1. Dezember 1995 Drs. 13/3178	einmalig ohne Termin	13. WP: Drs. 13/4327 vom 11. April 1996
Umsetzung des Westsahara-Friedensplanes der Vereinten Nationen	Beschluss vom 29. Februar 1996 zu Nr. 3 des Antrags Drs. 13/3702	einmalig	Nach Mitteilung des Auswärtigen Ausschusses durch die Rede von StM *Schäfer* am 17. Oktober 1996 im DBT sowie durch mündliche Berichte an den Unterausschuss erledigt
Bericht zu Stand und Problemen der Implementierung des KSE-Vertrages, über die Ergebnisse der KSE-Überprüfungskonferenz und zu den weiteren Vorstellungen der Bundesregierung über neue Impulse für konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa	Beschluss vom 10. Mai 1996 Drs. 13/4565	einmalig ohne Termin	13. WP: Drs. 13/5488 vom 4. September 1996
Bericht über die Entwicklung in Nigeria seit März 1996	Beschluss vom 5. Dezember 1996 Drs. 13/6417	einmalig bis März 1997	13. WP: Drs. 13/7322 vom 21. März 1997

noch Ressort: Auswärtiges Amt

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Aktive Mitwirkung an einem Abschluss eines internationalen Abkommens über ein umfassendes Verbot von Anti-Personen-Minen	Beschluss vom 27. Februar 1997 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 13/7068 vom 26. Februar 1997	einmalig nach der Sommerpause; auch unmittelbar an den Ausschuss	erledigt durch schriftliche und mündliche Berichterstattung an den Auswärtigen Ausschuss am 8. Oktober 1997 und 10. Dezember 1997
Beendigung des Zwangs zur gemeinsamen Delegation der Vertreter des Deutschen Bundestages für die Parlamentarische Versammlung des Europarates und für die Versammlung der Westeuropäischen Union	Beschluss vom 13. März 1997 der Beschlussempfehlung Drs. 13/7030 (Annahme des Antrags Drs. 13/6503)	einmalig ohne Termin	
Neue Herausforderungen für die Auswärtige Kulturpolitik	Beschluss vom 24. Juni 1998 zu Nr. II des Antrags Drs. 13/9613	einmalig noch in der 13. Wahlperiode	14. WP: Zwischenbericht des Auswärtigen Amts an den Vorsitzenden des Unterausschusses für Auswärtige Kulturpolitik des Auswärtigen Ausschusses vom 13. Oktober 1998 und Drs. 14/4312 vom 11. Oktober 2000
Bericht der Bundesregierung zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen	Beschluss vom 22. Juni 2001 zu Nr. II.1 der Beschlussempfehlung Drs. 14/5855	alle 2 Jahre	14. WP: Drs. 14/9466 vom 12. Juni 2002
Bericht der Bundesregierung über den Stand der Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen im Zusammenhang mit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“	Beschluss vom 28. Juni 2001 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 14/6465	halbjährlich	14. WP: Drs. 14/7434 vom 6. November 2001 Drs. 14/9181 vom 16. Mai 2002 15. WP: Drs. 15/131 vom 2. Dezember 2002
Bericht der Bundesregierung über die Ergebnisse ihrer Bemühungen um ein Rahmenkonzept für die Stabilisierung Mazedoniens und um eine politische und ökonomische Gesamtstrategie für die Balkanstaaten und Südosteuropa	Beschluss vom 29. August 2001 eines Entschließungsantrages Drs. 14/6837	31. Dezember 2001	14. WP: Drs. 14/7891 vom 10. Dezember 2001

noch Ressort: Auswärtiges Amt

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bilanzierender Gesamtbericht zum Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen	Beschluss vom 16. November 2001 zu der Beschlussempfehlung Drs. 14/7447	5. April 2002 (6 Monate nach Beginn der Operation)	14. WP: Drs. 14/8990 vom 8. Mai 2002
Bericht der Bundesregierung über die Hilfe für die Opfer der Colonia Dignidad	Beschluss vom 16. Mai 2002 zu Nr. II.6 der Beschlussempfehlung Drs. 14/8511	Mai 2003	
Bericht der Bundesregierung über die Ergebnisse ihrer Bemühungen um die Weiterentwicklung der politischen und ökonomischen Gesamtstrategie für die Balkanstaaten und ganz Südosteuropa	Beschluss vom 5. Dezember 2002 auf Drs. 15/130	jährlich zu Beginn des Kalenderjahres	15. WP: Drs. 15/508 vom 21. Februar 2003

Ressort: Bundesministerium des Innern

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Sportförderungsmaßnahmen (**Sportbericht**)	Beschluss vom 8. Mai 1968 und vom 24. Juni 1994 Beschluss vom 19. Oktober 1979 zu Nr. 14 der Beschlussempfehlung Drs. 8/3210, Beschluss vom 24. Juni 1994 (Annahme des Entschließungsantrags Drs. 12/8061	alle vier Jahre	13. WP: Drs. 13/1114 vom 12. April 1995 14. WP: Drs. 14/1859 vom 26. Oktober 1999 Drs. 14/9517 vom 20. Oktober 2002

noch Ressort: Bundesministerium des Innern

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht der Bundesregierung über ihre Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit[1]	§ 96 des Bundesvertriebenengesetzes vom 3. September 1971 (BGBl. I S. 1565, 1807) sowie § 96 des Bundesvertriebenengesetzes vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 829) und Beschluss vom 19. April 1996 zu Nr. 4 der Beschlussempfehlung Drs. 13/3195	alle zwei Jahre	13. WP: Drs. 13/6796 vom 20. Januar 1997 Drs. 13/8096 vom 23. Juni 1997
Bericht der Wahlkreiskommission (mit Vorschlägen über Änderungen der Wahlkreiseinteilung)	§ 3 Abs. 3 des Bundeswahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juli 1979 (BGBl. I S. 1149) und in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1990 (BGBl. I S. 2059), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Oktober 1990 (BGBl. I S. 2141) i. V. mit der Bekanntmachung vom 19. Oktober 1990 (BGBl. I S. 2218) und in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), zuletzt geändert durch das Wahlkreisneueinteilungsgesetz vom 1. Juli 1998 (BGBl. I S. 1698)	innerhalb von 15 Monaten nach Beginn der Wahlperiode	13. WP: Drs. 13/3804 vom 13. Februar 1996 14. WP: Drs. 14/2597 vom 20. Januar 2000
Wahlkreiskommissions-Ergänzungsbericht		einmalig August 2000	14. WP: Drs. 14/4031 vom 23. August 2000
Erfahrungen mit Zeitbeamtenverhältnissen für den wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchs im Hochschulbereich	Beschluss vom 10. Dezember 1986 zu Nr. 1.III.7 der Beschlussempfehlung Drs. 10/6590	alsbald	Bericht wird nach Mitteilung des BMI und des BMF nicht mehr vorgelegt

[1] Ab 14. WP im Geschäftsbereich des Beauftragten der BReg für Angelegenheiten der Kultur und der Medien.

noch Ressort: Bundesministerium des Innern

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die nach § 5 Abs. 2 des Bundesstatistikgesetzes angeordneten Statistiken sowie über die Statistiken nach § 7 des Bundesstatistikgesetzes (Erhebung für besondere Zwecke) unter Darlegung der geschätzten Kosten bei Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden und der Belastung der zu Befragenden (Bericht zu Statistiken nach § 5 Abs. 2 und § 7 des Bundesstatistikgesetzes)	§ 5 Abs. 3 des Bundesstatistikgesetzes vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 465)	alle zwei Jahre	13. WP: Drs. 13/1360 vom 15. Mai 1995 Drs. 13/7390 vom 9. April 1997 14. WP: Drs. 14/732 vom 1. April 1999 Drs. 14/5912 vom 19. April 2001
Bericht über die Versorgungsleistungen im öffentlichen Dienst (Versorgungsbericht)	Artikel 17 des Gesetzes zur Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes und sonstiger dienst- und versorgungsrechtlicher Vorschriften (BeamtVGÄndG) vom 18. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2218, 2234) i. d. F. des Art. 19 Abs. 8 des Versorgungsreformgesetzes 1998 (BGBl. I S. 1666, 1689)	in jeder Wahlperiode	13. WP: Drs. 13/5840 vom 17. Oktober 1996 14. WP: Drs. 14/7220 vom 19. Oktober 2001
Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR	§ 20 a Abs. 1 ParteiG-DDR vom 21. Februar 1990 (GBl. I S. 904) i.V.m. Anlage II Kapitel II Sachgebiet A Abschnitt III zum Einigungsvertrag (BGBl. II 1990 S. 885, 1150)	ohne Termin	13. WP: Drs. 13/11353 vom 24. August 1998
Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz	§ 26 Abs. 1 des Bundesdatenschutzgesetzes vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954)	alle zwei Jahre	13. WP: Drs. 13/7500 vom 16. April 1997 14. WP: Drs. 14/850 vom 4. Mai 1999 Drs. 14/5555 vom 13. März 2001
Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik	§ 37 Abs. 3 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I. S. 2272)	alle zwei Jahre	13. WP: Drs. 13/8442 vom 29. Oktober 1997 14. WP: Drs. 14/1300 vom 12. Juli 1999 Drs. 14/7210 vom 26. September 2001
Materialien zur Deutschen Einheit und zum Aufbau in den neuen Bundesländern	–	–	13. WP: Drs. 13/2280 vom 8. September 1995

noch Ressort: Bundesministerium des Innern

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Die künftige Wahrnehmung der Gesamtverantwortung für bundesstaatliche kulturelle Einrichtungen und Projekte in Deutschland im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen und der mittelfristigen Finanzplanung	Beschluss vom 15. Juni 1994 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 12/7907 (Annahme des Antrags Drs. 12/7231)	ohne Termin	–[1]
Bericht über die Internationale Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) vom 5. bis 13. September 1994 in Kairo	Beschluss vom 29. Juni 1994 Drs. 12/8162	einmalig sofort nach Abschluss der Konferenz	13. WP: Drs. 13/2520 vom 5. Oktober 1995
Bericht über die Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland	Beschluss vom 29. Juni 1994 Drs. 12/6111 und 12/7884	einmalig	13. WP: Drs. 13/8486 vom 5. September 1997
Gedenkstättenkonzeption, ihre erfolgte Verwirklichung bzw. Planung und Finanzbedarf	Beschluss vom 29. Juni 1994 Drs. 12/7884 (Annahme des Antrags Drs. 12/7231)	einmalig	13. WP: Drs. 13/8486 vom 5. September 1997
Stand der Deutschen Einheit[2] zusammen mit Aufbau Ost	Beschluss vom 9. Mai 1996 Drs. 13/3643 Beschluss vom 26. Juni 1997 (Annahme einer Entschließung Drs. 13/7835; zusammengefasst lt. Kurzprotokoll der 71. Sitzung des Ältestenrates am 15. Januar 1998	jährlich 1998 Anfang Juli	13. WP: Drs. 13/8450 vom 1. September 1997 Drs. 13/10823 vom 27. Mai 1998
Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unter Jugendlichen	Beschluss vom 26. März 1998 zu Nr. II. 3 der Beschlussempfehlung Drs. 13/9667	einmalig	Berichtspflicht ist nach Mitteilung des Innenausschusses u.a. wegen der Anträge Drs. 14/3106 und 14/3516 inhaltlich überholt
Entwicklung der deutschen Sprache auch im Hinblick auf Umsetzungsmaßnahmen in die Amtssprache	Beschluss vom 26. März 1998 zu Nr. 4 der Beschlussempfehlung Drs. 13/10183	einmalig	14. WP: Drs. 14/356 vom 3. Februar 1999
Bericht über die Erfahrung mit dem Verfahren gemäß Artikel 1 §§ 5-7 des Gesetzes über befriedete Bezirke für Verfassungsorgane des Bundes (BefBezG)	Artikel 6 des Gesetzes zur Neuregelung des Schutzes von Verfassungsorganen des Bundes vom 11. August 1999 (BGBl. I S. 1818)	einmalig bis 31. Dezember 2002	15. WP: Drs. 15/117 vom 26. November 2002

[1] Bericht war vorgesehen für die Haushaltsberatungen 1995; Berichtspflicht ist somit erloschen.
[2] Ab 14. WP im Geschäftsbereich des Beauftragten der BReg für Angelegenheiten der neuen Länder

noch Ressort: Bundesministerium des Innern

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Fortschrittsbericht zur Entwicklung der verschiedenen Felder des Geoinformationswesens im nationalen, europäischen und internationalen Kontext	Beschluss vom 15. Februar 2001 zu Nr. 9 des Entschließungsantrags Drs. 14/5323	im dritten Jahr jeder Wahlperiode	
Bericht über die aktuellen und geplanten Maßnahmen und Aktivitäten der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt	Beschluss vom 30. März 2001 zu Buchstabe a der Beschlussempfehlung Drs. 14/5695	einmalig	14. WP: Drs. 14/9519 vom 14. Mai 2002
Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen mit dem Gesetz zur Neuregelung von Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Datenschutzes	Beschluss vom 11. Mai 2001 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 14/5981	einmalig (2 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes)	
Gutachten des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration hierzu: Stellungnahme der Bundesregierung	§ 76 Abs. 3 und 4 des Aufenthaltsgesetzes (BGBl. I 2002 S. 1946, 1969) mit Wirkung vom 1. Januar 2003	jährlich	
Bericht der Bundesregierung zu den Partizipationspotenzialen der Neuen Medien und hierbei auch von Online-Wahlen	Beschluss vom 14. März 2002 zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung Drs. 14/8466	einmalig	

Ressort: Bundesministerium der Justiz

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Entwicklung der urheberrechtlichen Vergütung nach § 54 UrhG	Beschluss vom 23. Mai 1985 zu Nr. 2 Buchstabe a der Beschlussempfehlung Drs. 10/3360; Beschluss vom 8. Februar 1990 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 11/5958; Beschluss vom 28. Mai 1998 zu Buchstabe b der Beschlussempfehlung Drs. 13/10847	alle drei Jahre	14. WP: Drs. 14/3972 vom 11. Juli 2000

noch Ressort: Bundesministerium der Justiz

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht zur Rechtsstellung des ausgleichsberechtigten Ehegatten beim Ausgleich fremder Versorgungsanrechte	Beschluss vom 13. November 1986 Drs. 10/6369	einmalig bis zum 31. Dezember 1994	13. WP: Drs. 13/152 vom 28. Dezember 1994
Neuere Entwicklungen auf dem Gebiet der Sterilisation einwilligungsunfähiger Volljähriger	Beschluss vom 25. April 1990 Drs. 11/6983; Beschluss vom 18. Juni 1998 zu Buchstabe b der Beschlussempfehlung Drs. 13/11033	fortlaufend ohne Termin („in geeignet erscheinender Form“)	14. WP: Drs. 14/1479 vom 30. Juli 1999 Drs. 14/3612 vom 9. Juni 2000
Wirkungen der Nutzungsentgeltverordnung sowie notwendige Änderungen	Beschluss vom 18. Juni 1990 zu Buchstabe g der Beschlussempfehlung Drs. 13/11041	einmalig bis 30. Juni 1999	
Bericht über den Verhandlungsstand zu einer Bioethik-Konvention des Europarates (jetzt: Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin)	Beschluss vom 29. Juni 1995 Drs. 13/1816	in angemessenem zeitlichen Abstand zu den Sitzungen des Lenkungsausschusses für Bioethik	13. WP: Drs. 13/5435 vom 21. August 1996
Gesetzgeberischer Handlungsbedarf beim Embryonenschutzgesetz auf Grund der beim Klonen von Tieren angewandten Techniken	Beschluss vom 21. März 1997 zu Nr. II.1 des Antrags Drs. 13/7243	einmalig	13.WP: Drs.:13/11263 vom 26. Juni 1998
Bericht zum Entwurf eines OECD-Übereinkommens zur Bekämpfung der Bestechung im internationalen Geschäftsverkehr	Beschluss vom 26. Juni 1997 Drs. 13/8082	einmalig	13. WP: Drs. 13/8683 vom 24. September 1997
Bewährung der Verlängerung der Justizentlastungsmaßnahmen	Beschluss vom 28. November 1997 zu Nummer 2 der Beschlussempfehlung Drs. 13/9252	einmalig spätestens zum 31. Dezember 1999 (Fristverlängerung bis 29. Februar 2000)	14. WP: Drs. 14/2777 vom 21. Februar 2000
Überprüfung vertrauensbildender Maßnahmen bei den gesetzlichen Regelungen der Telefonüberwachung	Beschluss vom 11. Dezember 1997 zu Nr. 10 der Beschlussempfehlung Drs. 13/7699 vom 16. Mai 1997; Beschluss vom 24. Juni 1998 zu II. Nr. 3 der Beschlussempfehlung Drs. 13/11168	einmalig bis Ende 1998	

noch Ressort: Bundesministerium der Justiz

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Anlass, Verlauf und Ergebnisse der Telefonüberwachung in Bund und Ländern	Beschluss vom 16. Januar 1998 zu Nr. 3 der Beschlussempfehlung Drs. 13/9644 (Annahme des Antrags Drs. 13/3099)	jährlich	
Erfahrungsbericht der Bundesregierung zu den Wirkungen der Wohnungsüberwachung durch Einsatz technischer Mittel (Artikel 13 Abs. 3 bis 5 GG, §§ 100c bis 100f StPO)	Beschluss vom 16. Januar 1998 zu Nr. 6.I der Beschlussempfehlung Drs. 13/9644	einmalig spätestens zum 31. Januar 2002	14. WP: Drs. 14/8155 vom 30. Januar 2002
Elektronische Wohnraumüberwachung (Einsatz technischer Mittel)[1]	Artikel 13 Abs. 6 GG in Verbindung mit §100 e Abs. 2 Strafprozessordnung; Beschluss vom 13. April 2000 zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung Drs. 14/2383	jährlich	14. WP: Drs. 14/2452 vom 27. Dezember 1999 Drs. 14/3998 vom 17. August 2000 Drs. 14/6778 vom 6. August 2001 Drs. 14/9860 vom 9. August 2002
Bericht über die Rehabilitierung und Entschädigung von Homosexuellen wegen Schäden und Verlusten aus der NS-Zeit	Beschluss vom 7. Dezember 2000 zu Nr. IV Ziffer 2 der Beschlussempfehlung Drs. 14/4894	ohne Termin	–[2]
Bericht der Bundesregierung über den Daten- und Persönlichkeitsschutz bei der Veröffentlichung insolvenzrechtlicher Daten über das Internet	Beschluss vom 27. Juni 2001 zu Entschließungsantrag auf Drs. 14/6473	31. Dezember 2001	15. WP: Drs. 15/181 vom 12.Dezember 2002

[1] Mit Beteiligung des BMI.
[2] Vorlage durch das BMF.

Ressort: Bundesministerium der Finanzen

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Jahresbericht über die Beteiligungen des Bundes	Beschluss vom 4. Juli 1958 zu Nr. 1 in Umdruck 156 vom 3. Juli 1958	jährlich jeweils mit dem Entwurf des Bundeshaushaltsplans	13. WP: Sonderdruck des BMF für das Jahr 1997 vom Dezember 1997 14. WP: Sonderdruck des BMF für das Jahr 1998 vom Dezember 1998 Sonderdruck des BMF für das Jahr 1999 vom Dezember 1999 Sonderdruck des BMF für das Jahr 2000 vom Dezember 2000 Sonderdruck des BMF für das Jahr 2001 vom Dezember 2001
Jahresgutachten des Sachverständigenrates[1] zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (nebst Stellungnahme der Bundesregierung)	§ 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (BGBl. I S. 685) i. d. F. vom 8. November 1966 (BGBl. I S. 633) und vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582)	jährlich unverzüglich nach Zuleitung an die Bundesregierung (15. November)	14. WP: Drs. 14/73 vom 20. November 1998 Drs. 14/2223 vom 26. November 1999 Drs. 14/4792 vom 29. November 2000 Drs. 14/7569 vom 21. November 2001
Finanzplan	§ 9 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582)	jährlich	13. WP: Drs. 13/2001 vom 11. August 1995 Drs. 13/5201 vom 16. August 1996 Drs. 13/8201 vom 15. August 1997 Drs. 13/11101 vom 14. August 1998 14. WP: Drs. 14/1401 vom 13. August 1999 Drs. 14/4001 vom 18. August 2000 Drs. 14/6801 vom 17. August 2001 Drs. 14/9751 vom 16. August 2002
Jahreswirtschaftsbericht[2] zusammen mit Stellungnahme zu dem Jahres-	§ 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	jährlich im Januar	14. WP: Drs. 14/334 vom 28. Januar 1999 Drs. 14/2611 vom 28. Januar 2000

[1] 13. u. 15. WP Vorlage durch das BMWi (ab 15. WP BMWA).
[2] Ab 15. WP Vorlage durch das BMWA.

noch Ressort: Bundesministerium der Finanzen

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582) und Beschluss vom 20. Februar 1986 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 10/4984		Drs. 14/5201 vom 31. Januar 2001 Drs. 14/8175 vom 31. Januar 2002
Bericht über die Entwicklung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen (**Subventionsbericht**)	§ 12 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582)	alle zwei Jahre zusammen mit dem Haushalt	13. WP: Drs. 13/2230 vom 1. September 1995 Drs. 13/8420 vom 29. August 1997 14. WP: Drs. 14/1500 vom 28. Juli 1999 Drs. 14/6748 vom 26. Juli 2001
Finanzbericht	§ 31 Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl. 1 S. 1284)	jährlich zum Entwurf des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplans	13. WP: Sonderdruck des BMF vom 22. August 1997 (Finanzbericht 1998) Sonderdruck des BMF vom 21. August 1998 (Finanzbericht 1999) 14.WP: Sonderdruck des BMF vom 9. August 1999 (Finanzbericht 2000) Sonderdruck des BMF vom 7. August 2000 (Finanzbericht 2001) Sonderdruck des BMF vom 10. August 2001 (Finanzbericht 2002) Sonderdruck des BMF vom 9. August 2002 (Finanzbericht 2003)
Über- und außerplanmäßige Ausgaben	§ 37 Abs. 4 der Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1284)	vierteljährlich	13. WP: Drs. 13/105 vom 16. Dezember 1994 Drs. 13/843 vom 17. März 1995 Drs. 13/3422 vom 3. Januar 1996 Drs. 13/4229 vom 27. März 1996 Drs. 13/4803 vom 4. Juni 1996 Drs. 13/5440 vom 22. August 1996 Drs. 13/6423 vom 4. Dezember 1996 Drs. 13/7207 vom 28. Februar 1997 Drs. 13/8299 vom 24. Juli 1997 Drs. 13/8408 vom 15. August 1997 Drs. 13/9264 vom 18. November 1997

noch Ressort: Bundesministerium der Finanzen

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
noch: Über- und außerplanmäßige Ausgaben			Drs. 13/9984 vom 12. Februar 1998 Drs. 13/10856 vom 25. Mai 1998 Drs. 13/11328 vom 6. August 1998 14. WP: Drs. 14/55 vom 16. November 1998 Drs. 14/455 vom 26. Februar 1999 Drs. 14/1488 vom 10. August 1999 Drs. 14/2210 vom 26. November 1999
ab Haushaltsjahr 2000: Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen	ab Haushaltsjahr 2000 in Verbindung mit: § 7 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2000 vom 28. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2561); § 7 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2001 vom 28. Dezember 2000 (BGBl. I S. 2561); § 7 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2002 vom 27. Dezember 2001 (BGBl. I S. 2561)		Drs. 14/2830 vom 23. Februar 2000 Drs. 14/3488 vom 30. Mai 2000 Drs. 14/3996 vom 14. August 2000 Drs. 14/4877 vom 28. November 2000 Drs. 14/5631 vom 23. März 2001 Drs. 14/6240 vom 31. Mai 2001 Drs. 14/6873 vom 4. September 2001 Drs. 14/7532 vom 14. November 2001 Drs. 14/8573 vom 14. März 2002 Drs. 14/9180 vom 27. Mai 2002 Drs. 14/9893 vom 22. August 2002 15. WP: Drs. 15/113 vom 25. November 2002 Drs. 15/393 vom 29. Januar 2003
Investitionsprogramm	§ 50 Abs. 3 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vom 19. August 1969 (BGBl. I S 1273)	jährlich als Bestandteil des Finanzplans des Bundes	13. WP: Drs. 13/2001 vom 11. August 1995 Drs. 13/5201 vom 15. August 1996 Drs. 13/8201 vom 15. August 1997 Drs. 13/11101 vom 14. August 1998 14. WP: Drs. 14/1401 vom 13. August 1999 Drs. 14/4001 vom 18. August 2000 Drs. 14/6801 vom 17. August 2001 Drs. 14/9751 vom 16. August 2002
Fortschrittsbericht über die Missbrauchsbekämpfung und Anpassung von öffentlichen Leistungen an veränderte Rahmenbedingungen	–	–	13. WP: Drs. 13/3412 vom 28. Dezember 1995

noch Ressort: Bundesministerium der Finanzen

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Entwicklung der Konvergenz in der Europäischen Union Der Deutsche Bundestag verzichtet künftig auf die Berichterstattung über die Konvergenz in der EU in der bisher üblichen Form. Er fordert stattdessen die Bundesregierung auf, zeitnah über die **Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der EU-Mitgliedstaaten** zu unterrichten – vgl. Beschluss vom 18. April 2002 zu der Beschlussempfehlung Drs. 14/8580	Beschluss vom 2. Dezember 1992 Drs. 12/3906	jährlich ohne Termin	13. WP: Drs. 13/634 vom 22. Februar 1995 Drs. 13/4101 vom 14. März 1996 Drs. 13/7238 vom 14. März 1997 14. WP: Drs. 14/1344 vom 26. Juni 1999 Drs. 14/7563 vom 20. November 2001
Bericht der Bundesregierung über die Markteinführung von Biokraftstoffen und die Entwicklung der Preise für Biomasse und Rohöl sowie der Kraftstoffpreise	§ 2a Abs. 3 Mineralölsteuergesetz vom 21. Dezember 1992, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes und anderer Gesetze vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2778)	alle zwei Jahre erstmals 31. März 2004	
Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft	–	–	13. WP: Drs. 13/76 vom 9. Dezember 1994 14.WP: Drs. 14/350 vom 5. Februar 1999 15. WP: Drs. 15/151 vom 29. November 2002
Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Kindern und Familien vom Jahr 1996	Beschluss vom 20. Januar 1994 Drs. 12/6329	einmalig bis zum 31. Dezember 1994	13. WP: Drs. 13/381 vom 2. Februar 1995
Umfassender Bericht über bisherige Wiedergutmachungsleistungen deutscher Unternehmen	Beschluss vom 24. Februar 1994 Drs. 12/6725	einmalig ohne Termin	13. WP: Drs. 13/4787 vom 3. Juni 1996
Gutachten der Unabhängigen Expertenkommission zur Untersuchung der Problematik steigender Beiträge der privat Krankenversicherten im Alter	Beschluss vom 19. Mai 1994 Drs. 12/7595	einmalig bis Mitte 1995	13. WP: Drs. 13/4945 vom 18. Juni 1996

noch Ressort: Bundesministerium der Finanzen

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über den Stand der Abwicklung des Fonds für Wiedergutmachungsleistungen an jüdische Verfolgte	Beschluss vom 29. Juni 1994 zu Nr. 3 der Beschlussempfehlung Drs. 12/7989	jährlich	13. WP: Drs. 13/2394 vom 21. September 1995 Drs. 13/5654 vom 27. September 1996 Drs. 13/8684 vom 29. September 1997 Drs. 13/11432 vom 9. September 1998 14. WP: Drs. 14/2436 vom 20. Dezember 1999 Drs. 14/4264 vom 5. Oktober 2000 Drs. 14/7433 vom 7. November 2001 Drs. 14/9942 vom 5. September 2002
Verringerung und Straffung von Bundesbehörden	–	–	13. WP: Drs. 13/3923 vom 29. Februar 1996
Bericht des Arbeitsstabes Wirtschafts- und Währungsunion beim Bundesministerium der Finanzen zur Einführung des Euro in Gesetzgebung und öffentlicher Verwaltung vom 28. April 1997	–	–	13. WP: Drs. 13/7727[1] vom 6. Mai 1997
Entwicklung des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern	Beschluss vom 2. Juni 1995 zu Nr. 1 Buchstabe b der Beschlussempfehlung Drs. 13/1558	alle zwei Jahre	13. WP: Drs. 13/9561 vom 17. Dezember 1997 14. WP: Drs. 14/1926 vom 4. Januar 2000 Drs. 14/7765 (neu) vom 4. Dezember 2001
Überblick über den Grauen Kapitalmarkt sowie Vorschläge für eine Verbesserung der Aufsicht hierüber	Beschluss vom 5. Juni 1997 zu Nr. 7 der Beschlussempfehlung Drs. 13/7627	einmalig im Jahresverlauf 1998	14. WP: Drs. 14/1633 vom 17. September 1999
Weitere Umsetzung der Empfehlung vom Juni 1995 „Girokonto für jedermann“	Beschluss vom 5. Juni 1997 zu Nr. 7 der Beschlussempfehlung Drs. 13/7627	einmalig bis 31. Dezember 1999	14. WP: Drs. 14/3611 vom 9. Juni 2000

[1] Zwischenbericht.

noch Ressort: Bundesministerium der Finanzen

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Möglichkeit, diejenigen Bundesländer, die die Umsetzung von Richtlinien verhindern, zur Zahlung von durch die EU verhängten Zwangsgeldern heranzuziehen[1]	Beschluss vom 5. Juni 1997 zu Nr. 2.3 der Beschlussempfehlung Drs. 13/7470	einmalig schnellstmöglichst	
Staatliche Beihilfen in der Europäischen Union	Artikel 88 Abs. 3 des Vertrages von Amsterdam vom 2. Oktober 1997 – Berichtspflicht gegenüber Rat und Kommission – i. V. m. §§ 3 ff. des Gesetzes über die Zusammenarbeit von BReg. und BT in Angelegenheiten der EU vom 12. März 1993 (BGBl. I S. 311)	jährlich	
Beschäftigungspolitischer Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland seit 2002: Nationaler Beschäftigungspolitischer Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland	Artikel 109q des Vertrages von Amsterdam vom 2. Oktober 1997, Artikel 128 Abs. 3 des Vertrages von Amsterdam vom 2. Oktober 1997 i. V. m. §§ 3 und 4 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von BReg. und BT in Angelegenheiten der EU vom 12. März 1993 (BGBl. I S. 311, 1780)	jährlich (im Rahmen des „Luxemburg-Prozesses“)	14. WP: Drs. 14/1000 vom 26. April 1999 Drs. 14/2950 vom 15. März 2000 Drs. 14/5513 vom 8. März 2001 Drs. 14/8715 vom 28. März 2002
Bericht über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im Jahre 1998 (**Subsidiaritätsbericht** 1998)[2]	Beschluss des Bundeskabinetts vom 17. Juni 1998	im Jahr 1999	14. WP: Drs. 14/1512 vom 17. August 1999
Bericht über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im Jahre 1999 (**Subsidiaritätsbericht** 1999)	Beschluss des Bundeskabinetts vom 7. Juli 1999	–	14. WP: Drs. 14/4017 vom 18. August 2000
Bericht der Bundesregierung über das Ergebnis der Prüfung einer möglichen Erweiterung der Befugnisse der geprüften Bilanzbuchhalter nach dem Steuerberatungsgesetz sowie	Beschluss vom 11. Mai 2000 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung auf Drs. 14/3284	einmalig bis 31. Dezember 2001	14. WP: Drs. 14/9021 vom 10. Mai 2002

[1] Bis 2001 im Geschäftsbereich des BMWI.
[2] In der 13. WP im Geschäftsbereich des BMWI.

noch Ressort: Bundesministerium der Finanzen

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
über die Entwicklung der grenzüberschreitenden Steuerberatung und die Entwicklung des Abmahnverhaltens gegenüber selbstständigen Bilanzbuchhaltern, Buchhaltern und Buchführungshelfern nach Inkrafttreten des Siebten Steuerberatungsänderungsgesetzes zum 1. Juli 2000			
Fortentwicklung der Unternehmensbesteuerung (Auslandsbeziehungen, verbundene Unternehmen, Umstrukturierung)	Beschluss vom 18. Mai 2000 zu Nr. 1 Buchstabe b der Beschlussempfehlung Drs. 14/3366	einmalig bis zum 31. März 2001	erledigt mit Übersendung des Berichts an den Finanzausschuss mit Schreiben vom 18. April 2001
Bericht über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im Jahre 2000 (**Subsidiaritätsbericht** 2000)	Beschluss des Bundeskabinetts vom 26. Juli 2000	–	14. WP: Drs. 14/7130 vom 5. Oktober 2001
Erfahrungen und Ergebnisse zur Auslegung und Anwendung der neuen Regelung des § 47 GWB (Einführung einer Dienstleistungsstatistik) sowie Vorschläge für eine ggf. erforderliche Verbesserung oder Erweiterung dieser Regelung (Gemeinsamer Bericht der Monopolkommission und des Statistischen Bundesamtes)	Beschluss vom 10. November 2000 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 14/4459	einmalig bis zum 31. Dezember 2001	14. WP: Drs. 14/9989 vom 24. September 2002
Bericht über die erreichten Fortschritte einer umfassenden Strategie auf den Handlungsfeldern der Wissens- und Informationsgesellschaft, struktureller Reformen, des europäischen Sozialmodells und einer soliden makroökonomischen Politik, insbesondere über die vom Europäischen Rat in Lissabon festgelegten Benchmarks	Beschluss vom 28. November 2000 zu Nr.1 der Beschlussempfehlung Drs. 14/3903 (Annahme des Entschließungsantrags Drs. 14/3099)	einmalig bis zum nächsten Sonderrat der Staats- und Regierungschefs im Frühjahr 2001	
Bericht über die Rehabilitierung und Entschädigung von Homosexuellen wegen Schäden und Verlusten aus der NS-Zeit	Beschluss vom 7. Dezember 2000 zu Nr. IV Ziffer 2 der Beschlussempfehlung Drs. 14/4894	ohne Termin	14. WP: Drs. 14/8251 vom 13. Februar 2002

noch Ressort: Bundesministerium der Finanzen

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Güterkraftverkehrsgewerbe bei Steuer- sowie bei Sozial- und Umweltstandards und über die Verringerung der Harmonisierungsdefizite	Beschluss vom 15. Februar 2001 zu Buchstabe b der Beschlussempfehlung Drs. 14/5300	einmalig	
Bericht der Bundesregierung über den Stand der Auszahlungen und die Zusammenarbeit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ mit den Partnerorganisationen	Beschluss vom 28. Juni 2001 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 14/6465; Beschluss vom 18. April 2002 zu Nr. 2 des Antrags Drs. 14/8612	halbjährlich jeweils zum 30. September und 31. März (bis zum Abschluss der Auszahlungen)	14. WP: Drs. 14/7728 vom 27. November 2001 Drs. 14/8673 vom 19. März 2002 15. WP: Drs. 15/283 vom 10. Januar 2003
Bericht über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im Jahre 2001 (**Subsidiaritätsbericht** 2001)	Beschluss des Bundeskabinetts vom 19. September 2001	–	15. WP: Drs. 15/111 vom 21. November 2002
Bericht der Bundesregierung „Girokonto für jedermann“ – Umsetzung der Empfehlungen, die Wirkung der Beschwerdestellen und die Struktur der Inhaber von Girokonten für jedermann (Jugendliche, überschuldete Haushalte, Sozialhilfebezieher) als Grundlage für die Prüfung einer gesetzlichen Regelung	Beschluss vom 31. Januar 2002 zu Nr. 3 der Beschlussempfehlung Drs. 14/5216	alle zwei Jahre erstmals 31. Januar 2004	
Bericht der Bundesregierung über Tourismusstatistiken	Beschluss vom 14. März 2002 zu Nr. 6 der Beschlussempfehlung Drs. 14/8475	einmalig	Gemäß Schreiben des BMF vom 3. Juli 2002 wird die Bundesregierung das endgültige Ergebnis der Prüfung voraussichtlich im Frühjahr 2003 vorlegen.
Unterrichtung durch die Bundesregierung über Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der EU-Mitgliedstaaten	Beschluss vom 18. April 2002 zu Beschlussempfehlung Drs. 14/8580	jährlich, zeitnah	14. WP: Drs. 14/8844 vom 5. April 2002

Ressort: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ab 15. WP Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Jahresgutachten des Sachverständigenrates[1] zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	§ 6 des Gesetzes über die Bildung des Sachverständigenrates vom 14. August 1963 (BGBl. I S. 685) bzw. § 6 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 8. November 1966 (BGBl. I S. 633)	jährlich bis zum 15. November	13. WP: Drs. 13/26 vom 21. November 1994 Drs. 13/3016 vom 15. November 1995 Drs. 13/6200 vom 18. November 1996 Drs. 13/9090 vom 18. November 1997 15. WP: Drs. 15/100 vom 15. November 2002
Bericht über die Integration in den Europäischen Gemeinschaften (EWG, Euratom, EGKS); später: Bericht über die Integration der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Union[2]	Beschlüsse vom 22. Februar und 28. April 1967 Drs. V/1010 und V/1653; Beschluss vom 25. Januar 1990 Drs. 11/4877, und Beschluss vom 21. September 1995 zu Nr. 1 Buchstabe a der Beschlussempfehlung Drs. 13/1957	jährlich bis zum 31. März des folgenden Jahres	13. WP: Drs. 13/77 vom 8. Dezember 1994 Drs. 13/1070 vom 4. April 1995 Drs. 13/4176 vom 21. März 1996 Drs. 13/7168 vom 12. März 1997 Drs. 13/10109 vom 12. März 1998 14. WP: Drs. 14/711 vom 31. März 1999
Jahreswirtschaftsbericht[3]	§ 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582) und Beschluss vom 20. Februar 1986 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 10/4984	jährlich im Januar	13. WP: Drs. 13/370 vom 2. Februar 1995 Drs. 13/3601[4] vom 31. Januar 1996 Drs. 13/6800[5] vom 29. Januar 1997 Drs. 13/10107 vom 11. März 1998 15.WP: Drs. 15/372 vom 29. Januar 2003
Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	§ 6 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1861)	jährlich	13. WP: Drs. 13/4291 vom 9. April 1996 Drs. 13/7205 vom 13. März 1997 Drs. 13/9992 vom 27. Februar 1998

[1] Ab 14. WP Vorlage durch das BMF.
[2] Ab Berichtsjahr 2000 Vorlage durch das AA.
[3] In der 14. WP Vorlage durch das BMF.
[4] Jahreswirtschaftsbericht 1996 unter dem Titel „Vorrang für Beschäftigung“.
[5] Jahreswirtschaftsbericht 1997 unter dem Titel „Reformen für Beschäftigung“.

noch Ressort: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, ab 15. WP Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
noch: Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	Beschluss vom 15. Januar 1998 zu Nummer 1 der Beschlussempfehlung Drs. 13/8228		14. WP: Drs. 14/776 vom 19. April 1999 Drs. 14/3250 vom 3. April 2000 Drs. 14/5600 vom 12. März 2001 Drs. 14/8463 vom 6. März 2002
Fortschreibung des Berichts über die Lage der freien Berufe	Beschluss vom 12. Juni 1980 zu Nr. 8 des Antrags Drs. 8/4154 (neu), vom 3. Juni 1992 zu Nr. 2.11 der Beschlussempfehlung Drs. 12/2017	in zeitlich angemessener Weise	14. WP: Drs. 14/9499 vom 19. Juni 2002
Bericht der Bundesregierung über die Aktivitäten des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe und der einzelnen Rohstoffabkommen	Beschluss vom 14. März 1985 zu Nr. 1 des Entschließungsantrags Drs. 10/2994	alle zwei Jahre	13. WP: Drs. 13/4655 vom 20. Mai 1996 Drs. 13/11072 vom 17. Juni 1997 14. WP: Drs. 14/3647 vom 23. Juni 2000 Drs. 14/9875 vom 21. August 2001
Tourismuspolitischer Bericht	Beschluss vom 16. Oktober 1986 zu Nr. II.9 des Entschließungsantrags Drs. 10/6171, Beschluss vom 23. Mai 1996 zu Nr. 16 der Beschlussempfehlung Drs. 13/1513	in regelmäßigen Abständen	13. WP: Drs. 13/10824 vom 27. Mai 1998 14. WP: Drs. 14/2473 vom 30. Dezember 1999
Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit in den beiden vorangegangenen Kalenderjahren sowie über Lage und Entwicklung auf seinem Aufgabengebiet zusammen mit der Stellungnahme der Bundesregierung	§ 50 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 1990 (BGBl. I S. 235) und § 53 des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 26. August 1998 (BGBl. I S. 2521, 2534)	alle zwei Jahre	13. WP: Drs. 13/1660 vom 14. Juni 1995 Drs. 13/7900 vom 19. Juni 1997 14. WP: Drs. 14/1139 vom 26. Juni 1999 Drs. 14/6300 vom 22. Juni 2001
Hauptgutachten der Monopolkommission	§ 24 b Abs. 5 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen i.d.F. der Bekanntmachung vom 20. Februar 1990 (BGBl. I S. 235),	alle 2 Jahre, bis zum 30. Juni	13. WP: Drs. 13/5309 vom 19. Juli 1996 Drs. 13/11291, 13/11292 vom 17. Juli 1998

noch Ressort: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, ab 15. WP Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
noch: Hauptgutachten der Monopolkommission	§ 44 Abs. 3 des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 26. August 1998 (BGBl. I S. 2521, 2532)		14. WP: Drs. 14/4002, 14/4003 (neu) vom 16. August 2000 Drs. 14/9903, 14/9904 vom 28. August 2002
Stellungnahme der Bundesregierung zum Hauptgutachten der Monopolkommission	§ 24 b Abs. 5 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 1990 (BGBl. I S. 235), § 44 Abs. 3 des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 26. August 1998 (BGBl. I S. 2521, 2532)	alle 2 Jahre, in angemessener Frist nach der Zuleitung des Gutachtens an die Bundesregierung	13. WP: Drs. 13/1594 vom 1. Juni 1995 Drs. 13/7998 vom 19. Juni 1997 14. WP: Drs. 14/1274 vom 25. Juni 1999 Drs. 14/6282 vom 15. Juni 2001
Bericht über die praktischen Auswirkungen der Anwendung der §§ 15 bis 17 des Filmförderungsgesetzes	Beschluss vom 12. November 1992 Drs. 12/3669	einmalig 1995	13. WP: Drs. 13/1666 vom 7. Juni 1995
Bericht zu den Auswirkungen der rechtlichen Gestaltung der Insolvenzabsicherung gemäß Artikel 1 des Gesetzes zur Durchführung der Richtlinie des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen auf die Entwicklung des Wettbewerbs im Bereich der Sicherungsgelder sowie auf die wirtschaftliche Situation der Anbieter im Reisemarkt unter besonderer Berücksichtigung des Mittelstandes	Beschluss vom 21. April 1994 Drs. 12/7334	einmalig spätestens bis Ende 1995	13. WP: Drs. 13/3766 vom 8. Februar 1996
Erfahrungsbericht zum Stromeinspeisungsgesetz	Beschluss vom 29. Juni 1995 Drs. 13/1783	einmalig	13. WP: Drs. 13/2681 vom 18. Oktober 1995
Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze	–	–	13. WP: Drs. 13/3629 vom 31. Januar 1996
Bericht „Info 2000 – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“	–	–	13. WP: Drs. 13/4000 vom 7. März 1996

noch Ressort: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, ab 15. WP Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im Jahre 1995 (**Subsidiaritätsbericht** 1995)	Beschluss des Bundeskabinetts vom 12. Juni 1995	„zu gegebener Zeit“	13. WP: Drs. 13/5180 vom 2. Juli 1996
Aufbau Ost – Chancen und Risiken für Deutschland und Europa	–	–	13. WP: Drs. 13/5657 vom 30. September 1996
Erfahrungen mit der Umsetzung der EG-Dual-use-Verordnung	Beschluss vom 12. Oktober 1995 zu Buchstabe b der Beschlussempfehlung Drs. 13/2545	einmalig	
Bericht über die Verhandlungen mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und den privaten Fernsehveranstaltern zur Weiterführung des Förderbeitrags zur Filmförderung	Beschluss vom 8. November 1995 Drs. 13/2647	einmalig	13. WP: Drs. 13/6632 vom 23. Dezember 1996
Bericht über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im Jahre 1996 (**Subsidiaritätsbericht** 1996)	Beschluss des Bundeskabinetts vom 19. Juni 1996	„zu gegebener Zeit“	13. WP: Drs. 13/8174 vom 1. Juli 1997
Tätigkeitsbericht der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post – Bericht nach § 81 Abs. 1 Telekommunikationsgesetz und Sondergutachten der Monopolkommission gemäß § 81 Abs. 3 Telekommunikationsgesetz und § 44 Postgesetz	§ 81 Abs. 1 und Abs. 3 TKG vom 25. Juli 1996 (BGBl. I S. 1120) und § 47 Abs. 1 und § 44 Postgesetz vom 22. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3294)	alle zwei Jahre erstmals 1999/2000	14. WP: Drs. 14/2321 vom 2. Dezember 1999 Drs. 14/7901 vom 5. Dezember 2001
Stellungnahme der Bundesregierung zum Tätigkeitsbericht der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post und zu dem Sondergutachten der Monopolkommission – Wettbewerb auf Telekommunikations- und Postmärkten – (Drs. 14/2321)	§ 81 Abs. 3 Satz 4 TKG vom 25. Juli 1996 (BGBl. I S. 1120) und§ 47 Abs. 1 Satz 3 Postgesetz vom 22. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3294)	„in angemessener Frist“	14. WP: Drs. 14/4064 vom 8. September 2000 15. WP: Drs. 15/346 vom 21. Januar 2003

noch Ressort: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, ab 15. WP Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht der Bundesregierung über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitengeschehen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2001[1]	§ 25 Abs. 1 Satz 1 SGB VII vom 7. August 1996 (BGBl. I S. 1254)	jährlich bis 31. Dezember	15. WP: Drs. 15/279 vom 30. Dezember 2002
Außenwirtschaftskonzeption zur Unterstützung deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten; Fortschritte zu einer abgestimmten Außenwirtschaftspolitik	Beschluss vom 10. Oktober 1996 zu II Nr. 1 der Beschlussempfehlung Drs. 13/3888	einmalig (ohne Termin)	
Bericht über die Möglichkeit, diejenigen Bundesländer, die die Umsetzung von Richtlinien verhindern, zur Zahlung von durch die EU verhängte Zwangsgelder heranzuziehen[2]	Beschluss vom 5. Juni 1997 zu Nr. 2.3 der Beschlussempfehlung Drs. 13/7470	einmalig schnellstmöglich	
Bericht über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im Jahre 1997 (**Subsidiaritätsbericht** 1997)[3]	Beschluss des Bundeskabinetts vom 18. Juni 1997	„zu gegebener Zeit“	13. WP: Drs. 13/11074 vom 17. Juni 1998
Entwicklung des Fremdenverkehrs in den neuen Bundesländern: hier: Kreditbedingungen der Hausbanken in Gesamtdeutschland in der Differenzierung nach Bundesländern	Beschluss vom 25. September 1997 zu Nr. 7 der Beschlussempfehlung Drs. 13/8520	einmalig	
Erfahrungen mit den Wettbewerbswirkungen der Regelungen zum verhandelten Zugang zum Elektrizitätsversorgungsnetz und zur Netzzugangsalternative	Artikel 1 § 3 e des Gesetzes zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts vom 24. April 1998	einmalig im Jahr 2003	
Bericht der Bundesregierung über Beiträge, Aufgaben und Effizienz der Industrie- und Handelskammern	Beschluss vom 2. April 1998 zu Nr. 7 des Entschließungsantrages Drs. 13/10297	einmalig Ende 14. Wahlperiode	14. WP: Drs. 14/9175 vom 29. Mai 2002

[1] Bisher Vorlage durch das BMA.
[2] Ab 2001 im Geschäftsbereich des BMF.
[3] Ab der 14. WP im Geschäftsbereich des BMF.

noch Ressort: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, ab 15. WP Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Auswirkungen der Übergangsregelung zugunsten der Verstromung ostdeutscher Braunkohle	Artikel 4 § 3 Abs. 2 des Gesetzes zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts vom 24. April 1998	einmalig im Jahr 2002	Nach Auffassung des BMWi hat sich die Berichtspflicht durch die Novellierung des Energieeinsparungsgesetzes erledigt.
Auswirkungen der Härteklausel im Stromeinspeisungsgesetz	Artikel 3 § 4 Abs. 4 des Gesetzes zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts vom 28. April 1998	einmalig im Jahr 1999	14. WP: Drs. 14/2371 vom 15. Dezember 1999
Förderung von Auslandsinvestitionen	Beschluss vom 8. Mai 1998 zu Nr. 3 der Beschlussempfehlung Drs. 13/10182	zweimal jährlich	14. WP: Drs. 14/4240 vom 5. Oktober 2000
Bericht der Bundesregierung über den Verlauf der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover	Beschluss vom 18. Juni 1998 zu Nr. II der Beschlussempfehlung Drs. 13/7964	jährlich (bis zum Ende der EXPO)	14. WP: Drs. 14/5883 vom 2. April 2001
Erfahrungen mit dem Vergaberechtsänderungsgesetz	Beschluss vom 2. September 1998 zu Nr. III der Beschlussempfehlung – Drs. 13/11160	einmalig zum 1. Januar 2002	
Bericht über den Stand der Markteinführung und der Kostenentwicklung von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien (EEG-Erfahrungsbericht)	§ 12 des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) vom 29. März 2000 (BGBl. I 2000, S. 305)	alle zwei Jahre (nach Inkrafttreten des EEG)	14. WP: Drs. 14/9807 vom 16. Juli 2002
Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter (Rüstungsexportbericht)	Beschluss des Bundeskabinetts vom 19. Januar 2000	jährlich	14. WP: Drs. 14/4179 vom 25. September 2000 Drs. 14/7657 vom 23. November 2001 15. WP: Drs. 15/230 vom 18. Dezember 2002
Bestandsaufnahme durch die Deutsche Energie-Agentur (dena) über den Handlungsbedarf bei der Förderung des Exportes erneuerbarer Energie-Technologien	Beschluss vom 27. Juni 2002 zu der Beschlussempfehlung Drs. 14/9120	Mitte 2003	
Bericht der Bundesregierung über die Neugestaltung des OECD-Schiffbau-Übereinkommens	Beschluss vom 28. Februar 2002 zur Beschlussempfehlung Drs. 14/8051	einmalig	14. WP: Drs. 14/8741 vom 28. März 2002

noch Ressort: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, ab 15. WP Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht der Bundesregierung über die Befassung des Internationalen Währungsfonds mit sektoralen Angelegenheiten im Rahmen seiner Kreditgewährung	Beschluss vom 28. Februar 2002 zur Beschlussempfehlung Drs. 14/8051	einmalig	14. WP: Drs. 14/8742 vom 28. März 2002
Bericht der Bundesregierung über die energiewirtschaftlichen und wettbewerblichen Wirkungen der Verbändevereinbarungen	Beschluss vom 28. Juni 2002 zu der Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses auf Drs. 14/9634	31. August 2003	
Bericht der Bundesregierung über ein Strategiekonzept zur schnelleren Förderung, Entwicklung und Markteinführung von Brennstoffzellen-Technologie	Beschluss vom 28. Juni 2002 zu Nr. 2.II der Beschlussempfehlung Drs. 14/9496	einmalig	
Bericht der Bundesregierung über Möglichkeiten zur Erhöhung der Transparenz des Rüstungsexportberichts	Beschluss vom 13. März 2003 zu der Beschlussempfehlung Drs. 15/495	einmalig (kurzfristig)	

Ressort: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten seit 22. Januar 2001 Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Ernährungs- und agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung (mit einer differenzierten Darstellung der Erwerbs- und Einkommenssituation von Frauen in ländlichen Räumen)	§ 4 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (BGBl. I S. 565) sowie Beschluss vom 16. November 2000 zu Nr. 3 der Beschlussempfehlung Drs. 14/4236	jährlich bis zum 15. Februar	13. WP: Drs. 13/400 vom 8. Februar 1995 Drs. 13/3680 vom 8. Februar 1996 Drs. 13/6868 vom 5. Februar 1997 Drs. 13/9823 vom 11. Februar 1998 14. WP: Drs. 14/347 vom 9. Februar 1999 Drs. 14/2672 vom 14. Februar 2000 Drs. 14/5326 vom 14. Februar 2001 Drs. 14/8202 vom 2. Februar 2002 15. WP: Drs. 15/405 vom 5. Februar 2003

noch Ressort: Bundesministerium für Ernährung / Verbraucherschutz

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die künftige Gestaltung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	Beschluss vom 3. Mai 1984 zu Nr. II der Beschlussempfehlung Drs. 10/1250 sowie Beschluss vom 13. Juni 1985 Drs. 10/3271	jährlich zum 15. September	13. WP: Drs. 13/2330 vom 15. September 1995 Drs. 13/5562 vom 18. September 1996 Drs. 13/8529 vom 18. September 1997 14. WP: Drs. 14/1652 vom 27. September 1999 Drs. 14/4472 vom 31. Oktober 2000 Drs. 14/7057 vom 4. Oktober 2001
Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	Beschluss vom 3. Mai 1984 zu Nr. II der Beschlussempfehlung Drs. 10/1250	jährlich	13. WP: Drs. 13/1718 vom 19. Juni 1995 Drs. 13/4349 vom 16. April 1996 Drs. 13/8435 vom 28. August 1997 Drs. 13/10143 vom 19. März 1998 14. WP: Drs. 14/1634 vom 16. September 1999 Drs. 14/3498 vom 5. Mai 2000 Drs. 14/5900 vom 8. Mai 2001 Drs. 14/9009 vom 6. Mai 2002
Bericht der Bundesregierung über ihre laufenden Aktivitäten zur Tropenwalderhaltung und zum Stand der Umsetzung der genannten Schutzmaßnahmen auf internationaler, EG-weiter und nationaler Ebene und darüber hinaus über die Entwicklung auf dem Gebiet des Schutzes der tropischen Wälder (**Tropenwaldbericht**)[1]	Beschluss vom 26. Oktober 1990 zu Nr. II. 20 der Beschlussempfehlung – Drs. 11/8009	alle zwei Jahre,	13. WP: Drs. 13/1859 vom 29. Juni 1995 Drs. 13/8100 vom 25. Juni 1997 14. WP: Drs. 14/1340 vom 25. Juni 1999
Bericht über den Stand der Entwicklung des Tierschutzes (**Tierschutzbericht**)	§ 16d des Tierschutzgesetzes in der Fassung vom 17. Februar 1993 (BGBl. I S. 254), zuletzt geändert durch Artikel 86 des Gesetzes vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 512, 2436) und §16e des Tierschutzgesetzes in der Fassung vom 25. Mai 1998 (BGBl. I S. 1105)	alle zwei Jahre	13. WP: Drs. 13/350 vom 3. Februar 1995 Drs. 13/7016 vom 27. Februar 1997 14. WP: Drs. 14/600 vom 11. März 1999 Drs. 14/5712 vom 29. März 2001 15. WP. Drs. 15/723 vom 26. März 2003

[1] Ab 2000 Bestandteil des Gesamtwaldberichts.

noch Ressort: Bundesministerium für Ernährung / Verbraucherschutz

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Waldzustandsbericht	Beschluss vom 23. September 1993 zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung Drs. 12/4943	jährlich	13. WP: Drs. 13/146 vom 23. Dezember 1994 Drs. 13/3208 vom 5. Dezember 1995 Drs. 13/6300 vom 27. November 1996 Drs. 13/9442 vom 10. Dezember 1997 14. WP: Drs. 14/3090 vom 15. März 2000 Drs. 14/4967 vom 1. Dezember 2000 Drs. 14/7946 vom 18. Dezember 2001 15. WP: Drs. 15/270 vom 18. Dezember 2002
Waldbericht[1]	Beschluss vom 23. September 1993 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 12/4943 sowie Beschluss vom 19. Mai 1994 zu Buchstabe b der Beschlussempfehlung Drs. 12/7391	einmal in jeder Wahlperiode	13. WP: Drs. 13/8493 vom 10. September 1997
Bericht über die Absatzförderung für Wein	Beschluss vom 14. April 1994 Drs. 12/7205	einmalig bis 31. Dezember 1995	13. WP: Drs. 13/4230 vom 27. März 1996
Bericht über die 1995 für Einsatzzwecke der Bundesministerien beschafften biologisch schnell abbaubaren Schmierstoffe und Hydraulikflüssigkeiten	Beschluss vom 16. Juni 1994 Drs. 12/7915	einmalig	13. WP: Drs. 13/5354 vom 28. Juni 1996
Bericht über den Stand der Verhandlungen in der Internationalen Walfangkommission (IWC), insbesondere hinsichtlich der Überprüfung des weltweiten Verbots des kommerziellen Walfangs (Moratorium)	Beschluss vom 1. Februar 1996 Drs. 13/2781	einmalig	13. WP: Drs. 13/3969 vom 5. März 1996
Erforschung von geeigneten Haltungssystemen für Legehennen	Beschluss vom 14. März 1997 zu Nr. II.5 der Beschlussempfehlung Drs. 13/7022	einmalig 1999 (spätestens März 2000)	14. WP: Drs. 14/3350 vom 8. Mai 2000 Berichtigung Drs. 14/4234
Bericht „Politik für ländliche Räume“ Ansätze für eine integrierte regional- und strukturpolitische Anpassungsstrategie	Beschluss vom 29. Mai 1998 zu Nr. II der Beschlussempfehlung Drs. 13/9707	einmalig	14. WP: Drs. 14/4855 vom 6. Dezember 2000

[1] Ab 2000 Bestandteil des Gesamtwaldberichts.

noch Ressort: Bundesministerium für Ernährung / Verbraucherschutz

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Gesamtwaldbericht	Beschluss vom 13. April 2000 Drs. 14/2703, Nr. 2 Buchstabe a der Beschlussempfehlung	einmal in jeder Wahlperiode	14. WP: Drs. 14/6750 vom 25. Juli 2001
Ergebnis des Einsatzes der Bundesregierung auf europäischer Ebene zur Nachbesserung im Richtlinienvorschlag zur Änderung der Richtlinie 76/769/EWG (gefährliche Stoffe und Zubereitungen) und der Richtlinie 88/378/EWG (Sicherheit von Spielzeug)	Beschluss vom 28. September 2000 zu Nr. III der Beschlussempfehlung Drs. 14/3710	einmalig ohne Termin	
Bericht über das gesamte Saatgutrecht	Beschluss vom 8. November 2001 zu Nr. II.4 der Beschlussempfehlung Drs. 14/7244	einmalig binnen 2 Jahren bis Ende 2003	

Ressort: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung[1]

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Übersicht über die Beschäftigung Schwerbehinderter bei den Bundesdienststellen[2]	Beschluss vom 4. November 1949 Drs. 131; Beschluss vom 8. April 1959 Drs. III/886; Beschluss vom 16. Oktober 1964 sowie Stellungnahme der Fraktionen vom 24. Juni 1968	jährlich nach dem Stand vom 1. Oktober, bis 1. November	13. WP: Drs. 13/2024 vom 19. Juli 1995 Drs. 13/5132 vom 27. Juni 1996 Drs. 13/8918 vom 3. November 1997 14. WP: Drs. 14/232 vom 18. Dezember 1998 Drs. 14/2415 vom 15. Dezember 1999 Drs. 14/4969 vom 6. Dezember 2000 Drs. 14/7943 vom 3. Januar 2001
Bericht über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitengeschehen in der Bundesrepublik (**Unfallverhütungsbericht Arbeit** – Statistischer Teil)	§ 722 RVO, neugefasst durch Artikel 1 des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 30. April 1963 (BGBl. I S. 241), § 25 Abs. 1 Satz 1 SGB VII vom 7. August 1996 (BGBl. I S. 1254)	jährlich zum 31. Dezember	13. WP: Drs. 13/3091 vom 24. November 1995 Drs. 13/6120 vom 13. November 1996 Drs. 13/9259 vom 20. November 1997

[1] Ab der 15. WP Aufgaben durch BMWA und BMGS wahrgenommen.
[2] Ab der 15. WP Vorlage durch das BMGS.

noch Ressort: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
noch: Unfallverhütungsbericht Arbeit			14. WP: Drs. 14/156 vom 8. Dezember 1998 Drs. 14/2471 vom 23. Dezember 1999 Drs. 14/5058 vom 3. Januar 2001 Drs. 14/7974 vom 3. Januar 2002
Ergänzung: Umfassender Überblick über die Entwicklung der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, ihre Kosten und die Maßnahmen zur Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (**Unfallverhütungsbericht Arbeit** – Textteil)	Beschluss vom 1. Juli 1976 Drs. 7/5380, Artikel 1 § 25 des Unfallversicherungs-Einordnungsgesetzes vom 7. August 1996 (BGBl. I S. 1254)	alle vier Jahre	13. WP: Drs. 13/122 vom 21. Dezember 1994 14. WP: Drs. 14/156 vom 8. Dezember 1998
Bericht über Erfahrungen bei der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes – AÜG – sowie über die Auswirkungen des Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung – BillBG –	Beschluss vom 12. November 1981 Drs. 9/975	alle vier Jahre	13. WP: Drs. 13/5498 vom 6. September 1996 14. WP: Drs. 14/4220 vom 4. Oktober 2000
Lage behinderter Frauen und Männer sowie die Entwicklung ihrer Teilhabe	Beschluss vom 25. Juni 1982 zu Nr. II.1 Buchstabe b der Beschlussempfehlung Drs. 9/1753 und vom 23. Juni 1994 zu Buchstabe c Nr. 5 der Beschlussempfehlung Drs. 12/8074 Artikel 1 § 66 Abs. 1 des SGB IX vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046, 1066)	einmal in jeder Wahlperiode (nächster Bericht bis zum 31. Dezember 2004)	13. WP: Drs. 13/9514 vom 18. Dezember 1997
Anwartschaftszeiten zur Erlangung von Leistungsansprüchen in der Arbeitslosenversicherung bei den ständig „unständig Beschäftigten“ in künstlerischen Berufen	Beschluss vom 4. Dezember 1986 zu Nr. 1.II.16 der Beschlussempfehlung Drs. 10/5836	einmalig ohne Termin	Nach Auffassung der Bundesregierung ist das Berichtsersuchen durch die Neufassung des §169c Nr. 4 AFG (Artikel 10 Nr. 12 des Gesetzes zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 15. Dezember 1995 BGBl. I S. 1824, 1836) gegenstandslos geworden.
Sozialbericht Darstellung der Maßnahmen und Vorhaben der Gesellschafts- und Sozialpolitik	Beschluss vom 10. Dezember 1986 zum zweiten Spiegelstrich der Beschlussempfehlung Drs. 10/6704	nicht geregelt	13. WP: Drs. 13/10142 vom 17. März 1998 14. WP: Drs. 14/8700 vom 21. März 2002

noch Ressort: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Rentenversicherungsbericht mit Gutachten des Sozialbeirats[1]	§ 154 Abs. 2 und 3 SGB VI vom 18. Dezember 1989 und Beschluss vom 29. Juni 1994 zu Buchstabe b der Beschlussempfehlung Drs. 12/8145 sowie	jährlich bis 31. Juli	13. WP: Drs. 13/2017 vom 18. Juli 1995 Drs. 13/5370 vom 29. Juli 1996 Drs. 13/8300 vom 24. Juli 1997 Drs. 13/11290 vom 17. Juli 1998
	§§ 154, 155 SGB VI vom 18. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2261) in der Fassung des Rentenreformgesetzes 1999 vom 16. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2998)	jährlich bis 30. November	14. WP: Drs. 14/2116 vom 2. Dezember 1999 Drs. 14/4730 vom 24. November 2000 Drs. 14/7639 vom 23. November 2001
Alterssicherungsbericht (ergänzender Bericht zum Rentenversicherungsbericht)	§ 154 Abs. 3 SGB VI vom 18. Dezember 1989	ab 1997 einmal in jeder Wahlperiode	13. WP: Drs. 13/9570 vom 30. Dezember 1997 14. WP: Drs. 14/7640 vom 23. November 2001
Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland	Beschluss vom 23. September 1993 Drs. 12/5713 sowie § 91c Abs. 2 des Ausländergesetzes (BGBl. I 1997, S. 2584, 2587)	jährlich bis zum 1. Dezember ab 1997 alle zwei Jahre	13. WP: Drs. 13/3140 vom 29. November 1995 Drs. 13/9484 vom 11. Dezember 1997 14. WP: Drs. 14/2674 vom 9. Februar 2000 Drs. 14/9883 vom 21. August 2002
Entwicklung der Pflegeversicherung[2]	§10 Abs. 4 SGB XI in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Mai 1994 (BGBl. I Nr. 30 S. 1014)	alle 3 Jahre erstmals 1997	13. WP: Drs. 13/9528 vom 19. Dezember 1997
Bericht über die Umsetzung ihrer Beschlüsse vom 4. Dezember 1991 und 2. Dezember 1992 zur Förderung der Einstellung und Beschäftigung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst des Bundes	Beschluss vom 23. Juni 1994 Drs. 12/6771	einmalig ohne Termin	13. WP: Drs. 13/2024 vom 19. Juli 1995

[1] Ab der 15. WP Vorlage durch das BMGS.
[2] In der 14. WP Vorlage durch BMG.

noch Ressort: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Vorlage der für die Europäische Kommission zu erstellenden Berichte zur Frauenförderung innerhalb der Europäischen Strukturförderung[1]	Beschluss vom 29. Juni 1994 zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung Drs. 12/8142 (Annahme des Antrags Drs. 12/7504)	alle drei Jahre erstmals 30. August 1997	13. WP: Drs. 13/8600 vom 28. August 1997 14. WP: Drs. 14/4091 vom 12. September 2000
Bericht über Kinderarbeit in der Welt	Beschluss vom 29. Juni 1994 Drs. 12/8163	einmalig bis zum 31. Dezember 1994	13. WP: Drs. 13/1079 vom 6. April 1995
Lagebericht zur Alterssicherung der Landwirte	§ 67 Abs. 1 i.V.m. § 113 ALG in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1890)	alle vier Jahre erstmals zum 31. Oktober 1997	13. WP: Drs. 13/8919 vom 3. November 1997 14. WP: Drs. 14/7798 vom 4. Dezember 2001
Erfahrungsbericht zum Gesetz über den Ladenschluss und zur Neuregelung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien	Beschluss vom 21. Juni 1996 zu Buchstabe c der Beschlussempfehlung Drs. 13/4975	einmalig November 1999	14. WP: Drs. 14/2489 vom 15. Dezember 1999
Bericht über Kündigungspraxis und -schutz, insbesondere hinsichtlich der Änderungen des Kündigungsschutzes durch Artikel 1 des Arbeitsrechtlichen Beschäftigungsförderungsgesetzes	Beschluss vom 28. Juni 1996 zu der Beschlussempfehlung Drs. 13/5107 (Annahme einer Entschließung)	einmalig bis 31. Dezember 2000	Berichtspflicht aufgehoben durch Beschluss vom 10. Dezember 1998 (Buchstabe c der Beschlussempfehlung Drs. 14/151)
Bericht zur Kinderarbeit in Deutschland	Beschluss vom 5. Dezember 1996 zu Buchstabe b der Beschlussempfehlung Drs. 13/6407 vom 4. Dezember 1996	einmalig voraussichtlich März 2000	14. WP: Drs. 14/3500 vom 2. Juni 2000
Nationaler Aktionsplan „Soziale Integration“ der Bundesrepublik Deutschland	Artikel 137 des Vertrages von Amsterdam vom 2. Oktober 1997, Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Nizza vom 7. – 9. Dezember 2000	alle 2 Jahre, im Rahmen der „Lissabon-Strategie“, erstmals zum 1. Juni 2001	14. WP: Drs. 14/6134 vom 17. Mai 2001
Ausschlusstatbestände nach § 1a BVG-Änderungsgesetz und Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes	Beschluss vom 13. November 1997 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 13/8980 (Annahme einer Entschließung)	einmalig	14. WP: Drs. 14/473 vom 1. März 1999

[1] Ab 15. WP Vorlage durch BMWA.

noch Ressort: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Vorkehrungen zur Insolvenzsicherung vermögenswirksamer Leistungen beim Erwerb von Mitarbeiter-Kapitalbeteiligungen	§ 2 Abs. 5a des Fünften Vermögensbildungsgesetzes vom 7. Februar 1998 (BGBl. I S. 2647)	einmalig zum 30. Juni 2002	14. WP: Drs. 14/9731 vom 28. Juni 2002
Vereinbarungen der Vertragsparteien zur Absicherung von Wertguthaben im Rahmen flexibler Arbeitszeitregelungen	§ 7a Abs. 3 SGB IV vom 6. April 1998 (BGBl. I S. 688)	einmalig bis 31. Dezember 2001	14. WP: Drs. 14/7944 vom 19. Dezember 2001
Bericht zur Überprüfung der Bedarfssätze der Berufsausbildungsbeihilfe	§ 70 SGB III in Verbindung mit § 35 BAföG	alle zwei Jahre erstmals Januar 1998	13. WP: Drs. 13/9589 vom 6. Januar 1998 14. WP: Drs. 14/2424 vom 15. Dezember 1999
Auswirkungen des Gesetzes zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse auf den Arbeitsmarkt, die Sozialversicherung und die öffentlichen Finanzen	Artikel 16 des Gesetzes zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse vom 24. März 1999 (BGBl. I S. 388)	einmalig bis zum 31. März 2003	15. WP: Drs. 15/758 vom 31. März 2003
Umsetzung des Gesetzes zur Neuregelung der Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft	Beschluss vom 7. Oktober 1999 zu Buchstabe a der Beschlussempfehlung Drs. 14/1711	einmalig in zwei Jahren November 2001	14. WP: Drs. 14/8477 vom 7. März 2002
Armuts- und Reichtumsbericht	Beschluss vom 27. Januar 2000 zu Buchstabe a der Beschlussempfehlung Drs. 14/2562	regelmäßig (erstmals für das Jahr 2001 angekündigt)	14. WP: Drs. 14/5990 vom 8. Mai 2001
Migrationsbericht	Beschluss vom 8. Juni 2000 zu der Beschlussempfehlung Drs. 14/2389	jährlich jeweils bis zum 30. September (erstmals bis 30. September 2001)	14. WP: Drs. 14/7720 vom 7. November 2001
Bericht über die Entwicklung von Qualitätsstandards für private Arbeitsvermittlungen durch Verbandszertifizierungen oder ein Gütesiegel	Beschluss vom 15. März 2002 zu Buchstabe b der Beschlussempfehlung Drs. 14/8529	einmalig bis Ende 2003	

Ressort: Bundesministerium der Verteidigung[1]

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen betr. Jahresbericht 1995 der Wehrbeauftragten (Drs. 13/3900)	Beschluss vom 19. Juni 1996 zu Nr. 3 der Beschlussempfehlung Drs. 13/5400	einmalig 1. März 1997	–
Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen betr. Jahresbericht 1996 der Wehrbeauftragten (Drs. 13/7100)	Beschluss vom 11. Juni 1997 zu Nr. 3 der Beschlussempfehlung Drs. 13/8468	einmalig 1. März 1998	–
Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen betr. Jahresbericht 1997 der Wehrbeauftragten (Drs. 13/10000)	Beschluss vom 24. Juni 1998 zu Nr. 3 der Beschlussempfehlung Drs. 13/11067	einmalig 1. März 1999	Bericht wurde dem Verteidigungsausschuss vorgelegt (Ausschussdrucksache 14/67 vom 5. März 1999)
Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen betr. Jahresbericht 1998 der Wehrbeauftragten (Drs. 14/500)	Beschluss vom 21. Januar 2000 zu Nr. 3 der Beschlussempfehlung Drs. 14/1807	einmalig 1. März 2000	Bericht wurde dem Verteidigungsausschuss vorgelegt (Ausschussdrucksache 14/43 vom 10. März 2000)
Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen betr. Jahresbericht 1999 der Wehrbeauftragten (Drs. 14/2900)	Beschluss vom 26. Oktober 2000 zu Nr. 3 der Beschlussempfehlung Drs. 14/4204	einmalig 1. März 2001	Bericht wurde dem Verteidigungsausschuss vorgelegt (Ausschussdrucksache 14/684 vom 15. März 2001)
Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen betr. Jahresbericht 2000 des Wehrbeauftragten (Drs. 14/5400)	Beschluss vom 15. November 2001 zu Nr. 3 der Beschlussempfehlung Drs. 14/7111	einmalig 1. März 2002	Bericht wurde dem Verteidigungsausschuss vorgelegt (Ausschussdrucksache 14/987 vom 22. März 2002)
Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen betr. Jahresbericht 2001 des Wehrbeauftragten (Drs. 14/8330)		einmalig 1. März 2003	Bericht wurde dem Verteidigungsausschuss vorgelegt (Ausschussdrucksache 14/1054 vom 27. Juni 2002)

[1] Für die Berichte des Wehrbeauftragten vgl. Kap. 15.4.

Ressort: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration – (ab 15. WP)

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Kinder- und Jugendbericht Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland (jeder dritte Bericht soll einen Überblick über die gesamte Jugendhilfe vermitteln)	§ 25 Abs. 2 des Jugendwohlfahrtsgesetzes vom 11. August 1961 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1532); Beschluss vom 16. Oktober 1986 Drs. 10/5624; § 84 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1163) und Beschluss vom 12. Dezember 1991 Drs. 12/671 (neu); Beschluss vom 11. November 1993 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 12/5811; § 84 Abs. 1 SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe – vom 8. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3546)	alle vier Jahre	13. WP: Drs. 13/70 vom 8. Dezember 1994 Drs. 13/11368 vom 25. August 1998 14. WP: Drs. 14/8181 vom 30. Januar 2002
Familienbericht	Beschluss vom 23. Juni 1965 Drs. IV/3474; Beschluss vom 18. Juni 1970 Drs. VI/834; Beschluss vom 10. Dezember 1982 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 9/1286; Beschluss vom 11. November 1993 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 12/5811	in jeder 2. Wahlperiode	14. WP: Drs. 14/4357 vom 20. Oktober 2000
Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern	Beschluss vom 8. Dezember 1966 Drs. V/1177 Beschluss vom 27. Oktober 1977 Drs. 8/1002 Beschluss vom 19. Januar 1989 Drs. 11/2176 erweitert durch Beschluss vom 30. Juni 1999 zu Drs. 14/1290	alle drei Jahre (Entscheidung über den zeitlichen Rhythmus weiterer Berichte erfolgt nach Vorlage des Berichtes für das Jahr 2001)	13. WP: Drs. 13/3120 vom 28. November 1995 14. WP: Drs. 14/227 vom 11. Dezember 1998 Drs. 14/8952 vom 25. April 2002

noch Ressort: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration – (ab 15. WP)

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Fünfter Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)	Artikel 18 des Übereinkommens (U. N. Doc. CEDAW/5/Add.59 vom 23. September 1988)	–	15. WP: Drs. 15/105 vom 19. November 2002
Bericht über die Gleichstellungsstellen in Bund, Ländern und Kommunen	Beschluss vom 10. Dezember 1986 Drs. 10/5623; Beschluss vom 11. Oktober 1991 Drs. 12/872; Beschluss vom 12. April 1994 Drs. 12/7066	einmalig zum 1. Januar 1988, Mitte 1992 und 1995	13. WP: Drs. 13/4021 vom 7. März 1996
Förderung der Frauen im Bundesdienst	Beschluss vom 10. Dezember 1986 Drs. 10/5623; § 14 des Frauenfördergesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1406) (Artikel 1 des Zweiten Gleichberechtigungsgesetzes)	alle drei Jahre	13. WP: Drs. 13/5991 vom 6. November 1996 14. WP: Drs. 14/5003 vom 15. Dezember 2000
Bericht zur Gemeinschaftsverpflegung der Zivildienstleistenden	Beschluss vom 26. November 1993 Drs. 12/6209	einmalig November 1995	13. WP: Drs. 13/3173 vom 30. November 1995
Altenbericht – umfassender Bericht zur Situation der älteren Menschen unter Einbeziehung der ausländischen Mitbürger	Beschluss vom 24. Juni 1994 zu Nr. II in der Beschlussempfehlung Drs. 12/7992 zum Ersten Altenbericht der Bundesregierung vom 28. September 1993 Drs. 12/5897	einmalig im Jahre 2000	14. WP: Drs. 14/5130 vom 19. Januar 2001
Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland (jeweils mit einem Schwerpunktthema) und Stellungnahme der Bundesregierung	Beschluss vom 24. Juni 1994 zu Nr. II der Beschlussempfehlung Drs. 12/7992	in jeder Wahlperiode	13. WP: Drs. 13/9750 vom 28. Januar 1998 14. WP: Drs. 14/8822 vom 18. April .2002
Anteil von Frauen in wesentlichen Gremien im Bereich des Bundes sowie über die Entsendung von Frauen in wesentliche Gremien außerhalb des Bereichs des Bundes	§ 9 des Bundesgremienbesetzungsgesetzes (Artikel 11 des Zweiten Gleichberechtigungsgesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1406, 1403)	einmal in jeder Wahlperiode	13. WP: Drs. 13/10761 vom 20. Mai 1998 14. WP: Drs. 14/9210 vom 30. Mai 2002
Bericht über die 4. Weltfrauenkonferenz (4. WFK) vom 4. bis 15. September 1995 in Peking	Beschluss vom 18. April 1996 Drs. 13/4042	einmalig ohne Termin	13. WP: Drs. 13/6736 vom 14. Januar 1997

noch Ressort: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration – (ab 15. WP)

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht zu der Frage einer Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs durch den Vater während der Mutterschutzfrist	Beschluss vom 15. November 1996 Drs. 13/6110	einmalig	13. WP: Drs. 13/7206 vom 7. März 1997
Auswirkungen der jetzigen Fassung des § 3 des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte	Beschluss vom 29. April 1998 zu Nr. I.2.4 Drs. 13/10509	einmalig bis 1. Mai 1999	14. WP: Drs. 14/1105 vom 1. Juni 1999
Auswirkungen der §§ 15 und 16 (Erziehungsurlaub und Teilzeitarbeit im Erziehungsurlaub) auf Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber	§ 24 Abs. 2 des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes vom 12. Oktober 2000 (BGBl. I S. 1426) i.V.m. dem Gesetz zur Änderung des Begriffs „Erziehungsurlaub“ vom 30. November 2000 (BGBl. I S. 1638, 1640)	einmalig bis zum 1. Juli 2004	
Erfahrungsbericht über die Situation der Frauen im Vergleich zu der der Männer im Bundesdienst sowie über die Anwendung des Bundesgleichstellungsgesetzes	§ 25 des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Gerichten des Bundes (Bundesgleichstellungsgesetzes – BGleiG) vom 30. November 2001 (BGBl. 3234, 3240)	alle 4 Jahre	

Ressort: Bundesministerium für Gesundheit
ab 15. WP: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Beitragssatzentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung und die Umsetzung der Empfehlungen und Vorschläge der Konzertierten Aktion zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen	§ 141 Abs. 4 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (BGBl. I S. 2477, 2519)	alle drei Jahre[1] erstmals 1991	13. WP: Drs. 13/11256 vom 8. Juli 1998
Übersicht über die Beschäftigung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst[2]	Beschluss vom 4. November 1949 Drs. 131; Beschluss vom 8. April 1959 Drs. III/886; Beschluss vom 16. Oktober 1964 sowie Stellungnahme der Fraktionen vom 24. Juni 1968	jährlich nach dem Stand vom 1. Oktober, bis 1. November	15. WP: Drs. 15/227 vom 18. Dezember 2002
Rentenversicherungsbericht mit Gutachten des Sozialbeirats[3]	§ 154 Abs. 2 und 3 SGB VI vom 18. Dezember 1989 und Beschluss vom 29. Juni 1994 zu Buchstabe b der Beschlussempfehlung Drs. 12/8145 sowie §§ 154, 155 SGB VI vom 18. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2261) in der Fassung des Rentenreformgesetzes 1999 vom 16. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2998)	jährlich bis 30. November	15. WP: Drs. 15/110 vom 27. November 2002
Verabschiedung einer Richtlinie des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften über Säuglingsfertignahrung und Folgemilch	Beschluss vom 23. Februar 1989 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 11/2190	einmalig	enthalten in: 13. WP: Drs. 13/6927 vom 4. Februar 1997
Maßnahmen zur Angleichung an die EG-Trinkwasserrichtlinie in den einzelnen Mitgliedstaaten und anhängige Verfahren gegen sieben Mitgliedstaaten beim Europäischen Gerichtshof	Beschluss vom 30. Oktober 1990 zu Nr. I.4 und 5 der Beschlussempfehlung in Dr. 11/8184	einmalig 1996	Die EG-Trinkwasserrichtlinie wurde laut BMG in allen Mitgliedstaaten umgesetzt, derzeit laufen keine Vertragsverletzungsverfahren gegen einzelne Mitgliedstaaten

[1] Berichtspflicht entfiel mit Aufhebung von § 141 Abs. 4 Fünftes Buch SGB (BGBl. I S. 2642 vom 29. Dezember 1999).
[2] Bis zur 14. WP Vorlage durch BMA.
[3] Bis zur 14. WP Vorlage durch BMA.

noch Ressort: Bundesministerium für Gesundheit, ab 15. WP: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über Erfahrungen mit dem Gentechnikgesetz	Beschluss vom 12. November 1992 zu Nr. 4 der Beschlussempfehlung Drs. 12/3658 Beschluss vom 21. Februar 2002 zu der Beschlussempfehlung Drs. 14/6894	alle drei Jahre (nächster Bericht 2006)	13. WP: Drs. 13/6538 vom 11. Dezember 1996 14. WP: Drs. 14/6763 vom 26. Juli 2001
Bericht über Erfahrungen mit dem Gesetz über die Berufe in der Physiotherapie (Masseur- und Physiotherapeutengesetz)	Beschluss vom 10. März 1994 Drs. 13/6998	einmalig drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes	13. WP: Drs. 13/8285 vom 23. Juli 1997
Möglichkeiten einer Überführung von Tätigkeiten der Bundesinstitute in die Hand privater Unternehmen	Beschluss vom 28. April 1994 zu Nr. 3 der Beschlussempfehlung Drs. 12/7419	einmalig Anfang 1998	Nach Auskunft der Bundesregierung vom 23. Januar 1998 wird die Berichtspflicht nicht mehr weiterverfolgt.
Entwicklung der Pflegeversicherung[1]	§ 10 Abs. 4 SGB XI in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014)	alle drei Jahre erstmals 1997	14. WP: Drs. 14/5590 vom 15. März 2001
Bericht über Erfahrungen mit dem Gesetz über die Werbung für Säuglingsanfangsnahrung und Folgenahrung (Säuglingsnahrungswerbegesetz)	Beschluss vom 29. Juni 1994 Drs. 12/8146	einmalig zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes	13. WP: Drs. 13/6927 vom 4. Februar 1997
Ergebnis der Verhandlungen in Brüssel über die Vorschläge der EG-Kommission zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften zur Lebensmittelbestrahlung	Beschluss vom 7. September 1994 zu Nr. 3 der Beschlussempfehlung Drs. 12/8439	einmalig 1998	13. WP: Drs. 13/11284 vom 9. Juli 1998
Fortschreibung des Berichts über die erzielten Ergebnisse der eingeleiteten Maßnahmen zur Rheumabekämpfung und weiterer Themenschwerpunkte	Beschluss vom 27. Juni 1996 in der Beschlussempfehlung Drs. 13/5047 (Annahme des Antrags Drs. 13/3972)	einmalig 1. Halbjahr 1997	13. WP: Drs. 13/8434 vom 28. August 1997

[1] In der 13. WP Vorlage durch BMA.

noch Ressort: Bundesministerium für Gesundheit, ab 15. WP: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Ergebnis der Untersuchungen des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen über die Aufhebung der noch bestehenden regionalen Beschränkungen im Risikostrukturausgleich	Artikel 7 Abs. 4 des GKV-Finanzstärkungsgesetzes – GKVFG, beschlossen am 12. Februar 1998	einmalig bis zum 1. Juli 2000	Berichtspflicht aufgehoben durch Artikel 4 GKV-SolG vom 19. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3853)
Erweiterung des Katalogs der Früherkennungs-Untersuchungen um eine HNO-fachärztliche Untersuchung	Beschluss vom 18. Juni 1998 Drs. 13/11022	einmalig bis spätestens Juni 1999	Berichtspflicht wurde nach Auffassung des BMG mit Schreiben vom 28. Januar 2000 an den Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses entsprochen
Erfahrungen mit dem in § 47a des Arzneimittelgesetzes vorgesehenen Sondervertriebsweg	Beschluss vom 24. Juni 1999 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 14/1240	einmalig innerhalb von zwei Jahren	14. WP: Drs. 14/6766 vom 19. Juli 2001
Bericht in Form einer Untersuchung über die Wirkung des Risikostrukturausgleiches und ggf. die Unterbreitung von aus den Ergebnissen folgenden Änderungsvorschlägen	Beschluss vom 16. Dezember 1999 zu II Nr. 2 der Entschließung Drs. 14/2356	einmalig bis zum 31. März 2001	14. WP: Drs. 14/5681 vom 28. März 2001
Gutachten des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen einschließlich Stellungnahme des Bundesministerium für Gesundheit	§ 142 Abs. 2 SGB V (BGBl. I S. 2642 vom 29. Dezember 1999)	alle zwei Jahre erstmals im April 2001	14. WP: Drs. 14/5660 vom 28. März 2001 Bd. I Drs. 14/5661 vom 28. März 2001 Bd. II Drs. 14/6871 vom 31.August 2001 Bd.III Ergänzung: Drs. 14/8205 vom 5. Februar 2002 Stellungnahme des BMG: Drs. 14/9885 vom 21. August 2002
Stand und Ergebnisse der Verhandlungen zum Biosicherheits-Protokoll	Beschluss vom 20. Januar 2000 zu Nr. 5 der Beschlussempfehlung Drs. 14/2520	einmalig	14. WP: Drs. 14/3071 vom 29. März 2000
Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen mit der Anwendung der neuen Aut-idem-Regelung	Beschluss vom 14. Dezember 2001 zu Nr. II des Entschließungsantrags Drs. 14/7858	einmalig spätestens Ende 2003	

noch Ressort: Bundesministerium für Gesundheit, ab 15. WP: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht nach § 160 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) über die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen	§ 160 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046)	einmalig 30. Juni 2003	

Ressort: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Raumordnungsbericht	Beschluss vom 6. März 1963 Drs. IV/473; § 11 des Raumordnungsgesetzes (ROG) vom 8. April 1965 (BGBl. I S. 306), geändert durch Gesetz zur Änderung des ROG vom 10. August 1976 (BGBl. I S. 2127) und Beschluss vom 3. Dezember 1987 Drs. 11/1173; Beschluss vom 17. Juni 1992 Drs. 12/2143; § 21 des ROG vom 18. August 1997 (BGBl. I S. 2081)	alle 4 Jahre ab 1997: in regelmäßigen Abständen	13. WP: vgl. dazu Drs. 13/2941 vom 8. November 1995 14. WP: Drs. 14/3874 vom 30. Juni 2000
<u>Ergänzung:</u> Raumordnerische und planerische Auswirkungen der Gebiets- und Kreisreform in den neuen Ländern und Entwicklungen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn sowie der jeweiligen Region	Beschluss vom 20. Juni 1996 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 13/1740	einmalig	nach Angabe des BMVBW erledigt, da im Raumordnungsbericht 2000 enthalten Drs. 14/3874
Bericht zur Regionalisierung raumwirksamer Bundesmittel und Darstellung der großräumigen raumbedeutsamen Planungen nach § 4 Abs. 1 des Raumordnungsgesetzes	Beschluss vom 20. Juni 1996 zu Nr. 7 der Beschlussempfehlung Drs. 13/1740 vom 21. Juni 1995	einmalig	13. WP: Drs. 13/2941 vom 8. November 1995
<u>hierzu Folgebericht</u> betr. Tourismus	Beschluss vom 5. Dezember 1996 zur Beschlussempfehlung Drs. 13/5948	einmalig ohne Termin	nach Auffassung des BMVBW erledigt, da im Raumordnungsbericht 2000 enthalten Drs. 14/3874

noch Ressort: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über Maßnahmen auf dem Gebiete der Unfallverhütung im Straßenwesen (**Unfallverhütungsbericht Straßenverkehr**)	Beschlüsse vom 26. Juni 1969 Drs. V/4412 , vom 7. November 1975 Drs. 7/4164 und vom 23. Juni 1976 Drs. 7/5318 Beschluss vom 13. Februar 2003 zu der Beschlussempfehlung Drs. 15/388	alle zwei Jahre „Entwicklung Rettungswesen“ nur zu jedem zweiten Bericht (erstmals 2004/2005)	13. WP: Drs. 13/4826 vom 11. Juni 1996 Drs. 13/11252 vom 3. Juli 1998 14. WP: Drs. 14/3863 vom 3. Juli 2000 Drs. 14/9730 vom 4. Juli 2002
Bericht über den Fortgang des Bundesfernstraßenbaues nach dem Stand vom 31. Dezember des Vorjahres (**Straßenbaubericht**)	§ 7 des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 vom 30. Juni 1971 (BGBl. I S 873) bzw. zuletzt in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 1993 (BGBl. I S. 1878)	jährlich ohne Termin	13. WP: Drs. 13/130 vom 20. Dezember 1994 Drs. 13/2682 vom 19. September 1995 Drs. 13/5850 vom 17. Oktober 1996 Drs. 13/8759 vom 13. Oktober 1997 14. WP: Drs. 14/245 vom 29. Dezember 1998 Drs. 14/2488 vom 14. Dezember 1999 Drs. 14/5064 vom 5. Januar 2001 Drs. 14/8754 vom 8. März 2002 15. WP: Drs. 15/265 vom 18. Dezember 2002
Städtebaulicher Bericht; aktuelle städtebauliche Teilfragen und Entwicklungstendenzen	Beschluss vom 23. Januar 1976 zu Nr. 2 des Antrags Drs. 7/4465	fortlaufend	13. WP: Drs. 13/5490 vom 4. September 1996
Bericht über die Entwicklung der Kostenunterdeckung im öffentlichen Personennahverkehr	Beschluss vom 10. Juni 1976 Drs. 7/5242	alle fünf Jahre	13. WP: Drs. 13/7552 vom 22. April 1997 Nach Auskunft des BMVBW ist die Vorlage des Berichts zu Beginn der 15. WP geplant.
Erfahrungsbericht über das Mehrfachtäter-Punktsystem für Verkehrssünder (Allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 15 b der StVZO)	Beschluss vom 11. Mai 1978 zu der Beschlussempfehlung Drs. 8/1653	einmalig 31. Juli 1997	Berichtspflicht ist nach Auffassung der Bundesregierung gegenstandslos geworden durch die zum 1. Januar 1999 in Kraft getretene Umsetzung der Zweiten EU-Führerscheinrichtlinie (vgl. Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze vom 24. April . 1998, BGBl. I S. 747)

noch Ressort: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über Schäden an Gebäuden	Beschluss vom 28. September 1989 Drs. 11/4368	einmalig frühestens im 4. Quartal 1995	13. WP: Drs. 13/3593 vom 25. Januar 1996
Bericht über Schäden an Bauwerken der Bundesverkehrswege	Beschluss vom 28. September 1989 Drs. 11/4368	einmalig	13. WP: Drs. 13/3970 vom 5. März 1996
Wohngeld- und Mietenbericht	§ 8 Abs. 7 des Wohngeldgesetzes (WoGG) in der Fassung des Siebten Gesetzes zur Änderung des Wohngeldgesetzes vom 13. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2148); § 39 i. V. m. § 40 Abs. 4 des Wohngeldgesetzes i.d.F. der Bekanntmachung vom 23. Januar 2002 (BGBl. I S. 474)	alle zwei Jahre bis zum 31. März	13. WP: Drs. 13/4254 vom 29. März 1996 Drs. 13/10384 vom 31. März 1998 14. WP: Drs. 14/3070 vom 31. März 2000 Nach Auskunft des BMVBW wird der kommende Bericht abweichend vom vorgegebenen Turnus erst zum 30. Juni 2003 vorgelegt, um über die Wirkung der Wohngeldnovelle 2001 berichten zu können.
Bericht über die Wirkung der geänderten und neuen Instrumente des Wohnungsbau-Erleichterungsgesetzes, hier: Bericht über die Auswirkungen der mietrechtlichen Teile des Gesetzes	Beschluss vom 15. März 1990 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 11/6636;	einmalig Anfang 1995	13. WP: Drs. 13/1242 vom 28. April 1995
Bericht über die baurechtlichen Auswirkungen des Gesetzes	Beschluss vom 12. Februar 1993 zu Nr. 4c der Beschlussempfehlung Drs. 12/4317	einmalig im Laufe des Jahres 1997	13. WP: Drs. 13/5489 vom 4. September 1996
Fortschreibung des Berichts über den Öffentlichen Personennahverkehr in der Fläche mit der Vollendung der Einheit Deutschlands	Beschluss vom 13. September 1990 zu der Beschlussempfehlung Drs. 11/7410	einmalig ohne Termin; voraussichtlich 1998	Bericht wurde dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen im September 1999 vorgelegt
Bericht der Expertenkommission Wohnungspolitik	Beschluss vom 23. März 1992	einmalig baldmöglichst	13. WP: Drs. 13/159 vom 30. Dezember 1994
Dorferneuerungsbericht	Beschluss vom 5. November 1992 Drs. 12/3403	einmalig 1995[1]	13. WP: Drs. 13/5490 vom 4. September 1996

[1] Fristverlängerung bis Frühjahr 1996 erbeten.

noch Ressort: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht zum Ausbau der Schienenwege	§ 7 Bundesschienenwegeausbaugesetz (BSchwAG) in der Fassung vom 15. November 1993 (BGBl. I S. 1874) zuletzt geändert durch Art. 6 Abs. 135 des Eisenbahnneuordnungsgesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2423), berichtigt mit Gesetz vom 1. September 1994 (BGBl. I S. 2439)	jährlich ohne Termin	13. WP: Drs. 13/6929 vom 4. Februar 1997 Drs. 13/8889 vom 27. Oktober 1997 Drs. 13/11468 vom 8. Oktober 1998 14. WP: Drs. 14/2176 vom 22. November 1999 Drs. 14/4048 vom 4. September 2000 Drs. 14/7945 vom 21. Dezember 2001 15. WP: Drs. 15/280 vom 19. Dezember 2002
Bericht zur Überprüfung des Bedarfsplans für die Bundesschienenwege	–		13. WP: Drs. 13/8389 vom 2. August 1997
Ergebnis einer Bestandsaufnahme bez. des Risikopotentials der in der südlichen und westlichen Ostsee liegenden Rüstungsaltlasten einschließlich chemischer Kampfstoffe und über die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen	Beschluss vom 15. April 1994 zu Nr. 6 der Beschlussempfehlung Drs. 12/6609 vom 19. Januar 1994	einmalig so bald wie möglich	Berichtspflicht ist nach Auffassung der Bundesregierung im Rahmen der Antwort auf die Große Anfrage (Wirtschaftliche Entwicklung des Ostseeraumes) Drs. 13/10140 vom 18. März 1998 erfüllt
Bericht über Maßnahmen zur Verbesserung der Schiffssicherheit und der Gefahrguttransporte auf See	Beschluss vom 21. April 1994 Drs. 12/6736	einmalig	13. WP: Drs. 13/1279 vom 23. Januar 1995
Stellungnahme zum Bericht der Expertenkommission Wohnungspolitik (Drs. 13/159)	–	–	13. WP: Drs. 13/1268 vom 5. Mai 1995
Handlungsrahmen der Bundesregierung für eine Initiative zum kosten- und flächensparenden Bauen	–	–	13. WP: Drs. 13/2247 vom 29. August 1995
Bericht über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung entlang der deutsch-polnischen Grenze	–	–	13. WP: Drs. 13/2685 vom 18. Oktober 1995
Bericht über die erzielten Ergebnisse und den Stand der mitgliedstaatlichen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung innerhalb der Europäischen Union	Beschluss vom 29. April 1993 Drs. 12/4640 sowie Beschluss vom 3. März 1994 zu Nr. 4 der Beschlussempfehlung Drs. 12/6820	einmalig	13. WP: Drs. 13/1078 vom 6. April 1995

noch Ressort: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die Umsetzung des Altschuldenhilfe-Gesetzes und den Fortgang der Wohnungsprivatisierung in den neuen Bundesländern	Beschluss vom 16. Juni 1994 Drs. 12/7923	einmalig bis zum 30. Juni 1995	13. WP: Drs. 13/2501 vom 2. Oktober 1995
Siedlungsentwicklung und Siedlungspolitik Nationalbericht Deutschland (Habitat II)	–	–	13. WP: Drs. 13/3679 vom 6. Februar 1996
Obdachlosigkeitsbericht (eingeleitete Maßnahmen)	Beschluss vom 29. Juni 1995 Drs. 13/1848	einmalig bis Juli 1996	13. WP: Drs. 13/5226 vom 4. Juli 1996
Bericht über das Programm zur Bürgschaftsübernahme – insbesondere für den Erwerb von Wohnungen zur Eigennutzung aus dem Bestand in den neuen Bundesländern	Beschluss vom 27. Oktober 1995 Drs. 13/2784	einmalig bis Mitte 1997	13. WP: Drs. 13/8297 vom 23. Juli 1997
Bericht zum Stand der Maßnahmen der Bundesregierung zum Umzug nach Berlin und zum Ausgleich für die Region Bonn	–	–	13. WP: Drs. 13/5371 vom 30. Juli 1996
Maßnahmen zur Verbesserung der Schiffssicherheit und der Gefahrguttransporte auf See und Umsetzung der Sicherheits- und Umweltschutzmaßnahmen in der Seeschifffahrt	Beschluss vom 14. März 1996 in Drs. 13/3440 zur Unterrichtung Drs. 13/1279	einmalig ohne Termin	13. WP: Drs. 13/10754 vom 15. Mai 1998
Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit[1]	Beschluss vom 9. Mai 1996 zu Buchstabe a der Beschlussempfehlung Drs. 13/3643 (modifizierte Annahme des Antrags Drs. 13/2586) Beschluss vom 26. Juni 1997 (Annahme einer Entschließung Drs. 13/7835; zusammengefasst lt. Kurzprotokoll der 71. Sitzung des Ältestenrates am 15. Januar 1998) Beschluss vom 19. Mai 2000 zu Buchstabe b der Beschlussempfehlung Drs. 14/2608	jährlich zum Tag der Deutschen Einheit (jährliche Aktualisierung bis zum Jahr 2004 auf Basis des Berichts des Jahres 1999)	14. WP: Drs. 14/9950 vom 9. September 2002

[1] In der 14. WP bis einschließlich 2001 im Geschäftsbereich des BK. Bis zur 13. WP im Geschäftsbereich des BMI.

noch Ressort: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Stand der Planungen für umweltfreundliche Ansätze bei den Bauten des Bundes in Berlin	Beschluss vom 30. Januar 1997 zu Nr. III des Antrags Drs. 13/3042	einmalig ohne Termin	13. WP: Drs. 13/11211 vom 23. Juni 1998
Erfahrungsbericht über die Anwendung der Bestimmung des § 1a des Baugesetzbuchs (naturschutzrechtliche Eingriffsregelung)	§ 246 Abs. 6 des Baugesetzbuches, angenommen mit Beschluss vom 15. Mai 1997 zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung Drs. 13/7588	einmalig bis 30. Juni 2000	14. WP: Drs. 14/3652 vom 19. Juni 2000
Bericht zur Förderung der Seeschifffahrt in Deutschland. Konzept zur Behandlung der Unternehmen der deutschen Seeschifffahrt und der Seeleute auf Schiffen unter deutscher Flagge	Beschluss vom 26. Juni 1997 zu Nr. 1 Buchstabe b Drs. 13/8022	einmalig	13. WP: Drs. 13/8298 vom 18. Juli 1997
Odachlosigkeitsbericht; Ergebnis der weiteren Bemühungen der Bundesregierung	Beschluss vom 30. Oktober 1997 zu Nr. III der Beschlussempfehlung Drs. 13/8006	einmalig bis 28. Februar 1998	13. WP: Drs. 13/10141 vom 13. März 1998
Konzept für den Fahrlehrerberuf, das aus einer pädagogischen Grundausbildung sowie einer fahrlehrerspezifischen theoretischen und praktischen Ausbildung besteht	Beschluss vom 14. November 1997 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 13/7888 (Annahme einer Entschließung)	einmalig in zwei Jahren	
Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im internationalen Luftverkehr	Beschluss vom 12. Dezember 1997 zu Nr. 10 und 11 der Beschlussempfehlung Drs. 13/6526 vom 12. Dezember 1996	einmalig so bald wie möglich	13. WP: Drs. 13/10411 vom 8. April 1998
Effizienz des neuen güterkraftverkehrsrechtlichen Ordnungsrahmens	Beschluss vom 5. März 1998 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 13/10037 und zu Nr. 2.3 des Entschließungsantrags Drs. 13/10040	einmalig zum 1. Juli 2001	14. WP: Drs. 14/6906 vom 12. Februar 2001
Erfahrungsbericht zu dem Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz	Beschluss vom 28. Oktober 1999 zu der Beschlussempfehlung Drs. 14/1876	einmalig bis 31. Dezember 2003	
Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zum Kombinierten Verkehr	Verkehrsbericht 2000 zur Drs. 14/4688 (neu); Zusage, ein Konzept zum Kombinierten Verkehr vorzulegen (S. 26)	einmalig	14. WP: Drs. 14/6928 vom 18. August 2001

noch Ressort: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht der Bundesregierung – Initiative Architektur und Baukultur	Beschluss vom 8. Juni 2000 zum Entschließungsantrag auf Drs. 14/3521 i.V.m. einer Ankündigung des Bundesministers im Rahmen der Haushaltsberatungen 2002	einmalig	14. WP: Drs. 14/8966 vom 29. April 2002
Bericht über die Möglichkeit des weiteren Ausbaus der Nord-Süd-Schienenverbindung unter Wahrung der Verkehrsbedürfnisse des Freistaates Thüringen und auf möglichst kostengünstigste Weise	Beschluss vom 18. Januar 2001 zu der Beschlussempfehlung Drs. 14/4340 (Annahme des Antrages Drs. 14/2906)	einmalig zu gegebener Zeit	
Bericht über die erstmalige Anwendung der Indexierung der Verwaltungskosten- und Instandhaltungskostenpauschalen	Beschluss vom 22. Juni 2001 zu Nr. 3 der Beschlussempfehlung Drs. 15/6344	31. Dezember 2005	
Bericht der Bundesregierung über die Verlagerung des Lkw-Verkehrs auf das nachgeordnete Straßennetz in Folge der Einführung der Mautpflicht, die Ausdehnung der Mautpflicht auf dieses Straßennetz und die Veränderung des Modal-Split im Güterverkehr	Beschluss vom 13. Dezember 2001 zu Buchstabe B Nr. 2c der Beschlussempfehlung Drs. 14/7822	alle 3 Jahre erstmals April 2003	
Nationaler Radverkehrsplan 2002 bis 2012 „FahrRad“ – Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs in Deutschland	Mittelbar der Beschluss vom 18. April 2002 zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung Drs. 14/8431	nicht geregelt	14. WP: Drs. 14/9504 vom 22 Mai 2002
Bericht der Bundesregierung zur „Maritimen Sicherheit auf der Ostsee“	Beschluss vom 25. April 2002 zum Antrag Drs. 14/8855	einmalig bis zum 31. Mai 2002	14. WP: Drs. 14/9487 vom 3. Juni 2002
Vorschläge für ein zeitgemäßes und verbraucherorientiertes Fahrgastrecht im Rahmen einer „Qualitätsoffensive Öffentlicher Personenverkehr“	Beschluss vom 4. Juli 2002 zu Nr. III des Antrags Drs. 14/9671	einmalig	

Ressort: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung	Beschluss vom 22. Mai 1962 Drs. IV/281; Beschluss vom 14. März 1975 Drs. 7/3128 i. V. m. Beschluss vom 29. November 1979 Drs. 8/3330; Beschluss vom 15. Dezember 1982 Drs. 9/2263; § 5 Abs. 2 des Strahlenschutzvorsorgegesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2610); Beschluss vom 16. Oktober 1992 Drs. 12/2515	jährlich ohne Termin	13. WP: Drs. 13/2287 vom 14. September 1995 Drs. 13/5572 vom 23. September 1996 Drs. 13/8630 vom 1. Oktober 1997 Drs. 13/11462 vom 30. September 1998 14. WP: Drs. 14/2358 vom 15. Dezember 1999 Drs. 14/4104 vom 14. September 2000 Drs. 14/6905 vom 10. September 2001 Drs. 14/9995 vom 8. Oktober 2002
Ergänzung Repräsentative Zahlen zur Häufigkeit von Röntgenuntersuchungen in den alten und neuen Bundesländern	Beschluss vom 25. April 1996 DRS 13/4410	Ergänzung nur für nächsten Bericht	13. WP: Drs. 13/8630 vom 1. Oktober 1997
Immissionsschutzbericht	§ 61 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 15. März 1974 (BGBl. I S 721, 1193)	alle vier Jahre (jeweils ein Jahr nach dem ersten Zusammentritt des Deutschen Bundestages)	13. WP: Drs. 13/4825 vom 11. Juni 1996 Nach Mitteilung des BMU entfällt die Berichtspflicht durch die Aufhebung des § 61 BImSchG durch das Gesetz zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz vom 27. Juli 2001
Umsetzung des § 19 Abs. 4 des Wasserhaushaltsgesetzes in den Ländern	Beschluss vom 22. April 1988 zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung Drs. 11/1347, zu Nr. 3 des Entschließungsantrags in Drs. 11/536	einmalig ohne Termin	Berichtspflicht im Rahmen des Berichts über die Auswirkungen der 5. Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz auf die Gewässer (Drs. 11/7327 Nr. 3.3.3) erfüllt
Bericht über Maßnahmen zum Schutz der Ozonschicht	Beschluss vom 22. September 1988 Drs. 11/2946; Beschluss vom 9. März 1989 zu Nr. 8.8 der Beschlussempfehlung Drs. 11/4133	jährlich fortlaufend nach Aktualität	13. WP: Drs. 13/8273 vom 22. Juli 1997

noch Ressort: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht über die von den Ländern aufzustellenden Zeitpläne zu Kläranlagen, zur Umsetzung der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften gemäß § 7a des Wasserhaushaltsgesetzes sowie zur Abschätzung der Gesamtfrachten	Beschluss vom 7. Dezember 1988 zu Nr. I.8 der Beschlussempfehlung in Drs. 11/3299	einmalig (ohne Termin; Bericht ist nach Auskunft der Bundesregierung auf neuen Grundlagen (vgl. §§ 6a und 7a WHG) erst in der 14. Wahlperiode sinnvoll)	Nach Auffassung des BMU sollte die Berichtspflicht entfallen Die Obleute des Umweltausschusses haben 2002 beschlossen, dem zuzustimmen
Bericht zum Jahresgutachten 1994 des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen „Welt im Wandel: Die Gefährdung der Böden“	–	–	13. WP: Drs. 13/2221 vom 29. August 1995
Sondergutachten „Altlasten II“ des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen	–	–	13. WP: Drs. 13/380 vom 2. Februar 1995
Bericht zur Umsetzung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt in der Bundesrepublik Deutschland	–	–	13. WP: Drs. 13/2707 vom 19. Oktober 1995
Umweltgutachten 1996 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen: Zur Umsetzung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung	–	–	13. WP: Drs. 13/4108 vom 14. März 1996
Sondergutachten „Konzepte einer dauerhaft-umweltgerechten Nutzung ländlicher Räume“ des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen	–	–	13. WP: Drs. 13/4109 vom 14. März 1996
Bericht über die Umsetzung des Arbeitsprogramms der Bundesregierung zu den sicherheits-, gesundheits-, forschungs- und energiepolitischen Folgen aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl vom 19. März 1986	–	–	13. WP: Drs. 13/4453 vom 24. April 1996

noch Ressort: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht zum Jahresgutachten 1995 „Welt im Wandel: Wege zur Lösung globaler Umweltprobleme“ des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen	–	–	13. WP: Drs. 13/5146 vom 28. Juni 1996
Bericht anlässlich der VN-Sondergeneralversammlung über Umwelt und Entwicklung 1997 in New York: Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland	–	–	13. WP: Drs. 13/7054 vom 21. Februar 1997
Auf nationaler Ebene getroffene Maßnahmen und erreichte Ergebnisse zur Sanierung der Ostsee sowie Defizite, die sich im Verlauf der Berichtsperiode gezeigt haben	Beschluss vom 15. April 1994 zu Nr. 16 der Beschlussempfehlung Drs. 12/6609	einmalig Frühjahr 1999	Nach Auffassung des BMU sollte die Berichtspflicht entfallen, da die Ostseekooperation inzwischen völlig neu konzipiert worden sei
Erfahrungen mit der 2. Novelle des Chemikaliengesetzes	Beschluss vom 19. Mai 1994 zu Nr. II.3 der Beschlussempfehlung Drs. 12/7437	einmalig bis 1. Oktober 1998	14. WP: Drs. 14/883 vom 3. Mai 1999
Umweltbericht	§ 11 des Umweltinformationsgesetzes (UIG) vom 8. Juli 1994 (BGBl. I S. 1490)	alle vier Jahre	13. WP: Drs. 13/10735 vom 20. Mai 1998 14. WP: Drs. 14/8755 vom 8. April 2002
Bericht über die Erfahrungen mit dem Vollzug des Umweltauditgesetzes	Beschluss vom 22. Juni 1995 zu Nr. 5 der Beschlussempfehlung Drs. 13/1755	einmalig bis 31. Dezember 1997	13. WP: Drs. 13/11127 vom 22. Juni 1998
Bericht zur Konzeption der Bundesregierung für den Bereich Umweltschutz und Tourismus	Beschluss vom 23. Mai 1996 zu Nr. II der Beschlussempfehlung Drs. 13/4217	einmalig in der 14. Wahlperiode	14. WP: Drs. 14/8951 vom 26. April 2002
Entsorgung von Altautos	Beschluss vom 12. Dezember 1996 zu Nr. 4 der Beschlussempfehlung Drs. 13/6517 vom 11. Dezember 1996	einmalig bis 30. Juni 1998	14. WP: Drs. 14/1389 vom 5. Juli 1999
Ressortübergreifendes Gesamtkonzept für die Konkretisierung und Umsetzung des Leitbildes „sustainable development“[1]	Beschluss vom 27. Februar 1997 zu Nr. II.1 der Beschlussempfehlung in Drs. 13/6855	einmalig ohne Termin	überholt durch den inhaltlich weitergehenden Beschluss vom 20. Januar 2000 zu Nr. II der Beschlussempfehlung Drs. 14/1470

[1] Bis 2000 im Geschäftsbereich des BMBF.

noch Ressort: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Klimaschutz; Flugkraftstoffbesteuerung	Beschluss vom 20. März 1997 zu Nr. 3 des Änderungsantrags Drs. 13/7263	einmalig ohne Termin	
Vorschläge für Verbesserungen im Bereich des Schutzes vor Fluglärm	Beschluss vom 2. September 1998 zu Buchstabe c der Beschlussempfehlung Drs. 13/11140	einmalig	Vorschläge mit Schreiben des BMU vom 6. April 2000 an die Fachausschüsse und die Fraktionen übermittelt
Ergebnisse der weiteren Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über die Wasserrahmenrichtlinie	Beschluss vom 10. Dezember 1998 zu Nr. III der Beschlussempfehlung Drs. 14/154	einmalig ohne Termin	14. WP: Drs. 14/5305 vom 9. Februar 2001
Bericht der Bundesregierung über die Perspektiven für Deutschland – Nationale Strategie für eine nachhaltige Entwicklung	Beschluss vom 20. Januar 2000 zu Nr. II der Beschlussempfehlung Drs. 14/1470	einmalig	14. WP: Drs. 14/8953 vom 25. April 2002
Bericht zu endokrine Störungen verursachenden chemischen Stoffen	Beschluss vom 27. Januar 2000 zur Beschlussempfehlung Drs. 14/1471	einmalig	14. WP: Drs. 14/5515 vom 7. März 2001
Bodenschutzbericht der Bundesregierung	Beschluss vom 26. Oktober 2000 zu Nr. 1 Buchstabe b Drs. 14/3711	einmal in jeder Wahlperiode (erstmals bis zum 31. März 2002)	14. WP: Drs. 14/9566 vom 21. Juni 2002
Bericht der Bundesregierung über die Sicherheit von Atomanlagen und Transporten	Beschluss vom 14. Dezember 2001 zu Nr. IV, Abs. 2 des Entschließungsantrags auf Drs. 14/7840	einmalig (schnellstmöglich nach Abschluss der Prüfungen)	
Nationaler Entsorgungsplan der Bundesregierung	Beschluss vom 14. Dezember 2001 zu Nr. IV, Abs. 8 des Entschließungsantrags Drs. 14/7840	alle vier Jahre (jeweils ein Jahr nach dem ersten Zusammentritt des Deutschen Bundestages)	

noch Ressort: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht der Bundesregierung über die Ergebnisse der Prüfungen im Zusammenhang mit dem In-Kraft-Treten des Biozidgesetzes	Beschluss vom 21. März 2002 zu Nr. II. 12, Abs. 1 der Beschlussempfehlung Drs. 14/8508	einmalig (mit Ablauf von 2 Jahren nach Inkrafttreten des Biozidgesetzes)	
Bericht der Bundesregierung über die Substitution risikoreicher durch risikoärmere Biozid-Wirkstoffe und Biozid-Produkte und über den aktuellen Sachstand zur Umsetzung der Biozid-Richtlinie und des Überprüfungs-Programmes der Altwirkstoffe sowie der aktuellen Entwicklungen auf EU-Ebene	Beschluss vom 21. März 2002 zu Nr. II.12, Abs. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 14/8508	alle 24 Monate (nach Inkrafttreten des Biozidgesetzes) bis zum Jahr 2010	
Bericht der Bundesregierung über die Forschungsergebnisse in Bezug auf Emmissionsminderungsmöglichkeiten der gesamten Mobilfunktechnologie und in Bezug auf gesundheitliche Auswirkungen	Beschluss vom 4. Juli 2002 zu Nr. II der Beschlussempfehlung Drs. 14/8584	regelmäßig (erstmalig nach 2 Jahren)	

Ressort: Bundesministerium für Bildung und Forschung

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht des Ausschusses für die Hochschulstatistik	§ 21 Abs. 2 des Gesetzes über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen vom 31. August 1971 (BGBl. I S. 1473);§ 7 Abs. 2 des Hochschulstatistikgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. November 1990 (BGBl. I S. 2414)	alle vier Jahre	13. WP: Drs. 13/4433 vom 23. April 1996 14. WP: Drs. 14/4675 vom 14. November 2000

noch Ressort: Bundesministerium für Bildung und Forschung

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bundesbericht Forschung	Beschluss vom 23. Juni 1976 zu Nr. 2 des Antrags Drs. 7/5389, Beschluss vom 13. Oktober 1983 (Plenarprotokoll S. 1825) Beschluss vom 11. Mai 1989 zu Nr. IV.1 der Beschlussempfehlung Drs. 11/4112	alle vier Jahre (jeweils im 1. Quartal des Berichtsjahres)	13. WP: Drs. 13/4554 vom 8. Mai 1996 14. WP: Drs. 14/4229 vom 4. Oktober 2000
Faktenbericht zum Bundesbericht Forschung	Beschluss vom 23. Juni 1976 zu Nr. 2 des Antrags Drs. 7/5389 und Beschluss vom 13. Oktober 1983 (Plenarprotokoll S. 1825)	alle 4 Jahre (jeweils 2 Jahre nach Erscheinen des Bundesberichts Forschung)	13. WP: Drs. 13/11091 vom 19. Juni 1998 14. WP: Drs. 14/8040 vom 21. Januar 2002
Berufsbildungsbericht	§ 3 des Berufsbildungsförderungsgesetzes vom 23. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1692); Beschluss vom 17. Oktober 1985 Drs. 10/3542; Beschluss vom 5. Dezember 1992 Drs. 12/3448	jährlich (bis zum 1. April des Jahres)	13. WP: Drs. 13/1300 vom 11. Mai 1995 und Drs. 13/1502 vom 29. Mai 1995 Drs. 13/4555 vom 8. Mai 1996 Drs. 13/7607 vom 29. April 1997 Drs. 13/10651 vom 7. Mai 1998 14. WP: Drs. 14/1056 vom 23. April 1999 Drs. 14/3244 vom 19. April 2000 Drs. 14/5946 vom 2. Mai 2001 Drs. 14/8950 vom 26. April 2002
Bericht nach § 35 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) zur Überprüfung der Bedarfssätze, Freibeträge sowie Vomhundertsätze und Höchstbeträge nach § 21 Abs. 2 BAföG	§ 35 Satz 3 des BAföG in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juni 1983 (BGBl. I S. 645), zuletzt geändert durch das 18. Gesetz zur Änderung des BAföG vom 17. Juli 1996 (BGBl. I S. 1006)	alle zwei Jahre	13. WP: Drs. 13/3413 vom 28. Dezember 1995 Drs. 13/9515 vom 18. Dezember 1997 14. WP: Drs. 14/1927 vom 4. Januar 2000 Drs. 14/7972 vom 20. Dezember 2001
Bericht über die Entwicklung geeigneter Qualifikationsprofile des Ausbildungsplatzangebots	Beschluss vom 17. Oktober 1985 Drs. 10/3542; Beschluss vom 5. Dezember 1992 Drs. 12/3448	ohne Termin, regelmäßig	13. WP: Drs. 13/7625 vom 29. April 1997
Anwendung des Zeitvertragsgesetzes	Beschluss vom 10. Dezember 1986 zu Nr. 1.II.6 der Beschlussempfehlung in Drs. 10/6590	einmalig zu gegebener Zeit	Einen auf Vorlage des Berichts zum Zeitvertragsgesetz zielenden Antrag der Fraktion der PDS (Drs. 14/6212) hat der Deutsche Bundestag in sei-

noch Ressort: Bundesministerium für Bildung und Forschung

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
noch: Anwendung des Zeitvertragsgesetzes			ner 199. Sitzung am 9. November 2001 abgelehnt (Drs. 14/7336). In der Antwort der Bundesregierung auf die Frage 30 der Kleinen Anfrage der PDS (14/8624) wurde darauf hingewiesen, dass in den Ausschussberatungen deutlich geworden sei, dass nach Auffassung der übrigen Fraktionen der Berichtsauftrag durch das 5. HRG-Änderungsgesetz überholt und Erledigung eingetreten sei.
Auswirkungen forschungsrelevanter Vorschriften im Beamten- und Besoldungsrecht	Beschluss vom 10. Dezember 1986 zu Nr. 1.III.8 der Beschlussempfehlung in Drs. 10/6590	einmalig ohne Termin	Nach Auffassung der Bundesregierung sind diese Berichtspflichten obsolet, da enger Zusammenhang mit der für die 14. Wahlperiode angestrebten Reform der Personalstruktur und des Dienstrechts im Hochschulbereich besteht (Einsetzung einer Expertenkommission
Bericht zur Notwendigkeit der Studienabschlussförderung vor dem Hintergrund derzeit geplanter Strukturreformen an Hochschulen	Beschluss vom 27. Mai 1993 Drs. 12/5021	einmalig bis Ende 1995	13. WP: Drs. 13/3414 vom 28. Dezember 1995
Bericht über die EU-Bildungsprogramme LEONARDO DA VINCI und SOKRATES im ersten Jahr ihrer Durchführung 1995/96	Beschluss vom 28. April 1994 Drs. 12/7274	einmalig kurzfristig und umfassend	13. WP: Drs. 13/3866 vom 27. Februar 1996
Bericht über die Flexibilisierungsinstrumente bei den Großforschungseinrichtungen. Erfahrungen mit den Flexibilisierungsregelungen bei den Großforschungseinrichtungen (GFE)	Beschluss vom 15. Juni 1994 Drs. 12/6435	einmalig bis Mitte 1995	13. WP: Drs. 13/ 4273 vom 2. April 1996
Bericht über die Möglichkeit einer Erhöhung der Bedarfssätze nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) im Jahre 1995 sowie über Änderungsbedarf im Recht der Ausbildungsförderung unter Einbeziehung der beruflichen Aufstiegsfortbildung	Beschluss vom 16. Juni 1994 Drs. 12/7902	einmalig bis zum 1. März 1995	13. WP: Drs. 13/735 vom 9. März 1995

noch Ressort: Bundesministerium für Bildung und Forschung

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht „Stärkung und Modernisierung der beruflichen Bildung“	–	–	13. WP: Drs. 13/4213 vom 26. März 1996
Bericht zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung	Beschluss vom 23. Juni 1994 zu Nr. 10 der Beschlussempfehlung Drs. 12/7307	einmal je Wahlperiode	13. WP: Drs. 13/8878 vom 30. Oktober 1997 14. WP: Drs. 14/7971 vom 3. Januar 2002
Erfahrungen mit dem Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung	Beschluss vom 23. November 1995 zu Nr. II der Beschlussempfehlung in Drs. 13/3070	einmalig Herbst 1998	14. WP: Drs. 14/1137 vom 11. Juni 1999
Das niederländische „Program for Intensifying of Nuclear Competence“ (PINK) und seine Bedeutung für Deutschland	Beschluss vom 20. Juni 1996 zu Buchstabe c der Beschlussempfehlung Drs. 13/4210 (Annahme des Antrags Drs. 13/3610)	einmalig ohne Termin	13. WP: Drs. 13/10702 vom 11. Mai 1998
Forschung zur CO2-Minderung in den wichtigsten Industriestaaten einschließlich China	Beschluss vom 20. Juni 1996 Drs. 13/4210	einmalig	13. WP: Drs. 13/10703 vom 11. Mai 1998
Bericht über die künftige wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Nutzung der Raumstation Nutzungskonzept für die Internationale Raumstation von deutscher Seite	Beschluss vom 20. Juni 1996 Drs. 13/4609 und Drs. 13/3497	einmalig ohne Termin	13. WP: Drs. 13/8376 vom 8. August 1997
Bericht über die zukünftigen Perspektiven der Weltraumforschung Konzept Raumfahrt: Perspektiven für Forschung und Anwendung	Beschluss vom 20. Juni 1996 Drs. 13/4609 und Drs. 13/3497	einmalig ohne Termin	13. WP: Drs. 13/8377 vom 8. August 1997
Bericht über Arbeitsstrukturen und Arbeitsprogramm der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Reform der Ausbildungsförderung	Beschluss vom 27. Juni 1996 Drs. 13/5116	einmalig ohne Termin	13. WP: Drs. 13/7080 vom 26. Februar 1997
Ressortübergreifendes Gesamtkonzept für die Konkretisierung und Umsetzung des Leitbildes „sustainable development“[1]	Beschluss vom 27. Februar 1997 zu Nr. II der Beschlussempfehlung Drs. 13/6855	einmalig ohne Termin	

[1] Ab 2000 im Geschäftsbereich des BMU.

noch Ressort: Bundesministerium für Bildung und Forschung

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Klonierung beim Menschen Biologische Grundlagen und ethisch-rechtliche Bewertung – Stellungnahme der Wissenschaftlerkommission –	Beschluss vom 21. März 1997 zu Nr. II.3 des Antrags Drs. 13/7243	einmalig ohne Termin	13. WP: Drs. 13/7590 vom 29. April 1997
Verhandlungen des BMF und des BMBF mit den Ländern betr. einer 50:50%-Finanzierung einer einmaligen Aktionshilfe für ein Hochschul-Bibliotheksprogramm	Beschluss vom 25. November 1997 (Annahme des Entschließungsantrags Drs. 13/9210)	umgehend	13. WP: Drs. 13/ 11358 vom 14. August 1998
Technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands	Beschluss vom 2. September 1998 zu Buchstabe a der Beschlussempfehlung Drs. 13/11096 (Annahme des Entschließungsantrages Drs. 13/9744)	jährlich	14. WP: Drs. 14/438 vom 25. Februar 1999 Drs. 14/2957 vom 16. März 2000 Drs. 14/6268 vom 11. Juni 2001 Drs. 14/9331 vom 3. Juni 2002
Bericht einer Expertenkommission über Vorschläge zur Förderung des lebenslangen Lernens	Beschluss vom 6. Juli 2000 zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung Drs. 14/3730	einmalig bis Ende der Wahlperiode	
Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Gender Mainstreaming in Wissenschaft und Forschung	Beschluss vom 28. Juni 2002 zu der Beschlussempfehlung Drs. 14/8509	einmalig Mitte 2002	15. WP: Drs. 15/720 vom 20. März 2003

Ressort: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung	Beschluss vom 28. April 1971 – Umdruck 171 – in Verbindung mit den Beschlüssen vom 3. Februar 1994 Drs. 12/6659, vom 26. Mai 1994 Drs. 12/7619 und 12/7628 sowie	alle vier Jahre	13. WP: Drs. 13/3342 vom 14. Dezember 1995 14. WP: Drs. 14/6496 vom 7. Juni 2001

noch Ressort: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
noch: Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung	Beschluss vom 15. Januar 1998 zu Buchstabe b Nr. 5 der Beschlussempfehlung Drs. 13/9309		
Ergänzungen: Berücksichtigung der Informationen von Nichtregierungsorganisationen und der Tätigkeiten der Internationalen Arbeitsorganisation im Rahmen des IPEC-Programms	Beschluss vom 15. Januar 1998 zu Nr. 6 der Beschlussempfehlung Drs. 13/6716		
Weitere Konzeption und Ausgestaltung des Zentrums für Internationale Zusammenarbeit	Beschluss vom 18. Juni 1998 zu Nr. II.5 der Beschlussempfehlung Drs. 13/10018		
Maßnahmen zur Ablösung der Nahrungsmittelhilfe durch Maßnahmen im Bereich der Ernährung gemäß EG-Dok. Nr. 11003/83	Beschluss vom 12. April 1984 zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung Drs. 10/1231	einmalig ohne Termin	Berichtspflicht nach Auffassung des BMZ wegen zwischenzeitlich erfolgter Neudefinition des Gesamtrahmens der Nahrungsmittelhilfe/Ernährungssicherungsmaßnahmen gegenstandslos
Bericht über die Armutsbekämpfung in der Dritten Welt durch Hilfe zur Selbsthilfe	Beschluss vom 10. Mai 1990 Drs. 11/6137; Beschluss vom 14. Januar 1993 Drs. 12/3574; Beschluss vom 14. Januar 1993 zu Nr. 10 der Beschlussempfehlung Drs. 12/3574	alle vier Jahre (zeitgleich mit dem Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung)	13. WP: Drs. 13/3395 vom 27. Dezember 1995 14. WP: Drs. 14/6269 vom 6. Juni 2001
Entwicklungspolitische Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft zur Stärkung der Kooperationsbemühungen der afrikanischen Staaten; Beitrag zum Abbau von Handelsschranken und zur Reduzierung von Investitionshemmnissen in Schwarzafrika	Beschluss vom 12. März 1992 zu Nr. III der Beschlussempfehlung Drs. 12/1995	einmalig ohne Termin	enthalten in: 13. WP: Drs. 13/3342 vom 14. Dezember 1995
Entwicklung und Aufbau von sozialen Sicherungssystemen in den Entwicklungsländern	Beschluss vom 26. Mai 1994 Drs. 12/7616	einmalig ohne Termin	13. WP: Drs. 13/4535 vom 7. Mai 1996

noch Ressort: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Berichtsthema	Rechtsgrundlage	Vorlagetermin	Wahlperiode Drucksachen-Nr. des Berichts
Zwischenbericht über die politische Entwicklung in Nigeria	Beschluss vom 24. Juni 1999 zu Nr. III der Beschlussempfehlung Drs. 14/1243	einmalig bis Ende 1999	14. WP: Drs. 14/3232 vom 13. April 2000
Fortschrittsbericht über die deutsche bilaterale waldbezogene Entwicklungszusammenarbeit und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit	Beschluss vom 13. April 2000 zu Nr. 2b der Beschlussempfehlung Drs. 14/2703	alle zwei Jahre	Nach Auffassung des BMZ soll der Bericht alternierend zum Gesamtwaldbericht vorgelegt werden. Der erste Fortschrittsbericht über die deutsche bilaterale waldbezogene Entwicklungszusammenarbeit und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit soll in 2003 vorgelegt werden.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.18.

7 Plenarsitzungen/Abstimmungen/ Arbeitsrhythmus

Überblick Seite

7.1 Tagungsstätten der Plenarsitzungen 401

7.2 Sitzordnung im Plenum 401

7.3 Plenarsitzungen: Statistik 403

7.4 Sondersitzungen 403

7.5 Reden ausländischer Gäste vor den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates 406

7.6 Redner im Plenum 408
– Zahl der Plenarreden
– Die häufigsten Redner im Plenum

7.7 Reden und Ansprachen des Bundestagspräsidenten im Plenum 411

7.8 Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern 414

7.9 Vereinbarte Debatten 415

7.10 Behandlung selbständiger politischer Anträge im Plenum 417

7.11 Regelungen zur Debattendauer 419

7.12 Der „Hammelsprung“ 420

7.13 Namentliche Abstimmungen 421

7.14 Erklärungen zur Abstimmung 444
– Statistische Übersicht

7.15 Bezweiflung der Beschlussfähigkeit 445
– Statistik

7.16 Ordnungsmaßnahmen 446
– Übersicht über die Ordnungsmaßnahmen in der 13. und 14. Wahlperiode

7.17 Publizität der Verhandlungen: Öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen 448

7.18 Gedenksitzungen und Sonderveranstaltungen 449
– Gedenkstunden des Deutschen Bundestages zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ (27. Januar)
– Trauerstaatsakte für verstorbene Politiker im Plenarsaal des Deutschen Bundestages
– Gedenksitzungen und Sonderveranstaltungen aus besonderen Anlässen

7.1 Tagungsstätten der Plenarsitzungen

Der Deutsche Bundestag hat im Laufe seiner Geschichte zunächst seinen Sitz in Bonn gehabt, darüber hinaus aber wiederholt in Berlin getagt. Mit der Vereinigung Deutschlands und insbesondere mit dem Beschluss des Bundestages vom 20. Juni 1991: „Sitz des Deutschen Bundestages ist Berlin“, erhielt der Deutsche Bundestag einen dauerhaften Sitz. Zugleich verlor die Präsenz des Bundestages in Berlin und insbesondere im Reichstagsgebäude ihren ehemaligen Charakter, die politische Zusammengehörigkeit des Bundes mit der „Viermächtestadt“ Berlin zu demonstrieren. Der Bundestag wurde in der 13. Wahlperiode nur noch zu seiner ersten, konstituierenden Sitzung am 10. November 1994 im Reichstagsgebäude in Berlin einberufen. Danach war das Reichstagsgebäude wegen der erforderlichen Umbauarbeiten für den Umzug des Bundestages nach Berlin bis zum Sommer 1999 geschlossen.
Außerhalb des Reichstagsgebäudes fanden während der 13. Wahlperiode in Berlin manche Ausschuss- und Unterausschuss- sowie Fraktionssitzungen statt. Darüber hinaus erschien es zweckmäßig, auch Sitzungen von Enquete-Kommissionen in Berlin durchzuführen, darunter z. B. Sitzungen der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“.
Seit dem offiziellen Umzug des Parlaments in der Sommerpause 1999 finden die Plenarsitzungen nur noch in Berlin statt.

Ermittelt wurden von der Verwaltung des Deutschen Bundestags, Dienststelle Berlin 1, folgende Sitzungen in Berlin:

Wahlperiode	Plenarsitzungen	Ältestenratssitzungen	Präsidiumssitzungen	Ausschuss- und Unterausschusssitzungen	Fraktions- und Fraktionsvorstandssitzungen bzw. Gruppensitzungen	Arbeitskreis- und Arbeitsgruppensitzungen der Fraktionen	Sitzungen insgesamt
13. WP 1994-1998	1[1]	0	0	36	56[2]	156	249

□ Angaben zu den Tagungsstätten des Bundestages in Bonn, Berlin sowie in Köln für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.1.

□ Angaben zur Präsenz des Bundestages in Berlin für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 7.3.

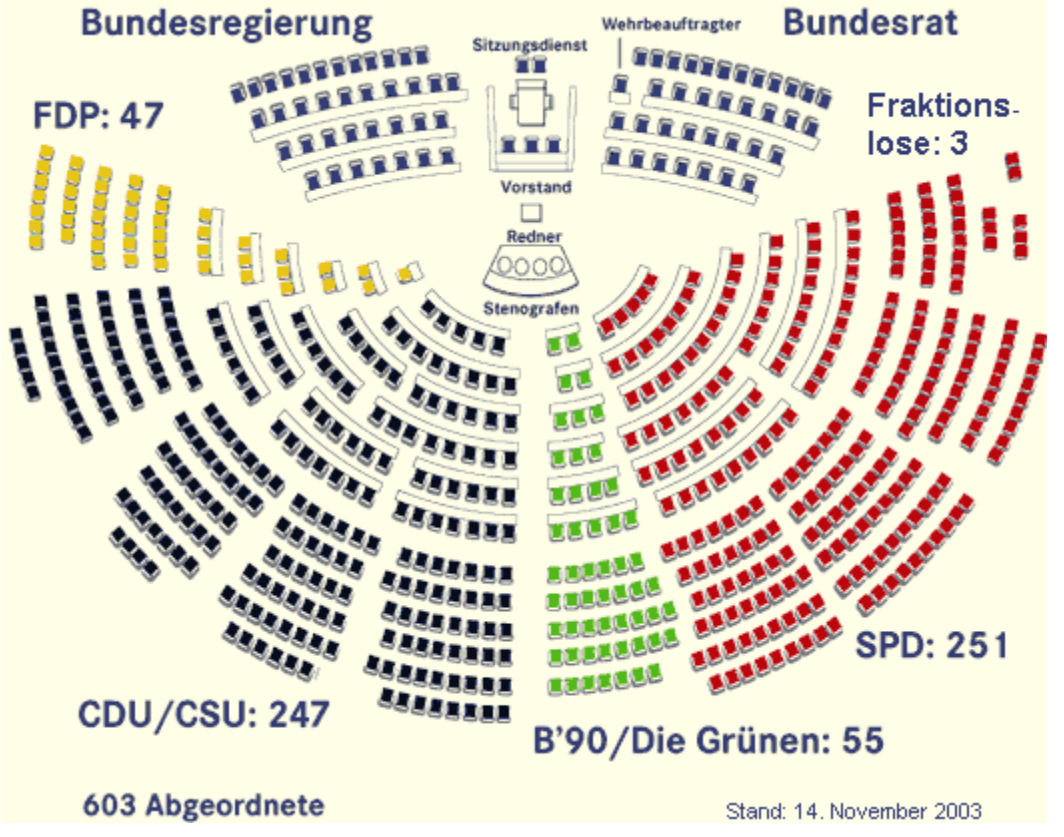
7.2 Sitzordnung im Plenum

Die Sitzordnung der Fraktionen im Plenum des Deutschen Bundestages beruht letztlich auf Entwicklungen, die sich bis zur Französischen Revolution zurückverfolgen lassen. Nach dem Sturz Napoleons I. bildete sich in der französischen Deputiertenkammer die klassische Unterscheidung in „links“ und „rechts“, indem der Adel den Ehrenplatz zur Rechten des Präsidenten beanspruchte, während der dritte Stand zu seiner Linken saß. Aus dieser – anfänglich nur protokollarisch bedingten – Sitzordnung heraus entstand die Bezeichnung politischer Parteien. In dem Maße jedoch, in dem sich die Parteien in den letzten Jahrzehnten zu demokratischen Integrationsparteien entwickelten, ist das klassische Rechts-Links-Schema zweifelhaft geworden. Deshalb ist auch die Sitzordnung im Plenum des Bundestages, die sich noch an

[1] Konstituierende Sitzung des 13. Bundestages; zugleich letzte Sitzung bis zur Eröffnung des umgebauten Reichstagsgebäudes am 19. April 1999.
[2] Davon: CDU/CSU 9; SPD 16; FDP 14; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 6, Gruppe der PDS 11.

dem Rechts-Links-Schema orientiert, nicht von vornherein ein Indiz für die von diesen Parteien aktuell vertretene Politik[1].

Die Fraktionen des 15. Deutschen Bundestages (hier: Stand 14. November 2003) nehmen folgende Sitzordnung ein:



Während einer Debatte kann jeder Abgeordnete innerhalb seiner Fraktion jeden beliebigen Platz einnehmen, der nicht besetzt ist. Seit September 1986 wird auf eine Sitzordnung innerhalb der Fraktionen verzichtet. Lediglich für die Mitglieder des Fraktionsvorstandes und für die Parlamentarischen Geschäftsführer gibt es nach wie vor feste Plätze in den vorderen Bänken.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.2.

[1] *Heinrich Oberreuter*, Artikel „Sitzordnung". In: Handbuch des deutschen Parlamentarismus. Hrsg. von *Hans-Helmut Röhring* und *Kurt Sontheimer*. München 1970. S. 446-448.

7.3 Plenarsitzungen: Statistik

Die Angaben über die Anzahl der Plenarsitzungen ermöglichen im Vergleich mit den Sitzungszeiten des Plenums und den Seitenzahlen der Stenographischen Berichte (Plenarprotokolle) ansatzweise, das Ausmaß der Plenararbeit (d. h. der Parlamentsarbeit in den öffentlichen Plenarsitzungen) abzulesen.

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
Plenarsitzungen	248	253
Gesamtsitzungszeit (in Stunden : Minuten)	1863:37	1998:47
Sitzungszeit abzüglich Unterbrechungen (in Stunden : Minuten)	1833:20	1966:29
Durchschnittliche Dauer pro Sitzung[1] (in Stunden : Minuten)	7:24	7:46
Durchschnittliche Sitzungszeit pro Arbeitsjahr (in Stunden : Minuten)	458:20	491:37
Seitenzahl der Stenographischen Berichte	23 176	25 633
Zahl der Regierungserklärungen[2]	46	60
Erklärungen zum Regierungsprogramm mit Aussprache – Dauer in Tagen – Dauer in Stunden	 3 25 ¾	 4 29
Ausschluss der Öffentlichkeit (Zahl der Fälle)[3]	0	0

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.3.

7.4 Sondersitzungen

Für den Begriff Sondersitzung gibt es weder in der Geschäftsordnung des Bundestages noch an anderer Stelle eine Definition oder Abgrenzung. In diesem Kapitel werden als Sondersitzungen jene Plenarsitzungen aufgeführt, die auf Grund des Artikels 39 Abs. 3 GG außerhalb des im Ältestenrat vereinbarten Zeitplans einberufen wurden, also während einer sitzungsfreien Woche und insbesondere während der Weihnachts-, Oster- und Sommerpause des Parlaments. Auf Grund des Artikels 39 Abs. 3 Satz 3 GG können ein Drittel der Mitglieder des Bundestages, der Bundespräsident oder der Bundeskanzler die Einberufung des Bundestages verlangen; der Bundestagspräsident ist verpflichtet, diesem Verlangen zu entsprechen.

[1] Bei der durchschnittlichen Sitzungsdauer ist zu berücksichtigen, dass hierunter sowohl Plenarsitzungen fallen, die nur 60 oder 90 Minuten dauern und nur einen Tagesordnungspunkt (Fragestunde) enthalten, als auch solche, die sich z. B. am Donnerstag von 9.00 Uhr an bis in die Abendstunden erstrecken.

[2] Einzelheiten vgl. Kapitel 6.11 Zusammenstellung sämtlicher Regierungserklärungen.

[3] Vgl. Artikel 42 Abs. 1 GG: „Der Bundestag verhandelt öffentlich. Auf Antrag eines Zehntels seiner Mitglieder oder auf Antrag der Bundesregierung kann mit Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Über den Antrag wird in nichtöffentlicher Sitzung entschieden.“

Gemäß Artikel 39 Abs. 3 Satz 2 GG in Verbindung mit § 21 GOBT kann auch der Bundestagspräsident den Bundestag früher einberufen, als dies vereinbart war. In der 1. bis 12. Wahlperiode wurden insgesamt 28 Sondersitzungen einberufen.

Nicht in der Aufstellung enthalten sind Gedenksitzungen und Sonderveranstaltungen, die – in der Regel ohne Zählung der laufenden Sitzungsnummer – in einer Sitzungswoche stattfanden; diese Sitzungen sind eigens im Kapitel 7.18 zusammengestellt.

Wahl-periode	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung	Antrag-steller	Bemerkungen
13. WP 1994-1998	a) 49. b) 13.7.1995 c) 3 Std. u. 52 Min.	1) Vereinbarte Debatte zum Jahressteuergesetz 1996 2) Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Jahressteuergesetz 1996 Zusätzlich als Tagesordnungspunkte: 1. Aktuelle Stunde betr. beabsichtigte Wiederaufnahme der Atombombenversuche in der Südsee durch Frankreich 2. Antrag der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN: Drohende Wiederaufnahme der französischen Atombombenversuche im Südpazifik	CDU/CSU und FDP	Vor Eintritt in die Tagesordnung: Erklärung der Bundestagspräsidentin zur Lage in Bosnien
	a) 118. b) 9.7.1996 c) 1 Std. u. 45 Min.	3. Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Umsetzung des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung in den Bereichen der Rentenversicherung und Arbeitsförderung (Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz) Zusatzpunkt: Antrag der SPD-Fraktion: Erweiterung des Untersuchungsauftrags des 2. Untersuchungsausschusses	CDU/CSU und FDP	
	a) 119. b) 29.8.1996 c) 3 Std. u. 57 Min.	Vereinbarte Debatte zu den Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzen, zum Arbeitsrechtlichen Beschäftigungsförderungsgesetz, zum Gesetz zur Begrenzung der Bezügefortzahlung bei Krankheit, zum Beitragsentlastungsgesetz, zum Krankenhaus-Neuordnungsgesetz 1997, zum GKV-Weiterentwicklungsgesetz und zum Achten Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch sowie die Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zu diesen acht Gesetzen	CDU/CSU, SPD und FDP	
	a) 133. b) 30.10.1996 c) 2 Std. u. 14 Min.	Antrag der SPD-Fraktion betr. Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts	SPD	

Wahl-periode	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung	Antrag-steller	Bemerkungen
noch: 13. WP 1994-1998	a) 176. b) 16.5.1997 c) 2 Std. u. 57 Min.	Vereinbarte Debatte zu den Ergebnissen der neuesten Steuerschätzungen	SPD	
	a) 186. b) 5.8.1997 c) 3 Std. u. 42 Min.	1) Erklärung der Bundesregierung zur Hochwasserkatastrophe an der Oder und zu den Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung in Verbindung mit TOP 1: Vereinbarte Debatte zur Hochwasserkatastrophe an der Oder 2) Vereinbarte Debatte zu Steuern und Arbeitsplätzen sowie Erste Beratung des Entwurfs eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28 GG)	CDU/ CSU, FDP	Die beantragte Tagesordnung betraf Punkt 2).
	a) 248. b) 16.10.1998 c) 3 Std. u. 48 Min.	Abgabe einer Erklärung durch die Bundesregierung in Verbindung mit dem Antrag der Bundesregierung betr. deutsche Beteiligung an den von der NATO geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt	Bundeskanzler	
14. WP 1998-2002	a) 32. b) 15.4.1999 c) 4 Std. u. 26 Min.	Abgabe einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers „Aktuelle Lage im Kosovo“	SPD	
	a) 41. b) 8.6.1999 c) 5 Std. u. 4 Min.	Abgabe einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers „Ergebnisse des Europäischen Rates am 3. und 4. Juni 1999 in Köln und zum Stand der Friedensbemühungen im Kosovo-Konflikt“	Bundeskanzler	
	a) 42. b) 10.6.1999 c) 3 Std. u. 22 Min.	Beratung des Antrags der Bundesregierung „Deutsche Beteiligung an einer internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo zur Gewährleistung eines sicheren Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen Absicherung einer Friedensregelung für das Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999“	SPD	Der beantragte TOP wurde auf die Tagesordnung der 43. Sitzung gesetzt, da die Verhandlungen über die Friedensregelungen noch andauerten.
	a) 184. b) 29.8.2001 c) 3 Std. u. 32 Min.	Beratung des Antrags der Bundesregierung „Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium zum Einsammeln und Zerstören der Waffen, die durch die ethnisch albanischen bewaffneten Gruppen freiwillig abgegeben werden“	Bundeskanzler	

Wahl-periode	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung	Antrag-steller	Bemerkungen
noch: 14. WP 1998-2002	a) 187. b) 19.9.2001 c) 4 Std. u. 10 Min.	Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler „Terroranschläge in den USA und Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie der NATO“	Bundes-kanzler	
	a) 210. b) 22.12.2001 c) 3 Std. u. 3 Min.	Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan auf der Grundlage der Resolution 1386 (2001), 1383 (2001) und 1378 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen	Bundes-kanzler	
	a) 250. b) 25.7.2002 c) 1 Std. u. 44 Min.	1) Eidesleistung des Bundesminister der Verteidigung *Peter Struck* (SPD) 2) Abgabe einer Regierungserklärung „Zur Lage der Bundeswehr und ihrer Aufgaben im Rahmen der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland“	Bundes-kanzler	Die beantragte Tages-ordnung betraf Punkt 1).
	a) 251. b) 29.8.2002 c) 3 Std. u. 52 Min	1) Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler „Den Opfern helfen – Gemeinsinn stärken: Maßnahmen zur Bewältigung der Hochwasserkatastrophe“ 2) Erste Beratung des von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Flutopfersolidaritätsgesetzes	SPD und B 90/ DIE GRÜNEN	Die beantragte Tages-ordnung betraf Punkt 1) und 2).
15. WP 2002-		–[1]		

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.5.

7.5 Reden ausländischer Gäste vor den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

Das Rederecht im Deutschen Bundestag ist auf wenige Personenkreise beschränkt:

– Rederecht haben die zum Bundestag gewählten Abgeordneten;
– Redeprivileg besitzen die Mitglieder des Bundesrates und der Bundesregierung sowie ihre Beauftragten;
– der Redepflicht auf besonderes Verlangen (nachträglich 1965 eingeführt) unterliegt der Wehrbeauftragte des Bundestages.

[1] Stand: 31. März 2003.

Darüber hinaus hat der Bundestag keine Rechtsgrundlage Nichtparlamentariern Rederecht zu gewähren. Sofern bisher in seltenen Ausnahmefällen Nichtparlamentarier bzw. nicht nach Art. 43 GG Privilegierte im Plenarsaal des Bundestages gesprochen haben – vor allem ausländische Gäste und Redner zum Gedenken an den 17. Juni oder besonderen Gedenksitzungen und Feierakten (vgl. Kapitel 7.18) –, geschah dies außerhalb einer regulären Plenarsitzung oder außerhalb der Tagesordnung. D. h. der Bundestag hat für entsprechende Ansprachen entweder seine Sitzung oder seine Beratungen (gegebenenfalls stillschweigend) unterbrochen oder es handelte sich um eine eigens zu diesem Zweck einberufene Sitzung des Bundestages.
Die Einzelheiten gehen aus der folgenden Übersicht hervor, in der auch die Sonderfälle erwähnt sind, in denen sonstige Personen seit der 13. Wahlperiode vor dem Deutschen Bundestag gesprochen haben:

13. Wahlperiode 1994-1998

W adis aw Bartoszewski, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen, am 28. März 1995 zum Gedenken an den 8. Mai 1945.

Ezer Weizmann, Präsident des Staates Israel, am 16. Januar 1996.

Nelson Mandela, Präsident der Republik Südafrika, am 22. Mai 1996.

Václav Havel, Präsident der Tschechischen Republik, am 24. Mai 1997, anlässlich der deutsch-tschechischen Erklärung.

14. Wahlperiode 1998-2002

Najma Heptulla, Präsidentin a.i. des Rates der Interparlamentarischen Union und Vizepräsidentin des indische Oberhauses, am 7. September 1999 während des Festaktes „50 Jahre Deutscher Bundestag“.

George Bush, ehemaliger Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, am 9. November 1999 anlässlich der Sonderveranstaltung des Deutschen Bundestages „10. Jahrestag des Falls der Mauer“.

Michail Gorbatschow, ehemaliger Präsidiumsvorsitzender des Obersten Sowjets und ehem. erster sowjetischer Präsident, am 9. November 1999 anlässlich der Sonderveranstaltung des Deutschen Bundestages „10. Jahrestag des Falls der Mauer“.

Jacques Chirac, Präsident der französischen Republik, am 27. Juni 2000.

Wladimir Putin, Präsident der Russischen Föderation, am 25. September 2001.

Bronislaw Geremek, ehemaliger Außenminister der Republik Polen, am 28. Januar 2002 anlässlich der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“[1].

Kofi Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen, am 28. Februar 2002.

George W. Bush, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, am 23. Mai 2002.

Jorge Semprún, ehemaliger Kulturminister des Königreichs Spanien, am 27. Januar 2003 anlässlich der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“[2].

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.6.

[1] Vgl. Kapitel 7.18: Gedenksitzungen und Sonderveranstaltungen.
[2] Vgl. ebd.

7.6 Redner im Plenum

Zahl der Plenarreden

Seit 1976 wird mit Hilfe von Datenbanken der Bundestagsverwaltung, Referat Sach- und Sprechregister, die Zahl der in einer Wahlperiode im Bundestagsplenum gehaltenen Reden ermittelt.

Wahlperiode	Zahl der Plenarreden
8. WP 1976-1980	3 952
9. WP 1980-1983	2 215
10. WP 1983-1987	7 534
11. WP 1987-1990	8 810
12. WP 1990-1994	9 738
13. WP 1994-1998	9 873
14. WP 1998-2002	11 182

Die häufigsten Redner im Plenum

In den folgenden Aufstellungen sind die 25 häufigsten Redner des Bundestages der 13. und 14. Wahlperiode aufgeführt. Berücksichtigt sind alle sog. „klassischen“ Reden sowie Wortmeldungen gemäß § 29, 30 und 31 GOBT. Die Verzeichnisse der häufigsten Redner sind nicht beschränkt auf die Mitglieder des Bundestages, sondern ausgeweitet auf Mitglieder und Beauftragte der Bundesregierung und des Bundesrates mit Rederecht im Bundestag. Gezählt wurden somit alle Debattenbeiträge in der Aussprache, aber auch Wortmeldungen von Abgeordneten als Berichterstatter sowie Wortmeldungen zur Geschäftsordnung und zur Abgabe von Erklärungen. In der Zählung sind dagegen **nicht** enthalten: Zwischenfragen an einen Redner, Zwischenbemerkungen in der Aussprache, Zusatzfragen in der Fragestunde und entsprechend alle Antworten von Regierungsmitgliedern oder Parlamentarischen Staatssekretären während der Fragestunde und der Regierungsbefragung, ferner Erklärungen des amtierenden Präsidenten im Namen des Bundestages.

Quelle: Sach- und Sprechregister

13. Wahlperiode 1994-1998

Anzahl der Reden gemäß § 29, 30 und 31 GOBT	davon: Anzahl der „klassischen“ Reden	Redner	Funktion
102	91	*Gregor Gysi* (PDS)	Vorsitzender der Gruppe PDS
83	82	*Gisela Babel* (FDP)	Vorsitzende des AK Arbeits-, Sozial-, Jugend-, Frauen-, Familien-, Senioren und Gesundheitspolitik
79	79	*Norbert Blüm* (CDU)	Bundesminister
77	74	*Volker Beck* (B 90/DIE GRÜNEN)	
75	69	*Petra Bläss* (PDS)	
69	68	*Rudolf Scharping* (SPD)	Fraktionsvorsitzender
69	68	*Andrea Fischer* (B 90/DIE GRÜNEN)	bis Oktober 1996 Koordinatorin des AK Frauen, Arbeit und Soziales, Jugend und Gesundheit
68	63	*Ulla Jelpke* (PDS)	
67	47	*Dagmar Enkelmann* (PDS)	bis August 1995 Stellv. Parlamentarische Geschäftsführerin, ab August 1995 Parlamentarische Geschäftsführerin
66	59	*Gerald Häfner* (B 90/DIE GRÜNEN)	
65	55	*Uwe-Jens Heuer* (PDS)	
64	64	*Klaus Kinkel* (FDP)	Bundesminister
63	63	*Günter Rexrodt* (FDP)	Bundesminister
62	62	*Rita Süssmuth* (CDU)	Bundestagspräsidentin
62	58	*Joseph Fischer* (B 90/DIE GRÜNEN)	Sprecher der Fraktion
59	59	*Theodor Waigel* (CSU)	Bundesminister
59	39	*Jörg van Essen* (FDP)	Parlamentarischer Geschäftsführer
58	48	*Klaus-Jürgen Warnick* (PDS)	
57	56	*Heidi Knake-Werner* (PDS)	Stellv. Vorsitzende der Gruppe PDS und Leiterin des Arbeitsbereichs: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
56	53	*Eva-Maria Bulling-Schröter* (PDS)	
55	53	*Birgit Homburger* (FDP)	
53	52	*Rolf Köhne* (PDS)	
52	52	*Ruth Fuchs* (PDS)	seit August 1995 Stellv. Parlamentarische Geschäftsführerin
52	45	*Barbara Höll* (PDS)	Stellv. Parlamentarische Geschäftsführerin
51	51	*Edzard Schmidt-Jortzig* (FDP)	seit Januar 1996 Bundesminister

14. Wahlperiode 1998-2002

Anzahl der Reden gemäß § 29, 30 und 31 GOBT	davon: Anzahl der „klassischen“ Reden	Redner	Funktion
94	94	*Joseph Fischer* (B 90/DIE GRÜNEN)	Bundesminister
73	72	*Wolfgang Gehrcke* (PDS)	Stellv. Fraktionsvorsitzender
73	73	*Eva Bulling-Schröter* (PDS)	umweltpolitische Sprecherin, seit Januar 2002 Leiterin der AG Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt, Energie, Technologie, Bauen, Wohnen, Verkehr
72	72	*Volker Beck* (B 90/DIE GRÜNEN)	Koordionator des AK Innen, Recht, Frauen, und Jugend
72	72	*Thea Dückert* (B 90/DIE GRÜNEN)	seit Februar 2001 Koordionatorin des AK Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Finanzen
71	58	*Roland Claus* (PDS)	von Oktober 1998 bis Oktober 2000 Parlamentarischer Geschäftsführer; seit Oktober 2000 Fraktionsvorsitzender
69	67	*Barbara Höll* (PDS)	Stellv. Parlamentarische Geschäftsführerin und Vorsitzende der AG Finanzen/Haushalt/Steuern
67	61	*Katrin Dagmar Göring-Eckardt* (B 90/DIE GRÜNEN)	Parlamentarische Geschäftsführerin bzw. seit Februar 2002 Erste Parlamentarische Geschäftsführerin
66	65	*Hans-Christian Ströbele* (B 90/DIE GRÜNEN)	
65	65	*Wolfgang Thierse* (SPD)	Bundestagspräsident[1]
64	64	*Rainer Funke* (FDP)	
61	61	*Franziska Eichstädt-Bohlig* (B 90/DIE GRÜNEN)	bis März 2001 Koordinatorin des AK Umwelt, Infrastruktur, Ernährung, Bildung, Tourismus und Sport
60	49	*Jörg van Essen* (FDP)	Parlamentarischer Geschäftsführer
57	56	*Gregor Gysi* (PDS)	bis 2000 Fraktionsvorsitzender; als MdB ausgeschieden am 1. Februar 2002
57	54	*Friedrich Merz* (CDU)	Stellv. Fraktionsvorsitzender, seit Februar 2000 Fraktionsvorsitzender
56	56	*Gerhard Schröder* (SPD)	Bundeskanzler
54	43	*Jürgen Koppelin* (FDP)	Parlamentarischer Geschäftsführer
53	53	*Evelyn Kenzler* (PDS)	bis Mai 1999 Leiterin der AG Recht
53	53	*Walter Riester* (SPD)	Bundesminister, kein MdB
52	52	*Birgit Homburger* (FDP)	

[1] Vgl. dazu auch das nachfolgende Kapitel 7.7.

noch: 14. Wahlperiode

Anzahl der Reden gemäß § 29, 30 und 31 GOBT	davon: Anzahl der „klassischen“ Reden	Redner	Funktion
52	52	*Christine Scheel* (B 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzende des Finanzausschusses
52	52	*Albert Schmidt* (B 90/DIE GRÜNEN)	seit März 2001 Koordinator des AK Umwelt, Infrastruktur, Ernährung, Bildung, Tourismus und Sport
51	51	*Hans Eichel* (SPD)	Bundesminister, kein MdB
51	51	*Christa Luft* (PDS)	Stellv. Fraktionsvorsitzende
51	50	*Max Stadler* (FDP)	

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.7.

7.7 Reden und Ansprachen des Bundestagspräsidenten im Plenum

Im Rahmen seiner Repräsentationspflichten hält der Bundestagspräsident zu verschiedenen Anlässen im Namen des Bundestages Ansprachen und gibt Erklärungen und Stellungnahmen ab. Im Plenum geschieht dieses, wenn er Gäste auf der Besuchertribüne begrüßt, den Abgeordneten zum Geburtstag gratuliert, oder im Todesfalle eines Abgeordneten bzw. bei Katastrophen und Unglücken seine Anteilnahme bekundet. Selten hält der Präsident eine Ansprachen zu Beginn einer Plenardebatte. Darüber hinaus ergreift der Bundestagspräsident gelegentlich auch das Wort während einer Aussprache im Plenum in seiner Eigenschaft als Abgeordneter. Diese wenigen parlamentsbezogenen Reden sind in diesem Kapitel aufgeführt. Sie sind deswegen so selten, weil der Bundestagspräsident den gesamten Bundestag repräsentieren soll und zu unparteiischer Geschäftsführung verpflichtet ist, andererseits aber dennoch Mitglied einer Fraktion ist und politisch gebundener Abgeordneter bleibt, der sich wie alle anderen Parlamentarier auch, um Wähler, Wahlkreis, Parteipolitik bis hin zur eventuellen Wiederwahl zu kümmern hat. Es wird darauf geachtet, dass die Wortmeldung eines Bundestagspräsidenten nicht zu einem geschäftsordnungsmäßigen Problem führt. So übernimmt er den Vorsitz im Plenum erst, nachdem die Beratung des entsprechenden Tagesordnungspunktes beendet ist.

Wahl-periode	Bundestags-Präsident/in	lfd. Nr.	Sitzung Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes
13. WP 1994–1998	*Rita Süssmuth*	1	22. Sitz. 17.2.1995	Letzte Rednerin in der verbundenen Aussprache über Gesetzentwürfe zur Änderung des Sexualstrafrechts. Vorsitz während der Rede: Vizepräsident *Burkhard Hirsch*.
		2	23. Sitz. 8.3.1995	Erste Rednerin in der Aussprache zur vereinbarten Debatte „Internationaler Frauentag“. Vorsitz während der Rede: Vizepräsident *Hans-Ulrich Klose*.
		3	47. Sitz. 29.6.1995	Letzte Rednerin in der verbundenen Aussprache über Gesetzentwürfe zum Schwangerschaftsabbruch. Vorsitz während der Rede: Vizepräsident *Burkhard Hirsch*.

Wahl-periode	Bundestags-Präsident/in	lfd. Nr.	Sitzung Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes
noch: 13. WP 1994–1998		4	47. Sitz. 29.6.1995	Erste Rednerin in der verbundenen Aussprache zur Beschlussempfehlung und zum Bericht des Ältestenrates zu den Empfehlungen der Kommission des Ältestenrates für die Rechtsstellung der Abgeordneten in den Vorlagen vom 16. Juni 1995. Vorsitz während der Rede: Vizepräsident *Hans Klein.*
		5	55. Sitz. 21.9.1995	Erste Rednerin in der verbundenen Aussprache zum Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes und weiteren Vorlagen zur Parlamentsreform. Vorsitz während der Rede: Vizepräsident *Hans Klein.*
		6	64. Sitz. 26.10.1995	Letzte Rednerin in der Aussprache zum Antrag der Fraktion der SPD betr. Frauenförderung in der Europäischen Union. Vorsitz während der Rede: Vizepräsident *Hans Klein.*
		7	75. Sitz. 1.12.1995	Siebente (vorletzte) Rednerin in der Aussprache zum Gesetzentwurf zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten. Vorsitz während der Rede: Vizepräsidentin *Antje Vollmer*.
		8	98. Sitz. 18.4.1996	Sechzehnte (drittletzte) Rednerin in der verbundenen Aussprache zur Vierten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen vom 4. bis 15. September 1995 in Peking. Vorsitz während der Rede: Vizepräsidentin *Antje Vollmer*.
		9	99. Sitz. 19.4.1996	12. Rednerin in der verbundenen Aussprache zum Gesetzentwurf über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen (Transplantationsgesetz). Vorsitz während der Rede: Vizepräsident *Hans-Ulrich Klose.*
		10	104. Sitz. 9.5.1996	Letzte Rednerin in der verbundenen Aussprache zur vereinbarten Debatte: Mahnmal für die ermordeten Juden Europas. Vorsitz während der Rede: Vizepräsident *Hans Klein.*
		11	145. Sitz. 5.12.1996	Sechste Rednerin in der Aussprache zur Großen Anfrage: Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft in Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN: Freiwilliges soziales Engagement fördern und zur Selbsttätigkeit ermutigen. Vorsitz während der Rede: Vizepräsidentin *Antje Vollmer*.
		12	160. Sitz. 27.2.1997	Sechste Rednerin in der Aussprache zum TOP: Frauenpolitische Debatte. Vorsitz während der Rede: Vizepräsidentin *Antje Vollmer*.
		13	175. Sitz. 15.5.1997	Achte Rednerin in der Aussprache zur zweiten und dritten Beratung zum Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes zur Schaffung eines einheitlichen Straftatbestands für Vergewaltigung und sexuelle Nötigung in der Ehe (§§ 177 ff. StGB). Vorsitz während der Rede: Vizepräsidentin *Antje Vollmer*.
		14	183. Sitz. 25.6.1997	23. Rednerin in der verbundenen Aussprache zur zweiten und dritten Beratung zum Gesetzentwurf über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen (Transplantationsgesetz). Vorsitz während der Rede: Vizepräsidentin *Antje Vollmer*.
		15	237. Sitz. 27.5.1998	Letzte Rednerin in der Aussprache zur vereinbarten Debatte zum 150. Jahrestag der verfassungsgebenden Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche. Vorsitz während der Rede: Vizepräsidentin *Michaela Geiger.*

Wahl-periode	Bundestags-Präsident/in	lfd. Nr.	Sitzung Datum	Tagesordnungspunkt/ Regelung des Vorsitzes
noch: 13. WP 1994–1998		16	240. Sitz. 17.6.1998	Ansprache zum „nationalen Gedenktag des 17. Juni“ zu Beginn der Aussprache zur Beratung des Schlussberichts der Enquete Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“. Vorsitz während der Ansprache: Präsidentin *Rita Süssmuth.*
14. WP 1998–2002	*Wolfgang Thierse*	1	14. Sitz. 10.12.1998	Ansprache zu Beginn der Aussprache zur vereinbarten Debatte „50 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“. Vorsitz während der Ansprache: Präsident *Wolfgang Thierse*[1].
		2	48. Sitz. 25.6.1999	Erster Redner in der verbundenen Aussprache zur vereinbarten Debatte: Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Juden Europas. Vorsitz während der Rede: Vizepräsident *Hermann Otto Solms.*
		3	50. Sitz. 1.7.1999	Erster Redner in der Aussprache zur vereinbarten Debatte: 50 Jahre Demokratie - Dank an Bonn. Vorsitz während der Rede: Vizepräsidentin *Anke Fuchs*.
		4	97. Sitz. 5.4.2000	Elfter Redner in der Aussprache zur Beratung des Antrags der Abg. *Norbert Lammert*, *Ulrich Adam* u. a. zur Realisierung des Kunstwerkes „Der Bevölkerung“ von *Hans Haacke*. Vorsitz während der Rede: Vizepräsidentin *Petra Bläss.*
		5	121. Sitz. 28.9.2000	Erster Redner in der verbunden Aussprache zur vereinbarten Debatte: Für Toleranz und Menschlichkeit – gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt in Deutschland. Vorsitz während der Rede: Vizepräsidentin *Anke Fuchs*.
		6	247. Sitz. 3.7.2002	Erster Redner in der Aussprache zur vereinbarten Debatte: Gewalt und Gesellschaft – Ursachen erkennen, Werte vermitteln, friedliches Zusammenleben stärken. Vorsitz während der Rede: Vizepräsidentin *Antje Vollmer*.
		7	248. Sitz. 4.7.2002	Siebenter Redner in der Aussprache zur Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien zu dem Thema „Historische Mitte Berlin“ (Nutzungskonzept für das Areal des ehemaligen Berliner Schlosses). Vorsitz während der Rede: Vizepräsidentin *Anke Fuchs*.
15. WP 2002–	*Wolfgang Thierse*	–	–	–[2]

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.8.

[1] Aufgrund einer interfraktionellen Vereinbarung hielt *Thierse* in seiner Eigenschaft als Präsident diese Ansprache.
[2] Stand: 31. März 2003.

7.8 Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern

Nach Art. 43 Abs. 2 GG haben „die Mitglieder des Bundesrates und der Bundesregierung sowie ihre Beauftragten [...] zu allen Sitzungen des Bundestages und seiner Ausschüsse Zutritt. Sie müssen jederzeit gehört werden“.
Dieses unbestrittene Rederecht wird so mit der Redeordnung des Bundestages harmonisiert, dass Beiträge von der Bundesratsbank in das Redezeitkontingent der jeweils politisch entsprechenden Bundestagsfraktion übernommen werden. Entsprechendes gilt auch für Redebeiträge von Bundesministern.
In der folgenden Tabelle ist die Inanspruchnahme des Rederechts aus Art. 43 Abs. 2 GG – beschränkt auf die Wortmeldungen im Plenum – durch die Bundesratsmitglieder in der 13. und 14. Wahlperiode des Bundestages dargestellt. Zu Protokoll gegebene Reden wurden nicht berücksichtigt.

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
Zahl der Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern	146	122
davon:		
Berichterstattungen für den Vermittlungsausschuss	0	0
demnach Ausübungen des Rederechts nach Art. 43 Abs. 2 GG (Zahl der Wortmeldungen)	146	122
– davon durch Bundesratsmitglieder	96	88
(in Klammern: Ministerpräsidenten)	(56)	(44)
– davon stellvertretende Bundesratsmitglieder	50	34
– davon durch Nichtmitglieder des Bundesrates	0	0
Zahl der Redner nach Art. 43 Abs. 2 GG	73	65
– davon durch Bundesratsmitglieder	38	46
(in Klammern: Ministerpräsidenten)	(14)	(17)
– davon stellvertretende Bundesratsmitglieder	35	19
– davon durch Nichtmitglieder des Bundesrates	0	0
Aufgliederung der Wortmeldungen nach der Landeszugehörigkeit der Redner[1]		
Baden-Württemberg (6)	6	11
Bayern (6)	22	29
Berlin (4)	13	12
Brandenburg (4)	5	5
Bremen (3)	1	0
Hamburg (3)	8	4
Hessen (5)	9	7
Mecklenburg-Vorpommern (3)	4	8
Niedersachsen (6)	14	2
Nordrhein-Westfalen (6)	13	10
Rheinland-Pfalz (4)	4	0
Saarland (3)	21	4
Sachsen (4)	9	5
Sachsen-Anhalt (4)	10	5
Schleswig-Holstein (4)	3	7
Thüringen (4)	4	13

Quelle: Verwaltung Deutscher Bundestag, Referat Sach- und Sprechregister.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.9.

[1] Hinter dem Namen des jeweiligen Landes ist in Klammern die Zahl seiner Stimmen im Bundesrat vermerkt. Rechtsgrundlage für die Stimmenzahl der Länder im Bundesrat ist Art. 51 Abs. 2 GG.

7.9 Vereinbarte Debatten

Seit der 10. Wahlperiode (1983–1987) ist im Plenum des Bundestages eine Debattenform gebräuchlich, für die sich die Bezeichnung „Vereinbarte Debatte“ eingebürgert hat. Es handelt sich um Aussprachen über ein bestimmtes Thema ohne eine Vorlage oder eine Regierungserklärung als Beratungsgegenstand. Die in der 13., 14. und beginnenden 15. Wahlperiode nachgewiesenen „Vereinbarten Debatten“ sind im Folgenden aufgelistet.

Wahl-periode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema
13. WP 1994–1998	1	12.	19.1.1995	Lage in Tschetschenien
	2	17.	8.2.1995	Strukturreform der ARD
	3	23.	8.3.1995	Internationaler Frauentag
	4	33.	26.4.1995	9. Jahrestag des atomaren Unfalls in Tschernobyl
	5	41.	1.6.1995	Kennzeichnungspflicht gentechnisch hergestellter oder manipulierter Lebensmittel und Lebensmittelzusatzstoffe
	6	44.	22.6.1995	Arbeit der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“
	7	49.	13.7.1995	Jahressteuergesetz 1996
	8	58.	28.9.1995	Luft- und Raumfahrtindustrie in Deutschland (DASA)
	9	64.	26.10.1995	Frauenförderung in der Europäischen Union
	10	77.	7.12.1995	Tag der Menschenrechte
	11	88.	28.2.1996	Vergleichsantrag der Bremer Vulkan
	12	95.	14.3.1996	Parlamentarische Behandlung des Jahresgutachtens 1996 des Sachverständigenrates für Umweltfragen
	13	104.	9.5.1996	Mahnmal für die ermordeten Juden Europas
	14	109.	12.6.1996	Ergebnisse der NATO-Frühjahrstagung in Berlin und die Perspektiven für gemeinsame Sicherheit in Europa
	15	119.	29.8.1996	Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetze, Arbeitsrechtliches Beschäftigungsförderungsgesetz, Gesetz zur Begrenzung der Bezügefortzahlung bei Krankheit, Beitragsentlastungsgesetz, Krankenhaus-Neuordnungsgesetz 1997, GKV-Weiterentwicklungsgesetz und Achtes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch
	16	123.	13.9.1996	Wachstums- und Beschäftigungsförderungs-Ergänzungsgesetz, Gesetz zur Begrenzung der Bezügefortzahlung bei Krankheit, Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz, Arbeitsrechtliches Beschäftigungsförderungsgesetz, Beitragsentlastungsgesetz und Achtes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch
	17	128.	10.10.1996	Europapolitik und Sondergipfel am 5. Oktober 1996
	18	128.	10.10.1996	Deutsche Einheit
	19	148./ 149.	12./13.12.1996	Substanzsteuern
	20	155.	31.1.1997	Arbeitsmarktsituation und Wirtschaftswachstum

Wahl-periode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema
noch: 13. WP 1994–1998	21	164.	14.3.1997	Beschäftigungssituation und Perspektiven des Steinkohlebergbaus
	22	169.	17.4.1997	Iran-Politik
	23	176.	16.5.1997	Ergebnisse der neuesten Steuerschätzung
	24	181.	12.6.1997	Gesundheitspolitik
	25	186.	5.8.1997	Steuern und Arbeitsplätze
	26	186.	5.8.1997	Hochwasserkatastrophe an der Oder
	27	195.	2.10.1997	Maßnahmen für mehr Beschäftigung in Deutschland
	28	209.	10.12.1997	Vortrag des Rechtsextremisten *Manfred Roeder* an der Führungsakademie der Bundeswehr im Jahre 1995
	29	210.	11.12.1997	Post
	30	210.	11.12.1997	Stabile Rentenbeiträge
	31	219.	12.2.1998	Lage im Irak
	32	237.	27.5.1998	150. Jahrestag der Verfassunggebenden Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche
	33	237.	27.5.1998	Sicherheit von Castor-Transporten
14. WP 1998–2002	1	14.	14.12.1998	50 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
	2	25.	4.3.1999	Internationaler Frauentag
	3	30.	25.3.1999	Beteiligung der Bundeswehr am NATO-Einsatz in Jugoslawien
	4	50.	1.7.1999	50 Jahre Demokratie – Dank an Bonn
	5	52.	8.9.1999	Die Parlamentarierinnen in 50 Jahren Deutscher Bundestag
	6	61.	7.10.1999	Auswirkungen und Konsequenzen des Unfalls in der Atomanlage in Tokaimura, Japan
	7	64.	29.10.1999	Entscheidung des US-Senats zum Atomteststoppvertrag
	8	76.	2.12.1999	Behindertenpolitik
	9	79.	16.12.1999	Finanz- und Gesundheitspolitik
	10	81.	20.1.2000	Probleme bei der Parteienfinanzierungspraxis
	11	87.	17.2.2000	Regierungskonferenz über institutionelle Reformen der EU und zu den Ergebnissen der Tagung des Allgemeinen Rates am 14./15. Februar 2000
	12	90.	24.2.2000	Drogenpolitik
	13	107.	7.6.2000	Zukunft der Bundeswehr
	14	112.	30.6.2000	Zehnter Jahrestag der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion
	15	114.	6.7.2000	Steuerpolitik
	16	121.	28.9.2000	Für Toleranz und Menschlichkeit – gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt in Deutschland
	17	123.	11.10.2000	Situation in Jugoslawien
	18	124.	12.10.2000	Jüdisches Leben in Deutschland unterstützen – Anschläge auf Synagogen in Deutschland ächten

Wahl-periode	Lfd. Nr.	Sitzung	Datum	Thema
noch: 14. WP 1998–2002	19	124.	12.10.2000	EU-Grundrechte-Charta
	20	126.	25.10.2000	Aktuelle Situation in Nahost
	21	141.	8.12.2000	Steuerpolitik
	22	158.	15.3.2001	Transatlantische Beziehungen
	23	168.	11.5.2001	Rentenpolitik
	24	172.	30.5.2001	Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter
	25	173.	31.5.2001	Recht und Ethik der modernen Medizin und Biotechnologie
	26	219.	22.2.2002	Einsetzung des EU-Verfassungskonvents
	27	245.	27.6.2002	Aufgaben und Perspektiven der transatlantischen Zusammenarbeit
	28	247.	3.7.2002	Gewalt und Gesellschaft – Ursachen erkennen, Werte vermitteln, friedliches Zusammenleben stärken
15. WP 2002–[1]	1	16.	19.12.2002	Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Sozialer Sicherung
	2	19.	16.1.2003	40 Jahre Élysée-Vertrag – Zusammenarbeit und gemeinsame Verantwortung für die Zukunft Europas
	3	35.	20.3.2003	Stellungnahmen der Fraktionen angesichts der aktuellen Ereignisse im Irak

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.10.

7.10 Behandlung selbständiger politischer Anträge im Plenum

Der Antrag ist neben der Gesetzesinitiative ein parlamentarisches Gestaltungselement, von dem die Fraktionen seit 1980 in zunehmendem Maße Gebrauch machen. „Ein Antrag“, so definiert *Rudolf Kabel*, „ist die formelle Aufforderung an das Parlament, eine bestimmt bezeichnete Entscheidung zu treffen.“[2] Es handelt sich also um keinen „Vorschlag“ und auch um keine „Beschlussempfehlung“, wie sie Ausschüsse vorlegen aufgrund von Aufträgen, die das Plenum ihnen erteilt hat. Anträge sind auch keine „Verlangen“: So bezeichnet die Geschäftsordnung des Bundestages Anträge, denen entsprochen werden muss, d. h. über die nicht mehr abgestimmt werden kann, wenn bestimmte Voraussetzungen, etwa ein vorgeschriebenes Quorum, erreicht sind. Der Sprachgebrauch der Geschäftsordnung des Bundestages ist freilich erst nach mehreren Reformen zu den heutigen klaren Unterscheidungskriterien gelangt. Dies gilt nicht zuletzt für die zahlreichen Arten der Anträge, beispielsweise selbständige Anträge, Entschließungsanträge, Änderungsanträge oder Anträge zur Geschäftsordnung.

Für die nachfolgend abgedruckte Statistik sind allein „Anträge zur Sache“, d. h. keine Anträge zur Geschäftsordnung und auch keine anderen Anträge zum parlamentarischen Verfahren erhoben worden. „Anträgen zur Sache“ wiederum sind hier nur die „selbständigen“ Anträge von Mitgliedern des Bundestages relevant, d. h. Anträge, die „für sich allein als Verhandlungsgegenstand auf der Tagesordnung des Plenums“ stehen (*Kabel*), also beispielsweise keine Änderungsanträge.

[1] Stand: 31. März 2003.

[2] *Rudolf Kabel*, Die Behandlung der Anträge im Bundestag: Rechte, Formen und Verfahren. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 883–916. (Hier: S. 883.) Auch die weiteren Erläuterungen zum Antragsrecht folgen dieser Veröffentlichung.

Inhaltliche Beschränkungen gibt es nach der Geschäftsordnung ansonsten nicht: „Die Antragsberechtigten sind also grundsätzlich frei, dem Parlament zur Beschlussfassung vorzuschlagen, was sie wollen“ (*Kabel*). Antragsberechtigt sind eine Fraktion oder fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages, nicht jedoch Organe des Bundestages (beispielsweise Ausschüsse), die Bundesregierung oder der Bundesrat.
Von den selbständigen Anträgen sind die Entschließungsanträge zu unterscheiden. Sie zählen zu den unselbständigen Anträgen, d. h. sie können formal und inhaltlich nur zu einem auf der Tagesordnung stehenden Verhandlungsgegenstand, z.B. zu einer Regierungserklärung oder Großen Anfrage, stehen. Auch von solchen Entschließungsanträgen wird in letzter Zeit immer häufiger Gebrauch gemacht.
Die selbständigen Anträge bieten die Möglichkeit, zu jedem denkbaren politischen Thema im Plenum eine Aussprache zu eröffnen. Dabei ist zweitrangig, dass diese Anträge in der Regel mit Mehrheit abgelehnt werden, sofern sie von der Opposition stammen.
Die zahlenmäßige Entwicklung der selbständigen Anträge seit der 12. Wahlperiode zeigt die folgende Statistik.

	12. WP 1990–1994	13. WP 1994–1998	14. WP 1998–2002
Zahl der selbständigen Anträge gesamt	709	1172	1135
Anträge der Bundesregierung	1	7	21
Anträge von Fraktionen/Gruppen davon:	678	1146	1092
– SPD	364	366	–
– CDU/CSU	1	–	333
– BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	82	401	–
– FDP	–	1	260
– PDS	112	211	234
– SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2	17	206
– SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP	–	–	3
– SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PDS	–	–	4
– CDU/CSU, FDP	73	103	3
– CDU/CSU, FDP, SPD	33	7	–
– CDU/CSU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	–	3	–
– CDU/CSU, FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	11	37	38
– CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	–	–	2
– CDU/CSU, SPD, FDP, PDS, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	–	–	9
Anträge einzelner Abgeordneter davon:	30	19	22
– SPD	9	4	–
– CDU/CSU	1	1	2
– BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2	–	–
– FDP	–	–	–
– PDS	1	–	–
– SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	–	3	1
– SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PDS	–	1	–
– SPD, FDP	–	1	–
– SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1	–	–

	12. WP 1990–1994	13. WP 1994–1998	14. WP 1998–2002
– SPD, FDP, PDS	–	–	1
– SPD, PDS	–	1	–
– CDU/CSU, FDP	–	1	2
– CDU/CSU, FDP, PDS	–	–	1
– CDU/CSU, FDP, SPD	6	2	2
– CDU/CSU, FDP, SPD, fraktionslos	1	–	–
– CDU/CSU, FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5	2	6
– CDU/CSU, FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fraktionslos	1	–	–
– CDU/CSU, PDS, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	–	–	2
– CDU/CSU, PDS, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fraktionslos	–	–	1
– CDU/CSU, SPD	–	–	2
– CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	–	1	–
– CDU/CSU, SPD, FDP, PDS, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	3	2	2

□ Angaben für den Zeitraum bis 1990 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.10.

7.11 Regelungen zur Debattendauer

Für die zeitliche Steuerung von Sachdebatten im Bundestag sind, abgesehen von der Sonderregelung der Aktuellen Stunde, Absprachen unter den Fraktionen unentbehrlich. Der 1969 eingeführte Grundsatz, dass ein Redner nicht länger als 15 Minuten sprechen soll, hat sich nur teilweise durchsetzen können, weil die Fraktionen von dem Recht, für ihre Redner längere Redezeiten anzumelden, häufig Gebrauch machen.
Nach der Geschäftsordnung von 1980 gilt eine strengere Regelung: Wenn nichts anderes im Ältestenrat vereinbart oder vom Bundestag beschlossen worden ist, „darf“ der einzelne Abgeordnete nicht länger als 15 Minuten sprechen, und es kann nur auf Verlangen einer Fraktion einer ihrer Redner bis zu 45 Minuten in Anspruch nehmen.
Tatsächlich ist eine Debatte wohl nur zu straffen, wenn zunächst über die angemessene Gesamtdauer der Aussprache eine Verständigung erreicht wird. Die Geschäftsordnung ermöglicht daher, dass der Bundestag die Dauer der Aussprache über einen Gegenstand festsetzt. Dazu bedarf es einer Aufteilung der Redezeiten auf die Fraktionen. Die Vereinbarungen dazu werden im Ältestenrat getroffen.

Wahlperiode	Regelungen zur Debattendauer
13. WP 1994-1998	Regelmäßige Beschlüsse zur Verteilung der Redezeit bei längeren Debatten nach einem festen Schlüssel: Bei einer Gesamtredezeit von 68 Minuten („Bonner Stunde“) stehen den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP 35 Minuten, der SPD-Fraktion 21 Minuten, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 7 Minuten und der Gruppe der PDS 5 Minuten zu. Die von Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundesrates in Anspruch genommene Redezeit wird auf die Redezeit der entsprechenden Fraktion angerechnet.
14. WP 1998-2002	Regelmäßige Beschlüsse zur Verteilung der Redezeit bei längeren Debatten nach einem festen Schlüssel: Bei einer Gesamtredezeit von 68 Minuten („Bonner Stunde“) stehen den Koalitionsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 35 Minuten, der CDU/CSU 21 Minuten, der FDP 7 Minuten und der PDS 5 Minuten zu. Die von Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundesrates in Anspruch genommene Redezeit wird auf die Redezeit der entsprechenden Fraktion angerechnet.

Wahlperiode	Regelungen zur Debattendauer
15. WP 2002-[1]	Regelmäßige Beschlüsse zur Verteilung der Redezeit bei längeren Debatten nach einem festen Schlüssel: Bei einer Gesamtredezeit von 62 Minuten („Berliner Stunde“) stehen den Koalitionsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 32 Minuten, der CDU/CSU 24 Minuten und der FDP 6 Minuten zu. Die von Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundesrates in Anspruch genommene Redezeit wird auf die Redezeit der entsprechenden Fraktion angerechnet. Ferner regeln Leitlinien für fraktionslose Abgeordnete folgende Redezeiten: Debatte bis zu 1 Stunde, 5- oder 10-Minuten-Runde, Aktuelle Stunde: 3 Minuten; Debatte von mehr als 1, aber weniger als 3 Stunden: 5 Minuten; Debatte von 3 und mehr , aber weniger als 5 Stunden: 8 Minuten; Debatte von 5 Stunden und mehr, grundsätzlich: 10 Minuten; bei wesentlich längeren, insbesondere mehrtägigen Debatten: mehr als 10 Minuten, je nach Umständen des Einzelfalles. (Bei zwei Abgeordneten mit gleichgerichteten politischen Zielen gemeinsame Redezeit).

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.11.

7.12 Der „Hammelsprung“

Im Plenum wird gewöhnlich durch Handzeichen oder durch Aufstehen oder Sitzenbleiben abgestimmt. Sonderformen der Abstimmung sind die namentliche Abstimmung und die geheime Abstimmung (letztere nur bei Wahlen zulässig) sowie ferner die Auszählung der Stimmen durch den so genannten „Hammelsprung“. Der Name „Hammelsprung“ geht auf ein Intarsienbild über einer Abstimmungstür im Berliner Reichstagsgebäude zurück. Das Bild zeigte den blinden Polyphem aus der griechischen Sage, der seine Hammel zählt, unter deren Bäuchen sich Odysseus und seine Gefährten angeklammert haben, um so der Gefangenschaft zu entkommen.

Der „Hammelsprung“, d. h. die Auszählung der Stimmen bei einer Abstimmung (§ 51 GOBT), kann nicht beantragt werden, sondern wird gewöhnlich vom amtierenden Präsidenten angeordnet,

(a) falls der Sitzungsvorstand über das Ergebnis einer Abstimmung mittels Handzeichen oder durch Aufstehen und Sitzenbleiben – auch nach Vornahme der Gegenprobe – das Abstimmungsergebnis nicht einig ist,

(b) falls bei bestimmten Beschlüssen festgestellt werden muss, ob die erforderliche qualifizierte Mehrheit erreicht ist (z.B. Zweidrittelmehrheit bei Grundgesetz-Änderungen) oder

(c) falls eine Abstimmung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit zu verbinden ist.

(d) Darüber hinaus stimmt der Bundestag über den Einspruch des Bundesrates nach Artikel 77 Abs. 4 GG durch Zählung der Stimmen ab, wenn nicht namentliche Abstimmung verlangt wird (§ 91 GOBT).

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
Zählung der Stimmen („Hammelsprung“)	6	6

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.12.

[1] Stand: 31. März 2003.

7.13 Namentliche Abstimmungen

Bei Wahlen und Abstimmungen im Deutschen Bundestag werden nur in drei Fällen die Stimmen gezählt:

– bei geheimen Wahlen, d. h. Wahl mit verdeckten Stimmzetteln, so bei der Wahl des Bundestagspräsidenten[1], der Vizepräsidenten[2] (wobei allerdings in früheren Wahlperioden regelmäßig auf geheime Wahl verzichtet wurde), des Bundeskanzlers[3], des Wehrbeauftragten[4] und inzwischen des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofes[5] sowie des Bundesbeauftragten für den Datenschutz[6];
– bei namentlichen Abstimmungen, wobei hier auch das Abstimmverhalten des einzelnen Abgeordneten im Plenarprotokoll festgehalten wird;
– bei Abstimmungen durch Auszählung („Hammelsprung“, vgl. dazu auch Kapitel 7.12).

Namentliche Abstimmungen dienen dazu, die Stimmabgabe des einzelnen Abgeordneten zu einer bestimmten Entscheidung transparent zu machen und durch Abdruck im Plenarprotokoll festzuhalten. Eine namentliche Abstimmung muss nach § 52 GOBT „von einer Fraktion oder von anwesenden fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages“ verlangt werden.

In folgenden Fällen ist die namentliche Abstimmung unzulässig (§ 53 GOBT):

– Stärke eines Ausschusses,
– Abkürzung der Fristen,
– Sitzungszeit und Tagesordnung,
– Vertagung der Sitzung,
– Vertagung der Beratung oder Schluss der Aussprache,
– Teilung der Frage,
– Überweisung an einen Ausschuss.

Gemessen an der Gesamtzahl der Abstimmungen handelt es sich also um den Ausnahmefall, dass das Abstimmungsergebnis zahlenmäßig genau festgehalten wird.
Die folgende Tabelle zeigt die namentlichen Abstimmungen der 13. und 14. Wahlperiode:

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
namentliche Abstimmungen	177	170

Von den durchgeführten namentlichen Abstimmungen wurden in die folgende Aufstellung übernommen:

– jede Schlussabstimmung (3. Beratung) über Gesetzentwürfe,
– die Abstimmung über Einzelpläne des Haushaltentwurfs (2. Beratung),
– die Abstimmung über Anträge, die keinen Gesetzentwurf enthalten.

Bei den mit einem Asteriskus (*) versehenen Abstimmungsergebnissen gab es innerhalb der Fraktionen der Regierungskoalition abweichendes Stimmverhalten.

[1] Für die Wahlergebnisse vgl. Kapitel 4.1.
[2] Für die Wahlergebnisse vgl. Kapitel 4.2.
[3] Für die Wahlergebnisse vgl. Kapitel 6.1.
[4] Für die Wahlergebnisse vgl. Kapitel 15.1.
[5] Für die Wahlergebnisse vgl. Kapitel 9.2.
[6] Für die Wahlergebnisse vgl. Kapitel 9.2.

13. Wahlperiode (1994-1998)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
6	24.11.1994	Antrag der SPD und von B 90/DIE GRÜNEN zum Regierungsprogramm, Drs. 13/41	623	292	331	0	0
9	15.12.1994	Antrag der CDU/CSU und FDP zur Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages [Bildung eines Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union], Drs. 13/32, 13/89	646	337	308	1	0
21	16.2.1995	SPD-Antrag zur Bestimmung des Verfahrens für die Berechnung der Stellenanteile, Drs. 13/547	650	314	335	1	0
28	17.3.1995	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Abschiebestopp für Kurden und syrischorthodoxe Christen aus der Türkei, Drs. 13/737	647	84	334	229	0
28	17.3.1995	SPD-Antrag betr. Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden aus der Türkei, Drs. 13/804	640	306	333	1	0
28	17.3.1995	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum internationalen Klimaschutz vor dem Klimagipfel in Berlin, Drs. 13/790	629	76	324	229	0
28	17.3.1995	SPD-Antrag zum internationalen Klimaschutz vor dem Klimagipfel in Berlin, Drs. 13/831	646*)	266	374	6	0
31	30.3.1995	Haushaltsgesetz 1995: 2. Beratung Epl. 04, Drs. 13/504, 13/527	653	337	316	0	0
31	30.3.1995	Haushaltsgesetz 1995: 3. Beratung, Drs. 13/50, 13/414, 13/501-13/517, 13/519-13/529, 13/966, 13/1030	655	339	316	0	0
33	26.4.1995	SPD-Antrag zu der Erklärung der Bundesregierung zu den Ergebnissen der Berliner Klimakonferenz sowie zu aktuellen Fragen der Kernenergie, Drs. 13/1198	619	252	320	47	0
33	26.4.1995	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Erklärung der Bundesregierung zu den Ergebnissen der Berliner Klimakonferenz sowie zu aktuellen Fragen der Kernenergie, Drs. 13/1199	619	73	546	0	0
36	12.5.1995	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 106 GG), Drs. 13/900, 13/1313	652	336	316	0	0

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
38	18.5.1995	Mietenüberleitungsgesetz, Drs. 13/783, 13/1041, 13/1187, 13/1386	640	563	72	5	0
38	18.5.1995	2. Gesetz zur Änderung des Futtermittelgesetzes, Drs. 13/671, 13/1351	641	332	294	15	0
39	19.5.1995	Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Haushaltsgesetz 1995, Drs. 13/1400	639*)	307	332	0	0
42	2.6.1995	Jahressteuergesetz 1996, Drs. 13/901, 13/1558	648	338	309	1	0
42	2.6.1995	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Haushaltsgesetz 1995, Drs. 13/1603, 13/1604	648	341	307	0	0
45	23.6.1995	Gesetz zur Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes und des Straßenverkehrsgesetzes, Drs. 13/1778	628	332	295	1	0
47	29.6.1995	Gesetz über Sexualaufklärung, Verhütung, Prävention ungewollter Schwangerschaften und Beratung [2. Beratung; Entwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Drs. 13/402	645	42	597	6	0
47	29.6.1995	Gesetz zum Schutz des ungeborenen Kindes [2. Beratung; Entwurf von CDU/CSU-Abgeordneten], Drs. 13/395	647*)	103	524	20	0
47	29.6.1995	Gesetz zur Sicherheit der Unantastbarkeit der Grundrechte von Frauen - Ergänzung des Grundgesetzes (Artikel 2) und entsprechende Änderungen des Strafgesetzbuches [2. Beratung; Entwurf von PDS-Abgeordneten], Drs. 13/397	648	44	583	21	0
47	29.6.1995	Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz, Drs. 13/27, 13/268, 13/285, 13/1850	651*)	485	145	21	0
48	30.6.1995	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zum Antrag der Bundesregierung betr. Einsatz im früheren Jugoslawien, Drs. 13/1802, 13/1855	655	386	258	11	0
48	30.6.1995	SPD-Antrag zum Einsatz im früheren Jugoslawien, Drs. 13/1835	652	175	419	58	0
48	30.6.1995	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Einsatz im früheren Jugoslawien, Drs. 13/1828	633*)	70	511	52	0
48	30.6.1995	PDS-Antrag zum Einsatz im früheren Jugoslawien, Drs. 13/1808	638	25	608	5	0

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
49	13.7.1995	Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Jahressteuergesetz 1996, Drs. 13/1960	583	239	342	2	0
55	21.9.1995	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 106 GG], Drs. 13/2245, 13/2373	607	541	64	2	0
55	21.9.1995	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 48 GG], Drs. 13/1824, 13/2339	649*)	505	139	5	0
62	13.10.1995	4. Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch [Hausarztvergütung], Drs. 13/18226, 13/2589	563	300	240	23	0
67	8.11.1995	Haushaltsgesetz 1996: 2. Beratung Epl. 04, Drs. 13/2604, 13/2626	652	336	316	0	0
69	10.11.1995	Haushaltsgesetz 1996: 3. Beratung, Drs. 13/2000, 13/2593, 13/2601-13/2627, 13/2630	649	337	312	0	0
69	10.11.1995	SPD-Antrag zur 3. Beratung des Haushaltsgesetzes 1996, Drs. 13/2922	647	282	365	0	0
69	10.11.1995	SPD-Antrag zur 3. Beratung des Haushaltsgesetzes 1996, Drs. 13/2972	649	246	378	25	0
74	30.11.1995	SPD-Antrag betr. Einsatz von Bundeswehreinheiten zur Sicherung der Friedensregelung in Bosnien-Herzegowina, Drs. 13/3135	615*)	207	351	57	0
74	30.11.1995	Gesetz zur Angleichung der Arbeitsbedingungen bei der Entsendung von Arbeitnehmern (Entsendegesetz) [SPD-Entwurf; 2. Beratung], Drs. 13/2418, 13/3155 Nr. 2	608*)	291	317	0	0
74	30.11.1995	Gesetz zur Verlängerung des besonderen Kündigungsschutzes in den neuen Bundesländern [SPD-Entwurf; 2. Beratung], Drs. 13/2444, 13/3145	623	301	321	1	0
76	6.12.1995	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Regierungsantrag zur deutschen Beteiligung an den militärischen Maßnahmen zur Absicherung des Friedensvertrages für Bosnien-Herzegowina, Drs. 13/3122, 13/3183	656*)	543	107	6	0
78	8.12.1995	Gesetz zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten, Drs. 13/3121, 13/3240	628*)	463	146	19	0

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
83	1.2.1996	Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung zum Antrag der Gruppe der PDS „Arbeitsmarktpolitische Sofortmaßnahmen für 1996“, Drs. 13/3636, 13/2263	631	560	27	44	0
83	1.2.1996	SPD-Antrag über den Solidaritätszuschlag, Drs. 13/3648	627	292	323	12	0
86	8.2.1996	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Solidaritätszuschlag, Drs. 13/3719	622	305	315	2	0
86	8.2.1996	Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, Drs. 13/3662	623	308	315	0	0
86	8.2.1996	Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Arbeitnehmerentsendegesetz, Drs. 13/3663	613*)	597	11	5	0
86	8.2.1996	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, Drs. 13/3726	619*)	78	540	1	0
87	15.3.1996	Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz, Drs. 13/2898, 13/3109, 13/3479, 13/3725	599	312	286	1	0
96	15.3.1996	CDU/CSU-FDP-Antrag zur verfassungsgebotenen Einführung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach in Brandenburg, Drs. 13/4073	608	320	274	14	0
98	18.4.1996	SPD-Antrag zur Härtefallregelung für ein eigenständigs Aufenthaltsrecht ausländischer Ehegatten, Drs. 13/4364	616	293	323	0	0
104	9.5.1996	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur abschließenden Beratung über die Transrapidstrecke Hamburg-Berlin nach einer Wirtschaftlichkeitsrechnung, Drs. 13/4387	626	266	347	13	0
104	9.5.1996	Magnetschwebebahnbedarfsgesetz [Transrapid], Drs. 13/3103, 13/4527 Nr. 1	627*)	340	267	20	0
104	9.5.1996	Strafrechtsänderungsgesetz - §§177 bis 179 StGB [Vergewaltigung in der Ehe], Drs. 13/2463	626*)	318	306	2	0
110	13.6.1996	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz, Drs. 13/4867	658	340	318	0	0

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
110	13.6.1996	Antrag der SPD und von B 90/DIE GRÜNEN betr. unzulässige Verschärfung des Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetzes des Bundes vom 21. August 1995 durch das Bayerische Schwangerenhilfeergänzungsgesetz, Drs. 13/4858	639	316	262	61	0
110	13.6.1996	FDP-Antrag betr. verfassungsgebotene Einhaltung des bundeseinheitlichen Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetzes des Bundes vom 21. August 1995 durch die Bayerische Staatsregierung, Drs. 13/4879	638*)	348	250	40	0
114	21.6.1996	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluss und zur Neuregelung der Arbeitszeiten in Bäckereien und Konditoreien, Drs. 13/4975a	652*)	327	322	3	0
116	27.6.1996	Gesetz zur Änderung des Erblastentilgungsfonds-Gesetzes, Drs. 13/4175, 13/5022	623	299	324	0	0
117	28.6.1996	Antrag der Abg. *Ulla Schmidt* u.a. zu rechtlichen Rahmenbedingungen der Altersversorgung und Erwerbstätigkeit von Frauen, Drs. 13/4986	639	311	327	1	0
117	28.6.1996	Arbeitsrechtliches Beschäftigungsförderungsgesetz, Drs. 13/4612, 13/5107	639*)	326	313	0	0
117	28.6.1996	Beitragsentlastungsgesetz, Drs. 13/4615, 13/5099	638*)	326	312	0	0
123	13. 9.1996	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz, Drs. 13/5538	665	341	324	0	0
123	13. 9.1996	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Arbeitsrechtliche Beschäftigungsförderungsgesetz, Drs. 13/5539	665	341	324	0	0
123	13.9.1996	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Beitragsentlastungsgesetz, Drs. 13/5540	663	341	322	0	0
123	13.9.1996	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Achte Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, Drs. 13/5541	665	341	324	0	0

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
128	10.10.1996	Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Strafrechtsänderungsgesetz §§177 bis 179 StGB [Vergewaltigung in der Ehe], Drs. 13/5011	645*)	319	325	1	0
135	7.11.1996	Jahressteuergesetz 1997, Drs. 13/4839, 13/5951, 13/5952	653	335	318	0	0
135	7.11.1996	SPD-Antrag zum Jahressteuergesetz 1997, Drs. 13/5975	652	293	335	24	0
135	7.11.1996	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Jahressteuergesetz 1997, Drs. 13/5978	652	318	334	0	0
135	7.11.1996	Arbeitsförderungs-Reformgesetz, Drs. 13/5973	657	340	317	0	0
136	8.11.1996	Viertes Gesetz zur Änderung des Landwirtschaftsanpassungsgesetz, Drs. 13/5942	642*)	323	312	7	0
138	14.11.1996	Gesetz zur Änderung straf-, ausländer- und asylverfahrensrechtlicher Vorschriften, Drs. 13/5986 Nr. 1	634	325	307	2	0
138	14.11.1996	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausländergesetz, Drs. 13/6104	633*)	72	554	7	0
138	14.11.1996	SPD-Antrag zum Ausländergesetz, Drs. 13/6107	633*)	240	392	1	0
139	15.11.1996	Erstes Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung (1. GKV-Neuordnungsgesetz), Drs. 13/6103	623	319	304	0	0
141	27.11.1996	Haushaltsgesetz 1997: 2. Beratung Epl. 04, Drs. 13/52 Anlage, 13/6004, 13/6025	642	335	307	0	0
143	29.11.1996	Haushaltsgesetz 1997: 3. Beratung, Drs. 13/5200, 13/5836, 13/6001-60027, 13/6350	649	336	313	0	0
148	12.12.1996	Antrag der CDU/CSU und FDP zu der vereinbarten Debatte zu Substanzsteuern, Drs. 13/6555	629	326	303	0	0
148	12.12.1996	SPD-Antrag zu der vereinbarten Debatte zu Substanzsteuern, Drs. 13/6522	630*)	234	348	48	0
148	12.12.1996	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der vereinbarten Debatte zu Substanzsteuern, Drs. 13/6523	631	61	559	11	0

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
149	13.12.1996	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der BReg. betr. deutsche Beteiligung an der von der NATO geplanten Operation zur weiteren militärischen Absicherung des Friedensprozesses im früheren Jugoslawien, Drs. 13/6500, 13/6519	611	499	91	21	0
149	13.12.1996	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Beteiligung von Einheiten der Bundeswehr an der SFOR-Friedensmission im früheren Jugoslawien, Drs. 13/6500, 13/6519	610	38	567	5	0
154	30. 1.1997	Antrag der CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN und FDP betr. Deutsch-Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung, Drs. 13/6848	620*)	577	20	23	0
155	31.1.1997	Arbeitsförderungsreformgesetz, Drs. 13/5676, 13/5730, 13/6845	571	305	266	0	0
160	27.2.1997	Antrag der CDU/CSU und FDP zur Regierungserklärung zu den anstehenden Castor-Transporten, Drs. 13/7083	627	322	74	231	0
160	27.2.1997	SPD-Antrag zur Regierungserklärung zu den anstehenden Castor-Transporten, Drs. 13/7084	628	277	324	27	0
160	27.2.1997	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Regierungserklärung zu den anstehenden Castor-Transporten, Drs. 13/7085	631	293	323	15	0
161	28.2.1997	Jahressteuergesetz 1996 (hier: Gesetz zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform), Drs. 13/901, 13/7000	623	330	293	0	0
161	28.2.1997	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Jahressteuergesetz 1996 (hier: Gesetz zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform), Drs. 13/7075	617	282	327	8	0
163	13.3.1997	Antrag der CDU/CSU und FDP zur Großen Anfrage betr. Situation der Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland, Drs. 13/7195	624	322	300	2	0
163	13.3.1997	SPD-Antrag zur Großen Anfrage betr. Situation der Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland, Drs. 13/7177 Nr. II	623	275	321	27	0

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
163	13.3.1997	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Großen Anfrage betr. Situation der Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland, Drs. 13/2990, 13/5065	620	50	326	244	0
166	20.3.1997	Zweites Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung (2. GKV-Neuordnungsgesetz), Drs. 13/7264 Nr. 1	658	337	320	1	0
166	20.3.1997	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Arbeitsförderungs-Reformgesetz, Drs. 13/7244	659	339	320	0	0
172	24.4.1997	Antrag der CDU/CSU und FDP zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“, Drs. 13/7162	583	301	281	1	0
172	24.4.1997	SPD-Antrag zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“, Drs. 13/7506 Buchstabe b	594*)	228	308	58	0
172	24.4.1997	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“, Drs. 13/7506 Buchstabe c	591	80	301	210	0
172	24.4.1997	PDS-Antrag zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“, Drs. 13/7506 Buchstabe d	583	301	281	1	0
175	15.5.1997	Entwurf der Abgeordneten *Ulla Schmidt, Irmingard Schewe-Gerigk* u.a. eines [...] Strafrechtsänderungsgesetzes – §§ 177 bis 179 StGB [Vergewaltigung in der Ehe], Drs. 13/7324, 13/7663	643*)	470	138	35	0
177	4.6.1997	Antrag von SPD und B 90/DIE GRÜNEN betr. Entlassung des Bundesministers der Finanzen *Theodor Waigel*, Drs. 13/7787	639	311	328	0	0
181	12.6.1997	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Erste Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung, Drs. 13/7850	660	342	318	0	0

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
181	12.6.1997	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Zweite Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung, Drs. 13/7851	660	342	318	0	0
181	12.6.1997	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das [...] Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung, Drs. 13/7852	659	342	317	0	0
183	25.6.1997	Transplantationsgesetz, Drs. 13/4355, 13/8017	629*)	449	151	29	0
184	26.6.1997	Steuerreformgesetz 1999, Drs. 13/7480, 13/7917, 13/8022, 13/8023	627	326	301	0	0
184	26.6.1997	Steuerreformgesetz 1998, Drs. 13/7242, 13/7775, 13/8020, 13/8021	631	326	305	0	0
184	26.6.1997	Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Änderung straf-, ausländer- und asylverfahrensrechtlicher Vorschriften, Drs. 13/7956	625*)	424	102	99	0
189	11.9.1997	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 28 GG], Drs. 13/1685, 13/8340 und13/8488	620	618	0	2	0
195	2.10.1997	Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Steuerreformgesetz 1998, Drs. 13/8592	606	288	318	0	0
195	2.10.1997	Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Steuerreformgesetz 1999, Drs. 13/8593	603	262	334	7	0
197	9.10.1997	Postgesetz, Drs. 13/7704, 13/8702	591	312	279	0	0
198	10.10.1997	Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, Drs. 13/8011, 13/8671	592	313	279	0	0
201	31.10.1997	Gesetz zur Finanzierung eines zusätzlichen Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung, Drs. 13/8704, 13/8869	592	311	280	1	0
204	14.11.1997	Erstes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und andere Gesetze, Drs. 13/8012, 13/8653, 13/8794, 13/8994	620	340	27	253	0
206	26.11.1997	Haushaltsgesetz 1998: 2. Beratung Epl. 04, Drs. 13/9004, 13/9025	640	332	308	0	0

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
207	27.11.1997	Neuntes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, Drs. 13/8039, 13/9212 Nr. 2	606	324	282	0	0
208	28.11.1997	Haushaltsgesetz 1998: 3. Beratung, Drs. 13/8200, 13/8883, 13/9001 bis 13/9027	646	336	310	0	0
209	10.12.1997	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur dritten Beratung des Haushaltsgesetzes 1998 (Europäische Konvention zur Staatsangehörigkeit), Drs. 13/9299	620	298	317	5	0
210	11.12.1997	Zurückweisung des Bundesratseinspruchs gegen das Rentenreformgesetz, Drs. 13/9381	646	341	305	0	0
210	11.12.1997	Zurückweisung des Bundesratseinspruchs gegen das Erbrechtsgleichstellungsgesetz, Drs. 13/9382	647	342	305	0	0
210	11.12.1997	Beschlussempfehlung des VermA zum Gesetz zur Finanzierung eines zusätzlichen Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung, Drs. 13/9419 Nr. 2	641	286	336	19	0
214	16.1.1998	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 13 GG], Drs. 13/8650, 13/9642	641*)	452	184	5	0
216	5.2.1998	Gesetz zum Schutz der Nichtraucher, Drs. 13/6100, 2. Beratung	624*)	255	335	34	0
222	5.3.1998	Gesetz zum Vertrag von Amsterdam vom 2. Oktober 1997, Drs. 13/9339, 13/9913	645	561	35	49	0
222	5.3.1998	Beschlussempfehlung zum Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Drs. 13/10004	652*)	328	322	2	0
224	26.3.1998	Gesetz zu den Protokollen vom 16. Dezember 1997 zum Nordatlantikvertrag über den Beitritt der Republik Polen, der Tschechischen Republik und der Republik Ungarn, Drs. 13/9815	620	553	37	30	0
225	27.3.1998	Gesetz zur Erleichterung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit durch Kinder ausländischer Eltern, Drs. 13/8157	657	316	338	3	0

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
225	27.3.1998	Zurückweisung des Bundesratseinspruchs gegen das Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes, Drs. 13/10178	651	342	265	44	0
230	23.4.1998	Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Beschluss der Bundesregierung zur Festlegung des Teilnehmerkreises an der Dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und dem Ersuchen der Bundesregierung auf Drs. 13/10250 und Drs. 13/10450 Nr.1	615*)	575	35	5	0
238	28.5.1998	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 39 GG], Drs. 13/9393	614	613	1	0	0
241	18.6.1998	Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu dem Antrag der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN auf Drs. 13/10924b „Einstieg in eine ökologisch-soziale Steuerreform“	646	578	47	21	0
241	18.6.1998	Zurückweisung des Bundesrats-Einspruchs gegen das Vierte Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes, Drs. 13/10774	645	341	304	0	0
242	19.6.1998	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der BReg. betr. deutsche Beteiligung an der von der NATO geplanten Operation zur weiteren militärischen Absicherung des Friedensprozesses im früheren Jugoslawien über den 19. Juni 1998 hinaus (SFOR-Folgeoperation), Drs. 13/11012	576	529	37	11	0
242	19.6.1998	Antrag der CDU/CSU und FDP zu dem Antrag der Bundesregierung betr. SFOR-Folgeoperation, Drs. 13/11065	570	302	78	190	0
242	19.6.1998	Antrag der SPD zu dem Antrag der Bundesregierung betr. SFOR-Folgeoperation, Drs. 13/11077	568	186	358	24	0
242	19.6.1998	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Antrag der Bundesregierung betr. SFOR-Folgeoperation, Drs. 13/11083	562	38	498	26	0
242	19.6.1998	Antrag der CDU/CSU und FDP zu dem Antrag der Bundesregierung betr. SFOR-Folgeoperation, Drs. 13/11093	558	307	81	170	0

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
242	19.6.1998	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Antrag der Bundesregierung betr. SFOR-Folgeoperation, Drs. 13/11087	561	261	297	3	0
244	24.6.1998	Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beendigung des Transrapid-Projektes, Drs. 13/6823	591	71	341	179	0
245	25.6.1998	Zweites Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, Drs. 13/6823	605*)	471	107	27	0
248	16.10.1998	Antrag der Bundesregierung zur deutschen Beteiligung an den von der NATO geplanten begrenzten Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt, Drs.13/11469	580*)	500	62	18	0

14. Wahlperiode (1998-2002)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
6	13.11.1998	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der BReg. zur deutschen Beteiligung an der NATO Luftüberwachungsoperation über dem Kosovo, Dr. 14/16, 14/32	582*)	540	30	12	0
8	19.11.1998	Antrag der BReg. zur deutschen Beteiligung an möglichen NATO-Operationen zum Schutz und Herausziehen von OSZE-Beobachtern aus dem Kosovo in Notfallsituationen, Drs. 14/47, 14/51	595	553	35	7	0
12	4.12.1998	Steuerentlastungsgesetz, Drs. 14/125	581	347	219	15	0
12	4.12.1998	Antrag der FDP zum Steuerentlastungsgesetz, Drs. 14/140	577	230	345	1	1
12	4.12.1998	Antrag der PDS zum Steuerentlastungsgesetz, Drs. 14/137	575	24	548	3	0

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
14	10.12.1998	Antrag von SPD und B 90/DIE GRÜNEN zur Abgabe einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers – Vorschau auf den Europäischen Rat in Wien am 11./12. Dezember 1998 und Ausblick auf die deutsche Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 1999, Drs. 14/182	617	366	249	2	0
14	10.12.1998	Antrag der CDU/CSU zur Abgabe einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers Drs. 14/182	609	249	336	24	0
14	10.12.1998	Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte, Drs. 14/151 Buchstabe a	611	375	236	0	0
14	10.12.1998	Gesetz zur beschäftigungswirksamen Änderung des Kündigungsschutzes [2. Beratung, Entwurf der FDP], Drs. 14/151 Buchstabe b	603	36	567	0	0
14	10.12.1998	Gesetz zur Änderung des Versorgungsreformgesetzes 1998 und anderer Gesetze, Drs. 14/145	606	371	235	0	0
22	25.2.1999	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zur deutschen Beteiligung an der militärischen Umsetzung eines Rambouillet-Abkommens, Drs. 14/414	604*)	553	41	10	0
24	3.3.1999	Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform, Drs. 14/408	631	332	299	0	0
24	3.3.1999	Antrag der FDP zum Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform, Drs. 14/447	622	263	326	33	0
24	3.3.1999	Antrag der FDP zum Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform, Drs. 14/448	631	43	556	32	0
24	3.3.1999	Antrag der PDS zum Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform, Drs. 14/423	629	32	597	0	0
25	4.3.1999	Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002, Drs. 14/442	589	311	251	27	0
25	4.3.1999	CDU/CSU-Antrag zum Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002, Drs. 14/467	582	248	335	0	0
25	4.3.1999	FDP-Antrag zum Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002, Drs. 14/465	587	276	311	0	0

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
25	4.3.1999	PDS-Antrag zum Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002, Drs. 14/451	585	30	555	0	0
25	4.3.1999	Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, Drs. 14/280, 14/441	564	308	256	0	0
25	4.3.1999	Gesetz zur Änderung der Berücksichtigung von Entlassungsentschädigungen im Arbeitsförderungsrecht, Drs. 14/444	567	337	230	0	0
27	18.3.1999	Gesetz zur Korrektur von Fehlentwicklungen im Recht der Arbeitslosenhilfe, Drs. 14/391	504	28	476	0	0
30	25.3.1999	Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (20. BAfögÄndG), Drs. 14/581 Buchstabe a	583	552	0	31	0
38	5.5.1999	Haushaltsgesetz 1999: 2. Beratung Epl. 04, Drs. 14/604, 14/622	612	334	278	0	0
38	5.5.1999	Haushaltsgesetz 1999: 2. Beratung Epl. 14, Drs. 14/613, 14/622	583*)	548	30	5	0
39	6.5.1999	FDP-Antrag zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1999, Epl. 12 (Kap. 12 03 – Titel 882 61 – Zuweisung für den Bau des Emssperrwerkes)	605	569	31	5	0
39	6.5.1999	Haushaltsgesetz 1999: 3. Beratung, Drs. 14/300, 14/601-624, 14/760	607*)	330	275	2	0
39	6.5.1999	Antrag der CDU/CSU zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1999 (Epl. 12), Drs. 14/920	607	245	362	0	0
39	6.5.1999	Antrag der CDU/CSU zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1999 (Epl. 11), Drs. 14/927	604	243	361	0	0
39	6.5.1999	Antrag der CDU/CSU zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1999, Drs. 14/947	606	246	360	0	0
39	6.5.1999	FDP-Antrag zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1999 (Epl. 11), Drs. 14/911	610	245	365	0	0
40	7.5.1999	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der BReg. zur deutschen Beteiligung an der humanitären Hilfe im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt, Drs. 14/982	614*)	565	42	7	0

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
40	7.5.1999	Antrag der PDS-Fraktion zur deutschen Beteiligung an der humanitären Hilfe im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt, Drs. 14/997	603*)	28	566	9	0
40	7.5.1999	Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, Drs. 14/533, 14/867 Nr. 1	586	365	182	39	0
43	11.6.1999	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zur deutsche Beteiligung an einer internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo zur Gewährleistung eines sicheren Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen Absicherung einer Friedensregelung [...], Drs. 14/1136	540*)	505	24	11	0
48	25.6.1999	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien zur Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Juden Europas, Drs. 14/1238	534*)	312	207	13	2
49	30.6.1999	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zum Gesetz zur solidarischen Ausbildungsfinanzierung, Drs. 14/583	580	30	550	0	0
63	28.10.1999	Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Antrag der PDS zur Wiedererhebung der Vermögensteuer, Drs. 14/1614	527	496	28	3	0
66	4.11.1999	Gesetz zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ab dem Jahr 2000 (GKV-Gesundheitsreform 2000), Drs. 14/1977	591	324	241	26	0
66	4.11.1999	Antrag der FDP zum Gesetz zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ab dem Jahr 2000, Drs. 14/1978	590	34	355	201	0
69	11.11.1999	Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform, Drs. 14/2027 Buchstabe a	618*)	331	285	2	0
70	12.11.1999	Gesetz zur Sanierung des Bundeshaushalts, [Haushaltssanierungsgesetz-HSanG], Drs. 14/1523, 14/1636, 14/2016 Ziffer 1 Anlage 1	569	321	245	0	3
70	12.11.1999	Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes, Drs. 14/2016 Anlage 2	566	323	243	0	0

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
70	12.11.1999	Gesetz zur Familienförderung, Drs. 14/2022, 14/1513, 14/1670	567	556	4	7	0
70	12.11.1999	Gesetz zur Bereinigung von steuerlichen Vorschriften, Drs. 14/1514, 14/1655, 14/2035 Nr.1	567	326	212	29	0
72	24.11.1999	Haushaltsgesetz 2000: 2. Beratung Epl. 04, Drs. 14/1904, 14/1922	614	331	283	0	0
74	26.11.1999	Haushaltsgesetz 2000, Drs. 14/1400, 14/1680, 14/1901 bis 14/1924	606	322	282	2	0
91	25.2.2000	Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien sowie zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Mineralölsteuergesetzes, Drs. 14/2776	550	328	217	5	0
93	16.3.2000	Antrag der PDS-Fraktion zur Großen Anfrage zur Entwicklung und zur Situation in Ostdeutschland, Drs. 14/2921	547	30	517	0	0
96	24.3.2000	Gesetz zum Schutz der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung, Drs. 14/2765	476	302	171	0	3
97	5.4.2000	Antrag der Abg. *Norbert Lammert*, *Ulrich Adam*, *Ilse Aigner* u.a. zur Realisierung des Kunstwerkes „Der Bevölkerung“ von *Hans Haacke*, Drs. 14/2867 (neu)	549*)	258	260	31	0
99	13.4.2000	Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel Tierschutz), Drs. 14/3165	602	391	205	6	0
105	18.5.2000	Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung, (Steuersenkungsgesetz), Drs. 14/3366	625	324	301	0	0
108	8.6.2000	Antrag der Bundesregierung. zur Fortsetzung der deutschen Beteiligung an einer internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo [...] auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999), Drs. 14/3550	583*)	534	39	10	0
114	6.7.2000	Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, Drs. 14/3758	620	556	42	22	0
114	6.7.2000	Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Steuersenkungsgesetz, Drs. 14/3760	591	312	279	0	0

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
128	27.10.2000	Gesetze zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 12a GG), Drs. 14/4420	543*)	512	5	26	0
128	27.10.2000	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16 GG), Drs. 14/4419	531	528	1	2	0
136	29.11.2000	Haushaltsgesetz 2001: 2. Beratung Epl. 04, Drs. 14/4521	600	329	271	0	0
136	29.11.2000	Haushaltsgesetz 2001: 2. Beratung Epl. 14, Drs. 14/4521	585*)	318	267	0	0
138	1.12.2000	Haushaltsgesetz 2001: 3. Beratung, Drs. 14/4522, 14/4523	550	315	235	0	0
138	1.12.2000	Antrag der FDP zur 3. Beratung des Haushaltsgesetzes 2001 Epl. 12, Drs. 14/4779	546	208	338	0	0
138	1.12.2000	Antrag der FDP zur 3. Beratung des Haushaltsgesetzes 2001 Epl. 30, Drs. 14/4823	549	51	498	0	0
146	25.1.2001	Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Antrag der FDP mit dem Titel „Abschreibungstabellen nicht ändern“, Drs. 14/5149	534	311	223	0	0
147	26.1.2001	Altersvermögensergänzungsgesetz, Drs. 14/5068 i.d.F.d. Drs.14/5146	580	319	257	4	0
147	26.1.2001	Altersvermögensgesetz, Drs. 14/5146	576	316	256	4	0
161	29.3.2001	Mietrechtsreformgesetz, Drs. 14/4553, 14/5663	590	309	247	34	0
161	29.3.2001	Antrag der CDU/CSU auf sofortige Entlassung des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, *Jürgen Trittin*, Drs. 14/5573	618	264	354	0	0
164	5.4.2001	Gesetz über eine einmalige Entschädigung an die Heimkehrer aus dem Beitrittsgebiet, 2. Beratung, Drs. 14/5737	537	215	321	1	0
168	11.5.2001	Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Altersvermögensgesetz, Drs. 14/5970	548*)	294	250	4	0
174	1.6.2001	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der BReg. auf Fortsetzung der deutschen Beteiligung an einer internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo, Drs. 14/6180	598*)	491	92	15	0
177	22.6.2001	Gesetz zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, Drs. 14/5741, 14/6352	544	336	208	0	0

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
182	5.7.2001	Maßstäbegesetz, Drs. 14/5951, 14/6533	568*)	532	34	2	0
184	29.8.2001	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der BReg. zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium [...], Drs. 14/6835	635*)	497	130	8	0
187	19.9.2001	Antrag der SPD,CDU/CSU und B 90/DIE GRÜNEN zu der Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu den Terroranschlägen in den USA und zu den Beschlüssen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sowie der NATO, Drs. 14/6920	611*)	565	40	6	0
190	27.9.2001	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der BReg. zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz in Mazedonien, Drs. 14/6970	578	528	40	10	0
195	18.10.2001	Gesetz zum Vertrag von Nizza, Drs. 14/7172	605	571	32	2	0
202	16.11.2001	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Amtes zum Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA in Verbindung mit dem Antrag des Bundeskanzlers gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes, Drs. 14/7447, 14/7440	662*)	336	326	0	0
204	28.11.2001	Haushaltsgesetz 2002: 2. Beratung Epl. 04, Drs. 14/7304, 14/7321	613	322	291	0	0
206	30.11.2001	Haushaltsgesetz 2002: 3. Beratung, Drs. 14/6800, 14/7537, 14/7301-7323	590	313	276	1	0
206	30.11.2001	Antrag der CDU/CSU zur 3. Beratung des Haushaltsgesetzes 2002, Drs. 14/7590	591	247	344	0	0
208	13.12.2001	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der BReg. zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium [...], Drs. 14/7816	614	573	36	6	0

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
210	22.12.2001	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der BReg. zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan, Drs. 14/7936	581*)	538	35	8	0
212	24.1.2002	Gesetz zur Sicherung betrieblicher Bündnisse für Arbeit, 2. Beratung, Drs. 14/7362	575	245	330	0	0
214	30.1.2002	Anträge versch. Abgeordnetengruppen zum Import von Stammzellen Abstimmung entsprechend § 50 der Geschäftsordnung (abgestuftes Abstimmungsverfahren)	619*)		2	2	21
		Antrag auf Drs. 14/8101		263			
		Antrag auf Drs. 14/8102		225			
		Antrag auf Drs. 14/8103		106			
		Ergebnis des zweiten Abstimmungsgangs:	618				
		Antrag auf Drs.14/8101		266			
		Antrag auf Drs.14/8102		339			
219	22.2.2002	Erstes Gesetz zur Änderung des Schuldrechtsanpassungsgesetzes, Drs. 14/8299	445	262	33	150	0
222	1.3.2002	Zuwanderungsgesetz, Drs. 14/7987, 14/7387, 14/8395, 14/8414	586	320	225	41	0
228	22.3.2002	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der BReg. zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium [...], Drs. 14/8624	510	470	34	6	0
230	18.4.2002	Zollfahndungsneuregelungsgesetz, Drs. 14/8007(neu), 14/8515	612	339	84	189	0
233	25.4.2002	Gesetz zur Sicherstellung des Embryonenschutzes im Zusammenhang mit Einfuhr und Verwendung menschlicher embryonaler Stammzellen (Stammzellgesetz – StZG), Drs. 14/8394, 14/8846	559*)	360	190	9	0
236	16.5.2002	Antrag der FDP auf Entlassung des Bundesministers der Verteidigung *Rudolf Scharping*, Drs. 14/8954	581	254	318	9	0

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
237	17.5.2002	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel Tierschutz), Drs. 14/8860	576	542	19	15	0
240	7.6.2002	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in das Grundgesetz), Drs. 14/8503	549	348	199	2	0
240	7.6.2002	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der BReg. zur Fortsetzung der Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo, Drs. 14/9248	523*)	483	36	4	0
243	14.6.2002	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der BReg. zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium [...], Drs. 14/9436	556*)	517	34	5	0
243	14.6.2002	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der BReg. auf Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan [...], Drs. 14/9437	539*)	496	38	5	0
243	14.6.2002	Gesetze zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 96), Drs. 14/8994	532	531	0	1	0
248	4.7.2002	Antrag der FDP zu der Abgabe einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers: Zur Lage der Wirtschaft in Deutschland, Drs. 14/9713	632	45	587	0	0
248	4.7.2002	Gesetz zum optimalen Fördern und Fordern in Vermittlungsagenturen (OFFENSIV-Gesetz), 2. Beratung, Drs.14/8365	633	263	369	1	0
248	4.7.2002	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien: Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses – Historische Mitte Berlin, Drs. 14/9660					
		Alternative A	589*)	380	62	6	8
		Alternative B		133			

15. Wahlperiode (2002–[1])

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
3	23.10.2002	Antrag der BReg. zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium [...], Drs. 15/10	596	584	6	6	0
10	14.11.2002	Gesetz zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform, Drs. 15/21	578	303	275	0	0
11	15.11.2002	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA, Drs. 15/37	589*)	573	11	5	0
11	15.11.2002	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Drs. 15/26	586	305	280	1	0
11	15.11.2002	Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung und in der gesetzlichen Rentenversicherung (Beitragssatzsicherungsgesetz – BSSichG), Drs. 15/28	373	302	271	0	0
14	5.12.2002	Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der BReg.: „Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium [...]“, Drs. 15/127	581	573	6	2	0
17	20.12.2003	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der BReg.: „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan“, Drs. 15/128	576	565	9	2	0
23	31.1.2003	Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP mit dem Titel „Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer“, Drs. 15/123	526	287	238	1	0
23	31.1.2003	Antrag der Fraktionen der SPD und B 90/DIE GRÜNEN: Eine Mehrwertsteuererhöhung ist abzulehnen, Drs. 15/387	525	285	240	0	0
25	13.2.2003	Antrag der CDU/CSU-Fraktion zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur aktuellen internationalen Lage, Drs. 15/434	572	269	300	3	0

[1] Stand: 31. März 2003.

noch: 15. Wahlperiode (2002–)

Sitz-Nr.	Datum	Tagesordnungspunkt	abgegebene Stimmen	von den abgegebenen Stimmen			
				Ja	Nein	Enthaltung	ungültig
25	13.2.2003	Antrag der CDU/CSU-Fraktion: Europa und Amerika müssen zusammenstehen, Drs. 15/421	571	232	302	37	0
25	13.2.2003	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz), Drs. 15/30 [CDU/CSU–Entwurf, 2. Beratung]	573	274	299	0	0
25	13.2.2003	Antrag der Fraktionen der SPD und B 90/DIE GRÜNEN: Gemeindefinanzen dauerhaft stärken, Drs. 15/433	573	297	276	0	0
29	21.2.2003	Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen (Steuervergünstigungsabbaugesetz – StVergAbG), Drs. 15/119, 15/287	546	291	253	2	0
34	19.3.2003	Haushaltsgesetz 2003: 2. Beratung Epl. 04, Drs.15/554, 15/572	579	300	279	0	0

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.14.

7.14 Erklärungen zur Abstimmung

Nach § 31 GOBT kann nach Schluss einer der Aussprache „jedes Mitglied des Bundestages zur abschließenden Abstimmung eine mündliche Erklärung, die nicht länger als fünf Minuten dauern darf, oder eine kurze schriftliche Erklärung abgeben, die in das Plenarprotokoll aufzunehmen ist. Der Präsident erteilt das Wort zu einer Erklärung in der Regel vor der Abstimmung."

Statistische Übersicht

Wahl-periode	Zahl der Erklärungen zur Abstimmung	davon abgegeben			davon Erklärungen			davon Erklärungen von Abg. (der ... Fraktion)							
		mündlich	schriftlich	mündlich/ schriftlich	einzelner Abg.	einzelner Abg. im Namen		mehrere Abg.	CDU/CSU	SPD	FDP	B 90/GR	PDS	fraktionsloser Abg.	verschiedener Fraktionen
						mehrerer Abg	einer Fraktion								
13.WP 1994–1998	515	145	370	0	421	6	7	81	169	137	51	69	83	3	3
14. WP 1998–2002	412	32	379	1	290	3	18	101	151	99	31	66	60	1	4

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.16.

7.15 Bezweiflung der Beschlussfähigkeit

In folgenden Fällen wurde seit 1994 die Beschlussfähigkeit des Plenums bezweifelt:

Wahl-periode	Lfd. Nr.	Fundstelle	Darstellung des Falles
13. WP 1994-1998	1	Sten. Ber. 61. Sitz. v. 12.10.1995, S. 5135 D	Anlass: Aussprache zur Großen Anfrage zur Entwicklung und Stand der Arbeitszeitflexibilisierung in Deutschland. Die Abg. *Fuchs* (Verl) (SPD) beantragt, die Beschlussfähigkeit des Hauses festzustellen. Vizepräsident *Hirsch* stellt fest, dass mehr als ein Viertel der gesetzlichen Mitglieder anwesend sind und lt. § 45 Abs. 4 der GOBT die **Beschlussfähigkeit** für die Debatte gegeben ist.
	2	Sten. Ber. 200. Sitz. v. 30.10.1997, S. 18091 D	Anlass: Erste Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Erleichterung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit durch Kinder ausländischer Eltern. Die Abg. *Baumeister* (CDU/CSU) beantragt, die Beschlussfähigkeit des Hauses festzustellen. Bei der Abstimmung über den Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit in Verbindung mit dem Antrag der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN, dem Innenausschuss eine bestimmte Frist zu setzen, wird die **Beschlussfähigkeit** des Hauses festgestellt.
	3	Sten. Ber. 213. Sitz. v. 15. 1.1998, S. 19476 A	Anlass: Aktuelle Stunde betr. Erklärung des Bundeskanzlers, dass eine Halbierung der Arbeitslosenzahl bis zum Jahre 2000 nicht mehr zu erreichen sei. Der Abg. *Schwalbe* (CDU/CSU) beantragt, die Beschlussfähigkeit des Hauses festzustellen. Die Abstimmung über den Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit erfolgt in Verbindung mit dem Antrag auf Herbeirufung des Bundeskanzlers und ergibt nach Auszählung der Stimmen die **Beschlussfähigkeit** des Hauses.
14. WP 1998–2002			Keine Fälle
15. WP 2002-[1]			Keine Fälle

[1] Stand: 31. März 2003.

Statistik

Die folgende Statistik enthält die Zahl der Fälle,

– in denen die Beschlussfähigkeit bezweifelt wurde,
– in denen versucht wurde, die Beschlussunfähigkeit herbeizuführen (durch Exodus, d. h. Auszug aus dem Plenarsaal),
– in denen insgesamt die Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit aufgehoben wurde, also einschließlich der Fälle, in denen sich die Beschlussunfähigkeit bei einer namentlichen Abstimmung oder bei einer Auszählung der Stimmen („Hammelsprung“) ergab.

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
Fälle, in denen die Beschlussfähigkeit bezweifelt wurde	3	0
– dabei Beschlussunfähigkeit festgestellt	0	0
– dabei Beschlussunfähigkeit **nicht** festgestellt	3	0
– anderweitige Erledigung (Sitzung vertagt)	0	0
Versuche, die Beschlussunfähigkeit durch Auszug aus dem Plenum („Exodus“) herbeizuführen	0	0
– dadurch Beschlussunfähigkeit festgestellt	0	0
– dadurch Beschlussunfähigkeit **nicht** festgestellt	0	0
Aufhebung der Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit (Fälle insgesamt)	0	0

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.19.

7.16 Ordnungsmaßnahmen

Zur Wiederherstellung der Ordnung bei Störungen in den Plenarsitzungen stehen dem amtierenden Präsidenten im Rahmen seiner Ordnungsgewalt folgende Maßnahmen zur Verfügung:

Rüge
Die Rüge ist in der Geschäftsordnung des Bundestages nicht geregelt; sie entspricht einem parlamentarischen Brauch.

Ruf zur Sache
„Der Präsident kann den Redner, der vom Verhandlungsgegenstand abschweift, zur Sache verweisen.“ (§ 36 Satz 1 GOBT)

Wortentziehung
a)Wortentziehung aufgrund des § 37 GOBT: „Ist ein Redner während einer Rede dreimal zur Sache oder dreimal zur Ordnung gerufen und beim zweiten Male auf die Folgen eines dritten Rufes zur Sache oder zur Ordnung hingewiesen worden, so muss ihm der Präsident das Wort entziehen und darf es ihm in derselben Aussprache zum selben Verhandlungsgegenstand nicht wieder erteilen.“

b) Wortentziehung aufgrund des § 35 Abs. 3 GOBT: „Überschreitet ein Mitglied des Bundestages seine Redezeit, so soll ihm der Präsident nach einmaliger Mahnung das Wort entziehen.“
c) Sonstige Fälle von Wortentziehung z.B. bei groben Verstößen gegen die Vorschriften des § 29 GOBT (Zur Geschäftsordnung) oder des § 32 GOBT (Erklärung außerhalb der Tagesordnung).

Ausschluss von Mitgliedern des Bundestages
„(1) Wegen gröblicher Verletzung der Ordnung kann der Präsident ein Mitglied des Bundestages, auch ohne dass ein Ordnungsruf ergangen ist, für die Dauer der Sitzung aus dem Saal verweisen. Bis zum Schluss der Sitzung muss der Präsident bekanntgeben, für wieviel Sitzungstage der Betroffene ausgeschlossen wird. Ein Mitglied des Bundestages kann bis zu dreißig Sitzungstage ausgeschlossen werden.
(2) Der Betroffene hat den Sitzungssaal unverzüglich zu verlassen. Kommt er der Aufforderung nicht nach, wird er vom Präsidenten darauf hingewiesen, dass er sich durch sein Verhalten eine Verlängerung des Ausschlusses zuzieht.“ (§ 38 GOBT)

Ordnungsruf
Der Präsident „kann Mitglieder des Bundestages, wenn sie die Ordnung verletzen, mit Nennung des Namens zur Ordnung rufen. Der Ordnungsruf und der Anlass hierzu dürfen von den nachfolgenden Rednern nicht behandelt werden.“ (§ 36 Satz 2 und 3 GOBT)

Übersicht über die Ordnungsmaßnahmen in der 13. und 14. Wahlperiode:

Ordnungsmaßnahmen	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
Rügen[1]	3	9
Verweisungen zur Sache[2]	12	1
Ordnungsrufe	32	7
Zurückweisung „unparlamentarischer“ Äußerungen	46	38
Wortentziehungen	9	7
Sitzungsausschlüsse	0	0
Unterbrechung der Sitzung wegen störender Unruhe	0	1
Aufhebung der Sitzung wegen störender Unruhe	0	0

Ein Ordnungsruf und die ihm zu Grunde liegende Verfehlung dürfen anschließend nicht diskutiert werden. Allerdings kann der betroffene Abgeordnete bis zum nächsten Plenarsitzungstag schriftlich begründeten Einspruch gegen den Ordnungsruf einlegen, über den dann das Plenum ohne Aussprache entscheidet (§ 39 GOBT). Dieses erfolgte zuletzt in der 12. Wahlperiode.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.20.

[1] Gezählt wurden hier nur die unter Verwendung des Wortes „Rüge“ beanstandeten Äußerungen.
[2] Eine Statistik über Verweisungen zur Sache stößt auf die Schwierigkeit, dass Sachrufe an keine Form gebunden sind und es deshalb im Einzelfall zweifelhaft sein kann, ob überhaupt eine entsprechende Verweisung vorliegt.

7.17 Publizität der Verhandlungen: Öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen

Die Gesamtzahl der öffentlichen Sitzungen ist im Vergleich zur großen Zahl nichtöffentlicher Sitzungen im Bundestag verhältnismäßig niedrig. In den letzten Wahlperioden hat sich die Zahl jedoch zunehmend verändert. Immer mehr laden die Ausschüsse außer zu öffentlichen Anhörungen auch zu öffentlichen Sitzungen ein, die darüber hinaus durch das Parlamentsfernsehen aufgezeichnet und übertragen werden.
Ein – wenngleich grobes – Messverfahren, das Ausmaß der Publizität der Verhandlungen bzw. den halböffentlichen Charakter des Bundestages festzustellen, besteht in der folgenden Aufstellung über das Verhältnis von öffentlichen zu nichtöffentlichen Sitzungen. In der 1. bis 12. Wahlperiode (1949-1994) betrug dieses Verhältnis 1:9,1, d. h. auf eine öffentliche Sitzung kamen im Durchschnitt mehr als neun nichtöffentliche Sitzungen.

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
Plenarsitzungen	248	253
Erweiterte öffentliche Ausschussberatungen	3	1
Öffentliche Informationssitzungen (Anhörungen) von Ausschüssen	209	300
Öffentliche Ausschuss- und Unterausschusssitzungen	44	44
Öffentliche Untersuchungsausschuss-Sitzungen	88	62
Öffentliche Enquete-Kommissions-Sitzungen[1]	71	36
Fraktionssitzungen	0	0
öffentliche Sitzungen insgesamt	663	696
Präsidiumssitzungen	94	82
Ältestenratssitzungen	84	88
Kommissionssitzungen des Ältestenrates[2]	202	154
Fraktions- und Fraktionsvorstands-Sitzungen	777	1 120
Gruppen- und Gruppenvorstands-Sitzungen	198	0
Ausschuss- und Unterausschuss-Sitzungen[3]	2 215	2 336
Untersuchungsausschuss-Sitzungen[4]	88	63
Enquete-Kommissions-Sitzungen[5]	172	171
nichtöffentliche Sitzungen insgesamt	3 830	4 014
Verhältnis von öffentlichen zu nichtöffentlichen Sitzungen	**1 : 5,8**	**1 : 5,8**

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.21.

[1] Einschließlich 51 öffentliche Anhörungssitzungen.
[2] Einschließlich Sitzungen der Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages.
[3] Ohne öffentliche Sitzungen (siehe oben).
[4] Ohne öffentliche Sitzungen (siehe oben).
[5] Ohne öffentliche Sitzungen (siehe oben).

7.18 Gedenksitzungen und Sonderveranstaltungen

Gedenkstunden des Deutschen Bundestages zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ (27. Januar)

Auf Vorschlag des Deutschen Bundestages und nach Abstimmung mit den Ländern hat Bundespräsident *Roman Herzog* am 3. Januar 1996 den 27. Januar zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus proklamiert. Am 27. Januar 1945 wurden die Überlebenden des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz von russischen Soldaten befreit. Auschwitz steht wie kein anderes Konzentrationslager als Symbol für den millionenfachen Mord vor allem an Juden, aber auch an anderen Volksgruppen, sowie an Personen, die wegen ihrer konträren Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus Verfolgte waren. Zur Erinnerung an die Opfer wurde der Tag der Befreiung der Überlebenden des Konzentrationslagers in Auschwitz 1996 zum ersten Mal als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus begangen. Der 27. Januar soll, wie es Bundespräsident *Roman Herzog* in seiner Rede am 19. Januar 1996 in der ersten Gedenkstunde des Deutschen Bundestages ausdrückte, als zentraler Gedenktag „aus der Erinnerung immer wieder lebendige Zukunft werden lassen“. Aus Anlass des Gedenktages lädt der Deutsche Bundestag seit 1997 Jugendliche aus Deutschland, den Nachbarländern, den Vereinigten Staaten von Amerika und Israel ein, die sich zuvor in Projekten und Initiativen mit der Geschichte des Nationalsozialismus befasst oder gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus engagiert haben. Die Jugendlichen werden von Opfergruppen, Organisationen, die sich im Sinne der Gedenkveranstaltung engagieren, Gedenkstätten, Jugendverbänden und Schulen vorgeschlagen.

Wahl-periode	Datum	Redner	Weitere Veranstaltungen des Deutschen Bundestages aus Anlass des Gedenktages
13. WP	19.1.1996	Bundespräsident Prof. Dr. *Roman Herzog*	–
	27.1.1997	Bundesminister a.D. und ehemaliger Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Dr. *Klaus von Dohnanyi*	Jugendbegegnung „Gegen das Vergessen“ – Arbeitskreise, Gespräche und Klezmer-Musik „Was gehen uns als junge Menschen heute noch die Verbrechen des Nationalsozialismus und der Holocaust an?“ – Diskussionsforum im ehemaligen Ersatzplenarsaal „Wasserwerk“ in Bonn Aufführung der Oper der Kinder von Theresienstadt: „Brundibár“
	27.1.1998	Direktor des International Center for Holocaust Studies in der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem, Prof. Dr. *Yehuda Bauer*	Ausstellung „Shoa in Lettland“ vom 12.1.-14.2.1998 Jugendbegegnung vom 25.1.-27.1.1998
14. WP	27.1.1999	Bundespräsident Prof. Dr. *Roman Herzog*	„Requiem für einen polnischen Jungen“ von *Dietrich Lohoff* nach Texten von Opfern des Faschismus, entstanden im Rahmen der Gedenkveranstaltung 1997 Jugendbegegnung vom 25.1.-27.1.1999 Ausstellung über die Aktivitäten der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“: „Der Traum von einem anderen Deutschland“ Ausstellung der Kinderzeichnungen von *Helga Weissová-Hoskowá*: „Zeichne was Du siehst“

Wahl-periode	Datum	Redner	Weitere Veranstaltungen des Deutschen Bundestages aus Anlass des Gedenktages
noch: 14. WP	27.1.2000	Schriftsteller und Friedensnobelpreisträger Prof. *Elie Wiesel*/Universität Boston	Uraufführung des Musikstückes „Love“ von *Giora Feidman* im Rahmen der Gedenkveranstaltung Jugendbegegnung vom 25.1.-26.1.2000 Markt der Möglichkeiten gegen Vergessen, Rassismus, Intoleranz Gesprächsforum über die aktuelle Rolle und Verantwortung von Bildung und Erziehung: „... dass Auschwitz nicht noch einmal sei ...“
	26.1.2001	Bundespräsident Dr. *Johannes Rau*	Jugendbegegnung vom 24.1.-26.1.2000 Gesprächsforum: „Was lehrt uns die Geschichte – Wie können wir heute Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus entgegentreten?“ Lesung eines Dialogs aus dem Buch der französischen Historikerin *Anette Wieviorka*: „Mama, was ist Auschwitz?“ durch die Schauspielerin *Iris Berben* und ihren Sohn *Oliver Berben*
	28.1.2002	Ehemaliger Außenminister der Republik Polen und Träger des Karlspreises zu Aachen 1998, Prof. Dr. *Bronislaw Geremek*	Jugendbegegnung vom 26.1.-28.1.2002 Gesprächsforum: „Erinnern und Zukunft“ – Deutsche und Polen als Nachbarn und Partner in EuropaAusstellung über das Krankenrevier des befreiten KZ Sachsenhausen 1945: „Befreier – Befreite – Besiegte“
15. WP	27.1.2003	Ehemaliger Kulturminister des Königreichs Spanien und Träger des Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1994, Dr. h.c. *Jorge Semprún*	Jugendbegegnung am 25.1.-27.1.2003 Besuch der Gedenkstätte am Ort des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald; dort Lesung von Texten ehemaliger Häftlinge aus Buchenwald (publiziert in dem Werk „Stimmen aus Buchenwald“) sowie Zeitzeugengespräche Gesprächsforum: Rolle und Konzeption von Gedenkstättenarbeit für Jugendliche an den Beispielen Yad Vashem und Buchenwald

Trauerstaatsakte für verstorbene Politiker im Plenarsaal des Deutschen Bundestages

Der Staatsakt ist Ausdruck höchster Würdigung von Anlässen oder von Personen durch die obersten Repräsentanten des Gemeinwesens. Der Staat richtet eine Feierlichkeit aus, wodurch er dem Anlass eine besondere politische Bedeutung verleiht. Gleichwohl fällt das Zeremoniell in der Bundesrepublik Deutschland vergleichsweise bescheiden aus. Weitaus häufiger als zu bedeutenden Ereignissen werden in Deutschland vom Bundespräsidenten Staatsakte zu Ehren von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angeordnet. Obwohl auf Bundesebene nur er befugt ist, die Durchführung eines Staatsaktes, Trauerstaatsaktes oder Staatsbegräbnisses anzuordnen, findet dennoch eine Abstimmung mit anderen Verfassungsorganen statt. In der „Anordnung über Staatsbegräbnisse und Staatsakte“ vom 2. Juni 1966 ist festgelegt, dass die Durchführung von Staatsakten dem Bundesminister des Innern obliegt. Für Mitglieder des Bundestages, des Bundesrates und des Bundesverfassungsgerichts kann der Bundespräsident den Präsidenten

dieser Verfassungsorgane die Durchführung übertragen (so geschehen beim Staatsakt für Richard Stücklen 2002, dessen Durchführung durch den Bundestag erfolgte).[1]

Datum der Sitzung im Plenarsaal (Ort)	Name	Todestag
23.8.1994 (Bonn)	Bundesminister a. D. und NATO-Generalsekretär *Manfred Wörner*	13.8.1994
2.12.1996 (Bonn)	Bundestagsvizepräsident *Hans Klein*	26.11.1996
16.5.1997 (Bonn)	Bundestagspräsident a. D. *Kai-Uwe von Hassel*	8.5.1997
15.5.1998 (Bonn)	Bundesminister a. D. *Erich Mende*	6.5.1998
25.5.1998 (Bonn)	Bundestagsvizepräsident a. D. *Richard Jaeger*	14.5.1998
19.11.1998 (Bonn)	Bundesminister a. D. und Bundestagsvizepräsident a. D. *Heinz Westphal*	30.10.1998
7.11.2000 (Berlin)	Letzter Reichstagsabgeordneter und ehemaliger Bundestagsabgeordneter *Josef Felder*	28.10.2000
30.11.2000 (Berlin)	Bundesminister a. D. *Josef Ertl*	16.11.2000
15.5.2002 (Berlin)	Bundestagspräsident a. D. *Richard Stücklen*	2.5.2002

Gedenksitzungen und Sonderveranstaltungen aus besonderen Anlässen[2]

Datum der Sitzung im Plenarsaal des Bundestages (Ort)	Anlass
28.4.1995 (Bonn)	Gedenken des Deutschen Bundestages und des Bundesrates an das Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft
3.12.1996 (Bonn)[3]	Feierstunde des Deutschen Bundestages mit der Carlo-Schmid-Stiftung am 100. Geburtstag seines früheren Vizepräsidenten Prof. Dr. *Carlo Schmid*[4]
1.9.1998 (Bonn)[5]	Festakt „50 Jahre Parlamentarischer Rat“
19.4.1999 (Berlin)	Festakt „Einweihung des neuen Plenarbereichs Reichstagsgebäude“
7.9.1999 (Berlin)	Festakt „50 Jahre Deutscher Bundestag“
8.9.1999 (Berlin)	„Parlamentarierinnen in 50 Jahren Deutscher Bundestag“ – Sonderveranstaltung mit Parlamentarierinnen der „Ersten Stunde“
9.11.1999 (Berlin)	„10. Jahrestag des Falls der Mauer“ – Sonderveranstaltung des Deutschen Bundestages
17.3.2000 (Berlin)	Erinnerung an die freie Wahl zur Volkskammer der DDR vor 10 Jahren

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.24.

1 In der nachfolgenden Aufstellung sind die Trauerstaatsakte für verstorbene Politiker, die außerhalb des Plenarsaals des Deutschen Bundestages in Bonn bzw. Berlin stattfanden, nicht enthalten. Diese waren: Bundesminister a. D. *Karl Schiller* am 12. Januar 1995 in Hamburg, Bundesminister a. D. *Kurt Schmücker* am 12. Januar 1996 in Löningen, Bundesminister a. D. *Hans Katzer* am 29. Juli 1996 in Köln und Bundesministerin a. D. *Aenne Brauksiepe* am 13. Januar 1997 in Oelde.

2 Vgl. dazu auch das Kapitel 7.5: Reden ausländischer Gäste vor dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat.

3 Die Feierstunde fand nicht im bereits eingeweihten neuen Plenarsaal in Bonn, sondern im „Wasserwerk“ statt.

4 Im Rahmen der Feierstunde wurde dem ehemaligen Präsidenten der EU-Kommission *Jacques Delors* der Carlo-Schmid-Preis verliehen.

5 Die Sitzung fand statt im großen Saal des Zoologischen Museums Alexander Koenig in Bonn.

8 Ausschüsse

Überblick Seite

8.1 Statistik zur Ausschusstätigkeit: Überblick 453
– Statistik der Ausschusssitzungen untergliedert nach den einzelnen Ausschüssen

8.2 Verzeichnis der Ausschüsse 457

8.3 Besetzung des Ausschussvorsitzes 465

8.4 Mitgliederzahl der Ausschüsse 466
– Ausschusssitze im Verhältnis zur Zahl der Abgeordneten

8.5 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse: Bibliographie 468

8.6 Erweiterte öffentliche Ausschussberatung 474

8.7 Öffentliche Anhörungen 475
– Öffentliche Anhörungen nach Ausschüssen untergliedert
– Daten und Themen der öffentlichen Anhörungen
– Öffentliche Anhörungen zu Gesetzentwürfen

8.8 Registrierung der Interessenverbände 508

8.9 Untersuchungsausschüsse 509
– Untersuchungsverfahren seit Beginn der 13. Wahlperiode
– Antragsberechtigte Mehrheit
– Tabellarische Übersicht der Untersuchungsausschüsse
– Die Untersuchungsaufträge für die Untersuchungsausschüsse
– Der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss
– Bibliographie

8.10 Enquete-Kommissionen 524
– Tabellarische Übersicht der Enquete-Kommissionen 1994–2003
– Die Untersuchungsaufträge für die Enquete-Kommissionen
– Zusammensetzung der Enquete-Kommissionen der 13. und 14. WP
– Bibliographie

8 Ausschüsse

Die Hauptarbeit des Bundestages wird, außer in den Fraktionen, in den Ausschüssen geleistet und nicht im Plenum. Die arbeitsteilige Verlagerung der Parlamentsarbeit in die Ausschüsse und die Bildung eines differenzierten Ausschusssystems ist in dem Maße organisatorisch erforderlich, wie das Parlament bestrebt ist, an der gesetzgeberischen Arbeit auch im Detail mitzuwirken. Von dieser Form der „parlamentarischen Mitregierung“ macht der Bundestag in starkem Maße Gebrauch. Stellung und Aufgaben der Ausschüsse des Deutschen Bundestages sind in § 62 GOBT angesprochen:

„Die Ausschüsse sind zu baldiger Erledigung der ihnen überwiesenen Aufgaben verpflichtet. Als vorbereitende Beschlussorgane des Bundestages haben sie die Pflicht, dem Bundestag bestimmte Beschlüsse zu empfehlen, die sich nur auf die ihnen überwiesenen Vorlagen oder mit diesen in unmittelbarem Sachzusammenhang stehenden Fragen beziehen dürfen. Sie können sich jedoch mit anderen Fragen aus ihrem Geschäftsbereich befassen [...].“

Bei den Ausschüssen des Bundestages ist zu unterscheiden zwischen

– ständigen Ausschüssen (oft auch „Fachausschüsse“ genannt),
– Sonderausschüssen (die hauptsächlich nur zur Beratung eines bestimmten Gegenstandes eingesetzt werden) und
– Untersuchungsausschüssen.

Eine Sonderstellung nehmen jeweils der Wahlprüfungsausschuss, der Wahlmännerausschuss und der Ausschuss gemäß Artikel 45 GG ein. Nicht zu den Ausschüssen des Bundestages zählen der Vermittlungsausschuss, der Richterwahlausschuss und der Gemeinsame Ausschuss gemäß Artikel 53 a GG. Auch die Enquete-Kommissionen des Bundestages sind keine Ausschüsse, sie werden jedoch bei den folgenden Aufstellungen mitberücksichtigt.

8.1 Statistik zur Ausschusstätigkeit: Überblick

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
Zahl der ständigen Ausschüsse (zu Beginn der WP)	22	23
Zahl der ständigen Ausschüsse (im Verlauf der WP)	22	23
Ausschuss- und Unterausschuss-Sitzungen	2 479	2 848
– davon Ausschuss-Sitzungen	2 058[1]	2 519
– davon Unterausschuss-Sitzungen	421	329
Zahl der Sonderausschüsse	0	1
Sonderausschuss-Sitzungen	0	27
Zahl der Untersuchungsausschüsse	2	1
Untersuchungsausschuss-Sitzungen	176	125
Zahl der Enquete-Kommissionen	5	5
Enquete-Kommissions-Sitzungen	243	208
Sitzungen insgesamt[2]	2 898	3 208

[1] Erstmals hat das Tagungsbüro des Bundestages für die 13. Wahlperiode nicht nur die öffentlichen Anhörungssitzungen ausgezählt (siehe Kapitel 9.6), sondern auch die sonstigen öffentlich durchgeführten Sitzungen: Es handelt sich um 214 der insgesamt 2 058 Ausschuss-Sitzungen.

[2] Sitzungen der Ausschüsse, Unterausschüsse, Sonderausschüsse, Untersuchungsausschüsse, Enquete-Kommissionen.

Statistik der Ausschusssitzungen, untergliedert nach den einzelnen Ausschüssen

Ausschüsse		Wahl-periode	Zahl der eingesetzten Unter-ausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen u. a.	Zahl der				
				öffentlichen Ausschuss-sitzungen	öffentlichen Anhörungen	nicht-öffentlichen Anhörungen	nicht-öffent-lichen Ausschuss-sitzungen	Gesamt
Ausschuss für	Wahlprüfung,	13. WP	0	0	0	0	17	17
		14. WP	0	0	0	0	6	6
	Immunität	13. WP	0	0	0	0	44	44
		14. WP	0	0	0	0	50	50
	Geschäftsordnung	13. WP	0	0	1	0	88	89
		14. WP	0	0	2	0	70	72
Petitionsausschuss		13. WP	0	0	0	0	78	78
		14. WP	0	0	0	0	77	77
Auswärtiger Ausschuss		13. WP	4	0	3	0	91	94
		14. WP	3	1	1	0	104	106
Innenausschuss		13. WP	0	0	11	0	87	98
		14. WP	0	1	16	0	86	103
Sportausschuss		13. WP	0	1	3	0	51	55
		14. WP	0	3	9	0	52	64
Rechtsausschuss		13. WP	1	0	38	0	89	127
		14. WP	1	0	46	2	93	141
Finanzausschuss		13. WP	0	6	10	0	95	111
		14. WP	0	0	36	0	104	140
Haushaltsausschuss		13. WP	3	0	3	0	100	103
		14. WP	2	0	6	0	108	114

Ausschüsse	Wahl-periode	Zahl der eingesetzten Unter-ausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen u. a.	Zahl der				
			öffentlichen Ausschuss-sitzungen	öffentlichen Anhörungen	nicht-öffentlichen Anhörungen	nicht-öffent-lichen Ausschuss-sitzungen	Gesamt
Ausschuss für Wirtschaft	13. WP	3	1	12	0	77	90
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie	14. WP	3	0	13	0	75	88
Ausschuss für Ernährung, Landwirt-schaft und Forsten	13. WP	0	0	3	0	101	104
ab Januar 2001: Ausschuss für Verbrau-cherschutz, Ernährung und Landwirt-schaft	14. WP	0	0	12	2	95	109
Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung	13. WP	0	0	30	0	134	164
	14. WP	0	0	27	2	108	137
Verteidigungsausschuss	13. WP	2	0	0	0	104	106
	14. WP	1	0	0	1	109	110
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	13. WP	2	0	17	0	92	111
	14. WP	0	1	17	0	80	98
Ausschuss für Gesundheit	13. WP	0	0	30	0	128	158
	14. WP	0	0	52	8	97	157
Ausschuss für Verkehr	13. WP	0	0	6	0	74	80
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Woh-nungswesen	14. WP	0	0	13	2	77	92
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	13. WP	0	0	11	0	80	91
	14. WP	0	2	9	0	77	88
Ausschuss für Post und Telekommunikation	13. WP	0	0	4	0	50	54
Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder	14. WP	0	0	6	0	81	87

Ausschüsse	Wahl-periode	Zahl der eingesetzten Unter-ausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen u. a.	Zahl der				
			öffentlichen Ausschuss-sitzungen	öffentlichen Anhörungen	nicht-öffentlichen Anhörungen	nicht-öffent-lichen Ausschuss-sitzungen	Gesamt
Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	13. WP	1	0	6	0	80	87
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe	14. WP	0	2	4	1	86	93
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	13. WP	0	0	12	0	76	88
	14. WP	0	0	10	0	63	73
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	13. WP	1	0	8	0	77	86
	14. WP	0	0	11	1	74	86
Ausschuss für Fremdenverkehr und Tourismus	13. WP	0	0	5	0	72	77
Ausschuss für Tourismus	14. WP	0	2	17	1	74	94
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union	13. WP	0	0	2	0	84	86
	14. WP	0	15	11	0	76	102
Ausschuss für Kultur und Medien	14. WP	1	8	8	0	69	77

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 9.1.

8.2 Verzeichnis der Ausschüsse

Dem Bundestag steht es grundsätzlich frei, wie viele und welche ständigen Ausschüsse er einsetzt. Doch sind bestimmte Ausschüsse bereits durch das Grundgesetz oder durch Gesetze vorgeschrieben:

– durch das Grundgesetz die Ausschüsse für Auswärtiges und für Verteidigung (Art. 45a), der Petitionsausschuss (Art. 45c) und der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (Art. 45),

– durch Gesetze der Haushaltsausschuss sowie der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.

Daneben können die Ausschüsse des Bundestages Unterausschüsse bilden (ein ständiger Unterausschuss des Haushaltsausschusses ist beispielsweise der Rechnungsprüfungsausschuss); ferner gibt es eine Vielzahl von Arbeitsgruppen, Kommissionen usw.
Das folgende systematische Verzeichnis der Ausschüsse enthält – nach Wahlperioden getrennt – Angaben über:

– die ständigen Ausschüsse,
– die von den Ausschüssen eingesetzten Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen, Unterkommissionen, usw. (wobei aus Platzgründen als einheitliche Bezeichnung meist nur der Begriff „Unterausschüsse“ oder „Unterausschüsse u. ä.“ benutzt wird);
– Sonderausschüsse,
– die Zahl der Ausschussmitglieder,
– die Namen der Ausschussvorsitzenden und deren Stellvertreter, mit Angabe der Fraktionszugehörigkeit.

Bei Ausschüssen, die nicht während der gesamten Wahlperiode getagt haben oder die erst später eingesetzt wurden, ist das Datum der ersten oder letzten Sitzung angegeben.

13. Wahlperiode (1994-1998)

Ausschüsse Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung**	17	a) *Dieter Wiefelspütz* (SPD) b) *Bertold Mathias Reinartz* (CDU/CSU)
Wahlprüfungsausschuss	9	a) *Dieter Wiefelspütz* (SPD) b) *Bertold Mathias Reinartz* (CDU/CSU)
2.) **Petitionsausschuss**	32	a) *Christa Nickels* B 90/DIE GRÜNEN) b) *Jutta Müller* (SPD)
3.) **Auswärtiger Ausschuss** *Unterausschüsse:* „Abrüstung und Rüstungskontrolle“; „Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“; „Auswärtige Kulturpolitik“; „Vereinte Nationen/Internationale Organisationen“	39	a) *Karl-Heinz Hornhues* (CDU/CSU) b) *Norbert Gansel* (SPD), ab 25. 6. 1997: *Markus Meckel* (SPD)

Ausschüsse Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
4.) **Innenausschuss**	39	a) *Hans Gottfried Bernrath* (SPD), ab 18. 1. 1995: *Willfried Penner* (SPD) b) *Hartmut Büttner* (CDU/CSU)
5.) **Sportausschuss**	17	a) *Engelbert Nelle* (CDU/CSU) b) *Olaf Feldmann* (FDP)
6.) **Rechtsausschuss** *Unterausschuss:* „Europarecht“ (ab 20.9.1995)	32	a) *Horst Eylmann* (CDU/CSU) b) *Ludwig Stiegler* (SPD)
7.) **Finanzausschuss**	39	a) *Carl-Ludwig Thiele* (FDP) b) *Peter Harald Rauen* (CDU/CSU)
8.) **Haushaltsausschuss**	41 18	a) *Helmut Wieczorek* (SPD) b) *Kurt J. Rossmanith* (CDU/CSU), ab 12. 3. 1997: *Bartholomäus Kalb* (CDU/CSU)
Rechnungsprüfungsausschuss		a) *Dieter Pützhofen* (CDU/CSU) b) *Rudolf Purps* (SPD)
9.) **Ausschuss für Wirtschaft** *Unterausschüsse:* „Regionale Wirtschaftspolitik“; ERP-Wirtschaftspläne“; „Aufbau-Ost“ (ab 15. 1. 1997)	39	a) *Friedhelm Ost* (CDU/CSU) b) *Ernst Schwanhold* (SPD), ab 27. 9. 1995: *Christian Müller* (SPD)
10.) **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	32	a) *Peter Harry Carstensen* (CDU/CSU) b) *Marianne Klappert* (SPD)
11.) **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung**	39	a) *Ulrike Mascher* (SPD) b) *Heinz Schemken* (CDU/CSU)
12.) **Verteidigungsausschuss** *Unterausschuss/Arbeitsgruppe:* „Streitkräftefragen in den neuen Bundesländern“ (ab 29. 3. 1995); „Zukünftige Luftverteidigung“ (ab 26. 4. 1995)	39	a) *Klaus Rose* (CDU/CSU), ab 29. 1. 1997: *Kurt J. Rossmanith* (CDU/CSU) b) *Dieter Heistermann* (SPD)
13.) **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** *Unterausschuss/Kommission:* „Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz“ (ab 15. 3.1995); Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder („Kinderkommission“) (ab 31. 5. 1995)	39	a) *Edith Niehuis* (SPD) b) *Anke Eymer* (CDU/CSU)
14.) **Ausschuss für Gesundheit**	32	a) *Dieter Thomae* (FDP) b) *Angelika Sabine Pfeiffer* (CDU/CSU)

Ausschüsse Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
15.) **Ausschuss für Verkehr**	39	a) *Dionys Jobst* (CDU/CSU) b) *Lothar Ibrügger* (SPD)
16.) **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**	39	a) *Hans Peter Schmitz* (CDU/CSU) b) *Jürgen Rochlitz* (B 90/DIE GRÜNEN)
17) **Ausschuss für Post und Telekommunikation**	17	a) *Arne Börnsen* (SPD) ab 11. 2. 1998: *Klaus Barthel* (SPD) b) *Hermann Pohler* (CDU/CSU)
18.) **Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**	32	a) *Werner Dörflinger (CDU/CSU)* b) *Otto Reschke* (SPD)
19.) **Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung**	39	a) *Edelgard Bulmahn* (SPD) ab 26. 6. 1996: *Doris Odendahl* (SPD) b) *Karlheinz Guttmacher* (FDP)
20.) **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**	32	a) *Manfred Lischewski* (CDU/CSU) b) *Uschi Eid* (B 90/DIE GRÜNEN)
21.) **Ausschuss für Fremdenverkehr und Tourismus**	17	a) *Halo Saibold* (B 90/DIE GRÜNEN) b) *Simon Wittmann* (CDU/CSU) ab 9. 10. 1996: *Gerd Müller* (CDU/CSU)
22.) **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union**	39	a) *Norbert Wieczorek* (SPD) b) *Michael Stübgen* (CDU/CSU)
Gemeinsamer Ausschuss nach Artikel 53a des Grundgesetzes	48 (32 Mitglieder Bundestag, 16 Mitglieder Bundesrat)[1]	a) Präsidentin des Deutschen Bundestages *Rita Süssmuth* b) N.N.

[1] Der Gemeinsame Ausschuss zählte – entgegen der im Grundgesetz vorgeschriebenen Mitgliederstärke von 32 – tatsächlich nur 31 Mitglieder des Bundestages. Der Bundestag lehnte am 16. Februar 1995 einen Wahlvorschlag der PDS ab. Die PDS hatte ihrerseits am 27. März 1995 ihren Wahlvorschlag vom 8. März 1995 zurückgenommen und im Laufe der 13. Wahlperiode dem Bundestag keinen neuen Wahlvorschlag unterbreitet.

14. Wahlperiode (1998-2002)

Ausschüsse Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung**	15	a) *Erika Simm* (SPD) b) *Wolfgang Freiherr von Stetten* (CDU/CSU)
Wahlprüfungsausschuss	9	a) *Erika Simm* (SPD) b) *Peter Paziorek* (CDU/CSU)
2.) **Petitionsausschuss**	29	a) *Heidemarie Lüth* (PDS) b) *Jutta Müller* (SPD)
3.) **Auswärtiger Ausschuss** *Unterausschüsse:* „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“; „Vereinte Nationen“, „Globalisierung/Regionalisierung“	40 39[1]	a) *Hans-Ulrich Klose* (SPD) b) *Carl-Dieter Spranger* (CDU/CSU)
4.) **Innenausschuss**	40 39[1]	a) *Willfried Penner* (SPD) ab: 17.5.2000 *Ute Vogt* (SPD) b) *Hartmut Büttner* (CDU/CSU)
5.) **Sportausschuss**	15	a) *Friedhelm Julius Beucher* (SPD) b) *Klaus Rose* (CDU/CSU)
6.) **Rechtsausschuss** *Unterausschuss:* „Europarecht“	31	a) *Rupert Scholz* (CDU/CSU) b) *Hermann Bachmaier* (SPD)
7.) **Finanzausschuss**	40 39[1]	a) *Christine Scheel* (B 90/GR) b) *Carl-Ludwig Thiele* (FDP)
8.) **Haushaltsausschuss**	42	a) *Adolf Roth* (CDU/CSU) b) *Manfred Hampel* (SPD)
Rechnungsprüfungsausschuss	18	a) *Uta Titze-Stecher* (SPD) b) *Dieter Pützhofen* (CDU/CSU) ab 1.10.1999: *Hans-Joachim Fuchtel* (CDU/CSU)
Unterausschuss: zu Fragen der Europäischen Union		
9.) **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** *Unterausschüsse:* „ERP-Wirtschaftspläne“, „Regionale Wirtschaftspolitik“; „Telekommunikation und Post“	40 39[1]	a) *Matthias Wissmann* (CDU/CSU) ab 7.11.2001: *Heinz Riesenhuber* (CDU/CSU) b) *Christian Müller* (SPD)

[1] Auf Grund einer interfraktionellen Vereinbarung beschloss der Bundestag am 1. Juni 2001, die Zahl der Mitglieder auf 39 Mitglieder zu reduzieren.

Ausschüsse Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
10.) **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	26 27[1]	a) *Peter Harry Carstensen* (CDU/CSU) b) *Ulrike Höfken* (B 90/DIE GRÜNEN)
ab 14. 3. 2001: **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**	35[2]	
11.) **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung**	40 39[3]	a) *Doris Barnett* (SPD) b) *Heidi Knake-Werner* (PDS) ab 11.10.2000: *Pia Maier* (PDS)
12.) **Verteidigungsausschuss** *Unterausschuss:* „Streitkräftefragen in den neuen Bundesländern“	38	a) *Helmut Wieczorek* (SPD) b) *Thomas Kossendey* (CDU/CSU)
13.) **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**	31	a) *Christel Riemann-Hanewinckel* (SPD) a) *Anke Eymer* (CDU/CSU)
Kinderkommission		
14.) **Ausschuss für Gesundheit**	31	a) *Klaus Kirschner* (SPD) a) *Wolfgang Zöller* (CDU/CSU)
15.) **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen**	42	a) *Eduard Oswald* (CDU/CSU) b) *Klaus Hasenfratz* (SPD)
16.) **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**	38	a) *Christoph Matschie* (SPD) b) *Winfried Hermann* (B 90/GR)
17.) **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder**	15	a) *Paul Krüger* (CDU/CSU) bis 14.8.2001 *Werner Kuhn* (CDU/CSU) ab 25.9.2001 b) *Peter Eckardt* (SPD)
18.) **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe**	15	a) *Claudia Roth* (B 90/DIE GRÜNEN) ab 14.3.2001: *Christa Nickels* (B 90/DIE GRÜNEN) b) *Christian Schwarz-Schilling* (CDU/CSU)

[1] Der Bundestag beschloss am 15. September 2000, die Anzahl der Mitglieder auf 27 Mitglieder zu erhöhen.
[2] Der Bundestag beschloss am 14. März 2001, den Ausschuss umzubenennen und gleichzeitig die Anzahl der Mitglieder auf 35 Mitglieder zu erhöhen.
[3] Auf Grund einer interfraktionellen Vereinbarung beschloss der Bundestag am 1. Juni 2001, die Zahl der Mitglieder auf 39 Mitglieder zu reduzieren.

Ausschüsse Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
19.) **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**	38	a) *Jürgen W. Möllemann* (FDP) (bis 3.4.2000) ab 17.5. 2000: *Ulrike Flach* (FDP) b) *Ulla Burchardt* (SPD)
20.) **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**	26 27[1]	a) *Rudolf Kraus* (CDU/CSU) b) *Brigitte Adler* (SPD)
21.) **Ausschuss für Tourismus**	15	a) *Ernst Hinsken* (CDU/CSU) b) *Jann-Peter Janssen* (SPD)
22.) **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union**	36	a) *Friedbert Pflüger* (CDU/CSU) b) *Jürgen Meyer* (SPD)
23.) **Ausschuss für Kultur und Medien** *Unterausschuss:* *„Neue Medien“*	15	a) *Elke Leonhard* (SPD) (bis 30. 6. 2000) ab 5. 7. 2000: *Monika Griefahn* (SPD) b) *Margarete Späte* (CDU/CSU)
Gemeinsamer Ausschuss nach Artikel 53a des Grundgesetzes	48 (32 Mitglieder Bundestag, 16 Mitglieder Bundesrat)[2]	a) Präsident des Deutschen Bundestages *Wolfgang Thierse* b) *N.N.*
Sonderausschuss „Maßstäbegesetz/Finanzausgleichsgesetz“ (27.10.2000 – 14.6.2002)	21	a) *Volker Kröning* (SPD) (bis 5.7.2001) ab 25.9.2001: *Joachim Stünker* (SPD) b) *Bartholomäus Kalb* (CDU/CSU)

[1] Der Bundestag beschloß am 15. September 2000, die Anzahl der Mitglieder auf 27 Mitglieder zu erhöhen.

[2] Bis zum Ausscheiden des Abgeordneten *Rudolf Dreßler* am 31. August 2000 zählte der Gemeinsame Ausschuss – entgegen der im Grundgesetz vorgeschriebenen Mitgliederstärke – 49 Mitglieder, davon 33 Mitglieder des Bundestages und 16 Mitglieder des Bundesrates.

15. Wahlperiode (2002-)[1]

Ausschüsse Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
1.) **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung**	15	a) *Erika Simm* (SPD) b) *Thomas Strobl* (CDU/CSU)
Wahlprüfungsausschuss	9	a) *Erika Simm* (SPD) b) *Thomas Strobl (C*DU/CSU)
2.) **Petitionsausschuss**	25	a) *Marita Sehn* (FDP) b) *Klaus Hagemann* (SPD)
3.) **Auswärtiger Ausschuss** *Unterausschüsse:* „Vereinte Nationen"; „Globalisierung und Außenwirtschaft" „Abrüstung und Rüstungskontrolle"	37	a) *Volker Rühe* (CDU/CSU) b) *Hans-Ulrich Klose* (SPD)
4.) **Innenausschuss**	37	a) *Cornelie Sonntag-Wolgast (*SPD) b) *Hartmut Büttner* (CDU/CSU)
5.) **Sportausschuss**	15	a) *Peter Rauen* (CDU/CSU) b) *Peter Danckert* (SPD)
6.) **Rechtsausschuss** Unterausschuss: „Europarecht"	33	a) *Andreas Schmidt* (CDU/CSU) b) *Hermann Bachmaier* (SPD)
7.) **Finanzausschuss**	33	a) *Christine Scheel* (B 90/DIE GRÜNEN) b) *Carl-Ludwig Thiele* (FDP)
8.) **Haushaltsausschuss**	42 44[2]	a) *Manfred Carstens* (CDU/CSU) b) *Anja Hajduk* (B 90/DIE GRÜNEN)
Rechnungsprüfungsausschuss *Unterausschuss:* zu Fragen der Europäischen Union	15	a) *Gerhard Rübenkönig* (SPD) b) *Hans-Joachim Fuchtel* (CDU/CSU)
9.) **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** *Unterausschüsse:* „ERP-Wirtschaftspläne", „Regionale Wirtschaftspolitik"	42	a) *Rainer Wend* (SPD) b) *Max Straubinger* (CDU/CSU)

[1] Stand: 31. März 2003.
[2] Der Bundestag beschloss am 7. November 2002, die Anzahl der Mitglieder des Ausschusses auf 44 Mitglieder zu erhöhen.

Ausschüsse Unterausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen	Mitglieder	a) Vorsitzender b) Stellvertreter
10.) **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**	30	a) *Herta Däubler-Gmelin* (SPD) b) *Ulrike Höfken* (B 90/DIE GRÜNEN)
11.) **Verteidigungsausschuss** *Unterausschuss:* „Weiterentwicklung der Inneren Führung, politischen Bildung und sozialen Verantwortung für Angehörige der Bundeswehr vor dem Hintergrund des Aufgaben- und Strukturwandels im Einsatz“	30	a) *Reinhold Robbe* (SPD) b) *Thomas Kossendey* (CDU/CSU)
12.) **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** Kinderkommission	30	a) *Kerstin Griese* (SPD) b) *Walter Link* (CDU/CSU)
13.) **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung**	40	a) *Klaus Kirschner* (SPD) b) *Wolfgang Zöller* (CDU/CSU)
14.) **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen**	40	a) *Eduard Oswald* (CDU/CSU) b) *Annette Faße* (SPD)
15.) **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**	33	a) *Ernst Ulrich von Weizsäcker* (SPD) b) *Ulrich Petzold* (CDU/CSU)
16.) **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe**	17	a) *Christa Nickels* (B 90/DIE GRÜNEN) b) *Rainer Funke* (FDP)
17.) **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**	33	a) *Ulrike Flach* (FDP) b) *Ulla Burchardt* (SPD)
18.) **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**	23	a) *Rudolf Kraus* (CDU/CSU) b) *Detlef Dzembritzki* (SPD)
19.) **Ausschuss für Tourismus**	15	a) *Ernst Hinsken* (CDU/CSU) b) *Jann-Peter Janssen* (SPD)
20.) **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union**	33	a) *Matthias Wissmann* (CDU/CSU) b) *Kurt Bodewig* (SPD)
21.) **Ausschuss für Kultur und Medien** *Unterausschuss:* „Neue Medien“	15	a) *Monika Griefahn* (SPD) a) *Peter Gauweiler* (CDU/CSU)
Gemeinsamer Ausschuss nach Artikel 53a des Grundgesetzes	48 (32 Mitglieder Bundestag, 16 Mitglieder Bundesrat)	a) Präsident des Deutschen Bundestages *Wolfgang Thierse* b) N.N.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 9.2.

8.3 Besetzung des Ausschussvorsitzes

So wie sich die Zusammensetzung der Ausschüsse nach den Mehrheitsverhältnissen im Plenum richtet, steht auch den einzelnen Fraktionen entsprechend ihrer Stärke eine bestimmte Anzahl von Vorsitzendenstellen zur Besetzung zur Verfügung. Wie hoch diese Zahl ist, wird durch das mathematische Berechnungsverfahren *Sainte-Laguë/Schepers* ermittelt[1]. Demnach wurden in der 13., 14. und 15. Wahlperiode folgende Ausschussvorsitzende gestellt:

Wahlperiode	Anzahl der Ausschussvorsitzenden in den Fraktionen:				
	SPD	CDU/CSU	B 90/DIE GRÜNEN	FDP	PDS
13. WP 1994-1998	8	10	2	2	–
14. WP 1998-2002	10	9	2	1	1
15. WP 2002-[2]	9	8	2	2	–

Nachdem diese Berechnung vorgenommen worden ist, muss geklärt werden, welche Fraktion in welchem Ausschuss den Vorsitzenden oder Stellvertreter stellen kann. Dies geschieht durch Vereinbarung im Ältestenrat und zwar im Normalfall auf Grund einer interfraktionellen Einigung. Erfahrungsgemäß sprechen bei den Fraktionen verschiedene politisch-fachliche und personelle Gesichtspunkte eine Rolle, auf den Vorsitz in einem bestimmten Ausschuss besonderen Wert zu legen.

Erst wenn sich im Ältestenrat keine Verständigung zwischen den Fraktionen erzielen lässt, wird die Vergabe des Ausschussvorsitzes mit Hilfe des so genannten Zugreifverfahrens[3] durchgeführt. Danach kann jede Fraktion in der Reihenfolge ihrer Rangmaßzahl oder der Zugriffszahl (die das zuvor gewählte mathematische Berechnungsverfahren liefert) auf den Ausschussvorsitz „zugreifen“, der dann noch frei ist und der ihr am attraktivsten erscheint.
Das Zugreifverfahren ist bislang angewendet worden:

1961 zu Beginn der 4. Wahlperiode,

1994 zu Beginn der 13. Wahlperiode,

1998 zu Beginn der 14. Wahlperiode,

2002 zu Beginn der 15. Wahlperiode.

Bisher ist lediglich das Zugreifverfahren 1961 dokumentiert.[4]

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 9.4.

[1] Zum Berechnungsverfahren vgl. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 9.3.
[2] Stand: 31. März 2003.
[3] Vgl. dazu auch: *Volkmar Kese*, Das Zugriffsverfahren bei der Bestimmung parlamentarischer Ausschussvorsitzender. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 24. 1993. H. 4. 613-621.
[4] Vgl. dazu: **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 9.4, v. a. S. 2095.

8.4 Mitgliederzahl der Ausschüsse

Dieses Kapitel enthält

– eine Aufstellung über die unterschiedlichen Mitgliederstärken der ständigen Ausschüsse in der 13., 14. und 15. Wahlperioden sowie
– eine Berechnung über die zu besetzenden Ausschusssitze im Verhältnis zur Zahl der Abgeordneten.

13. Wahlperiode (1994–1998)

41 Mitglieder	39 Mitglieder	32 Mitglieder	17 Mitglieder
HaushaltsA	Auswärtiger A InnenA FinanzA A für Wirtschaft A für Arbeit und SozialordnungVerteidigungsA A für Familie, Senioren, Frauen und Jugend A für Verkehr A für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit A für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung A für die Angelegenheiten der Europäischen Union	PetitionsA RechtsA A für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten A für Gesundheit A für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau A für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	A für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung SportA A für Post und Telekommunikation A für Fremdenverkehr und Tourismus

14. Wahlperiode (1998–2002)

42 Mitglieder	40 Mitglieder[1]	38 Mitglieder	36 Mitglieder
HaushaltsA A für Verkehr Bau und Wohnungswesen	Auswärtiger A InnenA FinanzA A für Wirtschaft und Technologie A für Arbeit und Sozialordnung	VerteidigungsA A für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit A für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	A für die Angelegenheiten der Europäischen Union

[1] Auf Grund einer interfraktionellen Vereinbarung beschloss der Bundestag am 1. Juni 2001, die Zahl der Mitglieder auf 39 Mitglieder zu reduzieren.

noch: 14. Wahlperiode

31 Mitglieder	29 Mitglieder	26 Mitglieder[1]	15 Mitglieder
RechtsA A für Familie, Senioren, Frauen und Jugend A für Gesundheit	PetitionsA	A für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ab 15. 3. 2001[2]:A für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft A für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	A für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung SportA A für Angelegenheiten der neuen Länder neuen Länder A für Menschenrechte und humanitäre Hilfe humanitäre Hilfe A für Tourismus A für Kultur und Medien

15. Wahlperiode (2002–[3])

42 Mitglieder	40 Mitglieder	37 Mitglieder	33 Mitglieder
HaushaltsA[4] A für Wirtschaft und Arbeit	A für Gesundheit und Soziale Sicherung A für Verkehr Bau- und Wohnungswesen	Auswärtiger A InnenA	RechtsA FinanzA A für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit A für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung A für die Angelegenheiten der Europäischen Union
30 Mitglieder	**25 Mitglieder**	**23 Mitglieder**	**17 Mitglieder**
A für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft VerteidigungsA A für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	PetitionsA	A für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	A für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
15 Mitglieder			
A für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung SportA A für Tourismus A für Kultur und Medien			

[1] Der Bundestag beschloss am 15. September 2000, die Anzahl der Mitglieder auf 27 Mitglieder zu erhöhen.
[2] Der Bundestag beschloss am 14. März 2001, den Ausschuss umzubenennen und gleichzeitig die Anzahl der Mitglieder auf 35 Mitglieder zu erhöhen.
[3] Stand: 31. März 2003.
[4] Der Bundestag beschloss am 7. November 2002, die Anzahl der Mitglieder des Ausschusses auf 44 Mitglieder zu erhöhen.

Ausschusssitze im Verhältnis zur Zahl der Abgeordneten

Wahlperiode	Berechnung der Zahl der Ausschusssitze (Stand bei Beginn der Wahlperiode)			Zahl der Ausschusssitze insgesamt	Zahl der Abgeordneten	Verhältnis der Zahl der Abgeordneten zur Zahl der Ausschusssitze	auf einen Abgeordneten entfielen im Durchschnitt... Ausschusssitze
	Zahl der Ausschüsse	mit... Mitgliedern	= Ausschusssitze				
13. WP 1994–1998	1	41	41	730	672	672:730	**1,1**
	11	39	429				
	6	32	192				
	4	17	68				
14. WP 1998–2002	2	42	84	698	669	669:698	**1,0**
	5	40	200				
	3	38	114				
	1	36	36				
	3	31	93				
	1	29	29				
	2	26	52				
	6	15	90				
15. WP 2002–[1]	2	42	84	618	603	603:618	**1,0**
	2	40	80				
	2	37	74				
	5	33	165				
	3	30	90				
	1	25	25				
	1	23	23				
	1	17	17				
	4	15	60				

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 9.5.

8.5 Organisation und Arbeitsweise einzelner Ausschüsse: Bibliographie

Die ständigen Ausschüsse oder „Fachausschüsse“ des Bundestages weisen hinsichtlich ihrer Organisation und Arbeitsweise erhebliche Unterschiede auf. Diese hängen hauptsächlich davon ab, in welcher Weise das Parlament die einzelnen Politikbereiche behandelt – ob mehr durch detaillierte und zum Teil vertrauliche Beratungen oder mehr durch eine Fülle gesetzgeberischer Arbeit. Auch besondere Zuständigkeiten einzelner Ausschüsse bewirken entsprechende Differenzierungen.

Die vorliegende Bibliographie enthält Literatur über die Ausschüsse und ihre Tätigkeit in der 13., 14. und beginnenden 15. Wahlperiode, aber auch Tätigkeitsberichte von Ausschüssen, soweit sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden.

[1] Stand: 31. März 2003.

Ausschuss	Titel der Darstellung
Ausschüsse allgemein	*Brandner, Thilo*, Der Bundestagsausschuss als Gesetzesinitiant? Überlegungen aus Anlass einiger Gesetzesbeschlüsse des 13. Deutschen Bundestages. In: Jura. Jg. 21. 1999. H. 9. S. 449-455. Die [dreiundzwanzig] 23 ständigen Ausschüsse der 14. Wahlperiode (1998-2002). Geschichte des Ausschusswesens, Zusammensetzung der Ausschüsse, Sonderausschüsse und Gremien. In: Bundestag-Magazin. 2003. H. 23. *Grigoleit, Klaus Joachim* und *Jens Kersten*, Der Ausschussvorsitz als parlamentarisches Amt. In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 54. 2001. H. 9. S. 363-369. *Lemke-Müller, Sabine*, Funktionen und Politikverständnis der weiblichen Abgeordneten in den Ausschüssen des 13. und 14. Deutschen Bundestages. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 30. 1999. H. 4. S. 968-979. *Röper, Erich*, Ausschusssitzverteilung nur unter den stimmberechtigten Mitgliedern. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 29. 1998. H. 2. S. 313-316. Sonderthema Ausschüsse. In: Blickpunkt Bundestag. 2003. H. 1. S.17-44. *Zeh, Wolfgang*, Parliamentary committees and their role in legislation. Organisation, objectives and functioning. In: The role of parliament for the consolidation of the new democracies in Central and Eastern Europe. International conference Sofia, December 18 – 19, 1995. Hrsg. von *Dobrin Kanev*. Sofia 1996. S. 103-109.
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	*Essen, Jörg van*, Bundesverfassungsgericht bestätigt FDP-Position. In: Die liberale Depesche. 1998. H. 9. S. 4. *Neumann, Kurt*, Rechtsstaatlicher Unfug – oder mehr? Wie Gregor Gysi das Fell über die Ohren gezogen werden soll. In: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. 1998. H. 4. S. 20-23. *Senfft, Heinrich*, „Vom innenpolitischen Zweck nicht gerechtfertigt“: Kleine Chronik der Bemühungen des Bundestags-Immunitätsausschusses im Falle Gysi. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Jg. 43. 1998. H. 9. S. 1113-1124.
Petitionsausschuss	*Lüth, Heidemarie*, Einspruch, Euer Ehren!? Zur Arbeit des Petitionsausschusses. Und: Warum Masseneingaben im Deutschen Bundestag keine Massen bewegen. In: Disput. 1997. H. 8. S. 30. *Nickels, Christa*, „... dass die Wahrheit sich der Schönheit füge“: Stärkung des Petitionsausschusses. In: Schrägstrich. 1996. H. 5/6. S. 12-13. *Nickels, Christa* und *Jörg Weigand*, Direkte Brücke. Ein Interview mit der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Christa Nickels. In: Mut. 1996. H. 347. S. 6-12. *Nickels, Christa* und *Oliver Feldhaus*, Öffentlichkeit im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages: Protokoll eines Versuchs. In: Mit Petitionen Politik verändern. Baden-Baden. 1999. S. 369-373. *Nickels, Christa*, Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. In: Der Dreizehnte Deutsche Bundestag. Innenansichten unseres Parlaments. Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Rheinbreitbach 1995. S. 120-123. *Nickels, Christa*, „Wir bieten konkrete Hilfestellung an“. REPORT-Gespräch mit der Petitionsausschussvorsitzenden *Christa Nickels*. In: Bundestag-Report. 1997. H. 7/8. S. 26-27. Petitionen: Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages – Fragen und Antworten rund um das Petitionsrecht. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat für Öffentlichkeitsarbeit. Berlin, 9. überarb. Aufl. 1999.

Ausschuss	Titel der Darstellung
noch: Petitionsausschuss	*Röper, Erich*, Fast überall unzureichende Berichte der Petitionsausschüsse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 33. 2002. H. 2. S. 239-244. *Röper, Erich*, Notwendiger Inhalt der Berichte des Petitionsausschusses. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 21. 2002. H. 1. S. 53-54. *Sierck, Gabriela M.*, Von der Untertanenbitte zum Petitionsrecht. In: Deutsche Richterzeitung. Jg. 76. 1998. H. 10. S. 442-446. Viel Post im Kummerkasten der Nation: Aus dem Bericht des Petitionsausschusses. In: Bundestag-Report. 1996, H. 7/8. S. 18-19.
Auswärtiger Ausschuss	Der Auswärtige Ausschuss und die Auslandseinsätze der Bundeswehr in der 14. Wahlperiode. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Auswärtiger Ausschuss. Berlin 2003. Der Auswärtige Ausschuss und die EU-Operation ARTEMIS in der Demokratischen Republik Kongo. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Auswärtiger Ausschuss. Berlin 2003. *Ehrhart, Wolfgang*, Nicht im Rampenlicht, aber wirkungsvoll: Der Unterausschuss „Vereinte Nationen, Internationale Organisationen“ des Deutschen Bundestages nach zwei Legislaturperioden. In: Vereinte Nationen. Jg. 46. 1998. H. 4. S. 131-135. Gemeinsame Sitzung der Europaausschüsse und der Auswärtigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale am 10. Dezember 2001. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Berlin 2002. *Martenson, Sten*, Sachverstand gefragt. Auswärtiger Ausschuss: Mehr Sachverstand durch neue Mitglieder. In: Auslandskurier. Jg. 35. 1994. H. 12. S. 10-12. *Münzing, Ekkehard* und *Volker Pilz*, Aufgaben, Organisation und Arbeitsweise des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages. Unter besonderer Berücksichtigung der 12. und 13. Wahlperiode. In: Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Wiesbaden 2001. S. 63-86. *Münzing, Ekkehard* und *Volker Pilz*, Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages: Aufgaben, Organisation und Arbeitsweise. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 29. 1998. H. 4. S. 575-604. *Münzing, Ekkehard* und *Volker Pilz*, Auswärtiger Ausschuss. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Berlin 1999. *Neuber, Manfred*, Auswärtiger Ausschuss neu besetzt. In: Diplomatisches Magazin. Jg. 36. 1995. H. 1. S. 4.
Innenausschuss	–
Sportausschuss	Sportausschuss Deutscher Bundestag [6. bis 14. Wahlperiode]. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Sportausschuss. [Berlin 2003.]
Rechtsausschuss	–
Finanzausschuss	–
Haushaltsausschuss	*Austermann, Dietrich*, Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr: Kontrollverfahren des Haushaltsausschusses. In: Wehrtechnik. Jg. 27. 1995. H. 2. S. 4-5.

Ausschuss	Titel der Darstellung
Ausschuss für Wirtschaft ab 14. WP: Ausschuss für Wirtschaft und Technologie ab 15. WP: Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit	*Mann, Annette* und *Ekkehard Münzing*, Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Berlin 2002.
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ab 14. WP (15.3.2001): Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	–
nur 13. und 14. WP: Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung	–
Verteidigungsausschuss	*Bartels, Henning, Rainer Metzner* und *Helmut Wieczorek*, Information hat hohe Priorität. In: Europäische Sicherheit. Jg. 48. 1999. H. 6. S. 7-9. *Rose, Klaus*, Der Verteidigungsausschuss. In: Wehrtechnik. Jg. 27. 1995. H. 11. S. 11. *Spranger, Tade Matthias*, Der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss. Zum Umfang des Enquêtemonopols. In: Bundeswehrverwaltung. Jg. 42. 1998. H. 2. S. 25-27.
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hier: Kinderkommission	*Grießhaber, Rita*, Erfahrungen der Kinderkommission des Deutschen Bundestages. In: Politik für Kinder. Tagung vom 11. bis 13. April 1997 in der Evangelischen Akademie Bad Boll. Bad Boll 1997. S. 115-121. Kinderkommission im Deutschen Bundestag. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder. Bonn 1996. Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) im Deutschen Bundestag: Zwischenbericht – Auszug – Über die Tätigkeit der Kinderkommission vom 1. Juni 1995 bis 15. März 1997. In: Zentralblatt für Jugendrecht. Jg. 84. 1997. H. 9. S. 317-320. Kurzbericht über die Tätigkeit der Kinderkommission. Unter dem Vorsitz der Abg. *Rita Grießhaber* (1. März 1997 bis 15. Januar 1998). Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission). Bonn 1998. Eine Lobby für die Kinder: Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages. In: Bundestag-Report. 1996. H. 4. S. 18-19. *Stöckel, Rolf*, „An der Kinderpolitik misst sich die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft“. In: Demo. Jg. 51. 1999. H. 4. S. 8-9.
Ausschuss für Gesundheit ab 15. WP: Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung	–

Ausschuss	Titel der Darstellung
Ausschuss für Verkehr ab 14. WP: Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	–
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	–
nur 13. WP: Ausschuss für Post und Telekommunikation	–
nur 13. WP: Ausschuss für Bauwesen, Raumordnung und Städtebau	–
nur 14. WP: Ausschuss für die Angelegenheiten der neuen Länder	–
ab 14. WP: Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe	–
Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Forschung Technologie und Technikfolgenabschätzung ab 14. WP: Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	–
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	–
Ausschuss für Fremdenverkehr und Tourismus ab 14. WP: Ausschuss für Tourismus	*Haverkamp, Christof*, Enger Kontakt zu Reiseveranstaltern und Naturschützern: Ausschuss für Fremdenverkehr und Tourismus. In: Das Parlament. Jg. 44. 1994. H. 17. S. 16.
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union	Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Sekretariat, unter Mitarbeit von *Jacqueline Bila*, *Hartmut Groos* und *Beate Hasenjäger*. Bonn 1998. Europaausschuss 2000. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Sekretariat. Berlin 2001. Europaausschuss 2001. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Berlin 2002.

Ausschuss	Titel der Darstellung
noch: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union	Der Europaausschuss und der Europäische Rat Laeken vom 14./15. Dezember 2001. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Berlin 2002. Der Europaausschuss und die institutionellen Reformen der Europäischen Union. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Sekretariat. Berlin 2000. Europaausschuss und EU-Erweiterung. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Sekretariat. Berlin 2000. 2 Bde. Der Europaausschuss und die Sanktionen gegen Österreich. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Sekretariat. Berlin 2000. *Fuchs, Michael*, Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages – kein Ausschuss wie jeder andere. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Berlin 2001. Gemeinsame Sitzung der Europaausschüsse und der Auswärtigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale am 10. Dezember 2001. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Berlin 2002. *Gloser, Günter*, Europapolitik aus der Perspektive des deutschen Bundestages. In: Legitimation, Transparenz, Demokratie. Fragen an die Europäische Union. Hrsg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. München 1999. S. 182-184. *Günther, Ulrich*, Die Mitwirkung des Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union nach Art. 23 GG. Köln, Univ., Diss., 1998. *Hölscheidt, Sven*, Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages in Angelegenheiten der EU. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 50. 2000. H. 28. S. 31-38. *Hölscheidt, Sven* und *Thomas Schotten*, Der Unionsausschuss des Deutschen Bundestages: Gestaltungsprobleme. In: Integration. Jg. 17. 1994. H. 4. S. 230-233. *Hourquebie, Fabrice*, Les organes spécialisés dans les affaires communautaires des parlements nationaux. Les cas français et allemands. Paris 1999. Die Mitglieder des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Sekretariat. Berlin 2000. Die Mitglieder des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Sekretariat. Berlin 2001. Die Mitglieder des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (15. Wahlperiode). Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Berlin 2003. *Pflüger, Friedbert*, Die Bedeutung des EU-Ausschusses für die Verwirklichung der europäischen Integration. In: Recht und Politik. Jg. 38. 2002. H. 4. S. 220-227. *Pflüger, Friedbert*, Der Europaausschuss des Deutschen Bundestages in der 14. Legislaturperiode. In: Integration. Jg. 25. 2002. H. 4. S. 325-329. *Pflüger, Friedbert*, Die fortschreitende europäische Integration und der Europaausschuss des Deutschen Bundestages. In: Integration. Jg. 23. 2000. H. 4. S. 229-244.

Ausschuss	Titel der Darstellung
noch: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union	Die Rechtsgrundlagen des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Sekretariat. Berlin 2000. *Sterzing, Christian* und *Stefan Tidow*, Die Kontrolle der deutschen Europapolitik durch den EU-Ausschuss des Bundestages. Bilanz und Reformpotenzial. In: Integration. Jg. 24. 2001. H. 3. S. 274-288.
ab 14. WP: Ausschuss für Kultur und Medien	*Griefahn, Monika*, Investitionen in die Zukunft. Kulturpolitik im Bund. In: Kulturpolitik in der Berliner Republik. Hrsg. von *Hilmar Hoffmann*. Köln 2002. S. 100-105. *Griefahn, Monika*, Lobby für Kunst und Kultur. Der Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages. In: Kulturnotizen. 2001. H. 6. S. 7-10.
Nur 14. WP (27.10.2000-14.6.2002): Sonderausschuss Maßstäbegesetz/ Finanzausgleichsgesetz	–

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 9.7.

8.6 Erweiterte öffentliche Ausschussberatung

Das Instrument der Erweiterten öffentlichen Ausschussberatung (§ 69a GOBT) wurde am 21. September 1995 beschlossen. Seine Einführung stand im Kontext von Neuregelungen zur Rechtsstellung der Abgeordneten sowie Beschlüssen zur Verkleinerung des Deutschen Bundestages. Die Erweiterten öffentlichen Ausschussberatungen sind Teilkomplex einer kleinen Parlamentsreform im Rahmen von Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur und Darstellung der parlamentarischen Arbeit. Absicht war, das Plenum zu Gunsten einer Konzentration auf wichtige, allgemein interessierende Themen von Debatten zu Spezialthemen (insbesondere Gesetzentwürfen) zu entlasten. Gleichzeitig wurde eine verstärkte Öffentlichkeitswirkung der neuen Form von Ausschussberatung bei fachlich interessiertem Publikum (Verbänden und Organisationen) erwartet.
Ein Beschluss zur „Änderung des parlamentarischen Verfahrens“ lautete in Hinblick auf die Durchführung von Erweiterten öffentlichen Ausschussberatungen in Bonn (Drucksache 13/2342 vom 19. September 1995: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung):

„a) Der Teilnehmerkreis besteht aus dem veranstaltenden federführenden Ausschuss und, auf Wunsch, den Mitgliedern der mitberatenden Ausschüsse sowie weiteren interessierten Abgeordneten. Rede- und Antragsrecht steht allen Abgeordneten zu, Stimmrecht jedoch nur den Mitgliedern des federführenden Ausschusses.
b) Zu den Erweiterten öffentlichen Ausschussberatungen sind Presse, Rundfunk und Fernsehen, Einzelbesucher (z. B. Vertreter von Verbänden und Organisationen) und Besuchergruppen zugelassen. Die dafür erforderlichen räumlichen und technischen Voraussetzungen sind derzeit im Wasserwerk-Saal gegeben und sollen für mindestens noch einen weiteren Saal (z. B. NH 1903)[1] sowie in der Bauplanung für Berlin vorgesehen werden.
c) Als Sitzungstag für Erweiterte öffentliche Ausschussberatungen wird der Mittwoch, in Ausnahmefällen der Nachmittag des Donnerstags vorgesehen.
d) Die Planung öffentlicher Ausschusssitzungen ist in erster Linie Aufgabe des federführenden Ausschusses, wobei die Eignung einer Vorlage hierfür schon bei der Überweisung geprüft werden soll. Bei der Terminfestlegung und bei späteren Umplanungen ist das Einvernehmen mit dem Ältestenrat herzustellen.“

[1] NH 1903 bezeichnet den Raum 1903 im „Neuen Hochhaus“ (sog. „Langer Eugen“) in Bonn.

Seit der Schaffung des Instruments gab es im Deutschen Bundestag folgende Erweiterte öffentliche Ausschussberatungen (Stand: 31. März 2003):

Nr.	Wahlperiode	Datum	Ausschuss
1	13. WP 1994–1998	17.1.1996	14. Sitzung des Ausschusses für Post- und Telekommunikation
2		28.2.1996	26. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung
3		6.3.1996	20. Sitzung des Sportausschusses
4	14. WP 1998–2002	12.6.2002	95. Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

8.7 Öffentliche Anhörungen

Die Geschäftsordnung des Bundestages (§ 70 Abs. 1) regelt:

„Zur Information über einen Gegenstand seiner Beratung kann ein Ausschuss öffentliche Anhörungen von Sachverständigen, Interessenvertretern und anderen Auskunftspersonen vornehmen. Bei überwiesenen Vorlagen oder Anträgen ist der federführende Ausschuss auf Verlangen eines Viertels seiner Mitglieder dazu verpflichtet; bei nicht überwiesenen Gegenständen im Rahmen des § 60 Abs. 2 Satz 3 erfolgt eine Anhörung auf Beschluss des Ausschusses. [...]“

Das Kapitel „Öffentliche Anhörungen“ ist im vorliegenden **Datenhandbuch** folgendermaßen untergliedert:

– in eine statistische Übersicht der Anhörungen der 13. und 14. Wahlperiode, und zwar sowohl insgesamt als auch nach den einzelnen Bundestagsausschüssen unterteilt,
– in eine Aufstellung über die Daten und Themen der öffentlichen Anhörungen der 13. und 14. Wahlperiode,
– in eine statistische Untersuchung über die öffentlichen Anhörungen, die zu Gesetzentwürfen durchgeführt wurden.

Wahlperiode	Zahl der in öffentlichen Anhörungen behandelten Themen			Zahl der Sitzungen mit öffentlichen Anhörungen		
	Ausschüsse	Enquete-kommissionen	insgesamt	Ausschüsse	Enquete-kommissionen	Insgesamt
13. WP 1994-1998	194	42	236	209	44	253
14. WP 1998-2002	271	32	303	300	36	336

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 9.8.

Öffentliche Anhörungen nach Ausschüssen untergliedert

Ausschuss	Wahl-periode	Zahl der Themen	Zahl der Sitzungen	Bemerkungen
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	13.	1	1	
	14.	2	2	
Petitionsausschuss	13.	0	0	
	14.	0	0	
Auswärtiger Ausschuss	13.	3	3	davon 1 öffentliche Anhörung durch den Unterausschuss für Auswärtige Kulturpolitik sowie je 1 öffentliche Anhörung durch den Unterausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe bzw. Unterausschuss für Abrüstung und Rüstungskontrolle
	14.	1	1	
Innenausschuss	13.	9	9	
	14.	15	16	davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Rechtsausschuss und dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Sportausschuss	13.	2	2	
	14.	8	8	
Rechtsausschuss	13.	33	35	davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Ausschuss für Gesundheit und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technik und 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
	14.	40	42	davon 4 öffentliche Anhörungen gemeinsam mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2 öffentliche Anhörungen gemeinsam mit dem Ausschuss für Gesundheit; je 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder sowie Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschuss	Wahl-periode	Zahl der Themen	Zahl der Sitzungen	Bemerkungen
Finanzausschuss	13.	11	13	davon 2 öffentliche Anhörungen gemeinsam mit dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
	14.	26	30	darüber hinaus 1 öffentliche Diskussionsveranstaltung gemeinsam mit dem Auswärtigen Ausschuss und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; 4 Expertengespräche, von denen 1 gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Haushaltsausschuss	13.	3	3	
	14.	4	6	
Ausschuss für Wirtschaft	13.	9	9	
ab 14. WP: Ausschuss für Wirtschaft und Technologie	14.	11	16	davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Rechtsausschuss, 3 öffentliche Anhörungen durch den Unterausschuss „Telekommunikation und Post“
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	13.	3	3	
ab 15.3.2001: Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	14.	12	12	davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung	13.	24	30	davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft und 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
	14.	20	27	davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Finanzausschuss
Verteidigungsausschuss	13.	0	0	
	14.	0	0	
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	13.	15	17	davon 1 öffentliche Anhörung durch den Unterausschuss „Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz“ sowie 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Rechtsausschuss und 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ einschließlich 6 öffentlicher Anhörungen durch die Kinderkommission
	14.	11	12	davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Gesundheitsausschuss einschließlich 4 öffentlicher Anhörungen durch die Kinderkommission

Ausschuss	Wahl-periode	Zahl der Themen	Zahl der Sitzungen	Bemerkungen
Ausschuss für Gesundheit	13.	28	30	davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung
	14.	42	49	davon 2 öffentliche Anhörungen gemeinsam mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Gesundheitsausschuss darüber hinaus 3 öffentliche Expertengespräche
Ausschuss für Verkehr	13.	6	6	
ab 14. WP: Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	14.	13	13	
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	13.	11	11	davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Innenausschuss, dem Rechtsausschuss und dem Ausschuss für Wirtschaft sowie 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
	14.	8	8	
Ausschuss für Post und Telekommunikation	13.	4	4	
Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder	14.	5	5	
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe	14.	4	4	
Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	13.	6	6	davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Rechtsausschuss
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	13.	11	12	
	14.	9	9	darüber hinaus 1 öffentliches Expertengespräch
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	13.	8	8	
	14.	8	8	
Ausschuss für Fremdenverkehr und Tourismus	13.	5	5	davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Sportausschuss
ab 14. WP: Ausschuss für Tourismus	14.	16	16	davon 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Sportausschuss und 1 öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Kinderkommission
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union	13.	2	2	
	14.	6	6	davon 2 öffentliche Anhörungen gemeinsam mit dem Ausschuss für Fragen der Europäischen Union des Bundesrates; darüber hinaus 4 öffentliche Sitzungen

Ausschuss	Wahl-periode	Zahl der Themen	Zahl der Sitzungen	Bemerkungen
Ausschuss für Kultur und Medien	14.	9	9	davon 2 öffentliche Anhörungen des Unterausschusses Neue Medien gemeinsam mit dem Rechtsausschuss
Sonderausschuss „Maßstäbegesetz/ Finanzausgleichsgesetz“	14	1	1	
Summe	13.	194	209	
	14.	271	300	

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 9.8.

Daten und Themen der öffentlichen Anhörungen

13. Wahlperiode (1994- 1998)

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

12.6.1996 Überprüfung der Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages (Anlage 1 GOBT)

Auswärtiger Ausschuss

14.4.1997 Bestandsaufnahme und Perspektiven der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik *(Unterausschuss für Auswärtige Kulturpolitik)*

10.12.1998 Aufgaben europäischer Menschenrechtsinstitute – Überlegungen für ein Menschenrechtsinstitut in Deutschland *(Unterausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe)*

27.4.1998 Perspektiven nuklearer Abrüstung *(Unterausschuss für Abrüstung und Rüstungskontrolle)*

Innenausschuss

15.3.1995 Die Situation der Menschenrechte in der Türkei

24.4.1996
a) Entwurf eines Gesetzes zur Reform des öffentlichen Dienstrechts
b) Anträge zur Nutzung der Reform des Dienstrechts für die Verwaltungsmodernisierung

22.5.1996
a) Anträge zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung bzw. zur Verwaltungsreform
b) Bericht der Bundesregierung zur Verringerung und Straffung von Bundesbehörden

24.6.1996 Strukturfragen der finanziellen Sicherstellung der kommunalen Selbstverwaltung

29.1.1997
a) Entwurf eines Gesetzes über den deutschen Auslandsrundfunk
b) Antrag zur Staatsferne und Selbstbestimmung des deutschen Auslandsrundfunks (Deutsche Welle)

10.3.1997 Private Sicherheitsdienste

20.1.1998 Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 19. Juni 1997 auf Grund von Artikel K. 3 des Vertrags über die Europäische Union und von Artikel 41 Absatz 3 des Europol-Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten für Europol, die Mitglieder der Organe, die stellvertretenden Direktoren und die Bediensteten von Europol (Europol-Immunitätenprotokollgesetz)

2.3.1998	a) Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Versorgungsberichts b) Bericht der Bundesregierung über die im Kalenderjahr 1993 erbrachten Versorgungsleistungen im öffentlichen Dienst sowie über die Entwicklung der Versorgungsausgaben in den nächsten 15 Jahren – Versorgungsbericht – c) Antrag zur Modernisierung von Beamtenrecht und Beamtenversorgung
15.6.1998	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesgrenzschutzgesetzes

Sportausschuss

7.2.1996	Risiken durch erhöhte Belastung im Training und Wettbewerb für Kinder und heranwachsende Jugendliche
11.6.1997	Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Doping und zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarats gegen Doping

Rechtsausschuss

24.4.1995	Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Mieter von Geschäftsraum in den Ländern Berlin und Brandenburg
28.4.1995	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 106 GG)
17.5.1995	Entwurf einer Bioethik-Konvention des Europarates *(gemeinsam mit dem Ausschuss für Gesundheit und dem Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung)*
31.5.1995	Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Gerichtsferien
22.11.1995	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten (Zweites Kronzeugen-Verlängerungs-Gesetz)
29.11.1995	a) Antrag zur Rehabilitierung, Entschädigung und Versorgung für die Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und „Wehrkraftzersetzer“ unter dem NS-Regime b) Antrag zu Unrechtsurteilen wegen „Fahnenflucht/Desertion“, „Wehrkraftzersetzung oder „Wehrdienstverweigerung“ während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft
6.12.1995	a) Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung des Sexualstrafrechts (§§ 177 bis 179, 184c StGB) b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sexualstrafrechts §§ 177 bis 179 StGB) und Regelungen der Strafprozessordnung bei Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen c) Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes §§ 177 bis 179 StGB d) Antrag zur Reform des Sexualstrafrechts (§§ 177 bis 179 StGB) und strafprozessualer Regelungen zur Verwirklichung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung
22.5.1996	Entwurf eines ... Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung und anderer Gesetze
12.6.1996	Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung der Strafprozessordnung
19.6.1996	Entwürfe eines Strafverfahrensänderungsgesetzes– DNA-Analyse („genetischer Fingerabdruck“)
25.9.1996	a) Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes der Nutzer und zur weiteren Erleichterung von Investitionen in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Nutzerschutzgesetz) b) Entwurf eines Gesetzes um verbesserten Schutz der Nutzerinnen und Nutzer von Grundstükken in den neuen Bundesländern (Nutzerschutzgesetz) c) Antrag „Vorrang für die Nutzer in Ostdeutschland“ d) Moratorium zum Schutze der redlichen Nutzer und Nutzerinnen vor der zivilrechtlichen Durchsetzung von Rückübertragungsansprüchen im Beitrittsgebiet
9.10.1996	Möglichkeiten und Strategien für einen verbesserten Schutz vor rückfälligen Sexualstraftätern
16.10.1996	Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches (Verunglimpfung der Bundeswehr)

6.11.1996	a)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten
	b)	Antrag zum strafrechtlichen Schutz des Eigentums und Vermögens
	c)	Antrag zur Entkriminalisierung des Ladendiebstahls, Schwarzfahrens und der Fahrerflucht bei Sachbeschädigung
	d)	Antrag zur Stärkung der Idee des Täter-Opfer-Ausgleichs und Effizienzsteigerung der Justiz bei der Verbrechensbekämpfung durch Konzentration auf schwerwiegende Rechtsgüterverletzungen
4.12.1996	a)	Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Kindschaftsrechts (Kindschaftsrechtsreformgesetz)
u. 24.2.1997	b)	Antrag zur Reform des Kindschaftsrechts
	c)	Antrag zur gesetzlichen Neuregelung des Kindschaftsrechts *(gemeinsam mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)*
9.12.1996		Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung zwangsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften (2. Zwangsvollstreckungsnovelle)
15.1.1997	a)	Entwürfe eines Gesetzes über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen (Transplantationsgesetz)
	b)	Anträge zu Kriterien bzw. Eckpunkten für die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen
29.1.1997	a)	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung von Transparenz und Beschränkung von Machtkonzentration in der deutschen Wirtschaft (Transparenz- und Wettbewerbsgesetz)
	b)	Entwurf eines Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
19.2.1997	a)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, des Straßenverkehrsgesetzes und der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte
	b)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten und anderer Gesetze
16.4.1997	a)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, der Strafprozessordnung und andere Gesetze (Korruptionsbekämpfungsgesetz)
	b)	Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Korruption
	c)	Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Korruption durch die Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit von Schmier- und Bestechungsgeldern (Steuerliches Korruptionsbekämpfungsgesetz)
	d)	Anträge zu Maßnahmen zur Bekämpfung der nationalen und internationalen Korruption
14.5.1997		Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts
2.6.1997		Antrag zur Rechtschreibung in der Bundesrepublik Deutschland
4.6.1997		Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Reform des Strafrechts (Strafrahmenharmonisierung)
11.6.1997		Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts sowie weiterer Vorschriften (Betreuungsrechtsänderungsgesetz)
25.6.1997	a)	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung der Bundesnotarordnung und anderer Gesetze
	b)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verordnung über die Tätigkeit von Notaren in eigener Praxis
8.9.1997	a)	Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Sexualdelikten und anderen gefährlichen Straftaten
	b)	Entwurf eines Gesetzes zur Reform des strafrechtlichen Sanktionensystems
	c)	Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes – Sicherungsverwahrung – (... StrÄndG)
	d)	Antrag betr. Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt verbessern
21.11.1997	a)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 13 GG)
	b)	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität
	c)	Antrag zum Schutz der Vertraulichkeit des Telekommunikationsverkehrs und des Vertrauensverhältnisses zu Berufsgeheimnisträgern (Aktionsprogramm gegen Lauschangriffe)
10.12.1997		Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung des zivilgerichtlichen Verfahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit

4.2.1998	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Entlastung der Rechtspflege (strafrechtlicher Bereich)
25.3.1998	Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin: Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin vom 4. April 1997 auf der Grundlage des Berichts der Bundesregierung über den Verhandlungsstand des Menschenrechtsübereinkommens zur Biomedizin (früher: Bioethik-Konvention)
1.4.1998	a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel „Tierschutz“) b) Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz) c) Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung) d) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes
6.5.1998	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse nichtehelicher Lebensgemeinschaften (Nichteheliche-Lebensgemeinschaften-Gesetz – NeLgG)
6.5.1998	Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung des zivilgerichtlichen Verfahrens und des Verfahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit
27.5.1998	a) Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung des Zeugnisverweigerungsrechts für Mitarbeiter/innen von Presse und Rundfunk und des entsprechenden Beschlagnahmeverbotes auf selbst erarbeitetes Material b) Entwurf eines Gesetzes über das Zeugnisverweigerungsrecht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Film c) Antrag zur Sicherung der Pressefreiheit und des Zeugnisverweigerungsrechts der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Film d) Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung der Strafprozessordnung

Finanzausschuss

26. u. 27.4.1995	a) Entwurf eines Jahressteuergesetzes 1996 b) Antrag „Für einen gerechten, verfassungsgemäßen und unbürokratischen Familienleistungsausgleich“ c) Bericht der Bundesregierung über die Höhe des Existenzminimums von Kindern und Familien im Jahr 1996 d) Antrag zu einer sozialen und gerechten Einkommensteuerreform 1996
27.9.1995	a) Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der steuerrechtlichen Wohneigentumsförderung b) Antrag zur Neugestaltung der Wohneigentumsförderung c) Antrag „Wohnungsbaugenossenschaften stärken – Mitglieder steuerlich fördern“ d) Antrag zu Eckwerten für ein grünes Wohnungs-Selbsthilfe-Gesetz für eine soziale und ökologische Reform der Wohnungseigentumsförderung e) Antrag zur Reformierung der Wohneigentumsförderung als ein Bestandteil der Wohnungspolitik
29.11.1995	Probleme des Übergangs zur einheitlichen Währung *(gemeinsam mit dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union)*
24.4.1996	Frage einer ökologischen Steuerreform
12.6.1996	Entwurf eines Gesetzes zur stärkeren Berücksichtigung der Schadstoffemissionen bei der Besteuerung von Personenkraftwagen (Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetz 1997)
26./27.6.1996	Entwurf eines Jahressteuergesetzes 1997
19.3.1997	a) Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von EG-Richtlinien zur Harmonisierung bank- und wertpapieraufsichtsrechtlicher Vorschriften b) Entwurf eines Begleitgesetzes zur Umsetzung von EG-Richtlinien zur Harmonisierung bank- und wertpapieraufsichtsrechtlicher Vorschriften c) Entwurf eines Gesetzes zur Regelung eines Rechts auf ein Girokonto d) Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Teilnahme am bargeldlosen Zahlungsverkehr

17.4.1997	Entwurf eines Steuerreformgesetzes 1998
14., 15. u. 16.5.1997	Entwurf eines Steuerreformgesetzes 1999
16. u. 17.6.1997	a) Steuerreformvorschläge der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS b) Entwurf eines Gesetzes zur Fortsetzung der wirtschaftlichen Förderung in den neuen Ländern
12.11.1997	a) Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Fortentwicklung des Finanzplatzes Deutschland (Drittes Finanzmarktförderungsgesetz) b) Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von Unternehmensübernahmen (Übernahmegesetz)
3.4.1998	Europäische Währungsunion *(gemeinsam mit dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union)*

Haushaltsausschuss

21.6.1995	Zukunft des Palastes der Republik in Berlin-Mitte
12.6.1996	a) Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung des Erblastentilgungsfonds-Gesetzes b) Antrag zur Regelung der kommunalen Altschulden auf gesellschaftliche Einrichtungen c) Antrag zur Streichung der Altschulden auf gesellschaftliche Einrichtungen d) Antrag zur vollständigen Übernahme der so genannten Altschulden auf gesellschaftliche Einrichtungen ostdeutscher Kommunen durch den Bund
24.9.1997	Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Haushaltsrechts von Bund und Ländern (Haushaltsrechts-Fortentwicklungsgesetz)

Ausschuss für Wirtschaft

4.12.1995	Bergrecht
31.1.1996	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung der Industrie- und Handelskammern
24.6.1996	Fünf Jahre deutsche Einheit – Zwischenbilanz und Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern
14.5.1997	Novellierung des Filmförderungsgesetzes und Strukturreform der wirtschaftlichen Filmförderung des Bundes
2.6.1997	Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes
4.6.1997	Stärkung des Kapitalmarktes Deutschland, Förderung des Aktiensparens und Verbesserung der Risikokapitalversorgung
12.1.1998	Wirtschaftliche Aspekte des Nichtraucherschutzgesetzes auf der Grundlage der Vorlagen a) Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Nichtraucher (Nichtraucherschutzgesetz – NRSG) b) Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Nichtraucher in der Öffentlichkeit (Nichtraucherschutzgesetz)
9.2.1998	Finanzierung der Verbraucherorganisationen
30.3.1998	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

15.4.1996	Künftige Ressortforschung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
14.4.1997	Welternährung
23.6.1997	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes

Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

27.4.1995	a)	Antrag „Bündnis gegen Arbeitslosigkeit“
	b)	Antrag „Aktionsprogramm Arbeitspolitik“ *(gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft)*
17.5.1995	a)	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in Baubetrieben
	b)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes
	c)	Antrag zum Verzicht auf die Streichung der Schlechtwettergeldregelung
	d)	Antrag zur sozialverträglichen Beschäftigung in Baubetrieben
21.6.1995	a)	Antrag zur Novellierung des Renten-Überleitungsgesetzes
	b)	Antrag auf Rentenkürzungen in den neuen Bundesländern
	c)	Entwurf eines Rentenüberleitungs-Korrekturgesetzes
28.6.1995	a)	Antrag zu einem geänderten Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie des Rates über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Einbringung von Dienstleistungen
	b)	Antrag zu Grundsätzen für eine EU-Entsenderichtlinie sowie eine nationale Regelung bis zu deren Realisierung
20.9.1995		Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Pflege-Versicherungsgesetzes
11.10.1995		Entwurf eines Gesetzes zur Einordnung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung in das Sozialgesetzbuch (Unfallversicherungs-Einordnungsgesetz)
25.10.1995	a)	Entwurf eines Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)
	b)	Entwurf eines Gesetzes zur Angleichung der Arbeitsbedingungen bei der Entsendung von Arbeitnehmern (Entsendegesetz)
	c)	Antrag zu Grundsätzen für eine EU-Entsenderichtlinie sowie eine nationale Regelung bis zu deren Realisierung
	d)	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen
6.12.1995		Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Rechts der Arbeitslosenhilfe (Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz)
26.2.1996		Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (Zweites SGB VI-Änderungsgesetz) (Rentenberechnung Ost)
28.2.1996		Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (Erstes SGB XI-Änderungsgesetz)
20.5.1996	a)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Ladenschluss und zur Neuregelung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien
	b)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ladenschlussgesetzes
22.5.1996	a)	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand
	b)	Antrag „Solidarität der Arbeitgeber einfordern: Bedingungen für Teilzeitarbeit im Alter und Vorruhestand“
10./12.6.1996 u. 25.6.1996	a)	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung (Arbeitsrechtliches Beschäftigungsförderungsgesetz)
	b)	Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes (Wachstums- und Beschäftigungs-Ergänzungsgesetz)
	c)	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung in den Bereichen der Rentenversicherung und Arbeitsförderung (Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz)
	d)	Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Schwankungsreserve sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren gemäß § 154 SGB VI (Rentenversicherungsbericht 1995)
	e)	Antrag zur aktuellen Finanzlage der Rentenversicherung
	f)	Entschließungsantrag zur Erklärung der Bundesregierung zur aktuellen Lage der Rentenversicherung

17.6.1996	Entwurf eines Gesetzes über Europäische Betriebsräte (Europäische Betriebsräte-Gesetz)
23.9.1996	Entwurf eines Gesetzes zur sozialrechtlichen Behandlung von einmalig gezahltem Arbeitsentgelt
23. u. 25.9.1996, 15.1.1997	a) Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Arbeitsförderung (Arbeitsförderungs-Reformgesetz) b) Entwurf eines Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes
6.11.1996	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte
13.11.1996	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes
15.1.1997	Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Arbeitsförderung (Arbeitsförderungs-Reformgesetz AFRG)
16.4.1997	Antrag zur Förderung der Beschäftigung in privaten Haushalten durch Dienstleistungsgutscheine und Dienstleistungsagenturen
14.5.1997	a) Antrag für einen Leistungsausschluss bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit b) Antrag „Keine Versorgungsrenten für Kriegsverbrecher und Angehörige der Waffen-SS“
11.6.1997	a) Entwurf eines Gesetzes zur Scheinselbständigkeit b) Antrag zum arbeits- und sozialrechtlichen Schutz für abhängige Selbständige
16., 17. u. 18.7. 1997	a) Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenreformgesetz 1999) b) Antrag „Strukturreform statt Leistungskürzungen in der Alterssicherung“ c) Antrag „Den Generationenvertrag neu verhandeln“ d) Antrag „Rentenversicherung stabilisieren und Reform 2000 vorbereiten“
10.12.1997	a) Entwurf eines Gesetzes zur Beseitigung des Missbrauchs der Geringfügigkeitsgrenze in der Sozialversicherung b) Antrag betr. Dauerhafte Beschäftigungen sozialversichern c) Antrag betr. Sozialversicherungspflicht für jede bezahlte Arbeitsstunde *(gemeinsam mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)*
1.4.1998	a) Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und anderer Formen der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (Drittes Vermögensbeteiligungsgesetz) b) Antrag betr. Offensive zur Förderung der Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivvermögen

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

11.5.1995	a) Entwürfe eines Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetzes b) Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des ungeborenen Kindes – Neufassung des Abtreibungsstrafrechts und Regelung der staatlichen Obhut c) Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes an die Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Mai 1993 (Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz) d) Entwurf eines Gesetzes über Sexualaufklärung, Verhütung, Prävention vor ungewollten Schwangerschaften und Beratung e) Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Unantastbarkeit der Grundrechte von Frauen – Ergänzung des Grundgesetzes (Artikel 2) und entsprechende Änderungen des Strafgesetzbuches f) Entwurf eines Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen g) Antrag zum Selbstbestimmungsrecht der Frauen h) Antrag zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz i) Antrag zur Beteiligung des Bundes an einem Aktionsprogramm zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung nach dem Schwangeren- und Familienhilfegesetz *(durchgeführt durch den Unterausschuss „Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz“)*
21.6.1995	Bericht über die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern (Neunter Jugendbericht mit der Stellungnahme der Bundesregierung)

6.11.1995	Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz
31.1.1996	Jugendschutz und Medien
22.5.1996	Entwurf eines ...Gesetzes zur Änderung des Heimgesetzes
9.10.1996	Jugendschutz und neue Medien – Nutzen und Risiken der neuen Medien für Kinder und Jugendliche *(gemeinsam mit der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“)*
13.11.1996	Entwurf eines Gesetzes über die Berufe in der Altenpflege (Altenpflegegesetz)
11.12.1996	Existenzgründungen von Frauen
11.6. u. 22.9.1997	a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes b) Antrag betr. Mehr Zeit und Geld für Kinder c) Antrag betr. Elternurlaub als Zeitkonto gestalten d) Antrag betr. Elterngeld und Elternurlaub für Mütter und Väter e) Bericht der Bundesregierung zu der Frage einer Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs durch den Vater während der Mutterschutzfrist
14.1.1998	a) Entwurf eines Gesetzes zur Beseitigung der Diskriminierung von Prostituierten b) Entwurf eines Gesetzes zur Beseitigung der Benachteiligung der Prostituierten *(gemeinsam mit dem Rechtsausschuss)*

Kinderkommission

29.11.1995	Kinderpornographie in Datennetzen
5.2.1996	Mitwirkungsrechte von Kindern in der Gesellschaft
26.2.1997	Kinder und Verkehr
29.10.1997	Existenzsicherung von Kindern
23.3.1998	Kinder als Konsumenten – Kinder und Werbung
25.5.1998	Das behinderte Kind in der Gesellschaft

Ausschuss für Gesundheit

1.6.1995	Entwurf eines Gesetzes über die humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen (HIV-Hilfegesetz)
28.6.1995	Vorbereitung eines Transplantationsgesetzes
20.9.1995	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (4. SGB-V-Änderungsgesetz)
11.10.1995	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch und anderer krankenversicherungsrechtlicher Vorschriften (Fünftes SGB V-Änderungsgesetz)
20.11.1995	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und anderer Gesetze *(gemeinsam mit dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung)*
22.11.1995	a) Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Sozialhilferechts b) Antrag zur Reform des Sozialhilferechts
6.12.1995	a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes b) Entwurf eines Gesundheitsstruktur-Konsolidierungsgesetzes c) Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Krankenhausausgaben 1996
31.1.1996	Expertengespräche über den Diagnoseschlüssel der Internationalen Klassifikation der Krankheiten in der vom Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit herausgegebenen Deutschen Fassung
28.2.1996	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (Sechstes SGB V-Änderungsgesetz) (Arzneimittelfestbeträge)
28.2.1996	Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung 1997 (Krankenhaus-Neuordnungsgesetz 1997)

6.3.1996	Neue wissenschaftliche Erkenntnisse zum Bereich der Kontrazeptiva der 3. Generation
6. u. 13.3.1996	a) Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Strukturreform in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Weiterentwicklungsgesetz) b) Entwurf eines Zweiten Gesundheitsstrukturgesetzes c) Antrag zum Umbau und Weiterentwicklung der Gesundheitsstruktur
24.4.1996	Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des fünften Buches Sozialgesetzbuch (Achtes SGB V-Änderungsgesetz) (Mehrkostenregelung bei Füllungen)
12.6.1996	Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung (Beitragsentlastungsgesetz)
25.9.1996	a) Entwurf eines Gesetzes über die Spende, die Entnahme und die Übertragung von Organen (Transplantationsgesetz) b) Anträge zu Kriterien für die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen
9.10.1996	a) Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes – Organhandel – b) Entwurf eines Gesetzes über die Spende, die Entnahme und die Übertragung von Organen (Transplantationsgesetz)
4.11.1996	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung (1. GKV-Neuordnungsgesetz)
4.12.1996 u.14.3.1997	a) Sofortprogramm zur Stabilisierung der Finanzentwicklung in den Krankenkassen b) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung (2. GKV-Neuordnungsgesetz)
24.9.1997	a) Entwurf eines Gesetzes über die Berufe des Psychologischen Psychotherapeuten und des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten und zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch b) Entwurf eines Gesetzes über die Berufe des Psychologischen Psychotherapeuten und des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten und zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch c) Entwurf eines Gesetzes über die Berufe des Psychologischen Psychotherapeuten und des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze d) Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (Neuntes SGB V-Änderungsgesetz – 9. SGB-V-ÄndG) e) Grundsätze zur gesetzlichen Regelung der Berufe der Psychologischen Psychotherapie und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie; Entwurf eines Gesetzes über die Berufe des Psychologischen Psychotherapeuten und des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten und zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch
8.10.1997	a) Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Nichtraucher (Nichtraucherschutzgesetz – NRSG) b) Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Nichtraucher in der Öffentlichkeit (Nichtraucherschutzgesetz)
12.11.1997	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes
14.1.1998	Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Finanzgrundlage der gesetzlichen Krankenversicherung in den neuen Ländern (GKV-Finanzstärkungsgesetz – GKVFG)
4.2.1998	Reform der ärztlichen Ausbildung
1.4.1998	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Transfusionswesens (Transfusionsgesetz – TFG)
1.4.1998	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes
22.4.1998	Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Arzneimittelhaftungsrechts
29.4.1998	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes
6.5.1998	a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes (BtMGÄndG) – Rückzugsräume – b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes

Ausschuss für Verkehr

17.1.1996 Antrag zur Minderung des Verkehrslärms an Straßen und Schienen

7.2.1996
a) Entwurf eines Gesetzes zur Feststellung des Bedarfs von Magnetschwebebahnen (Magnetschwebebahnbedarfsgesetz)
b) Entwurf eines Allgemeinen Magnetschwebebahngesetzes
c) Antrag zur Prüfung von Alternativen zur Magnetschwebebahn
d) Antrag „Stopp der Vorbereitungsmaßnahmen für den Transrapid und Planung einer ICE-Verbindung Hamburg-Berlin“
e) Antrag zur Hochgeschwindigkeitsschienenverbindung und Transrapid-Referenzstrecke Berlin-Hamburg

25.9.1996 Antrag zur Optimierung des Schienennetzausbaus zwischen Bayern, Sachsen und Thüringen

13.11.1996 Unfallhäufigkeit bei jungen Fahrern

19.2.1997 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (Drogen im Straßenverkehr)

12.11.1997
a) Antrag zur Novellierung des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm
b) Antrag zur Verbesserung des Schutzes vor Fluglärm

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

15.5.1995 Anträge zur Erklärung der Bundesregierung zu Hochwasserkatastrophen – Hilfen und Möglichkeiten vorbeugender Maßnahmen

31.5.1995
a) Entwurf eines Gesetzes über die Zulassung von Umweltgutachtern und Umweltgutachterorganisationen sowie über die Registrierung geprüfter Betriebsstandorte nach der Verordnung (EWG) Nr. 1836/93 des Rates vom 29. Juni 1993 (Umweltgutachterzulassungs- und Standortregistrierungsgesetz)
b) Entwurf eines Gesetzes über die Zulassung von Umweltgutachtern und über die Registrierung geprüfter Standorte (Umweltgutachter- und Standortregistrierungsgesetz)

19.6.1995
a) Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung erhöhter Ozonkonzentrationenb) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und des Straßenverkehrsgesetzes
c) Anträge zu Maßnahmen zur Bekämpfung erhöhter Konzentrationen an bodennahem Ozon

25.9.1995 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes

8.5.1996
a) Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung und anderer Gesetze
b) Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren (Genehmigungsverfahrensbeschleunigungsgesetz)
c) Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung und Vereinfachung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren
d) Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland durch Beschleunigung und Vereinfachung der Anlagenzulassungsverfahren *(gemeinsam mit dem Innenausschuss, dem Rechtsausschuss und dem Ausschuss für Wirtschaft)*

11.11.1996 Europäische Umweltpolitik vor und nach Maastricht II *(gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft)*

27.1.1997
a) Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege, zur Umsetzung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften und zur Anpassung anderer Rechtsvorschriften
b) Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes

19.2.1997 Entwürfe eines Gesetzes zum Schutz des Bodens (Bodenschutzgesetz)

29.10.1997 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes und des Gesetzes über die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz

20.4.1998 Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes

23.6.1998 Atommülltransporte

Ausschuss für Post und Telekommunikation

20.9.1995	Multimediale Kommunikation
13.3.1996	Entwurf eines Telekommunikationsgesetzes
2.12.1996	Antrag „Remailing unterbinden – Arbeitsplätze in Deutschland sichern“
24.9.1997	a) Entwurf eines Postgesetzes (PostG) b) Antrag betr. Infrastruktur sichern, Wettbewerb fördern – Grundsätze zur Neuordnung des Postsektors c) Antrag betr. Dienstleistungen für das 21. Jahrhundert: Vom Postamt zum Bürgerservicebüro d) Antrag betr. Fortschreibung und Sicherung von sozialen Standards und Leistungsgarantien im Postgesetz

Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

27.3.1995	a) Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung preisgebundenen Wohnraums im Beitrittsgebiet in das allgemeine Miethöherecht (Mietenüberleitungsgesetz) b) Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung der Mieten in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin in das Vergleichsmietensystem durch wohnbezogene Preisbildungsfaktoren c) Antrag für ein sozial verträgliches und überschaubares Mietensystem in Deutschland sowie für Mindestbedingungen bei der Einführung des Vergleichsmietensystems in Ostdeutschland *(gemeinsam mit dem Rechtsausschuss)*
13.3.1996	Ökologische Konzepte für die Parlaments- und Regierungsbauten in Berlin
27.1.1997	a) Antrag „Städtebauförderung als wichtiges Investitionsinstrument erhalten und ausbauen“ b) Antrag „Städtebauförderung – neue Schwerpunkte und Perspektiven“ c) Antrag „Städtebauförderung als gemeinschaftliche Aufgabe erhalten und verstärken“
29.1.1997	a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Baugesetzbuches und zur Neuregelung des Rechts der Raumordnung (Bau- und Raumordnungsgesetz 1998) b) Antrag für ein soziales und ökologisches Städtebau- und Raumordnungsrecht c) Bericht der Bundesregierung zu den Ergebnissen der Rechtstatsachen- und Wirkungsforschung bezüglich der neuen und geänderten städtebaulichen Vorschriften
14.1.1998	a) Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Wohnungsbaurechts (Wohnungsbaureformgesetz – WoBauReformG) b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes und anderer wohnungsrechtlicher Gesetze (Wohnungsbauänderungsgesetz 1997 – WoBauÄndG 1997) c) Antrag zur umfassenden Reform der Wohnungsförderung und Erarbeitung eines Wohngesetzbuches d) Antrag zu Grundzügen für ein Gesetzbuch des sozialen Wohnens e) Antrag für die Reform des sozialen Wohnungsbaus und eine neue Wohnungsgemeinwirtschaft
4.3.1998	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergaberechtsänderungsgesetz)

Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

27.4.1995	Erfahrungen und Revisionsvorschläge zu den Hochschulsonderprogrammen HSP I, HSP II und HEP einschließlich WIP
10.5.1995	a) Entwürfe eines Siebzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (17. BaföG-Änderungsgesetz) b) Bericht der Bundesregierung über die Möglichkeiten einer Erhöhung der Bedarfssätze nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz im Jahre 1995 sowie über Änderungsbedarf im Recht der Ausbildungsförderung unter Einbeziehung der beruflichen Aufstiegsfortbildung
21.11.1995	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung

8.5.1996	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Hochschulförderungsgesetzes
8.5.1996	Entwurf eines Achtzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (18. BaföG-Änderungsgesetz)
16.10.1996	Forschung und Entwicklung für Beschäftigung durch Innovation
19.3.1997	Neuorientierung der deutschen Forschungslandschaft
14.5.1997	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Rahmenbedingung für Informations- und Kommunikationsdienste
25.6.1997	Reform zur individuellen Ausbildungsförderung
8.12.1997	a) Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) b) Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes (HRG) c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG)
11.2.1998	a) Entwurf eines Bundesgesetzes zur Förderung der Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft (Umlagenfinanzierungsgesetz) b) Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung und Förderung der betrieblichen Berufsausbildung (Berufsausbildungsfinanzierungsgesetz – BAFinG) c) Entwurf eines Gesetzes zur solidarischen Ausbildungsfinanzierung (Ausbildungsfinanzierungsgesetz) d) Antrag betr. Ausbildungsplätze durch flexible Strukturen – moderne Berufe – keine Zwangsabgaben

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

25.10.1995	Selbsthilfeorientierte Armutsbekämpfung
29.11.1995	Entwicklungspolitische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit
16.10.1996	Rüstung und Entwicklungszusammenarbeit
19.3.1997	Umwelt- und Sozialstandards im internationalen Handel
29.10.1997	Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit
12.11.1997	Konfliktprävention – Ziviler Friedensdienst
25.3.1998	Bedeutung und Aufgaben der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Förderung von Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit
29.4.1998	Förderung von Kleinst- und Kleinunternehmen in Entwicklungsländern

Ausschuss für Fremdenverkehr und Tourismus

23.9.1995	Wie stärken wir den Tourismusstandort Deutschland?
20.11.1995	Errichtung eines flächendeckenden Informations- und Reservierungssystems im deutschen Fremdenverkehr
11.3.1996	Zukunft des Flugtourismus – Chancen und Risiken
10.3.1997	Struktur der zentralen Tourismusorganisationen und deren Zusammenarbeit
9.3.1998	Sport, Umwelt und Tourismus *(gemeinsam mit Sportausschuss)*

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

8.5. 1996	Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Union
29.10.1997	Fachgespräch zum Thema „Beschäftigung“

Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“

29./30.4.1996	Nachhaltigkeitskonzepte in der Wirtschaft
3./4.6.1996	Soziale Entwicklungen und Innovationen im Lebensbereich Bauen und Wohnen
18.11.1996	Kommunen und nachhaltige Entwicklung – Beiträge zur Umsetzung der Agenda 21
2.12.1996	EXPO 2000 – Themenpark Mensch – Natur – Technik
29.9.1997	Nichtregierungsorganisationen und nachhaltige Entwicklung – Beiträge und Perspektiven
9.2.1998	Umweltgesetzbuch-Entwurf der Unabhängigen Sachverständigenkommission beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
9.2.1998	Die Rolle des Haftungsrechts und der Versicherer bei der Umsetzung einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung

Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“

27.11.1995	Meinungsaustausch über die Arbeit der Kommission sowie die Vorstellungen und Möglichkeiten zur Unterstützung durch Verbände und Institutionen
15.1.1996	Demographische Entwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2040 – im europäischen Rahmen und unter Berücksichtigung der Weltbevölkerung
10.6.1996	Weiterentwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt
23.9.1996	Standortbestimmung – Ziel, Reichweite und Stellenwert der sozialen Sicherung
7.10.1996	Der Sozialstaat aus der Sicht des Kommunitarismus
11.11.1996	Kommunale Konzepte zur Integration von Migrantinnen und Migranten
17.3.1997	Rehabilitation unter ökonomischen Gesichtspunkten
12.5.1997	Zukunft der Altersversorgung im öffentlichen Dienst

Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“

22.4.1996	Wissenschaft und Bildung in der DDR- politische Instrumentalisierung und deren Folgen heute
13. u. 14.5.1996	Identitäten in der DDR. Kontinuitäten und Wandel im vereinigten Deutschland
17.6.1996	Die Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses und die Situation der Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung
14.10.1996	Gedenkstättenarbeit für Nachgeborene
2.12.1996	Mittelstand in den neuen Bundesländern
3. – 5.3.1997	a) Bilanz der DDR-Wirtschaft – Zwischenbilanz Aufbau Ost b) Anspruch und Wirklichkeit der Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR – Die Gesellschaft in den neuen Bundesländern im Umbruch
27. – 29.4.1997	Alltag in der DDR zwischen Selbstbehauptung und Anpassung – Erfahrungen und Bewältigungsstrategien in der Mangelgesellschaft
12.5.1997	Bilanz der ökologischen Hinterlassenschaft der DDR und ihre Bewältigung
2.6.1997	Wechselseitige Wahrnehmungen und Reaktionen im geteilten Deutschland und ihre Nachwirkungen
6.10.1997	Handlungsspielräume deutscher und internationaler Akteure im Vereinigungsprozess
20.10.1997	Die Situation der Frauen im geteilten und im vereinigten Deutschland
21.10.1997	Generationen und Wertorientierungen in Ost und West
10.11.1997	Demokratische Erinnerungskultur
17. – 18.11.1997	Das vereinte Deutschland und die Zukunft Europas – Erfahrungen, Orientierungen, Erwartungen

Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“

20.5.1996	Meinungsfreiheit – Meinungsvielfalt – Wettbewerb. Rundfunkbegriff und Regulierungsbedarf bei den neuen Medien
27.1.1997	Schutz von Urheberrecht und Copyright
12.5.1997	Datensicherheit
22.9.1997	Nutzung von Informations- und Kommunikationstechniken in der öffentlichen Verwaltung/Auswirkungen auf die staatliche Souveränität und das politische System
10.11.1997	Bildung im 21. Jahrhundert – Einfluss der neuen Info- und Teletechniken
8.12.1997	Workshop: Arbeit 21
2.3.1998	Verhältnis von gesellschaftlichen Entwicklungen und neuen IuK-Technologien
23.3.1998	Nachhaltig zukunftsverträgliche Informationsgesellschaft *(gemeinsam mit der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“)*

Enquete-Kommission „So genannte Sekten und Psychogruppen“

12.12.1996	Verfassungsrechtliche Grundlagen beim Umgang mit neuen religiösen und weltanschaulichen Bewegungen (Art. 4 GG)
13. u. 20.3.1997	Zur Situation von Kindern und Jugendlichen in so genannten Sekten und Psychogruppen unter pädagogischen, psychologischen und juristischen Aspekten
14.4.1997	So genannte Psycho-Techniken
22.9.1997	So genannte Sekten und Psychogruppen und deren internationale Verflechtungen

14. Wahlperiode (1998- 2002)

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

10.5.2000	a) Entwürfe eines Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschussgesetz) b) Antrag zur Änderung der Anlagen 1 und 3 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
10.9.2002	Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages – Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages

Auswärtiger Ausschuss

27.9.2000	Nukleare Proliferation – Aktuelle Gefahren und Handlungsoptionen

Innenausschuss

13.4.1999	a) Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts b) Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts c) Modernes Ausländerrecht d) Integration und Toleranz
7.6.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

5.7.2000	Videoüberwachung
25.10.2000	Rechtsextremismus *(gemeinsam mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)*
16.5.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Versammlungsgesetzes
30.5.2001	Anonyme Geburten *(gemeinsam mit dem Rechtsausschuss und dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)*
18.10.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Professorenbesoldung (Professorenbesoldungsreformgesetz ProfBesReformG)
8.11.2001	Entwurf eines Versorgungsänderungsgesetzes 2001
30.11.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Terrorismusbekämpfungsgesetz)
13.12.2001	a) Entwurf eines Gesetzes zur Fortsetzung der Dienstrechtsreform b) Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Besoldungsstruktur
16.1.2002	a) Entwurf eines Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz) b) Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes c) Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Zuwanderung d) Antrag „Umfassendes Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung sowie zur Förderung der Integration jetzt vorlegen“ e) Antrag „Berliner Rede“ des Bundespräsidenten umsetzen - Zuwanderung nach Deutschland verbindlich regeln f) Antrag „Einwanderung und Flüchtlingsschutz menschenrechtlich gestalten“
28.2.2002	Entwürfe zur Änderung des Parteiengesetzes
20.3.2002	a) Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes b) Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Waffenrechts (WaffRNeuRegG)
19.4.2002	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in das Grundgesetz
25.4.2002	„Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG)“
24.6.2002	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes

Sportausschuss

16.6.1999	Situation des Behindertensports in Deutschland
26.1.2000	Aktuelle Situation im Bereich der Dopingbekämpfung
20.2.2000	Aktuelle Situation im Schulsport
14.3.2001	Doping im Freizeit- und Fitnessbereich
17.10.2001	Antrag „Errichtung eines Fonds zur Unterstützung der Doping-Opfer der DDR“
14.11.2001	Situation der Sportvereine und der dort ehrenamtlich Tätigen
20.2.2002	Bewegungserziehung im Vorschulalter
20.3.2002	Augenblickliche Situation und Perspektiven des Spitzensports in Deutschland

Rechtsausschuss

23.6.1999	Entwurf eines Überweisungsgesetzes
29.9.1999	a) Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Durchsetzung von Forderungen der Bauhandwerker (Bauvertragsgesetz – BauVertrG) b) Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung fälliger Zahlungen *(gemeinsam mit dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder)*

25.10.1999	a) Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Unabhängigkeit der Richter und Gerichte b) Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Präsidialverfassung der Gerichte c) Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung des zivilgerichtlichen Verfahrens und des Verfahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit
27.10.1999	Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Graffiti-Bekämpfungsgesetz –
10.11.1999	Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und Patentanwälte
10.11.1999	Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Richtlinien des Rates der Europäischen Union zur Änderung der Bilanz- und der Konzernbilanzrichtlinie hinsichtlich ihres Anwendungsbereiches (90/605/EWG), zur Verbesserung der Offenlegung von Jahresabschlüssen und zur Änderung anderer handelsrechtlicher Bestimmungen (Kapitalgesellschaften- und Co-Richtlinie-Gesetz – KapCoRiLiG)
1.12.1999 u. 5.4.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung *(gemeinsam mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)*
23.2.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 12 a) (gleichberechtigter Zugang von Frauen zur Bundeswehr) *(gemeinsam mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)*
22.3.2000	Entwurf eines Gesetzes über Fernabsatzverträge und andere Fragen des Verbraucherrechts sowie zur Umstellung von Vorschriften auf Euro
7.6.2000	a) Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Strafverfahren (Strafverfahrensbeschleunigungsgesetz) b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Strafprozessordnung (§ 418 Abs. 1 StPO) c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Strafprozessordnung (§§ 57 ff. StPO) und anderer Gesetze
3.7.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rechts an Grundstücken in den neuen Ländern (Grundstücksrechtsänderungsgesetz)
19.9.2000	a) Entwurf eines Gesetzes zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: Lebenspartnerschaften (Lebenspartnerschaftsgesetz – LPartG) b) Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse eingetragener Lebenspartnerschaften (Eingetragene-Lebenspartnerschaften-Gesetz-ELPSchG)
20.9.2000	a) Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Pressefreiheit b) Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung der Strafprozessordnung
6.12.2000	a) Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Zivilprozesses b) Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Zivilprozesses (Zivilprozessreformgesetz – ZPO-RG) c) Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung des zivilgerichtlichen Verfahrens und des Verfahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit
24.1.2001	a) Entwurf eines Gesetzes zur Neugliederung, Vereinfachung und Reform des Mietrechts (Mietrechtsreformgesetz) b) Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung des Mietrechts (Mietrechtsvereinfachungsgesetz)
9.5.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der gesetzlichen Maßnahmen gegenüber Kinder- und Jugenddelinquenz
16.5.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Juristenausbildung (JurAusbReformG)
20.6.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung *(gemeinsam mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)*
27.6.2001	Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes (Stärkung des Toleranzgebotes durch einen besseren Schutz religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen gemäß § 166 StGB)
2. u. 4.7.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Schuldrechts
30.8.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung offener Fragen des Rechts an Grundstücken in den neuen Ländern (Grundstücksrechtsbereinigungsgesetz – GrundRBerG)

15.10.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der vertraglichen Stellung von Urhebern und ausübenden Künstlern *(gemeinsam mit dem Ausschuss für Kultur und Medien)*
17.10.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen
5.11.2001	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen
7.11.2001	a) Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung der Strafprozessordnung b) Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes - § 129b StGB (...StrÄndG) c) Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung von Straftaten der Organisierten Kriminalität und des Terrorismus d) Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung der Kronzeugenregelungen im Strafrecht (KrZErgG) e) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Strafprozessordnung (§ 110 Abs. 1, § 111 f Abs. 3, § 163 a Abs. 6 StPO) f) Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes der Verbraucher vor Arzneimittelmissbrauch in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung
14.11.2001	a) Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Schuldrechtsanpassungsgesetzes b) Entwurf eines Schuldrechtsanpassungsgesetzes
23.1.2002	a) Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Präimplantationsdiagnostik (Präimplantationsdiagnostikgesetz - PräimpG) b) Präimplantationsdiagnostik rechtlich absichern *(gemeinsam mit dem Ausschuss für Gesundheit)*
20.2.2002	a) Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes – Sexueller Missbrauch von Kindern b) Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor Sexualverbrechen und anderen schweren Straftaten
27.2.2002	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung schadensersatzrechtlicher Vorschriften *(gemeinsam mit dem Ausschuss für Gesundheit)*
20.3.2002	a) Entwurf eines Gesetzes für eine Reform des Stiftungszivilrechts (Stiftungsrechtsreformgesetz) b) Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Stiftungsrechts
17.4.2002	a) Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Vermögensgesetzes (Zweites Vermögensrechtsergänzungsgesetz 2. VermRErgG) b) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung vermögensrechtlicher und anderer Vorschriften (Zweites Vermögensrechtsergänzungsgesetz 2. VermRErgG)
17.4.2002	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der vorbehaltenen Sicherungsverwahrung
24.4.2002	a) Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Zuständigkeit für die Anordnung einer DNA-Untersuchung bei Spuren b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Strafprozessordnung
24.4.2002	a) Aufhebung der nationalsozialistischen Unrechtsurteile gegen Deserteure b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege (NS-AufhGÄndG)
3.6.2002	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rechts der Vertretung durch Rechtsanwälte vor den Oberlandesgerichten
5.6.2002	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 26 Abs. 1, Antifaschistische Klausel)
12.6.2002	Gesetz zur dinglichen Sicherung von Werkunternehmeransprüchen und zur verbesserten Durchsetzung von Forderungen (Forderungssicherungsgesetz – FoSiG)
24.6.2002	Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Magnus-Hirschfeld-Stiftung
26.6.2002	a) Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Rechtsanwaltsvergütungsrechts b) Entwurf eines Gesetzes über die Vergütung der Rechtsanwälte (Rechtsanwaltsvergütungsgesetz – RVG)
3.7.2002	Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes – Graffiti-Bekämpfungsgesetz – (...StrÄndG)

Finanzausschuss[1]

7.12.1998	Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 hier: Pensionsrückstellungen, steuerliche und handelsrechtliche Aufbewahrungsfristen
7./8.12.1998 u. 9.1.1999	Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002
18.1.1999	Entwurf eines Gesetzes zum Einstieg in die ökologische Steuerreform
18.2.1999	Entwurf eines Gesetzes zum Einstieg in die ökologische Steuerreform
23.6.1999	Unternehmensteuerbelastung im internationalen Vergleich
29.9.1999	Entwurf eines Gesetzes zur Familienförderung
4.10.1999	Entwurf eines Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform
6.10.1999	a) Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung von steuerlichen Vorschriften (Steuerbereinigungsgesetz 1999 - StBereinG) b) Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Vereinsförderung und der Besteuerung der ehrenamtlich Tätigen
19.1.2000	a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung vermögensrechtlicher und anderer Vorschriften (Vermögensrechtsergänzungsgesetz - VermRErgG) b) Entschädigungspflicht nach dem Vermögensgesetz bei Einbeziehung von beweglichen Sachen regeln
22.-24.3.2000	a) Entwurf eines Gesetzes zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung (Steuersenkungsgesetz - StSenkG) b) Antrag „Eine Steuerreform für mehr Wachstum und Beschäftigung“ c) Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung einer Steuerreform für Wachstum und Beschäftigung Unternehmenssteuerreform - Liberale Positionen gegen die Steuervorschläge der Koalition d) Antrag „Unternehmenssteuerreform – Liberale Positionen gegen die Steuervorschläge der Koalition“ e) Besteuerung der Unternehmen nach deren Leistungsfähigkeit
25.10.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Steuersenkungsergänzungsgesetzes (Steuersenkungsergänzungsgesetz StSenkErgG)
15.11.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Senkung der Mineralölsteuer und zur Abschaffung der Stromsteuer (Ökosteuer-Abschaffungsgesetz)
15.1.2001	Antrag „Abschreibungstabellen nicht ändern“
14.3.2001	Entwicklung der internationalen Finanzmärkte, Verschuldungsfrage und ein internationales Insolvenzrecht
28.3.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe
20.6.2001	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Familienförderung
10.10.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 2001 – StÄndG 2001)
10.10.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Steuerverkürzungen bei der Umsatzsteuer und anderen Steuern (Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz – StVBG)
10.10.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts (Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz – UntStFG)
16.10.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Finanzierung der Terrorbekämpfung
18.10.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von öffentlichen Angeboten zum Erwerb von Wertpapieren und von Unternehmensübernahmen

[1] Außer den nachfolgend aufgeführten Öffentlichen Anhörungen gab es am 2.4.2001 gemeinsam mit dem Auswärtigen Ausschuss und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine öffentliche Diskussionsveranstaltung und am 21.4.1999 gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, sowie am 15.3.2000, 11.10.2000 und 7.3.2001 vier öffentliche Expertengespräche.

14.11.2001	Frage der steuerlichen Anerkennung von Organschaften bei Lebens- oder Krankenversicherungsunternehmen in Bezug auf die Spartentrennung
26.11.2001	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank
26.11.2001	Entwurf eines Gesetzes über die integrierte Finanzdienstleistungsaufsicht
20.2.2002	Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Fortentwicklung des Finanzplatzes Deutschland (Viertes Finanzmarktförderungsgesetz)
20.3.2002	a) Antrag „Fairer Wettbewerb bei Basel II“ b) Antrag zu Basel II – Belang des Mittelstandes wahren c) Antrag zu Basel II – Fairen Wettbewerb sichern – Neufassung der Basler Eigenkapitalvereinbarung und Überarbeitung der Eigenkapitalvorschriften für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ d) Antrag „Mit Nachdruck auf mittelstandsgerechte Eigenkapitalrichtlinien (Basel II) hinwirken“
17.4.2002	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Steuerbeamten-Ausbildungsgesetzes
15.5.2002	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes
12.6.2002	Anträge zur Reform der Gemeindefinanzen

Haushaltsausschuss

6.10.1999	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2000
25./ 26.10.1999 u. 2.11.1999	Entwurf eines Gesetzes zur Sanierung des Bundeshaushalts – Haushaltssanierungsgesetz (HSanG)
30.5.2001	Notwendigkeit eines Nachtragshaushalts 2001 unter besonderer Berücksichtigung der finanziellen Situation der Bundeswehr und der sich daraus ergebenden Perspektiven der wehrtechnischen Industrie
15.5.2002	a) Entwurf eines Gesetzes über die Finanzierung der Sanierung von Rüstungsaltlasten in der Bundesrepublik Deutschland (Rüstungsaltlastenfinanzierungsgesetz RüstAltFG) b) Antrag zur Kriegsfolgen- und Kriegslastenbeseitigung in den neuen Ländern

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

14.2.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG) sowie zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes
13.3.2000	a) Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK-Vorschaltgesetz) b) Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung und zum Ausbau der gekoppelten Strom- und Wärmeerzeugung (KWK-Gesetz)
15.5.2000	Tätigkeitsbericht 1998/1999 der Regulierungsbehörde Telekommunikation und Post - Bericht nach § 81 Abs. 1 Telekommunikationsgesetz und nach § 47 Abs. 1 Postgesetz und Sondergutachten der Monopolkommission gemäß § 81 Abs. 3 Telekommunikationsgesetz und § 44 Postgesetz *(Unterausschuss Telekommunikation und Post)*
15.11.2000	E-Commerce/Internet-Ökonomie
18.6.2001	a) Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Postgesetzes b) Antrag zum Ende der Exklusivlizenz für die Deutsche Post zum 31. 12. 2002 *(Unterausschuss Telekommunikation und Post)*
20.6.2001	Zur wirtschaftlichen Lage und Entwicklung in den neuen Bundesländern
25.6.2001	a) Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Rabattgesetzes und zur Anpassung anderer Rechtsvorschriften

b) Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung der Zugabeverordnung und zur Anpassung weiterer Rechtsvorschriften
c) Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des deutschen Zugaberechts an die EU-Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr (ZugaberechtsanpassungsG)
d) Antrag zur Innovation und fairer Wettbewerb im Handel nach Abschaffung von Rabattgesetz und Zugabeverordnung
(gemeinsam mit dem Rechtsausschuss)

27.6.2001 Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung und zum Ausbau der gekoppelten Strom- und Wärmeerzeugung (KWK-Gesetz)

24.9.2001 Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts

8.10.2001 Entwurf eines Gesetzes über rechtliche Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr (Elektronisches Geschäftsverkehr-Gesetz - EGG)

7.11.2001 Entwurf eines Gesetzes für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz)

14.11.2001
a) Antrag zur Zukunft der deutschen Bauwirtschaft
b) Antrag zur Offensive für die Bauwirtschaft

25.2.2002
a) Entwurf eines Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen und zur Einrichtung eines Registers über unzuverlässige Unternehmen
b) Entwurf eines Gesetzes für Tariftreueerklärungen
c) Entwurf eines Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen
d) Antrag zur Tariftreue im Vergaberecht - Bundeseinheitliche Regelung schafft fairen Wettbewerb
e) Antrag zur Offensive für die Bauwirtschaft - Ursachen wirksam bekämpfen

13.5.2002
a) Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG)
c) Antrag „Fairen Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt effektiv und effizient sichern“
d) Antrag „Zugangsverordnung für Stromnetze erlassen“

1.7.2002 Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Registers über unzuverlässige Unternehmen

1.7.2002 Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Postgesetzes *(Unterausschuss Telekommunikation und Post)*

Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

16.6.1999 Auswirkungen der Beschlüsse zur AGENDA 2000 auf die deutsche Land- und Forstwirtschaft

27.10.1999 Entwurf zur neuen Milchquotenregelung
Verordnung zur Durchführung der Zusatzabgabenregelung und zur Neuordnung des Systems für die Referenzmengenübertragungen – Zusatzabgabenverordnung

13.3.2000 Folgerungen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 6. Juli 1999 – 2 BvF3/90 – zur Hennenhaltungsverordnung vom 10. Dezember 1987

3.4.2000 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Flurbereinigungsgesetzes

17.1.2001 Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Gemeinsame Agrarpolitik und die Regionen
(gemeinsam mit dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union)

8.10.2001 Grüne Gentechnik

10.12.2001 Entwurf eines Gesetzes zur Modulation von Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (Modulationsgesetz)

18.3.2002 Perspektiven der deutschen Fischerei und Fischwirtschaft in der EU

29.4.2002 Entwurf eines Verbraucherinformationsgesetzes (VerbIG)

29.4.2002 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Absatzfondsgesetzes

30.4.2002	Entwurf eines Gesetzes zur Neuorganisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und der Lebensmittelsicherheit
13.5.2002	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung tierarzneimittelrechtlicher Vorschriften

Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

26.11.1998	Entwurf eines Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte
10.2.1999	Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse („630 DM-Jobs“)
29.9.1999	Antrag „630 DM-Gesetz und Neuregelung der Scheinselbständigkeit zurücknehmen“
3.11.1999	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Selbständigkeit
26.1.2000	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (1.AÜG-ÄndG)
7.6.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter
20.10.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit
8.11.2000	a) Entwurf eines Gesetzes über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge und zur Änderung und Aufhebung arbeitsrechtlicher Bestimmungen b) Entwurf eines Gesetzes zum Fortbestand befristeter Arbeitsverhältnisse c) Entwurf eines Gesetzes zur Intensivierung der Beschäftigungsförderung
15.11.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der sozialversicherungsrechtlichen Behandlung von einmalig gezahltem Arbeitsgeld (Einmalzahlungs-Neuregelungsgesetz)
11./12. u. 13.2.2000	a) Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (Altersvermögensgesetz - AVmG) b) Antrag zur Verbesserung der Nachhaltigkeit in der Alterssicherung durch eine gerechte und sozialverträgliche Rentenpolitik *(gemeinsam mit dem Finanzausschuss)*
19.1.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (Altersvermögensgesetz - AVmG)
7.2.2001	a) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes und anderer Gesetze b) Antrag zur Reform der Künstlersozialversicherung gerecht gestalten c) Antrag für eine grundlegende Reform der Künstlersozialversicherung
19./20.2.2001	Entwurf eines Sozialgesetzbuchs - Neuntes Buch - (SGB IX) – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen
28.3.2001	Antrag „Eckpunkte zur Verbesserung der Bekämpfung illegaler Beschäftigung/Schwarzarbeit (Koalitionsantrag) und Schattenwirtschaft mit marktwirtschaftlichen Mitteln eindämmen“
3.4.2001	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes und anderer Gesetze, Antrag zur Einfügung eines Artikel 7a (AvmEG)
14.5.2001	a) Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes b) Antrag „Soziale Partnerschaft stärken – Betriebsverfassungsgesetz zukunftsfähig modernisieren“ c) Antrag zur Reform der Mitbestimmung zur Stärkung des Mittelstandes
4.7.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit
15.10.2001	a) Entwurf eines Gesetzes zur Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (Job – AQTIV-Gesetz) b) Antrag „Arbeitsplätze schaffen statt Arbeitslosigkeit verwalten – Reformen für einen besseren Arbeitsmarkt? c) Antrag für eine wirksame und effiziente Arbeitsmarktpolitik
14.11.2001	Entwürfe eines Gesetzes zur Bestimmung der Schwankungsreserve

23.1.2002	a)	Entwurf eines Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen
	b)	Antrag „Informationsangebot der Bundesregierung barrierefrei gestalten“
28.1.2002	a)	Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung von Übergangsregelungen im Bundessozial-Hilfegesetz
	b)	Antrag „Fördern und Fordern – Sozialhilfe modern gestalten“
	c)	Antrag „Arbeit statt Sozialhilfe - Hin zu einer Kultur von Geben und Nehmen“
	d)	Antrag für eine Reintegration von Sozialhilfeempfängern in den Arbeitsmarkt - Anreize für die Rückkehr in das Erwerbsleben erhöhen
	e)	Antrag für eine sinnvolle Zusammenfassung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe
	f)	Antrag für eine Beschäftigungsorientierte und aktivierende Sozialpolitik - Sozialhilfe und Arbeitsmarktpolitik grundlegend reformieren
	g)	Antrag „Die Sozialhilfe armutsfest gestalten?
12.3.2002		Neugestaltung der Leitungsstrukturen der Bundesanstalt für Arbeit und Abbau von Hemmnissen für private Vermittler sowie die Einführung von Vermittlungsgutscheinen
13.3.2002		Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit
17.4.2002		Antrag „Kapitalteilhabe stärken – Vermögensbildung altersvorsorgegerecht ausbauen“

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

15.12.1999		Entwurf eines Gesetzes über die Berufe in der Altenpflege (Altenpflegegesetz – AltPflG)
15.5.2000	a)	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes
	b)	Antrag zum Ausbau eines bedarfsgerechten und öffentlich geförderten Betreuungs- und Freizeitangebotes für Kinder bis zu 14 Jahren
	c)	Antrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung für Frauen und Männer
	d)	Antrag zur Erziehungszeit statt Erziehungsurlaub
15.11.2000	a)	Bericht über die Auswirkungen der jetzigen Fassung des §3 des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte (GjS)
	b)	Bericht über die Erfahrungen und Entwicklungen bei den neuen Informations- und Kommunikationsdiensten im Zusammenhang mit der Umsetzung des Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetzes (IuKDKG)
	c)	Zwischenbericht zum Thema „Kinder- und Jugendschutz im Multimediazeitalter“
4.4.2001	a)	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Heimgesetzes
	b)	Für ein aktives und mitbestimmendes Leben im Alter*(gemeinsam mit dem Gesundheitsausschuss)*
20.6.2001	a)	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation der Prostituierten
	b)	Entwurf eines Gesetzes zur beruflichen Gleichstellung von Prostituierten und anderer sexuell Dienstleistender
17.10.2001		Pränatale Diagnostik und Präimplantationsdiagnostik aus frauenspezifischer Sicht
20.2.2002	a)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres und anderer Gesetze (FSJ-Förderungsänderungsgesetz - FSJGÄndG)
	b)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres und zur Änderung des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres
	c)	Antrag „Deutschland braucht gesetzliche Rahmenbedingungen für einen allgemeinen Freiwilligendienst“
3.6.2002	a)	Entwurf eines Jugendschutzgesetzes (JuSchG)
	b)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit (Jugendschutzgesetz - JÖSchG)
	c)	Antrag „Jugendschutz stärken“

Kinderkommission

5.6.2000	Kinder und Medien – Kindermedienschutz und Medienkompetenz von Kindern
2.4.2001	Kinderpolitik in Deutschland und Europa
15.10.2001	Kinder und Verkehr
15.4.2002	Kindergesundheit

Ausschuss für Gesundheit[1]

25.11.1998	Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Solidarität in der Gesetzlichen Krankenversicherung
21.4.1999	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch – 4. SGB XI Änderungsgesetz (4. SGB XI – ÄndG)
2.6.1999	Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes
16.6.1999	Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (Zehntes SGB V-Änderungsgesetz - 10. SGB V-ÄndG)
16.6.1999	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Stärkung der Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung (1. GKV-SolÄndG)
9. u. 10.9.1999, 21. u. 22.9.1999 sowie 2.11.1999	Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung ab dem Jahr 2000 (GKV-Gesundheitsreform 2000)
10.11.1999	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes (3. BtMG-ÄndG)
23.2.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung seuchenrechtlicher Vorschriften (Seuchenrechtsneuordnungsgesetz – SeuchRNeuG)
15.3.2000	Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes (10. AMG-ÄndG)
10.5.2000	Entwurf eines Gesetzes über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infiziertePersonen (Anti-D-Hilfegesetz, AntiDHG)
5.7.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung einer angemessenen Vergütung psychotherapeutischer Leistungen im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung
27.9.2000	Abschaffung der Arznei- und Heilmittelbudgets
15.11.2000	Zukunft der sozialen Pflegeversicherung und Weiterentwicklung der sozialen Pflegeversicherung
6.12.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Apothekengesetzes
24.1.2001	Ziele für die Qualitätssteigerung in der Diabetes-Versorgung
7.2.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und der Bundespflegesatzverordnung (DRG-Systemzuschlags-Gesetz)
7.3.2001	a) Antrag „Frauenspezifische Gesundheitsversorgung“ b) Antrag „Konkrete Gesundheitspolitik für Frauen“*(gemeinsam mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*)
14.3.2001	Hochwertige Hilfsmittelversorgung durch Gesundheitshandwerker sichern

[1] Außer den nachfolgend aufgeführten Öffentlichen Anhörungen führte der Gesundheitsausschuss noch folgende 3 öffentliche Sitzungen durch: 8.11.2000: Expertengespräch mit Vertretern der Berufsgruppen Zahnärzte und Zahntechniker; 20.2.2002: Expertengespräch mit den Mitgliedern des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen; 5.6.2002: Öffentliches Expertengespräch, Krebsregistergesetz und den seit seinem Inkrafttreten am 1. Januar 1995 gesammelten Erfahrungen.

4.4.2001	a) Entwurf eines Gesetzes zur Qualitätssicherung und zur Stärkung des Verbraucherschutzes in der Pflege (Pflege-Qualitätssicherungsgesetz – PQsG) b) Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Leistungen in der Pflege (Pflege-Leistungs-Verbesserungsgesetz)(*gemeinsam mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*)
9.5.2001	25 Jahre Psychiatrie-Enquete
30.5.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Krankenkassenwahlrechte
20.6.2001	Entwurf eines Gesetzes über den Beruf der Podologin und des Podologen (Podologengesetz - PodG)
20.6.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Regelungen über die Festsetzung von Festbeträgen für Arzneimittel in der Gesetzlichen Krankenversicherung (Festbetrags-Anpassungsgesetz - FBAG)
27.6.2001	a) Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Budgets in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Budgetaufhebungsgesetz) b) Entwurf eines Gesetzes zur Ablösung des Arznei- und Heilmittelbudgets(Arzneimittelbudget-Ablösungsgesetz – ABAG)
4.7.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Risikostrukturausgleichs in der Gesetzlichen Krankenversicherung
25.9.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Medizinproduktegesetzes (2. MPG-ÄndG)
10.10.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des diagnose-orientierten Fallpauschalensystems für Krankenhäuser (Fallpauschalengesetz - FPG)
17.10.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung der Leistungen bei häuslicher Pflege von Pflegebedürftigen mit erheblichem allgemeinen Betreuungsbedarf (Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz - PflEG)
7.11.2001	Medizinische Versorgung von Kindern sichern
7.11.2001	Arzneimitteltherapie bei Kindern und Jugendlichen sicherer machen
7.11.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Begrenzung der Arzneimittelausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (Arzneimittelausgaben-Begrenzungsgesetz AABG)
14.11.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der ambulanten Hospizarbeit
23.1.2002	a) Antrag „Präimplantationsdiagnostik rechtlich absichern“ b) Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Präimplantationsdiagnostik (Präimplantationsdiagnostikgesetz – PräimpG) *(gemeinsam mit dem Rechtsausschuss)*
30.1.2002	Antrag zur Abschaffung der Liste verordnungsfähiger Arzneimittel
20.2.2002	Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (10. SGB V-Änderungsgesetz)
27.2.2002	Antrag „Brustkrebs - Mehr Qualität bei Früherkennung, Versorgung und Forschung Für ein Mammographie-Screening nach Europäischen Leitlinien“
13.3.2002	Antrag „Informationsmöglichkeiten der Krankenversicherten umgehend verbessern“
13.3.2002	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Apothekengesetzes
20.3.2002	a) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gentechnikgesetzes (2. GenTGÄndG) b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gentechnikgesetzes
15.5.2002	a) Antrag „Pflege reformieren - Lebensqualität in Gegenwart und Zukunft sichern“ b) Entwurf eines Gesetzes zur Verstärkung der Personalausstattung in Pflegeheimen (Personalverstärkungsgesetz Pflege - PVG) c) Antrag zur Fortentwicklung der sozialen Pflegeversicherung
5.6.2002	Antrag zur Anwendung von Gentests in Medizin und Versicherungen
12.6.2002	Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung einer angemessenen Vergütung psychotherapeutischer Leistungen im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung
12.6.2002	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Vorsorge und Rehabilitation für Mütter
12.6.2002	Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Betreuung und Pflege schwerstkranker Kinder

26.6.2002	a) Antrag „Prävention umfassend stärken“ b) Antrag zur Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung

Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

21.4.1999	Verkehrstelematik
10.5.2000	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Altschuldenhilfe-Gesetzes (Zweites Altschuldenhilfe-Änderungsgesetz - 2. AHÄndG)
11.10.2000	„Bahnpolitik/Zwischenbilanz der Bahnreform“
4.12.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften (StVRÄndG)
24.1.2001	Bericht über Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs
7.2.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes (FStrÄndG)
16.5.2001	a) Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Wohnungsbaurechts b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes und anderer wohnungsrechtlicher Gesetze
7.11.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Bundesautobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen
14.11.2001	a) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Anpassung bestimmter Bedingungen in der Seeschifffahrt an den internationalen Standard (Zweites Seeschifffahrtsanpassungsgesetz SchAnpG2) b) Entwurf eines Seeunfalluntersuchungsgesetzes (SeeUG)
26.11.2001	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften
20.2.2002	Schlussbericht der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd über die vertieften Untersuchungen und Gutachten zum Donauausbau Straubing – Vilshofen
17.4.2002	a) Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft zur Finanzierung von Bundesverkehrswegen b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetzes und straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften
24.4.2002	a) Antrag „Für eine vorausschauende Wohnungs- und Städtebaupolitik“ b) Antrag „Bessere steuerliche Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau“ c) Wohnungsprognose 2015 des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

29.11.1999	Nukleare Abfälle – Transporte
25.9.1999	Ost-Erweiterung der Europäischen Union und Umwelt
24.1.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz
2.7.2001	Mobilfunk - 26. BImSchV
24.9.2001	a) Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Anpassung anderer Rechtsvorschriften (BNatSchGNeuregG) b) Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Naturschutzes und der Landschaftspflege
5.11.2001	Entwurf eines Gesetzes zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität
21.1.2002	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (Biozidgesetz)
26.6.2002	Umweltgutachten 2002 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU); „Für eine neue Vorreiterrolle“

Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder

10.11.1999	a) Antrag zur Ansiedlung einer Produktionsstätte für den Airbus A 3 XX in Mecklenburg-Vorpommern b) Antrag zur Ansiedlung einer Airbus-Fertigungsstätte in Mecklenburg-Vorpommern
19.11.1999	Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze
14.2.2001	a) Antrag „Exportchancen im Ausland nutzen – Absatzförderung Ost intensivieren“ b) Antrag: Stärkung von Absatz und Export der ostdeutschen Wirtschaft
12.12.2001	Deutschland 2015 - Aufbau Ost als Leitbild für ein modernes Deutschland
26.6.2002	Die wirtschaftliche Entwicklung der Kyritz-Ruppiner Heide und der Mecklenburgischen Seenplatte im Zuge des Transformationsprozesses der Wiedervereinigung unter besonderer Berücksichtigung der kommunalen Selbstverwaltung und Planungshoheit

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

29.11.1999	Nichtstaatliche Verfolgung
23.10.2000	Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Grundrechte als Querschnittsaufgabe für die deutsche Politik
17.10.2001	Instrumente und Maßnahmen zur Bekämpfung der Folter
12.6.2002	Menschenrechte im Anti-Terror-Kampf

Ausschuss für Bildung, Forschung, und Technikfolgenabschätzung[1]

3.4.2000	BaföG-Strukturreform
17.1.2001	Weiterbildung
28.3.2001	Kernfusion
30.5.2001	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (1.AFBG-Änderungsgesetz)
24.9.2001	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes und anderer Vorschriften (5. HRÄndG)
11.3.2002	Entwurf eines Gesetzes zur Sicherstellung des Embryonenschutzes im Zusammenhang mit Einfuhr und Verwendung menschlicher embryonaler Stammzellen (Stammzellgesetz - StZG)
20.3.2002	Folgerungen aus der PISA-Studie und den Empfehlungen des Forum Bildung
17.4.2002	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (6. HRGÄndG)
5.6.2002	Alterungs- und Alternsforschung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

3.3.1999	Die Verschuldungsproblematik in den Entwicklungsländern
24.3.1999	Kohärenz der Entwicklungs- und Agrarpolitik im Kontext der EU und WTO
16.6.1999	Entwicklungszusammenarbeit mit Schwellenländern
7.6.2000	Bedeutung der Zivilgesellschaft für eine nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsländern
15.11.2000	Die Aufgaben von Stadtentwicklung in den MEGA-Städten der Entwicklungsländer
20.6.2001	Ansätze und Möglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit zur Stabilisierung des Friedensprozesses in Kolumbien
4.7.2001	„AIDS-Bekämpfung: Eine globale Herausforderung für die Entwicklungszusammenarbeit“
30.1.2002	Ernährungssicherung in Entwicklungsländern

[1] Außer den nachfolgend aufgeführten Öffentlichen Anhörungen gab es am 20.3.2002 eine Expertenanhörung.

Ausschuss für Tourismus

8.3.1999	Tourismus und Arbeitsmarkt
21.4.1999	Konzepte zur Stärkung des Tourismus in Deutschland
3.11.1999	Tourismus in Großschutzgebieten
16.2.2000	Tourismus und Artenschutz
13.3.2000	Sportliche Großereignisse als Wirtschaftsfaktor für den Tourismus *(gemeinsam mit dem Sportausschuss)*
17.5.2000	Nutzung von Urheberrechten in der Tourismuswirtschaft
7.6.2000	Kinder- und Jugendtourismus
25.10.2000	Campingtourismus
8.11.2000	Tourismusorganisation in Deutschland
24.1.2001	Landtourismus in Deutschland
5.3.2001	Messe- und Kongresstourismus
9.5.2001	Darstellung des Deutschlandtourismus in den Medien
4.7.2001	Jahr des Tourismus 2001 in Deutschland
10.10.2001	a) Antrag zu Beschilderungsmöglichkeiten für touristische Hinweise entlang von Autobahnen flexibler gestalten b) Antrag „Programm zur Stärkung des Tourismus in Deutschland (Tourismus-förderprogramm) hier: Abschnitt F (Mobilität/Verkehr) Nr. 6“
18.3.2002	Reisen für behinderte Menschen
12.6.2002	Kinderprostitution und Sextourismus *(gemeinsam mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Kinderkommission)*

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union[1]

21.4.1999	Bekämpfung von Betrug und Korruption in der Europäischen Union
5.4.2000	Charta der Grundrechte der Europäischen Union (*Gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Fragen der Europäischen Union des Bundesrates)*
14.2.2001	Wirtschaftliche Chancen und Herausforderungen der EU-Erweiterung
14.3.2001	Zur Verfassungsdiskussion in der Europäischen Union
4.4.2001	EU-Erweiterung und Arbeitnehmerfreizügigkeit
26.6.2002	a) Stärkung der Demokratie in Europa b) Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit einer erweiterten Europäischen Union *(gemeinsam mit dem Ausschuss für Fragen der Europäischen Union des Bundesrates)*

Ausschuss für Kultur und Medien

3.3.1999	Sachstand der Beratungen der Findungskommission und der Auslober des 2. Wettbewerbs für ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas und zu möglichen Hinweisen für das weitere Vorgehen des Deutschen Bundestages
27.10.1999	Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG)
15.12.1999	Reform des Stiftungsrechts
3.7.2000	Konvergenz der Medien und Medienordnung
5.7.2000	Hauptstadtkultur

[1] Außer den nachfolgend aufgeführten Öffentlichen Anhörungen fanden am 26.1.2000, 23.2.2000, 23.1.2002 und am 20.2.2002 öffentliche Sitzungen statt.

21.6.2001	Software-Patente/Open source *(Unterausschuss „Neue Medien“ gemeinsam mit dem Rechtsausschuss)*
5.7.2001	Cyber-Crime/TKÜV *(Unterausschuss „Neue Medien“ gemeinsam mit dem Rechtsausschuss)*
13.3.2002	Einschätzung und Bewertung des filmpolitischen Konzepts – Vorschläge zur Reform der Filmförderung und zur Aufwertung des deutschen Films als Kulturgut – des Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien
24.4.2002	Verkauf der Kabelnetze der Telekom und die Auswirkungen auf die Medienlandschaft und den Verbraucher in Deutschland

Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten“

23.10.2000	Reform der internationalen Finanzmarktinstitutionen – Reformvorschläge und Verhandlungsstand
4.12.2000 u. 22.1.2001	Macht oder Ohnmacht der Politik Global Governance als Antwort auf Globalisierung
12.2.2002	Arbeit ohne Grenzen – Die Auswirkungen und Herausforderungen der Globalisierung auf Arbeit und Qualität der Arbeit
5.3.2001	Zukunft der Arbeit – Europa im globalen Wandel
2.4.2001	Rich Planet, Poor Planet
7. u. 14.5.2001	Perspektiven und Reformoptionen der internationalen Wettbewerbspolitik
28.5.2001	Chancen und Risiken der Informationsgesellschaft
18.6.2001	Wasser – Ein weltweit immer knapper werdendes Gut *(gemeinsam mit dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz- und Reaktorsicherheit und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)*
8.10.2001	Von der Industrie- zur Wissensgesellschaft: Wirtschaft, Arbeitswelt und Recht, Privatisierung und Patentierung von Wissen
10.12.2001	Wissensgenerierung: Forschung, Bildung, Weiterbildung, Kultur und Demokratie
18.2.2002	Globalisierung und Gender

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“[1]

26.6.2000	Neue Formen Bürgerschaftlichen Engagements – Projekte stellen sich vor
12./ 13.11.2000 und 11.2.2001	Die Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements in den Verbänden
12.2.2001	Die Zukunft der Freiwilligendienste
11.5.2001	Bürgerschaftliches Engagement in Kirchen und Religionsgemeinschaften
12.5.2001	Bürgerschaftliches Engagement auf kommunaler Ebene
12.5.2001	Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements
2.7.2001	Bürgerschaftliches Engagement in den international agierenden Organisationen Lions Club, Rotary, Zonta und Soroptimist

Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“

- -

[1] Außer den nachfolgend aufgeführten Öffentlichen Anhörungen fanden zwei internationale Workshops und ein Expertengespräch statt.

Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“

25.9.2000	Reformbedarf der Pflegeversicherung
22.01.2001	Reformbedarf des Gesundheitswesens

Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“

19.9.2000	Konkretisierung und Operationalisierung des Leitbildes Nachhaltige Entwicklung für das Aktivitätsfeld Energie
16.10.2000	Klimawandel
17.10.2000	Weltweite Entwicklung der Energienachfrage und der Ressourcenverfügbarkeit
30./ 31.10.2000	Auswirkungen der Liberalisierung und er Globalisierung auf die Energiemärkte unter besonderer Berücksichtigung der EU-Osterweiterung
19.11.2001	Neue Institutionen zur Bewältigung globaler Umwelt- und Energieprobleme und Probleme bei der Finanzierung von Projekten zur Energieversorgung in den Entwicklungs- und Transformationsländern
20.11.2001	Innovative Energietechnologien und -systeme
20.11.2001	Verhaltensbedingte Energieeinsparpotenziale
6.12.2001	Mobilität und Verkehr

Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“

3.7.2000	EU-Richtlinie (98/44/EG) über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen und zu ihrer Umsetzung in nationales Recht
16.10.2000	Folgen der genetischen Diagnostik
13.11.2000	Präimplantationsdiagnostik
19.11.2001	Europäischer Diskurs zu ethischen Fragen der modernen Medizin

Sonderausschuss „Maßstäbegesetz/Finanzausgleichsgesetz“

22.5.2001	Entwurf eines Gesetzes über verfassungskonkretisierende allgemeine Maßstäbe für die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens, für den Finanzausgleich unter den Ländern sowie für die Gewährung von Bundesergänzungszuweisungen (Maßstäbegesetz-MaßstG)

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 9.8.

Öffentliche Anhörungen zu Gesetzentwürfen

Wahlperiode	Themen öffentlicher Anhörungen	davon öffentliche Anhörungen zu Gesetzentwürfen		Gesetzentwürfe insgesamt	davon in öffentlichen Anhörungen behandelte Gesetzentwürfe	
	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %
13.WP 1994–1998	236	135	57,2	923	186	20,2
14.WP 1998–2002	303	183	60,4	864	222	25,7

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 9.8.

8.8 Registrierung der Interessenverbände

Am 21. September 1972 beschloss der 6. Bundestag folgende Bestimmungen zur Registrierung der Interessenvertreter beim Bundestag (vgl. Anlage 2 GOBT):

„(1) Der Präsident des Bundestages führt eine öffentliche Liste, in der alle Verbände, die Interessen gegenüber dem Bundestag oder der Bundesregierung vertreten, eingetragen werden.

(2) Eine Anhörung ihrer Vertreter findet nur statt, wenn sie sich in diese Liste eingetragen haben und dabei folgende Angaben gemacht haben:

Name und Sitz des Verbandes
Zusammensetzung von Vorstand und Geschäftsführung
Interessenbereich des Verbandes
Mitgliederzahl
Namen der Verbandsvertreter sowie
Anschrift der Geschäftsstelle am Sitz vom Bundestag und Bundesregierung.

(3) Hausausweise für Interessenvertreter werden nur ausgestellt, wenn die Angaben nach Absatz 2 gemacht wurden.

(4) Die Eintragung in die Liste begründet keinen Anspruch auf Anhörung oder Ausstellung eines Hausausweises.

(5) Die Liste ist vom Präsidenten jährlich im Bundesanzeiger zu veröffentlichen.“

Nach einem Beschluss des Präsidiums des Bundestages brauchen Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts nicht in die Liste eingetragen zu werden.
Die erste „Lobbyisten-Liste“ mit 635 eingetragenen Verbänden wurde am 24. Januar 1974 amtlich als Beilage zum Bundesanzeiger veröffentlicht.
Auf der Homepage des Bundestages kann nach registrierten Verbänden unter der Web-Adresse „http://dip.bundestag.de/verband.html“ gesucht werden. Die unter dieser Adresse benutzbare Datenbank der beim Deutschen Bundestag registrierten Verbände enthält Informationen über Anschriften, Vorstand und Geschäftsführung, Verbandsvertretung, Interessenbereich, Mitgliederzahl, Anzahl der angeschlossenen Organisationen.
In gedruckter Form wird der Inhalt der Datenbank einmal jährlich im Bundesanzeiger als „Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern“ veröffentlicht.
Die folgende Aufstellung gibt den Ort der amtlichen Veröffentlichung für die Listen neben der Zahl der registrierten Verbände seit dem Jahre 1994 an.

Lfd. Nr. der Listen	Stand	Zahl der registrierten Verbände	Fundstelle: Beilage zum Bundesanzeiger ... mit Datum der Veröffentlichung
22. Liste	31.3.1995	1538	Nr. 161 a vom 26.8.1995
23. Liste	31.3.1996	1614	Nr. 151 a vom 14.8.1996
24. Liste	31.3.1997	1631	Nr. 148 a vom 12.8.1997
25. Liste	31.3.1998	1673	Nr. 172 b vom 15.9.1998
26. Liste	31.3.1999	1675	Nr. 170 a vom 10.9.1999
27. Liste	31.3.2000	1691	Nr. 192 a vom 12.10.2000
28. Liste	31.3.2001	1732	Nr. 188 a vom 9.10.2001
29. Liste	2.5.2002	1760	Nr. 137 a vom 26.7.2002

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 9.9.

8.9 Untersuchungsausschüsse

Das Recht des Bundestages, parlamentarische Untersuchungsausschüsse einzusetzen, ist in Artikel 44 GG geregelt:

„(1) Der Bundestag hat das Recht und auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der in öffentlicher Verhandlung die erforderlichen Beweise erhebt. Die Öffentlichkeit kann ausgeschlossen werden.

(2) Auf Beweiserhebungen finden die Vorschriften über den Strafprozess sinngemäß Anwendung. Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis bleibt unberührt.

(3) Gerichte und Verwaltungsbehörden sind zur Rechts- und Amtshilfe verpflichtet.

(4) Die Beschlüsse der Untersuchungsausschüsse sind der richterlichen Erörterung entzogen. In der Würdigung und Beurteilung des der Untersuchung zugrunde liegenden Sachverhaltes sind die Gerichte frei.“

Diesem seit Inkrafttreten des Grundgesetzes gültigen Artikel galt wiederholt große Aufmerksamkeit. Nicht nur juristische Fachtagungen befassten sich mit den Rechten und Möglichkeiten eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, auch die Enquete-Kommission „Verfassungsreform“ sowie etliche Gesetzesentwürfe seit der 5. Wahlperiode befassten sich mit der Frage nach einem eigenen Untersuchungsausschussgesetz des Bundes. Bis zum Jahre 2001 fanden die Verfahrensregeln der „Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft“ (IPA) von 1968 Anwendung bei Verfahrensfragen zum Untersuchungsausschuss (vgl. Drucksache V/4209). Zurückgehend bis auf den sog. „Porzner-Entwurf“, der unter Leitung und maßgeblichen Prägung des langjährigen Vorsitzenden des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, *Konrad Porzner*, in den Jahren 1988 bis 1990 entstand, verabschiedete der Bundestag am 6. April 2001 einstimmig das Untersuchungsausschussgesetz (PUAG) vom 19. Juni 2001 (BGBl I S. 1142)[1].

Nach Artikel 45 a GG (eingefügt durch Gesetz vom 19. März 1956) hat außerdem auch der Ausschuss für Verteidigung die Rechte eines Untersuchungsausschusses. Er hat auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, eine Angelegenheit zum Gegenstand seiner Untersuchung zu machen.

Artikel 44 Abs. 1 GG findet auf dem Gebiet der Verteidigung keine Anwendung, d. h. der Bundestag kann in Verteidigungsangelegenheiten keine gesonderten Untersuchungsausschüsse einsetzen.

Das Kapitel über die Untersuchungsausschüsse ist folgendermaßen untergliedert:

- Übersicht über die Untersuchungsverfahren seit Beginn der 13. Wahlperiode
- Antragsberechtigte Mehrheit
- Tabellarische Übersicht der Untersuchungsausschüsse ab der 13. Wahlperiode (1994 – 1998)
- Die Untersuchungsaufträge für die Untersuchungsausschüsse
- Der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss
- Bibliographie

[1] Vgl. dazu im Einzelnen: *Dieter Wiefelspütz*, Das Untersuchungsausschussgesetz des Bundes. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 33. 2002. H 3. S. 551-572. *Ders.*, Das Untersuchungsausschussgesetz. Baden-Baden 2003.

Untersuchungsverfahren seit Beginn der 13. Wahlperiode

Die folgende Statistik enthält sowohl die Zahl der Untersuchungsausschüsse als auch die Zahl der Fälle, in denen sich der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss konstituiert hat.

Wahl-periode	Untersuchungsausschüsse		Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss		Zahl der Unter-suchungsverfahren insgesamt
	Zahl der Ausschüsse	Zahl der Sitzungen	Zahl der Verfahren	Zahl der Sitzungen	
13. WP 1994-1998	2	176	1	19	3
14. WP 1998-2002	1	124	–	–	1
15. WP 2002-[1]	1		–	–	1

Antragsberechtigte Mehrheit

Nach Artikel 44 Abs. 1 GG hat „der Bundestag [...] das Recht und auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen [...]“. In der folgenden Tabelle ist zusammengestellt, bei welcher Zahl von Abgeordneten in den einzelnen Wahlperioden das grundgesetzlich geforderte Viertel der Mitglieder erreicht war bzw. ist.

Wahl-periode	Stand	gesetzliche Mitgliederzahl[2]	„ein Viertel der Mitglieder erreicht bei ... Abgeordneten	Quorum erreicht von Fraktion der ...
13. WP	Beginn der WP	672	168	CDU/CSU, SPD
14. WP	Beginn der WP	669	168	CDU/CSU, SPD
	ab 9.8.2000	668	167	CDU/CSU, SPD
	ab 7.6.2001	667	167	CDU/CSU, SPD
	ab 1.7.2001	666	167	CDU/CSU, SPD
	ab 13.9.2002	665	167	CDU/CSU, SPD
15. WP	Beginn der WP	603	151	CDU/CSU, SPD

[1] Stand: 31. März 2003.
[2] Zur gesetzlichen Mitgliederzahl vgl. Kapitel 2.1.

Tabellarische Übersicht der Untersuchungsausschüsse
13. Wahlperiode (1994 – 1998)

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Untersuchungsausschusses	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Ausschussber. (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
31	1. Untersuchungsausschuss **(„Plutonium-Schmuggel“)**	a) 13/1323 b) interfraktionell c) 35. Sitz. v. 11.5.1995	a) *Gerhard Friedrich* (CDU/CSU) b) *Erika Simm* (SPD)	a) 17.5.1995 b) 28.5.1998 c) 80	a) 13/10800 13/10852 13/10909 b) 244. Sitz v. 24.6.1998 (Kenntnisnahme)	Siehe auch Einsetzungsanträge der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN (Drs. 13/1176), der SPD-Fraktion (Drs. 13/1196) und der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Drs. 13/1202): Überweisung an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der 33. Sitz. v. 26.4.1995 Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drs. 13/1323); Annahme in der 35. Sitz. v. 11.5.1995 Änderungsantrag der Gruppe der PDS hierzu (Drs. 13/1324); Ablehnung in der 35. Sitz. v. 11.5.1995 Beschlussempfehlung und Bericht (Drs. 13/10800) zusammen mit einer Zweiten und Dritten Beschlussempfehlung mit jeweils einem abweichenden Bericht (Drs. 13/10852; Drs. 13/10909) vorgelegt; in getrennter Abstimmung Kenntnisnahme von den drei Berichten gemäß den Beschlussempfehlungen in der 244. Sitzung vom 24.6.1998

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Untersuchungsausschusses	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Ausschussber. (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
32	2. Untersuchungsausschuss **(„DDR-Vermögen“)**	a) 13/1833 b) SPD c) 58. Sitz. v. 28.9.1995	a) *Volker Neumann* (SPD) b) *Berthold Mathias Reinartz* (CDU/CSU)	a) 29.9.1995 b) 28.5.1998 c) 96	a) 13/10900 b) 241. Sitz. v. 18.6.1998 (Kenntnisnahme)	Einsetzungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. 13/1781): Rücknahme Siehe auch Einsetzungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. 13/1833): Überweisung an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der 47. Sitz. v. 29.6.1995 Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drs. 13/2483): Annahme in der 58. Sitz. v. 28.9.1995 Änderungsantrag der Gruppe der PDS (Drs. 13/2484): Ablehnung in der 58. Sitz. v. 28.9.1995 Anträge auf Erweiterung des Untersuchungsauftrages der SPD-Fraktion (Drs. 13/4698 und 13/5233): Überweisung an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der 107. Sitz. v. 23. 5. 1996 und in der 118. Sitz. v. 9.7.1996 Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drs. 13/5843): Annahme in der 132. Sitz. v. 18.10.1996

14. Wahlperiode (1998–2002)

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Untersuchungsausschusses	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Ausschussber. (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
33	1. Untersuchungsausschuss **(„Parteispenden“)**	a) 14/2139 b) SPD; B 90/GR c) 76. Sitz. v. 2.12.1999	a) *Volker Neumann* (Bramsche) (SPD) b) *Hans-Peter Friedrich* (Hof) (CSU)	a) 16.12.1999 b) 27.6.2002 c) 125	a) 14/9300 b) 248. Sitz. v. 4.7.2002 (Kenntnisnahme)	Siehe auch Einsetzungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN (Drs. 14/2139) Zusammen beraten mit dem Antrag der Fraktionen SPD, B 90/DIE GRÜNEN zur Entbindung von der Schweigepflicht gegenüber dem Untersuchungsausschuss (Drs. 14/2236): Annahme in der 76. Sitz. v. 2.12.1999 Änderungsantrag der CDU/CSU-Fraktion (Drs. 14/2232) wird mit der Annahme der Drucksache 14/2139 (mit der mündlich vorgetragenen Änderung) in der 76. Sitz. v. 2.12.1999 gegenstandslos Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 14/2247): Ablehnung in der 76. Sitz. v. 2.12.1999 Erweiterungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 14/2527): Rücknahme in der 88. Sitz v. 18.2.2000 Antrag der Fraktionen SPD; B 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung des Untersuchungsauftrages des 1. Untersuchungsausschusses (Drs.14/2686): Annahme in der 88. Sitz. v. 18.2.2000

15. Wahlperiode
(2002–[1])

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Untersuchungsausschusses	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Ausschussber. (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
34	1. Untersuchungsausschuss **(„Wahlbetrug“)**	a) 15/125 b) CDU/CSU c) 17. Sitz. v. 20.12.2002	a) *Klaus Uwe Benneter* (SPD) b) *Hans-Peter Friedrich* (Hof) (CSU)	a) 20.12.2002		Siehe auch Einsetzungsantrag der CDU/CSU-Fraktion (Drs.: 15/125): Überweisung an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der 14. Sitz. v. 5.12.2002 Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drs. 15/256): Annahme in der 17. Sitz. v. 20.12.2002

[1] Stand: 31. März 2003.

Die Untersuchungsaufträge für die Untersuchungsausschüsse

Die Untersuchungsaufträge sind wörtlich den aufgeführten Drucksachen entnommen.

13. Wahlperiode (1994-1998)

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses
31	**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drs. 13/1323)** I. Der Untersuchungsausschuss soll klären: a) die Umstände, die zum Transport mit einer Passagiermaschine der Lufthansa von Moskau nach München am 10. August 1994 und zur Sicherstellung von 363,4 Gramm atomwaffenfähigem Plutonium und 201 Gramm Lithium 6 geführt haben; b) in welcher Weise Behörden des Bundes und weitere Personen in deren Auftrag oder mit deren Wissen an der Vorbereitung und Durchführung von Scheinverhandlungen und des Transports des illegalen Nuklearmaterials beteiligt waren; c) wann und in welcher Weise Behörden des Bundes und Mitglieder der Bundesregierung von den Umständen informiert worden sind und was sie veranlasst haben; d) in welcher Weise Behörden des Bundes und des Freistaates Bayern zusammengearbeitet haben; e) die Verantwortung von Mitgliedern der Bundesregierung sowie die etwaige Beteiligung von Bundesbehörden, gegebenenfalls im Zusammenwirken mit den Ländern, an der Verbringung von Plutonium von Moskau nach München im Sommer 1994 und in etwaigen anderen vergleichbaren Fällen; f) was die Bundesregierung im internationalen Rahmen und insbesondere im Verhältnis zu Stellen der Regierung der Russischen Föderation zur Verhinderung des Plutonium-Transports unternommen hat und g) wie und mit welcher Zielrichtung die Bundesregierung das Parlament und die Öffentlichkeit über den Plutoniumhandel informiert hat; h) aus welchen Quellen das illegal angebotene und insbesondere das bisher nach Deutschland gelangte Nuklearmaterial stammt. Der Untersuchungsausschuss soll dazu insbesondere klären: a) Gab es im Falle des Plutoniumtransfers überhaupt Nachfrager nach Nuklearmaterial, und welche Personen, Gruppierungen, Institutionen oder Staaten traten gegebenenfalls als solche auf? b) Welche Zahlungen, geldwerten Vorteile oder Anerkennungen haben Mitglieder der Bundesregierung sowie Mitarbeiter von Behörden oder anderen Stellen des Bundes, welchen der an diesen Vorgängen beteiligten Personen und Dienststellen für jeweils welche Leistungen gewährt, vermittelt oder in Aussicht gestellt? c) Welche möglichen Gefahren haben sich aus diesem Transport des Nuklearmaterials mit einem Luftfahrzeug ergeben? d) Wie ist mit dem illegal nach Deutschland eingeführten Nuklearmaterial nach dessen Sicherstellung verfahren worden und was wird künftig damit geschehen? II. Der Untersuchungsausschuss soll a) klären, ob es einen illegalen Markt für Nuklearmaterial, insbesondere für Plutonium, gibt und wie dieser gegebenenfalls geartet ist; b) die Voraussetzungen, die Möglichkeiten, den Umfang und die Gefahren des illegalen Nuklearmaterialhandels für Mensch und Umwelt sowie das friedliche Zusammenleben der Völker klären; c) die Möglichkeiten, die Voraussetzungen und die Erfolgsaussichten einer Bekämpfung des illegalen Nuklearmaterialhandels durch Bundesbehörden, auch in Zusammenarbeit mit den Ländern und auf internationaler Ebene untersuchen; d) klären, was die Bundesregierung allgemein in bezug auf die Gefahren des illegalen Umgangs mit Nuklearmaterial getan oder unterlassen hat;

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses
noch: 31	e) Vorschläge unterbreiten, wie den Gefahren des illegalen Umgangs mit Nuklearmaterial begegnet werden kann. III. Der Untersuchungsausschuss soll 1) klären, welche Erkenntnisse und Konsequenzen sich für die Arbeit, die Aufgaben und die Kontrolle der Bundesregierung, der Nachrichtendienste und des Bundeskriminalamtes ergeben; 2) Empfehlungen geben, auch bezüglich einer zukünftigen Ausgestaltung einer parlamentarischen Kontrolle dieser Arbeit. Nuklearmaterial im Sinne des Untersuchungsauftrags sind Radioaktive Stoffe gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Friedliche Verwendung der Kernenergie und dem Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565).
32	**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zu dem Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 13/1833, 13/2483):** I. Der Ausschuss soll klären: 1. Welche Unternehmen und Beteiligungen der DDR existierten im westlichen Ausland über die in den Berichten des 1. Untersuchungsausschusses der 12. Wahlperiode dargestellten hinaus, und was ist mit diesen Unternehmen und Beteiligungen inzwischen geschehen? 2. Existierten Vermögenswerte des Bereichs Kommerzielle Koordinierung über die in den Berichten des 1. Untersuchungsausschusses der 12. Wahlperiode dargestellten hinaus, und wo sind diese verblieben? 3. Inwieweit hat der Bereich Kommerzielle Koordinierung mit der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR operativ zusammengearbeitet, und in welchem Umfang sind finanzielle Mittel der Außenhandelsbetriebe sowohl des Ministeriums für Außenhandel als auch des Bereichs Kommerzielle Koordinierung der Hauptverwaltung Aufklärung zugeflossen? 4. Inwieweit haben der Bereich Kommerzielle Koordinierung und die von ihm abhängigen Unternehmen und Personen mit der Militärischen Aufklärung der Nationalen Volksarmee der DDR zusammengearbeitet, und sind der Militärischen Aufklärung Mittel des Bereichs Kommerzielle Koordinierung zugeflossen? 5. Inwieweit hat der Bereich Kommerzielle Koordinierung mit den Blockparteien und Massenorganisationen der DDR zusammengearbeitet, welche finanziellen Mittel sind an diese Institutionen geflossen, und wo sind diese verblieben? 6. Inwieweit haben Unternehmen des Bereichs Kommerzielle Koordinierung und andere lnstitutionen bei der Veruntreuung von Vermögenswerten die Verbindung zu Unternehmen und Personen von kommunistischen Parteien, die mit der SED/PDS befreundet waren, genutzt? 7. Inwieweit wurden Mitglieder der SED/PDS oder der Partei nahestehende Personen von der SED/PDS durch Vermögensverschiebungen finanziell unterstützt, um sich wirtschaftlich betätigen zu können? 8. Welche Vermögensverschiebungen und Manipulationen an Bilanzen von Unternehmen der ehemaligen DDR sind durch „alte Seilschaften“ und westliche Geschäftspartner erfolgt, und wer hat davon profitiert? 9. Welche Maßnahmen haben Bundesregierung, Treuhandanstalt und andere staatliche Stellen des Bundes zur Wiederbeschaffung veruntreuter Vermögenswerte ergriffen? 10. Welche Rolle haben Kreditinstitute innerhalb und außerhalb der DDR bei Vermögensverschiebungen gespielt? II. Der Ausschuss soll klären, inwieweit die Aktivitäten des Bereichs Kommerzielle Koordinierung und seiner Nachfolgeorganisationen durch Unternehmungen und Institutionen sowie deren handelnde Personen aus der Bundesrepublik Deutschland vor und nach der Wende unterstützt wurden. Hierbei soll insbesondere geklärt werden, 1. inwieweit sich aus der Auswertung von Disketten und Unterlagen der Hauptabteilung XVIII des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR Hinweise ergeben, dass Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland Embargo-Bestimmungen bei Geschäften mit Unternehmen der DDR durchbrochen haben,

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses
noch: 32	2. welchen Einfluss die Hauptabteilung XVIII des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR auf die außenwirtschaftliche Tätigkeit der DDR mit Geschäftspartnern aus der Bundesrepublik Deutschland genommen hat und wieweit der Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz hierüber Kenntnisse besaßen, 3. ob und gegebenenfalls wie der Bereich Kommerzielle Koordinierung, sein Leiter und seine Mitarbeiter mit Kenntnis bzw. Billigung von Bundesregierung und sonstigen politisch handelnden Personen wirken konnten. III. Der Ausschuss soll – soweit der Bundesrechnungshof hierüber noch keine Feststellungen getroffen hat – auch klären, 1. ob bei der Vergabe von Liquidationsdarlehen durch die Treuhandanstalt und bei der Bemessung von Liquidatorenhonoraren die Grundsätze der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung hinreichend beachtet worden sind und 2. ob bei der Privatisierung von Unternehmen durch die Treuhandanstalt – unbeschadet der staatsanwaltlichen Ermittlungen wegen Untreue – die Vorgabe des Bundesministeriums der Finanzen zur Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Kriterien und die Grundsätze der sparsamen und wirtschaftlichen Verhältnisse ausreichend beachtet worden sind. **Erweiterung des Untersuchungsauftrages des 2. Untersuchungsausschusses (Drs. 13/5843):** Der am 28. September 1995 vom Deutschen Bundestag beschlossene Untersuchungsauftrag des 2. Untersuchungsausschusses (Drucksachen 13/1833 und 13/2483) soll um die folgende Nummer 3 in Abschnitt III ergänzt werden: „3. Der Ausschuss soll bezogen auf die Bremer-Vulkan-Verbund-AG auch klären, a) ob und auf welche Weise die Bundesregierung und die Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben dafür gesorgt haben, dass die Einhaltung von Investitionszusagen und die zweckbestimmte Verwendung von Investitionsbeihilfen und Fördermitteln vertraglich abgesichert sind; b) ob und durch welche Maßnahmen die Bundesregierung und die Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben gewährleistet haben, dass die Einhaltung vertraglicher Bestimmungen durch die Bremer-Vulkan-Verbund-AG als Erwerber von Unternehmen der ehemaligen DDR hinsichtlich der zweckbestimmten Verwendung von Investitionsbeihilfen und Fördermitteln überprüft werden kann; c) ob, inwieweit und zu welchem Zeitpunkt die Bundesregierung und die Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben von ungerechtfertigten Inanspruchnahmen von Subventionsmitteln und der zweckentfremdeten Verwendung von Investitionsbeihilfen und Fördermitteln durch die Bremer-Vulkan-Verbund-AG als Erwerber von Unternehmen der ehemaligen DDR Kenntnis erhalten haben und welche Maßnahmen dagegen getroffen wurden.“

14. Wahlperiode (1998-2002)

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses
33	**Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 14/2139, 14/2686)** I. Der Ausschuss soll klären, inwieweit Spenden, Provisionen, andere finanzielle Zuwendungen oder Vorteile direkt oder indirekt an 1. Mitglieder und Amtsträger der ehemaligen von CDU/CSU und F.D.P. getragenen Bundesregierungen und deren nachgeordneten Behörden, 2. die die damaligen Bundesregierungen tragenden Parteien und/oder Fraktionen und deren Funktionsträger oder deren Beauftragte oder 3. sonstige Personen und Institutionen geflossen sind bzw. gewährt wurden, die dazu geeignet waren, politische Entscheidungsprozesse dieser Bundesregierungen und/oder deren nachgeordnete Behörden zu beeinflussen bzw. die tatsächlich politische Entscheidungsprozesse beeinflusst haben.

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses
noch: 33	II. Die Fragen aus I. sollen insbesondere geklärt werden im Zusammenhang mit 1. dem Verkauf von 36 deutschen Panzerfahrzeugen vom Typ Fuchs an Saudi-Arabien und der Lieferung aus dem Bestand der Bundeswehr im Jahre 1991, 2. der Privatisierung bzw. dem Neubau der Erdölraffinerie in Leuna und mit der Veräußerung des Minol-Tankstellennetzes, 3. der Lieferung von Flugzeugen durch die Deutsche Airbus GmbH an kanadische und thailändische Fluggesellschaften Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre, 4. der Lieferung von MBB-Hubschraubern an die kanadische Küstenwache in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. III. Weiterhin soll geklärt werden, 1. ob und inwieweit durch die Zuwendungen und Handlungen aus I. und II. gegen die Bestimmungen des Parteiengesetzes, gegen Amts- und Dienstpflichten, internationales Recht und internationale Verträge verstoßen worden ist, 2. ob und wie durch die steuerliche Behandlung solcher Zuwendungen oder durch ungerechtfertigte Zahlungen aus öffentlichen Haushalten die öffentliche Hand belastet wurde und 3. welche Personen von solchen Zuwendungen, den mit den Zahlungen verbundenen Geldflüssen, von den Vorteilsgewährungen und der steuerlichen Behandlung der Zuwendungen Kenntnis hatten. IV. Sofern tatsächliche Anhaltspunkte bestehen, soll der Ausschuss auch klären, inwieweit Parteien die nach dem Grundgesetz und dem Parteiengesetz bestehende Verpflichtung zur öffentlichen Rechenschaftslegung über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel und über ihr Vermögen verletzt haben, wer diese Pflichtverletzung begangen oder daran mitgewirkt hat bzw. davon Kenntnis hatte, woher die in den Rechenschaftsberichten nicht oder nur lückenhaft ausgewiesenen Einnahmen und Vermögenswerte stammen und welchen Zwecken sie dienten bzw. wo diese verblieben.

15. Wahlperiode (2002–[1])

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses
34	**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zu dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion (Drs. 15/125, 15/256)** Der Untersuchungsausschuss soll klären, ob und in welchem Umfange Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere Bundeskanzler *Gerhard Schröder*, Bundesfinanzminister *Hans Eichel*, Bundesministerin *Ulla Schmidt* sowie der damalige Arbeits- und Sozialminister *Walter Riester*, und Parlamentarische Staatssekretäre im Jahr 2002 Bundestag und Öffentlichkeit hinsichtlich der Situation des Bundeshaushaltes, der Finanzlage der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung sowie der Einhaltung der Stabilitätskriterien des EG-Vertrages und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts durch den Bund vor der Bundestagswahl am 22. September 2002 falsch oder unvollständig informiert haben; ob und gegebenenfalls wer von allen Vorgenannten dieses wie und mit wessen Hilfe insbesondere auch im Verantwortungsbereich der Bundesregierung getan und ob und gegebenenfalls welche Vereinbarungen es dazu gegeben hat, soweit hierdurch nicht der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung betroffen ist. Der Untersuchungsausschuss muss deshalb auch im Rahmen der Zuständigkeit des Bundestages klären, – inwiefern seit der Wiedervereinigung die Prognosen und Modellrechnungen für die Finanzplanung des Bundes und die Haushalte der Kranken- und Rentenversicherung zutrafen und ob die Praxis im Jahr 2002 von der Staatspraxis seit 1990 abgewichen ist,

[1] Stand: 31. März 2003.

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses
noch: 34	– ob und in welchem Umfang die Mitglieder des Bundesrates, des Finanzplanungsrates und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, insbesondere die Ministerpräsidenten *Roland Koch*, *Peter Müller* und Dr. *Edmund Stoiber*, im Jahr 2002 hinsichtlich a) der Situation der öffentlichen Haushalte, insbesondere im Hinblick auf das für 2002 zu erwartende Gesamt-Steueraufkommen, b) der Finanzlage der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung, insbesondere im Hinblick auf die zu erwartende Gesamteinnahmen- und Ausgabensituation 2002, sowie c) der Problematik der Einhaltung der Stabilitätskriterien des EG-Vertrages und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes von Bund und Ländern einschließlich ihrer Gemeinden und Gemeindeverbände, insbesondere unter Beachtung der Aufgabenerfüllung durch den Finanzplanungsrat, falsche oder unvollständige Erklärungen vor dem 22. September 2002 abgegeben haben.

Der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss

Mit dem Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 19. März 1956 (BGBl. I S. 111) traten eine Reihe von Grundgesetzänderungen auf dem Gebiete der Wehrpolitik in Kraft. Durch Einfügung des Artikels 45a erhielt der Verteidigungsausschuss die Rechte und die alleinige Zuständigkeit eines Untersuchungsausschusses auf dem Gebiet der Verteidigung.

Die heutige Fassung des Artikels 45a GG hat folgenden Wortlaut:

„(1) Der Bundestag bestellt [...] einen Ausschuss für Verteidigung.
(2) Der Ausschuss für Verteidigung hat auch die Rechte eines Untersuchungsausschusses. Auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder hat er die Pflicht, eine Angelegenheit zum Gegenstand seiner Untersuchung zu machen.
(3) Artikel 44 Abs. 1 findet auf dem Gebiet der Verteidigung keine Anwendung.“

In seiner Eigenschaft als Untersuchungsausschuss gemäß Art. 45a GG ist der Verteidigungsausschuss seit 1994 wie folgt tätig gewesen:

Wahlperiode	lfd. Nr.	Sitzungen a) erste b) letzte c) Anzahl	Untersuchungsgegenstand	a) Antragsteller b) Bemerkungen
13. WP 1994-1998	12	a) 14.1.1998 b) 17.6.1998 c) 19	Untersuchung zu rechtsextremistischen Vorkommnissen an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und an anderen Standorten der Bundeswehr	a) SPD b) Bericht des Verteidigungsausschusses: Drs. 13/11005; Kenntnisnahme in der 244. Sitzung des BT am 24.6.1998
14. WP 1998-2002	–	–	–	–
15. WP 2002-[1]	–	–	–	–

[1] Stand: 31. März 2003.

Lfd. Nr.	Untersuchungsauftrag des Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschusses
12	**Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses als 1. Untersuchungsausschuss** gemäß **Artikel 45a Abs. 2 des Grundgesetzes zu dem Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 13/11005):** Gegenstand der Untersuchungen soll dabei sein: 1. die gegenwärtige innere Lage der Bundeswehr, insbesondere 1.1. die geistige Orientierung der Vorgesetzten und ihre Bindung an die freiheitlich demokratische Grundordnung und an das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform, u.a. am Beispiel der Einladung eines Rechtsterroristen und seines Vortrages an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und seiner weiteren Kontakte zur Bundeswehr und in diesem Zusammenhang: 1.1.1. Materiallieferungen der Bundeswehr und Nutzung von Bundeswehrliegenschaften durch verfassungsfeindliche Organisationen, u.a. am Beispiel des „Deutsch-Russischen Gemeinschaftswerkes“. 1.1.2. die damit in Verbindung stehenden Vorgänge zwischen anderen Bundesbehörden und Dienststellen des Bundesministers der Verteidigung und den Nachrichtendiensten. 1.2. das Menschenbild, das Führungsverhalten und der Stellenwert der Aus- und Weiterbildung, u.a. an den Beispielen der ausländerfeindlichen Vorfälle in Detmold, der Video-Skandale in Hammelburg und Schneeberg sowie der rechtsextremistischen Vorfälle in Altenstadt/Schongau, Landsberg und Varel; 2. die Rahmenbedingungen für die Innere Führung und die politische Bildung, insbesondere 2.1. ob angepasstes Verhalten in der Führungshierarchie immer mehr die Zivil- bzw. Militärcourage ersetzt; 2.2. ob der erweiterte Auftrag der Bundeswehr und ob beispielsweise die Einsätze in Kambodscha, Somalia und Bosnien das Verständnis von Innerer Führung verändert haben; 2.3. ob Wehrbeschwerde- und Wehrdisziplinarordnung noch strikt nach ihrem Wesensgehalt und vor allem nach dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform angewendet werden. 3. die Konsequenzen, die aus den Berichten des/der Wehrbeauftragten zu rechtsextremistischem Verhalten von Soldaten zur Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die Innere Führung und die politische Bildung und zu unzulässigen Formen der Traditionspflege gezogen wurden. 4. die Realität des Traditionsverhaltens, insbesondere 4.1. die Formen der Traditionspflege, u. a. am Beispiel des Traditionsraumes beim Jagdbombergeschwader 33 in Büchel; 4.2. ob die Traditionspflege und das Traditionsverhalten noch mit dem Traditionserlass von 1982 übereinstimmen. 5. ob und zu welchem Zeitpunkt die Bundesregierung über die rechtsextremistischen Vorfälle informiert war und was sie unternommen bzw. unterlassen hat, um diesem Sachverhalt zuvorzukommen bzw. abzuhelfen. 6. die Verantwortung des Bundesministeriums der Verteidigung für die vorgenannten Fälle und das Führungsverhalten des Ministers und die Auswirkungen seiner Personalentscheidungen auf das Vertrauen der Angehörigen der Bundeswehr.

Bibliographie

Literatur zu einzelnen Untersuchungsausschüssen:

Untersuchungsausschuss	Titel der Darstellung
13/1 **„Plutonium-Schmuggel“**	Der nukleare Schwarzmarkt und der Münchener Plutoniumfall. Bericht des 1. Untersuchungsausschusses der 13. Wahlperiode. Band 1: Text. Band 2: Anlagen. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Bonn 1998. (Zur Sache 1998, 2). *Wisser, Horst* und *Hermann Bachmaier*, Plutoniumschmuggel: Muss Schmidbauer seinen Hut nehmen? In: Vorwärts. 1995. H. 9. S. 21.
13/2 **„DDR-Vermögen“**	DDR-Vermögen. Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschusses der 13. Wahlperiode. Band 1: Text. Band 2: Anlagen. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Bonn 1998. (Zur Sache 1998, 3).
14/1 **„Parteispenden“**	*Augstein, Franziska*, Untersuchungsausschuss Parteispenden. Eine Bilanz. In: Merkur. Jg. 56. 2002. H. 7. S. 634-640. *Augstein, Franziska*, Wie man aus einem Elefanten eine Mücke macht. Der Untersuchungsausschuss und die CDU-Spendenaffäre. In: Merkur. Jg.55. 2001. H. 5. S. 375-386. *Hamm, Rainer*, Gutachterliche Stellungnahme zur Frage der Vereidigung des Herrn Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch im Untersuchungsausschuss 14/1 des Deutschen Bundestages. Frankfurt am Main 2001. *Hirsch, Burkhard*, Die Spendenaffäre, der Untersuchungsausschuss und Helmut Kohl. In: Der Spiegel. 2000. H. 27. S. 22-34. *Kenzler, Evelyn*, Vielzahl von Rechtsverletzungen wurde bisher sichtbar. Parteispenden-Untersuchungsausschuss im Aus? Eine Zwischenbilanz. In: Disput. 2000. H. 8. S. 22-23. *Kerbein, Björn*, Privatpersonen vor dem Untersuchungsausschuss. Fischers Jugendsünden als Ablenkungsmanöver. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 34. 2001. H. 7. S. 302-303. Parteispenden. Bericht des 1. Untersuchungsausschusses. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Textband, CD-ROM. Berlin 2002. (Zur Sache 2002, 4). *Rossmann, Ernst Dieter*, Ein Déjà-vu oder die Geschichte als Farce. Kohl und der Untersuchungsausschuss zu den CDU-Finanzen. In: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. 2000. H. 4. S. 5-7. *Schröder, Meinhard*, Altes und Neues zum Recht der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse aus Anlass der CDU-Parteispendenaffäre. In: Neue juristische Wochenschrift. Jg. 53. 2000. H. 20. S. 1455-1458. *Schwind, Joachim*, Zur Strafbarkeit der Entgegennahme anonymer Parteispenden (§266 StGB). Dargestellt am Fall Dr. Helmut Kohl. In: Neue Zeitschrift für Strafrecht. Jg. 21. 2001. S. 349-354.
15/1 **„Wahlbetrug“**	–[1]

[1] Stand: 31. März 2003.

Literatur zu Untersuchungsausschüssen allgemein:

Titel der Darstellung
Aulehner, Josef, Verwertung von Stasi-Unterlagen durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse? In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 47. 1994. H. 20. S. 853-862.
Bachmaier, Hermann, Der Ermittlungsbeauftragte im Spannungsfeld zwischen gerichtsähnlicher Aufklärungsarbeit und parlamentarischer Auseinandersetzung. Ein gesetzgeberisches Experiment mit Zukunft. In: Neue juristische Wochenschrift. Jg. 55. 2002. H. 5. S. 348-349.
Bachmaier, Hermann, Plädoyer für ein besseres Untersuchungsausschussrecht. In: Recht und Politik. Jg. 36. 2000. H. 4. S. 197-201.
Badura, Peter, Das parlamentarische Untersuchungsrecht in der Parteiendemokratie. In: Völkerrecht und deutsches Recht. Festschrift für *Walter Rudolf* zum 70. Geburtstag. Hrsg. von *Hans-Wolfgang Arndt*. München 2001. S. 235-246.
Badura, Peter, Das Recht der Minderheit auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. In: Für Recht und Staat. Festschrift für *Herbert Helmrich* zum 60. Geburtstag. Hrsg. von *Klaus Letzgus* u. a. München 1994. S. 191-206.
Bäumler, Helmut und *Lukas Gundermann*, Zur Unzulässigkeit von Stasi-Abhörprotokollen vor parlamentarischen Untersuchungsausschüssen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 28. 1997. H. 2. S. 236-253.
Bräcklein, Susann, Öffentlichkeit im parlamentarischen Untersuchungsverfahren. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 36. 2003. H. 10. S. 348-353.
Brocker, Lars, Parlamentarisches Untersuchungsverfahren und Zurückhaltungsgebot. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 30. 1999. H. 3. S. 739-747.
Dammann, Ulrich, Nutzung der Stasi-Funkaufklärung durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse. In: Neue juristische Wochenschrift. Jg. 49. 1996. H. 30. S. 1946-1947.
Danckert, Peter Wilhelm, Aussagezwang im parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Zur Ausgestaltung der Aussagepflicht im künftigen Untersuchungsausschussrecht des Bundes. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 33. 2000. H. 11. S. 476-480.
Flink, Thomas, Schwert des Parlaments: Das Untersuchungsrecht des Deutschen Bundestages. In: Information für die Truppe. Jg. 42. 1998. H. 2. S. 28-31.
Hamm, Rainer, Kein Vereidigungsrecht von Untersuchungsausschüssen. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 35. 2002. H. 1. S. 11-14.
Hermes, Georg, Das Minderheitsrecht auf eine parlamentarische Untersuchung. In: Gegenrede. Aufklärung – Kritik – Öffentlichkeit. Festschrift für *Ernst Gottfried Mahrenholz*. Hrsg. von *Herta Däubler-Gmelin, Klaus Kinkel*, u. a. Baden-Baden 1994. S. 349-367.
Hölz, Stephan, Individualrechtsschutz im Verhältnis zu den Zielen parlamentarischer Untersuchungsausschüsse. (Zugl.: Mainz, Univ., Diss., 1997.)
Kempf, Eberhard und *Christian Richter*, Untersuchungsausschuss – Strafverfahren: Synergie oder Blockade? In: Anwaltsblatt. Jg. 50. 2000. H. 8/9. S. 513-515.
Kipke, Rüdiger, Untersuchungsausschüsse des Bundestages. Perspektiven einer gesetzlichen Regelung. In: Recht und Politik. Jg. 36. 2000. H. 4. S. 202-207.
Klenke, Reiner, Zum Konflikt zwischen parlamentarischem Enqueterecht und dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Betroffenen. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 14. 1995. H. 7. S. 644-649.
Koch, Sybille, Disziplinarverfahren als möglicher Auskunftsverweigerungsgrund eines Zeugen vor einem Untersuchungsausschuss. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 27. 1996. H. 3. S. 405-410.
Köhler, Mark, Umfang und Grenzen des parlamentarischen Untersuchungsrechts gegenüber Privaten im nichtöffentlichen Bereich. Berlin 1996. (Zugl.: Hannover, Univ., Diss., 1995.)

Titel der Darstellung
Kölbel, Ralf und *Martin Morlok*, Geständniszwang in parlamentarischen Untersuchungen? Grenzen des Aussageverweigerungsrechts in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 33. 2000. H. 6. S. 217-222.
Kohl, Claudia, Die Rechtsstellung des Betroffenen nach Art. 44 Abs. 2, S. 1 GG und den entsprechenden Regelungen der Länderverfassungen. Frankfurt am Main 2001. (Zugl.: Frankfurt am Main, Univ., Diss., 2000.)
Lesch, Heiko Hartmut, Zur Verwendbarkeit von Stasi-Abhörprotokollen durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse. In: Neue juristische Wochenschrift. Jg. 53. 2000. H. 41. S. 3035-3039.
Mager, Ute, Das neue Untersuchungsausschussgesetz des Bundes. Parlamentarische Organisation von Kontrolle durch Publizität. In: Der Staat. Jg. 41. 2002. H. 4. S. 597-615.
Masing, Johannes, Politische Verantwortlichkeit und rechtliche Verantwortlichkeit. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 34. 2001. H. 1. S. 36-42.
Pabel, Katharina, Verhängung von Beugehaft durch einen Untersuchungsausschuss. In: Neue juristische Wochenschrift. Jg. 53. 2000. H. 11. S. 788-790.
Palm, Franz und *Rudolf Roy*, Nutzung von Stasi-Unterlagen durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse. In: Neue juristische Wochenschrift. Jg. 51. 1998. H. 41. S. 3005-3011.
Plöd, Johann Michael, Die Stellung des Zeugen in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages. Berlin 2003. (Zugl.: Erlangen-Nürnberg, Univ., Diss., 2002.)
Rixen, Stephan, Die Eidesleistung vor Untersuchungsausschüssen des Deutschen Bundestages. In: Juristenzeitung. Jg. 57. 2002. H. 9. S. 435-441.
Rogall, Klaus, Das Untersuchungsausschussgesetz des Bundes und seine Bedeutung für das Straf- und Strafverfahrensrecht. In: Gedächtnisschrift für *Dieter Meurer*. Hrsg. von *Eva Graul* u. a. Berlin 2002. S. 449-481.
Schäfer, Hans Christoph, Parlamentarischer Untersuchungsausschuss und Anwendung der Strafprozessordnung – ein Widerspruch? In: Neue juristische Wochenschrift. Jg. 51. 1998. H. 7. S. 434-435.
Schliesky, Utz, Art. 44 GG – Zulässigkeit der Änderung des Untersuchungsgegenstandes gegen den Willen der Einsetzungsmehrheit. In: Archiv des öffentlichen Rechts. Jg. 126. 2001. H. 2. S. 244-270.
Schmidt-Hartmann, Achim, Schutz der Minderheiten im parlamentarischen Untersuchungsverfahren. Frankfurt am Main 1994. (Zugl.: Köln, Univ., Diss., 1994.)
Schneider, Hans-Peter, Die hilflosen Aufklärer. Macht und Ohnmacht der Untersuchungsausschüsse. In: Neue juristische Wochenschrift. Jg. 53. 2000. H. 45. S. 3332-3334.
Schneider, Hans-Peter, Spielregeln für den investigativen Parlamentarismus: das neue Untersuchungsausschuss-Gesetz des Bundestages. In: Neue juristische Wochenschrift. Jg. 54. 2001. H. 36. S. 2604-2608.
Schulte, Martin, Das Recht der Untersuchungsausschüsse. Eine Darstellung des Untersuchungsausschussgesetzes anhand von Fällen. In: Jura. Jg. 25. 2003. H. 8. S. 505-512.
Seidel, Achim, Die Opposition im parlamentarischen Untersuchungsverfahren nach Art. 44 GG: materieller und verfassungsprozessualer Minderheitenschutz. In: Bayerische Verwaltungsblätter. Jg. 133. 2002. H. 4. S. 97-107.
Spranger, Tade Matthias, Der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss. Zum Umfang des Enquetemonopols. In: Bundeswehrverwaltung. Jg. 42. 1998. H. 2. S. 25-27.
Stock, Remmert, Untersuchungsrecht des Bundestages gegen „unwürdige“ Abgeordnete? In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 28. 1995. H. 8. S. 286-289.
Vormbaum, Thomas, Falsche uneidliche Aussage vor parlamentarischen Untersuchungsausschüssen. In: Juristenzeitung. Jg. 57. 2002. H. 4. S. 166-170.
„Wahrheitssuche zwischen Recht und Politik – was leistet das neue Untersuchungsausschussgesetz?“ Abendveranstaltung am Mittwoch, 16. Mai 2001 der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e. V. [Berlin] 2001.
Weisgerber, Anja, Das Beweiserhebungsverfahren parlamentarischer Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages. Frankfurt am Main 2003. (Zugl.: Würzburg, Univ., Diss., 2001.)

Titel der Darstellung
Wiefelspütz, Dieter, Die Änderung des Untersuchungsauftrags von Untersuchungsausschüssen. In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 55. 2002. H. 19. S. 803-809.
Wiefelspütz, Dieter, Der Eid im Untersuchungsausschuss. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 35. 2002. H. 1. S. 14-18.
Wiefelspütz, Dieter, Die qualifizierte Minderheit im Untersuchungsausschuss. In: Neue Justiz. Jg. 56. 2002. H. 8. S. 398-402.
Wiefelspütz, Dieter, Untersuchungsausschuss und öffentliches Interesse. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 21. 2002. H. 1. S. 10-15.
Wiefelspütz, Dieter, Das Untersuchungsausschussgesetz des Bundes. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 33. 2002. H. 3. S. 551-572.
Wiefelspütz, Dieter, Das Untersuchungsausschussgesetz. Baden-Baden 2003.

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 9.10.

8.10 Enquete-Kommissionen

Um Entscheidungen über politisch und sachlich schwierige und umfassende Sachkomplexe in Zusammenarbeit mit nicht dem Parlament angehörenden Sachverständigen vorbereiten zu können, wurde mit der Geschäftsordnungsreform von 1969 das Institut der sog. Enquete-Kommissionen geschaffen.
§ 56 GOBT von 1980 in der Fassung des Beschlusses des Bundestages vom 13. Dezember 1989 regelt bezüglich der Enquete-Kommissionen:

„(1) Zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe kann der Bundestag eine Enquete-Kommission einsetzen. Auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder ist er dazu verpflichtet. Der Antrag muss den Auftrag der Kommission bezeichnen.
(2) Die Mitglieder der Kommission werden im Einvernehmen der Fraktionen benannt und vom Präsidenten berufen. Kann ein Einvernehmen nicht hergestellt werden, so benennen die Fraktionen die Mitglieder im Verhältnis ihrer Stärke. Die Mitgliederzahl der Kommission soll, mit Ausnahme der in Absatz 3 genannten Mitglieder der Fraktionen, neun nicht übersteigen.
(3) Jede Fraktion kann ein Mitglied, auf Beschluss des Bundestages auch mehrere Mitglieder, in die Kommission entsenden.
(4) Die Enquete-Kommission hat ihren Bericht so rechtzeitig vorzulegen, dass bis zum Ende der Wahlperiode eine Aussprache darüber im Bundestag stattfinden kann.“

Das Kapitel „Enquete-Kommissionen“ ist im vorliegenden Datenhandbuch folgendermaßen untergliedert:

– Tabellarische Übersicht der Enquete-Kommissionen 1994-2003
– die Untersuchungsaufträge für die Enquete-Kommissionen
– die Zusammensetzung der Enquete-Kommissionen
– sonstige Anträge auf Einsetzung einer Enquete-Kommissionen
– Organisation und Arbeitsweise einzelner Enquete-Kommissionen: Bibliographie

Tabellarische Übersicht der Enquete-Kommissionen 1994-2003

13. Wahlperiode (1994 – 1998)

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Enquete-Kommission	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Bericht der Kommission (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
1	**Schutz des Menschen und der Umwelt - Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung**	a) 13/1533 b) CDU/CSU, SPD, B 90/GR, FDP c) 41. Sitz. v. 1.6.1995	a) *Ernst Schwanhold* (SPD) ab 5.10.1995: *Marion Caspers-Merk* (SPD) b) *Erich G. Fritz* (CDU/CSU)	a) 21.6.1995 b) 22.6.1998 c) 67	a) 13/7400 (Zwischenbericht) b) 243. Sitz. v. 23.6.1998 a) 13/11200 (Schlussbericht)	Siehe auch Einsetzungsantrag der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN (Drs. 13/98): Rücknahme; Änderungsanträge der Gruppe der PDS Drs. 13/1565 und 13/1587): Ablehnung in der 41. Sitz. v. 1.6.1995; Berichtigung zum Zwischenbericht auf Drs. 13/7415; Entschließungsantrag der Gruppe der PDS auf Drs. 13/8545; Ausschussüberweisung des Zwischenberichts und des Entschließungsantrages in der 193. Sitz. vom 26.9.1997; Beschlussempfehlung und Bericht des 16. Ausschusses (Drs. 13/10168): Annahme des Zwischenberichts und Ablehnung des Entschließungsantrages in der 243. Sitz. vom 23.6.1998.
2	**Demographischer Wandel - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik**	a) 13/1532 b) CDU/CSU, SPD, B 90/GR, FDP c) 41. Sitz. v. 1.6.1995	a) *Walter Link* (CDU/CSU) b) *Gabriele Iwersen* (SPD)	a) 29.6.1995 b) 29.9.1998 c) 28	a) 13/11460 (Zweiter Zwischenbericht)	Siehe auch Änderungsantrag der Gruppe der PDS (Drs. 13/1564): Ablehnung in der 41. Sitz. v. 1. 6. 1995; *Fortsetzung auf der nächsten Seite*

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Enquete-Kommission	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Bericht der Kommission (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
noch: 2						Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Vorlage eines Zwischenberichts und Empfehlung auf Fortsetzung der Arbeit der Enquete-Kommission in der 14. WP (Drs. 13/11133): Annahme in der 244. Sitz. vom 24.6.1998.
3	**Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit**	a) 13/1535 b) CDU/CSU, B 90/GR, FDP c) 44. Sitz. v. 22.6.1995	a) *Rainer Eppelmann* (CDU/CSU) b) *Siegfried Vergin* (SPD)	a) 30.6.1995 b) 3.6.1998 c) 53	a) 13/8700 (Zwischenbericht) b) 227. Sitz. v. 2.4.1998 a) 13/11000 (Schlussbericht) b) 240. Sitz. v. 17.6.1998	Siehe auch: Einsetzungsantrag der SPD-Fraktion („Überwindung der Folgen der SED-Diktatur und der unterschiedlichen Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland im Prozess der deutschen Einheit“, Drs. 13/1537): für erledigt erklärt; Einsetzungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, B 90/DIE GRÜNEN und FDP (Drs. 13/1535): Überweisung an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der 41. Sitz. v. 1. Juni 1995; Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drs. 13/1762): Annahme Drs. 13/1537 in der 44. Sitz. v. 22. Juni 1995; *Fortsetzung auf der nächsten Seite*

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Enquete-Kommission	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Bericht der Kommission (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
noch: 3						Interfraktioneller Gesetzentwurf betr. Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Drs. 13/9870) auf Grund einer Empfehlung im Zwischenbericht: Verabschiedung in der 227. Sitz. v. 2.4.1998; Entschließungsantrag der PDS (Drs. 13/10974): Ablehnung in der 240. Sitz. v. 17.6.1998.
4	**Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft - Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft**	a) 1) 13/1782 2) 13/2751 3) 13/3219 b) 1) SPD 2) CDU/CSU, FDP 3) 1. Ausschuss[1] c) 77. Sitz. v. 7.12.1995	a) *Siegmar Mosdorf* (SPD) b) *Michael Meister* (CDU/CSU)	a) 31.1.1996 b) 22.6.1998 c) 46		Siehe auch Einsetzungsanträge der SPD-Fraktion („Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“, Drs. 13/1782), der Gruppe der PDS („Demokratische und soziale Antworten auf die Herausforderungen der neuen Informationstechnologien [Multimedia]“, Drs. 13/2741) und der Fraktionen der CDU/CSU und FDP („Nutzung der neuen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnik für Deutschland“, Drs. 13/2753): Überweisung an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der 64. Sitz. v. 26. 10. 1995; *Fortsetzung auf der nächsten Seite*

[1] Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

noch: 13. Wahlperiode (1994 – 1998)

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Enquete-Kommission	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Bericht der Kommission (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
noch: 4						Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drs. 13/3219): Beschluss, Drs. 13/1782 und 13/2753 anzunehmen, Drs. 13/2741 abzulehnen, in der 77. Sitz. v. 7.12.1995; Änderungsantrag der Gruppe der PDS (Drs. 13/3238): Ablehnung in der 77. Sitz. v. 7.12.1995; Erster Zwischenbericht „Meinungsfreiheit – Meinungsvielfalt – Wettbewerb. Rundfunkbegriff und Regulierungsbedarf bei den Neuen Medien“ Drs. 13/6000); Zweiter Zwischenbericht „Neue Medien und Urheberrecht“ (Drs. 13/8110); Zweiter Zwischenbericht (Drs. 13/8110): Ausschussüberweisung in der 219. Sitz. vom 12.2.1998; Erster, Dritter, Vierter, Fünfter Zwischenbericht und Schlussbericht (Drs. 13/6000, 13/11001,13/11002, 13/11003, 12/11004): Ausschussüberweisung in der 244. Sitz. v. 24.6.1998.

noch: 13. Wahlperiode (1994 – 1998)

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Enquete-Kommission	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Bericht der Kommission (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
5	**So genannte Sekten und Psychogruppen**	a) 13/3867 b) SPD c) 104. Sitz. v. 9.5.1996	a) *Ortrun Schätzle* (CDU/CSU) b) *Gisela Schröter* (SPD)	a) 9.5.1996 b) 28./29.5.1998 c) 49	a) 13/10950 (Schlussbericht) b) 242. Sitz. v. 19.6.1998	Siehe auch: Einsetzungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. 13/3867): Überweisung an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der 95. Sitz. v. 14. 3. 1996; Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Drs. 13/4477): Annahme Drs. 13/3867 in der 104. Sitz. v. 9. 5. 1996; Änderungsantrag der Gruppe der PDS (Drs. 13/4583): Ablehnung in der 104. Sitz. v. 9.5.1996; Zwischenbericht (Drs. 13/8170): Ausschussüberweisung in der 193. Sitz. v. 26.9.1997; 236. Sitz. v. 8.5.1998: Mitteilung des 13. Ausschusses gem. § 80 Abs. 3 Satz 2 GO, von einer Berichterstattung zum Zwischenbericht abzusehen.

14. Wahlperiode (1998 – 2002)

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Enquete-Kommission	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Bericht der Kommission (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
1	**Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten**	a) 14/2350 b) SPD, CDU/CSU, B 90/GR, FDP c) 78. Sitz v. 15.12.1999	a) *Ernst Ulrich von Weizsäcker* (SPD) b) *Thomas Rachel* (CDU/CSU)	a) 13.3.2000 b) 10.6.2002 c) 34	a) 14/9200 b) 246. Sitz. v. 28.6.2002	Zwischenbericht (Drs. 14/6910): Ausschussüberweisung in der 195. Sitz. v. 18.10.2001; 228. Sitz. v. 22.03.2002: Mitteilung des 7. Ausschusses gem. § 80 Abs. 3 Satz 2 GO, von einer Berichterstattung zum Zwischenbericht abzusehen.
2	**Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements**	a) 14/2351 b) SPD, CDU/CSU, B 90/GR, FDP c) 78. Sitz v. 15.12.1999	a) *Michael Bürsch* (SPD) b) *Marie-Luise Dött* (CDU/CSU)	a) 14.2.2000 b) 1.7.2002 c) 38	a) 14/8900 b) 242. Sitz. v. 13.6.2002	–
3	**Demographischer Wandel**	a) 14/2354 b) SPD, CDU/CSU, B 90/GR, FDP c) 79. Sitz v. 16.12.1999	a) *Walter Link* (CDU/CSU) b) *Gabriele Iwersen* (SPD)	a) 14.2.2000 b) 25.4.2002 c) 24	a) 14/8800 b) 233. Sitz. v. 25.4.2002	Siehe auch: Entschließungsantrag zum Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Drs. 14/ 8881.
4	**Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung**	a) 14/2687 b) SPD, CDU/CSU, B 90/GR, FDP c) 87. Sitz. v. 17.2.2000	a) *Kurt-Dieter Grill* (CDU/CSU) b) *Rolf Hempelmann* (SPD)	a) 13.3.2000 b) 24.6.2002 c) 65	a) 14/9400 b) 249. Sitz. v. 5.7.2002	Siehe auch Teilbericht (Drs. 14/7509): Ausschussüberweisung in der 208. Sitz. v. 13.12.2001; 222. Sitz. v. 1.3.2002 Mitteilung des 16. Ausschusses gem. § 80 Abs. 3 Satz 2 GO, von einer Berichterstattung zum Teilbericht abzusehen.

noch: 14. Wahlperiode (1994 – 1998)

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Enquete-Kommission	a) Antrag auf Einsetzung (BT-Drs.) b) Antragsteller c) Einsetzung (StenBer)	a) Vorsitzender b) Stellvertreter	Sitzungen a) erste b) letzte c) Zahl	a) Bericht der Kommission (BT-Drs.) b) Beratung und Abstimmung (StenBer)	Bemerkungen
5	**Recht und Ethik der modernen Medizin**	a) 14/3011 b) SPD, CDU/CSU, B 90/GR, FDP c) 96. Sitz. v. 24.3.2000	a) *Margot v. Renesse* (SPD) b) *Hubert Hüppe* (CDU/CSU)	a) 15.5.2000 b) 29.4.2002 c) 37	a) 14/5157 (Zwischenbe-richt) b) 167. Sitz. v. 10.5.2001 a) 14/7546 (Zweiter Zwi-schenbericht) b) 214. Sitz. v. 30.1.2002 und 217. Sitz. v. 20.2.2002 a) 14/9020 (Schlussbericht) b) 242. Sitz. v. 13.6.2002	Siehe auch: Einsetzungsantrag der PDS-Fraktion (Drs. 14/2153): Ablehnung in der 96. Sitz. v. 24.3.2000; Mündliche Anfrage 6 von *Parr* (FDP), Drs. 14/3082; Antw. *Nickels*, Parlamentarische Staatssekretärin im BMG, 97. Sitz. v. 5.4.2000 Mündliche Anfrage 13, 14 von *Bonitz*, (CDU/CSU) Drs. 14/6499; Antw. *Schwanitz*, Staatsminister Bundeskanzleramt 181. Sitz. v. 4.7.2001.

Die Untersuchungsaufträge für die Enquete-Kommissionen

Wahl-periode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
13. WP 1994-98	**Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung** (Drs. 13/1533): Die Enquete-Kommission setzt die Arbeiten der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“ [12. Wahlperiode] zu Leitbildern und Entwicklungspfaden für die zukünftige Industriegesellschaft fort. Um eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung zu ermöglichen, ist es notwendig, entsprechende ökonomische, ökologische und soziale Rahmenbedingungen zu erarbeiten, sowie deren Umsetzungsmöglichkeiten im nationalen und internationalen Raum zu überprüfen. I. Der Deutsche Bundestag beauftragt die Enquete-Kommission, folgende Schwerpunkte zu bearbeiten: *1. Erarbeitung von Umweltzielen für eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung* Im Zuge einer Orientierung von Wirtschaft und Gesellschaft am Leitbild „Sustainable Development“ ist ein Strukturwandel im Wirtschafts- und Gesellschaftssystem erforderlich. Die Bedingungen für eine nachhaltige Entwicklung können nicht benannt werden, ohne die Frage nach den Randbedingungen dieser Entwicklung zu klären. Einerseits können Umweltziele nur unter Berücksichtigung der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen formuliert werden. Andererseits können soziale und wirtschaftliche Ziele nicht ohne Rücksicht auf ökologische Auswirkungen erreicht werden. Die Entwicklung neuer Konzepte und Strukturen wird oft notwendig sein. Die Begrenzung des Eintrages von Schadstoff in die Umwelt und von klimaschädlichen Emissionen sind wesentliche Voraussetzungen, um eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung zu erreichen. Dem umfassenden Anspruch des Leitbildes folgend sind nicht nur die regional begrenzten unerwünschten Auswirkungen auf das Ökosystem zu betrachten, sondern auch die globalen Wirkungen. Im Hinblick auf die Ausgestaltung nationaler Ziele wie auch der Maßnahmen zu ihrer Erreichung müssen daher die Möglichkeiten zur internationalen Ausweitung berücksichtigt werden. Um Maßstäbe für die Umweltpolitik zu erhalten, sind folgende Arbeiten zu bewältigen: Bestandsaufnahme der Umwelt unter besonderer Berücksichtigung der Quellen und der Senken belastender Stoffe, – Identifikation von konkreten Problemfeldern und Stoffströmen, – Fortentwicklung übergeordneter Bewertungskriterien für den Umgang mit Stoffen, besonders bei umweltoffener Anwendung, – Normative Festlegung von Umweltzielen und Umweltqualitätszielen, – Erarbeitung von Grundlagen für einen nationalen Umweltplan. *2. Erarbeitung ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen für eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung* Zur Erarbeitung ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen sind folgende Schritte notwendig: – In einem ersten Schritt müssen die Anpassungs- und Leistungsfähigkeit des bestehenden Systems einer sozialen Marktwirtschaft und des bestehenden sozio-kulturellen Systems analysiert und beschrieben werden. Die Grenzen ihrer Wandlungsfähigkeit im Rahmen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung müssen herausgearbeitet, Mindestanforderungen zur nachhaltigen Sicherung der Stabilität dieser Systeme gegebenenfalls definiert werden. – In einem nächsten Schritt gilt es, die Wechselwirkungen zwischen den sozio-ökonomischen Aspekten und Rahmenbedingungen auch in Verbindung mit den ökologischen Zielsetzungen darzustellen. – Schließlich geht es um die Analyse der sozio-ökonomischen Systeme im Hinblick auf ihre fundamentalen Steuerungsprinzipien und -mechanismen. Dabei ist zu untersuchen, wie sich die Prinzipien der Marktsteuerung, Vertragsfreiheit, Eigentumsordnung sowie die Vorstellungen von Freiheit und Gerechtigkeit an das Leitbild anpassen lassen. *3. Notwendigkeit gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und technischer Innovationen* Eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung ist nur durch einen Wandel zu erreichen, der neben technischen auch soziale und gesellschaftliche Innovationen umfasst.

Wahl-periode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 13. WP 1994-98	Die Umsetzung des Leitbildes »Sustainable Development« kann letztlich nur durch das Zusammenwirken aller Akteure auf Basis eines entwickelten Problembewusstseins gelingen. Es ist daher nötig: – Strategien zur Förderung neuer, ressourcenschonender und schadstoffvermeidender Verfahren, Produkte und Strukturen zu entwickeln, – Szenarien zur Erreichung des übergeordneten Leitbildes einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung im internationalen Rahmen zu entwickeln, – Schwerpunktsetzungen im Bildungsbereich zur Vermittlung des Leitbildes und der zu seiner Verwirklichung erforderlichen Qualifikationen vorzunehmen, – innovationsfördernde Rahmenbedingungen in Kultur und Gesellschaft zu verbessern, – die Einflussfaktoren auf das Handeln und Verhalten von Konsumenten und Produzenten im Hinblick auf die individuelle Umsetzung von Umwelteinstellungen zu analysieren, – den notwendigen Wandel zur Umsetzung des Leitbildes und die damit einhergehende Neubewertung von Werthaltungen, Einstellungen, Konsummustern und Lebensstilen auf Basis der gesellschaftlichen Ziele und vorhandener Erfahrungswerte zu beschreiben. *4. Maßnahmen zur Umsetzung einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung* Zur Wahrnehmung seiner Aufgabe, geeignete Rahmenbedingungen für gesellschaftliche, wirtschaftliche und technische Innovationen zu schaffen, stehen dem Staat verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, die im Sinne der aus dem Leitbild abgeleiteten gesellschaftlichen Ziele entworfen, umgestaltet, ergänzt oder kombiniert werden müssen. Im Lichte der Knappheit der Umwelt und anderer Güter ist die Frage zu klären, auf welche Weise bislang von der Allgemeinheit getragene nachteilige Effekte am besten verursachergerecht in interne Kosten überführt werden können. Dabei sind folgende Bereiche verstärkt zu behandeln: – Überprüfung und Weiterentwicklung des umweltpolitischen Instrumentariums: – Vorschläge zur verbesserten Anpassung ordnungsrechtlicher Bestimmungen an die Anforderungen und Möglichkeiten eines betriebs- und medienübergreifenden Umweltschutzes, – Untersuchung und Bewertung der Einsatzmöglichkeiten ökonomischer Instrumente in einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft anhand konkreter Beispiele aus verschiedenen Bereichen (Abgaben, Steuern [z. B. „ökologische Steuerreform“], Zertifikate, Haftungsrecht etc.), – Überprüfung der Möglichkeiten zur Förderung informatorischer Instrumente und freiwilliger Maßnahmen (Umweltmanagementsysteme, Öko-Audit, Ökobilanzen, Environmental Performance Evaluation, Responsible Care, etc.), – Überprüfung bzw. Neubewertung staatlicher Einnahmen und Ausgaben auf ihre Umweltwirkung, – Darlegung der ökologischen Folgen von Gesetzesvorhaben, – Weiterentwicklung der Methodik des Stoffstrommanagements unter besonderer Berücksichtigung diskursiver und kooperativer Vorgehensweisen, – Diskussion darüber, wie Instrumente einzeln oder in Kombination eingesetzt werden können, um konkrete Umweltziele treffsicher und effizient zu erreichen (Untersuchung an konkreten Beispielen aus verschiedenen Bereichen).
	Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik (Drs. 13/1532) Die Enquete-Kommission setzt die Arbeiten der Kommission der 12. Legislaturperiode fort. Die Aufgaben sollen sich grundsätzlich an den Empfehlungen im Zwischenbericht – Drucksache 12/7876 – orientieren. Folgende Themenschwerpunkte sollen behandelt werden: 1. Wandel familialer und außerfamilialer Strukturen, Aufbau von Hilfs- und Helferstrukturen, insbesondere – die finanzielle Situation von Familien und der Wandel der Familienstrukturen und -beziehungen über den Lebenslauf (Lebensphasen),

Wahl-periode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 13. WP 1994-98	– die Tragfähigkeit und Belastbarkeit von Freundschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen im fortschreitenden Alter (unter Berücksichtigung der besonderen Situation ausländischer Familien und älter werdender Behinderter), – Möglichkeiten und Grenzen zur Stärkung und Förderung außerfamilialer Netze und neuer gemeindenaher Hilfs- und Helferstrukturen. 2. Arbeitsmarktentwicklung und Innovationsfähigkeit der Gesellschaft, insbesondere – die Konsequenzen einer steigenden Erwerbsbeteiligung auf die Arbeitsnachfrage unter Berücksichtigung der Kommerzialisierung bisheriger weitgehend unentgeltlicher Tätigkeiten, – die Zusammenhänge zwischen einer älter werdenden Gesellschaft und ihrer Innovationsfähigkeit unter Berücksichtigung der Situation von Erwerbspersonen in der und Konsequenzen für die Weiterbildungspraxis in der zweiten Lebenshälfte, – das Spannungsfeld zwischen den steigenden Arbeitslosenquoten und der Frühverrentung sowie nachberuflichen Tätigkeitsfeldern älterer Menschen. 3. Soziale Sicherungssysteme, insbesondere – konkrete institutionelle Maßnahmen in verschiedenen Bereichen der sozialen Sicherungssysteme sowie Möglichkeiten einer Angleichung von Leistungsstrukturen, – Auswirkungen des demographischen Wandels auf die verschiedenen sozialen Sicherungssysteme und Möglichkeiten der Abfederung von negativen Folgen. 4. Situation der älteren Ausländer, insbesondere – ihre Lebensbedingungen, – ihre Zukunftsperspektiven im Prozess des demographischen Wandels. 5. Für alle Schwerpunktthemen gilt: – Die Datenlage sollte auf einen Zeitraum über das Jahr 2030 hinaus ausgedehnt und mit berücksichtigt werden, – die europäische Dimension sollte – wo immer möglich und sinnvoll – in den einzelnen Kapiteln mit eingebracht werden, – regionale Aspekte (z. B. bezogen auf die neuen Bundesländer) sollten – wo möglich und sinnvoll – in den einzelnen Themenkreisen mit eingebracht werden.
	Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit (Drs. 13/1535): Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ hat in der 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages grundlegende Beiträge zur politischen, historischen und moralischen Bewertung der zweiten Diktatur auf deutschem Boden geleistet. Sie hat sich große Verdienste um die gesellschaftliche Aufarbeitung von vier Jahrzehnten DDR-Vergangenheit erworben und wird ein wichtiges Zeugnis dafür bleiben, wie sich der Deutsche Bundestag und die politische Öffentlichkeit in den ersten Jahren nach der Vereinigung dieser Herausforderung gestellt haben. Die Mitwirkung der Enquete-Kommission am Prozess der inneren Einigung Deutschlands hat – im In- und Ausland – eine starke öffentliche Beachtung gefunden und ein vielfältiges Echo ausgelöst. [...] Die Enquete-Kommission hat die folgenden Aufgaben: 1. Sie soll, aufbauend auf den Ergebnissen der Vorgängerkommission, Beiträge zu einer politisch-historischen Analyse und einer politisch-moralischen Bewertung der SED-Diktatur leisten, den gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitungsprozess fördern und für die Zukunft Vorschläge für seine Weiterführung machen. Dabei wird zu prüfen sein, ob dafür nicht auch zusätzliche institutionelle Mittel, z. B. im Rahmen einer Stiftung, zu schaffen sind. Das Erkenntnisinteresse der Kommission richtet sich insbesondere auf die äußeren und inneren Folgen und Nachwirkungen der SED-Diktatur und die daraus erwachsenden Probleme für den Prozess der inneren Einigung.

Wahl-periode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 13. WP 1994-98	2. Die Enquete-Kommission soll zur Festigung des demokratischen Selbstbewusstseins, des freiheitlichen Rechtsempfindens und des antitotalitären Konsenses in Deutschland beitragen und allen Tendenzen zur Verharmlosung und Rechtfertigung von Diktaturen entgegenwirken. Dafür ist die Entwicklung gesamtdeutscher Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und deren Opfer wichtig. Die Erinnerung an die Opfer von Unrecht und Gewalt, an Widerstand und Mut in den Diktaturen sowie den Prozess der Ablösung der SED-Herrschaft 1989 soll für das öffentliche Bewusstsein und die nationale Kultur wachgehalten werden. Gleichzeitig müssen die seinerzeit in beiden deutschen Staaten entwickelten unterschiedlichen Formen und Inhalte der Würdigung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus sowie die Instrumentalisierung des Antifaschismus als Legitimationsideologie in der SBZ/DDR bedacht werden. In diesem Zusammenhang soll die Kommission unter Berücksichtigung der bestehenden Bund-Länder-Absprachen Vorschläge zu einer umfassenden Gedenkstättenkonzeption unterbreiten. 3. Die Enquete-Kommission soll helfen, dass sich die Menschen mit ihren unterschiedlichen Biographien im Einigungsprozess besser wiederfinden. Damit soll sie zur Versöhnung in der Gesellschaft beitragen, begründet auf dem Willen zu Offenheit, zu historischer Wahrheit und zu gegenseitigem Verständnis. Die personelle Würde der von Unrecht und Leid Betroffenen muss wiederhergestellt werden. Dazu gehört sowohl die öffentliche Würdigung der Opfer wie die Notwendigkeit, ihnen, wo irgend möglich, nachträglich Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. So wird Gegenstand der Enquete-Kommission sein zu prüfen, inwiefern heute in diesen Fragen aus der Sicht der Opfer Defizite bestehen und wie dem durch die Gesetzgebung abgeholfen werden kann. Ferner ist zu prüfen, ob und inwiefern es heute noch einen politischen Handlungsbedarf in der Frage gibt, wie mit den Verantwortlichen des Systems und ihren Helfern umgegangen werden soll. In diesem Zusammenhang wird sich die Kommission auch den Problemen der justitiellen Aufarbeitung der SED-Diktatur zuwenden. 4. Die Enquete-Kommission greift aktuelle anstehende Fragen auf und erarbeitet politische Handlungsempfehlungen. Sie wird bei ihrer Tätigkeit Schwerpunkte setzen müssen. Sie soll sich exemplarisch solchen gesellschaftlichen Problemfeldern zuwenden, in denen vor dem Hintergrund von 40 Jahren SED-Diktatur und deutscher Teilung heute konkretes politisches Handeln besonders nötig erscheint. Dazu gehören die Würdigung von Leistungen der Menschen unter den repressiven Bedingungen in der DDR ebenso wie der Ausgleich von Nachteilen und die Herstellung von Chancengleichheit im vereinten Deutschland. Die Kommission widmet sich insbesondere folgenden Themenfeldern, wobei den ideologischen Grundlagen und den repressiven Strukturen besondere Beachtung zuteil werden soll: *A. Bildung, Wissenschaft, Kultur* – Ziele und Methoden des ideologischen Einflusses der SED. – Militarisierung der Gesellschaft und Bedeutung von Feindbildern. – Folgen der Durchdringung dieser Bereiche durch das Ministerium für Staatssicherheit. – Möglichkeiten der Gestaltung von Lebensräumen unter dieser und trotz dieser Beeinflussung. – Fortwirkung von Strukturen und Inhalten des Erziehungswesens, der Jugendpolitik sowie in Wissenschaft, Kunst und Kultur in der DDR sowie ihre Bewertung im Transformationsprozess. – Welche Herausforderungen ergeben sich aus der Bilanz für die heutige Politik in diesen Bereichen? *B. Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik* – Strukturen der sozialistischen Planwirtschaft und deren Bilanz am Ende der 80er Jahre. – Sozialpolitik und soziale Situation in der DDR: Anspruch und Wirklichkeit. – Umweltbilanz der SED-Diktatur. – Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der DDR. – Folgerungen für den wirtschaftlichen Transformationsprozess. *C. Das geteilte Deutschland im geteilten Europa* – Die Einbindung der beiden deutschen Staaten in die beiden Blöcke und die Frage nach der Möglichkeit selbständiger politischer Entscheidungen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland. – Die Westarbeit der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit.

Wahl-periode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 13. WP 1994-98	– Die Ostpolitik der Bundesregierung und der Parteien. – Die wirtschaftlichen und finanziellen Ost-West-Beziehungen. – Die gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Ost-West-Kontakte. – Verfolgung von Andersdenkenden in der SBZ/DDR. – Die Bedeutung der Menschenrechte für die internationale Politik. – Welche Folgerungen ergeben sich für die Politik des vereinten Deutschlands gegenüber Gesamteuropa und im Umgang mit diktatorischen Regimes?
	Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft (Drs. 13/3219): Der Deutsche Bundestag beauftragt die Enquete-Kommission, insbesondere die folgenden Schwerpunkte zu untersuchen: *1. Technologie und Infrastruktur* – Technologische Entwicklung im Bereich der Netze, Dienste und Anwendungen (Hard- und Software) – Gestaltungspotentiale der Technik zur Unterstützung von Entwicklungs- und Produktionsprozessen in den Bereichen Dienstleistungen, Industrie und Handwerk – Anforderungen an die Gestaltung der Informationstechnologien aus Sicht der Endnutzer – Infrastrukturelle Voraussetzungen (staatlich und privat) zur Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien – Modellanwendungen und Pilotprojekte im staatlichen, gesellschaftlichen, unternehmerischen und privaten Bereich. *2. Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Umwelt, Verkehr* – Informations- und Kommunikationstechnologien als Katalysator für die volkswirtschaftliche Dynamik; Auswirkungen der Informationstechnologien auf die internationale Arbeitsteilung, auf Güter-, Finanz- und Dienstleistungsmärkte sowie Konsequenzen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland – Auswirkungen auf den Strukturwandel in Deutschland (sektoral, regional, betriebsbezogen), Entstehen neuer und Verlust alter Arbeitsplätze und die sich daraus ergebenden wirtschaftspolitischen Konsequenzen – Qualifikation und Dequalifikation (Höherqualifizierung durch die neuen Technologien, relativer Bedeutungsverlust manueller Tätigkeiten und zunehmende Nachfrage nach Steuerungs- und Überwachungstätigkeiten, Entwicklungen in der Arbeitswelt) – Internationale Zusammenarbeit und Allianzen im Informations- und Telekommunikationsbereich; Wettbewerb und Konzentration – Möglichkeiten zur Beschleunigung des Technologie- und Wissenstransfers in der Gesellschaft – Zugangsmöglichkeiten vor allem für kleine und mittlere Unternehmen zu den modernen Telekommunikationsinfrastrukturen und -diensten sowie zu den öffentlichen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen – Veränderungen innerhalb von Unternehmen und öffentlicher Verwaltung (Aufbau- und Ablauforganisation) und deren Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, Arbeitsplätze und Arbeitsrecht – Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit und Arbeitsschutz (insbesondere Fragen der Mitbestimmung und Betriebsverfassung), Arbeitsrecht (z. B. Auswirkungen durch Individualisierung von Arbeitsverhältnissen und geographische Trennung von Arbeitsort und Unternehmen durch Telearbeit) – Neue Verkehrssysteme, Steuerung der Verkehrsströme (z. B. Einführung von Telematik-Lösungen zur Vernetzung der Verkehrsträger, Verkehrsmanagement-Systeme, moderne Verkehrsdienstleistungen) – Entlastung der Umwelt und neue Umweltbelastungen durch moderne Kommunikationstechnologien (z. B. Telearbeit, Satellitenbüros, Telekonferenzen, Tele-Learning, Tele-Shopping, Entsorgung elektronischer Altgeräte)

Wahl-periode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 13. WP 1994-98	– Bedeutung und Chancen der Informationstechnologien im privaten Sektor sowie im ländlichen Raum, Konsequenzen für die räumliche und zeitliche Zuordnung von Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit – Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen *3. Bildung und Ausbildung* – Entstehen neuer Ausbildungsberufe, Ausbildungsinhalte und Beschäftigungsfelder in Industrie, Handel und Dienstleistungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht und sich daraus ergebende Konsequenzen für das Bildungssystem (zusätzlicher Fortbildungsbedarf) – Anwendungen und Wirkungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Bildungsbereich (Schule, berufliche Ausbildung, Hochschule, Erwachsenenbildung, Fort- und Weiterbildung) – Schicht-, geschlechts- und altersspezifische Nutzung der neuen Medien – Medienerziehung in Schule, Hochschule und in der außerschulischen Bildung und Ausbildung; Erwerb von Medienkompetenz – Erziehung zu mündigen Teilnehmern der Informationsgesellschaft (Stärkung der Anwender, Schutz vor Desorientierung und Falschinformation) *4. Gesellschaft: Kultur, Demokratie, Meinungsvielfalt* – Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter (Telearbeit, Telekonferenzen), auch durch Schaffung zeitlicher Freiräume (Teleeinkauf, Tele-Banking) – Gewährleistung von Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt, Verhinderung demokratiegefährdender Machtkonzentration. III. Die Enquete-Kommission soll – unabhängig von und zusätzlich zu aktuellen Gesetzgebungsverfahren – auf Basis ihrer Untersuchungsergebnisse den staatlichen Handlungsbedarf, national und international, insbesondere auf folgenden Feldern benennen: – Angemessener ordnungspolitischer und rechtlicher Rahmen für die Informationsinfrastruktur, Dienste und Anwendungen (national, international und im Bund-Länder-Verhältnis) – Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen, damit die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in Deutschland für die Aus- und Fortbildung, den Umweltschutz, die Raumordnung, die kulturelle Entwicklung und die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung optimal genutzt werden können – Beseitigung von staatlichen Regelungen, die den Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien hemmen – Liberalisierung und weltweite Öffnung der Netze und Dienste im Bereich der Telekommunikation, so dass ein funktionsfähiger Wettbewerb entsteht und kleine und mittlere Unternehmen eine faire Marktchance erhalten – Normen und Standards als Grundlage der Verbreitung und des Wettbewerbs der neuen Medien – Sicherung eines funktionsfähigen Wettbewerbs zur Vermeidung marktbeherrschender Stellungen einzelner Unternehmen und eines ungehinderten Zugangs zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (z. B. Entgelte, Lizenzen, Netzzugang, Wegerechte, Nummernverwaltung, Tarifstrukturen auch für Online-Dienste für Geschäfts- und Privatkunden) – Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, damit in Deutschland möglichst viele neue, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen können und soziale Flankierung dieses Strukturwandels – Sicherung von Meinungsvielfalt und Informationsfreiheit – Sicherung einer flächendeckenden und preisgünstigen Informationsgrundversorgung als Voraussetzung für eine angemessene Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben, insbesondere in den Bereichen Information, Bildung und Kultur, um einen diskriminierungsfreien Zugang zu ermöglichen – Vermittlung von Medienkompetenz

Wahl-periode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 13. WP 1994-98	– Technische, administrative und rechtliche Voraussetzungen für Datensicherheit und Datenschutz (Kryptographie), Wahrung der Persönlichkeitsrechte und des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung – Schutz geistiger Eigentumsrechte (z. B. Urheberrechte) und der Privatsphäre, Schutz der Wohnung vor unerwünschtem Eindringen Dritter über Netze; Haftungsrecht – Verbrechensbekämpfung (Verschlüsseln/Entschlüsseln) – Jugend- und Verbraucherschutz (Förderung der Selbstverpflichtung der Anbieter), Minderheitenschutz – Bestandssicherung und Entwicklung öffentlich-rechtlicher Informationsangebote – Definition von Rundfunk und neuen Diensten.
	So genannte Sekten und Psychogruppen (Drs. 13/3867, 13/4477): I. Seit Mitte der 70er Jahre treten in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend so genannte Sekten und Psychogruppen in unterschiedlichen Formen in Erscheinung. Der Deutsche Bundestag befasste sich in jüngster Zeit, insbesondere im Zuge der Beratungen einer Reihe von Petitionen besorgter und betroffener Bürgerinnen und Bürger mit dem Auftreten dieser Organisationen, ihren offiziellen und inoffiziellen Untergliederungen, ihrem Einfluss auf Mitglieder und Außenstehende sowie auf gesellschaftliche Teilbereiche. Die in diesen Petitionen geführten Klagen betrafen vor allem – das Innenverhältnis dieser Organisationen sowie ihrer Untergliederungen zu ihren Mitgliedern; – die durch bestimmte Praktiken und Ziele dieser Organisationen hervorgerufenen unterschiedlichen Gefährdungen für Mitglieder und die Gesellschaft; – die Inanspruchnahme dieser Organisationen für von ihnen verursachte finanzielle, soziale und gesundheitliche Schäden; – die missbräuchliche Ausnutzung staatlich gewährter Vorteile für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften bei der Verfolgung wirtschaftlicher Zielsetzungen. Im Hinblick auf die im Zuge der Petitionsverfahren aufgetretenen ungeklärten Rechtsfragen hat der Petitionsausschuss wiederholt die Untersuchung des Problemfeldes durch eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages empfohlen. II. Dies nimmt der Deutsche Bundestag zum Anlass, eine Enquete-Kommission einzusetzen, die sich mit dem Problemfeld der neueren religiösen und weltanschaulichen Bewegungen, so genannte Sekten und Psychogruppen, auseinandersetzt. Sie hat die Aufgabe, Informationen von und über so genannte Sekten und Psychogruppen einzuholen, zu bündeln und aufzuarbeiten. Sie soll den gesellschaftlichen Hintergrund der Entstehung und Ausbreitung des Phänomens analysieren, eine bewertende Bestandsaufnahme der Ziele und Praktiken der Organisationen sowie der damit in Zusammenhang stehenden Probleme erstellen und unter Überprüfung der Möglichkeiten und Grenzen staatlichen Handelns den aktuellen und absehbaren Handlungsbedarf feststellen. Sie soll Empfehlungen geben für gesetzgeberische, administrative und sonstige Maßnahmen in Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen sowie von anderen betroffenen gesellschaftlichen Institutionen. III. Die Kommission soll dabei die folgenden Aspekte des Themas schwerpunktmäßig behandeln: 1. Analyse von Zielen, Aktivitäten und Praktiken der in der Bundesrepublik Deutschland agierenden so genannten Sekten und Psychogruppen Die Analyse soll – die von diesen Organisationen ausgehenden Gefahren für den Einzelnen, den Staat und die Gesellschaft erfassen; – die offenen und verdeckten gesellschaftspolitischen Ziele dieser Organisationen aufarbeiten; – nationale wie internationale Verflechtungen der Organisationen darstellen und

Wahl-periode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 13. WP 1994-98	– Grenzen der Inanspruchnahme der grundgesetzlich garantierten Religionsfreiheit durch neuere religiöse und weltanschauliche Bewegungen, so genannte Sekten und Psychogruppen, aufzeigen. 2. Gründe für die Mitgliedschaft in einer so genannten Sekte oder Psychogruppe und für die Ausbreitung solcher Organisationen Die Enquete-Kommission soll hierzu – untersuchen, welche Einstiegswege und Verläufe der Mitgliedschaft typisch sind; – aufklären, welche gesellschaftlichen und politischen Bedingungen ursächlich für eine verstärkte Bereitschaft sind, so genannten Sekten und Psychogruppen beizutreten; – feststellen, welche Anwerbungs- und Rekrutierungsstrategien von diesen Organisationen verfolgt werden und – Vorschläge erarbeiten, auf welche Weise verhindert werden kann, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, Verbände, Interessenvertretungen und andere Institutionen unbewusst in solche Organisationen hineingezogen bzw. von diesen missbraucht werden. 3. Probleme von Mitgliedschaft und Ausstieg Die Mitgliedschaft kann nicht nur zu Problemen für das einzelne Sektenmitglied, sondern auch für dessen Angehörige und Freunde sowie zu Problemen in Unternehmen, Verbänden, Interessenvertretungen und anderen Institutionen führen. Von besonderer Bedeutung sind Sozialisationsprobleme und familienrechtliche Konfliktfälle. Auch wenn die Betroffenheitssituationen unterschiedlich sind, ist der Umgang mit den jeweiligen Problemen oder deren Lösung ohne eine entsprechende Hilfestellung häufig nicht zu bewältigen. So gilt es für die Kommission, die durch eine Mitgliedschaft verursachten Probleme und Folgen für alle Betroffenen ebenso zu untersuchen, wie die Frage, welche Hilfsangebote zur Verfügung stehen bzw. stehen sollten. Wichtig ist bei der Prüfung von Möglichkeiten und Notwendigkeiten von Ausstiegshilfen, die Erfahrungsberichte ehemaliger Mitglieder über von einigen Organisationen ausgeübten Druck, die psychische Situation von Mitgliedern sowie ihre Chancen und Möglichkeiten für die Zeit „danach“ zu berücksichtigen. 4. Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen unter Berücksichtigung der bisherigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung Die Kommission soll für den zukünftigen Umgang mit dem Phänomen der so genannten Sekten und Psychogruppen unter Einbeziehung der damit tangierten gesellschaftlichen Institutionen kurzfristig umsetzbare und grundsätzliche Handlungsempfehlungen geben. Sie soll dabei auch die Frage beantworten, ob die bisherige gesellschaftspolitische Behandlung und die pauschale Bezeichnung dieser Organisationen als Sekte oder Jugendsekte der tatsächlichen Entwicklung und den Notwendigkeiten für eine angemessene gesellschaftspolitische Auseinandersetzung entsprechen.
14. WP 1998-2002	**Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten** (Drs. 14/2350): I. *A. Herausforderungen der Globalisierung* Der Deutsche Bundestag beauftragt die Enquete-Kommission, im Rahmen einer Analyse von Chancen und Risiken der Globalisierung folgende Schwerpunkte zu bearbeiten: – Welche Gründe haben zur Globalisierung der Weltwirtschaft geführt und wirken weiter, – welche Auswirkungen ergeben sich in welchen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bereichen, – welche Handlungsmöglichkeiten und Notwendigkeiten bestehen für die nationale und internationale Gemeinschaft, verantwortungsvoll auf die weitere Entwicklung einzuwirken und Einfluss zu nehmen? An der Schwelle zum neuen Jahrtausend haben das Thema und der Prozess der Globalisierung zentrale Bedeutung gewonnen. Die zunehmende Globalisierung stellt Gesellschaft und Politik vor immer größere Herausforderungen. Unsere Welt ist von Vernetzung und Globalisierung in vielen Bereichen des täglichen Lebens gekennzeichnet. Es geht im Kern darum, festzustellen, auf welchen

Wahl-periode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 14. WP 1998-2002	Gebieten und mit welchen Mitteln dieser Prozess beeinflusst und gesteuert werden kann und soll. Ziel ist es, konkrete Handlungsfelder für Gesellschaft und Politik aufzuzeigen und Fehlentwicklungen gegenzusteuern bzw. von vornherein zu vermeiden. *Zu Charakter und Gründen der Globalisierung:* Die Globalisierung tritt als schubartig beschleunigte Veränderung des Lebensumfelds in den Vordergrund des öffentlichen Bewusstseins, ist aber tatsächlich Teil einer Entwicklung, die sich seit langer Zeit vollzieht. Die rasante Entwicklung insbesondere der Informations-, Kommunikations- und Verkehrstechnologien verstärkt diesen Prozess. Sie verändern unser Zusammenleben immer tiefgreifender. Die Vergrößerung der Märkte durch internationale Marktöffnung, der Abbau von Handels- und Investitionsschranken, die weltweiten Kapitalströme, weltweiter Wettbewerb und Unternehmensfusionen sowie die gewachsene Mobilität von Menschen sind wesentliche Elemente der Globalisierung und nunmehr nach der industriellen Revolution von Produktionsprozessen Hauptmotor der neuzeitlichen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Globalisierung heißt aber auch Internationalisierung von Finanzmarktkrisen und der Umwelt-, Wirtschaftskriminalitäts-, Waffenexport- und Steuerfluchtproblematik sowie die der illegalen Migration/ Beschäftigung – um auch einige kritische Gesichtspunkte zu nennen. Die Konsequenzen aus der Globalisierung für den Einzelnen, die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Umwelt sowie die daraus resultierenden Folgen für die nationale und internationale Politik sind Gegenstand des Auftrages an die Enquete-Kommission. Es gilt dabei auch herauszuarbeiten, welche Chancen und Risiken sich durch die anhaltende Entwicklung für Deutschland ergeben. Insbesondere sollen folgende Bereiche unter dem Aspekt der Globalisierung untersucht werden: – Waren- und Gütermärkte – Finanz- und Kapitalmärkte – Arbeits- und Dienstleistungsmärkte – Landwirtschaft und Ernährung – Bildung – Forschung und Entwicklung – Umwelt – Kultur und Gesellschaft – das Verhältnis zwischen Industrieländern und Schwellen- bzw. Entwicklungsländern. Folgende Leitlinien sind für die Kommissionsarbeit von zentraler Bedeutung: – Globalisierung und breite Wohlfahrtsentwicklung – Globalisierung und Einhaltung bzw. Verwirklichung von Menschenrechten – Globalisierung und mehr Demokratie – Globalisierung und verbesserter Umweltschutz – Globalisierung und intensivierter kultureller Austausch – Die Kommission soll die o. g. Entwicklungen erfassen, darstellen und bewerten. *B. Antwortfelder zur Globalisierung* Wirtschaft und Unternehmen haben die Möglichkeit und Freiheit der Globalisierung bereits entschieden wahrgenommen. Darauf muss auch die Politik reagieren. International denkende und tätige Menschen setzen in ihrer Funktion als Unternehmer, Konsumenten oder Sparer de facto immer mehr Parameter für die nationale als auch internationale Politikgestaltung. Die nationale Wirtschaft und Politik werden zunehmend von internationalen Bedingungen und Vorgaben beeinflusst. Die wechselseitige Abstimmung von internationalen, nationalen und regionalen Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen wird aus diesen Gründen entscheidend für die Politikansätze sein. Es gilt, Politikantworten auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene zu entwickeln und möglichst zügig umzusetzen, die

Wahl-periode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 14. WP 1998-2002	– einen vernünftigen zukunftsweisenden Rahmen zur effizienten Nutzung der Globalisierungsvorteile und -chancen bieten, auf die gerade die exportabhängige deutsche Volkswirtschaft besonders angewiesen ist, – gleichzeitig wesentliche nachteilige Effekte der Globalisierung beseitigen, – die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Rahmenbedingungen für Entwicklungs- und Transformationsländer verbessern und – sich an internationalen Abkommen, Verträgen und Vereinbarungen orientieren, wie OECD, WTO, ILO-Standards, UNCED/AGENDA 21, Menschenrechtskonvention. Die Herausarbeitung und Untersuchung eines zukünftigen nationalen sowie internationalen Instrumentariums für die unterschiedlichen Politikbereiche sind Gegenstand dieses Abschnittes. Insbesondere sollen die aus dem vorherigen Abschnitt herausgearbeiteten Chancen wirksam durch politische Entscheidungen unterstützt und die negativen Folgen begrenzt werden. 1. Globalisierung erfordert nationale Antworten/Ansatzpunkte: a) Hier geht es im Kern um die Frage, wie man durch größere Flexibilität und Vernetzung unserer Wirtschaft – besonders auch auf regionaler Ebene – eine höhere Anpassungsflexibilität im globalisierten Wettbewerb schafft. Dazu sind möglichst konkrete Anforderungen und Vorschläge an bzw. für die deutsche, im europäischen Rahmen abgestimmte Makro-, Steuer-, Mittelstands-, Industrie-, Innovations-, Forschungs- und Regionalpolitik – um nur einige Politikbereiche zu nennen – wesentlich. b) Die Globalisierung wirkt ebenfalls auf die Bestrebungen zum Schutz der Umwelt zurück. Mögliche Folgen sind zu bewerten und zu beantworten. c) Ebenso sind die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen der Globalisierung zu bewerten und zu beantworten. d) Hiermit in engem Zusammenhang stehen auch die Auswirkungen der Globalisierung auf Bildung und Ausbildung. e) Die Auswirkungen der Globalisierung auf Landwirtschaft und Ernährungssicherung und sich daraus etwaig ergebende Folgerungen bilden ein weiteres Bewertungsfeld. f) Ein weiteres wichtiges Thema ist die Erarbeitung von praktikablen Vorschlägen zur Stärkung und weiteren Bündelung der deutschen Außenwirtschaftsförderung. 2. Globalisierung erfordert ebenfalls internationale Antworten/Ansatzpunkte: a) Hier geht es um zielgenaue Analysen der wesentlichen grenzüberschreitenden Flussdaten sowie um Prüfung konzeptioneller Schritte für internationale oder zumindest europäische Ordnungsrahmen für besonders globalisierte Wirtschaftsbereiche: – Globalisierung und internationale Handelspolitik (Weiterentwicklung des WTO-Systems. Ein diesbezüglicher weiterentwickelter Ordnungsrahmen sollte auch die Auswirkungen und Herausforderungen der neuen handelsrelevanten Technologien (Internet, E-commerce) auf den internationalen Dienstleistungshandel und das geistige Eigentum sowie die Verfügung über genetische Ressourcen erfassen). – Globalisierung und internationale Wettbewerbspolitik (mehr Kooperation/Koordination zwischen den nationalen Wettbewerbsbehörden bis hin zur Errichtung einer multilateralen Wettbewerbsordnung). – Globalisierung und internationale Steuerpolitik (Möglichkeiten und Grenzen einer Harmonisierung der Steuerpolitik auf EU-Ebene und darüber hinaus). – Globalisierung und internationale Investitionspolitik (Eruierung der Möglichkeiten für eine ausgewogene multilaterale Investitionsvereinbarung). – Globalisierung und internationale Finanzmärkte (Schritte zu einer neuen „Weltfinanzarchitektur“). – Globalisierung und internationale Arbeitsstandards (Prüfung der Entwicklung eines europäischen/internationalen Ordnungsrahmens für Arbeit und Soziales unter Einbeziehung der internationalen Diskussion, besonders in WTO und ILO). – Globalisierung und internationale Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherstandards (zu untersuchen ist, wie ein diesbezüglicher globaler Ordnungsrahmen, z. B. in WTO, UNEP, so gestaltet werden kann, dass der ökologische Strukturwandel unterstützt wird und ökoeffiziente Technologien sich möglichst schnell verbreiten).

Wahl-periode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 14. WP 1998-2002	– Die Rolle von nationalen und internationalen Aufsichtsorganen bzw. -institutionen (wie z. B. von Wettbewerbsbehörden, OECD, WTO, IWF, Weltbank, UNO, UNEP). – Globalisierung und regionale Zusammenarbeit/regionale Integration auf zwischenstaatlicher Ebene (EU, NAFTA, ASEAN, MERCOSUR etc.). – Frauen und Globalisierung. b) In prozesspolitischer Hinsicht sollen im Licht der zunehmenden globalisierten Wirtschaftstätigkeit Vorschläge zur besseren und effektiveren Koordinierung der internationalen Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik vorbereitet werden (z. B. praktikable Fortentwicklung des G7/G8-Prozesses). Auch die Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Akteuren soll zum Untersuchungsmandat gehören. c) Schließlich geht es um die Analyse der weltwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten (in Industrie-, Transformations- und Entwicklungsländern) sowie um Vorschläge, wie hier beispielsweise über die Entwicklungspolitik, aber auch durch marktoffene Handelspolitik, eine wirtschafts-, entwicklungs- und außenpolitisch wünschenswerte stärkere Beteiligung der Entwicklungs- und Transformationsländer an der globalisierten Weltwirtschaft bewirkt werden kann. Hierbei soll auch ein Augenmerk auf den Einfluss veränderter Austauschbeziehungen in Bezug auf den Umwelt- und Klimaschutz gelegt werden. d) Wichtige zu prüfende Gesichtspunkte sind überdies die Verschuldung und Strukturanpassung sowie die Entwicklungsfinanzierung. Zu prüfen ist hier insbesondere, inwieweit zum Beispiel finanzwirtschaftliche Innovationen – etwa neue Formen der Besteuerung von Finanztransaktionen – auch in den Dienst der Entwicklungsfinanzierung gestellt werden können.
	Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements (Drs. 14/2351): *I. Allgemeine Aufgabenstellung* Bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Enquete-Kommission hat die Aufgabe, konkrete politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten bürgerschaftlichen Engagements (kurz: Bürgerschaftliches Engagement) in Deutschland zu erarbeiten. Grundlage dafür bilden eine Bestandsaufnahme, Analyse und Bewertung der gegenwärtigen Situation. Im Rahmen dieser Erarbeitung sind auch die entsprechenden Vorgaben und Erfahrungen aus dem Bereich der Europäischen Union und anderer ausgewählter Länder zu berücksichtigen. Die Bestandsaufnahme und die zu erarbeitenden konkreten politischen Umsetzungsstrategien sollen in eine Beschreibung der gesellschaftlichen Wirklichkeit eingebunden werden, in der das Bürgerschaftliche Engagement eine bedeutende Funktion für den Einzelnen und für das Gemeinwohl besitzt. *II. Bestandsaufnahme* In einer Bestandsaufnahme soll die Kommission die gegenwärtige Situation des Bürgerschaftlichen Engagements erfassen und unter Berücksichtigung folgender Aspekte analysieren und bewerten: 1. Begriffsklärung zum Bürgerschaftlichen Engagement einschließlich damit zusammenhängender Themenfelder wie Ehrenamt, Selbsthilfe und Freiwilligenarbeit; politikrelevante Aufbereitung des Diskussionsstandes in Wissenschaft und Praxis. 2. Das Verhältnis des Bürgerschaftlichen Engagements zur Erwerbsarbeit. 3. Erarbeitung eines typologischen Überblicks über die verschiedenen Erscheinungsformen und Ausprägungen Bürgerschaftlichen Engagements: – in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wie Kultur, Sport, Soziales, Kirche, Pflege, Jugendarbeit, Altenarbeit, Gesundheitswesen, Bildung, Erziehung, Betreuung, Katastrophenschutz/Rettungswesen, Rechtswesen, Arbeit und Wirtschaft, Umwelt/Ökologie und Politik; – in den verschiedenen Organisationsformen (Verbände, Vereine, Institutionen etc.) – unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens von beruflicher Tätigkeit und Bürgerschaftlichen Engagements in diesen Organisationen; – Aufgabenspektrum und Akzeptanz von Freiwilligenagenturen und Selbsthilfeorganisationen im Rahmen Bürgerschaftlichen Engagements.

Wahl-periode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 14. WP 1998-2002	4. Rahmenbedingungen und Bedingungsfaktoren für das Bürgerschaftliche Engagement in Deutschland: – Rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen, z. B. im Stiftungsrecht, Steuerrecht, Vereinsrecht, Sozialrecht, Arbeitsrecht, Gemeinnützigkeitsrecht; Fragen von Haftung und Versicherungsschutz; – soziale Bedingungsfaktoren: gesellschafts- und geschlechtsspezifische Ausprägungen Bürgerschaftlichen Engagements; Bedeutung von familiären Verhältnissen, Bildungsstand und Ausbildung; – wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen, u. a. Freistellungsregelungen und andere Fragen im Zusammenhang mit der Ausübung einer beruflichen Tätigkeit; – Fortbildungs-, Qualifizierungs- und sonstige Fördermaßnahmen für bürgerschaftlich Engagierte; – Formen materieller und immaterieller Anerkennung Bürgerschaftlichen Engagements; – Rolle der Medien bei der Förderung Bürgerschaftlichen Engagements. 5. Bürgerschaftliches Engagement im internationalen Vergleich: Erfahrungswerte aus anderen ausgewählten Staaten, Übertragbarkeit auf Deutschland. *III. Handlungsempfehlungen* Auf der Grundlage der Bestandsaufnahme soll die Enquete-Kommission politische Handlungsempfehlungen erarbeiten, die zu verbesserten Rahmenbedingungen für das Bürgerschaftliche Engagement auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene führen: 1. Erarbeitung eines Orientierungsrahmens für die Förderung Bürgerschaftlichen Engagements; Vorschläge zur verstärkten Motivation der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch junger Menschen, Aufgaben im Rahmen Bürgerschaftlichen Engagements zu übernehmen; 2. Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familie und Bürgerschaftlichem Engagement in der Gesellschaft der Zukunft; 3. Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements durch staatliche Maßnahmen (insbesondere Steuerrecht, Gemeinnützigkeitsrecht, Arbeitsrecht, Recht der sozialen Absicherung, Haftungsrecht, Versicherungsschutz, Stiftungsrecht, Vereinsrecht); Empfehlungen zur Schaffung materieller und immaterieller Anreize; 4. Vorschläge zur Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen für das Bürgerschaftliche Engagement; 5. Vorschläge zur Veränderung von rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere auch zum Schutz vor Risiken, die mit dem Bürgerschaftlichen Engagement verbunden sind; Abbau von bürokratischen Hemmnissen, die die Ausübung Bürgerschaftlichen Engagements behindern;. 6. Qualifizierung, Fortbildung und Ausbildung bürgerschaftlich Engagierter; Nutzung durch Bürgerschaftliches Engagement erworbener Qualifikationen in der Arbeitswelt; 7. Strategien zur Motivation bislang im Rahmen Bürgerschaftlichen Engagements unterrepräsentierter Gruppen; 8. Empfehlungen zur Ausbalancierung des Verhältnisses von staatlicher Aufgabenwahrnehmung einerseits und Bürgerschaftlichen Engagements andererseits; 9. Erarbeitung von Richtlinien für die Anerkennung und Qualitätssicherung von Institutionen im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements; 10. Voraussetzungen und Aufgabenspektrum eines „Bündnisses für das Bürgerschaftliche Engagement“ in Deutschland; Entwicklung von Modellprojekten.
	Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik (Drs. 14/2354): Die Enquete-Kommission setzt die Arbeit der Kommission aus der 13. Wahlperiode fort. Die Aufgaben orientieren sich an den Empfehlungen des Zwischenberichts – Drucksache 13/11460. Im Mittelpunkt der Kommissionsarbeit sollen die Erarbeitung der Handlungsempfehlung im Themenbereich „soziale Sicherungssysteme“ unter einer umfassenden Beleuchtung der europäischen Dimensionen stehen. Darüber hinaus ist das Verhältnis der Generationen nicht nur unter der Berücksichtigung ökonomischer, sondern vor allem auch gesellschaftlicher und politischer Aspekte zu analysieren und zu

Wahl-periode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 14. WP 1998-2002	bewerten. Daneben sollen die für die Bereiche Gesundheit und Pflege sowie soziale Dienste formulierten Zwischenergebnisse konkretisiert und in Handlungsempfehlungen weiter entwickelt werden.
	Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung (Drucksache 14/2687) *I. Ausgangslage* Die Energieversorgung steht an der Schwelle des 21. Jahrhunderts vor neuen gravierenden Herausforderungen, nämlich – der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen vor dem Hintergrund des nicht tolerierbaren Klimawandels und dessen Auswirkungen, – dem am ökologischen Notwendigkeiten orientierten Strukturwandel der Industriegesellschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung, – der Bewältigung des globalen Wettbewerbs um die Energiereserven, – der Schaffung humaner Lebensbedingungen für eine weiter wachsende Weltbevölkerung, – der Bewältigung von Entwicklungen, die sich aus der Liberalisierung der Energiemärkte und des Wettbewerbs im Zuge der Globalisierung der Ökonomie für die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit, den Umweltschutz und die Beschäftigung ergeben. Durch die Arbeiten der früheren Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages sowie durch vielfältige andere Untersuchungen ist der Bereich der Energiepolitik ebenso wie die notwendigen Anpassungserfordernisse bereits stark erforscht worden. Durch neuere Entwicklungen im Zuge von Globalisierung und Liberalisierung haben sich die Rahmenbedingungen teilweise verändert. Vor diesem Hintergrund und angesichts der vor uns stehenden Herausforderungen auf mittlere und lange Sicht müssen wir uns frühzeitig über Instrumente, Rahmenbedingungen und konkrete Handlungsziele verständigen, um den in der Energiepolitik geforderten Gesetzgeber zu beraten und ihm Handlungsempfehlungen geben zu können. Ein Politikkonzept der Zukunft muss zwingend auf die mittel- und längerfristigen Herausforderungen Antworten geben, die sich aus den globalen und regionalen Grenzen der Verfügbarkeit von Ressourcen und der Tragfähigkeit der natürlichen Lebensgrundlagen ergeben. Dies gilt insbesondere auch für die Bundesrepublik Deutschland als Kernland Europas und als Wettbewerber im globalen Markt von Wirtschaft, Arbeit und Wohlstand. Sämtliche Ziele, Strategien, Maßnahmen und Instrumente müssen sich an einer dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichteten Politik orientieren. Der UNEP Bericht „GEO 2000“ wie auch die Berichte des WBGU benennen die Risiken und Gefahren der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung: Übermäßiger Ressourcenverbrauch in Industrieländern und armutsbedingter Raubbau in Entwicklungsländern gefährden mittel- und langfristig die ökonomischen, ökologischen und sozialen Grundlagen des Menschen. Eine besondere Verantwortung ergibt sich für die Industrieländer wie der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Entwicklungs- und Schwellenländern durch die berechtigten Ansprüche auf eine angemessene Wirtschafts- und zugleich Wohlstandsentwicklung. Das weltweite Klimaproblem, die bindenden Reduktionsverpflichtungen der Industrieländer im Kyoto-Protokoll zur Klimarahmenkonvention und die von der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des europäischen „Burden Sharings“ bereits mittelfristig übernommenen Verpflichtungen zur Reduzierung des Ausstoßes klimarelevanter Spurengase verlangen eine baldige Konkretisierung der sich daraus ergebenden Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen des stationären Energieverbrauchs (Strom, Wärme, Prozessenergie) sowie Mobilität und Verkehr. Auch wenn von einer baldigen Erschöpfung der wirtschaftlich gewinnbaren Vorräte an fossilen Energieträgern insgesamt nicht auszugehen ist, liegt die eigentliche Grenze in der beschränkten Aufnahmekapazität natürlicher Puffer für Treibhausgase. Gleichwohl sind die geopolitischen Fragen zu berücksichtigen, die sich aus der hohen Konzentration dieser Energieträger ergeben. Außerdem sollen die wirtschaftlichen Auswirkungen von Verknappungseffekten untersucht werden.

Wahl-periode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 14. WP 1998-2002	Eine nachhaltige Energiepolitik, die sich an den Zielen einer sicheren, umweltverträglichen und kostengünstigen Energieversorgung orientiert, ist von zentraler Bedeutung für die Fortentwicklung der Volkswirtschaft. Kosten im Rahmen eines solchen an Nachhaltigkeitskriterien orientierten Konzeptes sind nicht kurzfristig im einzelwirtschaftlichen Sinne, sondern langfristig und unter Einbeziehung ggf. zu verzeichnender externer Effekte zu interpretieren. Dies findet seinen Niederschlag in dem wachsenden Stellenwert, der einer umweltverträglichen Energieversorgung in breiten Teilen der Bevölkerung beigemessen wird. Mit der Liberalisierung der Energiemärkte in Europa und Deutschland hat sich der Ordnungsrahmen der leitungsgebundenen Energiewirtschaft grundlegend geändert. Wettbewerb und die Lenkung von Angebot und Nachfrage über den Markt sollen dazu beitragen, die Effizienz der Energieversorgung zu verbessern. Eine wichtige Frage ist in diesem Zusammenhang, welche Rahmenbedingungen und Instrumente notwendig sind, um dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gerecht zu werden. Der dafür notwendige Strukturwandel wird umso leichter und schneller gelingen, wenn er in Parlament und Bevölkerung eine breite Akzeptanz findet und somit einen neuen Konsens ermöglicht. Die Überlegungen zur Anpassung und Neuausrichtung der nationalen Politik müssen die europäischen Rahmenbedingungen berücksichtigen. *II. Aufgaben* [...] Die Enquete-Kommission hat das Ziel, mit Blick auf die Commission on Sustainable Development (CSD) IX im Jahr 2001 (Verabschiedung einer UN-Strategie zu „Energie und nachhaltige Entwicklung“) und auf die Konferenz „Rio+10“ (im Jahr 2002) für den Energiebereich den Beitrag Deutschlands zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele von Rio (Agenda 21) zu entwickeln. Im Zentrum sollen die kurz-, mittel- und langfristigen Klimaschutzziele, also das nationale CO2-Minderungsziel von 25 % sowie die völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands im Rahmen des Kyoto-Prozesses und dessen Konkretisierung im EU-Kontext bis zum Jahr 2010 und die bis zum Jahr 2050 erforderliche Reduktion der Emissionen der Industriestaaten um bis zu 80 % stehen. Dabei sind Trends, Ziele und Gestaltungsspielräume national, europäisch und im globalen Rahmen aufzuzeigen. Insbesondere geht es darum, Handlungsmöglichkeiten unter den veränderten Rahmenbedingungen von Globalisierung und Liberalisierung aufzuzeigen. Auf dieser Grundlage ergeben sich u. a. neben den oben angeführten allgemeinen Aufgaben folgende Gegenstände der Untersuchung: – Rahmenbedingungen und Instrumente in der Energiewirtschaft unter Berücksichtigung der Notwendigkeit einer Harmonisierung der EU-Energiepolitik im Sinne der genannten energie- und umweltpolitischen Ziele. – Darstellung und Analyse verschiedener Optionen zur Entwicklung und Struktur des Energiemix in Deutschland sowie zur Struktur der künftigen Energieversorgung vor dem Hintergrund wirtschaftlich belastbarer Anpassungserfordernisse, insbesondere unter Berücksichtigung der jeweiligen Risikobewertung, im Zuge des Klimaschutzes bzw. einer nachhaltigen Entwicklung der Industriegesellschaft. Vor dem Hintergrund der ökologischen Effektivität und ökonomischen Effizienz sollen insbesondere die fünf nachfolgenden Optionen für jeweils vergleichbare Zeiträume untersucht werden: – die Ausschöpfung kurz- und mittelfristig verfügbarer Energiesparpotentiale (Bereiche Elektrizität, Wärme, Mobilität) unter Berücksichtigung von Energiedienstleistungen; – die mögliche Verdopplung des Einsatzes von erneuerbaren Energien vor dem Hintergrund der liberalisierten Märkte bis zum Jahr 2010 gemäß dem Ziel im Weißbuch der Europäischen Kommission zur Energiepolitik; – die Ergänzung der erneuerbaren Energien durch Entwicklung und den Ausbau weiterführender Technologien (z. B. Brennstoffzelle); – der Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung mit dem Ziel, sie als mögliche Technologie zur Überbrükkung bis zu einer langfristig wesentlich auf erneuerbaren Energieträgern beruhenden Energieversorgung (Ziel einer Verdoppelung bis zum Jahr 2010 sowie eines 50%-Anteils im Jahr 2050), zu installieren;

Wahl-periode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 14. WP 1998-2002	– Beitrag der Kernenergie sowie der weiterführenden Forschung in der Kernenergie (z. B. EPR, HTR, Kugelhaufenreaktor, Kernfusion). – Entwicklung von Produktionsstandorten und Beschäftigung in der heimischen Energiewirtschaft sowie im Bereich der Energieeinsparung (Energiedienstleister) und im Bereich des Maschinen- und Anlagenbaus im Hinblick auf Export und Weltmarkt. – Analyse der Anforderungen an eine umweltfreundliche Mobilität im Hinblick auf eine Ausschöpfung der Einsparpotentiale, der gegebenenfalls notwendigen Anpassung der Infrastruktur bzw. des Mobilitätsverhaltens sowie der Entwicklung und Erforschung weiterführender Technologien (Kraftstoffe, Antriebstechnik, Verkehrsstromsteuerung). – Möglichkeiten zur stärkeren Mobilisierung der unterschiedlichen Akteure in der Energiewirtschaft (Produzenten, Dienstleister, Konsumenten) zum Erreichen der Einspar- und Klimaschutzziele. Thematisch sollen die Herausforderungen der Liberalisierung der Energiemärkte für eine effiziente und umweltfreundliche Versorgung bzw. gegebenenfalls Maßnahmen zur Korrektur unerwünschter Entwicklungen und Aufgaben der ökologischen Zukunftsmärkte im Zentrum eines entsprechenden Zwischenberichtes stehen. Unter Einbeziehung der vielfältig vorhandenen Untersuchungen sollen im Endbericht langfristige Szenarien der zukünftigen Energieversorgung in Deutschland und Europa erarbeitet werden. Hierbei ist der globale Kontext ebenso zu berücksichtigen wie europäische Entwicklungen (Globalisierung, Liberalisierung, Ungleichheit). Ziel soll es sein, dem politischen Willensbildungsprozess zur künftigen Energiepolitik eine belastbare, an wissenschaftlich-systematisch Kriterien orientierte Beratungsgrundlage zu schaffen. Um diese Optionen abzubilden, empfiehlt sich eine Vorgehensweise anhand von Szenarien, die aufzeigen, ob und wie die formulierten mittel- und langfristigen Ziele (2005, 2010, 2020, 2050) erreicht werden können.
	Recht und Ethik der modernen Medizin (Drs. 14/3011): *1. Aufgaben* Die Kommission soll vor dem Hintergrund eines erheblichen gesellschaftlichen und parlamentarischen Diskussionsbedarfes zu Fragen der Entwicklung und Anwendung der Biotechnologie und der modernen Medizin grundlegende und vorbereitende Arbeit für notwendige Entscheidungen des Deutschen Bundestages leisten. Zur Vertiefung des öffentlichen Diskurses und zur Vorbereitung politischer Entscheidungen hat die Kommission die Aufgabe, unter angemessener Berücksichtigung der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen und Verbände sowie der Kirchen, Empfehlungen für die ethische Bewertung, für Möglichkeiten des gesellschaftlichen Umgangs sowie für gesetzgeberisches und administratives Handeln in Bezug auf medizinische Zukunftsfragen zu erarbeiten. Hierzu hat die Kommission insbesondere – den Sachstand über wichtige derzeitige und zukünftige Entwicklungen und daraus resultierende Probleme in der modernen medizinischen Forschung, Diagnostik und Therapie unter Einbeziehung ethischer, verfassungsrechtlicher, sozialer, gesetzgeberischer und politischer Aspekte darzustellen; – die zugehörige Forschungspraxis zu untersuchen und insbesondere auf gesetzlich nur unvollständig geregelte Bereiche hinzuweisen; – Kriterien für die Grenzen der medizinischen Forschung, Diagnostik und Therapie sowie ihrer Anwendungen zu entwickeln, die das unbedingte Gebot zur Wahrung der Menschenwürde beinhalten. Die Kommission soll während der laufenden Legislaturperiode an der Beratung von Gesetzesvorhaben und an der Vorbereitung von Entscheidungen des Deutschen Bundestages beteiligt werden, die das Arbeitsprogramm der Kommission betreffen. [...] Begründung Schnell fortschreitende weltweite Entwicklungen in Biologie und Medizin eröffnen neue Ansätze für Prävention, Diagnostik und Therapie bislang nicht oder nur begrenzt heilbarer Leiden. Diese Entwicklung wirft zugleich grundsätzliche ethische und moralische Fragen auf, die unser Verständnis von

Wahl-periode	Untersuchungsauftrag für die Enquete-Kommission:
noch: 14. WP 1998-2002	Gesundheit, Krankheit und Behinderung berühren und die Frage nach ihrer Vereinbarkeit mit dem verfassungsrechtlich gebotenen Schutz der Würde des Menschen stellen. Dabei handelt es sich um vielfältige Themenkreise, wie z. B. Fragen der Fortpflanzungsmedizin und des Embryonenschutzes, der genetischen Diagnostik und des dazugehörigen Datenschutzes, der Allokation von Organersatz und der Xenotransplantation, des Klonens und des gezielten Eingriffs in die menschlichen Erbanlagen sowie des Zusammenhangs mit der ärztlichen Therapiefreiheit und des Schutzes geistigen Eigentums an biologisch-medizinischen Innovationen, der Forschung an einwilligungsunfähigen Menschen und der Medizin an der Schwelle zwischen Leben und Tod sowie Fragen, die sich aus dem Vergleich nationaler und internationaler ethischer Standards für die Medizin ergeben. Der Deutsche Bundestag hat Ende der 80er Jahre mit der Verabschiedung des Embryonenschutzgesetzes hohe Schutzstandards für die Fortpflanzungsmedizin festgelegt. Die Herstellung von befruchteten menschlichen Eizellen zu Forschungszwecken, die verbrauchende Embryonenforschung, das Klonen von Menschen und der gezielte Eingriff in die menschliche Keimbahn sind seitdem in Deutschland untersagt. Angesichts des raschen Fortschritts in der medizinischen Forschung stellt sich die Frage, ob die bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen auch für die Zukunft neue medizinische Chancen eröffnen und zugleich einen wirksamen Schutz von Gesundheit und Menschenwürde in Deutschland und in Europa sicherstellen. Insoweit ergibt sich auch die Frage nach dem Verhältnis unserer nationalen Gesetzgebung zu der Ausbildung europaweiter rechtlicher Mindeststandards für den Umgang mit neuen Entwicklungen der Medizin. Aus der Wissenschaft wie aus gesellschaftlichen Gruppen wird deshalb die Bearbeitung dieser Fragen durch Parlament und Regierung eingefordert.

Zusammensetzung der Enquete-Kommissionen der 13. und 14. Wahlperiode

Wahl-periode	Enquete-Kommission	Mitglieder des Bundestages						Zahl der Sachver-ständigen	Mitglieder insgesamt
		insgesamt	davon aus der Fraktion (bzw. Gruppe)						
			CDU/ CSU	SPD	FDP	B 90/ GR	PDS		
13. WP 1994-1998	Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung	12	5	4	1	1	1	12	24
	Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik	12	5	4	1	1	1	12	24
	Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit	12	5	4	1	1	1	12	24
	Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft	12	5	4	1	1	1	12	24
	So genannte Sekten und Psychogruppen	12	5	4	1	1	1	12	24
14. WP 1998-2002	Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten	13	6	3	1	1	1	13	26
	Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements	11	5	3	1	1	1	11	22
	Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik	11	5	3	1	1	1	11	22
	Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung	13	6	3	1	1	1	13	26
	Recht und Ethik der modernen Medizin	13	6	3	1	1	1	13	26

Bibliographie

Enquete-Kommission	Titel der Darstellung
Enquete-Kommissionen allgemein (13.-14. WP)	*Altenhof, Ralf*, Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages. Wiesbaden 2002. (Zugl.: Chemnitz, Techn. Univ., Diss., 1998.) *Heyer, Christian* und *Stephan Liening*, Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages: Schnittstellen zwischen Politik und Wissenschaft. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Berlin 1999. *Ismayr, Wolfgang*, Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1996. H. 27. S. 29-41. *Metzger, Christian*, Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages. Rechtliche Grundlagen, Aufgaben und Arbeitsweise. Frankfurt am Main 1995. (Zugl.: Freiburg im Breisgau, Univ., Diss., 1994.) *Schenkel, Martin*, Die Willensbildung in plural zusammengesetzten Gremien. Zur Kunst und Kultur der Kooperation in Enquete-Kommissionen. In: Gremienwesen und staatliche Gemeinwohlverantwortung. Beiträge zu einem Forschungssymposion des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung am 27. und 28. April 2000 in Speyer. Hrsg. von *Karl-Peter Sommermann*. Berlin 2001. S. 111-120.
„Schutz des Menschen und der Umwelt“ (12.-13.WP)	Ansatzpunkte der Chemie-Enquete. In: Ökologische Briefe. 1992. H. 16/17. S. 3-4. *Caspers-Merk, Marion*, Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ berichtet regelmäßig in der UWSF. In: Umweltwissenschaften und Schadstoff-Forschung. Jg. 8. 1996. H. 1. S. 1-2. *Caspers-Merk, Marion*, „Die Industrieländer müssen Vorreiter beim Klimaschutz sein.“ Interview mit *Marion Caspers-Merk*. In: Bundestag-Report. 1998. H. 1-2. S. 17-19. Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“: Ökobilanzen und Produktlinienanalysen. In: Umweltwissenschaften und Schadstoff-Forschung. Jg. 4. 1992. H. 5. S. 274-276. *Fülgraff, Georges*, Vom ökologischen Umgang mit Stoffen. Über Arbeit und Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“. In: Versöhnung von Ökonomie und Ökologie? Hrsg. von *Anita Grohe-Senf* und *Ulf Kadrizke*. Berlin 1995. S. 63-79. (FhW-Forschung, Nr. 25/26). *Fülgraff, Georges*, Zum Beitrag der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ zur Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie in Deutschland. In: Umweltplanung im internationalen Vergleich. Hrsg. von *Martin Jänicke, Helge Jörgens, Kristina Hahn* und *Claudia Koll*. Berlin 2000. S. 205-220. *Gärtner, Edgar*, Was ist nachhaltig? Vorgeschichte, Verlauf und Ergebnisse der Bundestags-Enquete „Schutz des Menschen und der Umwelt“. Hrsg. vom Verband der Chemischen Industrie. Frankfurt am Main [1999]. *Gensch, Carl-Otto*, Stellungnahme und Anhörung der Chemie-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Themenbereich „Ökobilanz, Produktlinienanalyse“. Hrsg. vom Öko-Institut, Freiburg. Freiburg 1992. *Grießhammer, Rainer*, Schutz des Menschen und der Umwelt in der Krise! *Rainer Grießhammer* über die Arbeit der Chemie-Enquete. In: Öko-Mitteilungen. Jg. 16. 1993. H. 4. S. 6-8.

Enquete-Kommission	Titel der Darstellung
noch: „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (12.-13.WP)	*Held, Martin*, Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“: Zielsetzung – Entwicklung – Zwischenbilanz – Perspektiven. In: Umweltwissenschaften und Schadstoff-Forschung. Jg. 6. 1994. H. 4. S. 209-213. *Holdt, Matthias*, Kann die Industriegesellschaft ökologisch umgebaut werden? Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“. In: Das Parlament. Jg. 42. 1992. Nr. 42. S. 12. Die Industriegesellschaft gestalten. Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen. Bericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“ des 12. Deutschen Bundestages. Bonn 1994. *Klein, Joachim*, Zur Techniksteuerung im parlamentarischen Raum: Die Enquete-Kommission des 12. Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“. In: Die Reformfähigkeit von Staat und Gesellschaft. Festschrift für *Klaus Lompe* zum 60. Geburtstag. Hrsg. von *Antje Blöcker*. Frankfurt am Main 1997. S. 185-192. Konzept Nachhaltigkeit. Fundamente für die Gesellschaft von morgen. Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ des 13. Deutschen Bundestages. Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Bonn 1997. Konzept Nachhaltigkeit. Studienprogramm. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“. 8 Bände. Berlin u. a. 1997-1998. Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ des 13. Deutschen Bundestages. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Mit einem Vorwort von *Marion Caspers-Merk*. Bonn 1998. *Müller, Michael*, Ökologische Innovationspolitik. Methoden der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (Chemie-Enquete). In: Gesellschaftspolitische Kommentare. Jg. 34. 1993. H. 3. S. 49-52. *Müller, Michael*, Wege der öko-sozialen Marktwirtschaft. Arbeitsziele der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (Chemie-Enquete). In: Gesellschaftspolitische Kommentare. Jg. 33. 1992. H. 12. S. 294-297. *Oberholz, Andreas*, Viel Zündstoff: Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ mit anspruchsvollem Programm. In: Umweltmagazin. Jg. 21. 1992. H. 11. S. 44. *Sahm, Wilfried*, Die Botschaften der Enquete-Kommissionen zum „Schutz des Menschen und der Umwelt“ für die Umweltpolitik und ihre Umsetzung in der chemischen Industrie. In: Festschrift für *Wolfgang Ritter* zum 70. Geburtstag. Steuerrecht, Steuer- und Rechtspolitik, Wirtschaftsrecht und Unternehmensverfassung. Hrsg. von *Max Dietrich Kley* u. a. Köln 1997. S. 923-938. Schutz des Menschen und der Umwelt in der Krise. In: Ökologische Briefe. 1993. H. 47. S. 7-12. *Schwanhold, Ernst*, Ökologische Marktwirtschaft. Perspektiven der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (Chemie-Enquete). In: Gesellschaftspolitische Kommentare. Jg. 35. 1994. H. 1. S. 7-11.

Enquete-Kommission	Titel der Darstellung
noch: „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (12.-13.WP)	Verantwortung für die Zukunft. Wege zum nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen. Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“ des 12. Deutschen Bundestages. Bonn 1993. *Wollenweber, Marianne* und *Peter Manstein*, Nachhaltigkeit. Der Zukunft eine Chance. Die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt. Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ im 13. Deutschen Bundestag. Berlin 2000.
„Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ (12.-14. WP)	Fakten statt Spekulation: Die Aufgaben der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“. In: Bundestag-Report. 1995. H. 12. S. 22-23. *Fuhrmann, Arne*, Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ legt Zwischenbericht vor. In: Demographische Investitionen für Humankapital und soziale Risikobegrenzung. Hrsg. vom SPD-Parteivorstand, Projekt Demographischer Wandel. Bonn 1995. S. 5-17. Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik. Studienprogramm. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“. 4 Bde. Heidelberg 1996-1999. *Link, Walter*, „Der demographische Wandel bietet auch neue Chancen.“ Interview mit *Walter Link*. In: Bundestag-Report. 1997. H. 5. S. 18-19. Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik.“ Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Bonn 2002. Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Bonn 1998. Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik.“ Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Bonn 1994.
„Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ (13. WP)	*Kleinsteubner, Hans J.*, Technikberatung in der Demokratie. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur „Zukunft der Medien“. Ein Erfahrungsbericht. In: Demokratie und Technik – (k)eine Wahlverwandtschaft? Hrsg. von *Renate Martinsen* und *Georg Simonis*. Opladen 2000. S. 272-303. *Kleinsteubner, Hans J.* und *Marcel Rosenbach*, Vertauschte Rollen, verkehrte Welt? Positionen zur Medienkonzentration aus der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft der Medien“. In: Medien Journal. 1997. H. 2. S. 48-59. *Mosdorf, Siegmar*, Nicht zusehen, sondern gestalten. Report-Gespräch mit *Siegmar Mosdorf* (SPD), dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ In: Bundestag-Report. 1996. H. 5. S. 9. Schlussbericht der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ zum Thema: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft. (Bundestagsdrucksache 13/11004 vom 22.06.1998). Auch erschienen als: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Enquete-Kommission Zukunft der Medien in

Enquete-Kommission	Titel der Darstellung
noch: „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ (13. WP)	Wirtschaft und Gesellschaft, Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft. Bonn 1998. (Schriftenreihe Enquete-Kommission Zukunft der Medien, Bd. 9). Schriftenreihe Enquete-Kommission „Zukunft der Medien“: Hrsg. vom Deutschen Bundestag. 9 Bde. Bonn 1997-1998. *Werth, Christoph H.*, Berichte und Dokumente der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien“ des Deutschen Bundestages (1995-1998). In: Medienethik – die Frage der Verantwortung. Hrsg. von *Rüdiger Funiok, Udo F. Schmälzle* und *Christoph H. Werth*. Bonn 1999. S. 311-314. *Werth, Christoph H.*, Die Herausforderungen des Staates in der Informationsgesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1998. H. 40. S. 22-29.
„So genannte Sekten und Psychogruppen“ (13. WP)	*Besier, Gerhard* (Hrsg.), Die neuen Inquisitoren: Religionsfreiheit und Glaubensneid. 2 Bde. Zürich, Osnabrück 1999. (Texte und Thesen; 277 und 278). *Busse, Sabine-Anastasia*, Was gehen den Staat die Sekten an? Eine kritische Analyse der Arbeit der Enquete-Kommission „So genannte Sekten und Psychogruppen“. Frankfurt am Main 2000. (Zugl.; Hannover, Univ., Magisterarbeit, 2000, u. d. T.: Der Endbericht der Enquete-Kommission „So genannte Sekten und Psychogruppen“.) Endbericht der Enquete-Kommission „So genannte Sekten und Psychogruppen: neue religiöse und ideologische Gemeinschaften und Psychogruppen in der Bundesrepublik Deutschland“. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Mit einem Vorwort von *Ortrun Schätzle*. Bonn 1998. *Köster-Loßack, Angelika*, Die Arbeit der Enquete-Kommission „So genannte Sekten und Psychogruppen“. In: Gremienwesen und staatliche Gemeinwohlverantwortung. Beiträge zu einem Forschungssymposium des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung am 27. und 28. April 2000 in Speyer. Hrsg. von *Karl-Peter Sommermann*. Berlin 2001. S.121-125. *Köster-Loßack, Angelika*, Bündnisgrüne Positionen zur Diskussion über „So genannte Sekten und Psychogruppen“. In: Was gehen den Staat die Sekten an? Hrsg. von *Kurt-Helmuth Eimuth* und *Lutz Lemhöfer*. Frankfurt am Main 1998. S. 16-19. *Kohn, Roland Artur*, Lebhafter Psychomarkt. Zur Arbeit der Enquete-Kommission über so genannte Sekten. In: Liberal. Jg. 40. 1998. H. 2. S. 21-25. *Kriele, Martin*, Rechtspolitische Empfehlungen der Sektenkommission. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 31. 1998. H. 9. S. 349-355. *Kriele, Martin*, Sektenjagd. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 31. 1998. H. 6. S. 231-234. *Rennebach, Renate*, „Religion ist und bleibt Privatsache.“ Interview mit *Renate Rennebach*. In: Was gehen den Staat die Sekten an? Hrsg. von *Kurt-Helmuth Eimuth* und *Lutz Lemhöfer*. Frankfurt am Main 1998. S. 12-13. *Sassenscheidt-Grote, Frank*, „So genannte Sekten und Psychogruppen“. Über die Enquete-Kommission beim Deutschen Bundestag. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Jg. 10. 1997. H. 1. S. 95-100. *Schätzle, Ortrun*, „Der Markt neuer Heilslehren boomt.“ Interview mit *Ortrun Schätzle*. In: Bundestag-Report. 1997. H. 9. S. 21-23. *Schätzle, Ortrun* und *Andreas Klump*, So genannte Sekten und Psychogruppen und wehrhafte Demokratie. Einige Aspekte unter Berücksichtigung der Diskussion um die Scientology-Organisation. In: Verfassungsschutz. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis. Hrsg. vom Bundesministerium des Innern. Halle an der Saale 1998. S. 284-311.

Enquete-Kommission	Titel der Darstellung
noch: „So genannte Sekten und Psychogruppen“ (13. WP)	*Schweer, Thomas,* Sekten und Psychogruppen. Gefahren – Strategien - Antworten. Diskussionsveranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion am 13. März 1996 in Bonn. In: Spirita. Jg. 10. 1996. H. 1. S. 45-47. Sekten: Enquete-Kommission legt Schlussbericht vor. In: Herder-Korrespondenz. Jg. 52. 1998. H. 8. S. 388-390. Toleranz für Demokraten: Bericht der Enquete-Kommission „So genannte Sekten“. In: Evangelische Kommentare. Jg. 31. 1998. H. 7. S. 381. Wer ist Sektierer? Hilfen zur Orientierung. In: Idea-Dokumentation. 1997. H. 16. S. 3-22. *Yonan, Gabriele,* Staatliche Kontrolle? Anmerkungen zu einem Buch über „Sekten-Kinder“ und die über die SPD eingesetzte Enquete-Kommission „So genannte Sekten und Psychogruppen“. In: Spirita. Jg. 10. 1996. H. 1. S. 5-6. Zwischenbericht der Enquete-Kommission „So genannte Sekten und Psychogruppen“. Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Bonn 1997.
„Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“[1] (13. WP)	*Altenhof, Ralf,* Antitotalitärer Konsens? Eine weitere Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. In: Schweizer Monatshefte. Jg. 82. 2002. H. 6. S. 42-44. Aufarbeitungsinitiativen und Opfergruppen – Beratung und Hilfe bei der Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur. Errichtung einer selbständigen Bundesstiftung des öffentlichen Rechts zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland. Zwischenbericht und Debatten. Dokumentation der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ des 13. Deutschen Bundestages. Verzeichnis der Initiativen und Gruppen. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Bonn 1998. *Bogdanski, Tobias,* Die beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur SED-Diktatur: Ein kurzer Abriss. In: Recht und Politik. Jg. 36. 2000. H. 1. S. 62-64. *Elm, Ludwig,* Das verordnete Feindbild. Neue deutsche Geschichtsideologie und „antitotalitärer Konsens“. Köln 2001. *Elm, Ludwig,* „Zwei Diktaturen“ - „Zwei totalitäre Regimes“: Die Enquete-Kommissionen des Bundestages und der konservative Geschichtsrevisionismus der neunziger Jahre. In: Die selbstbewusste Nation und ihr Geschichtsbild: Geschichtslegenden der neuen Rechten – Faschismus, Holocaust, Wehrmacht. Hrsg. von *Johannes Klotz* u. a. Köln 1997. S. 205-220. *Eppelmann, Rainer,* Anmerkungen zu Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland – Rückblick und Konsequenz. In: Die totalitäre Herrschaft der SED. Wirklichkeit und Nachwirkungen. Hrsg. von *Wolfgang-Uwe Friedrich*. München 1998. S. 165-171. *Eppelmann, Rainer,* Die Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. In: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hrsg. von *Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach* und *Ulrich Mählert* im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Paderborn 2003. S. 401-406. The GDR and its history. Rückblick und Revision: Die DDR im Spiegel der Enquete-Kommissionen. Hrsg. von *Peter Barker*. Amsterdam 2000.

[1] Die hier zusammengestellte Literatur bezieht zum Teil die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ aus der 12. WP mit ein.

Enquete-Kommission	Titel der Darstellung
noch: „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (13. WP)	*Helwig, Gisela*, Aufarbeitung ist Zukunftsgestaltung. Enquete-Kommissionen und Bundesstiftung. In: Deutschland Archiv. Jg. 31. 1998. H. 5. S. 705-708. *Holzweißig, Gunter*, „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“: Ergebnisse der zweiten Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. In: Deutschland-Archiv. Jg. 33. 2000. H. 5. S. 825-832. *Jansen, Marlies*, Enquete-Kommission [SED-Diktatur]. In: Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999. Hrsg. von *Werner Weidenfeld* und *Karl-Rudolf Korte*. Frankfurt am Main u. a., aktualisierte Neuausg. 1999. S. 330-342. *Jesse, Eckhard*, Die zweite deutsche Diktatur auf dem Prüfstand. In: Jahrbuch Extremismus und Demokratie. Jg. 8. 1996. S. 230-241. *Keller, Dietmar* und *Reinhard Mocek*, Wir wollen die DDR nicht wiederhaben. Wir lassen sie uns auch nicht nehmen. Ergebnisse der Arbeit der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ – Versuch einer Bilanz. In: Ansichten zur Geschichte der DDR. Hrsg. von *Ludwig Elm, Dietmar Keller* und *Reinhard Mocek*. Bd. 9/10. Bonn und Berlin 1998. S. 8-31. *Kloth, Hans Michael*, „Versorgungsfall“ Vergangenheit? Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Vergangenheit gegründet. In: Deutschland Archiv. Jg. 31. 1998. H. 5. S. 861-865. *Knabe, Hubertus*, Die „West-Arbeit“ des MfS und ihre Wirkungen. Bericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik an die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“. Unter Mitarbeit von *Jochen Hecht* u. a. Berlin 1998. Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag. 8 Bde in 14 Teilbänden. Baden-Baden 1999. „Nur die Wahrheit hilft den Opfern“: 10. Sitzung der Enquete-Kommission „Deutsche Einheit“ in Berlin. In: Bundestag-Report. 1996. H. 4. S. 24-26. *Ortleb, Rainer*, Erinnern statt Verdrängen. In: Die liberale Depesche. Jg. 1998. H. 8. S. 7. Schlussbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“. Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Bonn 1998. *Thomas, Rüdiger*, DDR-Geschichte zwischen Politik und Wissenschaft. Anmerkungen zu einer alten und neuen Enquete-Kommission. In: Liberal. Jg. 38. 1996. H. 1. S. 53-59. *Wassermann, Rudolf*, Folgen der SED-Diktatur und ihre Überwindung. Zur Veröffentlichung der Materialien der Enquete-Kommission. In: Neue juristische Wochenschrift. Jg. 54. 2001. H. 9. S. 655-658. *Wilke, Manfred*, Die deutsche Einheit und die Geschichtspolitik des Bundestages. In: Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung. Hrsg. von *Karl Eckart* u. a. Berlin 1998. S. 449-472.
„Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“ (14. WP)	*Brand, Ulrich* und *Achim Brunnengräber*, Auf der Suche nach der anderen Globalisierung. Zum Zwischenbericht der Enquete-Kommission. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Jg. 47. 2002. H. 2. S. 192-201. Handbuch Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltweltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“. Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Berlin 2001.

Enquete-Kommission	Titel der Darstellung
noch: „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“ (14. WP)	Schlussbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“. Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Opladen 2002. Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“. (Bundestagsdrucksache 14/6910 vom 13.09.2001) [Berlin 2001.]
„Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (14. WP)	Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Opladen 2002. *Bürsch, Michael*, Die Arbeit fängt gerade erst an. Was muss passieren, damit die Bürgergesellschaft blüht? In: Berliner Republik. Jg. 4. 2002. H. 4. S. 79-81. *Bürsch, Michael*, Bürgergesellschaft und aktivierender Staat. Eckpunkte für einen neuen Gesellschaftsvertrag. In: Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte. Jg. 47. 2000. H. 7/8. S. 452-459. *Bürsch, Michael*, Bürgerschaftliches Engagement als Aufgabe der Politik. Zur Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. In: Jahrbuch für Kulturpolitik. 2000. S. 269-276. *Dött, Marie-Luise*, „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Statement zum Tagungsthema und zu Auftrag und Absicht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. In: Ehrenamt der Kultur und Arbeitsgesellschaft. Hrsg. von *Karl Ermer*. Wolfenbüttel 2000. S. 134-139. Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Handbuch. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, unter der Redaktion von *Andrea Kerstges*. Berlin, 2., veränderte Aufl. 2000. *Evers, Adalbert*, Bürgerschaftliches Engagement. Thesen zur zukünftigen Arbeit der Enquete-Kommission. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Jg. 13. 2000. H. 2. S. 92-96. *Evers, Adalbert*, Es geht um mehr als das Ehrenamt. Die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements als Thema einer Enquetekommission des Deutschen Bundestages. In: Jahrbuch für Kulturpolitik. 2000. S. 277-283. *Klein, Ansgar*, Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Jg. 13. 2000. H. 2. S. 97-100. *Klein, Ansgar*, Zivilgesellschaft als Reformpotential für Gesellschaft und Politik? Die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. In: Politische Bildung. Jg. 33. 2000. H. 4. S. 60-69. *Roth, Roland*, Vom Krümmungswinkel der Banane ...: Wohin bewegt sich die Enquete-Kommission zum Bürgerschaftlichen Engagement? In: Zukünfte. Jg. 9. 2000. H. 33. S. 70. *Strachwitz, Rupert Graf*, Zukunft des bürgerlichen Engagements. Was wird aus der Arbeit der Enquete-Kommission des Bundestages? In: Liberal. Jg. 45. 2003. H. 1. S. 16-19.
„Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und Liberalisierung“ (14. WP)	Endbericht der Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“. Hrsg. vom deutschen Bundestag. Berlin 2002. Erster Bericht der Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und Liberalisierung“. Teilbericht zu dem Thema „Nachhaltige Energieversorgung auf liberalisierten und globalisierten Märkten.

Enquete-Kommission	Titel der Darstellung
noch: „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und Liberalisierung“ (14. WP)	Bestandsaufnahme und Ansatzpunkte“. (Bundestagsdrucksache 14/7509 vom 14.11.2001) [Berlin 2001.] *Matthes, Felix Christian*, Nachhaltigkeit und Energiepolitik: umstrittene Langfristperspektiven. Zum Endbericht der Enquetekommission „Nachhaltige Energieversorgung“. In: Technikfolgenabschätzung. Jg. 11. 2002. H. 3/4. S. 92-98. *Schäfer , Michael* und *Kurt-Dieter Grill*, „Kommunale Blicke durchs Schlüsselloch erwünscht.“ Interview mit *Kurt-Dieter Grill* (MdB – CDU), energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und Vorsitzender der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und Liberalisierung“. In: Das Rathaus. Jg. 55. 2002. H. 1. S. 12-13.
„Recht und Ethik der modernen Medizin“ (14. WP)	*Geisler, Linus S.*, Enquete-Kommissionen und Biopolitik. Erfahrungen und Überlegungen am Beispiel der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“. In: Zeitschrift für Biopolitik. Jg. 1. 2002. H. 3. S. 23-30. *Renesse, Margot von*, Dürfen wir alles wissen? Gespräch mit Margot von Renesse, Vorsitzende der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“, über die Lebenswissenschaften und ihre Grenzen. In: Vorwärts. 2001. H. 1. S. 12. *Parr, Detlef*, Chancen und Bedenken. Moderne Medizin unter dem Brennglas ethischer und rechtlicher Fragen. In: Gesellschaftspolitische Kommentare. Jg. 41. 2000. H. 7. S. 24-25. Pro und Kontra zum Import menschlicher embryonaler Stammzellen. Der Bundestag entscheidet am 30.1.2002. Stellungnahmen des Nationalen Ethikrates und der Bundestags-Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“. Verantwortung für das Leben – eine evangelische Denkschrift zu Fragen der Biomedizin. Denkschrift der Evangelischen Kirche in Österreich. Frankfurt am Main 2002. Schlussbericht der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“. Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Berlin 2002. *Wunder, Michael*, Große Erwartungen: Enquete-Kommission zur Bioethik gestartet. In: Dr. med. Mabuse. Jg. 25. 2000. H. 126. S. 9-10. Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“. Teilbericht Stammzellforschung. (Bundestagsdrucksache 14/7546 vom 21. November 2001) [Berlin 2001.] Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“. Teilbericht zu dem Thema „Schutz des geistigen Eigentums in der Biotechnologie“. (Bundestagsdrucksache 14/5157 vom 25.01.2001). [Berlin 2001.]

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 9.11.

9 Wahlen im Deutschen Bundestag

Überblick Seite

9.1 Parlamentarische Ämter und Gremien 558
9.2 Oberste Bundesorgane und andere staatliche Ämter und Gremien 561
9.3 Außerparlamentarische Gremien mit parlamentarischer Beteiligung 564
9.4 Internationale interparlamentarische Versammlungen 570

Bei den einzelnen Ämtern und Gremien, die der Bundestag – genauer das Plenum des Bundestages – durch Wahl oder wahlähnliche Handlungen besetzt, sind in den folgenden Tabellen die Wahlmodalitäten (linke Spalte), die Rechtsgrundlagen (mittlere Spalte) und (rechte Spalte) die Fundstelle für die Namen der gewählten Amtsinhaber oder Gremienmitglieder angegeben. (Nach Möglichkeit wird auch das entsprechende Kapitel im vorliegenden **Datenhandbuch** genannt, ansonsten das Amtliche Handbuch des Deutschen Bundestages, oder es werden andere Hinweise gegeben.)
Die linke Spalte mit den Wahlmodalitäten enthält je nach Art des Amtes oder Gremiums u. a. Angaben:

– zur Zahl der Amtsinhaber,
– zur Zusammensetzung des Gremiums (z.B. Anteil der vom Bundestag gewählten Gremienmitglieder),
– zur Herkunft der Wahlvorschläge,
– zur Frage, inwieweit die Mitgliedschaft im Bundestag Voraussetzung ist oder nicht, und ein Hinweis, falls die Amtsausübung nicht mit der Mitgliedschaft im Bundestag vereinbar ist,
– zum Wahlmodus (z. B. geheime Wahl vorgeschrieben),
– zur erforderlichen Stimmenzahl (falls absolute Mehrheit vorgeschrieben ist),
– zu sonstigen Modalitäten wie anschließender Ernennung, Berufung oder Vereidigung,
– zur Amtsdauer.

Eine Reihe von Gesichtspunkten blieb in den folgenden Aufstellungen unberücksichtigt:

– Fälle, in denen der Bundestag bei der Besetzung von Gremien die oft gleiche Zahl von stellvertretenden Mitgliedern in einem mitwählt;
– eine genauere Analyse über die jeweilige „Echtheit“ der Wahl, d. h. inwieweit die Mitglieder des Bundestages zu einem oder mehreren Wahlvorschlägen individuell und in der Regel geheim ihre Stimme abgeben oder ob lediglich einer Kandidatenliste durch Handaufheben zugestimmt wird, die interfraktionell unter Anwendung von § 12 GOBT – Verteilung der vom Bundestag zu besetzenden Plätze „im Verhältnis der Stärke der einzelnen Fraktionen“ – vereinbart war;
– eine Interpretation der in den Rechtsgrundlagen zu findenden unterschiedlichen Begriffe für die Wahlen im Bundestag („bestimmen“, „ernennen“, „entsenden“, „berufen“ usw.);
– die Frage einer möglichen Abwahl, Abberufung, Absetzung, Entlassung usw., sei es durch den Bundestag insgesamt oder durch die benennende Fraktion.

9.1 Parlamentarische Ämter und Gremien

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
Präsident des Deutschen Bundestages		
Wahlvorschlag üblicherweise durch die stärkste Fraktion MdB: Voraussetzung Wahl mit verdeckten Stimmzetteln für die Dauer der Wahlperiode absolute Mehrheit im 1. und 2. Wahlgang erforderlich, danach engere Wahl zwischen den beiden Anwärtern mit den höchsten Stimmenzahlen, bei Stimmengleichheit Losentscheidung durch den amtierenden Präsidenten	Art. 40 Abs. 1 Satz 1 GG, § 2 GOBT	vgl. **Datenhandbuch** Kapitel 4.1
Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Bundestages (Vizepräsidenten)		
Zahl bis zu Beginn der 13. WP nicht festgelegt; seit 1964 regelmäßig 4 Vizepräsidenten; ab 13. WP mindestens 1 Vizepräsident pro Fraktion, d.h. wieder 4 Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: Voraussetzung Wahl in getrennten Wahlhandlungen mit verdeckten Stimmzetteln für die Dauer der WP Absolute Mehrheit im 1. und 2. Wahlgang erforderlich	Art. 40 Abs. 1 Satz 1 GG, § 2 GOBT	vgl. **Datenhandbuch** Kapitel 4.2
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages		
Wahlvorschlag durch den Verteidigungsausschuss oder von den Fraktionen oder von so vielen Abgeordneten, wie der Stärke einer Fraktion entspricht (auch interfraktioneller Vorschlag üblich) MdB: nicht Voraussetzung; Amtsausübung mit MdB nicht vereinbar Wahl mit verdeckten Stimmzetteln für die Dauer von fünf Jahren Absolute Mehrheit erforderlich Eidesleistung vor dem Bundestag **ab 3. WP**	§§ 13 und 14 Abs. 2, 3 und 4 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages (Gesetz zu Artikel 45 b des Grundgesetzes) 1. D. F. d. Bek. vom 16.6.1982 (BGBl. I S. 677), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.3.1990 (BGBl. I S. 599)	vgl. **Datenhandbuch** Kapitel 15.1
Schriftführer		
Zahl nicht festgelegt, wird jeweils vom Bundestag beschlossen Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: Voraussetzung Wahl in einem Wahlgang	Art. 40 Abs. 1 Satz 1 GG; § 4 GOBT	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses		
7 Mitglieder, ab 1995 9 Mitglieder Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: Voraussetzung Wahl für die Dauer der Wahlperiode **ab 1. WP**	§ 3 Abs. 1 und 2 des Wahlprüfungsgesetzes vom 12.3.1951 (BGBl. 1 S. 166), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.4.1995 (BGBl. I S. 582)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Wahlmänner für die vom Bundestag zu berufenden Richter des Bundesverfassungsgerichts (Wahlmännerausschuss; ab 1993: Wahlausschuss)		
12 Mitglieder, alle vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: Voraussetzung Wahl nach den Regeln der Verhältniswahl in Verbindung mit dem Höchstwahlverfahren nach *d'Hondt* mit Stimmkarten (verdeckt oder offen) **ab 1. WP**	§ 6 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12.3.1951 (BGBl. I S. 243), zuletzt § 6 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht i. d. F. d. Bek. vom 11.8.1993 (BGBl. I S. 1473)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder des Gremiums gemäß § 9 Abs. 1 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz)		
5 Mitglieder, ab 1995 9 Mitglieder, alle vom Bundestag gewählt („bestimmt") Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: Voraussetzung **ab 5. WP**	§ 9 Abs. 1 bis 4 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz) (G 10) vom 13.8.1968 (BGBl. I S. 949), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.4.1995 (BGBl. I S. 582)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission		
Zahl nicht festgelegt, wird jeweils vom Bundestag beschlossen Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: Voraussetzung (Mitglied des Haushaltsausschusses) Amtszeit über das Ende einer Wahlperiode hinaus bis zur Entscheidung des nachfolgenden Bundestages absolute Mehrheit erforderlich **ab 8. WP**	§§ 4 und 5 Abs. 4 des Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes vom 11.4.1978 (BGBl. I S. 453), geändert durch Gesetz vom 27.5.1992 (BGBl. I S. 997)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
Gremium von Mitgliedern des Haushaltsausschusses (Vertrauensgremium)		
Zahl nicht festgelegt, wird jeweils vom Bundestag beschlossen Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: Voraussetzung (Mitglied des Haushaltsausschusses Wahl für die Dauer der Wahlperiode absolute Mehrheit erforderlich **ab 10. WP**	§ 10 a Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung vom 19.8.1969 (BGBl. I S. 1284), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.12.1993 (BGBl. I S. 2353) in Verbindung mit § 4 des Gesetzes	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder des Gremiums gemäß § 41 Abs. 5 des Außenwirtschaftsgesetzes [zur Kontrolle der Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses]		
5 Mitglieder, ab 1995 9 Mitglieder, alle vom Bundestag gewählt („bestimmt“) Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: Voraussetzung **ab 12. WP**	§ 41 des Siebten Gesetzes zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes, des Strafgesetzbuches und anderer Gesetze vom 28.2.1992 (BGBl. I S. 372), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.4.1995 (BGBl. I S. 582)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder des Gremiums gemäß Artikel 13 Abs. 6 des Grundgesetzes [zur parlamentarischen Kontrolle des Einsatzes technischer Mittel zur Wohnraumüberwachung]		
Zahl nicht festgelegt, wird jeweils vom Bundestag beschlossen Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: Voraussetzung Wahl für die Dauer der Wahlperiode absolute Mehrheit erforderlich **ab 14. WP**	Art. 13 Abs. 6 Satz 2 GG	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages

Keine Wahl durch das Plenum des Bundestages	
Wahlamt	Regelung der Besetzung
Mitglieder des Ältestenrates	Festlegung in der GOBT bezüglich Präsident und Stellvertreter des Präsidenten; Benennung von 23 weiteren Mitgliedern durch die Fraktionen im Verhältnis ihrer Stärke (vgl. §§ 6 und 12 GOBT; zur Zusammensetzung des Ältestenrates vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages).
Mitglieder der Ausschüsse	Beschluss des Bundestages nur über die Zahl der ständigen Ausschüsse und die Zahl ihrer Mitglieder; Benennung der Mitglieder durch die Fraktionen im Verhältnis ihrer Stärke (§§ 54, 57 und 12 GOBT; zur Zusammensetzung der Ausschüsse vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages).
Vorsitzende der Ausschüsse und ihre Stellvertreter	Herbeiführung einer Verständigung zwischen den Fraktionen über die Besetzung der Stellen der Ausschussvorsitzenden und ihrer Stellvertreter durch den Ältestenrat im Verhältnis der Stärke der einzelnen Fraktionen; Bestimmung durch die Ausschüsse (vgl. §§ 58, 6 und 12 GOBT; Amtsinhaber vgl. **Datenhandbuch**, Kapitel 8.2).

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 10.1.

9.2 Oberste Bundesorgane und andere staatliche Ämter und Gremien

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
Bundeskanzler		
Wahlvorschlag durch den Bundespräsidenten (nur beim 1. Wahlgang) MdB: nicht Voraussetzung Wahl ohne Aussprache mit verdeckten Stimmzetteln für die Dauer bis zum Zusammentritt eines neuen Bundestages absolute Mehrheit im 1. und 2. Wahlgang erforderlich, danach einfache Mehrheit Ernennung vom Bundespräsidenten Eidesleistung vor dem Bundestag **seit 1. WP**	Art. 63, 64, 67 und 69 GG, § 4 GOBT	vgl. **Datenhandbuch** Kapitel 6.1

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
Mitglieder des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss)		
seit 1990: 32 Mitglieder, davon 16 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: Voraussetzung **seit 1. WP**	Art. 77 Abs. 2 Satz 1 und 2 GG; Gemeinsame Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Ausschuss nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss) vom 19.4.1951 (BGBl. II S. 103), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 12.11.1990 (BGBl. I S. 2557)	Mitglieder vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages; Vorsitzende des Vermittlungsausschusses vgl. **Datenhandbuch** Kapitel 10.4
Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses nach Artikel 53 a des Grundgesetzes		
seit 1991; 48 Mitglieder, davon 32 vom Bundestag gewählt („bestimmt“) Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung Zugehörigkeit zur Bundesregierung mit der Amtsausübung nicht vereinbar **seit 5. WP**	Art. 53 a GG, eingefügt durch Gesetz vom 24.6.1968 Geschäftsordnung für den Gemeinsamen Ausschuss, Bekanntmachung vom 23.7.1969 (BGBl. I S. 1102)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Richterwahlausschuss		
32 Mitglieder, davon 16 „Mitglieder kraft Amtes“ (= zuständige Landesminister) und 16 „Mitglieder kraft Wahl“ (= durch Bundestag gewählt [„berufen“]) Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung (aber Wählbarkeit zum BT Voraussetzung) Wahl („Berufung“) nach den Regeln der Verhältniswahl für die Dauer bis zur Neuwahl durch einen neu gewählten Bundestag **seit 1. WP**	§§ 2 bis 5 des Richterwahlgesetzes vom 25.8.1950 (BGBl. I S. 368), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.7.1968 (BGBl. I S. 873)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
Präsident und Vizepräsident des Bundesrechnungshofes		
Wahlvorschlag durch Bundesregierung Wahl durch Bundestag und Bundesrat für die Dauer von 12 Jahren MdB: nicht Voraussetzung; Ausübung mit MdB nicht vereinbar Wahl im Bundestag ohne Aussprache mit verdeckten Stimmzetteln Absolute Mehrheit erforderlich Ernennung zu Beamten auf Zeit durch den Bundespräsidenten **seit 10. WP**	§ 5 des Gesetzes über den Bundesrechnungshof (Bundesrechnungshofgesetz) vom 11.7.1985 (BGBl. I S. 1445)	Präsidenten: *Heinz Günter Zavelberg* (Wahl am 27.11.1985) *Hedda Meseke* (Wahl am 30.9.1993) Vizepräsidenten: *Ernst Heuer* (Wahl am 27.11.1985) *Dieter Engels* (Wahl am 12.12.1996)
Bundesbeauftragter für den Datenschutz		
Wahlvorschlag durch Bundesregierung MdB: nicht Voraussetzung; Amtsausübung mit MdB nicht vereinbar Wahl für die Dauer von fünf Jahren absolute Mehrheit erforderlich **seit 11. WP**	§ 22 des Gesetzes zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes vom 20.12.1990 (BGBl. I S. 2954)	*Joachim Jacob* (Wiederwahl am 28.5.1998)
Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik		
Wahlvorschlag durch Bundesregierung MdB: nicht Voraussetzung; Amtsausübung mit MdB nicht vereinbar Wahl für die Dauer von fünf Jahren absolute Mehrheit erforderlich **seit 12. WP**	§ 35 des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz) vom 20.12.1991 (BGBl. I S. 2272)	Joachim Gauck (Wiederwahl am 21.9.1995) *Marianne Birthler* (Wahl am 29.9.2000)

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 10.2.

9.3 Außerparlamentarische Gremien mit parlamentarischer Beteiligung

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
Mitglieder des Schuldenausschusses bei der Bundesschuldenverwaltung		
7 Mitglieder, davon 3 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen[1] MdB: Voraussetzung **ab 1. WP; Erstbesetzung bereits durch Wirtschaftsrat**	§ 6 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über die Errichtung einer Schuldenverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 1.7.1948 (Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes S. 73) § 2 der Verordnung über die Bundesschuldenverwaltung vom 13.12.1949 (BGBl. 1950 S. 1)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder des Kontrollausschusses beim Bundesausgleichsamt		
Anfangs 20 Mitglieder, davon 10 vom Bundestag gewählt, später 22 Mitglieder, davon 11 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung **ab 1. WP**	§ 313 des Gesetzes über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz) vom 14.8.1952 (BGBl. I. S. 446), zuletzt geändert durch Einigungsvertrag vom 31. August 1990 (BGBl. II S. 885, 919, 920)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder des Rundfunkrats der Deutschen Welle		
11 Mitglieder, davon 2 vom Bundestag gewählt; ab April 1990 17 Mitglieder, davon 2 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung Wahl für die Amtszeit des Rundfunkrats von vier Jahren **ab 3. WP**	§ 3 des Gesetzes über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundesrechts vom 29.11.1960 (BGBl. I S. 862), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.4.1990 (BGBl. I S. 823)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages

[1] Oder auch regelmäßig: gemeinsamer Antrag der (drei) Fraktionen mit je einem Namensvorschlag für jede dieser drei Fraktionen; Abstimmung über diesen Antrag durch Handzeichen.

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
Mitglieder des Rundfunkrats des Deutschlandfunks		
22 Mitglieder, davon 5 vom Bundestag gewählt; ab April 1990 31 Mitglieder, davon 5 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung **ab 3. WP**	§ 7 des Gesetzes über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundesrechts vom 29.11.1960 (BGBl. I S. 862), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.4.1990 (BGBl. I S. 823)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder des Verwaltungsrates der Filmförderungsanstalt		
33 Mitglieder, davon 5 vom Bundestag gewählt; ab 1979 23 Mitglieder, davon 3 vom Bundestag gewählt; ab 1986 27 Mitglieder, davon 3 vom Bundestag gewählt; ab 1993 29 Mitglieder, davon 3 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung Berufung durch den Bundesminister für Wirtschaft für drei Jahre **ab 5. WP**	§ 6 des Filmförderungsgesetzes i. d. F. d. Bek. vom 25.1.1993, geändert durch Gesetz vom 27.4.1993 (BGBl. I S. 512)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder des Programmbeirats der Deutschen Bundespost		
10 Mitglieder, davon 3 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung Ernennung durch den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen für eine Dauer von bis zu vier Jahren **ab 8. WP**	§§ 1 und 2 der Geschäftsordnung des Beirats zur Bestimmung der Anlässe für die Ausgabe von Sonderpostwertzeichen ohne Zuschlag der Deutschen Bundespost (Programmbeirat) von 1977	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder des Kunstbeirats der Deutschen Bundespost		
12 Mitglieder, davon 2 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung Ernennung durch den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, bzw. seit 1998 durch den Bundesminister der Finanzen für eine Dauer von bis zu vier Jahren **ab 8. WP**	§§ 1 und 2 der Geschäftsordnung des Beirats für die graphische Gestaltung der Postwertzeichen der Deutschen Bundespost (Kunstbeirat) von 1977	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
Mitglieder des Verwaltungsrates der Deutschen Ausgleichsbank		
23 Mitglieder, davon 5 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung **ab 10. WP**	§ 7 des Gesetzes über die Deutsche Ausgleichsbank vom 23.9.1986 (BGBl. I S. 1544), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.11.1990 (BGBl. I S. 2570, 2576)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung		
22 Mitglieder, alle MdB; Berufung vom Präsidenten des Bundestages Vorschläge: von den Fraktionen MdB: Voraussetzung **ab 11. WP**	§ 6 des Erlasses des Bundesministers des Innern über die Bundeszentrale für politische Bildung vom 8.12.1987	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder des Kuratoriums der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“		
23 Mitglieder, davon 6 vom Bundestag gewählt, die über je zwei Stimmen verfügen; ab August 1996 32 Mitglieder, davon 8 vom Bundestag gewählt, die über je zwei Stimmen verfügen Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: Voraussetzung **ab 11. WP**	§ 7 des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ vom 28.2.1990 (BGBl. I S. 294), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.8.1996 (BGBl. I S. 1326)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglied des Verwaltungsrats des Deutschlandfunks		
7 Mitglieder, davon 1 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung Wahl für die Dauer der Amtszeit des Verwaltungsrats (vier Jahre) **ab 11. WP**	§ 8 des Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundesrechts vom 30.4.1990 (BGBl. I S. 823)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Welle		
7 Mitglieder, davon 1 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung Wahl für die Dauer der Amtszeit des Verwaltungsrats (vier Jahre) **ab 11. WP**	§ 4 des Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundesrechts vom 30.4.1990 (BGBl. I S. 823)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
Mitglieder des Parlamentarischen Beirates der „Stiftung für das sorbische Volk“		
7 Mitglieder, davon 3 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung **ab 12. WP**	§ 6 des Erlasses des Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen über die Errichtung einer „Stiftung für das sorbische Volk“ vom 19.10.1991	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder des Beirats beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik[1]		
16 Mitglieder, davon 7 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung Bestellung durch den Bundesminister des Innern für die Dauer von fünf Jahren **ab 12. WP**	§ 39 des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik vom 20.12.1991 (BGBl. I S. 2272)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder des Kuratoriums der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“		
20 Mitglieder, davon 5 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung **ab 12. WP**	§ 7 des Erlasses über die Errichtung einer „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ (Gemeinsames Ministerialblatt 1992 S. 310)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder des Kuratoriums der „Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit“ (IRZ-Stiftung)		
je ein Abgeordneter der Fraktionen des Deutschen Bundestages, den jede Fraktion für die Dauer einer Legislaturperiode benennen kann sowie dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages oder einem von ihm benannten ständigen Vertreter und dem Vorsizenden des Haushaltsausschusses oder einem von ihm benannten ständigen Vertreter MdB: Voraussetzung **ab 12. WP**	§§ 7, 8 und 27 der Satzung des Vereins Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit, zuletzt geändert am 13.11.1996 von der 4. ordentlichen Mitgliederversammlung	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages

[1] Bezeichnung auch: Beirat nach § 39 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes.

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
Mitglieder des Regulierungsrates beim Bundesministerium für Post und Telekommunikation[1]		
32 Mitglieder, davon 16 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: Voraussetzung **nur 13. WP**[2]	§ 11 des Gesetzes über die Regulierung der Telekommunikation und des Postwesens vom 14.9.1994 (BGBl. I S. 2325, 2371)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder des Kuratoriums der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE)		
höchstens 26 Mitglieder, davon eine nicht genannte Zahl vom Bundestag gewählt (13. WP: 5; ab 14. WP: 6) Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung **ab 13. WP**	§§ 5 und 6 der Satzung der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung vom 5.5.1982, zuletzt geändert am 1.1.1997	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder des Stiftungsrates „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“		
9 Mitglieder, davon 2 vom Bundestag gewählt Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: nicht Voraussetzung **ab 13. WP**	§ 8 des Gesetzes über die humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen (HIV-Hilfegesetz) vom 24.7.1995 (BGBl. I S 972)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder des Kuratoriums der Gesellschaft „Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH“		
12 Mitglieder, davon 2 Mitglieder, die im Einvernehmen mit dem Bundestag von der Gesellschafterversammlung berufen werden MdB: nicht Voraussetzung **ab 14. WP**	§§ 4 und 9 Abs. 1 und 2c und Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages vom 18.12.1996	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Mitglieder des Stiftungsrates der Stiftung CAESAR		
15 Mitglieder, davon 3 vom Bundestag entsandt MdB: Voraussetzung **ab 14. WP**	§§ 1, 5 und 7 Abs. 1 der Stiftungssatzung	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages

[1] Zuvor: Infrastrukturrat beim Bundesminister für Post und Telekommunikation.
[2] Bis 31. Dezember 1997.

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
Mitglieder des Kuratoriums der Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“		
Der Bundestag entsendet den Präsidenten des Bundestages und aus den im Bundestag vertretenen Fraktionen pro angefangene 100 Mitglieder je ein Mitglied MdB: Voraussetzung **ab 14. WP**	§ 5 Abs. 1 und 3 des Gesetzes zur Errichtung einer „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ vom 17.3.2000 (BGBl. I S. 212)	vgl. Amtliches Handbuch d. Deutschen Bundestages
Mitglieder der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“		
27 Mitglieder, davon 5 vom Bundestag zu benennende Mitglieder MdB: nicht Voraussetzung **ab 14. WP**	§ 5 Abs. 1 des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ vom 2. August 2000 (BGBl. I S. 1263, 1264)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 10.3.

9.4 Internationale interparlamentarische Versammlungen

Wahl/Benennung/Berufung Sonstige Angaben	Rechtsgrundlage	Amtsinhaber/ Besetzung des Gremiums
Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der Beratenden [ab Juli 1974: Parlamentarischen] Versammlung des Europarates (seit Juli 1955 zugleich Vertreter in der Versammlung der Westeuropäischen Union)		
18 Vertreter der Bundesrepublik Deutschland Wahlvorschläge von den Fraktionen MdB: Voraussetzung Wahl für die Dauer der Wahlperiode des Bundestages Beginn der Amtszeit mit der Bestätigung der Mandate durch die Parlamentarische Versammlung des Europarates **seit 1. WP**	Gesetz über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland zur Beratenden Versammlung des Europarates vom 11.6.1951 (BGBl. I S. 397) Artikel 1 und 2 des Gesetzes über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 6.12 1990 (BGBl. I S. 2586) Artikel 25 und 26 der Satzung des Europarates (BGBl. II S.1126), zuletzt geändert laut Bekanntmachung vom 8.1.1979 (BGBl. II S. 57)	vgl. Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
Vertreter und Stellvertreter des Deutschen Bundestages im EU-Verfassungskonvent		
Einmalig in der 14. WP (gewählt am 31.1.2002) MdB: Voraussetzung[1]	Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Laeken) vom 14. und 15.12.2001 (vgl. Der Weg zum EU-Verfassungskonvent [= Zur Sache, Hrsg. Deutscher Bundestag, 2002 / Heft 5], Berlin 2002, S. 425ff. (hier S. 449)	Vertreter: *Jürgen Meyer* Stellvertreter: *Peter Altmaier*

Keine Wahl durch das Plenum des Bundestages	
Wahlamt	Regelung der Besetzung
Mitglieder der deutschen Delegation in der Nordatlantischen Versammlung	18 Mitglieder, davon 12 Mitglieder des Bundestages und 6 Mitglieder des Bundesrates (vgl. **Datenhandbuch**, Kapitel 21.5), lediglich Benennung von den Fraktionen
Mitglieder der deutschen Delegationen der Konferenzen der Interparlamentarischen Union (IPU)	Jeweils 8 Mitglieder des Bundestages (vgl. **Datenhandbuch**, Kapitel 21.7); lediglich Benennung von den Fraktionen.

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 10.4.

[1] Zum Zeitpunkt der Wahl war *Jürgen Meyer* Mitglied des Deutschen Bundestag. Er schied mit Ende der 14. Wahlperiode als Abgeordneter aus, behielt jedoch seinen Status als Mitglied des Verfassungskonventes.

10 Gesetzgebung

Überblick Seite

10.1 Statistik zur Gesetzgebung 572
10.2 Gesetzentwürfe der Bundesregierung untergliedert nach Ressorts 576
10.3 Bundestag und Bundesrat 577
– Anteil der Zustimmungs- und Einspruchsgesetze
– Zustimmungsversagungen und Einsprüche des Bundesrates
– Nach Versagung der Zustimmung oder nach Einspruch des Bundesrates nicht verkündete Gesetze
– Vergleich der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und Bundesrat
10.4 Vermittlungsverfahren 583
– Zusammensetzung des Vermittlungsausschusses
– Statistik
– Die Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses
– Vermittlungsausschuss: Bibliographie
10.5 Bundestag und Bundesverfassungsgericht 588
– Verfahrensbeitritte des Bundestages
– Verfassungsklagen aus dem Bundestag
– Wahlen der Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts
10.6 Für nichtig oder verfassungswidrig erklärte Bundesgesetze 594
10.7 Gesetze auf Grund europäischer Impulse 601
10.8 Unionsvorlagen 603
– Anzahl der EU-Vorlagen
10.9 Gesetzentwürfe auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen 606
– Statistischer Überblick
– Chronologische Übersicht

10 Gesetzgebung

Nach Artikel 70 GG steht das Recht der Gesetzgebung grundsätzlich den Ländern zu, soweit nicht im Einzelfall dem Bund durch das Grundgesetz die Gesetzgebungskompetenz zugewiesen ist. Tatsächlich liegt das Schwergewicht der Gesetzgebungsbefugnisse aber beim Bund. Die Zuweisung von Gesetzgebungszuständigkeiten erfolgt nach Sachgebieten. Die meisten Sachgebiete sind in den Artikeln 73 bis 75 GG aufgeführt; es finden sich Zuständigkeitszuweisungen aber auch in zahlreichen anderen Vorschriften des Grundgesetzes. Das Grundgesetz unterscheidet in den Artikel 70 bis 75 GG zwischen

– der ausschließlichen,
– der konkurrierenden und
– der Rahmengesetzgebung des Bundes.

Zur Gesetzgebungszuständigkeit, zu Gesetzgebungsaufträgen des Grundgesetzes, zu Gesetzgebungsvorbehalten des Grundgesetzes sowie zu Anlässen zur Gesetzgebung vgl. bereits ausführlich: **Datenhandbuch 1949 –1999**, Kapitel 11.1 bis 11.4.

10.1 Statistik zur Gesetzgebung

Gesetzesvorhaben aufgeschlüsselt nach Initiatoren	13. WP 1994–1998		14. WP 1998–2002	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Gesamtzahl der beim Bundesrat bzw. Bundestag eingebrachten Gesetzesvorhaben, aufgeschlüsselt nach Initiatoren				
Gesamtzahl	1013	100,0	1013	100,0
Regierungsvorlagen	449	44,3	450	44,4
Gesetzesanträge von Ländern	235	23,2	224	22,1
davon bereits in der Wahlperiode zuvor dem Bundesrat zugeleitet	40	3,9	19	1,9
Gesetzentwürfe auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen (BT/Vermittlungsausschuss)	6	0,6	11	1,1
Initiativen des Bundestages	329	32,5	328	32,4
davon:				
CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN, FDP, PDS	–	–	4	0,4
CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN, FDP	7	0,7	10	1,0
CDU/CSU, SPD, FDP, fraktionslos	1	0,1	–	–
CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN	–	–	3	0,3
CDU/CSU, SPD, FDP	14	1,4	–	–
CDU/CSU, SPD	4	0,4	–	–
CDU/CSU, FDP	103	10,2	2	0,2
SPD, B 90/DIE GRÜNEN, FDP	–	–	2	0,2
SPD, B 90/DIE GRÜNEN	2	0,2	134	13,2
CDU/CSU	2	0,2	56	5,5
SPD	68	6,7	–	–
B 90/DIE GRÜNEN	73	7,2	–	–
FDP	2	0,2	59	5,8
PDS	53	5,2	58	5,7

noch: **Gesetzesvorhaben aufgeschlüsselt nach Initiatoren**	13. WP 1994–1998		14. WP 1998–2002	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Beim Bundestag eingebrachte Gesetzentwürfe aufgeschlüsselt nach Initiatoren				
Beim Bundestag eingebracht	923	100,0	864	100,0
Regierungsvorlagen	443	48,0	443	51,3
Initiativen des Bundesrates	151	16,4	93	10,8
Initiativen des Bundestages	329	35,6	328	38,0
davon:				
CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN, FDP, PDS	–	–	4	0,5
CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN, FDP	7	0,8	10	1,2
CDU/CSU, SPD, FDP, fraktionslos	1	0,1	–	
CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN	–	–	3	0,3
CDU/CSU, SPD, FDP	14	1,5	–	–
CDU/CSU, SPD	4	0,4	–	–
CDU/CSU, FDP	103	11,2	2	0,2
SPD, B 90/DIE GRÜNEN, FDP	–	–	2	0,2
SPD, B 90/DIE GRÜNEN	2	0,2	134	15,5
CDU/CSU	2	0,2	56	6,5
SPD	68	7,4	–	–
B 90/DIE GRÜNEN	73	7,9	–	–
FDP	2	0,2	59	6,8
PDS	53	5,7	58	6,7
Vom Bundestag verabschiedete Gesetze aufgeschlüsselt nach Initiatoren				
Vom Bundestag verabschiedet	566	100,0	559	100,0
Regierungsvorlagen	403	71,2	394	70,5
Initiativen des Bundesrates	36	6,4	22	3,9
Initiativen des Bundestages	102	18,0	108	19,3
davon:				
CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN, FDP, PDS	–	–	3	0,5
CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN, FDP	6	1,1	7	1,3
CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN	–	–	3	0,5
CDU/CSU, SPD, FDP	12	2,1	–	–
CDU/CSU, SPD	3	0,5	–	–
CDU/CSU, FDP	79	14,0	–	–
SPD, B 90/DIE GRÜNEN, FDP	–	–	2	0,4
SPD, B 90/DIE GRÜNEN	–	–	93	16,6
SPD	1	0,2	–	–
B 90/DIE GRÜNEN	1	0,2	–	–
Vereinigung und Abspaltung von Initiativen	25	4,4	27	4,8
Gesetzentwürfe auf der Grundlage von BT-Ausschussempfehlungen	–	–	8	1,4

noch: **Gesetzesvorhaben aufgeschlüsselt nach Initiatoren**	13. WP 1994–1998		14. WP 1998–2002	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Verkündete Gesetze aufgeschlüsselt nach Initiatoren	551	100,0	549	100,0
Regierungsvorlagen	401	72,8	387	70,5
Initiativen des Bundesrates	35	6,4	22	4,0
Initiativen des Bundestages	92	16,7	106	19,3
davon:				
CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN, FDP, PDS	–	–	3	0,5
CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN, FDP	6	1,1	7	1,3
CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN	–	–	3	0,5
CDU/CSU, SPD, FDP	12	2,2	–	–
CDU/CSU, SPD	1	0,2	–	–
CDU/CSU, FDP	71	12,9	–	–
SPD, B 90/DIE GRÜNEN, FDP	–	–	2	0,4
SPD, B 90/DIE GRÜNEN	–	–	91	16,6
SPD	1	0,2	–	–
B 90/DIE GRÜNEN	1	0,2	–	–
Vereinigung und Abspaltungen von Initiativen	23	4,2	25	4,6
Gesetzentwürfe auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen (BT/Vermittlungsausschuss)	–	–	9	1,6
Nicht Gesetz gewordene Entwürfe	13. WP 1994–1998		14. WP 1998–2002	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Nicht Gesetz gewordene Entwürfe, aufgeschlüsselt nach Initiatoren				
Gesamtzahl	467	100,0	464	100,0
Regierungsvorlagen	34	7,3	40	8,6
Bundesratsinitiativen	198	42,4	202	43,5
Bundestagsinitiativen	235	50,3	220	47,4
Gesetzentwürfe auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen	–	–	2	0,4
Gesetzesvorhaben, aufgeschlüsselt nach der im Gesetzgebungsprozess erfahrenen Behandlung	13. WP 1994–1998		14. WP 1998–2002	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Gesamtzahl der Gesetzesvorhaben und deren Behandlung	1013	100,0	1013	100,0
Verkündete Gesetze	551	54,4	549	54,2
nicht Gesetz gewordene Entwürfe	467	46,1	464	45,8
Differenz zur Gesamtzahl[1]	5	0,5	–	–
Beim Bundestag eingebrachte Gesetzentwürfe und deren Behandlung				
Gesamtzahl	923	100,0	864	100,0
In 1. Beratung behandelt	890	96,4	839	97,1
Vom Bundestag verabschiedet	566	61,3	559	64,7

[1] Die Differenz zur Gesamtzahl ist durch Vereinigungen und Abtrennungen von Gesetzesinitiativen zu erklären.

Abstimmungsverhalten, Zustimmungsbedürftigkeit, bei den Gesetzvorhaben	13. WP 1994–1998		14. WP 1998–2002	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Abstimmungsverhalten des Bundestages bei den verabschiedeten Gesetzen				
Vom BT verabschiedet	566	100,0	559	100,0
Annahme in namentlicher Abstimmung in 2. und 3. Beratung	43	7,6	41	7,3
Annahme in namentlicher Abstimmung im Vermittlungsverfahren	15	2,7	6	1,1
Zustimmungsbedürftigkeit der Gesetze				
Verkündet	551	100,0	549	100,0
Als zustimmungsbedürftig verkündet	326	59,2	301	54,8
davon laut BT nicht zustimmungsbedürftig	3	0,5	0	0,0
Als nicht zustimmungsbedürftig verkündet	225	40,8	248	45,2
davon laut BR zustimmungsbedürftig	17	3,1	12	2,2
Beschlüsse des Bundesrates im 2. Durchgang bzw. Vermittlungsverfahren	13. WP 1994–1998		14. WP 1998–2002	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Behandelte Gesetze insgesamt, aufgeschlüsselt nach endgültigem Stand der Behandlung durch den Bundesrat (BR)				
Gesamtzahl	565	100,0	559	100,0
Versagung der Zustimmung	20	3,5	18	3,2
Gesetze zu denen der BR Einspruch einlegte	15	2,7	5	0,9
Einspruch vom Bundestag zurückgewiesen	14	2,5	2	0,4
Gesetzesbeschlüsse des Bundestages, zu denen der Vermittlungsausschuss angerufen wurde				
Gesamtzahl	83	100,0	75	100,0
davon:				
zweifache Anrufung	7	8,4	2	2,7
dreifache Anrufung	1	1,2	0	0,0
Gesetze, zu denen der Vermittlungsausschuss angerufen wurde, aufgeschlüsselt nach Anrufern				
Vom BT verabschiedet	566	100,0	559	100,0
Anrufungen durch den Bundesrat	74	13,1	66	11,8
Anrufungen durch die Bundesregierung	10	1,8	10	1,8
Anrufungen durch den Bundesrat	8	1,4	1	0,2
Gesetze, zu denen der Vermittlungsausschuss angerufen wurde, aufgeschlüsselt nach dem danach erzielten Ergebnis				
Gesamtzahl der Anrufungen des Vermittlungsausschusses	92	100,0	77	100,0
verkündete Gesetze	73	79,3	65	84,4
nicht verkündete Gesetze	10	10,9	12	15,6

Quelle: Verwaltung Deutscher Bundestag, Sach- und Sprechregister.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 11.5.

10.2 Gesetzentwürfe der Bundesregierung untergliedert nach Ressorts

Hinweise zur Benutzung:

– Gesetzentwürfe können auch von mehreren Ministerien gemeinsam vorgelegt werden – in solchen Fällen werden alle beteiligten Ministerien in der Kategorie „Ressort“ angegeben. Die Addition der bei den einzelnen Ministerien genannten Zahlen stimmt daher nicht mit der Gesamtsumme der Regierungsentwürfe überein!

– In der Spalte „eingebracht“ werden auch Gesetzentwürfe berücksichtigt, die zwar in den Bundesrat, nicht aber in den Bundestag eingebracht wurden.

13. WP (1994–1998)				
Ressort	eingebracht	vom BT verabschiedet	anderweitig erledigt	nicht mehr erledigt
Bundeskanzleramt	–	–	–	–
Auswärtiges Amt	80	78	0	2
BM des Innern	38	34	2	2
BM der Justiz	76	65	4	7
BM der Finanzen	44	41	0	3
BM für Wirtschaft	87	87	0	0
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	16	16	0	0
BM für Arbeit und Sozialordnung	35	33	2	0
BM der Verteidigung	10	10	0	0
BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	2	2	0	0
BM für Gesundheit	14	9	2	3
BM für Verkehr	63	61	0	2
BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	23	23	0	0
BM für Post und Telekommunikation[1]	12	12	0	0
BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	9	7	1	1
BM für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	9	7	0	2
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	–	–	–	–

[1] Aufgelöst am 31. Dezember 1997.

14. WP (1998 –2002)				
Ressort	eingebracht	vom Bundestag verabschiedet	anderweitig erledigt	nicht mehr erledigt
Bundeskanzleramt	3	3	0	0
Auswärtiges Amt	30	30	0	0
BM des Innern	36	34	0	2
BM der Justiz	91	81	3	7
BM der Finanzen	78	72	3	3
BM für Wirtschaft und Technologie	55	55	0	0
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ab 12.1.2001:) BM für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	19	19	0	0
BM für Arbeit und Sozialordnung	42	41	0	1
BM der Verteidigung	9	8	0	1
BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	10	10	0	0
BM für Gesundheit	22	10	10	2
BM für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	47	47	0	0
BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	24	24	0	0
BM für Bildung und Forschung	6	5	1	0
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3	3	0	0

Quelle: Verwaltung Deutscher Bundestag, Sach- und Sprechregister.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 11.5.

10.3 Bundestag und Bundesrat

Das Kapitel enthält folgende Tabellen und Übersichten:

– Anteil der Zustimmungs- und Einspruchsgesetze,
– Zustimmungsversagungen und Einsprüche des Bundesrates,
– Übersicht über die Zustimmungsklauseln,
– nach Versagung der Zustimmung bzw. nach Einspruch des Bundesrates nicht verkündete Gesetze,
– Vergleich der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und Bundesrat.

Der Bundesrat verfügt über zwei Möglichkeiten, ein vom Bundestag verabschiedetes Gesetz scheitern zu lassen – je nachdem, ob es sich um ein zustimmungsbedürftiges Gesetz (kurz auch „Zustimmungsgesetz“ genannt) oder um ein nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz (kurz auch „einfaches Gesetz“) handelt[1]:

[1] Vgl. *Gebhard Ziller* und *Georg-Berndt Oschatz*, Der Bundesrat. Düsseldorf, 9. Auflage 1993. (= Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 6). S. 35ff.

1. Bei zustimmungsbedürftigen Gesetzen ist der Bundesrat gleich stark wie der Bundestag; soll das Gesetz zustande kommen, so bedarf es dazu eines übereinstimmenden Willens in beiden Häusern.
2. Bei einem nicht zustimmungsbedürftigen Gesetz kann der Bundesrat nach Abschluss des Vermittlungsverfahrens innerhalb von zwei Wochen Einspruch einlegen (Art. 77 Abs. 3 GG). Das bedeutet, dass sich der Bundestag noch einmal mit diesem Gesetz befassen muss. Hat der Bundesrat den Einspruch mit der Mehrheit seiner Stimmen beschlossen, so kann er vom Bundestag mit absoluter Mehrheit zurückgewiesen werden. Ist der Einspruch vom Bundesrat mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln seiner Stimmen beschlossen worden, benötigt der Bundestag für die Zurückweisung ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder, die aber mindestens die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl ausmachen muss (Art. 77 Abs. 4 GG). Da der Einspruch des Bundesrates vom Bundestag zurückgewiesen werden kann, ist die Stellung des Bundesrates bei nicht zustimmungsbedürftigen Gesetzen vor allem dann nicht besonders stark, wenn diese im Bundestag eine breite Mehrheit finden.

Anteil der Zustimmungs- und Einspruchsgesetze

	13. WP 1994–1998	14. WP 1998–2002
Anteil der		
– Zustimmungsgesetze (in %)	59,2	54,8
– Einspruchsgesetze (in %)	40,8	45,2

Zustimmungsversagungen und Einsprüche des Bundesrates

	13. WP 1994–1998	14.WP 1998–2002
Versagungen der Zustimmung	20	18
– davon Gesetz nach anschließendem Vermittlungsverfahren verkündet	10	11
– davon Gesetz nicht verkündet	10	7
Einsprüche des Bundesrates	15	7
– davon vom Bundestag zurückgewiesen	14	4
– davon nicht zurückgewiesen oder nicht behandelt	1	3
nicht verkündete Gesetze		
– Anzahl	11	10
– in % der vom Bundestag verabschiedeten Gesetze	1,9	1,8

Nach Versagung der Zustimmung oder nach Einspruch des Bundesrates nicht verkündete Gesetze

Grund des Scheiterns	lfd. Nr.	Gesetz
13. Wahlperiode (1994–98)		
Zustimmung BR versagt	1	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
	2	Gesetz zur Begrenzung der Bezügefortzahlung bei Krankheit
	3	Steuerreformgesetz 1998 (StRG)
	4	Steuerreformgesetz 1999
	5	Gesetz zur Ergänzung des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes (Wachstums- und Beschäftigungsförderungs-Ergänzungsgesetz – WFEG)
	6	Gesetz zur Reform der Arbeitsförderung (Arbeitsförderungs-Reformgesetz – AFRG)
	7	Gesetz zur Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes
	8	Gesetz zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung 1997 (Krankenhaus-Neuordnungsgesetz 1997 – KHNG 1997)
	9	Gesetz zur Weiterentwicklung der Strukturreform in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Weiterentwicklungsgesetz – GKVWG)
	10	Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz – AFBG)
Vom BT nicht zurückgewiesene Einsprüche des BR	1	... Strafrechtsänderungsgesetz – §§ 177 bis 179 StGB
14. Wahlperiode (1998–2002)		
Zustimmung BR versagt	1	Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge
	2	Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes
	3	Gesetz zur Ergänzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes und anderer Gesetze (Lebenspartnerschaftsgesetzergänzungsgesetz – LPartGErgG)
	4	Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts
	5	Gesetz zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen und zur Einrichtung eines Registers über unzuverlässige Unternehmen
	6	Gesetz zur Einrichtung eines Registers über unzuverlässige Unternehmen
	7	Verbraucherinformationsgesetz und Gesetz zur Nutzung von Daten zum Verbraucherschutz

Grund des Scheiterns	lfd. Nr.	Gesetz
noch: 14. Wahlperiode (1998–2002)		
Vom BT nicht zurückgewiesene Einsprüche des BR	1	Gesetz zur Ausführung des Zusatzprotokolls vom 18. Dezember 1997 zum Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen
	2	Gesetz zur Errichtung einer Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft zur Finanzierung von Bundesverkehrswegen (Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaftsgesetz – VIFGG)
	3	Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Oktober 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle durch die Schweizerische Eidgenossenschaft über deutschem Hoheitsgebiet und über Auswirkungen des Betriebes des Flughafens Zürich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland (Gesetz zu dem deutsch-schweizerischen Vertrag vom 18. Oktober 2001)
15. Wahlperiode (2002–[1])		
Zustimmung BR versagt		–
Vom BT nicht zurückgewiesene Einsprüche des BR		–

Quelle: Bundesrat, Arbeitsbereich Dokumentation

Vergleich der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und Bundesrat

Angesichts der verfassungsrechtlichen Möglichkeit des Bundesrates, Bundesgesetze durch Zustimmungsversagung scheitern zu lassen, haben sich die Bundesregierungen nicht nur um ausreichende Mehrheiten im Deutschen Bundestag gesorgt, sondern auch um für sie günstige Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat. Insbesondere vor anstehenden Landtagswahlen ist deshalb die Frage von Interesse, inwieweit ein Regierungswechsel in einem Bundesland zugleich den Verlust der Bundesratsmehrheit für die auf Bundesebene regierenden Parteien bedeuten könnte.
Für den Vergleich der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und Bundesrat werden drei Kategorien von Bundesländern gebildet. Bundesländer, in denen die Regierung bzw. die Regierungskoalition mit der Koalition im Bundestag

– identisch ist (**R**[egierungsländer] – Die Landesregierung wird ausschließlich von einer Partei oder von Parteien gebildet, aus denen sich auch die jeweilige Bundesregierung zusammensetzt).
– nicht identisch ist (**O**[ppositionsländer] – Die Landesregierung wird ausschließlich von einer Partei oder von Parteien gebildet, die auf Bundesebene in Opposition zur Bundesregierung stehen).
– teilweise identisch ist (**M**[ischländer] – Die Landesregierung setzt sich aus Parteien zusammen, die auf Bundesebene sowohl der Regierungskoalition als auch der Opposition angehören).

[1] Stand: 31. März 2003.

Wahl-periode	Stand	Regierungs-koalition im Bundestag	Regierungs(koalition) in folgenden Bundesländern damit			Stimmenzahl				Bemer-kungen
			identisch	nicht identisch	teilweise identisch	Bundes-rat insge-samt	davon			
							R-Länder (pro)	O-Länder (contra)	M-Länder (neutral)	
13. WP 1994–1998	Nov. 1994	CDU/CSU + FDP	BY, MV, SN	SH, HH, NI, NW, HE, SL, BB, ST	BE, HB, RP, BW, TH	68	13	34	21	KoaW TH
	Dez. 1994	(wie zuvor)	BY, SN	(wie zuvor)	BE, HB, RP, BW, MV, TH	68	10	34	24	KoaW MV
	Jan. 1996	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	69	10	35	24	[1]
	Juni 1996	(wie zuvor)	BW, BY, SN	(wie zuvor)	BE, HB, RP, MV, TH	69	16	35	18	KoaW BW
	Dez. 1996	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	69	16	35	18	[2]
	Nov. 1997	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	69	16	35	18	KoaW HH
	Mai 1998	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	(wie zuvor)	69	16	35	18	KoaW ST[3]
14. WP 1998–2002	Nov. 1998	SPD + B 90/ DIE GRÜ-NEN	BB, HH, HE, NI, NW, SL, ST, SH	BW, BY, SN	BE, HB, MV, RP, TH	69	35	16	18	RegW Bund KoaW MV
	Apr. 1999	(wie zuvor)	BB, HH, NI, NW, SL, ST, SH	BW, BY, HE, SN	(wie zuvor)	69	30	21	18	RegW HE
	Sept. 1999	(wie zuvor)	BB, HH, NI, NW, ST, SH	BW, BY, HE, SL, SN	(wie zuvor)	69	27	24	18	RegW SL
	Okt. 1999	(wie zuvor)	HH, NI, NW, ST, SH	BW, BY, HE, SL, SN, TH	BE, BB, HB, MV, RP	69	23	28	18	KoaW BB u. TH
	Juni 2001	(wie zuvor)	BE, HH, NI, NW, ST, SH	BW, BY, HE, SL, SN, TH	BB, HB, MV, RP	69	27	28	14	KoaW BE
	Okt. 2001	(wie zuvor)	BE, NI, NW, ST, SH	BW, BY, HH, HE, SL, SN, TH	BB, HB, MV, RP	69	24	31	14	RegW HH

[1] Mit Überschreiten der Einwohnerzahl in Hessen auf über sechs Millionen Erhöhung der Stimmenzahl von vier auf fünf und der Gesamtzahl von 68 auf 69.
[2] Minderheitsregierung in Sachsen Anhalt (SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).
[3] Minderheitsregierung in Sachsen Anhalt (SPD).

Wahl-periode	Stand	Regierungs-koalition im Bundestag	Regierungs(koalition) in folgenden Bundesländern damit			Stimmenzahl				Bemer-kungen
			identisch	nicht identisch	teilweise identisch	Bundes-rat insge-samt	davon			
							R-Länder (pro)	O-Länder (contra)	M-Länder (neutral)	
noch 14. WP Jan. 2002	(wie zuvor)	NI, NW, ST, SH	BW, BY, HH, HE, SL, SN, TH	BE, BB, HB, MV, RP	69	20	31	18		KoaWBE
Mai 2002	(wie zuvor)	NI, NW, SH	BW, BY, HH, HE, SL, SN, ST, TH	BE, BB, HB, MV, RP	69	16	35	18		RegW ST
15. WP 2002–[1]	März 2003	(wie zuvor)	NW, SH	BW, BY, HH, HE, NI, SL, SN, ST, TH	BE, BB, HB, MV, RP	69	10	41	18	RegW NI

Abkürzungen:

SH	=	Schleswig-Holstein	RP	=	Rheinland-Pfalz	BE	=	Berlin	SN	=	Sachsen
HH	=	Hamburg	HE	=	Hessen	MV	=	Mecklenburg-Vorpommern	RegW	=	Regierungswechsel
NI	=	Niedersachsen	BW	=	Baden-Württemberg	BB	=	Brandenburg	KoaW	=	Koalitionswechsel
HB	=	Bremen	BY	=	Bayern	ST	=	Sachsen-Anhalt			
NW	=	Nordrhein-Westfalen	SL	=	Saarland	TH	=	Thüringen			

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 11.8.

[1] Stand: 31. März 2003.

10.4 Vermittlungsverfahren

Der in Artikel 77 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes vorgesehene Vermittlungsausschuss („ein aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates für die gemeinsame Beratung von Vorlagen gebildeter Ausschuss“) hat die Aufgabe, bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundestag und Bundesrat über den Inhalt eines vom Bundestag beschlossenen Gesetzes durch einen Einigungsvorschlag zu vermitteln.

Bei solchen Meinungsverschiedenheiten hat der Bundesrat zu jedem Gesetzesbeschluss des Bundestages binnen drei Wochen nach dessen Eingang das Recht, die Einberufung des Vermittlungsausschusses zu verlangen (Art. 77 Abs. 2 Satz 1 GG). Für den Bundestag und die Bundesregierung ist hingegen das Recht, den Vermittlungsausschuss anzurufen, auf solche Gesetze beschränkt, die der Zustimmung des Bundesrats bedürfen (Art. 77 Abs. 2 Satz 4 GG). Bei Meinungsverschiedenheiten zu zustimmungsbedürftigen Gesetzen sind also drei Vermittlungsverfahren möglich, bevor ein solches Gesetz an der Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat scheitert. Bei Meinungsverschiedenheiten zu einfachen Gesetzen, zu welchen eine förmliche Zustimmung des Bundesrates nicht erforderlich ist, kann lediglich ein Vermittlungsverfahren durchgeführt werden, das nur durch ein Anrufungsbegehren des Bundesrates ausgelöst werden kann. Das beendigte Vermittlungsverfahren ist bei den einfachen Gesetzen sogar notwendige Voraussetzung für einen vom Bundesrat (binnen zwei Wochen) zu beschließenden etwaigen Einspruch (Art. 77 Abs. 3 GG). Nur wenn der Bundestag einen vom Bundesrat beschlossenen Einspruch mit der nach Art. 77 Abs. 4 GG erforderlichen Mehrheit nicht überstimmt, ist das Gesetz gescheitert. Während also bei den zustimmungsbedürftigen Gesetzen die Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat endgültig zum Scheitern des Zustimmungsgesetzes führen kann, hat bei den einfachen Gesetzen der erst nach abgeschlossenem Vermittlungsverfahren mögliche Einspruch des Bundesrates nur hemmende Wirkung, da der Bundestag den Einspruch überstimmen kann, so dass das vom Bundestag beschlossene Gesetz doch noch zustande kommt[1].

Zusammensetzung des Vermittlungsausschusses

Das Grundgesetz (Art. 77 Abs. 2 Satz 1, 2 GG) schreibt vor, dass der Vermittlungsausschuss aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates gebildet wird, die Zusammensetzung im Einzelnen durch eine Geschäftsordnung (in diesem Fall durch die Geschäftsordnung des Vermittlungsausschusses = GOVA) geregelt wird. Dem Prinzip folgend, dass jedes Bundesland im Vermittlungsausschuss durch ein Mitglied vertreten ist, setzt er sich seit Anfang Oktober 1990 aus 32 Mitgliedern zusammen, je 16 aus Bundestag und Bundesrat.
Der Bundestag wählt seine 16 Mitglieder nach dem jeweils beschlossenen Berechnungsverfahren für die Stellenanteile der Fraktionen, so dass die Bundestagsfraktionen im Vermittlungsausschuss nach ihrer Stärke berücksichtigt sind.

[1] Nach: *Philipp Drodt*, Die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses in der sechsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages. In: Bundesanzeiger. Jg. 29. 1977. Nr. 42. S. 5.

Statistik

Die folgende Statistik gibt den Überblick über die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses seit der 13. Wahlperiode[1].

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
Anzahl der Sitzungen des Vermittlungsausschusses	36	35
Anrufungen des Vermittlungsausschusses insgesamt	92	77
davon durch Bundesrat	74	66
– davon durch Bundesregierung	10	10
– davon durch Bundestag	8	1
davon bei einem Gesetz		
– zwei Anrufungen	7	2
– drei Anrufungen	1	–
davon schließlich als Gesetz		
– verkündet	73	65
– nicht verkündet	10	12
Zahl der vom Bundestag verabschiedeten Gesetze	565	558
Anrufungen des Vermittlungsausschusses **in %** der vom BT verabschiedeten Gesetze[2]	16,3	13,8
Als Gesetz **nicht** verkündete Gesetzesvorlagen **in %** der vom BT verabschiedeten Gesetze	1,8	2,15

Die Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses

Zum Vorsitz im Vermittlungsausschuss enthält § 2 GOVA folgende Regelung:
„Der Ausschuss wählt je ein Mitglied des Bundestages und des Bundesrates, die im Vorsitz vierteljährlich sich abwechseln und einander vertreten.“

Wahl periode	Mitglied des Bundestages	Mitglied des Bundesrates
13. WP 1994–1998	*Heribert Blens*, CDU	*Oskar Lafontaine*, SPD (Ministerpräsident, Saarland) ab 18.1.1996: *Henning Voscherau*, SPD (Präsident des Senats, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg) ab 13.11.1997: *Hans Eichel*, SPD (Ministerpräsident, Hessen)

[1] Quellen: *Josef Hoffmann*, Die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses in der vierzehnten Wahlperiode des Deutschen Bundestages. In: Bundesanzeiger. Jg. 55. 2003. G 1990. Und: GESTA-Datenbank.
[2] Einschließlich mehrfacher Anrufungen bei **einem** Gesetz.

Wahl periode	Mitglied des Bundestages	Mitglied des Bundesrates
14. WP 1998–2002	*Heribert Blens*, CDU	*Ortwin Runde*, SPD (Präsident des Senats, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg) ab 11.12.2001: *Sigmar Gabriel*, SPD (Ministerpräsident, Niedersachsen)
15. WP 2002–[1]	*Joachim Hörster*, CDU	*Sigmar Gabriel*, SPD (Ministerpräsident, Niedersachsen) ab 20.3.2003: *Henning Scherf*, SPD (Bürgermeister, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen)

Vermittlungsausschuss: Bibliographie

Die Bibliographie zur Tätigkeit des Vermittlungsausschusses wurde erstmals ins Datenhandbuch aufgenommen und beinhaltet aus diesem Grund Literatur, die sich auf den Zeitraum der ersten bis zur beginnenden 15. Wahlperiode bezieht.

Titel der Darstellung
Bardenhewer, Franz, Die Entstehung und Auflösung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Gesetzgebungsorganen. Der Ausschuss nach Art. 77 Grundgesetz und die Stellung des Bundesrates im Gesetzgebungsverfahren. Pfaffenweiler 1984.
Bauer, Thomas L., Der Vermittlungsausschuss. Politik zwischen Konsens und Konkurrenz. Bremen 1999.
Bismark, Hans, Grenzen des Vermittlungsausschusses. In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 36. 1983. H. 7. S. 269-279.
Brückenbauer für Kompromisse. Der Vermittlungsausschuss. In: Bundestag-Report. 1996. H. 12. S. 22-24.
Cornils, Matthias, Politikgestaltung durch den Vermittlungsausschuss. In: Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 117. 2002. H. 8. S. 497-507.
Dästner, Christian, Die Geschäftsordnung des Vermittlungsausschusses. Berlin 1995.
Dästner, Christian, Der „unechte Einigungsvorschlag“ im Vermittlungsverfahren. Oder: Hat der Vermittlungsausschuss versagt? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 30. 1999. H. 1. S. 26-40.
Dietlein, Max, Der Dispositionsrahmen des Vermittlungsausschusses. In: Neue juristische Wochenschrift. Jg. 36. 1983. H. 3. S. 80-89.
Dietlein, Max, Vermittlung zwischen Bundestag und Bundesrat. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin 1989. S. 1565-1578.
Dietlein, Max, Zulässigkeitsfragen bei der Anrufung des Vermittlungsausschusses. In: Archiv des öffentlichen Rechts. Jg. 106. 1981. H. 4. S. 525-548.

[1] Stand: 31. März 2003.

Titel der Darstellung
Drodt, Philipp, Die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses in der dritten Wahlperiode des Deutschen Bundestages. In: Bundesanzeiger. Jg. 14. 1962. Nr. 11. S. 4-9.
Drodt, Philipp, Die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses in der sechsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages. In: Bundesanzeiger. Jg. 29. 1977. Nr. 42. S. 5.
Ensslin, Dankwart, Der Ausgleich zwischen der ersten und der zweiten Kammer im Gesetzgebungsverfahren der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Schweiz. Stuttgart 1962. (Zugl.: Tübingen, Univ., Diss., 1962.)
Hasselsweiler, Ekkehart, Der Vermittlungsausschuss. Verfassungsgrundlagen und Staatspraxis. Eine Untersuchung der parlamentsrechtlichen und verfassungspolitischen Bedeutung des Ausschusses nach Art. 77 Abs. 2 des Grundgesetzes unter besonderer Berücksichtigung seiner Verfahrenspraxis. Berlin 1981.
Henseler, Paul, Möglichkeiten und Grenzen des Vermittlungsausschusses. Eine Untersuchung am Beispiel des 2. Haushaltstrukturgesetzes. In: Neue juristische Wochenschrift. Jg. 35. 1982. H. 16. S. 849-855.
Kämmerer, Jörn Axel, Muss Mehrheit immer Mehrheit bleiben? Über die Kontroversen um die Besetzung des Vermittlungsausschusses. In: Neue juristische Wochenschrift. Jg. 56. 2003. H. 16. S. 1166-1168.
Hoffmann, Josef, Die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses in der vierzehnten Wahlperiode des Deutschen Bundestages. In: Bundesanzeiger. Jg. 55. 2003. G 1990.
Lenz, Carl Otto, Der Vermittlungsausschuss – eine dritte Kammer? In: Fehlentwicklungen im Verhältnis von Bundesrat und Bundestag? Hrsg. von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden. Wiesbaden 1997. S. 43.
Lhotta, Roland, Konsens und Konkurrenz in der konstitutionellen Ökonomie bikameraler Verhandlungsdemokratie. Der Vermittlungsausschuss als effiziente Institution politischer Deliberation. In: Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Wiesbaden 2001. S. 93-117.
Lhotta, Roland, Der „lästige“ Föderalismus. Überlegungen zum konsensuellen „deadlock“ am Beispiel von Bundesrat und Vermittlungsausschuss. In: Föderalismus zwischen Konsens und Konkurrenz. Tagungs- und Materialienband zur Fortentwicklung des deutschen Föderalismus. Hrsg. von *Ursula Männle*. Baden-Baden 1998. S. 79-91.
Lorenz, Jürgen und *Wolf J. Bell,* Vermittlungsausschuss. Scharnier zwischen Bundestag und Bundesrat. Bonn 1976.
Lovens, Sebastian, Die Besetzung der Bundestagsbank des Vermittlungsausschusses. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 34. 2003. H. 1. S. 33-41.
Niemann, Helmuth, Die bundesstaatliche Bedeutung des Bundesrates unter besonderer Berücksichtigung der Funktion des Vermittlungsausschusses. Göttingen 1978.
Opfermann, Wilhelm, Einigung durch Vermittlung. Die Rolle des Vermittlungsausschusses in der 7. Legislaturperiode. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 9. 1976. H. 9. S. 206-210.
Ossenbühl, Fritz, Der Handlungsspielraum des Vermittlungsausschusses. Zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 13. Mai 1986. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 4. 1989. H. 2. S. 159-161.
Pieper, Paul, Die staatsrechtliche Bedeutung des Vermittlungsausschusses gemäß Artikel 77 des Grundgesetzes. Mainz 1954.
Posser, Diether, Der Vermittlungsausschuss. 1. Koreferat. In: Vierzig Jahre Bundesrat. Tagungsband zum wissenschaftlichen Symposion in der Evangelischen Akademie Tutzing vom 11. bis 14. April 1989. Baden-Baden 1989. S. 203-211.
Reinert, Harri, Vermittlungsausschuss und Conference Committees. Ein Beitrag zur vergleichenden Lehre der Herrschaftssysteme. Heidelberg 1966.
Schäfer, Hans, Der Vermittlungsausschuss. In: Der Bundesrat als Verfassungsorgan und politische Kraft. Beiträge zum 25-jährigen Bestehen des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. vom Bundesrat. Bad Honnef 1974. S. 277-297.
Schenke, Wolf-Rüdiger, Die verfassungsrechtlichen Grenzen der Tätigkeit des Vermittlungsausschusses. Dargestellt am Beispiel des 2. Haushaltsstrukturgesetzes. Berlin 1984.

Titel der Darstellung
Schulze-Fielitz, Helmuth, Gesetzgebung als materiales Verfassungsverfahren. Die Befugnisse des Vermittlungsausschusses und die Aufspaltung von Gesetzen. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 2. 1983. H. 12. S. 709-717.
Statistik über die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses 1. bis 8. Wahlperiode. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 13. 1982. H. 4. S. 481.
Stein, Karin, Die Besetzung der Sitze des Bundestages im Vermittlungsausschuss. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 22. 2003. H. 5. S. 557-562.
Strohmeier, Rudolf W., Der Vermittlungsausschuss als Überausschuss? Anmerkungen zur Kompetenz des Vermittlungsausschusses anlässlich seiner Beschlussempfehlung zu Art. 26a 2. Haushaltsstrukturgesetz 1982. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 13. 1982. H. 4. S. 473-480.
Teichert, Alois, Die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses seit der Konstituierung bis zum 31. Dezember 1952. In: Bundesanzeiger. Jg. 5. 1953. Nr. 1. S. 6-10.
Troßmann, Hans, Bundestag und Vermittlungsausschuss. In: Juristenzeitung. Jg. 38. 1983. H. 1. S. 6-13.
Vogel, Friedrich, Der Vermittlungsausschuss. 2. Koreferat. In: Vierzig Jahre Bundesrat. Tagungsband zum wissenschaftlichen Symposion in der Evangelischen Akademie Tutzing vom 11. bis 14. April 1989. Baden-Baden 1989. S. 213-225.
Vogel, Friedrich, Zu den politischen und rechtlichen Grenzen der Kompetenzen des Vermittlungsausschusses. In: Recht und Pflicht. Von der Freiheit eines Rechtspolitikers. Beiträge zu 20 Jahren Rechtspolitik. *Detlef Kleinert* zum 60. Geburtstag. Hrsg. von *Stefan Diekwisch*. Ronnenberg 1992. S. 91-100.
Wessel, Franz, Der Vermittlungsausschuss nach Artikel 77 des Grundgesetzes. In: Archiv des öffentlichen Rechts. Jg. 38. 1951/52. H. 2/3. S. 283-313.
Wetzel, Anne, La recherche du compromis politique en France et en Allemagne. Le fonctionnement de la commission de la conciliation et de la commission mixte paritaire. In: Allemagne d'aujourd'hui. Jg. 2000. H. 154. S. 35-58.
Wetzel, Anne, Vermittlungsausschuss und Commission mixte paritaire (CMP). Politische Kompromissfindung in Frankreich und Deutschland. In: Dokumente. Jg. 58. 2002. S. 51-57.
Wex, Günther, Der Ausschuss nach Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes. Eine staatsrechtliche und staatspolitische Untersuchung. Marburg 1956.
Willigmann, Klaus, Das Verfahren bei Zustimmungsgesetzen unter Anrufung des Vermittlungsausschusses. In: Die Öffentliche Verwaltung. Jg. 14. 1961. H. 10. S. 370-374.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 11.9.

10.5 Bundestag und Bundesverfassungsgericht

Über die verschiedenen Arten der Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht sowie deren gesetzliche Grundlagen informiert das **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 11.12.

Verfahrensbeitritte des Bundestages

Wahl-periode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
13. WP 1994–1998	Anträge der Bundestagsabgeordneten Dr. *Gregor Gysi* und *Rolf Kutzmutz* festzustellen: Der Deutsche Bundestag und der 1. Ausschuss verletzen die Rechte der Antragsteller aus Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG und die Rechtstaatlichkeit (1) durch die Regelung und Ausgestaltung eines Verfahrens zur Überprüfung von Abgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik durch § 44b AbgG sowie ergänzende Richtlinien und eine Absprache, (2) indem sie ein Verfahren gemäß § 44b AbgG gegen die Antragsteller durchführen, **und** Antrag im Wege des Erlassens einer einstweiligen Anordnung (1) das Ruhen des gegen die Antragsteller eingeleiteten Verfahrens gemäß § 44b AbgG bis zur Entscheidung des BVerfG in der Hauptsache anzuordnen, (2) die Geheimhaltung aller im Verfahren gemäß § 44b AbgG gegen die Antragsteller gesammelten Informationen und Unterlagen durch den Antragsgegner zu 2) und seine Mitglieder anzuordnen.	Prof. Dr. *Wolfgang Löwer*
	Antrag der Gruppe der Abgeordneten der Partei des Demokratischen Sozialismus im 13. Deutschen Bundestag betreffend die Zuerkennung des Fraktionsstatus, hilfsweise weiterer Gruppenrechte.	Prof. Dr. *Knut Ipsen*
	Anträge der PDS festzustellen, dass der Deutsche Bundestag gegen Art. 21 Abs. 1 und Art. 3 Abs. 1 GG verstoßen hat, indem er 1. den Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. *Christa Luft*, Dr. *Gregor Gysi* und der Gruppe der PDS zum Einzelplan 06 des Bundeshaushalts 1995 (BT-Drs. 13/938) vom 28.3.1995 auf Umschichtung des Titels 68405 - Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit - zugunsten der Stiftung „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.“ mit Beschluss vom 29.3.1995 ablehnte; 2. es unterließ, in den am 29.3.1995 beschlossenen Einzelplan 06 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1995, wirksam geworden durch die Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates mit Beschluss vom 2.6.1995, einen „Globalzuschuss“ zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit zur Gewährung an den Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.“ einzustellen.	Prof. Dr. *Martin Morlok*

Wahl-periode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
noch: 13. WP 1994–1998	Anträge der PDS festzustellen, dass der Deutsche Bundestag gegen Art. 21 Abs. 1 GG und Art. 3 Abs. 1 GG verstoßen hat, indem er 1. den Änderungsantrag der Gruppe der PDS zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1996 vom 7.11.1995 (Drs. 13/2901) auf Umschichtung des Kapitels 06 02, Titel 68405 – Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit – zugunsten der Stiftung „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.“ mit Beschluss vom 8.11.1995 ablehnte; 2. es unterließ, in den am 10.11.1995 beschlossenen Einzelplan 06 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1996 einen Globalzuschuss zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit zur Gewährung an den Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.“ einzustellen.	Prof. Dr. *Martin Morlok*
	Organstreitverfahren der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dreier Abgeordneter des Deutschen Bundestages zum Petitionsinformationsrecht.	Prof. Dr. *Markus Heinzten*
	Antrag der Fraktion der SPD festzustellen, dass der Beschluss des 1. Untersuchungsausschusses des 13. Deutschen Bundestages vom 15. 1.1997 betreffs Ziffer 2 der Ausschussdrucksache 259 gegen Art. 44 GG verstößt.	Prof. Dr. *Wolfgang Löwer*
	Antrag der PDS festzustellen, dass der Deutsche Bundestag Rechte der Antragstellerin aus Art. 21 Abs. 1 GG und Art. 3 Abs. 1 GG dadurch verletzt hat, dass er 1. den Änderungsantrag der Gruppe der PDS zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997 vom 26.11.1996 (Drs. 13/6237) auf Umschichtung des Kapitels 06 02, Titel 68405 - Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit - zugunsten der Stiftung „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.“ mit Beschluss vom 27.11.1996 ablehnte; 2. durch das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) vom 20.12.1996 (BGBl. I S. 2033) den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1997 feststellte, ohne einen Globalzuschuss zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit zur Gewährung an den Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.“ einzustellen.	Prof. Dr. *Martin Morlok*
14. WP 1998–2002	Verfahren über den Antrag festzustellen, dass die Bundesregierung mit ihrer Zustimmung zu den Beschlüssen über das neue strategische Konzept der NATO auf der Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs in Washington am 23. und 24. April 1999, ohne das verfassungsmäßig vorgeschriebene Zustimmungsverfahren beim Deutschen Bundestag einzuleiten, gegen Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG verstoßen und damit Rechte des Deutschen Bundestages verletzt hat.	Prof. Dr. *Helmut Steinberger*

Wahl-periode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
noch: 14. WP 1998–2002	Antragstellerin: Fraktion der PDS im Deutschen Bundestag Organklagen 1. des Kreisverbandes Krefeld der Christlichen Demokratischen Union Deutschlands, 2. der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Unterbezirk Krefeld, 3. des Kreisverbandes Krefeld von B 90/DIE GRÜNEN betreffend das Gesetz zur Neueinteilung der Wahlkreise für die Wahl zum Deutschen Bundestag (Wahlkreis-Neueinteilungsgesetz – WKNeuG) vom 1. Juli 1998 (BGBl I Seite 1698 ff.).	Prof. Dr. *Jörn Ipsen*
	Verfahren über den Antrag festzustellen, 1. dass Artikel 78 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946 (GVBl. I S. 229), letztmals geändert durch Gesetz vom 20. März 1991 (GVBl. S. 102), mit Artikel 28 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Demokratieprinzip nicht vereinbar ist, soweit für die Prüfung der Wahlen zum Hessischen Landtag bestimmt ist, dass „gegen die guten Sitten verstoßende Handlungen, die das Wahlergebnis beeinflussen“, die Wahl „im Falle der Erheblichkeit für den Ausgang der Wahl“ ungültigmachen; 2. dass Artikel 78 Abs. 3 der Verfassung des Landes Hessen und das Hessische Wahlprüfungsgesetz vom 5. August 1948 (GVBl. S. 93, berichtigt S. 137), geändert durch Gesetz vom 4. Juli 1962 (GVBl. 1962, S. 314), mit Artikel 20 Abs. 2 Satz 2, Artikel 92, Artikel 97 Abs. 1, Artikel 101 Abs. 1 Satz 2 GG in Verbindung mit Artikel 19 Abs. 4, Artikel 28 Abs. 1 GG und dem Rechtsstaatsprinzip insoweit nicht vereinbar sind, als das Wahlprüfungsgericht beim Hessischen Landtag neben den beiden höchsten Richtern des Landes mit drei vom Landtag gewählten Abgeordneten besetzt ist (Artikel 78 Abs. 3 HessVerf, §§ 1, 2 WahlprüfungsG) und seine Entscheidungen durch Urteil trifft, das mit seiner Verkündung rechtskräftig wird (§ 17 WahlprüfungsG), und dass die genannten Vorschriften daher im Umfang der Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz nichtig sind. 3. Antragstellerin: Hessische Landesregierung	Prof. Dr. *Hans Meyer*
	Organstreitverfahren des Mitgliedes des Deutschen Bundestages *Ronald Pofalla* gegen 1. den Deutschen Bundestag 2. den Präsidenten des Deutschen Bundestages wegen Verletzung von Abgeordnetenrechten.	Prof. Dr. *Martin Morlock*
	Verfahren zur verfassungsrechtlichen Prüfung des Gesetzes zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften/Lebenspartnerschaften vom 16. Februar 2001 (BGBl I S. 266). Antragstellerinnen: Bayerische Staatsregierung, Staatsregierung des Freistaates Sachsen, Landesregierung des Freistaates Thüringen.	Prof. Dr. *Bodo Pieroth*

Wahl-periode	Art der Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht	mit der Vertretung des Bundestages beauftragt
15. WP 2002–[1]	Verfahren über den Antrag festzustellen, dass die vom Deutschen Bundestag durch Beschluss vom 30. Oktober 2002 festgesetzte Bestimmung des Verfahrens der Besetzung der Bundestagsbank des Vermittlungsausschusses in der 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages verfassungs-widrig ist. Antragstellerin: Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag.	Prof. Dr. *Joachim Wieland*
	Organstreitverfahren der Partei DIE GRAUEN – Graue Panther und der Ökologisch-Demokratischen Partei gegen § 18 Abs. 4 des Parteiengesetzes wegen Erhöhung des erforderlichen Prozentsatzes an Wählerstimmen als Voraussetzung für staatliche Zuschläge.	Prof. Dr. *Erhard Denninger*

Zusammenstellung: Deutscher Bundestag, Sekretariat Rechtsausschuss (Dr. *Andrea Krebs*).

Verfassungsklagen aus dem Bundestag

Eingang	Antragsteller	Akten-zeichen	Gegenstand	a) Tag der Entscheidung b) Ergebnis
23.3.1994	SPD-Fraktion	2 BvE 2/94	Verstoß der Bundesregierung gegen Art. 44 Abs. 1 GG durch die Weigerung, Protokolle von Sitzungen des Verwaltungsrates und des Vorstandes der Treuhandanstalt vorzulegen	a) 22.8.2000 b) Anträge als unzulässig verworfen
22.8.1994	*Ortwin Lowack*, MdB	2 BvE 5/94	16. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Fraktionsgesetz) vom 11. März 1994	a) 11.1.1995 b) Antrag verworfen
10.4.1995	Dr. *Gregor Gysi*, MdB	2 BvE 1/95	Überprüfung von Abgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR aufgrund von § 44 b des Abgeordnetengesetzes	a) 21.5.1996 b) Antrag zum Teil zurückgewiesen und zum Teil als unzulässig verworfen.
10.4.1995	*Rolf Kutzmutz*, MdB	2 BvE 2/95	Überprüfung von Abgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR aufgrund von § 44 b des Abgeordnetengesetzes	a) 5.3.1997 b) wie zuvor
9.5.1995	Gruppe der PDS	2 BvE 4/95	Versagung des Fraktionsstatus	a) 17.9.1997 b) Anträge zum Teil als unzulässig verworfen und im übrigen als unbegründet verworfen

[1] Stand: 31. März 2003.

Eingang	Antragsteller	Akten-zeichen	Gegenstand	a) Tag der Entscheidung b) Ergebnis
8.5.1996	*Wolfgang Schäuble*, MdB, und weitere 278 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion	1 BvF 1/96	Schulgesetz Brandenburg (Nicht-Anerkennung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach)	a) 31.10.2002 b) BVerfG hat einvernehmliche Verständigung vorgeschlagen; entspr. Vereinbarung wurde abgeschlossen
21. 6.1996	*Ortwin Lowack*, MdB	2 BvE 2/96	§ 35a Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes i. d.. F. des Gesetzes zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten vom 15.12.1995	a) 16.7.1996 b) Rücknahme
20.2.1997	SPD-Fraktion	2 BvE 1/97	Beschluss des 1. Untersuchungsausschusses vom 15.1.1997 betr. Plutoniumeinfuhr (Verletzung parlamentarischer Minderheitenrechte)	a) 15.10.2001 b) Rücknahme
5.3.1997	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2 BvE 2/97	Nichtbearbeitung von Petitionen durch den Bundesminister für Post und Telekommunikation	a) 2.10.2001 b) Antragsteller und -gegner haben den Rechtsstreit für erledigt erklärt; Verfahren wurde eingestellt
30.6.1997	SPD-Fraktion	2 BvE 4/97	Verstoß der Bundesregierung gegen Art. 115 Abs. 1 Satz 2 GG beim Vollzug des Haushalts 1996	a) 13.2.2001 b) Verfahren wurde eingestellt
11.5.1998	Dr. *Gregor Gysi*, MdB	2 BvE 2/98	Überprüfung von Abgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR aufgrund von § 44 b des Abgeordnetengesetzes	a) 20.7.1998 b) Antrag zum Teil zurückgewiesen und zum Teil als unzulässig verworfen
20.10.1999	PDS-Fraktion	2 BvE 6/99	Verstoß der Bundesregierung gegen Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG durch die Zustimmung zum neuen strategischen Konzept der NATO ohne vorherige Beteiligung des Deutschen Bundestages	a) 22.11.2001 b) zulässiger Antrag wurde als unbegründet zurückgewiesen
25.10.2000	CDU/CSU-Fraktion	2 BvE 1/00	Verstoß der Bundesregierung gegen die Rechte des Bundestages und der Fraktion der CDU/CSU aus Art. 46 Abs. 2 bis 4 GG i. V. m. der Bundestreue und der Verfassungsorgantreue dadurch, dass sie gegen das Land Nordrhein-Westfalen wegen Beantragung der Aufhebung der Immunität des Bundestagsabgeordneten *Pofalla* durch die Staatsanwaltschaft keinen Bund-Länder-Streit eingeleitet habe	a) 24.1.2001 b) Antrag als unzulässig verworfen

Eingang	Antragsteller	Akten-zeichen	Gegenstand	a) Tag der Entscheidung b) Ergebnis
26.10.2000	*Ronald Pofalla,* MdB	2 BvE 2/00	Verstoß des Bundestages gegen die Rechte des Abgeordneten aus Artikel 38 Abs. 1 Satz 2 GG i. V. m. Art. 46 Abs. 2 GG durch Entscheidungen in Immunitätsangelegenheiten	a) 17.12.2001 b) Anträge als unbegründet zurückgewiesen
10.7.2001	*Frank Hofmann,* MdB und 12 weitere Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion	2 BvE 1/01	Verstoß des Präsidenten des Deutschen Bundestages gegen die Rechte der Antragsteller aus Art. 47 Satz 2 GG durch die Genehmigung, einen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluss in den Räumen des Bundestages durchzuführen	a) 30.7.2003 b) Antrag des Abgeordneten *Hofmann* ist zulässig und begründet, hinsichtlich der weiteren Abgeordneten ist Antrag unzulässig. Antrag im Organstreit-verfahren ist unbegründet.
7.12.2001	CDU/CSU-Fraktion sowie 5 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion	2 BvE 2/01	Organstreitverfahren gegen den 1 Untersuchungsausschuss des 14. Deutschen Bundestages wegen der unterlassenen Durchführung von Beweisbeschlüssen und der Ablehnung von Beweisanträgen (Verstoß gegen Art. 44 Abs.1 und Art.38 Abs.1 GG)	a) 8.4.2002 b) Anträge teilweise verworfen, teilweise zurückgewiesen und teilweise begründet
25.1.2002	CDU/CSU-Fraktion und FDP-Fraktion	2 BvQ 8/02	Antrag der Bundesregierung im Wege der einstweiligen Anordnung jegliche Maßnahme bis zum Inkrafttreten eines Nachtragshaushalts für 2002 zu untersagen, die zu weiteren Festlegungen hinsichtlich der Beschaffung des Großraumflugzeuges A 400 M führen	a) – b) Rücknahme des Antrags
8.11.2002	CDU/CSU-Fraktion	2 BvE 3/02	Verfahren über den Antrag festzustellen, dass die vom Deutschen Bundestag durch Beschluss vom 30. Oktober 2002 festgesetzte Bestimmung des Verfahrens der Besetzung der Bundestagsbank des Vermittlungsausschusses in der 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages verfassungswidrig ist	a) 3.12.2002 b) Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung wurde abgelehnt. Verfahren in der Hauptsache ist noch offen.

Zusammenstellung: Deutscher Bundestag, Sekretariat Rechtsausschuss (Dr. *Andrea Krebs*)

Wahlen der Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts

Jahr	Präsident des Bundesverfassungsgerichts[1]	Stellvertreter des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
1994	*Jutta Limbach* (14.9.1994; BT)	*Jutta Limbach* (24.3.1994 - 13.9.1994; BT) *Johann-Friedrich Henschel* (29.9.1994 - 12.10.1995; BR)
1995		*Otto Seidel*
1996		(ab 13.10.1995, BT)
1997		
1998		*Hans-Jürgen Papier*
1999		(27.2.1998 – 9.4.2002, BR)
2000		
2001		
2002	*Hans-Jürgen Papier*	*Winfried Hassemer*
2003[2]	(10.4.2002, BR)	(ab 10.4.2002, BT)

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 11.12.

10.6 Für nichtig oder verfassungswidrig erklärte Bundesgesetze

Die nachfolgende Übersicht führt in zeitlicher Reihenfolge die von Oktober 1994 bis zum März 2003 vom Bundesverfassungsgericht für nichtig und mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärten Bundesgesetze auf. „Nichtigkeit“ bedeutet, dass die für verfassungswidrig erklärte Norm aus der Rechtsordnung eliminiert wird. Diese Wirkung tritt mit Wirksamkeit der Entscheidung kraft Gesetzes ein. Gemäß § 31 Abs. 2 Bundesverfassungsgerichtsgesetz hat die Entscheidung über die Nichtigkeit einer Norm Gesetzeskraft, was bedeutet, dass ihr allgemeinverbindliche Wirkung zukommt. Ist ein Gesetz verfassungswidrig, so ist die Nichtigkeit die Regel, sie kann aber dann keine Anwendung finden, wenn auf diese Weise in die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers eingegriffen würde. Kommen zur Beseitigung eines festgestellten rechtswidrigen Zustandes mehrere gesetzliche Möglichkeiten in Betracht oder würde durch die Nichtigkeitserklärung ein Zustand herbeigeführt, der der verfassungsmäßigen Ordnung noch weniger entspräche als die beanstandete Regelung, so wird ein Gesetz nicht für nichtig, sondern nur für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt.

Auch die Unvereinbarkeitserklärung ergeht gemäß § 31 Abs. 2 Bundesverfassungsgerichtsgesetz in Gesetzeskraft. Sie eliminiert die mit dem Grundgesetz unvereinbare Vorschrift aber nicht aus der Rechtsordnung, sondern lässt sie formell bestehen. Sie verpflichtet den Gesetzgeber nur zur Schaffung einer verfassungsmäßigen Rechtslage, bis dahin besteht eine Rechtsanwendungssperre.

[1] In der Tabelle bedeutet:
BT = vom Wahlmännerausschuss des Bundestages gewählt
BR = vom Bundesrat gewählt

[2] Stand: 31. März 2003.

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes	Bekanntmachung/ Fundstelle
11.10.1994	Drittes Verstromungsgesetz vom 17. November 1980 (BGBl. I S. 2137)	nichtig mit Ausnahme der §12, § 13 Abs. 1 Nummer 5, Absätze 2-4 und 6-9, § 15 und § 17	BGBl. (1995) I S. 93
10.1.1995	Flaggenrechtsgesetz i. d. F. vom 4. Juli 1990 (BGBl. I S. 1342)	§ 21 Abs. 4 Satz 3	BGBl. I S. 137
10.1.1995	Bundesausbildungsförderungsgesetz i. d. F. vom 13. Juli 1981 (BGBl. I S. 625)	§ 11 Abs. 2 erster Halbsatz	BGBl. I S. 478
11.1.1995	Reichsversicherungsordnung i. d. F. vom 18. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2261)	§ 385 Abs. 1a	BGBl. I S. 855
7.3.1995	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. vom 2. Juli 1976 (BGBl. I S. 1749)	§ 1747 Abs. 2 Satz 1 und 2	BGBl. I S. 884
22.6.1995	Vermögenssteuergesetz i. d. F. vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 1398)	§ 10 Nummer 1	BGBl. I S. 1191
22.6.1995	Erbschaftssteuer- und Schenkungssteuergesetz i. d. F. vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2624)	§ 12 Abs. 1 und 2	BGBl. I S. 1192
31.1.1996	Bundesbesoldungsgesetz i. d. F. vom 30. August 1990 (BGBl. I S. 1849)	§ 55 Abs. 5 Satz 6	BGBl. I S. 586
12.3.1996	Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeitengesetz vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1450)	§ 32a Abs. 5 Satz 2 und § 32 Abs. 6a Satz 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes, §1255a Abs. 5 Satz 2 und § 1255 Abs. 6a Satz 2 der Reichsversicherungsordnung, § 54a Abs. 5 Satz 2 und § 54 Abs. 6a Satz 2 des Reichsknappschaftsgesetzes	BGBl. I S. 1173
15.10.1996	Gesetz zur Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes vom 17. Mai 1990 (BGBl. I S. 934)	Artikel 4 Abs. 2	BGBl. (1997) I S. 549
8.4.1998	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch in der Fassung des Sachenrechtsänderungsgesetzes vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2457)	Art. 233 § 2a Abs. 8 Satz 1	BGBl. I S. 2208
1.7.1998	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung – Strafvollzugsgesetz (StVollzG) vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 581)	§ 200 Abs. 1	BGBl I S. 2208

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes	Bekanntmachung/ Fundstelle
15.7.1998	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom 19. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3610) Auch in der Fassung Gesetz über weitere Maßnahmen auf dem Gebiet des Versorgungsausgleichs vom 8. Dezember 1896 (BGBl. I S. 2317)	§ 18 Art. 3	BGBl. (1999) I S. 8
30.9.1998	Einkommensteuergesetz in der Fassung vom 24. Januar 1984	§ 22 Nr. 3 Satz 3	BGBl. I S. 3430
10.11.1998	Arbeitsförderungsgesetz in der Fassung des Gesetzes zur Änderung arbeitsförderungsrechtlicher und anderer sozialrechtlicher Vorschriften vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1306)	§ 128a Abs. 1 und 2	BGBl. (1999) I S. 61
10.11.1998	Drittes Sozialgesetzbuch vom 24. März 1997 (BGBl l. S. 594)	§ 148	BGBl. (1999) I S. 61
10.11.1998	Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BaföG) in der Fassung des Zwölften Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 22. Mai 1990 (BGBl. I S. 936)	§ 11 Abs. 3 Satz 3 § 36 Abs. 1 Satz 3	BGBl. (1999) I S. 79
10.11.1998	Einkommensteuergesetz in der Fassung des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 vom 26. Juni 1985 (BGBl. I S. 1153)	§ 32 Abs. 6	BGBl. (1999) I S. 142
10.11.1998	Einkommensteuergesetz in der Fassung des Art. 1 des Gesetzes zur Förderung von Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen im Beitrittsgebiet sowie zur Änderung steuerpflichtiger und anderer Vorschriften (Steueränderungsgesetz 1991) vom 24. Juni 1991 (BGBl. I S. 1322)	§ 54 Abs. 1	BGBl. (1999) I S. 143
10.11.1998	Einkommensteuergesetz seit Einführung durch Art. 3 Nummer 19 des Steuerbereinigungsgesetzes 1985 vom 14. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1493)	§ 33c	BGBl. (1999) I S. 143f.
10.11.1998	Einkommensteuergesetz seit der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung des Einkommensteuergesetzes vom 24. Januar 1984 (BGBl. I S. 113) bis zur Änderung durch Art. 1 Nummer 8 des Gesetzes zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie (Steuersenkungsgesetz (1986/1988) vom 26. Juni 1985 (BGBl. I S. 1153)	§ 32 Abs. 3 und Abs. 4	BGBl. (1999) I S. 143f.
10.11.1998	Einkommensteuergesetz seit der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung des Einkommensteuergesetzes vom 15. April 1986 (BGBl. I S. 441) einschließlich aller nachfolgenden Fassungen	§ 32 Abs. 7	BGBl. (1999) I S. 143f.
10.11.1998	Einkommensteuergesetz in der Fassung von Art. 1 Nummer 2 Buchstabe f) des Gesetzes zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 848)	§ 3 Nummer 12 Satz 1	BGBl. (1999) I S. 370

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes	Bekanntmachung/ Fundstelle
24.11.1998	Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz) in den Fassungen von 1987 bis 1995 (BGBl. [1987] I S. 2062, [1988] I S. 2363, [1988] I S. 2363, [1992] I S. 266, [1993] I S. 342, [1993] I S. 2139, [1994] I S. 2229, [1995] I S. 1942)	Art. 1 § 1	BGBl. (1999) I S. 371
2.3.1999	Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie in der Fassung des Art. 3 Nummer 2 des Gesetzes zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, über Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten und zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2312)	§ 3 Abs. 2 Satz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 16	BGBl. I S. 372
29.3.1999	Bundesausbildungsförderungsgesetz in der Fassung des Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 30. Juli 1991 (BGBl. I S. 1732)	§ 28 Abs. 1 Satz 1	BGBl. I S. 699
6.5.1999	Gesetz zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebiets (Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz – AAÜG) vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1606, 1677) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Renten-Überleitungsgesetzes (RÜG-ÄndG) vom 18. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2207)	§ 7 Abs. 1 Satz 1	BGBl. I S. 944
6.5.1999	Gesetz zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebiets (Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz – AAÜG) vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1606, 1677)	§ 10 Abs. 2 Satz 1	BGBl. I S. 944
14.5.1999	Gesetz zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebiets (Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz – AAÜG) vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1606, 1677) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Renten-Überleitungsgesetzes (RÜG-ÄndG) vom 24. Juni 1993 (BGBl. I S. 1038)	§ 10 Abs. 1 Satz 2	BGBl. I S. 1060
18.5.1999	Gesetz zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebiets (Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz – AAÜG) vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1606, 1677) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Renten-Überleitungsgesetzes (RÜG-ÄndG) vom 24. Juni 1993 (BGBl. I S. 1038)	§ 6 Abs. 2 und § 6 Abs. 3 Nummer 7	BGBl. I S. 1060

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes	Bekanntmachung/ Fundstelle
12.8.1999	Gesetz zur Beschränkung des Brief- und Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz) (G 10) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung und anderer Gesetze (Verbrechensbekämpfungsgesetz) vom 28. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3186), geändert durch das Begleitgesetz zum Telekommunikationsgesetz (BegleitG) vom 17. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3108)	§ 3 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 Nummer 5, Abs. 3, Abs. 4, Abs. 5 Satz 1, Abs. 7 Satz 1, Abs. 8 Satz 2, § 9 Abs. 2 Satz 3	BGBl. I S. 1914
27.10.1999	Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686)	§ 99 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Abs. 2 Satz 1	BGBl. I (2000) S. 54
5.12.1999	Gesetz zur Anpassung schuldrechtlicher Nutzungsverhältnisse an Grundstücken im Beitrittsgebiet (Schuldrechtsanpassungsgesetz – SchulRAnpG) vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2538)	§ 14 Satz 1	BGBl. I S. 2528
5.12.1999	Gesetz zur Anpassung schuldrechtlicher Nutzungsverhältnisse an Grundstücken im Beitrittsgebiet (Schuldrechtsanpassungsgesetz – SchulRAnpG) vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2538) in Verbindung mit § 3 Abs. 1 der Nutzungsentgeltverordnung vom 22. Juli 1993 (BGBl. I S. 1339), auch in der Fassung der Verordnung vom 24. Juli 1997 (BGBl. I S. 1920)	§ 20 Abs. 1 und 2	BGBl. I S. 2528
5.12.1999	Gesetz zur Anpassung schuldrechtlicher Nutzungsverhältnisse an Grundstücken im Beitrittsgebiet (Schuldrechtsanpassungsgesetz – SchulRAnpG) vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2538)	§ 23 Abs. 1 bis 3, 5 und 6	BGBl. I S. 2528
16.2.2000	Verordnung über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe zur Herstellung von Arzneimitteln (Frischzellen-Verordnung) vom 4. März 1997 (BGBl. I S. 432)	§ 1 Abs. 1, § 2 Abs. 2	BGBl. I S. 199
29.3.2000	Bundesversorgungsgesetz (BVG)	§ 84a	BGBl. I S. 445
29.3.2000	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 (Reichsgesetzblatt S. 771)	§ 62	BGBl. I S. 444
29.3.2000	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der Fassung des Artikel 8 Nummer 13 des Gesetzes zur Reform des Kindschaftsrechts vom 16. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2942)	§ 55	BGBl. I S. 444
15.3.2000	Fünftes Buch Sozialgesetzbuch in der Fassung des Art. 1 Nummer 1 des Gesetzes zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheitsstrukturgesetz) vom 21. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2266)	§ 5 Absatz 1 Nummer 11 Halbsatz 1	BGBl. I S. 1300

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes	Bekanntmachung/ Fundstelle
15.3.2000	Gesundheits-Reformgesetz in der Fassung des Art. 25 Nummer 1 des Gesetzes zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheitsstrukturgesetz) vom 21. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2266)	Art. 56 Abs. 3 Halbsatz 1	BGBl. 1300
24.5.2000	Viertes Buch Sozialgesetzbuch eingefügt durch Art 1 Nummer 2 des Gesetzes zur sozialrechtlichen Behandlung von einmalig gezahltem Arbeitsentgelt vom 12. Dezember 1996 (BGBl. I S. 1859)	§ 23 a	BGBl. I S. 1082
24.5.2000	Arbeitsförderungsgesetz in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und zum Schutz der Solidargemeinschaft vor Leistungsmissbrauch vom 14. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2602)	§ 112 Abs. 1 Satz 2	BGBl. I S. 1082
24.5.2000	Fünftes Buch Sozialgesetzbuch, verkündet als Artikel 1 § 47 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2477)	§ 47 Abs. 2 Satz 1	BGBl. I S. 1082
24.5.2000	Drittes Buch Sozialgesetzbuch verkündet als Art. 1 § 134 1 Satz 3 Nummer 1 des Gesetzes zur Reform der Arbeitsförderung vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 594)	§ 134 Abs. 1 Satz 3 Nummer 1	BGBl. I S. 1082
13.12.2000	Bundesrechtsanwaltordnung	§ 25 und 226	BGBl. (2001) I S. 891
3.4.2001	Elftes Buch Sozialgesetzbuch vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014)	§ 54 Abs. 1 und 2, § 55 Abs. 1 Satz 1, § 57	BGBl. I S. 774
22.5.2001	Gesetz über die Berufe in der Altenpflege (Altenpflegegesetz – AltPflG) sowie zur Änderung des Krankenpflegegesetzes vom 17. November 2000 (BGBl. I S. 1513)	Art. 1 § 4 Abs. 6 und § 9 Art. 1, 3 und 4,	BGBl. I S. 1042
10.10.2001	Gesetz über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Entschädigungsgesetz – EntschG) vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2624)	§ 1 Abs. 3	BGBl. I S. 3920
16.1.2002	Gesetz über den Ladenschluss vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875)	§ 14 Abs. 4	BGBl. I S. 581
6.3.2002	Einkommensteuergesetz in der für den Veranlagungszeitraum 1996 geltenden Fassung der Bekanntmachung vom 7. September 1990 (BGBl. I S. 1898, berichtigt 1991 S. 808) zuletzt geändert durch das Jahressteuer-Ergänzungsgesetz 1996 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1959)	§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nummer 2 und Abs. 2 Satz 1	BGBl. I S. 1305
20.3.2002	Strafgesetzbuch	§ 43a	BGBl. I S. 1340
16.1.2003	Jugendgerichtsgesetz	§ 51 Abs. 2	BGBl. I S. 178

BVerfG-Entscheidung vom ...	Titel des Gesetzes	nichtige bzw. verfassungswidrige Teile des Gesetzes	Bekanntmachung/ Fundstelle
29.1.2003	Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung des Gesetzes zur Reform des Kindschaftsrechts (Kindschaftsrechtsreformgesetz) vom 16. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2942)	§ 1626a	BGBl. I S. 274
11.2.2003	Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3586);Verordnung über den Betrieb von Apotheken (Apothekenbetriebsordnung – ApBetrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 1995 (BGBl. I S. 1195); Gesetz über die Werbung auf dem Gebiete des Heilwesens in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3068).	§ 43 Abs. 1 Satz 1 § 17 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 § 8 Abs. 1 Satz 1	BGBl. I S. 455

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 –1999**, Kapitel 11.13.

10.7 Gesetze auf Grund europäischer Impulse

Die Frage, wie hoch der Anteil europäischer Impulse bei der Gesetzgebung des Bundestages in einzelnen innenpolitischen Politikfeldern war, steht immer wieder im Interesse der Öffentlichkeit. Für die nachfolgende Statistik wurden Bereiche wie Auswärtiges, wirtschaftliche Zusammenarbeit oder völkerrechtliche Verträge ausgeklammert. Als „europäische Impulse“ werden in der Auszählung alle die Akte der EU verstanden, die den Bundestag dazu veranlassen, ein Gesetzesvorhaben entweder erst zu initiieren, oder jedenfalls inhaltlich in Richtung der von dem europäischen Akt geforderten Auflagen zu modifizieren. Solche Impulse sind: Richtlinien, die durch Gesetz umgesetzt werden können, Verordnungen, die zwar keiner Umsetzung bedürfen, die es jedoch unter Umständen erforderlich machen können, entgegenstehendes Recht zu reformieren, Entschließungen des Rates, Übereinkommen, Empfehlungen der Kommission sowie Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und intergouvernementale Abkommen zwischen Staaten der EU.

Ressort bzw. Sachgebiet	12. WP (1990–1994)			13. WP (1994–1998)			14. WP (1998–2002)		
	Verabschiedete Gesetze im Ressort	davon auf Grund europäischer Impulse		Verabschiedete Gesetze im Ressort	davon auf Grund europäischer Impulse		Verabschiedete Gesetze im Ressort	davon auf Grund europäischer Impulse	
	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %
Inneres	58	8	13,8	43	5	11,6	53	10	18,9
Justiz	77	17	22,1	76	22	28,9	92	33	35,9
Finanzen	46	11	23,9	38	10	26,3	71	29	40,8
Wirtschaft Wirtschaft und Technologie (seit 14.WP)	23	5	21,7	23	8	34,8	36	17	47,2
Ernährung Landwirtschaft und Forsten; (seit 18.01.2001:) Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	26	8	30,8	20	13	65,0	26	18	69,2
Arbeit und Sozialordnung	29	3	10,3	40	6	15,0	42	10	23,8
Familie und Senioren/ Familie, Senioren, Frauen und Jugend (seit 13. WP)	9	0	0,0	5	1	20,0	11	4	36,4
Frauen und Jugend	5	1	20,0	–	–	–	–	–	–
Gesundheit	24	13	54,2	34	6	17,6	30	6	20,0

Ressort bzw. Sachgebiet	12. WP (1990–1994)			13. WP (1994–1998)			14. WP (1998–2002)		
	Verabschiedete Gesetze im Ressort	davon auf Grund europäischer Impulse		Verabschiedete Gesetze im Ressort	davon auf Grund europäischer Impulse		Verabschiedete Gesetze im Ressort	davon auf Grund europäischer Impulse	
	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %
Verkehr; Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (seit 14. WP)	23	6	26,1	22	8	36,4	23	7	30,4
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	8	8	100,0	11	6	54,5	13	9	69,2
Post und Telekommunikation[1]	2	1	50,0	7	5	71,4	–	–	–
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	11	1	9,1	11	1	9,1	–	–	–
Forschung und Technologie; Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (seit 13. WP); Bildung und Forschung (seit 14. WP)	5	1	20,0	9	1	11,1	8	0	0,0
innenpolitische Ressorts insgesamt	**346**	**83**	**24,0**	**339**	**92**	**27,1**	**405**	**143**	**35,3**

Quelle: Verwaltung Deutscher Bundestag, Referat Sach- und Sprechregister (Datenbank GESTA).

□ Angaben für den Zeitraum bis 1990 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 11.4.

[1] Aufgelöst am 31. Dezember 1997.

10.8 Unionsvorlagen

Der Deutsche Bundestag nimmt Mitwirkungsrechte in europäischen Angelegenheiten wahr. Dazu hat die Bundesregierung den Bundestag und den Bundesrat „umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unterrichten“, heißt es in Art. 23 Abs. 2 Satz 2 GG. Die Informationspflicht der Bundesregierung soll sicherstellen, dass das Parlament über alle Informationen verfügt, die es zur Wahrnehmung seiner Mitwirkungsrechte an der innerstaatlichen Willensbildung benötigt.

Zur Umsetzung dieser Regelung des Grundgesetzes wurde das „Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union“ (EUZBBG) vom 12. März 1993 (BGBl. I S. 311) geschaffen und die Informationspflicht der Bundesregierung in den §§ 3 bis 5 konkretisiert.

Das mit der Einrichtung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union geltende differenziertere Verfahren bei der Behandlung von Unionsvorlagen wird in § 93 „Unionsvorlagen“ der vom Bundestag am 15. Dezember 1994 beschlossenen Änderung der Geschäftsordnung (BGBl. [1995] I S. 11) folgendermaßen dargestellt:

„(1) Vorhaben gemäß §§ 3 bis 5 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union und gemäß Artikel 2 des Gesetzes zu den Verträgen zur Gründung der EWG und EURATOM sowie Unterrichtungen des Europäischen Parlaments (Unionsvorlagen) sind unmittelbar an den Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union zu leiten.

(2) Die zuständigen Ausschüsse können Unionsvorlagen und deren Entwürfe (Unionsdokumente) vor und unabhängig von der förmlichen Unterrichtung des Bundestages zum Verhandlungsgegenstand erklären. Die Ausschüsse haben dem Präsidenten und dem Vorsitzenden des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union anzuzeigen, welche Unionsdokumente sie zum Verhandlungsgegenstand erklärt haben.

(3) Der Vorsitzende des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union legt dem Präsidenten in Abstimmung mit den Fachausschüssen einen Überweisungsvorschlag für die eingegangenen Unionsvorlagen und für die von den Ausschüssen zum Verhandlungsgegenstand erklärten Unionsdokumente vor. Der Präsident überweist die Unionsvorlagen und Unionsdokumente im Benehmen mit dem Ältestenrat an einen Ausschuss federführend und an andere beteiligte Ausschüsse zur Mitberatung.

(4) Die Titel der überwiesenen Unionsdokumente werden in einer Sammelübersicht aufgenommen, die verteilt wird und aus der ersichtlich ist, welchen Ausschüssen die Vorlagen überwiesen sind. Ein Unionsdokument wird als Bundestagsdrucksache verteilt, wenn es der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union bei seinem Überweisungsvorschlag beantragt und der Ältestenrat zustimmt, wenn es im Ältestenrat vereinbart wird oder wenn der federführende Ausschuss eine über die Kenntnisnahme hinausgehende Beschlussempfehlung vorlegt.

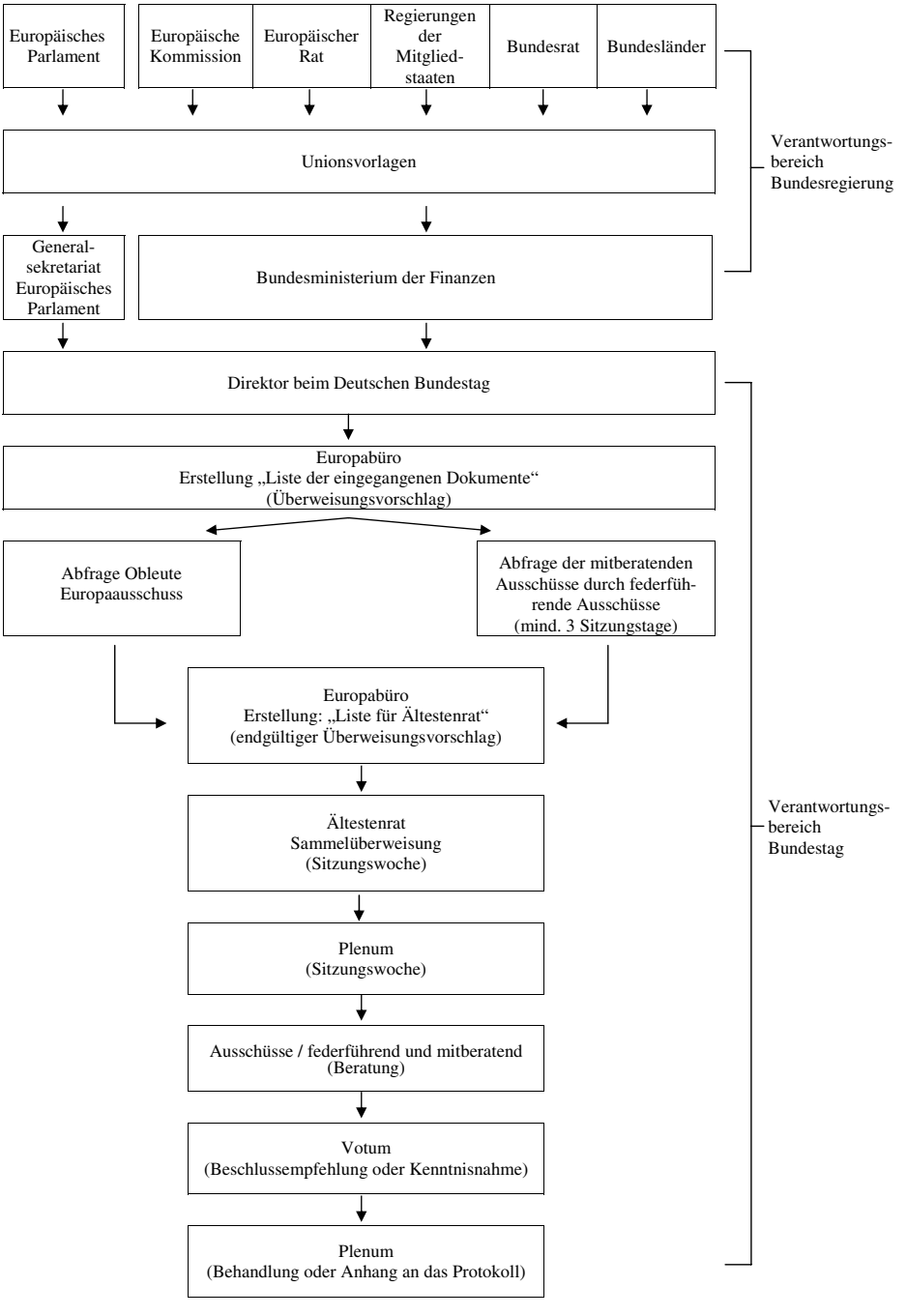
(5) Die Ausschüsse können Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie Mitglieder des Rates und der Kommission der Europäischen Union oder deren Beauftragte zu ihren Beratungen in Europaangelegenheiten hinzuziehen. Sie können Unionsdokumente gemeinsam mit Ausschüssen des Europäischen Parlaments gleicher Zuständigkeit beraten.

(6) Die Ausschüsse können zur Vorbereitung von Entscheidungen über Unionsdokumente Delegationen zu einem Ausschuss des Europäischen Parlaments mit gleicher Zuständigkeit oder zu anderen Organen der Europäischen Union entsenden.“

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Deutschen Bundestag hat über die Behandlung der ihm gemäß § 93 GOBT zugeleiteten Unionsvorlagen am 25. Oktober 1995 Grundsätze vorgelegt[1]. Die Behandlung von Unionsvorlagen im Deutschen Bundestag ist im nachfolgenden Schaubild grafisch dargestellt[2].

[1] Veröffentlicht bei *Felix Hauck*, Mitwirkungsrechte des Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union. Berlin 1999. S. 157-162.

[2] Nach: *Angelika Merlin, Uwe Jaensch* und *Herbert Walther*, Behandlung von Unionsvorlagen im Bundestag = Der Aktuelle Begriff, Nr. 42/02 vom 29.10.2002. In: Der aktuelle Begriff 2001/2002. Hrsg. von den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages. Berlin 2002. S. 166-168.


Europäisches Parlament
Europäische Kommission
Europäischer Rat
Regierungen der Mitglied-staaten
Bundesrat
Bundesländer
Unionsvorlagen
Verantwortungs-bereich Bundesregierung
General-sekretariat Europäisches Parlament
Bundesministerium der Finanzen
Direktor beim Deutschen Bundestag
Europabüro
Erstellung „Liste der eingegangenen Dokumente“
(Überweisungsvorschlag)
Abfrage Obleute Europaausschuss
Abfrage der mitberatenden Ausschüsse durch federführende Ausschüsse
(mind. 3 Sitzungstage)
Europabüro
Erstellung: „Liste für Ältestenrat“
(endgültiger Überweisungsvorschlag)
Ältestenrat
Sammelüberweisung
(Sitzungswoche)
Plenum
(Sitzungswoche)
Ausschüsse / federführend und mitberatend
(Beratung)
Votum
(Beschlussempfehlung oder Kenntnisnahme)
Plenum
(Behandlung oder Anhang an das Protokoll)
Verantwortungs-bereich Bundestag

Anzahl der EU-Vorlagen[1]

	Zahl der EU-Vorlagen insgesamt	davon		davon im Plenum des Bundestages im Rahmen einer Beschlussempfehlung vorgelegte EU-Vorlagen		davon im Plenum des Bundestages tatsächlich debattierte EU-Vorlagen	
		Ratsdokumente	Entschließungen des Europäischen Parlaments	Ratsdokumente	Entschließungen des Europäischen Parlaments	Ratsdokumente	Entschließungen des Europäischen Parlaments
12. WP 1990–1994	2070	1853	217	210	29	56	18
13. WP 1994–1998	2952	2522	430	152	14	34	2
14. WP 1998–2002	3137	2652	485	90	12	55	9

Quelle: Europäisches Parlament, Verbindungsstelle der Bundestagsverwaltung (Europabüro); Verwaltung Deutscher Bundestag, Sach- und Sprechregister.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1990 s. **Datenhandbuch 1949 –1999**, Kapitel 11.17.

[1] In der Statistik sind nur die Ratsdokumente und Entschließungen des Europäischen Parlaments enthalten. Nicht enthalten sind jene Dokumente, wie z.B. der Maastrichter Vertrag, die dem Deutschen Bundestag nicht förmlich zugeleitet werden, sondern als multilaterale Verträge eingebracht werden.

10.9 Gesetzentwürfe auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen

In der Gesetzesstatistik im Abschlussband der Publikation „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ (kurz GESTA) wurden für die 14. Wahlperiode erstmals die Gesetzesinitiativen nicht mehr nur unterteilt in die drei Rubriken:

– „Regierungsvorlagen“,
– „Gesetzesanträge von Ländern“ und
– „Initiativen des Bundestages“,

sondern zusätzlich in eine vierte Rubrik:

– „Gesetzentwürfe auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen (BT/Vermittlungsausschuss)“[1].

Die Neuaufnahme dieser letztgenannten Rubrik kann insofern zunächst Unverständnis hervorrufen, liegt doch das Gesetzesinitiativrecht nach Art. 76, Abs. 1 Grundgesetz ausdrücklich „beim Bundestage durch die Bundesregierung, aus der Mitte des Bundestages oder durch den Bundesrat“. Der Passus „aus der Mitte des Bundestages“ ist dahingehend in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (§ 62 GOBT) sowie zuletzt in einer Auslegungsentscheidung durch den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung vom 30. November 1989 konkretisiert worden, dass „den Ausschüssen keineswegs ein eigenes Initiativrecht bei der Beratung von Gesetzesvorlagen zugestanden“ wird[2].
Eine Durchsicht der Gesetze zeigt, dass die Ausschussempfehlungen in der Regel von den Koalitionsfraktionen oder von der Bundesregierung als Gesetzesinitiative ordnungsgemäß eingebracht wurden. Eine entsprechende Datenbankabfrage nach jenen Gesetzentwürfen, die seit 1972 auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen erfolgten, ermöglicht genauere statistische Angaben, die dokumentieren, wer auf Grund welcher Beschlussempfehlung letztlich initiativ wurde. In einer weiteren Übersicht (Tabelle 2) wurden die jeweiligen Gesetze aufgelistet und – stark verkürzt – der Gesetzgebungsgang skizziert. Die Reihenfolge erfolgte chronologisch nach dem Datum der Drucksache der Beschlussempfehlung des Ausschusses. Durch die Angabe der Fundstelle in den GESTA-Abschlussbänden sind die Gesetze leicht auffindbar und können im Hinblick auf den Gesetzgebungsgang weiterer Analysen unterzogen werden[3].

[1] Vgl.: Stand der Gesetzgebung des Bundes: Verkündete Gesetze und nicht Gesetz gewordene Entwürfe. Abschlussband 14. Wahlperiode 1998-2002. Hrsg. vom Deutschen Bundestag und Bundesrat. Baden-Baden 2003. Hier S. XXVII. Der gedruckte Abschlussband ist im Internet unter: http://dip.bundestag.de/gesta/GESTA.online.14.pdf abrufbar.

[2] Die Auslegungsentscheidung zitiert nach: Handbuch für die Parlamentarische Praxis. Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Bearb. und hrsg. von *Heinrich Georg Ritzel*, *Joseph Bücker* und *Hermann Josef Schreiner*. Neuwied 2003. [Loseblattsammlung] Hier: Kommentar zu § 62 GOBT.

[3] Zur Frage der Gesetzesinitiative durch Ausschüsse vgl. auch: *Thilo Brandner*, Der Bundestagsausschuss als Gesetzesinitiant? Überlegungen aus Anlass einiger Gesetzesbeschlüsse des 13. Deutschen Bundestages. In: Jura. Jg. 21. 1999. H. 9. S. 449-455.

Statistischer Überblick

Gesetzentwürfe auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen (Bundestag/Vermittlungsausschuss)								
	7. WP 1972–1976	8. WP 1976–1980	9. WP 1980–1983	10. WP 1983–1987	11. WP 1987–1990	12. WP 1990–1994	13. WP 1994–1998	14. WP 1998–2002
Insgesamt	0	7	1	5	2	12	6	11
auf Grundlage einer Ausschussempfehlung des:								
– Vermittlungsausschuss	–	–	–	–	–	4	1	3
– Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	–	–	–	–	–	–	–	1
– Rechtsausschuss	–	7	–	1	–	6	1	1
– Finanzausschuss	–	–	–	2	1	–	3	4
– Haushaltsausschuss	–	–	1	–	–	–	–	1
– Innenausschuss	–	–	–	2	1	–	–	–
– Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	–	–	–	–	–	–	1	–
– Ausschuss für Raumordnung	–	–	–	–	–	1	–	–
– Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung	–	–	–	–	–	1	–	1
eingebracht durch:								
– Bundesregierung	–				1	1	3	3
– Koalitionsfraktionen	–				1	1	2	7
– Koalitionsfraktionen mit weitere(n)Fraktion(en)	–				–	–	1	1
– Interfraktionelle Vorlage	–				–	7	–	–
– eine Fraktion	–				–	3	–	–

Chronologische Übersicht

Wahl-periode	Gesetz	GESTA-Fundstelle	Initiative (Beschlussempfehlung des ...)	Drucksache der Beschlussempfehlung des Ausschusses	Formal eingebracht durch	Gesetz vom:	Fundstelle im Bundesgesetzblatt
8. WP 1976-1980	Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung	1-C27	Rechtsausschuss	8/1482 vom 27.1.1978	Regierungsvorlage	14.4.1978	BGBl. I S. 497
	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge (Versammlungsgesetz)	1-C34	Rechtsausschuss	8/1845 vom 1.6.1978	Fraktion der CDU/CSU	25.12.1979	BGBl. I S. 2306
	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Personalausweise und zur Regelung der Meldepflicht in Beherbergungsstätten	1-B51	Rechtsausschuss	8/1845 vom 1.6.1978	Fraktion der CDU/CSU	6.11.1978	BGBl. I S. 1712
	Gesetz zur Änderung zwangsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften	1-C26	Rechtsausschuss	8/1414 vom 11.1.1978	Bundesregierung	1.2.1979	BGBl. I S. 127
	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 15. Dezember 1975 über das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt	1-XC11	Rechtsausschuss	8/2799 vom 3.5.1979	Bundesregierung	26.7.1979	BGBl. II S. 833
	Gesetz zur Änderung des Wehrstrafgesetzes	1-C58	Rechtsausschuss	8/3313 vom 5.11.1979	Bundesregierung	21.12.1979	BGBl. I S. 2326
	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Bergmannsprämien	1-D84	Finanzausschuss	8/3824 vom 19.3.1980	Bundesregierung	7.5.1980	BGBl. I S. 532
9. WP 1980-1983	Neuntes Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes	1-I05	Haushaltsausschuss	9/985	Bundesregierung	22.12.1981	BGBl. I S. 1566
10. WP 1983-1987	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Entlastung der Gerichte in der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit	1-C01	Rechtsausschuss	10/668 vom 24.11.1983	Bundesrat	22.12.1983	BGBl. I S. 1515
	Fünfunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 21 Abs. 1)	1-B28	Innenausschuss	10/684 vom 25.11.1983	Fraktion der CDU/CSU u. FDP	21.12.1983	BGBl. I S. 1481

Wahl-periode	Gesetz	GESTA-Fundstelle	Initiative (Beschlussempfehlung des ...)	Drucksache der Beschlussempfehlung des Ausschusses	Formal eingebracht durch	Gesetz vom:	Fundstelle im Bundesgesetzblatt
noch: 10. WP 1983-1987	Drittes Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes	1-D49	Finanzausschuss	10/2942 vom 27.2.1985	Regierungsvorlage	26.3.1985	BGBl. I S. 578
	Steuerbereinigungsgesetz 1986	1-D38	Finanzausschuss	10/4498 vom 6.12.1985	Regierungsvorlage	19.12.1985	BGBl. I S. 2436
	Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes	1-J18	Innenausschuss	10/6613 vom 3.12.1986	Regierungsvorlage	28.1.1987	BGBl. I S. 486
11. WP 1987-1990	Gesetz zur Änderung des Bundespersonalvertretungsgesetzes	1-B40	Innenausschuss	11/1492 vom 9.12.1987	Abgeordnete und Fraktion der CDU/CSU u. FDP	10.7.1989	BGBl. I S. 1380 BGBl. I S. 1473
	Gesetz zur Änderung versicherungsrechtlicher Vorschriften	1-D63	Finanzausschuss	11/7230 vom 25.5.1990	Regierungsvorlage	28.6.1990	BGBl. I S. 1249
12. WP 1990-1994	Gesetz über die Einführung eines Wohngeldsondergesetzes für das in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet, die Änderung des Wohngeldgesetzes und anderer wohngeldrechtlicher Vorschriften sowie über die Änderung des Ersten Buches Sozialgesetzbuch	1-L02	Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	12/495 vom 8.5.1991	Regierungsvorlage	20.6.1991	BGBl. I S. 1250
	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neuregelung der Altershilfe für Landwirte	1-G53	Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung	12/5924 vom 20.10.1993	Koalitionsvorlage (CDU/CSU u. FDP)	12.12.1993	BGBl. I S. 1998
	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20a Abs. 2)	2a-C204	Rechtsausschuss	12/8165 vom 28.6.1994	SPD-Fraktion	–	–
	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 6)	2a-C203	Rechtsausschuss	12/8165 vom 28.6.1994	SPD-Fraktion	–	–
	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Präambel)	2a-C202	Rechtsausschuss	12/8165 vom 28.6.1994	SPD-Fraktion	–	–

Wahl-periode	Gesetz	GESTA-Fundstelle	Initiative (Beschlussempfehlung des ...)	Drucksache der Beschlussempfehlung des Ausschusses	Formal eingebracht durch	Gesetz vom:	Fundstelle im Bundesgesetzblatt
noch: 12. WP 1990-1994	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20b)	2a-C201	Rechtsausschuss	12/8165 vom 28.6.1994	Interfraktionelle Vorlage	–	–
	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 75, 76, 77, 80 und 125b)	2b-C200	Rechtsausschuss	12/8165 vom 28.6.1994	Interfraktionelle Vorlage	–	–
	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 74, 125a)	2b-C199	Rechtsausschuss	12/8165 vom 28.6.1994	Interfraktionelle Vorlage	–	–
	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 75)	2a-C209	Vermittlungsausschuss	12/8423 vom 2.9.1994	Interfraktionelle Vorlage	–	–
	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20b)	2a-C208	Vermittlungsausschuss	12/8423 vom 2.9.1994	Interfraktionelle Vorlage	–	–
	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a)	1-C207	Vermittlungsausschuss	12/8423 vom 2.9.1994	Interfraktionelle Vorlage	27.10.1994	BGBl. I S. 3146
	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2a)	2a-C206	Vermittlungsausschuss	12/8423 vom 2.9.1994	Interfraktionelle Vorlage	–	–
13. WP 1994-1998	Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz (SFHÄndG)	1-I12	Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	13/1850 vom 28.6.1995	Fraktionsvorlage der CDU/CSU, SPD und FDP	21.8.1995	BGBl. I S. 1050
	Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes und anderer Gesetze (Umsatzsteuer-Änderungsgesetz 1997)	1-D36	Finanzausschuss	13/5758 vom 10.10.1996	Koalitionsvorlage (CDU/CSU und FDP)	12.12.1996	BGBl. I S. 1851
	Gesetz zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform	1-D43	Finanzausschuss	13/7000 vom 19.2.1997	Koalitionsvorlage (CDU/CSU und FDP)	29.10.1997	BGBl. I S. 2590
	Dreizehntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (Zweites Nebentätigkeitsbegrenzungsgesetz)	1-C138	Rechtsausschuss	13/8079 vom 26.6.1997	Regierungsvorlage	9.9.1997	BGBl. I S. 2294

Wahl-periode	Gesetz	GESTA-Fundstelle	Initiative (Beschlussempfehlung des ...)	Drucksache der Beschlussempfehlung des Ausschusses	Formal eingebracht durch	Gesetz vom:	Fundstelle im Bundesgesetzblatt
noch: 13. WP 1994-1998	Gesetz zur Senkung des Solidaritätszuschlags	1-D63	Finanzausschuss	13/8701 vom 7.10.1997	Regierungsvorlage	21.11.1997	BGBl. I S. 2743
	Gesetz zur Stabilisierung der Finanzen der Rentenversicherung durch Einbeziehung geringfügig Nebenbeschäftigter in die Rentenversicherungspflicht	2a-G87	Vermittlungsausschuss	13/9419 vom 10.12.1997	Regierungsvorlage	–	–
14. WP 1998-2002	Steuerentlastungsgesetz 1999	1–D007	Finanzausschuss	14/125 vom 2.12.1998	Koalitionsvorlage (SPD u. B 90/GR)	19.12.1998	BGBl. I S. 3779 BGBl. I (1999) S. 847
	Steueränderungsgesetz 1998	1–D008	Finanzausschuss	14/158 vom 8.12.1998	Koalitionsvorlage (SPD u. B 90/GR)	19.12.1998	BGBl. I S. 3816
	Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes und anderer Gesetze	1–D041	Haushaltsausschuss	14/2016 vom 9.11.1999	Koalitionsvorlage (SPD u. B 90/GR)	22.12.1999	BGBl. I S. 2671
	Gesetz zur Rechtsangleichung in der gesetzlichen Krankenversicherung	1–M021	Vermittlungsausschuss	14/2369 vom 15.12.1999	Koalitionsvorlage (SPD u. B 90/GR)	29.12.1999	BGBl. I S. 2657
	Begrenzung der Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in den Jahren 2000 und 2001 auf den Inflationsausgleich	2a–B039	Vermittlungsausschuss	14/2379 vom 15.12.1999	Koalitionsvorlage (SPD u. B 90/GR)	–	–
	Drittes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (Drittes SGB III-Änderungsgesetz – 3.SGB III-ÄndG)	1–G035	Vermittlungsausschuss	14/2379 vom 15.12.1999	Koalitionsvorlage (SPD u. B 90/GR)	22.12.1999	BGBl. I S. 2624
	Gesetz zur Ergänzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes und anderer Gesetze (Lebenspartnerschaftsgesetzergänzungsgesetz – LPartGErgG)	2b–C120	Rechtsausschuss	14/4545 vom 8.11.2000	Koalitionsvorlage (SPD u.B 90/GR)	–	–

Wahl-periode	Gesetz	GESTA-Fundstelle	Initiative (Beschlussempfehlung des ...)	Drucksache der Beschlussempfehlung des Ausschusses	Formal eingebracht durch	Gesetz vom:	Fundstelle im Bundesgesetzblatt
noch: 14. WP 1998-2002	Gesetz zur Einführung einer Entfernungspauschale	1–D074	Finanzausschuss	14/4631 vom 15.11.2000	Regierungsvorlage	21.12.2000	BGBl. I S. 1918
	Gesetz zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses	1–D075	Finanzausschuss	14/4631 vom 15.11.2000	Regierungsvorlage	20.12.2000	BGBl. I S. 1846
	Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (Altersvermögensgesetz – AVmG)	1–G064	Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung	14/5146 vom 24.1.2001	Regierungsvorlage	26.6.2001	BGBl. I S. 1310
	Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschussgesetz)	1–B081	Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	14/5790 vom 4.4.2001	Fraktionsvorlagen von SPD und B 90/GR sowie der FDP	19.6.2001	BGBl. I S. 1142
15. WP 2002-	–[1]						

[1] Stand: 31. März 2003.

11 Kontrolltätigkeiten

Überblick Seite

11.1 Anfragen 614
– Zahl der Anfragen, untergliedert nach Fraktionen
– Zahl der von den Ressorts beantworteten Anfragen
– Themen der Großen Anfragen

11.2 Aktuelle Stunden 631
– Statistische Übersicht
– Tabellarische Übersicht

11.3 Regierungsbefragung 650

11.4 Oppositionelles Verhalten: Statistik 659
– Anfragen, untergliedert nach Fraktionen

11.5 Änderungen des Bundestages am Gesamtvolumen des Haushaltsplans 663
– Haushaltsberatungen

11.6 Parlamentarische Kontrollgremien 667

11.7 Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag 670
– Veröffentlichungen des TAB
– Projekte des Büros für Technikfolgenabschätzung (TAB) seit 1991

11 Kontrolltätigkeiten

Zu den Hauptaufgaben des Deutschen Bundestages zählt neben der Gesetzgebung und der Regierungsbildung auch die Wahrnehmung der Kontrollfunktion. Etliche der parlamentarischen Kontrollrechte und -tätigkeiten sind an anderer Stelle des **Datenhandbuchs** dargestellt. Vgl. dazu z. B. die Kapitel:

– Wahlprüfung (siehe Kapitel 1.19),
– Rechenschaftsberichte der Parteien (siehe Kapitel 1.24),
– Immunitätsangelegenheiten (siehe Kapitel 2.3),
– Regierungserklärungen (siehe Kapitel 6.11),
– das konstruktive Misstrauensvotum (siehe Kapitel 6.13),
– Vertrauensfrage des Bundeskanzlers (siehe Kapitel 6.14),
– Missbilligungs- und Entlassungsanträge gegenüber Regierungsmitgliedern (siehe Kapitel 6.15),
– Herbeirufung von Regierungsmitgliedern (siehe Kapitel 6.16),
– Berichte der Bundesregierung an den Bundestag (siehe Kapitel 6.17),
– Sondersitzungen (siehe Kapitel 7.4),
– Öffentliche Anhörungen (siehe Kapitel 8.7),
– die Registrierung von Interessenverbänden (siehe Kapitel 8.8),
– Untersuchungsausschüsse (siehe Kapitel 8.9),
– Enquete-Kommissionen (siehe Kapitel 8.10),
– Vermittlungsverfahren (siehe Kapitel 10.4),
– Petitionsrecht und Petitionsverfahren(siehe Kapitel 14),
– Wehrbeauftragter des Bundestages (siehe Kapitel 15).

11.1 Anfragen

Anfragen sind die am häufigsten angewandten Kontrollinstrumente des Bundestages. Die Geschäftsordnung unterscheidet zwischen

– Großen Anfragen,
– Kleinen Anfragen,
– Mündlichen Anfragen (Fragestunde) und Schriftlichen Fragen.

Für diese folgenden drei bzw. vier Arten der Anfragen gelten unterschiedliche Verfahrensvorschriften, die im Verlauf der letzten Jahre Veränderungen unterzogen wurden.

Charakteristisch ist

– für die Großen Anfragen (früher Interpellationen genannt), dass hierbei über die Antwort der Bundesregierung eine Beratung (Aussprache) zulässig ist, während der auch Entschließungsanträge gestellt werden können;
– für die Kleinen Anfragen, dass sie grundsätzlich nur im schriftlichen Verfahren abgewickelt werden, d. h. Frage und Antwort werden als Bundestags-Drucksache verteilt;
– für die Mündlichen Anfragen der 1952 eingeführten Fragestunde die seither entwickelte Vielseitigkeit und Vielfalt in ihren Anwendungsmöglichkeiten (z. B. Thematik, beschleunigtes Verfahren bei Dringlichen Anfragen, schriftliche Beantwortungsmöglichkeit).

Zahl der Anfragen, untergliedert nach Fraktionen

13. Wahlperiode (1994-1998)					
Fraktionen	Große Anfragen	Kleine Anfragen	Mündliche Fragen	Schriftliche Fragen	Dringliche Fragen
CDU/CSU	0	6	509	2 791	5
SPD	80	336	2 257	9 339	6
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	47	926	470	1 726	23
FDP	0	1	168	347	0
PDS	13	783	131	630	0
CDU/CSU und FDP	15	13	0	0	0
CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	0	1	0	0	0
CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP	1	4	0	0	0
fraktionslose	0	0	5	72	0
insgesamt	156	2 070	3 540	14 905	34

14. Wahlperiode (1998-2002)					
Fraktionen/Gruppen	Große Anfragen	Kleine Anfragen	Mündliche Fragen	Schriftliche Fragen	Dringliche Fragen
CDU/CSU	59	324	2 226	8 305	52
SPD	0	0	116	1 209	1
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	0	2	3	229	1
FDP	23	341	603	1 433	21
PDS	14	1 127	281	659	8
SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	5	15	0	0	0
Abgeordnete der CDU/CSU	0	4	0	0	0
fraktionslose	0	0	0	3	0
insgesamt	101	1 813	3 229	11 838	83

Zahl der von den Ressorts beantworteten Anfragen[1]

Ressort	13. WP 1994 –1998				
	Große Anfragen	Kleine Anfragen	Mündl./ Schriftl. Anfragen (Fragestunde)	Anfragen insgesamt	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	in %
Bundeskanzleramt/Bundespresseamt	0	25	258	283	1,4
Auswärtiges Amt	17	187	1 625	1 829	8,9
BM des Innern	14	463	1 862	2 339	11,4
BM der Justiz	10	63	625	698	3,4
BM der Finanzen	12	140	3 124	3 276	15,9
BM für Wirtschaft	23	124	1 088	1 235	6,0
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7	37	596	640	3,1
BM für Arbeit und Sozialordnung	10	118	1 198	1 326	6,4
BM der Verteidigung	2	88	1 190	1 280	6,2
BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	7	65	510	582	2,8
BM für Gesundheit	9	101	984	1 094	5,3
BM für Verkehr	10	295	2 565	2 870	13,9
BM für Umweltschutz, Naturschutz und Reaktorsicherheit	14	146	997	1 157	5,6
BM für Post und Telekommunikation (aufgelöst 31. Dezember 1997)	2	41	316	359	1,7
BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3	43	487	533	2,6
BM für Bildung; Wissenschaft, Forschung und Technologie	10	80	712	802	3,9
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3	49	231	283	1,4
Gesamtzahl	153	2 065	18 368	20 586	100,0

Ressort	14. WP 1998 –2002				
	Große Anfragen	Kleine Anfragen	Mündl./ Schriftl. Anfragen (Fragestunde)	Anfragen insgesamt	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	in %
Bundeskanzleramt/Bundespresseamt	7	45	523	575	3,4
Auswärtiges Amt	10	150	923	1 083	6,4

[1] Ergänzende Antworten zu einer Kleinen oder Großen Anfrage wurden nicht gezählt.

Ressort	14. WP 1998 –2002				
	Große Anfragen	Kleine Anfragen	Mündl./ Schriftl. Anfragen (Fragestunde)	Anfragen insgesamt	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	in %
BM des Innern	9	394	1 224	1 627	9,6
BM der Justiz	6	80	479	565	3,3
BM der Finanzen	10	199	2 277	2 485	14,7
BM für Wirtschaft und Technologie	20	143	1 064	1 227	7,3
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; ab 12.1.2001 BM für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	7	43	656	706	4,2
BM für Arbeit und Sozialordnung	4	112	1 057	1 173	6,9
BM der Verteidigung	2	86	1 594	1 682	10,0
BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	2	35	294	331	2,0
BM für Gesundheit	3	75	924	1 002	5,9
BM für Verkehr; Bau und Wohnungswesen	10	231	2 846	3 087	18,3
BM für Umweltschutz, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5	96	614	715	4,2
BM für Bildung und Forschung	5	63	349	417	2,5
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	1	50	162	213	1,3
Bundesbeauftragter für Angelegenheiten der Kultur und der Medien	0	7	0	7	0,0
Gesamtzahl	101	1 809	14 986	16 895	100,0

Themen der Großen Anfragen

13. Wahlperiode (1994-1998)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drucksache der Anfrage	Drucksache der Antwort	Behandlung im Bundestag
1	Auswirkung des Solidaritätszuschlags ab dem 1. Januar 1995 auf die Steuerbelastung der Bürger und die wirtschaftliche Entwicklung	SPD	13/21	13/890	–
2	Einzelbetriebliche Förderung als gezielte Agrarstrukturpolitik im geeinten Deutschland	SPD	13/94	13/766	41. Sitz.

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drucksache der Anfrage	Drucksache der Antwort	Behandlung im Bundestag
3	Internationaler Klimaschutz vor dem Klimagipfel in Berlin	B 90/DIE GRÜNEN	13/143	13/758	27. Sitz.
4	Auswirkungen und Zukunft der Garantiemengenregelung Milch (Milchquoten) in Deutschland	SPD	13/433	13/1684	83. Sitz.
5	Zusage der deutschen Kreditwirtschaft „zusätzlich eine Milliarde DM in den Privatisierungsprozess von sanierungsfähigen Unternehmen der Treuhandanstalt im eigenen Risiko einzubringen“ vom Februar 1993	PDS	13/589	13/1568	61. Sitz.
6	Kriege und bewaffnete Konflikte in Europa und in der Welt	PDS	13/636	13/2982	96. Sitz.
7	Forschungspolitik für eine zukunftsverträgliche Gestaltung der Industriegesellschaft	SPD	13/771	13/1389	80. Sitz.
8	Finanzierung von Parteien und parteinahen Stiftungen	PDS	13/835	13/1895	64. Sitz.
9	Derivative Geschäfte – Risiken für den Finanzmarkt Deutschland	SPD	13/842	13/1530	–
10	Möglichkeiten zur Förderung einer Existenzgründungsbewegung	SPD	13/896	13/1793	55. Sitz.
11	Multimediale Kommunikation – Stand und Perspektive der Entwicklung in Deutschland	SPD	13/985	13/2129	71. Sitz.
12	Umwelt- und sozialverträgliche Abwasserbehandlung und -vermeidung	SPD	13/1057	13/3095	80. Sitz.
13	Zur Lage der deutschen Schuhindustrie	CDU/CSU, FDP	13/1204	13/2192	128. Sitz.
14	Unterstützung deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten und Sicherung von Arbeitsplätzen durch eine umfassende Außenwirtschaftskonzeption	SPD	13/1332	13/2236	72. Sitz.
15	Arbeitswelt und Behindertenpolitik	SPD	13/1333	13/2441	113. Sitz.
16	Entwicklung und Stand der Arbeitszeitflexibilisierung in Deutschland	SPD	13/1334	13/2581	61. Sitz.
17	Schutz von Mensch und Natur vor den Folgen der Überfischung der Meere	SPD	13/1354	13/2582	83. Sitz.
18	Vorbereitung der Regierungskonferenz 96 („Maastricht II“)	B 90/DIE GRÜNEN	13/1471	13/3198	96. Sitz.
19	Lage in Afrika und zur Afrika-Politik der Bundesregierung (Teil I)	B 90/DIE GRÜNEN	13/1480	13/4532	51. Sitz.
20	Lage in Afrika und zur Afrika-Politik der Bundesregierung (Teil II)	B 90/DIE GRÜNEN	13/1481	13/4532	51. Sitz.
21	Insolvenzen in der deutschen Wirtschaft	SPD	13/1488	13/2416	169. Sitz.

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drucksache der Anfrage	Drucksache der Antwort	Behandlung im Bundestag
22	Armut in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	13/1527	13/3339	126. Sitz.
23	Lage der Fischerei	CDU/CSU, FDP	13/1633	13/2583	83. Sitz.
24	Konsequenzen aus der Erfolglosigkeit der entwicklungspolitischen Ansätze zum Schutz der tropischen Wälder unter besonderer Berücksichtigung Brasiliens (Teil I)	B 90/DIE GRÜNEN	13/1637	13/3338	108. Sitz.
25	Politik der Bundesregierung und entwicklungspolitische Ansätze zum Schutz der tropischen Wälder unter besonderer Berücksichtigung Brasiliens (Teil II)	B 90/DIE GRÜNEN	13/1638	13/3338	108. Sitz.
26	Hepatitis-C-Infektionen durch „Anti-D“-Impfprophylaxe in der früheren DDR	SPD	13/1649	13/2732	135. Sitz.
27	Perspektiven der deutschen Binnenschiffahrt	SPD	13/1796	13/3378	107. Sitz.
28	Der kombinierte Verkehr als Mittel zur Vernetzung der Verkehrsträger	CDU/CSU, FDP	13/1842	13/3370	89. Sitz.
29	Bestandsaufnahme des von der DDR übernommenen Vermögens	PDS	13/1866	13/2629	77. Sitz.
30	Verbesserungen im Naturschutz und wirksame Strategien zur Erhaltung der biologischen Vielfalt	SPD	13/1904	13/2637	77. Sitz.
31	Fünf Jahre deutsche Einheit – Nutzung von in den neuen Ländern vorhandenen Möglichkeiten zur Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zur Förderung einer umweltverträglichen Entwicklung	PDS	13/1905	13/3123	104. Sitz.
32	Organisierte Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	13/1925	13/4942	197. Sitz.
33	Die Situation von Lesben und Schwulen in der Bundesrepublik Deutschland	PDS	13/1946	13/4152	107. Sitz.
34	Mittelmeerpolitik	SPD	13/1964	13/3037	110. Sitz.
35	Umsetzung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes	SPD	13/1971	13/3368	131. Sitz.
36	Gesundheitliche Gefahren durch Rinderwahnsinn (BSE)	SPD	13/1972	13/4436	107. Sitz
37	Iran-Politik der Bundesregierung	B 90/DIE GRÜNEN	13/1973	13/3483	104. Sitz.
38	Innovationspolitik in Deutschland	SPD	13/2159	13/3602	138. Sitz.
39	Telematik im Verkehr	CDU/CSU, FDP	13/2243	13/3678	101. Sitz.
40	Stand der umweltökonomischen Gesamtrechnung	SPD	13/2395	13/4435	222. Sitz.

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drucksache der Anfrage	Drucksache der Antwort	Behandlung im Bundestag
41	Entwicklung der Vermögen und ihrer Verteilung	SPD	13/2406	13/3885	193. Sitz.
42	Frauen und Mobilität	SPD	13/2502	13/4683	151. Sitz.
43	Forschung und Forschungsförderung des Bundes im Bereich Ernährung, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Holzwirtschaft sowie der Entwicklung ländlicher Räume	SPD	13/2503	13/3337	179. Sitz.
44	Postfilialen	SPD	13/2504	13/4234	93. Sitz.
45	Praxis und Auswirkungen des Asylverfahrens bei Einreise auf dem Luftwege (sog. Flughafenverfahren) insbesondere für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge	B 90/DIE GRÜNEN	13/2530	13/4861	138. Sitz.
46	Stand der Arbeiten am Umweltgesetzbuch	SPD	13/2551	13/4767	222. Sitz.
47	Wirtschafts- und Währungsunion	SPD	13/2638	13/3984	175. Sitz.
48	Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft	CDU/CSU, FDP	13/2652	13/5674	145. Sitz.
49	Erfahrungen und Weiterentwicklung des Wohnungseigentums	SPD	13/2653	13/4712	–
50	Wasserstraßenausbau an Elbe und Saale im Zusammenhang mit der Güterverkehrspolitik	B 90/DIE GRÜNEN	13/2691	13/5805	–
51	Bürgerrechtssituation von Schwulen und Lesben in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit der rechtspolitischen Entwicklung in den Nachbarländern	B 90/DIE GRÜNEN	13/2719	13/5456	184. Sitz.
52	Situation der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Bundesrepublik Deutschland	PDS	13/2791	13/5675	131. Sitz.
53	Die Zukunft der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	B 90/DIE GRÜNEN	13/2858	13/4529	175. Sitz.
54	Situation der Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland	B 90/DIE GRÜNEN	13/2990	13/5065	163. Sitz.
55	Die Zukunft der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (Teil II)	B 90/DIE GRÜNEN	13/2996	13/4530	175. Sitz.
56	Elektrosmog	SPD	13/3184	13/5256	151. Sitz.
57	Nichtverbreitung von Waffenstoffen und der Einsatz von hochangereichertem Uran im geplanten Forschungsreaktor Garching	B 90/DIE GRÜNEN	13/3196	13/4235	83. Sitz.
58	Die Entstehung der so genannten Altschulden in der DDR und ihre Abwicklung durch die Bundesregierung	B 90/DIE GRÜNEN	13/3264	13/5064	
59	Situation der Demenzkranken in der Bundesrepublik Deutschland	SPD	13/3343	13/5257	198. Sitz.

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drucksache der Anfrage	Drucksache der Antwort	Behandlung im Bundestag
60	Emanzipation vom Auto (II) – Feministische Ansätze zur Verkehrsvermeidung	B 90/DIE GRÜNEN	13/3359	13/5338	151. Sitz.
61	Stand der Umsetzung der Pflegeversicherung	PDS	13/3361	13/5258	139. Sitz.
62	Anwendung, Effektivität und Kosten neuartiger polizeilicher Ermittlungsmethoden	B 90/DIE GRÜNEN	13/3380	13/4437	166. Sitz.
63	Strafrechtsentwicklung und Justizbelastung	B 90/DIE GRÜNEN	13/3458	13/5967	–
64	Stärkung und Förderung innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen	CDU/CSU, FDP	13/3542	13/4673	113. Sitz.
65	Sportförderung und Sportsicherung	SPD	13/3566	13/5329	158. Sitz.
66	Weiterentwicklung der Umweltverträglichkeitsprüfung zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung	SPD	13/3778	13/8155	222. Sitz.
67	Erhalt, Nutzung und Weiterentwicklung des hohen Qualifikationspotentials ostdeutscher Frauen	PDS	13/3824	13/5481	135. Sitz.
68	Betreuungsrecht	SPD	13/3824	13/7133	163. Sitz.
69	Schritte der Bundesregierung zur Unterstützung des Friedens und der demokratischen Entwicklung in Burundi	B 90/DIE GRÜNEN	13/3837	13/4862	151. Sitz.
70	Gemeinsames Wort der Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“	B 90/DIE GRÜNEN	13/3864	13/5482	157. Sitz.
71	Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsregelungen und gesetzliche Konsequenzen aus dem Benachteiligungsverbot für Behinderte im Grundgesetz	B 90/DIE GRÜNEN	13/3931	13/5595	219. Sitz.
72	Situation des Handels mit Osteuropa	SPD	13/3944	13/5259	–
73	Umsetzung der Selbstverpflichtungserklärung deutscher Wirtschafts- und Industrieverbände zum Klimaschutz	SPD	13/3988	13/6704	166. Sitz
74	Entwicklung der Reformprozesse in den MOE-Staaten und den neuen unabhängigen Staaten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion seit Anfang 1994	CDU/CSU, FDP	13/4033	13/5601	161. Sitz.
75	Entwicklung des Fremdenverkehrs in den neuen Bundesländern	SPD	13/4048	13/5087	151. Sitz.
76	Maritime Wirtschaft	CDU/CSU, FDP	13/4085	13/5596	131. Sitz.
77	Effizienz des Hauptstadtumzuges Teil I: Bauplanung	B 90/DIE GRÜNEN	13/4123	13/6594	154. Sitz.
78	Finanzlage der Rentenversicherung	SPD	13/4161	13/5336	138. Sitz.

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drucksache der Anfrage	Drucksache der Antwort	Behandlung im Bundestag
79	Außenpolitische Betätigung des Bundesinnenministeriums	B 90/DIE GRÜNEN	13/4188	13/5457	166. Sitz.
80	Teilnahmekriterien an der Europäischen Währungsunion	SPD	13/4189	13/4531	175. Sitz.
81	Zukunft der Landwirtschaft im Zusammenhang mit der EU-Agrarreform, der Osterweiterung und GATT/WTO	SPD	13/4205	13/5333	170. Sitz.
82	Bürgernahe und leistungsstarke Justiz	SPD	13/4262	13/7992	–
83	Neue Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland (I)	B 90/DIE GRÜNEN	13/4287	13/5181	157. Sitz.
84	Entwicklungspolitische Folgerungen aus der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung ICPD 1994 in Kairo	SPD	13/4393	13/5887	151. Sitz.
85	Geschwindigkeit und Verkehrssicherheit im Straßenverkehr	SPD	13/4464	13/6703	169. Sitz.
86	Aufgaben und Entwicklungsperspektiven der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die Politik der Bundesregierung	B 90/DIE GRÜNEN	13/4482	13/5622	138. Sitz.
87	Belastungen durch bodennahes Ozon	B 90/DIE GRÜNEN	13/4504	13/6391	239. Sitz.
88	Aktivitäten und Ziele der Bundesregierung in der auswärtigen Kulturpolitik; Nutzung der Potentiale für Demokratisierung und friedliche Konfliktbewältigung	B 90/DIE GRÜNEN	13/4618	–	110. Sitz.
89	Effizienz des Hauptstadtumzugs Teil II: Verwaltungsreform, Personalkonzept, Wohnungsfürsorge	B 90/DIE GRÜNEN	13/4731	13/6627	154. Sitz.
90	Auswirkungen des Truppenabbaus bei den alliierten Streitkräften und des Verkaufs von nicht benötigten militärischen Liegenschaften auf die Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarkt in den betroffenen Regionen	SPD	13/4747	13/5455	135. Sitz.
91	Situation an der deutsch-polnischen Grenze und Weiterentwicklung der guten Nachbarschaft zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland im grenznahen Gebiet	SPD	13/4748	13/6508	–
92	Jugendstrafrecht und Präventionsstrategien	SPD	13/4765	13/8284	203. Sitz.
93	Zeugenschutz im Strafprozess	SPD	13/5034	13/8156	221. Sitz.
94	Reform der Vereinten Nationen	SPD	13/5055	13/6773	181. Sitz.
95	Exportkontrollpolitik bei Rüstung und rüstungsrelevanten Gütern	B 90/DIE GRÜNEN	13/5165	13/5966	227. Sitz

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drucksache der Anfrage	Drucksache der Antwort	Behandlung im Bundestag
96	Nachfolgeorganisation der Treuhandanstalt	B 90/DIE GRÜNEN	13/5176	13/5886	–
97	Frauenspezifische Gesundheitsversorgung	SPD	13/5214	13/6893	232. Sitz.
98	Unterstützung der Photovoltaik durch die Bundesregierung	B 90/DIE GRÜNEN	13/5230	13/6393	–
99	Umweltbildung	SPD	13/5238	13/8213	230. Sitz.
100	Aluminium – ökonomische, ökologische und soziale Folgen	B 90/DIE GRÜNEN	13/5247	13/6833	239. Sitz.
101	Osterweiterung der Europäischen Union	SPD	13/5255	13/7293	–
102	Vermögenszuordnung von Vermögenswerten an ostdeutsche kommunale Gebietskörperschaften nach dem Vermögenszuordnungsgesetz	PDS	13/5769	13/7230	166. Sitz.
103	Soziale Dienste und geplanter ABM-Abbau in den neuen Bundesländern	B 90/DIE GRÜNEN	13/5795	13/8237	230. Sitz.
104	Stauvermeidung und Umweltschonung durch Effizienzsteigerung im Straßenverkehr	SPD	13/5869	13/8627	235. Sitz.
105	Veränderung der Vergabeverfahren bei öffentlichen Aufträgen	SPD	13/5913	13/7137	230. Sitz.
106	Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben	SPD	13/5921	13/7132	197. Sitz.
107	Folgen der Atomenergienutzung am Beispiel der russischen Nordflotte	B 90/DIE GRÜNEN	13/6173	13/7301	–
108	Zukunft der Bauwirtschaft	SPD	13/6318	13/7741	216. Sitz.
109	Stadtökologie und nachhaltige Stadtentwicklung	SPD	13/6564	13/8476	243. Sitz.
110	Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne in den neuen Ländern	PDS	13/6565	13/8236	197. Sitz.
111	Rückstände von Tierarzneimitteln in Lebensmitteln	SPD	13/6596	13/8372	200. Sitz., 201. Sitz.
112	Wirtschaftsspionage	SPD	13/6597	13/8368	–
113	20 Jahre Strafvollzugsgesetz – Bilanz und Perspektiven	B 90/DIE GRÜNEN	13/6683	13/9329	–
114	Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ durch die Bundesregierung	SPD	13/6705	13/9714	243. Sitz.
115	Mädchenpolitik	B 90/DIE GRÜNEN	13/6799	13/9509	235. Sitz.
116	Lebensbegleitendes Lernen: Situation und Perspektiven der beruflichen Weiterbildung	SPD	13/6887	13/8527	238. Sitz.
117	Beschneidung von Mädchen und Frauen – Menschenrechtsverletzungen in Entwicklungsländern und Industrieländern	SPD	13/6937	13/8281	211. Sitz.

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drucksache der Anfrage	Drucksache der Antwort	Behandlung im Bundestag
118	Situation und Perspektiven des Einzelhandels in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU, FDP	13/7201	13/8937	238. Sitz.
119	Zwischenbilanz zum Abbau von sozialen Leistungen – Auswirkungen auf die Betroffenen und auf das gesellschaftliche Klima	SPD	13/7220[1]	–	–
120	Förderung von Forschung und Entwicklung in der Informationstechnik	B 90/DIE GRÜNEN	13/7225	13/8636	200. Sitz.
121	Umwelt, Schadstoffe und Gesundheit	SPD	13/7237	13/10592	–
122	Lage und Zustand der Bundeswehr	SPD	13/7309	13/8473	231. Sitz.
123	Zwischenbilanz zum Abbau von sozialen Leistungen – Auswirkungen auf die Betroffenen und auf das gesellschaftliche Klima	SPD	13/7591	13/9099	227. Sitz.
124	Situation des Zivildienstes	SPD	13/7740	13/9330	–
125	Gründung innovativer Unternehmen aus Hochschulen, Großforschungseinrichtungen und Einrichtungen der Blauen Liste	CDU/CSU, FDP	13/7771	13/8813	217. Sitz.
126	Zur Politik der Bundesregierung im Rahmen der Lomé-Abkommen	SPD	13/7882	13/8628	232. Sitz.
127	Die künftige Rolle der Westeuropäischen Union	B 90/DIE GRÜNEN	13/7949	13/10106	–
128	Lebenssituation behinderter Mädchen und Frauen	B 90/DIE GRÜNEN	13/7987	13/9508	238. Sitz.
129	Reform des Auswärtigen Dienstes	SPD	13/8098	13/10300	–
130	Verbraucherschutz in der gewerblichen Lebensbewältigungshilfe (Psychomarkt)	B 90/DIE GRÜNEN	13/8134	13/9100	–
131	Lage der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland	PDS	13/8152	13/10541	243. Sitz.
132	Internationale Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulstandortes Deutschland als Aufgabe deutscher Politik	CDU/CSU, FDP	13/8165	13/9372	231. Sitz.
133	Stärkung der Einkommenssituation landwirtschaftlicher Unternehmen durch Verbesserung ihrer Situation am Markt	SPD	13/8172	13/9507	241. Sitz.
134	Transrapid – Finanzielle Auswirkungen der Auflagen der Raumordnungsverfahren	B 90/DIE GRÜNEN	13/8211	13/10537	244. Sitz.
135	Transrapid – Finanzierungs- und Erlöskonzept	B 90/DIE GRÜNEN	13/8212	13/10538	244. Sitz.
136	Schutz verfolgter Frauen	B 90/DIE GRÜNEN	13/8217	13/9715	222. Sitz.
137	Zur Lage der Städte, Gemeinden und Kreise	SPD	13/8238	13/10546	243. Sitz.

[1] Rücknahme in der 176. Sitzung.

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drucksache der Anfrage	Drucksache der Antwort	Behandlung im Bundestag
138	Umsetzung des Schlussdokuments der 2. Menschenrechtsweltkonferenz „Wiener Erklärung und Aktionsprogramm“ vom Juni 1993	SPD, B 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU	13/8254	13/9595	240. Sitz.
139	Zur Lage in Ostdeutschland	PDS	13/8369	13/10809	245. Sitz.
140	Rüstungsexportkontrollen in der Bundesrepublik Deutschland – Sachstand und Perspektiven	SPD	13/8515	13/10104	–
141	Wirtschaftliche Entwicklung des Ostseeraumes	CDU/CSU, FDP	13/8674	13/10140	236. Sitz.
142	Hilfe zur Arbeit	CDU/CSU, FDP	13/8687	13/10759	244. Sitz.
143	Die Beziehungen zwischen Indien und der Bundesrepublik Deutschland – aktueller Stand und Entwicklungsmöglichkeiten	B 90/DIE GRÜNEN	13/8914	13/10595	224. Sitz.
144	Politische Bildung in Deutschland	SPD	13/9076	13/10810	–
145	Situation und Perspektiven des Handwerks in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU, FDP	13/9475	13/10495	238. Sitz.
146	Lage der Städte, Gemeinden und Kreise	CDU/CSU, FDP	13/9467	13/10540	243. Sitz.
147	Lage der Kulturpolitik des Bundes	SPD	13/9476	13/10811	–
148	Flussausbaumaßnahmen und Hochwassergefahr in der Bundesrepublik Deutschland	B 90/DIE GRÜNEN	13/9466	13/11092	–
149	Menschenrechtsverletzungen an Schwulen und Lesben und die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung in den auswärtigen Beziehungen	B 90/DIE GRÜNEN	13/9557	–[1]	–
150	Besondere Verantwortlichkeit von Unternehmen – Probleme kriminalrechtlicher Verantwortlichkeit juristischer Personen und Personenvereinigungen	SPD	13/9682	13/11425	–
151	Hormonelle Risiken und Nebenwirkungen von Chemikalien	SPD	13/9733	13/10606	–
152	Qualität im Gesundheitswesen	SPD	13/9825	13/10982	241. Sitz.
153	Politische Antworten auf die wirtschaftliche Globalisierung	SPD	13/10103	13/10995, 13/11265	241. Sitz.
154	Chancen der Globalisierung und Gestaltung der Außenwirtschaftspolitik	SPD	13/10306	13/10996	241. Sitz.
155	Beschäftigungsfördernde und umweltverträgliche Wirtschaftsentwicklung	B 90/DIE GRÜNEN	13/10612	13/10997	241. Sitz.

[1] Vgl. Drs. 13/11472.

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Lfd. Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drucksache der Anfrage	Drucksache der Antwort	Behandlung im Bundestag
156	Patientenselbstbestimmung und Patientenschutz bei fehlerhafter medizinischer Behandlung	SPD	13/10701	13/11452	–

14. Wahlperiode (1998-2002)

Lfd.-Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
1	Die Rolle der deutschen Landwirtschaft in der europäischen Agrarpolitik und die Strategie der Bundesregierung bei der Mitgestaltung der Agenda 2000	PDS	14/353	14/1122	76. Sitz.
2	Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Tourismuswirtschaft im Euro-Land	FDP	14/591	14/1079	45. Sitz.
3	Kampf gegen Kinderarbeit	CDU/CSU	14/662	14/861	40. Sitz.
4	Energiepolitik für das 21. Jahrhundert – Energiekonzept der Bundesrepublik für den Ausstieg aus der Kernenergie	CDU/CSU	14/676	14/2656	95. Sitz.
5	Chancen der Gentechnik als Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhundert	FDP	14/678	14/2942	98. Sitz.
6	Lebenssituation von Seniorinnen und Senioren in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU	14/679	14/1717	69. Sitz.
7	Zur Entwicklung und zur Situation in Ostdeutschland	PDS	14/860	14/2622	93. Sitz.
8	Zur Nutzung und Anwendung der neuen Medien in Deutschland – Chancen in der Informationsgesellschaft	CDU/CSU	14/1031	14/1866	81. Sitz.
9	Doping im Spitzensport und Fitnessbereich	CDU/CSU	14/1032	14/1867	95. Sitz.
10	Schaffung einer deutschen Küstenwache	CDU/CSU	14/1229	14/2430	87. Sitz.
11	Verfolgung von Christen in aller Welt	CDU/CSU	14/1279	14/2431	90. Sitz.
12	Zukunft der friedlichen Nutzung der Kernenergie – Zukunft der Entsorgung	CDU/CSU	14/1365	14/5162	153. Sitz.
13	Schadensersatzforderungen und -prozesse des Bundes gegen das Bundesland Niedersachsen im Zusammenhang mit Baustopps für das Endlager Gorleben in den Jahren 1990 bis 1994	CDU/CSU	14/1375	14/2639	103. Sitz.
14	Internationales Kartellrecht, Unternehmensfusionen und -konzentration	PDS	14/1403	14/1824	69. Sitz. 70. Sitz.
15	Reform der landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger	FDP	14/1557	14/1759	85. Sitz.

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

Lfd.-Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
16	Soziokultur	CDU/CSU	14/1575	14/4020	143. Sitz.
17	Strafverfolgung in (einem zusammenwachsenden) Europa	CDU/CSU	14/1774	14/4991	218. Sitz.
18	Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur	CDU/CSU	14/1877	14/3193	143. Sitz.
19	Eine internationale soziale Marktwirtschaft als Grundmodell für eine globale Struktur- und Ordnungspolitik – Chancen und Risiken der Globalisierung der Weltwirtschaft für die Entwicklungsländer	CDU/CSU	14/1960	14/3967	164. Sitz.
20	Zur Frage der Ausweitung des Zeugnisverweigerungsrechtes für Journalisten	CDU/CSU	14/2083	14/3864	155. Sitz.
21	Reform des Behindertenrechts	CDU/CSU	14/2290	14/3681	129. Sitz.
22	Die Ostseeregion – Chancen und Risiken einer Wachstumsregion von zunehmender weltweiter Bedeutung	CDU/CSU	14/2293	14/4460	150. Sitz.
23	Islam in Deutschland	CDU/CSU	14/2301	14/4530	170. Sitz.
24	Biologisch abbaubare Werkstoffe	FDP	14/2437	14/3448	167. Sitz.
25	Bahnreform und Eisenbahnpolitik	SPD, B 90/GR	14/2551	14/3682	195. Sitz.
26	Zukunft der Rechtsberatung	FDP	14/2564	14/3959	–
27	Erfolgreiche Verbrechensbekämpfung in Deutschland	CDU/CSU	14/2592	14/4113	130. Sitz.
28	Referenzstrecke für den Transrapid	FDP	14/2734	14/4025	161. Sitz.
29	Erleichterungen bei der internationalen Vollstreckungshilfe	CDU/CSU	14/2827	14/3957	201. Sitz.
30	Zur gesetzlichen Regelung von Firmenübernahmen	FDP	14/2826	14/3895	192. Sitz.
31	Situation und Perspektiven der beruflichen Ausbildung und des Systems der Weiterbildung als Stufen eines lebenslangen Lernens	PDS	14/2813	14/5060	164. Sitz.
32	Haltung der Bundesregierung zum Krieg in Tschetschenien	FDP	14/2961	14/3962	–
33	Kriegsbilanz	PDS	14/3047	14/5677	162. Sitz.
34	Harmonisierung der Zulassungspraxis von Pflanzenschutzmitteln auf europäischer Ebene	FDP	14/3054	14/4136	150. Sitz.
35	Nutzung von Geoinformationen in der Bundesrepublik Deutschland	CDU/CSU	14/3214	14/4139	152. Sitz.
36	Zukunft der deutschen Regionalförderpolitik im Zusammenhang mit der Reform des Strukturfonds der Europäischen Union	CDU/CSU	14/3353	14/4112	133. Sitz.
37	Politik der Bundesregierung für den ländlichen Raum	PDS	14/3360	14/4896	149. Sitz.

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

Lfd.-Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
38	Mehreinnahmen des Bundes und Auswirkungen auf den Kapitalmarkt	FDP	14/3423	14/4237	–
39	Ostsee-Politik der Bundesregierung	FDP	14/3424	14/4026	150. Sitz.
40	Konzertierte Förderpolitiken für Ostdeutschland	CDU/CSU	14/3546	14/4125	170. Sitz.
41	Perspektiven der Privatisierungspolitik des Bundes	CDU/CSU	14/3556	14/4696	–
42	Situation der deutschen Minderheiten in Dänemark	FDP	14/3579	14/4138	–
43	Sicherung der Zukunft der Vereine durch wirtschaftliche und bürokratische Entlastung – Erhöhung der Gestaltungsmöglichkeiten und Freiräume	CDU/CSU	14/3680	14/5445	212. Sitz.
44	Auswirkungen der Ökosteuer und der hohen Kraftstoffpreise auf den Deutschlandtourismus	CDU/CSU	4/3867	14/4334	134. Sitz.
45	Chancen des Mittelstandes in der globalisierten Wirtschaft	CDU/CSU	14/3870	14/4603	158. Sitz.
46	Verkehrssicherheitslage 2000 für eine nationale Verkehrssicherheitskampagne	CDU/CSU	14/3871	14/5583	182. Sitz.
47	Erweiterung der Europäischen Union	CDU/CSU	14/3872	14/5232	155. Sitz.
48	Zukunft des Gesundheitswesens	CDU/CSU	14/3887	14/5700	177. Sitz.
49	Sicherung des Bestandes und Fortentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland im Rahmen von Rechtsetzung der Europäischen Union	CDU/CSU	14/4171	14/5636	222. Sitz.
50	Maßnahmen der Bundesregierung für eine nationale Bildungsoffensive zur mittel- und langfristigen Behebung des Fachkräftemangels im IT-Bereich	CDU/CSU	14/4172	14/6943	224. Sitz.
51	Wirksamer Schutz vor Computerattacken	CDU/CSU	14/4173	14/6321	–
52	Afrika-Politik der Bundesregierung	FDP	14/4181	14/5582	–
53	Forderung nach Schaffung eines Bauvertragsgesetzes zur Bekämpfung mangelnder Zahlungswilligkeit	CDU/CSU	14/4182	14/5070	180. Sitz.
54	Zur Notwendigkeit einer breiten öffentlichen Debatte zum „therapeutischen Klonen“	FDP	14/4184	14/6229	–
55	Aktuelle handelspolitische Fragen bei der Welthandelsorganisation	FDP	14/4194	14/5227	195. Sitz.
56	Bestandsaufnahme und Perspektiven der Rock- und Popmusik in Deutschland	CDU/CSU	14/4290	14/6993	219. Sitz.
57	Vorstellungen der Bundesregierung zur Regelung des Urhebervertragsrechts	FDP	14/4359	14/6426	–

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

Lfd.-Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
58	Zukunft der deutschen Messewirtschaft in der Globalisierung	CDU/CSU	14/4816	14/5581	176. Sitz.
59	Aktuelle Eisenbahnpolitik	CDU/CSU	14/4955	14/6483	195. Sitz.
60	Erfolge und Defizite der Weltausstellung EXPO 2000	CDU/CSU	14/4956	14/5344	176. Sitz.
61	Reform des Familienlastenausgleichs	PDS	14/4983	14/6230	179. Sitz.
62	Aktuelle Wettbewerbssituation in der Telekommunikation	CDU/CSU	14/5167	14/5915	183. Sitz.
63	Daseinsvorsorge in der sozialen Marktwirtschaft	FDP	14/5192	14/6249	–
64	Zukunft gestalten – Kinder und Jugendliche stärken	SPD, B 90/ DIE GRÜNEN	14/5284	14/6415	198. Sitz.
65	Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung im In- und Ausland	SPD, B 90/ DIE GRÜNEN	14/5285	14/6682	208. Sitz.
66	Lage und Zukunft der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland	PDS	14/5834	14/6923	227. Sitz.
67	Verbreitung, Förderung und Vermittlung der deutschen Sprache	CDU/CSU	14/5835	14/7250	212. Sitz.
68	Unternehmer im Netzwerk – für eine Kultur der Selbständigkeit	CDU/CSU	14/5838	14/6866	215. Sitz., 216. Sitz.
69	Hemmnisse im Tourismus für behinderte Menschen abbauen	FDP	14/5840	14/7217	–
70	Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft innerhalb der Europäischen Union	CDU/CSU	14/5841	14/6955	198. Sitz.
71	Auswirkungen elektromagnetischer Felder, insbesondere des Mobilfunks	CDU/CSU	14/5848	14/7958	–
72	Bildungs- und Forschungspolitik für eine nachhaltige Entwicklung	SPD, B 90/ DIE GRÜNEN	14/6022	14/6959	–
73	Das Programm „Die soziale Stadt“ in der Bewährungsphase und seine Zukunftsperspektiven für die Städte und Gemeinden	CDU/CSU	14/6085	14/7459	–
74	Konsequenzen der BSE- und MKS-Krise für die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlämmen und Komposten	FDP	14/6234	–	–
75	Situation und Perspektiven der Ingenieurinnen und Ingenieure in Deutschland	CDU/CSU	14/6506	14/7999	–
76	Aktuelle Verkehrspolitik	CDU/CSU	14/6505	14/7547	–

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

Lfd.-Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
77	Sicherung sozialer und tariflicher Standards sowie Stellung der kommunalen Selbstverwaltung und der öffentlichen Daseinsvorsorge im nationalen und europäischen Wettbewerbs- und Vergaberecht	PDS	14/6527	14/7730	–
78	Off-shore-Windenergie – Eine Option für die Zukunft?	CDU/CSU	14/6605	14/8789	–
79	Neuordnung des Liegenschaftsmanagements der Bundeswehr	FDP	14/6613	14/8988	–
80	Institutionelle Anleger, Pensionsfonds und Rentenreform	PDS	14/6630	14/7736	–
81	Zukunft der deutschen Sprache	SPD, B 90/ DIE GRÜNEN	14/6659	14/8203	–
82	Zukunft des deutschen Auslandsrundfunks	CDU/CSU	14/6954	14/8208	–
83	Die Talfahrt der Wohneigentumsbildung und politische Konzepte	CDU/CSU	14/7124	14/8297	–
84	Zur umfassenden und nachhaltigen Förderung der Entwicklung des Sports in Deutschland	CDU/CSU	14/7114	14/8865	–
85	Zukunft der Bauwirtschaft	PDS	14/7135	14/8498	225. Sitz.
86	Forschungsförderung in Deutschland	CDU/CSU	14/7183	14/8949	–
87	„Wir sind bereit“: Versprechen der Bundesregierung – Anspruch und Wirklichkeit	FDP	14/7435	–	–
88	Der Energiebericht des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie und seine Bedeutung für ein Energiekonzept der Bundesregierung	CDU/CSU	14/7854	–	–
89	Entwicklung und Stand der Arbeitszeitflexibilisierung in Deutschland	FDP	14/7870	–	–
90	Verteilung und Verteilungswirkungen der Steuern und Abgaben	PDS	14/7912	–	–
91	Vorbereitung der Grenzregionen auf die Osterweiterung der EU	PDS	14/8001	–	–
92	Lärmsanierung an Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes	CDU/CSU	14/8071	–	–
93	Situation und Perspektiven der Landwirtschaft in Deutschland	CDU/CSU	14/8072	–	–
94	Wirtschaftspolitische Auswirkungen der EU-Osterweiterung	CDU/CSU	14/8316	–	–
95	Umgang mit dem Zerfall staatlicher Autorität	CDU/CSU	14/8417	–	–
96	Bundeswehr im neuen Jahrhundert	FDP	14/8418	–	–

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

Lfd.-Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
97	Aufarbeitung der Defizite beim Verbraucherschutz	CDU/CSU	14/8653	–	–
98	Bedeutung des Kongresswesens für den Tourismus und Wirtschaftsstandort Deutschland	CDU/CSU	14/8857	–	–

15. Wahlperiode (2002-[1])

Lfd.-Nr.	Thema der Großen Anfrage	Fragesteller: Fraktion	Drs. der Anfrage	Drs. der Antwort	Behandlung im Bundestag
1	Aktuelle Eisenbahnpolitik in der 15. Wahlperiode	CDU/CSU	15/234	15/1106	66. Sitz.
2	Vereinfachung des deutschen Steuerrechts	FDP	15/501	15/1548	–

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 12.1.

11.2 Aktuelle Stunden

Um die Aussprache in der Aktuellen Stunde möglichst lebendig zu gestalten, sieht die Geschäftsordnung vor, dass die Dauer der Aussprache auf 60 Minuten (unter bestimmten Umständen auch 90 Minuten) beschränkt ist und dass der einzelne Abgeordnete nicht länger als 5 Minuten sprechen darf. Auch die Mitglieder der Bundesregierung, deren Redezeit im Parlament aus verfassungsrechtlichen Gründen durch die Geschäftsordnung des Bundestages nicht beschränkt werden kann, halten sich grundsätzlich an die Redezeit von 5 Minuten. Im Übrigen wird die von Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundesrates in Anspruch genommene Redezeit bei der Berechnung der Gesamtdauer der Aktuellen Stunde nicht berücksichtigt.

Zu den Aktuellen Stunden werden im Folgenden zwei Dokumentationen veröffentlicht:

[1] Stand: 31. März 2003.

Statistische Übersicht

	13. WP 1994–1998	14. WP 1998–2002
Zahl der Aktuellen Stunden insgesamt	103	141
davon beantragt/verlangt von der Fraktion		
– CDU/CSU	3	52
– SPD	35	12
– BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	35	5
– PDS	15	34
– FDP	8	29
– CDU/CSU, SPD, FDP, B 90/GR	1	–
– SPD, B 90/GR, PDS	1	–
– Interfraktionelle Vereinbarung	1	1
– SPD und B 90/GR	1	8
– CDU/CSU und FDP	3	–

	13. WP 1994–1998	14. WP 1998–2002
Zahl der Aktuellen Stunden insgesamt	103	141
davon		
– im Ältestenrat vereinbart (GOBT Anl. 5, Nr. 1a)	1	0
– zur Antwort der BReg auf eine Mündliche Anfrage verlangt (GOBT Anl. 5, Nr. 1b)	9	15
– unabhängig von der Fragestunde verlangt (GOBT Anl. 5, Nr. 1c)	93	126

Tabellarische Übersicht

13. Wahlperiode (1994-1998)

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
13. WP 1994-1998	1	11.	18.1.1995	Anpassung der Beihilfevorschriften an die Bestimmungen des Pflegeversicherungsgesetzes	SPD
	2	12.	19.1.1995	Zusammenarbeit der Bundesregierung mit Libyen	B 90/GR

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
noch: 13. WP 1994-1998	3	14.	25.1.1995	Antworten der Bundesregierung auf die Dringlichen Fragen aus der Fragestunde (Fragen zu einem Vermerk von *Willy Brandt* in der Sache *Karl Wienand*)	CDU/CSU
	4	15.	26.1.1995	Reise des Bundeswirtschaftsministers *Günter Rexrodt* nach St. Petersburg	B 90/GR
	5	23.	8.3.1995	Beginn der Verhandlungen der Bundesregierung mit der Regierung in Belgrad am 6. März 1995 über die Rückführung von Asylbewerbern und/oder Bürgerkriegsflüchtlingen	B 90/GR
	6	24.	9.3.1995	Haltung der Bundesregierung zur künftigen Ausgestaltung des Familienlastenausgleichs	SPD
	7	33.	26.4.1995	Schlanker Staat	FDP
	8	37.	17.5.1995	Entwicklung der Ausbildungsplatzsituation in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in den neuen Ländern	SPD
	9	38.	18.5.1995	Krebsrisiko durch bodennahes Ozon	B 90/GR
	10	40.	31.5.1995	Verwendung von Steuergeldern bei der Deutschen Zentrale für Tourismus e. V. im Zusammenhang mit Vorwürfen des Rassismus und der Verletzung von Aufsichts- und Fürsorgepflichten	SPD
	11	43.	21.6.1995	Haltung der Bundesregierung zur Versenkung der Ölplattform „Brent Spar“ im Zusammenhang mit glaubwürdigem europäischem Umweltschutz	SPD
	12	44.	22.6.1995	Haltung der Bundesregierung zur Entscheidung Frankreichs für die Wiederaufnahme von Atomtests	PDS
	13	45.	23.6.1995	Beendigung der Energiekonsensgespräche	CDU/CSU, FDP
	14	49.	13.7.1995	Beabsichtigte Wiederaufnahme von Atombombenversuchen in der Südsee durch Frankreich	CDU/CSU, SPD, B 90/GR, FDP
	15	57.	27.9.1995	Aktuelle Schwierigkeiten des europäischen Einigungsprozesses und die Haltung der Bundesregierung	B 90/GR
	16	63.	25.10.1995	Haltung der Bundesregierung zur Auswirkung des Milliardendefizits auf den anstehenden Bundeshaushalt	B 90/GR, SPD, PDS
	17	65.	27.10.1995	Haltung der Bundesregierung zur Altschuldenregelung für ostdeutsche Kommunen angesichts erster Bewertungsergebnisse eines Rechtsgutachtens zur Auferlegung von Rückzahlungsverpflichtungen	SPD

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
noch: 13. WP 1994-1998	18	70.	22.11.1995	Haltung der Bundesregierung zur Verschiebung der Islam-Konferenz durch Bundesaußenminister *Klaus Kinkel*	SPD
	19	71.	23.11.1995	Besuch von Bundeskanzler *Helmut Kohl* bei der chinesischen Volksbefreiungsarmee	B 90/GR
	20	73.	29.11.1995	Haltung der Bundesregierung zu Vorschlägen, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu kürzen	SPD
	21	77.	7.12.1995	Haltung der Bundesregierung zur Ablehnung einer Vertrauenserklärung zur Erbschaft- und Schenkungssteuer durch die Länderfinanzminister	FDP
	22	78.	8.12.1995	Haltung der Bundesregierung zu erheblich ansteigenden Insolvenzen in den neuen Bundesländern und zur Politik der Treuhand-Nachfolgeeinrichtungen	PDS
	23	79.	17.1.1996	Haltung der Bundesregierung zu widersprechenden Aussagen aus der Koalition zum Abbau des Solidaritätszuschlags	B 90/GR
	24	80.	18.1.1996	Haltung der Bundesregierung anlässlich des vom Bundesrat am 15. Dezember 1995 einstimmig beschlossenen Importverbots für britisches Rindfleisch, der Entwicklung der BSE-Endemie im Vereinigten Königreich und des Auslaufens der BSE-Verordnung am 6. Februar 1996	SPD
	25	82.	31.1.1996	Ursachen der aktuellen Schwierigkeiten im deutsch-tschechischen Verhältnis	B 90/GR
	26	85.	7.2.1996	Zwischenlagerung radioaktiver Stoffe im Endlager Morsleben	B 90/GR, SPD, PDS
	27	88.	28.2.1996	Moskau-Besuch von Bundeskanzler *Helmut Kohl*	B 90/GR
	28	91.	6.3.1996	Haltung der Bundesregierung zur Situation im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge	B 90/GR
	29	92.	7.3.1996	Haltung der Bundesregierung zu Defiziten in der Rentenversicherung und zur künftigen Höhe der Rentenversicherungsbeiträge	SPD
	30	94.	13.3.1996	Vorstellungen der Bundesregierung zur Verhängung einer Haushaltssperre für den Bundeshaushalt	SPD
	31	97.	17.4.1996	Haltung der Bundesregierung zur öffentlichen Aufforderung in der Tageszeitung „taz“ am 12. April 1996 zur Schienendemontage beim Atomkraftwerk Gundremmingen	FDP

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
noch: 13. WP 1994-1998	32	100.	24.4.1996	Bundespolitische Konsequenzen auf Grund der Freisetzung von Dioxinen anlässlich des Brandes von PVC, PCB und anderen Stoffen auf dem Düsseldorfer Flughafen	B 90/GR
	33	103.	8.5.1996	Haltung der Bundesregierung zu den Vorschlägen von Bundesminister *Theodor Waigel* und Bundesminister *Horst Seehofer* hinsichtlich der Veränderungen des Rentenversicherungssystems	SPD
	34	104.	9.5.1996	Mögliche Auswirkungen auf Mensch, Umwelt und Rechtsstaat durch Atommülltransporte nach Gorleben	B 90/GR
	35	110.	13.6.1996	Haltung der Bundesregierung zu den Vorkommnissen bei dem öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr in Berlin	FDP
	36	111.	14.6.1996	Haltung der Bundesregierung zu den Äußerungen von Bundesminister Dr. *Theodor Waigel* auf dem Sudetendeutschen Tag zu den deutsch-tschechischen Beziehungen	SPD
	37	112.	19.6.1996	Informationen über Leistungen und Kosten im Gesundheitswesen	SPD
	38	113.	20.6.1996	Bundespolitische Konsequenzen zur Rettung des Wattenmeeres	B 90/GR
	39	115.	26.6.1996	Haltung der Bundesregierung zur Ausbildungsplatzsituation	SPD
	40	116.	27.6.1996	Ausladung des Bundesaußenministers *Klaus Kinkel* durch die Volksrepublik China	B 90/GR
	41	124.	25.9.1996	Lage in Bosnien und Absicht der Bundesregierung zur Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen nach Bosnien-Herzegowina beginnend ab dem 1.10.1996	B 90/GR
	42	125.	26.9.1996	Haltung der Bundesregierung zur tarifvertraglich geregelten Lohnfortzahlung angesichts jüngster Reaktionen von der Arbeitgeberseite	PDS
	43	128.	10.10.1996	Haltung der Bundesregierung zu Forderungen nach Einführung einer Autobahn-Vignette	B 90/GR
	44	129.	11.10.1996	Haltung der Bundesregierung zu Beratungen des Tarifausschusses über Mindestlöhne im Baugewerbe	SPD
	45	131.	17.10.1996	Haltung der Bundesregierung zu Vorschlägen zur Besteuerung von Renten, Kürzungen bei Witwenrenten und Heraufsetzung des Rentenalters	SPD
	46	132.	18.10.1996	Haltung der Bundesregierung zur Zukunft der SKET Schwermaschinenbau GmbH Magdeburg als einem der letzten industriellen Großunternehmen in den neuen Ländern	PDS

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
noch: 13. WP 1994-1998	47	134.	6.11.1996	Haltung der Bundesregierung zu Vorschlägen, Defizite im Bereich der Renten- und der Arbeitslosenversicherung durch Finanzmittel der Pflegeversicherung zu decken	SPD
	48	137.	13.11.1996	Haltung der Bundesregierung zu den Auswirkungen prognostizierter Steuerausfälle auf den Bundeshaushalt, den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit sowie deren Folgewirkungen für den Arbeitsmarkt	SPD
	49	144.	4.12.1996	Verantwortung der Bundesregierung im Zusammenhang mit der geheimen Tätigkeit des Privatagenten *Werner Mauss*	B 90/GR
	50	145.	5.12.1996	Haltung der Bundesregierung zu den Plänen der Landesregierung Schleswig-Holstein, in einem Modellversuch so genannte weiche Drogen in Apotheken verkaufen zu lassen	FDP
	51	147.	11.12.1996	Haltung der Bundesregierung zu den steigenden Zahlen von Insolvenzen	SPD
	52	150.	15.1.1997	Haltung der Bundesregierung zur Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeit über den erneuten Anstieg der Arbeitslosenzahlen sowie zum erheblichen Rückgang der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland	PDS
	53	151.	16.1.1997	Ruf nach Demokratie und Reform auf dem Balkan	CDU/CSU und FDP
	54	152.	17.1.1997	Visumspflicht für Kinder und Jugendliche aus Nicht-EU-Staaten	B 90/GR
	55	154.	30.1.1997	Risiken der Transrapid-Finanzierung	B 90/GR
	56	156.	19.2.1997	Entwicklung der Energie-Konsens-Gespräche	B 90/GR
	57	157.	20.2.1997	Sorge um Arbeitsplätze und Leistungsabbau bei der Post	PDS
	58	159.	26.2.1997	Haltung der Bundesregierung zu den Plänen der Deutschen Bahn AG, rund 10.000 Kilometer Schiene „an andere Betreiber“ abzugeben	PDS
	59	160.	27.2.1997	Haltung der Bundesregierung zu den Äußerungen über die Zukunft der solidarischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme	SPD und B 90/GR
	60	162.	12.3.1997	Haltung der Bundesregierung zu den gewalttätigen Ausschreitungen im Zusammenhang mit den Castor-Transporten nach Gorleben	FDP
	61	165.	19.3.1997	Haltung der Bundesregierung zu aktuellen Missständen am Bau durch Lohndumping, Scheinselbständigkeit und illegale Beschäftigung trotz Entsendegesetz	SPD

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
noch: 13. WP 1994-1998	62	166.	20.3.1997	Öffentliche Diskussion über einen Ratgeber für Sozialhilfeempfänger	FDP
	63	167.	21.3.1997	Haltung der Bundesregierung zu aktuellen Äußerungen bezüglich der Einführung des Euro	B 90/GR
	64	168.	16.4.1997	Schlussfolgerungen der Bundesregierung zum Erhalt der sanierungsfähigen Nachfolgebetriebe der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 8. April 1997	PDS
	65	169.	17.4.1997	Haltung der Bundesregierung zur Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen in China im Rahmen der gemeinsamen Außenpolitik der EU	B 90/GR
	66	171.	23.4.1997	Haltung der Bundesregierung zu den Konsequenzen aus dem neuesten Sonderabfallskandal in Bayern	SPD
	67	173.	25.4.1997	Haltung der Bundesregierung zum Verkauf von fünf ausgemusterten U-Booten der Bundesmarine an Indonesien	B 90/GR
	68	174.	14.5.1997	Mögliche Mittelsperre für den Transrapid	B 90/GR
	69	175.	15.5.1997	Einschätzung der Ausbildungsplatzsituation und des Handlungsbedarfs durch die Bundesregierung	SPD
	70	180.	11.6.1997	Haltung der Bundesregierung zu Äußerungen ihrer Mitglieder über erneute Sparmaßnahmen bei den Sozialausgaben sowie Verschiebungen von Finanzmitteln zwischen den Sozialversicherungsträgern	B 90/GR
	71	185.	27.6.1997	Haltung der Bundesregierung zu möglichen atomaren Verseuchungen des Meerwassers bei La Hague durch die Wiederaufbereitung deutschen Atommülls	B 90/GR
	72	191.	24.9.1997	Haltung der Bundesregierung zu dem Vorschlag, eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten durch eine Erhöhung der Mineralöl- und Mehrwertsteuer zu ermöglichen	B 90/GR
	73	194.	1.10.1997	Haltung der Bundesregierung angesichts ständig steigender Arbeitslosenzahl zu geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen	SPD
	74	195.	2.10.1997	Konsequenzen für die Drogenpolitik in der Bundesrepublik nach der Schweizer Volksabstimmung	B 90/GR
	75	199.	29.10.1997	Haltung der Bundesregierung zu Umfang und Ausmaß so genannter geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse	SPD
	76	200.	30.10.1997	Zukunft des Stromeinspeisungsgesetzes	B 90/GR

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
noch: 13. WP 1994-1998	77	201.	31.10.1997	Haltung der Bundesregierung zu den Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten	PDS
	78	202.	12.11.1997	Haltung der Bundesregierung zu Finanzproblemen bei der staatlichen Rentenversicherung	B 90/GR
	79	203.	13.11.1997	Haltung der Bundesregierung zu in der Presse zitierten Äußerungen des Bundesverteidigungsministers *Volker Rühe* zum Konflikt am Golf	PDS
	80	209.	10.12.1997	Haltung der Bundesregierung zur Beschäftigungssituation im Kur- und Rehabereich	SPD
	81	210.	11.12.1997	Haltung der Bundesregierung zu Reaktionen in der Öffentlichkeit zum Eintreffen der Bescheide zum Krankenhausnotopfer	PDS
	82	211.	12.12.1997	Lage der Beschäftigungsinitiative für Ostdeutschland	B 90/GR
	83	212.	14.1.1998	Zu den Forderungen nach einer verschärften Abschottung der Grenzen gegen kurdische Flüchtlinge	B 90/GR
	84	213.	15.1.1998	Erklärung des Bundeskanzlers *Helmut Kohl*, dass eine Halbierung der Arbeitslosenzahl bis zum Jahre 2000 nicht mehr zu erreichen sei	SPD
	85	214.	16.1.1998	Haltung der Bundesregierung zur Privatisierung von Flächen in den Nationalparks der neuen Bundesländer	PDS
	86	215.	4.2.1998	Haltung der Bundesregierung zur Übernahme von 51 % des Aktienkapitals der Preussag Stahl AG durch das Land Niedersachsen	FDP
	87	216.	5.2.1998	Haltung der Bundesregierung zur Eignung des Termins 13. August 1998 für ein öffentliches Gelöbnis	SPD
	88	217.	6.2.1998	Haltung der Bundesregierung zu der vom Bundesrat geplanten Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes	B 90/GR
	89	219.	12.2.1998	Haltung des Bundestages zum Schwangerschaftskonfliktgesetz und zur beabsichtigten Neuordnung der kirchlichen Beratungstätigkeit	SPD
	90	221.	4.3.1998	Maßnahmen der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Rückerwerb von Bodenreformland durch Alteigentümer	PDS
	91	224.	26.3.1998	Vorstellungen der Bundesregierung zur Rücknahme der 4. Verordnung über die personellen Anforderungen für Heime (Heimpersonalverordnung)	SPD
	92	226.	1.4.1998	Aktuelle Äußerungen von Mitgliedern des Bundesrates zu künftigen Steuersätzen	CDU/CSU und FDP

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
noch: 13. WP 1994-1998	93	227.	2.4.1998	Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 5. Juni 1997 zur Verlängerung der Ausnahmeregelung für den so genannten Duty-Free-Handel	SPD
	94	229.	22.4.1998	Haltung der Bundesregierung zu Forderungen, den Solidaritätszuschlag vollständig abzuschaffen	B 90/GR
	95	230.	23.4.1998	Haltung der Bundesregierung zum Abrechnungsverhalten von Vertragszahnärzten	SPD
	96	233.	30.4.1998	Haltung der Bundesregierung zum Treffen des Bundesratspräsidenten *Gerhard Schröder* mit dem weißrussischen Präsidenten *Alexander Lukaschenko*	CDU/CSU
	97	234.	6.5.1998	Haltung der Bundesregierung zu den Auswirkungen des von der Deutschen Post AG beabsichtigten neuen Filialkonzeptes für Kunden und Beschäftigte	SPD
	98	235.	7.5.1998	Haltung der Bundesregierung zur Rentendiskussion in der SPD vor dem Hintergrund der jüngsten Äußerungen des stellvertretenden IG Metall-Vorsitzenden *Walter Riester*	CDU/CSU und FDP
	99	237.	27.5.1998	Haltung der Bundesregierung zu den ausländerpolitischen Beschlüssen der CSU	B 90/GR
	100	238.	28.5.1998	Haltung der Bundesregierung zu Äußerungen des Bundesgesundheitsministers *Horst Seehofer* zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung auf dem Deutschen Ärztetag	SPD
	101	239.	29.5.1998	Haltung der Bundesregierung zu den Äußerungen der Bundesminister *Norbert Blüm* und *Manfred Kanther* zum Abbau und zur Bezahlung von Überstunden	PDS
	102	240.	17.6.1998	Haltung der Bundesregierung zu den Auswirkungen der Brenner-Blockade auf den deutschen und europäischen Transitverkehr	B 90/GR
	103	241.	18.6.1998	Haltung der Bundesregierung zu den Äußerungen ihres Pressesprechers *Otto Hauser*, die Hilfe beim Aufbau im Osten mit Wahlergebnissen in den neuen Bundesländern in Verbindung zu bringen	PDS
14. WP 1998-2002	1	7.	18.11.1998	Erkenntnisse der Bundesregierung zur Entstehung des Unfalls der „Pallas“ vor der deutschen Nordseeküste und Maßnahmen der Bundesregierung zur Schadensbegrenzung und -beseitigung nach der Havarie	CDU/CSU

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
noch: 14. WP 1998-2002	2	8.	19.11.1998	Haltung der Bundesregierung zu einem Umfrageergebnis, nach dem nur 13 Prozent der Unternehmen die bisherigen 620/520-Mark-Jobs in reguläre Arbeitsverhältnisse überführen, demgegenüber aber 20 Prozent der Firmen diese bisherigen geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse streichen und 23 Prozent lieber freie Mitarbeiter einstellen wollen, wenn die bisherigen rot-grünen Pläne zu einer Neuregelung verwirklicht werden	FDP
	3	10.	2.12.1998	Haltung der Bundesregierung zu der mit der beabsichtigten Veräußerung von Metro AG-Sparten verbundenen Gefährdung von über 34 000 Arbeitsplätzen sowie zu den Auswirkungen auf Mietverträge und Einnahmen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben	PDS
	4	11.	3.12.1998	Haltung der Bundesregierung zu den angekündigten Erhöhungen von Energiesteuern, insbesondere der Mineralölsteuer sowie der Mehrwertsteuer	FDP
	5	12.	4.12.1998	Die Zukunft der Bundeswehr vor dem Hintergrund von Äußerungen des Staatsministers im Auswärtigen Amt, *Ludger Volmer*, zur Entbehrlichkeit eines stehenden Heeres	CDU/CSU
	6	13.	9.12.1998	Pflicht zur Vorlage eines Bundeshaushalts 1999 in den verfassungsrechtlichen Fristen angesichts der widersprüchlichen Aussagen zur Finanz- und Haushaltspolitik in der Bundesregierung	CDU/CSU
	7	14.	10.12.1998	Haltung der Bundesregierung zur öffentlichen Verunsicherung in der Euro-Region Neiße infolge der Verurteilung von Taxifahrern und Haltung der Bundesregierung zum Vorgehen des Bundesgrenzschutzes in diesem Zusammenhang	PDS
	8	15.	20.1.1999	Haltung der Bundesregierung zu den Vorkommnissen in der Europäischen Kommission und deren Behandlung im Europaparlament	FDP
	9	16.	21.1.1999	Äußerungen des Bundesumweltministers *Jürgen Trittin* zu den Kernenergieausstiegsplänen der Bundesregierung und dem Verbot der Wiederaufarbeitung ohne Entschädigungsleistungen an Frankreich sowie der daraus entstehende außenpolitische Schaden und die großangelegten Rücktransporte bestrahlter Brennelemente nach Deutschland	CDU/CSU
	10	17.	22.1.1999	Haltung der Bundesregierung zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Januar 1999 zur steuerlichen Behandlung von Kinderbetreuungskosten und Haushaltsfreibetrag bei Ehepaaren im Zusammenhang mit der aktuellen Behandlung des Steuerentlastungsgesetzes und seiner haushalterischen Auswirkungen	PDS

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
noch: 14. WP 1998-2002	11	18.	27.1.1999	Haltung der Bundesregierung zum Notenwechsel mit Frankreich und Großbritannien zur friedlichen Nutzung der Kernenergie und zu seiner rechtlichen Bindungswirkung	FDP
	12	19.	28.1.1999	Sich häufende Unfälle bei der Deutschen Bahn AG vor dem Hintergrund unterschiedlicher Zwischenergebnisse der Untersuchungen des Eschede-ICE-Unglücks	PDS
	13	24.	3.3.1999	Haltung der Bundesregierung zur Agenda 2000 nach dem informellen EU-Gipfel des Wochenendes und dem Scheitern der Vorschläge des EU-Agrarministerrates	CDU/CSU und FDP
	14	25.	4.3.1999	Haltung der Bundesregierung zu dem am 11. Februar 1999 veröffentlichten Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen zur Verletzung des internationalen Paktes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte durch die Bundesrepublik Deutschland	PDS
	15	26.	17.3.1999	Äußerungen des Bundeskanzlers *Gerhard Schröder* zum deutsch-tschechischen Verhältnis	CDU/CSU
	16	27.	18.3.1999	Rücktritt des Bundesfinanzministers *Oskar Lafontaine* und Festhalten der Bundesregierung an ihren Steuergesetzen	FDP
	17	28.	19.3.1999	Haltung der Bundesregierung zu den u. a. durch die ökologische Steuerreform bedingten Tariferhöhungen der Deutschen Bahn AG unter besonderer Berücksichtigung der zusätzlichen Belastungen in den neuen Bundesländern	PDS
	18	29.	24.3.1999	Pläne der Bundesregierung zur Erhöhung der Mehrwertsteuer und zur Besteuerung von Unternehmen	CDU/CSU
	19	30.	25.3.1999	Haltung der Bundesregierung auf die jüngste Kritik aus der BfA zur Praktikabilität der Neuregelungen der Scheinselbständigkeit	FDP
	20	34.	21.4.1999	Haltung der Bundesregierung zur so genannten Scheinselbständigkeit und zum 630-Mark-Gesetz nach dem jüngsten Briefwechsel mit Bundesminister *Walter Riester*	FDP
	21	35.	22.4.1999	Haltung der Bundesregierung als Bauherr zu Schwarzarbeit und außertariflicher Beschäftigung auf den Baustellen des Bundes in Berlin und zu den Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation im Baugewerbe Berlins und Brandenburgs sowie die ostdeutsche Bauwirtschaft insgesamt	PDS

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
noch: 14. WP 1998-2002	22	41.	8.6.1999	Haltung der Bundesregierung zu den Ankündigungen einer Mehrwertsteuererhöhung und einer fortlaufenden Erhöhung der Mineralölsteuer durch den Bundesfinanzminister *Hans Eichel*	FDP
	23	42.	10.6.1999	Haltung der Bundesregierung über die bekanntgewordenen Pläne des Bundesarbeitsministers *Walter Riester*, die Rentenanpassung für die Jahre 2000 und 2001 zu halbieren, und zu der beabsichtigten Neuregelung zum Schlechtwettergeld	CDU/CSU
	24	43.	11.6.1999	Haltung der Bundesregierung zum Skandal der dioxinverseuchten belgischen Lebensmittel	SPD und B 90/GR
	25	45.	17.6.1999	Situation der Flüchtlinge nach Beendigung der Kampfhandlungen im Kosovo	SPD und B 90/GR
	26	46.	23.6.1999	Haltung der Bundesregierung zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme	CDU/CSU
	27	47.	24.6.1999	Politische Schlussfolgerungen aus dem Beschluss der Katholischen Bischofskonferenz zur Schwangerschaftskonfliktberatung	B 90/GR
	28	49.	30.6.1999	Entwicklung des Nettorentenniveaus	CDU/CSU
	29	52.	8.9.1999	Haltung der Bundesregierung zu den Äußerungen von Bundesminister *Hans Eichel*, die künftige Förderung der neuen Bundesländer mit deren Zustimmung zum „Sparpaket“ der Bundesregierung zu verbinden	PDS
	30	53.	9.9.1999	Haltung der Bundesregierung zur Finanzierung des Sparpaketes zu Lasten der Pflegeversicherung	CDU/CSU
	31	57.	29.9.1999	Haltung der Bundesregierung zur Forderung nach einer Jahrtausendamnestie	FDP
	32	58.	30.9.1999	Haltung der Bundesregierung zur Sicherung des Fortbestandes von Stadtwerken und Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen im liberalisierten Strommarkt	PDS
	33	60.	6.10.1999	Geringere Leistungsansprüche gesetzlich Krankenversicherter gegenüber Sozialhilfeempfängern, Asylbewerbern und Strafgefangenen bei unveränderter Realisierung der Gesundheitsreform	CDU/CSU
	34	61.	7.10.1999	Haltung der Bundesregierung zu aktuellen Steuervorschlägen; insbesondere unter den Gesichtspunkten sozialer Ausgewogenheit, Haushaltssolidarität und Verfassungsmäßigkeit	SPD
	35	62.	27.10.1999	Rente mit 60 und Bündnis für Arbeit	CDU/CSU
	36	63.	28.10.1999	Haltung der Bundesregierung zu Forderungen, das Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit zu streichen	SPD

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
noch: 14. WP 1998-2002	37	64.	29.10.1999	Haltung der Bundesregierung zu einer möglichen Lieferung von Kampfpanzern an die Türkei	PDS
	38	65.	3.11.1999	Steuermehreinnahmen zu größeren Steuersenkungen für die Bürger nutzen	FDP
	39	66.	4.11.1999	Haltung der Bundesregierung zu den jüngsten Kritiken hinsichtlich der Wohnungsbauförderung des Bundes	PDS
	40	68.	10.11.1999	Medienberichte über Zuwendungen im Zusammenhang mit Rüstungsexporten im Jahr 1991	SPD
	41	69.	11.11.1999	Pläne der Bundesregierung zur Erhöhung der Erbschaftssteuer	FDP
	42	75.	1.12.1999	Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Bundeswehr nach der Rede des Bundeskanzlers *Gerhard Schröder* vor der Kommandeurstagung	CDU/CSU
	43	78.	15.12.1999	Sanierung Holzmann AG	FDP
	44	80.	19.1.2000	Haltung der Bundesregierung zur Verwendung und Verfassungsmäßigkeit der Benzin- und Stromsteuererhöhungen zum 1. Januar 2000 sowie den beschlossenen weiteren Steuererhöhungsstufen	CDU/CSU
	45	81.	20.1.2000	Haltung der Bundesregierung zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes	FDP
	46	83.	26.1.2000	Medienpolitik	FDP
	47	84.	27.1.2000	Haltung der Bundesregierung zu Berichten über Defizite bei der Pflegeversicherung und Auswirkungen auf die soziale Sicherheit alter Menschen	CDU/CSU
	48	85.	28.1.2000	Die Ergebnisse des Russland-Besuches des deutschen Außenministers *Joseph Fischer* am 20. Januar 2000 und die Haltung der Bundesregierung zum Tschetschenien-Krieg	PDS
	49	86.	16.2.2000	Haltung der Europäischen Union zur neuen österreichischen Regierung	FDP
	50	87.	17.2.2000	Haltung der Bundesregierung im Hinblick auf einen möglichen Schaden für die Demokratie in Deutschland durch die aktuellen Erkenntnisse zu Praktiken der Parteienfinanzierung und deren mögliche Auswirkungen auf Mehrheitsverhältnisse in Bundesorganen	B 90/GR
	51	88.	18.2.2000	Aus für den Transrapid Hamburg-Berlin; Auswirkungen für den Wirtschafts- und Technologiestandort Deutschland	CDU/CSU
	52	89.	23.2.2000	Energiekonsensgespräche und Energiedialog vor dem Aus?	CDU/CSU
	53	90.	24.2.2000	Haltung der Bundesregierung zur Patentvergabe des Europäischen Patentamtes auf Genmanipulation an menschlichem Erbgut	B 90/GR

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
noch: 14. WP 1998-2002	54	92.	15.3.2000	Bundespolitische Auswirkung der neuerlichen Parteispendensammelaktion	SPD
	55	93.	16.3.2000	Kritische Bewertung der Umweltpolitik der Bundesregierung durch den Umwelt-Sachverständigenrat	CDU/CSU
	56	94.	22.3.2000	Rente und Rentenanpassung entsprechend der Inflationsrate	CDU/CSU
	57	95.	23.3.2000	Haltung der Bundesregierung zur Fusion von Deutscher Bank und Dresdner Bank und zu den öffentlichen Diskussionen über die Folgen dieser Fusion	PDS
	58	97.	5.4.2000	Anweisung des Bundesministers *Werner Müller*, die Höhe des Briefportos bis Ende 2002 beizubehalten, obwohl die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post eine 15-prozentige Absenkung wollte	CDU/CSU
	59	101.	10.5.2000	Pläne der Bundesregierung, die Erbschaftssteuer zu erhöhen	CDU/CSU
	60	102.	11.5.2000	Haltung der Bundesregierung zur Erhöhung der Sicherheit im Internet vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem „I love you“-Virus	SPD
	61	103.	12.5.2000	Haltung der Bundesregierung zu Veröffentlichungen, wonach Bundesfinanzminister *Hans Eichel* eine Erhöhung der Mehrwertsteuer im nächsten Jahr plant	PDS
	62	106.	19.5.2000	Haltung der Bundesregierung, insbesondere des deutschen Außenministers *Joseph Fischer*, zu den europapolitischen Aussagen des Bürgers *Joschka Fischer* am 12. Mai 2000	FDP
	63	107.	7.6.2000	Haltung der Bundesregierung zu den steigenden Mineralölpreisen und der Forderung nach Verzicht bzw. Aussetzung der Ökosteuer	FDP
	64	108.	8.6.2000	Haltung der Bundesregierung zur Zukunft der Bundesdruckerei und der mit ihrem Betrieb verbundenen hoheitlichen Aufgaben	PDS
	65	110.	28.6.2000	Haltung der Bundesregierung zur Reduktion der Investitionen im Bundeshaushalt 2001 und den sich aus geringeren Aufträgen ergebenden Wirkungen auf den Mittelstand	CDU/CSU
	66	111.	29.6.2000	Haltung der Bundesregierung zur jüngsten Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation, wonach Deutschland im internationalen Vergleich der Gesundheitssysteme Platz 25 einnimmt	PDS
	67	112.	30.6.2000	Besserer Schutz der Bevölkerung – insbesondere von Kindern – vor Angriffen von Kampfhunden	FDP

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
noch: 14. WP 1998-2002	68	113.	5.7.2000	Haltung der Bundesregierung zur öffentlichen Kritik am Bericht der Bundesregierung über die Wirkungen der Nutzungsentgeltverordnung	PDS
	69	114.	6.7.2000	Absenkung der Beiträge für die Bezieher von Arbeitslosenhilfe und die Folgen für die gesetzlichen Krankenkassen	CDU/CSU
	70	115.	7.7.2000	Regelmäßige Kontakte im Vorfeld von Zeugenvernehmungen im Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zwischen Untersuchungsausschussmitgliedern und dem Zeugen *Helmut Kohl*	B 90/GR und SPD
	71	120.	27.9.2000	Haltung der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Lage des Transportgewerbes	CDU/CSU
	72	121.	28.9.2000	Haltung der Bundesregierung zur Fortgeltung des Ladenschlussgesetzes nach den Sanktionen gegen eine thüringische Friseurin	FDP
	73	122.	29.9.2000	Haltung der Bundesregierung zur anhaltenden öffentlichen Diskussion über den weiter zunehmenden Wohnungsleerstand in Ostdeutschland und zum Arbeitspapier der ostdeutschen Länder anlässlich der 101. Bauministerkonferenz	PDS
	74	123.	11.10.2000	Unterschiedliche Vorschläge aus der Koalition, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung kurzfristig abzusenken	CDU/CSU
	75	126.	25.10.2000	Ergebnisse des Europäischen Rates in Biarritz	CDU/CSU
	76	127.	26.10.2000	Haltung der Bundesregierung zur Forderung von Bundesverkehrsminister *Reinhard Klimmt*, die Ökosteuer im Jahr 2003 zu beenden	FDP
	77	128.	27.10.2000	Haltung der Bundesregierung zu den arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen der angekündigten Schließung von Bahnwerken durch die Deutsche Bahn AG	PDS
	78	129.	8.11.2000	Haltung der Bundesregierung zur Rückkehr zu den Grundsätzen der Nettolohnanpassung im Jahr 2001	PDS
	79	132.	15.11.2000	Haltung der Bundesregierung zur Rücknahme von deutschem Atommüll aus der Wiederaufbereitungsanlage La Hague nach dem deutsch-französischen Gipfel in Vittel	FDP
	80	133.	16.11.2000	Verantwortung der früheren Bundesregierung für die Erteilung einer Unbedenklichkeitserklärung für das atomare Endlager Morsleben	B 90/GR
	81	139.	6.12.2000	Haltung der Bundesregierung zur jüngsten Privatisierung von über 100 000 Eisenbahnerwohnungen	PDS
	82	140.	7.12.2000	Umgang der Bundesregierung mit der BSE-Krise	CDU/CSU
	83	142.	17.1.2001	Zur extremistischen Vergangenheit von Außenminister *Joseph Fischer*	CDU/CSU

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
noch: 14. WP 1998-2002	84	143.	18.1.2001	Haltung der Bundesregierung zur Verwendung uranhaltiger Munition im Rahmen von NATO-Kampfeinsätzen	PDS und FDP
	85	145.	24.1.2001	Bundespolitische Auswirkungen des aktuellen Schweinemastskandals in Bayern	SPD
	86	146.	25.1.2001	Keine Ausgrenzung unserer Bauern – die Bundesregierung muss dem ländlichen Raum in der gegenwärtigen Krise helfen	CDU/CSU
	87	148.	7.2.2001	Haltung der Bundesregierung zu den Äußerungen von Bundesminister *Werner Müller* zur vorgesehenen Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes	FDP
	88	149.	8.2.2001	Pläne der Bundesregierung zum Aufbau Ost angesichts der Kontroverse innerhalb der SPD zur Situation in den neuen Bundesländern	CDU/CSU
	89	151.	14.2.2001	Bundespolitische Auswirkungen neu bekannt gewordener Verstöße gegen das Parteigesetz	SPD
	90	152.	15.2.2001	Haltung der Bundesregierung zu den von grünen Kernkraftgegnern angekündigten Protesten bei Wiederaufnahme der Castortransporte	CDU/CSU
	91	153.	16.2.2001	Haltung der Bundesregierung zu aktuellen Berichten über die Gründe zum Eintritt in den Kosovo-Krieg	PDS
	92	154.	7.3.2001	Absichten der Koalition, Mineralöl- und Stromsteuer weiter zu erhöhen	CDU/CSU
	93	155.	8.3.2001	Haltung der Bundesregierung zur aktuellen Haushaltssituation und offensichtlichen Unterfinanzierung der Bundeswehr	FDP
	94	157.	14.3.2001	Zukunft des Unternehmens Bahn angesichts der gegensätzlichen Auffassungen von Bahnvorstand und Bundesregierung	CDU/CSU
	95	158.	15.3.2001	Konsequenzen aus der Tatsache, dass die deutsche Wirtschaft ihren Beitrag zur Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ noch nicht geleistet hat	SPD und B 90/GR
	96	160.	28.3.2001	Budgetierung, Kollektivhaftung und ärztliche Gesamtvergütung sowie deren Auswirkungen auf die Qualität der Gesundheitsversorgung	FDP
	97	161.	29.3.2001	Verantwortung der Bundesregierung für die Begleitumstände des ersten rot-grünen Castortransports	CDU/CSU
	98	163.	4.4.2001	Aktuelle Lage der Bauwirtschaft	CDU/CSU
	99	164.	5.4.2001	Haltung der Bundesregierung zum rechtlichen Umgang mit Arbeitslosen vor dem Hintergrund der jüngsten Vorschläge des nordrhein-westfälischen Arbeitsministers *Harald Schartau*	PDS

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
noch: 14. WP 1998-2002	100	166.	9.5.2001	Arbeitsmarktsituation	CDU/CSU
	101	167.	10.5.2001	Bundespolitische Auswirkungen neuer Vorwürfe einer Verletzung des Parteiengesetzes durch die CDU	SPD
	102	169.	16.5.2001	Haltung der Bundesregierung zur Absicht des Bundesarbeitsministers *Walter Riester*, künftig über 58-jährige Arbeitslose und Personen, die sich nur vorübergehend arbeitslos gemeldet haben, aus der Arbeitslosenstatistik herauszunehmen	CDU/CSU
	103	170.	17.5.2001	Haltung der Bundesregierung zur Reform der Erbschaftsbesteuerung	PDS
	104	172.	30.5.2001	Haltung der Bundesregierung zum drastischen Anstieg der Inflation auf 3,5 Prozent	CDU/CSU
	105	173.	31.5.2001	Haltung der Bundesregierung zu möglichen Auswirkungen der Berliner Finanzkrise auf den Bundeshaushalt	PDS
	106	176.	21.6.2001	Haltung der Bundesregierung zu den erneut korrigierten Wachstumsprognosen der deutschen Wirtschaftsinstitute und den daraus resultierenden Folgen	FDP
	107	178.	27.6.2001	Haltung der Bundesregierung zur drohenden Auszehrung der Bahnindustrie in Deutschland vor dem Hintergrund einer existenziellen Gefährdung der Firma adtranz in Hennigsdorf	PDS
	108	179.	28.6.2001	Haltung der Bundesregierung zur Welle der Beitragssatzerhöhungen in der gesetzlichen Krankenversicherung	CDU/CSU
	109	181.	4.7.2001	Zur Ablehnung der IG Metall, bei VW 5000 Arbeitsplätze mit einem Lohn von 5000 DM zu schaffen	FDP
	110	182.	5.7.2001	Haltung der Bundesregierung zur steigenden Arbeitslosigkeit im vierten Monat in Folge	CDU/CSU
	111	191.	10.10.2001	Haltung der Bundesregierung zur weiterhin Besorgnis erregenden Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt	CDU/CSU
	112	194.	17.10.2001	Haltung der Bundesregierung zur Korrektur der Wachstumsprognosen für das Jahr 2002 durch den Bundesminister der Finanzen *Hans Eichel* und deren Auswirkungen auf den Bundeshaushalt 2002	FDP
	113	195.	18.10.2001	Haltung der Bundesregierung zur Forderung der UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte *Mary Robinson* nach einer Pause der Luftangriffe auf Afghanistan	PDS

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
noch: 14. WP 1998-2002	114	197.	7.11.2001	Anspruch des Bundeskanzlers *Gerhard Schröder*, die Lohnnebenkosten unter 40 Prozent senken zu wollen, angesichts der Wirklichkeit steigender Beiträge	CDU/CSU
	115	198.	8.11.2001	Massive Mehrkosten bei den Baumaßnahmen im Parlaments- und Regierungsviertel in Berlin sowie Verantwortung der Bundesbaugesellschaft	PDS
	116	200.	14.11.2001	Was beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der in der jüngsten Steuerschätzung prognostizierten erheblichen Einnahmeausfälle von Bund, Ländern und Gemeinden zu tun?	CDU/CSU
	117	201.	15.11.2001	Haltung der Bundesregierung zur beschleunigten industriellen Auszehrung der neuen Bundesländer angesichts der geplanten Schließungen der Bombardier-Werke in Ammendorf	CDU/CSU
	118	208.	13.12.2001	Haltung der Bundesregierung zu den Ergebnissen der PISA-Studie sowie zur Umsetzung der Empfehlungen des Forums Bildung	SPD
	119	211.	23.1.2002	Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten *Milos Zeman* zu den Sudentendeutschen	CDU/CSU
	120	212.	24.1.2002	Haltung der Bundesregierung zu verschiedenen Aussagen der Union in der Haushalts- und Steuerpolitik	SPD
	121	213.	25.1.2002	Haltung der Bundesregierung zu aktuellen Veröffentlichungen über einen Einsatz eines V-Mannes im NPD-Vorstand	PDS
	122	216.	1.2.2002	Haltung der Bundesregierung zum Umfang der Umsatzsteuerbefreiung von Dienstleistungen der Deutschen Post AG	PDS
	123	217.	20.2.2002	Haltung der Bundesregierung zu der von Bundesfinanzminister *Hans Eichel* abgegebenen Erklärung, bis 2004 einen „nahezu ausgeglichenen Gesamthaushalt“ vorlegen zu können	FDP
	124	218.	21.2.2002	Haltung der Bundesregierung zu den aktuellen Vorgängen um die Vermittlungstätigkeit der Bundesanstalt für Arbeit	SPD und B 90/GR
	125	219.	22.2.2002	Haltung der Bundesregierung zu aktuellen Drohungen des Präsidenten der USA *George W. Bush* gegen den Irak	PDS
	126	220.	27.2.2002	Haltung der Bundesregierung zum Vorschlag des Bundesarbeitsministers *Walter Riester*, 1,2 Millionen Arbeitslose aus der Arbeitslosenstatistik herauszurechnen	CDU/CSU

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
noch: 14. WP 1998-2002	127	221.	28.2.2002	Haltung der Bundesregierung zur Klage der Bayerischen Staatsregierung gegen die Reform des Risikostrukturausgleichs in der gesetzlichen Krankenversicherung	SPD
	128	223.	13.3.2002	Milliardendefizit in der gesetzlichen Krankenversicherung	CDU/CSU
	129	229.	17. 4.2002	Haltung der Bundesregierung zum Insolvenzantrag der Kirch-Media AG	SPD
	130	230.	18.4.2002	Haltung der Bundesregierung zu dem Befund, dass fast drei Viertel der Versicherten keinen Vertrag für eine so genannte Riester-Rente abschließen wollen	CDU/CSU
	131	231.	19.4.2002	Haltung der Bundesregierung zum Waldaktionsplan im Übereinkommen über die biologische Vielfalt anlässlich der 6. Vertragsstaatenkonferenz in Den Haag	B 90/GR
	132	233.	24.4.2002	Haltung der Bundesregierung zu den Wachstumsprognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten 2002	CDU/CSU
	133	235.	15.5.2002	Haltung der Bundesregierung zu den anhaltend hohen Arbeitslosenzahlen in Deutschland, zu den im europäischen Vergleich niedrigen Wachstumsraten und den geringen Investitionen in Straße und Schiene	CDU/CSU
	134	238.	5.6.2002	Haltung der Bundesregierung zu aktuellen, als antisemitisch bewerteten öffentlichen Äußerungen	SPD, B 90/GR
	135	239.	6.6.2002	Haltung der Bundesregierung zu drastischen Einnahmeverlusten der Länder aufgrund der Steuerreform	CDU/CSU
	136	241.	12.6.2002	Haltung der Bundesregierung zum Nitrofen-Skandal	CDU/CSU
	137	242.	13.6.2002	Haltung der Bundesregierung zu den Auswirkungen aktueller Vorschläge zum Umbau der Sozialversicherungssysteme auf die Höhe der Rentenbeiträge und die Gesundheitsversorgung der Bürger	SPD, B 90/GR
	138	243.	14.6.2002	Haltung der Bundesregierung zu dem am 6. Juni 2002 vorgestellten Friedensgutachten der fünf führenden Friedensforschungsinstitute	PDS
	139	244.	26.6.2002	Weitere Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderung des Mittelstandes	SPD, B 90/GR
	140	245.	27.6.2002	Bildungsgefälle nach dem Ergebnis der PISA-Studie und Forderungen aus der Bundesregierung nach deutschlandweiten Bildungsstandards	CDU/CSU

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Thema	Beantragende Fraktion/ Gruppe
15. WP 2002-[1]	1	7.	6.11.2002	Auswirkungen der finanz- und gesellschaftspolitischen Vorhaben der Bundesregierung auf die Familien	CDU/CSU
	2	8.	7.11.2002	Haltung der Bundesregierung zur Eigenheimzulage	FDP
	3	9.	13.11.2002	Aktuelle Vorwürfe von Verstößen gegen das Parteiengesetz durch mögliche illegale Finanzzuflüsse bei der FDP	SPD, B 90/GR
	4	10.	14.11.2002	Haltung der Bundesregierung zur Situation der öffentlichen Haushalte unter Berücksichtigung der zu erwartenden aktuellen Steuerschätzung und der damit möglichen Notwendigkeit eines Haushaltssicherungsgesetzes	FDP
	5	15.	18.12.2002	Aktuelle Vorschläge zur weiteren steuerlichen Belastung der Bürger und Unternehmen	CDU/CSU
	6	18.	15.1.2003	Haltung der Bundesregierung zu ihren verschlechterten Prognosen für das Wirtschaftswachstum in Deutschland im Jahr 2003 und der daraus geforderten Erhöhung der Neuverschuldung für den Bundeshaushalt	FDP
	7	21.	29.1.2003	Haltung der Bundesregierung zu den Auswirkungen ihrer Steuerpolitik auf die kommunalen Finanzen	CDU/CSU
	8	24.	12.2.2003	Irakpolitik	CDU/CSU
	9	25.	13.2.2003	Zukunftsprogramm Bildung und Betreuung für Ganztagsschulen	SPD, B 90/GR
	10	27.	19.2.2003	Pockenviren	CDU/CSU

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 12.2.

11.3 Regierungsbefragung

Seit Herbst 1988 gibt es im Bundestag die „Befragung der Bundesregierung“. Die „Regierungsbefragung“ – so die gängige Kurzbezeichnung – wurde in der Geschäftsordnung des Bundestages verankert mit Beschluss des Bundestages vom 31. Oktober 1990.
Hierin heißt es (§ 106, Abs. 2 GOBT):

„In Sitzungswochen findet eine Befragung der Bundesregierung statt, bei der die Mitglieder des Bundestages Fragen von aktuellem Interesse an die Bundesregierung im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit, vorrangig jedoch zur vorangegangenen Sitzung der Bundesregierung, stellen können. Das Nähere wird in Richtlinien geregelt (Anlage 7).“

Anlage 7 „Befragung der Bundesregierung“ hat folgenden Wortlaut:

„1. Eine Befragung der Bundesregierung findet in Sitzungswochen mittwochs um 13.00 Uhr statt.
2. Die Mitglieder des Bundestages können an die Bundesregierung Fragen von aktuellem Interesse im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit stellen, vorrangig zur vorangegangenen Kabinettssitzung. Die Fragen können durch Bemerkungen eingeleitet werden. Sie müssen kurz gefasst sein und kurze Antworten ermöglichen.

[1] Stand: 31. März 2003.

3. Der Präsident erteilt das Wort unter Berücksichtigung der Regeln des § 28 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundestages.
4. Die Befragung dauert in der Regel 30 Minuten.
5. Zu Beginn der Befragung erhält ein Mitglied der Bundesregierung auf Verlangen bis zu fünf Minuten das Wort.
6. Der Präsident kann die Befragung über 30 Minuten hinaus verlängern. Dauert die Befragung länger als 30 Minuten, verkürzt sich die anschließende Fragestunde um die Verlängerungszeit.
7. Grundsätzlich antworten die angesprochenen Mitglieder der Bundesregierung; das Rederecht des zuständigen Mitglieds der Bundesregierung bleibt unberührt."

In der folgenden Tabelle sind die Regierungsbefragungen seit der 13. Wahlperiode aufgeführt.

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Themen u. a.
13. WP (1994-1998)	1	11.	18.1.1995	Gesetz zu dem Protokoll Nr. 11 vom 11. Mai 1994 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten; Ausbau und Vertiefung der deutsch-vietnamesischen Beziehungen
	2	14.	25.1.1995	Nachversicherung von ausscheidenden Bundeswehrsoldaten in der Rentenversicherung; Tierschutzbericht 1995
	3	17.	8.2.1995	Agrarbericht der Bundesregierung 1995; Bundeskriminalamtgesetz
	4	20.	15.2.1995	Bericht über die Entwicklung der Konvergenz in der Europäischen Union im Jahre 1994
	5	23.	8.3.1995	Bericht der Bundesregierung zum Bundesausbildungsförderungsgesetz, u. a. Meister-BAFöG; Mietenüberleitungsgesetz
	6	26.	15.3.1995	Geändertes Konzept über die Nutzung von bundeseigenen Altbauten zur Unterbringung der Bundesregierung in Berlin
	7	33.	26.4.1995	Berufsbildungsbericht 1995 – Maßnahmenkonzept zur Stärkung der beruflichen Bildung
	8	37.	17.5.1995	Bericht über „Problemfelder und Lösungsansätze bei der Überwachung des Fernmeldeverkehrs nach G 10/§§ 100a, 100b StPO/AWG in modernen Telekommunikationssystemen"; Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung
	9	40.	31.5.1995	Wehrrechtsänderungsgesetz
	10	43.	21.6.1995	Gesetz zur Regelung der Sicherheitsanforderungen an Produkte und zum Schutz der CE-Kennzeichnung
	11	55.	21.9.1995	Aufstiegsfortbildungs-Förderungsgesetz; Verhandlungsziel der Bundesregierung auf der Konferenz zur Überprüfung des UN-Waffenübereinkommens
	12.	57.	27.9.1995	Bericht der Bundesregierung Aufbau Ost – Die zweite Hälfte des Weges: Stand und Perspektiven
	13.	60.	11.10.1995	Konzeption zur langfristigen Unterbringung von Bundesorganen und -behörden sowie nationaler und internationaler Organisationen in der Bundesstadt Bonn (Bonn-Konzept); Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt in der Bundesrepublik Deutschland
	14.	73.	29.11.1995	Privatisierung von Flughäfen und Verkauf von Bundesanteilen; Verringerung von Beteiligungen des Bundes - Fortschreibung 1995

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Themen u. a.
noch: 13. WP (1994-1998)	15.	85.	7.2.1996	Bericht der Bundesregierung „Info 2000 – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“; Verringerung und Straffung von Bundesbehörden; Agrarbericht der Bundesregierung 1996
	16	88.	28.2.1996	Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Kindschaftsrechts
	17	91.	6.3.1996	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand; Bericht über die Entwicklung der Konvergenz in der Europäischen Union im Jahre 1995
	18	97.	17.4.1996	Bericht über die Tschernobyl-Konferenz in Wien
	19	106.	22.5.1996	Jahressteuergesetz 1997; Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetz 1997
	20	109.	12.6.1996	Gesetz zur Reform der Arbeitsförderung; Bericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms für Investitionen und Arbeitsplätze und des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung; Einsetzung und Benennung der Mitglieder der Steuerreform- und Rentenreformkommission
	21	112.	19.6.1996	Beschlüsse des Bundeskabinetts zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (u. a. Gesetz zur Bekämpfung der Korruption, Gesetz zur Verbesserung der Geldwäschebekämpfung)
	22	124.	25.9.1996	Aufbau Ost - Chancen und Risiken für Deutschland und Europa; Gesetz zum Schutz des Bodens
	23.	130.	16.10.1996	Bericht der Bundesregierung über die im Kalenderjahr 1993 erbrachten Versorgungsleistungen im öffentlichen Dienst sowie über die Entwicklung der Versorgungsausgaben in den nächsten 15 Jahren – Versorgungsbericht; Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes
	24	134.	6.11.1996	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze; Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung; Entwurf einer Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen
	25	144.	4.12.1996	Aktuelle Fragen (u. a. Einkommensteuerreform, Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone, Filialkonzept der Deutschen Post AG, RAF-Aussteigerprogramm, richterliche Nebentätigkeiten, Lufthansaprivatisierung)
	26	147.	11.12.1996	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Rahmenbedingungen für Informations- und Kommunikationsdienste; Entwurf eines Gesetzes zur Vereinheitlichung des Unterhaltsrechts minderjähriger Kinder; weitere aktuelle Fragen (Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der UN-Organisation UNIDO)

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Themen u. a.
noch: 13. WP (1994-1998)	27	156.	19.2.1997	Bericht der Bundesregierung über den Stand der Entwicklung des Tierschutzes – Tierschutzbericht 1997; Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes – hier: Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates; Zweite BSE-Schutzordnung; weitere aktuelle Fragen (Übergangsgeld bei Ausscheiden von Mitgliedern der Bundesregierung und Parlamentarischen Staatssekretären)
	28	162.	12.3.1997	Gesetz zur Bekämpfung von Sexualdelikten und anderen gefährlichen Straftaten; Sechstes Gesetz zur Reform des Strafrechts; weitere aktuelle Fragen (Verlegung des Standortes der Deutschen Welle)
	29	165.	19.3.1997	Steuerreformgesetz 1998; weitere aktuelle Fragen (Erfassung von Scientology-Unternehmen)
	30	168.	16.4.1997	Bericht zur Reform der beruflichen Bildung und Berufsbildungsbericht 1997; weitere aktuelle Fragen (Kosten des Transrapid)
	31.	171.	23.4.1997	Steuerreformgesetz 1999; Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank
	32.	174.	14.5.1997	Bericht zur aktuellen Situation im Bereich der Drogenpolitik; weitere aktuelle Fragen (Mittelfristiges Förderkonzept der Bundesregierung für die neuen Bundesländer nach 1998)
	33.	191.	24.9.1997	Änderung des Hochschulrahmengesetzes; Gesetz zur Einführung des Euro
	34	194.	1.10.1997	Zustimmung der Bundesregierung zur Unterzeichnung des Amsterdamers Vertrages; weitere aktuelle Fragen (Europol und Kontroversen um das Immunitätenprotokoll)
	35	196.	8.10.1997	Beschaffung des Waffensystems EUROFIGHTER 2000; weitere aktuelle Fragen (Palast der Republik – Anerkennung als Denkmal)
	36	199.	29.10.1997	Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen; Vierter Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen
	37	209.	10.12.1997	Waldzustandsbericht 1997; Abschlussbericht des Bundesministers des Innern zur Hochwasserkatastrophe an der Oder; Entwurf eines Gesetzes zur sozialrechtlichen Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen
	38	218.	11.2.1998	Agrarbericht der Bundesregierung 1998; weitere aktuelle Fragen (IWF-Kredite, Stärkung des asiatischen Marktes)
	39	226.	1.4.1998	Bericht der Bundesregierung nach dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Themen u. a.
noch: 13. WP (1994-1998)	40	229.	22.4.1998	Beschäftigungspolitischer Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland
	41	232.	29.4.1998	Berufsbildungsbericht 1998; Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP zur Lage der Städte, Gemeinden und Kreise
14. WP (1998–2002)	1	7.	18.11.1998	Bericht zum Stand der Vorkehrungen zur Unterbringung der Verfassungsorgane des Bundes in Berlin und zu der Möglichkeit der Arbeitsaufnahme bereits im Herbst 1999; Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002; deutsche Beteiligung an möglichen NATO-Operationen zum Schutz und Herausziehen von OSZE-Beobachtern aus dem Kosovo in Notfallsituationen
	2	10.	2.12.1998	Ziele und Schwerpunkte der deutschen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union
	3	13.	9.12.1998	Bericht zum Zusammentreffen des Kabinettausschusses „Neue Länder“ mit der Sächsischen Staatsregierung am 16. Dezember 1998
	4	15.	20. 1.1999	Haushaltsgesetz 1999
	5	18.	27. 1.1999	Jahreswirtschaftsbericht 1999 der Bundesregierung
	6	24.	3.3.1999	Bericht der Bundesregierung über den Stand der Entwicklung des Tierschutzes
	7	26.	17.3.1999	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze; weitere aktuelle Fragen (Entlassung des Bundesfinanzministers)
	8	34.	21.4.1999	Fortschrittsbericht der Bundesregierung „Das Jahr-2000. Problem in der Informationstechnik“; Dritter Bericht des Arbeitsstabes Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (AS WWU) „Die Einführung des Euro in Gesetzgebung und öffentlicher Verwaltung“; weitere aktuelle Fragen (Steuergesetze, Subventionsabbau, Scheinselbständigkeit)
	9	44.	16.6.1999	Bericht des Beauftragten der Bundesregierung für die Koordinierung von deutschen Hilfsmaßnahmen in Mazedonien; weitere aktuelle Fragen (Haushalts- und Sparpaket)
	10	46.	23.6.1999	Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ab dem Jahr 2000; Aufstellung des Haushaltsplans 2000
	11	57.	29.9.1999	Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der humanitären Hilfe für Osttimor; weitere aktuelle Fragen (Schlechtwettergeld)
	12	60.	6.10.1999	Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion „Lebenssituation von Seniorinnen und Senioren in der Bundesrepublik Deutschland“
	13	62.	27.10.1999	Nutzung und Anwendung der neuen Medien in Deutschland – Chancen in der Informationsgesellschaft; weitere aktuelle Fragen (Bankgeheimnis)

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Themen u. a.
noch: 14. WP (1998–2002)	14	65.	3.11.1999	Investitionsprogramm für den Ausbau der Bundesschienenwege, Bundesfernstraßen und Bundeswasserstraßen in den Jahren 1999 bis 2002
	15	68.	10.11.1999	Zustimmung der Bundesregierung zur Unterzeichnung des Vertrages zur Änderung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa vom 19. November 1990 anlässlich des OSZE-Gipfels in Istanbul am 18./19. November 1999
	16	75.	1.12.1999	Entwurf eines Aktionsplanes der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen;weitere aktuelle Fragen (Forschungsmittel)
	17	78.	15.12.1999	Bericht der Bundesregierung über die Beschäftigung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst des Bundes; Erfahrungsbericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen des im Jahre 1996 in Kraft getretenen Änderungsgesetzes zum Ladenschlussgesetz
	18	80.	19.1.2000	Neufassung der politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern
	19	83.	26.1.2000	Jahreswirtschaftsbericht 2000; weitere aktuelle Fragen (BAföG, Insolvenzverfahren Gröditzer Stahlwerke)
	20	89.	23.2.2000	Entwurf eines Gesetzes zur vergleichenden Werbung und zur Änderung wettbewerbsrechtlicher Vorschriften und die Erteilung eines europäischen Patents auf Manipulation menschlicher Gene
	21	92.	15.3.2000	Nationaler beschäftigungspolitischer Aktionsplan 2000
	22	94.	22.3.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“; weitere aktuelle Fragen (Export des Spürpanzers Fuchs in die Vereinigten Arabischen Emirate)
	23	97.	5.4.2000	Finanzierungskonferenz für Südosteuropa in Brüssel am 29./30. März 2000; weitere aktuelle Fragen (Bundeserziehungsgeldgesetz, Stasi-Unterlagengesetz)
	24	101.	10.5.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Namensaktie und zur Erleichterung der Stimmrechtsausübung [Namensaktiengesetz]; weitere aktuelle Fragen (Geiselnahme in Südostasien, Bonn-Vertrag)
	25	104.	17.5.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter; weitere aktuelle Fragen (Rede zur Europapolitik, Sommersmogverordnung)
	26	107.	7.6.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Soldatengesetzes und anderer Vorschriften; weitere aktuelle Fragen (Sudetendeutsche Landsmannschaft, Selbsthilfeorganisationen in der EU)

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Themen u. a.
noch: 14. WP (1998–2002)	27	110.	28.6.2000	Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit über die Durchführung des Sonderprogramms zur Erprobung von Modellansätzen zur Förderung der Beschäftigung von Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen, mitfinanziert aus Mitteln des europäischen Sozialfonds und aus Mitteln der beteiligten Länder
	28	113.	5. 7.2000	Bericht über die Entwicklung der Konvergenz in der Europäischen Union im Jahre 1999; weitere aktuelle Fragen (Export von Panzerfäusten nach Saudi-Arabien)
	29	120.	27.9.2000	Entwurf eines Gesetzes über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge und zur Änderung und Aufhebung arbeitsrechtlicher Bestimmungen; weitere aktuelle Fragen (Verstoß gegen die Bundeshaushaltsordnung, Ökosteuer)
	30	123.	11.10.2000	Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms; weitere aktuelle Fragen (Verfassungsklage gegen das Land NRW)
	31	129.	8.11.2000	Gründung des Deutschen Forums für Kriminalprävention; weitere aktuelle Fragen (Erwerbsunfähigkeitsrenten)
	32	132.	15.11.2000	Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens; weitere aktuelle Fragen (UN-Campus in Bonn)
	33	139.	6.12.2000	Bericht zur Steuerpolitik der Bundesregierung; weitere aktuelle Fragen (Aussagegenehmigung für den Bundesaußenminister, Arbeitsmarktzugang Nichtdeutscher, BSE-Schnelltest)
	34	142.	17.1.2001	Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland – Alter und Gesellschaft; weitere aktuelle Fragen (Rentenbroschüre)
	35	145.	24.1.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung im gewerblichen Güterkraftverkehr; weitere aktuelle Fragen (weiterer PStS im Bundeswirtschaftsministerium)
	36	148.	7.2.2001	Jahr der Lebenswissenschaften; weitere aktuelle Fragen (Auslieferung *Alfred Sirven*)
	37	151.	14.2.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes
	38	154.	7.3.2001	Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2000
	39	160.	28.3.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung Jüdisches Museum Berlin; weitere aktuelle Fragen (Gleichstellungsgesetz)
	40	163.	4.4.2001	Armutsbekämpfung – eine globale Aufgabe, Aktionsprogramm 2015 „Der Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut“; weitere aktuelle Fragen (Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bonn)

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Themen u. a.
noch: 14. WP (1998–2002)	41	166.	9.5.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Schuldrechts
	42	169.	16.5.2001	Deutsches Raumfahrtprogramm der Bundesregierung; weitere aktuelle Fragen (Zusammentreffen zwischen dem Kanzlerberater *Steiner* und dem libyschen Staatschef *Gaddafi*)
	43	172.	30.5.2001	Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank (7. BBankGÄndG)
	44	175.	20.6.2001	Fünfter Bericht des Arbeitsstabes Europäische Wirtschafts- und Währungsunion: „Die Einführung des Euro in Gesetzgebung und öffentlicher Verwaltung“
	45	181.	4.7.2001	Eckpunkt einer gesetzlichen Regelung für die Kraft-Wärme-Kopplung; weitere aktuelle Fragen (Militärische Einsätze der Bundeswehr)
	46	191.	10.10.2001	Internationale Anstrengungen zur Bekämpfung der Geldwäsche; Ergebnis des G-7-Finanzministertreffens
	47	194.	17.10.2001	Jugendpolitisches Programm der Bundesregierung “Chancen im Wandel“; weitere aktuelle Fragen (Bekämpfung des Terrorismus, Bundessozialhilfegesetz)
	48	197.	7.11.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus; weitere aktuelle Fragen (Freihändige Auftragsvergabe durch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung)
	49	200.	14.11.2001	Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Fortentwicklung des Finanzplatzes Deutschland, Viertes Finanzmarktförderungsgesetz; weitere aktuelle Fragen (Vertrauensfrage)
	50	207.	12.12.2001	Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Verkehrsinfrastruktur-Finanzierungs-Gesellschaft zur Finanzierung von Bundesverkehrswegen
	51	211.	23.1.2002	Errichtung der Kulturstiftung des Bundes
	52	217.	20.2.2002	Bericht zur Lage und zu den Perspektiven der deutschen Luft- und Raumfahrt
	53	220.	27.2.2002	Sachstand zum „Galileo“-Projekt
	54	223.	13.3.2002	Politik für den Mittelstand
	55	226.	20.3.2002	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Preisbindung bei Verlagserzeugnissen
	56	229.	17.4.2002	Nationale Strategie für eine nachhaltige Entwicklung
	57	232.	24.4.2002	Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation bei Frauen und Männern; weitere aktuelle Fragen (Wahl in Sachsen–Anhalt)
	58	235.	15.5.2002	Sachstandsbericht Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“
	59	238.	5.6.2002	Internationales Jahr der Freiwilligen
	60	241.	12.6.2002	Einkommensentwicklung in Deutschland

Wahl periode	Lfd. Nr.	Sitzungs-Nr.	Datum	Themen u. a.
15. WP (2002–)	1	7	6.11.2002	OECD-Studie 2002 „Bildung auf einen Blick“
	2	9	13.11.2002	Deutsche Beiträge zu Frieden und Wiederaufbau in Afghanistan
	3	15	18.12.2002	Die Politik der Bundesregierung für behinderte Menschen; Dosenpfand
	4	18	15.1.2003	Die Einführung des Pflichtpfandes auf Getränkeverpackungen
	5	21	29.1.2003	Jahreswirtschaftsbericht 2003
	6	27	19.2.2003	Eckwerte für ein Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 12.3.

11.4 Oppositionelles Verhalten: Statistik

In den folgenden Tabellen ist zusammengestellt, in welchem Ausmaße die jeweilige Opposition die verschiedenen parlamentarischen Instrumentarien (Gesetzesinitiativen, Anfragen, Beteiligung an der Aussprache über die Regierungserklärungen, Missbilligungsanträge usw.) in Anspruch genommen hat.

Wahl-periode	Große Anfragen[1]			Kleine Anfragen[1]			Mündliche Fragen[1]			Schriftliche Fragen			Dringliche Fragen		
	Anfragen insges.	davon eingereicht durch Opposition		Anfragen insges.	davon eingereicht durch Opposition		Anfragen insges.	davon eingereicht durch Opposition		Anfragen insges.	davon eingereicht durch Opposition		Anfragen insges	davon eingereicht durch Opposition	
	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %
13. WP 1994-1998	156	140	89,7	2 070	2 045	98,8	3 540	2 863	80,9	14 905	11767	78,9	34	29	85,3
14. WP 1998-2002	101	96	95,1	1813	1796	99,1	3 299	3 110	94,3	11 838	10 400	87,9	80	78	97,5

[1] Quellen: Kapitel 11.1.

Anfragen, untergliedert nach Fraktionen

13. Wahlperiode (1994-1998)										
Fraktionen	Große Anfragen		Kleine Anfragen		Mündliche Fragen		Schriftliche Fragen		Dringliche Fragen	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
CDU/CSU	0	–	6	0,3	509	14,4	2 791	18,7	5	14,7
SPD	80	51,3	336	16,2	2257	63,8	9 339	62,7	6	17,6
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	47	30,1	926	44,7	470	13,3	1 726	11,6	23	67,6
FDP	0	–	1	0,1	168	4,7	347	2,3	0	–
PDS	13	8,3	783	37,8	131	3,7	630	4,2	0	–
CDU/CSU und FDP	15	9,6	13	0,6	–	–	–	–	–	–
CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN	0	–	1	0,1	–	–	–	–	–	–
CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN und FDP	1	0,6	4	0,2	–	–	–	–	–	–
fraktionslose	0	–	0	–	5	0,1	72	0,5	–	–
insgesamt	**156**	**100,0**	**2 070**	**100,0**	**3540**	**100,0**	**14 905**	**100,0**	**34**	**100,0**

14. Wahlperiode (1998-2000)										
Fraktionen/Gruppen	Große Anfragen		Kleine Anfragen		Mündliche Fragen		Schriftliche Fragen		Dringliche Fragen	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
CDU/CSU	59	58,4	324	17,9	2 226	68,9	8 305	70,2	52	62,7
SPD	0	–	0	–	116	3,6	1 209	10,2	1	1,2
BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN	0	–	2	0,1	3	0,1	229	1,9	1	1,2
FDP	23	22,8	341	18,8	603	18,7	1 433	12,1	21	25,3
PDS	14	13,9	1 127	62,2	281	8,7	659	5,6	8	9,6
SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	5	4,9	15	0,8	0	–	0	–	0	–
Abgeordnete der CDU/CSU	0	–	4	0,2	0	–	0	–	0	–
fraktionslose	0	–	0	–	0	–	3	0,0	0	–
insgesamt	**101**	**100,0**	**1 813**[1]	**100, 0**	**3 229**	**100,0**	**11 838**	**100,0**	**83**	**100,0**

[1] Davon beantwortet: 1809.

Wahl periode	Gesetzesinitiativen des Bundestages[1]			Herbeirufung von Regierungsmitgliedern[2]			Missbilligungs- u. Entlassungsanträge[3] gegen Reg.-Mitgl.[4]		
	Anfragen insges.	davon eingereicht durch Opposition		Anfragen insges.	davon eingereicht durch Opposition		Anfragen insges.	davon eingereicht durch Opposition	
	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	in %
13. WP 1994-1998	329	196[5]	59,6	9	9[6]	100,0	4	4[7]	100,0
14. WP 1998-2002	328[8]	175[9]	53,4	14	14	100,0	4	4	100,0

Wahl-periode	Aktuelle Stunden[10]			Untersuchungsausschüsse[10]			Bezweiflung der Beschlussfähigkeit[10]		
	Anzahl	davon eingereicht durch Opposition		Anzahl	davon eingereicht durch Opposition		Anzahl	davon eingereicht durch Opposition	
		Anzahl	in %		Anzahl	in %		Anzahl	in %
13. WP 1994-1998	103	88	85,4	2	1	50,0	3	1	33,3
14. WP 1998-2002	141	115	81,6	1	1	100,0	0	–	–

1 Quelle: Deutscher Bundestag/Bundesrat, EDV-Informationssystem GESTA.
2 Quelle: Kapitel 6.17.
3 Beinhaltet auch die Aufforderung an den Bundeskanzler, die Vertrauensfrage gem. Art 68 GG zu stellen.
4 Quelle: Kapitel 6.16.
5 Davon eingebracht von SPD 68, B 90/DIE GRÜNEN 73, PDS 53 und SPD zusammen mit B 90/DIE GRÜNEN 2.
6 Davon beantragt von SPD 4, B 90/DIE GRÜNEN 5.
7 Davon beantragt von SPD zusammen mit B 90/DIE GRÜNEN 1, B 90/DIE GRÜNEN 1, PDS 2.
8 Darüber hinaus gab es 11 Gesetzesinitiativen, die auf der Beschlussempfehlung eines Ausschusses basieren.
9 Darüber hinaus haben sich Mitglieder der Oppositionsfraktionen an 19 Gesetzesinitiativen mit Fraktionen der Regierungskoalition beteiligt.
10 Quellen: Abschnitt 12.2, 9.10 beziehungsweise 8.19 und Fallsammlung über die Anwendung der GO in den Verhandlungen des DBT.

Wahl-periode	Aussprache über die Regierungserklärungen bei Amtsantritt der Bundesregierung[1]					
	Zahl der Wortmeldungen				Wortmeldungen der Opposition	
	insgesamt	Abgeordnete insgesamt	Abgeordnete der Opposition	Mitglieder des Bundesrates u. parteilose Regierungsmitglieder	in % aller Wortmeldungen	in % der Wortmeldungen aller Abg.
13. WP 1994-1998	90	86	48	4	53,3	55,8
14. WP 1998-2002	111	107	58	4	52,3	54,2
15. WP 2002-	118	113	57	1	48,3	50,4

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 12.4.

11.5 Änderungen des Bundestages am Gesamtvolumen des Haushaltsplans

Mit dem folgenden Kapitel wird versucht, den Grad der Einflussnahme zu verdeutlichen, den der Bundestag seit 1994 auf den von der Regierung vorgelegten Haushaltsentwurf ausgeübt hat. Zu diesem Zweck wurden – soweit dies aus den vorhandenen Unterlagen und Drucksachen möglich war – die vom Haushaltsausschuss vorgenommenen Aufstockungen und Kürzungen zusammengestellt und zwar sowohl als Summe als auch in Prozent des Haushaltsvolumens. Wie sich dem Zahlenmaterial im Wesentlichen entnehmen lässt, hat der Bundestag wiederholt den von der Regierung vorgelegten Haushaltsentwurf insgesamt aufgestockt.

Haushaltsjahr	Haushaltsvolumen (Regierungsentwurf)	Änderungen durch den Haushaltsausschuss des Bundestages						
		Summe der Aufstockungen		Summe der Kürzungen		Summe der Änderungen (Saldo)		Ansatz (Ergebnis Haushaltsausschuss)
	in Mio DM	in Mio DM	in %	in Mio DM	in %	in Mio DM	in %	in Mio DM
1994	478 400,0	12 349,3	2,58	10 799,3	2,26	+ 1 550,0	+ 0,32	479 950,0
1995	484 100,0	5 868,2	1,21	12 568,2	2,60	– 6 700,0	– 1,38	477 400,0
1996	452 000,0	10 006,6	2,21	10 706,6	2,37	– 700,0	– 0,15	451 300,0
1997	440 200,0	8 565,7	1,94	8 865,7	2,01	– 300,0	– 0,07	439 900,0
1998	461 000,0	6 447,3	1,40	10 647,3	2,31	– 4 200,0	– 0,91	456 800,0
1999	488 000,0	1 739,6	0,36	4 039,6	0,83	– 2 300,0	– 0,47	485 700,0
2000	478 200,0	7 181,0	1,50	6 581,0	1,38	+ 600,0	+ 0,13	478 800,0

[1] Vgl. Kapitel 6.11.

Haus halts jahr	Haushalts-volumen (Regierungs-entwurf)	Änderungen durch den Haushaltsausschuss des Bundestages						
		Summe der Aufstockungen		Summe der Kürzungen		Summe der Änderungen (Saldo)		Ansatz (Ergebnis Haushaltsausschuss)
	in Mio DM	in Mio DM	in %	in Mio DM	in %	in Mio DM	in %	in Mio DM
2001	478 700,0	13 802,2	2,88	15 502,2	3,24	– 1 700,0	– 0,36	477 000,0
ab 2002:	in Mio €	in Mio €		in Mio €		in Mio €		in Mio €
2002	247 800,0	6 801,4	2,74	7 101,4	2,87	– 300,0	– 0,12	247 500,0
2003	247 900,0	2 176,5	0,88	1 876,5	0,76	+ 300,0	+ 0,12	248 200,0
2004	251 200,0	19 080,6	7,60	12 980,6	5,17	+ 6 100,0	+ 2,43	257 300,0

Haushaltsberatungen

Haushalt	1995	1995	1996	1997
gesetzliche Vorlagefrist[1] für den Haushaltsentwurf	Sept. 1994	Sept. 1994	Sept. 1995	Sept. 1996
Datum des Zuleitungsschreibens der BReg.	12. 8. 1994[2]	9. 12. 1994	11. 8. 1995	16. 8. 1996
1. Beratung (Sitzungsnr./Datum)				
a) mündl. Einbringung durch Finanzmin. im BT	241./ 6. 9. 1994	8./14. 12. 1994	50./ 5. 9. 1995	120./10. 9. 1996
b) Aussprache	241./ 6. 9. 1994 242./ 7. 9. 1994	8./14. 12. 1994 9./15. 12. 1994 10./16. 12. 1994	50./ 5. 9. 1995 51./ 6. 9. 1995 52./ 7. 9. 1995 53./ 8. 9. 1995	120./10. 9. 1996 121./11. 9. 1996 122./12. 9. 1996 123./13. 9. 1996
2. Beratung (Sitzungsnr./Datum)		29./28. 3. 1995 30./29. 3. 1995 31./30. 3. 1995	66./ 7. 11. 1995 67./ 8. 11. 1995 68./ 9. 11. 1995 69./10. 11. 1995	140./26. 11. 1996 141./27. 11. 1996 142./28. 11. 1996
3. Beratung (Sitzungsnr./Datum)		32./31. 3. 1995	69./10. 11. 1995	143./29. 11. 1996
Verkündung des Haushaltsgesetzes im BGBl. I.		27.6. 1995	22. 12. 1995	27. 12. 1996
Beginn des Rechnungsjahres		1. 1. 1995	1. 1. 1996	1. 1. 1997
Haushaltsentwurf fristgerecht vorgelegt	ja	nein[2]	ja	ja
Haushaltsentwurf fristgerecht verabschiedet		nein[3]	ja	ja

[1] Gemäß § 30 BHO (Gesetz v. 19. 8. 1969, BGBl. I S. 1284) Einbringung des Haushalts „in der Regel spätestens in der ersten Sitzungswoche des Bundestages nach dem 1. September“.

[2] Der Haushaltsentwurf für 1995 wurde zunächst fristgerecht eingebracht und in 1. Beratung behandelt. Wegen der Wahl des Bundestages am 16. Oktober 1994 wurde der Haushaltsentwurf am 14. Dezember 1994 in überarbeiteter Form erneut eingebracht.

[3] Die weitere Verzögerung ergibt sich dadurch, dass der Bundesrat am 28. April 1995 den Vermittlungsausschuss anrief und

Haushalt	1995	1995	1996	1997
Dauer der Beratungen:[1]				
1. Beratung (Aussprache) 2. Beratung 3. Beratung		3 Tage 3 Tage 1 Tag	4 Tage 4 Tage 1 Tag	4 Tage 3 Tage 1 Tag
Vereinbarungen über Redezeiten		ja	ja	ja
Fragestunden während der Haushaltsberatungen		nein	nein	nein
Verbindung der Haushaltsberatungen mit anderen Beratungsgegenständen		ja, in 1. Ber., in 2. Ber. und in 3. Ber.	ja, in 1. Ber.	ja, in 1. Ber. und in 2. Ber.
Beratung anderer Gegenstände außerhalb der Haushaltsberatungen		ja, in 1. Ber., in 2. Ber. und in 3. Ber.	ja, in 1. Ber. in 2. Ber. und in 3. Ber.	ja, in 1. Ber., in 2. Ber. und in 3. Ber.

Haushalt	1998	1999	1999	2000
gesetzliche Vorlagefrist[1] für den Haushaltsentwurf	Sept. 1997	Sept. 1998	Sept. 1998	Sept. 1999
Datum des Zuleitungsschreibens der BReg.	15.8.1997	14.8.1998[2]	5.2.1999	13.8.1999
1. Beratung (Sitzungsnr./Datum)				
a) mündl. Einbringung durch Finanzmin. im BT	187./ 9.9.1997	246./2.9.1998	20./23.2.1999	54./15.9.1999
b) Aussprache	187./ 9.9.1997 188./10.9.1997 189./11.9.1997 190./12.9.1997	246./2.9.1998 247./3.9.1998	20./23.2.1999 21./24.2.1999 22./25.2.1999 23./26.2.1999	54./15.9.1999 55./16.9.1999 56./17.9.1999
2. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	205./25.11.1997 206./26.11.1997 207./27.11.1997		37./ 4.5.1999 38./ 5.5.1999 39./ 6.5.1999	71./23.11.1999 72./24.11.1999 73./25.11.1999
3. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	208./28.11.1997		39./ 6.5.1999	74./26.11.1999

am 2. Juni 1995 Einspruch dagegen einlegte, dass der Bundestag die Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses abgelehnt hatte. Diesen Einspruch wies der Bundestag am 2. Juni 1995 zurück.

1 Die Dauer der Beratungen ist nach Sitzungstagen gerechnet, ohne Berücksichtigung der Dauer der jeweiligen Sitzung.

2 Der Haushaltsentwurf für 1999 wurde zunächst fristgerecht eingebracht und in 1. Beratung behandelt. Wegen der Wahl des Bundestages am 27. September 1998 wurde der Haushaltsentwurf am 23. Februar 1999 in überarbeiteter Form erneut eingebracht.

Haushalt	1998	1999	1999	2000
Verkündung des Haushaltsgesetzes im BGBl.	30.12.1997		23.6.1999	28.12.1999
Beginn des Rechnungsjahres	1. 1. 1998		1.1.1999	1.1.2000
Haushaltsentwurf fristgerecht vorgelegt	ja	ja	nein	ja
Haushaltsentwurf fristgerecht verabschiedet	ja		nein	ja
Dauer der Beratungen:[1]				
1. Beratung (Aussprache) 2. Beratung 3. Beratung	4 Tage 3 Tage 1 Tag		4 Tage 3 Tage 1 Tag	3 Tage 3 Tage 1 Tag
Vereinbarungen über Redezeiten	ja		ja	ja
Fragestunden während der Haushaltsberatungen	nein		nein	nein
Verbindung der Haushaltsberatungen mit anderen Beratungsgegenständen	ja, in 1. Ber., in 2. Ber. und in 3. Ber.		ja, in 1. Ber., in 2. Ber. und in 3. Ber.	ja, in 1. Ber. und in 2. Ber.
Beratung anderer Gegenstände außerhalb der Haushaltsberatungen	ja, in 1. Ber., in 2. Ber. und in 3. Ber.		ja, in 1. Ber., in 2. Ber. und in 3. Ber.	ja, in 1. Ber., in 2. Ber. und in 3. Ber.

Haushalt	2001	2002	2003	2003
gesetzliche Vorlagefrist[1] für den Haushaltsentwurf	Sept. 2000	Sept. 2001	Sept. 2002	Sept. 2002
Datum des Zuleitungsschreibens der BReg.	18.8.2000	17.8.2001	16.8.2002[2]	29.11.2002
1. Beratung (Sitzungsnr./Datum)				
a) mündl. Einbringung durch Finanzmin. im BT	116./12.9.2000	185./11.9.2001	252./12.9.2002	12./3.12.2002
b) Aussprache	116./12.9.2000 117./13.9.2000 118./14.9.2000 119./15.9.2000	185./11.9.2001 189./26.9.2001[3] 190./27.9.2001[3]	252./12.9.2002 253./13.9.2002	12./3.12.2002 13./4.12.2002 14./5.12.2002

[1] Die Dauer der Beratungen ist nach Sitzungstagen gerechnet, ohne Berücksichtigung der Dauer der jeweiligen Sitzung.
[2] Der Haushaltsentwurf für 2003 wurde zunächst fristgerecht eingebracht und in 1. Beratung behandelt. Wegen der Wahl des Bundestages am 22. September 2002 wurde der Haushaltsentwurf am 3. Dezember 2002 in überarbeiteter Form erneut eingebracht.
[3] Unterbrechung auf Grund der Ereignisse am 11. September 2001.

Haushalt	2001	2002	2003	2003
2. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	135./28.11.2000 136./29.11.2000 137./30.11.2000 138./ 1.12.2000	203./27.11.2001 204./28.11.2001 205./29.11.2001		33./18.3.2003 34./19.3.2003 35./20.3.2003
3. Beratung (Sitzungsnr./Datum)	138./ 1.12.2000	206./30.12.2001		35./20.3.2003
Verkündung des Haushaltsgesetzes im BGBl.	28.12.2000	27.12.2001		-[1]
Beginn des Rechnungsjahres	1.1.2001	1.1.2002		1.1.2003
Haushaltsentwurf fristgerecht vorgelegt	ja	ja	ja	nein
Haushaltsentwurf fristgerecht verabschiedet	ja	ja		nein
Dauer der Beratungen:[2]				
1. Beratung (Aussprache) 2. Beratung 3. Beratung	4 Tage 4 Tage 1 Tag	3 Tage 3 Tage 1 Tag		3 Tag 3 Tage 1 Tag
Vereinbarungen über Redezeiten	ja	ja		ja
Fragestunden während der Haushaltsberatungen	nein	nein		nein
Verbindung der Haushaltsberatungen mit anderen Beratungsgegenständen	ja, in 1. Ber. und in 2. Ber.	ja, in 1. Ber. und in 2. Ber.		ja, in 1. Ber. und in 2. Ber.
Beratung anderer Gegenstände außerhalb der Haushaltsberatungen	ja, in 1. Ber., in 2. Ber. und in 3. Ber.	ja, in 1. Ber., in 2. Ber. und in 3. Ber.		ja, in 1. Ber., in 2. Ber. und in 3. Ber.

Quelle: Deutscher Bundestag, Sekreteriat Haushaltsausschuss

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 12.6.

11.6 Parlamentarische Kontrollgremien

Zur parlamentarischen Kontrolle

– der Nachrichtendienste des Bundes,
– der Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses und
– der Wirtschaftspläne der Geheimdienste

sind beim Deutschen Bundestag Kontrollkommissionen eingerichtet. Nachfolgend werden die Kontrollgremien aufgeführt:

[1] Stand: 31. März 2003.
[2] Die Dauer der Beratungen ist nach Sitzungstagen gerechnet, ohne Berücksichtigung der Dauer der jeweiligen Sitzung.

Parlamentarisches Kontrollgremium (PKGr)

Im Jahre 1978 wurde das Parlamentarische Kontrollgremium – damals noch als Parlamentarische Kontroll*kommission* – erstmals gesetzlich verankert, dann im Jahre 1999 mit dem Kontrollgremiumgesetz (PKGrG) grundlegend novelliert und mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet. Dadurch wurde das Parlamentarische Vertrauensmännergremium abgelöst, das 1956 von Bundeskanzler *Konrad Adenauer* ins Leben gerufen worden war und lediglich auf einer informellen Absprache zwischen der Bundesregierung und den Bundestagsfraktionen beruhte.

Der Bundesregierung obliegt nach dem Gesetz die Pflicht zur umfassenden Unterrichtung des Gremiums über die allgemeine Tätigkeit der Nachrichtendienste des Bundes und über Vorgänge von besonderer Bedeutung.

Rechtsgrundlage (seit 1978):	**Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes** vom 11. April 1978 (BGBl. I S. 453), grundlegend novelliert durch Gesetz vom 17. Juni 1999 (BGBl. I S. 1334), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254)
Zusammensetzung:	13. WP: 9 Mitglieder des Bundestages, davon 3 SPD, 4 CDU/CSU, 1 B 90/DIE GRÜNEN und 1 FDP. 14. und 15.WP: 9 Mitglieder des Bundestages, davon 4 SPD, 3 CDU/CSU, 1 B 90/DIE GRÜNEN und 1 FDP.

G10-Kommission nach § 15 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz) (G10)

Die G10-Kommission entscheidet von Amts wegen als unabhängiges und an keine Weisungen gebundenes Organ über die Notwendigkeit und Zulässigkeit sämtlicher durch die Nachrichtendienste des Bundes (Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst) durchgeführten Beschränkungsmaßnahmen im Bereich des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses nach Artikel 10 GG.

Die Kontrolle der G10-Kommission erstreckt sich dabei nicht nur auf die Überprüfung der ministeriellen Anordnung der Überwachungsmaßnahmen, sondern auf den gesamten Prozess der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der mit den Maßnahmen erlangten personenbezogenen Daten durch die Nachrichtendienste des Bundes einschließlich der Entscheidung über die Mitteilung an Betroffene. Sie nimmt darüber hinaus Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern entgegen und prüft, ob eine unzulässige Beschränkung der Grundrechte des Einzelnen aus Art. 10 GG erfolgt.

Rechtsgrundlage:	**Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz) (G 10)** vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, ber. 2298), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. August 2002 (BGBl. I S. 3390, 3391)
Zusammensetzung:	4 ordentliche und 4 stellvertretende Mitglieder, berufen durch das Parlamentarische Kontrollgremium, nicht zwingend Mitglieder des Deutschen Bundestages

Gremium von Mitgliedern des Haushaltsausschusses gemäß § 10a Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung (Vertrauensgremium)

Eine Spezialaufgabe hinsichtlich der parlamentarischen Behandlung der Nachrichtendienste erfüllt seit dem Jahre 1986 das Gremium nach § 10a Bundeshaushaltsordnung (Vertrauensgremium). Seine Aufgabe ist es, die geheimen Wirtschaftspläne der Dienste zu beraten. Insofern erfüllt das Gremium eine Aufgabe des Haushaltsausschusses. Der Haushaltsausschuss selbst erfährt nur Endsummen der den Diensten zur Verfügung gestellten Gelder, nicht aber deren Zweckbestimmung im Einzelnen. Diese Regelung stellt den notwendigen Ausgleich her zwischen dem Budgetbewilligungsrecht des Parlaments sowie der Lückenlosigkeit der Finanzkontrolle einerseits und den notwendigen Geheimhaltungsinteressen andererseits. Im Jahre 1999 wurde § 10a BHO um die Abs. 2 und 3 ergänzt. Dadurch wurden die Mitwirkungsbefugnisse des Parlamentarischen Kontrollgremiums in Haushaltsangelegenheiten der Nachrichtendienste gestärkt.

Rechtsgrundlage:	**Bundeshaushaltsordnung** vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1284), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 17. Juni 1999 (BGBl. I S. 1334)
Zusammensetzung:	13. WP: 9 Mitglieder des Bundestages, davon 3 SPD, 4 CDU/CSU, 1 B 90/DIE GRÜNEN und 1 FDP 14. und 15.WP: 9 Mitglieder des Bundestages, davon 4 SPD, 3 CDU/CSU, 1 B 90/DIE GRÜNEN und 1 FDP

Gremium nach § 41 Abs. 5 des Außenwirtschaftsgesetzes

Die Einrichtung dieses Gremiums war erforderlich geworden, nachdem das Zollkriminalamt die Befugnis erhalten hatte, zur Verhütung von Straftaten nach dem Außenwirtschaftsgesetz oder dem Kriegswaffenkontrollgesetz das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis – nach gerichtlicher Anordnung auf Antrag der Staatsanwaltschaft – in Einzelfällen beschränken zu können. Um die parlamentarische Kontrolle sicherzustellen, unterrichtet das Bundesministerium der Finanzen in Abständen von höchstens sechs Monaten das Gremium nach § 41 Abs. 5 des Außenwirtschaftsgesetzes, das zunächst aus 5, seit 1995 aus 9 Mitgliedern des Deutschen Bundestages besteht, über die Durchführung der Maßnahmen nach den §§ 39 bis 43 AWG.

Rechtsgrundlage:	**Außenwirtschaftsgesetz** vom 28. April 1961 (BGBl. I S. 481, 495, 1555), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. August 2002 (BGBl. I S. 3202, 3216)
Zusammensetzung:	13. WP: 9 Mitglieder des Bundestages, davon 3 SPD, 4 CDU/CSU, 1 B 90/DIE GRÜNEN und 1 FDP 14. und 15.WP: 9 Mitglieder des Bundestages, davon 4 SPD, 3 CDU/CSU, 1 B 90/DIE GRÜNEN und 1 FDP

Gremium nach Art. 13 Abs. 6 Satz 2 Grundgesetz

In Artikel 13 Abs. 6 Satz 1 des Grundgesetzes ist festgelegt, dass die Bundesregierung den Deutschen Bundestag jährlich über den Einsatz technischer Überwachungsmittel unterrichtet. Nach Satz 2 dieser Vorschrift richtet der Bundestag hierzu ein Gremium ein, das auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle ausübt. Das Gremium ist in der 14. WP am 5. Juni 2000 konstituiert worden, in der 15. WP am 20. Oktober 2003.

Rechtsgrundlage:	Gesetz zur **Änderung des Grundgesetzes** vom 26. März 1998 (BGBl. I S. 610) – Gesetz zur Verbesserung der **Bekämpfung der Organisierten Kriminalität** vom 4. März 1998 (BGBl. I S. 845)
Zusammensetzung:	14. und 15.WP: 9 Mitglieder des Bundestages, davon 4 SPD, 3 CDU/CSU, 1 B 90/DIE GRÜNEN und 1 FDP

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 12.7.

11.7 Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag

Nach § 56 a der Geschäftsordnung des Bundestages obliegt es dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, für den Bundestag Technikfolgenanalysen zu veranlassen, aufzubereiten und auszuwerten. Mit der wissenschaftlichen Durchführung der Technikfolgenanalysen kann eine wissenschaftliche Institution außerhalb der Bundestagsverwaltung beauftragt werden, die auf diesem Gebiet über eine ausgewiesene Kompetenz verfügt. Im Jahre 1990 erhielt die Abteilung für Angewandte Systemanalyse des Kernforschungszentrums Karlsruhe (zwischenzeitlich umbenannt in Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse des Forschungszentrums Karlsruhe) einen zeitlich befristeten Auftrag des Bundestages zur Errichtung und Betrieb eines „Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag“ (TAB).

Mit der Einrichtung des TAB außerhalb der Bundestagsverwaltung sollte eine enge Anbindung an den in Deutschland bereits vorhandenen wissenschaftlichen Sachverstand auf dem Gebiet der Technikfolgenanalysen, eine möglichst weitgehende administrative Flexibilität und ein vermindertes Risiko parteipolitischer Einflussnahme auf die Arbeit des TAB erreicht werden. Das TAB hat die allgemeinen Aufgaben, die Bedingungen sowie die Chancen und Risiken der Einführung und Anwendung von neuen Techniken, einschließlich alternativer Entwicklungsmöglichkeiten, systematisch zu erforschen. Ziele dieser Untersuchungen sind die Identifikation und Analyse gesellschaftspolitischer Konfliktfelder sowie die Herausarbeitung von Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten des Parlaments. Die Studien werden vom TAB in enger Zusammenarbeit mit den interessierten Mitgliedern des Bundestages und den Ausschüssen bearbeitet. Eine weitere Aufgabe ist die Beobachtung der wissenschaftlich-technischen Entwicklungen und ihrer möglichen Auswirkungen („Monitoring“) sowie die frühzeitige Unterrichtung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung über diese Ergebnisse. Die Bearbeitung der einzelnen Themen erfolgt unter Heranziehung des bestverfügbaren Wissens, indem zu bestimmten Aspekten der zu bearbeitenden Themen Beiträge von externen Sachverständigen eingeholt werden.

Auftraggeber und Steuerungsstelle des TAB ist der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Der Ausschuss nimmt Anträge für die Durchführung von Technikfolgenanalysen zu bestimmten Themen von den Fraktionen oder anderen Ausschüssen des Bundestages entgegen. Er vereinbart mit dem Leiter des TAB den finanziellen und zeitlichen Rahmen für die Durchführung der einzelnen Studien, und er berichtet dem Bundestag über die Ergebnisse dieser Studien.

Das TAB zog 2002 eine positive Gesamtbilanz seiner Beratungstätigkeit. In einem Erfahrungsbericht zur „Beratungskapazität Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag“ (Drucksache 14/9919) heißt es, die Qualität der Arbeit des TAB werde in wissenschaftlicher Hinsicht und in Bezug auf ihre politische Relevanz überwiegend positiv eingeschätzt. Die Auffassung, dass die parlamentarische Technikfolgenabschätzung (TA) vor allem ein Instrument der Opposition und nicht des gesamten Parlaments sei, lasse sich vor dem Hintergrund der Nutzung von TA-Ergebnissen durch die Oppositions- oder die Regierungsfraktionen und auch durch die Regierung in den letzten Jahren nicht belegen. Das TAB hält die dafür eingesetzten Mittel für eine „lohnende Investition“. Ferner wird in dem Bericht gesagt: Mit der Einrichtung des TAB habe der Bundestag die Erwartung verknüpft, Analysen wissenschaftlich-technischer Ent-

wicklungen vornehmen zu lassen und deren Ergebnisse entsprechend seinem Informationsbedarf und seinen Handlungsnotwendigkeiten nutzen zu können. Die ursprünglich auch beabsichtigte Gestaltung der parlamentarischen TA als öffentliches Diskussionsforum über den Dialog der Fachexperten und einzelner interessierter Gruppen hinaus habe bisher aber nicht stattgefunden. Nach über zehn Jahren positiver Erfahrungen sollte jedoch in Zukunft diese Chance genutzt werden, heißt es in dem Bericht. Damit könnte der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden, dass sich das Parlament wissenschaftlich fundiert und über die Tagespolitik hinaus auch mit langfristigen Perspektiven der technologischen und gesellschaftlichen Entwicklung befasst. Das Forschungszentrum Karlsruhe und das Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung hätten in ihrem Angebot zum künftigen Betrieb des TAB vorgeschlagen, den Aufgabenkatalog der parlamentarischen TA um Beiträge zur „Technikvorausschau“, zum „Politik-Benchmarking“ und zum „Innovationsreport“ zu erweitern. Das TAB wird vom Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse des Forschungszentrums Karlsruhe betrieben.

Im Juni 2002 hat der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung entschieden, dass das Forschungszentrum Karlsruhe das TAB bis 2008 weiter betreiben und in speziellen Bereichen mit dem Fraunhofer-Institut für Systemtechnik- und Innovationsforschung kooperieren soll.

Veröffentlichungen des TAB

Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag hat seit 1994 folgende Publikationen vorgelegt:

- TAB-Faltblatt:
  Verschiedene Neuauflagen (deutsch/englisch) seit Januar 1994
- TAB-Broschüre:
  Zielsetzung, Themen, Organisation (Neuauflage, deutsch/englisch) im Februar 1994,
  Verschiedene Neuauflagen: Ziele, Themen, Organisationen (Neuauflage, deutsch/englisch) seit Februar 1994
- TAB-Briefe:
  Nr. 8 Juni 1994 bis Nr. 24 Juni 2003
- TAB-Diskussionspapiere:
  Nr. 6: Diskurse über Technik: Öffentliche Technikkontroversen und Technikfolgen-Abschätzung als Erscheinungen reflexiver Modernisierung, Mai 1994
  Nr. 7: Technikakzeptanz und Kontroversen über Technik – Technikakzeptanz aus der Sicht der Industrie, Januar 1996
  Nr. 8: Technikfolgen-Abschätzung und Diffusionsforschung – ein Diskussionsbeitrag, März 2000
  Nr. 9: Neue Herausforderungen für die deutsche TSE-Forschung und ihre Förderung, Juli 2000
  Nr. 10: Pro und Kontra der Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement – Diskussionsstand in Deutschland und Europa (Gutachten im Rahmen des TAB-Projektes „Strukturen der Organisation und Kommunikation im Bereich der Erforschung übertragbarer spongiformer Enzephalopathien“), Juli 2000
- TAB-Hintergrundpapiere:
  Nr. 2: Die Anwendungsproblematik der pränatalen Diagnose aus der Sicht von Beratenen und Beratern (Gutachten im Auftrag des TAB), Januar 1994
  Nr. 3: Neue Rohstoffe für neue Werkstoffe, Juli 1994
  Nr. 4: Functional Food – Funktionelle Lebensmittel (Gutachten im Auftrag des TAB), September 1999
  Nr. 5: Kooperationsformen von Naturschutz und regionalem Tourismus – Projektbeispiele, August 2001
  Nr. 6: Innovationsbedingungen des E-Commerce – das Beispiel Produktion und Logistik, Dezember 2001
  Nr. 7: Innovationsbedingungen des E-Commerce – die technischen Kommunikationsinfrastrukturen für den elektronischen Handel, Februar 2002

Nr. 8: Innovationsbedingungen des E-Commerce – der elektronische Handel mit digitalen Produkten, März 2002
Nr. 9: Technologische Trends bei Getränkeverpackungen und ihre Relevanz für Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft, August 2002

- TAB-Arbeitsberichte (siehe die folgende Liste):

lfd. Nr.	Titel der TAB-Arbeitsberichte	Datum	veröffentlicht als a) BT-Drucksache b) Verlagspublikation
22	TA-Projekt „Neue Werkstoffe“ – Wege zur integrierten Werkstoff-Forschung (Zwischenbericht)	Jan. 1994	
23	Monitoring „Energiemonitoring“ – Auf dem Weg zu einem Europäischen Binnenmarkt für leitungsgebundene Energie (Bericht zu aktuellen Fragen der Energiepolitik) (Bericht)	Jan. 1994	
24	Monitoring „Technikakzeptanz und Kontroversen über Technik“ – Ist die (deutsche) Öffentlichkeit „technikfeindlich“? (Ergebnisse der Meinungs- und der Medienforschung) (1. Sachstandsbericht/Nachdruck Februar 1998)	März 1994	
25	Monitoring „Gentherapie“ – Stand und Perspektiven naturwissenschaftlicher und medizinischer Problemlösungen bei der Entwicklung gentherapeutischer Heilmethoden (1. Sachstandsbericht)	Mai 1994	
26	TA-Projekt „Neue Werkstoffe“ (Endbericht, Langfassung)	Juni 1994	
27	TA-Projekt „Möglichkeiten und Probleme bei der Verfolgung und Sicherung nationaler und EG-weiter Umweltschutzziele im Rahmen der europäischen Normung“ (Bericht zum Stand der Arbeit)	Juni 1994	
28	TA-Monitoring „Informations- und Kommunikationstechnologien – Ausgewählte Technology Assessments des OTA“ (Auswertung von sieben OTA-Studien) (Bericht III)	Juni 1994	
29	Monitoring „Energiemonitoring“ – Sicherung einheimischer Energiequellen in Europa: Ein Ländervergleich im Binnenmarkt (Bericht zu aktuellen Fragen der Energiepolitik) (Bericht)	Aug. 1994	
30	TA-Projekt „Umwelttechnik und wirtschaftliche Entwicklung“ (Zwischenbericht)	Sept. 1994	
31	Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.9.1993 bis 31.8.1994	Okt. 1994	
32	TA-Projekt „Neue Werkstoffe“ (Endbericht)	Jan. 1995	
33	TA-Projekt „Multimedia – Mythen, Chancen und Herausforderungen“ (Endbericht)	Mai 1995	a) 13/1696

lfd. Nr.	Titel der TAB-Arbeitsberichte	Datum	veröffentlicht als a) BT-Drucksache b) Verlagspublikation
34	TA-Projekt „Auswirkungen moderner Biotechnologien auf Entwicklungsländer und Folgen für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern“ (Endbericht)	Mai 1995	a) 13/2475 b) s. Anm. [1]
35	TA-Projekt „Umwelttechnik und wirtschaftliche Entwicklung – Integrierte Umwelttechnik: Chancen erkennen und nutzen“ (Endbericht)	Nov. 1995	a) 13/4933 b) s. Anm. [2]
36	Monitoring „Energiemonitoring“ – Deutschlands Erdgaswirtschaft im europäischen Verbund (Bericht zu aktuellen Fragen der Energiepolitik) (Bericht)	Juni 1995	a) 13/5050 b) s. Anm. [3]
37	Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.9.1994 bis 31.8.1995	Jan. 1996	
38	TA-Monitoring – TA-Studien im Bereich Informationstechnologie (Auswertung von sechs Studien europäsicher parlamentarischer TA-Einrichtungen)	Jan. 1996	
39	TA-Monitoring „Stand der Technikfolgen-Abschätzung im Bereich der Medizintechnik“	April 1996	
40	Monitoring „Gentherapie“ – Die rechtliche Regelung der Gentherapie im Ausland – eine Dokumentation (2. Sachstandsbericht)	April 1996	
41	Monitoring „Nachwachsende Rohstoffe“ – Verbrennung von Biomasse zur Wärme- und Stromgewinnung (1. Sachstandsbericht/Nachdruck Dezember 1998)	Juli 1996	
42	Monitoring „Exportchancen für Techniken zur Nutzung regenerativer Energien“ (Sachstandsbericht)	Aug. 1996	
43	TA-Projekt „Möglichkeiten und Probleme bei der Verfolgung und Sicherung nationaler und EG-weiter Umweltschutzziele im Rahmen der europäischen Normung“ (Endbericht)	Sept. 1996	a) 13/6450 b) s. Anm. [4]
44	Machbarkeitsstudie zu einem „Forum für Wissenschaft und Technik“ (Endbericht)	Sept. 1996	a) 13/6451 b) s. Anm. [5]

[1] *Ulrich Riehm* und *Bernd Wingert*, Multimedia – Mythen, Chancen und Herausforderungen. Mannheim 1995.

[2] *Christine Katz*, *Joachim J. Schmitt*, *Leonhard Hennen* und *Arnold Sauter*, Biotechnologien für die Dritte Welt – Eine entwicklungspolitische Perspektive? Berlin 1996. (= Studien des Büros für Technikfolgen- Abschätzung, Bd. 2).

[3] *Reinhard Coenen*, *Sigrid Klein-Vielhauer* und *Rolf Meyer*, Integrierte Umwelttechnik – Chancen erkennen und nutzen. Berlin 1996. (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Bd. 1).

[4] *Juliane Jörissen* (unter Mitarbeit von *Gotthard Bechmann*), Produktbezogener Umweltschutz und technische Normen – Zur rechtlichen und politischen Gestaltbarkeit der europäischen Normung. Köln 1997.

[5] *Leonhard Hennen*, *Christine Katz*, *Herbert Paschen* und *Arnold Sauter*, Präsentation von Wissenschaft im gesellschaftlichen Kontext – Zur Konzeption eines Forums für Wissenschaft und Technik. Berlin 1997. (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Bd. 4).

lfd. Nr.	Titel der TAB-Arbeitsberichte	Datum	veröffentlicht als a) BT-Drucksache b) Verlagspublikation
45	TA-Projekt „Kontrollkriterien für die Bewertung und Entscheidung bezüglich neuer Technologien im Rüstungsbereich“ (Endbericht)	Sept. 1996	a) 13/6449 b) s. Anm. [1]
46	Monitoring „Stand und Perspektiven der Katalysatoren- und Enzymtechnik“ (Sachstandsbericht)	Dez. 1996	
47	TA-Projekt „Umwelt und Gesundheit“ (Vorstudie / Nachdruck Januar 1999)	März 1997	
48	Tätigkeitsbericht des TAB für die Zeit vom 01.09.1995 bis 31.08.1996	Feb. 1997	
49	Monitoring „Nachwachsende Rohstoffe“ – Vergasung und Pyrolyse von Biomasse (2. Sachstandsbericht)	April 1997	
50	Monitoring „Forschungs- und Technologiepolitik für eine nachhaltige Entwicklung“ (Sachstandsbericht)	Juni 1997	
51	Monitoring „Zum Entwicklungsstand der Brennstoffzellen-Technologie“ (Sachstandsbericht / Nachdruck Januar 1999)	Sept. 1997	
52	TA-Projekt „Entwicklung und Folgen des Tourismus“ (Bericht zum Abschluss der Phase I)	Okt. 1997	a) 13/9446 b) s. Anm. [2]
53	Monitoring „Nachwachsende Rohstoffe“ – Pflanzliche Öle und andere Kraftstoffe aus Pflanzen (3. Sachstandsbericht)	Nov. 1997	
54	Monitoring „Technikakzeptanz und Kontroversen über Technik“ – Ambivalenz und Widersprüche: Die Einstellung der deutschen Bevölkerung zur Technik (Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage) (2. Sachstandsbericht)	Dez. 1997	
55	TA-Projekt „Gentechnik, Züchtung und Biodiversität“ (Endbericht)	April 1998	a) 13/11253 b) s. Anm. [3]
56	TA-Projekt „Entwicklung und Analyse von Optionen zur Entlastung des Verkehrsnetzes und zur Verlagerung von Straßenverkehr auf umweltfreundlichere Verkehrsträger“ (Endbericht/Kurzfassung)	Okt. 1998	a) 13/11447 u. 14/2429 b) s. Anm. [4]

[1] *Thomas Petermann*, *Martin Socher* und *Christine Wennrich*, Präventive Rüstungskontrolle bei Neuen Technologien. Utopie oder Notwendigkeit? Berlin 1997. (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Bd. 3).

[2] *Thomas Petermann* (unter Mitarbeit von *Christina Hutter* und *Christine Wennrich*, Folgen des Tourismus – Gesellschaftliche, ökologische und technische Dimensionen. Berlin 1998 (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Bd. 5).

[3] *Rolf Meyer*, *Christoph Revermann* und *Arnold Sauter*, Biologische Vielfalt in Gefahr? – Gentechnik in der Pflanzenzüchtung. Berlin 1998. (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Bd. 6).

[4] *Günter Halbritter*, *Rainer Bräutigam*, *Torsten Fleischer*, *Sigrid Klein-Vielhauer*, *Christel Kupsch* und *Herbert Paschen*, Umweltverträgliche Verkehrskonzepte – Entwicklung und Analyse von Optionen zur Entlastung des Verkehrsnetzes und zur Verlagerung von Straßenverkehr auf umweltfreundlichere Verkehrsträger. Berlin 1999.

lfd. Nr.	Titel der TAB-Arbeitsberichte	Datum	veröffentlicht als a) BT-Drucksache b) Verlagspublikation
57	Tätigkeitsbericht des TAB für die Zeit vom 01.09.1996 bis 31.08.1997	April 1998	a) 14/571
58	TA-Projekt „Forschungs- und Technologiepolitik für eine nachhaltige Entwicklung“ (Zwischenbericht)	Juni 1998	a) 14/1100
59	TA-Projekt „Entwicklung und Folgen des Tourismus“ (Bericht zum Abschluss der Phase II)	März 1999	b) s. Anm. [1]
60	Tätigkeitsbericht des TAB für die Zeit vom 01.09.1997 bis 31.08.1998	April 1999	
61	Monitoring „Nachwachsende Rohstoffe“ – Einsatz nachwachsender Rohstoffe im Wohnungsbau (4. Sachstandsbericht)	Juli 1999	a) 14/2949
62	TA-Projekt „Neue Materialien zur Energieeinsparung und zur Energieumwandlung“ (Vorstudie)	Juli 1999	
63	TA-Projekt „Umwelt und Gesundheit“ (Endbericht)	Sept. 1999	a) 14/2848 b) s. Anm.[2]
64	TA-Monitoring „Xenotransplantation“ (Sachstandsbericht)	Dez. 1999	a) 14/3144
65	TA-Projekt „Klonen von Tieren“ (Endbericht)	März 2000	a) 14/3968 b) s. Anm.[3]
66	Monitoring „Stand und Perspektiven genetischer Diagnostik“ (Sachstandsbericht)	April 2000	a) 14/4656 b) s. Anm.[4]
67	Brennstoffzellen-Technologie (Endbericht)	Juni 2000	a) 14/5054 b) s. Anm.[5]
68	Risikoabschätzung und Nachzulassungs-Monitoring transgener Pflanzen (Sachstandsbericht)	Nov. 2000	a) 14/5492
69	Elemente einer Strategie für eine nachhaltige Energieversorgung (Vorstudie)	Juli 2001	

[1] *Thomas Petermann* (unter Mitarbeit von *Christine Wennrich*), Folgen des Tourismus – Tourismuspolitik im Zeitalter der Globalisierung (Bd. 2). Berlin 1999. (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Bd. 7).

[2] *Rolf Meyer* und *Arnold Sauter*, Gesundheitsförderung statt Risikoprävention? Umweltbeeinflusste Erkrankungen als politische Herausforderung. Berlin 2000. (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Bd. 8).

[3] *Revermann, Christoph*, und *Leonhard Hennen*, Das maßgeschneiderte Tier. Klonen in Biomedizin und Tierzucht. Berlin 2001. (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Bd. 9).

[4] *Hennen, Leonhard, Thomas Petermann* und *Arnold Sauter*, Das genetische Orakel. Prognosen und Diagnosen durch Gentests – eine aktuelle Bilanz. Berlin 2001. (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Bd. 10)

[5] *Dagmar Oertel*, und *Torsten Fleischer*, Brennstoffzellen-Technologie: Hoffnungsträger für den Klimaschutz. Technische, ökonomische und ökologische Aspekte ihres Einsatzes in Verkehr und Energiewirtschaft. Berlin 2001.

lfd. Nr.	Titel der TAB-Arbeitsberichte	Datum	veröffentlicht als a) BT-Drucksache b) Verlagspublikation
70	Tätigkeitsbericht des TAB für die Zeit vom 01.09.1998 bis 31.12.1999	Dezember 2000	
71	Folgen von Umwelt- und Ressourcenschutz für Ausbildung, Qualifikation und Beschäftigung (Vorstudie)	Mai 2001	a) 14/9459
72	Tätigkeitsbericht des TAB für die Zeit vom 01.01.2000 bis 31.12.2000	Oktober 2001	
73	Bioenergieträger und Entwicklungsländer (Sachstandsbericht)	November 2001	a) 14/9953 b) s. Anm.[1]
74	Neue Medien und Kultur (Vorstudie)	November 2001	a) 14/8434 b) s. Anm.[2]
75	Kernfusion (Sachstandsbericht)	März 2002	a) 14/8959
76	Biometrische Identifikationssysteme (Sachstandsbericht)	Februar 2002	a) 14/10005
77	Tourismus in Großschutzgebieten (Endbericht)	März 2002	a) 14/9952 b) s. Anm.[3]
78	E-Commerce (Endbericht)	Juni 2002	a) 14/10006 b) s. Anm.[4]
79	Maßnahmen für eine nachhaltige Energieversorgung im Bereich Mobilität (Sachstandsbericht)	Juni 2002	a) 15/851
80	Tätigkeitsbericht 2001	September 2002	
81	Entwicklungstendenzen von Nahrungsmittelangebot und -nachfrage und ihre Folgen (Basisanalysen)	August 2002	
82	Gesundheitliche und ökologische Aspekte bei mobiler Telekommunikation und Sendeanlagen. – Wissenschaftlicher Diskurs, regulatorische Erfordernisse und öffentliche Debatte	November 2002	b) s. Anm.[5]

[1] *Rolf Meyer*, und *Jan Börner*, Bioenergieträger – eine Chance für die „Dritte Welt“. Verfahren – Realisierung – Wirkungen. Berlin 2002. (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Bd. 11).

[2] *Herbert Paschen*, *Bernd Wingert*, *Christopher Coenen* und *Gerhard Banse*, Kultur – Medien – Märkte. Medienentwicklung und kultureller Wandel. Berlin 2002. (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Bd. 12).

[3] *Christoph Revermann* und *Thomas Petermann*, Tourismus in Großschutzgebieten. Impulse für eine nachhaltige Regonalentwicklung. Berlin 2003. (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Bd. 13).

[4] *Ulrich Riehm*, *Thomas Petermann*, *Carsten Orwat*, *Christopher Coenen*, *Christoph Revermann*, *Constanze Scherz* und *Bernd Wingert*, E-Commerce in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme zum elektronischen Handel. Berlin 2003. (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Bd. 14).

[5] *Christoph Revermann*, Risiko Mobilfunk. Wissenschaftlicher Diskurs, öffentliche Debatte und politische Rahmenbedingungen. Berlin 2003. (= Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Bd. 15).

lfd. Nr.	Titel der TAB-Arbeitsberichte	Datum	veröffentlicht als a) BT-Drucksache b) Verlagspublikation
83	Technikakzeptanz und Kontroversen über Technik – positive Veränderung des Meinungsklimas – konstante Einstellungsmuster (3. Sachstandsbericht)	November 2002	
84	Möglichkeiten geothermischer Stromerzeugung in Deutschland	Februar 2003	
85	Militärische Nutzung des Weltraums und Möglichkeiten der Rüstungskontrolle im Weltraum (Sachstandsbericht)	Februar 2003	a) 15/1371
86	Langzeit- und Querschnittsfragen in europäischen Regierungen und Parlamenten	Februar 2003	

Projekte des Büros für Technikfolgenabschätzung (TAB) seit 1991[1]

Abgeschlossene Projekte	In Bearbeitung
– Verstärkter Wasserstoffeinsatz – Raumtransportsystem SÄNGER – Hausmüllentsorgung und Müllvermeidung – Grundwasserschutz und Wasserversorgung – Genomanalyse – Chancen und Risiken genetischer Diagnostik – Biologische Sicherheit bei der Nutzung der Gentechnik – Neue Werkstoffe – Multimedia – Biotechnologie und Entwicklungsländer – Umwelttechnik und wirtschaftliche Entwicklung – Europäische Normung – Präventive Rüstungskontrolle bei den neuen Technologien – Gentechnik, Züchtung und Biodiversität – Optionen zur Entlastung des Verkehrsnetzes und zur Verlagerung von Straßenverkehr auf umweltfreundlichere Verkehrsträger – Forschungs- und Technologiepolitik für eine nachhaltige Entwicklung – Entwicklung und Folgen des Tourismus – Neue Materialien zur Energieeinsparung und zur Energieumwandlung – Umwelt und Gesundheit – Klonen von Tieren – Brennstoffzellen-Technologie	<u>TA-Projekte:</u> – Entwicklungstendenzen bei Nahrungsmittelangebot und -nachfrage und ihre Folgen – Nanotechnologie <u>Monitoring-Aktivitäten:</u> – Gendiagnostik/Gentherapie: Präimplantationsdiagnostik – Praxis und rechtliche Rahmenbedingungen – Technikakzeptanz und Kontroversen über Technik: „Neue Formen des Dialogs zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit“ – Biometrische Identifikationssysteme – Leistungsfähigkeit und rechtliche Rahmensetzung – Nachhaltige Energieversorgung: Geothermische Stromerzeugung in Deutschland – Neue Technologien und Rüstungskontrolle: „Militärische Nutzung des Weltraums und Möglichkeiten der Rüstungskontrolle im Weltraum“ – Gesundheitliche und ökologische Aspekte bei mobiler Telekommunikation und Sendeanlagen – wissenschaftlicher Diskurs, regulatorische Erfordernisse und öffentliche Debatte – Technikakzeptanz und Kontroversen über Technik:

[1] Stand: 31. März 2003. Quelle: Internetseite des Büros für Technikfolgenabschätzung (http://www.tab.fzk.de).

Abgeschlossene Projekte	In Bearbeitung
– Elemente einer Strategie für eine nachhaltige Energieversorgung – Folgen von Umwelt- und Ressourcenschonung für Ausbildung, Qualifikation und Beschäftigung – Bioenergieträger und Entwicklungsländer – Neue Medien und Kultur – Tourismus in Großschutzgebieten – E-Commerce	Meinungen und Einstellungen der Bevölkerung zur Technik <u>Konzepte und Methoden:</u> – Langzeit- und Querschnittsfragen in europäischen Regierungen und Parlamenten

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999,** Kapitel 12.08.

12 Geschäftsordnung – Parlamentsrecht – Parlamentsreform

Überblick Seite

12.1 Chronik der Änderungen der Geschäftsordnung vom 2.7.1980 seit der 13. Wahlperiode 680
12.2 Parlamentsreformen: Bibliographie 683
12.3 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Haushalts des Deutschen Bundestages 685
12.4 Konferenz der Präsidenten der deutschen Landesparlamente 686

12.1 Chronik der Änderungen der Geschäftsordnung vom 2.7. 1980 seit der 13. Wahlperiode

Der Deutsche Bundestag hat sich nach Artikel 40 des Grundgesetzes durch Beschluss vom 6. Dezember 1951 mit Wirkung vom 1. Januar 1952 eine erste Geschäftsordnung gegeben. Am 25. Juni 1980 (wirksam ab 1. Oktober 1980) beschloss der Bundestag in der 225. Sitzung eine neue Geschäftsordnung, deren Änderungen seit der 13. Wahlperiode in der nachfolgenden Übersicht chronologisch aufgeführt sind.

13. Wahlperiode (1994-1998)

10. November 1994	Ergänzung von § 2 Abs. 1 GOBT „Wahl des Präsidenten und der Stellvertreter“: Jede Fraktion des Bundestages ist durch mindestens einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin im Präsidium vertreten. Bekanntmachung am 16.12.1994; BGBl. I (1995), S. 11
15. Dezember 1994	Änderung von § 93 GOBT „Unionsvorlagen“ und Einfügung des § 93a GOBT „Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union“: Erfüllung der vom Bundestag in der 12. Wahlperiode in das Grundgesetz (Art. 45) eingeführten Verpflichtung, einen Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union zu bestellen, sowie notwendige Überarbeitungen der Verfahrensvorschriften über die Behandlung von EG-Vorlagen aufgrund der Änderung von Art. 23 GG. Geregelt wird u. a. die Berechtigung des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union zur Abgabe einer Stellungnahme zu Unionsvorlagen gegenüber der Bundesregierung an Stelle des Bundestages und mit Rechtswirkung für ihn (u. a. Einzelermächtigung durch das Parlament für einzelne Unionsvorlagen oder für eine Gruppe, begrenzte Generalermächtigung für bestimmte Fallgruppen, Beteiligung der Fachausschüsse, Verfahren bei Eilbedürftigkeit). Bekanntmachung am 16.12.1994; BGBl. I (1995), S. 11
21. September 1995	– Änderung von § 20 Abs. 4 GOBT „Tagesordnung“: Vorlagen von Mitgliedern des Bundestages müssen auf Verlangen der Antragsteller auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt und beraten werden, wenn seit der Verteilung der Drucksache mindestens drei (bisher sechs) Wochen vergangen sind. – Änderung von § 27 Abs. 2 GOBT „Worterteilung und Wortmeldung“: Zwischenbemerkungen („Kurzinterventionen“) dürfen statt bisher zwei Minuten nunmehr bis zu drei Minuten dauern und bereits in der ersten Runde einer Debatte erfolgen. – Änderung von § 45 Abs. 3 und 4 GOBT „Feststellung der Beschlussfähigkeit, Folgen der Beschlussunfähigkeit“: Bei Kernzeit-Debatten Möglichkeit der Feststellung der Beschluss- und Beratungsfähigkeit nach den Regeln der namentlichen Abstimmung (und nicht durch Zählung der Stimmen); der Präsident kann bei Kernzeit-Debatten im Einvernehmen mit den Fraktionen die Sitzung auf kurze Zeit unterbrechen, wenn der Sitzungsvorstand bezweifelt, dass ein Viertel der Mitglieder des Bundestages anwesend ist. – Einfügung eines § 69a in die GOBT „Erweiterte öffentliche Ausschussberatungen“: Federführende Ausschüsse sollen im Einvernehmen mit den mitberatenden Ausschüssen und im Benehmen mit dem Ältestenrat so genannte „Erweiterte öffentliche Ausschussberatungen“ durchführen. Für diese Beratungen gilt: (1) Alle Abgeordneten haben Rede- und Antragsrecht, (2) Stimmrecht gilt nur für Mitglieder des federführenden Ausschusses, (3) die Öffentlichkeit ist generell zugelassen, und (4) es findet grundsätzlich keine nochmalige Aussprache im Plenum statt.

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

noch: 21. September 1995	– Ergänzung von § 71 GOBT „Antragstellung im Ausschuss, Schluss der Aussprache“ durch einen Abs. 2, wonach Änderungsanträge einzelner Abgeordneter bereits im federführenden Ausschuss gestellt werden können. – Änderung der Anlage 4 GOBT „Richtlinien für die Fragestunde und für die schriftlichen Einzelfragen“: Mündliche Fragen müssen vor der Sitzungswoche bis Freitag, 10.00 Uhr (bisher 11.00 Uhr), beim Präsidenten vorliegen. Die Fragestunde wird nicht mehr mittwochs und donnerstags stattfinden, sondern auf den Mittwoch konzentriert. – Änderung der Anlage 1 GOBT „Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages“ in folgenden Bereichen: (1) Anzeigepflicht von Beraterverträgen, (2) Veröffentlichung von Angaben im Amtlichen Handbuch, (3) Neuregelung der Spendenvorschriften, insbesondere Anzeigepflicht bei Spenden und Teilnahme an interparlamentarischen und internationalen Veranstaltungen auf Einladung sowie (4) Anzeige- und Abgabepflicht von Gastgeschenken. Bekanntmachung am 30. 9.1995; BGBl. I S. 1246
14. Dezember 1995	– Streichung des zweiten Absatzes von Nr. 6 der Ausführungsbestimmungen zu den Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages (Anlage 1). – Anfügung von Absatz 2 in Nr. 12 der Ausführungsbestimmungen zu den Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages (Anlage 1): „Einer Anzeige bei Gastgeschenken bedarf es nicht, wenn der materielle Wert des Gastgeschenkes 300 DM nicht übersteigt.“ Geändert durch die Präsidentin des Deutschen Bundestages. Bekanntmachung am 24.1.1996; BGBl. I S. 50
13. März 1997	Ergänzung von § 80 Abs. 3 GOBT „Überweisung an einen Ausschuss“: Erhebt der Haushaltsausschuss Bedenken zur Finanzierbarkeit einer Unionsvorlage, hat der federführende Ausschuss Bericht zu erstatten. Bekanntmachung am 17. 3.1997; BGBl. I S. 747
5. Februar 1998	Ergänzung der Anlage 6 GOBT „Beschluss des Deutschen Bundestages betr. Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Bundestages“, Abs. 2: Die Genehmigung zur Durchführung von Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder umfasst nicht: „d) die Fortsetzung eines Ermittlungsverfahrens, zu dem der Bundestag in der vorausgegangenen Wahlperiode die Aussetzung der Ermittlungen gemäß Artikel 46 Abs. 4 des Grundgesetzes verlangt hat.“ Bekanntmachung am 12. 2.1998; BGBl. I S. 428

14. Wahlperiode (1998-2002)

17. Mai 2001	– Einfügung des § 2a „Private Geheimnisse“ in der Anlage 3: „Als geheim und vertraulich können auch wichtige Geschäfts-, Betriebs-, Erfindungs-, Steuer- oder sonstige private Geheimnisse oder Umstände des persönlichen Lebensbereichs eingestuft werden, deren Kenntnis durch Unbefugte dem Interesse des Berechtigten abträglich sein könnte“. – Anfügung von Satz 2 in § 4 Abs. 3: „Satz 1 gilt für einen Ermittlungsbeauftragten gemäß § 10 des Untersuchungsausschussgesetzes und seine Hilfskräfte entsprechend.“ Bekanntmachung am 30. 5. 2001; BGBl. I S. 1203
4. Juli 2002	Anlage 6, Nr. 1-4 zur GOBT betr. Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Bundestages. – Nummer 1 wird wie folgt gefasst: „1. Der Deutsche Bundestag genehmigt bis zum Ablauf dieser Wahlperiode die Durchführung von Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder des Bundestages wegen Straftaten, es sei denn, dass es sich um Beleidigungen (§§ 185, 186, 187a Abs. 1, 188 Abs. 1 StGB) politischen Charakters handelt. Vor Einleitung eines Ermittlungsverfahrens ist dem Präsidenten des Deutschen Bundestages und, soweit nicht Gründe der Wahrheitsfindung entgegenstehen, dem betroffenen Mitglied des Bundestages Mitteilung zu machen; unterbleibt eine Mitteilung an das Mitglied des Bundestages, so ist der Präsident auch hiervon unter Angabe der Gründe zu unterrichten. Das Recht des Deutschen Bundestages, die Aussetzung des Verfahrens zu verlangen (Artikel 46 Abs. 4 GG), bleibt unberührt. Das Ermittlungsverfahren darf im Einzelfall frühestens 48 Stunden nach Zugang der Mitteilung beim Präsidenten des Deutschen Bundestages eingeleitet werden. Bei der Berechnung der Frist werden Sonntage, allgemeine Feiertage und Sonnabende nicht mitgerechnet. Der Präsident des Deutschen Bundestages kann im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung die Frist angemessen verlängern.“ – In Nummer 2 wird Buchstabe a wie folgt gefasst: „a) die Erhebung der öffentlichen Klage wegen einer Straftat und den Antrag auf Erlass eines Strafbefehls“. – In Nummer 3 wird Satz 3 wie folgt gefasst: „Die Ermächtigung zur Strafverfolgung gemäß § 90b StGB – verfassungsfeindliche Verunglimpfung des Deutschen Bundestages – sowie § 194 Abs. 4 StGB – Beleidigung des Deutschen Bundestages – kann im Wege der Vorentscheidung erteilt werden.“–In Nummer 4 wird Satz 2 wie folgt gefasst: „Zur Vereinfachung des Geschäftsganges wird der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung beauftragt, eine Vorentscheidung über die Genehmigung der Vollstreckung zu treffen, bei Freiheitsstrafen nur, soweit nicht auf eine höhere Freiheitsstrafe als drei Monate erkannt ist oder bei einer Gesamtstrafenbildung (§§ 53 bis 55 StGB, § 460 StPO) keine der erkannten Einzelstrafen drei Monate übersteigt.“ Bekanntmachung am 15. 7. 2002; BGBl. I S. 3012
12. September 2002	Geschäftsordnungsänderung mit der Maßgabe, dass die Änderungen des § 3 der Verhaltensregeln auf die laufende Wahlperiode keine Anwendung finden, zum 1. Oktober 2002 wie folgt: § 3 wird wie folgt gefasst: „§ 3 Veröffentlichung Die Angaben nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Nr. 1 bis 7 und 9 sowie § 4 Abs. 3 werden im Amtlichen Handbuch veröffentlicht.“ In § 4 Abs. 2 wird die Angabe „10 000 Deutsche Mark“ durch die Angabe „5 000 Euro“ ersetzt.

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

noch: 12. September 2002	In § 4 Abs. 3 wird die Angabe „20 000 Deutsche Mark“ durch die Angabe „10 000 Euro“ ersetzt. In § 4 Abs. 4 wird die Angabe „§ 25 Abs. 1 und 3“ durch die Angabe „§ 25 Abs. 2 und 42“ ersetzt. Bekanntmachung vom 17. 9. 2002; BGBl. I S. 3759[1]

15. Wahlperiode (2002-[2])

–	–

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999,** Kapitel 16.1.

12.2 Parlamentsreformen: Bibliographie

Das Kapitel enthält Literatur zu Vorschlägen, Diskussion und Umsetzung von Parlamentsreformen seit der 13. Wahlperiode.

Wahl-periode	Titel der Veröffentlichung
13. WP 1994-1998	*Greven, Michael Th.*, Parlamentsgröße und Wahlrecht in der aktuellen Diskussion. In: Vorgänge. München. Jg. 34. 1995. H. 1. S. 79-84. *Günther, Uwe*, Gedanken zur Parlamentsreform. In: Kommune. Jg. 13. 1995. H. 4. S. 48-49. *Klatt, Hartmut*, Reformprojekte im Bundestag: Verkleinerung, Änderung des Abgeordnetenstatus und mehr Verfahrenstransparenz. Ansätze zur Reform der Parlamentsarbeit im Bundestag. In: Gegenwartskunde. Jg. 47. 1998. H. 4. S. 455-468. *Klose, Hans-Ulrich*, Für mich steht die Frage der Plenumspräsenz im Vordergrund. In: Bundestag-Report. 1995. H. 4. S. 19-20. *Lemke-Müller, Sabine*, Zur Parlamentsreform im Deutschen Bundestag. Mehr Transparenz, Öffentlichkeit und Effektivität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 46. 1996. B 27. S. 3-19. *Marschall, Stefan*, Die Reform des Bundestages 1995: Inhalte, Hintergründe, Konsequenzen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 27. 1996. H. 3. S. 365-376. [Neunzehnhundertachtundneunzig] 1998 und 2002. Wahlrechtliche Schritte zur Verkleinerung des Deutschen Bundestages. Hrsg. von der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.. Bonn 1996. Die Parlamentsreform ist unter Dach und Fach. In: Bundestags-Report. 1995. H. 9. S. 4-5. Parlamentsreform – nur eine Frage der Abgeordneten? Hrsg. von der Vereinigung für Parlamentsfragen e.V. Bonn 1995.

[1] Im Zusammenhang mit der Euro-Einführung hat der Bundestagspräsident am 23. Oktober 2002 Änderungen an den Ausführungsbestimmungen zu den Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages bekanntgegeben. Vgl. BGBl. I S. 4208.

[2] Stand: 31. März 2003.

Wahl-periode	Titel der Veröffentlichung
	Parlamentsreform, zum Paket verschnürt. In: Bundestag-Report. 1995. H. 7/8. S. 23. Symposium „Funktionelle Reformen im Deutschen Bundestag: Ziele und Chancen der Beschlüsse des Deutschen Bundestages vom 21. September 1995“. Hrsg. von der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V. Bonn. 1995. Verkleinerung des Parlaments? Mit Beiträgen von *Wilhelm Schmidt* und *Burkhard Hirsch*. In: Die liberale Depesche. 1995. H. 3/4. S. 22-23.
14. WP 1998-2002	*Klose, Hans-Ulrich*, Die Modernisierung des Parlamentarismus. Themen und Herausforderungen. In: Parliamentary cultures. British and German perspectives. Hrsg. von *Christine Eisenberg* für das Centre for British Studies, Humboldt-Universität zu Berlin. Trier 2001. S. 72-83. *Marschall, Stefan*, Deutscher Bundestag und Parlamentsreform. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 50. 2000. H. 28. S. 13-21. *Marschall, Stefan*, Das Parlament in der Mediengesellschaft. Verschränkungen zwischen parlamentarischer und massenmedialer Arena. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 42. 2001. H. 3. S. 388-413. *Marschall, Stefan*, Parlamentsreform: Ziele, Akteure, Prozesse. Opladen. 1999. *Metzger, Ulrich* und *Stefan Dehnert*, Informative Intelligenz, Informationsverantwortung und Recht auf Informationsentzug. Zur Diskussion um Parlamentsreform und Öffentlichkeit. In: Zeitschrift für Politik. Jg. 49. 2002. H. 1. S. 36-55. *Möstl, Markus*, Die Wahlrechtsgleichheit im Zuge der Parlamentsreform im Bund und im Freistaat Bayern. In: Archiv des öffentlichen Rechts. Jg. 127. 2002. H. 3. S. 401-426. [Neunzehnhundertachtundneunzig] 1998 und 2002. Wahlrechtliche Schritte zur Verkleinerung des Deutschen Bundestages. Hrsg. von der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V. Bonn. 1996. *Wassermann, Rudolf*, Zur Reform von Bundesregierung und politischer Willensbildung. In: Recht und Politik. Jg. 35. 1999. H. 1. S. 32-39. *Winkler, Markus*, Die gesetzliche Mitgliederzahl des 14. Deutschen Bundestages. Ein Beitrag zur Dogmatik von Änderungsgesetzen und zur Konkretisierung des Art. 121 GG durch das Bundeswahlgesetz. In: Verwaltungsrundschau. Jg. 46. 2000. H. 5. S. 165-169.
15. WP 2002-[1]	–

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 13.2.

[1] Stand: 31. März 2003.

12.3 Vorschläge zur Parlamentsreform bei den Beratungen des Haushalts des Deutschen Bundestages

Die Beratungen des Einzelplans 02 (Haushalt des Bundestages)[1] während der jährlichen Beratungen des Bundeshaushalts sind seit 1950 immer wieder genutzt worden, um alle verschiedenen aktuellen Parlamentsfragen zu erörtern. Das Spektrum reicht von allgemeinen Aussagen zur Bedeutung der parlamentarischen Demokratie über kritische Äußerungen zum Funktionieren des parlamentarischen Systems bis zu konkreten Vorschlägen zur Parlamentsreform. Die Zusammenstellung der Debattenbeiträge, die während der Beratungen des Bundestagshaushalts gehalten wurden, bietet deshalb einen – freilich nicht lückenlosen – Überblick, welche thematischen Schwerpunkte von besonderem Interesse waren. Im Folgenden sind die Debatten ab der Beratung des Bundeshaushaltsgesetzes 1995 berücksichtigt. Die Debattenbeiträge der einzelnen Redner sind nachfolgend stichwortartig skizziert.

Haushalts-plan für das Jahr	a) Sitz. Nr. b) Datum c) Beratung	Redner	Parlamentskritik, Reformvorschläge, Änderungsanträge
1994	–	–	–
1995	–	–	–
1996	a) 66. Sitzung b) 7.11.1995 c) 2. Ber.	*Oswald Metzger* (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) *Christa Luft* (PDS) *Ina Albowitz* (FDP)	Hinweise zur Haushaltssituation, nachdem die vom BT beschlossene Änderung von Art. 48 Abs. 3 GG mangels Zustimmung des Bundesrates nicht in Kraft getreten ist und nunmehr eine Neuregelung der Abgeordnetenbezüge in alleiniger Verantwortung des Bundestages erfolgen soll. Erhöhung der Abgeordnetenbezüge um 14 % „politisch instinktlos“. Kritik, jetzt schon Mittel für eine Diätenerhöhung bereitzustellen, für die es noch gar keine gesetzliche Grundlage gibt. Hinweis darauf, dass der Gesetzgeber nach der Bundeshaushaltsordnung verpflichtet ist, unabweisbare und vorhersehbare Kosten in den Etat einzustellen.
1997	–	–	–
1998	–	–	–
1999	–	–	–
2000	–	–	–
2001	–	–	–
2002	–	–	–

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 13.4.

[1] Zum Einzelplan 02 vgl. Kapitel 20.

12.4 Konferenz der Präsidenten der deutschen Landesparlamente

Als ein regelmäßig und kontinuierlich zusammentretendes Forum und Gremium für die Diskussion der Stellung und Arbeitsweise der Parlamente hat sich seit 1947 die Konferenz der Präsidenten der deutschen Landesparlamente entwickelt. Sie entwickelte sich zusehends zu einem Gremium, das gemeinsame Standpunkte zu den verschiedensten Fragen in Form von Entschließungen, Empfehlungen usw. formuliert.

Lfd. Nr. der Konferenzen	Datum der Konferenzen	Ort der Konferenzen[1]	Teilnehmer seitens des Bundestages	Themen der Konferenzen zu Fragen der Parlamentsreform
74.	27. - 28. 10. 1994	Ludwigsburg (Baden-Württemberg)	Ministerialdirektor *Johann Christoph Besch* (Verwaltung des Deutschen Bundestages)	Entschließung in Sachen der Europäischen Union und des Ausschusses der Regionen
75.	8. - 11. 5. 1995	Konstanz (Baden-Württemberg)	Ministerialdirektor *Johann Christoph Besch* (Verwaltung des Deutschen Bundestages)	Entschließung zur Beteiligung der Landesparlamente bei völkerrechtlichen Verträgen des Bundes, die Gesetzgebungskompetenzen der Länder berühren
76.	2. - 3. 11. 1995	Dresden	–[2]	–
77.	29. - 30. 4. 1996	Bautzen (Sachsen)	Bundestagspräsidentin *Rita Süssmuth*	–
78.	28. - 29. 10. 1996	Trier (Rheinland-Pfalz)	Ministerialdirektor *Johann Christoph Besch* (Verwaltung des Deutschen Bundestages)	–
79.	2. - 5. 6. 1997	Bad Kleinkirchheim (Österreich)	Ministerialrat *Johannes Becher* (Verwaltung des Deutschen Bundestages)	Budgetrecht des Parlaments; Hausrecht und Polizeigewalt der Parlamentspräsidenten
80.	7. - 9. 6. 1998	Burg/Spreewald (Brandenburg)	Vizepräsidentin *Anke Fuchs*	–
81.	9. - 11. 5. 1999	Hamburg	Vizepräsidentin *Anke Fuchs*	Privatisierung und parlamentarische Verantwortung
82.	21. - 23. 5. 2000	Heringsdorf (Mecklenburg-Vorpommern)	Vizepräsidentin *Anke Fuchs* Direktor beim Bundestag *Peter Eickenboom*	Reform des Haushaltsrechts
83.	2. - 4. 5. 2001	Wien	Vizepräsidentin *Anke Fuchs*	–

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 13.7.

[1] Findet die Konferenz nicht in der Landeshauptstadt statt, wird für den die Konferenz ausrichtenden Landtag das betreffende Bundesland bzw. Staat in Klammern angefügt.
[2] Kein Teilnehmer aufgrund kurzfristiger Erkrankung von Vizepräsident *Hans-Ulrich Klose.*

13 Grundgesetzänderungen

Überblick Seite

13.1 Grundgesetzänderungen: Statistik 688
13.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze in der 13. und 14. Wahlperiode 689
13.3 Geänderte Grundgesetzartikel in der 13. und 14. Wahlperiode 691
13.4 Nicht verabschiedete Änderungsentwürfe 692

13 Grundgesetzänderungen

Bei Grundgesetzänderungen sind bestimmte formale und inhaltliche Voraussetzungen zu erfüllen (vgl. Art. 79 GG). Formal ist eine Grundgesetzänderung nur durch ein Gesetz möglich, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt (ausgenommen bestimmte völkerrechtliche Verträge). Ein solches Gesetz zur Änderung oder Ergänzung des Wortlautes des Grundgesetzes kann nur mit Zweidrittelmehrheit des Bundestages und des Bundesrates verabschiedet werden. Grundgesetzänderungen, „durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in Artikel 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden“ (Art. 79 Abs. 3 GG), sind unzulässig. Das Verfahren bei Grundgesetzänderungen entspricht dem üblichen Gesetzgebungsverfahren.

13.1 Grundgesetzänderungen: Statistik

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
Zahl der beim BT eingebrachten Gesetzesvorlagen zur Änderung des GG insgesamt	25	19
davon		
– von Bundesregierung	1	3
– von Bundestag	21	15
– von Bundesrat	3	1
Anteil an den Gesetzesvorlagen insgesamt (in %)	2,7	2,2
Weitere Beratung der Gesetzesvorlagen zur Änderung des GG im BT (Zahl der Entwürfe)		
– 1. Beratung	23	18
– Ausschussüberweisung	23	18
– Ausschussbericht	15	15
– 2. Beratung	9	15
– 3. Beratung und Schlussabstimmung	6	7
Anteil an den verabschiedeten Gesetzesvorlagen insgesamt (in %)	1,1	1,3
Weitere Behandlung der Gesetzesvorlagen nach Verabschiedung im BT (Zahl der Entwürfe)		
– Beratung im Bundesrat (2. Durchgang)	5	5
– Anrufung des Vermittlungsausschusses	–	1
Zahl der verkündeten Gesetze zur Änderung des GG insgesamt	4	5
davon		
– von Bundesregierung	1	3
– von Bundestag	2	2
– von Bundesrat	–	–
– Vereinigung von Vorlagen (BReg/BT, BReg/BR, BT/BR)	1	–

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
Zahl der Grundgesetzänderungs-Gesetze	4	5
– darin Änderungen von GG-Artikeln	5	5
– darin Einfügungen von GG-Artikeln	-	-
– darin Streichungen von GG-Artikeln	-	-
– dadurch betroffene GG-Artikel	4	5
Von den Grundgesetzänderungs-Gesetzen beziehen sich auf: [1]		
– Parlamentsreform	–	–
– Gesetzgebungskompetenzen	–	–
– Verwaltungskompetenzen	–	1
– Rechtsprechung	–	1
– Steuerverteilung	2	–
– sonstige föderalistische Angelegenheiten	–	–
– Grundrechte	1	2
– Sonstiges	1	1

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 14.1.

13.2 Grundgesetz-Änderungsgesetze in der 13. und 14. Wahlperiode

13. Wahlperiode (1994-1998)

Titel:	[43.] **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 106)**
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP (Drs. 13/2245 vom 4.9.1995)
Inhalt:	Dauerhafte Sicherung der bisherigen Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern im Zusammenhang mit der Neuregelung des Familienlastenausgleichs ab 1. Januar 1996.
Geänd. Artikel:	geändert: 106
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 21.9.1995; Gesetz vom 3.11.1995, verkündet am 10.11.1995, BGBl. I S. 1492, Inkrafttreten am 11.11.1995
Titel:	[44.] **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28 und 106)**
Initiative:	Regierungsvorlage (Drs. 13/1685 vom 13.6.1995) Eingebracht von den Fraktionen CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN und FDP (Drs. 13/8340 vom 5. 8.1997)
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlage für eine Beteiligung der Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen als Ausgleich für die durch eine Gewerbesteuerreform entstehenden Steuerausfälle.
Geänd. Artikel:	geändert: 28, 106
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT (in der Fassung Drs. 13/8488): 11.9.1997; Gesetz vom 20.10.1997, verkündet am 24.10.1997, BGBl. I S. 2470, Inkrafttreten am 25.10.1997

[1] Mehrfachnennungen sind möglich.

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

Titel:	[45.] **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 13)**
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP (Drs. 13/8650 vom 1.10.1997)
Inhalt:	Schaffung einer verfassungsrechtlichen Grundlage für den Einsatz technischer Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen zum Zweck der Strafverfolgung; Bestimmung der Voraussetzungen für den Einsatz; Regelungen zum Schutz der bei einem polizeilichen Einsatz in Wohnungen tätigen Personen sowie Sicherstellung der parlamentarischen Kontrolle durch Berichtspflicht der Bundesregierung.
Geänd. Artikel:	geändert: 13
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 16.1.1998; Gesetz vom 26.3.1998, verkündet am 31.3.1998, BGBl. I S. 610, Inkrafttreten am 1.4.1998
Titel:	[46.] **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 39)**
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN und FDP (Drs. 13/9393 vom 10.12.1997)
Inhalt:	Festlegung der Wahltermine zur Neuwahl des Bundestages für die kommenden Wahlperioden auf einen Zeitraum zwischen Mitte Oktober und Anfang November, beginnend mit der 14. Wahlperiode.
Geänd. Artikel:	geändert: 39
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 28.5.1998; Gesetz vom 16.7.1998, verkündet am 22.7.1998, BGBl. I S. 1822, Inkrafttreten am 27.10.1998

14. Wahlperiode (1998-2002)

Titel:	[47.] **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16**)
Initiative:	Regierungsvorlage (14/2668 vom 10.2.2000)
Inhalt:	Möglichkeit einer gesetzlichen Regelung betr. die Auslieferung Deutscher an einen internationalen Gerichtshof oder an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union in Abweichung vom generellen Auslieferungsverbot.
Geänd. Artikel:	geändert: 16
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 27.10.2000, Gesetz vom 29.11.2000, verkündet am 1.12.2000, BGBl. I S. 1633, Inkrafttreten am 2.12.2000
Titel:	[48.] **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 12a)**
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU/CSU, der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der FDP (Drs. 14/4380 vom 24.10.2000)
Inhalt:	Ermöglichung des freiwilligen Dienstes von Frauen mit der Waffe in der Bundeswehr.
Geänd. Artikel:	geändert: 12a Abs. 4 Satz 2
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 27.10.2000, Gesetz vom 19.12.2000, verkündet am 22.12.2000, BGBl. I S. 1755, Inkrafttreten am 23.12.2000

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

Titel:	[49.] **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 108)**
Initiative:	Regierungsvorlage (14/6144 vom 25.5.2001)
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für einen (fakultativ) zweistufigen Aufbau von Bundes- und Landesfinanzbehörden.
Geänd. Artikel:	geändert: 108
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 29. 6.2001, Gesetz vom 26.11.2001, verkündet am 29.11.2001, BGBl. I S. 3219, Inkrafttreten am 30.11.2001
Titel:	[50.] **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel Tierschutz)**
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen SPD, CDU/CSU, B 90/DIE GRÜNEN und FDP (Drs. 14/8860 vom 23.4.2002)
Inhalt:	Ausdrückliche Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel im Grundgesetz.
Geänd. Artikel:	ergänzt: 20 a
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 17.5.2002, Gesetz vom 26.7.2002, verkündet am 31.7.2002, BGBl. I S. 2862, Inkrafttreten am 1.8.2002
Titel:	[51.] **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 96)**
Initiative:	Regierungsvorlage (Drs. 14/8994 vom 8.5.2002)
Inhalt:	Konzentration der bisher nur für Völkermord geltenden erstinstanzlichen Verfolgungszuständigkeiten für Straftaten des Völkerstrafgesetzbuches bei den Oberlandesgerichten und auf staatsanwaltlicher Seite beim Generalbundesanwalt, enumerative Aufzählung der Straftaten.
Geänd. Artikel:	geändert: 96
Gesetzgebung:	Verabschiedet im BT: 14.6.2002, Gesetz vom 26.7.2002, verkündet am 31.7.2002, BGBl. I S. 2863, Inkrafttreten am 1.8.2002

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 14.2.

13.3 Geänderte Grundgesetzartikel in der 13. und 14. Wahlperiode[1]

Artikel	Gegenstand	Art der Änderung	Änderungs-Gesetz-Nr.	Datum	BGBl. I S.
12a Abs. 4 Satz 2	Zivile und militärische Dienstpflichten	geändert	[48.]	19.12.2000	1755
13	Unverletzlichkeit der Wohnung	geändert	[45.]	6. 3.1998	610
16	Staatsangehörigkeit – Auslieferung	geändert	[47.]	29.11.2000	1633
20 a	Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen	geändert	[51.]	26. 7.2002	2862
28	Landesverfassungen – Selbstverwaltung der Gemeinden	geändert	[44.]	20.10.1997	2470
39	Wahlperiode, Zusammentritt, Einberufung	geändert	[46.]	16. 7.1998	1822

[1] In der 15. Wahlperiode erfolgten bis zum 31. März 2003 keine Grundgesetzänderungen.

Artikel	Gegenstand	Art der Änderung	Änderungs-Gesetz-Nr.	Datum	BGBl. I S.
96	Bundesgerichte	geändert	[50.]	26. 6.2002	2863
106	Verteilung der Steuern	geändert	[43.]	3.11.1995	1492
108	Bundes- und Landesfinanzverwaltung – Finanzgerichtsbarkeit	geändert	[49.]	26.11.2001	3219

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 14.3.

13.4 Nicht verabschiedete Änderungsentwürfe

Im folgenden Abschnitt sind – nach Wahlperioden getrennt – alle in der 13. und 14. Wahlperiode[1] im Deutschen Bundestag eingebrachten Entwürfe zur Änderung des Grundgesetzes aufgeführt, die entweder abgelehnt, wegen Ablaufes der Wahlperiode oder aus sonstigen Gründen nicht verabschiedet wurden bzw. nicht in Kraft getreten sind.
Innerhalb der einzelnen Wahlperioden sind die Gesetzentwürfe in der Reihenfolge der Artikel- Nummern der zu ändernden Grundgesetz-Artikel geordnet.

13. Wahlperiode (1994-1998)

GG-Art.:	Art. 2
Titel:	Gesetz zur Sicherung der Unantastbarkeit der Grundrechte von Frauen – Ergänzung des Grundgesetzes (Artikel 2) und entsprechende Änderungen des Strafgesetzbuches
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/397)
Inhalt:	Verankerung des Selbstentscheidungsrechts der Frau über Austragung oder Abbruch einer Schwangerschaft in Art. 2 Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 29.6.1995, 47. Sitz.: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (44:583:21)
GG-Art.:	Art. 6
Titel:	...Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der SPD-Fraktion (Drs. 13/7104)
Inhalt:	Stärkung der Kinderrechte, insbesondere Recht auf Entfaltung ihrer Grundrechte und Verpflichtung der Eltern zur gewaltfreien Erziehung.
Letzter Stand:	1. Beratung am 13.3.1997, 163. Sitz.: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 6
Titel:	...Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/8549)
Inhalt:	Aufnahme von Rechten für Kinder und Jugendliche, die deren Stellung als Grundrechtsträger und eigene Rechtspersönlichkeit sichern.
Letzter Stand:	BT - Gesetzentwurf

[1] In der 15. Wahlperiode wurden bis zum 31. März 2003 keine Anträge auf Grundgesetzänderung gestellt.

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

GG-Art.:	Art. 12
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 12)
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/8573)
Inhalt:	Einfügung eines Rechts auf berufliche Ausbildung
Letzter Stand:	1. Beratung am 9.10.1997, 197. Sitz.: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 20a
Titel:	...Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/8678)
Inhalt:	Aufnahme des Tierschutzes einschließlich der Unterbindung überflüssiger Tierversuche ins Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 13.11.1997, 203. Sitz.: Ausschussüberweisung 25.11.1997, 205. Sitz.: nachträgliche Überweisung an InnenA.
GG-Art.:	Art. 20b
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN (Drs. 13/8249)
Inhalt:	Aufnahme des Tierschutzes als Staatszielbestimmung.
Letzter Stand:	1. Beratung am 13.11.1997, 203. Sitz.: Ausschussüberweisung 25.11.1997, 205. Sitz.: nachträgliche Überweisung an InnenA.
GG-Art.:	Art. 20b
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (Drs. 13/8597)
Inhalt:	Aufnahme des Staatsziels „Tierschutz“ in das Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung am 13.11.1997, 203. Sitz.: Ausschussüberweisung 25.11.1997, 205. Sitz.: nachträgliche Überweisung an InnenA
GG-Art.:	Art. 20b
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel „Tierschutz“)
Initiative:	Bundesratsvorlage (Drs. 13/9723)
Inhalt:	Aufnahme des Staatsziels „Tierschutz“ in das Grundgesetz.
Letzter Stand:	1. Beratung 5. 3.1998, 222. Sitz.: Ausschussüberweisung 8. 6.1998, 241. Sitz.: Beratung
GG-Art.:	Art. 26
Titel:	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes (Artikel 26)
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/2392)
Inhalt:	Umfassender Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf Herstellung, Besitz, Stationierung und Verwendung von ABC-Waffen sowie auf Mitsprache oder Mitverfügung über solche Waffen.
Letzter Stand:	1. Beratung am 29.9.1995, 59. Sitz.: Ausschussüberweisung; Ablehnungsvorschlag auf Drs. 13/3933

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

GG-Art.:	Art. 28, 106
Titel:	...Gesetz zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform
Initiative:	Bundesratsvorlage (Drs. 13/8348)
Inhalt:	Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer ab 1.1.1998, Aussetzung der Erhebung der Gewerbekapitalsteuer in den neuen Ländern für 1997, Beteiligung der Gemeinden, Sicherung der Gewerbeertragssteuer sowie der finanziellen Eigenständigkeit der Gemeinden.
Letzter Stand:	Einbringung beim BT in geänderter Form beschlossen 4. 7.1997, 714. Sitz. des BR
GG-Art.:	Art. 28
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28)
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN und FDP (Drs. 13/8340)
Inhalt:	Absicherung einer mit Hebesatzrecht versehenen wirtschaftskraftbezogenen Steuerquelle für Gemeinden (im Zusammenhang mit dem Wegfall der Gewerbekapitalsteuer)
Letzter Stand:	2. Beratung am 11.09.1997, 189. Sitz.: Drs. 13/8340 verabschiedet in der Fassung 13/8488 (vgl. dazu Kapitel 13.2)
GG-Art.:	Art. 28
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN (Drs. 13/9301)
Inhalt:	Einräumung des aktiven und passiven Wahlrechts für Ausländer aus Drittstaaten bei Kreistags- und Gemeindewahlen.
Letzter Stand:	1. Beratung am 18.06.1998, 241. Sitz.: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 28
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer)
Initiative:	Bundesratsvorlage (Drs. 13/9338)
Inhalt:	Einräumung des aktiven und passiven Wahlrechts für Ausländer aus Drittstaaten bei Kreistags- und Gemeindewahlen nach Maßgabe des Landesrechts.
Letzter Stand:	1. Beratung am 18.06.1998, 241. Sitz.: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 33
Titel:	Gesetz zur Änderung des Artikels 33 des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN (Drs. 13/4730)
Inhalt:	Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder auf Zeit, gesetzliche Regelung des Beamtenverhältnisses ohne Berücksichtigung der „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“, insbesondere zum Abbau der Unterschiede zwischen Beamtenrecht und Tarifbereich.
Letzter Stand:	1. Beratung am 27.6.1996, 116. Sitz.: Ausschussüberweisung

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

GG-Art.:	Art. 38
Titel:	Gesetz zur Änderung des Artikels 38 des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/3519)
Inhalt:	Herabsetzung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre, Wahlrecht für Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben, passives Wahlrecht bei Eintritt der Volljährigkeit.
Letzter Stand:	1. Beratung am 31.10.1997, 201. Sitz.: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 45c
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45c)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN (Drs. 13/3571)
Inhalt:	Erweiterung der Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages auf „Bitten“.
Letzter Stand:	1. Beratung am 21.3.1997, 167. Sitz.: Ausschussüberweisung; Ablehnungsvorschlag auf Drs. 13/11220
GG-Art.:	Art. 48
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD (Drs. 13/1824)
Inhalt:	Ausfüllung des Begriffs der „Angemessenheit“ der Abgeordnetenentschädigung, Ausrichtung an den Jahresbezügen eines Richters an einem obersten Bundesgericht, Festsetzung der Abgeordneten- und Altersentschädigung sowie der Amtsausstattung durch Bundesgesetz; ersatzlose Streichung des Rechts auf freie Benutzung aller staatlichen Verkehrsmittel.
Letzter Stand:	Zustimmungsversagung des Bundesrates am 13.10.1995, 689. Sitz.
GG-Art.:	Art. 59, 76, 77, 79 und 93 sowie Einfügung eines Art. 82a
Titel:	Gesetz zur Einführung von Volksantrag, Volksbegehren und Volksabstimmung im Grundgesetz
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN (Drs. 13/10261)
Inhalt:	Einführung von Volksabstimmung, Volksantrag und Volksbegehren auf Bundesebene, insbesondere zur Ermöglichung einer Gesetzgebung durch das Volk, Quorum für die möglichen Initiativen; Bundesabstimmungsgesetz als Art. 2 der Vorlage; Änderung § 13 Bundesverfassungsgerichtsgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 24.6.1998, 244. Sitz.: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 106
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der CDU/CSU- und FDP-Fraktion (Drs. 13/900) und textidentische Regierungsvorlage (Drs. 13/1685)
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlage für eine Beteiligung der Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen als Ausgleich für die durch eine Gewerbesteuerreform entstehenden Steuerausfälle.
Letzter Stand:	3. Beratung am 12.5.1995, 36. Sitz.: Nichtannahme in namentlicher Abstimmung (336:316:0) wegen Nichterreichens der erforderlichen Zweidrittelmehrheit

noch: 13. Wahlperiode (1994-1998)

GG-Art.:	mehrere Art.
Titel:	Gesetz gegen Rassismus und Diskriminierung ausländischer Bürgerinnen und Bürger (Antirassismusgesetz)
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/1466)
Inhalt:	Stärkung der verfassungsrechtlichen Stellung und Befugnisse der/des Ausländerbeauftragten; Wahl der/des Ausländerbeauftragten.
Letzter Stand:	2. Beratung am 27.2.1997, 160. Sitz.: Ablehnung
GG-Art.:	mehrere Art.
Titel:	Gesetz zur Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch unmittelbare Demokratie
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (Drs. 13/9280)
Inhalt:	Verfassungsrechtliche Verankerung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden Änderung der Art. 17, 76, 79 und 93, Einfügung der Art. 3a und 78a sowie Aufhebung von Art. 45b Grundgesetz
Letzter Stand:	1. Beratung am 5.2.1998, 216. Sitz.: Ausschussüberweisung; Ablehnungsvorschlag auf Drs. 13/11222

14. Wahlperiode (1998-2002)

GG-Art.:	Art. 6
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 6, Kinderrechte)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der PDS (Drs. 14/7818)
Inhalt:	Änderung Art. 6 Grundgesetz: Recht der Kinder auf Entwicklung und Entfaltung, Pflicht der Eltern zu Pflege und Erziehung der Kinder, Förderung kindgerechter Lebensbedingungen durch die staatliche Gemeinschaft.
Letzter Stand:	1. Beratung am 1.2.2002, 216. Sitz.: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 12a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 12a)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (14/1728 (neu))
Inhalt:	Beseitigung des Verbots für Frauen, Dienst an der Waffe zu leisten.
Letzter Stand:	1. Beratung am 11.11.1999, 69. Sitz.: Ausschussüberweisung; Beschlussempfehlung (Drs. 14/4420); für erledigt erklärt am 27.10.2000
GG-Art.:	Art. 15
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 15)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 14/6962)
Inhalt:	Aufhebung von Art. 15 Grundgesetz (Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln).
Letzter Stand:	noch keine Ausschussüberweisung

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

GG-Art.:	Art. 20, 76, 79, 93
Titel:	Gesetz über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (dreistufige Volksgesetzgebung)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der PDS (Drs. 14/2151)
Inhalt:	Einführung plebiszitärer Elemente zur Entwicklung einer Teilhabedemokratie, verfassungsrechtliche Verankerung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid als dreistufige Volksgesetzgebung; Änderung der Artikel 20, 76, 79 und 93 Grundgesetz, Gesetz über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid als Art. 2 der Vorlage.
Letzter Stand:	2. Beratung am 17.2.2000, 87. Sitz.: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 20a
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 14/207)
Inhalt:	Änderung von Art. 20a Grundgesetz: Verankerung des Tierschutzes als Staatszielbestimmung im Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 17.5.2002, 237. Sitz.: Für erledigt erklärt
GG-Art.:	Art. 20a
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der PDS (Drs. 14/279)
Inhalt:	Ergänzung von Art. 20a Grundgesetz: Klarstellung, dass der Tierschutz zu den grundgesetzlich geschützten Gütern gehört
Letzter Stand:	2. Beratung am 17.5.2002, 237. Sitz.: Für erledigt erklärt
GG-Art.:	Art. 20a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel Tierschutz)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD und der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN (Drs. 14/8360)
Inhalt:	Änderung von Art. 20a Grundgesetz: Ergänzung des Staatsziels „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“ um den Tierschutz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 17.5.2002, 237. Sitz.: Für erledigt erklärt
GG-Art.:	Art. 20a, 20b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel Tierschutz)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD und der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN (Drs. 14/282)
Inhalt:	Einfügung eines Art. 20b Grundgesetz: Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel. Änderungen aufgrund der Ausschussempfehlung: Erweiterung Art. 20a Grundgesetz um die Wörter „und die Tiere“.
Letzter Stand:	2. und 3. Beratung am 13.4.2000, 99. Sitz.: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (391:205:6) (notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht)

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

GG-Art.:	Art. 20b
Titel:	... Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Bundesratsvorlage (Drs. 14/758)
Inhalt:	Aufnahme des Staatsziels „Tierschutz“ in das Grundgesetz.
Letzter Stand:	2. Beratung am 17.5.2002, 237. Sitz.: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 26
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 26 Abs. 1, Antifaschistische Klausel)
Initiative:	Eingebracht von Abg. (PDS) und der Fraktion der PDS (Drs. 14/5127)
Inhalt:	Änderung Art. 26 Grundgesetz: Einführung einer Klausel, wonach Handlungen zur Vorbereitung eines Angriffskrieges oder zur Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts verfassungswidrig und strafbar sind.
Letzter Stand:	1. Beratung am 16.2.2001, 153. Sitz.: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 38
Titel:	Gesetz zur Demokratisierung des Wahlrechts
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der PDS (Drs. 14/1126)
Inhalt:	Änderung Art. 38 Abs. 2 Grundgesetz: Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre, Wahlrecht für Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben.
Letzter Stand:	2. Beratung am 17.11.2000, 134. Sitz.: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 45c
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45c)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der PDS (Drs. 14/5763)
Inhalt:	Änderung Art. 45c Grundgesetz: Ermächtigung, die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages durch Gesetz zu regeln.
Letzter Stand:	2. Beratung am 13.6.2002, 242. Sitz.: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 48
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 48 Abs. 3)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (Drs. 14/4127)
Inhalt:	Ergänzung von Art. 48 Abs. 3 Grundgesetz: Festlegung der Höhe der Abgeordnetenentschädigung von einer unabhängigen, vom Bundespräsidenten einzusetzenden Sachverständigenkommission.
Letzter Stand:	1. Beratung am 26.10.2000, 127. Sitz.: Ausschussüberweisung

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

GG-Art.:	Art. 76, 79, 82a bis 82d
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in das Grundgesetz)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD und der Fraktion B 90/GR (Drs. 14/8503)
Inhalt:	Änderung der Artikel 76 und 79 sowie Einfügung der Artikel 82a bis 82d Grundgesetz: Einführung direkter Bürgerbeteiligungsrechte auf Bundesebene in Form von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid als dreistufiges Verfahren der Volksgesetzgebung.
Letzter Stand:	2. und 3. Beratung am 7.6.2002, 240. Sitz.: Ablehnung in namentlicher Abstimmung – die für eine Grundgesetzänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht (348:199:2)

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 14.4.

14 Petitionen

Überblick Seite

14.1 Petitionsrecht und Petitionsverfahren 701

14.2 Petitionen: Statistik 702

– Aufgliederung der Petitionen nach Personen
– Aufgliederung der Petitionen nach der Art der Erledigung
– Aufgliederung der Petitionen nach Sachgebieten (in %)
– Aufgliederung der Petitionen nach der Zuständigkeit
– Zahl und Themen der Masseneingaben
– Aufgliederung der Petitionen nach Herkunftsländern

14.3 Jahresberichte des Petitionsausschusses 711

14 Petitionen

14.1 Petitionsrecht und Petitionsverfahren

Inhalt des Petitionsrechts

Nach Artikel 17 des Grundgesetzes hat jedermann das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden (Petitionen) an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung, insbesondere also auch an den Deutschen Bundestag, zu wenden. Unter „Bitten“ sind in erster Linie Vorschläge zur Gesetzgebung zu verstehen. „Beschwerden“ beziehen sich auf ein Handeln oder Unterlassen der Verwaltung im Einzelfall.

Das Recht, Petitionen einzureichen, haben natürliche Personen, unabhängig von Wohnsitz und Staatsangehörigkeit. Auch beschränkte oder fehlende Geschäftsfähigkeit stehen der selbständigen Ausübung des Petitionsrechts nicht entgegen, wenn der Einsender fähig ist, sein Anliegen in verständlicher Form zu äußern. Es können sich daher auch Jugendliche und Kinder an den Ausschuss wenden. Das Petitionsrecht steht ferner inländischen juristischen Personen des Privatrechts zu (vgl. Art. 19 Abs. 3 GG).

Die Ausübung des Petitionsrechts ist an keine formellen Voraussetzungen geknüpft; die Eingabe muss allerdings schriftlich erfolgen, eigenhändig unterschrieben sein und ein verständliches Anliegen enthalten. Auch Soldaten können ohne Einhaltung des Dienstweges von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Ein Recht, Petitionen mündlich vorzubringen oder persönlich zu überreichen, besteht nicht. Der Bürger hat einen Anspruch darauf, dass die Eingabe sachlich geprüft und ihm die Art der Erledigung schriftlich mitgeteilt wird. Der Bescheid wird nach den Verfahrensgrundsätzen des Petitionsausschusses mit Gründen versehen.

Zuständigkeit des Deutschen Bundestages

Die Zuständigkeit des Deutschen Bundestages für die Behandlung von Petitionen richtet sich nach den verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Bundes. Bei Bitten zur Gesetzgebung deckt sie sich mit der Gesetzgebungskompetenz des Bundes nach dem Grundgesetz (Art. 70 ff. GG). Der Deutsche Bundestag behandelt alle Beschwerden, die den Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung, von Bundesbehörden oder sonstigen Einrichtungen, die öffentliche Aufgaben des Bundes wahrnehmen, betreffen. Dies gilt unabhängig davon, ob und inwieweit die Bundesbehörden und sonstigen Einrichtungen einer Aufsicht der Bundesregierung unterliegen. In vollem Umfang ist das Verhalten der Verwaltung in Angelegenheiten überprüfbar, in denen der Bund die Gesetze durch bundeseigene Verwaltung oder durch bundesunmittelbare Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts ausführt (Art. 86 GG). In bundeseigener Verwaltung werden z.B. geführt der Auswärtige Dienst, die Bundesfinanzverwaltung und die Bundeswehrverwaltung (Art. 87 Abs. 1, Art. 87 b GG). Bundesunmittelbare Körperschaften des öffentlichen Rechts sind u. a. die Bundesanstalt für Arbeit sowie die sozialen Versicherungsträger, deren Zuständigkeitsbereich sich über das Gebiet eines Landes hinaus erstreckt, z.B. die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (Art. 87 Abs. 2 GG).

In Angelegenheiten, in denen die Länder Bundesrecht oder EU-Recht als eigene Angelegenheit (Art. 83, 84 GG) oder im Auftrag des Bundes (Art. 85 GG) ausführen, sind die Länderparlamente zuständig; soweit die Aufsicht des Bundes reicht, ist daneben auch der Bundestag zuständig.

Der Verwaltung der Länder als eigene Angelegenheit unterliegen z.B. Staatsangehörigkeits- und Personenstandswesen, Strafvollzug, Kriegsopferversorgung, Wiedergutmachung. Zu den Bundesauftragsangelegenheiten gehören u. a. die Verwaltung der Steuern, die dem Bund ganz oder teilweise zufließen (Art. 108 Abs. 3 GG), die Verwaltung der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs (Art. 90 Abs. 2 GG), die Durchführung des Lastenausgleichs in der durch Artikel 120 a GG vorgesehenen Form, die Ausführung des Wohngeldgesetzes und des Bundesausbildungsförderungsgesetzes.

Der Deutsche Bundestag behandelt in den durch das Grundgesetz gezogenen Grenzen auch Petitionen, die die Verfassungsorgane des Bundes betreffen. Neben der Bundesregierung und dem Bundestag sind dies der Bundesrat, der Bundespräsident und das Bundesverfassungsgericht. Das Parlament darf in die richterliche Unabhängigkeit (Art. 20, 92, 97 GG) nicht eingreifen. Petitionen, die ein Gerichtsverfahren betreffen, können deshalb nur in den folgenden drei Fallkonstellationen behandelt werden:

– Der Petent verlangt von der zuständigen Stelle des Bundes ein bestimmtes Verhalten als Verfahrensbeteiligte in einem anhängigen Rechtsstreit.
– Die zuständige Stelle des Bundes wird in der Petition aufgefordert, ein ihr günstiges Urteil nicht zu vollstrecken.
– Der Petent fordert eine gesetzliche Regelung, die eine mit der Petition angegriffene Rechtsprechung für die Zukunft unmöglich machen würde.

Petitionsverfahren
Artikel 45 c Abs. 1 GG schreibt die Einsetzung eines Petitionsausschusses für den Bundestag vor. Dem Ausschuss obliegt hiernach die Behandlung der Petitionen, insbesondere die Vorbereitung der Entscheidungen des Bundestages zur Erledigung von Petitionen. Aus Artikel 17 GG ergibt sich das Recht des Ausschusses, von der Bundesregierung mündliche oder schriftliche Auskünfte zu Bitten und Beschwerden einzuholen (so genanntes Petitionsinformierungsrecht).
Darüber hinaus kann der Ausschuss, wie alle Bundestagsausschüsse, nach Artikel 43 Abs. 1 GG die Anwesenheit jedes Mitgliedes der Bundesregierung in den Sitzungen verlangen. Zusätzliche Rechte des Petitionsausschusses zur Überprüfung von Beschwerden regelt nach Artikel 45 c Abs. 2 GG ein Bundesgesetz. Nach diesem Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages (Gesetz nach Art. 45 c des Grundgesetzes) vom 19. Juli 1975 (BGBl. I S. 1921) kann der Ausschuss
– von der Bundesregierung, den ihr nachgeordneten Behörden und den ihrer Aufsicht unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts Auskunft, Vorlage von Akten und Zutritt zu den Einrichtungen verlangen (§§ 1 und 2);
– Petenten, Zeugen und Sachverständige anhören (§ 4);
– die Ausübung der Befugnisse im Einzelfall auf eines seiner Mitglieder übertragen (§ 6);
– Amtshilfe durch Gerichte und Verwaltungsbehörden in Anspruch nehmen (§ 7).
Gemäß § 110 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages hat der Petitionsausschuss Grundsätze über die Behandlung von Bitten und Beschwerden aufzustellen und diese Grundsätze zum Ausgangspunkt seiner Entscheidung im Einzelfall zu machen. Am 8. März 1989 hat der Ausschuss neue Grundsätze verabschiedet, die durch Beschluss vom 20. Februar 1991 redaktionell geändert und durch Beschluss vom 19. Juni 1991 ergänzt worden sind. Aus Artikel 17 GG folgt das Recht des Bundestages, Petitionen der Bundesregierung zu überweisen (so genanntes Petitionsüberweisungsrecht) und mit einer Empfehlung zu verbinden. Wegen des Grundsatzes der Gewaltenteilung (Art. 20 GG) kann er jedoch weder der Bundesregierung noch einer anderen der in §§ 1 und 2 des Gesetzes nach Artikel 45 c GG aufgeführten Stellen Weisungen erteilen, noch Verwaltungsentscheidungen aufheben oder erlassen.

14.2 Petitionen: Statistik

Aufgliederung der Petitionen nach Personen

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
Gesamtzahl der Petitionen (=100%)	76 150	69 421
davon		
– von männlichen Personen	60,1 %	59,4 %
– von weiblichen Personen	28,6 %	29,2 %
– von juristischen Personen (Organisationen, Verbände)	3,6 %	3,9 %
– Sammelpetitionen[1]	7,2 %	6,7 %
– ohne Angabe (anonyme Zuschriften)	0,6 %	0,8 %

[1] Sammelpetitionen sind Unterschriftensammlungen zu einem selben Anliegen.

Aufgliederung der Petitionen nach der Art der Erledigung

	13. WP 1994-1998		14. WP 1998-2002	
Gesamtzahl der eingegangenen Petitionen	76 150		69 421	
Gesamtzahl der behandelten Petitionen (einschließlich Überhängen aus der vorangegangenen WP)	84 302		69 710	
– davon inhaltlich vom Bundestag geprüft	67 782		58 625	
– davon aus formalen Gründen **nicht** inhaltlich geprüft	16 520		11 085	
Erledigung der inhaltlich geprüften Petitionen[1]	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Gesamtzahl	67 782	100	58 625	100
1) Dem Anliegen wurde entsprochen	6 438	9,5	10 494	17,9
2) Erledigung durch Rat, Auskunft, Verweisung, Materialübersendung usw.	24 426	36,0	19 462	33,2
3) Überweisung an die Bundesregierung				
a) zur Berücksichtigung	59	0,1	57	0,1
b) zur Erwägung	795	1,2	666	1,1
c) als Material	2 314	3,4	6 995	11,9
d) zur Kenntnisnahme	243	0,4	534	0,9
4) Überweisung an die Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis	4 117	6,1	89	0,2
5) Zuleitung an die Enquete-Komission zur Kenntnis	–	–	3	0,0
6) Überweisung an die Volksvertretung des zuständigen Bundeslandes	449	0,7	274	0,5
7) Überweisung an das Europäische Parlament	13	0,0	26	0,0
8) Dem Anliegen wurde nicht entsprochen	28 928	42,7	20 025	34,2
Aufgliederung der **nicht** inhaltlich geprüften	Anzahl		Anzahl	
Gesamtzahl	16 520		11 085	
1) Schwebende oder abgeschlossene Gerichtsverfahren	1 508		949	
2) Meinungsäußerungen, ohne Anschrift, anonym, verworren, beleidigend usw.	5 901		4 833	
3) Überweisung an die Volksvertretung des zuständigen Bundeslandes	9 111		5 303	

[1] Im Allgemeinen wird bei der abschließenden Behandlung einer Petition nur eine einzige Art der Erledigung beschlossen, doch gibt es Fälle, in denen verschiedene Arten der Erledigung in einem Beschluss verbunden werden. So kann eine Petition z. B. der Bundesregierung zur Erwägung und – also zusätzlich - den Fraktionen zur Kenntnis überwiesen werden. Derartige zusätzliche Beschlüsse sind in der vorliegenden Statistik nicht berücksichtigt worden.

Aufgliederung der Petitionen nach Sachgebieten (in %)

	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
Gesamtzahl der Petitionen (=100%)	76 150	69 421
davon aus den Sachgebieten (in %):		
Staats- und Verfassungsrecht	10,6	9,4
Allgemeine Innere Verwaltung, insbesondere öffentliches Dienstrecht	8,7	5,1
Besondere Verwaltungszweige der Inneren Verwaltung, Ausländerrecht und Umweltschutz	10,3	10,0
Kulturelle Angelegenheiten	1,2	1,6
Raumordnung, Wohnungsbau, Siedlungs- und Heimstättenwesen, Grundstücksverkehrsrecht	2,0	0,9
Vertriebene, Flüchtlinge, politische Häftlinge, Vermisste	1,5	1,6
Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts	0,4	0,7
Rechtspflege	5,3	4,7
Zivil- und Strafrecht	3,5	6,0
Verteidigung	2,8	1,6
Finanzwesen	5,7	5,2
Lastenausgleich	1,8	1,0
Kriegsfolgeschäden	0,4	0,3
Wirtschaftsrecht	1,3	1,4
Geld-, Kredit-, Währungswesen, Privates Versicherungs- und Bausparwesen	1,6	1,2
Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft	0,8	0,7
Arbeitsrecht, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung	5,7	5,9
Sozialversicherung, Kinderbeihilfen, Arbeitsmedizin	28,8	34,9
Kriegsopferversorgung, Heimkehrrecht, Kriegsgefangenenentschädigung	0,6	0,6
Verkehrswesen, Post- und Fernmeldewesen	4,5	3,1
Auswärtige Angelegenheiten	1,9	3,2
Verworrener Inhalt, nicht erkennbares Anliegen	0,6	0,8

Aufgliederung der Petitionen nach der Zuständigkeit[1]

	13. WP (1994-1998)		14. WP (1998-2002)	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Bundespräsidialamt	29	0,1	53	0,1
Deutscher Bundestag	617	1,0	616	0,9
Bundesrat	1	0,0	14	0,0
Bundeskanzleramt	85	0,1	434	0,7
Auswärtiges Amt	1 688	2,7	2 422	3,7
Bundesministerium des Innern	8 079	13,0	8 359	12,8
Bundesministerium der Justiz	5 685	9,2	8 424	12,9
Bundesministerium der Finanzen	7 425	12,0	6 322	9,7
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	595	1,0	1 199	1,8
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten seit 22. Januar 2001 Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	644	1,0	587	0,9
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	21 698	35,0	23 785	36,4
Bundesministerium für Verkehr ab 14.WP BM für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	1 661	2,7	2 584	4,0
Bundesministerium für Post und Telekommunikation	2 511	4,1		
Bundesministerium der Verteidigung	2 880	4,6	1 539	2,4
Bundesministerium für Gesundheit	4 678	7,5	6 668	10,2
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	1 028	1,7	737	1,1
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	459	0,7	605	0,9
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	60	0,1	38	0,1
Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ab 14. WP beim BM für Verkehr angesiedelt	970	1,6	–	–
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie ab 14. WP BM für Bildung und Forschung	1 255	2,0	971	1,5
Sonstige	–	–	1	0,0
Gesamt	62 048	100,0	65 358	100,0

[1] Beschränkt auf Petitionen, die in die Zuständigkeit des Bundes fallen.

Zahl und Themen der Masseneingaben

Wahlperiode	Gesamtzahl der Masseneingaben	Zahl der Themen
13. WP 1994-1998	1 520 534	39
14. WP 1998-2002	203 579	34

Wahlperiode	Anzahl der Eingänge	Themen der Masseneingaben
13. WP 1994-1998	2 872	Forderung eines gemeinnützigen Vereins zum Schutze der „Menschenrechte für die Frau“, das Strafmaß bei Vergewaltigung zu erhöhen.
	75 730	Forderung nach Vereinheitlichung des Bergrechts in den alten und neuen Bundesländern (Kies- und Sandvorkommen).
	142	Kritik an der Regelung des Rentenüberleitungsgesetzes, die gezahlten Auffüllbeträge ab dem 1. Januar 1996 abzuschmelzen.
	498	Forderung nach Erleichterung der Einbürgerung in die Bundesrepublik Deutschland und Ermöglichung der doppelten Staatsangehörigkeit.
	16 821	Kritik an den Regelungen des Gesetzes zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebietes (AAÜG), nach denen die Versorgungssysteme in die gesetzliche Rentenversicherung überführt worden sind und der Zahlbetrag der Rente zusammen mit der Versorgungsleistung auf einen Höchstbetrag begrenzt bzw. bei der Neuberechnung der Rente nach dem Sozialgesetzbuch VI (SGB VI) das anzurechnende Einkommen gekürzt wird.
	533	Kritik an den Regelungen des Gesetzes zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebietes (AAÜG), nach denen die Versorgungssysteme in die gesetzliche Rentenversicherung überführt wurden und der Zahlbetrag ihrer Rente zusammen mit der Versorgungsleistung auf einen Höchstbetrag begrenzt bzw. bei der Neuberechnung der Rente nach dem Sozialgesetzbuch VI (SGB VI) das anzurechnende Einkommen auf Beträge zwischen dem Durchschnittsentgelt und dem 1,4-fachen des Durchschnittsentgelts gekürzt wird.
	138	Protest gegen die Besteuerung von geldwerten Vorteilen insbesondere bei Arbeitgeberdarlehen.
	105	Kritik an den unterschiedlichen Rentenwerten in den neuen und alten Bundesländern.
	739	Forderung nach dem Verbot aller Formen von Massentierhaltung.
	432	Forderung nach Aufhebung der Geringfügigkeitsgrenze des § 8 des Vierten Buches des Sozialgesetzbuches, bei deren Unterschreiten regelmäßig trotz Vorliegens einer Beschäftigung Sozialversicherungsfreiheit besteht.
	279	Forderung nach Rückgängigmachung der im Jahressteuergesetz 1996 beschlossenen Kürzung der Verpflegungspauschale bei eintägigen Dienstreisen.
	560	Forderung nach Änderung des Sorgerechts.
	1 448	Beanstandung der Verwendung von Steuergeldern für militärische Zwecke.
	598	Kritik an den Sparplänen der Bundesregierung im sozialen Bereich.

Wahlperiode	Anzahl der Eingänge	Themen der Masseneingaben
noch: 13. WP 1994-1998	550	Forderung nach dem Erhalt von Gesundheitskursen und Protest gegen eine Gebührenerhöhung bei Gesundheitskursen.
	720	Äußerung von Bedenken gegen die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Forderung nach einem ökologischen, zukunftsfähigen und sozialverträglichen Umbau der Wirtschaft.
	1 363	Protest gegen die im Programm der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung vorgesehenen Maßnahmen.
	435	Protest gegen Besteuerung ausländischer Künstler bei Veranstaltungen im Inland.
	über 1 Mio	Forderung nach Verschärfung der Strafmaßnahmen bei Sexualverbrechen, nach Verbesserung der Sicherungsverwahrung, nach Therapie neben Strafvollzug, nach Maßnahmen zur chemischen Behandlung und Forderung nach Einführung eines Opferanwalts.
	3 266	Äußerung der Befürchtung, dass der § 166 Strafgesetzbuch (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen) durch eine juristische Interpretation des Begriffes Kunst praktisch außer Kraft gesetzt werden soll.
	35 000	Forderung nach Abschaffung des Heil- und Arzneimittelbudgets.
	47 762	Forderung nach einer bundesgesetzlichen Regelung zur Finanzierung der Berufsbildung durch eine Umlage der betrieblichen Berufsausbildungskosten.
	840	Protest gegen den Lebendtransport von Schlachttieren. Forderung nach Streichung von Subventionen für Exporte von lebendem Schlachtvieh in Länder außerhalb der Europäischen Union (EU).
	3 900	Forderung nach gesetzlichen Regelungen zum Schutz von Pelztieren.
	124	Forderung nach Rehabilitierung der Opfer der Boden- und Industriereform, die im Zeitraum 1945 - 1949 in der SBZ stattgefunden hat.
	1 138	Kritik an der Weigerung der gesetzlichen Krankenkassen, eine „geregelte Kostenerstattung“ durchzuführen. Forderung nach Verabschiedung eines Gesetzes über die Berufe des psychologischen Psychotherapeuten und des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten entsprechend dem Regierungsentwurf von 1994.
	546	Protest gegen eine von der Bundesregierung beabsichtigte Kürzung der Mittel für die Bundesanstalt für Arbeit (BA).
	153	Protest gegen die Einstellung der Zahlung einer Betriebsrente, die auf der Grundlage der „Anordnung über die Einführung einer Zusatzrentenversorgung für die Arbeiter und Angestellten in den wichtigsten volkseigenen Betrieben vom 9. März 1954“ (Anordnung 54) gewährt worden ist.
	1 095	Protest gegen den Bau des Transrapid.
	3 000	Bitte an den Deutschen Bundestag, gegen die Beschaffung des „Eurofighter 2000“ zu stimmen.
	130	Forderung nach Erhalt des Stromeinspeisungsgesetzes.
	580	Forderung nach Verlängerung der Verjährungsfrist über den 31. Dezember 1997 hinaus für mittelschwere Straftaten der so genannten DDR-Regierungskriminalität und für in den neuen Bundesländern begangene vereinigungsbedingte Wirtschaftskriminalität.
	671	Forderung nach Durchführung eines Referendums über die Einführung des Euro.
	697	Forderung nach Durchführung einer Volksabstimmung über die Einführung des Euro.
	758	Forderung nach Ausgliederung des Ressorts Tierschutz aus dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML).

Wahlperiode	Anzahl der Eingänge	Themen der Masseneingaben
noch: 13. WP 1994-1998	123	Protest gegen die Schließung einer Therapieeinrichtung für alkohol- und tablettenabhängige Männer, da die LVA dort keine Betten mehr belegt.
	398	Forderung nach Verabschiedung einer Steuerreform.
	102	Forderung an die Bundesregierung, die Tibetische Exilregierung als die legitime tibetanische Volksvertretung anzuerkennen.
	1 908	Protest gegen die Überführung der Ansprüche der Beschäftigten der ehemaligen Deutschen Reichsbahn in die gesetzliche Rentenversicherung.
14. WP 1998-2002	29.927	Kritik dahingehend, dass die in der ehemaligen DDR im Gesundheits- und Sozialwesen bzw. in Betrieben mit so genannter spezieller Produktion Beschäftigten im Zuge der Rentenüberleitung benachteiligt worden seien.
	30.298	Kritik an der Überführung der Rentenansprüche der ehemaligen Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn sowie der Deutschen Post der DDR in die gesetzliche Rentenversicherung. Forderung nach Umsetzung von Urteilen des Bundessozialgerichts zu diesen Ansprüchen.
	969	Forderung nach dem Bau einer Umgehungsstraße - B 10/B 293 - in der Gemeinde Pfinztal.
	1.745	Unterstützung der von Dr. Rath initiierten Novelle des Arzneimittelgesetzes betreffend die Heilwirkung von Vitaminen und Nahrungsergänzungsstoffen.
	186	Forderung auf Verzicht der Bundesautobahn A 72 zwischen Leipzig und Chemnitz, Forderung des Ausbaus der bestehenden Bundesstrasse B 95. Hilfsweise wird eine Verlegung der Trasse A 72 nach Westen angestrebt.
	255	Kritik an der Regelung, vorzeitige Renten aufgrund einer bergbaulichen Versicherung nach dem Sozialversicherungsrecht der ehemaligen DDR (Bergmannsrenten) gemäß Art. 2 Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) nur zu gewähren, wenn die Renten vor dem 31. Dezember 1996 begannen.
	4.600	Forderung nach gesetzgeberischen Maßnahmen im Bereich des Versicherungsvertragsrechts, des Rechts der Bausparverträge und des Bilanzrechts zur Verbesserung des Verbraucherschutzes.
	133	Forderung nach einer erleichterten Berufszulassung für geistige Heiler.
	112	Kritik an den unterschiedlichen aktuellen Rentenwerten in den neuen und alten Bundesländern.
	463	Kritik an den rentenrechtlichen Begrenzungsregelungen für ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit.
	1.050	Forderung nach einer Erhöhung des Kindergeldes für Bezieher geringer Einkommen, weil eine steuerliche Entlastung keine oder nur geringe Auswirkungen habe.
	3.139	Forderung nach Änderung des § 25 Parteiengesetz.
	1.650	Kritik an der Regelung, die Hausarztpunktwerte auf Kosten der Facharztpunktwerte zu stützen.
	243	Forderung nach Reformen der Struktur des Rentensystems.
	409	Protest gegen die stufenweise Anhebung der Altersgrenzen bei Altersrenten für langjährig Versicherte, bei Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit bzw. nach Altersteilzeit und bei Altersrenten für Frauen. Protest gegen die bei einer vorzeitigen Inanspruchnahme solcher Altersrenten hinzunehmenden Rentenabschläge.
	470	Forderung nach Lärmschutz an der Bundesautobahn A 1/A 61 im Bereich Erftstadt-Blessen/Frauenthal.

Wahlperiode	Anzahl der Eingänge	Themen der Masseneingaben
noch: 14. WP (1998-2002)	7.326	Forderung nach Anhebung des Honorars für die niedergelassenen Ärzte in den neuen Bundesländern, Abschaffung der Kollektivhaftung bei Überschreitung der Arznei- und Heilmittelbudgets und Forderung nach Abschaffung der Kupplung der Höhe des Honorars an die Ausgaben in diesem Sektor.
	1.571	Forderung nach Einführung einer Aufsicht des „Wissenschaftlichen Beirates Psychotherapie“ durch das Bundesministerium für Gesundheit, um eine unverhältnismäßig einseitige Einflussnahme ärztlicher Interessen auf das Berufsrecht der Psychotherapeuten zu verhindern.
	2.749	Kritik an der Anpassung der in den neuen Bundesländern geltende Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenversicherung an die der alten Bundesländer. Forderung nach Erhöhung der Ausgaben für die ambulante medizinische Betreuung in den neuen Bundesländern.
	1.919	Äußerung der Befürchtung, dass infolge der Änderung der Richtlinien zur Verordnung von Heilmitteln eine Gefährdung der ambulanten Versorgung mit logopädischer Therapie zu erwarten sei.
	269	Kritik an der in der Bundesartenschutzverordnung (BartSchV) ab dem 1. Januar 2001 vorgeschriebenen Pflicht zur Kennzeichnung bestimmter Reptilien mit einem Transponder.
	974	Kritik an den rentenrechtlichen Begrenzungsregelungen für ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit.
	755	Forderung nach zügiger Umsetzung der Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom 28. April 1999 zum Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz.
	226	Forderung nach Verbesserung der Dienstangebote auf Flughäfen.
	93.453	Forderung nach Herabsetzung des im Ozongesetz festgelegten Grenzwertes.
	6.340	Protest gegen den Ausbau der Bundeswasserstrassen im Bundesland Brandenburg entsprechend dem Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 17.
	101	Forderung nach Erhalt des Stromeinspeisungsgesetzes.
	117	Forderung nach Verschärfung der Strafmaßnahmen bei Sexualverbrechen, Verbesserung bei der Sicherungsverwahrung Therapie neben Strafvollzug. Maßnahmen zur chemischen Behandlung und Einführung eines Opferanwalts.
	767	Forderung nach Abschaffung der Prämie für Kälber und das Verbot der Rinderbesamung.
	678	Forderung nach angemessener Entschädigung für NS-Zwangsarbeit.
	106	Forderung nach Erstattung der Investitionskosten auf der Grundlage einheitlicher Regelungen für die ambulanten Pflegestationen.
	216	Kritik an den unterschiedlichen aktuellen Rentenwerten in den neuen und alten Bundesländern.
	2.889	Kritik an der Überführung der Rentenansprüche der ehemaligen Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn sowie der Deutschen Post der DDR in die gesetzliche Rentenversicherung. Forderung nach Umsetzung von Urteilen des Bundessozialgerichts zu diesen Ansprüchen.
	123	Forderung nach umfassender Rehabilitierung und Entschädigung der nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges vornehmlich in sibirische Lager verschleppten Männer und Frauen.

Aufgliederung der Petitionen nach Herkunftsländern

	in % / pro Mio[1]	13. WP 1994-1998	14. WP 1998-2002
Baden-Württemberg	in %	8,0	7,2
	pro Mio	587	476
Bayern	in %	8,1	8,1
	pro Mio	512	463
Berlin	in %	9,3	10,7
	pro Mio	2 071	2 200
Brandenburg	in %	5,1	7,5
	pro Mio	1 494	1 999
Bremen	in %	0,5	0,5
	pro Mio	596	523
Hamburg	in %	1,7	1,4
	pro Mio	750	565
Hessen	in %	6,3	5,5
	pro Mio	796	634
Mecklenburg-Vorpommern	in %	3,4	4,2
	pro Mio	1 446	1 647
Niedersachsen	in %	8,7	7,1
	pro Mio	844	620
Nordrhein-Westfalen	in %	19,7	15,1
	pro Mio	833	580
Rheinland-Pfalz	in %	3,5	3,1
	pro Mio	666	532
Saarland	in %	0,8	0,7
	pro Mio	617	464
Sachsen	in %	9,3	9,7
	pro Mio	1 567	1530
Sachsen-Anhalt	in %	5,1	6,7
	pro Mio	1 452	1 779
Schleswig-Holstein	in %	2,6	2,3
	pro Mio	729	585
Thüringen	in %	4,9	5,8
	pro Mio	1 510	1 658
Ausland	in %	2,9	4,2
Gesamtzahl der Petitionen (=100,0%)		76 150	69 421

[1] Umgerechnet auf 1 Million der Bevölkerung des jeweiligen Landes.

Aufgliederung der Petitionen nach Herkunftsländern

		Zahl der Eingaben	in % der Eingaben	auf 1 Million der Bevölkerung des Landes
13. WP 1994-1998	Gesamtzahl	76 150	100,0	–
	davon:			
	– neue Bundesländer	21 165	27,8	1 506
	– alte Bundesländer	45 712	60,0	708
	– Berlin	7 076	9,3	2 071
	– Ausland	2 197	2,9	–
14. WP 1998-2002	Gesamtzahl	69 421	100,0	–
	davon:			
	– neue Bundesländer	23 580	34,0	545
	– alte Bundesländer	35474	51,1	1 702
	– Berlin	7 442	10,7	2 200
	– Ausland	2 925	4,2	–

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999,** Kapitel 17.3.

14.3 Jahresberichte des Petitionsausschusses

Der Petitionsausschuss legt außer den monatlichen Sammelübersichten seit 1979 jährlich einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit vor (vgl. GOBT § 112 Abs. 1). Dieser Bericht soll umfassend über Entwicklungen, Trends und Schwerpunkte des Verwaltungshandelns aus der Sicht des Petitionsausschusses unterrichten Die vorgelegten Jahresberichte des Petitionsausschusses und ihre Behandlung im Plenum seit der 13. Wahlperiode sind in der folgenden Übersicht dargestellt.

Hinweise	
Die bisherigen Vorsitzenden des Petitionsausschusses seit 1994	
1994 – 1998	*Christa Nickels* (B 90/DIE GRÜNEN)
1998 – 2002	*Heidemarie Lüth* (PDS)
2002 –	*Marita Sehn* (FDP)

Jahresbericht			Beratung im Bundestag			
Berichts jahr	Vorlage datum	Nr. der Bundestags Drucksache	Sitzung	Datum	Seite im Sten. Ber.	Redner in der Aussprache
1994	18.5.1995	13/1415	45.	23.6.1995	3685 ff.	**Redner:** *Nickels* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Dehnel* (CDU/CSU) – *Reuter* (SPD) – *Nolting* (FDP) – *Bulling-Schröter* (PDS) – *Straubinger* (CDU/CSU) – *Seuster* (SPD) – *Dietert-Scheuer* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Schulze* (Sangerhausen) (CDU/CSU) – *Müller* (Völklingen) (SPD)
1995	29.4.1996	13/4498	129.	11.10.1996	11671 ff.	**Redner:** *Nickels* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Dehnel* (CDU/CSU) – *Seuster* (SPD) – *Nolting* (FDP) – *Lüth* (PDS) – *Glücklich* (CDU/CSU) – *Müller* (Völklingen) (SPD) – *Reichardt* (Mannheim)(CDU/CSU) – *Dietert-Scheuer* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Wester* (SPD) – *Strebl* (CDU/CSU) – *Deichmann* (SPD)
1996	24.6.1997	13/8000	194.	1.10.1997	17483 ff.	**Redner:** *Dehnel* (CDU/CSU) – *Küster* (SPD) – *Seuster* (SPD) – *Nickels* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Nolting* (FDP) – *Nachtwei* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Lüth* (PDS) – *von Klaeden* (CDU/CSU) – *Imhof* (SPD) – *Heiderich* (CDU/CSU) – *Reuter* (SPD)
1997	8.5.1998	13/10500	243.	23.6.1998	22579 ff.	**Redner:** *Dehnel* (CDU/CSU) – *Reuter* (SPD) – *Nickels* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Nolting* (FDP) – *Lüth* (PDS) – *Schulze* (Sangerhausen) (CDU/CSU) – *Müller* (Völklingen) (SPD) – *Deittert* (CDU/CSU) – *Hiller* (Lübeck) (SPD)
1998	9.7.1999	14/1390	63.	28.10.1999	5623 ff.	**Redner:** *Deichmann* (SPD) – *Deittert* (CDU/CSU) – *Nolting* (FDP) – *Wilhelm* (Amberg) (B 90/DIE GRÜNEN) – *Lüth* (PDS) – *Rupprecht* (SPD) – *Reiche* (CDU/CSU) – *Nickels* PStS BMG – *Wolf* (CDU/CSU) – *Wright* (SPD) – *Fischer* (Karlsruhe-Land) (CDU/CSU) – *Dzewas* (SPD)
1999	10.5.2000	14/3456	109.	9.6.2000	10273 ff.	**Redner:** *Lüth* (PDS) – *Reuter* (SPD) – *Deittert* (CDU/CSU) – *Wilhelm* (Amberg) (B 90/DIE GRÜNEN) – *Nolting* (FDP) – *Ehlert* (PDS) – *Rupprecht* (SPD) – *Hohmann* (CDU/CSU) – *Buntenbach* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Holetschek* (CDU/CSU) – *Hacker* (SPD) – *Reiche* (CDU/CSU)

Jahresbericht			Beratung im Bundestag			
Berichts jahr	Vorlage datum	Nr. der Bundestags Drucksache	Sitzung	Datum	Seite im Sten. Ber.	Redner in der Aussprache
2000	9.5.2001	14/5882	208.	13.12.2001	20623 ff.	**Redner:** *Lüth* (PDS) – *Reuter* (SPD) – *Deittert* (CDU/CSU) – *Wilhelm* (Amberg) (B 90/DIE GRÜNEN) – *Nolting* (FDP) – *Müller* (Völklingen) (SPD) – *Hohmann* (CDU/CSU) – *Buntenbach* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Ehlert* (PDS) – *Hiller* (Lübeck) (SPD) – *Reiche* (CDU/CSU)
2001	5.6.2002	14/9146	246.	28.6.2002	24914 ff.	**Redner:** *Lüth* (PDS) – *Hagemann* (SPD) – *Deittert* (CDU/CSU) – *Wilhelm* (Amberg) (B 90/DIE GRÜNEN) – *Guttmacher* (FDP) – *Lösekrug-Möller* (SPD) – *Baumann* (CDU/CSU) – *Reuter* (SPD) – *Seib* (CDU/CSU)
2002[1]	21.5.2003	15/920	–	–	–	–

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 17.4.

[1] Stand: 31. März 2003.

15 Wehrbeauftragter des Bundestages

Überblick Seite

15.1 Wahl und Amtszeit der Wehrbeauftragten 714
15.2 Eingaben an den Wehrbeauftragten: Statistik 716
– Aufschlüsselung nach der Art der Eingaben
– Aufschlüsselung nach dem Inhalt der Eingaben
15.3 Weisungen an den Wehrbeauftragten 718
15.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten 719

1956 wurde nach dem Vorbild des schwedischen Militie-Ombudsman in der Bundesrepublik Deutschland der Wehrbeauftragte[1] eingeführt. Der mit Gesetz vom 19. März 1956 beschlossene Artikel 45 b Grundgesetz lautet: „Zum Schutz der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle wird ein Wehrbeauftragter des Bundestages berufen. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“
Das erste Gesetz über den Wehrbeauftragten verabschiedete der Bundestag am 11. April 1957. Am 12. März 1982 nahm er einstimmig das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten an (BGBl. I S. 673).
Der Wehrbeauftragte ist in vollem Umfang seines Verfassungsauftrages Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle; er gehört damit ausschließlich zum legislativen Bereich. Dem Bundestag und dem Verteidigungsausschuss obliegen das parlamentarische Weisungsrecht. Eine parlamentarische Weisung kann nur erteilt werden, wenn der Verteidigungsausschuss den Vorgang nicht zum Gegenstand seiner eigenen Beratung macht. Eine Erörterung im Verteidigungsausschuss mit anschließendem Beschluss ist somit bereits eine Schranke für die parlamentarische Weisungserteilung durch den Bundestag an den Wehrbeauftragten. In seiner Eigenschaft als Petitionsinstanz für Soldaten wurden die rechtlichen Befugnisse des Wehrbeauftragten denen des Petitionsausschusses angeglichen. Der Wehrbeauftragte sowie seine Beamten, Angestellten und Arbeiter sind Teil des Gesamtgefüges des Bundestages. Die Amtszeit des Wehrbeauftragten endet nach Ablauf von fünf Jahren, auch wenn der Nachfolger noch nicht gewählt ist. Die Vertretung des Wehrbeauftragten wird während der Zeit bis zur Ernennung des Nachfolgers vom Leitenden Beamten wahrgenommen.

15.1 Wahl und Amtszeit der Wehrbeauftragten

Nach dem Gesetz über den Wehrbeauftragten des Bundestags vom 26. Juni 1957 bzw. dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages vom 16. Juni 1982 wählt der Bundestag den Wehrbeauftragten in geheimer Wahl mit der Mehrheit seiner Mitglieder für die Dauer von

[1] Siehe dazu: 40 Jahre Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages. Eine Chronik in Zitaten. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Bonn 1999.

fünf Jahren. Eine Wiederwahl ist zulässig. Vorschlagsberechtigt sind der Verteidigungsausschuss, die Fraktionen und so viele Abgeordnete, wie zur Bildung einer Fraktion erforderlich sind. Der Bundestagspräsident muss den Gewählten ernennen.
Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages vom 30. März 1990 (BGBl. I S. 599) wurde geregelt: „Zum Wehrbeauftragten ist jeder/jede Deutsche wählbar, der/die das Wahlrecht zum Bundestag besitzt und das 35. Lebensjahr vollendet hat."

Wehrbeauftragte in dem Zeitraum von der 13. bis 15. Wahlperiode (mit Stand 31. März 2003) waren:

Alfred Biehle

Wahl und Vereidigung am 27. April 1990 (11. WP, 208. Sitz.)

Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU:
Alfred Biehle (MdB seit 1969 [CSU])

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
Horst Jungmann (MdB seit 1976 [SPD])

Wahlergebnis:	Abgegebene Stimmen		492
	davon:	für *Biehle*	275
		für *Jungmann*	200
		Stimmenthaltungen	16
		ungültige Stimmen	1

Amtszeit: ab 27. April 1990 bis 27. April 1995

Claire Marienfeld

Wahl am 30. März 1995 (13. WP, 31. Sitz.)

Vereidigung am 11. Mai 1995 (13. WP, 35. Sitz.)

Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP:
Claire Marienfeld (MdB seit 1990 [CDU])

Wahlergebnis:	Abgegebene Stimmen		646
	davon:	Ja-Stimmen	459
		Nein-Stimmen	139
		Stimmenthaltungen	46
		ungültige Stimmen	2

Amtszeit: ab 28. April 1995 bis 10. Mai 2000

Wilfried Penner

Wahl am 14. April 2000 (14. WP, 100. Sitz.)

Vereidigung am 11. Mai 2000 (14. WP, 102. Sitz.)

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS:
Wilfried Penner (MdB seit 1972 [SPD])

Wahlergebnis:	Abgegebene Stimmen		545
	davon:	Ja-Stimmen	424
		Nein-Stimmen	77
		Stimmenthaltungen	42
		ungültige Stimmen	2

Amtszeit: ab 11. Mai 2000

Abstimmverhalten bei den Wahlen der Wehrbeauftragten

Für die nebenstehende Tabelle wurde der prozentuale Anteil der „Ja-Stimmen“ im Verhältnis zu den abgegebenen Stimmen errechnet

Jahr	Wahl der/des Wehrbeauftragten	Stimmenanteil in %
1990	*Alfred Biehle*	52,3
1995	*Claire Marienfeld*	71,1
2000	*Wilfried Penner*	77,8

15.2 Eingaben an den Wehrbeauftragten: Statistik

Aufschlüsselung nach der Art der Eingaben

Die folgende Statistik gibt eine Übersicht über die in den einzelnen Berichtsjahren beim Wehrbeauftragten eingegangenen Eingaben, Beschwerden und sonstigen Vorgänge.

Berichtsjahr	Gesamtzahl der eingegangenen Eingaben usw.	davon				
		Eingaben, die den gesetzlichen Aufgabenbereich des Wehrbeauftragten nicht berühren	Sammeleingaben	anonyme und sonstige Eingaben	Eingaben, die in die Zuständigkeit des Wehrbeauftragten fallen	Sonstige Vorgänge
1994	5 916	66	–	21	5810	19
1995	5 979	94	–	23	5493	369
1996	6 264	63	–	20	6112	69
1997	6 647	80	–	14	6509	44
1998	6 122	84	–	11	5985	42
1999	5 885	66	–	20	5769	30
2000	4 952	58	–	8	4856	30
2001	4 891	115	–	12	4741	23
2002	6 436	110	–	13	6270	43

Die Gesamtzahl der **Eingaben an den Wehrbeauftragten** *zwischen 1959 und 2001 beträgt* **291548.**

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 18.2.

Aufschlüsselung nach dem Inhalt der Eingaben

Jahr	Eingaben		davon entfallen auf								
	insgesamt	davon: von Soldaten, die im Ausland stationiert sind	Menschenführung/ Wehrrecht/ Soldatische Ordnung[1]	Personalangelegenheiten der Berufs- und Zeitsoldaten[2]	Personelle Fragen der Wehrpflichtigen (außer Wehrübender)	Reservistenangelegenheiten/ Wehrübungen	Heilfürsorge	Unterkünfte/ Verpflegung/ Bekleidung/ Betreuung	Besoldung und besoldungsrechtliche Nebengebiete	Soziales/ Versorgung[3]	Sonstige Fragen
			in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1994	5 810	119	23,2	25,2	20,1	1,0	8,5	3,4	10,2	7,8	0,6
1995	5 493	104	22,6	23,8	18,6	2,4	9,4	4,3	12,0	6,6	0,3
1996	6 112	323	24,4	25,2	16,7	2,9	7,6	4,5	11,9	6,2	0,6
1997	6 509	279	25,7	24,0	16,6	3,5	7,2	4,6	10,9	6,6	0,9
1998	5 985	281	27,1	25,4	14,6	2,1	7,0	5,0	12,6	5,6	0,6
1999	5 769	607	22,6	28,1	12,9	3,5	7,5	5,1	13,3	6,6	0,4
2000	4 856	488	25,8	26,6	11,0	2,4	6,1	5,7	14,7	7,3	0,4
2001	4 741	564	33,8	27,9	10,1	2,2	6,8	3,5	9,2	5,4	1,1
2002	6 270	1 149	18,7	31,7	9,2	3,1	4,6	20,3	6,2	4,3	2,0

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 18.2.

[1] Verfassungsrechtliche Grundsätze, Schutz von Grundrechten, Leitbild des Staatsbürgers als Soldat, Integration der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft, Rechte und Pflichten der Soldaten, Befehl und Gehorsam, Führungsstil und Führungsverhalten, Beschwerde- und Petitionsrecht, Vertrauensmänner, Soldatenbeteiligungsrechte, militärische Ausbildung, Sport, militärische Sicherheit, Traditionspflege, Militärseelsorge, Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer, erzieherische Maßnahmen, Disziplinarangelegenheiten, Strafrechtsangelegenheiten (bis 1997), fristlose Entlassung, Nachdienen, Vorläufige Festnahme, Maßnahmen nach dem Gesetz über die Anwendung des unmittelbaren Zwanges, Gnadenrecht, Dienstzeitbelastung u. ä.

[2] Laufbahnfragen, Versetzungen und Kommandierungen, Beurteilungen, Urlaub/Dienstbefreiung u. ä.

[3] Berufsförderung, Sozialversicherungsangelegenheiten, Schul- und Studienfürsorge, Unterhaltssicherung, Wohnungsfürsorge u. ä.

15.3 Weisungen an den Wehrbeauftragten

Der Wehrbeauftragte wird auf Weisung des Bundestages oder des Bundestagsausschusses für Verteidigung zur Prüfung bestimmter Vorgänge tätig. In der Zeit von 1997 bis 2002 wurden dem Wehrbeauftragten vom Verteidigungsausschuss zwei entsprechende Weisungen erteilt. In den Jahren zuvor waren insgesamt 22 weitere Weisungen.

Jahr	lfd. Nr.	Thema des Vorganges
1997	23	Fremdenfeindlicher Übergriff in Detmold
	24	Skandal-Video in Hammelburg

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 18.3.

15.4 Jahresberichte des Wehrbeauftragten

Jahresbericht			Vorlagebericht des Verteidigungsausschusses (BT-Drs.)	Beratung im Bundestag			
Berichtsjahr	Vorlagedatum	Nr. der Bundestags-Drucksache		Sitzung	Datum	Seite im Sten. Bericht	Bemerkungen/Redner in der Aussprache
1994	7.3.1995	13/700	–	–	–	–	Überweisung des Berichts an Verteidigungsausschuss durch BTPräs am 27.3.1995
			13/2649	89.	29.2.1996	S. 7876 B ff.	Beratung des Ausschussberichts; **Redner**: *Augustinowitz* (CDU/CSU) – *Heistermann* (SPD) – *Nachtwei* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Nolting* (FDP) – *von Einsiedel* (PDS) – PStS *Geiger* (CDU/CSU) – *Höfer* (SPD) – *Breuer* (CDU/CSU) – *Rauber* (CDU/CSU) – Wehrbeauftragte *Marienfeld*
1995	5.3.1996	13/3900	–	–	–	–	Überweisung des Berichts an Verteidigungsausschuss durch BTPrä am 12.3.1996
			13/5400	135.	7.11.1996	S. 12139 B ff.	Beratung des Ausschussberichts zusammen mit Drucksachen: 13/2499, 13/4122, 13/580, 13/5661, 13/3552, 13/5662, und 13/4461 **Redner**: Wehrbeauftragte *Marienfeld* – PStS *Geiger* (CDU/CSU) – *Heistermann* (SPD) – BMin der Verteidigung *Rühe* (CDU/CSU) – *Nachtwei* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Nolting* (FDP) – *Zwerenz* (PDS) – *Augustinowitz* (CDU/CSU) – *Schulte* (Hameln) (SPD) – *Siebert* (CDU/CSU) – *Kolbow* (SPD) – *Rose* (CDU/CSU)
1996	11.3.1997	13/7100	–	–	–	–	Überweisung des Berichts an Verteidigungsausschuss durch BTPräs am 26.4.1997
			13/8468	200.	30.10.1997	S. 18021 B ff.	Beratung des Ausschussberichts; **Redner**: Wehrbeauftragte *Marienfeld* – BMin der Verteidigung *Rühe* (CDU/CSU) – *Göllner* (SPD) – *Nachtwei* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Nolting* (FDP) – *von Einsiedel* (PDS) – *Breuer* (CDU/CSU) – *Höfer* (SPD) – *Dehnel* (CDU/CSU) – *Zwerenz* (PDS) – *Augustinowitz* (CDU/CSU)

Jahresbericht			Vorlagebericht des Verteidigungsausschusses (BT-Drs.)	Beratung im Bundestag			
Berichtsjahr	Vorlagedatum	Nr. der Bundestags-Drucksache		Sitzung	Datum	Seite im Sten. Bericht	Bemerkungen/Redner in der Aussprache
1997	3.3.1998	13/10000	–	–	–	–	Überweisung des Berichts an Verteidigungsausschuss durch BTPräs am 4.4.1998
			13/11067	244.	24.6.1998	S. 22740 D ff.	Beratung des Ausschussberichts zusammen mit Drucksachen: 13/11005, 13/10352, 13/10279, 13/10940, 13/4461, und 13/7033 **Redner:** *Rossmanith* (CDU/CSU) – *Zumkley* (SPD) – *Beer* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Nolting* (FDP) – *Zwerenz* (PDS) – *Kossendey* (CDU) – *Kröning* (SPD) – *Schmidt* (Fürth) (CDU/CSU) – *Nachtwei* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Heistermann* (SPD) – BMin der Verteidigung *Rühe* (CDU/CSU) – *Kolbow* (SPD) – Wehrbeauftragte *Marienfeld* – *Augustinowitz* (CDU/CSU)
1998	16.3.1999	14/500	–	–	–	–	Überweisung des Berichts an Verteidigungsausschuss durch BTPräs am 26.4.1999
			14/1807	82	21.1.2000	S. 7595 B ff.	Beratung des Ausschussberichts; **Redner**: Wehrbeauftragte *Marienfeld* – *Göllner* (SPD) – *Siemann* (CDU/CSU) – *Nachtwei* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Braun* (FDP) – *Wolf* (PDS) – *Schumann* (SPD) – Schäfer (CDU/CSU) – *Pfannenstein* (SPD) – *Rossmanith* (CDU/CSU) – *Beer* (B 90/DIE GRÜNEN) – BMin der Verteidigung *Scharping*
1999	14.3.2000	14/2900	–	98	6.4.2000	S. 9117 A ff.	Beratung des Berichts vor Überweisung an den Verteidigungsausschuss; **Redner**: Wehrbeauftragte *Marienfeld* - *Göllner* (SPD) – *Breuer* (CDU/CSU) – BMin der Verteidigung *Scharping* – *Nachtwei* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Braun* (FDP) – *Lippmann* (PDS) – *Papenroth* (SPD) – *Nolting* (FDP) – *Siemann* (CDU/CSU) – *Beer* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Raidel* (CDU/CSU) – *Merten* (SPD) – *Arnold* (SPD) – *Rauber* (CDU/CSU)

Jahresbericht			Vorlagebericht des Verteidigungsausschusses (BT-Drs.)	Beratung im Bundestag			
Berichtsjahr	Vorlagedatum	Nr. der Bundestags-Drucksache		Sitzung	Datum	Seite im Sten. Bericht	Bemerkungen/Redner in der Aussprache
noch: 1999			14/4204	127	26.10.2000	S. 12186 C ff.	Beratung des Ausschussberichts; **Redner**: Wehrbeauftragter *Penner* – *Göllner* (SPD) – *Siebert* (CDU/CSU) – *Nachtwei* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Braun* (FDP) – *Wolf* (PDS) – PStS *Kolbow* (SPD) – *Beer* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Raidel* (CDU/CSU) – *Merten* (SPD) – *Leidinger* (SPD)
2000	13.3.2001	14/5400	–	173	31.5.2001	S. 16995 D ff.	Beratung des Berichts vor Überweisung an den Verteidigungsausschuss; **Redner**: Wehrbeauftragter *Penner* – *Siemann* (CDU/CSU) – PStS *Kolbow* (SPD) – *Braun* (FDP) – *Nachtwei* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Lippmann* (PDS) – *Neumann* (Gotha) (SPD) – *Raidel* (CDU/CSU)
			14/7111	201	15.11.2001	S. 19734 C ff.	Beratung des Ausschussberichts; **Redner**: Wehrbeauftragter *Penner* – *Siemann* (CDU/CSU) – *Göllner* (SPD).–. *Braun* (FDP) – *Nachtwei* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Wolf* (PDS) – PStS *Kolbow* (SPD) – *Raidel* (CDU/CSU) – *Wohlleben* (SPD)
2001	12.3.2002	14/8330	–	231	19.4. 2002	S. 23000 B ff.	Beratung des Berichts vor Überweisung an den Verteidigungsausschuss; **Redner**: Wehrbeauftragter *Penner* – .*Siebert* (CDU/CSU) – *Merten* (SPD) – *Braun* (FDP) – *Nachtwei* (B 90/DIE GRÜNEN) – *Lippmann* (PDS) – PStS *Kolbow* (SPD) – *Zierer* (CDU/CSU) – *Neumann* (Gotha) (SPD)
			–[1]	–	–	–	–
2002	11.3.2003	15/500	–[1]	–	–	–	–

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 18.4.

[1] Stand: 31. März 2003.

16 Bundesversammlung

Überblick Seite

16.1 Zusammensetzung nach Parteien 723
16.2 Wahl der Bundespräsidenten 724
16.3 Bundespräsident/Bundestagspräsident/Bundesratspräsident/ Bundeskanzler 725
16.4 Präsidentenanklage 726

Die Bundesversammlung ist jenes Verfassungsorgan, in dem die Mitglieder des Bundestages an der Wahl des Bundespräsidenten mitwirken. Artikel 54 GG regelt dazu:

„(1) Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat.
(2) Das Amt des Bundespräsidenten dauert 5 Jahre. Anschließende Wiederwahl ist nur einmal zulässig.
(3) Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.
(4) Die Bundesversammlung tritt spätestens dreißig Tage vor Ablauf der Amtszeit des Bundespräsidenten, bei vorzeitiger Beendigung spätestens dreißig Tage nach diesem Zeitpunkt zusammen. Sie wird von dem Präsidenten des Bundestages einberufen.
(5) Nach Ablauf der Wahlperiode beginnt die Frist des Absatzes 4 Satz 1 mit dem ersten Zusammentritt des Bundestages.
(6) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält. Wird diese Mehrheit in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt.
(7) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

Bei dem in Artikel 54 Absatz 7 des Grundgesetzes geforderten Bundesgesetz handelt es sich, seit 1959 unverändert, um das Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 (BGBl. I S. 230).

16.1 Zusammensetzung nach Parteien

Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern der Länder. Aus welchen Parteien sich die Mitglieder der Bundesversammlungen 1994 und 1999 zusammensetzten, geht aus der folgenden Übersicht hervor:

Partei	Mitglieder	Bundesversammlungen	
		1994	1999
Christlich Demokratische Union/ Christlich-Soziale Union (CDU/CSU)	Bundestag	317	245
	Länder	302	302
	insgesamt	619	547
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	Bundestag	239	298
	Länder	263	267
	insgesamt	502	565
Freie Demokratische Partei (FDP)	Bundestag	78	43
	Länder	33	13
	insgesamt	111	56
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bundestag	7	47
	Länder	36	49
	insgesamt	43	96
Partei des Demokratischen Sozialismus / Linke Liste (PDS/LL)	Bundestag	16	36
	Länder	17	29
	insgesamt	33	65
Die Republikaner (REP)	Bundestag	–	–
	Länder	8	7
	insgesamt	8	7
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	Bundestag	–	–
	Länder	1	–
	insgesamt	1	–
Fraktion Unabhängiger Abgeordneter (FUA)	Bundestag	–	–
	Länder	1	–
	insgesamt	1	–
Unabhängige oder Fraktionslose	Bundestag	5	–
	Länder	1	–
	insgesamt	6	–
Deutsche Volksunion (DVU)	Bundestag	–	–
	Länder	–	2
	insgesamt	–	2
Mitglieder insgesamt	Bundestag	662	669
	Länder	662	669
	insgesamt	1324	1338

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 19.1.

16.2 Wahl der Bundespräsidenten

Die tabellarische Zusammenstellung enthält die Ergebnisse der Bundespräsidentenwahl durch die Bundesversammlung seit 1994.

Bundesversammlung	Kandidaten	1. Wahlg.	2. Wahlg.	3. Wahlg.	gewählt	Amtszeit
10. Bundesversammlung Berlin/Reichstagsgebäude 23. Mai 1994 Zahl der Mitgl. d. Bundesvers.: 1324 Präsident d. Bundesversammlung Bundestagspräsidentin Prof. Dr. *Rita Süssmuth*	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: *Roman Herzog* (CDU/CSU) *Johannes Rau* (SPD) *Hildegard Hamm-Brücher* (FDP) *Jens Reich* (B 90/DIE GRÜNEN) *Hans Hirzel* (REP) Enthaltungen ungültige Stimmen	1319 604 505 132 62 12 2 2	1319 622 559 126 – 11 0 1	1320 696 605 – – 11 7 1	**Prof. Dr. Roman Herzog** im 3. Wahlgang mit 696 Stimmen (erforderliche Mehrheit f. d. 1. und 2. Wahlgang: 663 Stimmen) Eidesleistung[1]: 1. Juli 1994	1. Juli 1994 bis 30. Juni 1999
11. Bundesversammlung Berlin/Reichstagsgebäude 23. Mai 1999 Zahl der Mitgl. d. Bundesvers. 1338 Präsident d. Bundesversammlung Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse*	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: *Uta Ranke-Heinemann* (B 90/DIE GRÜNEN) *Johannes Rau* (SPD) *Dagmar Schipanski* (CDU/CSU) Enthaltungen ungültige Stimmen	1333 69 657 588 17 2	1333 62 690 572 8 1	– – – – – –	**Dr. h.c. Johannes Rau** im 2. Wahlgang mit 690 Stimmen (erforderliche Mehrheit f. d. 1. und 2. Wahlgang: 670 Stimmen) Eidesleistung[1]: 1. Juli 1999	1. Juli 1999 bis

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 19.2.

[1] In einer gemeinsamen Sitzung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates gemäß Art. 56 GG.

16.3 Bundespräsident/Bundestagspräsident/ Bundesratspräsident/Bundeskanzler

Die folgende synoptischen Zusammenstellung werden Bundespräsident, Bundestagspräsident Bundesratspräsident und Bundeskanzler seit 1994 mit der Dauer ihrer Amtszeit aufgeführt.

Jahr	Bundespräsident	Bundestagspräsident	Bundesratspräsident	Bundeskanzler
1994	*Roman Herzog* 1.7.1994–30. 6.1999	*Rita Süssmuth* (CDU) 30.11.1994–26.10.1998	*Johannes Rau* (SPD) Nordrhein-Westfalen 1.11.1994–31.10.1995	*Helmut Kohl* (CDU) 15.11.1994–27.10.1998
1995			*Edmund Stoiber* (CSU) Bayern 1.11.1995–31.10.1996	
1996			*Erwin Teufel* (CDU) Baden-Württemberg 1.11.1996–31.10.1997	
1997			*Gerhard Schröder* (SPD) Niedersachsen 1.11.1997–27.10.1998	
1998		*Wolfgang Thierse* (SPD) 26.10.1998–17.10.2002	*Hans Eichel* (SPD) Hessen 1.11.1998–7. 4.1999	*Gerhard Schröder* (SPD) 27.10.1998–22.10.2002
1999	*Johannes Rau* seit 1. 7.1999		*Roland Koch* (CDU) Hessen 30.4.1999–31.10.1999	
2000			*Kurt Biedenkopf* (CDU) Sachsen 1.11.1999–31.10.2000 *Kurt Beck* (SPD) Rheinland-Pfalz 1.11.2000–31.10.2001	
2001			*Klaus Wowereit* (SPD) Berlin 1. 11. 2001–31.10.2002	
2002		*Wolfgang Thierse* (SPD) seit 17.10.2002	*Wolfgang Böhmer* (CDU) Sachsen-Anhalt seit 1.11.2002	*Gerhard Schröder* (SPD) seit 22.10.2002
2003[1]				

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 19.3.

[1] Stand: 31. März 2003.

16.4 Präsidentenanklage

Artikel 61 des Grundgesetzes sieht vor:

„(1) Der Bundestag oder der Bundesrat können den Bundespräsidenten wegen vorsätzlicher Verletzung des Grundgesetzes oder eines anderen Bundesgesetzes vor dem Bundesverfassungsgericht anklagen. Der Antrag auf Erhebung der Anklage muss von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Bundestages oder einem Viertel der Stimmen des Bundesrates gestellt werden. Der Beschluss auf Erhebung der Anklage bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages oder von zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates. Die Anklage wird von einem Beauftragten der anklagenden Körperschaft vertreten.
(2) Stellt das Bundesverfassungsgericht fest, dass der Bundespräsident einer vorsätzlichen Verletzung des Grundgesetzes oder eines anderen Bundesgesetzes schuldig ist, so kann es ihn des Amtes für verlustig erklären. Durch einstweilige Anordnung kann es nach der Erhebung der Anklage bestimmen, dass er an der Ausübung seines Amtes verhindert ist.“

Von diesem Artikel des Grundgesetzes ist bislang noch kein Gebrauch gemacht worden.

17 Haushalt des Bundestages (Einzelplan 02)

Überblick Seite

17.1 Entwicklung Bundeshaushalt insgesamt und Einzelplan 02 (Bundestag) 728
17.2 Diäten für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages 729
– Höhe der Diäten
17.3 Zuschüsse an die Fraktionen 731
17.4 Mitarbeiter der Abgeordneten 735
– Leistungen für die Abgeordneten-Mitarbeiter
– Statistische Übersicht zur Zahl der Abgeordneten-Mitarbeiter
– Sozialstruktur der Abgeordneten-Mitarbeiter
17.5 Entwicklung der Personalausgaben im Bundestag 738

17.1 Entwicklung Bundeshaushalt insgesamt und Einzelplan 02 (Bundestag)

Der Haushalt des Deutschen Bundestages (einschließlich des Wehrbeauftragten) trägt innerhalb des Bundeshaushaltes die Bezeichnung „Einzelplan 02“. In einer Übersicht auf den folgenden Seiten sind (gerundet) die jährlichen Ist-Ausgaben des Bundeshaushaltes und die Ist-Ausgaben des Bundestages (Einzelplan 02) seit 1994 zusammengestellt; außerdem ist der prozentuale Anteil des Bundestagshaushaltes gegenüber dem Bundeshaushalt errechnet worden.

Haushaltsjahr	Bundeshaushalt	Einzelplan 02/Deutscher Bundestag	
	Ist-Ausgaben[1] in Tsd.	Ist-Ausgaben[1] in Tsd.	in % des Bundeshaushaltes
1994	471 768 594 DM	852 625 DM	0,181
1995	465 032 818 DM	855 248 DM	0,184
1996	455 903 044 DM	876 161 DM	0,192
1997	442 260 629 DM	866 618 DM	0,196
1998	457 223 022 DM	900 851 DM	0,197
1999	483 106 650 DM	1 037 363 DM[2]	0,215
2000	478 276 117 DM	997 564 DM	0,209
2001	475 817 599 DM	1 024 479 DM[3]	0,215
2002	249 610 823 €	533 055 €	0,214
2003	257 084 870 €	511 832 €	0,199

Jährliche Kosten des Bundestages pro Kopf der Bevölkerung

1994	10,47 DM	1999	12,64 DM
1995	10,47 DM	2000	12,14 DM
1996	10,42 DM	2001	12,44 DM
1997	10,56 DM	2002	6,46 €
1998	10,98 DM	2003	6,20 €

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 20.1.

[1] Gemäß „Jahresrechnungen des Bundes“ (Herausgeber: Bundesministerium der Finanzen).
[2] Erhöhte Kosten auf Grund des Bonn-Berlin-Umzugs (1. Abschnitt).
[3] Erhöhte Kosten auf Grund des Bezugs des Jakob-Kaiser-Hauses und des Paul-Löbe-Hauses.

17.2 Diäten für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

Mit „Diäten“ bezeichnet man die ursprünglich den Abgeordneten gezahlte steuerfreie Aufwandsentschädigung. Sie wurde 1977 von einer steuerpflichtigen Abgeordnetenentschädigung abgelöst. Das Grundgesetz bestimmt in Artikel 48 Abs. 3, dass Abgeordnete einen Anspruch auf eine angemessene ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung haben. Die Entschädigung muss für alle Abgeordneten gleich sein; sie muss die Unabhängigkeit der Abgeordneten sichern und sie muss der Tatsache angemessen sein, dass der Abgeordnete „Vertreter des ganzen Volkes“ ist. Das hat das Bundesverfassungsgericht 1975 verbindlich festgelegt. 1977 entsprachen die Diäten der Abgeordneten mit damals 7.500,00 DM in etwa den Einkünften

– eines kommunalen Wahlbeamten auf Zeit in der Besoldungsgruppe B 6
– eines Richters an einem obersten Gerichtshof des Bundes (Besoldungsgruppe R 6).

Während Löhne, Einkommen und Lebenshaltungskosten seitdem deutlich gestiegen sind, haben die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zwischen 1977 und heute wiederholt auf eine Erhöhung ihrer Diäten verzichtet. Die Diäten sind deshalb nachweislich hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurück geblieben. Zurzeit (1. Januar 2003) betragen sie 7.009,00 € monatlich (brutto). Der Abstand zum Orientierungsmaßstab beträgt inzwischen mehr als 1.000,00 €.

Kostenpauschale

Weil ein Abgeordneter auch im Wahlkreis keinen Arbeitgeber hat (der ein Büro stellt, Reisekosten abdeckt und Kilometergeld bezahlt), und weil eine Einzelabrechnung aufwendiger wäre, gibt es die Kostenpauschale. Sie beträgt zurzeit (1. Januar 2003) 3.503,00 € und wird zum 1. Januar eines jeden Jahres entsprechend der Entwicklung der Lebenshaltungskosten angehoben. In vielen Fällen reicht die Pauschale nicht aus. Höhere Ausgaben werden jedoch nicht erstattet, und sie können auch nicht steuerlich abgesetzt werden; denn für den Abgeordneten gibt es keine „Werbungskosten“.

Reisekosten

Wenn ein Abgeordneter eine Dienstreise unternimmt, trägt der Bundestag die Kosten, nicht anders als ein Arbeitgeber, der seine Mitarbeiter auf Geschäftsreise schickt. Fahrten in Ausübung seines Mandats - z. B. im Wahlkreis - muss der Abgeordnete hingegen selbst aus der Kostenpauschale bezahlen. Eine Ausnahme gilt für Fahrten mit der Deutschen Bahn AG. Hier stellt der Bundestag eine Netzkarte zur Verfügung, die für das Mandat, nicht aber privat genutzt werden darf. Benutzt ein Abgeordneter im Inland für Mandatszwecke ein Flugzeug oder den Schlafwagen, so werden ihm solche Kosten nur gegen Nachweis im Einzelfall erstattet.

Kranken- und Pflegeversicherung

Hier haben Abgeordnete die Wahl zwischen zwei Modellen: Etwa 40 % der Abgeordneten sind Mitglied in der gesetzlichen Krankenversicherung. Bei ihnen trägt der Bundestag – wie ein Arbeitgeber bei seinen Arbeitnehmern – die Hälfte des Beitrages zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Von Leistungseinschnitten bei der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung ist diese Gruppe von Abgeordneten stets unmittelbar selbst betroffen.

Die übrigen Abgeordneten haben eine private Kranken- und Pflegeversicherung abgeschlossen, deren Beiträge sie selbst zahlen, die aber nur einen Teil des Risikos decken. Den Rest übernimmt die Beihilfe nach beamtenrechtlichen Maßstäben. Weil Reformen im Bereich der gesetzlichen Sicherungssysteme inzwischen stets wirkungsgleich auf die Beamten übertragen werden, sind auch diese Abgeordneten von Änderungen des Beihilferechts stets mitbetroffen.

Überbrückungsgeld („Sterbegeld“)

Hinterbliebene von Abgeordneten haben Anspruch auf Überbrückungsgeld, das bisher einem doppelten Zweck diente: Zum einen – und in erster Linie – ist es eine fürsorgeähnliche Leistung, die den Hinterbliebenen die Umstellung auf die neuen Lebensverhältnisse finanziell erleichtern soll. Solche und ähnliche Leistungen gibt es bei Rentnern, Beamtenpensionären und auch die meisten Tarifverträge für Arbeitnehmer sehen sie vor.

Zum anderen diente das Überbrückungsgeld bisher auch zur Abdeckung von Bestattungskosten („Sterbegeld“). Weil dieses sogenannte Sterbegeld bei den in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten

künftig gänzlich entfallen wird, soll auch das Überbrückungsgeld für die Abgeordneten um 1.050,00 € gekürzt werden. Das entsprechende Änderungsgesetz ist bereits in den Bundestag eingebracht worden. Der vorgesehene Kürzungsbetrag entspricht exakt dem Betrag, um den auch die entsprechende Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung in zwei Stufen reduziert worden ist.

Altersentschädigung

Die Altersentschädigung („Rente“) ist Bestandteil der angemessenen, die Unabhängigkeit sichernden Entschädigung der Abgeordneten. Gäbe es die Altersversorgung nicht, hätten die Abgeordneten für die Zeit ihrer Zugehörigkeit zum Parlament eine Versorgungslücke. Denn sie sind weder in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert, noch reicht die Abgeordnetenentschädigung aus, eine anderweitige Altersversorgung zu finanzieren.

Erst wer dem Bundestag acht Jahre (zwei Wahlperioden) angehört hat, hat Anspruch auf die Altersentschädigung. Wer früher aus dem Parlament ausscheidet, wird auf Antrag in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert oder kann sich das Geld – unter Verzicht auf eine Rente für diese Zeit – in einer Summe auszahlen lassen.

Die Altersentschädigung ist – anders als noch die Rente – voll zu versteuern, und andere Bezüge aus öffentlichen Kassen wie auch die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung werden auf sie angerechnet. Ferner haben Abgeordnete keinen Anspruch auf die staatlich geförderte „Riester-Rente“.

Schon bei der Änderung des Abgeordnetengesetzes im Jahr 1995 hat es bei der Altersversorgung deutliche Einschnitte gegeben. Steigerungsraten und Höchstsatz sind gesenkt worden. Ein Abgeordneter mit einer durchschnittlichen Verweildauer im Parlament von 12 Jahren erhält nur noch 36 % der Entschädigung als Altersversorgung (bisher 51 %). Angesichts der bei den großen Alterssicherungssystemen (gesetzliche Rentenversicherung/Beamtenpension) zu erwartenden Veränderungen soll auch die Altersentschädigung der Abgeordneten vorbehaltlos überprüft werden. Der Bundestagspräsident und Parlamentarier aller Parteien haben dies bereits angekündigt.

Übergangsgeld

Das Übergangsgeld für Abgeordnete soll den beruflichen Wiedereinstieg absichern. Sein Zweck ist es, den Abgeordneten nach dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag eine Rückkehr in den angestammten Beruf oder die Aufnahme einer neuen Berufstätigkeit zu ermöglichen. Damit trägt das Übergangsgeld dazu bei, die Unabhängigkeit der Abgeordneten zu sichern. Diese sollen sich voll ihrem Mandat widmen und nicht aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen sein, sich schon während der Mandatszeit Sorgen um ihre berufliche Existenz nach dem Ausscheiden aus dem Parlament zu machen.

Wer ein Bundestagsmandat annimmt, gibt für eine ungewisse Zeit seinen bis dahin ausgeübten Beruf auf. Die Mandatsausübung fällt dabei typischerweise in einen Lebensabschnitt, der bei anderen der Förderung der eigenen beruflichen Karriere, dem Aufbau und der Expansion des eigenen Betriebes, einer Rechtsanwaltskanzlei oder einer Arztpraxis dient.

Ein Abgeordneter verzichtet hierauf, ohne zu wissen, ob er überhaupt wiedergewählt wird. Wenn nicht, kann er nur in seine vorherige Position zurückkehren. Existiert sein Betrieb aber nicht mehr, kann er nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag weder Arbeitslosenunterstützung erhalten, noch gibt es für eine Umschulung Unterstützung durch die Arbeitsvermittlung. Auch wer vorher selbständig oder freiberuflich tätig war, muss häufig wieder ganz von vorne anfangen.

Für jedes Jahr der Parlamentszugehörigkeit wird ein Monat Übergangsgeld in Höhe der jeweils aktuellen Abgeordnetenentschädigung gezahlt, nach einer Wahlperiode also für vier Monate, insgesamt längstens für achtzehn Monate. Ab dem zweiten Monat nach dem Ausscheiden werden alle sonstigen Einkünfte – auch solche aus privaten Quellen – auf das Übergangsgeld angerechnet.

Höhe der Diäten

Zeitabschnitt	Entschädigung (steuerpflichtig)	Kostenpauschale (steuerfrei)[1]
1.7.1992 – 30. 9.1995	10 366,– DM	5 978,– DM
1.1.1996 – 31.12.1996	11 300,– DM	6 142,– DM
1.1.1997 – 30. 6.1997	11 300,– DM	6 251,– DM
1.7.1997 – 31.12.1997	11 825,– DM	6 251,– DM
1.1.1998 – 31. 3.1998	11 825,– DM	6 344,– DM
1.4.1998 – 31.12.1998	12 350,– DM	6 344,– DM
1.1.1999 – 30. 6.2000	12 875,– DM	6 459,– DM
1.7.2000 – 31.12.2000	12 953,– DM	6 520,– DM
1.1.2001 – 31.12.2001	13 200,– DM	6 558,– DM
1.1.2002 – 31.12.2001	6 878,– €	3 417,– €
1.1.2003 –[2]	7 009,– €	3 503,– €

Quelle: Verwaltung Deutscher Bundestag, Referat Entschädigung von Abgeordneten

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 20.3.

17.3 Zuschüsse an die Fraktionen

Bundestagsfraktionen nehmen vielfältige Aufgaben wahr, die im Interesse des ganzen Parlaments liegen. Deshalb dürfen sie aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, wie das Bundesverfassungsgericht wiederholt entschieden hat. Die Sach- und Geldleistungen, die die Fraktionen erhalten, dienen alleine den Aufgaben der Fraktionen, nicht denen der Abgeordneten und auch nicht denen der Parteien. Weil die Fraktionen ihre Aufgaben ohne Mitarbeiter nicht bewältigen können, wird ein Großteil der öffentlichen Mittel für Löhne und Gehälter der Mitarbeiter verwandt. Deshalb werden bei einer Festlegung der Fraktionsmittel, die dem Bundestag obliegt, in erster Linie die Lohn- und Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst, aber auch – für die Sachleistungen – die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland berücksichtigt.

[1] Monatliche Pauschale; bei Fernbleiben von Sitzungen wird pro Sitzung ein bestimmter Betrag abgezogen. Bei dieser Aufstellung wurde davon ausgegangen, dass der Abgeordnete an allen Sitzungen teilgenommen hat.

[2] Stand: 31. März 2003.

Haushaltsjahr	Einzelplan/ Kapitel/ Titel	Aufschlüsselung des Gesamtbetrages	a) Grundbetrag pro Fraktion b) Zuschlag pro Abgeordneten	**Gesamtbetrag**[1]	Veränderung	Erläuterung
1994	Epl. 02, Kap. 0201, Tit. 684 01	a) Grundbetrag[2] 23 975 952 DM b) Sondergrundbetrag 2 978 232 DM c) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 69 351 672 DM d) für allgemeine internationale Zusammenarbeit 5 917 174 DM abzügl. globale Minderausgabe –3 307 000 DM zusammen 98 916 030 DM	a) 5 575 800 DM ggf. zuzüglich besonderer Zuschlag für Oppositionsfraktion(en) von 15 % (neu!) auf den Grundbetrag; b) 101 052 DM ggf. zuzüglich besonderer Zuschlag für Oppositionsfraktion(en) in Höhe von 10 % (neu!) auf den Zuschlag je Abgeordneter	**98 917 000 DM**	± 0,0	Nach Verfassung und Geschäftsordnung obliegt es den Fraktionen, an der Gesetzgebungsfunktion, der Kontrollfunktion, der Wahlfunktion und der Öffentlichkeitsfunktion des Bundestages mitzuwirken. Sie erfüllen diese Aufgaben insbesondere dadurch, dass sie die Arbeitsteilung unter ihren Mitgliedern und im Deutschen Bundestag organisieren, gemeinsame Initiativen vorbereiten und aufeinander abstimmen sowie eine umfassende Information der Fraktionsmitglieder und der Öffentlichkeit unterstützen, um auf diese Weise unterschiedliche politische Positionen zu verhandlungs- und verständigungsfähigen Einheiten zusammenzufassen und darzustellen.

[1] Aufgerundet.

[2] Für die 12. Wahlperiode beschloss der Bundestag am 21. Februar 1991 Gruppenrechte, in denen der entsprechende Passus folgendermaßen lautet: „Die Gruppe erhält die für ihre parlamentarische Arbeit erforderliche finanzielle, technische und personelle Unterstützung. Hierfür werden ihr der hälftige Grundbetrag sowie der Zuschlag entsprechend ihrer Stärke einschließlich der besonderen Zuschläge für die Opposition gewährt; sie erhält einen ihrer Stärke entsprechenden Sondergrundbetrag und wird an den Zuschüssen an die Fraktionen für die Unterstützung der parlamentarischen Arbeit der Fraktionen in den Volksvertretungen der neuen Bundesländer sowie für internationale Zusammenarbeit beteiligt.“

Haus-halts-jahr	Einzelplan/ Kapitel/ Titel	Aufschlüsselung des Gesamtbetrages	a) Grundbetrag pro Fraktion b) Zuschlag pro Abgeordneten	**Gesamtbetrag**[1]	Verän-derung	Erläuterung
1995	wie zuvor	a) Grundbetrag[2] 28 662 000 DM b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 78 665 000 DM zusammen 107 327 000 DM	a) 5 879 244 DM b) 111 564 DM ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	**107 327 000 DM**	+ 8,5	Die Finanzierung der Fraktionen aus dem Bundeshaushalt richtet sich nach dem am 1. Januar 1995 in kraft getretenen "Fraktionsgesetz" (§§ 45 ff. Abgeordnetengesetz).
1996	wie zuvor	a) Grundbetrag 29 539 999 DM b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 81 075 000 DM zusammen 110 614 000 DM	a) 6 059 292 DM b) 114 984 DM ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	**110 614 000 DM**	+ 3,1	wie zuvor
1997	wie zuvor	a) Grundbetrag 30 000 000 DM b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 82 344 000 DM zusammen 112 344 000 DM	a) 6 153 804 DM b) 116 784 DM ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	**112 344 000 DM**	+ 1,6	wie zuvor
1998	wie zuvor	a) Grundbetrag 30 117 000 DM b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 82 666 000 DM zusammen 112 783 000 DM	a) 6 177 852 DM b) 117 252 DM ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	**112 783 000 DM**	+ 0,4	wie zuvor
1999	wie zuvor	a) Grundbetrag 34 178 000 DM b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 83 487 000 DM zusammen 117 665 000 DM	a) 6 271 140 DM b) 119 028 DM ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	**117 665 000 DM**	+ 1,5	wie zuvor

[1] Aufgerundet.
[2] Finanzielle Ausstattung der Gruppen in der 13. Wahlperiode wie zuvor.

Haushaltsjahr	Einzelplan/ Kapitel/ Titel	Aufschlüsselung des Gesamtbetrages	a) Grundbetrag pro Fraktion b) Zuschlag pro Abgeordneten	**Gesamtbetrag**[1]	Veränderung	Erläuterung
2000	wie zuvor	a) Grundbetrag 34 178 000 DM b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 83 499 000 DM zusammen 117 677 000 DM	a) 6 271 140 DM b) 119 028 DM ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	**117 677 000 DM**[2]	± 0,0	wie zuvor
2001	wie zuvor	a) Grundbetrag 34 868 000 DM b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 85 061 000 DM zusammen 119 929 000 DM	a) 6 397 812 DM b) 121 428 DM ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	**119 929 000 DM**	+ 2,0	wie zuvor
2002	wie zuvor	a) Grundbetrag 18 250 000 € b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 43 779 000 € zusammen 62 029 000 €	a) 3 348 672 € b) 63 552 € ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	**62 029 000** €	+ 2,4	wie zuvor
2003	wie zuvor	a) Grundbetrag 14 400 000 € b) Zuschlag entsprechend der Stärke der Fraktion 44 081 000 € zusammen 58 481 000 €	a) 3 348 672 € b) 69 912 € ggf. zuzüglich Oppositionszuschlag zu a) und b) wie zuvor	**58 481 000** €	– 5,7[3]	wie zuvor

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 20.7.

[1] Aufgerundet.
[2] Erhöhung wegen Wechsel eines Abgeordneten einer Regierungsfraktion zu einer Oppositionsfraktion. Im Übrigen keine Anpassung.
[3] Verkleinerung des Deutschen Bundestages ab der 15. Wahlperiode.

17.4 Mitarbeiter der Abgeordneten

Für die ihm obliegenden Mandatsaufgaben kann jeder Abgeordnete auf die Hilfe von qualifizierten Mitarbeitern zurückgreifen. Hierfür stehen ihm monatlich rund 8.900,00 €[1] zur Verfügung. Diese Summe erhält der Abgeordnete allerdings nicht selbst. Vielmehr bezahlt die Bundestagsverwaltung die von den Abgeordneten eingestellten Mitarbeiter unmittelbar. Mitarbeiter, die mit dem Abgeordneten verwandt, verheiratet oder verschwägert sind, dürfen nicht eingestellt werden.

Leistungen für die Abgeordneten-Mitarbeiter

ab	Leistungen
1.7.1994	Monatlich 13 616 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachtsgeld in Höhe von 98,04 v. H. des Dezembergehaltes mit Familienzuschlägen und Urlaubsgeld in Höhe von 600 DM bei Vollbeschäftigung (bei Teilbeschäftigung entsprechend weniger) sowie eine Zulage für länger beschäftigte Mitarbeiter in Höhe von 150 DM bis 500 DM.
1.5.1995	Monatlich 14 052 DM je Abgeordneter. Im April 1995 eine Einmalzahlung von 140 DM je Mitarbeiter. Zusätzlich Weihnachtsgeld in Höhe von 95 v.H. und Urlaubsgeld sowie Zulage wie zuvor.
1.1.1997	Monatlich 14 235 DM je Abgeordneter. Im September 1996 eine Einmalzahlung von 300 DM je Mitarbeiter. Zusätzlich Weihnachtsgeld in Höhe von 93,78 v.H. und Urlaubsgeld sowie Zulage wie zuvor.
1.1.1998	Monatlich 14 449 DM je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachtsgeld in Höhe von 92,39 v.H. und Urlaubsgeld sowie Zulage wie zuvor.
1.4.1999	Monatlich 14 897 DM je Abgeordneter. Im Mai 1999 eine Einmalzahlung von 300 DM je Mitarbeiter. Zusätzlich Weihnachtsgeld in Höhe von 89,62 v.H. und Urlaubsgeld sowie Zulage wie zuvor.
1.8.2000	Monatlich 15 195 DM je Abgeordneter. Vom 1. April bis 31. Juli 2000 mtl. zusätzlich 100 DM. Zusätzlich Weihnachtsgeld in Höhe von 87,86 v.H. und Urlaubsgeld sowie eine Zulage von 200 DM nach einer acht-, 400 DM nach einer zwölf- und 600 DM nach einer sechzehnjährigen Beschäftigung.
1.9.2001[2]	Monatlich 15 560 DM (= 7956 €) je Abgeordneter. Zusätzlich Weihnachtsgeld in Höhe von 85,8 v.H. und Urlaubsgeld sowie eine Zulage von 103 € nach einer acht-, 205 € nach einer zwölf- und 307 € nach einer sechzehnjährigen Beschäftigung.
17.10.2002	Monatlich 8769 €. Zusätzlich Weihnachtsgeld in Höhe 85,8 v.H. und Urlaubsgeld sowie Zulage wie zuvor
1.1.2003[3]	Monatlich 8979 €. Zusätzlich Weihnachtsgeld in Höhe 83,74 v.H. und Urlaubsgeld sowie Zulage wie zuvor

Quelle: Verwaltung Deutscher Bundestag, Referat Mitarbeiter von Abgeordneten

Stand: 31. März 2003

[1] Stand: 1. Januar 2003.

[2] Ferner werden am 1. Juli 2002 die Ausführungsbestimmungen wie folgt geändert:
– Anspruch auf zusätzliche Aufwendungen für alle Beschäftigte (auch geringfügig Beschäftigte).
– Anspruch auf Übergangsgeld, Abfindungen und Beschäftigungszulage bei einer ununterbrochenen Beschäftigung (vorher sozialversicherungspflichtige Hauptbeschäftigung) außer Rentner, Pensionäre und Studenten.

[3] Für den Monat März 2003 wird eine Einmalzahlung in Höhe von 7,5% der für den Monat Januar 2003 maßgebenden Bezüge – höchstens jedoch 185 € gezahlt, sofern das Arbeitsverhältnis am 2. Januar 2003 bestanden hat und mindestens für einen Tag des Monats Februar 2003 Bezüge zustanden.

Statistische Übersicht zur Zahl der Abgeordneten-Mitarbeiter

Jahr	Zahl der Abgeordneten-Mitarbeiter insgesamt	davon Mitarbeiter von Abgeordneten der						davon		davon		davon beschäftigt		davon eingestuft als			
		CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNEN	PDS	Fraktionslose	männlich	weiblich	voll beschäftigt	teilbeschäftigt	in Bonn/Berlin[1]	im Wahlkreis	Schreib- u. Bürohilfskraft	Sekretärin, Hilfssachbearbeiter	Sachbearbeiter	Wissenschaftl. Mitarbeiter
1994	4416	2244	1425	553	97	–	97[2]	1902	2514	1244	3172	1827	2589	817	999	1617	983
1995	3819	1814	1332	298	258	–	117[3]	1290	1940	1029	2201	1471	1759	451	744	1241	794
1996	3929	1858	1402	305	247	–	117[3]	1637	2291	1119	2810	1849	2080	638	911	1392	998
1997	3928	1863	1397	310	238	116	4	1632	2296	1105	2823	1876	2052	664	877	1386	999
1998	4487	2087	1633	342	268	154	3	1942	2545	1260	3227	1906	2581	872	965	1525	1119
1999	3983	1613	1691	282	252	144	1	1675	2308	1268	2715	1949	2034	751	882	1330	1009
2000	3745	1469	1602	285	246	142	1	1641	2104	1205	2540	1781	1964	722	859	1214	950
2001	3923	1544	1673	296	276	133	1	1704	2219	1205	2718	1947	1976	841	905	1184	967
2002	4487	1829	1859	330	314	154	1	2052	2435	1338	3149	2009	2478	1012	957	1333	1185

Quelle: Verwaltung Deutscher Bundestag, Referat Mitarbeiter von Abgeordneten

Stand: 31. März 2003

[1] 1997 und 1998 Bonn, 1999 Bonn und/oder Berlin, ab 2000 Berlin.
[2] Davon 68 Mitarbeiter von Abgeordneten der Gruppe PDS und 29 von fraktionslosen Abgeordneten.
[3] Nur Gruppe PDS.

Sozialstruktur der Abgeordneten-Mitarbeiter

Jahr	Zahl der Abgeordneten-Mitarbeiter insgesamt	davon		davon		davon beschäftigt		davon eingestuft als		
		männlich in %	weiblich in %	vollbeschäftigt in %	teilbeschäftigt in %	in Bonn/ Berlin[1] in %	im Wahlkreis in %	Bürohilfskraft, Sekretärin in %	Sachbearbeiter in %	Wissenschaftl. Mitarbeiter in %
1994	4416	43,1	56,9	28,2	71,8	41,4	58,6	41,1	36,6	22,3
1995	3819	33,8	66,2	26,9	73,1	38,5	61,5	46,7	32,5	20,8
1996	3929	41,7	58,3	28,5	71,5	47,1	52,9	39,5	35,4	25,1
1997	3928	41,5	58,5	28,1	71,9	47,8	52,2	39,3	35,3	25,4
1998	4487	43,3	56,7	28,1	71,9	42,5	57,5	41,0	34,0	25,0
1999	3983	42,1	57,9	31,8	68,2	48,9	51,1	41,1	33,5	25,4
2000	3745	43,8	56,2	32,2	67,8	47,6	52,4	42,2	32,4	25,4
2001	3923	43,4	56,6	30,7	69,3	49,6	50,4	44,5	30,2	24,6
2002	4487	45,7	54,3	29,8	70,2	44,8	55,2	43,9	26,4	21,6

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 20.8.

[1] 1997 und 1998 Bonn, 1999 Bonn und/oder Berlin, ab 2000 Berlin.

17.5 Entwicklung der Personalausgaben im Bundestag

Die Übersicht ermöglicht einen Vergleich der Personalausgaben im Bundestag insgesamt.

Haushaltsjahr	Ist-Ausgaben[1] für			
	Entschädigungen für die Mitglieder des Bundestages[2] in Mio.	Bezüge/Vergütungen/ Löhne für die Beschäftigten der Bundestagsverwaltung[3] in Mio.	Aufwendungen für die Mitarbeiter der Abgeordneten in Mio.	Vergütungen für die Mitarbeiter der Fraktionen in Mio.
1994	82,15 DM	169,26 DM	138,62 DM	–
1995	80,37 DM	166,01 DM	143,44 DM	77,95 DM
1996	89,65 DM	170,60 DM	147,50 DM	83,73 DM
1997	90,00 DM	168,58 DM	150,75 DM	86,73 DM
1998	96,52 DM	165,67 DM	157,68 DM	83,99 DM
1999	100,74 DM	175,91 DM[4]	166,71 DM[4]	87,74 DM
2000	101,24 DM	184,06 DM	166,63 DM	88,82 DM
2001	103,16 DM	191,71 DM	167,78 DM	93,51 DM
2002	53,60 €	100,01 €	82,08 €	47,51 €

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 20.9.

[1] Gem. „Jahresrechnungen des Bundes" (Herausgeber: Bundesministerium der Finanzen).
[2] Grundsätzlich Entschädigung und Amtszulagen nach § 11 AbgG.
[3] Einschließlich Ausgaben für Nebenleistungen, Vergütungen für Vertragsstenographen, Aushilfskräfte, Beihilfen, Verpflegungszuschüsse, Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse und Umzugskostenvergütungen.
[4] Ab 1999 vermehrte Zulagen umzugsbedingter Personalnebenleistungen (z. B. Trennungsgeld, Umzugskosten).

18 Parlamentsgebäude

Überblick Seite

18.1 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik 739
18.2 Umzug des Bundestages nach Berlin: Bibliographie 744
18.3 Architektonische Umgestaltung des Reichstags-Komplexes und Neubauten für den Bundestag: Chronik 749
18.4 Architektonische Umgestaltung des Reichstagsgebäudes und Neubauten für den Bundestag: Bibliographie 754
18.5 Bannmeile/Befriedeter Bezirk 757
– Bibliographie

18.1 Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik

Im „Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999“ findet sich die Chronologie des Bundestagsumzuges von der Unterzeichnung des Einigungsvertrages am 31. August 1990 bis zum 25. Juni 1997[1] bzw. bis zum 28. Januar 1999[2]. Diese Chronik wird im Folgenden für den Berichtszeitraum des vorliegenden Datenhandbuches, also die Jahre 1995 bis 2003[3], aufgenommen sowie fortgesetzt.

18. Januar 1995	In einem Interview erklärt Bundestagspräsidentin *Rita Süssmuth*, nach dem gegenwärtigen Stand der Planung könne der Bundestag 1999 in Berlin in vollem Umfang seine Arbeit aufnehmen. Schon Ende 1997 werde jeder Abgeordnete in Berlin ein Büro haben.
3. Februar 1995	Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers wird Bundesminister *Klaus Töpfer* beauftragt, als Umzugsbeauftragter der Bundesregierung den Umzug in die Bundeshauptstadt Berlin und den Ausgleich für die Region Bonn zu koordinieren.
10. Februar 1995	Bei der Wiedereinsetzung der Baukommission des Ältestenrates nach der Bundestagswahl 1994 wird als Termin, zu dem der Umbau des Reichstagsgebäudes beendet sein wird, die Jahreswende 1998/99 genannt.
14. März 1995	Das Bundeskabinett stimmt einem von Bundesminister *Klaus Töpfer* vorgelegten Unterbringungskonzept für die zehn zu verlagernden Bundesministerien in Berlin zu.
29. Juni 1995	Das Bundeskabinett beschließt eine personalwirtschaftliche Gesamtkonzeption zur Verlagerung von Parlament und Regierungsfunktionen nach Berlin und zu den Verlagerungen zum Ausgleich nach Bonn sowie ein Konzept für die Wohnraumversorgung.

[1] **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 7.8, S. 1601-1629.
[2] Ebd., Nachtrag zu Kapitel 7.8, S. 4368-4369.
[3] Stand: 31. März 2003.

11. Oktober 1995	Das Bundeskabinett beschließt das von Bundesminister *Klaus Töpfer* vorgelegte Konzept für die „Bundesstadt Bonn“ und die Nutzung der bisherigen Bundesbauten nach dem Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin.
19. Dezember 1995	Der Umzugsbeauftragte des Bundestages legt die statistische Auswertung einer Umfrage bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung, der Fraktionen und der Abgeordneten zu ihrer persönlichen Umzugsbereitschaft vor. Die statistische Auswertung der Fragebogenaktion führt bezogen auf die Bundestagsverwaltung zu folgendem Ergebnis: In den 1608 abgegebenen bzw. 1586 auswertbaren Fragebögen entscheiden sich: 207 (= 13,05 %) für einen Umzug nach Berlin, 199 (= 12,55 %) für Pendeln, 1118 (= 74,4 %) für einen Verbleib in Bonn. Von den 207 Beschäftigten, die sich für den Umzug nach Berlin entscheiden, gehören: 18 (= 4,3 %) dem einfachen Dienst an, 52 (= 8,0 %) dem mittleren Dienst an, 44 (=14,4 %) dem gehobenen Dienst an, 93 (= 44,1 %) dem höheren Dienst an.
12. März 1996	Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert in einem Antrag die Einsetzung eines „Sonderausschusses Berlin-Umzug“, der die Umsetzung aller im Zusammenhang mit der Verlegung von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin beschlossenen Gesetze und Maßnahmen kontrollieren soll.
12./14. Mai 1996	Verschiedene Abgeordnete der Unionsfraktion, vor allem der Fraktionsvorsitzende *Wolfgang Schäuble*, sein Stellvertreter *Rupert Scholz* sowie die Bundestagspräsidentin *Rita Süssmuth*, plädieren für eine Beschleunigung des Berlin-Umzuges im Sommer/Herbst 1999.
21. Mai 1996	Die FDP-Fraktion plädiert für eine Beschleunigung des Umzuges nach Berlin.
22. Mai 1996	Im Rahmen einer kontrovers geführten Debatte erteilt der Haushaltsausschuss des Bundestages allen Diskussionen über eine Revision des Umzugsbeschlusses mehrheitlich eine Absage.
24. September 1996	Die Abgeordneten *Jella Teuchner* (SPD), *Ludger Volmer* (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) sowie weitere 48 Parlamentarier aus den Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen stellen den Antrag, dass der Bundestag den am 20 Juni 1991 beschlossenen Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin „um mindesten fünf Jahre“ verschiebt.
25. September 1996	Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN lehnen den Antrag auf Verschiebung des Berlin-Umzugs von Mitgliedern ihrer Fraktion ab.
27. September 1996	Auf Antrag von 13 Bundesländern fasst der Bundesrat den Beschluss, seinen Sitz in Berlin zu nehmen. Gegen den Antrag stimmen die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland.
14. November 1996	Der Bundestag lehnt den Antrag von 50 Abgeordneten aus den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab, den Bonn-Berlin-Umzug um mindesten 5 Jahre zu verschieben. Er folgt damit der einstimmig gefassten Beschlussempfehlung des Ältestenrates, in der darauf hingewiesen wird, dass eine Verschiebung den Umzug teurer ausfallen lasse.
28 November 1996	Der Ältestenrat befasst sich mit dem Problem, dass bei Fertigstellung des Reichstagsgebäudes im Frühjahr 1999 die übrigen Gebäude (Dorotheenblöcke, später Jakob-Kaiser-Haus genannt, und Alsenblock, später Paul-Löbe-Haus genannt) dann noch nicht zur Verfügung stehen. (Offiziell angekündigter Fertigstellungstermin: 31. Dezember 1999.)

12. Dezember 1996	Der Vorsitzende der Baukommission, *Dietmar Kansy*, teilt „computergestützte Berechnungen“ zur Fertigstellung verschiedener Bundestagsbauten mit: – Reichstagsgebäude: 23 Dezember 1998 – Dorotheenblöcke (später: Jakob-Kaiser-Haus): 22. November 1999. Der Alsenblock (später: Paul-Löbe-Haus) soll im Dezember 1999 fertig werden, der Luisenblock (später: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus) Ende des Jahres 2000. Die Bundesregierung beantwortet die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Hauptstadtumzug. Bezüglich des Zeitplans des Umzugs wird jedoch nur auf bisher veröffentlichte Berichte und den allgemeinen Terminrahmen „zwischen 1998 und 2000“ verwiesen.
30. Januar 1997	Plenardebatte zum Berlin-Umzug aus Anlass verschiedener Vorlagen.
Februar 1997	Baubeginn für die Dorotheenblöcke (später Jakob-Kaiser-Haus).
April 1997	Bundesminister *Klaus Töpfer* bietet dem Bundestag als Übergangslösung ab Mai 1999 bis zur Fertigstellung der Parlamentsneubauten folgende drei Objekte in der Nähe des Reichtagsgebäudes an: – das Gebäude der früheren DDR-Generalstaatsanwaltschaft in der Luisenstraße (144 Büros), – das ehemalige DDR-Justizministerium in der Dorotheenstraße (278 Büros), – das so genannte „Polygraph“-Gebäude in der Bunsenstraße (331 Büros) Kosten für die Renovierung der Gebäude: rund 43 Millionen Mark (für einfachen Standard) bis 58 Millionen Mark (für mittleren Standard); Zeitbedarf für die Renovierung: rund 24 Monate. Unklar bleibt, wer die Renovierungskosten trägt.
28. April 1997	Baubeginn für den Alsenblock (später Paul-Löbe-Haus).
14. Oktober 1997	Bundestagspräsidentin *Rita Süssmuth* legt den vom Haushaltsausschuss erbetenen Bericht zur Vorbereitung des Umzuges des Deutschen Bundestages vor. Danach übersiedeln die Abgeordneten und das Gros der Beschäftigten in der Sommerpause 1999 nach Berlin, die letzten Mitarbeiter der Verwaltung sollen ab Juni 2001 folgen.
29. Oktober 1997	Der Haushaltsausschuss nimmt den Bericht der Bundestagspräsidentin einmütig zustimmend zur Kenntnis.
30. Oktober 1997	Auch der Ältestenrat stimmt der Terminplanung zu. Entgegen früheren Plänen verständigt sich das Gremium aber darauf, den Beschluss dem Parlament zur Abstimmung vorzulegen. Der Ältestenrat beschließt außerdem, dass das Parlament mit Beginn der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause 1999 seine laufende parlamentarische Arbeit in Berlin aufnimmt. Bereits im April 1999 soll das Parlament das fertiggestellte Reichstagsgebäude in einem öffentlichen Akt übernehmen. Zum Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme des Bundestages in Berlin sollen den Abgeordneten, den Fraktionen und Ausschüssen insgesamt 1800 Büros zur Verfügung stehen.
25. November 1997	Die Beschlussempfehlung des Ältestenrates vom 30. Oktober 1997 (Drs. 13/9046) wird mit der Mehrheit der Stimmen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.
11. Dezember 1997	Der Ältestenrat beschließt in seiner 70. Sitzung, die im Bau befindlichen Bürokomplexe im Berliner Parlamentsviertel wie folgt zu benennen: Dorotheenblöcke: Jakob-Kaiser-Haus Alsenblock: Paul-Löbe-Haus Luisenblock: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus.
15. April 1998	Das Projektteam Flughafen München GmbH nimmt seine Arbeit auf, nachdem es in einem europaweiten Ausschreibungsverfahren ausgewählt worden war, den Umzug des Bundestages zu planen und zu steuern und die verwaltungsinterne Projektgruppe „Steuerung Umzug Berlin“ zu unterstützen.

15. Mai 1998	Baubeginn für das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus.
24. Juni 1998	Der Ältestenrat nimmt den vorgesehenen Zeitraum – 5. bis 31. Juli 1999 – für den Umzug zur Kenntnis.
18. November 1998	Der neue Umzugsbeauftragte der Bundesregierung, Bundesminister *Franz Müntefering*, versichert, der Umzug des Bundestages und der Bundesregierung werde trotz „punktueller Probleme“ nicht wesentlich verzögert und insgesamt nicht teurer.
24. November 1998	Die Bundesregierung hält ihre erste Kabinettsitzung in Berlin im ehemaligen Staatsratsgebäude der DDR ab.
20. Januar 1999	Die Raumkommission des Ältestenrates beschließt über die Verteilung der Zielliegenschaften in Berlin.
28. Januar 1999	Auf Beschluss des Ältestenrates wird der Bundestag das umgebaute Reichstagsgebäude am 19. April 1999 mit einer Plenardebatte über die Lage der Nation eröffnen.
18. März 1999	Der Ältestenrat beschließt für den Reichstag die Bezeichnung „Plenarbereich Reichstagsgebäude“.
19. April 1999	Schlüsselübergabe und Eröffnung des renovierten und umgebauten Reichstagsgebäudes. Der Bundestag nimmt im umgebauten Reichstagsgebäude seine Arbeit in Berlin auf.
21. bis 25. April 1999	Unter dem Motto „Einblicke und Ausblicke“ wird den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zur Besichtigung des umgebauten Reichstagsgebäudes gegeben.
14. bis 16. Mai 1999	Die Gruppe „Motorsport“ der Sportgemeinschaft Deutscher Bundestag e.V. fahren in einem Motorradumzug von Bonn nach Berlin.
1./2. Juli 1999	Mit einem Bürgerfest und einem „Tag der offenen Tür“ lässt der Deutsche Bundestag seine letzte Sitzungswoche in Bonn ausklingen. Unter dem Motto „50 Jahre Demokratie – Dank an Bonn“ bedankt sich der Deutsche Bundestag zusammen mit dem Bundesrat bei der Stadt Bonn und seinen Bürgern mit einer Einladung zu dieser Veranstaltung.
5. bis 31. Juli 1999	24 Züge mit Umzugsgut des Bundestages rollen von Bonn nach Berlin. Das entspricht 50.000 Kubikmeter Umzugsgut, darunter ca. 36.000 Bücher sowie 11.000 Meter Akten. Die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter ziehen zunächst in Übergangsquartiere in 16 verschiedenen Gebäuden ein.
21. Juli 1999	Eröffnung der Betriebskindergartentagesstätte des Bundestages in Berlin.
25. bis 29. August 1999	Über 250.000 Besucherinnen und Besucher nutzen die Tage der „Einblicke und Ausblicke“ zu einer Besichtigung des umgebauten Reichstagsgebäudes.
1. September 1999	Offizieller Arbeitsbeginn von Parlament und Regierung in Berlin.
9. September 1999	Die Bundestagsverwaltung legt dem Ältestenrat den Umzugsbericht vor. Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse* erklärt, dass die Arbeitsfähigkeit des Deutschen Bundestages mit Beginn der Sitzungswochen in Berlin gewährleistetet ist.
3. November 1999	Richtfest im Paul-Löbe-Haus.
11. November 1999	Der Haushaltsausschuss beschließt, dass der Bundestagsumzug innerhalb Berlins mit eigenen Verwaltungskräften - ohne externes Planungsunternehmen – geplant und gesteuert werden soll. Für den IT-Bereich wird die Aufgabe der Projektgruppe „IT-Umzug“ und für den Transportbereich der Projektgruppe „Steuerung Umzug Berlin“ (StUB) übertragen.
23. November 1999	Richtfest im Jakob-Kaiser-Haus.
1. Januar 2000	Die Neuregelung des Bundestages tritt in Kraft, nach der die Reisen der Besuchergruppen der Abgeordneten nur noch nach Berlin führen, nicht mehr nach Bonn.

November 2000	900 Beschäftigte der Bundestagsverwaltung ziehen von Bonn nach Berlin um.
30. November 2000	Ein Wasserrohrbruch überflutet drei Untergeschosse des Jakob-Kaiser-Hauses, wobei auch wichtige Haustechnikanlagen unter Wasser gesetzt werden. Der vorgesehene Einzugstermin 1. Juli 2000 ist dadurch in Frage gestellt. Es wird eine Verschiebung des Einzugs um voraussichtlich mehrere Wochen prognostiziert.
April 2001	Die neue Spreebrücke am Reichstag, die Paul-Löbe-Haus und Marie-Elisabeth-Lüders-Haus verbinden soll, wird montiert.
16. Mai 2001	Die Mitglieder des Haushaltsausschusses halten weiter am bisherigen Zeitplan des Einzuges in die Bundestagsneubauten Jakob-Kaiser-Haus und Paul-Löbe-Haus fest, der ab 1. Juli 2001 beginnen soll. Verzögerungen würden im Interesse des Steuerzahlers nicht hingenommen werden können. Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse* beziffert nach ersten Schätzungen die Mehrkosten für den vermutlich verzögerten Einzug auf rund 6,4 Millionen Mark.
17. Juni 2001	Bei schweren Regenfällen werden mehrere hundert Quadratmeter im Tiefgeschoss des Paul-Löbe-Hauses überflutet. Das Wasser steht teilweise bis zu 15 cm hoch. Der Wasserschaden ist verglichen mit dem im Jakob-Kaiser-Haus vom November 2000 allerdings wesentlich geringer. Der Einzug ins Paul-Löbe-Haus ab 23. Juli 2001 ist nach Aussagen des Sprechers der Bundesbaugesellschaft, *André Lundt*, nicht gefährdet.
18. Juni 2001	Der Einzug ins Jakob-Kaiser-Haus verzögert sich voraussichtlich bis zum Oktober 2001, da das Brandschutzsystem nicht rechtzeitig installiert wurde. Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse* legt dem Haushaltsausschuss einen Bericht vor, dem zufolge sich die Mehrkosten für den verschobenen Umzug ins Jakob-Kaiser-Haus auf 10,1 Millionen DM belaufen. Diese Mehrkosten entstehen überwiegend durch die Verlängerung der Mietverträge für angemietete Büros.
5. Juli 2001	Der Vorsitzende der Bundestagsbaukommission, *Dietmar Kansy*, legt den Beginn des Einzugs ins Jakob-Kaiser-Haus auf den 22. Oktober 2001 fest.
23. Juli 2001	Der planmäßige Umzug ins Paul-Löbe-Haus beginnt (und wird bis zum 10. August 2001 dauern). Umgezogen werden 6500 Kubikmeter Mobiliar, Bücher und Akten, verpackt in 20.000 Kartons.
19. September 2001	Der wiederholt verschobene Einzug ins Jakob-Kaiser-Haus verzögert sich erneut. Die Bundesbaugesellschaft Berlin nennt als Grund „verschobene Fertigstellungstermine“ und schlägt einen Umzug in drei Etappen zwischen dem 22. Oktober und dem 7. Dezember 2001 vor (22. Oktober bis 2. November, 19. bis 23. November, 3. bis 7. Dezember).
15. Oktober 2001	Schlüsselübergabe für das Paul-Löbe-Haues an Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse*. Bei der Einweihung ist *Werner Löbe*, der 90-jährige Sohn des Namenspatrons *Paul Löbe*, anwesend.
22. Oktober 2001	Der Einzug ins Jakob-Kaiser-Haus beginnt und soll zum 9. Februar 2002 abgeschlossen sein. Es wird jeweils in den sitzungsfreien Wochen gezogen.
10. Dezember 2001	Öffnung des Personentunnels zwischen Plenarbereich Reichstagsgebäude und Jakob-Kaiser-Haus.
13. Dezember 2001	Der Vorsitzende der Baukommission des Bundestages, *Dietmar Kansy*, teilt mit, dass nur wenige Monate nach Eröffnung des Paul-Löbe-Hauses von den Bundestagsabgeordneten, die dort eingezogen sind, bereits 1500 Mängel gemeldet wurden. Gleichzeitig teilt *Dietmar Kansy* mit, dass das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus wegen erheblicher Mängel am Rohbau nicht vor Herbst 2003 fertig gestellt sein wird.

noch: 13. Dezember 2001	Auch die neue Spreebrücke am Reichstag, die Paul-Löbe-Haus und Marie-Elisabeth-Lüders-Haus verbinden soll, muss auf ihre Stabilität geprüft werden, da Mängel vermutet werden. An die Fertigstellung ist nicht vor Herbst 2002 (anstatt Herbst 2001) zu denken.
10. Januar 2002	Das unterirdische Erschließungssystem, das das Reichstagsgebäude, Paul-Löbe-Haus und Jakob-Kaiser-Haus (und später auch Marie-Elisabeth-Lüders-Haus) unterirdisch miteinander verbindet, wird für den PKW-Verkehr zu und von den Tiefgaragen, für sämtliche Warenan- und -ablieferungen und die Ver- und Entsorgung der Liegenschaften in Betrieb genommen.
23. Januar 2002	Schlüsselübergabe für das Jakob-Kaiser-Haus an Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse*. Bei der Einweihung sind Angehörige der Familie *Kaiser* anwesend.
19. Februar 2002	Richtfest für das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 7.8.

18.2 Umzug des Bundestages nach Berlin: Bibliographie

Die Bibliographie wurde für diesen Band des Datenhandbuches neu aufgenommen und erstreckt sich deswegen über den Zeitraum von der Beschlussfassung zum Umzug des Bundestages 1991 bis zur Umsetzung des Umzugsbeschlusses (Stand 31. März 2003). Die Bibliographie umfasst u. a. auch die Diskussion um die Zukunft und den Strukturwandel der Stadt Bonn.

Titel der Darstellung
Abschied von Bonn. Hrsg. von *Hermann Schäfer*. Mit Beitr. von *Egon Bahr, Rainer Barzel, Norbert Blüm* u. a. Berlin 1999.
Albowitz, Ina, Hilfestellung und Gleichbehandlung für die Mitarbeiter. In: Bundestag-Report. 1997. H. 3. S. 24-25.
Anderson, Perry, Die deutsche Frage. In: Freibeuter. 1999. H. 80. S. 39-65.
Auf dem Weg nach Berlin. *Klaus Töpfer* im Gespräch mit *Karl Hugo Pruys*, mit Stimmen aus der Hauptstadt-Debatte des Deutschen Bundestages am 20. Juni 1991, dem Text des Berlin/Bonn-Gesetzes vom 26. April 1994 sowie Dokumenten zum Umzug von Parlament und Regierung. Berlin 1996.
Ausgewählte Medienstimmen und Zitate zur Bonn-Berlin-Diskussion. Hrsg. vom Oberstadtdirektor der Stadt Bonn/ Presseamt unter der Redaktion von *Werner P. D'hein*. Bonn 1993.
Aust, Karl, Ist der sog. „Berlin-Beschluss" des Deutschen Bundestages vom 20.06.1991 rechtswidrig? In: Arbeiten zu Verwaltungsstudium und -praxis. Hrsg. von der Fachhochschule des Bundes für Öffentliche Verwaltung, Fachbereich Arbeitsverwaltung. Jg. 6. 1992. S. 1-30.
Bahrmann, Hannes, Hauptstadt Berlin, die Umzugspläne. In: Dpa-Hintergrund. Daten, Fakten, Zusammenhänge. 1991. H. 3382. S. 1-9.
Baring, Arnulf, Die Berliner Republik: Erwartungen und Herausforderungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 49. 1999. H. 32/33. S. 9-15.
Barzel, Rainer, Von Bonn nach Berlin. Deutschland verändert sich. Bonn 1997.
Battis, Ulrich, Das Dienstrechtliche Begleitgesetz. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 15. 1996. H. 11. S. 1090-1091.
Battis, Ulrich und *Hans Lühmann*, Der Interessenausgleich im Berlin-Bonn-Gesetz. In: Landes- und Kommunalverwaltung. Jg. 5. 1995. H. 1. S. 28-30.

Titel der Darstellung
Becker, Franziska und *Beate Binder*, „Bühnen der Macht“. Stadtethnologische Perspektiven auf die Hauptstadtwerdung Berlins. In: Humboldt-Spektrum. Jg. 8. 2001. H. 3-4. S. 112-119.
Becker, Helmut, Personelle und soziale Aspekte des Umzuges von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin. In: Hauptstadt Berlin. 2. Berlin im vereinten Deutschland. Hrsg. von *Werner Süß*. Berlin 1995. S. 247-265.
Das Berlin-Bonn-Gesetz. Eine Dokumentation. Hrsg. von *Helmut Herles*. Bonn 1994.
Berlin, Bonn - Die Debatte. Alle Bundestagsreden vom 20. Juni 1991. Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Köln 1991.
Böhmer, Christian, Hauptstadt Berlin – „Bundesstadt“ Bonn. Seit zwei Jahren Zukunftsplanungen für den Umzug von Bundesorganen. In: Dpa-Hintergund. 1993. H. 3428. S. 1-16.
Bonn ou Berlin. Capitale de l’Allemagne. Le débat du 20 juin 1991. Paris 1992.
Busse, Volker, Umzugsplanung Berlin/Bonn aus staatsorganisatorischer Sicht. In: Hauptstadt Berlin. 2. Berlin im vereinten Deutschland. Hrsg. von *Werner Süß*. Berlin 1995. S. 93-115.
Busse, Volker, Umzugsplanung Bonn - Berlin. Kooperation und Koordination bei der Planung des Umzugs von Parlament und Regierung nach Berlin. In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 47. 1994. H. 12. S. 497-504.
Dieckmann, Friedrich, Fünfhundert Kilometer Ostnordost. Was bedeutet die Verlagerung der deutschen Bundeshauptstadt? In: Merkur. Jg. 51. 1997. H. 4. S. 308-318.
Diepgen, Eberhard, Der Umzug von Parlament und Regierung in die deutsche Hauptstadt Berlin. In: Hauptstadt Berlin. Hrsg. von *Werner Süß*. 1. Nationale Hauptstadt, europäische Metropole. Berlin 1994. S. 43-53.
Dreher, Klaus, Treibhaus Bonn, Schaubühne Berlin. Deutsche Befindlichkeiten. Stuttgart 1999.
Eröffnung des „Plenarbereichs Reichstagsgebäude“. Schlüsselübergabe und Segnung des Gebäudes am 19. April 1999 in Berlin. Mit Beitr. von *Gerhard Schröder* u. a.. In: Bulletin. 1999. H. 17. S. 173-184.
Ewringmann, Dieter, Die Konsequenzen des Berlin-Beschlusses für Regierung und Verwaltung. In: Wirtschaftsdienst. Jg. 71. 1991. H. 12. S. 632-638.
[Fünfzig] 50 Jahre Demokratie - Dank an Bonn. In der 50. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Juli 1999 nahm das Parlament Abschied von Bonn. Mit Beiträgen verschiedener Verfasser. In: Bulletin. 1999. H. 41. S. 417-428.
Grosser, Alfred, Schwierigkeiten mit dem Zentrum. Der aktuelle Streit zwischen Bonn und Berlin. In: Die Hauptstädte der Deutschen. Von der Kaiserpfalz in Aachen zum Regierungssitz Berlin. Hrsg. von *Uwe Schultz*. München 1993. S. 229-238.
Hartung, Klaus, Berliner Übergangszeit. Entwickelt sich in der Hauptstadt eine Stadtgesellschaft und eine neue intellektuelle Kultur? Hrsg. von der Freien Universität Berlin, Arbeitsschwerpunkt Hauptstadt Berlin. Berlin 1998.
Hauptstadt Berlin. Volkswirtschaftliche Analyse einer Verlegung des Parlaments- und Regierungssitzes von Bonn nach Berlin. Hrsg. von der Berliner Bank AG. Berlin 1991.
Heintzen, Markus, Der verfassungsrechtliche Status der Bundesstadt Bonn. Hrsg. vom Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Freien Universität Berlin. Berlin 2000.
Hill, Hermann, Gutachten zur Umsetzung der Ziffern 3 und 4 des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20.06.1991 „Vollendung der Einheit Deutschlands“ (BT-Drs. 12/815). Speyer 1991.
IT-Unterstützung im Informationsverbund Berlin-Bonn (IVBB). Studie. Mit Abschlussstellungnahme Prof. Dr. *Eberhard Witte* und KBSt, Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik in der Bundesverwaltung, Bundesministerium des Inneren. Köln 1994. (Bundesanzeiger. Beilage. Jg. 46. 1994. Nr. 117a.)
IT-Unterstützung im Informationsverbund Berlin-Bonn (IVBB). Studie. Mit Abschlussstellungnahme Prof. Dr. *Eberhard Witte* und Stellungnahme der IT-Industrie, erstellt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern durch das Konsortium DETECON Deutsche Telepost Consulting GmbH, GMD Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung, KU Kienbaum Unternehmensberatung GmbH. Bonn 1994.
John, Antonius, Demontage einer Republik? Nach dem 20. Juni: Wir brauchen das politische Bonn. Bonn 1991.
John, Antonius, Deutschland braucht das politische Bonn. Wider den Mythos und den Zentralismus, Zwischenbilanz zur Hauptstadtfrage. Bonn 1993.

Titel der Darstellung
John, Antonius, ... leben mit der „Haupt-Stadt“. Von Irrungen, Täuschungen und verspielten Chancen. Bonn 2001.
Kansy, Dietmar, Berlin erhält ein Parlamentsviertel der kurzen Wege. Gespräch mit *Dietmar Kansy* über den Umzug des Bundestages nach Berlin. In: Bundestag-Report. 1996. H. 4. S. 23-24.
Kansy, Dietmar, Der Bundestag vom Berlin-Beschluss zum Berlin-Bonn-Gesetz. Der Weg zum Berlin-Beschluss vom 20. Juni 1991. In: Hauptstadt Berlin. 1. Nationale Hauptstadt, europäische Metropole. Hrsg. von *Werner Süß*. Berlin 1994. S. 77-98.
Kansy, Dietmar, Zitterpartie. Der Umzug des Bundestages von Bonn nach Berlin. Hamburg 2003.
Kaufner, Thomas, Bonn oder Berlin? Bonn und Berlin! Kontroverse und Entscheidung zum künftigen Regierungs- und Parlamentssitz. In: Gegenwartskunde. Jg. 40. 1991. H. 3. S. 339-355.
Keilhofer, Franz und *Markus Arnold*, Berlin - als Hauptstadt auch Regierungssitz? Politische und regionalwirtschaftliche Aspekte einer Konzentration aller Hauptstadtfunktionen in Berlin im Zuge des deutschen und europäischen Einigungsprozesses. In: Politische Studien. Jg. 42. 1991. H. 319. S. 530-541.
König, Klaus und *Natascha Füchtner*, „Schlanker Staat“ zwischen Bonn und Berlin. In: Verwaltungsarchiv. Jg. 90. 1999. H. 1. S. 1-20.
Kohl, Helmut, Gemeinsame Verantwortung für die Zukunft Bonns und Berlins. Rede des Bundeskanzlers zum hundertjährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammer Bonn (am 16. Oktober 1991). In: Bulletin. 1991. H. 120. S. 953-958.
Kontroverse ohne Ende. Der Hauptstadt-Streit. Argumente - Emotionen - Perspektiven. Bearb. von *Ekkehard Kohrs*. Weinheim 1991.
Kosten des Hauptstadtumzugs. Gutachten zu den Gesamtkosten der Verlegung des Deutschen Bundestages und des Kernbereichs der Regierungsfunktionen von Bonn nach Berlin. Erstellt von einer Arbeitsgruppe der Prognos AG, Niederlassung Köln. Bearb. von *Christoph von Rothkirch*. Köln 1994.
Kroppenstedt, Franz, IVBB - Informationsverbund Berlin-Bonn. Organisatorische und technologische Aspekte eines Umzuges. In: Verwaltung und Fortbildung. Jg. 24. 1996. H. 1. S. 23-41.
Kroppenstedt, Franz, Organisation und Kommunikation zwischen Berlin und Bonn. In: Hauptstadt Berlin. 2. Berlin im vereinten Deutschland. Hrsg. von *Werner Süß*. Berlin 1995. S. 117-126.
Kühnreich, Mathias, Das Selbstorganisationsrecht des Deutschen Bundestages unter besonderer Berücksichtigung des Hauptstadtbeschlusses. Berlin 1997.
LaRoche, Emanuel, Vom Rhein an die Spree. Deutschlands Hauptstadt zieht um. Zürich 1999.
Lecheler, Helmut, Das Dienstrechtliche Begleitgesetz zum Beschluss des Deutschen Bundestages vom 20.6.1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands. In: Landes- und Kommunalverwaltung. Jg. 8. 1998. H. 4. S. 137-138.
Leininger, Wolfgang, The fatal vote. Berlin versus Bonn. In: Finanzarchiv. Jg. 50. 1993. H. 1. S. 1-20.
Lerche, Peter, Verfassungsfragen der Festlegung des Parlaments- und Regierungssitzes - Erforderlichkeit eines Gesetzes? In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 6. 1991. H. 3. S. 193-219.
Löschner, Rolf, Umzug nach Berlin. Gegen Einigungsvertrag und Grundgesetz? Gespräche, Zitate und Kommentare. Bonn 1993.
Lummer, Heinrich, Berlin ist Hauptstadt. Plädoyer für das Selbstverständliche. In: Mut. 1990. H. 276. S. 20-31.
Maennig, Wolfgang, Zur Kosten-Nutzen-Analyse der Hauptstadtverlagerung. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Jg. 42. 1997. S. 281-311.
Maennig, Wolfgang, Zur politischen Ökonomie der Hauptstadtwahl. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Jg. 45. 2000. S. 61-77.
Martens, Stephan, La République de Berlin. Un slogan abusif à géometrie variable. In: L’Allemagne d’aujourd’hui. 1999. H. 149. S. 3-30.
Matthäus-Maier, Ingrid, Der Bundestag hat auch die Bundesstadt beschlossen. In: Aufbruch im Umbruch. Beiträge zur Zukunft von Bonn und Region. Hrsg. von *Martin Hennicke*. Bonn 1996. S. 94-97.

Titel der Darstellung
Miegel, Meinhard, Megastadt Berlin. Folgen einer Entscheidung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Jg. 36. 1991. H. 8. S. 908-910.
Ministerialorganisation zwischen Berlin und Bonn. Hrsg. von *Klaus König* und bearb. von *Wolfgang Zeh*. Speyer 1997.
Möller, Franz, Der Beschluss. Bonn/Berlin-Entscheidungen von 1990 bis 1994. Bonn 2002.
Nickel, Erich, Berlin – der deutsche Hauptstadtstreit 1990/91. In: Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall. Hrsg. von *Heiner Timmermann* für die Europäische Akademie Otzenhausen. Münster 2003. S. 383-390.
Oswald, Eduard, Hauptstadtperspektiven - Berlin rund ein Jahr vor dem Umzug. In: Politische Studien. Jg. 48. 1998. H. 359. S. 7-15.
Palmer, Hartmut, „Ich bin der Antreiber“. SPIEGEL-Redakteur *Hartmut Palmer* über den Berlin-Promotor *Wolfgang Schäuble*. In: Der SPIEGEL. Jg. 47. 1993. H. 42. S. 47-56.
Pappi, Franz Urban, Die Abstimmungsreihenfolge der Anträge zum Parlaments- und Regierungssitz am 20. Juni 1991 im Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 23. 1992. H. 3. S. 403-412.
Personalwirtschaftliche Gesamtkonzeption zur Verlagerung von Parlament und Regierungsfunktionen nach Berlin und den Verlagerungen zum Ausgleich nach Bonn. Wohnraumversorgung der nach Berlin umziehenden Parlamentarier und Bediensteten, Beschlüsse des Bundeskabinetts vom 29. Juni 1995. Hrsg. vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Der Beauftragte der Bundesregierung für den Berlin-Umzug und den Bonn-Ausgleich. Bonn 1995.
Pursch, Günter, Zwei Initiativen fordern ein Moratorium. Berlin-Umzug aus finanziellen Gründen verschieben? In: Das Parlament. Jg. 43. 1993. H. 12/13. S. 16.
Regionalpolitische Flankierung des Bonner Raums bei der Verlagerung des Parlamentssitzes nach Berlin - unter Berücksichtigung auch der Empfehlung des Deutschen Bundestages zur Verlagerung von Regierungsfunktionen nach Berlin. Endbericht. Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft. Hrsg. vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung und bearb. von *Rainer Budde*. Essen 1991.
Schäuble, Wolfgang, Veränderungen ertragen, Veränderungen bewältigen. Berlin als Symbol deutschen Miteinanders. In: Hauptstadt Berlin. 1. Nationale Hauptstadt, europäische Metropole. Hrsg. von *Werner Süß*. Berlin 1994. S. 25-38.
Schnathmann, Regina, Eine Nutzen-Kosten-Analyse der Entscheidung für Berlin als Regierungssitz. Bamberg 1992.
Scholz, Rupert, Das Berlin-Bonn-Gesetz. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 14. 1995. H. 1. S. 35-37.
Schwidden, Frank, Zur Frage einer Folgepflicht für Beamte und Arbeitnehmer anlässlich der vorgesehenen Verlegung von Parlament und Regierung. In: Recht im Amt. Jg. 42. 1995. H. 2. S. 53-63.
Sitte, Ralf, Lobbying in der Hauptstadt-Debatte. Formen und Möglichkeiten unkoordinierter Interessenvertretung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 22. 1991. H. 4. S. 535-554.
Sontheimer, Kurt, Berlin schafft keine neue Republik. Und sie bewegt sich doch. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 51. 2001. H. 1/2. S. 3-5.
Sontheimer, Michael, Berlin, Berlin. Der Umzug in die Hauptstadt. Hamburg 1999.
Süssmuth, Rita, Auf dem Weg zur inneren Einheit Deutschlands. Der Beitrag des Deutschen Bundestags. In: Eine deutsche Zwischenbilanz. Standpunkte zum Umgang mit unserer Vergangenheit. Hrsg. von *Rita Süssmuth*. Mit einem Vorwort von *Roman Herzog*. München 1997. S. 21-40.
Süssmuth, Rita, Das Parlament und die Kontrolle des Beschlusses. In: Aufbruch im Umbruch. Beiträge zur Zukunft von Bonn und Region. Hrsg. von *Martin Hennicke*. Bonn 1996. S. 25-30.
Süssmuth, Rita und *Dierk Hartleb*, Von de Luxe kann keine Rede sein. Bundestagspräsidentin *Rita Süssmuth* über den Bonn-Berlin-Umzug. In: Kommunalpolitische Blätter. Jg. 46. 1994. H. 2. S. 110-111.
Thiel, Wolf R., Kein Luxusumzug. Der Tarifvertrag im Zusammenhang mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands. In: Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Jg. 10. 1996. H. 9. S. 397-404.

Titel der Darstellung
Thierse, Wolfgang, Wir müssen demokratische Politik nicht neu definieren. 1989 und der Weg von Bonn nach Berlin. In: Gewagte Freiheit. Wende - Wandel - Revolution. Hrsg. von *Thomas Brose*. Leipzig 1999. S. 220-223.
Thies, Jochen, Bonn, Berlin und die politische Klasse Deutschlands. In: Europäische Rundschau. Jg. 22. 1994. H. 1. S. 13-22.
Thörmer, Heinz, Regieren von Berlin aus. In: Berlin, die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole. Hrsg. von *Werner Süß*. Bonn 1999. S. 660-667.
Tilp, Helmut, Beamtenrechtliche Auswirkungen der Regierungssitzverlegung. München 1993.
Töpfer, Klaus, Berlin – Hauptstadt im Aufbruch. In: Hauptstadt Berlin. 2. Berlin im vereinten Deutschland. Berlin 1995. Hrsg. von *Werner Süß*. S. 29-35.
Töpfer, Klaus, Die Chance der Bundeshauptstadt Berlin nutzen. In: Mut. 1996. H. 342. S. 28-31.
Tschirch, Volker, Der Kampf um Bonn. Hrsg. vom Rhein-Sieg-Kreis, Der Oberkreisdirektor. Bonn 1999.
Der Umzugsberater Bonn - Berlin. Der Ratgeber für den Regierungsumzug. Bonn, 6. Ausgabe 1998.
Unverhau, Thassilo, Eine Regierung zieht um. Rückblick auf ein Jahrhundertereignis. In: Zeitschrift für Beamtenrecht. Jg. 51. 2003. H. 3. S. 85-89.
Verlegung des Regierungs- und Parlamentssitzes nach Berlin. Schadensbegrenzung und Kompensation. Hrsg. vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 1991.
Volmer, Ludger, Föderale Tradition und dezentrale Verantwortung. In: Aufbruch im Umbruch. Beiträge zur Zukunft von Bonn und Region. Hrsg. von *Martin Hennicke*. Bonn 1996. S. 47-51.
Vom Bundestag zum Reichstag – Ortswechsel oder Signal? Symposium, 26. Januar 1995. Hrsg. von der Stiftung Baukultur Rheinland-Pfalz, unter der Redaktion von *Annette Müller*. Mainz 1995.
Von Bonn nach Berlin. Umzug in die Geschichte. Regieren im Schatten der Vergangenheit. Mit Beiträgen verschiedener Verfasser. In: Der SPIEGEL. 1998. H. 22. S. 48-71.
Weinzen, Hans Willi, Die Hauptstadt Berlin - zu teuer? Daten, Fakten und Positionen zum Streit. In: Berlin, die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole. Hrsg. von *Werner Süß*. Bonn 1999. S. 415-434.
Welch Guerra, Max, Hauptstadt einig Vaterland. Planung und Politik zwischen Bonn und Berlin. Berlin 1999.
Welch Guerra, Max, Hauptstadtplanung als Vereinigungspolitik. In: Berlin, die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole. Hrsg. von *Werner Süß*. Bonn 1999. S. 610-632.
Wengst, Udo, Wer stimmte für Bonn, wer für Berlin? Die Entscheidung über den Parlaments- und Regierungssitz im Bundestag am 20. Juni 1991. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 22. 1991. H. 3. S. 339-343.
„Wir haben verloren“. Endlich ist es beschlossen. Im Sommer 1999 zieht der Bundestag nach Berlin. Doch die provisorische Unterbringung der Parlamentarier kostet Millionen. In: Der SPIEGEL. 1997. H. 45. S. 32-33.
Wissenschaftsraum Bonn - neue Aufgaben für die Region. Hrsg. von Bundesministerium für Forschung und Technologie, Pressereferat. Bonn 1991.
Zeh, Wolfgang, Das Parlament in Berlin. In: Berlin, die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole. Hrsg. von *Werner Süß*. Bonn 1999. S. 649-659.
Zeh, Wolfgang, Das Parlament zwischen Berlin und Bonn. In: Hauptstadt Berlin. 2. Berlin im vereinten Deutschland. Hrsg. von *Werner Süß*. Berlin 1995. S. 141-158.
Zweiter Bericht des Arbeitsstabes Berlin, Bonn zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands. Hrsg. vom Bundesminister des Innern, Arbeitsstab Berlin/Bonn. Bonn 1991.
Zwischenbericht des Arbeitsstabes Berlin, Bonn zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands. Hrsg. vom Bundesminister des Inneren, Arbeitsstab Berlin/Bonn. Bearb. von *Franz Kroppenstedt* (= Kroppenstedt-Bericht). Bonn 1991.

18.3 Architektonische Umgestaltung des Reichstags-Komplexes und Neubauten für den Bundestag: Chronik

November 1994	Der Münchner Architekt *Stephan Braunfels* gewinnt den Wettbewerb für den Alsenblock, später Paul-Löbe-Haus, nördlich des Reichstagsgebäudes, in dem 1 300 Arbeitsräume für Abgeordnete und Bundestagsverwaltung entstehen sollen. Die Vorgaben für den Neubau lieferte der Entwurf des Berliner Architekten *Axel Schultes*, der 1992 den Wettbewerb zur Neugestaltung des Spreebogens gewonnen hatte. Er sieht eine West-Ost-Achse mit neuem Bundeskanzleramt und „Nationalem Forum" vor, an das sich der Alsenblock anschließt. Gemeinsam bilden sie das „Band des Bundes", das den Spreebogen quer durchzieht.
29. November 1994	Bundestagspräsidentin *Rita Süssmuth* kündigt an, dass mit der Verhüllung des Reichstagsgebäudes entsprechend dem Projekt „Verhüllter Reichstag" des Künstlerpaares *Christo* und *Jeanne-Claude* am 17. Juni 1995 begonnen werde[1]. Ummittelbar nach Beendigung der Aktion im Juli beginne die etwa vierjährige Umbauphase des Reichstagsgebäudes.
5. Dezember 1994	Die Schlusssteinlegung und damit die Vollendung des Reichstagsgebäudes jährt sich zum hundertsten Mal. Aus diesem Anlass findet am 2. Dezember eine Podiumsdiskussion statt mit dem Thema „Berlin – Weimar – Bonn – Berlin". Dies ist die letzte Veranstaltung im Reichstagsgebäude vor dem Umbau.
9. Januar 1995	Bundesbauminister *Klaus Töpfer* übergibt als erstes für den Bundestag fertiggestelltes Gebäude in Berlin an Bundestagspräsidentin *Rita Süssmuth* den Plattenbau an der Ecke Unter den Linden/Wilhelmstraße (vormals das DDR-Volksbildungsministerium). Der Umbau hat zwei Jahre gedauert. Auf 6 300 m^2 Nutzungsfläche stehen 170 Büros für Abgeordnete und ihre Mitarbeiter zur Verfügung sowie vier Sitzungssäle.
April 1995	Der Ältestenrat des Bundestages stimmt einer Kuppel als architektonischem Gestaltungselement des Reichstagsgebäudes zu.
8. Mai 1995	Bundestagspräsidentin *Rita Süssmuth* und der Vorsitzende der Baukommission des Ältestenrates, *Dietmar Kansy*, stellen den endgültigen Entwurf von *Norman Foster* für die Dachgestaltung des Reichstagsgebäudes vor: eine begehbare gläserne Kuppel.
Ende Mai 1995	Im Reichstagsgebäude werden die Asbestsanierung und die Freilegung der ursprünglichen Gebäudestrukturen des Wallot-Baus abgeschlossen. Originalbestandteile des 1884 bis 1894 errichteten Gebäudes wurden dabei geborgen. Die Freilegungsarbeiten haben auch russische Inschriften in kyrillischer Schrift aus der Zeit der Eroberung des Reichstagsgebäudes im Frühjahr 1945 zutage gefördert.
17. Juni 1995	Am Reichstagsgebäude beginnt die Realisierung der Verhüllung des Reichstages durch *Christo* und *Jeanne-Claude*.

[1] Vgl. dazu die Chronik der Verhüllung des Reichtagsgebäudes (1995); **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 21.7, S. 3386-3395.

Juni 1995

Das städtebauliche Grundkonzept für die Dorotheenblöcke, später Jakob-Kaiser-Haus, das größte Bauvorhaben des Bundestages in Berlin, liegt fest. Mit der Ausführung sind fünf in einem Bewerbungsverfahren ausgewählte Architekturbüros beauftragt:

– *Pi de Bruijn* (Amsterdam),
– *Peter Schweger* und Partner (Hamburg),
– *Peter Busmann* und *Godfrid Haberer* (Köln),
– *Meinhard von Gerkan, Volkwin Marg* und Partner (Hamburg),
– *Thomas van den Valentyn* (Köln).

Von den fünf noch vorhandenen Altbauten auf dem Terrain werden drei erhalten und in den Baukomplex integriert:

– das Reichstagspräsidentenpalais (Projekt von *van den Valetyn*),
– das ehemalige Haus des Vereins Deutscher Ingenieure von 1914, heute ‚Kammer der Technik' genannt (Projekt von *de Bruijn*),
– das bereits 1857 im klassizistischen Stil errichtete „Haus Sommer".

Ende Juli 1995

Nach Beseitigung aller Spuren der Verpackungsaktion von *Christo* und *Jeanne-Claude* beginnen am Reichstagsgebäude die Umbauarbeiten. Erster Schritt sind die notwendigen Rückbauarbeiten.
Über die Kuppel des Reichstagsgebäudes beginnt eine Urheberrechtsdebatte. Der spanische Architekt *Santiago Calatrava*, 1992 Mitgewinner des Umbauwettbewerbs neben *Norman Foster* und *Pi de Bruijn*, wirft *Foster* bezüglich seines überarbeiteten Entwurfs vor, dieser sei von *Calatrava*s Entwurf, der eine Kuppel vorsah, plagiiert. Bundestagspräsidentin *Rita Süssmuth* veröffentlicht daraufhin eine Stellungnahme, dass eine Überprüfung der Baukommission des Ältestenrates zu einer möglichen Verletzung der Urheberrechte negativ ausgefallen sei. Erst danach sei die Kuppel bei *Foster* in Auftrag gegeben worden.

20. September 1995

Auf Vorschlag der Bundesbaugesellschaft Berlin beschließt die Baukommission des Ältestenrates, das Reichstagsgebäude durch ein Tunnelsystem mit den geplanten Neubauten zu verbinden. Das Tunnelsystem soll die Ver- und Entsorgung der Gebäude ermöglichen. Es sollen auch Parkplätze für 1 400 Autos entstehen.

12. Oktober 1995

Bundeskanzler *Helmut Kohl* und der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Eberhard Diepgen*, machen den ersten Spatenstich für das Tunnelsystem der „Verkehrsanlagen im zentralen Bereich" (U-Bahn, Eisenbahn, Autostraße). Diese drei Verkehrsstränge sollen das zukünftige Parlaments- und Regierungsviertel im Spreebogen unterqueren.

31. Oktober 1995

Das Richtfest des früheren DDR-Außenhandelsministeriums (Unter den Linden), das zum Bürohaus für Abgeordnete umgebaut wird, findet statt. Auf 34 000 m^2 Fläche sollen 410 Abgeordnetenbüros entstehen.

Frühjahr 1996

Die Restaurierung des Hauses Wilhelmstraße 60, während der DDR-Zeit Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, ist abgeschlossen. Auf 4 067 m^2 sind 150 Abgeordnetenbüros und 6 Sitzungsräume entstanden.
Der Streit um die Urheberrechte an der Kuppel geht weiter: Ein von *Santiago Calatrava* in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die Urheberrechte *Calatrava*s verletzt wurden. *Calatrava* behält sich rechtliche Schritte gegen die Bundesrepublik vor. Fachleute zweifeln an, ob er vor einem Gericht Recht bekäme. Die Kuppel sei ein traditionelles Architekturelement, das keinen Anspruch auf Originalität erheben könne.

Mai 1996

Die Tunnel für U-Bahn, Eisenbahn und Straßen, die das Regierungsviertel und die Spree unterqueren, sind jetzt auf ihrer vollen Länge im Bau. Nördlich der Regierungs- und Parlamentsbauten wird ein provisorisches künstliches Bett für die Spree gebaggert, um den Fluss umzuleiten und auf seinem ursprünglichen Grund die Tunnelgruben auszuheben.

Juni 1996	Ein knappes Jahr nach Beginn der Umbauarbeiten steht vom Reichtagsgebäude nur noch das äußere Mauerwerk. Das Gebäude ist vollständig entkernt. 45 000 t Schutt wurden abtransportiert. Um das Gewicht der Glaskuppel in den Untergrund abzuleiten, werden zusätzlich 90 Bohrpfähle im Boden versenkt.
10. Juni 1996	Bundestagspräsidentin *Rita Süssmuth* und Vertreter der Baukommission des Ältestenrates stellen die Vorentwurfsplanung für die Dorotheenblöcke, später Jakob-Kaiser-Haus, vor. In diesen Gebäuden sollen auf rund 50 000 m^2 Hauptnutzfläche 1 800 Büroräume für Abgeordnete, Verwaltung und die Vizepräsidenten entstehen. Hinzu kommen Fraktionsräume, Sitzungssäle sowie Verfügungsräume für Bundesrat und Bundesregierung.
11. September 1996	Die Baukommission des Ältestenrates billigt die letzten noch fehlenden Planungen für das zukünftige Parlamentsviertel in Berlin.
Februar 1997	Der Umbau des Gebäudes Unter den Linden 50, früher Ministerium für Außenhandel der DDR, ist abgeschlossen. Es sind jetzt Unter den Linden und in der Wilhelmstraße in drei Gebäuden 700 Büros für den Bundestag verfügbar. Somit kann jedem Abgeordneten in Berlin ein Arbeitszimmer zur Verfügung gestellt werden.
24. Februar 1997	Bundestagspräsidentin *Rita Süssmuth* nimmt den ersten Spatenstich für die Dorotheenblöcke, später Jakob-Kaiser-Haus, vor.
April 1997	Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen *Klaus Töpfer* bietet dem Bundestag ab Mai 1999 bis zur Fertigstellung der Parlamentsneubauten als Übergangslösung drei Objekte in Reichstagsnähe an: – das Gebäude der früheren DDR-Generalstaatsanwaltschaft in der Luisenstraße (144 Büros), – das frühere DDR-Justizminsterium in der Dorotheenstraße (278 Büros), – das so genannte „Polygraph“-Gebäude in der Bunsenstraße (331 Büros).
28. April 1997	Bundestagspräsidentin *Rita Süssmuth* gibt mit dem ersten Spatenstich für den Alsenblock das Startsignal für den umfangreichsten Parlamentsneubau in Berlin: Das künftige Quartier Alsenblock, später Paul-Löbe-Haus, und Luisenblock, später Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, bietet auf rund 66 500 m^2 Nutzungsfläche Raum für 1 550 Büroräume (der Alsenblock allein 32 500 m^2 Hauptnutzungsfläche mit circa 950 Räumen). Damit sind alle Neubaumaßnahmen für den Bundestag in Berlin auf den Weg gebracht.
Mai 1997	Das ehemalige Reichstagspräsidentenpalais, gegenüber dem Osteingang des Reichstagsgebäudes gelegen, wird für die Nutzung durch die Parlamentarische Gesellschaft umgestaltet. Neben den für die Parlamentarische Gesellschaft vorgesehenen Club- und Gesellschaftsräumen entsteht ein Protokollsaal für den Bundestag.
Mitte Mai 1997	Im Reichstagsgebäude werden die Rohbauarbeiten abgeschlossen.
Juni 1997	Die Montage der Kuppel auf dem Reichstagsgebäude beginnt.
25. Juni 1997	Der Haushaltsausschuss unterstützt den Vorschlag der Bundesregierung, die Gebäude der früheren DDR-Generalstaatsanwaltschaft in der Luisenstraße und des ehemaligen DDR-Justizministeriums in der Dorotheenstraße zu sanieren, damit im Sommer 1999 der Bundestag die dortigen Räume nutzen kann.
18. September 1997	Das Richtfest des Reichstagsgebäudes wird gefeiert.
30. Oktober 1997	Der Ältestenrat des Bundestages verständigt sich darauf, dass das Parlament ab September 1999 im Reichstagsgebäude tagen wird.
November 1997	Diskussionen beginnen, wie das Reichstagsgebäude in Zukunft amtlich heißen wird.

Dezember 1997	Architekt *Norman Foster* legt der Baukommission des Ältestenrates mehrere neue Entwürfe für das Wappentier im künftigen Plenarsaal vor. Sie ähneln alle dem bisherigen Adler im Bonner Plenarsaal, entworfen von *Ludwig Gies*, da die ursprüngliche Vorstellung von *Foster* von einem schlankeren Vogel bei den Abgeordneten auf Ablehnung gestoßen war.
11. Dezember 1997	Der Ältestenrat des Bundestages beschließt für die im Bau befindlichen Bürogebäude im Parlamentsviertel neue Namen: – die Dorotheenblöcke heißen jetzt „Jakob-Kaiser-Haus“ (nach *Jakob Kaiser* [1888-1961], CDU, Mitglied des Reichstages, des Parlamentarischen Rates und des Bundestages, 1949-1957 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen); – der Alsenblock heißt jetzt „Paul-Löbe-Haus“ (nach *Paul Löbe* [1875-1967], SPD, Mitglied der Verfassunggebenden Nationalversammlung der Weimarer Republik, 1920-1924 und 1925-1932 Reichstagspräsident, Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949 Alterspräsident des Deutschen Bundestages); – der Luisenblock heißt jetzt „Marie-Elisabeth-Lüders-Haus“ (nach *Marie-Elisabeth Lüders* [1878-1966], FDP, Mitglied der Verfassunggebenden Nationalversammlung der Weimarer Republik, Mitglied des Reichstages und des Bundestages, 1953 und 1957 Alterspräsidentin des Deutschen Bundestages).
12. Mai 1998	Bundestagspräsidentin *Rita Süssmuth* nimmt den ersten Spatenstich für das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus vor.
2. September 1998	Der Ältestenrates des Bundestages entscheidet sich für die Bonner Ausführung des Bundestagsadlers, entworfen von *Ludwig Gies*, für den Berliner Plenarsaal.
17. Dezember 1998	Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse* enthüllt im Reichstagsgebäude den Bundestagsadler.
28. Januar 1999	Im Ältestenrat des Bundestages wird vereinbart: Der Bundestag wird das umgebaute Reichstagsgebäude am 19. April 1999 mit einer Debatte zur Lage der Nation eröffnen. In der Betriebskindertagesstätte, entworfen vom österreichischen Architekten *Gustav Peichl*, wird Richtfest gefeiert. Die Bundestagskita mit einer Hauptnutzfläche von 1 000 m^2 soll 176 Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundestages aufnehmen.
25. Februar 1999	1 100 Bundeswehrsoldaten testen im neuen Plenarsaal die Mikrophonanlage bei voller Besetzung des Hauses.
18. März 1999	Der Ältestenrat des Bundestages legt für das zum Plenargebäude umgebaute Reichstagsgebäude die Bezeichnung „Plenarbereich Reichstagsgebäude“ fest.
27. März 1999	Der Tunnel, der die unterirdische Ver- und Entsorgung der Parlamentsbauten leisten wird, unterquert die Spree. Der zweite Teil des Tunneleinzugs vollendet die Unterquerung des Spreebettes.
19. April 1999	Das umgebaute Reichtagsgebäude wird eröffnet. Architekt *Sir Norman Foster* übergibt dem Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse* den symbolischen Schlüssel. Die erste Sitzung des Deutschen Bundestages im neuen Plenarsaal, die 33. Sitzung der 14. Wahlperiode, wird eröffnet mit einer Ansprache des Bundestagspräsidenten *Wolfgang Thierse.* Bundeskanzler *Gerhard Schröder* gibt eine Regierungserklärung ab zur Vollendung der Einheit Deutschlands.
21. Juli 1999	Die Bundesbaugesellschaft Berlin übergibt die Betriebskindertagesstätte schlüsselfertig an den Deutschen Bundestag. Anfang August nimmt die Bundestagskita offiziell ihren Betrieb auf.
14. September 1999	Schlüsselübergabe für das restaurierte Reichstagspräsidentenpalais an die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft.

3. November 1999	Richtfest des Paul-Löbe Hauses, dessen Rohbau fertig ist und dessen Ausbau nun beginnt.
23. November 1999	Richtfest des Jakob-Kaiser-Hauses, dessen Ausbau (mit Arbeiten am Dach, an der Fassade und an den Fenstern) schon begonnen wurde. Auch der Innenausbau wurde in Angriff genommen.
23. März 2000	Das Mauermahnmal wird im Erdgeschoss des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses aufgestellt. Eine spätere Aufstellung, nach Einziehen der Decke, wäre wegen der Größe der beiden Mauerteilstücke nicht möglich. Nach Einziehen der Decke über den Mauerelementen wird der südliche Teil des Mahnmals in einem zur Spree hin offenen Raum liegen, der der Öffentlichkeit zugänglich sein wird. Der nördliche Teil des Mahnmals wird in einem Graben geführt, der das Hofniveau nur wenige Zentimeter überragt, aber von oben eingesehen werden kann. Das Gestaltungskonzept beruht auf dem Entwurf des Künstlers *Ben Wargin* und des Architekten *Stefan Braunfels*.
5. Mai 2000	Die Bronze-Kandelaber aus dem Jahr 1899 werden nach ihrer Restaurierung vor dem Reichstagsgebäude wieder aufgestellt.
24./25. April 2001	Die vom Architekten *Stefan Braunfels* entworfene Fußgängerbrücken zwischen Paul-Löbe-Haus und Marie-Elisabeth-Lüders-Haus werden montiert. Die obere Brücke wird 62 Meter lang und fast drei Meter breit und insgesamt 10 Meter hoch sein. Der untere Brückenbogen wird öffentlich zugänglich sein, während der obere Brückenbogen, in Höhe der sechsten Geschossebene, den Abgeordneten und Bundestagsmitarbeitern als interner Verbindungsweg zwischen den Parlamentsgebäuden dienen wird.
15. Oktober 2001	Schlüsselübergabe für das Paul-Löbe-Haus.
16. Oktober 2001	Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse* enthüllt am Reichstagsgebäude eine Gedenktafel für die Bronzegießerei der Gebrüder *Siegfried* und *Albert Loevy*, die 1916 die Buchstaben der Inschrift „DEM DEUTSCHEN VOLKE“ gegossen hatte. Der angesehene Gießereibetrieb der jüdischen Familie *Loevy*, seit 1855 in Berlin ansässig und seit 1910 königlicher Hoflieferant, war 1939 enteignet worden, die Familie *Loevy* durch die Nationalsozialisten verfolgt und fast ganz vernichtet worden.
23. Januar 2002	Für das Jakob-Kaiser-Haus wird Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse* von der Bundesbaugesellschaft Berlin und den beteiligten Architekten feierlich der Schlüssel überreicht. In den acht Häusern stehen 53 000 m^2 Hauptnutzfläche mit 1 745 Büroräumen und zahlreichen Funktionsräumen zur Verfügung.
19. Februar 2002	Das Richtfest des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses findet statt. Die Fertigstellung des Gebäudes ist für Ende 2003 vorgesehen. Das Haus wird u. a. die (nach Washington und Tokio weltweit drittgrößte) Parlamentsbibliothek beherbergen, das Parlamentsarchiv und die Fachbereiche der Wissenschaftlichen Dienste. Auf 34 000 m^2 Hauptnutzfläche werden 600 Büros entstehen, des weiteren Lesesäle, das Mauermahnmal, ein Ausstellungsraum und Sporträume.
Frühjahr 2003	Der „Spreeplatz West“ zwischen Paul-Löbe-Haus und Marie-Elisabeth-Lüders-Haus wird gestaltet: Eine große Treppenanlage wird das Spreeufer innerhalb des „Bandes des Bundes“ begehbar machen.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 21.6.

18.4 Architektonische Umgestaltung des Reichstagsgebäudes und Neubauten für den Bundestag: Bibliographie

In Ergänzung zur Chronik der Baugeschichte des Reichstagsgebäudes nach der Vereinigung wird hier erstmals eine Literaturzusammenstellung zur Umgestaltung des Reichstagsgebäudes bzw. zu den Neubauten für den Deutschen Bundestag im Umfeld des Reichstagsgebäudes aufgenommen.
Zeitgleich mit dem Hauptstadtbeschluss vom Juni 1991 begann die Diskussion um das Reichstagsgebäude, seine Nutzung und seine architektonische Gestaltung, so dass sich Literatur dazu seit 1992 nachweisen lässt. Die Bibliographie deckt infolgedessen zeitlich die Jahre von 1992 bis 2003 ab.
Inhaltlich sind in der Literatur oft zugleich mit dem Reichstagsgebäude und den sonstigen Gebäuden des Deutschen Bundestags auch alle Regierungsgebäude in Berlin behandelt.

Titel der Darstellung
Adrian, Hanns, Der Spreebogen. Der Spreebogen am Rande der alten Stadt. In: Architektur in Berlin. Jg. 1995. S. 24-29.
Alles im Zeit- und Kostenplan. Umbau des Reichstagsgebäudes zum modernen Parlamentssitz. In: Bauwirtschaft. Jg. 51. 1997. H. 1/2. S. 5-8.
Bahr, Christian, Berlins Gesicht der Zukunft. Die Hauptstadt wird gebaut. Mit Fotografien von *Günter Schneider*. Berlin 1998.
Bahr, Christian, Die Hauptstadt. Wo in Berlin Politik gemacht wird. Mit Fotos von *Günter Schneider*. Berlin 2001.
Ballhausen, Nils, Jakob-Kaiser-Haus. Für Vizepräsidium, Abgeordnete, Parlamentarische Dienste. In: Bauwelt. Jg. 93. 2002. H.1/2. S. 34-35.
Beyme, Klaus von, Die Visualisierung des politischen Machtzentrums in Berlin. In: Berlin, die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole. Hrsg. von *Werner Süß*. Bonn 1999. S. 633-646.
Binder, Beate, Political stage-setting. The symbolic transformation of Berlin. In: Myth and memory in the construction of community. Historical patterns in Europe and beyond. Bruxelles 2000. S. 137-155.
Böttcher, Frank, Hauptstadtplanung und Denkmalpflege. Die Standorte für Parlament und Regierung in Berlin. Prof. Dr. *Helmut Engel* zum 60. Geburtstag. Hrsg. von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Berlin 1995.
Bredekamp, Horst, Ikonographie des Staates. Der Leviathan und die Folgen. In: Kritische Justiz. Jg. 33. 2000. H. 3. S. 395-411.
Bredthauer, Karl D., Instandbesetzung an der Spree. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Jg. 44. 1999. H. 4. S. 419-422.
Die Bundesbaugesellschaft Berlin (BBB) plant, baut, managt für Parlament und Regierung. Pressemappe. Hrsg. von der Bundesbaugesellschaft Berlin. Berlin 1994.
Der Bundestag im Herzen von Berlin. Mit Beiträgen verschiedener Verfasser. In: Bauwelt. Jg. 90, 1999. H. 18/19. S. 962-1050.
Der Bundestag im Reichstagsgebäude. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Berlin [2003]. (Sonderausgabe auf CD-ROM).
Dargel, Jörn, Der Bundestag in Berlin. Störstellen im Baubetrieb. In: Architektur in Berlin. Jg. 1997. S. 56-63.
Demokratie als Bauherr. Die Bauten des Bundes in Berlin 1991-2000. Hrsg. vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Hamburg 2000.
„Der Bevölkerung“. Aufsätze und Dokumente zur Debatte um das Reichstagsprojekt von *Hans Haacke*. Hrsg. von *Michael Diers* u. a. Mit Beitr. von *Rita Süssmuth, Wolfgang Thierse, Andreas Kaernbach* u. a. Köln 2000.

Titel der Darstellung
Der Deutsche Bundestag. Das Reichstagsgebäude: Architektur und Kunst. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Berlin 2001.
Der Deutsche Bundestag im Reichstagsgebäude. Geschichte und Funktion. Architektur und Kunst. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Berlin 2002.
Dörner, Andreas, Der Bundestag im Reichstag. Zur Inszenierung einer politischen Institution in der „Berliner Republik". In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 31. 2000. H. 2. S. 237-246.
Dörner, Andreas, Parlament, politische Kultur und symbolische Form. Zur Semantik des Deutschen Bundestages im Berliner Reichstag. In: Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter* u. a. Wiesbaden 2001. S. 241-257.
Dorotheenstraße 93. Innenministerium – Justizministerium – Deutscher Bundestag. In Auftrag gegeben vom Bundesbauamt Berlin III. Bearbeitet von *Christine Hoh-Slodczyk*. Berlin 1 (1998) – 3 (1998).
Ein Haus aus neun Häusern. Das Jakob-Kaiser-Haus. Ein Neubau für den Deutschen Bundestag. Hrsg. von *Busmann* und *Haberer* u. a. Berlin 2002.
Einblicke – Ausblicke. Ein Rundgang durch den Deutschen Bundestag. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Berlin 2000.
Foster, Norman, Der neue Reichstag. Mit Beitr. von *Martin Pawley* u. a. Hrsg. von *David Jenkins.* Leipzig 2000.
Hauptstadt Berlin – Denkmalpflege für Parlament, Regierung und Diplomatie 1990-2000. Hrsg. vom Landesdenkmalamt Berlin. Berlin 2000.
Hauptstadt Berlin: Festung, Schloss, demokratischer Regierungssitz. Der historische Stadtraum als Ort von Parlament und Regierung. Hrsg. von der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen, Berlin. Berlin 1992.
Hauptstadt Berlin – wohin mit der Mitte? Historische, städtebauliche und architektonische Wurzeln des Stadtzentrums. Hrsg. von *Helmut Engel* im Auftrag der Historischen Kommission zu Berlin. Berlin 1993.
Heisig, Bernhard, Zeit und Leben. Das Bild für den Reichstag. Hrsg. von der Galerie Berlin. Berlin 1999.
Internationaler städtebaulicher Ideenwettbewerb Spreebogen Berlin. Hrsg. vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen, Städtebau und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Bonn 1993.
Internationaler städtebaulicher Ideenwettbewerb Spreebogen. Ausgelobt von der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin, vertreten durch das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, die Bundesbaudirektion, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Berlin 1992.
Jakob-Kaiser-Haus Berlin. [Mit Fotos von *Reinhard Görner* und einem Text von *Christine Borgelt.*] Berlin 2002.
Jekewitz, Jürgen, Parlament und Bauverwaltung. Fragezeichen hinter einer Sonderregelung für die Bauten des Bundes in Berlin. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 25. 1994. H. 4. S. 602-610.
Kaernbach, Andreas, Kunst und Politik. Ein Rundgang zu den Kunstwerken im Reichstagsgebäude. In: Die politische Meinung. Jg. 45. 2000. H. 366. S. 45-54.
Koepnick, Lutz, Redeeming history? Foster's dome and the political aesthetic of the Berlin Republic. In: German studies review. Jg. 24. 2001. H. 2. S. 303-323.
Das künftige Parlamentsviertel in Berlin. Wettbewerbe und Planungen. In: Bundestag-Report. Jg. 1993. H. 1. S. 23-25.
Kunst am Bau. Die Projekte des Bundes in Berlin. Herausgegeben vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen unter der Redaktion von *Klaus Schindler*. Tübingen 2002.
Kunst im Reichstagsgebäude. Im Auftrag des Deutschen Bundestages. Hrsg. von *Götz Adriani*, *Andreas Kaernbach* u. a.. Mit einem Vorwort von *Wolfgang Thierse*. Köln 2001.
Kunst und Design im Plenarbereich. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Bonn 1999.
Kutzmutz, Rolf, Neues Domizil, „alte" Aufgaben. Die Fraktion zieht um: Eindrücke. In: Disput. 2002. H. 2. S. 14-17.
Lösel, Anja und Rudi Meisel, Die Kuppel der Nation. Der Reichstag und seine Verwandlung. Hamburg 1999.

Titel der Darstellung
Lehner, Kurt M., Dem Deutschen Volke. Der Reichstag in Berlin wird wieder zum Forum unserer Demokratie. In: Mut. Jg. 1999. H. 378. S. 18-22.
Lemhoefer, Claudia, Die Planungen im Berliner Spreebogen. Der Realisierungswettbewerb Alsenblock ist entschieden. Hrsg. von der Bundesbaugesellschaft Berlin mbH (BBB). Berlin 1994.
Lutz, Christine, Berlins Regierungsgebäude als Symbole. Zum baulichen Erbe der Hauptstadtinstitutionen. In: Gegenwartskunde. Jg. 51. 2002. H. 1. S. 51-63.
Mausbach, Florian, Bauten, die Staat machen – Bauten der Bundesrepublik Deutschland in Berlin. In: Staatskultur im Wandel. Beiträge der 69. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung vom 14. bis 16. März 2001 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Hrsg. von *Hermann Hill*. Berlin 2002. S. 53-75.
Moldenschardt, H. Heinrich, Innenansichten eines ehrgeizigen Projekts. Die Berliner Republik lässt bauen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Jg. 46. 2001. H. 5. S. 610-619.
Müller, Friedrich Ludwig, „Prima kaputt!“ Der Reichstag: Berührungen mit einem deutschen Denkmal. In: Monumente. Jg. 7. 1997. H. 3/4. S. 4-11.
Murswiek, Dietrich, Parlament, Kunst und Demokratie. Zum Selbstverständnis und zur Selbstdarstellung des Bundestages am Beispiel des Kunstprojekts „Lichthof Nord“. In: Die Macht des Geistes. Festschrift für *Hartmut Schiedermair*. Hrsg. von *Bernhard Kempen* u. a. Heidelberg 2001. S. 211-246.
Nitschke, Marcus, Eine Frage der Integrität. Das Reichstagsgebäude und seine Innengestaltung. In: Architektur in Berlin. Jg. 2000. S. 148-151.
Das Parlament in der Hauptstadt. Eine Reise in die Zukunft und in die Vergangenheit des Reichstagsgebäudes. Das Info-Paket des Deutschen Bundestages zum Umzug des Parlaments nach Berlin. Ein Medien-Mix aus digitaler und gedruckter Information. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Bonn 1996.
Parlaments- und Regierungsviertel Berlin. Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen. Hrsg. von der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen, Berlin. Berlin 1993.
Realisierungswettbewerb Alsenblock und Vorstellung weiterer Projekte der Bundesbaugesellschaft Berlin. Pressekonferenz 3. November 1994. Hrsg. von der Bundesbaugesellschaft Berlin mbH. Berlin 1994.
Rumpf, Peter, Paul-Löbe-Haus: Für Ausschüsse, Abgeordnete und Besucherdienst. In: Bauwelt. Jg. 93. 2002. H. 1/2. S. 24-33.
Schäble, Gunter, Bevölkerung in Ordnung. Abschweifungen von Hans Haackes Installation im Reichstag. In: Merkur. Jg. 55. 2001. H. 6. S. 481-494.
Schlusche, Günter, Die Parlaments- und Regierungsbauten des Bundes im Kontext der Berliner Stadtentwicklung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 51. 2001. H. 34/35. S. 16-23.
Schröder, Thies, Demokratie als Pflanzplan. Landschaftsplanerischer Wettbewerb Spreebogen. In: Architektur in Berlin. Jg. 1998. S. 144-149.
Schulz, Bernhard, Der Reichstag. Die Architektur von Norman Foster. Mit einem Vorwort von *Wolfgang Thierse* und einer Einführung von *Norman Foster*. München 2000.
Schwaetzer, Irmgard, Neue Hauptstadt für ein neues Land. Reflexionen über Politik und Architektur in Berlin. In: Liberal. Jg. 41. 1999. H. 3. S. 20-23.
Spreebogen. Ergebnisse des Internationalen Städtebaulichen Wettbewerbes, ausgelobt von der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin, vertreten durch das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, die Bundesbaudirektion, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Berlin 1993.
Spreebogen. Internationaler Städtebaulicher Wettbewerb. Ergebnisse der Überarbeitung, ausgelobt von der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin, vertreten durch das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, die Bundesbaudirektion, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Berlin 1993.
Tietz, Jürgen, Glück auf. Umnutzung von Altbauten beim Regierungsumzug. In: Architektur in Berlin. Jg. 2000. S. 32-37.

Titel der Darstellung
Umbau des Reichstagsgebäudes zum Deutschen Bundestag. Architektenwettbewerb. Hrsg. vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Bonn-Bad Godesberg 1993.
Unterbringungsmöglichkeiten des Deutschen Bundestages in Berlin. Eine Untersuchung der Bundesbauverwaltung in Zusammenarbeit mit der Verwaltung des Deutschen Bundestages, der Bundesfinanzverwaltung und den Architekten Ziegert + Strey, Berlin. Berlin [u. a.] 1991.
Unter der Kuppel. Reichstagsgebäude und Parlamentsviertel. Einblicke und Ausblicke. Mit Fotos von *Andreas Muhs*. Berlin 1999.
Das Unternehmen Parlaments- und Regierungsviertel. Hrsg. von der Bundesbaugesellschaft Berlin mbH. Berlin 1996.
Das Unternehmen Parlaments- und Regierungsviertel. Hrsg. von der Bundesbaugesellschaft Berlin mbH. Berlin 1998.
Das Volk auf dem Dach. Das Interview mit *Norman Foster* führten *Petra Bornhöft* und *Hartmut Palmer* in London. In: Der Spiegel. Jg. 1994. H. 16. S. 84-87.
Vom Bundestag zum Reichstag – Ortswechsel oder Signal? Symposium, 26. Januar 1995. Hrsg. von der Stiftung Baukultur Rheinland-Pfalz unter der Redaktion von *Annette Müller*. Mainz 1995.
Wagner, Volker, Regierungsbauten in Berlin. Geschichte, Politik, Architektur. Berlin 2001.
Welch Guerra, Max, Politische Macht am Berliner Spreebogen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 51. 2001. H. 34/35. S. 3-6.
Welzbacher, Christian, Zwischen Pathos und Normalbüro: Paul-Löbe- und Jakob-Kaiser-Haus – Arbeitsorte für Abgeordnete. In: Architektur in Berlin. Jg. 2002. S. 48-53.
Wilhelm, Karin, „Demokratie als Bauherr“. Überlegungen zum Charakter der Berliner politischen Repräsentationsbauten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 51. 2001. H. 34/35, S. 7-15.
Wise, Michael Z., Capital dilemma. Germany’s search for a new architecture of democracy. New York, NY 1998.
Zwoch, Felix, Hauptstadt Berlin. Parlamentsviertel im Spreebogen = Capital Berlin. Internationaler städtebaulicher Ideenwettbewerb 1993. Berlin 1993.

18.5 Bannmeile/Befriedeter Bezirk

Bundestag und Bundesrat in Bonn sowie Bundesverfassungsgerichtshof in Karlsruhe wurden geschützt durch das Bannmeilen-Gesetz vom 6. August 1955, geändert durch das Gesetz vom 28. Mai 1969, in dem öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel sowie Aufzüge und politische Demonstrationen verboten waren. Die Bannmeile umfasste nahezu das gesamte Parlaments- und Regierungsviertel in Bonn sowie die meisten Vertretungen der Länder, Büros zahlreicher Journalisten und Agenturen, Bundespresseamt und etliche Botschaften. Das Bannmeilen-Gesetz ließ Ausnahmen von dem Verbot zu.

Mit dem „Gesetz über befriedete Bezirke für Verfassungsorgane des Bundes“ als Artikel 1 des „Gesetzes zur Neuregelung des Schutzes von Verfassungsorganen des Bundes“ vom 11. August 1999 (BGBl. I S. 1818) gibt es keine Bannmeile mehr um das Parlament in Berlin, sondern einen befriedeten Bezirk. Damit sind in Berlin öffentliche Versammlungen grundsätzlich zugelassen, sofern sie die Tätigkeit der Verfassungsorgane nicht stören, was für die sitzungsfreie Zeit generell angenommen wird. Der Schutz der Tätigkeit von Bundestag und Bundesrat (ebenso wie für das Bundesverfassungsgericht) wird durch das genannte Gesetz gewährleistet. In der Abwägung von Versammlungsfreiheit und Arbeitsfähigkeit des Parlaments wird das Demonstrationsverbot nur eingeschränkt, soweit es unbedingt notwendig ist, da gerade die „Verbannung“ der Bevölkerung nicht gewünscht ist. Die Behörden können allerdings, unter Abwägung aller zu berücksichtigenden Aspekte, Aufzüge verbieten.

Die Abgrenzung des befriedeten Bezirks für den Deutschen Bundestag umfasst in der Bundeshauptstadt Berlin das Gebiet, das umgrenzt wird durch die Wilhelmstraße bis zur Straße Unter den Linden, die Straße Unter den Linden bis zum Pariser Platz, den Pariser Platz, den Platz vor dem Brandenburger Tor bis zur Straße des 17. Juni, die Straße des 17. Juni bis zur Yitzhak-Rabin-Straße (früher Entlastungsstraße), die Yitzhak-Rabin-Straße (früher Entlastungsstraße), die Heinrich-von-Gagern-Straße, die Willy-Brandt-Straße, die Moltke-Brücke, das nördliche Spreeufer bis zur Reinhardt-Straße, die Reinhardt-Straße bis zur Stadtbahntrasse, die Stadtbahntrasse bis zur Luisenstraße, die Luisenstraße und die Marschallbrücke. Soweit die genannten Straßen, Plätze und Brücken den befriedeten Bezirk umgrenzen, gehören sie nicht zu dem befriedeten Bezirk. Dies gilt nicht für die Wilhelmstraße und die Willy-Brandt-Straße.

Gemäß Artikel 6 des Gesetzes zur Neuregelung des Schutzes von Verfassungsorganen des Bundes vom 11. August 1999 (BGBl. I S. 1818) legte die Bundesregierung am 26. November 2002 einen „Bericht über die Erfahrung mit dem Verfahren gemäß Artikel 1 §§ 5 - 7 des Gesetzes über befriedete Bezirke für Verfassungsorgane des Bundes (BefBezG) vor (vgl. Drucksache 15/117 vom 26. November 2002). In dem Bericht heißt es zusammenfassend, dass aus Sicht des Bundesministeriums des Innern „keine Änderung des Verfahrens zur Zulassung von Versammlungen in den befriedeten Bezirken der Verfassungsorgane des Bundes für erforderlich gehalten“ wird. Der Bericht enthält abschließend eine statistische Übersicht der Versammlungen im befriedeten Bezirk für den Zeitraum vom 16. August 1999 bis 30. September 2002. Demnach gab es in dem Zeitraum in den befriedeten Bezirken insgesamt 266 Anträge, davon alleine beim Bundestag:

– 211 Anträge auf Zulassung von Versammlungen bzw. Aufzügen,
  von denen:
  10 zurückgezogen wurden,
  5 nicht zulassungsbedürftig und
  11 keine Versammlung im Sinne des Gesetzes waren.
– Insgesamt wurden 185 Anträge zugelassen (davon 61 mit Auflagen).
  5 Anträge wurden abgelehnt.

Bibliographie

Die sich anschließende Bibliographie zum Thema Bannmeile/Befriedeter Bezirk umfasst in erster Linie die 13. bis beginnende 15. Wahlperiode, in Auswahl auch frühere Publikationen.

Titel der Darstellung
Der Bann der Bannmeile. Schutz der Volksvertretung oder Unterdrückung der Meinungsfreiheit? In: Bundestag-Report. 1993. H. 3. S. 2021.
Breitbach, Michael, Die Bannmeile als Ort von Versammlungen. Gesetzgebungsgeschichte, verfassungsrechtliche Voraussetzungen und ihre verfahrens- und materiellrechtlichen Folgen. Baden-Baden 1994.
Breitbach, Michael, Das Versammlungsverbot innerhalb von Bannmeilen um Parlamente und seine Ausnahmeregelungen. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 7. 1988. H. 7. S. 584-591.
Breitbach, Michael, Für die Abschaffung der Bannmeile. In: Kritische Justiz. Jg. 31. 1998. H. 2. S. 238-245.
Busch, Jost-Dietrich, Bannkreise zu Gunsten der Parlamente im vorläufigen Rechtsschutz bei Demonstrationen. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 4. 1985. H. 9. S. 634-635.
Heintzen, Markus, Das alte Versammlungsgesetz in der neuen Hauptstadt. In: Nomos und Ethos. Hommage an *Josef Isensee* zum 65. Geburtstag von seinen Schülern. Hrsg. von *Otto Depenheuer, Markus Heintzen, Matthias Jestaedt, Peter Axer*. Berlin 2002. S. 103-120.
Heyer, Christian und *Almut Poßnien*, Der befriedete Bezirk. [= Der Aktuelle Begriff Nr. 19/99 vom 9.11.1999.] In: Der Aktuelle Begriff 2000. Hrsg. von den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages. Rheinbreitbach 2000. S. 19-25.

Titel der Darstellung
Schwarze, Jürgen, Demonstrationen vor den Parlamenten. Die Problematik von Versammlungen innerhalb des Bannkreises im Lichte der jüngsten Verwaltungsrechtsprechung. In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 38. 1985. H. 6. S. 213-222.
Soiné, Michael und *Boris Mende*, Das Gesetz zur Neuregelung des Schutzes von Verfassungsorganen des Bundes. Eine Bestandsaufnahme. In: Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 115. 2000. H. 20. S. 1500-1509.
Solms, Hermann Otto, Bürger und Parlament rücken zusammen. In: Die Liberale Depesche. Jg. 1999. H. 3. S. 7.
Tsatsos, Dimitris Th. und *Wiebke Wietschel*, Bannmeilenregelungen zum Schutz der Parlamente wieder in der Diskussion. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 27. 1994. H. 6. S. 211-215.
Welsing, Bertram, Bannmeilen und Art. 8 (Abs. 1) GG - sind die Bannmeilengesetze mit Art. 8 GG vereinbar? In: Die Polizei. Jg. 87. 1996. H. 8. S. 196-203.
Werner, Sascha, Das neue Bannmeilengesetz der "Berliner Republik". In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 19. 2000. H. 4. S. 369-375.
Wiefelspütz, Dieter, Aktuelle Probleme des Versammlungsrechts in der Hauptstadt Berlin. In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 54. 2001. H. 1. S. 21-28.
Wiefelspütz, Dieter, Angesichts von provozierenden Neo-Nazi-Demonstrationen durch das Brandenburger Tor. Bannmeile in Bonn – befriedeter Bezirk in Berlin. In: Die Polizei. Jg. 91. 2000. H. 7/8. S. 215-218.
Wiefelspütz, Dieter, Bannmeile in Bonn - befriedeter Bezirk in Berlin. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 31. 2000. H. 2. S. 247-253.
Wiefelspütz, Dieter, Das Gesetz über befriedete Bezirke für Verfassungsorgane des Bundes. Ein Gesetz, das seinen Zweck erfüllt. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 19. 2000. H. 9. S. 1016-1018.
Wiefelspütz, Dieter, Nazi-Versammlungen können auch verboten werden. Berlin braucht keine erweitere Bannmeile. In: Berliner Republik. Jg. 2. 2000. H. 3. S. 74-75.
Wiefelspütz, Dieter, Das Versammlungsrecht – ein Fall für den Gesetzgeber? In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 34. 2001. H. 2. S. 60-64.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 21.8.

19 Bundestagsverwaltung

Übersicht Seite

19.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung 761
– Organisation der Bundestagsverwaltung
– Chronologische Entwicklung der Bundestagsverwaltung seit 1994
– Der Direktor beim Deutschen Bundestag
– Entwicklung der Stellenpläne der Bundestagsverwaltung

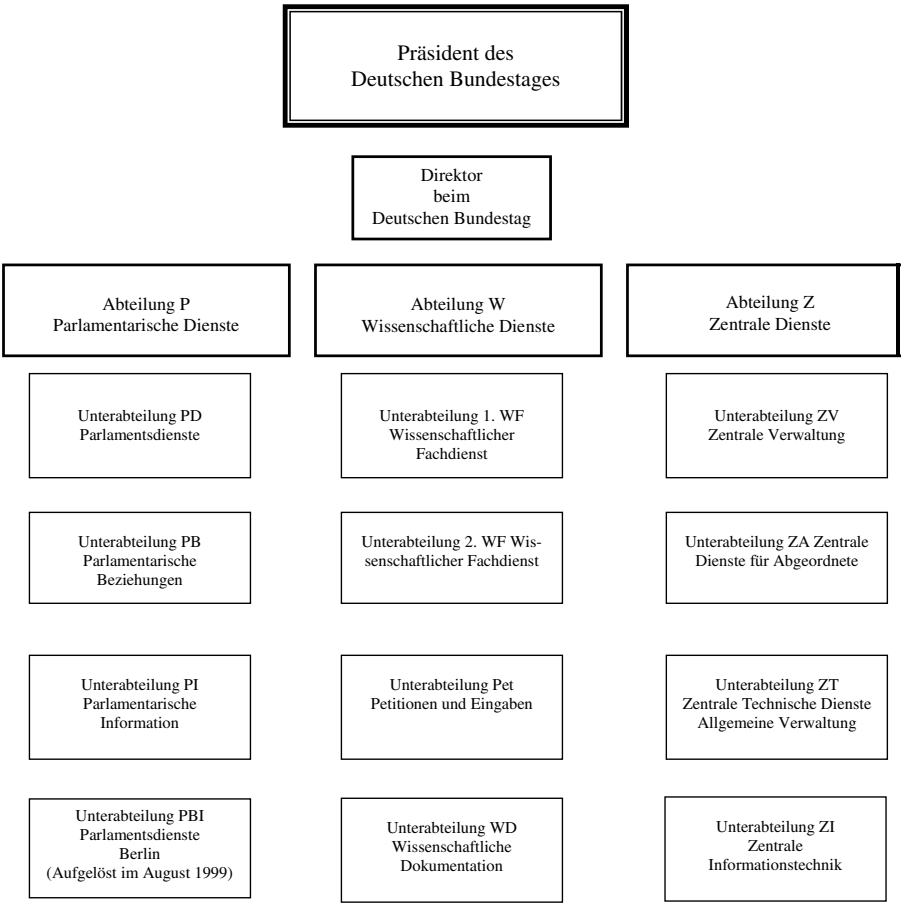
19.2 Personalaustausch im Zusammenhang mit dem Umzug von Bonn nach Berlin . 771

19.3 Übersicht über die Entwicklung der Bestände der Bibliothek, der Pressedokumentation und des Parlamentsarchivs 772

19.4 Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Dienste 773
– Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
– Sach- und Sprechregister
– Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages
– Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)
– Chronik. Gesetze – Statistik – Dokumentation
– Aufzeichnungen und Erinnerungen von Abgeordneten
– Materialien
– Info-Briefe
– Bibliographien
– Auswahlverzeichnisse der Bibliothek des Bundestages
– Veröffentlichte Gesetzesmaterialien
– Wegweiser für Abgeordnete
– Der Aktuelle Begriff
– World Directory of National Parliamentary Libraries

19.1 Aufbau und Entwicklung der Bundestagsverwaltung

Zur Erfüllung seiner vielfältigen Aufgaben hat sich der Deutsche Bundestag eine Verwaltung mit zahlreichen administrativen, wissenschaftlichen und technischen Diensten geschaffen. Die Verwaltung des Deutschen Bundestages ist eine oberste Bundesbehörde. Sie untersteht dem Präsidenten des Deutschen Bundestages und wird vom Direktor beim Deutschen Bundestag geleitet[1]. Die Entwicklung der Bundestagsverwaltung von den Anfängen im Jahre 1949 bis 1997 ist zusammengefasst im **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 22.1.
Seit dem gliedert sich die Bundestagsverwaltung in ihrer Grundstruktur unverändert in drei Abteilungen mit bis zu vier Unterabteilungen wie folgt:



[1] Siehe dazu *Peter Schindler*, Die Verwaltung des Bundestages. In: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Hrsg. von *Hans-Peter Schneider* und *Wolfgang Zeh*. Berlin, New York 1989. S. 829-858.

Organisation der Bundestagsverwaltung

In der linken Spalte der hier folgenden Übersicht wird die Aufgliederung der Bundestagsverwaltung in ihren einzelnen Organisationseinheiten zu Beginn der 13. Wahlperiode (1994) dargestellt sowie in der rechten Spalte die Veränderungen bis zum 31. März 2003 dokumentiert.
In der Übersicht sind die Sekretariate der Enquete-Kommissionen und Untersuchungsausschüsse nicht aufgeführt worden, die jeweils den Unterabteilungen 1. WF und 2. WF zugeordnet wurden.

Bundestagsverwaltung 1994	Veränderungen von 1994 bis 31. März 2003

Präsident des Deutschen Bundestages
– Präsidialbüro einschließlich zwei Referenten des Bundestagspräsidenten
– Pressezentrum (PZ) mit den Referaten:
  – PZ 1 Presse, Rundfunk, Fernsehen
  – PZ 2 Parlamentskorrespondenz
  – PZ 3 Kommunikation	

Direktor beim Deutschen Bundestag – Direktorbüro – Protokoll	
Abteilung W – Wissenschaftliche Dienste	5.12.2001: „Hotline W“ wird Organisationseinheit (Kürzel: W-Hot) und als Stabsstelle bei der Abteilungsleitung W eingerichtet.
Abteilung Z – Zentrale Dienste – Arbeitsgruppe Bauten Berlin – Arbeitsgruppe Personal Berlin, Umzugsbeauftragter – Vorprüfungsstelle	31.12.1997: Vorprüfungsstelle wird aufgelöst.
Unterabteilung PD – Parlamentsdienste – Fachbereich I Parlamentsrecht (Referat PD 1 G) – Referat PD 1 Parlamentssekretariat – Referat PD 2 Parteienfinanzierung, Landesparlamente – Stenographischer Dienst (PD 3) – Sekretariat Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung – Sekretariat Parlamentarische Kontrollkommission, G 10-Gremium und -Kommission, Gremium nach § 41 AWG, Gemeinsamer Ausschuss nach Artikel 53 a GG	
Unterabteilung PB – Parlamentarische Beziehungen – PB 1 Sprachendienst – PB 2 Interparlamentarische Angelegenheiten – PB 3 Internationale Beziehungen, Reisestelle – PB 4 Internationale Austauschprogramme	Vom 15.9.1998 bis 31.12.1999 ist beim UAL PB die Funktion eines „Projektbeauftragten PB – Internationale Sonderprogramme“ eingerichtet.

Bundestagsverwaltung 1994	Veränderungen von 1994 bis 31. März 2003
Unterabteilung PI – Parlamentarische Information	
– PI 1 Öffentlichkeitsarbeit	
– PI 2 Besucherdienst	
– PI 3 Pressedokumentation	
– PI 4 Elektronische Hausinformationssysteme	6.11.1997: PI 4 erhält die Bezeichnung „Online-Dienste, Parlamentsfernsehen“.
– PI 5 Informationsveranstaltungen	8.2.1996: PI 5 wird aufgelöst. Die Aufgaben werden in das Referat PI 2 integriert. 1.8.1999: PI 5 (Historische Ausstellung Berlin, Sonderprojekte) wird eingerichtet.
Unterabteilung PBI – Parlamentsdienste Berlin die Referate – PBI 1 Sekretariat Sitzungen und Tagungen Berlin – PBI 2 Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst Berlin – PBI 3 Technische Dienste, Liegenschaften Berlin – PBI 4 Innerer Dienst Berlin	1.9.1997: Aufhebung der Unterabteilung PBI „Parlamentsdienste Berlin“ und Einrichtung der „Dienststelle Berlin“ (Kurzbezeichnung: DstB) mit den Referaten: DstB 1: Sekretariat Sitzungen und Tagungen Berlin; DstB 2: Öffentlichkeitsarbeit und Besucherdienst Berlin. 1.8.1999 Aufhebung der „Dienststelle Berlin“
Unterabteilung 1. WF – Wissenschaftlicher Fachdienst die Sekretariate	
– Auswärtiger Ausschuss	
– Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	
– Verteidigungsausschuss	
– Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union	16.1.1995: Das bisherige Sekretariat „Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union“ wird ergänzt um ein Europabüro. Es erhält die Bezeichnung „Sekretariat Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Europabüro“.
– Haushaltsausschuss	
– Finanzausschuss	
– Ausschuss für Wirtschaft	ab 14. WP: Ausschuss für Wirtschaft und Technologie ab 15. WP: Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
– Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	ab 14.3. 2001: Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
– Ausschuss für Verkehr	Beginn 14. WP: Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Bundestagsverwaltung 1994	Veränderungen von 1994 bis 31. März 2003
– Ausschuss für Post und Telekommunikation	13. WP: in der 13. WP wurde die Arbeit des Ausschusses eingestellt und das Sekretariat aufgelöst.
– Ausschuss für Fremdenverkehr und Tourismus	ab 14 WP: Ausschuss für Tourismus
– Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung	ab 14. WP: Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
– Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	12.10.2000 bis 17.10.2002: Sekretariat Sonderausschuss „Maßstäbegesetz/Finanzausgleich“.
die Fachbereiche – II Auswärtiges, Internationales Recht, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Deutsche Integration, Verteidigung	6.11.1997: Fachbereich II erhält die Bezeichnung „Auswärtiges, Internationales Recht, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung“.
– IV Haushalt und Finanzen – V Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Verkehr, Post und Telekommunikation, Fremdenverkehr und Tourismus – VIII Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie, Technikfolgenabschätzung, Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	
– XII Europäische Gemeinschaften	16.1.1995: Der Fachbereich XII wird in Fachbereich „Europa“ umbenannt.
Unterabteilung 2. WF – Wissenschaftlicher Fachdienst die Sekretariate – Innenausschuss – Sportausschuss	26.11.1998: Einrichtung des Sekretariates „Kultur und Medien“.
– Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung	Nicht mehr ab 15. WP
– Rechtsausschuss	
– Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	Nicht mehr ab 14. WP
– Ausschuss für Gesundheit	ab 15. WP: Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung
– Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	nur in der 14. WP: Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder

Bundestagsverwaltung 1994	Veränderungen von 1994 bis 31. März 2003
noch: **Unterabteilung 2. WF – Wissenschaftlicher Fachdienst** die Fachbereiche – III Verfassung und Verwaltung – VI Arbeit und Sozialordnung – VII Zivil-, Straf- und Verfahrensrecht, Umweltschutzrecht, Raumordnung, Bauwesen und Städtebau – IX Gesundheit, Familie, Senioren, Frauen und Jugend	26.11.1998: Einrichtung des Fachbereichs „X Kultur und Medien“.
Unterabteilung WD – Wissenschaftliche Dokumentation – Fachbereich XI (WD 1) Geschichte, Zeitgeschichte und Politik – Bibliothek (WD 2) – Referat WD 3 Parlamentsarchiv – Referat WD 4 Parlamentsgeschichtliche Dokumentation – Referat WD 5 Sach- und Sprechregister – Referat WD 6 Verwaltungsbibliothek	15.2.2000: WD 4 wird aufgelöst. Die Aufgaben werden teilweise von WD 1 übernommen. 1.2.2001: Umbenennung von WD 5 in WD 4. 1.12.1997: WD 6 wird aufgelöst. Die Aufgaben werden von WD 2 übernommen.
Unterabteilung Pet – Petitionen und Eingaben– Sekretariat Petitionsausschuss die Referate – Pet 1 (BMI, AA, BMZ) – Pet 2 (BMF, BMPT, BMU) – Pet 3 (BMA [Soziales], BMFSFJ) – Pet 4 (BMJ, BMA [Arbeit/Soz], BMI, BMWi) – Pet 5 (BMVg, BMV, BMBF, BMG, BMBau)	1.2.1999: Die ressortbezogenen Zuständigkeiten der Referate werden neu geregelt: Pet 1: BMI, BMVg, BMVBW, Bundeskanzleramt, Bundespräsidialamt; Pet 2: BMF, BMG, Deutscher Bundestag, BM; Pet 3: BMA (Soziales) BMWi, BMFSFJ; Pet 4: BMJ, BMA (Arbeit), AA, BMBF, BML, BMZ; Pet 5 wird aufgelöst.
Unterabteilung ZV – Zentrale Verwaltungdie Referate – ZV 1 Personal höherer und gehobener Dienst, Personalgrundsatzfragen – ZV 2 Personal mittlerer und einfacher Dienst – ZV 3 Haushalt – ZV 4 Organisation – ZV 5 Wohnungsfürsorge, Sozialaufgaben, Aus- und Fortbildung – ZV 6 Justitiariat	

Bundestagsverwaltung 1994	Veränderungen von 1994 bis 31. März 2003
Unterabteilung ZA – Zentrale Dienste für Abgeordnete	
die Referate	
– ZA 1 Entschädigung von Abgeordneten	
– ZA 2 Mitarbeiter von Abgeordneten	
– ZA 3 Geheimschutz	27.11.1996 Nach Auflösung des Referates ZT 4 „Datenschutz“ wird der Aufgabenbereich dem neuen Referat ZA 3 mit der Bezeichnung „Geheimschutz, Datenschutz“ zugeordnet.
– ZA 4 Polizei- und Sicherungsdienst, Arbeitsschutz	27.11.1996: ZA 4 Polizei- und Sicherungsdienst; der Sachbereich „Arbeitsschutz, Unfallverhütung, Brandschutz, Erste Hilfe“ wird von ZT 3 übernommen.
– ZA 5 Zentrale Beschaffung, Textverarbeitung	15.2.1997: ZA 5 wird in das Referat ZT 3 überführt.
Unterabteilung ZT – Zentrale Technische Dienste, Allgemeine Verwaltung	
Referat ZT RTG (Projektbetreuung Reichstagsgebäude und Altbauten Berlin)	1.9.1997: Das Referat „Projektbetreuung Reichstagsgebäude mit Altbauten Berlin“ wird eingerichtet und der Unterabteilung ZT unterstellt. 1.8.1999: Das Referat ZT RTG wird aufgehoben. Die Aufgaben werden von ZT 1 (Bauplanung und Neubauten) übernommen.
die Referate	6.9.1999:
– ZT 1 Bauplanung und Neubauten	Bei der Unterabteilungsleitung ZT wird unter der Kurzbezeichnung ZT-GM die „Stabsstelle Gebäudemanagement“ eingerichtet.
– ZT 2 Liegenschaften	
– ZT 3 Betriebstechnik	
– ZT 4 Datenschutz	27.11.1996: ZT 2 (Liegenschaften) und ZT 3 (Betriebstechnik) werden zu ZT 3 Liegenschaften und Gebäudetechnik zusammengefasst. 31.8.1994: ZT 4 wird aufgelöst. Der „Datenschutz“ wird ZA 3 zugeordnet. 15.2.1997: ZT 2 Zentrale Beschaffung wird geschaffen aus dem Referat ZA 5 Zentrale Beschaffung, Textverarbeitung.
– ZT 5 Org.-Technischer Parlamentsdienst	12.12.1994: ZT 5 erhält die Kurzbezeichnung ZT 4.

Bundestagsverwaltung 1994	Veränderungen von 1994 bis 31. März 2003
Unterabteilung ZI – Zentrale Informationstechnik die Referate – ZI 1 IT-Grundsatzfragen	27.7.1995: ZI 1 wird umbenannt in ZI 1 Anwendungs- und Systementwicklung Berlin, IT-Grundsatzfragen. 1.9.1998: Die Referate ZI 1 Anbindungs- und Systementwicklung Berlin, IT-Grundsatz und ZI 4 Informationssysteme, DV-Anlagen werden zu ZI 1 IT-Grundsatzfragen, Zentrale IT-Systeme, Anwendungen zusammengefasst.
– ZI 2 Neue Informationssysteme, IT-Beschaffung, Rechtsfragen der Informationsverarbeitung, Schulung und Benutzer-Service – ZI 3 Kommunikationstechnik – ZI 4 Informationssysteme, DV-Anlagen – ZI 5 Datenbanken, Programmentwicklung	27.10.1998: ZI 5 Datenbank und Programmentwicklung wird umbenannt in ZI 4 Datenbanken und Programmentwicklung. 11.4.2000: Umbenennung des Referates ZI 4 (Datenbanken, Programmentwicklung) zu Referat ZI 4 (IT-Systementwicklung). 1.7.1999: Einrichtung von ZI 5 IT–Sicherheit.
Leitende Beamte (beim Wehrbeauftragten) die Referate – WB 1 Grundsatzangelegenheiten/Grundsätze der Inneren Führung/Innerer Dienst – WB 2 Menschenführung in der Bundeswehr/Soldaten im Ausland	
– WB 3 Besoldungs- und Versorgungsangelegenheiten der Berufs- und Zeitsoldaten/Angelegenheiten der Reservisten	5.5.1994: WB 3 wird aufgelöst. WB 6 wird umbenannt in WB 3 Personalangelegenheiten der Mannschaften und Reservisten.
– WB 4 Personalangelegenheiten der Offiziere und Unteroffiziere – WB 5 Fürsorgeangelegenheiten/Soldat und Familie	1.7.1996: Das Referat WB 3 (Personalangelegenheiten der Mannschaften und Reservisten) erhält die Bezeichnung „Personalangelegenheiten der Wehrpflichtigen und Angelegenheiten der Reservisten“ und übernimmt die in der neuen Bezeichnung aufgeführten Aufgaben. März 2001: WB 3 Personalangelegenheiten der Wehrpflichtigen; Angelegenheiten der Reservisten; Frauen in den Streitkräften. 1.7.1996: WB 4 erhält die Bezeichnung Personalangelegenheiten der Berufssoldaten und der Soldaten auf Zeit.
– WB 6 Angelegenheiten der Mannschaften	5.5.1994: WB 6 wird umbenannt in WB 3 Personalangelegenheiten der Mannschaften und Reservisten.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 22.1.

Chronologische Entwicklung der Bundestagsverwaltung seit 1994

5. Mai 1994	Beim Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages wird das Referat WB 3 „Besoldungs- und Versorgungsangelegenheiten der Berufs- und Zeitsoldaten/Angelegenheiten der Reservisten“ aufgelöst. Das Referat WB 6 wird in „Personalangelegenheiten der Mannschaften und Reservisten“ umbenannt und mit WB 3 bezeichnet.
31. August 1994	Auflösung des Referates ZT 4 „Datenschutz“. Der Aufgabenbereich wird dem neuen Referat ZA 3 mit der Bezeichnung „Geheimschutz, Datenschutz“ zugeordnet.
12. Dezember 1994	Das Referat ZT 5 erhält die Kurzbezeichnung ZT 4.
16. Januar 1995	Der Fachbereich XII „Europäische Gemeinschaften“ wird in „Fachbereich Europa“ umbenannt. Das bisherige Sekretariat „Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union“ wird ergänzt um ein Europabüro. Es erhält die Bezeichnung „Sekretariat Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Europabüro“.
27. Juli 1995	Das bisherige Referat ZI 1 (IT-Grundsatzfragen) erhält die Bezeichnung „Anwendungs- und Systementwicklung Berlin, IT-Grundsatzfragen“. ZI 1 übernimmt mit Auflösung des Referates ZI 6 auch die Aufgaben der „Datenverarbeitung Bibliothek/Verbund“. Der Aufgabenbereich der Datenbankabfragestellen wird aus dem Referat ZI 5 in das Referat ZI 1 verlagert.
8. Februar 1996	Das Referat PI 5 (Informationsveranstaltungen) wird aufgelöst. Die Aufgaben werden in das Referat PI 2 (Besucherdienst) integriert.
1. Juli1996	Das Referat WB 3 (Personalangelegenheiten der Mannschaften und Reservisten) erhält die Bezeichnung „Personalangelegenheiten der Wehrpflichtigen und Angelegenheiten der Reservisten“ und übernimmt die in der neuen Bezeichnung aufgeführten Aufgaben. Das Referat WB 4 (Personalangelegenheiten der Offiziere und Unteroffiziere) erhält die Bezeichnung „Personalangelegenheiten der Berufssoldaten und der Soldaten auf Zeit“ und übernimmt die in der neuen Bezeichnung aufgeführten Aufgaben.
27. November 1996	Die Referate ZT 2 (Liegenschaften) und ZT 3 (Betriebstechnik) werden zu einem Referat mit der Bezeichnung „Liegenschaften und Gebäudetechnik“ (Kurzbezeichnung ZT 3) zusammengefasst. Aus dem Referat ZA 4 (Polizei- und Sicherungsdienst, Arbeitsschutz) wird der Sachbereich „Arbeitsschutz, Unfallverhütung, Brandschutz, Erste Hilfe“ sowie aus dem Referat ZA 5 (Zentrale Beschaffung, Textverarbeitung) der Schlüsseldienst ausgegliedert und in das Referat ZT 3 überführt. Der Schlüsseldienst in Berlin wird fachlich dem Referat ZT 3 unterstellt. Das Referat ZA 4 führt nur die Zusatzbezeichnung „Polizei- und Sicherungsdienst“.
15. Februar 1997	Das Referat ZA 5 (Zentrale Beschaffung, Textverarbeitung) wird in die Unterabteilung ZT verlagert. Es erhält die Bezeichnung „ZT 2 (Zentrale Beschaffung)“. Die Post/Telekommunikationsdienste (früher „Fernschreibstelle“) und das Sekretariat für Abgeordnete werden vom Referat ZA 5 (alt) zum Referat ZT 4 verlagert. Innerhalb des Referates ZT 4, Sachbereich 10, wird die „Post- und Telekommunikation“ den Postdiensten und das Sekretariat für Abgeordnete dem Etagendienst zugeordnet.
1. September 1997	Aufhebung der Unterabteilung PBl „Parlamentsdienste Berlin“ und Einrichtung der Dienststelle Berlin (Kurzbezeichnung: DstB) mit den Referaten: DstB 1: Sekretariat Sitzungen und Tagungen Berlin DstB 2: Öffentlichkeitsarbeit und Besucherdienst Berlin. Das Referat „Projektbetreuung Reichstagsgebäude mit Altbauten Berlin“ wird eingerichtet und der Unterabteilung ZT unterstellt.

6. November 1997	Fachbereich II erhält die Bezeichnung „Auswärtiges, Internationales Recht, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung“. Das Referat PI 4 erhält die Bezeichnung „Online-Dienste, Parlamentsfernsehen“.
1. Dezember 1997	Das Referat WD 6 (Verwaltungsbibliothek) wird aufgelöst. Die Aufgaben werden von der Bibliothek WD 2 übernommen.
31. Dezember 1997	Die Vorprüfungsstelle wird aufgelöst.
1. September 1998	Die Referate ZI 1 (Anbindungs- und Systementwicklung Berlin, IT-Grundsatz) und ZI 4 (Informationssysteme, DV-Anlagen) werden zu einem Referat mit der Bezeichnung ZI 1 (IT-Grundsatzfragen, Zentrale IT-Systeme, Anwendungen) zusammengefasst.
15. September 1998	Beim Unterabteilungsleiter PB wird befristet vom 15.09.1998 bis 31.12.1999 die Funktion eines „Projektbeauftragten PB – Internationale Sonderprogramme“ eingerichtet.
27. Oktober 1998	Das Referat ZI 5 (Datenbank und Programmentwicklung) wird umbenannt in Referat ZI 4 (Datenbanken und Programmentwicklung).
26. November 1998	In der Unterabteilung 2. WF wird der Fachbereich „Kultur und Medien“ mit der Kurzbezeichnung WF X G eingerichtet.
1. Februar 1999	Das Referat Pet 5 wird aufgelöst Die ressortbezogenen Zuständigkeiten der Referate der Unterabteilung Pet werden folgendermaßen neu geregelt: Pet 1: BMI, BMVg, BMVBW, Bundeskanzleramt, Bundespräsidialamt Pet 2: BMF, BMG, Deutscher Bundestag, BM Pet 3: BMA (Soziales) BMWi, BMFSFJ Pet 4: BMJ, BMA (Arbeit), AA, BMBF, BML, BMZ
9. Juni 1999	Die Presseausschnittsammlung von PI 3 wird als elektronisches Archiv geführt und kann von den Büros aus im Intranet benutzt werden.
1. Juli 1999	In der Unterabteilung ZI wird das Referat ZI 5 (IT–Sicherheit) eingerichtet.
1. August 1999	Die „Dienststelle Berlin“ wird mit ihren Organisationseinheiten aufgelöst. In der Unterabteilung PI wird das Referat PI 5 (Historische Ausstellung Berlin, Sonderprojekte) eingerichtet. Das Referat ZT RTG (Projektbetreuung Reichstagsgebäude und Altbauten Berlin) wird aufgehoben. Die Aufgaben gehen in die Zuständigkeit des Referates ZT 1 (Bauplanung und Neubauten) über.
6. September 1999	Bei der Unterabteilungsleitung ZT wird unter der Kurzbezeichnung ZT-GM die „Stabsstelle Gebäudemanagement“ eingerichtet.
15. Februar 2000	Das Referat WD 4 wird aufgelöst. Die Bearbeitung des „Datenhandbuchs zur Geschichte des Deutschen Bundestages“ wird künftig vom Referat WD 1 wahrgenommen. Die Publikation „Wegweiser für Abgeordnete“ wird künftig vom Referat PI 5 bearbeitet.
11. April 2000	Umbenennung des Referates ZI 4 (Datenbanken, Programmentwicklung) zu Referat ZI 4 (IT-Systementwicklung)
1. Januar 2001	Umbenennung des Referates WD 5 (Sach- und Sprechregister) zu Referat WD 4.
November/ Dezember 2001	In den Fachbereichen wird das Digitale Auftragsbuch (Cora) eingeführt; die Dokumentation der Aufträge auf Karteikarten wird am 31. Dezember 2001 eingestellt.
5. Dezember 2001	Die in der „Abteilung W“ am 2. Dezember 1996 eingerichtete „Hotline W“ wird eine eigene Organisationseinheit (Kürzel: W-Hot) als Stabsstelle bei der Abteilungsleitung W.
Januar 2002	Der Aufgabenbereich „Versand/Publikationen“, bislang beim Referat WD 1, wird der Stabsstelle „Hotline W“ übertragen.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 22.1.

Der Direktor beim Deutschen Bundestag

Der Präsident des Deutschen Bundestages ist Repräsentant der Volksvertretung und zugleich auch Chef der beim Deutschen Bundestag zur Unterstützung seiner Arbeit eingerichteten Verwaltung, einer obersten Bundesbehörde. Der Präsident bestimmt die Grundsätze für die Durchführung der Verwaltungsgeschäfte. So wie er im parlamentarischen Bereich von den Vizepräsidenten vertreten wird, ist sein – alleiniger – Vertreter für die Bundestagsverwaltung der höchste Parlamentsbeamte, der Direktor beim Deutschen Bundestag. Dieser ist Vorgesetzter aller Bediensteten der Bundestagsverwaltung, leitet die gesamte Parlamentsverwaltung und trägt dafür dem Präsidenten gegenüber die Verantwortung.
Im parlamentarischen Bereich ist der Direktor Berater des Präsidenten. Er bereitet die Sitzungen des Präsidiums, des Ältestenrates und des Plenums vor. Besonders wird diese Funktion dadurch unterstrichen, dass der Direktor bei Plenarsitzungen in parlaments- und geschäftsordnungsrechtlichen Fragen dem amtierenden Präsidenten beratend zur Seite steht.

Direktoren beim Deutschen Bundestag (seit 1991)

Dr. *Rudolf Kabel*	1.7.1991 bis 31.10.1998
Dr. *Peter Eickenboom*	1.11.1998 bis 3.11.2002
Prof. Dr. *Wolfgang Zeh*	seit 4.11.2002

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 22.1.

Entwicklung der Stellenpläne der Bundestagsverwaltung

Die Zusammenstellung erfolgte anhand der in den Haushaltsplänen des Bundes veröffentlichten Stellenpläne. Die Zahl der tatsächlich besetzten Stellen ist durchgehend niedriger. In der Kategorie der Beamten, Angestellten bzw. Arbeiter sind jeweils sämtliche Besoldungs-, Vergütungs- bzw. Lohngruppen zusammengefasst worden. Die Zahlen beinhalten auch die Abteilung beim Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages.

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003[1]
Beamte	1 381	1 364	1 342	1 330	1320	1183	1152	1187	1192	1181
Angestellte	653	628	610	596,5	589,5	785	897,5	906,5	914	862,5
Arbeiter	256	252	248	234	229	236	251,5	286	266	264
insgesamt	2 290	2 244	2 200	2 160,5	2138,5	2204	2301	2379,5	2372	2307,5

□ Angaben für den Zeitraum bis 1991 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 22.1.

[1] Angaben nach dem 1. Regierungsentwurf.

19.2 Personalaustausch im Zusammenhang mit dem Umzug von Bonn nach Berlin

Der Deutsche Bundestag hat im Zuge seines Umzugs von Bonn nach Berlin in Berlin 758 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Bundesbehörden übernommen, 899 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden im Gegenzug in Bonn an Tauschbehörden/-einrichtungen und andere Behörden abgegeben. Diese Zahlen schließen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Abgeordneten mit ein.
Als weitere Verbleibemöglichkeiten in Bonn sind zu nennen:
83 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des einfachen Dienstes der Verwaltung des Deutschen Bundestages wurden mit „kw-Stelle“ an die Ministerien und deren Geschäftsbereiche abgegeben. Grundlage war das "Verfahren zur Auf- und Übernahme von Personalüberhängen" (Beschluss der Bundesregierung vom 28. Januar 1998).
Weitere 65 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des einfachen Dienstes der Verwaltung des Deutschen Bundestages wurden als Infrastrukturpersonal von den Nachnutzern der Liegenschaften in Bonn mit Stelle übernommen. Betroffen waren vor allem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Reinigungsdienstes.
16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben zunächst den Zentralen Postaustausch in Bonn weitergeführt und wurden dann von Behörden vornehmlich im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern übernommen.
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Abgeordneten, die vergleichbar dem einfachen und mittleren Dienst vergütet waren, wurden von Ministerien und deren Geschäftsbereichen in Bonn übernommen. Zusätzlich hat das Statistische Bundesamt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Abgeordneten Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten angeboten.
Zum Personaltausch bei den Fraktionen des Deutschen Bundestages vgl. Kapitel 5.9.

Tauschbehörden/ -einrichtungen	höherer Dienst		gehobener Dienst		einfacher/ mittlerer Dienst		Gesamt	
	abgegeben	übernommen	abgegeben	übernommen	abgegeben	übernommen	abgegeben	übernommen
Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte	7	7	30	29	120	110	**157**	**146**
Statistisches Bundesamt	0	0	3	3	209	276	**212**	**279**
Bundesversicherungsamt	21	20	67	67	54	49	**142**	**136**
Deutscher Entwicklungsdienst	3	4	8	8	15	15	**26**	**27**
Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung	0	0	7	7	31	30	**38**	**37**
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik	0	0	3	3	8	7	**11**	**10**
Gesamt	**31**	**31**	**118**	**117**	**437**	**487**	**586**	**635**

19.3 Übersicht über die Entwicklung der Bestände der Bibliothek, der Pressedokumentation und des Parlamentsarchivs

Zu den personell stärksten und von ihrem Ansehen in der Öffentlichkeit her bedeutenden Organisationseinheiten der Bundestagsverwaltung zählen die Bundestagsbibliothek, die Pressedokumentation und das Parlamentsarchiv, über deren Bestandserweiterungen die folgende Übersicht Auskunft gibt. Die sog. „Presseauswertung“ wurde 1957 als eigenständige Organisationseinheit aus dem Parlamentsarchiv herausgelöst und gehört seit 1986 zur Abteilung „Parlamentarische Dienste“ und hier zur Unterabteilung „Parlamentarische Information“, während Bibliothek und Archiv bei der Unterabteilung „Wissenschaftliche Dokumentation“ und somit bei der Abteilung „Wissenschaftliche Dienste“ verblieben.

Jahr	Bibliothek: Zahl der Bände bzw. Medieneinheiten	Pressedokumentation[1]: Zahl der ... – Papierausschnitte (bis Mitte 1999) – elektronisch erfassten Artikel (ab 2000)	Parlamentsarchiv: Zahl der Bände „Gesetzesmaterialien“
1994	rd. 1 294 000	rd. 12,5 Millionen	rd. 42 500
1995	rd. 1 327 000	rd. 12,8 Millionen	rd. 43 000
1996	rd. 1 370 000	rd. 13,1 Millionen[2]	rd. 43 500
1997	rd. 1 405 000	rd. 13,4 Millionen	rd. 44 100
1998	rd. 1 430 000	rd. 13,7 Millionen	rd. 44 600
1999	rd. 1 464 000	rd. 14 Millionen	rd. 45 100
2000	rd. 1 485 000	rd. 187 000	rd. 45 600
2001	rd. 1 506 000	rd. 318 000	rd. 46 000
2002	rd. 1 528 000	rd. 445 000	rd. 46 500

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 22.2

[1] Nach Einführung des elektronischen Archivs wurde das Papierarchiv Mitte des Jahres 1999 abgeschlossen, weshalb unterschieden wird zwischen Papierarchiv und elektronischem Zeitungsausschnittarchiv.
Bereits im Jahre 1998 wurde die Pressemappe in elektronischer Form im Intranet des Deutschen Bundestages zur Verfügung gestellt. Ab dem 9. Juni 1999 ging auch das Pressearchiv online (nur Intranet) und ist seitdem aus jedem Bundestagsbüro zu jeder Tageszeit verfügbar. Neben der Möglichkeit von Volltextrecherchen, die für die punktuelle Suche eine unschätzbare Verbesserung der Recherchequalität darstellen, sind die im elektronischen Archiv verfügbaren Dokumente weiterhin mit Schlagwörtern suchbar: Die Möglichkeit eines schnellen und präzisen thematischen Sucheinstiegs – wie von der Recherche im Papierarchiv gewohnt – blieb erhalten.

[2] Infolge Mehrfach-Ablage der Ausschnitte im Personen- und Sach-Archiv betrug die tatsächliche Zahl der Ausschnitte beispielsweise Ende 1996 rund 26 Millionen.

19.4 Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Dienste

Das folgende Verzeichnis enthält eine Auswahl der von den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages herausgegebenen Veröffentlichungen (Stand: 31. März 2003).
Im Einzelnen handelt es sich um folgende Titel:

- Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages
- Sachregister und Sprechregister
- Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages
- Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)
- Chronik. Gesetze – Statistik – Dokumentation
- Aufzeichnungen und Erinnerungen von Abgeordneten
- Materialien
- Info-Briefe
- Bibliographien
- Auswahlverzeichnisse der Bibliothek des Bundestages
- Veröffentlichte Gesetzesmaterialien
- Wegweiser für Abgeordnete
- Der Aktuelle Begriff
- World Directory of National Parliamentary Libraries

Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages

Für jede Wahlperiode erscheint das **Amtliche Handbuch des Deutschen Bundestages**, das über die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages, die gesetzlichen Grundlagen seiner Arbeit und über seine Mitglieder informiert. Es wird herausgegeben vom Deutschen Bundestag, bearbeitet von der Bundestagsverwaltung (seit 1982 vom Referat Parlamentsarchiv) und als Verlagspublikation und Loseblatt-Ausgabe publiziert. So auch für die 13., 14. und 15. Wahlperiode.
Es gibt jeweils ein Grundwerk und mehrere Ergänzungslieferungen. Seit der 11. Wahlperiode wird das Grundwerk in zwei Teilen geliefert, wobei Teil II, bearbeitet vom Fachbereich I (Parlamentsrecht), die Angaben gemäß den Verhaltensregeln für die Mitglieder des Bundestages (Anlage 1 der Geschäftsordnung) enthält.

Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages. 13. Wahlperiode. Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Bearb. von der Bundestagsverwaltung, Referat Parlamentsarchiv. Rheinbreitbach 1995. (+ 6 Ergänzungslieferungen)

Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages. 14. Wahlperiode. Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Bearb. von der Bundestagsverwaltung, Referat Parlamentsarchiv. Rheinbreitbach 1999. (+ 7 Ergänzungslieferungen)

Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages. 15. Wahlperiode. Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Bearb. von der Bundestagsverwaltung, Referat Parlamentsarchiv. Rheinbreitbach 2003.

Im Jahre 2003 erschienen zusätzlich eine CD-Rom mit dem Amtlichen Handbuch 14. Wahlperiode (Stand: 15. Oktober 2002) sowie eine CD-Rom mit dem Amtlichen Handbuch 15. Wahlperiode (Stand: 2003).

Sach- und Sprechregister

Das Referat Sach- und Sprechregister gibt – ab der 8. Wahlperiode gemeinsam mit der Dokumentation und Datenverarbeitung des Bundesrates – das „Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates“ heraus. Teil I umfasst das **„Sachregister“** und enthält nach alphabetisch geordneten Sach-Deskriptoren sämtliche in den Drucksachen und Debatten des Bundestages und des Bundesrates behandelten Gegenstände. Der 2. Teilband **„Sprechregister“** weist in alphabetischer Namensord-

nung alle im Plenum des Bundestages und des Bundesrates gehaltenen Reden sowie die schriftlichen Initiativen der einzelnen Abgeordneten (Anfragen, Anträge, Gesetzentwürfe) nach. Am Ende jeder Wahlperiode wird ein Abschlussband veröffentlicht, der das gesamte Material dieses Zeitraums umfasst.

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und zu den Anlagen

I. Teil: Sachregister	1.–7. Wahlperiode 1949–1976
II. Teil: Sprechregister	1.–7. Wahlperiode 1949–1976

Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

I. Teil: Sachregister	ab 8. Wahlperiode 1976
II. Teil: Sprechregister	ab 8. Wahlperiode 1976

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages

Schindler, Peter, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1983 bis 1991. Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Baden-Baden 1994.

Schindler, Peter, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Gesamtausgabe in drei Bänden. Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Baden-Baden 1999.

Das Datenhandbuch 1949 bis 1999 ist zeitgleich auch als CD-Rom erschienen.

Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA)

Von August 1973 bis Dezember 2002 erschien die Loseblattsammlung **„Stand der Gesetzgebung des Bundes“**, die eine ständig aktualisierte Übersicht über alle in der laufenden Wahlperiode eingebrachten Gesetzentwürfe enthielt. Diese Loseblattsammlung wird unter denselben Prämissen seit Beginn der 15. Wahlperiode als Online-Version fortgesetzt und kann nur noch abgerufen werden auf der Internetseite des Deutschen Bundestages: http://www.bundestag.de. Für jeden Gesetzentwurf wird eine Kurzinformation über den Inhalt sowie den Gang des Gesetzgebungsprozesses gegeben. Am Ende einer Legislaturperiode erscheint in gebundener kumulierter Form ein Gesamtband zur jeweiligen Wahlperiode.
Seit Anfang 1977 wird das Werk als Verlagspublikation vertrieben und damit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Stand der Gesetzgebung des Bundes. 13. Wahlperiode. 1994-1998. [Abschlussband]. Hrsg. vom Deutschen Bundestag / Bundesrat. Baden-Baden 1999.

Stand der Gesetzgebung des Bundes. 14. Wahlperiode. 1998-2002. [Abschlussband]. Hrsg. vom Deutschen Bundestag / Bundesrat. Baden-Baden 2003.

Chronik. Gesetze – Statistik – Dokumentation

Mit der „Chronik“ wurde ein Überblick über die Arbeitsergebnisse, Zusammensetzung und Arbeitsweise des Deutschen Bundestages in der jeweils abgelaufenen Wahlperiode gegeben. Von der 8. bis zur 13. Wahlperiode wurde die „Chronik“ innerhalb der Wissenschaftlichen Dienste erstellt und vom Presse- und Informationszentrum, seit 1987 Referat Öffentlichkeitsarbeit, herausgegeben. Das Manuskript wurde seit 1993 vom Referat Parlamentsgeschichtliche Dokumentation erarbeitet. Nach Auflösung des Referates im Jahr 2000 wurde das Erscheinen der Chronik eingestellt. Zuletzt erschien:

Chronik. Gesetze – Statistik – Dokumentation. Deutscher Bundestag. 13. Wahlperiode 1994-1998. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. [Berlin 2000].

Aufzeichnungen und Erinnerungen von Abgeordneten

In der Reihe **Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen** erschienen von 1994 bis 2003:

Band 13 *Georg Kahn-Ackermann*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Unterabteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Boppard am Rhein 1994.

Band 14 *Olaf Baron von Wrangel*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Unterabteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Boppard am Rhein 1995.

Band 15 *Wolfram Dorn, Willi Weiskirch*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Unterabteilung Wissenschaftliche Dokumentation. Boppard am Rhein 1996.

Band 16 *Walter Althammer*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Unterabteilung Wissenschaftliche Dokumentation. München 2002.

Materialien

Die Wissenschaftlichen Dienste geben u. a. die Veröffentlichungsreihen **„Materialien“**, **„Info-Briefe“** und **„Bibliographien“** heraus. Aufgabe der Schriftenreihen ist es, zu aktuellen politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen oder zeitgeschichtlichen Fragen umfassende Literaturübersichten bzw. wissenschaftliche Ausarbeitungen beizusteuern. Die Auswahl der Themen ergibt sich unmittelbar aus der parlamentarischen Arbeit und den praktischen Bedürfnissen der Abgeordneten; darüber hinaus sind Fragen von allgemeinem politischem und öffentlichem Interesse Gegenstand der Arbeiten.
Die **„Materialien“** wurden in unregelmäßiger Erscheinungsweise von 1965 bis 2002 herausgegeben. 2003 wurde ihr Erscheinen eingestellt. Die Materialien umfassen wissenschaftliche monographische Ausarbeitungen zu speziellen Fragestellungen. Die von 1994 bis 2002 erschienenen Titel waren folgende:

Nr. 124 Steuerrecht der Abgeordneten. Überarb. Auflage 1994. 41 S.

Nr. 125 Die parlamentarische Kontrolle der Treuhandanstalt. Überblick über die Arbeit des ehemaligen Unterausschusses Treuhandanstalt des Haushaltsausschusses und des bisherigen Ausschusses Treuhandanstalt des Deutschen Bundestages. 1995. 78 S.

Nr. 126 Aus- und Weiterbildungsverhalten ausländischer Stipendiaten in Deutschland. 1996. 252 S.

Nr. 127 Die Mitglieder des Deutschen Bundestages. 1.-13. Wahlperiode. Alphabetisches Gesamtverzeichnis. (Stand: 28. Februar 1998). 1998. 252 S.

Nr. 128 Das parlamentarische System Japans. September 1998. 15 S., Anlagen.

Nr. 129 Europa aktuell. Aktuelle Entwicklungen in der Europäischen Union und ihre Auswirkungen auf die jeweiligen Politikbereiche in der Bundesrepublik Deutschland. (Stand: Februar 1999). 1999. 150 S.

Nr. 130 Steuerrecht für Abgeordnete. 2002. 49 S.

Nr. 131 Europa aktuell 2. Aktuelle Entwicklungen in der Europäischen Union und ihre Auswirkungen auf die jeweiligen Politikbereiche in der Bundesrepublik Deutschland. (Stand: November 2002). 2002. 189 S.

Info-Briefe

Als Instrument der aktiven Information werden seit 1988 die **Info-Briefe** eingesetzt, die die Wissenschaftlichen Dienste den Abgeordneten zur Unterstützung bei der Wahrnehmung des Mandates anbieten. In der Regel werden aktuelle Themen, manchmal in Zusammenarbeit mehrerer Fachbereiche, erarbeitet.
Info-Briefe gibt es seit 1988 in Papierform; seit 2003 sind sie auch auf der Internetseite des Deutschen Bundestages (www.bundestag.de) zu finden.

Seit der 13. Wahlperiode sind folgende Info-Briefe erschienen:

[1]/1994 Internationale Verwendung der Bundeswehr im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen. Bearb. von *Thomas Bartke*. 1994. 29 S.

[2]/1994 Status, Besoldung, Besteuerung und Versorgung von EG-Beamten. Bearb. von *Thomas Schotten*. 1994. 12 S.

[3]/1994 Partnerschaft für den Frieden: Konzept, Resonanz, Programm. Bearb. von *Rainer Mecklenburg*. 1994. 13 S.

[1]/1995 Lage und Entwicklung in den neuen Bundesländern. Bearb. von verschiedenen Autoren. 1995. 433 S.

[1]/1996 Die neue Biotechnologie. Anwendungsfelder und Akzeptanzprobleme. Bearb. von *Erwin Herkommer*. 1996. 42 S.

[2]/1996 Die rechtlichen Grundlagen des Patentierens von Genen. Bearb. von *Joseph Straus*. 1996. 67 S.

[3]/1996 Internationale Friedensinstitutionen im ehemaligen Jugoslawien. Bearb. von *Michael Fuchs*. 1996. 11 S.

[4]/1996 Entwicklung der Staatsschulden der Industriestaaten unter besonderer Berücksichtigung von Währungsreformen nach dem Zweiten Weltkrieg. Bearb. von *Bernhard Krawietz*. 1996. 22, 5 S.

[5]/1996 Die Sicherheit der Renten. Aktuelle Entwicklung und Zukunft der Rentenversicherung. Bearb. von *Klaus Ehrenheim*. 1996. 20 S.

[6]/1996 Störfälle in Chemieanlagen der Bundesrepublik Deutschland. Chronologie 1980 - 1996. Bearb. von *Dieter Tiegel*. 1996. 45 S.

[7]/1996 Strahlenbelastungsgrenzen für Abwässer aus Kernkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen (Deutschland im internationalen Vergleich) sowie Auswirkungen bei Grenzwertüberschreitungen. Bearb. von *Erwin Herkommer*. 1996. 18 S.

[8]/1996 Produktbezogene Ökobilanzen: Ein Instrument zur Beurteilung von Umweltverträglichkeiten. Bearb. von *Birgit Folgmann*. 1996.

[9]/1996 Präsidentschaft Irlands im Europäischen Rat 1996. Bearb. von *Sven Hölscheidt*. 1996. 17 S.

[10]/1996 Europäischer Tarifvertrag. Die Rahmenvereinbarung der europäischen Sozialpartner zum Elternurlaub und ihre Umsetzung durch eine EG-Richtlinie. Bearb. von *Gerd-Steffen Thiele*. 1996. 7 S.

[1]/1997 Infomappe zum Tarifvertragsrecht: Grundzüge des Tarifvertragsrechts. Bearb. von *Stefanie Geiger* u. a.. 1997. 12 S.

[2]/1997 Die Kosten der NATO-Osterweiterung in der Darstellung dreier Studien aus den Vereinigten Staaten von Amerika. Bearb. von *Jutta Koch*. 1997. 9 S.

[3]/1997 Klonieren: Möglichkeiten und Grenzen moderner Reproduktionstechnologie. Bearb. von *Birgit Folgmann*. 1997. 21 S.

[1]/1998 Reform der Rechtsschreibung. Bearb. von *Hartmut Klatt*. 1998. 26 S.

[1]/2001 Die Beteiligung des Europäischen Parlaments an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP). Bearb. von *Eberhard Schoof*. 2001. 25 S.

[2]/2001 Aktueller Forschungsstand zur Gentechnik unter besonderer Berücksichtigung des humanmedizinischen Bereichs. Bearb. von *Hildegund Seydel*. 2001. 65 S.

[1]/2002 Zur selbständigen Frauenerwerbstätigkeit. Ausgewählte Aspekte aus ökonomischer Sicht. Bearb. von *Katarina Ermtraud*. 2002. 15 S.

[2]/2002 Eckpunkte der Debatte über eine reformierte europäische Kompetenzordnung. Bearb. von *Niklas Görlitz*. 2002. 27 S.

[3]/2002 Die kapitalgedeckte Altersvorsorge. Bearb. von *Gerhard Deter*. 2002. 11 S.

4/2002 Ausbildung und Qualifizierung für Krisenprävention und -intervention. Struktur und Konzepte. Bearb. von *Thomas von Winter*. 2002. 31 S.

5/2002 Alljährlich wiederkehrende Gedenktage (Auswahl für das Jahr 2003). Bearb. von *Michael Wilhelmer*. 2002. 12 S.

6/2002 Der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt. Bearb. von *Otto Singer*. 2002. 21 S.

7/2002 Die Wirtschaft unter Euro-Bedingungen. Ausgewählte Aspekte. Bearb. von *Matthias Mock* u. a.. 2002. 25 S.

1/2003 Festivals und Events. Von der Kulturverwaltung zum Kulturmanagement. Bearb. von *Otto Singer*. 2003. 27 S.

2/2003 Kinderhandel – Erscheinungsformen, Ausmaß, rechtliche Rahmenbedingungen und Maßnahmen zur Bekämpfung. Bearb. von *Barbara Blum*. 2002. 59 S.

3/2003 Die staatliche Parteienfinanzierung sowie die endgültige Festsetzung der Mittel für das Jahr 2003. Bearb. von *Johannes Becher* und *Friederike Jonas*. 2003. 15 S.

4/2003 Minderheiten: Minderheiten in Europa und Minderheitenschutz im Europa- und Völkerrecht. Bearb. von *Philipp Neumann*, *Gerlinde Pfeiffer*, *Alexander Troche* und *Karsten Ziebart*. 2003. 152 S.

5/2003 Europa und die Kultur. Ziele, Institutionen und Verfahren der Kulturpolitik der Europäischen Union. Bearb. von *Otto Singer*. 2003. 39 S.

6/2003 Parlamentarische Beteiligung an der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen der Europäischen Union. Derzeitiger Stand und Reformüberlegungen des Europäischen Verfassungskonvents. Bearb. von *Niklas Görlitz*. 2003. 26 S.

7/2003 „2003 – Das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderung“ im Rahmen der Behindertenpolitik der EU. Bearb. von *Jörg Schneider*. 2003. 7 S.

8/2003 Übergangsfristen im EU-Beitrittsvertrag. Bearb. von *Sebastian Sass*. 2003. 62 S.

Bibliographien

Die **„Bibliographien“** werden auf der Grundlage der von der Bundestagsbibliothek gesammelten Schriften erstellt und erscheinen seit 1962 in unregelmäßiger Folge, z. T. in mehreren aktualisierten Auflagen. Neben Bibliographien in der Form reiner Literaturzusammenstellungen werden annotierte Bibliographien angefertigt, in denen die ausgewählte Literatur in Auswahl kurz referiert wird. Seit 1994 ist folgender Titel erschienen:

Nr. 72 Fünf Jahre deutsche Einheit. Auswahlbibliographie 1990-1995. Bonn 1995. 216 S.

Im Rahmen der aktiven Information der Abgeordneten führte die Bundestagsbibliothek im März 1996 zwei neue Bibliographie-Reihen ein:

– „**Aktuelle Bibliographien der Bibliothek**“ für Literaturzusammenstellungen zu aktuellen politischen Themen und
– „**Länderbibliographien der Bibliothek**“ für Literaturzusammenstellungen zur Analyse verschiedener Länder unter politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aspekten.

Aktuelle Bibliographien der Bibliothek

Nr. 1 Regierungskonferenz 1996. Auswahlbibliographie. 1996. 10 S.

Nr. 2 Petitionsrecht und Ombudsmann in der Bundesrepublik Deutschland. Auswahlbibliographie. 1996. 26 S.

Nr. 3 Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Auswahlbibliographie. 1996. 39 S.

Nr. 4 Die innenpolitische Krise in Algerien. Auswahlbibliographie. 1996. 10 S.

Nr. 5 Sogenannte Sekten und Psychogruppen. Auswahlbibliographie. 1996. 22 S.

Nr. 6 Die deutsch-französischen Beziehungen. Auswahlbibliographie. 1999. 69 S.

Nr. 7 Demographischer Wandel. Auswahlbibliographie. (Stand: 20.März 2000). 2000. 41 S.

Nr..7a Demographischer Wandel. Nachtrag zur Auswahlbibliographie. (Stand: 13. Dezember 2001). 2002. 21 S.

Nr. 8 Globalisierung der Weltwirtschaft. Auswahlbibliographie. (Stand: 30. März 2000). 2000. 92 S.

Nr. 8a Globalisierung der Weltwirtschaft. Nachtrag zur Auswahlbibliographie. (Stand: 13. Dezember 2001). 2002. 27 S.

Nr. 9 Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements. Auswahlbibliographie. (Stand: 25. April 2000). 2000. 80 S.

Nr. 9a Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements. Nachtrag zur Auswahlbibliographie. (Stand: 13. Dezember 2001). 2002. 27 S.

Nr. 10 Recht und Ethik der modernen Medizin. Auswahlbibliographie. (Stand: 4. Mai 2000). 2000. 77 S.

Nr. 10 Recht und Ethik der modernen Medizin. Nachtrag zur Auswahlbibliographie. (Stand: 13. Dezember 2001). 2002. 30 S.

Nr. 11 Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung. Auswahlbibliographie. (Stand: 4. Juni 2000). 2000. 61 S.

Nr. 11 Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung. Nachtrag zur Auswahlbibliographie. (Stand: 13. Dezember 2001). 2002. 31 S.

Nr. 12 Zehn Jahre Deutsche Einheit. Auswahlbibliographie. (Stand: 31. August 2000). 2000. 249 S.

Nr. 13 Europäischer Verfassungskonvent. Auswahlbibliographie. (Stand: 28. Januar 2002). 2002. 113 S.

Länderbibliographien der Bibliothek

Nr. 1 Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, Mittel- und Osteuropa: Außenwirtschaft und Wirtschaftsreformen. Auswahlbibliographie. 1996. 70 S.

Auswahlverzeichnisse der Bibliothek des Bundestages

1. **Neuerwerbungen der Bibliothek** (Titel zuvor: Neuerwerbungen): Dieses Verzeichnis der wichtigsten Buchneuerwerbungen erscheint seit 1961 fortlaufend (sechs Mal jährlich).
2. **Neue Aufsätze in der Bibliothek** (Titel zuvor: Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelwerken): Dieses Verzeichnis der unselbständigen Veröffentlichungen aus Zeitschriften und Sammelwerken erscheint seit 1962 fortlaufend (sechs Mal jährlich).

Diese Verzeichnisse sind in Anlehnung an die Arbeitsbereiche der Ausschüsse in Sachgruppen unterteilt.

Neue Bücher werden außerdem in Auswahl mit Abstracts in den **„Schnellinformationen der Bibliothek“** angezeigt, die ein bis zwei Mal im Monat erscheinen.

Veröffentlichte Gesetzesmaterialien

Erstmalig wurden im Jahr 1976 die veröffentlichten Materialien zu einem Gesetz, dem Verwaltungsverfahrensgesetz vom 25. Mai 1976, in größerer Auflage nachgedruckt und in gebundener Form an Gerichte und Verwaltungsbehörden verteilt. Mit dieser Veröffentlichung wurde eine Reihe des Parlamentsarchivs, mit dem Serientitel **„Veröffentlichte Gesetzesmaterialien des Parlamentsarchivs“** begonnen. Aufgenommen werden die jedermann zugänglichen Materialien, also der Gesetzentwurf, die Sitzungsberichte mit den Lesungen, der Ausschussbericht und die veröffentlichten Materialien des Bundesrates. Den Abschluss bildet der Text aus dem Bundesgesetzblatt. In dieser Serie ist seit der 13. Wahlperiode der folgende Titel erschienen:

Nr. 26 Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetz – PflegeVG) vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014); vom 15. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1724). Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Parlamentsarchiv.1996. 2 Bde.

Wegweiser für Abgeordnete

Diese Orientierungshilfe für Abgeordnete erschien erstmals 1976 als „Wegweiser durch das Bundeshaus“, seit 1980 dann unter dem Namen „Wegweiser für Abgeordnete“. Die Broschüre beschreibt detailliert die administrativen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen der Bundestagsverwaltung, die die Abgeordneten bei der Wahrnehmung ihrer Mandatsaufgaben unterstützen.

Von 1994 bis 2003 sind erschienen:

Wegweiser für Abgeordnete. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat PI 5. [Ausgabe 1994]. Bonn 1994. 204 S.

Berliner Wegweiser für Abgeordnete. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat PI 5. [Ausgabe 1999). Bonn/Berlin 1999. 227 S.

Wegweiser für Abgeordnete. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat PI 5. [Ausgabe Januar 2002]. Berlin 2002. 248 S.

Wegweiser für Abgeordnete. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat PI 5. [Ausgabe September 2002]. Berlin 2002. 254 S.

Wegweiser für Abgeordnete. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat PI 5. [Ausgabe März 2003]. Berlin 2003. 262 S.

Der Aktuelle Begriff

Die seit 1987 ein bis zwei Mal im Monat erscheinenden Einzelausgaben der Kurzinformation „**Der Aktuelle Begriff**“ gibt es seit 1990 auch im Jahresrythmus kumuliert als Broschüre. Die „Aktuellen Begriffe“ werden darüber hinaus seit 2003 auf der Homepage des Deutschen Bundestages im Internet zur Verfügung gestellt.

Folgende Broschüren sind seit 1994 erschienen:

Der Aktuelle Begriff ’94. Bonn 1994. 148 S.

Der Aktuelle Begriff ’95. Bonn 1995. 160 S.

Der Aktuelle Begriff ’96. Bonn 1996. 119 S.

Der Aktuelle Begriff ’97. Bonn 1997. 160 S.

Der Aktuelle Begriff ’98. Bonn 1998. 96 S.

Der Aktuelle Begriff ’99. Bonn 1999. 108 S.

Der Aktuelle Begriff ’00. Bonn 2000. 81 S.

Der Aktuelle Begriff ’01. Berlin 2001. 68 S.

Der Aktuelle Begriff 2001/2002. Berlin 2003. 306 S.

World Directory of National Parliamentary Libraries
World Directory of Parliamentary Libraries of Federated States and Autonomous Territories

Seit 1985 geben die Wissenschaftlichen Dienste auf Anregung des internationalen Verbandes der bibliothekarischen Vereine und Institutionen (IFLA) das **World Directory of National Parliamentary Libraries** heraus, das alle nationalstaatlichen Parlamente und ihre Bibliotheken verzeichnet. Seit der 5. Auflage

sind auch supranationale bzw. multinationale Parlamente enthalten. Als Pendant für die Parlamente von Bundesländern, Kantonen, autonomen Regionen und abhängigen Gebieten erschien 1993 das **World Directory of Parliamentary Libraries of Federated States and Autonomous Territories.**
Die Veröffentlichungen dienen drei Zwecken. Sie sind

– Parlamentsadressbücher, die einige Grunddaten anführen, d. h. den offiziellen Namen, die Zahl der Abgeordneten sowie Adressangaben einschließlich Telefon- und Faxnummern, sowie e-mail-Adressen;
– internationale Bibliotheksführer von Parlamentsbibliotheken, die Angaben über Bestandsgrößen, Dienstleistungen und Zahl der Mitarbeiter präsentieren;
– Bibliographien der Amtsdruckschriften der Parlamente, insbesondere der stenografischen Berichte, der Parlamentsdrucksachen, der amtlichen Handbücher und der Geschäftsordnungen der Parlamente.

Seit Beginn der 13. WP haben sich folgende Veränderungen ergeben:

Das **World Directory of National Parliamentary Libraries** erschien zuletzt 1995 in der 6. Auflage. Dieses Verzeichnis ist auch abrufbar auf der Internetseite des Deutschen Bundestages www.bundestag.de (Stand: März 2003).
Das **World Directory of Parliamentary Libraries of Federated States and Autonomous Territories** erschien zuletzt 1993. Es ist auch abrufbar auf der Internetseite des Deutschen Bundestages www.bundestag.de (Stand: März 2003).

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 22.3.

20 Öffentlichkeitsarbeit

Überblick Seite

20.1 Besucherzahlen 782
– Gesamtzahlen
– Besucherdifferenzierung

20.2 Publikationen der Öffentlichkeitsarbeit 783
– Gedruckte Veröffentlichungen
– Sonderpublikationen
– Bundestag Report/Blickpunkt Bundestag
– Schriftenreihe „Stichwort“
– Schriftenreihe „Zur Sache“
– Digitale Medien

20.3 Internet Angebot des Deutschen Bundestages 793

20.4 Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages 794

20.5 Wissenschaftspreis und Medienpreis für Arbeiten zum Parlamentarismus 796

20 Öffentlichkeitsarbeit

20.1 Besucherzahlen

Die vom Besucherdienst des Deutschen Bundestages veröffentlichten Besucherzahlen beziehen sich bis zum Sommer 1999 auf Besuche des Plenarbereiches des Deutschen Bundestages in Bonn. Seit Sommer 1999 werden die Besucherzahlen in Berlin ermittelt. Das Angebot des Besucherdienstes wurde neben den Führungen im Reichstagsgebäude inzwischen um spezielle Kunst- und Architekturführungen erweitert. Darüber hinaus besuchten von September 1999 bis Ende 2001 mehr als 6,1 Millionen Menschen die Kuppel des Reichstagsgebäudes.

Gesamtzahlen

Jahr	Insgesamt	Plenarbesuche			Informationsbesuche auf Einladung von Abgeordneten	Besichtigungen		Parlamentsseminare	Haus- und Kunstführung[1]	Sonderführungen und -veranstaltungen
		Gruppen		Einzelbesucher		Gruppen	Einzelbesucher			
		Insgesamt	davon auf Einladung von Abgeordneten							
1994	325 151	–	–	–	32 219	–	–	4 180	–	–
1995	285 220	–	–	–	21 882	–	–	3 865	–	–
1996	266 915	83 036	50 834	–	22 555	103 140	51 516	3 297	–	3 371
1997	270 662	85 951	49 226	9 175	23 257	106 051	38 322	3 637	–	4 269
1998	251 657	56 648	30 168	7 930	34 740	109 155	36 257	3 067	–	3 860
1999	337 782	79 791	46 019	11 239	24 668	162 292	41 474	2 645	–	15 673
2000	585 605	73 847	–	10 713	40 615	286 267	20 519	3 328	26 625	33 569
2001	606 697	88 942	–	7 530	45 428	301 992	21 536	2 646	23 851	26 485

[1] Statistische Erfassung ab 2000.

Besucherdifferenzierung

Jahr	Schüler/ Studenten/ Jugendliche	Bundespresse-amt-Gruppen	Behinderte	Senioren	Ausländische Touristen	sog. VIP's
1996	66 680	35 373	942	16 517	13 663	1 127
1997	72 754	36 166	729	14 619	14 555	749
1998	78 783	31 881	591	14 081	13 145	694
1999	86 762	48 525	777	12 673	12 749	2 106
2000	93 565	48 153	946	26 599	21 307	3 374
2001	98 785	48 937	1 239	46 608	25 792	4 940

Quelle: Jahresberichte des Besucherdienstes.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 23.1.

20.2 Publikationen der Öffentlichkeitsarbeit

Gedruckte Veröffentlichungen[1]

Seit 1970 stellt die Bundestagsverwaltung eine Fülle von Informationsmaterialien für unterschiedliche Empfängerkreise zur Verfügung; Adressaten sind in erster Linie die Abgeordneten selbst, aber auch die Bürgerinnen und Bürger des Landes.
Auch wenn seit der 12. Wahlperiode digitale Medien Einzug gehalten haben, so haben doch die gedruckten Veröffentlichungen keineswegs an Bedeutung verloren. Bis zur 13. Wahlperiode erhielten Bürgerinnen und Bürger die Publikationen des Deutschen Bundestages zumeist beim Besuch des Parlamentes, im Rahmen einer Ausstellung oder bei Veranstaltungen im Wahlkreis. Im Laufe der 13. Wahlperiode hat das Referat Öffentlichkeitsarbeit einen Verteiler aufgebaut, anhand dessen Informationen aktiv an definierte Zielgruppen (Schulen und Lehrer, Journalisten, Verbände u.ä.) herangetragen werden. Zu den Instrumenten der aktiven Information gehört inzwischen auch die Mailing-Liste, die durch das Internet möglich wurde und mit deren Hilfe Informationen verteilt werden. Die immer intensivere Nutzung des Internets hat im Übrigen – entgegen alle Erwartung – die Nachfrage nach gedruckten Materialien nicht gesenkt, sondern erhöht.
Die Print-Medien der Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages sollen die Bürgerinnen und Bürger über Aufgaben, Arbeitsweise und Leistung des Deutschen Bundestages informieren. Mit dem Umzug des Parlamentes 1999 von Bonn nach Berlin bezieht sich das Interesse der Bevölkerung auch auf das neue Parlamentsviertel mit dem Reichstagsgebäude als zentralem Handlungsort. Dem wird in den Informationen in Papierform ebenso Rechnung getragen wie in allen anderen Informationsträgern.

[1] Quellen: Bericht der Unterabteilung Parlamentarische Information über die Tätigkeit der Referate Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst, Pressedokumentation, Online-Dienste, Parlamentsfernsehen, und des Verantwortlichen für die Fortentwicklung und Umsetzung des Fernsehkonzepts für das Bundestagsfernsehen in Berlin (Koordinator TV) sowie Darstellung des „Internet-Angebots des Deutschen Bundestages" in der 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages (Stand: Oktober 1998). Bericht der Unterabteilung Parlamentarische Information über die Tätigkeit der Referate Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst, Pressedokumentation, Online-Dienste, Parlamentsfernsehen zusammen mit dem Koordinator TV sowie Historische Ausstellungen, Sonderprojekte in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages (Stand: Oktober 2002).

In der 13. Wahlperiode wurde ein „Grundset“ von Informationsmaterialien entwickelt, ein Schuber mit in der Regel sechs Broschüren, mit folgenden Titeln:

– Der Deutsche Bundestag
– Geschichte des Parlamentarismus
– Die Gesetzgebung
– Eine Woche in Bonn
– Geschichte des deutschen Parlamentarismus
– Was Sie von uns denken, ist uns nicht egal

Dieses Set wurde bei Bedarf erweitert, so z.B. anlässlich der Wahl zum 14. Bundestag um die Broschüre „Die Bundestagswahl“.
Nicht vom Deutschen Bundestag selbst produziert, aber so gut wie ausschließlich für den Bundestag hergestellt und vom Bundestag angekauft und verteilt werden die „Klassiker“ der gedruckten Informationsmaterialien:

– Kürschners Volkshandbuch „Der Deutsche Bundestag“. (Für die jeweilige Wahlperiode eine neue Ausgabe. Zuletzt: 15. Wahlperiode. Bad Honnef, 95. Aufl. 2003.)

– *Schick, Rupert / Zeh, Wolfgang* bzw. *Schick, Rupert / Schreiner, Hermann J.*, So arbeitet der Deutsche Bundestag. (Zuletzt: Rheinbreitbach, 17. Auflage 2003.)

– *Schick, Rupert*, Der Bundestagspräsident/Die Bundestagspräsidentin. (Zuletzt: Die Bundestagspräsidenten. München, 16. aktualisierte Auflage, bearbeitet von *Michael F. Feldkamp*, 2003.)

– Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. (Zuletzt: 15. Wahlperiode – Ausgabe 2003. Berlin 2003.)

Für den speziellen Bedarf des Besucherdienstes stehen Broschüren über die Besuchsmöglichkeiten des Parlamentes, über den Plenarsaal, den Verlauf von Sitzungen, über Architektur und Kunst des Plenargebäudes zur Verfügung.

Zu einzelnen Aspekten der parlamentarischen Arbeit werden in jeder Wahlperiode diverse Broschüren herausgegeben, so z.B. in der 13. Wahlperiode (ohne Anspruch auf Vollständigkeit): Die Broschüren „Internationale Beziehungen“, „Europa und der Deutsche Bundestag“, „Kinderkommission im Deutschen Bundestag“, das Faltblatt „Das Petitionsverfahren“ (in sechs verschiedenen Sprachen).

Sonderpublikationen

In weit geringerer Auflage als die Broschüren werden in jeder Wahlperiode Sonderpublikationen, zumeist Bildbände, entweder von Verlagen angekauft oder vom Deutschen Bundestag selbst hergestellt. Sie werden vor allem als Geschenke für hochrangige Besucher des Parlaments verwendet.

Für die 13. und 14. Wahlperiode sind hier insbesondere folgende Publikationen zu nennen:

Acht Fotografen sehen den neuen Plenarbereich des Deutschen Bundestages in Bonn. Bearb. von *Martin Charles*. Heidelberg 1996.

„Dem Deutschen Volke“. Der Bundestag im Berliner Reichstagsgebäude. Hrsg. von *Heinrich Wefing*. Mit Fotos von *Andreas Muhs*. Bonn 1999.

Der Dreizehnte Deutsche Bundestag. Innenansichten unseres Parlaments. Fotos von *Andreas Bohnenstengel*. Texte von *Ulrich Irmer*. Rheinbreitbach 1995.

Der Deutsche Bundestag. Geschichte und Funktion des Parlamentarismus. Mit Beiträgen von *Wolfgang Kessel* und *Carl-Christian Kaiser* und einem Vorwort von *Wolfgang Thierse*. Berlin 2001.

Der Deutsche Bundestag. Geschichte und Funktion des Parlamentarismus. Mit Beiträgen von *Wolfgang Kessel* und *Carl-Christian Kaiser* und einem Vorwort von *Wolfgang Thierse*. Berlin 2003.

Der Deutsche Bundestag. Das Reichstagsgebäude: Architektur und Kunst. Berlin 2001.

Der Deutsche Bundestag im Reichstagsgebäude: Geschichte und Funktion; Architektur und Kunst. Berlin 2002.

Einblicke – Ausblicke. Ein Rundgang durch den Deutschen Bundestag. Berlin 2000.

Einblicke – Ausblicke. Ein Rundgang durch den Deutschen Bundestag. Berlin 2003.

Kaiser, Carl-Christian und *Wolfgang Kessel*, Deutscher Bundestag 1949-1999. Debatte und Entscheidung, Konsens und Konflikt. Mit einem Vorwort von *Wolfgang Thierse*. Bonn 1999.

Der Vierzehnte Deutsche Bundestag. Innenansichten unseres Parlaments. Mit Fotos von *Siegfried Bücker*. Rheinbreitbach 2000.

Bundestag Report/Blickpunkt Bundestag

Das Magazin „Bundestag Report“ war schon in der 12. Wahlperiode – zunächst erschien es in 10 bis 12 Ausgaben pro Jahr in einer Auflage von 30.000 Stück – in Bezug auf Konzeption und Layout überarbeitet worden. Hintergrundberichte zur Ausschussarbeit, zum Plenarbetrieb und zur Arbeit der parlamentarischen Gremien, Streitgespräche von Parlamentariern, Foren und Interviews bildeten weitgehend den Inhalt.
Auf Beschluss des Ältestenrates wurde 1998 der „Bundestag Report“ mit der „woche im bundestag“ (wib), einem vom Pressezentrum produzierten Periodikum über die Arbeit der Ausschüsse, zusammengefasst zum „Blickpunkt Bundestag“. Das neue Magazin erschien 1998 in drei Ausgaben in einer Auflage von 50.000 Stück, ab 1999 mit 12 Ausgaben jährlich und verschiedenen Sonderausgaben (z.B. zu den Neubauten des Bundestages in Berlin). Neben den Informationen aus Plenum und Ausschüssen gibt es regelmäßige Rubriken wie z.B. „Das Streitgespräch“, aber auch Essays, Hintergrundberichte zu politischen Themen und Geschichten über Menschen im Parlamentsgeschehen. Seit der Übernahme der Wochenzeitung „Das Parlament“ durch den Deutschen Bundestag am 1. Januar 2001 entfallen die Informationen aus Plenum und Ausschüssen im „Blickpunkt Bundestag“; stattdessen gibt es immer einen Themenschwerpunkt. Seit 2002 ist die Auflage auf 80.000 Exemplare erhöht, bei einer Reduzierung auf acht Ausgaben pro Jahr.

Schriftenreihe „Stichwort“

Die Schriftenreihe „Stichwort“ wurde auch in der 13. Wahlperiode fortgeführt. Bis zur beginnenden 15. Wahlperiode sind folgende Titel zu verzeichnen[1]:

Thema	Titel der Darstellung
Abgeordnete	*Schwegmann, Friedrich Gerhard*, Abgeordnete. Berlin 2000.
Ausschüsse	*Mann, Annette* und *Ekkehard Münzing*, Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Berlin 2002. *Münzing, Ekkehard* und *Volker Pilz*, Auswärtiger Ausschuss. Berlin 1999. *Schoof, Eberhard*, EG-Ausschuss. ‚Der Deutsche Bundestag und die Europäische Gemeinschaft. Bonn, 2. Aufl. 1994. EU-Ausschuss. Berlin 2000. Petitionen. Der Petitionsausschuss – der Anwalt des Bürgers. Bonn 1994. Petitionen. Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages – Fragen und Antworten rund um das Petitionsrecht. Berlin, 9. überarb. Aufl. 1999. *Ramelsberger, Annette*, Haushaltsauschuss. Berlin, Neuauflage 1999.

[1] Stand: 31. März 2003.

Thema	Titel der Darstellung
Bundestagspräsident und Präsidium	*Ismayr, Wolfgang*, Bundestagspräsident und Präsidium. Berlin 2002.
Bundesversammlung	*Kessel, Wolfgang*, Bundesversammlung. Die Wahl des Bundespräsidenten. Bonn, 4. überarb. Aufl. 1994. *Kessel, Wolfgang*, Bundesversammlung. Die Wahl des Bundespräsidenten. Bonn, 5. überarb. Aufl. 1997. *Kessel, Wolfgang*, Bundesversammlung. Die Wahl des Bundespräsidenten. Berlin, 6. überarb. Aufl. 1999.
Enquete-Kommissionen	*Heyer, Christian* und *Stephan Liening*, Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages. Schnittstellen zwischen Politik und Wissenschaft. Berlin [1999]. Stichwort Nachhaltigkeit. Die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt. Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ im 13. Deutschen Bundestag. Berlin 2000.
Geschäftsordnung	*Hefty, Georg Paul*, Geschäftsordnung. Berlin 1999.
Geschichte des Deutschen Bundestages	*Kessel, Wolfgang*, Geschichte des Deutschen Bundestages. Berlin 2000.
Parlamentarische Kontrolle	*Mayntz, Gregor*, Die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste. Berlin 2002. *Gleumes, Karl*, Der Wehrbeauftragte. Kontrollorgan des Parlaments – Sachwalter der Soldaten. Bonn 1994. *Gleumes, Karl*, Der Wehrbeauftragte. Parlamentarische Kontrolle über die Streitkräfte. Petitionsinstanz für Soldaten der Bundeswehr. Berlin, überarb. Aufl. 2001.
Plenum	*Kaiser, Carl-Christian*, Plenum. Zentrum des Parlamentsgeschehens – Forum der Nation. Bonn, 7. Aufl. 1994. *Kaiser, Carl-Christian*, Plenum. Bonn, Neuaufl. 1999.
Wahlen	*Schick, Rupert* und *Michael F. Feldkamp*, Wahlen. Der Bundestag von A bis Z. Bonn, 1. Aufl. 1998. *Schick, Rupert* und *Michael F. Feldkamp*, Wahlen. Der Bundestag von A bis Z. Bonn, 2. überarb. Aufl. 1998. *Schick, Rupert* und *Michael F. Feldkamp*, Wahlen. Berlin, 3. aktualisierte Aufl. 1999. *Schick, Rupert* und *Michael F. Feldkamp*, Wahlen. Berlin, 4. aktualisierte Aufl. 2002.
Wissenschaftliche Dienste	*Schick, Rupert* und *Gerhard Hahn*, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. Bonn, 4. Aufl. 1995. *Schick, Rupert* und *Gerhard Hahn*, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. Berlin, 5. Aufl. 2000.

Schriftenreihe „Zur Sache“

In der Schriftenreihe „Zur Sache: Themen parlamentarischer Beratung“, die Berichte von Enquete-Kommissionen, Plenardebatten zu hervorgehobenen Themen, Jahresberichte des Petitionsausschusses u.ä. beinhaltet, sind seit 1994 folgende Publikationen erschienen:

Lfd. Nr.	Titel der Darstellung
1994/1	Goldener Plan des Deutschen Sportbundes. Öffentliche Anhörung des Sportausschusses. Bonn 1994.
1994/2	Werkzeuge des SED-Regimes. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski. [Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages. Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes.] Bonn 1994.
1994/3	Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag im Jahre 1993. Tätigkeitsbericht 1993 mit Plenardebatte am 18. Mai 1994. Bonn 1994.
1994/4	Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“. Bonn 1994.
1994/5	Treuhandanstalt. Bericht des 2. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages. Bonn 1994.
1994/6	Gesetz zur Vermeidung von Rückständen, Verwertung von Sekundärstoffen und Entsorgung von Abfällen. Bonn 1994.
1995/1	HIV-Infektionen durch Blut und Blutprodukte. Bericht des 3. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages. Bonn 1995.
1995/2	Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag im Jahre 1994. Tätigkeitsbericht 1994 mit Plenardebatte am 23. Juni 1995. Bonn 1995.
1996/1	Tibet. Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages. (18. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, Montag, 19. Juni 1995, Bundeshaus.) Bonn 1996.
1996/2	Materialien zur Verfassungsdiskussion und zur Grundgesetzänderung in der Folge der deutschen Einigung. [12. Deutscher Bundestag.] 3 Bände. Bonn 1996.
1996/3	Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag im Jahr 1995. Tätigkeitsbericht 1995 mit Plenardebatte am 11. Oktober 1996. Bonn 1996.
1997/1	Konzept Nachhaltigkeit. Fundamente für die Gesellschaft von morgen. Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ des 13. Deutschen Bundestages. Bonn 1997.
1997/2	Zwischenbericht der Enquete-Kommission „So genannte Sekten und Psychogruppen“. Bonn 1997.
1997/3	Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag im Jahr 1996. Tätigkeitsbericht 1996 mit Plenardebatte am 1. Oktober 1997. Bonn 1997.
1998/1	Aufarbeitungsinitiativen und Opfergruppen – Beratung und Hilfe bei der Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur. Errichtung einer selbständigen Bundesstiftung des öffentlichen Rechts zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland. Zwischenbericht und Debatten. [Dokumentation der Enquete-Kommission „Überwindung und Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ des 13. Deutschen Bundestages. Verzeichnis der Initiativen und Gruppen.] Bonn 1998.
1998/2	Der nukleare Schwarzmarkt und der Münchener Plutoniumfall. Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 13. Deutschen Bundestages. Bonn 1998.
1998/3	DDR-Vermögen. Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschusses der 13. Wahlperiode. 2 Bände. Bonn 1998.

Lfd. Nr.	Titel der Darstellung
1998/4	Konzept Nachhaltigkeit: Vom Leitbild zur Umsetzung. Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ des 13. Deutschen Bundestages. Bonn 1998.
1998/5	Endbericht der Enquete-Kommission „So genannte Sekten und Psychogruppen“. Neue religiöse und ideologische Gemeinschaften und Psychogruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1998.
1998/6	Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag im Jahr 1997. Bonn 1998.
1998/7	Abschlussbericht des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages als 1. Untersuchungsausschuss (gemäß Artikel 45 a Abs. 2 Grundgesetz) in der 13. Wahlperiode zu tatsächlichen und behaupteten rechtsextremistischen Vorkommnissen sowie zu Fragen der geistigen Orientierung, der politischen Bildung und zur Traditionspflege in der Bundeswehr. Bonn 1998.
1998/8	Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Gesellschaft“. Bonn 1998.
1998/9	Bürger und Staat in der Informationsgesellschaft. Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft, Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“. [Anhörung.] Bonn 1998.
1999/1	Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Die parlamentarische Beratung. Berlin 1999.
1999/2	Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag. Die Tätigkeit des Petitionsausschusses im Jahr 1998. Bonn 1999.[1]
2000/1	Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 10. Wahlperiode (vom 5. April bis 2. Oktober 1990). Nachdruck. 3 Bände. Berlin 2000.
2001/1	Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Berichte und Dokumentation. Berlin 2001.
2002/1	Stammzellforschung und die Debatte des Deutschen Bundestages zum Import von menschlichen embryonalen Stammzellen. Enquete-Kommission „Recht und Ethik der Modernen Medizin“. Berlin 2002.
2002/2	Schlussbericht der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“. Berlin 2002.
2002/3	Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“. [Schlussbericht.] Berlin 2002.
2002/4	Parteispenden. Bericht des 1. Untersuchungsausschusses. Berlin 2002.
2002/5	Der Weg zum EU-Verfassungskonvent. Berichte und Dokumentation. Berlin 2002.
2002/6	Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und Liberalisierung. Bericht der Enquete-Kommission. Berlin 2002.

Digitale Medien

Das Referat „Öffentlichkeitsarbeit“ gab erstmals in der 12. Wahlperiode einen digitalen Datenträger heraus. Hierbei handelte es sich um ein auf dem Betriebssystem DOS basierendes Computerspiel mit dem Titel „Gesetzgebung“ im Diskettenformat 3 ¼ Zoll.
In demselben Format erschien 1997 ein aus zwei Disketten bestehendes so genanntes „Informationspaket“ mit dem Titel: „Das Parlament in der Hauptstadt. Eine Reise in die Zukunft und in die Vergangenheit des Reichstagsgebäudes – Das Info-Paket des Deutschen Bundestages zum Umzug des Parlaments nach

[1] Ab Berichtsjahr 1999 erscheinen die jährlichen Berichte des Petitionsausschusses nicht mehr in der Schriftenreihe „Zur Sache“, sondern wird die jeweilige BT-Drucksache des Berichtes in der Bundestagsbibliothek als Jahrbuch eingestellt.

Berlin – Ein Medien-Mix aus digitaler und gedruckter Information – mit Computerpuzzle und Gewinnspiel: Berlin-Reisen für zwei“.

Seit 1997 veröffentlicht das Referat „Öffentlichkeitsarbeit“ für den Bundestag digitale multimediale Medien als CD-ROM. Neben der regelmäßig erscheinenden Reihe „Bundestagsmagazin“ gibt es Sonderausgaben des Bundestagsmagazins sowie andere Einzelveröffentlichungen des Referates „Öffentlichkeitsarbeit“.

a) Reihe „Bundestagsmagazin“

Mai/Juni 1997
Informationsgesellschaft – Virtueller Rundgang durch den Plenarsaal – Aus der Arbeit der Abgeordneten – Ausstellung im Deutschen Dom – Aussöhnung mit Tschechien – Jugend
Erscheinungsjahr: 1997

September/Oktober 1997
Europäische Union – WEU – Europarat – Virtueller Rundgang – Transplantationsgesetz – Rückblick – Präsident Havel im Bundestag – TOP ’97 – Dorotheenblöcke
Erscheinungsjahr: 1997

[1] **1/98**
Steuerpolitik – Steuern in Deutschland – Interaktive Diskussion – Virtueller Rundgang – Richtfest des Reichstages – In Zukunft Berlin – Rückblick
Erscheinungsjahr: 1998

[2] **2/98**
Arbeitsmarktpolitik – Lohnnebenkosten – Daten zum Arbeitsmarkt – Internationaler Vergleich – Bundestag als Arbeitgeber – Interaktive Diskussion – Virtueller Rundgang
Erscheinungsjahr: 1998

[3] **3/98**
Tagesordnungspunkt Euro – Wenn wir mit dem Euro zahlen – Euro & Cent – Der Weg zum Euro – Interaktive Diskussion – Wohnungspolitische Debatte – Virtueller Rundgang
Erscheinungsjahr: 1998

[4] **4/98**
Enquete-Kommissionen: Aufgaben, Arbeitsweise, Zusammensetzung, Debatten und Schlussberichte – Kunst am Bau: Jakob-Kaiser-Haus – Höhepunkte der 13. Wahlperiode
Erscheinungsjahr: 1998

[5] **1/99**
Willkommen im 14. Deutschen Bundestag – Zum ersten Mal im Bundestag – Die konstituierende Sitzung – Die Wahl des Bundeskanzlers – Die Alterspräsidenten seit 1949 – Der Informationsverbund Bonn-Berlin
Erscheinungsjahr: 1999

[6] **2/99**
Internationale Beziehungen des Bundestages – Parlamentarische Versammlung der OSZE – Parlamentarische Versammlung der NATO – Interparlamentarische Union – Parlamentariergruppen
Erscheinungsjahr: 1999

[7] **3/99**
Energiemarkt Deutschland – Ökologische Steuerreform – Energiekonzept des Reichstages – Rückblick – Stromgeschichte
Erscheinungsjahr: 1999

[8] **4/99**
Die drei neuen Ausschüsse: Kultur und Medien - Angelegenheiten der Neuen Länder – Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Erscheinungsjahr: 1999

[9] **1/2000**
Öffentlicher Haushalt – Haushaltskreislauf – Haushaltskontrolle – Haushaltsberatungen – Rückblick: Budgetrecht – Lobbyismus
Erscheinungsjahr: 2000

[10] **2/2000**
Petitionen – 50 Jahre Petitionsausschuss – Weg einer Petition – Rückblick – Petitionsrecht – Was ist ein Parlamentarischer Geschäftsführer
Erscheinungsjahr: 2000

[11] **Ausgabe 11**
Forschung in Deutschland – Akteure in Sachen Zukunft – Bundestag forscht – Eureka-Konferenz 2000 – Immunität und Indemnität – Rückblick: Innovationspolitik
Erscheinungsjahr: 2001

[12] **Ausgabe 12**
Sportpolitik – Abgeordnete am Ball – Sportausschuss – Dopingbekämpfung – Rückblick: Sport und Politik
Erscheinungsjahr: 2001

[13] **Ausgabe 13**
Gleichberechtigung in Deutschland – Europäische Gleichstellungskonferenz – Rückblick: Gleichberechtigung – Gleichstellungspolitik
Erscheinungsjahr: 2001

[14] **Ausgabe 14**
Der Bundestag im Reichstagsgebäude (erschienen als Sonderausgabe, vgl. unten)
Erscheinungsjahr: 2002

[15] **Ausgabe 15**
Tourismuspolitik – Tourismusstandort Deutschland – Reiseland Deutschland – Urlaub in den neuen Ländern
Erscheinungsjahr: 2002

[16] **Ausgabe 16**
Bundeswehr heute – Bundestag und Bundeswehr – Rückblick: Bundeswehr und NVA – Jahresbericht des Wehrbeauftragten – Was ist ... eine Abstimmung?
Erscheinungsjahr: 2002

[17] **Ausgabe 17**
Kultur und Politik in Deutschland – Kunst im Reichstagsgebäude – Kulturpolitik des Deutschen Bundestages – Rückblick: Kulturpolitik seit 1945
Erscheinungsjahr: 2002

[18] **Ausgabe 18**
Verkehr: Bedeutung, Probleme und Politik – Infografik: Verkehrsaufkommen – Rückblick: Verkehr – Was sind ... Misstrauensvotum und Vertrauensfrage
Erscheinungsjahr: 2002

[19] **Ausgabe 19**
Euro & Cent – Euro-Fahrplan und Europa – Rückblick: Geld in Europa – Europas neue Währung
Erscheinungsjahr: 2002

[20] **Ausgabe 20**
Jugend im Parlament – Kinder- und Jugendpolitik des Deutschen Bundestages – Kinder und Jugendliche in Deutschland – Rückblick: Kinder und Jugend
Erscheinungsjahr: 2002

[21] **Ausgabe 21**
Entwicklungszusammenarbeit: Probleme Strukturen und Politik – Entwicklungspolitik des Deutschen Bundestages – Rückblick: Entwicklungspolitik
Erscheinungsjahr: 2003

[22] **Ausgabe 22**
Ernährung, Verbraucherschutz und Agrarpolitik – EU-Politik national: Modulationsgesetz – Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft – Grüne Gentechnik – Tierschutz
Erscheinungsjahr: 2003

[23] **Ausgabe 23**
Die 23 ständigen Ausschüsse der 14. Wahlperiode (1998-2002) – Sonderausschüsse und Gremien – Zusammensetzung der Ausschüsse – Geschichte des Ausschusswesens
Erscheinungsjahr: 2003

Sonderausgaben von „Bundestagsmagazin“

Wählen gehen
(D)eine Stimme zählt – Wahlen nach Zahlen – Es war einmal – Virtual Vote – Wahl total
Erscheinungsjahr: 1998

50 Jahre Grundgesetz
Der Weg zum Grundgesetz – Die Wurzeln des Grundgesetzes – Die Änderungen des Grundgesetzes – Was zeichnet das Grundgesetz aus? – Die Hüter des Grundgesetzes – Interaktive Diskussion
Erscheinungsjahr: 1998

50 Jahre Bundestag
Erscheinungsjahr: 1999

Wählen gehen
Was wählen wir? – Wahlstudio – Wahlkreisreform – Infografik: Wahlen in Zahlen – Jede Stimme zählt
Erscheinungsjahr: 2002

Der Bundestag im Reichstagsgebäude
Erscheinungsjahr: 2002

b) Einzelausgaben

Materialien der Enquete-Kommission
„Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). – „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Baden-Baden [o. J.].

Unser Parlament – Forum der Demokratie
Von der Frankfurter Paulskirche zum Deutschen Bundestag in Berlin – 150 Jahre deutsche Parlamentsgeschichte in Bildern, Fotos, Videos, Texten und Dokumenten.
Erscheinungsjahr: 1997; neue, aktualisierte Auflage 2002

Zur Sache ’98 – Berichte an das Parlament
Die CD-Rom enthält:

- Schlussbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“.
- Aufarbeitungsinitiativen und Opfergruppen – Beratung und Hilfe bei der Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur. Errichtung einer selbständigen Bundesstiftung des Öffentlichen Rechts zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland – Zwischenbericht und Debatten.
- Konzept zur Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ des 13. Deutschen Bundestages.

- Endbericht der Enquete-Kommission „So genannte Sekten und Psychogruppen. Neue religiöse und ideologische Gemeinschaften und Psychogruppen in der Bundesrepublik Deutschland“.
- Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“.
- Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Bürger und Staat in der Informationsgesellschaft“.
- Schlussbericht der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“.
- Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes: „Der Nukleare Schwarzmarkt und der Münchener Plutonium Fall“.
- Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes: „DDR-Vermögen“.
- Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses als 1. Untersuchungsausschuss gemäß Artikel 45a Abs. 2 des Grundgesetzes zu dem auf Antrag der Fraktion der SPD am 14. Januar 1998 gefassten Beschluss des Verteidigungsausschusses, sich zur Abklärung tatsächlicher und behaupteter rechtsextremistischer Vorfälle in der Bundeswehr als Untersuchungsausschuss gemäß Artikel 45a Abs. 2 des Grundgesetzes zu konstituieren.
- Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages – Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag. Die Tätigkeit des Petitionsausschusses im Jahr 1997.

Erscheinungsjahr: 1998

Deutscher Bundestag – multimedial + interaktiv

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages – 1949 bis 1999.
Erscheinungsjahr: 2000.

Audio-visuelle Medien (Filme)

1999 wurde der Film „Unser Parlament: 50 Jahre Deutscher Bundestag“ von *Stefan Brauburger* produziert, in dem die Geschichte des deutschen Parlaments und dessen Beitrag zu den bedeutsamen politischen Grundentscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland dargestellt wird. Der 45-minütige Film wurde von mehreren Fernsehanstalten ausgestrahlt. Er wird über die Filmdienste den Schulen zur Verfügung gestellt und den Besuchern des Parlaments gezeigt.

Zum Ende der 14. Wahlperiode wurde eine CO-Produktion mit dem Kinderkanal (KIKA) beschlossen, die unter dem Titel „Politibongo“ Kindern das Parlament näherbringen soll. Start der 5-teiligen Serie war der 13. Juli 2002. Zu Beginn der 15. Wahlperiode lagen drei Filmkassetten unter dem Titel „Politibongo“ mit jeweils drei Filmsequenzen vor.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 23.2.

20.3 Internet Angebot des Deutschen Bundestages[1]

Das Internet-Programm des Deutschen Bundestages wurde am 15. Januar 1996 unter dem Domain-Namen www.bundestag.de der Öffentlichkeit vorgestellt.
Das Internet-Angebot hatte von 1996 bis 2000 ein einfaches grafikorientiertes Design das dem damaligen Stand der Internetentwicklung entsprach. Die rasch fortschreitende Entwicklung der Internet-Technologie und des Kommunikationsdesigns haben aber gezeigt, dass der Internet-Auftritt des Deutschen Bundestages einer Modernisierung („Re-Design“) bedurfte. Die visuelle Gestaltung sollte den aktuellen Möglichkeiten angepasst werden. Daher wurde der Internet-Auftritt überarbeitet und am 16. März 2001 ein neues Design vorgestellt. Es wurde Wert gelegt auf viel Platz für Informationen (neue Anordnung), wenige Grafikelemente, eine farbige Hintergrundgestaltung und eine behindertengerechte Darstellung, um auch für Sehbehinderte mit Internet-Anschluss lesbar zu sein. Gleichzeitig wurde darauf geachtet, dass das Design auch für das im Deutschen Bundestag genutzte Intranet umsetzbar ist.
Im März 2001 wurde im Rahmen einer Ausschreibung ein neuer Provider für das Internet-Angebot des Deutschen Bundestages gesucht. Mit dem neuen Provider wurde auch ein Redaktionssystem (Content-Management-System, NPS 4 von Infopark) installiert und für die Datenhaltung eingeführt. Mit dem Einsatz eines solchen Redaktionssystems erfolgt eine Trennung der Internetseiten in Inhalt und Layout. Das Layout wird separat gespeichert und die Texte werden in einer Art „Textverarbeitung“ erfasst. So ist eine schnellere und einfachere Einstellung der Texte ins Internet gewährleistet. Das Redaktionssystem wurde testweise von drei Ausschüssen genutzt und es sind Überlegungen dazu angestellt worden, in der 15. Wahlperiode alle Ausschüsse mit einer eigenen Zugangskennung auszurüsten, um so das selbstständige Einstellen der Daten ins Internet zu ermöglichen. Dies wird von PZ 1 mit den Pressemitteilungen bereits erfolgreich durchgeführt.
Im Herbst 2002 wurde die Version 4 des Content-Management-Systems gegen die neue Version 5 ausgetauscht. Die Unterabteilung ZI wurde als technischer Betreiber mit eingebunden, da mit einem einheitlichen Redaktionssystem für Internet (PI 4) und Intranet (ZI 1) Synergien bei der gemeinsamen Datenhaltung und Datenpflege erzielt werden können. Für die seit 1997 angebotene Möglichkeit der Gestaltung einer eigenen Homepage für Abgeordnete auf dem Server des Deutschen Bundestages (137 Homepages in der 14. Wahlperiode) wird das Content-Management-System für die Zukunft ebenfalls genutzt werden.
Das Angebot des Deutschen Bundestages im Internet hat sich mit der Entwicklung ebenfalls kontinuierlich weiterentwickelt. Gab es in der Anfangsphase noch überwiegend textliche Informationen mit einigen Bildern, so bietet das heutige Programm eine Fülle multimedial aufbereiteter Informationen mit interaktiven Teilen für die Besucher des Programms.
Mit der Einführung von Web-TV, d.h. Fernsehen im Internet, einschließlich eines Video-on-demand-Dienstes, bietet das Programm des Deutschen Bundestages sowohl inhaltlich als auch technisch aktuelles Geschehen im Internet an. Ergänzt mit den Volltexten der Plenarprotokolle und der Drucksachen (13., 14. und 15. WP), die über eine eigene Suchmaschine recherchiert werden können, kann das Parlamentsgeschehen in großem Umfang transparent gemacht werden.
Mit dem fortschreitenden Ausbau der Bandbreite der Übertragungsnetze wird dieser Dienst häufiger genutzt werden, da sich die Zeiten für die Datenübertragung auf den eigenen Rechner stark verkürzen und sich die Bildqualität verbessert. Parallel zur Übertragung der Plenarsitzungen wird der Videotext-Dienst des Bundestages ebenfalls angeboten. Hier kann der Nutzer die aktuelle Rednerliste und alle Informationen, die plenarbegleitend angeboten werden, abrufen.

Zu den wichtigen Neuerungen im Internet-Programm des Bundestages seit 1998 zählen folgende Bereiche:

[1] Quellen: Bericht der Unterabteilung Parlamentarische Information über die Tätigkeit der Referate Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst, Pressedokumentation, Online-Dienste, Parlamentsfernsehen zusammen mit dem Koordinator TV sowie Historische Ausstellungen, Sonderprojekte in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages (Stand: Oktober 2002). Vgl. auch *Simone Fühles-Ubach* und *Hans-Peter Neumann*, Zwei Jahre Deutscher Bundestag im Internet: Konzeption, Organisation, Erfahrungen, Resonanz und Perspektiven, in: Nfd. Information – Wissenschaft und Praxis. Jg. 49. 1998. H. 4. S. 205-210. *Peter Mambrey*, *Hans-Peter Neumann* und *Kerstin Sieverdingbeck*, Bridging the gap between parliament and citizen. The internet services of the German Bundestag In: Parliamentary affairs. Jg. 52. 1999. H. 3. S. 480-492.

Bibliothekskatalog (OPAC): Hier kann der Bürger zwar keine Bücher bestellen, aber er hat die Möglichkeit in einem großen wissenschaftlichen Literaturbestand eine umfassende Recherche durchzuführen.
Der Bereich „Architektur, Kunst und Ausstellungen“ wurde eingerichtet; hier wurde auch das Projekt „Der Bevölkerung“ von *Hans Haacke* mit einer eigenen Website ins Programm des Bundestages übernommen.
Die Ausstellung des Bundestages „Wege-Irrwege-Umwege – Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“ (im Deutschen Dom in Berlin untergebracht) wurde multimedial mit Audio- und Videofiles aufbereitet und kann online besucht werden.
Unter „Aktuelles“ wurden die Zeitschriften „Das Parlament“ inklusive die Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ) sowie „Blickpunkt Bundestag – Forum der Demokratie“ integriert.
Im Bereich „Gremien“ haben die Aktivitäten der Ausschüsse einen hohen Stellenwert erhalten. Ausführliche Aufgabenbeschreibungen sowie die Tagesordnungen werden, soweit die Ausschüsse dies wünschen, erfasst und ständig aktualisiert. Die Öffentlichen Ausschusssitzungen werden als Web-TV im Internet übertragen. Die Abschlussberichte der Enquete-Kommissionen werden zeitgleich mit dem Erscheinen der Print-Version auch als „download-Version“ im PDF-(Faksimile) und/oder ASCII-Format angeboten (ASCII-Dateiformat z.B. für Sehbehinderte).
Die Entwicklung des Internet-Programms und die Zugriffszahlen belegen, dass der Deutsche Bundestag mit seinem öffentlichen Informationsangebot im Internet für den Bürger von großem Interesse ist:

2001 – 3,85 Millionen Nutzer,
2000 – 2,55 Millionen Nutzer,
2002 – 5,23 Millionen Nutzer.

Jeder Nutzer hat sich durchschnittlich fast 14 Minuten auf der Internetseite des Bundestages aufgehalten. Im September 2002 riefen 676.864 Anwender 7,7 Millionen Seiten im Internet-Programm des Bundestages auf. Die Abrufzahlen belegen, dass zu besonderen Anlässen (hier die Bundestagswahl) die Zugriffszahlen extrem in die Höhe schnellen.
Über drei Mailinglisten lassen sich interessierte Gruppen regelmäßig mit Informationen versorgen. In die Mailingliste über die Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit haben sich inzwischen fast 15.500 Interessierte eingetragen. Die hib-Meldungen („heute im bundestag“) werden ca. 9.900 Nutzern zugesandt und die PZ-Pressemeldungen haben einen Nutzerkreis von ca. 6.000 Teilnehmern. Monatlich gehen durchschnittlich ca. 400 Mails ein, die vom Referat PI 4, teilweise nach umfangreichen Recherchen, beantwortet oder an andere Stellen im Hause weiter geleitet werden.
Die Bereiche „Datenbanken“ (DIP, GESTA, Dokumentenserver PARFORS – Drucksachen und Plenarprotokolle im Volltext, Daten zur Parteienfinanzierung) und „Aktuelles“ (Presse, Tagesordnungen, Plenum und Ausschüsse usw.) waren die populärsten Programmteile.
Der Deutsche Bundestag wurde 1999 vom Marburger Verein „Behinderte in Gesellschaft und Beruf – BiGuB“ mit dem Internetpreis „Gordischer Webknoten“ in Gold für sein barrierefreies Internet-Programm ausgezeichnet.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 23.3.

20.4 Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages[1]

Die Entwicklung des Parlamentsfernsehens geht zurück auf die Beratungen in der Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform in der 10. Wahlperiode (1983-1987). Auch der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung hatte sich seit der 10. Wahlperiode eingehend mit Fragen des Parlamentsfernsehens unter Einbeziehung von Erfahrungen anderer Parlamente befasst ebenso die Gemeinsame Verfas-

[1] Quellen: Bericht der Unterabteilung Parlamentarische Information über die Tätigkeit der Referate Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst, Pressedokumentation, Online-Dienste, Parlamentsfernsehen zusammen mit dem Koordinator TV sowie Historische Ausstellungen, Sonderprojekte in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages (Stand: Oktober 2002).

sungskommission der 12. Wahlperiode. Nach ausführlichen Diskussionen im Ältestenrat und Gesprächen auf vielen Ebenen sprach er sich in seiner Sitzung vom 19. Juni 1991 (12. Wahlperiode) für den Ausbau des bundestagseigenen Fernsehens aus, wie es dann zuerst in Bonn 1995 und später aufgrund einer weiteren Entscheidung vom 30. November 1995 (13. Wahlperiode) auch in Berlin verwirklicht wurde.

Die Realisierung des Fernsehsystems in Berlin erfolgte in zwei Phasen. Die erste Phase war die Inbetriebnahme einer Übergangslösung für das Reichstagsgebäude, um die Plenarberichterstattung mit Aufnahme des parlamentarischen Betriebes in Berlin in 1999 sicherzustellen. Anders als im späteren Wirkbetrieb wurden in der Übergangslösung drei bemannte Kameras im Plenarsaal eingesetzt, die auf eine provisorische Regie im Reichstagsgebäude aufgeschaltet waren. Diese Übergangslösung war erforderlich bis zur Fertigstellung und Inbetriebnahme des Jakob-Kaiser-Hauses im Jahre 2002 sowie insbesondere der dortigen Einrichtung der zentralen Studiotechnik im Jahre 2003.

Die Übergangslösung währte vom 19. April 1999 (Eröffnungssitzung im Reichstagsgebäude) bis zum Februar 2002. Am 20. Februar 2002 konnte die 217. Sitzung des 14. Deutschen Bundestages erstmals aus einer der neuen Regien im Jakob-Kaiser-Haus übertragen werden. Zu diesem Zeitpunkt wurden die drei manuell zu bedienenden Kameras durch acht ferngesteuerte ersetzt. Mit der Inbetriebnahme der zentralen Studiotechnik im Jakob-Kaiser-Haus standen für die Übertragung der parlamentarischen Arbeit drei der vier Regien zur Verfügung. So konnte nunmehr neben der Plenarberichterstattung auch die Berichterstattung aus einzelnen Ausschuss-Sitzungssälen aufgenommen werden. Ebenfalls konnte im Frühjahr 2002 das Fernsehstudio in Betrieb gehen und steht seitdem für die Produktion unterschiedlicher Formate zur Verfügung. Für die Durchführung des operativen Produktionsbetriebes im Studio und an den anderen Veranstaltungsorten – insbesondere Plenum und Ausschuss-Sitzungssäle – wurde ein externer Dienstleister aufgrund einer europaweiten Ausschreibung gewonnen.

Aufgrund einer von der Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg bereits im August 1999 erteilten Sendelizenz wurden ab November 2000 die Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages als digitales Fernsehprogramm im Ausbaugebiet des Berliner Breitbandkabelnetzes (862 MHz-Technik) öffentlich übertragen. Zum Ende der 14. Wahlperiode konnten über das Breitbandkabelnetz rund 900 000 Haushalte erreicht werden. Da für den Empfang digitaler Programme jedoch besondere Voraussetzungen beim Fernsehkunden vorhanden sein müssen, ist die Zahl der tatsächlich erreichbaren Haushalte allerdings geringer. Gegenwärtig kann von ca. 80 000 Haushalten im Berliner Breitbandkabelnetz mit steigender Tendenz ausgegangen werden. Auf diese Weise erreicht der Deutsche Bundestag mit seinem öffentlich zugänglichen dokumentierenden Fernsehprogramm und der vollständigen und redaktionell unbearbeiteten Übertragung aller Plenar- und öffentlicher Ausschuss-Sitzungen einen für das Parlament wichtigen Adressatenkreis. In diesem räumlichen Kreis wird das Parlamentsfernsehen insbesondere von Redaktionen, Verbindungsbüros, Botschaften und Landesvertretungen genutzt. Das Programmangebot des Deutschen Bundestages trägt darüber hinaus zu einer verbreiterten und den modernen Kommunikationsmöglichkeiten gerechter werdenden Darstellung der Arbeit des Deutschen Bundestages bei. Im Ergebnis wird so den Intentionen sowohl der Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform der 10. Wahlperiode als auch der Gemeinsamen Verfassungskommission der 12. Wahlperiode entsprochen.

Über das Berliner Breitbandkabelnetz hinaus ist das digitale Parlamentsfernsehen via Satellit – bei Vorhandensein entsprechender Empfangstechnik – ebenfalls zu empfangen. Über diesen Verbreitungsweg werden insbesondere die Ministerien und andere Behörden in Bonn, deutsche Botschaften im europäischen Ausland und europäische und internationale Einrichtungen über die Arbeit des Deutschen Bundestages auf dem Laufenden gehalten.

Alle Veranstaltungen des Parlaments werden auf einem Bildserver (500 Stunden Aufzeichnungskapazität) aufgezeichnet. Dieser Bildserver wird auch für die Sendeabwicklung des Parlamentsfernsehens genutzt. Er bietet zugleich einen direkten Zugriff für externe Nutzer auf das gespeicherte Bildmaterial. Zur Archivierung müssen alle aufgezeichneten Veranstaltungen auf MAZ-Bänder übertragen werden, um so für spätere Produktionen oder Kundenaufträge zur Verfügung zu stehen.

Im Zeitraum des vollen Betriebs von Mitte Februar 2002 bis Ende November 2002 sind bisher 17 Produktionen im Fernseh-Studio des Deutschen Bundestages vom Parlamentsfernsehen und von unterschiedlichen Fernsehanstalten durchgeführt worden, die aufgrund der engen Zusammenarbeit des Referates PI 4 mit den Sendern unter technischer Beteiligung des externen Dienstleisters Studio Berlin möglich wurden.

Alle Veranstaltungen hatten einen unmittelbaren politisch-parlamentarischen Bezug. Es hat sich gezeigt, dass die Zusammenarbeit mit dem Ereignis- und Dokumentationskanal PHOENIX sowie die Intensivie-

rung der Zusammenarbeit vor allem mit den 3. Programmen der ARD dazu geführt hat, dass eine beachtliche Auslastung des vom Deutschen Bundestag betriebenen Fernseh-Studios erreicht werden konnte.
Nach den bisherigen relativ kurzen Erfahrungen im Bereich Parlamentsfernsehen zeigt sich eine zunehmende Bereitschaft bei den Ausschüssen, bestimmte Sitzungen live im Parlamentskanal zu übertragen. Auf Grundlage des vom Parlamentsfernsehen produzierten Bildmaterials, das allen Fernsehanstalten kostenlos zur Verfügung gestellt wird, ist es diesen möglich, eine ihren Sendeformaten angepasste Fernsehberichterstattung aus den Beratungen der Ausschüsse zu realisieren, was in der Kooperation mit PHOENIX sowie anderen Sendern erste sichtbare Erfolge gezeitigt hat.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 23.3.

20.5 Wissenschaftspreis und Medienpreis für Arbeiten zum Parlamentarismus

Seit 1989 vergibt der Deutsche Bundestag Preise für Arbeiten zum Parlamentarismus. Es war bis 1990 zunächst der „Förderpreis des Deutschen Bundestages für wissenschaftlichen und publizistischen Nachwuchs“; seit 1993 sind es zwei Preise, der „Wissenschaftspreis“ und der „Medienpreis“, jeweils für Arbeiten zum Parlamentarismus. Beide Preise werden für hervorragende wissenschaftliche und publizistische Arbeiten der jüngsten Zeit verliehen, die zu einer Beschäftigung mit Parlamentsfragen anregen und zu einem vertieften Verständnis der parlamentarischen Praxis beitragen. Die Preisträger werden von zwei unabhängigen Jurys ausgewählt. Die Preise werden durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages verliehen und waren zunächst mit je 10 000 DM, seit 1997 mit 20.000 DM bzw. 10.000 € dotiert. Bei mehreren Preisträgern wurde das Preisgeld geteilt. Die Jurys beraten und entscheiden über die Vergabe der Preise unabhängig voneinander. Der Jury für den Wissenschaftspreis gehören sieben Vertreter der Rechts-, Geschichts- und Politikwissenschaft an. Vorsitzende der Wissenschaftsjury waren 1993-1998 Prof. Dr. *Rudolf Morsey*, 1998-2001 Prof. Dr. *Hans-Peter Schneider*, seit 2001 ist es Prof. Dr. *Uwe Thaysen*. Der Jury für den Medienpreis gehören neun Vertreter aus den verschiedenen Mediensparten an, ihr Vorsitzender ist seit 1993 Dr. *Helmut Herles* (General-Anzeiger, Bonn)[1].

1994	**Wissenschaftspreis** 28 Bewerbungen 2 Preisträger: *Thomas Kühne*, Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867-1914. Düsseldorf 1994. (Dissertation) *Werner J. Patzelt*, Abgeordnete und Repräsentation – Amtsverständnis und Wahlkreisarbeit. Passau 1993. (Habilitationsschrift) **Medienpreis** 31 Bewerbungen 2 Preisträger: *Klaus-Peter Schmid*, „Demokratie aus der Kiste“, Die Zeit, Juni 1994 *Elmar Thevessen*, „Parlament der leeren Stühle“ (Bonn direkt), ZDF, 1994
1995	**Wissenschaftspreis** 12 Bewerbungen 2 Preisträger: *Wolfgang Demmler*, Der Abgeordnete im Parlament der Fraktionen. Berlin 1995. (Dissertation) *Patrick Horst*, Haushaltspolitik und Regierungspraxis in den USA und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main 1995. (Dissertation)

[1] Stand: 31. März 2003.

noch: 1995	**Medienpreis** 19 Bewerbungen 2 Preisträger: *Stefan Kuhn*, „Vom Schutz vor Piraten bis zu den Brötchen an der Tankstelle: Abgeordnete in Bonn, Frankfurter Rundschau vom 24.8.1994, und „Unser Arbeitsplatz ist nicht allein das Plenum“, Frankfurter Rundschau vom 17.9.1994 *Klaus Rommerskirchen*, Live-Berichterstattung zur Kanzlerwahl am 15.11.1994, ZDF
1996	**Wissenschaftspreis** 20 Bewerbungen 2 Preisträger: *Frank Brettschneider*, Öffentliche Meinung und Politik. Eine empirische Studie zur Responsivität des Deutschen Bundestages. Opladen 1995. (Dissertation) *Philippe A. Weber-Panariello*, Nationale Parlamente in der Europäischen Union. Eine rechtsvergleichende Studie zur Beteiligung nationaler Parlamente an der innerstaatlichen Willensbildung in Angelegenheiten der Europäischen Union im Vereinigten Königreich, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden 1995. (Dissertation) **Medienpreis** 17 Bewerbungen 3 Preisträger: *Stefan Haselberger*, „Der weibliche Störfaktor im sächsischen Landtag – Die PDS-Abgeordnete Christine Ostrowski nervt“, Welt am Sonntag vom 2.7.1995 *Ekkehard Kohrs*, Lebenswerk (politische Berichterstattung im General-Anzeiger, Bonn) *Ludwig Dohmen*, „Die Sitzung ist eröffnet! – Ein akustisches Portrait des Deutschen Bundestages in Bonn“, WDR Radio 5, 21.6.1995
1997	**Wissenschaftspreis** 14 Bewerbungen 1 Preisträger: *Martin Sebaldt*, Organisierter Pluralismus. Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen. Opladen 1997. (Habilitationsschrift)
1999	**Wissenschaftspreis** 28 Bewerbungen 2 Preisträger: *Suzanne S. Schüttemeyer*, Fraktionen im Deutschen Bundestag. Empirische Befunde und theoretische Folgerungen. Opladen 1998. (Habilitationsschrift) *Arnd Uhle*, Parlament und Rechtsverordnung. München 1999. (Dissertation) **Medienpreis** 44 Bewerbungen 2 Preisträger: *Helmut Lölhöffel*, Berichterstattung über den Untersuchungsausschuss „Plutonium“ Phoenix-Redaktion, Beiträge „Reichstagseröffnung“ und „Historische Debatten“
2001	**Wissenschaftspreis** 24 Bewerbungen 2 Preisträger: *Hans Michael Kloth***,** Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“. Berlin 2000. (Dissertation) *Manfred Schwarzmeier*, Parlamentarische Mitsteuerung – Strukturen und Prozesse informalen Einflusses im Deutschen Bundestag. Wiesbaden 2001. (Dissertation)

noch: 2001	**Medienpreis** 13 Bewerbungen 2 Preisträger: *Steffen Mack*, „Lust und Frust unter der Glaskuppel – Abgeordnete müssen sehen, wo sie bleiben“, Mannheimer Morgen vom 8.5.2001 *Christian Vogg*, „Angekommen in der Berliner Republik? Zwei Hinterbänkler – beobachtet zwischen Bundes- und Reichstag“, WDR Radio 5, 2.1.2000 und 9.1.2000

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 23.4.

21 Auswärtige Beziehungen und europäische Integration

Überblick Seite

21.1 Parlamentarische Versammlung des Europarates 800
– Chronik
– Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland

21.2 Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) 802
– Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland

21.3 Europäisches Parlament 804
– Wahlrecht und Wahlverfahren in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft
– Europawahlgesetze im Deutschen Bundestag
– Europawahlen
– Sitzverteilung im Europäischen Parlament
– Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland
– Repräsentativität des Europäischen Parlaments

21.4 Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten (PPK) 820

21.5 Parlamentarische Versammlung der NATO 822
– Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland

21.6 Parlamentarische Versammlung der KSZE/OSZE 823
– Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland

21.7 Interparlamentarische Union (IPU) 824

21.8 Parlamentariergruppen 825
– Zahl der Parlamentariergruppen
– Verzeichnis der Parlamentariergruppen

21.9 Konferenz der Europaausschüsse (COSAC) 828

21.10 Auslandsdienstreisen der Abgeordneten 833

21 Auswärtige Beziehungen und europäische Integration

Traditionell fällt die Gestaltung der Außenpolitik in den Kompetenzbereich der Exekutive und nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wird der Bund vom Bundespräsidenten völkerrechtlich vertreten (Art. 59 Abs. 1 GG). Aber auch der Deutsche Bundestag gestaltet die Außenpolitik mit: Nach Art. 45a Abs. 1 GG bestellt der Bundestag einen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten. Die Beteiligung des Bundestages an der auswärtigen Politik ergibt sich aber auch aus Art. 59 Abs. 2 GG, wonach Verträge, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, der Zustimmung oder der Mitwirkung der jeweils für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes bedürfen. Damit sind Bundestag und Bundesrat gemeint. Es bietet sich an, dass das Parlament auswärtige Beziehungen und hier insbesondere mit auswärtigen Parlamenten unterhält.

21.1 Parlamentarische Versammlung des Europarates

Der am 5. Mai 1949 von Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen und Schweden gegründete Europarat – mit Sitz in Straßburg – ist eine zwischenstaatliche politische Organisation, der inzwischen 44 Mitgliedsländer aus Europa angehören. Der Europarat[1] hat die Aufgabe, „einen engen Zusammenschluss unter seinen Mitgliedern zu verwirklichen, um die Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe sind, zu schützen und zu fördern und um ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu begünstigen“. Organe des Europarates sind der Ministerrat und die Beratende (seit Juli 1974: Parlamentarische) Versammlung.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates[2] war die erste parlamentarische Versammlung in der Geschichte Europas. Sie hat Abgeordneten des Deutschen Bundestages, nachdem die Bundesrepublik Deutschland dem Europarat als Vollmitglied seit 1951 angehörte, die ersten Schritte auf europäischem Parkett erlaubt. Entsprechend seiner Größe entsendet jeder Staat eine bestimmte Anzahl von Vertretern und Stellvertretern. Liechtenstein hat zwei Sitze, während große Staaten wie Frankreich oder die Bundesrepublik Deutschland 18 Parlamentarier entsenden. Die Versammlung tritt in der Regel zu vier Sitzungsperioden im Jahr in Straßburg zusammen.

Die Aufgaben des Europarates sind der Einsatz für eine größere europäische Einheit, Schutz und Stärkung der pluralistischen Demokratie und der Menschenrechte, Suche nach Lösungen für die Probleme der Zeit und Entwicklung und Festigung des Bewusstseins für eine kulturelle europäische Identität. Hinzu gekommen ist seit 1990 die schrittweise Integration der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa. Die Tätigkeitsbereiche des Europarates und der Parlamentarischen Versammlung umfassen damit alle Aspekte europäischer Fragen mit Ausnahme der Verteidigungspolitik.

Der Europarat hat eine Reihe von Konventionen (derzeit über 150) beschlossen, zu deren bekanntesten neben der Europäischen Menschenrechtskonvention die Europäische Sozialcharta und die Europäische Kulturkonvention gehören. Viele dieser auch international beachteten Konventionen verdanken ihre Entstehung Anstößen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Die Parlamentarische Versammlung soll die Arbeiten des Ministerkomitees des Europarates parlamentarisch begleiten. Damit werden die nationalen Exekutiven von den Parlamentariern doppelt kontrolliert: Einmal in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und zum anderen im Hinblick auf die Umsetzung der Konventionen des Europarates in den nationalen Parlamenten. Diese intensive Arbeit

[1] Nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Rat, dem die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union angehören.

[2] Vgl. *Joachim Kehrhahn*, Die Parlamentarische Versammlung des Europarates. In: Der Aktuelle Begriff ’97. Hrsg. von den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages. Rheinbreitbach 1996. S. 21 ff..

kann die Parlamentarische Versammlung des Europarates nur zum Teil in den viermal pro Jahr in Straßburg stattfindenden Tagungen leisten. Wie in den nationalen Parlamenten finden deshalb sowohl während der genannten Tagungen als auch während des ganzen Jahres in Abständen von ca. 6 bis 8 Wochen in Paris, Straßburg, Brüssel oder in einem der Mitgliedstaaten Ausschusssitzungen der 10 Fachausschüsse der Parlamentarischen Versammlung des Europarates statt. Vor der Einladung an einen Staat, Mitglied des Europarates zu werden, bzw. vor der Aufforderung an einen Staat, aus dem Europarat auszutreten, muss das Ministerkomitee eine Stellungnahme der Parlamentarischen Versammlung einholen. Die Funktionen der Versammlung sind jedoch ausschließlich beratender Natur. Für die Mitgliedstaaten oder das Ministerkomitee bindende Beschlüsse kann sie nicht fassen. Sie wählt den Generalsekretär des Europarates. Zudem prüft die Parlamentarische Versammlung die Nominierung der Richter am Europäischen Menschenrechtsgerichtshof und wählt sie.

Chronik

1953–1995	Beitritt weiterer 28 Staaten in den Europarat.
28. Februar/6. November 1996	Rußland und Kroatien werden als 39. bzw. 40. Staat in den Europarat aufgenommen.
27. April 1999	Beitritt von Georgien.
25. Januar 2001	Beitritt von Armenien und Aserbeidschan.
24. April 2002	Beitritt von Bosnien-Herzegowina.

Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland

Folgende Mitglieder des Deutschen Bundestages hatten während der 13. und 14. Wahlperiode in der Beratenden bzw. Parlamentarischen Versammlung des Europarates das Amt eines Präsidenten, eines Vizepräsidenten, eines Fraktionsvorsitzenden und eines Ausschussvorsitzenden inne:[1]

Deutsche Präsidenten	Deutsche Vizepräsidenten	Deutsche Fraktionsvorsitzende
Leni Fischer (1996–1999)	*Gerhard Reddemann* (1986–1994) *Leni Fischer* (1995) *Robert Antretter* (1996–1998) *Klaus Bühler* (1999) *Wolfgang Behrend* (2000–2002)	Christ-Demokratische Fraktion/Europäische Volkspartei: *Leni Fischer* (1994–1995)
		Sozialistische Fraktion: –
		Liberale Fraktion: –

[1] Quellen: Unterlagen des Europarates sowie des Referats Interparlamentarische Angelegenheiten des Deutschen Bundestages.

Ausschuss	Deutsche Ausschussvorsitzende
Politischer Ausschuss	*Gerhard Reddemann* (1991–1994)
Geschäftsordnungsausschuss	
Ausschuss für Wirtschaft und Entwicklung früher: Ausschuss für Wirtschaft und Entwicklung; Wirtschaftsausschuss	*Uwe Holtz* (1992–1994)
Ausschuss für Sozialordnung, Gesundheit und Familie	
Ausschuss für Recht und Menschenrechte	*Eduard Lintner* (2002)
Ausschuss für Kultur, Wissenschaft und Bildung	*Leni Fischer* (1992–1995)
Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft früher: Ausschuss für Landwirtschaft	*Hermann Scheer* (1994–1996) *Wolfgang Behrendt* (1999–2001)
Ausschuss für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen	
Ausschuss für die Einhaltung der von den Mitgliedstaaten eingegangenen Verpflichtungen	
Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern	

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 24.1.

21.2 Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU)

Die Versammlung der Westeuropäischen Union ist das einzige europäische interparlamentarische Gremium, das kraft Vertrages über Kompetenzen in Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik verfügt. Ihr gehören 115 ordentliche und ebenso viele stellvertretende Mitglieder an, die zur gleichen Zeit auch Mitglieder in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sind. Wie in der Parlamentarischen Versammlung des Eur-oparates verfügt die Bundesrepublik Deutschland damit auch in der Versammlung der Westeuropäischen Union über 18 Sitze.

Die Versammlung tritt in der Regel zweimal im Jahr am Sitzungsort Paris zu einer viertägigen Tagung zusammen. Während dieser Tagung und in der Regel acht Mal bis zehn Mal jährlich tagen die sechs Ausschüsse der Versammlung am Tagungsort in Paris oder in einem der neun Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union.

Die halbjährlichen Tätigkeitsberichte des Rates der Außen- und Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union werden während der Tagungen der Versammlung der Westeuropäischen Union ebenso intensiv diskutiert wie Ausschussberichte zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen und Empfehlungsentwürfe an den Rat. Diesen Empfehlungen der Versammlung kommt erhebliches politisches Gewicht zu, auch wenn der Rat zu ihrer Befolgung rechtlich nicht verpflichtet ist. Die Beschlusstexte der Versammlung werden in den Gremien und Fachausschüssen des Deutschen Bundestages im Anschluss an die Plenartagungen der Versammlung zur Kenntnis gebracht. Die Umsetzung der Empfehlungen und Entschließungen der Versammlung erfolgt durch parlamentarische Anfragen der Abgeordneten an die Bundesregierung.

Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland

Folgende WEU-Mitglieder aus der Bundesrepublik Deutschland waren während der 13. und 14. Wahlperiode Präsidenten, Vizepräsidenten, Ausschussvorsitzende oder Fraktionsvorsitzende der Versammlung der Westeuropäischen Union:[1]

Deutsche Präsidenten	Deutsche Vizepräsidenten
Klaus Bühler (2000–2002)	*Heinz-Alfred Steiner* (1992–1995) *Robert Antretter* (1995–1996) *Klaus Bühler* (1997–1998) *Dieter Schloten* (1999) *Wolfgang Behrendt* (2000–2002) *Joachim Hörster* (seit 2002)
Fraktion	**Deutsche Fraktionsvorsitzende**
Fraktion der Christlichen Demokraten und britischen Konservativen Fraktion der Christdemokraten und Europäischen Demokraten	
Sozialistische Fraktion	
Liberale Fraktion	
Ausschuss	**Deutsche Ausschussvorsitzende**
Verteidigungsausschuss	*Dieter Schloten* (2000–2002)
Politischer Ausschuss	
Ausschuss für Technologie und Raumfahrt	
Haushaltsausschuss	*Arnulf Kriedner* (1995–1998) *Klaus Bühler* (1998–1999) *Christine Lucyga* (seit 2002)
Geschäftsordnungsausschuss	
Ausschuss für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit	

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 24.2.

[1] Quelle: Index of Presidents, Vice-Presidents, Chairmen and Clerks of the Assembly of Western European Union July 2002. Unterlagen des Referats Interparlamentarische Angelegenheiten der Bundestagsverwaltung.

21.3 Europäisches Parlament

Wahlrecht und Wahlverfahren in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft[1]

Bei der vierten (direkten) Europawahl 1994 wurden die 567 Abgeordneten in den zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach zwölf unterschiedlichen Wahlgesetzen gewählt. Bei der fünften (direkten) Europawahl 1999 wurden die 626 Abgeordneten in den fünfzehn Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach fünfzehn unterschiedlichen Wahlgesetzen gewählt.

4. Wahlperiode (1994–1999)

Land	Wahlsystem		Zahl der Abgeordneten	Sitzverteilungsverfahren	Untere Altersgrenze für Wahlrecht	
	bei der Europawahl	bei den nationalen Parlamentswahlen			aktives	passives
Belgien	Verhältniswahl (3 Stimmkreise)	Verhältniswahl	25	nach *d'Hondt* jeweils in zwei Wahlgebieten	18	21
Dänemark	Verhältniswahl	Verhältniswahl	16	nach *d'Hondt*	18	18
Bundesrepublik Deutschland	Verhältniswahl	Mischung von Verhältnis- und Mehrheitswahl	99	nach *Niemeyer*	18	18
Finnland[2]	Verhältniswahl	Verhältniswahl	16	nach *d'Hondt*	18	18
Frankreich	Verhältniswahl	Mehrheitswahl mit Stichwahl im 2.Wahlgang	87	nach *d'Hondt*	18	23
Griechenland	Verhältniswahl	Verhältniswahl	25	nach verstärktem Verhältniswahlsystem	18	21
Irland	Verhältniswahl (4 Wahlkreise)	Verhältniswahl	15	Wahlsystem der übertragbaren Präferenzstimmen	18	21
Italien	Verhältniswahl (5 Wahlgebiete)	Verhältniswahl	87	nach ganzen Wahlquotienten und höchsten Reststimmen	18	25
Luxemburg	Verhältniswahl	Verhältniswahl	6	Variante *d'Hondt* (Hagenbach-Bischoff-System)	18	21

[1] Quelle: Statistisches Bundesamt.
[2] Wahlen wurden am 20. Oktober 1996 durchgeführt.

noch: 4. Wahlperiode (1994–1999)

Land	Wahlsystem		Zahl der Abgeordneten	Sitzverteilungsverfahren	Untere Altersgrenze für Wahlrecht	
	bei der Europawahl	bei den nationalen Parlamentswahlen			aktives	passives
Niederlande	Verhältniswahl	Verhältniswahl	31	nach *d'Hondt*	18	25
Österreich[1]	Verhältniswahl	Verhältniswahl	21	nach *d'Hondt*	18	19
Portugal	Verhältniswahl	Verhältniswahl	25	nach *d'Hondt*	18	18
Schweden[2]	Verhältniswahl	Verhältniswahl	22	modifizierte Methode *Sainte-Laguë*	18	18
Spanien	Verhältniswahl	Verhältniswahl	64	nach *d'Hondt*	18	18
Großbritannien und Nordirland	England, Schottland und Wales Mehrheitswahlsystem, Nordirland Verhältniswahl	reine Mehrheitswahl	87	Mehrheitswahlsystem in Einzelwahlkreisen	18	21

5. Wahlperiode (ab 1999)

Land	Wahlsystem		Zahl der Abgeordneten	Wahlpflicht	Untere Altersgrenze für Wahlrecht		Briefwahl
	bei der Europawahl	bei den nationalen Parlamentswahlen			aktives	passives	
Belgien	Verhältniswahl	Verhältniswahl	25	ja	18	21	nur bei Wohnsitz in anderem Mitgliedstaat bzw. im übrigen Ausland
Dänemark	Verhältniswahl	Verhältniswahl	16	nein	18	18	zulässig
Bundesrepublik Deutschland	Verhältniswahl	Mischung von Verhältnis- und Mehrheitswahl	99	nein	18	18	zulässig
Finnland	Verhältniswahl	Verhältniswahl	16	nein	18	18	keine Briefwahl, aber Abgabe der Stimme während eines bestimmten Zeitraums vor dem Wahltermin zulässig

[1] Wahlen wurden am 13. Oktober 1996 durchgeführt.
[2] Wahlen wurden am 17. September 1995 durchgeführt.

noch: 5. Wahlperiode (ab 1999)

Land	Wahlsystem		Zahl der Abgeordneten	Wahlpflicht	Untere Altersgrenze für Wahlrecht		Briefwahl
	bei der Europawahl	bei den nationalen Parlamentswahlen			aktives	passives	
Frankreich	Verhältniswahl	Mehrheitswahl mit Stichwahl im 2.Wahlgang	87	nein	18	23	keine Briefwahl zulässig aber bei Wohnsitz in anderem Mitgliedstaat bzw. im übrigen Ausland Stimmabgabe durch Vertreter oder in einer Botschaft bzw. in einem Konsulat Frankreichs möglich
Griechenland	Verhältniswahl	Verhältniswahl	25	ja	18	21	keine Briefwahl zulässig aber bei Wohnsitz in anderem Mitgliedstaat bzw. im übrigen Ausland Stimmabgabe in einem griechischen Konsulat in einem EU-Mitgliedstaat möglich
Irland	Verhältniswahl	Verhältniswahl	15	nein	18	21	–
Italien	Verhältniswahl	Verhältniswahl	87	nein	18	25	keine Briefwahl zulässig aber bei Wohnsitz in anderem EU-Mitgliedstaat Stimmabgabe in einem italienischen Konsulat möglich
Luxemburg	Verhältniswahl	Verhältniswahl	6	ja	18	21	nur bei Wohnsitz in anderem Mitgliedstaat bzw. im übrigen Ausland
Niederlande	Verhältniswahl	Verhältniswahl	31	nein	18	18	nur bei Wohnsitz in anderem Mitgliedstaat bzw. im übrigen Ausland dann auch Stimmabgabe durch Vertreter möglich

noch: 5. Wahlperiode (ab 1999)

Land	Wahlsystem		Zahl der Abgeordneten	Wahlpflicht	Untere Altersgrenze für Wahlrecht		Briefwahl
	bei der Europawahl	bei den nationalen Parlamentswahlen			aktives	passives	
Österreich	Verhältniswahl	Verhältniswahl	21	nein	18	19	zulässig
Portugal	Verhältniswahl	Verhältniswahl	25	nein	18	18	keine Briefwahl zulässig aber bei Wohnsitz in anderem Mitgliedstaat Stimmabgabe in einem portugiesischem Konsulat möglich
Schweden	Verhältniswahl	Verhältniswahl	22	nein	18	18	–
Spanien	Verhältniswahl	Verhältniswahl	64	nein	18	18	nur bei Wohnsitz in anderem Mitgliedstaat bzw. im übrigen Ausland
Großbritannien und Nordirland	Verhältniswahl	Mehrheitswahl	87	nein	18	21	–

Europawahlgesetze im Deutschen Bundestag

Die folgende Aufstellung enthält jene verabschiedeten und – durch eine dicke Linie getrennt – nicht verabschiedeten Gesetze, die die Europawahlen und insbesondere das Europawahlgesetz bzw. die Europawahlordnung betreffen und beim Deutschen Bundestag eingebracht worden sind.

13. Wahlperiode (1994–1998)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz zur Aussetzung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik für die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag	a) CDU/CSU und FDP b) 28.4.1998 c) 13/10533	Abschaffung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament; Aufhebung § 51 Abs. 2 Bundeswahlgesetz, der §§ 45 und 85 Bundeswahlordnung und der §§ 38 Abs. 1 und 78 Europawahlordnung.	a) 25.6.1998 b) 28.8.1998
Viertes Gesetz zur Änderung des Europawahlgesetzes	a) PDS b) 17.1.1996 c) 13/3521	Streichung der Fünf-Prozent-Sperrklausel für die 5. Wahl zum Europäischen Parlament 1999, Gewährung des Wahlrechts an Ausländer, die seit fünf Jahren ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben und nicht in einem anderen EU-Mitgliedstaat wahlberechtigt sind, Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, Einräumung der Möglichkeit von Präferenzstimmen auf den Listenwahlvorschlägen der Parteien.	a) –

14. Wahlperiode (1998–2002)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland	a) SPD, CDU/CSU und B 90/GR b) 23.2.1999 c) 14/401	Wiederaufnahme der repräsentativen Wahlstatistik bei Bundestags- und Europawahlen mit erweiterten Verfahrensregelungen zum Schutz des Wahl- und Statistikgeheimnisses; Wahlstatistikgesetz als Art. 1 der Vorlage, Änderung § 35 und Aufhebung § 51 Bundeswahlgesetz, Änderung der §§ 17 und 25 Europawahlgesetz, Änderung § 45 und Aufhebung § 85 Bundeswahlordnung sowie Änderung § 38 und Aufhebung § 78 Europawahlordnung.	a) 25.3.1999 b) 31.5.1999

noch: 14. Wahlperiode (1998-2002)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
Zweites Gesetz zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes	a) SPD und B 90/GR b) 26.1. 2000 c) 14/2577	Verbesserung der Qualität der Melderegister, u.a. Befugnis für die Meldebehörden zur Überprüfung der Daten bei Anhaltspunkten für Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit, Verpflichtung öffentlicher Stellen zur Meldung von Unstimmigkeiten an die Meldebehörden, Eintragung von Unionsbürgern in ein deutsches Wählerverzeichnis bei wiederholter Teilnahme an einer Europawahl.	a) 8.6.2000 b) 31.8.2000
Erstes Gesetz zur Änderung des Wahlstatistikgesetzes	a) SPD, CDU/CSU und B 90/GR b) 3.7. 2001 c) 14/6538	Änderung der §§ 2 bis 8 Wahlstatistikgesetz: Einbeziehung der Briefwahlstimmen bei Bundestags- und Europawahlen in die repräsentative Wahlstatistik.	a) 8.11.2001 b) 24.1.2002
Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze	a) BReg. b) 23.1.2002 c) 14/8043	... Erleichterung der Teilnahme von blinden und sehbehinderten Menschen an Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament.	a) 28.2.2002 b) 30.4.2002
Gesetz zur Umstellung von Vorschriften des Dienst-, allgemeinen Verwaltungs-, Sicherheits-, Ausländer und Staatsangehörigkeitsrechts auf Euro (Sechstes Euro-Einführungsgesetz)	a) BReg. b) 17.5.2001 c) 14/6096	Artikel 14 Änderung der Europawahlordnung: In § 10 Abs. 2 der Europawahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Mai 1994 (BGBl. I S. 957), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 28. August 2000 (BGBl. I S. 1338) geändert worden ist, wird die Angabe „30 DM“ durch die Angabe 16 Euro“ ersetzt.	a) 5.7.2001 b) 7.12.2001
Gesetz zur Demokratisierung des Wahlrechts	a) PDS b) 9.6.1999 c) 14/1126	... Streichung der Fünfprozentklausel im Bundeswahlgesetz und im Europawahlgesetz ...	a) – (Ablehnung in 2. Beratung)

15. Wahlperiode (2002–)

Gesetzes-Titel	eingebracht a) durch b) am c) Drs.-Nr.	Gesetzes-Inhalt	a) verabschiedet im BT b) verkündet
–[1]	–	–	–

[1] Stand: 31. März 2003.

Europawahlen

Endgültiges Wahlergebnis der Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland von 1994

	Anzahl	in %	Sitze
Wahlberechtigte	60 473 927	–	–
Wähler	36 295 529	60,0[1]	–
Ungültige Stimmen	884 115	2,4	–
Gültige Stimmen	35 411 414	97,6	99
davon:			
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	11 389 697	32,2	40
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	11 346 073	32,0	39
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	3 563 268	10,1	12
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU)	2 393 374	6,8	8
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	1 670 316	4,7	–
Freie Demokratische Partei (F.D.P)	1 442 857	4,1	–
DIE REPUBLIKANER (REP)	1 387 070	3,9	–
Bund freier Bürger	385 676	1,1	–
DIE GRAUEN - Graue Panther (GRAUE)	275 866	0,8	–
Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)	273 776	0,8	–
AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS (APD)	231 265	0,7	–
STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN (STATT Partei)	168 738	0,5	–
Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen (PASS)	127 104	0,4	–
Bayernpartei (BP)	110 778	0,3	–
NEUES FORUM (FORUM)	107 615	0,3	–
Partei Bibeltreuer Christen (PBC)	93 210	0,3	–
DIE NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN (NATURGESETZ)	92 031	0,3	–
Deutsche Soziale Union (DSU)	80 618	0,2	–
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	77 227	0,2	–
CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM)	66 766	0,2	–
CHRISTLICHE LIGA Die Partei für das Leben (LIGA)	40 115	0,1	–
Die Unregierbaren –Autonome Liste	37 672	0,1	–
Bürgerrechtsbewegung Solidarität	23 851	0,1	–
Plattform Europa der ArbeiterInnen und Demokratie	12 992	0,0	–
Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale (BSA)	10 678	0,0	–
FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS (FAMILIE)	2 781	0,0	–

[1] Wahlbeteiligung.

Endgültiges Wahlergebnis der Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland von 1999[1]

	Anzahl	in %	Sitze
Wahlberechtigte	60 786 904		–
Wähler	27 468 932	45,2[2]	–
Ungültige Stimmen	409 659	1,5	–
Gültige Stimmen	27 059 273	98,5	99
davon:			–
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	10 628 224	39,3	43
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	8 307 085	30,7	33
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU)	2 540 007	9,4	10
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	1 741 494	6,4	7
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	1 567 745	5,8	6
Freie Demokratische Partei (F.D.P.)	820 371	3,0	–
DIE REPUBLIKANER (REP)	461 038	1,7	–
Mensch Umwelt Tierschutz -Die Tierschutzpartei-	185 186	0,7	–
DIE GRAUEN - Graue Panther (GRAUE)	112 142	0,4	–
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	107 662	0,4	–
Feministische Partei DIE FRAUEN	100 128	0,4	–
Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)	100 048	0,4	–
AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS (APD)	97 984	0,4	–
Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen (PASS)	71 430	0,3	–
Partei Bibeltreuer Christen (PBC)	68 732	0,3	–
DIE NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN (NATURGESETZ)	38 139	0,1	–
Automobile-Steuerzahler-Partei (ASP)	34 029	0,1	–
CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM)	30 746	0,1	–
Bayernpartei (BP)	14 950	0,1	–
Humanistische Partei (HP)	11 505	0,0	–
Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)	9 431	0,0	–
Deutsche Zentrumspartei (ZENTRUM)	7 080	0,0	–
FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS (FAMILIE)	4 117	0,0	–

[1] Quelle: Statistisches Bundesamt, Europawahl 1999, Heft 5.
[2] Wahlbeteiligung.

Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht[1]

Wahl-jahr[2]	Alter in Jahren	SPD-Wähler			CDU-Wähler			CSU-Wähler		
		männl. in %	weibl. in %	insg. in %.	männl. in %	weibl. in %	insg. in%	männl. in %	weibl. in %	insg. in%
1994	18–24	25,5	28,7	27,0	24,8	22,3	23,6	5,5	5,2	5,4
	25–34	31,0	32,7	31,8	23,6	22,2	22,9	5,3	4,9	5,1
	35–44	33,2	33,1	33,2	25,8	26,2	26,0	5,4	5,4	5,4
	45–59	34,2	32,7	33,4	33,8	35,7	34,7	6,7	7,1	6,9
	ab 60	33,9	33,2	33,5	38,0	42,2	40,4	8,2	8,7	8,5
	zusammen	32,6	32,6	32,6	30,6	33,0	31,9	6,5	6,8	6,7
1999	18–24	23,5	26,0	24,6	37,6	37,7	37,7	8,5	8,0	8,3
	25–34	27,2	29,2	28,2	35,7	34,4	35,0	8,9	8,4	8,6
	35–44	30,6	30,9	30,8	33,7	32,9	33,3	8,1	7,7	7,9
	45–59	32,6	31,8	32,2	37,3	39,2	38,3	8,8	9,0	8,9
	ab 60	33,3	33,2	33,2	32,9	45,1	44,1	10,1	10,2	10,2
	zusammen	31,1	31,5	31,3	38,3	39,8	39,1	9,1	9,1	9,1

Wahl-jahr[2]	Alter in Jahren	PDS-Wähler			FDP-Wähler			GRÜNE-Wähler			Wähler sonstiger Parteien		
		männl. in %	weibl. in %	insg. in %.	männl. in %	weibl. in %	insg. in %.	männl. in %	weibl. in %	insg. in%	männl. in %	weibl. in %	insg. in%
1994	18–24	5,1	4,6	4,9	4,6	4,8	4,7	15,8	21,5	18,5	18,7	12,9	15,8
	25–34	4,7	4,9	4,8	4,0	4,0	4,0	17,2	20,7	18,9	14,3	10,6	12,4
	35–44	5,9	5,9	5,9	3,9	4,4	4,1	13,7	15,9	14,8	12,1	9,2	10,7
	45–59	5,0	4,8	4,9	4,2	4,6	4,4	5,8	7,0	6,4	10,2	8,0	9,2
	45–59	4,6	3,5	4,0	3,1	3,4	3,3	1,8	2,3	2,1	10,4	6,6	8,2
	ab 60	5,0	4,6	4,8	3,8	4,1	4,0	9,3	10,3	9,8	12,1	8,6	10,3
1999	18–24	6,7	6,4	6,5	4,6	3,5	4,1	8,2	10,1	9,1	11,0	8,2	9,7
	25–34	5,6	5,3	5,4	4,0	2,9	3,4	10,5	12,9	11,7	8,2	7,1	7,6
	35–44	6,7	6,6	6,6	3,0	2,6	2,8	11,2	12,9	12,0	6,7	6,4	6,6
	45–59	7,0	6,3	6,6	3,3	2,9	3,1	5,8	6,2	6,0	5,1	4,6	4,9
	ab 60	5,9	4,5	5,1	2,4	2,2	2,3	1,5	1,7	1,6	3,9	3,1	3,4
	zusammen	6,3	5,5	5,9	3,2	2,6	2,9	6,2	6,6	6,4	5,8	4,8	5,3

[1] Quelle: Statistisches Bundesamt, Europawahl 1999, Heft 5.
[2] In allen Wahljahren ohne die Stimmen der Briefwähler.

Wahlbeteiligung

Land	Europawahl 1994 in %	Europawahl 1999 in %
Belgien[1]	90,7	91,2
Bundesrepublik Deutschland	60,0	45,2
Dänemark	52,9	50,5
Finnland	57,6[2]	30,1
Frankreich	52,7	46,8
Griechenland[3]	71,2	70,3
Großbritannien	36,4	24,0
Irland	44,0	50,2
Italien[4]	74,8	70,8
Luxemburg[5]	88,5	87,3
Niederlande	35,6	30,0
Österreich	67,7[6]	49,4
Portugal	34,4	39,9
Schweden	41,6[7]	38,8
Spanien	59,1	63,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Europawahl 1999, Heft 5.

Sitzverteilung im Europäischen Parlament

4. Wahlperiode (Stand: Oktober 1994)[8]

Fraktion	insgesamt		Sitzverteilung nach Ländern											
	Anzahl	in %	B	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	L	NL	E	P
Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE)	198	34,9	6	40	3	15	63	10	18	1	2	8	22	10
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion) (EVP-CD)	157	27,7	7	47	3	13	19	9	12	4	2	10	30	1

1 Es besteht Wahlpflicht.
2 Erste Direktwahl am 20. Oktober 1996.
3 Es besteht Wahlpflicht.
4 Es besteht Wahlpflicht.
5 Es besteht Wahlpflicht.
6 Erste Direktwahl am 13. Oktober 1996.
7 Erste Direktwahl am 17. September 1995.
8 Mit 12 Mitgliedstaaten.

noch: 4. Wahlperiode (Stand: Oktober 1994)

Fraktion	insgesamt		Sitzverteilung nach Ländern											
	Anzahl	in %	B	D	DK	F	GB	GR	I	IRL	L	NL	E	P
Fraktion der Liberalen und Demokratischen Partei Europas (LIBE)	43	7,6	6		5	1	2		7	1	1	10	2	8
Konföderale Fraktion der Europäischen unitarischen Linken (KEUL)	28	4,9				7		4	5				9	3
Fraktion Forza Europa (FE)	27	4,8							27					
Fraktion der Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten (SdED)	26	4,6				14		2		7				3
Fraktion DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament (GRÜNE)	23	4,1	2	12	1				4	2	1	1		
Fraktion der Radikalen Europäischen Allianz (REA)	19	3,4				13	2		2				1	
Fraktion Europa der Nationen (Koordinierungsgruppe) (EdN)	19	3,4	1		4	13						2		
Fraktionslose (FL)	27	4,8	3			11	1		12					
insgesamt	567	100	25	99	16	87	87	25	87	15	6	31	64	25

Quelle: Europaparlament.

Die Abkürzungen der Länder entsprechen größtenteils den Nationalitätskennzeichen für Kraftfahrzeuge:

A = Österreich
B = Belgien
D = Bundesrepublik Deutschland
DK = Dänemark
E = Spanien
F = Frankreich
FIN = Finnland
GB = Großbritannien
GR = Griechenland
I = Italien
IRL = Irland
L = Luxemburg
NL = Niederlande
P = Portugal
S = Schweden

4. Wahlperiode (Stand: Mai 1997)[1]

Fraktion	insgesamt		Sitzverteilung nach Ländern														
	Anzahl	in %	A	B	D	DK	E	F	FIN	GB	GR	I	IRL	L	NL	P	S
Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE)	214	34,2	6	6	40	4	21	15	4	63	10	18	1	2	7	10	7
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion) (EVP-CD)	181	28,9	7	7	47	3	30	12	4	18	9	15	4	2	9	9	5
Fraktion Union für Europa (UFE)	55	8,8						17			2	24	7		2	3	
Fraktion der Liberalen und Demokratischen Partei Europas (LIBE)	41	6,6	1	6		5	2	1	5	2		4	1	1	10		3
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/ Nordische Grüne Linke (KVEL/ NGL)	33	5,3					9	7	2		4	5				3	3
Fraktion Die Günen im Europäischen Parlament (GRÜNE)	28	4,5	1	2	12			1	1			4	2		1		4
Fraktion der Radikalen Europäischen Allianz (REA)	20	3,2		1			2	12		2		2		1			
Fraktion der Unabhängigen für ein Europa der Nationen (UEdN)	18	2,9				4		11		1					2		
Fraktionslose (FL)	36	5,7	6	3				11		1		15					
insgesamt	626	100	21	25	99	16	64	87	16	87	25	87	15	6	31	25	22

Quelle: Europäisches Parlament, Volkshandbuch, 4. Wahlperiode 1994-1999, Stand Mai 1997.

[1] Mit 15 Mitgliedstaaten.

5. Wahlperiode (Stand Februar 2000)

Fraktion	insgesamt		Sitzverteilung nach Ländern														
	Anzahl	in %	A	B	D	DK	E	F	FIN	GB	GR	I	IRL	L	NL	P	S
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion) und Europäische Demokraten (EVP-ED)	233	37,2	7	6	53	1	28	21	5	37	9	34	5	2	9	9	7
Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE)	180	28,8	7	5	33	3	24	22	3	30	9	17	1	2	6	12	6
Fraktion der Liberalen Demokraten und Reformer (LIBE)	51	8,1		5		6	3		5	10		8	1	1	8		4
Fraktion DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament/Europäische Freie Allianz (GRÜNE/EFA)	48	7,7	2	7	7		4	9	2	6		2	2	1	4		2
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (KVEL/NGL)	42	6,7			6	1	4	11	1		7	6			1	2	3
Fraktion der Unabhängigen für das Europa der Nationen (UEN)	30	4,8				1		12				9	6			2	
Technische Fraktion der Unabhängigen Abgeordneten/ Gemischte Fraktion (TUA)	18	2,9		2				5				11					
Fraktion Europa der Demokratien und Unterschiede (EDU)	16	2,6				4		6		3					3		
Fraktionslose (FL)	8	1,3	5				1	1		1							
insgesamt	626	100	21	25	99	16	64	87	16	87	25	87	15	6	31	25	22

Quelle: Europäisches Parlament, Bürger-Handbuch, 5. Wahlperiode 1999-2004, Stand Februar 2000.

Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland

In dieser Aufstellung ist angegeben, welche Abgeordneten aus der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament

– Mitglieder des Präsidiums,
– Vorsitzende einer Fraktion oder
– Vorsitzende eines Ausschusses

waren bzw. sind.

Mitglieder des Präsidiums

Zeitraum/ Wahlperiode des Europäischen Parlaments	Deutsche Präsidenten	Deutsche Vizepräsidenten
4. WP 1994–1999	*Klaus Hänsch* (bis Januar 1997)	*Ursula Schleicher* *Magdalene Hoff* (ab Januar 1997)
5. WP ab 1999	–	*Gerhard Schmid* *Ingo Friedrich*

Vorsitzende einer Fraktion

Wahlperiode des Europäischen Parlaments	Fraktion	Deutsche Fraktionsvorsitzende
4. WP 1994–1999	Die Grünen	*Claudia Roth*
5. WP ab 1999	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion) und Europäische Demokraten (EVP-ED)	*Hans-Gert Pöttering*

Vorsitzende eines Ausschusses

Wahlperiode des Europäischen Parlaments	Deutsche Ausschussvorsitzende	Vorsitz im Ausschuss (A)
4. WP 1994–1999	*Detlev Samland*	HaushaltsA
	Karl von Wogau	A für Wirtschaft, Währung, Industriepolitik
	Diemut R. Theato	A für Haushaltskontrolle

Wahlperiode des Europäischen Parlaments	Deutsche Ausschussvorsitzende	Vorsitz im Ausschuss (A)
5. WP ab 1999	*Elmar Brok*	A für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik
	Diemut Theato	A für Haushaltskontrolle
	Christa Randzio-Plath	A für Wirtschaft und Währung
	Friedrich Graefe zu Baringdorf (bis Januar 2002)	A für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Quelle: *Sven Hölscheidt*, Das Europäische Parlament in der ersten Hälfte der fünften Wahlperiode. In: Der aktuelle Begriff ’01. Hrsg. von den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages. Berlin 2001. S. 14 f. *Niklas Görlitz*, Das Europäische Parlament in der zweiten Hälfte der 5. Wahlperiode. In: Der aktuelle Begriff 2001/2002. Hrsg. von den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages. Berlin 2002. S. 222 ff..

Repräsentativität des Europäischen Parlaments

Die Zahl der in jedem Mitgliedstaat zu wählenden Abgeordneten zum Europäischen Parlament ist seit dem 17.7.1979 (Konstituierung des ersten direkt gewählten Europäischen Parlaments) in dem primärrechtlichen **Akt zur „Einführung allgemeiner, unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung“** festgesetzt. Gemäß seiner am 1.1.1995 in Kraft getretenen Fassung, ergibt sich folgende Verteilung von **626 Sitzen:**

Luxemburg	6	Schweden	22	Spanien	64
Irland	15	Portugal	25	Italien	87
Finnland	16	Belgien	25	Frankreich	87
Dänemark	16	Griechenland	25	Großbritannien	87
Österreich	21	Niederlande	31	Deutschland	99

Quelle: *Detlef Möller*, Repräsentativität des Europäischen Parlaments. In: Der aktueller Begriff ’97. Hrsg. von den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages. Rheinbreitbach 1996. S. 16 ff.

	Einwohner in Millionen[1]	Stand 1996		Einwohner in Millionen	Stand 1999		Mandate bei Wahlgleichheit
		Mandate im EP	Einwohner pro Mandat in Tausend		Mandate im EP	Einwohner pro Mandat in Tausend	
Luxemburg	0,39	6	65	0,4	6	68	0,68
Irland	3,5	15	233	3,6	15	240	6,05
Finnland	5,0	16	312	5,1	16	318	8,57
Dänemark	5,2	16	325	5,2	16	325	8,74
Österreich	7,8	21	371	8,0	21	380	13,44
Schweden	8,6	22	390	8,8	22	400	14,79
Portugal	9,8	25	392	9,9	25	396	16,64
Belgien	10,0	25	400	10,1	25	404	16,97
Griechenland	10,3	25	412	10,4	25	416	17,48
Niederlande	15,1	31	487	15,5	31	500	26,05
Spanien	39,0	64	609	39,2	64	612	65,89
Italien	56,8	87	652	57,3	87	658	96,31
Frankreich	57,3	87	658	58,3	87	670	97,99
Großbritannien	57,8	87	664	58,7	87	674	98,67
Deutschland	81,3	99	821	81,9	99	827	137,66
insgesamt	367,9	626		372,4	626		625,93

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 24.4.

[1] Die Bevölkerungsdaten sind entnommen aus: Der Fischer Weltalmanach: Zahlen, Daten, Fakten 1996. Frankfurt am Main 1995.

21.4 Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten (PPK)

Die einzelstaatlichen Parlamente kooperieren zur Intensivierung der parlamentarischen Mitbestimmung in der Europäischen Union sowohl untereinander als auch mit dem Europäischen Parlament. Institutionalisierte Formen der Zusammenarbeit sind die 1989 gegründete COSAC (siehe dazu Kap. 21.9) und die seit Januar 1975 vereinbarte Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten. Die „PPK“, wie sie auch kurz genannt wird, beruht auf den Richtlinien für die Konferenz der Parlamentspräsidenten der EU-Staaten. Bis 1981 trafen sich zur PPK jeweils die Parlamentspräsidenten aus den Mitgliedstaaten des Europarates und die Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Versammlung der Westeuropäischen Union und des Europäischen Parlamentes. Seit Juli 1981 trifft sich diese, „große“ genannte, PPK nur noch alle zwei Jahre, jährlich hingegen tritt die so genannte „kleine“ PPK zusammen. Auf diesen jährlichen Konferenzen kommen die Parlamentspräsidenten der EU-Mitgliedstaaten, der Präsident des Europäischen Parlaments und die Präsidenten der Parlamente der Beitritts- und Kandidatenländer als Gäste zusammen. Getagt wird im Wechsel in den verschiedenen Mitgliedsländern. Erörtert werden auf den Konferenzen Fragen der Parlamentsorganisation, der parlamentarischen Verfahren und der interparlamentarischen Beziehungen.
Auf Initiative der Konferenz wurde das „Europäische Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation“ (EZPWD) eingerichtet. Es steht unter der gemeinsamen Verantwortung des Europäischen Parlamentes und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, und fördert die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten vor allem auf der Verwaltungsebene und hier insbesondere der Dokumentation, der Datenbanken, der Parlamentsbibliotheken und der wissenschaftlichen Dienste.
Im Folgenden sind die „großen“ und „kleinen“ Konferenzen der Parlamentspräsidenten der 13. bis beginnenden 15. Wahlperiode (Stand: 31. März 2003) aufgeführt, mit den jeweils behandelten Themen.

Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
19. April 1995 in Paris („kleine“ Konferenz)	– Definition der Positionen hinsichtlich der Vertretung der nationalen Parlamente in der Expertengruppe
11.– 13. Mai 1995 in London („kleine“ Konferenz)	– Entwicklungen parlamentarischer Kontrolle nach dem Maastrichter Vertrag – Vorbereitungen für die Regierungskonferenz 1996
7.– 9. Juni 1996 in Budapest („große“ Konferenz)	– Die Rolle der Parlamente in der Bestärkung der Marktwirtschaft und bei der Abstimmung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Westeuropa
6.– 7. Juni 1997 in Helsinki („kleine“ Konferenz)	– Die Rolle der Parlamente und die Zukunft der EU – Die Erweiterung der EU und die Einbindung der Beitrittsaspiranten in den Erweiterungsprozess – Nationale Parlamente und die Institutionen der EU – Verbesserung der Qualität der Gesetzgebung und der anderen Maßnahmen, die EU bürgernah zu gestalten
12.– 13. Juni 1998 in Stockholm („große“ Konferenz)	– Herausforderungen für die nationalen Parlamente in einem erweiterten demokratischen Europa
1. Dezember 1998 in Wien („kleine“ Konferenz)	– Die aktuelle Lage der Europäischen Union und damit zusammenhängende Aufgaben der nationalen Parlamente in Bezug auf Demokratisierung und institutionelle Reformen

Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
7. – 8. März 1999 in Palma de Mallorca (1. Euro-Med PPK)	– Das Euromediterrane Parlamentarische Forum – Frieden im Mittelmeerraum: Die Rolle der Parlamente – Der Euromediterrane Parlamentarische Prozess: Von Barcelona bis Palma
21. – 22. Mai 1999 in Lissabon („kleine“ Konferenz)	– Herausforderungen an die parlamentarischen Institutionen im Zeitalter der Globalisierung – Interparlamentarische Zusammenarbeit nach dem Amsterdamer Vertrag
5. – 7. September 1999 in Bonn/Berlin (außerordentliche Konferenz)	– Europäische Integration und internationale Zusammenarbeit
5. – 6. Mai 2000 in Straßburg („große“ Konferenz)	– Die sich gegenseitig ergänzenden Aufgaben der nationalen Parlamente und der europäischen Versammlungen bei der Gestaltung eines erweiterten demokratischen Europas – Die Organisation gemeinsamer Maßnahmen durch die nationalen Parlamente und die Parlamentarische Versammlung des Europarates sowie andere europäische Versammlungen bei der Aufstellung und Umsetzung europäischer Normen – Die Rolle der Parlamente bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Korruption
23. – 24. Mai 2000 in Alexandria (2. Euro-Med PPK)	– Frieden und Sicherheit in der Region und der Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität – Technologietransfer, Investitionsanreize, Nutzung der Leistung des MEDA-Programms, Exportanreize, Handelsliberalisierung und Umsetzung der GATT-Vereinbarungen – Förderung von Austausch und Dialog und Einfluss der Globalisierung auf die Kultur – Schaffung von Arbeitsplätzen und Emigration
23. – 24. September 2000 in Rom („kleine“ Konferenz)	– Die Rolle der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments im Reformprozess der Europäischen Union und bei der Ausarbeitung einer EU- Charta der Grundrechte – Umfang, Ziele und Arbeitsverfahren der Konferenz der Parlamentspräsidenten – Beziehungen zwischen Europa und den MERCOSUR-Ländern
16. – 17. November 2001 in Stockholm („kleine“ Konferenz)	– Die Rolle der nationalen Parlamente in der europäischen Struktur: Der parlamentarische Beitrag zu dem durch den Gipfel von Nizza eingeleiteten Prozess – Die Rolle der nationalen Parlamente bei den Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union
15. – 17. Februar 2002 in Athen (3. Euro-Med PPK)	– Die Rolle der Parlamente bei der Vertiefung des euromediterranen politischen Dialogs – Die Bedeutung der kulturellen, sozialen und menschlichen Dimension bei der Stärkung der euromediterranen Partnerschaft
9. – 12. Mai 2002 in Zagreb („große“ Konferenz)	– Demokratien angesichts des Terrorismus: Nationale Strategien – Aufruf zu einer „Charta der Pflichten der Staaten“
8. – 9. Juni 2002 in Madrid („kleine“ Konferenz)	– Parlament und Aufbau Europas – Die nationalen Parlamente im institutionellen Rahmen der Europäischen Union – Die nationalen Parlamente und die Zukunft Europas
8. – 10. September 2002 in Kingston/Ontario (G8-PPK)	– Die effiziente Arbeit von parlamentarischen Fachausschüssen – Parlamentarische Demokratie – Demokratie und Terrorismus

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 24.5.

21.5 Parlamentarische Versammlung der NATO

Die Parlamentarische Versammlung der NATO (North Atlantic Assembly) wurde 1954 als NATO-Parlamentarierkonferenz gegründet und 1966 umbenannt. Wie die Westeuropäische Union (WEU) ist auch die Nordatlantische Versammlung ein Gremium, das sich mit Sicherheits- und Verteidigungsfragen befasst, aber nicht nur auf Westeuropa bezogen, sondern unter Einbeziehung von Nordamerika und Kanada. Die Nordatlantische Versammlung, in der Parlamentarier aus allen Mitgliedstaaten der Nordatlantischen Allianz vertreten sind, sieht ihre Hauptaufgabe darin, die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in allen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Fragen zu fördern, die Vorstellungen der Nordatlantischen Allianz bei der Formulierung nationaler Politiken einzubringen, die Entwicklung der atlantischen Solidarität in den Ländern der Allianz zu fördern und als Bindeglied zwischen den nationalen Parlamenten und den NATO-Stellen zu dienen. Obwohl die Nordatlantische Versammlung im Nordatlantikvertrag nicht verankert und auch kein Organ der NATO ist, hat die NATO nach anfänglichem Zögern die wichtige Rolle dieser Versammlung bei der Verwirklichung der Zielsetzung der Nordatlantischen Allianz anerkannt.
Die Nordatlantische Versammlung hat sehr frühzeitig Kontakte zu den Parlamentariern aus den mittel- und osteuropäischen Ländern geknüpft, indem sie seit 1987 zu Seminaren und Sonderveranstaltungen einlud.
Die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung besteht aus 18 ordentlichen Mitgliedern (12 Abgeordneten des Deutschen Bundestages und 6 Mitgliedern des Bundesrates).
Die Nordatlantische Versammlung tritt regelmäßig zu einer viertägigen Frühjahrstagung und zu einer sechstägigen Herbsttagung in einem der Mitgliedstaaten der NATO zusammen. Während dieser Sitzungen tagen die fünf Ausschüsse der Versammlung sowie der Ständige Ausschuss. Von Bedeutung sind die Auswirkungen der Entschließungen der Nordatlantischen Versammlung auf die Arbeit des Nordatlantikrates. Obwohl auch in diesem Fall rechtlich nicht bindend, entfalten diese Entschließungen eine erhebliche politische Wirkung.

Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland

Im Folgenden sind die bisher von Mitgliedern des Bundestages in der Nordatlantischen Versammlung wahrgenommenen Ämter und Funktionen aufgeführt:[1]

Deutsche Präsidenten	Deutsche Vizepräsidenten
Karsten D. Voigt (1995–1996)	*Karsten D. Voigt* (1992–1995) *Markus Meckel* (2000–2002)
Ausschuss	**Deutsche Ausschussvorsitzende**
Politischer Ausschuss Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit Wirtschaftsausschuss Ausschuss für Zivile Angelegenheiten Ausschuss für Wissenschaft und Technik	*Brigitte Schulte* (1993–1996)

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 24.6.

[1] Quelle: Unterlagen des Referates Interparlamentarische Angelegenheiten des Deutschen Bundestages.

21.6 Parlamentarische Versammlung der KSZE/OSZE

Auf ihrer Konferenz in Madrid am 2. und 3. April 1991 haben die 34 Delegationen der Parlamente der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) beschlossen, die KSZE mit einer Parlamentarischen Versammlung auszustatten. Rechtsgrundlage für die Parlamentarische Versammlung ist die Charta von Paris für ein neues Europa (1990), sowie die Schlussresolution der Madrider Konferenz zur Schaffung der Parlamentarischen Versammlung der KSZE (1991). Mit Wirkung zum 1. Januar 1995 wurde die KSZE in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) umbenannt.
Die Parlamentarische Versammlung der OSZE begleitet den OSZE-Prozess mit dem Ziel, Mechanismen zur Konfliktverhütung und zur Konfliktbewältigung zu entwickeln, den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE-Teilnehmerstaaten zu unterstützen und an der Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE mitzuwirken. Sie umfasst 55 Mitgliedstaaten. Die Bundesrepublik Deutschland ist seit 1992 Mitglied. Ihre Delegation umfasst 13 Mitglieder. Leiter der deutschen Delegation ist der Bundestagspräsident.

Die Parlamentarische Versammlung sieht ihre Hauptaufgaben darin,

– den interparlamentarischen Dialog zu erleichtern,
– die Arbeit der OSZE-Exekutive parlamentarisch zu begleiten,
– die Umsetzung der Ziele der OSZE durch die Mitgliedstaaten zu beurteilen,
– die Themen, die im Ministerrat und auf Gipfeltreffen von Staats- und Regierungschefs angesprochen wurden, zu diskutieren,
– Mechanismen zur Konfliktprävention und Konfliktlösung zu entwickeln und zu unterstützen,
– den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE Teilnehmerstaaten zu unterstützen und
– zur Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE beizutragen.

Mit besonderem Nachdruck hat sich die Versammlung für die parlamentarische Beobachtung von Wahlen insbesondere in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion eingesetzt. Die Anwesenheit von parlamentarischen Wahlbeobachtern unterstreicht, wie wichtig die Legislative als institutionelles Gegengewicht zur exekutiven Gewalt ist. Seit 1997 besteht eine enge Kooperation mit dem Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) bei Wahlbeobachtungsmissionen.
Die Versammlung hat ihren Sitz in Kopenhagen und finanziert sich ausschließlich aus Beitragszahlungen der Mitgliedsländer. Der Deutsche Bundestag trägt mit 192 922 Euro ungefähr ein Zehntel des Gesamtbudgets. Frankreich, Großbritannien und Italien leisten Beiträge in gleicher Höhe.

Amtsinhaber aus der Bundesrepublik Deutschland[1]

Deutsche Präsidenten	Deutsche Vizepräsidenten
	Willy Wimmer (1994–2000)
	Rita Süssmuth (2000-2003)
	Gert Weisskirchen (seit 2002)

[1] Quelle: Unterlagen des Referates Interparlamentarische Angelegenheiten des Deutschen Bundestages

Ausschuss	Deutsche Ausschussvorsitzende
Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit	–
Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt	*Rita Süssmuth* (1993–1995)
Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen	*Freimut Duve* (1995–1998) *Gert Weisskirchen* (1998–2002)

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 24.7.

21.7 Interparlamentarische Union (IPU)

Die Interparlamentarische Union, 1889 in Paris gegründet, ist die einzige weltweite Vereinigung von Parlamentariern. Die Gründer, der englische Arbeiterführer *Sir William Randal Cremer* (1828–1908) und der französische Pazifist *Frédéric Passy* (1822-1912) wollten Abgeordnete zusammenbringen, „damit erstens unter ihnen das Verständnis für die internationale Solidarität wuchs, und damit zweitens auf dem Weg über die Einflussnahme auf die Regierungen eine friedliche Regelung von Konflikten erreicht werden konnte. Diesem Programm ist die Interparlamentarische Union durch die Jahrzehnte hindurch treu geblieben.“[1]

Delegationen aus inzwischen 144 Staaten (Stand: 2003) vertreten ihre Parlamente. Unterschiedliche Herrschaftsformen und unvereinbare Ideologien sind kein Hindernis für die Diskussion von Sachthemen, die zum Arbeitsgebiet aller Parlamente gehören. Es ist gerade das Ziel der IPU, über die politischen Gegensätze hinweg persönliche Kontakte mit Parlamentariern anderer Länder zu pflegen, um den internationalen Frieden zu fördern und die internationale Zusammenarbeit zu verbessern, vor allem durch Unterstützung der Ziele der Vereinten Nationen.

Vertreter des Deutschen Reichstages nahmen erstmals 1890 in London an einer der meist jährlich stattfindenden Interparlamentarischen Konferenzen teil. Dreimal – 1908, 1928 und 1999 – war Berlin Tagungsort einer IPU-Jahreskonferenz. Der Deutsche Bundestag ist seit dem Jahre 1951 Mitglied der IPU und war 1978 Gastgeber der 65. Interparlamentarischen Konferenz in Bonn. Zuletzt trafen sich in Bonn im Rahmen der Mitgliedschaft in der IPU 30 Delegationen vom 26. bis 31. Mai 1986 zur VI. Interparlamentarischen KSZE-Konferenz. Von den damals 105 Mitgliedsländern waren nur Parlamentarier der (insgesamt 35) Staaten vertreten, die Mitunterzeichner der KSZE-Schlussakte 1975 von Helsinki sind.
Die IPU befindet sich in einem Reformprozess. Das eigentliche Leitungsgremium der Organisation und somit wichtigstes Organ der IPU ist der Interparlamentarische Rat. Er setzt sich aus zwei Mitgliedern jeder Gruppe zusammen und lenkt die Tätigkeit der Union „in Übereinstimmung mit den in der Satzung festgelegten Zielen“. Der Interparlamentarische Rat entscheidet u.a. über Neuaufnahmen, nimmt den Haushalt an und wählt den Präsidenten. Zum Präsidenten des Interparlamentarischen Rates der IPU wurde am 7. September 1985 *Hans Stercken* für drei Jahre gewählt. Im September 2002 wurde der chilenische Senator *Sergio Páez Verdugo* zum Präsidenten gewählt.

Dem Generalsekretariat der Interparlamentarischen Union, seit 1921 mit Sitz in Genf, wird jährlich über die Arbeit der Delegationen Bericht erstattet. Unter dem Dach der IPU haben sich beim Deutschen Bundestag wie bei anderen nationalen Parlamenten bilaterale Parlamentarier-Gruppen gebildet (vgl. Abschnitt 21.8).

☐ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 24.8.

[1] *Horst Ferdinand*, Die Interparlamentarische Union. In: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung. Jg. 17. 1978. H. 9. S. 225 f..

21.8 Parlamentariergruppen

Im Deutschen Bundestag werden seit 1959 in jeder Wahlperiode deutsch-ausländische Parlamentariergruppen eingesetzt. Sie haben den Zweck, durch Parlamentarierkonferenzen, Informationsreisen und Veranstaltungen sowie durch persönliche Kontakte mit Parlamentariern anderer Länder die deutsch-ausländischen Beziehungen auf parlamentarischer Ebene zu fördern.

Zahl der Parlamentariergruppen

Die zahlenmäßige Entwicklung der deutsch-ausländischen Parlamentariergruppen beim Deutschen Bundestag geht aus der folgenden Statistik hervor.

	13. WP 1994–1998	14. WP 1998–2002	15. WP 2002–
Zahl der eingesetzten Parlamentariergruppen	45	49	51

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 24.9.

Verzeichnis der Parlamentariergruppen

Parlamentariergruppe	Bemerkungen
Deutsch-Ägyptische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Afrikanische Parlamentariergruppe	bestand bis 11.WP; in der 13. WP am 4. April 1995 wieder konstituiert; 14. WP: Aufteilung in die Parlamentariergruppe für die Beziehungen zu den Staaten des östlichen Afrikas und die Parlamentariergruppe für die Beziehungen zu den Staaten West- und Zentralafrikas.
Parlamentariergruppe für die Beziehungen zu den Staaten des östlichen Afrikas[1]	14.WP: Am 20. Januar 1999 erstmalig konstituiert.
Parlamentariergruppe für die Beziehungen zu den Staaten des südlichen Afrikas[2]	13. WP: Am 4. April 1995 erstmalig konstituiert; die Deutsch-Afrikanische (westlich und südlich) Parlamentariergruppe wurde in der 13.WP in die Deutsch-Afrikanische Parlamentariergruppe und Parlamentariergruppe für die Beziehungen zu den Staaten des südlichen Afrikas aufgeteilt.
Parlamentariergruppe für die Beziehungen zu den Staaten West- und Zentralafrikas[3]	14.WP: Am 20. Januar 1999 erstmalig konstituiert.
Deutsch-Amerikanische Parlamentariergruppe	

[1] Äthiopien, Burundi, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Ruanda, Somalia, Sudan, Tansania, Uganda.
[2] Angola, Botsuana, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Simbabwe, Südafrika, Swasiland.
[3] Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gabun, Gambia, Ghana, Guinea, Guninea-Bissau, Kamerun, Kap Verde, Kongo/Brazzaville, Demokratische Republik Kongo, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik.

Parlamentariergruppe	Bemerkungen
Parlamentariergruppe für die Beziehungen zu Arabisch sprechenden Ländern des Nahen Ostens (einschließlich Arbeitsgruppe Palästina)	13. WP: Am 4. April 1995 erstmalig konstituiert.
Deutsch-ASEAN Parlamentariergruppe[1]	
Deutsch-Australisch-Neuseeländische Parlamentariergruppe	bestand bis 12.WP; in der 13. WP: siehe Deutsch-Ozeanische Parlamentariergruppe; in der 14.WP am 20. Januar 1999 erneut konstituiert.
Deutsch-Baltische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Belarussische Parlamentariergruppe	13. WP: Am 4. April 1995 erstmalig konstituiert; hervorgegangen durch Teilung der Deutsch-GUS Parlamentariergruppe.
Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Brasilianische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Britische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Bulgarische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Französische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Griechische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Indische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Iranische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Irische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Italienische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Japanische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Jugoslawische Parlamentariergruppe	14.WP: Am 20. Januar 1999 erneut konstituiert.
Deutsch-Kanadische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Kaukasische Parlamentariergruppe	13. WP: Am 4. April 1995 erstmalig konstituiert; hervorgegangen durch Teilung der Deutsch-GUS Parlamentariergruppe.
Deutsch-Koreanische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Lateinamerikanische Parlamentariergruppe	in der 14. WP siehe unter Deutsch-Südamerikanische-Parlamentariergruppe.
Parlamentariergruppe für die Beziehungen zu den Maghreb-Staaten	13. WP: Am 4. April 1995 erstmalig konstituiert.
Deutsch-Mexikanische Parlamentariergruppe	
Deutsch Mittelamerikanische Parlamentariergruppe[2]	
Deutsch-Niederländische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Österreichische Parlamentariergruppe	

[1] Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam.
[2] Belize, Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Jamaika, Kuba, Nicaragua, Panama.

Parlamentariergruppe	Bemerkungen
Deutsch-Ozeanische Parlamentariergruppe	13. WP: Am 4. April 1995 erstmalig konstituiert; in der 14. WP siehe unter Deutsch-Australisch-Neuseeländische Parlamentariergruppe.
Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Portugiesische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Rumänische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Russische Parlamentariergruppe	13. WP: Am 4. April 1995 erstmalig konstituiert; hervorgegangen durch Teilung der Deutsch-GUS Parlamentariergruppe.
Deutsch-Schweizerische Parlamentariergruppe	ab 15. WP
Parlamentariergruppe Serbien und Montenegro	ab 15. WP
Deutsch-Skandinavische Parlamentariergruppe	ab 15. WP: Deutsch-Nordische Parlamentariergruppe.
Deutsch-Slowakische Parlamentariergruppe	13. WP: Am 4. April 1995 erstmalig konstituiert; hervorgegangen durch Teilung der Deutsch-Tschechoslowakischen Parlamentariergruppe in Deutsch-Slowakische und Deutsch-Tschechische Parlamentariergruppe.
Deutsch-Slowenische Parlamentariergruppe	14.WP: Am 20. Januar 1999 erstmalig konstituiert.
Deutsch-Spanische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Südamerikanische Parlamentariergruppe[1]	in der 13. WP siehe unter Deutsch-Lateinamerikanische Parlamentariergruppe.
Deutsch-Südasiatische Parlamentariergruppe	13. WP: Am 4. April 1995 erstmalig konstituiert.
Deutsch-Südosteuropäische Parlamentariergruppe[2]	14. WP: Am 20. Januar 1999 erneut konstituiert; in der 13. WP nicht konstituiert; statt dessen am 26. April 1995 Einsetzung von Beauftragten für die Länder Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Albanien und Moldawien; Benennung durch die Fraktionen am 1. Juni 1995.
Parlamentarischer Freundeskreis Berlin-Taipei	13. WP: Am 4. April 1995 erstmalig konstituiert als Parlamentarischer Freundeskreis Bonn-Taipei; 14.WP: Umbenennung nach dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin.
Deutsch-Tschechische Parlamentariergruppe	13. WP: Am 4. April 1995 erstmalig konstituiert; hervorgegangen durch Teilung der Deutsch-Tschechoslowakischen Parlamentariergruppe in Deutsch-Slowakische und Deutsch-Tschechische Parlamentariergruppe.
Deutsch-Türkische Parlamentariergruppe	
Deutsch-Ukrainische Parlamentariergruppe	13. WP: Am 4. April 1995 erstmalig konstituiert; hervorgegangen durch Teilung der Deutsch-GUS Parlamentariergruppe.
Deutsch-Ungarische Parlamentariergruppe	

[1] Argentinien, Bolivien, Chile, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela.
[2] Albanien, Mazedonien.

Parlamentariergruppe	Bemerkungen
Deutsch-Zentralasiatische Parlamentariergruppe[1]	13. WP: Am 4. April 1995 erstmalig konstituiert; hervorgegangen durch Teilung der Deutsch-GUS Parlamentariergruppe.
Deutsch-Zypriotische Parlamentariergruppe	bestand in der 6. WP; in der 14. WP: am 20. Januar 1999 erneut konstituiert.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 24.9.

21.9 Konferenz der Europaausschüsse (COSAC)

Zur Steigerung der parlamentarischen Mitbestimmung in den europäischen Entscheidungsprozessen kooperieren die einzelstaatlichen Parlamente sowohl untereinander als auch mit dem Europäischen Parlament. Institutionalisierte Formen der Zusammenarbeit sind die Parlamentspräsidentenkonferenz (siehe dazu Kap. 24.5) und die 1989 gegründete Konferenz der auf Europafragen spezialisierten Organe, abgekürzt COSAC (**C**onférence des **O**rganes **S**pécialisés en **A**ffaires **C**ommunautaires)[2]. Die COSAC behandelt im halbjährlichen Turnus Politikfelder und Probleme des EU-Gesetzgebungsverfahrens. Sie ist zusammengesetzt aus Delegierten der europapolitischen Fachausschüsse der nationalen Parlamente sowie des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments. Der Vertrag von Amsterdam von 1997, in Kraft getreten am 1.5.1999, hat die Rolle der nationalen Parlamente gestärkt, indem er in einem Protokoll die umfangreichere Beteiligung der nationalen Parlamente befürwortet und fördern will. COSAC wird in diesem Zusammenhang das Recht eingeräumt, Ansichten zu EU-Themen den EU-Organen zu unterbreiten.[3]

Seit seiner Gründung 1989 hat COSAC (bis 31. März 2003) 28 Treffen abgehalten und auf nahezu jeder Konferenz allgemeine Erklärungen und Beiträge zu laufenden EU-Themen verabschiedet[4]. Aber COSAC hatte seit Mai 1999, dem Inkrafttreten des Vertrages von Amsterdam, zu keiner einzigen Gesetzesinitiative Stellung bezogen, auch nicht zur Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Dass strukturelle Verbesserungen und größere Effektivität für COSAC notwendig sind, war den Delegierten schon längere Zeit klar: So hatte sich COSAC auf dem Treffen in Madrid (Oktober 1999) eine neue Geschäftsordnung gegeben. Auf dem Lissaboner Treffen (Mai 2000) kam es zu einer Bekräftigung, sich vermehrt mit der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und mit den Themen Freiheit, Sicherheit und Recht zu befassen. In Versailles (Oktober 2000) schlug COSAC vor, alle Gesetzesdokumente der Kommission den nationalen Parlamenten elektronisch zukommen zu lassen, sobald sie von der Kommission verabschiedet sind. Auf dem Stockholmer Treffen (Mai 2001) forderte COSAC dann Kommission und Rat zu einer Übereinkunft auf, wer für die Versendung zuständig sein solle, weil viele nationale Parlamente die Gesetzesunterlagen aufgrund der ungeklärten Zuständigkeit immer noch nicht erhielten.

Trotz dieser Initiativen wurde im Sommer 2002 im Vorfeld der XXVII. COSAC in Kopenhagen konstatiert, dass COSAC immer noch vor allem Diskussionsforum für die nationalen Abgeordneten der EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsländer sei. Auch wenn das seinen eigenen Wert habe, so seien doch die Intentionen des Protokolls zum Amsterdamer Vertrag damit nicht hinreichend erfüllt. Für die Tatsache, dass die COSAC-Beiträge noch immer von begrenzter Wirkung sind, führten die Kopenhagener „Notes“ folgende Gründe an:

– Mangelnde Kontinuität: Da COSAC keine kontinuierliche Verwaltungsstruktur hat, existiert COSAC zwischen den halbjährlichen Treffen quasi nicht. Es gibt keinen Verwaltungsapparat, der COSAC

[1] Kasachstan, Kirgistan, Mongolei, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan.
[2] Vgl. Europa von A bis Z. Hrsg. von *Werner Weidenfeld* und *Wolfgang Wessels*. Bonn 2002. S. 427.
[3] Vgl. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kap. 24.11.
[4] Vgl. What has COSAC done so far? Auszug aus: 13 Notes on the Danish Presidency’s Proposal of 11 July 2002. [Kopenhagen 2002.] S. 15-17.

unterstützen könnte, die eigenen Beiträge zu verfolgen und die Gesetzesinitiativen der Kommission zu beobachten.
– Abstimmungsregeln: Da COSAC-Beiträge einstimmig angenommen werden müssen, sind sie notwendigerweise eher allgemein gehalten, um die Vorstellungen aller beteiligten nationalen Parlamente abdecken zu können.
– Mangelnde Konzentration auf das Hauptbetätigungsfeld von COSAC: COSAC wird vor allem genutzt als Plattform zur Präsentation der Programme der jeweiligen Ratspräsidentschaft.
– Eine verfestigte Wahrnehmung von COSAC vor allem und nur als Diskussionsforum, das allenfalls allgemein formulierte Beiträge zu den gerade laufenden EU-Themen vorbringt.

Aus dem allem wurde im Sommer 2002 der Schluss gezogen, dass es einer effektiveren COSAC bedarf, unter anderem um das Protokoll zum Amsterdamer Vertrag hinsichtlich der Rolle der nationalen Parlamente zu implementieren. Auf der XXVII. COSAC im Oktober 2002[1] in Kopenhagen wurde deshalb eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Lösungen zur Reform der COSAC erarbeiten sollte, insbesondere zu folgenden Punkten:

– Aufstellung von Richtlinien, die eine effektive Kontrolle der Regierungen durch die nationalen Parlamente ermöglichen;
– Abstimmungsmodus;
– Einrichtung eines COSAC-Sekretariats;
– Arbeitsabläufe zukünftiger COSAC-Sitzungen;
– Beratung des jährlichen Legislativprogramms der Kommission im Hinblick auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips;
– Umbenennung der COSAC;
– eine neue IT-Strategie für COSAC;
– verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Institutionen der EU; Begleitung der Arbeiten des Konvents und der anschließenden Regierungskonferenz.

Die eingesetzte Arbeitsgruppe arbeitete in zwei Sitzungen daran, Einvernehmen über die geplanten Reformmaßnahmen herzustellen. Zur Diskussion und zum Beschluss der Reform wurde am 27. Januar 2003 in Brüssel eine Sondersitzung der COSAC abgehalten, die den Schlussstein der dänischen Ratspräsidentschaft bildete, aber schon unter griechischer Präsidentschaft stand. Die wichtigsten Ergebnisse, die in Brüssel erzielt wurden, sind folgende[2]:

– Vereinbarung der „Kopenhagener parlamentarischen Richtlinien“, die Mindeststandards zur Kontrolle nationaler Regierungen durch nationale Parlamente bei der Europapolitik unverbindlich vorschreiben.
– Abstimmungsregeln: Bei Abstimmungen über Geschäftsordnungsfragen soll, wie bisher, Einstimmigkeit vorgeschrieben sein, bei Sachbeiträgen ist Konsens angestrebt; falls das unmöglich ist, reicht eine Dreiviertel-Mehrheit.
– COSAC-Sekretariat: Die Parlamentspräsidentenkonferenz soll im Mai 2003 in Athen die Einrichtung eines solchen Sekretariats prüfen.
– Planung von COSAC-Sitzungen: Die COSAC-Sitzungen sollen besser am Jahresplan der Arbeitsaktivitäten des Rates ausgerichtet werden.
– Umbenennung von COSAC: Die Diskussion um eine Änderung des Namens von COSAC wurde an die Arbeitsgruppe verwiesen, die die Beratungen des Europäischen Konvents begleiten soll.
– Eine neue IT-Strategie für COSAC soll weiter verfolgt werden.

[1] Vgl. Bericht über die Reise der Delegation des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur XXVII. COSAC 15.-18. Oktober 2002 Kopenhagen, vom 24. Oktober 2002. Und: XXVII. Konferenz der EU-Ausschüsse der Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments (COSAC), 16. bis 18. Oktober 2002 in Kopenhagen. Vermerk des Bundesrates, Ausschuss für Fragen der Europäischen Union und interparlamentarische Zusammenarbeit, vom 28. Oktober 2002.

[2] Zusammenfassung zur Sonder-COSAC am 27. Januar 2003 in Brüssel, erstellt vom Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages, vom 28.01.2003. Abgedruckt in: COSAC – Die Konferenz der Europaausschüsse im Wandel. Hrsg. vom Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Berlin 2003. S. 312-315.

– Die COSAC-Präsidentschaft soll den Europäischen Konvent über die Reform unterrichten und ankündigen, dass COSAC eine Position zur Rolle der nationalen Parlamente im künftigen Europa erarbeiten solle.

Damit sind 2003 neue Weichenstellungen für COSAC gelungen, die es durchzuführen und auszugestalten, beziehungsweise weiterzuverfolgen gilt.

Die Konferenzen der Europaausschüsse seit 1989

Die folgende Tabelle führt die seit 1989 durchgeführten Konferenzen der Europaausschüsse auf und benennt die jeweiligen Schwerpunktthemen.

Lf-d. Nr.	Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
1	16./17. November 1989 in Paris	– Konstituierung von COSAC – Erfahrungsaustausch über die Kontrolle der europäischen Entscheidungsprozesse – Vorschlag zur Schaffung eines europäischen Senats aus Vertretern der Mitgliedstaaten und der nationalen Parlamente – Beschleunigung des Integrationsprozesses – Stärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments
2	10/11. Mai 1990 in Cork	– Demokratiedefizit und Subsidiaritätsprinzip – „Europäische Assisen“ – Themen künftiger Konferenzen
3	1./2. Oktober 1990 in Rom	– Vorbereitung der „Interparlamentarischen Konferenz der Europäischen Gemeinschaft“ („Assisen“), 2. - 5. Oktober 1990 in Rom
4	6./7. Mai 1991 in Luxemburg	– Erklärung des Europarates von Rom, November 1990, zur Gemeinsamen Außenpolitik – Innenpolitik und Innere Sicherheit – Entwurf einer Geschäftsordnung der COSAC
5	4./5. November 1991 in Den Haag	– Politische Union sowie Wirtschaft- und Währungsunion – Umsetzung von EG-Richtlinien – Annahme der Geschäftsordnung der COSAC
6	4./5. Mai 1992 in Lissabon	– Der Ratifizierungsprozess des Vertrags von Maastricht – Die neue finanzielle Vorausschau der EG (Delors II) – Die Rolle von Europäischem Parlament und nationalen Parlamenten in der EU
7	10/11. November 1992 in London	– Die Sicherung demokratischer Verantwortlichkeit in der Gemeinschaft durch die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament – Die Anwendung des EG-Rechts – Der Prozess der Ratifikation der Verträge über die EU und den EWR und die zukünftige Entwicklung der Gemeinschaft
8	3./4. Mai 1993 in Kopenhagen	– Politische Initiativen für Wachstum und Beschäftigung in der EG – Verbesserung und Kontrolle der Funktionsweise der 2. und 3. Säule des EU-Vertrages
9	22./23. November 1993 in Brüssel	– Beschäftigung in der EU – Einwanderung in der EU – Antrag auf Beobachterstatus der EU-Ausschüsse des polnischen und ungarischen Parlaments

Lf-d. Nr.	Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
10	9./10. Mai 1994 in Athen	– Änderung der GO (Beobachterstatus für Beitrittsländer) – Demokratiedefizit und Transparenz im Entscheidungsprozess der EU – Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung – Erweiterung der EU
11	24./25. Oktober 1994 in Bonn	– Innere Sicherheit/EUROPOL – Europäischer Umweltschutz – Anwendung des Subsidiaritätsprinzips – Ratifizierung der Beitrittsverträge mit Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden
12	27./28. Februar 1995 in Paris	– Anwendung der Erklärung des EU-Vertrags über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU – Aktuelle Arbeiten der EU – Der Kampf gegen den Betrug in der Gemeinschaft – Die Rolle der nationalen Parlamente in der EU
13	7./8. November 1995 in Madrid	– Die Rolle der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments in der EU – Demokratie, Effizienz und Transparenz
14	24./25. Juni 1996 in Rom	– Die Beziehungen der nationalen Parlamente zu den Institutionen der EU – Die Konferenz von Barcelona über die euro-mediterrane Partnerschaft und ihre Handlungsinstrumente (MEDA)
15	16. Oktober 1996 in Dublin	– Die Beziehungen zwischen der EU und den nationalen Parlamenten bezüglich der Schaffung von Arbeitsplätzen – Internationale Kriminalität – Drogen – EUROPOL und die Rolle der nationalen Parlamente – Empfehlungen zur Durchsetzung der Erklärung Nr. 13 EU-Vertrag
16	9./10. Juni 1997 in Den Haag	– Transparenz und die Rolle der nationalen Parlamente in der EU – Die Wirtschafts- und Währungsunion
17	13./14. November 1997 in Luxemburg	– Agenda 2000 – Der Beschäftigungsgipfel – Ratifizierung des Vertrages von Amsterdam – Diskussion einer COSAC-Internetseite – Transparenz
18	18./19. Mai 1998 in London	– Wirtschafts- und Währungsunion – Parlamentarische Untersuchung zur 3. Säule der EU – Erweiterung der EU – Vorschlag einer Neufassung der Geschäftsordnung der COSAC – Repräsentation der COSAC nach außen
19	23./24. November 1998 in Wien	– Erweiterung der EU – Beschäftigung – Der Vertrag von Amsterdam/Stand der Ratifizierung in den einzelnen Mitgliedsländern – Institutionenreform und zukünftige Arbeitsweise der COSAC – Institutionenreform unter besonderer Berücksichtigung von Transparenz und Bürgernähe – Die zukünftige Arbeitsweise der COSAC im Lichte des Amsterdamer Vertrages

Lf-d. Nr.	Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
20	30. Mai/1. Juni 1999 in Berlin	– Institutionelle Reformen im Anschluss an den Amsterdamer Vertrag – Beziehungen zwischen der EU und Dritten a) Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik b) Handelsbeziehungen der EU zu den USA, Lateinamerika und den ASEAN-Staaten – Revision der Geschäftsordnung der COSAC/Einsetzung einer Arbeitsgruppe „Internetbegleitung der COSAC“ – Verabschiedung eines Aufrufs zur fünften Direktwahl des Europäischen Parlaments – Bericht über die Arbeit der deutschen Ratspräsidentschaft, den Stand der Agenda 2000 und des Erweiterungsprozesses
21	11./12. Oktober 1999 in Helsinki	– Hauptziele der finnischen Ratspräsidentschaft – Prioritäten der EU im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, einschließlich der Vorbereitung der EU-Menschenrechtscharta – Vorbereitung des außerordentlichen Treffens des Europäischen Rates in Tampere – Erweiterung der EU – Beziehungen zwischen der EU und Russland – Reform der Geschäftsordnung der COSAC
22	30. Mai/1. Juni 2000 in Lissabon	– Hauptziele der portugiesischen Ratspräsidentschaft – Die Ausweitung der qualifizierten Mehrheitswahl – EU-Grundrechtscharta – Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und den Mitgliedern der nationalen Parlamente
23	16./17. Oktober 2000 in Versailles	– Schwerpunkte der französischen Ratspräsidentschaft – Implementierung des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Erweiterung der EU – Überarbeitung von Beitragsentwürfen
24	20.-22. Mai 2001 in Stockholm	– Schwerpunkte der schwedischen Ratspräsidentschaft – EU-Erweiterung – Rolle der nationalen Parlamente – Umweltthemen
25	4./5. Oktober 2001 in Brüssel	– Die belgische Ratspräsidentschaft und die Debatte über die Zukunft der EU – Beschäftigung, das europäische Sozialmodell und die Verhandlungen im Rahmen der WTO – Nahrungsmittelsicherheit und nachhaltige Entwicklung – Gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik
26	12.-14. Mai 2002 in Madrid	– Außenbeziehungen und Erweiterung der EU – Rolle der nationalen Parlamente in der europäischen Konstruktion – Der Kampf gegen Terrorismus in der EU – Ein wohlhabendes, dynamisches Europa im Dienste seiner Bürger
27	16.-18. Oktober 2002 in Kopenhagen	– Rolle der nationalen Parlamente und die Reform von COSAC – Der Europakonvent – Stand der Arbeit – EU-Ratspräsidentschaft und die EU-Erweiterung
28	27. Januar 2003 in Brüssel[1]	– Reform der COSAC – Verabschiedung der überarbeiteten Geschäftsordnung

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 24.11.

[1] Sondersitzung der COSAC außerhalb des halbjährlichen Turnus mit den jeweiligen Terminen im Mai/Juni und Oktober/November.

21.10 Auslandsdienstreisen der Abgeordneten

Seit 1991 liegen Zahlen über die Auslandsdienstreisen der Mitglieder des Bundestages vor. Das Plenum fasste in seiner 118. Sitzung am 6. November 1992 den Beschluss, dass der Präsident des Deutschen Bundestages in der Mitte und zum Ende einer Wahlperiode einen Bericht über Auslandsdienstreisen der Mitglieder des Deutschen Bundestages erstellt. Dieser Bericht soll Angaben über die Anzahl und die Zielländer der Reisen von Ausschussdelegationen, offiziellen Delegationen, Parlamentariergruppen sowie Einzelreisen und die damit verbundenen Kosten je Haushaltsjahr enthalten. Entsprechend wird zwischen verschiedenen Arten von Reisen unterschieden:

Die **Ausschussdelegationen** setzen sich aus Mitgliedern eines der ständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages zusammen. Unter diesem Begriff erfasst sind aber auch Delegationen eines Untersuchungsausschusses, eines Sonderausschusses oder einer Enquete-Kommission.

Die **Offiziellen Delegationen** stehen unter der Leitung des Präsidenten oder eines anderen Mitgliedes des Präsidiums und dienen der Aufnahme oder Pflege von Kontakten zwischen dem Deutschen Bundestag und einem anderen Parlament.

In **Parlamentariergruppen**[1] schließen sich Abgeordnete des Deutschen Bundestages zusammen, die besondere Beziehungen zu Kollegen aus einem bestimmten ausländischen Parlament oder aus Parlamenten einer bestimmten Weltregion pflegen wollen. Neben bilateralen Parlamentariergruppen (z. B.: Deutsch-Britische Parlamentariergruppe) gibt es auch multilaterale (z. B.: Deutsch-Skandinavische Parlamentariergruppe).

[1] Zu den Parlamentariergruppen vgl. Kapitel 21.8.

Im folgenden wird die Statistik der Auslandsdienstreisen für die Jahre 1994 bis 2002 in einer gekürzten Fassung wiedergegeben[1]:

Haushaltsjahr	1995[2]	1996[3]	1997	1998	1999	2000	2001	2002[4]
Auslandsdienstreisen von								
– Ausschussdelegationen	88	94	80	54	75	95	86	70
– offiziellen Delegationen	5	6	11	4	2	3	4	2
– Parlamentariergruppen	16	34	24	3	21	26	25	16
– Einzelreisen	176	147	137	111	223	244	228	190
Auslandsdienstreisen								
– innerhalb Europas[5]	177[6]	179[7]	158[8]	124[9]	210[10]	235[11]	211[12]	177[13]
– nach Afrika	18	20	16	9	25	30	14	19
– nach Amerika[14]	45	39	35	29	49	49	53	35
– nach Asien	48	43	45	38	38	55	65	46
– nach Australien/Ozeanien	1	3	1	3	1	2	1	2
– in mehrere Länder verschiedener Kontinente	4	3	3	1	2	3	1	1
Auslandsdienstreisen insgesamt	285	281	252	202	321	368	343	278
Kosten der Auslandsdienstreisen in Tausend DM, ab 2002 in Tausend €	4215,6	4323,3	3856,9	3159,2	3990,9	4723,1	4106,1	1971,3

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 24.12.

1 Quellen: Drucksachen: 13/6959, 13/11449, 14/4851, 14/9997.
2 Ab 10. November 1994.
3 Neufassung unter Berücksichtigung der Fortschreibungen aus Drucksache 13/11449.
4 Stand: 30. September 2002.
5 Türkei einbezogen.
6 Davon am häufigsten nach Frankreich (18) und am zweithäufigsten in die Russische Föderation – Russland (17).
7 Davon am häufigsten nach Frankreich (17) und am zweithäufigsten nach Belgien (einschließlich Brüssel/EG) (16).
8 Davon am häufigsten nach Frankreich (16) und am zweithäufigsten in die Tschechische Republik (13).
9 Davon am häufigsten nach Belgien (einschließlich Brüssel/EG) (14) und am zweithäufigsten nach Frankreich (11).
10 Davon am häufigsten in die Tschechische Republik (22) und am zweithäufigsten nach Frankreich (20).
11 Davon am häufigsten nach Belgien (einschließlich Brüssel/EG) (41) und am zweithäufigsten nach Frankreich (29).
12 Davon am häufigsten nach Belgien (einschließlich Brüssel/EG) (25) und am zweithäufigsten nach Frankreich (23).
13 Davon am häufigsten nach Belgien (einschließlich Brüssel/EG) (34).und am zweithäufigsten nach Frankreich (21).
14 Davon am häufigsten in die Vereinigten Staaten: (1995: 28, 1996: 22, 1997: 25, 1998: 18, 1999: 34, 2000: 24, 2001: 34, 2002: 17).

22 Parlamentarische Vereinigungen

Im Folgenden werden – in der Reihenfolge ihres jeweiligen Gründungsjahres – eine Reihe von Vereinigungen und Institutionen vorgestellt, die mit unterschiedlicher Zielsetzung und Mitgliederstruktur im Umkreis des Bundestages bzw. im Bereich der Parlamentsforschung entstanden sind. Stand der Angaben ist der 31. März 2003.
Es handelt sich um folgende Vereinigungen:

- Deutsche Parlamentarische Gesellschaft e.V.
- Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V.
- Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft (IPA)
- Verband der Parlaments- und Verhandlungsstenographen e.V.
- Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.
- Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages e.V.; ab 1984: Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e.V.
- Gesellschaft für Gesetzgebung e.V.

Deutsche Parlamentarische Gesellschaft e.V.[1]

Gründungsjahr	1951
Zielsetzung	Laut § 1 der Satzung: „Die Parlamentarische Gesellschaft setzt sich das Ziel, die menschlichen, sachlichen und politischen Beziehungen im Kreise der Mitglieder der Parlamente des Bundes, der Länder und der europäischen Institutionen zu pflegen. Die Gesellschaft unterhält Beziehungen zu Mitgliedern ausländischer Parlamente und zu gleich gearteten Gesellschaften des Auslandes [...]“.
Vorsitzende	1991-1999 *Reinhard Freiherr von Schorlemer*, MdB seit 1999 Dr. *Elke Leonhard*, MdB
Geschäftsführer	1984-2000 *Ingrid von Hagen* 2000-2002 Dr. *Heinke Sudhoff* 2002-2003 *Hanno Thiemann* (kommissarisch) seit 2003 *Bernd Wichterich*
Anschrift	Friedrich-Ebert-Platz 2, 10117 Berlin
Mitgliederstruktur	Circa 600 Mitglieder: Mitglieder des Deutschen Bundestages, der Landtage, der Parlamente der europäischen Institutionen, des Bundesrates sowie der Bundesregierung und der Regierungen der Länder

Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V.[2]

Gründungsjahr	1951
Zielsetzung	Zweck des Vereins ist gemäß § 2 Abs. 3 der Satzung die Anregung, Förderung, Durchführung und Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, insbesondere in Deutschland.

[1] Vgl. *Helmut Herles*, Von der Villa am Rhein in das Palais an der Spree. Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft. Berlin 2001.

[2] Vgl.: 50 Jahre Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Geschichte, Zeitgeschichte und Politik. Berlin 2002.

Präsident	1969-1998 Prof. Dr. *Rudolf Morsey* seit 1998 Prof. Dr. *Klaus Hildebrand*
Generalsekretär	seit 1980 Dr. *Martin Schumacher*
Anschrift	Colmantstraße 39, 53115 Bonn
Mitgliederstruktur	Mitglieder des Vereins sind Persönlichkeiten der Wissenschaft, insbesondere der historischen, zeitgeschichtlichen, sozialwissenschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Disziplinen. Die Mitglieder werden von der Mitgliederversammlung gewählt.

Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft (IPA)

Gründungsjahr	1952
Zielsetzung	Die IPA erstrebt zur Förderung des demokratischen Staatswesens – die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern der Landesparlamente, des Bundestages und des Europäischen Parlamentes, – Initiativen auf den Gebieten, die sich als gemeinsame Aufgabe anbieten, – die Verständigung zwischen den Völkern durch die Förderung der internationalen Kontakte der Parlamentarier, – eine der Natur gerecht werdende nachhaltige Nutzung und Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen zur Sicherung der Lebensgrundlagen, – die Entwicklung von Recht und Organisation der parlamentarischen Institutionen, – den verbesserten gegenseitigen Austausch von fachlichen Unterlagen und Erfahrungen zwischen den ihr angehörenden Abgeordneten unbeschadet ihrer Fraktionszugehörigkeit.
Vorsitzende	1984-1996 *Hermann Leeb*, MdL 1996-2001 Dr. *Elke Leonhard*, MdB 2002-2003 Dr. *Helmut Ritzer*, MdL seit 2003 (kommissarisch) Prof. Dr. *Walter Eykmann*, MdL)
Anschrift	Godesberger Allee 108-112, 53175 Bonn
Mitgliederstruktur	Bedingung der Mitgliedschaft: Zugehörigkeit zum Bundestag, einem Landesparlament, dem Europäischen Parlament oder einem Kabinett des Bundes oder eines Landes

Verband der Parlaments- und Verhandlungsstenographen e.V.

Gründungsjahr	1953 (Wiedergründung in Anknüpfung an den früheren, 1908 gegründeten Verein Deutscher Kammerstenographen)
Zielsetzung	Zweck des Verbandes ist nach § 2 der Satzung die Wahrung und Förderung der beruflichen Belange der Parlaments- und Verhandlungsstenographen. Dazu gehören insbesondere die Beratung und Unterstützung seiner Mitglieder, der Schutz des Berufsstandes, die Förderung des Berufsnachwuchses, und die Information der Öffentlichkeit über den Berufsstand. Arbeitsschwerpunkte sind die Durchführung von Fachtagungen und die Herausgabe der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift „Neue Stenographische Praxis“.

Vorsitzende	1983-1999 Dr. *Karl Gutzler* seit 1999 Dr. *Wolfgang Behm*
Anschrift	Postfach 309507, 10762 Berlin
Mitgliederstruktur	Mitglied kann werden, wer als Verhandlungsstenograf tätig ist oder diese Tätigkeit längere Zeit ausgeübt hat.

Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.[1]

Gründungsjahr	1970
Zielsetzung	Zielsetzung Aufgaben der Vereinigung sind nach § 2 der Satzung a) das Verständnis des demokratisch-parlamentarischen Regierungssystems zu fördern und zu seiner Weiterentwicklung beizutragen, b) die Verbindung zwischen Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit zu vertiefen, c) die Beziehungen zu gleichartigen Vereinigungen des Auslands zu pflegen. Es werden öffentliche Veranstaltungen, Seminare, Tagungen veranstaltet und die „Zeitschrift für Parlamentsfragen“ (vierteljährlich) herausgegeben.
Vorsitzender	seit 1994 *Joachim Hörster*, MdB
Geschäftsführer	seit 1982 *Gunter Gabrysch*
Anschrift	Bundeshaus, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mitgliederstruktur	Mitglieder sind u.a. Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Landtage, Parlamentsbedienstete, Wissenschaftler, Journalisten usw. Die Mitgliedschaft kann jeder erwerben.

Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e.V.

Gründungsjahr	1977 (gegründet als „Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages e.V.“)
Zielsetzung	Zweck des Vereins ist nach § 2 der 1984 und 1994 geänderten Satzung: – die Gemeinsamkeit unter ehemaligen Abgeordneten zu pflegen, – die Verbindung zwischen seinen Mitgliedern und den Abgeordneten der deutschen Landtage, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments zu fördern, – die Verbindung zu gleichgerichteten Vereinigungen ehemaliger Mitglieder der deutschen Landtage zu pflegen, – mit der Erfahrung seiner Mitglieder der parlamentarischen Demokratie in Deutschland zu dienen.

[1] Vgl. *Winfried Steffani*, Gründung, Grundgedanke und Geschichte der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen und ihrer Zeitschrift für Parlamentsfragen. In: Parlamente und ihr Umfeld. Hrsg. von *Winfried Steffani* und *Uwe Thaysen*. Opladen 1997. S. 1–6.

Vorsitzende	1991-1995 *Annemarie Renger* 1995-2000 *Helmuth Becker* seit 2000 Dr. *Dorothee Wilms*
Geschäftsführer	1992-2000 Dr. *Hugo Hammans* seit 2000 Dr. *Jürgen Linde*
Anschrift	Friedrich-Ebert-Platz 2, 10117 Berlin
Mitgliederstruktur	Mitglied des Vereins kann ein ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages oder ein ehemaliges deutsches Mitglied des Europäischen Parlaments werden, dessen Mandat aus keinem anderen Grunde als infolge Beendigung der Wahlperiode oder Verzicht beendet wurde, vorausgesetzt, dass es während oder nach seiner Mandatsausübung keiner als verfassungswidrig festgestellten Vereinigung angehört hat.

Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung e.V.

Gründungsjahr	1987
Zielsetzung	Aufgaben sind nach § 2 der Satzung: – Förderung der mit der Rechtssetzung befassten Wissenschaftsdisziplinen, – die Verbesserung der praktischen Rechtssetzung, – Förderung des allgemeinen Verständnisses für Fragen und Probleme der Rechtssetzung. Arbeitsschwerpunkte sind Publikationen, Tagungen, Podiumsdiskussionen, insbesondere in Zusammenarbeit mit diversen Landesparlamenten. Die sog. „Berliner Foren“ dienen dem praxisbezogenen Meinungsaustausch zwischen Abgeordneten, Mitgliedern und Gästen im Umfeld des Bundestages/Bundesrates. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit der „Zeitschrift für Gesetzgebung“ (ZG).
Vorsitzender	seit 1987 Prof. Dr. *Ulrich Karpen*
Anschrift	c/o Universität Hamburg, Schlüterstraße 28 III, 20146 Hamburg
Mitgliederstruktur	Abgeordnete, Mitarbeiter der Ministerialbürokratie, Rechtsanwälte, Parlamentsbedienstete, Studenten. Die Mitgliedschaft kann jeder erwerben.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 25.

23 Statistische Gesamtübersicht

In der folgenden Übersicht sind die wichtigsten statistischen Angaben aus dem **Datenhandbuch 1949 – 1999** sowie dem vorliegenden **Datenhandbuch 1994 – 2003** zusammengefasst worden.

Wahlen	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8 .WP 1976–80
Tag der Bundestagswahl	14.8.1949	6.9.1953	15.9.1957	17.9.1961	19.9.1965	28.9.1969	19.11.1972	3.10.1976
Konstituierung des Bundestages	7.9.1949	6.10.1953	15.10.1957	17.10.1961	19.10.1965	20.10.1969	13.12.1972	14.12.1976
Zahl der Kandidaten	2324	2816	2714	2559	2485	2634	2754	3244
– davon Frauen (Anzahl)	207	272	208	246	240	249	292	450
– davon Frauen (in %)	8,9	9,7	7,7	9,6	9,7	9,5	10,6	13,9
Zahl der sich bewerbenden Parteien	16	16	14	9	11	13	8	17
Wahlbeteiligung (in %)	78,5	86,0	87,8	87,7	86,8	86,7	91,1	90,7
Briefwähler (in %)	–	–	4,9	5,8	7,3	7,1	7,2	10,7
Ungültige Erststimmen (in %)	3,1	3,4	3,0	2,6	2,9	2,4	1,2	1,2
Ungültige Zweitstimmen (in %)	–	3,3	3,8	4,0	2,4	1,7	0,8	0,9
Stimmenanteil bzw. ab 2. WP Zweitstimmenanteil (in %) von								
– CDU/CSU	31,0	45,2	50,2	45,3	47,6	46,1	44,9	48,6
– SPD	29,2	28,8	31,8	36,2	39,3	42,7	45,8	42,6
– FDP	11,9	9,5	7,7	12,8	9,5	5,8	8,4	7,9
– KPD	5,7	2,2	–	–	–	–	–	–
– BP	4,2	1,7	–	–	–	0,2	–	–
– DP	4,0	3,3	3,4	–	–	–	–	–
– Zentrum	3,1	0,8	–	–	–	0,0	–	–
– WAV	2,9	–	–	–	–	–	–	–
– GB/BHE	–	5,9	4,6	–	–	–	–	–
– GRÜNE bzw. ab 13. WP: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	–	–	–	–	–	–	–	–
– PDS/LL bzw. PDS	–	–	–	–	–	–	–	–
– Bündnis 90/GRÜNE (nur 12. WP)[1]	–	–	–	–	–	–	–	–
– Sonstigen	5,1	2,6	2,3	5,7	3,6	5,4	0,9	0,9
Mandatsanteil (in %) von								
– CDU/CSU	34,6	49,9	54,3	48,4	49,4	48,8	45,4	49,0
– SPD	32,6	31,0	34,0	38,1	40,7	45,2	46,4	43,1
– FDP	12,9	9,8	8,2	13,4	9,9	6,0	8,3	7,9
– BP	4,2	–	–	–	–	–	–	–
– Zentrum	2,5	0,6	–	–	–	–	–	–
– DP	4,2	3,1	3,4	–	–	–	–	–
– GB/BHE	–	5,5	–	–	–	–	–	–
– GRÜNE bzw. ab. 13. WP B 90/DIE GRÜNEN	–	–	–	–	–	–	–	–

[1] Listenvereinigung in den „neuen“ Ländern der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin.

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	15. WP 2002–	Wahlen
5.10.1980	6.3.1983	25.1.1987	2.12.1990	16.10.1994	27.9.1998	22.9.2002	Tag der Bundestagswahl
4.11.1980	29.3.1983	18.2.1987	20.12.1990	10.11.1994	26.10.1998	17.10.2002	Konstituierung des Bundestages
2953	2699	2690	3696	3923	4006	3544	Zahl der Kandidaten
592	518	685	894	1157	1237	1028	– davon Frauen (Anzahl)
20,1	19,2	25,5	24,2	29,5	30,9	29,0	– davon Frauen (in %)
15	13	21	25	22	30	24	Zahl der sich bewerbenden Parteien
88,6	89,1	84,3	77,8	79,0	82,2	79,1	Wahlbeteiligung (in %)
13,0	10,5	11,1	9,4	13,4	16,0	18,0	Briefwähler (in %)
1,3	1,1	1,3	1,5	1,7	1,6	1,5	Ungültige Erststimmen (in %)
0,9	0,9	0,9	1,1	1,3	1,3	1,2	Ungültige Zweitstimmen (in %)
							Stimmenanteil bzw. ab 2. WP Zweitstimmenanteil (in %) von
44,5	48,8	44,3	43,8	41,5	35,2	38,5	– CDU/CSU
42,9	38,2	37,0	33,5	36,4	40,9	38,5	– SPD
10,6	7,0	9,1	11,0	6,9	6,2	7,4	– FDP
–	–	–	–	–	–	–	– KPD
–	–	–	–	–	–	–	– BP
–	–	–	–	–	–	–	– DP
–	–	–	–	–	–	–	– Zentrum
–	–	–	–	–	–	–	– WAV
–	–	–	–	–	–	–	– GB/BHE
–	5,6	8,3	3,8[1]	7,3	6,7	8,6	– GRÜNE bzw. ab 13. WP: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
–	–	–	2,4	4,4	5,1	4,0	– PDS/LL bzw. PDS
–	–	–	1,2	–	–	–	– Bündnis 90/GRÜNE (nur 12. WP)
0,5	0,4	1,3	4,3	3,5	5,9	3,0	– Sonstigen
							Mandatsanteil (in %) von
45,5	49,0	44,9	48,2	43,8	36,6	41,1	– CDU/CSU
43,9	38,8	37,4	36,1	37,5	44,5	41,6	– SPD
10,7	6,8	9,3	11,9	7,0	6,4	7,8	– FDP
–	–	–	–	–	–	–	– BP
–	–	–	–	–	–	–	– Zentrum
–	–	–	–	–	–	–	– DP
–	–	–	–	–	–	–	– GB/BHE
–	5,4	8,4	–	7,3	7,0	9,1	– GRÜNE bzw. ab. 13. WP B 90/DIE GRÜNEN

[1] Nur in der „alten“ Bundesrepublik Deutschland.

noch: Wahlen	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8 .WP 1976–80
noch: Mandatsanteil (in %) von								
– PDS/LL beziehungsweise PDS	–	–	–	–	–	–	–	–
– Bündnis 90/ GRÜNE (nur 12. WP)	–	–	–	–	–	–	–	–
– Sonstigen	7,7	–	–	–	–	–	–	–
Wahlkreissitze (Direktmandate) von								
– CDU/CSU	115	172	194	156	154	121	96	94
– SPD	96	45	46	91	94	127	152	114
– FDP	12	14	1	0	0	0	0	0
– BP	11	–	–	–	–	–	–	–
– DP	5	10	6	–	–	–	–	–
– GRÜNE bzw. ab. 13. WP BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	–	–	–	–	–	–	–	–
– PDS/LL bez. PDS	–	–	–	–	–	–	–	–
– Bündnis 90/ GRÜNE (nur 12. WP)	–	–	–	–	–	–	–	–
– Sonstigen	3	1	–	–	–	–	–	–
Sog. „sichere“ Wahlkreise[1] von								
– CDU	13	53	59	37	45	33	24	33
– CSU	0	15	32	33	28	26	25	32
– SPD	1	0	0	1	11	34	65	30
Eingegangene Wahleinsprüche	48	20	12	25	39	33	41	41
– davon vom BT behandelt	22	14	6	17	39	31	40	38

Mitglieder	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Zahl der MdB (ohne Berliner MdB)[2]	402[3]	487[4]	497	499	496	496	496	496
Zahl der MdB insgesamt (bis 1990 inkl. Berliner Abgeordnete)								
– am Anfang der WP	410	509	519	521	518	518	518	518
– am Ende der WP	420[5]	519[6]	–	–	–	–	–	–
Zahl der Überhangmandate	2	3	3	5	0	0	0	0

[1] Als „sichere“ Wahlkreise gelten jene, in denen eine Partei bzw. ihr Kandidat mindestens 55,0 % des Stimmenanteils (Erst– und/oder Zweitstimme) erlangen konnte.

[2] Da Berlin (West) bis zur Wiedervereinigung 1990 auf Grund alliierten Rechts nicht den Status eines Bundeslandes der Bundesrepublik Deutschland genoss, hatten die Berliner Abgeordneten kein Stimmrecht im Bundestag.

[3] Ab 23. 10. 1952: 401 Abgeordnete infolge Aberkennung eines Mandats wegen Verbots der Sozialistischen Reichspartei (SRP).

[4] Ab 4. 1. 1957: 497 Abgeordnete infolge Eintritts von 10 Abgeordneten des Saarlandes.

[5] Ab 1.2.1952 Erhöhung der Zahl der Berliner Abgeordneten von 8 auf 19; am 23.10.1952 Aberkennung eines Mandats wegen Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP).

[6] Eintritt von 10 Abgeordneten des Saarlandes.

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	15. WP 2002–	noch: Wahlen
							noch: Mandatsanteil (in %) von
–	–	–	2,6	4,5	5,4	–	– PDS/LL beziehungsweise PDS
–	–	–	1,2	–	–	–	– Bündnis 90/GRÜNE (nur 12. WP)
–	–	–	–	–	–	0,3	– Sonstigen
							Wahlkreissitze (Direktmandate) von
121	180	169	235	221	112	125	– CDU/CSU
127	68	79	91	103	212	171	– SPD
0	0	0	1	0	0	0	– FDP
–	–	–	–	–	–	–	– BP
–	–	–	–	–	–	–	– DP
–	0	0	0	0	0	1	– GRÜNE bzw. ab. 13. WP BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
–	–	–	1	4	4	2	– PDS/LL bez. PDS
–	–	–	0	–	–	–	– Bündnis 90/GRÜNE (nur 12. WP)
–	–	–	–	–	–	–	– Sonstigen
							Sog. „sichere“ Wahlkreise von
20	50	23	24	17	1	2	– CDU
32	35	32	28	24	15	31	– CSU
28	19	16	11	14	19	20	– SPD
58	47	47	83	1453[1]	110	520	Eingegangene Wahleinsprüche
57	43	40	80	1437	102	.	– davon vom BT behandelt

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	15. WP 2002–	Mitglieder
497	498	497	–	–	–	–	Zahl der MdB (ohne Berliner MdB)
							Zahl der MdB insgesamt (bis 1990 inkl. Berliner Abgeordnete)
519	520	519	662	672	669	603	– am Anfang der WP
–	–	663[2]	–	–	665[3]	.	– am Ende der WP
1	2	1	6	16	13	5	Zahl der Überhangmandate

[1] Eine große Zahl der Wahleinsprüche betraf die gestiegene Anzahl der Überhangmandate.

[2] Am 3. Oktober 1990 traten die am 28. September 1990 von der Volkskammer der DDR gewählten 144 Mitglieder dem Bundestag bei.

[3] Nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgericht vom 26. Februar 1998 wird seit der 14. WP ein ausgeschiedenes oder verstorbenes direkt gewähltes Mitglied des Deutschen Bundestages so lange nicht durch Nachrücker von der Landesliste ersetzt, wie aus dem betreffenden Bundesland Überhangmandate für die betreffende Partei bestehen. In der 14. WP trat dieses in 4 Fällen ein.

noch: Mitglieder	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Zahl der MdB nach Fraktionen und Gruppen (zu Beginn der WP)								
CDU/CSU	142	250	278	251	251	250	234	254
– davon Berliner MdB	2	6	8	9	6	8	9	11
– davon Mandatsanteile der CSU								
– absolut (ab 10.WP)	–	–	–	–	–	–	–	–
– in %	–	–	–	–	–	–	–	–
SPD	136	162	181	203	217[1]	237	242	224
– davon Berliner MdB	5	11	12	13	15	13	12	10
FDP	53	53	43	67	50	31	42	40
– davon Berliner MdB	1	5	2	0	1	1	1	1
Deutsche Partei	17	15	17	–	–	–	–	–
Zentrum	10	–	–	–	–	–	–	–
Bayernpartei	17	–	–	–	–	–	–	–
WAV	12	–	–	–	–	–	–	–
KPD	15	–	–	–	–	–	–	–
Nationale Rechte	5	–	–	–	–	–	–	–
GB/BHE	–	27	–	–	–	–	–	–
GRÜNE bzw. ab. 13. WP: BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	–	–	–	–	–	–	–	–
– davon Berliner MdB	–	–	–	–	–	–	–	–
PDS/LL bzw. PDS	–	–	–	–	–	–	–	–
BÜNDNIS 90/GRÜNE (nur 12. WP)[2]	–	–	–	–	–	–	–	–
Fraktionslose, Unabhängige	4[3]	2[4]	–	–	–	–	–	–
MdB, die zuvor der Volkskammer der DDR 10. WP (1990) angehörten	–	–	–	–	–	–	–	–
Zahl der „verschiedenen“ MdB seit 1949								
– zu Beginn der WP	410	719	922	1084	1256	1441	1614	1758
– am Ende der WP	474	763	953	1124	1285	1469	1641	1780
Erstmalig MdB (zu Beginn der WP)								
– Anzahl	410	245	159	131	132	156	145	117
– in %	100,0	48,1	30,6	25,1	25,5	30,1	28,0	22,6

[1] Davon 2 Gäste (*Ahrens* und *Kreutzmann*).
[2] Listenvereinigung in den „neuen“ Ländern der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin
[3] Davon 3 unabhängige Abgeordnete und 1 Abgeordneter des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW).
[4] 2 Abgeordnete der Zentrumspartei.

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	15. WP 2002–	noch: Mitglieder
							Zahl der MdB nach Fraktionen und Gruppen (zu Beginn der WP)
237	255	234	319	294	245	248	CDU/CSU
11	11	11	–	–	–	–	– davon Berliner MdB
							– davon Mandatsanteile der CSU
–	53	49	51	50	47	58	– absolut (ab 10.WP)
–	20,8	20,9	16,0	17,0	19,2	23,4	– in %
228	202	193	239	252	298	251	SPD
10	9	7	–	–	–	–	– davon Berliner MdB
54	35	48	79	47	43	47	FDP
1	1	2	–	–	–	–	– davon Berliner MdB
–	–	–	–	–	–	–	Deutsche Partei
–	–	–	–	–	–	–	Zentrum
–	–	–	–	–	–	–	Bayernpartei
–	–	–	–	–	–	–	WAV
–	–	–	–	–	–	–	KPD
–	–	–	–	–	–	–	Nationale Rechte
–	–	–	–	–	–	–	GB/BHE
–	28	44	–	49	47	55	GRÜNE bzw. ab. 13. WP: BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
–	1	2	–	–	–	–	– davon Berliner MdB
–	–	–	17	30	36	–	PDS/LL bzw. PDS
–	–	–	8	–	–	–	BÜNDNIS 90/GRÜNE (nur 12. WP)
–	–	–	–	–	–	–	Fraktionslose, Unabhängige
–	–	144	56	37	26	12	MdB, die zuvor der Volkskammer der DDR 10. WP (1990) angehörten
							Zahl der „verschiedenen“ MdB seit 1949
1910	2020	2173	2575	2808	2991	3178	– zu Beginn der WP
1929	2063	2340	2605	2825	3005	.	– am Ende der WP
							Erstmalig MdB (zu Beginn der WP)
129	92	110	235	203	166	173	– Anzahl
24,9	17,7	21,2	35,5	30,2	24,8	28,7	– in %

Alters– und Sozialstruktur	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
MdB seit 1. WP (absolut)	–	262	184	125	70	34	13	11
MdB seit 2. WP (absolut)	–	–	166	114	77	38	19	9
MdB seit 3. WP (absolut)	–	–	–	134	94	59	34	15
MdB seit 4. WP (absolut)	–	–	–	–	118	81	47	29
MdB seit 5. WP (absolut)	–	–	–	–	–	117	90	68
MdB seit 6. WP (absolut)	–	–	–	–	–	–	146	114
MdB seit 7. WP (absolut)	–	–	–	–	–	–	–	131
MdB seit 8. WP (absolut)	–	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 9. WP (absolut)	–	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 10. WP (absolut)	–	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 11. WP (absolut)	–	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 12. WP (absolut)	–	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 13. WP (absolut)	–	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 14. WP (absolut)	–	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 1. WP (in %)	–	51,5	35,4	24,0	13,5	6,6	2,5	2,1
MdB seit 2. WP (in %)	–	–	32,0	21,9	14,9	7,4	3,7	1,7
MdB seit 3. WP (in %)	–	–	–	25,7	18,1	11,4	6,6	2,9
MdB seit 4. WP (in %)	–	–	–	–	22,7	15,6	9,0	5,6
MdB seit 5. WP (in %)	–	–	–	–	–	22,6	17,4	13,1
MdB seit 6. WP (in %)	–	–	–	–	–	–	28,2	22,0
MdB seit 7. WP (in %)	–	–	–	–	–	–	–	25,3
MdB seit 8. WP (in %)	–	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 9. WP (in %)	–	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 10. WP (in %)	–	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 11. WP (in %)	–	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 12. WP (in %)	–	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 13. WP (in %)	–	–	–	–	–	–	–	–
MdB seit 14. WP (in %)	–	–	–	–	–	–	–	–
Durchschnittsalter (zu Beginn der WP)								
– aller MdB	50,0	50,9	51,8	52,3	50,9	49,0	46,6	47,3
– der männlichen MdB	50,0	50,9	51,6	52,1	50,7	48,7	46,4	47,2
– der weiblichen MdB	50,3	51,4	53,9	54,8	54,1	53,0	49,6	48,0
Anteil der MdB nach Geburtsjahrgängen (in %)								
1870–1879	1,7	0,4	0,4	0,2	0,2	–	–	–
1880–1889	15,9	8,8	4,6	2,1	–	–	–	–
1890–1899	36,1	32,8	25,2	15,9	5,6	1,2	0,2	0,2
1900–1909	32,7	35,6	38,3	37,6	29,9	13,3	2,9	1,2
1910–1919	12,4	20,0	22,7	28,6	31,7	31,3	21,4	11,2
1920–1929	1,2	2,4	8,5	14,6	27,6	39,8	44,2	41,9
1930–1939	–	–	0,2	1,0	5,0	14,1	25,7	33,0
1940–1049	–	–	–	–	–	0,4	5,6	12,5
1950–1959	–	–	–	–	–	–	–	–
1960–1969	–	–	–	–	–	–	–	–
1970–1979	–	–	–	–	–	–	–	–
1980–1989	–	–	–	–	–	–	–	–

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	15. WP 2002–	Alters– und Sozialstruktur
6	4	3	1	0	0	0	MdB seit 1. WP (absolut)
5	5	4	0	0	0	0	MdB seit 2. WP (absolut)
9	9	6	3	1	0	0	MdB seit 3. WP (absolut)
12	9	2	0	0	0	0	MdB seit 4. WP (absolut)
46	31	17	6	2	1	0	MdB seit 5. WP (absolut)
88	61	47	29	15	3	0	MdB seit 6. WP (absolut)
112	94	77	52	22	12	5	MdB seit 7. WP (absolut)
112	101	82	60	32	23	16	MdB seit 8. WP (absolut)
–	114	102	82	61	39	19	MdB seit 9. WP (absolut)
–	–	69	58	51	34	19	MdB seit 10. WP (absolut)
–	–	–	136	102	76	40	MdB seit 11. WP (absolut)
–	–	–	–	183	151	91	MdB seit 12. WP (absolut)
–	–	–	–	–	164	106	MdB seit 13. WP (absolut)
–	–	–	–	–	–	134	MdB seit 14. WP (absolut)
1,2	0,8	0,6	0,2	0,0	0,0	0,0	MdB seit 1. WP (in %)
1,0	1,0	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	MdB seit 2. WP (in %)
1,7	1,7	1,2	0,5	0,1	0,0	0,0	MdB seit 3. WP (in %)
2,3	1,7	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	MdB seit 4. WP (in %)
8,9	6,0	3,3	0,9	0,3	0,2	0,0	MdB seit 5. WP (in %)
16,9	11,7	9,1	4,4	2,2	0,5	0,0	MdB seit 6. WP (in %)
21,6	18,1	14,8	7,9	3,3	1,8	0,8	MdB seit 7. WP (in %)
21,6	19,4	15,8	9,1	4,8	3,4	2,7	MdB seit 8. WP (in %)
–	21,9	19,7	12,4	9,1	5,8	3,2	MdB seit 9. WP (in %)
–	–	13,3	8,8	7,6	5,1	3,2	MdB seit 10. WP (in %)
–	–	–	20,5	15,2	11,4	6,6	MdB seit 11. WP (in %)
–	–	–	–	27,2	22,6	15,1	MdB seit 12. WP (in %)
–	–	–	–	–	24,5	17,6	MdB seit 13. WP (in %)
–	–	–	–	–	–	22,2	MdB seit 14. WP (in %)
							Durchschnittsalter (zu Beginn der WP)
47,0	48,1	49,3	48,7	49,1	49,9	49,3	– aller MdB
47,0	48,3	49,9	49,5	50,0	50,9	50,2	– der männlichen MdB
47,3	46,3	46,0	45,7	46,7	47,6	47,4	– der weiblichen MdB
							Anteil der MdB nach Geburtsjahrgängen (in %)
–	–	–	–	–	–	–	1870–1879
–	–	–	–	–	–	–	1880–1889
–	–	–	–	–	–	–	1890–1899
0,2	–	–	–	–	–	–	1900–1909
3,9	2,3	1,4	0,2	0,1	–	–	1910–1919
32,8	29,1	19,8	7,4	2,4	0,3	–	1920–1929
38,7	40,7	38,7	34,6	24,6	14,3	2,7	1930–1939
23,9	25,6	33,3	41,9	46,7	48,7	41,6	1940–1949
0,6	2,3	6,6	14,0	21,5	26,5	34,4	1950–1959
–	–	0,2	1,9	4,6	8,5	15,6	1960–1969
–	–	–	–	0,1	1,6	5,5	1970–1979
–	–	–	–	–	–	0,3	1980–1989

noch: Alters– und Sozialstruktur	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Anteil der MdB								
– unter 30 Jahren (in %)	1,5	0,2	0,8	0,6	–	0,6	1,9	0,6
– unter 40 Jahren (in %)	13,9	11,6	12,1	11,9	15,1	15,3	22,6	20,5
– unter 50 Jahren (in %)	47,6	43,4	39,5	37,4	43,8	56,8	62,7	60,0
– unter 60 Jahren (in %)	83,2	82,1	78,0	74,7	79,2	86,3	92,7	92,9
– unter 70 Jahren (in %)	98,5	98,8	97,7	97,5	99,2	99,0	99,6	99,0
– unter 80 Jahren (in %)	100,0	100,0	99,8	99,4	99,8	100,0	100,0	100,0
Durchschnittliche Mandatsdauer der MdB (in Jahren)								
– zu Beginn der WP	0,0	1,94	4,03	5,73	6,60	5,41	5,56	6,70
– am Ende der WP	3,70	5,59	7,66	8,89	10,01	8,84	9,08	9,96
Zahl der weiblichen MdB								
– zu Beginn der WP (absolut)	28	45	48	43	36	34	30	38
– am Ende der WP (absolut)	38	52	49	49	41	32	36	41
– zu Beginn der WP (in %)	6,8	8,8	9,2	8,3	6,9	6,6	5,8	7,3
– am Ende der WP (in %)	9,0	10,0	9,4	9,4	7,9	6,2	6,9	7,9
Zahl der weiblichen MdB unterteilt in Fraktionen und Gruppen (Beginn der WP)								
– CDU/CSU (absolut)	11	19	22	18	15	14	15	19
– SPD (absolut)	13	21	22	21	19	18	13	15
– FDP (absolut)	0	3	3	4	2	2	2	4
– DP (absolut)	1	0	1	–	–	–	–	–
– Zentrum (absolut)	2	–	–	–	–	–	–	–
– WAV (absolut)	0	–	–	–	–	–	–	–
– BP (absolut)	0	–	–	–	–	–	–	–
– KPD (absolut)	1	–	–	–	–	–	–	–
– GB/BHE (absolut)	–	2	–	–	–	–	–	–
– GRÜNE bzw. ab. 13. WP: B 90/DIE GRÜNEN (absolut)	–	–	–	–	–	–	–	–
– PDS/LL bzw. PDS (absolut)	–	–	–	–	–	–	–	–
– CDU/CSU (in %)	7,7	7,6	7,9	7,2	6,0	5,6	6,4	7,5
– SPD (in %)	9,6	13,0	12,2	10,3	8,8	7,6	5,4	6,7
– FDP (in %)	0,0	5,7	7,0	6,0	4,0	6,5	4,8	10,0
– DP (in %)	5,9	0,0	5,9	–	–	–	–	–
– Zentrum (in %)	20,0	–	–	–	–	–	–	–
– WAV (in %)	0,0	–	–	–	–	–	–	–
– BP (in %)	0,0	–	–	–	–	–	–	–
– KPD (in %)	6,7	–	–	–	–	–	–	–
– GB/BHE (in %)	–	7,4	–	–	–	–	–	–

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	15. WP 2002–	noch: Alters– und Sozialstruktur
							Anteil der MdB
0,2	0,8	0,6	1,8	1,4	2,2	3,8	– unter 30 Jahren (in %)
21,0	14,7	11,4	13,1	14,1	11,9	16,9	– unter 40 Jahren (in %)
59,7	56,1	51,8	52,0	46,1	41,8	43,4	– unter 50 Jahren (in %)
95,2	91,8	89,0	89,4	91,5	90,0	88,6	– unter 60 Jahren (in %)
99,8	99,8	99,2	99,7	99,6	99,9	99,9	– unter 70 Jahren (in %)
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	– unter 80 Jahren (in %)
							Durchschnittliche Mandatsdauer der MdB (in Jahren)
6,82	7,17	8,17	6,19	6,16	6,85	6,93	– zu Beginn der WP
8,70	10,52	9,05	9,69	9,85	10,64	.	– am Ende der WP
							Zahl der weiblichen MdB
44	51	80	136	176	207	196	– zu Beginn der WP (absolut)
45	52	118[1]	143	181	211	.	– am Ende der WP (absolut)
8,5	9,8	15,4	20,5	26,2	30,9	32,5	– zu Beginn der WP (in %)
8,7	10,0	17,8	21,6	26,9	31,7	.	– am Ende der WP (in %)
							Zahl der weiblichen MdB unterteilt in Fraktionen und Gruppen (Beginn der WP)
18	17	18	44	41	45	57	– CDU/CSU (absolut)
19	21	31	65	85	105	95	– SPD (absolut)
7	3	6	16	8	9	10	– FDP (absolut)
–	–	–	–	–	–	–	– DP (absolut)
–	–	–	–	–	–	–	– Zentrum (absolut)
–	–	–	–	–	–	–	– WAV (absolut)
–	–	–	–	–	–	–	– BP (absolut)
–	–	–	–	–	–	–	– KPD (absolut)
–	–	–	–	–	–	–	– GB/BHE (absolut)
–	10	25	3	29	27	32	– GRÜNE bzw. ab. 13. WP: B 90/DIE GRÜNEN (absolut)
–	–	–	8	13	21	–	– PDS/LL bzw. PDS (absolut)
7,6	6,7	7,7	13,8	13,9	18,4	23,0	– CDU/CSU (in %)
8,3	10,4	16,1	27,2	33,7	35,2	37,9	– SPD (in %)
13,0	8,6	12,5	20,3	17,0	20,9	21,3	– FDP (in %)
–	–	–	–	–	–	–	– DP (in %)
–	–	–	–	–	–	–	– Zentrum (in %)
–	–	–	–	–	–	–	– WAV (in %)
–	–	–	–	–	–	–	– BP (in %)
–	–	–	–	–	–	–	– KPD (in %)
–	–	–	–	–	–	–	– GB/BHE (in %)

[1] In diesen Zahlen sind die 144 zusätzlichen Abgeordneten berücksichtigt, die von der Volkskammer der DDR mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 in den Deutschen Bundestag gewählt worden sind.

noch: Alters– und Sozialstruktur	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
– GRÜNE bzw. ab. 13. WP: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (in %)	–	–	–	–	–	–	–	–
– PDS/LL bzw. PDS (in %)	–	–	–	–	–	–	–	–

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Während der Mandatszeit verstorbene MdB	28	18	22	35	22	13	10	15
Mandatsniederlegungen	26	22	21	24	21	25	21	21
Aberkennung von Mandaten	2	1	0	0	0	0	0	0
Zahl aller Fraktionswechsel	91	77	30	2	2	9	1	1
– davon Fraktionswechsel einzelner MdB	18	11	6	1	2	7	0	0
– davon Fraktionswechsel infolge Spaltungen und Fusionen	29	57	0	0	0	0	0	0
– davon Fraktionsaustritte	29	2	14	1	0	1	1	1
– davon Fraktionseintritte und -beitritte als Gast	15	7	10	0	0	1	0	0
Zahl der am Fraktionswechsel beteiligten MdB	53	40	21	2	2	8	1	1
Immunitätsfälle (insgesamt)	160	96	93	94	61	23	20	26
– genehmigt	100	71	69	88	48	13	8	17
– nicht genehmigt	60	25	24	6	8	10	12	8
– nicht behandelt bzw. eingestellt	0	0	0	0	5	0	0	1
Zahl der betroffenen MdB	86	75	81	70	46	23	20	25
Überprüfung auf eine frühere Stasi–Tätigkeit oder –Verantwortung (nach § 44 b Abgeordnetengesetz) seit 1990								
Zahl der (freiwilligen) Anträge von MdB auf Überprüfung	.	.	.	.	.	.	.	.
Ergebnis der abgeschlossenen Überprüfungen								
– hauptamtliche Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR festgestellt	.	.	.	.	.	.	.	.
– inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR festgestellt	.	.	.	.	.	.	.	.
– politische Verantwortung für den Staatssicherheitsdienst der DDR festgestellt	.	.	.	.	.	.	.	.
– sonstige Feststellungen	.	.	.	.	.	.	.	.

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	15. WP 2002–	noch: Alters– und Sozialstruktur
–	35,7	56,8	37,5	59,2	57,4	58,2	– GRÜNE bzw. ab. 13. WP: B 90/DIE GRÜNEN (in %)
–	–	–	47,1	43,3	58,3	–	– PDS/LL bzw. PDS (in %)

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	1.– 14.WP 1949–2002	
6	9	5	10	6	7	206	Während der Mandatszeit verstorbene MdB
24	47	34	27	15	27	355	Mandatsniederlegungen
0	0	0	0	0	0	3	Aberkennung von Mandaten
7	6	3	8	2	2	241	Zahl aller Fraktionswechsel
0	0	0	0	1	1	47	– davon Fraktionswechsel einzelner MdB
0	0	0	0	0	0	86	– davon Fraktionswechsel infolge Spaltungen und Fusionen
7	5	3	7	1	1	73	– davon Fraktionsaustritte
0	1	0	1	0	0	35	– davon Fraktionseintritte und -beitritte als Gast
7	5	3	7	2	2	.	Zahl der am Fraktionswechsel beteiligten MdB
12	63	43	13	22	17	743	Immunitätsfälle (insgesamt)
5	60	37	12	19	14	561	– genehmigt
5	3	4	1	2	3	171	– nicht genehmigt
2	0	2	0	1	0	11	– nicht behandelt bzw. eingestellt
12	63	32	12	15	14	.	Zahl der betroffenen MdB
							Überprüfung auf eine frühere Stasi–Tätigkeit oder –Verantwortung (nach § 44 b Abgeordnetengesetz) seit 1990
.	.	.	324	178	150	.	Zahl der (freiwilligen) Anträge von MdB auf Überprüfung
							Ergebnis der abgeschlossenen Überprüfungen
.	.	.	0	0	0	.	– hauptamtliche Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR festgestellt
.	.	.	0	3	2	.	– inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR festgestellt
.	.	.	0	0	0	.	– politische Verantwortung für den Staatssicherheitsdienst der DDR festgestellt
.	.	.	1	1	3	.	– sonstige Feststellungen

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Namentliche Erwähnung im Bericht Über die Überprüfung auf eine frühere Stasi–Tätigkeit oder –Verantwortung								
– gewünscht	.	.	.	.	.	.	.	.
– nicht gewünscht	.	.	.	.	.	.	.	.
Zahl der Fälle, in denen der 1. Ausschuss ohne Antrag bzw. Zustimmung der betroffenen MdB ein Überprüfungsverfahren eingeleitet hat	.	.	.	.	.	.	.	.
Verunglimpfungen des Bundestages (§§ 90b und 194 StGB)	15	13	13	4	9	1	18	5
– davon Ermächtigung zur Strafverfolgung erteilt	11	0	2	1	2	0	8	0
– davon Ermächtigung zur Strafverfolgung nicht erteilt	3	13	11	3	7	1	9	5
– anderweitig erledigt	1	0	0	0	0	0	0	0

	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Gesamtzahl der Bundestagspräsidenten seit 1949 (Stand: Ende der WP)	2	3	3	3	4	4	5	7
Gesamtzahl der Vizepräsidenten seit 1949 (Stand: Ende der WP)	2	5	7	8	11	13	14	19
Zahl von Doppelmandaten während der WP (mindestens für 3 Monate)								
– Bundestag/Landtag	84	53	23	5	8	7	1	8
– Bundestag/Europäisches Parlament	–	–	81	81	81	81	81	81
Höhe der Diäten (zu Beginn der WP) in DM (ab 15. WP in €)								
Monatliche Entschädigung (steuerpflichtig)	600	600	750	1270	1470	2570	3090	3850
Monatliche Kostenpauschale[1] (steuerfrei)	1350	1430	1630	1800	2380	2400	3100	4050

[1] Die monatliche Kostenpauschale wurde erst ab 1. April 1977 zusammengefasst aus der bis dahin üblichen Tagegeldpauschale, der Kostenpauschale und der Reisekostenpauschale.

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	1.– 14.WP 1949–2002	
							Namentliche Erwähnung im Bericht Über die Überprüfung auf eine frühere Stasi–Tätigkeit oder –Verantwortung
·	·	·	272	161	137	·	– gewünscht
·	·	·	30	17	13	·	– nicht gewünscht
·	·	·	2	3	3	·	Zahl der Fälle, in denen der 1. Ausschuss ohne Antrag bzw. Zustimmung der betroffenen MdB ein Überprüfungsverfahren eingeleitet hat
1	0	1	2	0	3	89	Verunglimpfungen des Bundestages (§§ 90b und 194 StGB)
0	0	0	1	0	0	26	– davon Ermächtigung zur Strafverfolgung erteilt
1	0	1	1	0	3	61	– davon Ermächtigung zur Strafverfolgung nicht erteilt
0	0	0	0	0	0	2	– anderweitig erledigt

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	15. WP 2002–	
7	9	10	10	10	11	11	Gesamtzahl der Bundestagspräsidenten seit 1949 (Stand: Ende der WP)
20	22	22	25	29	33	35	Gesamtzahl der Vizepräsidenten seit 1949 (Stand: Ende der WP)
							Zahl von Doppelmandaten während der WP (mindestens für 3 Monate)
2	1	3	3	3	0	2	– Bundestag/Landtag
3	1	4	6	0	0	0	– Bundestag/Europäisches Parlament
							Höhe der Diäten (zu Beginn der WP) in DM (ab 15. WP in €)
7500	7500	8454	9664	10366	12350	7009	Monatliche Entschädigung (steuerpflichtig)
4500	4500	5003	5443	5978	6344	3503	Monatliche Kostenpauschale (steuerfrei)

Sitzungsstatistik	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Plenarsitzungen[1]	282	227	168	198	247	199	259	230
Sitzungszeiten								
– Gesamtsitzungszeiten (in Stunden)	1801	1581	1134	1091	1392	1091	1565	1411
– Sitzungszeit abzüglich der Unterbrechungen (in Stunden)	1714	1440	1049	985	1254	988	1485	1304
– Durchschnittliche Dauer pro Sitzung (in Stunden und Minuten)	6:05	6:20	6:14	4:58	5:04	4:58	5:44	5:40
– Durchschnittliche Sitzungszeit pro Arbeitsjahr (in Std. und Min.)	428:24	359:53	262:11	246:14	313:27	329:25	371:14	325:53
Zahl der Sondersitzungen (gem. Art. 39 Abs. 3 GG)	2	0	1	3	3	2	2	1
Seitenzahl der Stenographischen Berichte	14285	13568	9806	10102	13875	11841	18597	18769
Zahl der Plenarreden[2]	.	.	.	.	.	.	.	3952
Ordnungsmaßnahmen								
– Rügen	0	3	7	2	5	12	25	25
– Verweisungen zur Sache	58	7	3	1	3	4	9	4
– Ordnungsrufe	156	36	41	7	6	13	28	30
– Wortentziehungen	40	0	0	0	2	6	5	1
– Sitzungsausschlüsse	17	0	1	0	0	0	0	0
– Unterbrechung der Sitzung wegen störender Unruhe	2	0	0	0	0	0	0	0
– Aufhebung der Sitzung wegen störender Unruhe	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausschluss der Öffentlichkeit von Plenarsitzungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Beschlussunfähigkeit:								
Fälle, in denen die Beschlussfähigkeit bezweifelt wurde	16	3	0	2	2	0	2	1
– dabei Beschlussunfähigkeit festgestellt	7	2	0	2	1	0	2	0
– dabei Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt	9	1	0	0	1	0	0	0
– anderweitige Erledigung	0	0	0	0	0	0	0	1
Versuche, die Beschlussunfähigkeit herbeizuführen („Exodus“)	4	1	0	1	0	0	0	0
– mit Erfolg	2	1	0	1	0	0	0	0
– ohne Erfolg	2	0	0	0	0	0	0	0
Aufhebung der Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit (Fälle insgesamt)	15	13	3	6	4	0	3	0

[1] Nur nummerierte Plenarsitzungen, keine Gedenksitzungen, Feierstunden oder Sitzungen aus Anlass einer Rede durch einen ausländischen Staatsgast.
[2] Wird seit der 8. WP erhoben.

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	1.– 14.WP 1949–2002	noch: Sitzungsstatistik
142	256	236	243	248	253	3188	Plenarsitzungen
							Sitzungszeiten
859	1789	1730	1844	1864	1999	21141	– Gesamtsitzungszeiten (in Stunden)
805	1683	1646	1802	1833	1966	19954	– Sitzungszeit abzüglich der Unterbrechungen (in Stunden)
5:40	6:35	6:59	7:25	7:24	7:46	6:12	– Durchschnittliche Dauer pro Sitzung (in Stunden und Minuten)
324:02	430:28	429:28	459:58	458:20	491:37	373:36	– Durchschnittliche Sitzungszeit pro Arbeitsjahr (in Std. und Min.)
0	3	5	6	7	8	43	Zahl der Sondersitzungen (gem. Art. 39 Abs. 3 GG)
8994	20091	18935	21752	23176	25633	229424	Seitenzahl der Stenographischen Berichte
2215	7534	8810	9738	9873	11193	.	Zahl der Plenarreden
							Ordnungsmaßnahmen
5	12	7	3	3	9	118	– Rügen
0	10	2	4	12	1	118	– Verweisungen zur Sache
13	132	78	33	32	7	612	– Ordnungsrufe
1	16	18	7	9	7	112	– Wortentziehungen
0	2	3	0	0	0	23	– Sitzungsausschlüsse
0	0	2	0	0	1	5	– Unterbrechung der Sitzung wegen störender Unruhe
0	0	0	0	0	0	0	– Aufhebung der Sitzung wegen störender Unruhe
0	0	0	0	0	0	0	Ausschluss der Öffentlichkeit von Plenarsitzungen
							Beschlussunfähigkeit:
0	7	4	1	3	1	42	Fälle, in denen die Beschlussfähigkeit bezweifelt wurde
0	4	2	1	0	0	21	– dabei Beschlussunfähigkeit festgestellt
0	3	0	0	3	0	17	– dabei Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt
0	0	2	0	0	1	4	– anderweitige Erledigung
0	0	0	0	0	0	6	Versuche, die Beschlussunfähigkeit herbeizuführen („Exodus“)
0	0	0	0	0	0	4	– mit Erfolg
0	0	0	0	0	0	2	– ohne Erfolg
0	4	2	1	0	0	51	Aufhebung der Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit (Fälle insgesamt)

noch: Sitzungsstatistik	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Plenarsitzungsfreie Zeit bis Beginn der nächsten WP (in Tagen)	68	46	55	87	108	82	5	122
Präsidiumssitzungen (seit 1969)	•	•	•	•	•	49	70	85
Zahl der Präsidiumsmitglieder	3	4	4	5	5	5	5	5
Ältestenratsitzungen	185	172	96	96	114	104	103	86
Kommissionssitzungen des Ältestenrates (ab 6. WP ausgezählt)						49	65	83
Zahl der Fraktionen								
– zu Beginn der WP	8	5	4	3	3	3	3	3
– am Ende der WP	5	5	3	3	3	3	3	3
Zahl der Gruppen								
– zu Beginn der WP	1	0	0	0	0	0	0	0
– am Ende der WP	2	0	1	0	0	0	0	0
Fraktions- und Fraktionsvorstands–Sitzungen	1774	1777	675	727	802	530	718	674
Gruppen- und Gruppenvorstands–Sitzungen	•	–	•	–	–	–	–	
Zahl der ständigen Ausschüsse								
– zu Beginn der WP	36	36	26	26	23	17	19	19
– im Verlauf der WP	40	38	26	28	23	17	19	19
Ausschuss–Sitzungen	4218	3445	2167	2541	2163	1186	1698	1586
– davon öffentlich								
– davon „Erweiterte öffentliche Ausschussberatungen“ (seit 1995)								
Unterausschuss–Sitzungen	893	638	268	322	337	126	275	262
Zahl der Sonderausschüsse	2	3	0	2	1	2	2	0
Sonderausschuss–Sitzungen	26	58	0	62	150	110	110	0
Zahl der Untersuchungsausschüsse	9	3	0	2	2	1	2	1
Untersuchungsausschuss–Sitzungen	174	34	0	37	101	26	77	52
Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss	–	4	0	1	1	0	0	2
Zahl der Enquete–Kommissionen (seit 1969)	–	–	–	–	–	2	3	2
Enquete–Kommissions–Sitzungen (seit 1969)	–	–	–	–	–	52	89	53

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	1.– 14.WP 1949–2002	noch: Sitzungsstatistik
68	68	27	49	10	33	828	Plenarsitzungsfreie Zeit bis Beginn der nächsten WP (in Tagen)
53	89	88	99	94	82	709	Präsidiumssitzungen (seit 1969)
5	5	5	5	5	6	·	Zahl der Präsidiumsmitglieder
53	103	94	87	84	88	1465	Ältestenratsitzungen
45	150	105	214	202	154	1067	Kommissionssitzungen des Ältestenrates (ab 6. WP ausgezählt)
							Zahl der Fraktionen
3	4	4	3	4	5	·	– zu Beginn der WP[1]
3	4	4	3	4	5	·	– am Ende der WP
							Zahl der Gruppen
0	0	0	2	1	0	·	– zu Beginn der WP[2]
0	0	1	2	1	0	·	– am Ende der WP
400	900	829	708	777	1098	12389	Fraktions- und Fraktionsvorstands–Sitzungen
–	–	11	439	195	·	·	Gruppen- und Gruppenvorstands–Sitzungen
							Zahl der ständigen Ausschüsse
20	20	21	23	22	23	·	– zu Beginn der WP[3]
20	21	21	25	22	23	·	– im Verlauf der WP
916	1724	1780	2085	2058	2519	30086	Ausschuss–Sitzungen
	–	–	–	43	83	·	– davon öffentlich
	–	–	–	3	1	4	– davon „Erweiterte öffentliche Ausschussberatungen“ (seit 1995)
168	379	517	499	421	329	5434	Unterausschuss–Sitzungen
0	0	1	2	0	1	16	Zahl der Sonderausschüsse
	0	20	35	0	27	598	Sonderausschuss–Sitzungen
1	4	2	3	2	1	33	Zahl der Untersuchungsausschüsse
5	209	180	299	176	125	1495	Untersuchungsausschuss–Sitzungen
1	1	1	0	1	0	12	Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss
3	2	5	4	5	5	31	Zahl der Enquete–Kommissionen (seit 1969)
83	84	335	295	243	208	1442	Enquete–Kommissions–Sitzungen (seit 1969)

[1] Zahl der Fraktionen zu Beginn der 15. WP: 4.
[2] Zahl der Gruppen zu Beginn der 15. WP: keine.
[3] Zahl der ständigen Ausschüsse zu Beginn der 15. WP: 21.

noch: Sitzungsstatistik	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Europa–Kommissions–Sitzungen (nur 10. WP)	–	–	–	–	–	–	–	–
Zahl der öffentlichen Anhörungen der Ausschüsse und Enquete–Kommissionen	0	2	1	6	58	80	76	70
Zahl der in öffentlichen Anhörungen der Ausschüsse und Enquete–Kommissionen behandelten Themen	0	2	1	4	28	48	48	53
Zahl der nicht–öffentlichen Anhörungen								
Zahl aller öffentlichen Sitzungen im BT	456	262	169	241	406	306	412	352
Zahl aller nicht–öffentlichen Sitzungen im BT	7216	6170	3252	3790	3569	2126	3052	2761
Verhältnis von öffentlichen zu nicht–öffentlichen Sitzungen	1:15,8	1:23,5	1:19,2	1:15,7	1:8,8	1:6,9	1:7,4	1:7,8
Sitzungen des Bundestages in Berlin	37	156	76	384	634	86	158	242
– davon Plenarsitzungen	0	4	4	1	0	0	0	0
– davon Ältestenratssitzungen	•	2	1	4	9	1	0	0
– davon Präsidiumssitzungen	–	–	–	–	–	0	0	0
– davon Sitzungen von Ausschüssen, Unterausschüssen u.a.	37	112	36	266	374	51	63	55
– davon Fraktions– und Fraktionsvorstandssitzungen	•	29	17	29	54	11	31	42
– davon Arbeitskreis– und Arbeitsgruppensitzungen der Fraktionen und Gruppen	•	9	17	83	194	23	64	145

Gesetzgebung	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Gesamtzahl der beim Bundesrat bzw. Bundestag eingebrachten Gesetzesvorhaben	–	–	–	–	–	–	704	505
Davon:								
– Regierungsvorlagen	–	–	–	–	–	–	471	323
– Gesetzesanträge von Ländern	–	–	–	–	–	–	97	71
– davon bereits in der Wahlperiode zuvor dem Bundesrat zugeleitet	–	–	–	–	–	–	–	–
Initiativen des Bundestages	301	414	207	245	227	171	136	111

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	1.– 14.WP 1949–2002	noch: Sitzungsstatistik
–	35	–	–	–	–	35	Europa–Kommissions–Sitzungen (nur 10. WP)
51	165	235	301	253	336	1634	Zahl der öffentlichen Anhörungen der Ausschüsse und Enquete–Kommissionen
41	141	185	252	236	303	.	Zahl der in öffentlichen Anhörungen der Ausschüsse und Enquete–Kommissionen behandelten Themen
	48	43	–	–	–	.	Zahl der nicht–öffentlichen Anhörungen
198	693	711	709	663	696	6274	Zahl aller öffentlichen Sitzungen im BT
1653	3236	3484	4294	3830	4014	52447	Zahl aller nicht–öffentlichen Sitzungen im BT
1:8,3	1:4,7	1:4,9	1:6,0	1:5,8	1:5,8	1:8,4	Verhältnis von öffentlichen zu nicht–öffentlichen Sitzungen
91	128	105	212	249	–[1]	.	Sitzungen des Bundestages in Berlin
0	0	1	5	1	–	.	– davon Plenarsitzungen
0	0	0	2	0	–	.	– davon Ältestenratssitzungen
0	0	1	5	0	–	.	– davon Präsidiumssitzungen
25	65	58	115	36	–	.	– davon Sitzungen von Ausschüssen, Unterausschüssen u.a.
21	37	35	41	56	–	.	– davon Fraktions– und Fraktionsvorstandssitzungen
45	26	10	44	156	–	.	– davon Arbeitskreis– und Arbeitsgruppensitzungen der Fraktionen und Gruppen

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	1.– 14.WP 1949–2002	Gesetzgebung
269	612	687	895	1013	1002[2]	.	Gesamtzahl der beim Bundesrat bzw. Bundestag eingebrachten Gesetzesvorhaben
							Davon:
155	285	324	419	449	450	.	– Regierungsvorlagen
56	144	136	179	235	224	.	– Gesetzesanträge von Ländern
–	–	9	13	40	19	.	– davon bereits in der Wahlperiode zuvor dem Bundesrat zugeleitet
58	183	227	297	329	328	3234	Initiativen des Bundestages

[1] Die „demonstrative Präsenz“ des Bundestages in Berlin zur Unterstreichung der Zusammengehörigkeit von Bund und Berlin ist seit der Wiedervereinigung im Oktober 1990 nicht mehr erforderlich und nach dem Umzug des Bundestages von Bonn nach Berlin im August 1999 nicht mehr relevant.

[2] Zu dieser Zahl müssen insgesamt 11 Gesetzesinitiativen von Ausschüssen des Deutschen Bundestages hinzugezählt werden.

noch: Gesetzgebung	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Beim Bundestag eingebracht	805	877	613	635	665	577	670	485
– Regierungsvorlagen	472	446	401	378	417	362	461	322
– Initiativen des Bundesrates	32	17	5	12	21	44	73	52
– Initiativen des Bundestages	301	414	207	245	227	171	136	111
Im Bundestag in 1. Beratung behandelt							658	478
Vom Bundestag verabschiedet	545	507	424	427	453	335	516	354
Davon:								
– Regierungsvorlagen	392	368	348	329	368	259	427	288
– Davon Initiativen des Bundesrates	12	7	2	2	9	13	17	15
– Davon Initiativen des Bundestages	141	132	74	96	76	58	62	39
– Vereinigung und Abspaltung von Initiativen	–	–	–	–	–	–	10	12
Im Bundesrat behandelte Gesetzesbeschlüsse	–	–	–	–	–	–	516	354
– Gesetze, bei denen der Vermittlungsausschuss angerufen wurde[1]	75	65	49	39	39	33	96	71
durch:								
– den Bundesrat	70	59	46	34	34	31	96	69
– die Bundesregierung	3	3	3	3	4	2	7	7
– den Bundestag	2	3	0	2	1	0	1	1
Gesetze, bei denen der Bundesrat im (2.) Durchgang oder im Vermittlungsverfahren die Zustimmung versagte	–	–	–	–	–	–	11	10
Gesetze, bei denen der Bundesrat Einspruch einlegte	–	–	–	–	–	–	6	7
Gesetze, bei denen der Einspruch vom Bundestag zurückgewiesen wurde	–	–	–	–	–	–	5	5
Verkündet insgesamt	–	–	–	–	–	–	506	339
Davon:								
– als zustimmungsbedürftig verkündet	–	–	–	–	–	–	266	180
– davon nach Auffassung des Bundestages nicht zustimmungsbedürftig	–	–	–	–	–	–	7	2
– als nicht zustimmungsbedürftig verkündet	–	–	–	–	–	–	240	159
– davon nach Auffassung des Bundesrates zustimmungsbedürftig	–	–	–	–	–	–	62	26

[1] Bis zur 6. WP Gesamtzahl der Anrufungen des Vermittlungsausschusses erfasst.

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	1.– 14.WP 1949–2002	noch: Gesetzgebung
242	522	595	800	923	864	9273	Beim Bundestag eingebracht
146	280	321	407	443	443	5299	– Regierungsvorlagen
38	59	47	96	151	93	740	– Initiativen des Bundesrates
58	183	227	297	329	328	3234	– Initiativen des Bundestages
221	497	565	772	890	839		Im Bundestag in 1. Beratung behandelt
139	320	369	507	566	559	6021	Vom Bundestag verabschiedet
							Davon:
104	235	267	346	403	394	4528	– Regierungsvorlagen
8	30	15	28	36	22	216	– Davon Initiativen des Bundesrates
16	40	68	92	102	108	1105	– Davon Initiativen des Bundestages
11	15	19	41	25	27	.	– Vereinigung und Abspaltung von Initiativen
139	320	369	507	565	559	.	Im Bundesrat behandelte Gesetzesbeschlüsse
20	6	13	83	83	75	747	– Gesetze, bei denen der Vermittlungsausschuss angerufen wurde
							durch:
17	6	13	71	74	66	686	– den Bundesrat
3	0	0	14	10	10	69	– die Bundesregierung
0	0	0	0	8	1	19	– den Bundestag
4	0	1	21	20	18	.	Gesetze, bei denen der Bundesrat im (2.) Durchgang oder im Vermittlungsverfahren die Zustimmung versagte
7	0	1	3	15	5	.	Gesetze, bei denen der Bundesrat Einspruch einlegte
6	0	1	2	14	2	.	Gesetze, bei denen der Einspruch vom Bundestag zurückgewiesen wurde
136	320	366	493	551	549		Verkündet insgesamt
							Davon:
71	188	202	279	326	301	.	– als zustimmungsbedürftig verkündet
3	0	1	5	3	0	.	– davon nach Auffassung des Bundestages nicht zustimmungsbedürftig
65	132	164	214	225	248	.	– als nicht zustimmungsbedürftig verkündet
10	7	8	14	17	12	.	– davon nach Auffassung des Bundesrates zustimmungsbedürftig

noch: Gesetzgebung	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Davon:								
– Regierungsvorlagen	–	–	–	–	–	–	421	276
– Initiativen des Bundesrates	–	–	–	–	–	–	17	15
– Initiativen des Bundestages	–	–	–	–	–	–	58	36
– Vereinigung und Abspaltungen von Initiativen	–	–	–	–	–	–	10	12
Anderweitig erledigt	174	212	96	95	80	74	80	62
Zahl der Grundgesetzänderungsgesetze	3	6	3	2	12	5	3	0
– darin Änderungen von GG–Artikeln	1	13	2	2	40	10	2	0
– darin Einfügungen von GG–Artikeln	1	11	3	0	17	1	1	0
– darin Streichungen von GG–Artikeln	1	0	0	0	4	0	0	0
– dadurch betroffene GG–Artikel	3	24	5	2	61	11	3	0
Zahl der durchnummerierten Drucksachen des Bundestages	4682	3783	3007	3799	4695	3831	5953	4520
Zahl der EU–Vorlagen (früher EG–Vorlagen; seit 3. WP)	–	–	13	224	745	946	1759	1706
– davon im Plenum behandelt[1]	–	–	–	–	–	–	130	–
Berichte der Bundesregierung an den Bundestag	9	23	57	110	189	148	204	194

Kontrolltätigkeit	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Große Anfragen	160	97	49	35	45	31	24	47
Kleine Anfragen	355	377	411	308	488	569	480	434
Mündliche Anfragen (Fragestunde)	392	1069	1536	4786	10733	6966	12925	11826
– davon dringliche Anfragen (seit 3. WP)	–	–	2	33	198	135	74	49
Schriftliche Anfragen	–	–	–	–	–	4107	5572	11641
Zahl der Fragestunden (seit 1952)	16	44	96	178	223	176	168[2]	135
Zahl der Aktuellen Stunden (seit 4. WP)	–	–	–	2	17	8	20	9
Zahl der Berichte aus Kabinettssitzungen/Regierungsbefragungen	–	–	–	–	–	–	8	–

[1] Im Plenum des Bundestages nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des jeweils federführenden Ausschusses behandelte EU–Vorlagen.

[2] Der Rückgang der Zahl der Fragestunden ist dadurch bedingt, daß der Bundestag 1973/74 dazu überging, anstelle von drei Fragestunden zu je 60 Minuten zwei Fragestunden zu je 90 Minuten pro Sitzungswoche durchzuführen.

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	1.– 14.WP 1949–2002	noch: Gesetzgebung
							Davon:
102	235	265	342	401	387	·	– Regierungsvorlagen
8	30	15	27	35	22	·	– Initiativen des Bundesrates
15	40	67	85	92	106	·	– Initiativen des Bundestages
11	15	19	39	23	25	·	– Vereinigung und Abspaltungen von Initiativen
41	146	124	204	255	301	1944	Anderweitig erledigt
0	1	1[1]	6	4	5	51	Zahl der Grundgesetzänderungsgesetze
0	1	3	29	5	4	112	– darin Änderungen von GG–Artikeln
0	0	1	9	0	1	45	– darin Einfügungen von GG–Artikeln
0	0	1	0	0	0	6	– darin Streichungen von GG–Artikeln
0	1	5	38	4	5	·	– dadurch betroffene GG–Artikel
2443	6830	8546	8611	11472	10006	82178	Zahl der durchnummerierten Drucksachen des Bundestages
1100	1685	2413	2070	2952	3137	18750	Zahl der EU–Vorlagen (früher EG–Vorlagen; seit 3. WP)
·	·	167	73	29	116	·	– davon im Plenum behandelt
107	204	199	251	337	329	2361	Berichte der Bundesregierung an den Bundestag

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	1.– 14.WP 1949–2002	Kontrolltätigkeit
32	175	145	98	156	101	1195	Große Anfragen
297	1006	1419	1382	2070	1813	11409	Kleine Anfragen
4971	7028	4134	4215	3540	3299	77420	Mündliche Anfragen (Fragestunde)
13	41	39	57	34	80	755	– davon dringliche Anfragen (seit 3. WP)
9413	15836	16117	16665	14906	11838	106095	Schriftliche Anfragen
79	142	107	121	79	68	1632	Zahl der Fragestunden (seit 1952)
12	117	126	103	103	141	658	Zahl der Aktuellen Stunden (seit 4. WP)
–	3	32	44	41	60	180	Zahl der Berichte aus Kabinettssitzungen/Regierungsbefragungen

[1] Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertragsgesetz) vom 23. September 1990.

noch: Kontrolltätigkeit	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Zahl der Regierungserklärungen	27	15	8	10	24	25	38	22
Anteil der Opposition an parlamentarischen Initiativen (in %)								
– Große Anfragen	38,1	52,6	87,7	68,6	36,4	80,6	75,0	70,2
– Kleine Anfragen	58,9	38,7	64,0	43,8	43,0	82,8	88,8	84,3
– Mündliche Anfragen (Fragestunde)	68,8	58,2	75,7	56,7	.	64,5	68,9	64,1
– davon: dringliche Anfragen	–	–	–	–	–	–	–	–
– Gesetzesinitiativen des Bundestages	31,2	.	52,2	29,8	.	71,4	54,4	64,0
– Herbeirufung von Regierungsmitgliedern	100,0	85,7	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
– Missbilligungs– und Entlassungsanträge gegen Regierungsmitglieder	100,0	100,0	–	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
– Aktuelle Stunden	–	–	–	50,0	40,0	100,0	90,0	100,0
– Untersuchungsausschüsse	77,8	66,7	–	100,0	50,0	100,0	100,0	100,0
Erklärungen zur Abstimmung	39	5	0	7	6	21	51	31
Namentliche Abstimmung[1]	136	168	46	38	24	38	53	58
Zählung der Stimmen („Hammelsprung“)	181	121	62	40	36	27	6	4
Zahl der Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern	56	23	25	27	39	22	74	68
– davon Berichterstattungen für den Vermittlungsausschuss	24	18	9	7	3	0	5	12
– davon Ausübung des Rederechts nach Art. 43 Abs. 2 GG	32	5	16	20	36	22	69	56

Regierung	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Dauer der Regierungsbildung (vom Tag der Wahl bis zur Vereidigung des Kabinetts (in Tagen)	37	44	44	58	37	24	26	74
Zahl der Regierungsmitglieder (einschließlich Bundeskanzler)								
– zu Beginn der WP	14	19	18	21	22	16	18	16
– Veränderungen während der WP	± 0	– 2	– 2	+ 1	– 4	– 2	± 0	± 0
Rücktritte/Entlassungen von Regierungsmitgliedern	1	6	3	9	9	3	1	6

[1] Fälle einer gemeinsamen namentlichen Abstimmung in der 10. und 11. WP, z. B. über eine bestimmte Anzahl von Änderungsanträgen unter Verwendung eines Stimmzettels und der Möglichkeit, entweder über alle Änderungsanträge global oder über jeden Änderungsantrag einzeln abzustimmen, sind in dieser Statistik als eine namentliche Abstimmung gezählt.

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	1.– 14.WP 1949–2002	noch: Kontrolltätigkeit
16	49	38	35	46	60	413	Zahl der Regierungserklärungen
							Anteil der Opposition an parlamentarischen Initiativen (in %)
75,0	84,6	86,2	85,7	89,7	95,1	.	– Große Anfragen
84,1	95,9	98,5	98,1	89,1	99,1	.	– Kleine Anfragen
60,6	65,9	70,1	66,1	80,9	94,3	.	– Mündliche Anfragen (Fragestunde)
–	–	82,9	92,3	85,3	97,5	.	– davon: dringliche Anfragen
39,0	68,3	60,4	49,5	59,6	53,4	.	– Gesetzesinitiativen des Bundestages
–	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	.	– Herbeirufung von Regierungsmitgliedern
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	.	– Missbilligungs– und Entlassungsanträge gegen Regierungsmitglieder
66,7	76,9	78,6	80,6	85,4	81,6	.	– Aktuelle Stunden
100,0	75,0	50,0	33,3	50,0	100,0	.	– Untersuchungsausschüsse
26	154	296	525	515	412	2088	Erklärungen zur Abstimmung
26	128	162	129	177	170	1353	Namentliche Abstimmung
2	10	4	4	6	6	509	Zählung der Stimmen („Hammelsprung“)
50	72	77	158	151	124	966	Zahl der Wortmeldungen von Bundesratsmitgliedern
5	1	0	0	0	0	84	– davon Berichterstattungen für den Vermittlungsausschuss
45	71	77	158	151	124	882	– davon Ausübung des Rederechts nach Art. 43 Abs. 2 GG

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	15. WP 2002–	Regierung
32	24	46	47	32	30	30	Dauer der Regierungsbildung (vom Tag der Wahl bis zur Vereidigung des Kabinetts (in Tagen)
							Zahl der Regierungsmitglieder (einschließlich Bundeskanzler)
17	17	19	20	18	16	14	– zu Beginn der WP
– 4	+ 2	+ 4	± 0	– 1	– 1	.	– Veränderungen während der WP
8	2	8	11	3	7	.	Rücktritte/Entlassungen von Regierungsmitgliedern

noch: Regierung	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Gesamtzahl aller Regierungsmitglieder seit 1949 (Stand: Ende der WP)	16	30	36	56	74	83	93	102
Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat	4	1	0	2	5	1	2	0
Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre/Staatsminister[1]								
– zu Beginn der WP	–	–	–	–	7	15	19	20
– Veränderungen während der WP	–	–	–	–	± 0	± 0	+1	–1
Gesamtzahl aller Parlamentarischen Staatssekretäre seit 1967 (Stand: Ende der WP)	–	–	–	–	8	27	45	58

Parlament und Regierung	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Dauer der Regierungsbeteiligung (in Monaten beim Stand Ende der WP) von:								
– FDP	48	28	0	48	12	38	48	47
– CDU/CSU	48	48	49	48	48	0	0	0
– SPD	0	0	0	0	34	38	48	47
– DP	48	48	32	–	–	–	–	–
– B 90/DIE GRÜNEN	–	–	–	–	–	–	–	–
– GB/BHE	–	21	–	–	–	–	–	–
– FVP	–	19	–	–	–	–	–	–
Wahlen des Bundeskanzlers	1	1	1	2	2	1	2	1
Anträge auf konstruktives Misstrauensvotum	0	0	0	0	0	1	0	0
– davon angenommen	0	0	0	0	0	0	0	0
– davon gescheitert	0	0	0	0	0	1	0	0
Vertrauensfrage des Bundeskanzlers	0	0	0	0	0	1	0	0
– dazu erforderliche Mehrheit erhalten	0	0	0	0	0	0	0	0
– dazu erforderliche Mehrheit nicht erhalten	0	0	0	0	0	1	0	0
Vertrauensfrage–Ersuchen an Bundeskanzler	0	0	0	0	1	0	0	0
Missbilligungsanträge gegen den Bundeskanzler	1	0	0	0	0	0	0	0
– davon mit Mehrheit abgelehnt	1	0	0	0	0	0	0	0
– davon nicht behandelt	0	0	0	0	0	0	0	0

[1] Enthält auch die nach Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre vom 15. Januar 1999 (BGBl. I, S. 10) ernannten Parlamentarischen Staatssekretäre beim Bundeskanzler, die nicht Mitglieder des Deutschen Bundestages sind.

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	15. WP 2002–	noch: Regierung
118	123	137	153	157	178	182	Gesamtzahl aller Regierungsmitglieder seit 1949 (Stand: Ende der WP)
4	3	3	2	0	8	4	Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat
							Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre/Staatsminister
20	25	27	33	27	24	27	– zu Beginn der WP
+4	– 1	± 0	– 7	– 1	+3	•	– Veränderungen während der WP
86	91	104	127	138	172	184	Gesamtzahl aller Parlamentarischen Staatssekretäre seit 1967 (Stand: Ende der WP)

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	1.– 14.WP 1949–2002	Parlament und Regierung
							Dauer der Regierungsbeteiligung (in Monaten beim Stand Ende der WP) von:
28	47	46	46	47	0	483	– FDP
6	47	46	46	47	0	433	– CDU/CSU
23	0	0	0	0	48	238	– SPD
–	–	–	–	–	–	128	– DP
–	–	–	–	0	48	48	– B 90/DIE GRÜNEN
–	–	–	–	–	–	21	– GB/BHE
–	–	–	–	–	–	19	– FVP
2	1	1	1	1	1	18	Wahlen des Bundeskanzlers
1	0	0	0	0	0	2	Anträge auf konstruktives Misstrauensvotum
1	0	0	0	0	0	1	– davon angenommen
0	0	0	0	0	0	1	– davon gescheitert
2	0	0	0	0	1	4	Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
1	0	0	0	0	1	2	– dazu erforderliche Mehrheit erhalten
1	0	0	0	0	0	2	– dazu erforderliche Mehrheit nicht erhalten
0	0	0	0	1	0	2	Vertrauensfrage–Ersuchen an Bundeskanzler
0	3	0	0	0	0	4	Missbilligungsanträge gegen den Bundeskanzler
0	2	0	0	0	0	3	– davon mit Mehrheit abgelehnt
0	1	0	0	0	0	1	– davon nicht behandelt

noch: Parlament und Regierung	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Missbilligungs- und Tadelsanträge gegen Bundesminister	6	1	0	0	1	1	1	3
– davon mit Mehrheit abgelehnt	6	1	0	0	1	1	0	3
– davon an Ausschuss überwiesen	–	–	–	–	–	–	–	–
– davon auf Aufsetzung auf die Tagesordnung verzichtet	0	0	0	0	0	0	1	0
Anträge auf Entlassung eines BMin	2	1	0	1	1	0	0	0
– davon mit Mehrheit abgelehnt	1	0	0	0	1	0	0	0
– davon anderweitig erledigt	1	1	0	1	0	0	0	0
Entlassungsanträge gegen Parlamentarische Staatssekretäre	–	–	–	–	0	0	0	0
– davon mit Mehrheit abgelehnt	–	–	–	–	0	0	0	0
Missbilligungs- und Tadelsanträge gegen Parlamentarische Staatssekretäre	–	–	–	–	0	0	0	0
– davon mit Mehrheit abgelehnt	–	–	–	–	0	0	0	0
Anträge auf Herbeirufung von Regierungsmitgliedern zu Plenarsitzungen	5	7	3	3	3	2	4	0
– davon einstimmig angenommen	0	1	0	0	0	0	0	0
– davon mit Mehrheit zugestimmt	1	2	2	0	1	1	1	0
– davon bei Stimmengleichheit abgelehnt	0	0	0	1	0	0	0	0
– davon mit Mehrheit abgelehnt	3	3	1	2	1	0	2	0
– davon ohne Abstimmung	1	0	0	0	0	0	0	0
– davon zurückgezogen/ zurückgestellt/Verzicht	0	1	0	0	1	1	0	0
– dabei Beschlussunfähigkeit festgestellt	0	0	0	0	0	0	1	0

Petitionen	1. WP 1949–53	2. WP 1953–57	3. WP 1957–61	4. WP 1961–65	5. WP 1965–69	6. WP 1969–72	7. WP 1972–76	8. WP 1976–80
Zahl der Petitionen (ohne Masseneingaben)	27200	33000	29559	29993	23232	22882	49204	48846
Zahl der Masseneingaben (seit 3. WP)	–	–	303798	553956	10174	44265	205631	90800
– zu Zahl der Themen	–	–	2	3	3	6	4	1

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	1.– 14.WP 1949–2002	noch: Parlament und Regierung
0	1	2	0	1	2	19	Missbilligungs- und Tadelsanträge gegen Bundesminister
0	1	2	0	0	1	16	– davon mit Mehrheit abgelehnt
–	0	0	0	1	0	1	– davon an Ausschuss überwiesen
0	0	0	0	0	1	2	– davon auf Aufsetzung auf die Tagesordnung verzichtet
0	6	0	1	1	2	15	Anträge auf Entlassung eines BMin
0	6	0	0	1	2	11	– davon mit Mehrheit abgelehnt
0	0	0	1	0	0	4	– davon anderweitig erledigt
0	0	0	1	0	1	2	Entlassungsanträge gegen Parlamentarische Staatssekretäre
0	0	0	1	0	1	2	– davon mit Mehrheit abgelehnt
0	0	1	0	0	0	1	Missbilligungs- und Tadelsanträge gegen Parlamentarische Staatssekretäre
0	0	1	0	0	0	1	– davon mit Mehrheit abgelehnt
1	10	14	2	9	14	77	Anträge auf Herbeirufung von Regierungsmitgliedern zu Plenarsitzungen
0	1	0	0	0	0	2	– davon einstimmig angenommen
0	2	3	1	1	1	16	– davon mit Mehrheit zugestimmt
0	0	0	0	0	0	1	– davon bei Stimmengleichheit abgelehnt
0	6	3	1	4	9	35	– davon mit Mehrheit abgelehnt
1	0	5	0	3	2	12	– davon ohne Abstimmung
0	0	3	0	1	2	9	– davon zurückgezogen/ zurückgestellt/Verzicht
0	1	0	0	0	0	2	– dabei Beschlussunfähigkeit festgestellt

9. WP 1980–83	10. WP 1983–87	11. WP 1987–90	12. WP 1990–94	13. WP 1994–98	14. WP 1998–2002	1.– 14.WP 1949–2002	Petitionen
29748	49118	52528	81881	76150	69421	622762	Zahl der Petitionen (ohne Masseneingaben)
440730	239518	272876	437447	1520534	203579	4323308	Zahl der Masseneingaben (seit 3. WP)
10	34	533	78	39	34	747	– zu Zahl der Themen

24 Literatur zum Deutschen Bundestag und zum Parlamentarismus

Parlamentsbezogene Literatur, die keiner der Bibliographien zugeordnet werden konnte, ist hier zusammengeführt. Es handelt sich um Publikationen, die in der 13. bis beginnenden 15. Wahlperiode (1994 bis 2003) erschienen sind, die aber inhaltlich nicht nur diesen Zeitraum abdecken, sondern zum Teil auch frühere Wahlperioden erfassen.

Der Abgeordnete im Visier der Verbände. Mythos und Realität des Lobbyismus im Parlament. Verleihung des Wissenschaftspreises des Deutschen Bundestages für Arbeiten zum Parlamentarismus. Podiumsdiskussion, Mittwoch, den 24. Juni 1998, Bonn, Bundeshaus. Bonn 1998.

Abgeordnete und ihr Beruf: Interviews – Umfragen – Analysen. Hrsg. von *Werner J. Patzelt*. Mit einem Vorwort von *Rita Süssmuth*. Berlin 1995.

Die Abgeordneten. Stellung und Selbstverständnis in der parlamentarischen Demokratie. Colloquium der Akademie für politische Bildung Tutzing am 16. November 1995, Maximilianeum München. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter* für den Bayerischen Landtag, Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und Information. München 1996.

Alkämper, Heinz, Die Neugestaltung des Parlamentsthesaurus PARTHES. In: Information und Märkte. Kongress, Rheinische Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn, 22. bis 24. September 1998, anlässlich des 50. Deutschen Dokumentartages 1998. Hrsg. von *Marlies Ockenfeld* für die Deutsche Gesellschaft für Dokumentation e.V. (DGD). Frankfurt am Main 1998. S. 349-364.

Arndt, Claus, Le contrôle de la correspondance et des telecommunications a 25 ans. La Commission G 10 du Bundestag. In: La Revue administrative. Jg. 49. 1996. H. 293. S. 560-569.

Arnim, Hans Herbert von, Das neue Abgeordnetengesetz. Inhalt, Verfahren, Kritik und Irreführung der Öffentlichkeit. Hrsg. vom Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Speyer 1997.

Auel, Katrin, Strategische Anpassung nationaler Parlamente an das europäische Mehrebenensystem: ein deutsch-britischer Vergleich. In: Politische Steuerung und neue Staatlichkeit. Hrsg. von *Edgar Grande* u. a. Baden-Baden 2003. S. 259-280.

Badura, Peter, Das Recht der Minderheit auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. In: Für Recht und Staat. Festschrift für *Herbert Helmrich* zum 60. Geburtstag. Hrsg. von *Klaus Letzgus*. München 1994. S. 191-206.

Bajohr, Stefan, Perspektiven der Finanzkontrolle. Parlamentarische Prüfungsaufträge an Rechnungshöfe. In: Verwaltungsarchiv. Jg. 91. 2000. H. 4. S. 507-539.

Barzel, Rainer, Ein gewagtes Leben. Erinnerungen. Stuttgart 2001.

Becker, Bernd, Die unzulässigen Sonderzahlungen der Abgeordneten an Fraktion und Partei. Reformvorschläge. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 27. 1996. H. 3. S. 377-382.

Becker, Florian, Defizite im Fraktionsgesetz des Bundes: § 50 AbgG. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 27. 1996. H. 2. S. 189-199.

–, Die Einschränkung der Prüfungsbefugnis des Bundesrechnungshofes durch das Fraktionsgesetz. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 11. 1996. H. 3. S. 261-269.

–, Staatliche Zuwendungen an Parlamentsfraktionen und der Vorbehalt des Gesetzes. In: Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter. Jg. 10. 1996. H. 10. S. 361-365.

Becker, Michaela, Korruptionsbekämpfung im parlamentarischen Bereich. Unter besonderer Berücksichtigung des § 108e StGB sowie der Verhaltensregeln des Bundestages. Bonn, Univ., Diss., 1998.

Beh, Su-Ping, Vom Ursprung politischer Kontrolle in ihren zeitlosen Dimensionen geistigen Verfassungslebens. Ein Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik China auf Taiwan auf der Basis einer geisteswissenschaftlichen Untersuchung der institutionellen Verfassungswirklichkeit. Frankfurt am Main 1998. (Zugl.: München, Univ., Diss., 1997.)

Behm, Wolfgang, Der Umzug des deutschen Parlaments und seiner Dienste in das neue Berlin. Die Zukunft der Parlamentsstenographie. In: Neue stenographische Praxis. Jg. 51. 2002. H. 2. S. 38-50.

Behnel, Ingo, Das Änderungsantragsrecht des Bundestagsabgeordneten und des Deputierten der französischen Nationalversammlung. In: Nomos und Ethos. Hommage an *Josef Isensee* zum 65. Geburtstag von seinen Schülern. Hrsg. von *Otto Depenheuer*. Berlin 2002. S. 283-322.

Bendikowski, Tillmann, „Das ist die Wahrheit" – was ist die Lüge? Über die Bundestagsdebatte zur „Wehrmachtsausstellung" am 13. März 1997 und die Grenzen der „Erinnerungskultur". In: Geschichtslügen. Vom Lügen und Fälschen im Umgang mit der Vergangenheit. Hrsg. von *Tillmann Bendikowski, Arnd Hoffmann* und *Diethard Sawicki*. Münster 2001. S. 104-131.

Benz, Arthur, Postparlamentarische Demokratie und kooperativer Staat. In: Politik im 21. Jahrhundert. Hrsg. von *Claus Leggewie* u. a. Frankfurt am Main 2001. S. 263-280.

Berg, Guido van den und *Silke Vagt,* Die großen Regierungserklärungen der Bundeskanzler im quantitativen Vergleich. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 33. 2002. H. 3. S. 463-473.

Bergougnous, Georges, Presiding officers of national parliamentary assemblies. A world comparative study. Hrsg. von der Interparliamentary Union. Genf 1997.

Besch, Johann Christoph, Die Rechtsstellung parlamentarischer Gruppen. Parlamentsrecht in der Entwicklung. In: Brücken bauen und begehen. Festschrift für *Knut Ipsen* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Volker Epping* u. a. München 2000. S. 577-598.

Best, Heinrich, The transformation of legislative elites: the cases of Britain and Germany since the 1860s. In: The journal of legislative studies. Jg. 7. 2001. H. 3. S. 65-91.

–, *Christoph Hausmann* und *Karl Schmitt*, Challenges, failures and final success. The winding path of German parliamentary leadership groups towards a structurally integrated elite. 1848-1999. In: Parliamentary representatives in Europe 1848-2000. Legislative recruitement and careers in eleven European countries. Hrsg. von *Heinrich Best*. Oxford 2000. S. 138-195.

Beyme, Klaus von, Der Gesetzgeber. Der Bundestag als Entscheidungszentrum. Opladen 1997.

–, Niedergang der Parlamente. Internationale Politik und nationale Entscheidungshoheit. In: Internationale Politik. Jg. 53. 1998. H. 3. S. 21-30.

Bilgeri, Alexander und *Dorothea Lamatsch,* Offliner 2001. Abgeordnete meiden die Datenautobahn. In: Mit Mouse und Tastatur. Wie das Internet die Politik verändert. Hrsg. von *Klemens Joos*. München 2001. S. 315-322.

Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949 – 2002. Hrsg. von *Rudolf Vierhaus* und *Ludolf Herbst* unter Mitarb. von *Bruno Jahn*. 1. A – M. 2. N – Z, Anhang. 3. Zeittafel – Verzeichnisse – Ausschüsse. München 2002, 2003.

Bitz, Ferdinand, Die parlamentarischen Hilfsdienste. Bonn, Mittelrheinische Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie, Dipl.-Arb., 1998.

Bleses, Peter und *Edgar Rose,* Deutungswandel der Sozialpolitik. Die Arbeitsmarkt- und Familienpolitik im parlamentarischen Diskurs. Frankfurt am Main 1998. (Schriften des Zentrums für Sozialpolitik; 8)

–, *Claus Offe* und *Edgar Peter*, Öffentliche Rechtfertigungen auf dem parlamentarischen „Wissensmarkt". Argumentationstypen und Rechtfertigungsstrategien in sozialpolitischen Bundestagsdebatten. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 38. 1997. H. 3. S. 498-529.

Blumenthal, Julia von, Auswanderung aus den Verfassungsinstitutionen. Kommissionen und Konsensrunden. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 53. 2003. H. 43. S. 9-15.

Boberach, Heinz, Pfarrer als Parlamentarier. Evangelische Theologen in der Deutschen Nationalversammlung, im Reichstag und Bundestag 1848 – 1990. In: ...und über Barmen hinaus. Studien zur kirchlichen Zeitgeschichte. Festschrift für *Carsten Nicolaisen* zum 4. April 1994. Hrsg. von *Joachim Mehlhausen* für die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte. Göttingen 1995. S. 40-62.

Börnsen, Wolfgang, Plattdeutsch im Deutschen Bundestag. Wat mutt, dat mutt. Sankt Augustin 2002.

–, Vorbild mit kleinen Fehlern. Abgeordnete zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Sankt Augustin 2001.

Bötticher, Christian von, Parlamentsverwaltung und parlamentarische Kontrolle. Berlin 2002. (Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 2000.)

Böwe, Marius, Die parlamentarische Befassungskompetenz unter dem Grundgesetz. Eine Untersuchung zum allgemeinpolitischen Mandat von Volksvertretungen. Berlin 2001. (Zugl.: Freiburg im Breisgau, Univ., Diss., 2000.)

Borchert, Jens, Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses. Frankfurt am Main 2002. (Zugl.: Hamburg, Univ. der Bundeswehr, Habil.-Schr., 2002.)
– und *Klaus Stolz*, Die Bekämpfung der Unsicherheit. Politikerkarrieren und Karrierepolitik in Deutschland. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 44. 2003. H. 2. S. 148-173.

Borgs-Maciejewski, Hermann, Zur parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 30. 1997. H. 9. S. 361-364.

Born, Hans, Parliamentary oversight of the security sector: principles, mechanisms and practices. Ed. by the Inter-Parliamentary Union and the Geneva Center for the Democratic Control of Armed Forces. Lausanne 2003. (Handbook for Parliamentarians; 5)

Borowski, Martin, Parlamentsgesetzliche Änderungen volksbeschlossener Gesetze. In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 53. 2000. H. 12. S. 481-491.

Bothmer, Lenelotte von, Mit der Kuh am Strick. Szenen aus den Dienstjahren einer Hinterbänklerin. Mit einem Vorwort von *Freimut Duve*. Hamburg 1996.

Braun, Werner und *Elisabeth Benterbusch*, Zulässigkeit und Grenzen der Öffentlichkeitsarbeit von Fraktionen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 33. 2002. H. 4. S. 653-668.

Braun, Werner, Monika Jantsch und *Elisabeth Klante*, Abgeordnetengesetz des Bundes – unter Einschluss des Europaabgeordnetengesetzes und der Abgeordnetengesetze der Länder. Kommentar. Berlin 2002.

Brenner, Gerd, Junge Abgeordnete und Politik für die Jungen. In: Deutsche Jugend. Jg. 47. 1999. H. 1. S. 5-8.

Brettschneider, Frank, Abgehoben oder bürgernah? Die Responsivität des Deutschen Bundestages. In: Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Wiesbaden 2001. S. 258-279.

Bröchler, Stephan und *Helmut Elbers*, Hochschulabsolventen als Mitarbeiter des Parlaments. Politikberater oder Bürohilfskräfte. Ergebnisse einer internetgestützten Befragung der persönlichen wissenschaftlichen Mitarbeiter der Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Hagen 2001.

Brocker, Lars, Subventionsberichterstattung und parlamentarische Kontrolle. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 12. 1998. H. 1. S. 93-98.
–, Umfang und Grenzen der Immunität des Abgeordneten im Strafverfahren. In: Goltdammer's Archiv für Strafrecht. Jg. 149. 2002. H. 1. S. 44-54.

Budgetierung und Budgetrecht des Parlaments. Bearb. von *Thilo Sarrazin, Gisela Färber* und *Lerke Osterloh*. In: Staatswissenschaften und Staatspraxis. Jg. 8. 1997. H. 1. S. 49-86.

Bundesstaat– Parlament – Opposition. Symposium aus Anlass des 60. Geburtstags von Prof. Dr. Dr. h.c. *Hans-Peter Schneider*. Hrsg. von *Friedhelm Hufen*. Baden-Baden 2001.

Der Bundestag in der Diskussion des Parlamentarischen Rates. Ein Rückblick nach 50 Jahren, am 5. Mai 1999, Bonn, Bundeshaus. Hrsg. von der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V. Bonn 1999.

Der Bundestagspräsident, die Bundestagspräsidentin. Amt, Funktionen, Personen. Hrsg. von *Rupert Schick*. München, 14., aktualisierte Aufl. 1997.

Die Bundestagspräsidenten. Amt, Funktionen, Personen. Hrsg. von *Rupert Schick* und bearb. von *Michael F. Feldkamp*. München, 16., aktualisierte Aufl. 2003.

Die Bundestagspräsidentin. Amt, Funktionen, Personen. Hrsg. von *Rupert Schick*. München, 15., aktualisierte Aufl. 1999.

Busch, Eckart, Der Wehrbeauftragte. Organ der parlamentarischen Kontrolle. Heidelberg. 5., neu bearb. Aufl. 1999.

Butzer, Hermann und *Sandra Henkenötter*, Pairing im Deutschen Bundestag. Die Wiederbelebung eines alten Parlamentsbrauchs zur Mehrheitssicherung. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 10. 1995. H. 4. S. 328-344.

Cadel, Georg, Die Kontrolle der Treuhandanstalt und ihrer Unternehmen durch das Finanzministerium, den Rechnungshof und das Parlament. Hrsg. vom Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität, Projekt Kontrolle öffentlicher Unternehmen. Berlin 1994.

Cancik, Pascale, Zur Pflicht, seinen Standpunkt klar zu äußern oder Wie anders darf ein Änderungsantrag sein? Zum Urteil des VerfGH NRW über die Zulässigkeit von Änderungsanträgen der Regierungsmehrheit. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 32. 2001. H. 2. S. 249-258.

Chance und Gefahren der Mediendemokratie. Hrsg. von *Wolfgang Donsbach* und *Olaf Jandura*. Konstanz 2003. (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft; Bd. 30)

Chen, Shu-Fang, Die Zulässigkeit der Regelung des parlamentarischen Geschäftsordnungsrechts durch ein förmliches Gesetz. Bonn, Univ., Diss., 1997.

Die CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949 - 1953. Hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien sowie dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bearb. von *Helge Heidemeyer*. Düsseldorf 1998.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953 - 1957. Hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien sowie dem Archiv Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bearb. von *Helge Heidemeyer*. Bd. 1: 1953 - 1955. Bd. 2: 1955 - 1957. Düsseldorf 2003.

Claus, Roland, Die PDS und die anderen. Parlamentarische Arbeit zwischen Ausgrenzung, Wettbewerb und Kooperation. In: Die PDS im Parteiensystem. Hrsg. von *Michael Brie* für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. Berlin 2000. S. 149-153.

Coing, Marga, Die Bibliothek des Deutschen Bundestages. In: Parlamentsbibliotheken in Deutschland. Stand und Entwicklungen. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken unter der Redaktion von *Martin Jansen*. Wiesbaden 1999. S. 1-8.

–, Effective communication. An essential tool to cope with the challenge of technological change. The German Bundestag Library example. 65th IFLA Council and general Conference Bangkok, Thailand, August 20-August 28, 1999, section on library and research services for Parliaments. Berlin 2001. S. 75-84.

Comfort, Anthony, Die Haushalte der Parlamente. Wie kommen sie zustande? Wer kontrolliert die Ausgaben? Hrsg. vom Europäischen Parlament, Generaldirektion Wissenschaft. Luxemburg 1997.

Computergestützte Archivierung und Benutzung von Akten in Parlaments- und Parteiarchiven. Tagung der Sektion der Archive und Archivare der Parlamente und politischen Parteien im Internationalen Archivrat. Warschau, 1. – 3. Mai 1997. Hrsg. von *Günter Buchstab*. Sankt Augustin 1998.

Couderc, Michel, The administrative and financial autonomy of parliamentary assemblies. In: Constitutional and parliamentry information. Jg. 49. 1999. H. 177. S. 15-59.

Cremer, Hans-Joachim, Anwendungsorientierte Verfassungsauslegung. Der Status des Bundestagsabgeordneten im Spiegel der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Baden-Baden 2000. (Zugl.: Heidelberg, Univ., Habil.-Schr., 2000.)

Czerwick, Edwin, Parlamentarische Politikvermittlung – zwischen „Basisbezug“ und „Systembezug“. In: Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Hrsg. von *Ulrich Sarcinelli*. Opladen 1998. S. 253-272.

Dach, Peter, Befristung von Arbeitsverträgen mit Fraktionsmitarbeitern. In: Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht. Jg. 16. 1999. H. 12. S. 627-628.

Demmler, Wolfgang, Der Abgeordnete im Parlament der Fraktionen. Berlin 1994. (Zugl.: Freiburg im Breisgau, Univ., Diss., 1993.)

Depenheuer, Otto, Selbstdarstellung der Politik. Studien zum Öffentlichkeitsanspruch der Demokratie. Paderborn 2002. (Rechts- und staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft; N.F. 103)

Der Deutsche Bundestag. Geschichte und Gegenwart im Spiegel von Parlamentariern aus fünf Jahrzehnten. Berlin 1999.

Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Wiesbaden 2001.

Diederich, Nils, Ingeborg Haag und *Georg Cadel*, Kontrolle öffentlicher Unternehmen – die Steuerung und Überwachung wirtschaftlicher Beteiligungen des Staates durch Exekutive, Legislative, Rechnungshof und Wirtschaftsprüfer. Hrsg. vom Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Projekt Kontrolle öffentlicher Unternehmen. Berlin 1994.

Dittberner, Jürgen, Freies Mandat und politische Geschlossenheit. Widerspruch oder Ergänzung zweier Prinzipien des Parlamentarismus? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 34. 2003. H. 3. S. 550-564.

Döring, Nicola, Politiker-Homepages zwischen Politik-PR und Bürgerpartizipation. In: Publizistik. Jg. 48. 2003. H. 1. S. 25-46.

Dörner, Andreas, Parlament, politische Kultur und symbolische Form. Zur Semantik des Deutschen Bundestages im Berliner Reichstag. In: Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Wiesbaden 2001. S. 241-257.

[Drittes] 3. Kolloquium Deutscher Bundestag. 2. Dezember 1994 im Reichstagsgebäude. [Thema: Berlin, Weimar, Bonn, Berlin.] Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Berlin 1995.

Droste, Uwe, Rückblick auf die 14. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages. In: Neue stenographische Praxis. Jg. 52. 2003. H. 3. S. 70-76.

Dubiel, Helmut, Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages. München 1999.

Dürr, Dorothea, Potenziale elektronischer Dienste des Internet für politische Repräsentation. Eine empirische Untersuchung der Nutzung neuer Informations- und Kommunikationsmedien durch Bundestagsabgeordnete. Konstanz, Univ., Dipl.-Arb., 2003.

Düwel, Petra, Wilhelm Gülich als Bibliothekar. Unter besonderer Berücksichtigung seiner Bedeutung für die Entwicklung der Bibliothek des Deutschen Bundestages. Hausarbeit zur Prüfung für den höheren Bibliotheksdienst in Köln. Köln 1994.

Duve, Freimut, Vom Krieg in der Seele. Rücksichten eines Deutschen. Frankfurt am Main 1994.

Eckertz-Höfer, Marion, Das isolierte Akteneinsichtsrecht. Abgeordnete zwischen Opposition und Kooperation. In: Gegenrede. Aufklärung – Kritik – Öffentlichkeit. Festschrift für *Ernst Gottfried Mahrenholz*. Hrsg. von *Herta Däubler-Gmelin, Klaus Kinkel* u. a. Baden-Baden 1994. S. 369-386.

Eckl, Stefan, Das politische Vertrauen in das Parlament am Beispiel des Deutschen Bundestages. Stuttgart 2000.

Edathy, Sebastian, „Wo immer auch unsere Wiege gestanden hat." Parlamentarische Debatten über die deutsche Staatsbürgerschaft 1870 – 1999. Hrsg. vom Institut für Soziologie der Universität Hannover, in Verbindung mit der Deutsch-Türkischen Vereinigung zum Sozial- und Geisteswissenschaftlichen Austausch (DTA), Hannover. Frankfurt am Main 2000.

Edinger, Florian, Fraktionen und Präsidium. Zum Anspruch jeder Fraktion auf Vertretung im Präsidium des Deutschen Bundestages. In: Recht und Politik. Jg. 31. 1995. H. 2. S. 77-84.

Eickenboom, Peter und *Georg-Berndt Oschatz*, The Parliamentary System of Germany. In: Constitutional and parliamentary information. Jg. 49. 1999. H. 178. S. 67-92.

Eilfort, Michael, Geschlossenheit und gute Figur. Ein Versuch über die Steuerung von Fraktionen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 34. 2003. H. 3. S. 565-582.

–, Politische Führung in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Beratung und Information für den Fraktionsvorsitzenden. In: Information und Entscheidung. Kommunikationsmanagement der politischen Führung. Hrsg. von *Gerhard Hirscher*. Wiesbaden 2003. S. 93-121.

Elisabeth Selbert. 1896 – 1986. Festveranstaltung in der Elisabeth-Selbert-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Saarbrücken, 22. September 1996. Dokumentation. Bearbeitet von *Christel Nickel-Mayer*. Düsseldorf 1997.

Elsner, Steffen H. und *Karin Algasinger*, „Sehr geehrte Frau Abgeordnete!" – „Sehr geehrter Herr Abgeordneter!" Der Bürger- und Wählerservice deutscher Abgeordneter zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Ergebnisse einer experimentellen Fallstudie. Hrsg. vom Bayerischen Landtag. München 2001.

Engel, Ulf, Afrikabilder und Afrikarealitäten: die jüngste Diskussion im Deutschen Bundestag. In: Afrika-Jahrbuch. Jg. 14. 2001. S. 25-35.

„Entscheidungen des Parlaments in eigener Sache". Eine Tagung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen und der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung. Mit Beitr. von *Hans Hugo Klein, Josef Isensee, Siegfried Broß* und *Wolfgang Rudzio*. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 31. 2000. H. 2. S. 401-466.

Epping, Volker, Die Trennung von Amt und Mandat. Die parlamentarische Grundposition von Bündnis 90/Die Grünen und die Regierungsbeteiligung: schlägt die Wirklichkeit den Anspruch? In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 52. 1999. H. 13. S. 529-540.

L'evolution récente du parlementarisme. Rapports général et nationaux. XIVe Congrès International de Droit Comparé. Hrsg. von *Alessandro Pizzorusso* für die Académie Internationale de Droit Comparé. Den Haag 1996.

Eylmann, Horst, „Ein inhaltsloses Ritual." Der Rechtspolitiker Horst Eylmann (CDU) über seinen Abschied von der Bonner Politik. Das Gespräch führten *Martin Doerry* und *Hans-Ulrich Stoldt*. In: Der Spiegel. 1997. H. 27. S. 44-48.

Felder, Josef, Warum ich nein sagte. Erinnerungen an ein langes Leben für die Politik. Hrsg. von *Nele Haasen*. Zürich und München. 2000.

Feldkamp, Michael F., Deutscher Bundestag 1983 bis 2002/03: Parlaments- und Wahlstatistik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 34. 2003. H. 1. S. 5-21.

Fensch, Hans-Friedrich, Gängelung der Fraktionen durch den Haushalt? In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft. Jg. 79. 1996. H. 4. S. 379-384.

Ferber, Markus, Das Medium Internet in der parlamentarischen Arbeit. In: Mit Mouse und Tastatur. Wie das Internet die Politik verändert. Hrsg. von *Klemens Joos*. München 2001. S. 309-314.

Filzmaier, Peter, Parlamente im Netz. Internetseiten im EU-Vergleich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 53. 2003. H. 49/50. S. 37-46.

Finkelnburg, Klaus, Zum Misstrauensvotum im deutschen Staatsrecht. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 20. 2001. Sonderheft zu H. 12. S. 15-17.

Foitzik, Jan, Remigranten in parlamentarischen Körperschaften Westdeutschlands. Eine Bestandsaufnahme. In: Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands. Hrsg. von *Claus-Dieter Krohn* u. a. im Auftrag der Herbert- und Elsbeth-Weichmann-Stiftung. Marburg 1997. S. 71-90.

Foster, Norman, Frederick Baker und *Deborah E. Lipstadt*, The Reichstag Graffiti - Die Reichstags-Graffiti. Berlin 2002.

Fraktionsgesetze. Verfassungsrechtliche Defizite im Bund und in den Ländern. Hrsg. vom Präsidium des Bundes der Steuerzahler. [o. O.] 1996.

Frauen an die Macht? Neues Selbstverständnis und neue Selbstverständlichkeiten in Parteien und Parlament. Stenographische Niederschrift der Veranstaltung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e. V. zum Thema „Frauen an die Macht? Neues Selbstverständnis und neue Selbstverständlichkeiten in Parteien und Parlament“ am 10. Mai 2000 in Berlin. Aufgenommen von *Manfred Kehrer*. [Berlin] 2000.

Fuchs, Michael, Art. 23 GG in der Bewährung. Anmerkungen aus der Praxis. In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 54. 2001. H. 6. S. 233-240.

Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen für die Politik. Hrsg. von *Helga Foster* u. a. Pfaffenweiler 1998.

Geginat, Volker, Parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 11. 1996. H. 2. S. 192-194.

Gerster, Florian, Kontrollmöglichkeiten von Bundestag und Bundesrat auf die Bundeswehr. In: Streitkräfte in der Demokratie. Die Kontrolle des Militärs in Frankreich und Deutschland. Hrsg. von *Reinhold Brecht*. Mit Beitr. von *Alfred Biehle* u. a. Baden-Baden 1994. S. 41-45.

Gesetzgebung zum Parlamentsrecht. Stand: 22. November 1994 (zugleich Stand am Ende der 12. Wahlperiode). Zusammenstellung von *Peter Schindler*. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 26. 1995. H. 1. S. 170-177.

Glauben, Paul Josef, Immunität – auch für die Abgeordneten mehr „Plage als Wohltat“. In: Deutsche Richterzeitung. Jg. 81. 2003. H. 2. S. 51-55.

–, Privatisierung als Preisgabe parlamentarischer Hausgüter. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 29. 1998. H. 3. S. 496-509.

Gros, Jürgen, Politikgestaltung im Machtdreieck Partei, Fraktion, Regierung. Zum Verhältnis von CDU-Parteiführungsgremien, Unionsfraktion und Bundesregierung 1982 – 1989 an den Beispielen der Finanz-, Deutschland- und Umweltpolitik. Berlin 1998. (Zugl.: München, Univ., Diss., 1998.)

Groß, Thomas, Erweiterung veröffentlichungspflichtiger Angaben von Mitgliedern des Deutschen Bundestages. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 35. 2002. H. 11. S. 472-475.

Günther, Ulrich, Die Mitwirkung des Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union nach Art. 23 GG. Köln, Univ., Diss., 1998.

Gusy, Christoph, Privatisierung und parlamentarische Kontrolle. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 31. 1998. H. 7. S. 265-270.

Gysi, Gregor, Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn. Hamburg 2001.

Haberland, Stefan, Die verfassungsrechtliche Bedeutung der Opposition nach dem Grundgesetz. Berlin 1995. (Zugl.: Münster (Westfalen), Univ., Diss., 1994.)

Hähnlein, Uwe, Hanns-Lothar Endel und *Eduard Hans Jahnz*, Reptilienfonds und Finanzkontrolle. Wie öffentlich ist die Kontrolle geheimer Staatsaufgaben? In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 51. 1998. H. 8. S. 305-313.

Hahn, Gerhard, Brand und Zerstörung der Reichstagsbibliothek am 2. und 3. Mai 1945. In: Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken. 1995. H. 78. S. 8-16.

–, Parlamentsbibliothek ohne Parlamentarismus. Die Reichstagsbibliothek in der Zeit des Nationalsozialismus und ihr Untergang 1945. In: Bibliothek. Forschung und Praxis. Jg. 19. 1995. H. 1. S. 20-29.

–, Die Reichstagsbibliothek zu Berlin – ein Spiegel deutscher Geschichte. Mit einer Darstellung zur Geschichte der Bibliotheken der Frankfurter Nationalversammlung, des Deutschen Bundestages und der Volkskammer. Hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien. Düsseldorf 1997.

–, Werdegang, Aufbau und Ziele der Bibliothek des Deutschen Bundestages im Vergleich zur Reichstagsbibliothek. In: *Hahn, Gerhard*, Die Reichstagsbibliothek zu Berlin – ein Spiegel deutscher Geschichte. Düsseldorf 1997. S. 547-603.

Hamm-Brücher, Hildegard, Freiheit ist mehr als ein Wort. Eine Lebensbilanz. 1921-1996. Köln 1996.

Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien. Teilbd. 1: Abgeordnete in Bund und Ländern. Bearb. von *Christian Handschell*. Düsseldorf 2002.

Hansmeyer, Sandra, Die Mitwirkung des Deutschen Bundestages an der europäischen Rechtsetzung. Berlin 2001. (Zugl.: Bochum, Univ., Diss., 1999.)

Harmgarth, Friederike, Wirtschaft und Soziales in der politischen Kommunikation. Eine Studie zur Interaktion von Abgeordneten und Journalisten. Opladen 1997. (Zugl.: Hannover, Univ., Diss., 1995.)

Hauck, Felix, Mitwirkungsrechte des Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union. Berlin 1999. (Zugl.: Köln, Univ., Diss., 1998.)

Haug, Volker, Bindungsprobleme und Rechtsnatur parlamentarischer Geschäftsordnungen. Berlin 1994. (Zugl.: Tübingen, Univ., Diss., 1994.)

Hebeler, Timo, Die Budgetierung und das Budgetrecht: Unzulässige Kompetenzverschiebung zu Lasten der Parlamente durch neue Haushaltsinstrumente. In: Verwaltungsrundschau. Jg. 48. 2002. H. 3. S. 76-80.

Heidenberger, Felix, „Die Glöcknerin vom Bundestag“. Ingeborg Geisendörfer – ein Leben im Dienst von Politik und Kirche. Aufgezeichnet von *Felix Heidenberger*. München 2001.

Heinze, Rolf G., Die Berliner Räterepublik: Viel Rat - wenig Tat?. Wiesbaden 2002.

Heisenberg, Dorothee, German parliament member’s opinion about European monetary union. Hrsg. vom Centre for European Policy Studies. Brüssel 1998. (CEPS working documents, 115)

Hellmann, Birgit, Michèle Knodt und *Beate Kohler-Koch*, Globalisierung und Integration. Strategievorstellungen deutscher Parlamentarier. Hrsg. vom Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Mannheim 2000.

Helms, Ludger, Politische Opposition. Theorie und Praxis in westlichen Regierungssystemen. Opladen 2002.

Herbert, Achim, Verhaltensregeln für die Mitglieder des Deutschen Bundestages. Jena, Univ., Diss., 1998.

Hereth, Michael, Die Ohnmacht des deutschen Bundeskanzlers. In: Bochumer Jahrbuch zur Ostasienforschung. Jg. 23. 2000. S. 119-131.

Herles, Helmut, Von der Villa am Rhein in das Palais an der Spree. Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft. Berlin 2001.

Hermes, Georg, Das Minderheitsrecht auf eine parlamentarische Untersuchung. In: Gegenrede. Aufklärung – Kritik – Öffentlichkeit. Festschrift für *Ernst Gottfried Mahrenholz*. Hrsg. von *Herta Däubler-Gmelin, Klaus Kinkel* u. a. Baden-Baden 1994. S. 349-367.

„Herrschaft im Dunkeln? – Aufgaben der Parlamentarischen Geschäftsführer.“ Mittwoch, den 14. März 2001, Berlin, Deutsche Parlamentarische Gesellschaft. Hrsg. von der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e. V. Berlin 2001.

Heye, Uwe-Karsten, Alles ist anders, alles bleibt gleich – Journalisten und Politiker im Bonn-Berlin-Vergleich. In: Politische Akteure in der Mediendemokratie. Hrsg. von *Heribert Schatz, Patrick Rössler* und *Jörg-Uwe Nieland*. Wiesbaden 2002. S. 285-289.

Hierath, Bettina, Repräsentation und Gleichheit. Neue Aspekte in der politikwissenschaftlichen Repräsentationsforschung. Opladen 2001. (Zugl.: Berlin, Freie Univ., Diss., 2001.)

Hirsch, Burkhard, In bester Verfassung? Die Abgeordneten und ihr Bundestag. In: Im Namen der Demokratie. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Hrsg. von *Frithjof Hager*. Darmstadt 1997. S. 159-170.

Hölscheidt, Sven, Die Finanzen der Bundestagsfraktionen. In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 53. 2000. H. 17. S. 712-721.

–, The German Bundestag. From benevolent „weakness“ towards supportive scrutiny. In: National parliaments on their ways to Europe. Losers or latecomers? Hrsg. von *Andreas Maurer*. Baden-Baden 2001. S. 117-146.

–, Das Recht der Parlamentsfraktionen. Rheinbreitbach 2001. (Zugl.: Kiel, Univ., Habil.-Schr., 2000.)

–, Die Trennung des Abgeordneten von Partei und Fraktion. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 25. 1994. H. 3. S. 353-369.

Hoinle, Marcus, „Heiterkeit im ganzen Hause“. Über parlamentarisches Lachen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 32. 2001. H. 2. S. 440-452.

–, Metaphern in der politischen Kommunikation. Eine Untersuchung der Weltbilder und Bilderwelten von CDU und SPD. Konstanz 1999. (Zugl.: Konstanz, Univ., Diss., 1999.)

Holtmann, Everhard, Der selbst bestellte Vormund des Parlaments. Oder: wie Rechnungshöfe den Primat der Politik unterlaufen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 31. 2000. H. 1. S. 116-130.

Hornig, Michael, Die Petitionsfreiheit als Element der Staatskommunikation. Grundrechtsfunktionen und einfachgesetzliche Ausgestaltung. Baden-Baden 2001. (Zugl.: Augsburg, Univ., Diss., 2001.)

Hout Lay, Chhay, Spieltheoretische Analyse der Machtverteilung in Gremien. München 2001. (Zugl.: München, Univ. der Bundeswehr, Diplomarbeit, 2001.)

Huber, Peter Michael, Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union. Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages. Hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, Akademie für Politik und Zeitgeschehen. München 2001.

Hulst, Marc van der, The parliamentary mandate. A global comparative study. Hrsg. von der Inter-Parliamentary Union. Genf 2000.

Human rights, conflict management and refugees. Parliamentary roles and responsibilities. Durban, South Africa, 10-11 December 1998. Hrsg. von *Jeffrey Balch* für die Association of West European Parliamentarians for Africa und das African-European Institute, Amsterdam. Amsterdam 1999.

Im Namen der Demokratie. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Hrsg. von *Frithjof Hager*. Darmstadt 1997.

Im Mittelpunkt: Res publica. Festschrift für *Rudolf Seiters*. Hrsg. von *Ferdinand Bitz* und *Manfred Speck*. München 2002.

The independence and neutrality of the parliamentary service. Mit Beitr. verschiedener Verfasser. In: Constitutional and parliamentary information. Jg. 44. 1994. H. 1. S. 42-94.

Internet und Demokratie. The state of online politics. Hrsg. von *Peter Filzmaier*. Innsbruck 2001.

Ipsen, Jörn, Abgeordnetenspenden - eine Regelungslücke des Parteiengesetzes? In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 22. 2003. H. 1. S. 14-17.

Isensee, Josef, Nemo judex in causa sua - auch nicht das Parlament? In-sich-Geschäft und Gewaltenfusion in der Volksvertretung. In: Die Macht des Geistes. Festschrift für *Hartmut Schiedermair*. Hrsg. von *Bernhard Kempen*. Heidelberg 2001. S. 181-210.

Ismayr, Wolfgang, Der Deutsche Bundestag. In: Politische Bildung. Jg. 35. 2002. H. 4. S. 30-47.

—, Der Deutsche Bundestag im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart, überarb. und aktual. Fassung 2000.

Jekewitz, Jürgen, Das Personal der Parlamentsfraktionen. Funktion und Status zwischen Politik und Verwaltung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 26. 1995. H. 3. S. 395-423.

Kabel, Rudolf, Auswanderung der Politik aus dem Parlament? In: Im Mittelpunkt: Res publica. Festschrift für *Rudolf Seiters*. Hrsg. von *Ferdinand Bitz* und *Manfred Speck*. München 2002. S. 324-333.

–, Die Mitwirkung des Deutschen Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union. Gedanken zur Umsetzung des Art. 23 und 45 GG in die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. In: Gedächtnisschrift für *Eberhard Grabitz*. Hrsg. von *Albrecht Randelzhofer* u. a. München 1995. S. 241-270.

Kadelbach, Stefan und *Ute Guntermann,* Vertragsgewalt und Parlamentsvorbehalt. Die Mitwirkungsrechte des Bundestages bei so genannten Parallelabkommen und die völkerrechtlichen Konsequenzen ihrer Verletzung. In: Archiv des öffentlichen Rechts. Jg. 126. 2001. H. 4. S. 563-587.

Kathmann, Erhard und *Peter Kuleßa,* Politikmanagement in der SPD-Bundestagsfraktion. Koordination innerhalb und außerhalb der stärksten Regierungsfraktion. In: Information und Entscheidung. Kommunikationsmanagement der politischen Führung. Hrsg. von *Gerhard Hirscher*. Wiesbaden 2003. S. 79-92.

Kerber, Markus C., Der verdrängte Finanznotstand. Zur finanzpolitischen Verantwortlichkeit von Parlament und Regierung sowie zur Rolle des Bundes als Hüter der finanzwirtschaftlichen Souveränität. Berlin 2002. (Zugl.: Berlin, Techn. Univ., Habil.-Schr., 2001.)

Kerssenbrock, Trutz Graf und *Hans-Peter Bartels,* Abgewählt? Wie den Parteien das Volk abhanden kam. Düsseldorf 1994.

Kilian, Jörg, Das alte Lied vom Reden und Handeln. Zur Rezeption parlamentarischer Kommunikationsprozesse in der parlamentarisch-demokratischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 27. 1996. H. 3. S. 503-518.

–, „Demokratie“ und „Parlament“. Zur semantischen Entwicklung einer komplizierten Beziehung am Beispiel deutschsprachiger Wörterbücher aus dem 19. und 20. Jahrhundert. In: Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Hrsg. von *Andreas Dörner*. Berlin 1995. S. 249-277.

Klopp, Heinrich Wilhelm, Das Amt des Alterspräsidenten im Deutschen Bundestag. Historische Entwicklung, Bestellung, Befugnisse und Rechtsstellung einer Institution des deutschen Parlamentarismus. Berlin 2000. (Zugl.: Kiel, Univ., Diss., 1999.)

Koch, Sybille, Arbeitsverträge der Mitarbeiter von Fraktionen und Gruppen nach dem Ende der Wahlperiode aus parlamentsrechtlicher Sicht. In: Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht. Jg. 15. 1998. H. 21. S. 1160-1162.

Koch, Thorsten, Parteispenden – Abgeordnetenspenden – nicht weitergeleitete Spenden. In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 56. 2003. H. 11. S. 451-455.

Kochsiek, Albrecht, Der Alt-Bundestag. Die Rechte des Bundestages in dem Zeitraum zwischen Wahl und Zusammentritt des neu gewählten Bundestages. Berlin 2002. (Zugl.: Kiel, Univ., Diss., 2001.)

Köhler. Michael, Die Rechtsstellung der Parlamentspräsidenten in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland und ihre Aufgaben im parlamentarischen Geschäftsgang. Berlin 2000. (Zugl.: Göttingen, Univ., Diss., 1998.)

König, Doris, Die Übertragung von Hoheitsrechten im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses – Anwendungsbereich und Schranken des Art. 23 des Grundgesetzes. Berlin 2000. (Zugl.: Kiel, Univ., Habil.-Schr., 1998.)

Kövel, Svea, Die Mitwirkung des Deutschen Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union. Unter besonderer Berücksichtigung der Mitwirkung am und der Veränderung durch den Vertrag von Amsterdam. München 2000. (Zugl.: Berlin, Freie Univ., Diss., 2000.)

Kohnen, Dominic, Die Zukunft des Gesetzesvorbehalts in der Europäischen Union. Zur Rolle des Bundestages in den Angelegenheiten der Europäischen Union. Baden-Baden 1998. (Zugl.: Jena, Univ., Diss., 1998.)

Kokott, Juliane, Kontrolle der auswärtigen Gewalt. In: Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 11. 1996. H. 17. S. 937-950.

Kranenpohl, Uwe, „Die ewige Fahrt zwischen Skylla und Charybdis“. Die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen zwischen parlamentarischer und medialer Funktionslogik. In: Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Wiesbaden 2001. S. 187-199.

–, Die Grünen zwischen Wunsch und Wirklichkeit. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Jg. 44. 1999. H. 3. S. 274-277.

–, Konsens im Konflikt? Inter- und überfraktionelle Initiativen im Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 32. 2001. H. 4. S. 733-758.

–, Mächtig oder machtlos? Kleine Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1994. Opladen 1999. (Zugl.: Passau, Univ., Diss., 1997.)

–, Zwischen politischer Nische und programmatischer Öffnung. Kleine Parteien und ihre Bundestagsfraktionen 1949 bis 1994. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 29. 1998. H. 2. S. 244-262.

–, Zwang oder Loyalität? Willensbildung in kleinen Fraktionen. In: Gegenwartskunde. Jg. 47. 1998. H. 3. S. 311-322.

Krause, Joachim, Der Bedeutungswandel parlamentarischer Kontrolle. Deutscher Bundestag und US-Kongress im Vergleich. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 30. 1999. H. 2. S. 534-555.

Kreile, Johannes und *Dietrich Westphal,* Investigativer Journalismus im Reichstagsgebäude. Presse- und rundfunkverfassungsrechtliche Aspekte von Hausverboten des Bundestagspräsidenten (Art. 40 Abs. 2 GG). In: Archiv für Presserecht. Jg. 32. 2001. H. 6. S. 458-465.

Kretschmer, Gerald, Die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen im Spannungsbogen von Idealtypik und Realitätsdruck. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 18. 2003. H. 1. S. 1-35.

Kropp, Sabine, Exekutive Steuerung und informale Parlamentsbeteiligung in der Wohnungspolitik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 33. 2002. H. 3. S. 436-452.

–, Haushaltsentscheidungsprozesse in unterschiedlichen Koalitionsformaten. In: Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Wiesbaden 2001. S. 118-144.

Kube, Hanno, Vom Gesetzesvorbehalt des Parlaments zum formellen Gesetz der Verwaltung? In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 22. 2003. H. 1. S. 57-60.

Kühnreich, Mathias, Das Selbstorganisationsrecht des Deutschen Bundestages unter besonderer Berücksichtigung des Hauptstadtbeschlusses. Berlin 1997. (Zugl.: Bochum, Univ., Diss., 1996.)

Kürschner, Sylvia, Das Binnenrecht der Bundestagsfraktionen. Berlin 1995. (Zugl.: Bochum, Univ., Diss., 1994.)

–, Rechtliche Qualifikation von Fraktionsgeschäftsordnungen und Auswirkungen von Verstößen. In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 48. 1995. H. 1. S. 16-20.

Küstermann, Burkhard, Die Rechenschaftspflicht der politischen Parteien. Osnabrück, Univ., Diss., 2002.

Lammert, Norbert, Das Parlament zwischen Verfassungsnorm und Alltagsarbeit: weder machtlos noch allmächtig. In: Die politische Meinung. Jg. 46. 2001. H. 383. S. 75-78.

–, Religion – eine Privatsache? Das „C“ als politisches Programm. In: Die politische Meinung. Jg. 48. 2003. H. 409. S. 17-21.

Landfried, Christine, Politik als Beruf heute. Ein Anforderungsprofil an Professionelle. In: Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik. Hrsg. von *Claus Leggewie*. Darmstadt 1994. S. 211-227.

Lang, Ruth, Die Mitwirkungsrechte des Bundesrates und des Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union gemäß Artikel 23 Abs. 2 bis 7 GG. Berlin 1997. (Zugl.: Bonn, Univ., Diss., 1997.)

Lange, Nicole, Vorermittlungen. Die Behandlung des staatsanwaltschaftlichen Vorermittlungsverfahrens unter besonderer Berücksichtigung von Abgeordneten, Politikern und Prominenten. Frankfurt am Main 1999. (Zugl.: Göttingen, Univ., Diss., 1999.)

Lauterer, Heide-Marie, Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19 – 1949. Königstein im Taunus 2002. (Zugl.: Heidelberg, Univ., Habil.-Schr., 2001.)

Leitfaden für Parlamentsbibliotheken. Mit einem Anhang über die Wissenschaftlichen Fachdienste von Parlamenten. Hrsg. von *Ernst Kohl* für die International Federation of Library Associations and Institutions. Bonn 1997.

Lemke-Müller, Sabine, Funktionen und Politikverständnis der weiblichen Abgeordneten in den Ausschüssen des 13. und 14. Bundestages. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 30. 1999. H. 4. S. 968-979.

–, Interfraktionelle Kooperationen von Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag. In: Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Wiesbaden 2001. S. 87-92.

–, Westeuropäische Parlamentarierinnen. Ein Forschungsbericht. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 32. 2001. H. 2. S. 352-359.

Lengsfeld, Vera, Mein Weg zur Freiheit: Von nun an ging's bergauf. München 2002.

Lesch, Heiko Hartmut, Zweckwidrige Verwendung von Fraktionszuschüssen als Untreue? In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 35. 2002. H. 4. S. 159-163.

Leverd, Sonia, Un intrus en politique. L'experience parlementaire de Stefan Heym. In: L'Allemagne d'aujourd'hui. 1999. H. 147. S. 62-88.

Linde, Andreas, Fraktionsfinanzierung in der parlamentarischen Demokratie. Empirische Befunde und theoretische Reflexionen. Frankfurt am Main 2000. (Zugl.: Berlin, Freie Univ., Diss., 1999.)

Loibl, Peter, Der Status der Abgeordnetengruppe im Deutschen Parlament. Köln, Univ., Diss., 1995.

Löwisch, Sigrun, Vom Einfluss einzelner Abgeordneter auf die Gesetzgebung. In: Politik & Verantwortung. Festgabe für *Wolfgang Jäger* zum 60. Geburtstag. Hrsg. von *Ingeborg Villinger*. Freiburg im Breisgau 2000. S. 35-41.

Lüthke, Thorsten, Arbeitshandbuch Bundestag. Abgeordnete, Funktionen, Adressen, Telefonnummern. Potsdam 2003.

Mambrey, Peter, Hans-Peter Neumann und *Kerstin Sieverdingbeck*, Bridging the gap between parliament and citizen. The internet services of the German Bundestag. In: Parliamentary affairs. Jg. 52. 1999. H. 3. S. 480-492.

Marquardt, Regine, Das Ja zur Politik. Frauen im Deutschen Bundestag (1949 – 1961). Ausgewählte Biographien. Opladen 1999.

Marschall, Stefan, „Forum der Nation?" – Die Volksvertreter, die Medien und die Publizität parlamentarischer Arenen. In: Politische Akteure in der Mediendemokratie. Hrsg. von *Heribert Schatz, Patrick Rössler* und *Jörg-Uwe Nieland*. Wiesbaden 2002. S. 147-162.

–, Das Parlament in der Mediengesellschaft. Verschränkungen zwischen parlamentarischer und massenmedialer Arena. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 42. 2001. H. 3. S. 388-413.

–, Parlamentarische Öffentlichkeit - eine Feldskizze. In: Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Wiesbaden 2001. S. 168-186.

Masing, Johannes, Die alte Stasi in neuen Parlamenten. Demokratische Gleichheit zu Zeiten des Übergangs. In: Juristenzeitung. Jg. 54. 1999. H. 21. S. 1022-1029.

–, Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. Art. 44 GG als staatsgerichtetes Kontrollrecht. Tübingen 1998. (Zugl.: Freiburg im Breisgau, Univ., Habil.-Schr., 1997.)

Maurer, Andreas, Parlamentarische Demokratie in der Europäischen Union. Der Beitrag des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente. Baden-Baden 2002. (Zugl.: Gießen, Univ., Diss., 2001.)

Mayntz, Gregor, Der unbekannte Star. Die Präsenz des Bundestages in den Medien. In: Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Wiesbaden 2001. S. 200-214.

M.d.B. – Volksvertretung im Wiederaufbau 1946 – 1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der westzonalen Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation. Hrsg. von *Martin Schumacher* im Auftrag der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien e. V. Düsseldorf 2000.

Megagroße Anfrage. Was Politiker antworten, wenn 500 Jugendliche ihnen schreiben. München 1998.

Mehde, Veith, Rechtliche und rechtspolitische Potentiale von Petitionsrecht und Ombudsmanneinrichtungen. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 16. 2001. H. 2. S. 145-160.

Meißner, Iris, Der Bundestag - Ort der politischen Argumentation? In: Politische Kommunikation im historischen Wandel. Hrsg. von *Hajo Diekmannshenke*. Tübingen 2001. S. 107-121.

Members of parliament in Western Europe. Roles and behaviour. Hrsg. von *Wolfgang Claudius Müller*. London 1997.

Metzler, Gabriele, Women in politics in Canada and Germany – new questions, old answers? In: Zeitschrift für Kanada-Studien. Jg. 19. 1999. H. 2. S 107-130.

Meyer, Birgit, Much ado about nothing? Political representation policies and the influence of women parliamentarians in Germany. In: The review of policy research. Jg. 20. 2003. H. 3. S. 401-421.

Meyer, Hans, Das fehlfinanzierte Parlament. In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft. Jg. 78. 1995. H. 2. S. 216-257.

–, Die Fraktionen auf dem Weg zur Emanzipation von der Verfassung. In: Gegenrede. Aufklärung – Kritik – Öffentlichkeit. Festschrift für *Ernst Gottfried Mahrenholz*. Hrsg. von *Herta Däubler-Gmelin, Klaus Kinkel* u. a. Baden-Baden 1994. S. 319-347.

Meyer, Jürgen und *Sven Hölscheidt*, Die europäische Verfassung aus Sicht des Deutschen Bundestages. In: Integration. Jg. 26. 2003. H. 4. S. 345-350.

Meyring, Bernd, Die Entwicklung zustimmungsbedürftiger völkerrechtlicher Verträge nach ihrem Abschluss und ihre Auswirkungen in der deutschen Rechtsordnung. Berlin 2001. (Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 2000.)

Ministerialorganisation zwischen Berlin und Bonn. Hrsg. von *Klaus König* für das Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Mit Beiträgen von *Wolfgang Zeh* u.a. Speyer 1997.

Mit Mouse und Tastatur. Wie das Internet die Politik verändert. Hrsg. von *Klemens Joos*. München 2001.

Mit Petitionen Politik verändern. Hrsg. von *Reinhard Bockhofer*. Baden-Baden 1999.

Mohr, Ulrich, Politische Auffassungen und deutschlandpolitisches Wirken Johann Baptist Gradls. Frankfurt am Main 2000. (Zugl.: Hannover, Univ., Diss., 1998.)

Morgenthaler, Gerd, Freiheit durch Gesetz. Der parlamentarische Gesetzgeber als Erstadressat der Freiheitsgrundrechte. Tübingen 1999. (Zugl.: Heidelberg, Univ., Habil.-Schr., 1999.)

Morlok, Martin, Gesetzliche Regelung des Rechtsstatus und der Finanzierung der Bundestagsfraktionen. In: Neue juristische Wochenschrift. Jg. 48. 1995. H. 1. S. 29-31.

Müller, Udo und *Susanne Albrecht*, Fraktionen und Parteien: getrennt durch den Spendenbegriff? Zur Anwendung des Parteiengesetzes auf Fraktionszuwendungen. In: Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 115. 2000. H. 18. S. 1315-1325.

Müssener, Alexander, Regelungen und Praxis der Rechnungslegung und Kontrolle der Fraktionsfinanzen im Bund, in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 33. 2002. H. 4. S. 669-694.

National parliaments on their ways to Europe: losers or latecomers? Hrsg. von *Andreas Maurer* für das Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn. Baden-Baden 2001.

Negrine, Ralph M., Parliament and the media. A study of Britain, Germany and France. London 1998.

Neßler, Volker, Konsens und Dissens im Deutschen Bundestag. Faktoren der Willensbildung im Parlament. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 13. 1998. H. 1. S. 84-92.

Das neue parlamentarische Schimpfbuch. Stilblüten und Geistesblitze unserer Volksvertreter. Hrsg. von *Günter Pursch*. Mit einem Geleitwort von *Michaela Geiger*. München, 3. aktualisierte Auflage 1997.

Neuere Probleme der parlamentarischen Legitimation im Bereich der auswärtigen Gewalt. Symposion vom 13. bis 15. Juni 2002 in Leipzig. Hrsg. von *Rudolf Geiger*, im Auftrag des Instituts für Völkerrecht, Europarecht und Ausländisches Öffentliches Recht der Universität Leipzig. Mit Beitr. von *Hans-Joachim Cremer* u. a. Baden-Baden 2003.

Neumann, Heinz, Presse und Politik im Regierungsviertel. Spielregeln und Fehlentwicklungen. In: Die politische Meinung. Jg. 43. 1998. H. 340. S. 67-70.

Neumann, Heinzgeorg, Das berufliche Zeugnisverweigerungsrecht des Abgeordneten. Eine Essentiale der Opposition. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 31. 2000. H. 4. S. 797-804.

[Neunzehnhundertachtundneunzig] 1998 und 2002. Wahlrechtliche Schritte zur Verkleinerung des Deutschen Bundestages. Hrsg. von der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e. V. Bonn 1996.

Nieland, Jörg-Uwe, Von der Bonner zur Berliner Republik? Aspekte des Wandels der politischen Kommunikation in der Populärkultur. In: Politische Akteure in der Mediendemokratie. Hrsg. von *Heribert Schatz, Patrick Rössler* und *Jörg-Uwe Nieland*. Wiesbaden 2002. S. 163-186.

Notz, Gisela, Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49 bis 1957. Mit 26 Biographien. Bonn 2003.

Oertzen, Jürgen von, Gruppenanträge im Deutschen Bundestag. Ein Reservat des einzelnen Abgeordneten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 31. 2000. H. 4. S. 804-820.

–, Komplexe Abstimmungssituationen im Deutschen Bundestag. Ein Verfahrensvorschlag zur Sicherung parlamentarischer Legitimität. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 34. 2003. H. 3. S. 453-477.

Özdemir, Cem, „Ich bin Inländer“. Ein anatolischer Schwabe im Bundestag. Aufgezeichnet von *Hans Engels*. München 1997.

Ortmann, Andreas, Gegenstand und Rechtsnatur der Hausordnung des Deutschen Bundestages. Nebst einer Betrachtung der Rechtslage in Niedersachsen. In: Niedersächsische Verwaltungsblätter. Jg. 7. 2000. H. 5. S. 105-112.

Ossenbühl, Fritz, Grundlagen und Reichweite des parlamentarischen Organisationsvorbehalts. In: Recht und Organisation. Staatsrecht – Verwaltungsrecht – Europarecht – Völkerrecht. Vorträge und Diskussionen zum Symposion anlässlich des 60. Geburtstags von Prof. *Meinhard Schröder* in Trier. Hrsg. von *Matthias Ruffert*. Berlin 2003. S. 11-24.

Palzer-Rollinger, Birgit, Zur Legitimität von Mehrheitsentscheidungen. Die Legitimitätsproblematik von Mehrheitsentscheidungen angesichts zukunftsgefährdender politischer Beschlüsse. Baden-Baden 1995. (Zugl.: Göttingen, Univ., Diss., 1994.)

Papier, Hans-Jürgen, Reform an Haupt und Gliedern. Eine Rede gegen die Selbstentmachtung des Parlaments. In: Sozialrecht in Deutschland. Jg. 42. 2003. H. 2. S. 67-72.

Die Parlamentarierinnen in 50 Jahren Deutscher Bundestag. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Berlin 1999.

Die parlamentarische Immunität in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und im Europäischen Parlament. Hrsg. vom Europäischen Parlament, Generaldirektion Wissenschaft. Redaktion von *Marília Crespo Allen*. Luxemburg 1996.

Parlamente und ihre Funktionen. Institutionelle Mechanismen und institutionelles Lernen im Vergleich. Hrsg. von *Werner J. Patzelt*. Wiesbaden 2003.

Parlamentsbibliotheken in Deutschland. Stand und Entwicklungen. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken unter der Redaktion von *Martin Jansen*. Wiesbaden 1999.

Parlamentslehre. Das parlamentarische Regierungssystem im technischen Zeitalter. Hrsg. von *Raban Graf von Westphalen*. Bearb. von *Jürgen Bellers, Dieter Engels, Wolfgang Ullmann*, u. a. München 1996.

Parlamentsreform – nur eine Frage der Abgeordneten? Hrsg. von der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e. V. [Bonn] 1995.

Parliamentary codes of conduct in Europe. An overview. Hrsg. von *Dick Toornstra* für das European Centre for Parliamentary Research and Documentation. Bearb. von *Veronica Williams*. Brüssel 2001.

Parliamentary representatives in Europe 1848 – 2000. Legislative recruitment and careers in eleven European countries. Hrsg. von *Heinrich Best*. Oxford 2000.

Parliaments and majority rule in Western Europe. Hrsg. von *Herbert Döring* für das Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung. Frankfurt am Main 1995.

Parteien und Fraktionen. Ein internationaler Vergleich. Hrsg. von *Ludger Helms*. Opladen 1999.

Pascaud-Bécane, Geneviève, Participation of women in political life. An assessment of developments in national parliaments, political parties, governments and the Inter-Parliamentary Union, five years after the Forth World Conference on Women. Genf 1999. (Inter-Parliamentary Union, Série rapports et documents; 35)

Pasch, Raimond, Die Einführung von ADIS/BMS in der Bibliothek des Deutschen Bundestages. Verlauf eines Projektes. In: Bibliotheksdienst. Jg. 32. 1998. H. 8. S. 1361-1377.

Paschen, Herbert, Technikfolgenabschätzung im parlamentarischen Prozess: Das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag. In: Politik und Verwaltung auf dem Weg in die transindustrielle Gesellschaft. *Carl Böhret* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Werner Jann, Klaus König, Christine Landfried* und *Peter Wordelmann*. Baden-Baden 1998. S. 603-614.

Patzelt, Werner J., Imperatives Mandat und plebiszitäre Elemente: nötige Schranken der Abgeordnetenherrlichkeit? In: Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie – eine Alternative? Grundlagen, Vergleiche, Perspektiven. Hrsg. von *Günther Rüther*. Baden-Baden 1996. S. 183-200.

–, Ist der Souverän unaufgeklärt? Die Ansichten der Deutschen über Parlament und Abgeordnete. Dresden 1996.

–, Das Verhältnis von Bürgern und Parlament – Aufgaben der politischen Bildungsarbeit. In: Die schwierigen Bürger. *Herbert Schneider* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Gerd Hepp* u. a. für die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart. Schwalbach im Taunus 1994.

–, Das Volk und seine Vertreter: eine gestörte Beziehung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1994. H. 11. S. 14-22.

–, What can an individual MP do in German parliamentary politics? In: The Journal of legislative studies. Jg. 5. 1999. H. 3/4. S. 23-52.

–, Wider das Gerede vom „Fraktionszwang“! Funktionslogische Zusammenhänge, populäre Vermutungen und die Sicht der Abgeordneten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 29. 1998. H. 2. S. 323-347.

–, Das Wissen der Deutschen über Parlament und Abgeordnete. Indizien für Aufgaben politischer Bildung. In: Gegenwartskunde. Jg. 45. 1996. H. 3. S. 309-322.

–, und *Karin Algasinger*, Abgehobene Abgeordnete? Die gesellschaftliche Vernetzung der deutschen Volksvertreter. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 32. 2001. H. 3. S. 503-527.

Pegatzky, Claus, Parlament und Verordnungsgeber. Rechtsverordnungen im Spannungsfeld zwischen kompetenzrechtlicher Zuweisung und materieller Funktionenordnung. Baden-Baden 1999. (Zugl.: Frankfurt am Main, Univ., Diss., 1998.)

Peitsch, Dietmar und *Christine Polzin*, Die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 19. 2000. H. 4. S. 387-393.

Penner, Willfried, Lassen sich Nachrichtendienste durch das Parlament kontrollieren? In: Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit. Hrsg. vom Bundesamt für Verfassungsschutz. Köln 2000. S. 101-117.

Pernice, Ina Maria, Öffentlichkeit und Medienöffentlichkeit. Die Fernsehberichterstattung über öffentliche staatliche Sitzungen am Beispiel von Bundestag und Bundesrat, Gerichten und Gemeinderäten. Berlin 2000. (Zugl.: Köln, Univ., Diss., 1998.)

Petermann, Thomas, Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag. Innovation oder Störfaktor? In: Regieren und Politikberatung. Hrsg. von *Axel Murswieck* [im Auftrag der Sektion „Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft]. Mit Beitr. von *Renate Mayntz, Thomas Petermann* u. a. Opladen 1994. S. 79-99.

Peters, Dietlinde, Marie-Elisabeth Lüders. In: Berlinische Lebensbilder. Hrsg. von *Henrike Hülsbergen*. Berlin 1997. S. 123-150.

Petersen, Sönke, Manager des Parlaments. Parlamentarische Geschäftsführer im Deutschen Bundestag. Status, Funktionen, Arbeitsweise. Opladen 2000. (Zugl.: Dresden, Techn. Univ., Diss., 1999.)

Phosphor vom Himmel. Genscher und Dregger, Lambsdorff und Stoltenberg. Die letzten Abgeordneten aus der Generation der Wehrmachtoffiziere und Flakhelfer nehmen Abschied von der Politik. In: Der Spiegel. 1998. H. 1. S. 40-42.

Pöcker, Markus, Das Parlamentsgesetz im sachlich-inhaltlichen Steuerungs- und Legitimationsverbund. In: Der Staat. Jg. 41. 2002. H. 4. S. 616-635.

Pörksen, Uwe, Die politische Zunge. Eine kurze Kritik der öffentlichen Rede. Stuttgart 2002.

Politics: women’s insight. Bearb. von *Marilyn Waring*. Genf 2000. (Inter-Parliamentary Union, Série rapports et documents; 36)

Poscher, Ralf, Die Opposition als Rechtsbegriff. In: Archiv des öffentlichen Rechts. Jg. 122. 1997. H. 3. S. 444-468.

Privatisierung und parlamentarische Rechte. Symposium im Landtag Rheinland-Pfalz am 4. März 1998. Hrsg. vom Präsidenten des Landtags Rheinland-Pfalz unter der Redaktion von *Hans-Peter Hexemer*. Mainz 1998.

Queng, Stefan Ulrich, Das Zutritts- und Rederecht nach Art. 43 II GG. In: Juristische Schulung. Jg. 38. 1998. H. 7. S. 610-614.

Rasch, Björn Erik, Parliamentary floor voting procedures and agenda setting in Europe. In: Legislative studies quarterly. Jg. 25. 2000. H. 1. S. 3-23.

Rath, Christian, Entscheidungspotenziale des Deutschen Bundestages in EU-Angelegenheiten. Mandatsgesetze und parlamentarische Stellungnahmen im Rahmen der unionswärtigen Gewalt. Baden-Baden 2001. (Zugl.: Gießen, Univ., Diss., 2001.)

Rautenberg, Erardo Cristoforo, Immune Abgeordnete. In: Neue juristische Wochenschrift. Jg. 55. 2002. H. 15. S. 1090-1092.

Recker, Marie-Luise, Westminster als Modell? Der Deutsche Bundestag und das britische Regierungssystem. In: Rivalität und Partnerschaft. Studien zu den deutsch-britischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für *Anthony J. Nicholls*. Hrsg von *Gerhard A. Ritter* für das Deutsche Historische Institut London. Paderborn 1999. S. 313-335.

Reitz, Ulrich, Wolfgang Schäuble. Die Biographie. Bergisch-Gladbach 1996.

Rensmann, Lars, Baustein der Erinnerungspolitik. Die politische Textur der Bundestagsdebatte über ein zentrales „Holocaust-Mahnmal“. In: Umkämpftes Vergessen. Walserdebatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik. Hrsg. von *Micha Brumlik, Hajo Funke* und *Lars Rensmann*. Berlin 2000. S. 135-167.

Richter, Carolin, Lobbyismus und Abgeordnetenbestechung. Legitimität und Grenzen der Einflussnahme von Lobbyisten auf Abgeordnete. Aachen 1997. (Zugl.: Bremen, Univ., Diss., 1997.)

Riecker, Joachim, Fehlende Überhangmandate, knappe Mehrheitsverhältnisse. In: Die neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte. Jg. 49. 2002. H. 3. S. 135-138.

Riescher, Gisela, Parlamentarische Zeitstrukturen zwischen geschichtlichen Traditionslinien und moderner Funktionalität. In: Zeitschrift für Politik. Jg. 44. 1997. H. 1. S. 101-115.

Roca, Maria J., Le contrôle parlementaire et constitutionel du pouvoir extérieur. Etude comparée de l'état actuel de la question dans le droit allemand et espagnol. In: Revue Européenne de droit public. Jg. 12. 2000. H. 1. S. 29-62.

Römmele, Andrea, Direkte Kommunikation zwischen Parteien und Wählern. Postmoderne Wahlkampftechnologien in den USA und in der BRD. Wiesbaden 2002.

Röper, Erich, Parlamentarier und Parlament. Konflikte in modernen Volksvertretungen. Berlin 1998.

–, Parlamentarische Kontrolle privatisierter öffentlicher Daseinsvorsorge. In: Der Staat. Jg. 37. 1998. H. 2. S. 249-286.

Röttger, Nikolaus, Kompetenzauszehrung des Deutschen Bundestages? Eine Untersuchung der Folgen internationalisierter Politik. München, Univ., Magisterarb., 2001.

Roll, Hans-Achim, Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Kommentar. Baden-Baden 2001.

Rühl, Ulli F. H., Das „Freie Mandat". Elemente einer Interpretations- und Problemgeschichte. In: Der Staat. Jg. 39. 2000. H. 1. S. 23-48.

Ruffert, Matthias, Entformalisierung und Entparlamentarisierung politischer Entscheidungen als Gefährdungen der Verfassung? In: Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 117. 2002. H. 17. S. 1145-1154.

Runder Tisch und Parlamentarismus. Freitag, den 3. Dezember 1999, Berlin, Reichstagsgebäude. Hrsg. von der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e. V. Bonn 1999.

Sambale, Anica, Die Verjährungsdiskussion im Deutschen Bundestag. Ein Beitrag zur juristischen Vergangenheitsbewältigung. Hamburg 2002. (Zugl.: Halle, Univ., Diss., 2001.)

Sarcinelli, Ulrich, Parlamentarische Wirklichkeit als Politikvermittlungsaufgabe. Zwischen medienadressierter Öffentlichkeitsarbeit und Parlamentsdidaktik. In: Politik und Bildung als Zukunftsgestaltung. Festschrift für *Günter Bals* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Robert K. Furtak* für die Landauer Universität. Landau 1994.

Sator, Klaus, Das Presseausschnittsarchiv beim Deutschen Bundestag. Probleme der inhaltlichen Erschließung im Zeitalter des Volltextes. In: Information und Märkte. Kongress, Rheinische Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn, 22. bis 24. September 1998, anlässlich des 50. Deutschen Dokumentartages 1998. Hrsg. von *Marlies Ockenfeld* für die Deutsche Gesellschaft für Dokumentation. e .V. (DGD). Frankfurt am Main 1998. S. 401-416.

–, Die Pressedokumentation beim Deutschen Bundestag. Probleme der Einführung eines Thesaurus. In: NfD. Jg. 49. 1998. H. 6. S. 353-360.

Sauer, Birgit, „Doing gender". Das Parlament als Ort der Geschlechterkonstruktion. Eine Analyse der Bundestagsdebatten um die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruches. In: Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Hrsg. von *Andreas Dörner*. Berlin 1995. S. 172-199.

Schäfer, Ingeborg, Bürokratische Macht und demokratische Gesellschaft. Kontrolle der öffentlichen Verwaltung. Ein internationaler Vergleich. Opladen 1994.

Schaller, Heiner, Strafrechtliche Probleme der Abgeordnetenbestechung. [o. O.] 2002. (Zugl.: Tübingen, Univ., Diss., 2002.)

Schenk, Christina, Feministische Politik im Bundestag. Erfahrungen und Perspektiven. In: Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion. Hrsg. von *Elke Biester*. Frankfurt am Main 1994. S. 35-51.

–, Man muss es aushalten können, nicht zur Mehrheit zu gehören. Als Feministin für die PDS im Bundestag. In: Die PDS – Phönix oder Asche? Eine Partei auf dem Prüfstand. *Peter Glotz, Gregor Gysi* und *Hans-Christian Ströbele* in der Diskussion. Hrsg. von *Heinz Beinert*. Berlin 1995. S. 121-129.

Schick, Rupert, Petitionen. Von der Untertanenbitte zum Bürgerrecht. Heidelberg, 3., neu bearb. Aufl. 1996.

–, und *Wolfgang Zeh*, So arbeitet der Deutsche Bundestag. Organisation und Arbeitsweise, die Gesetzgebung des Bundes. Rheinbreitbach, 13. Aufl. 1999.

–, und *Wolfgang Zeh*, So arbeitet der Deutsche Bundestag. Organisation und Arbeitsweise, die Gesetzgebung des Bundes. Rheinbreitbach, 15. Aufl. 2001.

–, und *Hermann-Josef Schreiner*, So arbeitet der Deutsche Bundestag. Organisation und Arbeitsweise, die Gesetzgebung des Bundes. Rheinbreitbach, 17. Aufl. 2003.

Schiller, Dietmar, Brennpunkt Plenum. Präsentation von Parlamenten im Fernsehen. Britisches House of Commons und Deutscher Bundestag im Vergleich. Wiesbaden 2002.

–, Nachrichtenfaktor Parlament. Deutscher Bundestag und britisches House of Commons im Fernsehen. In: Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Wiesbaden 2001. S. 215-240.

–, Parlamente: Nur selten im Fokus der Kamera. Die parlamentarische Arbeit in der Berichterstattung des Fernsehens. In: Sozialwissenschaftliche Informationen. Jg. 31. 2002. H. 3. S. 46-56.

–, Die Präsentation parlamentarischer Politik in den Fernsehnachrichten. Ein britisch-deutscher Vergleich. In: Figurative Politik. Zur Performanz der Macht in der modernen Gesellschaft. Hrsg. von *Hans-Georg Soeffner*. Opladen 2002. S. 265-287.

–, „Televising Parliaments". Britisches House of Commons und Deutscher Bundestag im Vergleich. In: Regieren in Westminster-Demokratien. Hrsg. von *André Kaiser*. Baden-Baden 2000. S. 75-94.

Schmidt, Christian, Der Bundestag als Feldherr. Die parlamentarische Beteiligung bei Einsätzen der Bundeswehr in der Praxis. In: Deutsche Konfliktbewältigung auf dem Balkan. Erfahrungen und Lehren aus dem Einsatz. Hrsg. von *Rafael Biermann* für das Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn. Baden-Baden 2001. S. 103-114.

–, Das Parlament. In: Wem dient der Auswärtige Dienst? Erfahrungen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Hrsg. von *Christoph Bertram*. Opladen 2002. S. 17-27.

Schmidt, Martin, Das Amt des Abgeordneten. Zur (Un-)Vereinbarkeit eines Ministerpostens mit einem Parlamentsamt in der parlamentarischen Demokratie und in der grünen Gedankenwelt. In: Kommune. Jg. 16. 1998. H. 12. S. 36-38.

Schmidt, Thorsten Ingo, Der Fraktionsausschluss als Eingriff in das freie Mandat des Abgeordneten. In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 56. 2003. H. 20. S. 846-853.

Schmidt-Jortzig, Edzard und *Frank Hansen*, Neue Rechtsgrundlage für die Bundestagsfraktionen. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 13. 1994. H. 12. S. 1145-1150.

Schmitt, Karl Heinz, Im Dienst des hohen Hauses 1949 – 1991. Der Platzmeister erzählt. Stuttgart 1995.

Schneider, Georg Christoph, Die Finanzierung der Parlamentsfraktionen als staatliche Aufgabe. Eine verfassungsrechtliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen Fraktionsgesetzgebung. Berlin 1997.

Schneider, Jörg, Zur Geschichte der Parlamentarischen Geschäftsführer in Deutschland. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 30. 1999. H. 1. S. 5-26.

Schöler-Macher, Bärbel, Die Fremdheit der Politik. Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten. Weinheim 1994. (Ergebnisse der Frauenforschung; 32)

Schönberger, Christoph, Parlamentarische Autonomie unter Kanzlervorbehalt? In: Juristenzeitung. Jg. 57. 2002. H. 5. S. 211-219.

Schöneweiß, Dirk, Die parlamentarische Kontrolle der authentischen Vertragsauslegung im Völkerrecht. Hamburg 2002. (Zugl.: Freiburg im Breisgau, Univ., Diss., 2002.)

Schreckenberger, Waldemar, Informelle Verfahren der Entscheidungsvorbereitung zwischen der Bundesregierung und den Mehrheitsfraktionen. Koalitionsgespräche und Koalitionsrunde. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 25. 1994. H. 3. S. 329-346.

Schreiber, Wolfgang, Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag. Kommentar zum Bundeswahlgesetz unter Einbeziehung der Bundeswahlordnung, der Bundeswahlgeräteverordnung und sonstiger wahlrechtlicher Nebenvorschriften. Köln, 6. neu bearb. Aufl. 1998.

–, Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag. Kommentar zum Bundeswahlgesetz unter Einbeziehung des Wahlprüfungsgesetzes, des Wahlstatistikgesetzes, der Bundeswahlordnung, der Bundeswahlgeräteverordnung und sonstiger wahlrechtlicher Nebenvorschriften. Köln, 7. neu bearb. Aufl. 2002.

Schröder, Thomas A., Parlament und Information. Die Geschichte der Parlamentsdokumentation in Deutschland. Potsdam 1998. (Zugl.: Düsseldorf, Univ., Diss., 1998.)

Schüttemeyer, Suzanne S., Die Bundestagsabgeordneten im Kräftefeld von Parlament, Fraktion, Partei und Wählern. In: Politische Bildung. Jg. 35. 2003. H. 4. S. 48-61.

–, Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 – 1997. Empirische Befunde und theoretische Folgerungen. Opladen 1998. (Teilw. zugl.: Lüneburg, Univ., Habil.-Schr., [o. J.].)

–, Fraktionen im politischen Entscheidungsprozess. In: Informale Verfassung. Hrsg. von *Axel Görlitz*. Baden-Baden 1998. S. 67-84.

–, Fraktionen und ihre Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Veränderte Beziehungen im Zeichen professioneller Politik. In: Parteien und Fraktionen. Ein internationaler Vergleich. Hrsg. von *Ludger Helms*. Opladen 1999. S. 39-66.

–, [Fünfzig] 50 Jahre deutscher Parlamentarismus. Kategorien und Kriterien für Leistungen und Defizite. In: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven. Hrsg. von *Thomas Ellwein*. Opladen 1999. S. 482-495.

–, Manager des Parlaments zwischen Effizienz und Offenheit. Parlamentarische Geschäftsführer im Deutschen Bundestag. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 1997. H. 36/37. S. 8-17.

–, Wer wählt wen wie aus? Pfade in das unerschlossene Terrain der Kandidatenaufstellung. In: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik. Jg. 51. 2002. H. 2. S. 145-159.

Schuldei, Marcus, Briefabstimmung für Abgeordnete. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 32. 1999. H. 10. S. 424-428.

–, Die Pairing-Vereinbarung. Berlin 1997. (Zugl.: Berlin, Freie Univ., Diss., 1996.)

Schulze-Fielitz, Helmuth und *Christoph Gößwein*, Bundesgesetzgebung als Prozess. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1997. H. 36/37. S. 18-26.

Schwaben, Sylvia, Die Bonusmeilenaffäre im Lichte der Untreuerechtsprechung des BGH. In: Neue Zeitschrift für Strafrecht. Jg. 22. 2002. H. 12. S. 636-637.

Schwarting, Frauke, „Manchmal hast du das Gefühl, du stimmst nicht ganz." Erfahrungen von Frauen in Parlamenten. Münster 1995.

Schwarz, Friedhelm, Das gekaufte Parlament. Die Lobby und ihr Bundestag. München 1999.

Schwarz, Kyrill-Alexander, Die Beantwortung parlamentarischer Anfragen nach dem Grundgesetz und neueren Landesverfassungen. In: Landes- und Kommunalverwaltung. Jg. 8. 1998. H. 7. S. 262-264.

Schwarzmeier, Manfred, Parlamentarische Mitsteuerung. Strukturen und Prozesse informalen Einflusses im Deutschen Bundestag. Wiesbaden 2001. (Zugl.: Passau, Univ., Diss., 2000.)

–, „Nur" Stilfragen? Informale Verhaltensregeln und Handlungsnormen im Deutschen Bundestag. In: Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Wiesbaden 2001. S. 27-45.

Schwerin, Thomas, Der Deutsche Bundestag als Geschäftsordnungsgeber. Reichweite, Form und Funktion des Selbstorganisationsrechts nach Art. 40 Abs. 1 S. 2 GG. Berlin 1998. (Zugl.: Bonn, Univ., Diss., 1997.)

Sebaldt, Martin, Parlamentarische Demokratie und gesellschaftliche Modernisierung. Der Deutsche Bundestag im Gefüge organisierter Interessen seit Mitte der siebziger Jahre. In: Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Wiesbaden 2001. S. 280-302.

–, Das Ringen um die thematische Lufthoheit. Zur Konkurrenz von Regierungsmehrheit und Opposition in der Gesetzgebungsarbeit des Deutschen Bundestages. In: Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Wiesbaden 2001. S. 46-62.

–, Stigmatisierung politischer Außenseiter. Zur verbalen Ausgrenzung radikaler Parteien im Deutschen Bundestag. In: Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Hrsg. von *Andreas Dörner*. Berlin 1995. S. 113-140.

Seiler, Christian, Der einheitliche Parlamentsvorbehalt. Berlin 2000. (Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss., 1999.)

–, Parlamentarische Einflussnahmen auf den Erlass von Rechtsverordnungen im Lichte der Formenstrenge. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 16. 2001. H. 1. S. 50-70.

Seiters, Rudolf, Der Deutsche Bundestag im Reichstagsgebäude. Gedanken zur parlamentarischen Arbeit in Berlin im 21. Jahrhundert. In: Parliamentary cultures, British and German perspectives. Hrsg. von *Christiane Eisenberg* für das Centre for British studies, Humboldt-Universität zu Berlin. Trier 2001. S. 27-41.

Shpiro, Shlomo, Guarding the guards. Parliamentary control of the intelligence services in Germany and Britain. Hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bereich Forschung und Beratung. Sankt Augustin 1997.

–, Parlamente und Nachrichtendienste in Deutschland und Großbritannien. In: Europäische Sicherheit. Jg. 47. 1998. H. 3. S. 44-45.

Siaroff, Alan, Women's representation in legislatures and cabinets in industrial democracies. In: International political science review. Jg. 21. 2000. H. 2. S. 197-215.

Siedler, Nina-Luisa, Gesetzgeber und Bundesverfassungsgericht. Eine funktionell-rechtliche Kompetenzabgrenzung. Hamburg 1999. (Zugl.: Bielefeld, Univ., Diss., 1998.)

Siefken, Sven T., Vorwahlen in Deutschland? Folgen der Kandidatenauswahl nach US-Vorbild. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 33. 2002. H. 3. S. 531-550.

Simmert, Christian, Die Lobby regiert das Land. Unter Mitarb. von *Volker Engels*. Berlin 2002.

Sitter, Carmen, Die Rolle der vier Frauen im Parlamentarischen Rat. Die vergessenen Mütter des Grundgesetzes. Münster 1995.

Soppe, Martin, Parlamentarische Selbstentmachtung als faktische Wahlrechtsbeeinträchtigung. Ein Beitrag zum subjektiven Recht auf Demokratie aus Art. 38 Abs. 1 GG. Berlin 2002. (Zugl.: Hannover, Univ., Diss., 2001.)

Spöhrer, Jochen, Zwischen Demokratie und Oligarchie. Grüne und PDS im Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1999. (Zugl.: Gießen, Univ., Diss., 1998.)

Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation. Referate und Diskussionen der Magdeburger Tagung der Arbeitsgemeinschaft „Sprache in der Politik" e. V., die vom 5. bis zum 7. Juni 1998 in Magdeburg stattfand. Hrsg. von *Armin Burkhardt*. Wiesbaden 2000.

Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Hrsg. von *Andreas Dörner*. Berlin 1995.

Steinberg, Rudolf, Aberkennung des Abgeordnetenmandats im Verfassungsstaat. Zum Umgang mit „belasteten" Mandatsträgern in Zeiten des Umbruchs. In: Der Staat. Jg. 39. 2000. H. 4. S. 588-610.

Steiner, Niklaus, Arguing about asylum. The complexity of refugee debates in Europe. New York 2000.

Steuck, Jens-Peter, Die ständige Teilnahme von Fraktionsvorsitzenden an Kabinettssitzungen der Bundesregierung – ein Verstoß gegen das Gewaltenteilungsprinzip? In: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 32. 1999. H. 10. S. 403-405.

Stevens, Berthold, Die Rechtsstellung der Bundestagsfraktionen. Eine Untersuchung auf der Grundlage des Fraktionsgesetzes. Frankfurt am Main 2000. (Zugl.: Osnabrück, Univ., Diss., 1999.)

Stratmann, Thomas und *Martin Baur*, Plurality rule, proportional representation and the German Bundestag. How incentives to pork-barrel differ across electoral systems. In: American Journal of Political Science. Jg. 46. 2002. H. 3. S. 506-514.

Struck, Peter und *Lars Haferkamp*, „Entschieden wird im Parlament". Wird der Bundestag durch Konsensrunden und Expertengespräche entmachtet? Fragen an den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Peter Struck. In: Vorwärts. 2000. H. 10. S. 10.

Stücklen, Richard, Mit Humor und Augenmaß. Geschichte, Anekdoten und eine Enthüllung. Forchheim 2001.

Stüwe, Klaus, Das Bundesverfassungsgericht als verlängerter Arm der Opposition? Eine Bilanz seit 1951. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 51. 2001. H. 37/38. S. 34-44.

–, Das Bundesverfassungsgericht als Vetospieler. Der Erfolg oppositioneller Verfahrensinitiativen vor dem Bundesverfassungsgericht (1951 – 2000). In: Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Hrsg. von *Heinrich Oberreuter*. Wiesbaden. 2001. S. 145-167.

–, Der „Gang nach Karlsruhe". Die Opposition im Bundestag als Antragstellerin vor dem Bundesverfassungsgericht. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 28. 1997. H. 4. S. 545-557.

–, Die Opposition im Bundestag und das Bundesverfassungsgericht. Das verfassungsrechtliche Verfahren als Kontrollinstrument der parlamentarischen Minderheit. Baden-Baden 1997. (Zugl.: Eichstätt, Kath. Univ., Diss., 1996.)

Süssmuth, Rita, Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Meine Erfahrungen in der Politik. München 2000.

Tauss, Jörg und *Johannes Kollbeck*, Der vernetzte Politiker. Die virtuelle Diskussion stärkt die Kompetenz. In: Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie? Hrsg. von *Claus Leggewie*. Köln 1998. S. 277-289.

Thaysen, Uwe, Repräsentative Demokratie. Ist der Deutsche Bundestag dem zunehmenden gesellschaftlichen Pluralismus noch gewachsen? In: Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie – eine Alternative? Grundlagen, Vergleiche, Perspektiven. Hrsg. von *Günther Rüther*. Baden-Baden 1996. S. 223-243.

Theodossis, Gerassimos, Die Verfassungsgarantien über die parlamentarische Geschäftsordnungsautonomie und ihre rechtliche Bedeutung in vergleichender Sicht. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Jg. 44 (N.F.). 1996. S. 155-166.

Überprüfung der Anwesenheit der Mitglieder in den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten. Hrsg. vom Europäischen Parlament, Generaldirektion Wissenschaft. Redaktion von *Marília Crespo Allen*. Luxemburg 1997.

Uhle, Arnd, Parlament und Rechtsverordnung. München 1999. (Zugl.: München, Univ., Diss., 1999.)

–, Verordnungsgeberische Entscheidungsmacht und parlamentarischer Kontrollvorbehalt. Zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit verordnungsspezifischer Kontrollbefugnisse des Parlaments unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 21. 2002. H. 1. S. 15-21.

The uneasy relationships between parliamentary members and leaders. Mit Beiträgen verschiedener Verfasser. In: The journal of legislative studies. Jg. 5. 1999. H. 3/4. S. 1-332.

Ungut, Peter, Politics at its best. In: Kursbuch. 2001. H. 145. S. 99-115.

Unterwegs mit Visionen. Festschrift für *Rita Süssmuth*. Hrsg. von *Michael Langer* und *Armin Laschet*. Freiburg im Breisgau 2002.

Die Vereinbarkeit von parlamentarischem Mandat und Regierungsamt in der Parteiendemokratie. Aspekte aus Wissenschaft und Politik. Erträge des internationalen Symposiums des Instituts für Deutsches und Europäisches Parteienrecht an der Fernuniversität Hagen am 9. Februar 1995. Hrsg. von *Dimitris Th. Tsatsos*. Mit Beitr. von *Ulrich von Alemann* u. a. Baden-Baden 1996.

Vetter, Henrike, Das Arbeitsverhältnis der Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten. Berlin 2001. (Zugl.: Freiburg im Breisgau, Univ., Diss., 2000.)

Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis. Hrsg. von *Werner J. Patzelt*. Wiesbaden 2002.

Wächter, Kay, Berichtspflichten der Regierung aus einfachem Gesetzesrecht. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 11. 1996. H. 1. S. 84-93.

Walter, Tonio, Indemnität und Immunität (Art. 46 GG) im Überblick. In: Jura. Jg. 22. 2000. H. 9. S. 496-502.

Warg, Gunter, Außenkompetenzen des Bundes und Mitwirkungsrechte des Parlaments. In: Jura. Jg. 24. 2002. H. 12. S. 806-809.

Wasner, Barbara, Parlamentarische Entscheidungsfindung. Einblicke in das schwierige Geschäft der Mehrheitsbeschaffung. Passau 1998. (Zugl.: Passau, Univ., Diss. 1997.)

Weber-Panariello, Philippe A., Nationale Parlamente in der Europäischen Union. Eine rechtsvergleichende Studie zur Beteiligung nationaler Parlamente an der innerstaatlichen Willensbildung in Angelegenheiten der Europäischen Union im Vereinigten Königreich, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden 1995. (Zugl.: Zürich, Univ., Diss., 1995.)

Die weiblichen Mitglieder der Parlamente. Statistiken. Hrsg. vom Europäischen Parlament, Generaldirektion Wissenschaft. Luxemburg 1995.

Weisskirchen, Gert, Ein Denkmal als Abwehrzauber? Die Mahnmal-Entscheidung im Bundestag. In: Die neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte. Jg. 46. 1999. H. 8. S. 691-695.

Welti, Felix, Abgeordnete und Arbeitsrecht. In: Arbeit und Recht. Jg. 46. 1998. H. 9. S. 345-349.

Wieczorek, Norbert, Mitwirkung des Deutschen Bundestages in der Europäischen Union. In: Unsere Zukunft heißt Europa. Der Weg zur Wirtschaft- und Währungsunion. Hrsg. von *Theo Waigel*. Düsseldorf 1996. S. 315-352.

Wiefelspütz, Dieter, Der Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte und der Bundestag. In: Bundeswehrverwaltung. Jg. 47. 2003. H. 9. S. 193-199.

–, Der Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte und der konstitutive Parlamentsvorbehalt. Baden-Baden 2003.

–, Der Einsatz der Streitkräfte und die konstitutive Beteiligung des Deutschen Bundestages. In: Neue Zeitschrift für Wehrrecht. Jg. 45. 2003. H. 4. S. 133-151.

–, Die Immunität des Abgeordneten. In: Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 117. 2002. H. 18. S. 1229-1238.

–, Die Immunität und Zwangsmaßnahmen gegen Abgeordnete. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Jg. 22. 2003. H. 1. S. 38-43.

–, Das Immunitätsrecht der Abgeordneten des Bundestages nach dem Pofalla-Urteil des Bundesverfassungsgerichts. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 34. 2003. H. 4. S. 754-763.

–, Konturen eines Parlamentsbeteiligungsgesetzes. In: Bayerische Verwaltungsblätter. Jg. 134. 2003. H. 20. S. 609-615.

Wild, Michael, Die Gleichheit der Wahl. Dogmengeschichtliche und systematische Darstellung. Berlin 2003. (Zugl.: Bonn, Univ., Diss., 2001.)

Will, Martin, Internetwahlen. Verfassungsrechtliche Möglichkeiten und Grenzen, Hrsg. vom Bayreuther Arbeitskreis für Informationstechnologie – Neue Medien – Recht e. V. Stuttgart 2002.

Wilrich, Thomas, Der Bundestagspräsident. In: Die öffentliche Verwaltung. Jg. 55. 2002. H. 4. S. 152-158.

Winands, Günter, Die Behandlung unerledigter Gesetzentwürfe der Bundesregierung und des Bundesrates zu Beginn einer Legislaturperiode. Zugleich eine historische Darstellung der zur Wiedereinbringung von Gesetzesinitiativen entwickelten Staatspraxis. In: Nomos und Ethos. Hommage an *Josef Isensee* zum 65. Geburtstag von seinen Schülern. Hrsg. von *Otto Depenheuer*. Berlin 2002. S. 257-281.

Winkler, Michael, Die Parlamentsfraktionen im deutsch-spanischen Rechtsvergleich. Berlin 1997. (Zugl.: Regensburg, Univ., Diss., 1996.)

Winterberg, Carsten, Immunität von Abgeordneten und polizeiliche Maßnahmen. In: Die Polizei. Jg. 93. 2002. H. 10. S. 284-293.

Wolters, Jürgen, Der Fraktions-Status. Eine verfassungsrechtliche Neubestimmung. Baden-Baden 1996. (Zugl.: Frankfurt am Main, Univ., Diss., 1995.)

Women in parliaments 1945 – 1995. A world statistical survey. Genf 1995. (Inter-parliamentary Union, Série rapports et documents; 23)

Wuttke-Götz, Petra, Beratungen und öffentliche Anhörung zum Thema Verwaltungsreform im Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Gesetzgebung. Jg. 11. 1996. H. 3. S. 277-283.

Yazicioglu, Ümit, Die Bildung von Fraktionen im Parlament. Verfassungsrechtliche, wahlrechtliche und geschäftsordnungsrechtliche Vorgaben. Berlin 2000. (Zugl.: Speyer, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaft, Mag.-Arb., 1997.)

–, Rechtsstellung des Abgeordneten. In: *Yazicioglu, Ümit*, Europäische Studien zur Integration der Türkei. Osnabrück 2002. S. 139-160.

Zeh, Wolfgang, Bundestag und Bundesrat bei der Umsetzung von EU-Recht. In: Der Politikzyklus zwischen Bonn und Brüssel. Hrsg. von *Hans-Ulrich Derlien*. Opladen 1999. S. 39-51.

–, Demokratische Normalität oder verdeckter Verfassungskonflikt? Zum Parlamentsverständnis in Deutschland. In: Pflicht und Verantwortung. Festschrift zum 75. Geburtstag von *Claus Arndt*. Hrsg. von *Bernd M. Kraske*. Baden-Baden 2002. S. 225-241.

–, Gesetz und Gesetzgeber. In: Gesetzgebung und Regierung. Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von *Waldemar Schreckenberger* am 17. Januar 1998 in Speyer. Hrsg. von *Klaus König.* Speyer 1998. S. 23-34.

–, Gesetzesfolgenabschätzung - Politikgestaltung durch Gesetze? In: Politik und Verwaltung auf dem Weg in die transindustrielle Gesellschaft. *Carl Böhret* zum 65. Geburtstag. Hrsg. von *Werner Jann, Klaus König, Christine Landfried* und *Peter Wordelmann.* Baden-Baden 1998. S. 365-374.

–, Gesetzgebung als Hemmnis für den Gesetzesvollzug. Hrsg. vom Institut für Verwaltung und Verwaltungsrecht in den neuen Bundesländern e. V. und der Juristenfakultät der Universität Leipzig. Leipzig 1995.

–, Kodifikation oder Kommunikation. Rechtsetzung in der Mediendemokratie. In: Kodifikation gestern und heute. Zum 200. Geburtstag des Allgemeinen Landrechts für die Preußischen Staaten. Vorträge und Diskussionsbeiträge der 62. staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung 1994 der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Hrsg. von *Detlef Merten*. Berlin 1995. S. 135-144.

Zöllner, Dieter, Die Wahl von Amtsträgern durch das Parlament. Ein rechtsschutzfreier Raum? In: Nomos und Ethos. Hommage an *Josef Isensee* zum 65. Geburtstag von seinen Schülern. Hrsg. von *Otto Depenheuer*. Berlin 2002. S. 359-376.

Zwerenz, Gerhard, Krieg im Glashaus oder Der Bundestag als Windmühle. Autobiographische Aufzeichnungen vom Abgang der Bonner Republik. Berlin 2000.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. ***Datenhandbuch 1949 – 1999***, Kapitel 30.4

25 Autorenverzeichnis

A

Adrian, Hanns → 754
Adriani, Götz → 755
Albowitz, Ina → 744
Albrecht, Susanne → 880
Alemann, Ulrich von → 33, 886
Algasinger, Karin → 874, 882
Alkämper, Heinz → 870
Altenhof, Ralf → 549, 553
Althammer, Walter → 775
Andersen, Uwe → 33
Anderson, Perry → 744
Arndt, Claus → 870
Arndt, Hans-Wolfgang → 522
Arnim, Hans Herbert von → 870
Arnold, Markus → 746
Arzheimer, Kai → 33, 37, 39
Auel, Katrin → 870
Augstein, Franziska → 521
Aulehner, Josef → 522
Aust, Karl → 744
Austermann, Dietrich → 470
Axer, Peter → 758

B

Bachmaier, Hermann → 521–522
Badura, Peter → 522, 870
Bahr, Christian → 754
Bahr, Egon → 744
Bahrmann, Hannes → 744
Bajohr, Stefan → 870
Baker, Frederick → 875
Balch, Jeffrey → 877
Ballhausen, Nils → 754
Banse, Gerhard → 676
Bardenhewer, Franz → 585
Baring, Arnulf → 744
Barker, Peter → 553
Bartels, Hans-Peter → 37, 877
Bartels, Henning → 471
Bartke, Thomas → 776
Barzel, Rainer → 744, 870
Battis, Ulrich → 744
Bauer, Thomas L. → 585
Bauer-Kaase, Petra → 32
Bäumler, Helmut → 522
Baur, Martin → 886
Becher, Johannes → 777
Bechmann, Gotthard → 673
Beck, Ulrich → 175
Becker, Bernd → 870
Becker, Florian → 870
Becker, Franziska → 745
Becker, Helmut → 745
Becker, Michaela → 870
Becker, Rolf → 33
Beh, Su-Ping → 870
Behm, Wolfgang → 871
Behnel, Ingo → 871
Behnke, Joachim → 62
Beinert, Heinz → 883
Bell, Wolf J. → 586
Bellers, Jürgen → 881
Bendikowski, Tillmann → 871
Benterbusch, Elisabeth → 872
Benz, Arthur → 871
Berg, Guido van den → 311, 871
Berg, Thomas → 38
Bergmann, Christine → 37
Bergmann, Knut → 30, 33
Bergmann, Kristin → 298, 306
Bergougnous, Georges → 871
Bertram, Christoph → 884
Besch, Johann Christoph → 871
Besier, Gerhard → 552
Best, Heinrich → 871, 881
Beyme, Klaus von → 754, 871
Biehle, Alfred → 875
Biermann, Rafael → 884
Biester, Elke → 883
Bila, Jacqueline → 472
Bilgeri, Alexander → 871
Binder, Beate → 745, 754
Bismark, Hans → 585
Bitz, Ferdinand → 871, 877
Bleses, Peter → 871
Blöcker, Antje → 550
Blum, Barbara → 777

Blüm, Norbert → 744
Blumenthal, Julia von → 871
Boberach, Heinz → 871
Bockhofer, Reinhard → 880
Bogdanski, Tobias → 553
Böhmer, Christian → 745
Bohnenstengel, Andreas → 784
Bonde, Bettina → 39
Borchert, Jens → 872
Borgelt, Christine → 755
Borgs-Maciejewski, Hermann → 872
Born, Hans → 872
Börner, Jan → 676
Bornhöft, Petra → 757
Börnsen, Wolfgang → 871
Borowski, Martin → 872
Bothmer, Lenelotte von → 872
Böttcher, Frank → 754
Bötticher, Christian von → 871
Böwe, Marius → 871
Bräcklein, Susann → 522
Brand, Ulrich → 554
Brandner, Thilo → 469, 606
Brauburger, Stefan → 792
Braun, Werner → 872
Bräutigam, Rainer → 674
Brecht, Reinhold → 875
Bredekamp, Horst → 754
Bredthauer, Karl D. → 754
Breitbach, Michael → 758
Brenner, Gerd → 33, 872
Brettschneider, Frank → 31–35, 37, 797, 872
Brie, Michael → 873
Bröchler, Stephan → 872
Brocker, Lars → 522, 872
Brose, Thomas → 748
Broß, Siegfried → 874
Brumlik, Micha → 882
Brunnengräber, Achim → 554
Brunner, Wolfram → 36
Buchstab, Günter → 873
Bücker, Joseph → 606
Bücker, Siegfried → 785
Budde, Rainer → 747
Burkhardt, Armin → 885
Bürsch, Michael → 555
Busch, Eckart → 872
Busch, Jost-Dietrich → 758
Busse, Sabine-Anastasia → 552
Busse, Volker → 298, 745
Butzer, Hermann → 872

C

Cadel, Georg → 872–873
Cancik, Pascal → 872
Caspers-Merk, Marion → 549–550
Charles, Martin → 784
Chen, Shu-Fang → 872
Claus, Roland → 873
Coenen, Christopher → 676
Coenen, Reinhard 673
Coing, Marga → 873
Comfort, Anthony → 873
Corellou-Davidovski, Carol → 40
Cornils, Matthias → 585
Couderc, Michel → 873
Cremer, Hans-Joachim → 873, 880
Crespo Allen, Marília → 881, 886
Czerwick, Edwin → 873

D

D'hein, Werner P. → 744
Dach, Peter → 873
Dalton, Russell J. → 31, 33
Dammann, Ulrich → 522
Danckert, Peter Wilhelm → 522
Dargel, Jörn → 754
Dästner, Christian → 585
Däubler-Gmelin, Herta → 522, 874, 876, 880
Davidson, Roger H. → 174
Dehnert, Stefan → 684
Deinert, Rudolf Günter → 31
Demmler, Wolfgang → 796–797, 873
Depenheuer,Otto → 758, 871, 873, 887–888
Derlien, Hans-Ulrich → 888
Deter, Gerhard → 776
Deth, Jan van → 32–37
Dettling, Warnfried → 298
Deutsch, Franziska → 178, 194
Dieckmann, Friedrich → 745
Diederich, Nils → 873
Diekmannshenke, Hajo → 879
Diekwisch, Stefan → 587
Diepgen, Eberhard → 745
Diers, Michael → 754
Dietlein, Max → 585
Dittberner, Jürgen → 873
Doerry, Martin → 874
Dohmen, Ludwig → 797
Donsbach, Wolfgang → 33, 35, 872
Döpke, Jörg → 33, 37
Döring, Herbert → 881

Döring, Nicola → 873
Dorn, Wolfram → 775
Dörner, Andreas → 34, 37, 755, 873, 877, 883, 885–886
Dörner, Christine → 31
Dostal, Werner → 174
Dött, Marie-Luise → 555
Dreher, Klaus → 745
Dreyfus, François-Georges → 31
Drodt, Philipp → 583, 586
Droste, Uwe → 873
Dubiel, Helmut → 874
Dürr, Dorothea → 874
Duve, Freimut → 872, 874
Düwel, Petra → 874

E

Eckart, Karl → 554
Eckertz-Höfer, Marion → 874
Eckl, Stefan → 874
Edathy, Sebastian → 874
Edinger, Florian → 874
Ehrenheim, Klaus → 776
Ehrhart, Wolfgang → 470
Eickenboom, Peter → 874
Eilfort, Michael → 874
Eimuth, Kurt-Helmuth → 552
Eisel, Stephan → 38
Eisenberg, Christiane → 684, 885
Eith, Ulrich → 33, 35, 40
Elbers, Helmut → 872
Elff, Martin → 33
Ellwein, Thomas → 31, 33, 884
Elm, Ludwig → 553–554
Elsner, Steffen H. → 874
Endel, Hanns-Lothar → 875
Engel, Helmut → 755
Engel, Ulf → 874
Engels, Dieter → 881
Engels, Hans → 881
Engels, Volker → 327, 885
Ensslin, Dankwart → 586
Eppelmann, Rainer → 553
Epping, Volker → 871, 874
Erhardt, Klaudia → 31
Ermer, Karl → 555
Ermtraud, Katarina → 776
Essen, Jörg van → 469
Evers, Adalbert → 555
Ewringmann, Dieter → 745
Eylmann, Horst → 874

F

Falter, Jürgen W. → 31, 33, 37, 39
Färber, Gisela → 872
Faulenbach, Bernd → 553
Feist, Ursula → 31, 34
Feld, Lars P. → 31
Felder, Josef → 874
Feldhaus, Oliver → 469
Feldkamp, Michael F. → 327, 784, 786, 872, 874
Fensch, Hans-Friedrich → 874
Ferber, Markus → 874
Ferdinand, Horst → 824
Filzmaier, Peter → 874, 877
Finkelnburg, Klaus → 875
Fleischer, Torsten → 674–675
Flink, Thomas → 522
Foitzik, Jan → 875
Folgmann, Birgit → 776
Foster, Helga → 875
Foster, Norman → 755–757, 875
Franke, Siegfried F. → 34
Friedrich, Wolfgang-Uwe → 553
Fuchs, Michael → 473, 776, 875
Füchtner, Natascha → 746
Fühles-Ubach, Simone → 793
Fuhrmann, Arne → 551
Fülgraff, Georges → 549
Funiok, Rüdiger → 552
Funke, Hajo → 882
Furtak, Robert K. → 883

G

Gabriel, Oscar W. → 34, 297–298
Gagel, Walter → 40
Gärtner, Edgar → 549
Gaspers, Klaus → 34
Geginat, Volker → 875
Geiger, Michaela → 880
Geiger, Rudolf → 880
Geiger, Stefanie → 776
Geis, Alfons J. → 174
Geisler, Linus S. → 556
Gensch, Carl-Otto → 549
Gerster, Florian → 875
Gibowski, Wolfgang G. → 31, 34
Gibson, Rachel K. → 38
Glauben, Paul Josef → 875
Gleumes, Karl → 786
Gloser, Günter → 473
Glotz, Peter → 34, 883

Golsch, Lutz → 176, 194
Görlitz, Axel → 884
Görlitz, Niklas → 776–777, 818
Görner, Reinhard → 755
Gößwein, Christoph → 885
Graf, Jutta → 38
Grande, Edgar → 870
Graul, Eva → 523
Green, Simon → 31
Greven, Michael Th. → 683
Griefahn, Monika → 474
Grießhaber, Rita → 37, 471
Grießhammer, Rainer → 549
Grigoleit, Klaus Joachim → 469
Grill, Kurt-Dieter → 556
Grohe-Senf, Anita → 549
Groos, Hartmut → 472
Gros, Jürgen → 875
Groß, Thomas → 875
Grosser, Alfred → 745
Gschwend, Thomas → 34
Gundermann, Lukas → 522
Guntermann, Ute → 877
Günther, Ulrich → 473, 875
Günther, Uwe → 683
Gusy, Christoph → 875
Gysi, Gregor → 875, 883

H

Haag, Ingeborg → 873
Haasen, Nele → 874
Haberland, Stefan → 875
Haferkamp, Lars → 886
Hager, Frithjof → 876–877
Hahn, Gerhard → 786, 875
Hahn, Kristina → 549
Hähnlein, Uwe → 875
Halbritter, Günter → 674
Hamm, Rainer → 521–522
Hamm-Brücher, Hildegard → 875
Handschell, Christian → 876
Hansen, Frank → 884
Hansmeyer, Sandra → 876
Harmgarth, Friederike → 876
Hartenstein, Wolfgang → 31, 34, 38
Hartleb, Dierk → 747
Hartung, Klaus → 745
Hartwich, Hans-Hermann → 38
Haselberger, Stefan → 797
Hasenjäger, Beate → 472
Hasselsweiler, Ekkehart → 586
Hauck, Felix → 603, 876
Haug, Volker → 876
Hausmann, Christoph → 871
Haverkamp, Christof → 472
Hebecker, Eike → 38
Hebeler, Timo → 876
Hecht, Jochen → 554
Hefty, Georg Paul → 786
Heidemeyer, Helge → 873
Heidenberger, Felix → 876
Heidenreich, Bernd → 39
Heinrich, Gudrun → 297, 305
Heintzen, Markus → 745, 758
Heinze, Rolf G. → 876
Heisenberg, Dorothee → 876
Heisig, Bernhard → 755
Held, Martin → 550
Hellmann, Birgit → 876
Helms, Ludger → 876, 881, 884
Helwig, Gisela → 554
Henkenötter, Sandra → 872
Hennen, Leonhard → 673, 675
Hennicke, Martin → 746–748
Hennig, Eike → 34
Henseler, Paul → 586
Henson, Penny → 31
Hepp, Gerd → 881
Herbert, Achim → 876
Herbertz, Heinz-Christoph → 34
Herbst, Ludolf → 871
Hereth, Michael → 876
Herkommer, Erwin → 776
Herles, Helmut → 745, 835, 876
Hermes, Georg → 522, 876
Herzog, Dietrich → 176
Herzog, Roman → 747
Hess, Adalbert → 178, 194, 299
Hetterich, Volker → 31, 34
Hexemer, Hans-Peter → 882
Heye, Uwe-Karsten → 876
Heyer, Christian → 549, 758, 786
Hierath, Bettina → 876
Hill, Hermann → 745, 756
Hilmer, Richard → 34, 38
Hin, Monika → 31
Hinich, Melvin J. → 36
Hirsch, Burkhard → 521, 684, 876
Hirscher, Gerhard → 32, 38, 40, 874, 877
Hoffmann, Arnd → 871
Hoffmann, Hans-Jürgen → 34
Hoffmann, Hilmar → 474
Hoffmann, Josef → 584, 586

Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H.P. → 174
Hofmann, Hans → 39
Hofmann-Göttig, Joachim R. → 34
Hoh-Slodczyk, Christine → 755
Hoinle, Marcus → 876
Holdt, Matthias → 550
Hölscheidt, Sven → 473, 776, 818, 876, 880
Holtmann, Everhard → 876
Holtz-Bacha, Christina → 31–32, 34, 37
Hölz, Stephan → 522
Holzweißig, Gunter → 554
Homeyer, Immo von → 39
Hornig, Michael → 876
Horst, Patrick → 796
Hough, Daniel → 31, 34, 38
Hourquebie, Fabrice → 473
Hout Lay, Chhay → 877
Huber, Peter Michael → 877
Hufen, Friedhelm → 872
Hülsbergen, Henrike → 882
Hulst, Marc van der → 877
Hutter, Christina → 674

I

Ipsen, Jörn → 877
Irmer, Ulrich → 784
Isensee, Josef → 758, 871, 874, 877
Ismayr, Wolfgang → 549, 786, 877

J

Jaensch, Uwe → 603
Jahn, Bruno → 871
Jahnz, Eduard Hans → 875
Jandura, Olaf → 33, 872
Jänicke, Martin → 549
Jann, Werner → 881, 888
Jansen, Marlies → 554
Jansen, Martin → 881
Jantsch, Monika → 872
Jaschke, Hans-Gerd → 34
Jeffery, Charlie → 31, 34, 38
Jekewitz, Jürgen → 755, 877
Jenkins, David → 755
Jesse, Eckhard, → 38, 297–298, 554
Jestaedt, Matthias → 758
John, Antonius → 745–746
Johnston, Ronald John → 34
Jonas, Friederike → 777
Joos, Klemens → 871, 874, 880
Jörgens, Helge → 549
Jörissen, Juliane → 673
Jung, Helmut → 32, 38
Jung, Matthias → 32, 34, 39

K

Kaack, Heino → 174
Kaase, Max → 31–34
Kabel, Rudolf → 417–418, 877
Kadelbach, Stefan → 877
Kadrizke, Ulf → 549
Kaernbach, Andreas → 754–755
Kahn-Ackermann, Georg → 775
Kaiser, André → 884
Kaiser, Carl-Christian → 784–786
Kamm, Ruth → 62
Kämmerer, Jörn Axel → 586
Kamps, Klaus → 34
Kanev, Dobrin → 469
Kansy, Dietmar → 746
Kathmann, Erhard → 877
Katz, Christine → 673
Kaufner, Thomas → 746
Kehrer, Manfred → 875
Kehrhahn, Joachim → 800
Keil, Silke I. → 32, 34
Keilhofer, Franz → 746
Keller, Dietmar → 554
Kempen, Bernhard → 756, 877
Kempf, Eberhard → 522
Kenzler, Evelyn → 521
Kepplinger, Hans Mathias → 32, 35
Kerbein, Björn → 521
Kerber, Markus C. → 877
Kerssenbrock, Trutz Graf → 877
Kersten, Jens → 469
Kerstges, Andrea → 555
Kese, Volkmar → 465
Kessel, Wolfgang → 784–786
Keynes, Edward → 36
Kielmansegg, Peter Graf → 35
Kilian, Jörg → 877
Kinkel, Klaus → 522, 874, 876, 880
Kipke, Rüdiger → 522
Kirchgässner, Gebhard → 31
Klante, Elisabeth → 872
Klatt, Hartmut → 683, 776
Klein, Ansgar → 555
Klein, Hans Hugo → 874
Klein, Joachim → 550
Klein, Markus → 31, 35
Kleinhenz, Gerhard D. → 174

Kleinsteubner, Hans J. → 551
Klein-Vielhauer, Sigrid → 673–674
Klenke, Reiner → 522
Kley, Max Dietrich → 550
Klingemann, Hans-Dieter → 37
Klopp, Heinrich Wilhelm → 243, 877
Klose, Hans-Ulrich → 683–684
Kloth, Hans Michael → 554, 797
Klotz, Johannes → 553
Klump, Andreas → 552
Knabe, Hubertus → 554
Knodt, Michèle → 876
Koch, Jutta → 776
Koch, Sybille → 522, 877
Koch, Thorsten → 878
Kochsiek, Albrecht → 69, 878
Koepnick, Lutz → 755
Kohl, Claudia → 523
Kohl, Ernst → 879
Kohl, Helmut → 746
Köhler, Mark → 522
Köhler, Michael → 878
Kohler-Koch, Beate → 876
Kohn, Roland Artur → 552
Kohnen, Dominic → 878
Kohrs, Ekkehard → 746, 797
Kokott, Juliane → 878
Kölbel, Ralf → 523
Koll, Claudia → 549
Kollbeck, Johannes → 886
König, Doris → 878
König, Klaus → 746–747, 880–881, 888
Korte, Karl-Rudolf → 38, 311, 554
Köster-Loßack, Angelika → 552
Kövel, Svea → 878
Kranenpohl, Uwe → 878
Kraske, Bernd M. → 888
Krause, Joachim → 878
Krawietz, Bernhard → 776
Krebs, Andrea → 591, 593
Kreile, Johannes → 878
Kretschmer, Gerald → 67, 878
Kriechbaumer, Robert → 35
Krieger, Joachim Edward → 194
Kriele, Martin → 552
Krohn, Claus-Dieter → 875
Kropp, Sabine, → 297–298, 878
Kroppenstedt, Franz → 746, 748
Kube, Hanno → 878
Kuenheim, Haug von → 35
Kuhn, Hans-Peter → 34–35
Kuhn, Stefan → 797
Kühne, Thomas → 796
Kühnreich, Mathias → 746, 878
Kuleßa, Peter → 877
Kupsch, Christel → 674
Kürschner, Sylvia → 878
Küstermann, Burkhard → 878
Kutzmutz, Rolf → 755

L

Lamatsch, Dorothea → 871
Lammert, Norbert → 878
Landfried, Christine → 878, 881, 888
Lang, Ruth → 878
Lange, Klaus → 39
Lange, Nicole → 879
Langer, Michael → 886
Langguth, Gerd → 35
Larcher, Detlev von → 35
LaRoche, Emanuel → 746
Laschet, Armin → 886
Lauf, Edmund → 32, 36
Lauterer, Heide-Marie → 879
Lecheler, Helmut → 746
Leggewie, Claus → 35, 871, 878, 886
Lehner, Kurt M. → 756
Leininger, Wolfgang → 746
Lemasson, Sylvie → 35
Lemhoefer, Claudia → 756
Lemhöfer, Lutz → 552
Lemke-Müller, Sabine → 194, 469, 683, 879
Lengsfeld, Vera → 879
Lenz, Carl Otto → 586
Lerche, Peter → 746
Lesch, Heiko Hartmut → 523, 879
Letzgus, Klaus → 522, 870
Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine → 37
Leverd, Sonia → 879
Lhotta, Roland → 586
Liening, Stephan → 549, 786
Linde, Andreas → 879
Link, Walter → 551
Lipstadt, Deborah E. → 875
Livingston, Robert G. → 174
Lohauß, Peter → 38
Loibl, Peter → 879
Lölhöffel, Helmut → 797
Lorenz, Jürgen → 586
Löschner, Rolf → 746
Lösel, Anja → 755
Lovens, Sebastian → 586
Löwisch, Sigrun → 879

Lühmann, Hans → 744
Lummer, Heinrich → 746
Lüth, Heidemarie → 469
Lüthke, Thorsten → 879
Lutz, Christine → 756

M

Machnig, Matthias → 35, 38
Mack, Steffen → 798
Maennig, Wolfgang → 746
Mager, Ute → 523
Mählert, Ulrich → 553
Maier, Jürgen → 32, 35–36
Mambrey, Peter → 793, 879
Mann, Annette → 471, 785
Männle, Ursula → 586
Manstein, Peter → 551
Marquardt, Regine → 879
Marschall, Stefan → 683–684, 879
Martens, Stephan → 746
Martenson, Sten → 470
Martinsen, Renate → 551
Masing, Johannes → 523, 879
Matthäus-Maier, Ingrid → 746
Matthes, Felix Christian → 556
Maurer, Andreas → 876, 879–880
Mausbach, Florian → 756
Mayntz, Gregor → 786, 879
Mayntz, Renate → 882
Mecklenburg, Rainer → 776
Mehde, Veith, → 879
Mehlhausen, Joachim → 871
Meisel, Rudi → 755
Meißner, Iris → 879
Mende, Boris → 759
Merlin, Angelika → 603
Merten, Detlef → 888
Metzger, Christian → 549
Metzger, Ulrich → 684
Metzler, Gabriele → 880
Metzner, Rainer → 471
Meurer, Dieter → 523
Meyer, Birgit → 880
Meyer, Hans → 61, 880
Meyer, Jürgen → 880
Meyer, Rolf → 673–676
Meyring, Bernd → 880
Miegel, Meinhard → 747
Mielke, Gerd → 33, 35
Mocek, Reinhard → 554
Mock, Matthias → 776
Mohr, Ulrich → 880
Moldenschardt, H. Heinrich → 756
Molitor, Ute → 35
Möller, Detlef → 818
Möller, Franz → 747
Morgenthaler, Gerd → 880
Morlok, Martin → 523, 880
Mosdorf, Siegmar → 551
Möstl, Markus → 684
Müchler, Günter → 38
Muhs, Andreas → 757, 784
Müller, Albrecht → 35
Müller, Annette → 748, 757
Müller, Bernhard → 35
Müller, Friedrich Ludwig → 756
Müller, Michael → 550
Müller, Udo → 880
Müller, Wolfgang Claudius → 879
Müller-Hilmer, Rita, → 38–39
Münzing, Ekkehard → 470–471, 785
Murswieck, Axel → 882
Murswiek, Dietrich → 756
Müssener, Alexander → 880

N

Negrine, Ralph M. → 880
Neßler, Volker → 880
Neu, Viola → 35, 38
Neuber, Manfred → 470
Neugebauer, Gero → 35, 37
Neumann, Hans-Peter → 793, 879
Neumann, Heinz → 880
Neumann, Heinzgeorg → 880
Neumann, Kurt → 469
Neumann, Philipp → 777
Nickel, Erich → 747
Nickel-Mayer, Christel → 874
Nickels, Christa → 469
Niclauß, Karlheinz → 297–298
Niedermayer, Oskar → 33–35, 37
Nieland, Jörg-Uwe → 876, 879–880
Niemann, Helmuth → 586
Nitschke, Marcus → 756
Noelle-Neumann, Elisabeth → 35
Notz, Gisela → 880

O

Oberholz, Andreas → 550
Oberndörfer, Dieter → 35

Oberreuter, Heinrich → 31–32, 35, 37, 402, 470, 586, 755, 870, 872–873, 878–879, 883, 885–886
Ockenfeld, Marlies → 870, 883
Oertel, Dagmar → 675
Oertzen, Jürgen von → 880
Offe, Claus → 871
Ohr, Dieter → 35
Oladè Paraiso, Jean-Yves → 35
Oldopp, Birgit → 32
Opfermann, Wilhelm → 586
Ortleb, Rainer → 554
Ortmann, Andreas → 881
Orwat, Carsten → 676
Oschatz, Georg-Berndt → 577, 874
Ossenbühl, Fritz → 586, 881
Osterloh, Lerke → 872
Oswald, Eduard → 747
Oswald, Hans → 35
Özdemir, Cem → 881

P

Pabel, Katharina → 523
Padgett, Stephen → 35
Palm, Franz → 523
Palmer, Hartmut → 747, 757
Palzer-Rollinger, Birgit → 881
Papier, Hans-Jürgen → 881
Pappi, Franz Urban → 36, 38, 747
Parr, Detlef → 556
Pascaud-Bécane, Geneviève → 881
Pasch, Raimond → 881
Paschen, Herbert → 673–674, 676, 881
Pattie, Charles J. → 34
Patzelt, Werner J. → 176, 194, 796, 870, 881, 886
Pawley, Martin → 755
Pegatzky, Claus → 882
Pege, Wolfgang → 191
Peitsch, Dietmar → 882
Penner, Willfried → 882
Pernice, Ina Maria → 882
Peter, Edgar → 871
Petermann, Thomas → 674–676, 882
Peters, Dietlinde → 882
Petersen, Sönke → 882
Pfeiffer, Gerlinde → 777
Pflüger, Friedbert → 473
Pickel, Gert → 36
Pieper, Paul → 586
Pilz, Volker → 470, 785
Pizzorusso, Alessandro → 874
Plöd, Johann Michael → 523
Pöcker, Markus → 882
Pollack, Detlev → 36
Polzin, Christine → 882
Pörksen, Uwe → 882
Poscher, Ralf → 882
Poschmann, Thomas → 38
Posser, Diether → 586
Poßnien, Almut → 758
Pruys, Karl Hugo → 744
Pukelsheim, Friedrich → 38
Pulzer, Peter G. J. → 36
Pursch, Günter → 747, 880

Q

Queng, Stefan Ulrich → 882

R

Ramelsberger, Annette → 785
Randelzhofer, Albrecht → 877
Rasch, Björn Erik → 882
Rath, Christian → 882
Rattinger, Hans → 32–34, 36–37
Rauber, David N. → 62
Rautenberg, Erardo Cristoforo → 882
Recker, Marie-Luise → 882
Reinemann, Carsten → 33, 37
Reinert, Harri → 586
Reitz, Ulrich → 882
Renesse, Margot von → 556
Rennebach, Renate → 552
Rensmann, Lars → 882
Renzsch, Wolfgang → 40
Rettich, Markus → 36
Revermann, Christoph → 674–676
Richter, Carolin → 882
Richter, Christian → 522
Ridder, Jan de → 32, 36
Riecker, Joachim → 882
Riehm, Ulrich → 673, 676
Riescher, Gisela → 883
Ritter, Gerhard A. → 882
Ritzel, Heinrich Georg → 606
Rixen, Stephan → 523
Roberts, Geoffrey K. → 39
Roca, Maria J. → 883
Rogall, Klaus → 523
Röhring, Hans-Helmut → 402
Roll, Hans-Achim → 883
Roller, Edeltraud → 32–37
Römmele, Andrea → 38, 883

Rommerskirchen, Klaus → 797
Röper, Erich → 469–470, 883
Rose, Edgar → 871
Rose, Klaus → 471
Rosenbach, Marcel → 551
Rössler, Patrick → 876, 879–880
Rossmann, Ernst Dieter → 521
Roth, Dieter → 32, 34, 39
Roth, Roland → 555
Rothkirch, Christoph von → 746
Röttger, Nikolaus → 883
Roy, Klaus-Bernd → 40
Roy, Rudolf → 523
Rudzio, Wolfgang → 874
Ruffert, Matthias → 881, 883
Rühl, Ulli F. H. → 883
Rumpf, Peter → 756
Rüther, Günther → 881, 886
Rüttgers, Jürgen → 36

S

Saalfeld, Thomas → 35
Sahm, Wilfried → 550
Sambale, Anica → 883
Sarcinelli, Ulrich → 873, 883
Sarrazin, Thilo → 872
Sass, Sebastian → 777
Sassenscheidt-Grote, Frank → 552
Sator, Klaus → 883
Sauer, Birgit → 883
Sauter, Arnold → 673–675
Sawicki, Diethard → 871
Schäble, Gunter → 756
Schäfer, Hans → 586
Schäfer, Hans Christoph → 523
Schäfer, Hermann → 744
Schäfer, Ingeborg → 883
Schäfer, Michael → 556
Schaller, Heiner → 883
Schatz, Heribert → 876, 879–880
Schatz, Roland → 36
Schätzle, Ortrun → 552
Schäuble, Wolfgang → 747, 882
Schenk, Christina → 883
Schenke, Wolf-Rüdiger → 586
Schenkel, Martin → 549
Scherer, Klaus-Jürgen → 36
Scherz, Constanze → 676
Schick, Rupert → 784, 786, 872, 883
Schiller, Dietmar → 883
Schindler, Klaus → 755
Schindler, Peter → 761, 774, 875
Schleyer, Nicolas → 34
Schliesky, Utz → 523
Schlusche, Günter → 756
Schmälzle, Udo F. → 552
Schmid, Klaus-Peter → 796
Schmidt, Christian → 884
Schmidt, Jochen → 40
Schmidt, Martin → 884
Schmidt, Thorsten Ingo → 884
Schmidt, Ute → 36
Schmidt, Wilhelm → 684
Schmidt-Hartmann, Achim → 523
Schmidt-Jortzig, Edzard → 884
Schmierer, Joscha → 36
Schmitt, Joachim J. → 673
Schmitt, Karl → 32, 35, 871
Schmitt, Karl Heinz → 884
Schnathmann, Regina → 747
Schneider, Georg Christoph → 884
Schneider, Günter → 754
Schneider, Hans-Peter → 67, 326, 417, 523, 585, 761, 872
Schneider, Jörg → 777, 884
Schoen, Harald → 31, 33, 36, 39
Schoenbach, Klaus → 32, 36
Schöler-Macher, Bärbel → 884
Scholz, Rupert → 39, 747
Schönberger, Christoph → 327, 884
Schöneweiß, Dirk → 884
Schoof, Eberhard → 776, 785
Schoon, Steffen, → 40
Schotten, Thomas → 473, 776
Schreckenberger, Waldemar → 884
Schreiber, Wolfgang → 39, 66–67, 884
Schreiner, Hermann Josef → 606, 784, 883
Schröder, Gerhard → 745
Schröder, Meinhard → 521
Schröder, Thies → 756
Schröder, Thomas A. → 884
Schröder, Wilhelm Heinz → 173
Schuldei, Marcus → 885
Schulte, Martin → 523
Schultz, Uwe → 745
Schultze, Rainer-Olaf → 32, 36
Schulz, Bernhard → 756
Schulze-Fielitz, Helmuth → 587, 885
Schumacher, Martin → 879
Schüttemeyer, Suzanne S. → 178, 194, 797, 884
Schwaben, Sylvia → 885
Schwaetzer, Irmgard → 756
Schwanhold, Ernst → 550
Schwarting, Frauke → 885

Schwartzenberg, Margitta von → 39
Schwarz, Friedhelm → 885
Schwarz, Kyrill-Alexander → 885
Schwarze, Jürgen → 759
Schwarzmeier, Manfred → 797, 885
Schweer, Thomas → 553
Schwegmann, Friedrich Gerhard → 785
Schwerin, Thomas → 885
Schwidden, Frank → 747
Schwind, Joachim → 521
Sebaldt, Martin → 797, 885
Seidel, Achim → 523
Seiler, Christian → 885
Seiters, Rudolf → 885
Senfft, Heinrich → 469
Seydel, Hildegund → 776
Shikano, Susumu → 36–38
Shpiro, Shlomo → 885
Siaroff, Alan → 885
Siedler, Nina-Luisa → 885
Siefken, Sven T. → 885
Sierck, Gabriela M. → 470
Sieverdingbeck, Kerstin → 793, 879
Simmert, Christian → 327, 885
Simonis, Georg → 551
Singer, Otto → 776–777
Sitte, Ralf → 747
Sitter, Carmen → 885
Socher, Martin → 674
Soeffner, Hans-Georg → 37, 884
Soiné, Michael → 759
Solms, Hermann Otto → 759
Sommerer, Thomas → 62
Sommermann, Karl-Peter → 549, 552
Sontheimer, Kurt → 402, 747
Sontheimer, Michael → 747
Soppe, Martin → 885
Speck, Manfred → 877
Spöhrer, Jochen → 885
Spranger, Tade Matthias → 471, 523
Steffani, Winfried → 837
Stein, Karin → 587
Steinberg, Rudolf → 886
Steiner, Niklaus → 886
Sternburg, Wilhelm von → 37
Sterzing, Christian → 474
Steuck, Jens-Peter → 886
Stevens, Berthold → 886
Stock, Remmert → 523
Stöckel, Rolf → 471
Stöhlker, Klaus J. → 39
Stoldt, Hans-Ulrich → 874
Stolz, Klaus → 872
Stöss, Richard → 35, 37
Strachwitz, Rupert Graf → 555
Stratmann, Thomas → 886
Straus, Joseph → 776
Ströbele, Hans-Christian → 883
Strohmeier, Gerd → 37
Strohmeier, Rudolf W. → 587
Struck, Peter → 886
Stücklen, Richard → 886
Sturm, Roland → 39
Stüwe, Klaus → 311, 886
Süß, Werner → 745–748, 754
Süssmuth, Rita → 37, 194, 747, 754, 870, 886

T

Tänzler, Dirk → 37
Tauss, Jörg → 886
Teichert, Alois → 587
Thaysen, Uwe → 174, 837, 886
Theodossis, Gerassimos → 886
Thevessen, Elmar → 796
Thiel, Wolf R. → 747
Thiele, Gerd-Steffen → 776
Thierse, Wolfgang → 748, 754–756, 784–785
Thies, Jochen → 748
Thomas, Rüdiger → 554
Thörmer, Heinz → 748
Thurner, Paul W. → 36
Tidow, Stefan → 474
Tiegel, Dieter → 776
Tietz, Jürgen → 756
Tilp, Helmut → 748
Timmermann, Heiner → 747
Toornstra, Dick → 881
Töpfer, Klaus → 744, 748
Troche, Alexander → 777
Troßmann, Hans → 245, 587
Tsatsos, Dimitris Th. → 759, 886
Tschirch, Volker → 748

U

Uhle, Arnd → 886
Ullmann, Wolfgang → 881
Ungut, Peter → 886
Unverhau, Thassilo → 748

V

Vagt, Silke → 311, 871
Varwick, Johannes → 37

Veen, Hans-Joachim → 32
Vetter, Henrike → 886
Vierhaus, Rudolf → 871
Villinger, Ingeborg → 879
Vogel, Friedrich → 587
Vogg, Christian → 798
Vogt, Ludgera → 34, 37
Volmer, Ludger → 748
Vorländer, Hans → 37
Vormbaum, Thomas → 523

W

Wächter, Kay → 887
Wagner, Volker → 757
Waigel, Theo → 887
Walter, Tonio → 887
Walther, Herbert → 603
Walz, Dieter → 36
Ward, Stephen → 38
Warg, Gunter → 887
Waring, Marilyn → 882
Wasner, Barbara → 887
Wassermann, Rudolf → 554, 684
Weber-Panariello, Philippe A. → 797, 887
Weege, Wilhelm → 176
Wefing, Heinrich → 784
Weidenfeld, Werner → 554, 828
Weigand, Jörg → 469
Weins, Cornelia → 39
Weinzen, Hans Willi → 748
Weisgerber, Anja → 523
Weiskirch, Willi → 775
Weisskirchen, Gert → 887
Welch Guerra, Max → 748, 757
Welsing, Bertram → 759
Welti, Felix → 887
Welzbacher, Christian → 757
Wendt, Alexander → 39
Wengst, Udo → 748
Wennrich, Christine → 674–675
Werner, Sascha → 759
Werner, Tim C. → 39
Werth, Christoph H. → 552
Werz, Nikolaus → 40
Wessel, Franz → 587
Wessels, Wolfgang → 828
Weßels, Bernhard → 32, 37, 194
Westphal, Dietrich → 878
Westphalen, Raban Graf von → 881
Wetzel, Anne → 587
Wex, Günther → 587
Wieczorek, Helmut → 471
Wieczorek, Norbert → 887
Wiefelspütz, Dieter → 509, 524, 759, 887
Wietschel, Wiebke → 759
Wild, Michael → 887
Wilhelm, Karin → 757
Wilhelmer, Michael → 776
Wilke, Jürgen → 33, 37
Wilke, Manfred → 554
Will, Martin → 887
Williams, Veronica → 881
Willigmann, Klaus → 587
Wilrich, Thomas → 887
Winands, Günter → 887
Wingert, Bernd → 673, 676
Winkler, Markus → 114, 684
Winkler, Michael → 887
Winter, Thomas von → 776
Winterberg, Carsten → 887
Wise, Michael Z. → 757
Wisser, Horst → 521
Witte, Eberhard → 745
Wollenweber, Marianne → 551
Wolters, Jürgen → 887
Wordelmann, Peter → 881, 888
Woyke, Wichard → 33
Wrangel, Olaf Baron von → 775
Wunder, Michael → 556
Wuttke-Götz, Petra → 887

Y

Yazicioglu, Ümit → 887
Yonan, Gabriele → 553

Z

Zeh, Wolfgang → 67, 326, 417, 469, 585, 747–748, 761, 784, 880, 883, 888
Zelle, Carsten → 33
Ziebart, Karsten → 777
Ziller, Gebhard → 577
Zivier, Ernst Renatus → 298
Zöllner, Dieter → 888
Zwerenz, Gerhard → 888
Zwoch, Felix → 757

26 Verzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages und Personenregister

Vorbemerkung

Das folgende Verzeichnis mit **Stand 31. Dezember 2004** enthält in alphabetischer Reihenfolge

– in **halbfetter Schrift** die Namen sämtlicher Mitglieder des Bundestages („MdB“) seit seiner Konstituierung am 7. September 1949[1],
– in *Kursivschrift* die Namen der Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland einschließlich seines Vorläufers, der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl („MdEP“)[2], die Namen der Mitglieder der am 18. März 1990 gewählten Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik („MdVk“)[3] sowie die Namen sonstiger Personen, die im **Datenhandbuch 1949 – 1999** sowie im vorliegenden **Datenhandbuch 1994 – 2003** erwähnt sind. Ausgenommen sind die Namen innerhalb der Quellen- und Literaturhinweise. Sie wurden in einem eigenen Autorenverzeichnis (Kapitel 25) aufgenommen.

Bei den **Mitgliedern des Deutschen Bundestages** ist angegeben:

– die Dauer ihrer Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag, z. B. MdB 3.–11. WP oder MdB 5. WP ab 8. 12. 1966 oder MdB 1.–4. WP, 5. WP bis †,
– ihre Partei- bzw. Fraktionszugehörigkeit sowie ein evtl. Fraktionswechsel, z. B. MdB 1.–5. WP (SPD) oder MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU) oder 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP [FVP]), 3. WP (CDU),
– ein evtl. geographischer Namenszusatz, der im Parlamentsbereich bei Abgeordneten mit gleichem oder ähnlichem Familiennamen zwecks Vermeidung von Verwechslungen üblich ist, z. B. *Carstens* (Emstek), *Manfred* ist der Namenszusatz nicht in allen Wahlperioden verwendet worden, wird dies durch ein Dreieck vermerkt, z. B. *Schulte* (△Unna), *Manfred*; ein Wechsel des Namenszusatzes ist durch Schrägstrich gekennzeichnet, z. B. *Vogel* (Warendorf/Ennepetal), *Friedrich*,
– der Sterbetag (bei Abgeordneten, die nach Beendigung ihrer Mitgliedschaft verstorben sind, und bei allen sonstigen Personen, soweit ermittelbar).

Außer den schon genannten Abkürzungen „MdB“, „MdEP“ und „MdVk“ wird innerhalb des Personenregisters auf wichtige Ämter und Funktionen, die die betreffende Person ausgeübt hat oder ausübt, mit folgenden Abkürzungen hingewiesen:

BPräs	=	Bundespräsident
BTPräs	=	Bundestagspräsident
VPräs	=	Vizepräsident des Deutschen Bundestages
BRPräs	=	Bundesratspräsident
BK	=	Bundeskanzler
BMin	=	Bundesminister
MPräs	=	Ministerpräsident eines Bundeslandes (einschließlich Regierender Bürgermeister von Berlin, Bürgermeister von Bremen, Erster Bürgermeister von Hamburg)
PStS	=	Parlamentarischer Staatssekretär (einschließlich „Staatsminister“)

[1] Quelle: Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages. Vgl. auch: Die Mitglieder des Deutschen Bundestages. 1.–13. Wahlperiode. Alphabetisches Gesamtverzeichnis. Stand: 28. Februar 1998. Bearbeiter: *Josef Weller, Dieter Adam* und *Dagmar Kalder*. Bonn 1998 (= Reihe Materialien der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 127).
[2] Quelle: Generaldirektion Wissenschaft und Dokumentation des Europäischen Parlaments.
[3] Quelle: Sekretariat der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik.

StS	=	(Beamteter) Staatssekretär
FrVst	=	Mitglied des engeren Fraktionsvorstandes (Vorsitzender, Stellvertretender Vorsitzender, Parlamentarischer Geschäftsführer, sowie die Vorsitzenden der Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der Fraktionen)
GrVst	=	Mitglied des engeren Gruppenvorstandes (Vorsitzender, Stellvertretender Vorsitzender, Parlamentarischer Geschäftsführer, sowie die Vorsitzenden der Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der Gruppen)
AVst	=	Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender eines Bundestagsausschusses (einschließlich eines Sonderausschusses, Untersuchungsausschusses, einer Enquete-Kommission oder eines anderen parlamentarischen Gremiums)
MdPR	=	Mitglied des Parlamentarischen Rates
WehrB	=	Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages
BTDir	=	Direktor beim Deutschen Bundestag
Bibl.	=	Hinweis auf Veröffentlichungen innerhalb der Bibliographie Parlamentsverständnis der Abgeordneten“ (Abschnitt 2.12)
Eur	=	Inhaber von Funktionen innerhalb europäischer parlamentarischer Gremien
DDR	=	Inhaber von staatlichen Ämtern und Funktionen in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR), d. h. insbesondere im Ministerrat und in der Volkskammer, bis zur „Wende“, aber auch Inhaber von Ämtern und Funktionen innerhalb der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), d. h. insbesondere Mitglieder des Zentralkomitees (ZK) und des Politbüros der SED

Auf alle sonstigen Funktionen oder Erwähnungen der betreffenden Person wird mit der Abkürzung „Sonst.“ verwiesen.

Das Personenregister umfasst auch die Personen des **Datenhandbuches 1949 – 1999**. In diesem Fall, wurde unter Verzicht auf die Seitenangabe mit dem Zeichen 49/99 auf das besagte Datenhandbuch verwiesen. Das Zeichen 94/03 verweist auf den vorliegenden Band des **Datenhandbuches 1994 – 2003**.

A

Abelein, Manfred
MdB 5.–11. WP (CDU)
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Abreß, Hubert
StS → 49/99

Achenbach, Ernst († 2. 12. 1991)
MdB 3.–7. WP (FDP)
MdEP 16. 10. 1964 – 19. 1. 1977 (FDP)
FrVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Achenbach, Klaus
StS → 49/99 · 94/03 285

Achterberg, Herwart
Sonst. → 49/99

Ackermann, Annemarie († 18. 2. 1994)
MdB 2.–3. WP, 4. WP ab 16. 1. 1965 (CDU)

Ackermann, Else
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP ab 22. 10. 1991 (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Adam, Ulrich
MdB 12.–15. WP (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 413, 437

Adam-Schwaetzer, Irmgard
siehe Schwaetzer, Irmgard

Adams, Rudi
MdB 5. WP ab 8. 12. 1966, 6.–8. WP (SPD)
MdEP 21. 1. 1970 –16. 7. 1979 (SPD)
Eur → 49/99

Addicks, Karl
MdB 15. WP ab 1. 11. 2004 (FDP)

Adelmann, Raban Graf († 25. 1. 1992)
MdB 3. WP (CDU)

Adenauer, Konrad († 19. 4. 1967)
MdB 1.–4. WP, 5. WP bis † (CDU)
BK → 49/99 · 94/03 668
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
MdPR → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Adler, Brigitte († 25. 10. 2004)
MdB 11.–14. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 462
Sonst. → 49/99

Adorno, Eduard († 28. 12. 2000)
MdB 4.–5. WP, 6. WP bis 21. 8. 1972 (CDU)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Aerssen, Jochen van († 9. 1. 1992)
MdB 8.–9. WP (CDU)
MdEP 19. 1. 1977–24. 7. 1989 (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Agartz, Viktor († 9. 12. 1964)
Sonst. → 49/99

Agatz, Willi († 29. 8. 1957)
MdB 1. WP (KPD)
Sonst. → 49/99

Agsten, Rudolf
DDR → 49/99

Ahlers, Conrad († 19. 12. 1980)
MdB 7. WP, 8. WP bis 7. 3. 1980 (SPD)
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Ahnfeld, Lutz
DDR → 49/99

Ahrendt, Lothar
DDR → 49/99

Ahrens, Adolf († 21. 1. 1957)
MdB 1. WP (DP)
Sonst. → 49/99

Ahrens (Salzgitter)**, Hermann** († 14. 7. 1975)
MdB 5. WP (SPD-Gast)
Sonst. → 49/99 · 94/03 844

Ahrens, Karl
MdB 6.–11. WP (SPD)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Aigner, Heinrich († 24. 3. 1988)
MdB 3.–8. WP (CSU)
MdEP 29. 11. 1961 bis † (CSU)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Aigner, Ilse
MdB 14.-15. WP (CSU)
FrVst → 94/03 258
Sonst. → 94/03 49, 51, 437

Akgün, Lale
MdB 15. WP (SPD)

Alber, Siegbert
MdB 6.–8. WP (CDU)
MdEP 19. 1. 1977–6.10.1997 (CDU)
Eur → 49/99

Albers, Johannes († 8. 3. 1963)
MdB 1.–2. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Albertz, Heinrich († 18. 5. 1993)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Albertz, Luise († 1. 2. 1979)
MdB 1.–5. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Albowitz, Ina
MdB 12.–13. WP, 14. WP ab 6. 6. 2000 (FDP)
FrVst → 49/99 · 94/03 163, 196, 256
AVst → 49/99 · 94/03 241
Sonst. → 49/99 · 94/03 685

Albrecht (Hamburg)**, Ernst** († 1. 12. 1991)
MdB 2. WP ab 11. 5. 1956 (CDU)
Sonst. → 49/99

Albrecht, Ernst
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99

Albrecht, Karl
Sonst. → 49/99

Albrecht, Lisa († 16. 5. 1958)
MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (SPD)

Albrecht, Michael
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Albrecht, Petra
MdVk 10. WP (PDS)

Albrecht, Susanne
Sonst. → 49/99

Alemann, Mechthild von
MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 und 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (FDP)

Alltschekow, Peter
MdB 12. WP ab 3. 8. 1994 (SPD)

Altenburg, Wolfgang
Sonst. → 49/99

Altenhain, Gustav
Sonst. → 49/99

Alten-Nordheim, Odal von († 28. 7. 2004)
MdB 6.–7. WP (CDU)

Althammer, Walter
MdB 4.–9. WP, 10. WP bis 14. 4. 1985 (CSU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Altherr, Walter Franz
MdB 12. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Altmaier, Jakob († 8. 2. 1963)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (SPD)

Altmaier, Peter
MdB 13.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 196
Eur → 94/03 570
Sonst. → 49/99

Altmann, Beate
Sonst. → 49/99

Altmann, Eckhard
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Altmann (Pommelsbrunn)**, Elisabeth**
MdB 13. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 49/99 · 94/03 312

Altmann (Aurich)**, Gila**
MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
PStS → 49/99 · 94/03 165, 196, 288, 332
Sonst. → 49/99 · 94/03 313

Altmeier, Peter († 28. 8. 1977)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Altvater, Wilhelm († 4. 2. 2001)
MdB 3. WP ab 22. 9. 1960 (SPD)

Altwein, Erich F. W.
Sonst. → 49/99

Alvaro, Alexander
siehe *Pickart Alvaro, Alexander*

Amberg, Werner
MdEP 13. 2. 1987–24. 7. 1989 (SPD)

Amelunxen, Rudolf († 21. 4. 1969)
MdB 1. WP bis 7. 10. 1949 (Z)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Amende, Andreas
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Amling, Max
MdB 7.–11. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Amrehn, Franz († 4. 10. 1981)
MdB 6.–8. WP, 9. WP bis † (CDU)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Annan, Kofi
Sonst. → 49/99 · 94/03 407

Anbuhl, Jürgen
MdB 6. WP ab 3. 11. 1970, 7. WP (SPD)

Anders, Artur († 13. 7. 1976)
MdB 4. WP ab 17. 4. 1963 (SPD)

Anders, Georg († 24. 5. 1972)
StS → 49/99

Anders, Reinhard
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Andrae, Alexander
Sonst. → 49/99

Andre, Joseph
Sonst. → 49/99

Andreae, Kerstin
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andrée, Ernst
Sonst. → 49/99

Andres, Bernhard
Sonst. → 49/99

Andres, Gerd
MdB 11.–15. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 196, 284–285
FrVst → 49/99 · 94/03 196, 265
Sonst. → 49/99 · 94/03 52

Angermeyer, Joachim († 8. 5. 1997)
MdB 8. WP (FDP)

Annies, Dieter
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (FDP)
MdVk 10. WP (FDP → Die Liberalen)
Sonst. → 49/99

Ansorge, Maria († 11. 7. 1955)
MdB 1. WP ab 17. 11. 1951 (SPD)
Sonst. → 49/99

Antretter, Robert
MdB 9.–13. WP (SPD)
AVst → 49/99
Eur → 49/99 · 94/03 801, 803
Sonst. → 49/99

Antwerpes, Franz Josef
Sonst. → 49/99

Anys, Lothar
MdVk 10. WP (DSU)

Anzinger, Rudolf
StS → 94/03 284

Apel, Hans
MdB 5.–11. WP (SPD)
MdEP 9. 12. 1965–21. 1. 1970 (SPD)
BMin → 49/99
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Apel, Wilhelm
Sonst. → 49/99

Appel, Reinhard
Sonst. → 49/99

Ardenne, Manfred von († 26. 5. 1997)
Sonst. → 49/99

Arendt (△Wattenscheid)**, Walter**
MdB 4.–8. WP (SPD)
MdEP 29. 11. 1961–21. 1. 1970 (SPD)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Aretin, Anton Freiherr von († 12. 6. 1981)
MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU)
Sonst. → 49/99

Arndgen, Josef († 20. 9. 1966)
MdB 1.–4. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Arndt (△Berlin/Köln)**, Adolf** († 13. 2. 1974)
MdB 1.–5. WP (SPD)
FrVst → 49/99

AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Arndt (Hamburg)**, Claus**
MdB 5. WP ab 4. 6. 1968, 6. WP, 7. WP ab 20. 5. 1974 (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Arndt (Berlin)**, Klaus Dieter** († 29. 1. 1974)
MdB 5.–6. WP, 7. WP bis † (SPD)
MdEP 2. 2. 1971 bis † (SPD)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Arndt, Matthias
Sonst. → 49/99

Arndt, Rudi († 14. 5. 2004)
MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (SPD)
AVst → 49/99
Eur → 49/99

Arndt-Brauer, Ingrid
MdB 14. WP ab 1. 7. 1999, 15. WP (SPD)

Arnholz, Otto († 7. 10. 1988)
MdB 1.–2. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Arnim, Hans Herbert von
Sonst. → 49/99

Arnold, Gottfried
MdB 4.–9. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Arnold, Karl († 29. 6. 1958)
MdB 3. WP bis † (CDU)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Arnold, Rainer
MdB 14.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 196, 268
Sonst. → 94/03 720

Arnold, Thea († 26. 1. 1966)
MdB 1. WP (Z; 14. 12. 1951 → FU; 9. 12. 1952 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Arnoul, Wilhelm
Sonst. → 49/99

Artzinger, Helmut († 2. 10. 1996)
MdB 4.–7. WP (CDU)
MdEP 9. 12. 1965–19. 1. 1977 (CDU)
Sonst. → 49/99

Aschoff, Albrecht († 11. 8. 1972)
MdB 4. WP (FDP)
MdEP 29. 11. 1961–16. 1. 1963 (FDP)
AVst → 49/99

Assmann, Heinz
MdB 9. WP ab 24. 2. 1983 (SPD)

Atzenroth, Karl († 18. 6. 1995)
MdB 1.–4. WP (FDP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Auch, Dieter
MdB 9. WP (SPD)

Auerbach, Walter († 23. 3. 1975)
StS → 49/99

Auernhammer, Artur
MdB 15. WP ab 29.7.2004 (CSU)

Auge, Heinrich († 21. 2. 1977)
MdB 3.–5. WP (SPD)

Augstein, Hans-Jürgen († 7. 10. 2001)
MdB 7.–8. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Augstein (Hamburg)**, Rudolf** († 7. 11. 2002)
MdB 7. WP bis 24. 1. 1973 (FDP)
Sonst. → 49/99 · 94/03 127

Augustin, Anneliese
MdB 10. WP ab 13. 1. 1984, 11. WP ab 6. 12. 1989, 12.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Augustinowitz, Jürgen
MdB 12.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 719–720

Auhagen, Hendrik
MdB 10. WP ab 17. 4. 1985 (GRÜNE)

Aumer, Hermann († 30. 5. 1955)
MdB 1. WP (BP; 8. 9. 1950 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Aurich, Eberhard
DDR → 49/99

Aust, Ernst († 25. 8. 1985)
Sonst. → 49/99

Austermann, Dietrich
MdB 9. WP ab 16. 4. 1982, 10.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 196, 262–264
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 316

Axen, Hermann († 15. 2. 1992)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Axthelm, Hans-Henning
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

B

Baack, Herbert
MdB 6.–9. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Baade, Fritz († 15. 5. 1974)
MdB 1.–4. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Baake, Rainer
StS → 49/99 · 94/03 288

Babel, Gisela
MdB 12.–13. WP (FDP)
FrVst → 49/99 · 94/03 163, 196, 268, 409
Sonst. → 49/99 · 94/03 312

Bach, Franz Josef († 3. 8.2001)
MdB 6. WP (CDU)

Bach, Robert († 10. 6. 1976)
MdB 3. WP ab 27. 10. 1959 (SPD)

Bachmaier, Hermann
MdB 10.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 196
AVst → 49/99 · 94/03 196, 460, 463
Sonst. → 49/99

Bachmann, Kurt († 13. 2. 1997)
Sonst. → 49/99

Backhaus, Till
MdVk 10. WP (SPD)

Backofen, Timo
MdVk 10. WP (DSU)
DDR → 49/99

Baden, Eberhard
Sonst. → 49/99

Baden, Manfred
StS → 49/99

Baden, Prinz Max von († 6. 11. 1929)
Sonst. → 49/99

Bading, Harri († 12. 6. 1981)
MdB 3.–5. WP (SPD)
MdEP 4. 6. 1964–21. 1. 1970 (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Badura, Peter
Sonst. → 49/99

Bärsch, Siegfried
MdB 1.–3. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Bätzing, Sabine
MdB 15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 315

Baeuchle, Hans-Joachim
MdB 6. WP (SPD)

Bäuerle, Willi († 1. 2. 1996)
MdB 4. WP ab 31. 5. 1963, 5.–7. WP (SPD)

Bäumer, Rudolf († 25. 9. 1973)
MdB 3.–4. WP (SPD)

Bahlburg, Wilhelm († 17. 2. 1958)
MdB 1. WP (DP; 7. 9. 1951 → fraktionslos; 23. 1. 1952 → DP-Gast; 4. 9. 1952 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Bahner, Dietrich
MdB 8. WP ab 12. 9. 1979, 9. WP (CDU)

Bahner, Dietrich († 11. 3. 1987)
Sonst. → 49/99

Bahr (Münster)**, Daniel**
MdB 15. WP (FDP)
Sonst. → 94/03 145

Bahr, Egon
MdB 7.–11. WP (SPD)
BMin → 49/99
StS → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Bahr (Neuruppin)**, Ernst**
MdB 13.–15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 315

Baier (△Buchen/Mosbach)**, Fritz**
MdB 2. WP ab 26. 6. 1956, 3.–7. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Baldauf, Albert († 25. 10. 1991)
MdB 3.–4. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Balke, Siegfried († 11. 6. 1984)
MdB 3.–5. WP (CSU)
BMin → 49/99
Sonst. → 49/99

Balkenhol, Bernhard († 9. 11. 2004)
MdB 3.–6. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Ballof, Walter († 7. 10. 1957)
Sonst. → 49/99

Bals, Hans († 23. 10. 2004)
MdB 2.–6. WP (SPD)

Balser, Frolinde
MdB 8. WP ab 14. 8. 1979 (SPD)

Balt, Monika
MdB 14. WP (PDS)

Baltes, Andreas († 31. 01. 2001)
MdB 5. WP ab 15. 12. 1967 (SPD)

Bamberg, Georg
MdB 9. WP ab 2. 2. 1981, 10.–11. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Bangemann, Martin
MdB 7.–8. WP, 11. WP bis 5. 1. 1989 (FDP)
MdEP 14. 2. 1973–27. 6. 1984 (FDP)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Banse, Wilhelm († 16. 4. 1965)
MdB 2. WP (SPD)

Barbe, Angelika
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12. WP (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Barche, Hermann († 28. 11. 2001)
MdB 5. WP ab 14. 4. 1967, 6.–7. WP (SPD)
Bibl. → 49/99

Bard, Sabine
MdB 10. WP bis 31. 3. 1985 (GRÜNE)
FrVst → 49/99

AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Bardens, Hans († 20. 3. 2003)
MdB 5.–9. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Bardong, Otto († 10.12.2003)
MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 und 19. 7. 1994–19.7.1999 (CDU)

Bargatzky, Walter († 4. 11. 1998)
StS → 49/99

Bargfrede, Heinz-Günter
MdB 12.–13. WP (CDU)

Baring, Arnulf
Sonst. → 49/99

Barlage, Heinrich († 18. 4. 1968)
MdB 2. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Barnett, Doris
MdB 13.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 196
AVst → 49/99 · 94/03 164, 196, 461

Barón Crespo, Enrique
Eur → 49/99

Barschel, Uwe († 11. 10. 1987)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Bartels, Albert
Sonst. → 49/99

Bartels, Hans-Peter
MdB 14.–15. WP (SPD)

Bartels, Wolfgang († 13. 12. 1975)
MdB 3. WP (CDU)

Barth, Heinrich
StS → 49/99

Barthel (Berlin)**, Eckhardt**
MdB 14.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 196, 267–268

Barthel (△Starnberg)**, Klaus**
MdB 13.–15. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 196, 459

Barthel, Lothar
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Barthle, Norbert
MdB 14. –15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 196

Bartning, Otto
Sonst. → 49/99

Bartol, Sören
MdB 15. WP (SPD)

Bartoszewski, Wladis aw
Sonst. → 49/99 · 94/03 407

Bartram, Walter († 29. 9. 1971)
MdB 1. WP ab 13. 5. 1952, 2. WP (CDU)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Bartsch, Dietmar
MdB 14. WP (PDS)

Bartsch, Holger
MdB 12. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Bartsch, René
Sonst. → 49/99

Bartsch, Willy († 9. 6. 1988)
MdB 4. WP ab 23. 10. 1963, 5.–6. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Barzel, Rainer
MdB 3.–10. WP (CDU)
BTPräs → 49/99
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Bashford, Mike
Sonst. → 49/99

Basten, Franz Peter
MdB 13. WP (CDU)

Bastian, Gert (1. 10. 1992 für † erklärt)
MdB 10. WP (GRÜNE; 10. 2. 1984 → fraktionslos; 18. 3. 1986 → GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Batz, Hans († 25. 9. 1986)
MdB 6.–8. WP (SPD)
AVst → 49/99

Batz, Richard
Sonst. → 49/99

Bauer, Gerd
MdB 13. WP ab 4. 6. 1998 (SPD)

Bauer (Würzburg)**, Hannsheinz**
MdB 2.–6. WP (SPD)
AVst → 49/99
MdPR → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Bauer, Harald
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Bauer (Wasserburg)**, Josef** († 15. 7. 1989)
MdB 2.–5. WP (CSU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Bauer, Yehuda
Sonst. → 49/99 · 94/03 449

Bauer, Reinhard
Sonst. → 49/99

Bauer, Wolf
MdB 11.–15. WP (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 145

Bauereisen, Friedrich († 14. 1. 1965)
MdB 1.–3. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Bauknecht, Bernhard († 23. 10. 1985)
MdB 1.–5. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Baum, Gerhart Rudolf
MdB 7.–12. WP (FDP)
BMin → 49/99
PStS → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Baumann, Günter
MdB 14.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 196, 264
Sonst. → 94/03 713

Baumeister, Brigitte
MdB 12.–14. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 162, 165, 196, 253
AVst → 49/99 · 94/03 241
Sonst. → 49/99 · 94/03 445

Baumgärtel, Gerhard
DDR → 49/99

Baumgarten, Paul († 9. 10. 1984)
Sonst. → 49/99

Baumgartner, Josef († 21. 1. 1964)
MdB 1. WP bis 1. 1. 1951 (BP)
Sonst. → 49/99

Baur (Württemberg)**, Georg** († 1. 4. 1975)
MdB 1. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Baur (Augsburg)**, Valentin** († 25. 6. 1971)
MdB 1.–3. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Baurichter, Kurt († 13. 9. 1974)
Sonst. → 49/99

Bausch, Paul († 1. 9. 1981)
MdB 1.–4. WP (CDU)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Bay, Hans
MdB 3. WP ab 20. 12. 1960, 6. WP (SPD)

Bayer, Alfred
StS → 49/99

Bayerl, Alfons
MdB 5. WP ab 27. 10. 1967, 6.–8. WP (SPD)
MdEP 18. 9. 1974–16. 7. 1979 (SPD)
PStS → 49/99
AVst → 49/99

Bayern, Konstantin Prinz von († 30. 7. 1969)
MdB 5. WP bis † (CSU)
Sonst. → 49/99

Bayha, Richard († 3. 11. 1993)
MdB 8.–11. WP, 12. WP bis † (CDU)

Bazille, Helmut († 5. 5. 1973)
MdB 1.–5. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Bebel, August († 13. 8. 1913)
Sonst. → 49/99

Becher, Johannes R. († 11. 10. 1958)
Sonst. → 49/99

Becher, Johannes
Sonst. → 94/03 686

Becher (Pullach)**, Walter**
MdB 5.–8. WP (CSU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Bechert (△Gau-Algesheim)**, Karl** († 2. 4. 1981)
MdB 3.–6. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Bechstein, Gunter
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Beck, Kurt
BRPräs → 94/03 725
MPräs → 49/99

Beck (Reutlingen)**, Ernst-Reinhard**
MdB 15. WP (CDU)

Beck (Bremen)**, Marieluise**
(während der 10. und 11. WP Beck-Oberdorf, Marieluise)
MdB 10. WP bis 14. 4. 1985, 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90), 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
PStS → 94/03 168, 197, 286
FrVst → 49/99 · 94/03 163, 197, 269
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 312, 314

Beck (Köln)**, Volker**
MdB 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 94/03 197, 252, 270, 410
Sonst. → 49/99 · 94/03 314, 317, 409

Beck-Oberdorf, Marieluise
siehe Beck, Marieluise

Becker (Mönchengladbach)**, Curt** († 27. 2. 1987)
MdB 3. WP, 4. WP ab 11. 6. 1964, 6.–7. WP (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Becker (Hamburg)**, Fritz** († 22. 6. 1983)
MdB 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
AVst → 49/99

Becker (Nienberge)**, Helmuth**
MdB 6.–12. WP (SPD)
VPräs → 49/99
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 838

Becker (△Pirmasens)**, Josef** († 19. 10. 1996)
MdB 1.–6. WP (CDU)

Becker (Frankfurt)**, Karl** († 3. 5. 2002)
MdB 8. WP, 9. WP ab 13. 9. 1982, 10.–11. WP (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Becker, Kurt († 10. 5. 1987)
StS → 49/99

Becker, Ludwig († 21. 7. 1973)
Sonst. → 49/99

Becker (Hersfeld)**, Max** († 29. 7. 1960)
MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (FDP)
VPräs → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Becker, Richard († 11. 4. 1969)
Sonst. → 49/99

Becker (Leipzig)**, Roland**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Becker-Inglau, Ingrid
MdB 11.–14. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 197
Sonst. → 49/99

Beckerath, Erwin von
Sonst. → 49/99

Beckmann, Hans-Joachim
MdEP 15. 8. 1988–24. 7. 1989 (SPD)

Beckmann, Klaus († 27. 5. 1994)
MdB 9.–11. WP, 12. WP bis † (FDP)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 124

Beckmann, Lukas
Sonst. → 49/99

Beckmeyer, Uwe
MdB 15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 52

Bednarsky, Kerstin
MdVk 10. WP (PDS)
Sonst. → 49/99

Beer, Angelika
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90), 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
MdEP ab 20.7.2004 (GRÜNE)
Sonst. → 49/99 · 94/03 259, 303, 313, 720–721

Beermann, Friedrich († 24. 11. 1975)
MdB 6. WP, 7. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Behm, Cornelia
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Behm, Wolfgang
Sonst. → 94/03 837

Behnisch, Günter
Sonst. → 49/99

Behrendt, Walter († 23. 7. 1997)
MdB 3.–7. WP (SPD)
MdEP 26. 1. 1967–19. 1. 1977 (SPD)
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Behrendt, Wolfgang
MdB 13.–14. WP (SPD)
Eur → 94/03 801–803

Behrisch, Arno († 16. 9. 1989)
MdB 1.–2. WP (SPD), 3. WP (SPD; 24. 2. 1961 → fraktionslos [DFU])
Sonst. → 49/99

Beil, Gerhard
DDR → 49/99

Belle, Meinrad
MdB 12.–14. WP (CDU)

Bellmann, Veronika
MdB 15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 197

Bencze, Karin
MdVk 10. WP (DFD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 → FDP [Gast])
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Benda, Ernst
MdB 3.–5. WP, 6. WP bis 8. 12. 1971 (CDU)
BMin → 49/99
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Bender, Birgitt
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 94/03 317

Bender, Reinhold F. († 11. 11. 1977)
MdB 2. WP (GB/BHE; 12. 7. 1955 → fraktionslos; 14. 7. 1955 → Gruppe Kraft/Oberländer; 15. 7. 1955 → CDU/CSU-Gast; 20. 3. 1956 → CDU/CSU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Benedix, Ursula
siehe Benedix-Engler, Ursula

Benedix-Engler, Ursula
(bis Juli 1979: Benedix, Ursula)
MdB 7.–9. WP (CDU)
AVst → 49/99

Bennemann, Franziska († 26. 8. 1986)
MdB 2.–3. WP (SPD)

Benneter, Klaus Uwe
MdB 15. WP (SPD)
AVst → 94/03 197, 514

Benthien, Bruno
DDR → 49/99

Benz, Gerold († 23. 7. 1987)
MdB 7.–8. WP (CDU)

Berberich, August († 12. 12. 1982)
MdB 3.–6. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Berben, Iris
Sonst. → 94/03 450

Berben, Oliver
Sonst. → 94/03 450

Berding, Franz
MdB 6. WP (CDU)

Berend, Rolf
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Berendsen, Fritz († 1. 10. 1974)
MdB 2. WP, 3. WP bis 15. 9. 1959, 5. WP (CDU)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Berg (△München)**, Axel**
MdB 14.–15. WP (SPD)

Berg (△Paderborn)**, Ute**
MdB 15. WP (SPD)

Berg, Hermann († 21. 10. 1982)
MdB 2. WP ab 27. 6. 1955 (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
Sonst. → 49/99

Bergemann, Günther († 1968)
StS → 49/99

Berger, Georg († 5. 1. 1967)
Sonst. → 49/99

Berger, Hans
MdB 12.–13. WP (SPD)

Berger (△Berlin)**, Lieselotte** († 26. 9. 1989)
MdB 6. WP ab 26. 8. 1971, 7.–10. WP, 11. WP bis † (CDU)
PStS → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Berger (△Lahnstein)**, Markus**
MdB 8. WP ab 25. 10. 1977, 9. WP ab 19. 6. 1981, 10. WP (CDU)

Berger (Herne)**, Ulrich** († 20. 1. 2003)
MdB 3. WP, 4. WP ab 22. 12. 1964, 5.–8. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Berger-Heise, Margarete († 27. 3. 1981)
(während der 2. WP Heise, Margarete)
MdB 2.–5. WP (SPD)

Bergerowski, Wolfram
MdB 9. WP (FDP)

Berghofer, Wolfgang
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Bergmann, Christine
BMin → 49/99 · 94/03 164, 279, 286, 299, 313, 323
Sonst. → 49/99

Bergmann, Karl († 21. 8. 1979)
MdB 1.–6. WP (SPD)
MdEP 27. 2. 1958–21. 1. 1970 (SPD)
Sonst. → 49/99

Bergmann-Pohl, Sabine
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–14. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
BMin → 49/99 · 94/03 197
PStS → 49/99 · 94/03 162, 197, 286
FrVst → 94/03 197
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Bergmeyer, Bernhard Gerhard († 2. 3. 1987)
MdB 2.–3. WP (CDU)

Bergner, Christoph
MdB 15. WP (CDU)
MPräs → 49/99 · 94/03 231

Bergstraesser, Arnold († 24. 2. 1964)
Sonst. → 49/99

Bergstraesser, Ludwig († 23. 3. 1960)
MdB 1. WP (SPD)
AVst → 49/99
MdPR → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Bergt, Günter
MdVk 10. WP (PDS)

Berkhan, Karl Wilhelm († 9. 3. 1994)
MdB 3.–6. WP, 7. WP bis 19. 3. 1975 (SPD)
MdEP 11. 11. 1959–29. 11. 1961 (SPD)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
WehrB → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 123

Berlin, August († 11. 7. 1981)
MdB 1.–6. WP (SPD)

Berners, Franz-Josef
MdB 10. WP ab 17. 1. 1986 (CDU)

Bernhardt, Otto
MdB 14.–15. WP (CDU)

Berninger, Matthias
MdB 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
PStS → 94/03 197, 230, 285
Sonst. → 49/99 · 94/03 144–145, 314

Bernrath, Hans Gottfried
MdB 9.–12. WP, 13. WP bis 31. 12. 1994 (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 197, 458
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 127, 144

Bersch, Walter
MdB 12. WP ab 22. 8. 1994 (SPD)
Sonst. → 49/99

Berschkeit, Erich († 19. 5. 2002)
MdB 9.–10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Bertele, Franz
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Bertl, Hans-Werner
MdB 13.–15. WP (SPD)

Bertram, Helmut († 27. 1. 1981)
MdB 1. WP ab 3. 11. 1949 (Z; 14. 12. 1951 → FU)
MdEP 16. 7. 1952–10. 12. 1953 (FU)
Sonst. → 49/99

Besch, Johann Christoph
MdB 8. WP ab 3. 7. 1979 (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 686

Besold, Anton († 20. 9. 1991)
MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU), 3.–5. WP (CSU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Bethmann Hollweg, Theobald von († 2. 1. 1921)
Sonst. → 49/99

Bettgenhäuser, Emil († 9. 11. 1982)
MdB 1.–3. WP (SPD)

Bettin, Grietje
MdB 14. WP ab 3. 4. 2000, 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 94/03 145, 316

Beucher, Friedhelm Julius
MdB 12.–14. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 197, 460
Sonst. → 49/99

Beuster, Willi († 9. 7. 1981)
MdB 4.–5. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Bewerunge, Karl († 26. 8. 1993)
MdB 4.–7. WP (CDU)
AVst → 49/99

Beyer (△Frankfurt)**, Lucie**
siehe Kurlbaum-Beyer, Lucie

Bickhardt, Stephan
Sonst. → 49/99

Biechele, Hermann († 15. 4. 1999)
MdB 4.–8. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Biedenkopf, Kurt H.
MdB 8. WP, 11. WP bis 9. 11. 1990 (CDU)
BRPräs → 94/03 725
MPräs → 49/99 · 94/03 230
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Biederbick, Klaus-Günther
StS → 94/03 286

Bieganowski, Anna Maria († 16. 3. 1986)
MdB 1. WP ab 21. 3. 1952 (fraktionslos [WAV]; 23. 4. 1952 → DP/DPB; 9. 12. 1952 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Biegler, Curt († 5. 4. 2000)
MdB 4. WP (SPD)

Biehle, Alfred
MdB 6.–10. WP, 11. WP bis 27. 4. 1990 (CSU)
AVst → 49/99 · 94/03 197
WehrB → 49/99 · 94/03 197, 715–716
Sonst. → 49/99

Bielig, Karl († 13. 6. 1991)
MdB 1. WP (SPD)

Bieringer, Adolf († 12. 2. 1988)
MdB 4. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Bierling, Hans-Dirk
MdB 12.–14. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Biermann, Günter († 2. 11. 1997)
MdB 4.–9. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Biernat, Hubert
Sonst. → 49/99

Bierstedt, Wolfgang
MdB 13. WP, 14. WP ab 18. 2. 2002 (PDS)

Bierwirth, Petra
MdB 14.–15. WP (SPD)

Bietmann, Rolf
MdB 15. WP (CDU)

Binder, Paul († 25. 3. 1981)
MdPR → 49/99

Bindig, Rudolf
MdB 8.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 197, 267–268
Sonst. → 49/99 · 94/03 157, 313, 315

Binding (Heidelberg)**, Lothar**
MdB 14.–15. WP (SPD)

Bingener, Ingeborg
Sonst. → 49/99

Bin Laden, Osama
Sonst. → 94/03 327

Binninger, Clemens
MdB 15. WP (CDU)

Binus, Karl-Heinz
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Birckholtz, Johannes
StS → 49/99

Birkelbach, Willi
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 30. 9. 1964 (SPD)
MdEP 16. 7. 1952–15. 6. 1964 (SPD)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Birrenbach, Kurt († 26. 12. 1987)
MdB 3.–7. WP (CDU)
MdEP 29. 10. 1957–29. 11. 1961 (CDU)
Sonst. → 49/99

Birthler, Marianne
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (GRÜNE/BÜNDNIS 90)
MdVk 10. WP (IFM → Bündnis 90/Grüne)
FrVst → 49/99
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 259, 563

Bischoff, Josef Maria
MdVk 10. WP (SPD)

Bisky, Lothar
MdVk 10. WP (PDS)
Sonst. → 49/99 · 94/03 260

Bismarck, Otto Fürst von († 24. 12. 1975)
MdB 2.–4. WP (CDU)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Bismarck, Otto von († 30. 7. 1898)
Sonst. → 49/99

Bismarck, Philipp von
MdB 6.–7. WP, 8. WP bis 6. 9. 1979 (CDU)
MdEP 21. 11. 1978–24. 7. 1989 (CDU)
Sonst. → 49/99

Bittelmann, Otto († 26. 11. 2000)
MdB 6. WP (CDU)

Bittner, Ingrid († 21. 4. 2002)
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
Sonst. → 49/99

Blachstein, Peter († 4. 10. 1977)
MdB 1.–4. WP, 5. WP bis 31. 5. 1968 (SPD)
Sonst. → 49/99

Bläss, Petra
MdB 12. WP (PDS/LL), 13.–14. WP (PDS)
VPräs → 49/99 · 94/03 166, 197, 235, 238, 413
FrVst → 49/99 · 94/03 166, 197, 270
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 313, 409

Blank, Bertram († 23. 5. 1978)
MdB 7. WP, 8. WP bis † (SPD)

Blank, Joseph-Theodor
MdB 10.–14. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 197, 253
Sonst. → 49/99

Blank (Oberhausen)**, Martin** († 11. 3. 1972)
MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
MdEP 16. 7. 1952–29. 10. 1957 (FDP → FVP → DP/FVP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Blank (△Nürnberg)**, Renate**
MdB 12.–15. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Blank (△Dortmund)**, Theodor** († 14. 5. 1972)
MdB 1.–5. WP, 6. WP bis 21. 4. 1972 (CDU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Bleek, Karl-Theodor († 1969)
StS → 49/99

Bleiß, Paul († 17. 4. 1996)
MdB 1.–4. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Blens, Heribert
MdB 10.–14. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 584–585
Sonst. → 49/99

Bleser, Peter
MdB 12.–15. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Bleyler (△Freiburg)**, Hildegard** († 6. 2. 1984)
MdB 2.–4. WP (CDU)

Bloch von Blottnitz, Undine[-Uta] († 3. 3. 2001)
(ab 1994 gen. Blottnitz, Undine von)
MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 und 19. 7. 1994–19.7.1999 (GRÜNE)

Blöcker, Hans († 15. 6. 1988)
MdB 2. WP ab 8. 11. 1954, 3.–5. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Blohm, Irma († 29. 1. 1997)
MdB 3.–5. WP (CDU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125

Blomeyer, Adolf († 5. 3. 1969)
MdPR → 49/99

Blottnitz, Undine von
siehe Bloch von Blottnitz, Undine-Uta

Blücher, Franz († 26. 3. 1959)
MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP bis 28. 2. 1958 (DP)
BMin → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Blügel, Rudolf († 7. 8. 1997)
MdB 8. WP ab 20. 7. 1979 (CDU)

Blüm, Norbert
MdB 7.–8. WP, 9. WP bis 15. 6. 1981, 10.–14. WP (CDU)
BMin → 49/99 · 94/03 197, 278, 285, 302, 312, 319, 409, 639
FrVst → 49/99 · 94/03 197
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Blume, Friedrich († 20. 5. 1979)
MdB 5. WP (SPD)

Blume, Heinz
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Blumenfeld, Erik [Bernhard] († 10. 4. 1997)
MdB 4.–8. WP (CDU)
MdEP 14. 2. 1973–24. 7. 1989 (CDU)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Blumenthal, Antje
MdB 14. WP ab 8. 11. 2001, 15. WP (CDU)

Blunck (△Uetersen)**, Lieselott [Lilo]**
MdB 9. WP ab 30. 1. 1981, 10.–13. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Blunk (Lübeck)**, Michaela**
MdB 12. WP ab 7. 8. 1992 (FDP)
Sonst. → 49/99

Bock, Lorenz († 3. 8. 1948)
MPräs → 49/99

Bock, Paul († 23. 3. 1968)
MdB 2. WP (CDU)

Bock, Thea
MdB 12. WP ab 4. 7. 1991 (SPD)

Bockelberg, Helmut von († 29. 3. 1996)
MdB 6.–7. WP (CDU)

Bocklet, Reinhold
MdEP 17. 7. 1979–24. 6. 1993 (CSU)
Eur → 49/99

Bode, Wolfgang († 1. 11. 1964)
Sonst. → 49/99

Bodelschwingh, Ernst von († 2. 4. 1993)
MdB 2.–4. WP (CDU)

Boden, Wilhelm († 18. 10. 1961)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Bodensteiner, Hans († 8. 4. 1995)
MdB 1. WP (CSU; 14. 11. 1952 → fraktionslos [GVP])
Sonst. → 49/99

Bodewig, Kurt
MdB 14.–15. WP (SPD)
BMin → 94/03 198, 280, 287, 292, 322–323
PStS → 94/03 198, 287
AVst → 94/03 464

Böck, Willibald
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Böckler, Hans († 16. 2. 1951)
Sonst. → 49/99

Böge, Reimer
MdEP ab 25. 7. 1989 (CDU)

Böger, Rolf († 17. 1. 1995)
MdB 7. WP ab 25. 1. 1973 (FDP)

Böhm (△Frankfurt)**, Franz** († 26. 9. 1977)
MdB 2.–4. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Böhm, Franz
Sonst. → 49/99

Böhm, Fritz
MdB 5.–6. WP (SPD)

Böhm (△Düsseldorf)**, Hans** († 18. 7. 1957)
MdB 1. WP, 2. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Böhm, Tatjana
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Böhm (Melsungen)**, Wilfried**
MdB 7.–12. WP (CDU)
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Böhme, Georg
MdB 4. WP (CDU)

Böhme, Günter
MdB 6. WP (CDU)

Böhme, Hans-Joachim († 11. 5. 1995)
Sonst. → 49/99

Böhme, Ibrahim [Manfred]
MdVk 10. WP bis 4. 9. 1990 (SPD)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Böhme (Freiburg)**, Rolf**
MdB 7.–8. WP, 9. WP bis 2. 12. 1982 (SPD)
PStS → 49/99
Sonst. → 49/99

Böhme (Unna)**, Ulrich** († 7. 2. 1996)
MdB 11.–12. WP, 13. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 49

Böhmer, Maria
MdB 12.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 165, 168, 198, 254–255
Sonst. → 94/03 316

Böhmer, Wolfgang
BRPräs → 94/03 725

Böhner, Franz († 8. 1. 1954)
MdB 2. WP bis † (Z; 6. 10. 1953 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Bölling, Klaus
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Böning, Eberhard († 20. 3. 1988)
StS → 49/99

Boenisch, Peter
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Bönnemann, Otto
Sonst. → 49/99

Börner, Holger
MdB 3.–6. WP, 7. WP bis 22. 10. 1976 (SPD)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
PStS → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Börner, Rainer
MdVk 10. WP (PDS)
Sonst. → 49/99

Börnsen (△Ritterhude)**, Arne**
MdB 9. WP, 11.–12. WP, 13. WP bis 6. 1. 1998 (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 198
AVst → 49/99 · 94/03 198, 459
Sonst. → 94/03 128

Börnsen (Bönstrup)**, Wolfgang**
MdB 11.–15. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Bötsch, Wolfgang
MdB 8.–15. WP (CSU)
BMin → 49/99 · 94/03 198, 278, 287, 325
FrVst → 49/99 · 94/03 198, 253–254
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 145, 157

Böttcher, Maritta
MdB 13.–14. WP (PDS)
FrVst → 94/03 167, 198, 271
Sonst. → 94/03 314

Boetticher von, Christian
MdEP 20.7.1999–19.7.2004 (CDU)

Böx, Heinrich
Sonst. → 49/99

Bogisch, Frank
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Bohl, Friedrich
MdB 9.–14. WP (CDU)
BMin → 49/99 · 94/03 198, 240, 278, 281
FrVst → 49/99 · 94/03 198
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Bohley, Bärbel
Sonst. → 49/99

Bohlsen, Wilfried
MdB 10.–12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Bohn, Jürgen
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (FDP)
MdVk 10. WP (LDP → Die Liberalen)
Sonst. → 49/99

Bollmann, Gerd Friedrich
MdB 15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 52

Bonde, Alexander
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bonitz, Sylvia
MdB 14. WP (CDU)
Sonst. → 94/03 531

Borchert, Jochen
MdB 9.–15. WP (CDU)
BMin → 49/99 · 94/03 198, 278, 285, 312, 318
FrVst → 49/99 · 94/03 198
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Borgmann, Annemarie
MdB 10. WP ab 1. 4. 1985 (GRÜNE)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99

Borm, William († 2. 9. 1987)
MdB 5.–6. WP (FDP)
MdEP 16. 12. 1970–14. 2. 1973 (FDP)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Bormann, Katharina
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Bornemann, Helmut
StS → 49/99

Boroffka, Peter († 24. 12. 1999)
MdB 9. WP ab 6. 10. 1981, 10. WP (CDU)

Borowski, Richard
Sonst. → 49/99

Bosbach, Horst
Sonst. → 49/99

Bosbach, Wolfgang
MdB 13.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 198, 254–255
Sonst. → 94/03 315

Bote, Albert
Sonst. → 49/99

Bothmer, Lenelotte von († 19. 6. 1997)
MdB 6.–8. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99

Botz, Gerhard
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
MdEP 19. 7. 1994–19.7.1999 (SPD)
Sonst. → 49/99

Bourdin, Paul († 24. 10. 1955)
Sonst. → 49/99

Boysen, Georg-Wilhelm
Sonst. → 49/99

Braband, Jutta
MdB 12. WP bis 2. 5. 1992 (PDS/LL)
Sonst. → 49/99

Bracher, Karl Dietrich
Sonst. → 49/99

Brähmig, Klaus
MdB 12.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 198, 262–264
Sonst. → 49/99 · 94/03 47

Bräutigam, Hans-Otto
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Brahmst-Rock, Helga
siehe Rock, Helga

Brand, Hans-Jürgen
MdEP ab 16. 11. 1993–18.7.1994 (CSU)

Brand (Pinneberg)**, Hans-Ulrich**
MdB 6. WP bis 3. 11. 1970 (SPD)

Brand, Heinrich († 28. 1. 1971)
Sonst. → 49/99

Brand (^Remscheid)**, Peter Wilhelm** († 1. 8. 1978)
MdB 2.–5. WP (CDU)
FrVst → 49/99

AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Brand, Werner
Sonst. → 49/99

Brandes, Bruno († 21. 6. 1985)
MdB 6. WP bis 29. 10. 1969 (CDU)
Sonst. → 49/99

Brandes, Dieter
Sonst. → 49/99

Brandner, Klaus
MdB 14.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 198, 266–267
Sonst. → 94/03 316

Brandt, Christoph
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Brandt (Grolsheim)**, Hugo** († 12. 9. 1989)
MdB 6.–9. WP (SPD)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Brandt (△Berlin)**, Willy** († 8. 10. 1992)
MdB 1.–2. WP, 4. WP bis 27. 12. 1961, 6.–11. WP, 12. WP bis † (SPD)
MdEP 17. 7. 1979–1. 3. 1983 (SPD)
BRPräs → 49/99
BK → 49/99 · 94/03 326
BMin → 49/99
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 633

Brandt-Elsweier, Anni
MdB 12.–14. WP (SPD)
FrVst → 94/03 164, 198, 266
AVst → 49/99
Sonst. → 94/03 144

Brase, Willi
MdB 14.–15. WP (SPD)

Brauer, Hans-Jochim
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

Brauer, Max († 2. 2. 1973)
MdB 4. WP (SPD)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Brauksiepe, Aenne († 1. 1. 1997)
MdB 1.–6. WP (CDU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125, 451

Brauksiepe, Ralf
MdB 14.–15. WP (CDU)

Braun, Gerhard
MdB 7.–10. WP (CDU)
FrVst → 49/99

Braun, Helge
MdB 15. WP (CDU)

Braun (Augsburg)**, Hildebrecht**
MdB 13.–14. WP (FDP)
Sonst. → 94/03 720–721

Braun, Josef († 17. 7. 1966)
MdB 4. WP, 5. WP bis † (SPD)

Braun, Josef († 31. 7. 1955)
Sonst. → 49/99

Braun (Auerbach)**, Rudolf**
MdB 13. WP (CDU)

Braun, Sigismund Frhr. von († 13. 7. 1998)
StS → 49/99

Braun, Wolfgang F.
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Braun-Moser, Ursula
MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 und 15. 1. 1990–18. 7. 1994 (CDU)

Braun-Stützer, Carola von
MdB 9. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Braune, Tilo
MdB 13. WP (SPD)
StS → 94/03 287

Braunfels, Stephan
Sonst. → 49/99 · 94/03 749, 753

Braunschweig, Herzog Ernst August von († 30. 1. 1953)
Sonst. → 49/99

Brecht, Eberhard
MdB 12.–13. WP, 14. WP bis 30. 6.2001 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 129, 249

Brecht, Julius († 10. 7. 1962)
MdB 3. WP, 4. WP bis † (SPD)
AVst → 49/99

Bredehorn, Günther
MdB 9.–13. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Bredl, Wenzel († 17. 9. 2003)
MdB 6.–7. WP (SPD)

Breidbach, Ferdinand
MdB 6.–8. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Breit, Ernst
Sonst. → 49/99

Bremer, Rolf († 5. 5. 1991)
MdB 5.–7. WP (CDU)

Bremm, Klaus
MdB 6.–7. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Brenck, Heinz († 14. 10. 1983)
MdB 4.–5. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Brenner, Josef († 3. 5. 1967)
MdB 2. WP ab 5. 5. 1957 (CDU)

Brentano, Heinrich von († 14. 11. 1964)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)
MdEP 16. 7. 1952–1. 7. 1955 (CDU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99

MdPR → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Breschnew, Leonid († 10. 11. 1982)
Sonst. → 49/99

Brese, Wilhelm († 9. 3. 1994)
MdB 1.–5. WP (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Breuer, Paul
MdB 9.–15. WP bis 27. 6. 2003 (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 198, 261–263
Sonst. → 49/99 · 94/03 719–720

Breyer, Franz Josef
Sonst. → 49/99

Breyer, Hiltrud
MdEP ab 25. 7. 1989 (GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Brick, Thomas
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Brie, Andreas
MdEP ab 20.7.1999 (PDS)

Briefs, Ulrich
MdB 11. WP (GRÜNE; ab 1. 10. 1990 → fraktionslos), 12. WP (PDS/LL; ab 19. 12. 1991 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Brill, Hermann Louis († 22. 6. 1959)
MdB 1. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Brinckmeier, Jürgen Georg († 28. 11. 1984)
MdEP 24. 7. 1984 bis † (SPD)

Brinkmann (Hildesheim)**, Bernhard**
MdB 14.–15. WP (SPD)

Brinkmann (Detmold)**, Rainer**
MdB 14. WP (SPD)

Brinkmeier, Burghardt
Sonst. → 49/99

Brinksmeier, Dankward
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99

Brochnow, Jörg
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Brockmann (Rinkerode)**, Johannes** († 14. 12. 1975)
MdB 2. WP (Z; 6. 10. 1953 → fraktionslos)
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Brökelschen, Else († 22. 10. 1976)
MdB 1.–3. WP (CDU)
Bibl. → 49/99

Brönner, Josef († 21. 1. 1958)
MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (CDU)
Sonst. → 49/99

Brösdorf, Bernd
MdVk 10. WP (SPD)

Brok, Elmar
MdEP ab 17. 6. 1980 (CDU)
Eur → 94/03 818

Broll, Werner
MdB 8.–10. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99

Bromme, Paul († 2. 2. 1975)
MdB 1. WP (SPD)

Brookmann (△Kiel)**, Walter** († 31. 8. 1957)
MdB 1. WP, 2. WP bis † (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Brosi, Gerhard († 3. 4. 1984)
MdB 10. WP bis † (SPD)

Bruckmann, Hans-Günter
MdB 14.–15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 50

Brudlewsky, Monika
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–14. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Brück (△Holz)**, Alwin**
MdB 5.–11. WP (SPD)
PStS → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Brück (△Köln)**, Valentin** († 20. 7. 1980)
MdB 2. WP bis 17. 9. 1957, 3.–5. WP, 6. WP ab 14. 8. 1970 (CDU)

Brückner, Christoph
DDR → 49/99

Brüderle, Rainer
MdB 14.–15. WP (FDP)
FrVst → 49/99 · 94/03 198, 256, 269
Sonst. → 94/03 12, 132, 313, 316

Brühler, Ernst-Christoph († 30. 8. 1961)
MdB 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
FrVst → 49/99

Brünen, Eberhard († 30. 10. 1980)
MdB 1. WP, 4.–6. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Brüning, Heinrich († 30. 3. 1970)
Sonst. → 49/99

Brüning, Monika
MdB 15. WP (CDU)

Brüns, Johannes († 7. 5. 1965)
MdB 3. WP ab 26. 10. 1959 bis 28. 11. 1960 (CDU)

Bruijn, Pi de
Sonst. → 49/99 · 94/03 750

Brunkhorst, Angelika
MdB 15. WP ab 21. 3. 2003 (FDP)

Brunner, Guido († 2. 12. 1997)
MdB 9. WP bis 28. 1. 1981 (FDP)
Sonst. → 49/99

Brunner, Josef Adalbert
MdB 9.–10. WP, 11. WP ab 5. 5. 1990 (CSU)
Sonst. → 49/99

Brunner, Karl († 13. 11. 1951)
MdB 1. WP bis † (SPD)
AVst → 49/99

Brunner, Manfred
Sonst. → 49/99

Brunnhuber, Georg
MdB 12.–15. WP (CDU)

Brunnstein, Klaus
MdB 9. WP ab 11. 2. 1983 (FDP)
Sonst. → 49/99

Bruse, August († 27. 8. 1984)
MdB 2.–3. WP, 4. WP ab 16. 7. 1962 (SPD)

Brusis, Ilse
Sonst. → 49/99

Bryde, Brun-Otto
Sonst. → 49/99

Bucerius, Gerd († 29. 9. 1995)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 22. 3. 1962 (CDU)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 124

Bucher, Ewald († 31. 10. 1991)
MdB 2.–5. WP (FDP)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Buchka, Karl von († 11. 2. 1960)
MdB 2. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Buchmann, Albert
Sonst. → 49/99

Buchstaller, Werner († 19. 10. 1989)
MdB 4.–8. WP (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Buck, Manfred
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Buckpesch, Walter
MdB 10. WP (SPD)

Budde, Heinz († 14. 9. 1991)
MdB 5. WP (CDU)

Budig, Peter-Klaus
DDR → 49/99

Bueb, Eberhard
MdB 10. WP ab 1. 4. 1985 (GRÜNE)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Büchler (Ebersbach/Hof)**, Hans**
MdB 6. WP ab 9. 12. 1971, 7.–12. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Büchner (Speyer)**, Peter**
MdB 6. WP ab 12. 10. 1971, 7.–11. WP, 12. WP ab 10. 6. 1991 (SPD)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Bücker, Joseph († 16. 5. 2001)
BTDir → 49/99

Bühler, Karl August († 7. 1. 1984)
MdB 3.–5. WP (CDU)
AVst → 49/99

Bühler (Bruchsal)**, Klaus**
MdB 8.–14. WP (CDU)
AVst → 49/99
Eur → 49/99 · 94/03 801, 803
Sonst. → 49/99

Bühling, Reinhard
MdB 5.–8. WP, 9. WP ab 6. 7. 1981 (SPD)

Bülow, Andreas von
MdB 6.–12. WP (SPD)
BMin → 49/99
PStS → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Bülow, Arthur († 4. 5. 1988)
StS → 49/99

Bülow, Bernhard Fürst von († 28. 10. 1929)
Sonst. → 49/99

Bülow, Marco
MdB 15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 52

Bünger, Klaus
StS → 49/99 · 94/03 284

Bürger, Willi
Sonst. → 49/99

Bürkel, Dietrich († 25. 12. 1986)
MdB 2. WP (CDU)

Bürsch, Michael
MdB 13. WP ab 17. 6. 1997, 14–15. WP (SPD)
AVst → 94/03 198, 530

Bütikofer, Reinhard
Sonst. → 49/99 · 94/03 259, 303

Büttner, Fritz († 29. 10. 1983)
MdB 3.–5. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Büttner (Ingolstadt)**, Hans** († 18. 9. 2004)
MdB 12.–15. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Büttner (Schönebeck)**, Hartmut**
MdB 12.–15. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 458, 460, 463
Sonst. → 49/99

Bugl, Josef
MdB 9.–10. WP (CDU)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Bulla, Gisela
Sonst. → 49/99

Bulling-Schröter, Eva [-Maria]
MdB 13.–14. WP (PDS)
FrVst → 94/03 167, 198, 271, 410
Sonst. → 49/99 · 94/03 409, 712

Bullmann, Udo
MdEP ab 20.7.1999 (SPD)

Bulmahn, Edelgard
MdB 11.–15. WP (SPD)
BMin → 49/99 · 94/03 164, 167, 199, 280, 288, 314, 316
FrVst → 49/99 · 94/03 162, 199, 265
AVst → 49/99 · 94/03 161, 459
Sonst. → 49/99 · 94/03 52

Bungartz, Everhard († 19. 1. 1984)
Sonst. → 49/99

Buntenbach, Annelie
MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 94/03 313, 327, 329, 712–713

Burchardt, Ulla [Ursula]
MdB 12.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 164, 199, 266
AVst → 49/99 · 94/03 462, 464
Sonst. → 49/99 · 94/03 50, 52

Burckardt, Richard († 14. 11. 1981)
MdB 4. WP (FDP)
AVst → 49/99

Burgbacher, Ernst
MdB 14.–15. WP (FDP)
FrVst → 94/03 199, 256

Burgbacher, Fritz († 29. 7. 1978)
MdB 3.–7. WP (CDU)
MdEP 27. 2. 1958–19. 1. 1977 (CDU)
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Burgemeister, Alfred († 23. 4. 1970)
MdB 2.–5. WP, 6. WP bis † (CDU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Burger, Albert († 10. 10. 1981)
MdB 5.–8. WP, 9. WP bis † (CDU)
Sonst. → 49/99

Burghartz, Arnold († 25. 6. 1963)
Sonst. → 49/99

Burgmann, Dieter
MdB 10. WP bis 15. 3. 1985 (GRÜNE)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Burhenne, Wolfgang E.
Sonst. → 49/99

Bursche, Herbert
Sonst. → 49/99

Bury, Hans Martin
MdB 12.–15. WP (SPD)
PStS → 94/03 199, 240, 282–283
FrVst → 49/99 · 94/03 199, 265–266
Sonst. → 49/99 · 94/03 144

Busch, Arthur H. († 7. 5. 1982)
MdB 4. WP ab 26. 1. 1962 (SPD)

Busch, Hans († 1972)
StS → 49/99

Buschbom, Helmut
MdB 9. WP ab 16. 6. 1981, 10.–11. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Buschfort, Hermann († 13. 9. 2003)
MdB 5.–11. WP (SPD)
PStS → 49/99
Sonst. → 49/99

Bush, George
Sonst. → 49/99

Bush, George W.
Sonst. → 49/99 · 94/03 407, 648

Busmann, Peter
Sonst. → 49/99 · 94/03 750

Busse, Friedhelm
Sonst. → 49/99

Busse (△Herford)**, Hermann** († 27. 1. 1970)
MdB 4.–5. WP (FDP)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Bußmann, Bernhard
MdB 6.–8. WP (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Butalikakis, Verena
MdB 15. WP (CDU)

Butscher, Johannes
Sonst. → 49/99

Butz, Wolfgang († 10. 5. 1971)
Sonst. → 49/99

Buwitt, Dankward
MdB 12.–14. WP (CDU)
AVst → 49/99

C

Caesar, Cajus Julius
MdB 14.–15. WP (CDU)

Caffier, Lorenz
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Cahn-Garnier, Fritz († 8. 6. 1949)
Sonst. → 49/99

Calatrava, Santiago
Sonst. → 49/99 · 94/03 750

Campe, Carl von († 8. 9. 1977)
MdB 1. WP ab 23. 1. 1950 bis 8. 1. 1952 (DP)
Sonst. → 49/99

Campenhausen, Johannes Freiherr von
Sonst. → 49/99

Cantzler, Roland
MdB 6. WP ab 7. 6. 1972 (CSU)

Carl, Karl-Heinz
StS → 49/99

Carstens (Fehmarn)**, Karl** († 30. 5. 1992)
MdB 7. WP, 8. WP bis 29. 6. 1979 (CDU)
BPräs → 49/99
BTPräs → 49/99
StS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Carstens (Emstek)**, Manfred**
MdB 7.–15. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 199, 283, 287
FrVst → 49/99 · 94/03 199
AVst → 94/03 199, 463
Sonst. → 49/99 · 94/03 47, 49, 51, 156–157

Carstensen (Nordstrand)**, Peter H[arry]**
MdB 10.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 199, 263
AVst → 49/99 · 94/03 199, 458, 461
Sonst. → 49/99 · 94/03 314, 317

Cartellieri, Wolfgang († 6. 7. 1969)
StS → 49/99

Caspary, Daniel
MdEP ab 20.7.2004 (CDU)

Caspers, Johannes († 20. 9. 1986)
MdB 2.–3. WP (CDU)

Caspers-Merk, Marion
MdB 12.–15. WP (SPD)
PStS → 94/03 167, 199, 286
FrVst → 94/03 199
AVst → 49/99 · 94/03 162, 199, 228–229, 525
Sonst. → 49/99 · 94/03 549

Catenhusen, Wolf-Michael
MdB 9.–14. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 199, 288
FrVst → 49/99 · 94/03 199, 257
AVst → 49/99 · 94/03 199
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Ceyhun, Ozan
MdEP 23.11.1998–19.7.2004 (GRÜNE)

Chapeaurouge, Paul de († 5. 10. 1952)
MdPR → 49/99

Chatzimarkakis, Georgios
MdEP ab 20.7.2004 (FDP)

Chirac, Jaques
Sonst. → 49/99 · 94/03 407

Chory, Werner († 24. 8. 1991)
StS → 49/99

Christ, Herbert
MdB 7. WP (FDP)

Christann, Monika
Sonst. → 49/99

Christo
siehe Javacheff, Christo

Chrobog, Jürgen
StS → 94/03 282–283

Cillien, Adolf († 29. 4. 1960)
MdB 2. WP, 3. WP bis † (CDU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Claus, Roland
MdB 14. WP (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
FrVst → 49/99 · 94/03 199, 256, 260, 329, 410

Clausen, Hermann († 12. 4. 1962)
MdB 1. WP (fraktionslos [SSW]; 23. 1. 1952 → FU-Gast; 3. 7. 1953 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Claussen, Wilhelm († 4. 4. 1980)
StS → 49/99

Clay, Lucius D. († 16. 4. 1978)
Sonst. → 49/99

Clemens, Joachim
MdB 9.–12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Clemens, Martin
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Clement, Wolfgang
BMin → 94/03 230, 281, 284, 299, 316
MPräs → 49/99 · 94/03 230
Sonst. → 49/99

Cohn-Bendit, Daniel
MdEP 19. 7. 1994–19.7.1999 und ab 20.7.2004 (GRÜNE)

Collet, Hugo († 19. 12. 1993)
MdB 5.–10. WP (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Confurius, Hans-Willem
Sonst. → 49/99

Connemann, Gitta
MdB 15. WP (CDU)

Conrad (Riegelsberg)**, Franz Josef** († 12. 9. 1985)
MdB 8.–9. WP, 10. WP bis † (CDU)

Conrad, Kurt († 16. 7. 1982)
MdB 3. WP bis 20. 7. 1959 (SPD)
MdEP 29. 10. 1957–25. 2. 1959 (SPD)
Sonst. → 49/99

Conrad, Margit
MdB 11. WP bis 31. 5. 1990 (SPD)
Sonst. → 49/99

Conradi, Peter
MdB 7.–13. WP (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 156

Conring, Hermann († 9. 2. 1989)
MdB 2.–5. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Conze, Werner († 28. 4. 1986)
Sonst. → 49/99

Coppik, Manfred
MdB 7.–8. WP (SPD), 9. WP (SPD; 27. 1. 1982 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Corterier, Fritz († 27. 4. 1991)
MdB 2.–5. WP (SPD)
MdEP 4. 10. 1967–21. 1. 1970 (SPD)
Sonst. → 49/99

Corterier, Peter
MdB 6.–9. WP, 10. WP ab 13. 6. 1984 (SPD)
MdEP 14. 2. 1973–19. 1. 1977 (SPD)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Cramer, Johann († 14. 1. 1987)
MdB 1. WP, 3.–6. WP (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Cramer, Michael
MdEP ab 20.7.2004 (GRÜNE)

Cramm, Wilhelm-Ernst von
Sonst. → 49/99

Cramon Daiber, Birgit
MdEP 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (GRÜNE)

Cremer, Sir William Randal († 1908)
Sonst. → 49/99 · 94/03 824

Creter, Klaus-Peter
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Cronenberg (△ Arnsberg)**, Dieter-Julius**
MdB 8.–12. WP (FDP)
VPräs → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Cullen, Michael S.
Sonst. → 49/99

Curdt, Lothar
MdB 8.–10. WP (SPD)
AVst → 49/99

Czaja, Herbert († 18. 4. 1997)
MdB 2.–11. WP (CDU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125

Czasche, Hedda
siehe Meseke, Hedda

Czasche-Meseke, Hedda
siehe Meseke, Hedda

Czempiel, Christa
MdB 8. WP ab 22. 1. 1979, 10. WP bis 5. 7. 1984 (SPD)
Sonst. → 49/99

Czermak, Fritz († 9. 4. 1966)
MdB 2. WP (GB/BHE; 14. 7. 1955 → FDP)
Sonst. → 49/99

D

Däke, Karl Heinz
Sonst. → 49/99

Däubler-Gmelin, Herta
MdB 7.–15. WP (SPD)
BMin → 49/99 · 94/03 164, 199, 279, 283, 314, 322
FrVst → 49/99 · 94/03 161, 199, 265
AVst → 49/99 · 94/03 167, 199, 464
Sonst. → 49/99 · 94/03 156–157, 311

Dahlgrün, Rolf († 19. 12. 1969)
MdB 3.–5. WP (FDP)
BMin → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Dahlhaus, Renate
Sonst. → 49/99

Dahrendorf, Gustav († 13. 10. 1954)
Sonst. → 49/99

Dahrendorf, Ralf
MdB 6. WP bis 25. 8. 1970 (FDP)
PStS → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Dallmeyer, Harm († 11. 4. 1983)
MdB 9. WP, 10. WP bis † (CDU)

Damm, Carl († 8. 12. 1993)
MdB 5.–8. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Damus, Renate († 18. 10. 1992)
Sonst. → 49/99

Danckert, Peter Wilhelm
MdB 14.–15. WP (SPD)
AVst. → 49/99 · 94/03 463

Daniels (△Bonn)**, Hans**
MdB 10.–11. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Daniels, Wilhelm († 4. 5. 1977)
Sonst. → 49/99

Daniels (Regensburg)**, Wolfgang**
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
Sonst. → 49/99

Dankert, Piet
Eur → 49/99

Dann, Heidemarie
MdB 10. WP ab 2. 3. 1985 (GRÜNE)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Dannebom, Otto († 5. 11. 1975)
MdB 1.–2. WP (SPD)

Dannemann, Robert († 28. 9. 1965)
MdB 1. WP, 2. WP bis 1. 7. 1955 (FDP)
Sonst. → 49/99

Danz, Werner († 18. 3. 1999)
MdB 4. WP (FDP)

Dasch, Valentin († 2. 8. 1981)
MdB 6. WP bis 15. 9. 1972 (CSU)
Sonst. → 49/99

Daub, Helga
MdB 15. WP (FDP)

Daubertshäuser, Klaus
MdB 8.–12. WP (SPD)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Daum, Robert († 6. 5. 1962)
MdB 2. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Dautzenberg, Leo
MdB 15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 199

Daweke, Klaus
MdB 8.–11. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Decker, Albert
Sonst. → 49/99

Decker, Hugo († 2. 10. 1985)
MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Deckert, Günter
Sonst. → 49/99

Degener, Johannes († 13. 2. 1959)
MdB 1. WP bis 31. 12. 1951 (CDU)
Sonst. → 49/99

Degenhart, Christoph
Sonst. → 49/99

Degkwitz, Rudolf
Sonst. → 49/99

Degner, Karsten
MdVk 10. WP (DSU)
DDR → 49/99

Dehler, Thomas († 21. 7. 1967)
MdB 1.–4. WP, 5. WP bis † (FDP)
VPräs → 49/99
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
MdPR → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Dehm-Desoi, Diether
MdB 12. WP ab 16. 8. 1994 (SPD)

Dehnel, Wolfgang
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–14. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99 · 94/03 48, 712, 719

Dehnkamp, Willy († 12. 11. 1985)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Dehousse, Fernand
Sonst. → 49/99

Deichmann, Christel
MdB 13.–14. WP (SPD)
FrVst → 94/03 199
Sonst. → 49/99 · 94/03 712

Deist, Heinrich († 7. 3. 1964)
MdB 2.–3. WP, 4. WP bis † (SPD)
MdEP 10. 12. 1953 bis † (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Deittert, Hubert
MdB 13.–15. WP (CDU)
Sonst. → 94/03 712–713

Delden, Rembert van († 5. 2. 1999)
MdB 4.–7. WP (CDU)

Delors, Jaques
Sonst. → 94/03 451

Deligöz, Ekin
MdB 14. –15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 94/03 165, 168, 199, 228, 252
Sonst. → 94/03 145, 314, 316

Delorme, Karl
MdB 10. WP (SPD)

Demba, Judith
Sonst. → 49/99

Demloff, Jürgen
MdVk 10. WP (PDS)

Demmelmeier, Hans († 5. 9. 1973)
MdB 2.–3. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Dempwolf, Gertrud
MdB 10. WP ab 22. 3. 1984, 11.–13. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 162, 199, 286
Sonst. → 49/99

Deneke, J. F. Volrad
MdB 4. WP ab 26. 7. 1963 (FDP)

Deneke, Marlies
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
Sonst. → 49/99

Dengler, Fritz
Sonst. → 49/99

Denninger, Erhard
Sonst. → 49/99 · 94/03 591

Deres, Karl
MdB 9.–12. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Deringer, Arved
MdB 3.–5. WP (CDU)
MdEP 27. 2. 1958–21. 1. 1970 (CDU)
Eur → 49/99

Deß, Albert
MdB 12.–15. WP bis 19.7.2004 (CSU)
MdEP ab 20.7.2004 (CSU)
FrVst → 94/03 199
Sonst. → 49/99

Determann, Gregor († 14. 1. 1993)
MdB 1. WP (Z; 14. 12. 1951 → FU)
Sonst. → 49/99

Detjen, Jörg
Sonst. → 49/99

Dewald, Georg († 11. 11. 1970)
MdB 2.–3. WP (SPD)

Dewitz, Gerhard
MdB 11. WP ab 20. 2. 1990 (CDU)
Sonst. → 49/99

Dichgans, Hans († 21. 3. 1980)
MdB 4.–6. WP (CDU)
MdEP 29. 11. 1961–21. 1. 1970 (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Dickel, Friedrich († 23. 10. 1993)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Diebäcker, Hermann († 16. 4. 1982)
MdB 3.–5. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Dieckmann, Bärbel
Sonst. → 49/99

Dieckmann, Johannes († 22. 2. 1969)
DDR → 49/99

Diederich (Berlin)**, Nils**
MdB 8.–10. WP, 11. WP ab 12. 5. 1989, 12. WP (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Diederich, Peter
DDR → 49/99

Diederichs, Georg († 19. 6. 1983)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Diedrichsen, Karl († 9. 7. 1959)
MdB 2. WP (CDU)

Diehl, Günter († 25. 8. 1999)
StS → 49/99

Diekmann, Bruno († 11. 1. 1982)
MdB 2.–5. WP (SPD)
MPräs → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Diel (^Horressen)**, Anton** († 6. 4. 1959)
MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (SPD)

Diel (Burg Leyen)**, Jakob** († 26. 12. 1969)
MdB 3. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Diemer-Nicolaus, Emmy
MdB 3.–6. WP (FDP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Diemers, Renate
MdB 12.–14. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Diepgen, Eberhard
MdB 9. WP bis 3. 2. 1981 (CDU)
MPräs → 49/99 · 94/03 750
Sonst. → 49/99

Dierich, Peter
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Diestel, Peter Michael
MdVk 10. WP (DSU; Juli 1990 → fraktionslos; August 1990 → CDU/DA)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Dietert-Scheuer, Amke
MdB 13. WP, 14. WP ab 5. 2. 2002 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 49/99 · 94/03 712

Dietrich, Frank
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Dietz, Maria († 12. 4. 1980)
MdB 1.–2. WP (CDU)

Dietzel, Wilhelm
MdB 13. WP, 14. WP bis 12. 4. 1999 (CDU)
Sonst. → 94/03 128, 132

Diller, Karl
MdB 11.–15. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 200, 284
FrVst → 49/99 · 94/03 200, 265
Sonst. → 49/99

Dirscherl, Hans († 16. 4. 1962)
MdB 1. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Ditfurth, Jutta
Sonst. → 49/99

Dittrich, Stefan († 5. 2. 1988)
MdB 2.–6. WP (CSU)
MdEP 9. 12. 1965–14. 2. 1973 (CSU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Dobbert, Alfred († 1975)
Sonst. → 49/99

Dobberthien, Marliese
MdB 11. WP ab 1. 7. 1987 bis 29. 8. 1988, 12.–13. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Dobrindt, Alexander
MdB 15. WP (CSU)
Sonst. → 94/03 51

Döhring (^Stuttgart)**, Clara** († 7. 6. 1987)
MdB 1.–4. WP (SPD)

Dönitz, Karl († 24. 12. 1980)
Sonst. → 49/99

Dörfler, Ernst
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (GRÜNE/BÜNDNIS 90)
MdVk 10. WP (GP → Bündnis 90/Grüne)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Dörflinger, Thomas
MdB 14.–15. WP (CDU)

Dörflinger, Werner
MdB 9.–13. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 200, 459
Sonst. → 49/99

Döring (Düsseldorf)**, Wolfgang** († 17. 1. 1963)
MdB 3. WP, 4. WP bis † (FDP)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Dörinkel, Wolfram († 26. 11. 1975)
MdB 4. WP (FDP)

Dörmann, Martin
MdB 15. WP (SPD)

Dörr, Burkhard
MdVk 10. WP (LDP → Die Liberalen)

Dött, Marie-Luise
MdB 14.–15. WP (CDU)
AVst → 94/03 530

Dohmann, Friedhelm († 20. 2. 1970)
MdB 6. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Dohnanyi, Klaus von
MdB 6.–8. WP, 9. WP bis 26. 6. 1981 (SPD)
BMin → 49/99
MPräs → 49/99
PStS → 49/99
StS → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 449

Dolata, Werner
MdB 9. WP ab 16. 6. 1981, 10. WP (CDU)

Dollinger, Werner
MdB 2.–11. WP (CSU)
MdEP 3. 5. 1956–19. 3. 1958 (CSU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Dominke, Vera
MdB 15. WP (CDU)

Domke, Klaus
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Donaubauer, Bernd
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99

Donhauser, Anton († 10. 2. 1987)
MdB 1. WP (BP; 8. 9. 1950 → fraktionslos; 17. 9. 1952 → CDU/CSU), 2. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Dopatka, Wilhelm († 23. 7. 1979)
MdB 2. WP ab 21. 11. 1955, 3.–4. WP (SPD)

Doppmeier, Hubert († 8. 3. 1992)
MdB 12. WP bis † (CDU)

Dorendorf, Hans-Georg
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Dorias, Hans-Wolf
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Dorls, Fritz († 25. 1. 1995)
MdB 1. WP bis 23. 10. 1952 (Mandatsverlust) (DRP/NR; 2. 10. 1949 → fraktionslos; 27. 4. 1950 → fraktionslos [SRP]; 13. 12. 1950 → WAV-Gast; 17. 1. 1951 → WAV; 26. 9. 1951 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Dorn, Hubert
Sonst. → 49/99

Dorn, Wolfram
MdB 4.–6. WP (FDP)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Dortans, Hermann († 8. 8. 1976)
MdB 5. WP ab 30. 6. 1969 (SPD)

Doss, Hansjürgen
MdB 9. WP ab 20. 7. 1981, 10.–14. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 200, 253–254

Dott, Manfred
MdVk 10. WP (DSU)
DDR → 49/99

Douffet, Heinrich
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Dowidat, Otto († 4. 7. 1975)
MdB 3. WP (FDP)

Drabiniok, Dieter
MdB 10. WP bis 31. 3. 1985 (GRÜNE)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Drachsler, Hans († 18. 10. 1996)
MdB 3.–4. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Dräger, Heidrun
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Draeger, Heinrich († 6. 4. 1991)
MdB 3.–6. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Drake, Heinrich († 12. 6. 1970)
MPräs → 49/99

Drasch, Rudolf
Sonst. → 49/99

Drechsel, Walter († 20. 12. 1977)
MdB 2. WP (FDP)

Dregger, Alfred († 29. 6. 2002)
MdB 7.–13. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 200
Sonst. → 49/99 · 94/03 47, 127, 144, 156, 311

Drenkmann, Günter von († 10. 11. 1974)
Sonst. → 49/99

Dresbach, August († 4. 10. 1968)
MdB 1.–4. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Dreßen, Peter
MdB 13.–15. WP (SPD)

Dreßler, Rudolf
MdB 9.–13. WP, 14. WP bis 31. 8. 2000 (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 200
FrVst → 49/99 · 94/03 200, 257
Sonst. → 49/99 · 94/03 128, 137, 312–313, 462

Dreyer, Nicolaus († 13. 8. 2003)
MdB 7.–8. WP (CDU)

Drobinski-Weiß, Elvira
MdB 15. WP ab 18. 5. 2004 (SPD)

Dröscher, Wilhelm († 18. 11. 1977)
MdB 3.–5. WP, 6. WP bis 12. 10. 1971 (SPD)
MdEP 9. 12. 1965–12. 10. 1971 (SPD)
Sonst. → 49/99

Duchac, Josef
MPräs → 49/99
AVst → 49/99

Duckwitz, Georg Ferdinand († 16. 2. 1973)
StS → 49/99

Dübber, Ulrich († 8. 5. 1985)
MdB 6. WP ab 16. 7. 1971, 7.–9. WP (SPD)
Bibl. → 49/99

Dückert, Thea
MdB 14.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 94/03 166, 168, 200, 270, 410
Sonst. → 94/03 313, 316

Dümpe-Krüger, Jutta
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dürig, Günter († 22. 11. 1996)
Sonst. → 49/99

Dürr, Hermann († 9. 2. 2003)
MdB 3.–4. WP (FDP), 6.–8. WP (SPD)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Duin,Garrelt
MdEP ab 2.10.2000 (SPD)

Dufhues, Josef Hermann († 26. 3. 1971)
Sonst. → 49/99

Dutschke, Rudi († 24. 12. 1979)
Sonst. → 49/99

Duve, Freimut
MdB 9.–13. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99 · 94/03 824
Sonst. → 49/99

Duwe, Kurt
Sonst. → 49/99

Dzembritzki, Detlef
MdB 14.–15. WP (SPD)
AVst → 94/03 464

Dzewas, Dieter
MdB 14. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 712

E

Ebel, Manfred Artur
MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 (CDU)

Ebeling, Hans-Wilhelm
MdVk 10. WP (DSU; Juli 1990 → fraktionslos; August 1990 → CDU/DA)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Eberhard, Anton († 3. 6. 1967)
MdB 1. WP ab 3. 10. 1952, 2. WP, 3. WP ab 4. 11. 1959 (FDP)
Sonst. → 49/99

Eberhard, Fritz († 30. 3. 1982)
MdPR → 49/99

Eberl, Christian
MdB 15. WP bis 20.3.2003 (FDP)
Sonst. → 94/03 129

Eberle, Paul
DDR → 49/99

Ebermann, Thomas
MdB 11. WP bis 18. 2. 1989 (GRÜNE)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Ebert, Eike
MdB 12. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Ebert, Friedrich († 28. 2. 1925)
Sonst. → 49/99

Echternach, Jürgen
MdB 9.–12. WP (CDU)
PStS → 49/99
Sonst. → 49/99

Eckardt, Felix von († 11. 5. 1979)
MdB 5.–6. WP (CDU)
StS → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Eckardt, Peter
MdB 12. WP, 14. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 461
Sonst. → 49/99

Eckerland, Günther († 6. 11. 1998)
MdB 5.–7. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Eckhardt, Walter († 1. 1. 1994)
MdB 2. WP (GB/BHE; 12. 7. 1955 → fraktionslos; 14. 7. 1955 → Gruppe Kraft/Oberländer; 15. 7. 1955 → CDU/CSU-Gast; 20. 3. 1956 → CDU/CSU), 3. WP ab 27. 12. 1957, 4. WP ab 21. 7. 1964, 5. WP (CSU)
MdEP 1. 7. 1954–1. 7. 1956 (GB/BHE → CSU)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 123

Eckstein, Heinrich († 6. 8. 1992)
MdB 1.–2. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Eckstein, Manfred
MdVk 10. WP ab 1. 8. 1990 (SPD)

Edathy, Sebastian
MdB 14.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 200
Sonst. → 94/03 314

Edert, Eduard († 27. 8. 1967)
MdB 1. WP (CDU/CSU-Gast)
Sonst. → 49/99

Eekhoff, Johann
StS → 49/99

Effertz, Josef († 31. 5. 1984)
MdB 4. WP, 5. WP bis 4. 3. 1968 (FDP)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Egert, Jürgen († 16. 12. 1992)
MdB 7.–11. WP (SPD)
PStS → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Ehard, Hans († 18. 10. 1980)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Ehler, Jan
MdEP ab 20.7.2004 (CDU)

Ehlers, Adolf († 20. 5. 1978)
MdPR → 49/99

Ehlers, Hermann († 29. 10. 1954)
MdB 1. WP, 2. WP bis † (CDU)
BTPräs → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Ehlers, Wolfgang
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Ehlert, Heidemarie
MdB 14. WP (PDS)
Sonst. → 94/03 712–713

Ehmke (△Bonn)**, Horst**
MdB 6.–12. WP (SPD)
BMin → 49/99
StS → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Ehmke (Ettlingen)**, Wolfgang**
MdB 10. WP bis 28. 3. 1985 (GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Ehnes, Georg († 27. 4. 1991)
MdB 4.–5. WP, 6. WP bis 19. 9. 1972 (CSU)
Sonst. → 49/99

Ehrbar, Udo
MdB 10.–12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Ehre, Ida († 16. 2. 1989)
Sonst. → 49/99

Ehren, Hermann († 30. 11. 1964)
MdB 1.–3. WP, 4. WP ab 4. 10. 1962 bis † (CDU)
Sonst. → 49/99

Ehrenberg, Herbert
MdB 7.–11. WP (SPD)
BMin → 49/99
StS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Ehrmann, Siegmund
MdB 15. WP (SPD)

Eich, Ludwig
MdB 12.–14. WP (SPD)

Eich, Tay
MdB 11. WP ab 20. 2. 1989 (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

Eichel, Hans
MdB 15. WP (SPD)
BRPräs → 49/99 · 94/03 725
BMin → 49/99 · 94/03 200, 231, 279–280, 284, 299, 316, 321–322, 411, 518, 642, 644, 647–648
MPräs → 49/99 · 94/03 231, 584
AVst → 94/03 584

Eichelbaum, Ernst Theodor († 16. 4. 1991)
MdB 3.–4. WP (CDU)

Eicher, Heinz
StS → 49/99

Eichhorn, Maria
MdB 12.–15. WP (CSU)
FrVst → 49/99 · 94/03 162, 165, 168, 200, 261–264
Sonst. → 49/99 · 94/03 51, 312–313, 316

Eichler, Willi († 17. 10. 1971)
MdB 1. WP (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Eichner, Josef († 9. 8. 1979)
MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU)
Sonst. → 49/99

Eichstädt-Bohlig, Franziska
MdB 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 49/99 · 94/03 163, 166, 200, 269–270, 410
Sonst. → 49/99 · 94/03 312, 314, 316

Eickenboom, Peter
StS → 94/03 286
BTDir → 94/03 686, 770
Sonst. → 49/99

Eickhoff, Ilse
Sonst. → 49/99

Eickhoff, Martina
MdB 15. WP ab 18. 10. 2004 (SPD)

Eickhoff, Rudolf († 6. 9. 1983)
MdB 1. WP (DP), 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Eickmeyer, Karl-Arnold
MdB 8. WP ab 23. 5. 1977, 9. WP (SPD), 10. WP ab 23. 8. 1985 (SPD; 27. 10. 1986 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Eid, Ursula [Uschi]
MdB 10. WP ab 17. 4. 1985 (GRÜNE), 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90), 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
PStS → 49/99 · 94/03 166, 168, 200, 288, 315
FrVst → 49/99 · 94/03 200
AVst → 49/99 · 94/03 459
Sonst. → 49/99

Eiermann, Egon († 19. 7. 1970)
Sonst. → 49/99

Eigen, Karl
MdB 7. WP, 9.–11. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Eilers (△Bielefeld)**, Elfriede**
MdB 3.–8. WP (SPD)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Eilers (Oldenburg/Wilhelmshaven)**, Jan** († 28. 6. 2000)
MdB 3. WP (FDP), 7. WP (CDU)
FrVst → 49/99

Eimer (Fürth)**, Norbert**
MdB 8.–12. WP (FDP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Einert, Günther
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Einsiedel, Heinrich Graf von
MdB 13. WP (PDS)
Sonst. → 49/99 · 94/03 144, 311, 719

Eisenkrämer, Kurt
StS → 49/99

Eisenmann, Otto († 19. 2. 2002)
MdB 3. WP (DP; 3. 6. 1958 → FDP), 4. WP, 5. WP bis 1. 6. 1967 (FDP)
Sonst. → 49/99

Ekstrand, Hans († 5. 3. 1969)
MdB 1. WP (SPD)

Elbrächter, Alexander († 10. 5. 1995)
MdB 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 20. 6. 1958 → fraktionslos; 24. 6. 1958 → CDU/CSU), 4.–5. WP (CDU)
MdEP 27. 2. 1958–8. 10. 1958 (DP → CDU)
Sonst. → 49/99

Elchlepp, Dietrich
MdB 7. WP ab 4. 6. 1976 (SPD)
MdEP 6. 2. 1996–19.7.1999 (SPD)
Sonst. → 49/99

Elfes, Wilhelm († 22. 11. 1969)
Sonst. → 49/99

Elias, Dietrich
StS → 49/99

Ellenberger, Irene
MdVk 10. WP (SPD)

Ellwein, Thomas († 6. 1. 1998)
Sonst. → 49/99

Elm, Ludwig
MdB 13. WP (PDS)
FrVst → 49/99
GrVst → 94/03 200, 270
Sonst. → 49/99 · 94/03 312

Elmer, Konrad
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12. WP (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Elsen, Franz-Michael († 23. 2. 1980)
Sonst. → 49/99

Elser, Marga
MdB 14.–15. WP (SPD)

Elsner, Ilse († 15. 12. 1996)
MdB 4.–5. WP, 6. WP bis 14. 5. 1970 (SPD)
MdEP 29. 11. 1961–26. 5. 1970 (SPD)
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125

Elsner, Martin († 1. 12. 1971)
MdB 2. WP (GB/BHE)

Emde, Hans Georg
MdB 4.–5. WP (FDP)
StS → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Emeis, Hans-Uwe
MdB 7. WP ab 8. 12. 1975 (fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Emmerlich, Alfred
MdB 7.–11. WP (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Emons, Hans-Heinz
DDR → 49/99

Enderle, Irmgard
Sonst. → 49/99

Enders, Peter
MdB 13.–14. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 50

Enders, Wendelin
MdB 5. WP ab 9. 5. 1967, 6.–10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Endruweit, Toralf
Sonst. → 49/99

Engel, Eva Sibylle
MdB 9. WP ab 26. 6. 1981 (FDP)
Sonst. → 49/99

Engel, Lothar
DDR → 49/99

Engel, Stefan
Sonst. → 49/99

Engelbrecht-Greve, Ernst († 10. 1. 1990)
MdB 2.–3. WP, 4. WP bis 7. 12. 1962 (CDU)
MdEP 27. 2. 1958–14. 12. 1962 (CDU)
Sonst. → 49/99

Engelhard, Hans A[rnold]
MdB 7.–12. WP (FDP)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Engell, Hans-Egon († 16. 8. 1974)
MdB 2. WP (GB/BHE)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Engelmann, Wolfgang
MdB 12.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Engels, Dieter
Sonst. → 49/99 · 94/03 563

Engels, Friedrich († 5. 8. 1895)
Sonst. → 49/99

Engelsberger, Matthias
MdB 6.–11. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Engholm, Björn
MdB 6.–9. WP (SPD)
BRPräs → 49/99
BMin → 49/99
MPräs → 49/99
PStS → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 294

Engländer, Margarete († 8. 5. 1984)
MdB 3. WP, 4. WP ab 1. 8. 1962 (CDU)

Enk, Arthur († 24. 4. 1976)
MdB 3. WP, 5. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Enkelmann, Dagmar
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP (PDS/LL), 13. WP (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
FrVst → 49/99
DDR → 49/99
GrVst → 94/03 163, 200, 256, 409
Sonst. → 49/99 · 94/03 236–237, 313

Enseling, Elisabeth († 5. 1. 1998)
MdB 5. WP ab 28. 4. 1966 (CDU)

Entrup, Otto
MdB 7. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Eplée, Hermann A. († 30. 4. 1973)
MdB 1. WP ab 16. 1. 1953, 3. WP ab 8. 9. 1958 (CDU)
Sonst. → 49/99

Eppelmann, Rainer
MdB 12.–15. WP (CDU)
MdVk 10. WP (DA → CDU/DA)
FrVst → 94/03 200
AVst → 49/99 · 94/03 200, 526
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Eppler, Erhard
MdB 4.–6. WP, 7. WP bis 3. 6. 1976 (SPD)
BMin → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Erdmann, Ernst Gerhard
Sonst. → 49/99

Erdmann, Karl Dietrich († 23. 6. 1990)
Sonst. → 49/99

Erhard (Bad Schwalbach)**, Benno**
MdB 5.–10. WP (CDU)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Erhard, Ludwig († 5. 5. 1977)
MdB 1.–7. WP, 8. WP bis † (CDU)
BK → 49/99
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Erkel, Günther († 5. 12. 1993)
StS → 49/99

Erler, Brigitte
MdB 8. WP, 9. WP ab 6. 12. 1982 (SPD)

Erler, Fritz († 22. 2. 1967)
MdB 1.–4. WP, 5. WP bis † (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Erler, Gernot
MdB 11.–15. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 201, 257–258
Sonst. → 94/03 313, 315

Erler (Waldbrunn)**, Wolfgang**
MdB 12. WP ab 6. 9. 1993 (CDU)

Ermisch, Günter
StS → 49/99

Ernesti, Leo († 19. 11. 1996)
MdB 5. WP ab 9. 3. 1967, 6.–8. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Ernst, Karin
Sonst. → 49/99

Ernst, Werner
StS → 49/99

Ernstberger, Petra
MdB 13.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 201

Erpenbeck, Ferdinand
MdB 5.–6. WP, 8. WP ab 10. 9. 1979 (CDU)

Ertl, Josef (†16. 11. 2000)
MdB 4.–10. WP (FDP)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 126, 451

Erzberger, Matthias († 26. 8. 1921)
Sonst. → 49/99

Eschenburg, Theodor († 10. 7. 1999)
Sonst. → 49/99

Eschmann, Fritz († 22. 2. 1997)
MdB 2.–5. WP (SPD)

Essen, Hans-Joachim von
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Essen, Jörg van
MdB 12.–15. WP (FDP)
FrVst → 49/99 · 94/03 201, 256, 409–410

Esser, Otto
Sonst. → 49/99

Essler, Rudolf
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Eßmann, Heinz Dieter
MdB 13. WP (CDU)

Esters, Helmut
MdB 5. WP ab 15. 1. 1969, 6.–12. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Etzel (^Duisburg)**, Franz** († 9. 5. 1970)
MdB 1. WP bis 4. 1. 1953, 3.–4. WP (CDU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Etzel (Bamberg)**, Hermann** († 14. 4. 1978)
MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU; 3. 12. 1952 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Etzenbach, Peter († 12. 6. 1976)
MdB 1.–3. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Euler, August-Martin († 4. 2. 1966)
MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP bis 10. 9. 1958 (DP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Even (^Düsseldorf)**, Bert**
MdB 3.–5. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Even (^Köln)**, Johannes** († 24. 11. 1964)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)
Sonst. → 49/99

Everling, Henry
Sonst. → 49/99

Evers, Hans († 3. 3. 1999)
MdB 6.–8. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Evers-Meyer, Karin
MdB 15. WP (SPD)

Ewen, Carl
MdB 7.–12. WP (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Ewers, Hans († 29. 12. 1968)
MdB 1. WP (DP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Exner, Karl-Heinz († 22. 3. 1999)
MdB 4. WP ab 30. 11. 1964, 5. WP (CDU)

Ey, Richard († 4. 4. 1990)
MdB 7.–8. WP (CDU)

Eyck, Matthias
Sonst. → 49/99

Eykmann, Walter
Sonst. → 94/03 836

Eylmann, Horst
MdB 10.–13. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 201, 458
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Eymer (^Lübeck)**, Anke**
MdB 12.–15. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 458, 461

Eymer (Lübeck)**, Ekkehart**
MdB 8. WP, 9. WP ab 14. 1. 1981 (CDU)
Sonst. → 49/99

Eyrich, Heinz
MdB 6.–7. WP, 8. WP bis 16. 10. 1978 (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

F

Fabius, Laurent
Sonst. → 49/99

Fache, Sabine
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
Sonst. → 49/99

Fahrenschon, Georg
MdB 15. WP (CSU)

Falk, Ilse
MdB 12.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 168, 201, 254–255
Sonst. → 49/99 · 94/03 312

Falke, Franz († 9. 12. 1994)
MdB 4. WP, 5. WP ab 27. 7. 1967 (CDU)
Sonst. → 49/99

Falkner, Ernst († 27. 10. 1950)
MdB 1. WP bis † (BP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Faller, Walter († 3.2.2003)
MdB 1. WP ab 4. 12. 1951, 2.–6. WP (SPD)
MdEP 29. 11. 1961–14. 2. 1973 (SPD)

Faltlhauser, Kurt
MdB 9.–12. WP, 13. WP bis 20. 11. 1995 (CSU)
PStS → 49/99 · 94/03 201, 283, 315
FrVst → 49/99 · 94/03 201
Sonst. → 49/99 · 94/03 127, 132

Farke, Ernst August († 10. 5. 1975)
MdB 1. WP (DP)
Sonst. → 49/99

Farny, Oskar († 20. 6. 1983)
MdB 2. WP bis 11. 11. 1953 (CDU)
Sonst. → 49/99

Farthmann, Friedhelm
MdB 6. WP ab 26. 1. 1971, 7. WP bis 5. 6. 1975 (SPD)
Sonst. → 49/99

Fassbender, Heinrich († 22. 6. 1971)
MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 18. 11. 1955 → DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
Sonst. → 49/99

Faße, Annette
MdB 11. WP, 13.–15. WP (SPD)
AVst → 94/03 464
Sonst. → 94/03 316

Faust, Hans Georg
MdB 14.–15. WP (CDU)

Fecht, Hermann († 4. 2. 1952)
MdPR → 49/99

Federspiel, Per
Sonst. → 49/99

Feibel, Albrecht
MdB 14. WP ab 29 10. 1999, 15. WP (CDU)

Feidman, Giora
Sonst. → 94/03 450

Feige, Klaus-Dieter
MdB 12. WP (Bündnis 90/Grüne)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Feilcke, Jochen
MdB 10.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Feile, Peter
MdB 9. WP (SPD)

Feinendegen, Wolfgang
MdB 8.–9. WP (CDU)

Feitenhansl, Karl
Sonst. → 49/99

Feiter, Franz-Josef
StS → 49/99 · 94/03 285

Felber, Konrad
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (FDP)
MdVk 10. WP (DFP → Die Liberalen)
Sonst. → 49/99

Felder, Josef († 28. 10. 2000)
MdB 3.–5. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 126, 451

Feldmann, Aloys († 9. 10. 1965)
MdB 1.–2. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Feldmann, Olaf
MdB 9. WP ab 29. 1. 1981, 10.–13. WP (FDP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99 · 94/03 201, 458
Sonst. → 49/99

Fell, Hans-Josef
MdB 14.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 94/03 316

Fell, Karl H. († 4./5. 12. 1996)
MdB 11.–12. WP, 13. WP bis † (CDU)
Sonst. → 49/99

Feller, Erwin († 29. 11. 1991)
MdB 2. WP (GB/BHE)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Fellermaier, Ludwig († 11. 3. 1996)
MdB 5.–8. WP (SPD)
MdEP 19. 1. 1968–24. 7. 1989 (SPD)
Eur → 49/99

Fellner, Hermann
MdB 9.–11. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Ferber, Markus
MdEP ab 19. 7. 1994 (CSU)

Ferlemann, Enak
MdB 15. WP (CDU)

Ferner, Elke
MdB 12. WP, 13. WP ab 21. 11. 1994, 15. WP (SPD)
StS → 49/99 · 94/03 287
FrVst → 49/99 · 94/03 161, 201, 265
Sonst. → 49/99 · 94/03 312

Ferrang, Werner († 31. 5. 1974)
MdB 7. WP bis † (CDU)

Feuring, Adolf († 7. 6. 1998)
MdB 5. WP ab 2. 1. 1967 (SPD)

Feury, Otto Freiherr von
MdB 3. WP bis 10. 12. 1957 (CSU)

Ficker, Ludwig († 10. 12. 1947)
Sonst. → 49/99

Fiebig, Udo
MdB 6.–10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Fiebiger, Christel
MdEP 20.7.1999-19.7.2004 (PDS)

Fiedler, Eduard († 12. 6. 1963)
MdB 2. WP bis 13. 10. 1953 (GB/BHE)
Sonst. → 49/99

Fiedler, Walter
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Fiedler, Wolfgang
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Figgen, Werner († 12. 4. 1991)
MdB 4. WP, 5. WP bis 6. 12. 1966 (SPD)
Sonst. → 49/99

Fikentscher, Rüdiger
MdVk 10. WP (SPD)

Filbinger, Hans
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99

Finck, Albert († 3. 8. 1956)
MdPR → 49/99

Finckenstein, Eva Gräfin († 13. 3. 1994)
MdB 2. WP (GB/BHE; 12. 7. 1955 → fraktionslos; 14. 7. 1955 → Gruppe Kraft/Oberländer; 15. 7. 1955 → CDU/CSU-Gast; 20. 3. 1956 → CDU/CSU)
Sonst. → 49/99

Finckh, Hermann († 28. 4. 1962)
MdB 2.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)
Sonst. → 49/99

Fingerhut, Helmut
StS → 49/99

Fink, Conrad († 25. 7. 1981)
MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU; 5. 1. 1952 → CDU/CSU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Fink, Heinrich
MdB 14. WP (PDS)

Fink, Ulf
MdB 13.–14. WP (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 313

Finselberger, Erni († 24. 5. 1993)
MdB 2. WP (GB/BHE)

Fircks, Otto Freiherr von († 17. 11. 1989)
MdB 6.–7. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Fisch, Walter († 21. 12. 1966)
MdB 1. WP (KPD)
Sonst. → 49/99

Fischbach, Ingrid
MdB 14.–15. WP (CDU)

Fischbacher, Jakob
Sonst. → 49/99

Fischbeck, Hans-Jürgen
Sonst. → 49/99

Fischer (Berlin)**, Andrea**
MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
BMin → 49/99 · 94/03 165, 201, 229, 279, 286, 313, 325
FrVst → 49/99 · 94/03 163, 201, 269, 409

Fischer (Karlsruhe-Land)**, Axel E.**
MdB 14.–15. WP (CDU)
Sonst. → 94/03 712

Fischer (Hamburg)**, Dirk [Erik]**
MdB 9.–15. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 201, 261–264
Sonst. → 49/99 · 94/03 314, 316

Fischer (Gräfenhainichen)**, Evelin**
MdB 12. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Fischer (Osthofen)**, Gernot**
MdB 9.–10. WP (SPD)
AVst → 49/99

Fischer (Göttingen)**, Hartwig**
MdB 15. WP (CDU)

Fischer (Frankfurt)**, Joseph [Joschka]**
MdB 10. WP bis 29. 3. 1985 (GRÜNE), 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
BMin → 49/99 · 94/03 201, 279–280, 282–283, 313, 315, 320–322, 324, 410, 643–645
FrVst → 49/99 · 94/03 201, 251, 259, 409
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 11, 311, 644

Fischer, Klaus-Christian
MdVk 10. WP (NDPD → Die Liberalen)
Sonst. → 49/99

Fischer (△Unna)**, Leni**
MdB 8.–13. WP (CDU)
Eur → 49/99 · 94/03 801–802
Sonst. → 49/99

Fischer (Homburg)**, Lothar**
MdB 9.–14. WP (SPD)

Fischer, Michael
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Fischer, Oskar
DDR → 49/99

Fischer, Ralf
Sonst. → 49/99

Fischer (Bad Hersfeld)**, Ulrich**
MdB 10. WP ab 20. 1. 1986 (GRÜNE)

Fischer, Ursula
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP (PDS/LL)
MdVk 10. WP (PDS)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Fischer, Werner
Sonst. → 49/99

Fischer, Willi († 2. 9. 1991)
MdB 6.–8. WP (SPD)

Fischer, Willy († 21. 10. 1951)
MdB 1. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Flach, Karl-Hermann († 25. 8. 1973)
MdB 7. WP bis † (FDP)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Flach, Ulrike
MdB 14.–15. WP (FDP)
AVst → 94/03 169, 201, 462, 464
Sonst. → 94/03 316

Flachsbarth, Maria
MdB 15. WP (CDU)

Flämig, Gerhard
MdB 4. WP ab 15. 2. 1963, 5.–8. WP (SPD)
MdEP 21. 1. 1970–16. 7. 1979 (SPD)

Flassbeck, Heiner
StS → 49/99 · 94/03 284

Flegel, Manfred
DDR → 49/99

Flinner, Dora
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
Sonst. → 49/99

Flitz (Wilhelmshaven)**, Hedi** († 19. 10. 1994)
MdB 4. WP (FDP)

Flörl, Fritz († 28. 10. 1953)
Sonst. → 49/99

Florenz, Karl-Heinz
MdEP ab 25. 7. 1989 (CDU)

Florian, Walther
StS → 49/99

Florian, Winfried
StS → 49/99

Flosbach, Klaus-Peter
MdB 15. WP (CDU)

Focke, Katharina
MdB 6.–8. WP (SPD)
MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (SPD)
BMin → 49/99
PStS → 49/99
Eur → 49/99

Fockenberg, Winfried
MdB 12. WP (CDU)

Förster, Alfred
MdVk 10. WP (SPD)

Förtsch, Eva-Maria
MdVk 10. WP (PDS)

Fograscher, Gabriele
MdB 13.–15. WP (SPD)

Folger, Erwin († 2. 3. 1993)
MdB 3. WP ab 19. 5. 1958, 4.–6. WP (SPD)
AVst → 49/99

Follak, Iris
MdB 13.–14. WP (SPD)

Folta, Eva
MdB 13. WP ab 9. 1. 1998 (SPD)

Folz-Steinacker, Sigrid
MdB 11. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Forck, Gottfried († 24. 12. 1996)
Sonst. → 49/99

Formanski, Norbert
MdB 12.–14. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 48, 50

Fornahl, Rainer
MdB 14.–15. WP (SPD)

Forschbach, Edmund († 23. 3. 1988)
Sonst. → 49/99

Forster, Hans
MdB 14. WP (SPD)

Forsthoff, Ernst († 13. 8. 1974)
Sonst. → 49/99

Foster, Sir Norman
Sonst. → 49/99 · 94/03 749–750, 752

Francke (Hamburg)**, Klaus**
MdB 8.–13. WP, 14. WP ab 7. 11. 2001 (CDU)
Sonst. → 49/99

Frank, Charlotte
Sonst. → 49/99

Frank, Paul
StS → 49/99

Franke (△Hannover)**, Egon** († 26. 4. 1995)
MdB 1. WP ab 17. 5. 1951, 2.–10. WP (SPD)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 124

Franke (△Osnabrück)**, Heinrich** († 26. 6. 2004)
MdB 5.–9. WP, 10. WP bis 9. 4. 1984 (CDU)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Franke, Peter
MdVk 10. WP (DSU)
DDR → 49/99

Frankenhauser, Herbert
MdB 12.–15. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Franz Ferdinand, Erzherzog von Österreich
(† 28. 6. 1914)
Sonst. → 49/99

Franz, Ludwig († 2. 7. 1990)
MdB 2.–7. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Franz, Otmar
MdEP 30. 1. 1981–24. 7. 1989 (CDU)

Franzen, Jakob († 21. 12. 1988)
MdB 2.–3. WP, 4. WP bis 8. 10. 1965, 5. WP (CDU)

Frechen, Gabriele
MdB 15. WP (SPD)

Frede, Günter († 23. 11. 1967)
MdB 3.–4. WP, 5. WP bis † (SPD)

Fredersdorf, Hermann
Sonst. → 49/99

Frehsee, Heinz
MdB 2.–7. WP (SPD)
MdEP 14. 2. 1973–19. 1. 1977 (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Freiberger, Herbert
Sonst. → 49/99

Freidhof, Rudolf († 25. 12. 1983)
MdB 1.–2. WP (SPD)

Freitag, Dagmar
MdB 13.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 164, 167, 201, 266–267

Freitag, Walter († 7. 6. 1958)
MdB 1. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Freiwald, Friedrich Wilhelm († 26. 10. 1974)
MdB 5.–6. WP, 7. WP bis † (CDU)

Frenzel, Alfred († 23. 7. 1968)
MdB 2. WP (SPD), 3. WP bis 4. 11. 1960 (SPD; 21. 10. 1960 → SPD-Ausschluß)
AVst → 49/99

Frerichs, Göke D.
MdB 5.–6. WP, 7. WP bis 15. 1. 1975 (CDU)
Sonst. → 49/99

Freudenberg, Richard († 21. 11. 1975)
MdB 1. WP (FDP; 1. 7. 1952 → FDP-Gast; 5. 12. 1952 → fraktionslos)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Frey, Gerhard
Sonst. → 49/99

Frey, Martin († 5. 11. 1971)
MdB 1. WP, 3.–5. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Freybe, Carl
Sonst. → 49/99

Freyh, Brigitte
MdB 4. WP ab 22. 12. 1961, 5.–6. WP (SPD)
PStS → 49/99

Frick, Gisela
MdB 13.–14. WP (FDP)

Fricke, Hans-Joachim († 24. 9. 1974)
MdB 1. WP ab 22. 3. 1952 (DP)
Sonst. → 49/99

Fricke, Otto
MdB 15. WP (FDP)

Friderichs, Hans
MdB 5. WP, 8. WP bis 8. 11. 1977 (FDP)
BMin → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Friebe, Rainer
Sonst. → 49/99

Friedensburg, Ferdinand († 11. 3. 1972)
MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–4. WP (CDU)
MdEP 27. 2. 1958–21. 12. 1965 (CDU)
MPräs → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Friedhoff, Paul K.
MdB 12.–14. WP (FDP)
FrVst → 49/99 · 94/03 201, 268–269
Sonst. → 49/99 · 94/03 314

Friedmann, Bernhard
MdB 8.–10. WP, 11. WP bis 5. 2. 1990 (CDU)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Friedrich (^Würzburg)**, Bruno** († 20. 6. 1987)
MdB 7.–8. WP (SPD)
MdEP 17. 7. 1979 bis † (SPD)
FrVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Friedrich (^Erlangen)**, Gerhard**
MdB 11.–14. WP (CSU)
FrVst → 49/99 · 94/03 201, 252, 262–263
AVst → 49/99 · 94/03 201, 511
Sonst. → 94/03 314

Friedrich, Hans
MdB 1. WP (5. 10. 1950 → fraktionslos; 16. 11. 1950 → BHE/DG; 21. 3. 1952 → fraktionslos; 2. 4. 1952 → FDP-Gast)
Sonst. → 49/99

Friedrich (Hof)**, Hans-Peter**
MdB 14.–15. WP (CSU)
FrVst → 94/03 201, 255
AVst → 94/03 513–514

Friedrich (^Bayreuth)**, Horst**
MdB 12.–15. WP (FDP)
FrVst → 94/03 202, 269
Sonst. → 49/99 · 94/03 313–314, 316

Friedrich, Ingo
MdEP ab 17. 7. 1979 (CSU)
Eur → 94/03 817

Friedrich (^Mettmann)**, Lilo**
MdB 14.–15. WP (SPD)

Friedrich (△Delitzsch)**, Michael**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
Sonst. → 49/99

Friedrich (△Altenburg)**, Peter**
MdB 14. WP bis 13. 9.2002 (SPD)
Sonst. → 94/03 129, 249

Frieler, Heinz († 4. 8. 1990)
MdB 5. WP (CDU)

Friese, Harald
MdB 14. WP (SPD)

Friese, Hermann († 5. 1. 1996)
MdB 2. WP (CDU)

Friese-Korn, Lotte († 14. 10. 1963)
MdB 2.–3. WP (FDP)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Frieß, Sieglinde
MdB 11. WP ab 21. 2. 1989 (AL Berlin → GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
Sonst. → 49/99

Fritsch, Christina
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Fritsch, Horst
MdB 10. WP ab 14. 3. 1986 (GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Fritsch (△Deggendorf)**, Walter** († 7. 1. 1991)
MdB 4.–6. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Fritz, Erich G.
MdB 12.–15. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 525

Fritz (△Welzheim)**, Friedrich** († 24. 2. 1979)
MdB 3. WP, 5. WP (CDU)

Fritz (△Ludwigshafen)**, Gerhard** († 19. 9. 1984)
MdB 3. WP, 4. WP bis 5. 1. 1965 (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Fritz (△Wiesbaden)**, Karl-Walter**
MdB 5. WP (SPD)

Fröhlich, Hans-Gerd († 14. 9. 1995)
MdB 1. WP (WAV; 13. 10. 1950 → BHE/DG; 21. 3. 1952 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Fröhlich, Siegfried
StS → 49/99

Frönicke, Dieter
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Frohne, Edmund († 1971)
StS → 49/99

Frohnweiler, Anne
Sonst. → 49/99

Fromm, Kurt-Wilhelm († 8. 1. 1953)
Sonst. → 49/99

Fromm, Rita
MdB 9. WP (FDP)

Fromme, Jochen-Konrad
MdB 14.–15. WP (CDU)

Frommhold, Heinz († 24. 10. 1979)
MdB 1. WP (DRP/NR; 5. 10. 1950 → fraktionslos; 26. 3. 1952 → DP/DPB-Gast; 11. 2. 1953 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Früh, Isidor († 28. 8. 2002)
MdB 6.–8. WP (CDU)
MdEP 14. 2. 1973–24. 7. 1989 (CDU)
Sonst. → 49/99

Frühwald, Konrad († 19. 4. 1970)
MdB 1.–2. WP (FDP)

Fuchs (△Köln)**, Anke**
MdB 9.–14. WP (SPD)
VPräs → 49/99 · 94/03 164, 202, 235, 237, 242, 257, 413, 686
BMin → 49/99 · 94/03 202
PStS → 49/99 · 94/03 202
StS → 49/99
FrVst → 49/99 · 94/03 161, 202, 257
AVst → 49/99 · 94/03 202, 242
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 236, 312

Fuchs, Gustav († 21. 3. 1969)
MdB 1.–3. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Fuchs, Karl († 31. 3. 1989)
MdB 6.–8. WP (CSU)
MdEP 19. 1. 1977–23. 7. 1984 (CSU)
Sonst. 49/99

Fuchs (Verl)**, Katrin**
MdB 10.–13. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 161, 202, 257
Sonst. → 49/99 · 94/03 445

Fuchs, Michael
MdB 15. WP (CDU)

Fuchs, Ruth
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP ab 11. 3. 1992 (PDS/LL), 13.–14. WP (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
FrVst → 49/99 · 94/03 166, 202, 256, 270
DDR → 49/99
GrVst → 94/03 163, 202, 256, 409
Sonst. → 49/99 · 94/03 312–313

Fuchtel, Hans-Joachim
MdB 11.–15. WP (CDU)
AVst → 94/03 460, 463
Sonst. → 49/99

Fücks, Ralf
Sonst. → 49/99

Fülgraff, Georges Michael
StS → 49/99

Fürst, Walther
Sonst. → 49/99

Fürstenberg, Elimar Freiherr von († 10. 7. 1981)
MdB 1. WP (BP; 7. 11. 1950 → fraktionslos; 19. 1. 1951 → CDU/CSU)
Sonst. → 49/99

Fugger von Glött, Josef-Ernst Fürst († 13. 5. 1981)
MdB 1. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Fuhrmann, Arne
MdB 12.–14. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 202
Sonst. → 49/99

Funcke, Liselotte
MdB 4.–7. WP, 8. WP bis 23. 11. 1979 (FDP)
VPräs → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Funcke, Oscar († 6. 7. 1965)
MdB 1. WP ab 14. 9. 1951 (FDP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Funk (^Neuses am Sand)**, Friedrich** († 5. 8. 1963)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (CSU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Funk (^Gutenzell)**, Honor**
MdB 9. WP ab 16. 10. 1981, 10. WP ab 14. 10. 1985, 11. WP ab 20. 5. 1988 bis 24. 8. 1989 (CDU)
MdEP 25. 7. 1989–19.7.1999 (CDU)
Sonst. → 49/99

Funke, Christiane
MdVk 10. WP (SPD)

Funke, Karl-Heinz
BMin → 49/99 · 94/03 279, 285, 299, 314, 325

Funke, Rainer
MdB 9. WP, 11.–15. WP (FDP)
PStS → 49/99 · 94/03 202, 283
FrVst → 94/03 202, 269
AVst → 94/03 464
Sonst. → 49/99 · 94/03 315, 410

Funke-Schmitt-Rink, Margret
MdB 12. WP (FDP)

Furler, Hans († 29. 6. 1975)
MdB 2.–6. WP (CDU)
MdEP 1. 7. 1955–19. 3. 1958 und 19. 12. 1961–14. 2. 1973 (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

G

Gabert, Volkmar († 19. 2. 2003)
MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (SPD)

Gabriel, Sigmar
MPräs → 94/03 585
AVst → 94/03 585

Gabrysch, Gunter
Sonst. → 49/99 · 94/03 837

Gaddafi, Mu'ammar al-
Sonst. → 49/99 · 94/03 657

Gärtner, Klaus
MdB 8.–9. WP (FDP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Gahler, Michael
MdEP ab 23.4.1999 (CDU)

Galinski, Heinz († 19. 7. 1992)
Sonst. → 49/99

Gallus, Georg
MdB 6. WP ab 10. 9. 1970, 7.–12. WP (FDP)
PStS → 49/99
Sonst. → 49/99

Ganschow, Jörg Wolfgang
MdB 12. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Ganseforth, Monika
MdB 11.–14. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Gansel, Norbert
MdB 7.–12. WP, 13. WP bis 16. 6. 1997 (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 202
AVst → 49/99 · 94/03 457
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 128, 156

Ganswindt, Elisabeth († 27. 8. 1983)
MdB 2. WP ab 9. 11. 1955 (CDU)

Gantenberg, Mathilde († 29. 10. 1975)
MdB 2. WP ab 8. 10. 1956, 3. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Ganz (St. Wendel)**, Johannes**
MdB 9.–12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Garbe, Charlotte
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Gase, Walther Ernst († 8. 2. 1991)
StS → 49/99

Gaßmann, Walter († 9. 1. 1979)
MdB 3.–4. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Gattermann, Hans H. († 27. 1. 1994)
MdB 8.–11. WP, 12. WP bis † (FDP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 123

Gatzen, Karl († 15. 8. 1975)
MdB 6. WP (CDU)

Gauck, Joachim
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 bis 4. 10. 1990 (GRÜNE/BÜNDNIS 90)
MdVk 10. WP (NF → Bündnis 90/Grüne)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 563

Gaul, Karl († 17. 1. 1972)
MdB 1.–2. WP (FDP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Gaulle, Charles de († 9. 11. 1970)
Sonst. → 49/99

Gaus, Günter († 14. 5.2004)
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Gautier, Fritz
MdB 11.–12. WP (SPD)
MdEP 18. 1. 1980–12. 2. 1987 (SPD)
Sonst. → 49/99

Gauweiler, Peter
MdB 15. WP (CSU)
AVst → 94/03 464

Gayk, Andreas († 1. 10. 1954)
MdPR → 49/99

Gebhardt, Evelyne
MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Gebhardt, Fred († 15. 8. 2000)
MdB 14. WP bis † (PDS)
Sonst. → 49/99 · 94/03 126, 144, 243

Gedat, Gustav-Adolf († 6. 4. 1971)
MdB 2.–4. WP (CDU)

Gefeller, Wilhelm († 25. 3. 1983)
MdB 2. WP (SPD)

Gehb, Jürgen
MdB 14.–15. WP (CDU)

Gehlhoff, Walter
StS → 49/99

Gehrcke, Wolfgang
MdB 14. WP (PDS)
FrVst → 49/99 · 94/03 202, 256, 410

Gehring, Albrecht († 7. 3. 1985)
MdB 3.–4. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Geier, Erna-Maria († 18. 10. 1994)
MdB 7. WP ab 5. 3. 1976, 8.–9. WP (CDU)

Geiger (△Aalen)**, Hans** († 20. 2. 1986)
MdB 2. WP ab 1. 1. 1954, 3.–7. WP (SPD)

Geiger, Hansjörg
StS → 49/99 · 94/03 283

Geiger, Helmut
MdB 4. WP ab 8. 6. 1965 (CSU)

Geiger (München)**, Hugo** († 8. 7. 1984)
MdB 2.–3. WP (CSU)
MdEP 27. 2. 1958–29. 11. 1961 (CSU)
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Geiger, Michaela († 30. 12. 1998)
MdB 9.–13. WP, 14. WP bis † (CSU)
VPräs → 49/99 · 94/03 162, 202, 235, 237, 412
PStS → 49/99 · 94/03 162, 202, 285
FrVst → 49/99 · 94/03 202
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 48–49, 126, 238, 719

Geiger (Darmstadt)**, Sissy**
MdB 12. WP ab 29. 9. 1992 (CDU)

Geil, Rudi
StS → 49/99 · 94/03 284

Geiler, Karl († 14. 9. 1953)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Geis, Norbert
MdB 11.–15. WP (CSU)
FrVst → 49/99 · 94/03 202, 260–262
Sonst. → 49/99 · 94/03 145

Geisendörfer, Ingeborg
MdB 2.–6. WP (CSU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Geisenhofer, Franz Xaver († 4. 8. 2000)
MdB 5. WP ab 3. 5. 1967, 6.–8. WP (CSU)
AVst → 49/99

Geisler (Radeberg)**, Hans**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP bis 12. 2. 1991 (CDU)
MdVk 10. WP (DA → CDU/DA)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Geißler, Heinrich [Heiner]
MdB 5. WP bis 11. 10. 1967, 9.–14. WP (CDU)
BMin → 49/99 · 94/03 202
FrVst → 49/99 · 94/03 202, 252
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 144, 312

Geisthardt, Ralf
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Geldern, Wolfgang von
MdB 8.–12. WP (CDU)
PStS → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99

Geldner, Karl
MdB 5. WP, 6. WP ab 26. 1. 1970, 7. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Gemein, Heinz († 29. 12. 1958)
MdB 2. WP (GB/BHE)

Gemmingen-Hornberg, Gustav Freiherr von
MdB 5. WP ab 11. 10. 1967 (FDP)
AVst → 49/99

Gengler, Karl († 9. 10. 1974)
MdB 1.–2. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Genrich, Helga
Sonst. → 49/99

Genscher, Hans-Dietrich
MdB 5.–13. WP (FDP)
BMin → 49/99 · 94/03 202
FrVst → 49/99 · 94/03 202
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 11, 144, 156

George, Haimo († 5. 10. 1985)
MdB 8.–9. WP, 10. WP bis † (CDU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Gereke, Günter
Sonst. → 49/99

Geremek, Bronislaw
Sonst. → 49/99 · 94/03 407, 450

Gerhardt, Wolfgang
MdB 13.–15. WP (FDP)
FrVst → 49/99 · 94/03 202, 256, 259, 268, 328
Sonst. → 49/99 · 94/03 259, 303, 312–313, 315

Geritzmann, Robert († 12. 9. 1969)
MdB 1.–3. WP (SPD)

Gerkan, Meinhard von
Sonst. → 49/99 · 94/03 750

Gerlach, Axel
StS, 284

Gerlach (^Emsland)**, Horst** († 16. 12. 1990)
MdB 4.–7. WP (SPD)
MdEP 9. 12. 1965–19. 1. 1977 (SPD)

Gerlach, Johannes
MdVk 10. WP (SPD)

Gerlach, Manfred
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Gerlach (Obernau)**, Paul**
MdB 6.–10. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Gerlach, Simon Peter
Sonst. → 49/99

Gerlich, Walter Richard († 21. 3. 1981)
MdB 4. WP ab 24. 8. 1963 (CDU)

Gerns, Heinrich († 20. 8. 1963)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Gerstein, Ludwig († 30. 10. 1994)
MdB 8.–11. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 124

Gerstenmaier, Eugen († 13. 3. 1986)
MdB 1.–5. WP (CDU)
MdEP 16. 7. 1952–3. 12. 1954 (CDU)
BTPräs → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Gerster (Worms)**, Florian**
MdB 11. WP, 12. WP bis 7. 6. 1991 (SPD)
Sonst. → 49/99

Gerster (Mainz)**, Johannes**
MdB 7. WP, 8. WP ab 13. 8. 1977, 9.–12. WP (CDU)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Gerstl (Passau)**, Friedrich**
MdB 7.–10. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Gertzen, Hans
MdB 5.–8. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Gesell, Silvio († 11. 3. 1930)
Sonst. → 49/99

Geßner, Manfred Achim
MdB 6.–9. WP (SPD)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Gewalt, Roland
MdB 15. WP (CDU)
Sonst. → 94/03 134

Gewandt, Heinrich
MdB 3.–7. WP (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Geyer, Gerhard
Sonst. → 49/99

Gibbert, Paul († 30. 12. 1967)
MdB 1.–4. WP, 5. WP bis † (CDU)
Sonst. → 49/99

Gibtner, Horst
MdB 12. WP (CDU)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Giencke, Christian († 19. 5. 1967)
MdB 1.–4. WP (CDU)

Gienger, Eberhard
MdB 15. WP (CDU)

Gierenstein, Karl Heinz († 19. 4. 2002)
MdB 5.–8. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Gies, Gerd
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
MPräs → 49/99

Gies, Ludwig († 27. 1. 1966)
Sonst. → 49/99 · 94/03 752

Giese, Friedrich
Sonst. → 49/99

Gil-Robles Gil-Delgado, José María
Eur → 49/99

Gilges, Konrad
MdB 9.–14. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 327

Gille, Alfred († 18. 2. 1971)
MdB 2. WP (GB/BHE)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Ginnuttis, Horst
MdB 9. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Ginsberg, Matthias
MdB 9. WP ab 9. 12. 1982 (FDP)
Sonst. → 49/99

Girisch, Georg
MdB 14.–15. WP (CSU)
Sonst. → 94/03 51

Giscard d'Estaing, Valéry
Sonst. → 49/99

Giulini, Udo († 5. 8. 1995)
MdB 5.–6. WP (CDU)
Bibl. → 49/99

Gladenbeck, Friedrich († 13. 9. 1987)
StS → 49/99

Glaeser, Wolfgang
Sonst. → 49/99

Glahn, Fritz († 29. 9. 1977)
MdB 3. WP bis 2. 11. 1959 (FDP)
Sonst. → 49/99

Glante, Norbert
MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Glase, Anne-Karin
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
MdEP 19. 7. 1994–19.7.2004 (CDU)
DDR → 49/99

Glasmeyer, Heinrich († 2. 1. 1974)
MdB 1. WP (Z; 23. 11. 1951 → CDU/CSU), 2. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Gleicke, Iris
MdB 12.–15. WP (SPD)
PStS → 94/03 167, 202, 287
FrVst → 49/99 · 94/03 164, 202, 257
Sonst. → 49/99 · 94/03 314

Gleisberg, Dieter
MdVk 10. WP (LDP → Die Liberalen)

Gleisner (△Unna)**, Alfred** († 15. 2. 1991)
MdB 1.–2. WP, 3. WP bis 17. 3. 1959 (SPD)
Sonst. → 49/99

Gleissner (△München)**, Franz** († 28. 12. 1992)
MdB 2.–6. WP (CSU)

Globke, Hans († 13. 2. 1973)
StS → 49/99

Glogowski, Gerhard
MPräs → 49/99

Glombig, Eugen († 31. 10. 2004)
MdB 4. WP ab 25. 1. 1962, 5.–8. WP, 9. WP ab 18. 12. 1980, 10. WP (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Glos, Michael
MdB 8.–15. WP (CSU)
FrVst → 49/99 · 94/03 202, 252–255, 258
Sonst. → 49/99 · 94/03 48, 51, 157, 312–313, 315

Gloser, Günter
MdB 13.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 202, 267–268

Glotz, Peter
MdB 7. WP, 8. WP bis 16. 5. 1977, 10.–12. WP, 13. WP bis 24. 9. 1996 (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 203
FrVst → 49/99 · 94/03 203, 265
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 128, 312

Glück, Hans-Gerd
MdVk 10. WP (PDS)

Glücklich, Wilma
MdB 13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 712

Glüsing (△Dithmarschen)**, Hermann** († 25. 9. 1981)
MdB 1.–6. WP (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Gnädinger, Fritz-Joachim
MdB 6.–7. WP, 9. WP (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Gnoß, Ernst
Sonst. → 49/99

Gobrecht, Horst
MdB 8.–9. WP, 10. WP bis 29. 6. 1984 (SPD)
Sonst. → 49/99

Gockeln, Josef († 6. 12. 1958)
MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (CDU)
Sonst. → 49/99

Göbel, Ralf
MdB 15. WP (CDU)

Göhner, Reinhard
MdB 10.–15. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 203
FrVst → 49/99 · 94/03 203, 252
AVst → 49/99 · 94/03 203
Sonst. → 49/99

Göllner, Uwe
MdB 13. WP ab 12. 2. 1996, 14.–15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 719–721

Gölter, Georg
MdB 6.–7. WP, 8. WP bis 8. 7. 1977 (CDU)
Sonst. → 49/99

Gönner, Tanja
MdB 15. WP bis 13. 7. 2004 (CDU)

Goepel, Lutz
MdVk 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990→ CDU)
MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)
Sonst. → 49/99

Göppel, Josef
MdB 15. WP (CSU)
Sonst. → 94/03 51

Görgen, Hermann Mathias († 3. 5. 1994)
MdB 3. WP (CSU-Saar)

Göring-Eckardt, Katrin (Dagmar)
MdB 14.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 49/99 · 94/03 165, 168, 203, 252, 259, 410
Sonst. → 49/99

Görlach, Willi
MdEP 25. 7. 1989–19.7.2004 (SPD)

Görlinger, Robert († 10. 2. 1954)
MdB 1. WP, 2. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Görts, Frerich
StS → 49/99

Götte, Rose
MdB 11. WP, 12. WP bis 7. 6. 1991 (SPD)
Sonst. → 49/99

Göttig, Horst
Sonst. → 49/99

Götting, Gerald
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Göttsching, Martin
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Götz, Eicke
MdB 9. WP bis 8. 3. 1983, 10.–11. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Götz, Hermann († 21. 4. 1987)
MdB 1.–7. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Götz, Peter
MdB 12.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 203, 253–255

Goetzendorff, Günter († 8. 8. 2000)
MdB 1. WP (WAV; 28. 3. 1950 → DRP-Gast; 5. 10. 1950 → fraktionslos [DRP]; 12. 9. 1951 → fraktionslos; 29. 4. 1953 → WAV)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Götzer, Wolfgang
MdB 10. WP ab 4. 6. 1984, 12.–15. WP (CSU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 48–49, 51

Goldhagen, Wilhelm († 7. 1. 1964)
MdB 2.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)

Goldhahn, Eberhard
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Goldmann, Hans-Michael
MdB 14.–15. WP (FDP)
Sonst. → 94/03 317

Golitschek, Hubertus von († 17. 1. 1969)
MdB 1. WP, 2. WP ab 18. 4. 1956 (FDP)
Sonst. → 49/99

Gomolka, Alfred
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99

Gontrum, Wilhelm († 13. 10. 1969)
MdB 2.–3. WP (CDU), 4. WP (CDU; 20. 9. 1962 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Goppel, Alfons († 24. 12. 1991)
MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (CSU)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Gorbatschow, Michail
Sonst. → 49/99 · 94/03 407

Gossel, Karl († 24. 8. 1966)
MdB 3.–4. WP (CDU)

Gottberg, Hans-Wittich von
Sonst. → 49/99

Gotthardt, Marion
Sonst. → 49/99

Gottesleben, Leo († 9. 7. 1983)
MdB 3.–6. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Gottschall, Stefan
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU [Gast])
MdVk 10. WP (DSU)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Gottwald, Gabriele
MdB 10. WP bis 31. 3. 1985 (GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Graaff (^Elze), **Carlo** († 9. 12. 1975)
MdB 2. WP ab 4. 7. 1955, 3. WP bis 8. 5. 1959, 5.–6. WP, 7. WP bis † (FDP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Grabe, Christine
MdVk 10. WP (GP → Bündnis 90/Grüne)
Sonst. → 49/99

Grabert, Horst
StS → 49/99

Gradistanac, Renate
MdB 14.–15. WP (SPD)

Gradl, Johann Baptist († 2. 7. 1988)
MdB 3.–8. WP (CDU)
BMin → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Graebe, Kurt
Sonst. → 49/99

Graefe zu Baringdorf, Friedrich-Wilhelm
MdEP 24. 7. 1984– 5. 11. 1987 und ab 25. 7. 1989 (GRÜNE)
Eur → 49/99 · 94/03 818
Sonst. → 49/99

Gräßle, Ingeborg
MdEP ab 20.7.2004 (CDU)

Graf (Rosenheim)**, Angelika**
MdB 13.–15. WP (SPD)

Graf, Benno († 20. 5. 1977)
MdB 2. WP (CSU; 26. 10. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
Sonst. → 49/99

Graf (△Friesoythe)**, Günter**
MdB 11.–14. WP (SPD)
FrVst → 94/03 203
Sonst. → 49/99

Graf, Otto († 1. 9. 1971)
MdB 1. WP (SPD)

Granold, Ute
MdB 15. WP (CDU)

Grantze, Fritz († 13. 12. 1966)
MdB 2. WP ab 17. 11. 1955 (CDU)
Sonst. → 49/99

Granzow, Hermann
StS → 49/99

Grasedieck, Dieter
MdB 13.–15. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 49–50, 52

Graß, Karl Martin
MdB 7. WP ab 13. 4. 1976 (CDU)

Green, Theodore Francis
Sonst. → 49/99

Grehn, Juliane
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Grehn, Klaus
MdB 14. WP (PDS)

Gres, Joachim
MdB 12.–13. WP (CDU)

Greve, Otto Heinrich († 11. 6. 1968)
MdB 1.–3. WP (SPD)
AVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Grewe, Wilhelm
Sonst. → 49/99

Griefahn, Monika
MdB 14.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 164–165, 203, 266–267
AVst → 94/03 164, 167, 203, 462, 464
Sonst. → 49/99 · 94/03 316

Griem, Hans († 7. 11. 1955)
MdB 2. WP bis † (CDU)

Griep, Franz Gerhard
Sonst. → 49/99

Gries, Ekkehard († 30. 7. 2001)
MdB 11.–12. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Gries (Mühlhausen)**, Gundolf**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Griesau, Hans († 28. 12. 1978)
StS → 49/99

Griese, Kerstin
MdB 14. WP ab 11. 5. 2000, 15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 203
AVst → 94/03 167, 203, 229, 464

Griesinger, Annemarie
MdB 4. WP ab 23. 11. 1964, 5. WP, 6. WP bis 6. 9. 1972 (CDU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Grießhaber, Rita
MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 49/99 · 94/03 312

Grill, Kurt-Dieter
MdB 13.–15. WP (CDU)
AVst → 94/03 203, 530
Sonst. → 94/03 556

Grimme, Adolf († 27. 8. 1963)
Sonst. → 49/99

Grimming, Jürgen
MdB 7. WP ab 18. 6. 1975 (SPD)

Grindel, Reinhard
MdB 15. WP (CDU)

Grobecker, Claus
MdB 6. WP ab 8. 1. 1970, 7.–9. WP, 10. WP bis 14. 11. 1983 (SPD)
PStS → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Grochtmann, Elisabeth
MdB 12. WP (CDU)

Gröbl, Wolfgang
MdB 11.–13. WP (CSU)
PStS → 49/99 · 94/03 203, 285
Sonst. → 49/99 · 94/03 48

Gröger, Rolf
MdVk 10. WP (DSU)

Gröhe, Hermann
MdB 13.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 203, 253–254, 264

Gröner, Lissy
MdEP ab 25. 7. 1989 (SPD)

Gröwel, Margarete († 20. 1. 1979)
MdB 1. WP (CDU)
AVst → 49/99

Grolman, Helmuth von († 18. 1. 1977)
WehrB → 49/99
Sonst. → 49/99

Groneberg, Gabriele
MdB 15. WP (SPD)

Groß, Emil
Sonst. → 49/99

Groß, Jurij
MdVk 10. WP (PDS)
Sonst. → 49/99

Groß, Rötger († 15. 12. 2004)
MdB 7. WP bis 5. 7. 1974 (FDP)
Sonst. → 49/99

Grosse-Brömer, Michael
MdB 15. WP (CDU)

Großmann, Achim
MdB 11.–15. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 203, 287
FrVst → 49/99 · 94/03 203, 265
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 312

Grotewohl, Otto († 21. 9. 1964)
DDR → 49/99

Groth, Hubert
Sonst. → 49/99

Grotthaus, Wolfgang
MdB 14.–15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 50, 52

Grotz, Claus-Peter
MdB 12.–13. WP (CDU)

Grübel, Markus
MdB 15. WP (CDU)

Grünbeck, Josef
MdB 10.–12. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Grüner, Martin
MdB 6.–12. WP (FDP)
PStS → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Grünewald, Joachim
MdB 11.–12. WP (CDU)
PStS → 49/99
Sonst. → 49/99

Grünheid, Karl
DDR → 49/99

Grüning, Uwe
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Grützmann, Angela
MdB 7. WP ab 2. 2. 1974 (SPD)

Gruhl, Herbert († 26. 6. 1993)
MdB 6.–7. WP (CDU), 8. WP (CDU; 11. 7. 1978 → fraktionslos)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Grund, Johanna-Christina
MdEP 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (REP; ab Nov. 1990 parteilos)
Sonst. → 49/99

Grund, Manfred
MdB 13.–15. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 203, 253–255

Grund, Walter († 2. 10. 1986)
StS → 49/99

Grundmann, Arthur († 16. 8. 1987)
MdB 1. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Grunenberg, Horst
MdB 7.–11. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Grunner, Josef († 27. 11. 1984)
MdB 2. WP ab 11. 6. 1957 bis 21. 6. 1957 (SPD)
Sonst. → 49/99

Grygier, Bärbel
MdB 14. WP ab 8. 2. 2002 (PDS)

Gscheidle, Kurt († 22. 2. 2003)
MdB 4.–5. WP, 6. WP bis 7. 11. 1969, 8. WP (SPD)
BMin → 49/99
StS → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 127

Güde, Max († 29. 1. 1984)
MdB 4.–5. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Gügel, Lothar
Sonst. → 49/99

Gülich, Wilhelm († 15. 4. 1960)
MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Günther, Bernhard († 31. 10. 1981)
MdB 1.–4. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Günther, Herbert
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Günther (△Duisburg)**, Horst**
MdB 9.–13. WP, 14. WP ab 1. 10. 1999 (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 203, 285
FrVst → 49/99 · 94/03 203
Sonst. → 49/99

Günther (Plauen)**, Joachim**
MdB 12.–15. WP (FDP)
PStS → 49/99 · 94/03 203, 288
FrVst → 49/99 · 94/03 203

Günther, Maren
MdEP 31. 8. 1993–19.7.1999 (CSU)

Güntsch, Erika
Sonst. → 49/99

Gürth, Detlef
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Guillaume, Günter († 10. 4. 1995)
Sonst. → 49/99

Guillebon, Jeanne-Claude de
(genannt Jeanne-Claude)
Sonst. → 49/99 · 94/03 749–750

Gumbel, Karl († 21. 5. 1984)
StS → 49/99

Gumrum, Otto († 3. 10. 1966)
MdB 2. WP (CSU; 26. 10. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
Sonst. → 49/99

Gundelach, Gustav († 8. 7. 1962)
MdB 1. WP (KPD)
Sonst. → 49/99

Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu († 4. 10. 1972)
MdB 3.–5. WP, 6. WP bis 6. 6. 1972 (CSU)
PStS → 49/99
Sonst. → 49/99

Guttenberg, Karl-Theodor Freiherr von und zu
MdB 15. WP (CSU)
Sonst. → 94/03 51

Gutting, Olav
MdB 15. WP (CDU)

Guttmacher, Karlheinz
MdB 12.–15. WP (FDP)
AVst → 49/99 · 94/03 459
Sonst. → 49/99 · 94/03 713

Gutzeit, Martin
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Gutzler, Karl
Sonst. → 49/99 · 94/03 837

Gysi, Andrea (bis 13. 5. 1996 Lederer, Andrea)
MdB 12. WP (PDS/LL), 13. WP (PDS)
FrVst → 49/99
GrVst → 94/03 163, 203, 270
Sonst. → 49/99 · 94/03 311

Gysi, Gregor
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP (PDS/LL), 13.–14. WP bis 1. 2. 2002 (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
FrVst → 49/99 · 94/03 204, 256, 260, 410
DDR → 49/99
GrVst → 94/03 204, 256, 409
Sonst. → 49/99 · 94/03 10, 129, 133, 311, 313, 588, 591–592

H

Haack, Dieter
MdB 6.–11. WP (SPD)
BMin → 49/99
PStS → 49/99
Sonst. → 49/99

Haack (Extertal)**, Karl Hermann**
MdB 11.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 204

Haacke, Hans
Sonst. → 94/03 413, 437, 753, 794

Haage (△München)**, Hermann** († 21. 12. 1970)
MdB 3.–5. WP, 6. WP bis † (SPD)
MdEP 21. 1. 1970 bis † (SPD)

Haake, Ferdinand
Sonst. → 49/99

Haar (△Stuttgart)**, Ernst** († 25. 5. 2004)
MdB 5.–11. WP (SPD)
PStS → 49/99
Sonst. → 49/99

Haas, Centa († 20. 7. 1976)
MdB 4. WP ab 9. 8. 1963 (CSU)

Haas, Christian Albrecht († 20. 1. 1970)
MdB 5. WP, 6. WP bis † (FDP)
Sonst. → 49/99

Haase (Kellinghusen)**, Detlef** († 11. 12. 1997)
MdB 4. WP ab 10. 11. 1961, 5.–7. WP (SPD)
MdEP 10. 6. 1976–19. 1. 1977 (SPD)

Haase (Fürth)**, Horst**
MdB 7.–10. WP (SPD)
MdEP 19. 1. 1977–16. 7. 1979 (SPD)
Sonst. → 49/99

Haase (Kassel)**, Lothar**
MdB 4.–9. WP, 10. WP bis 5. 12. 1983 (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Haasler, Horst († 20. 5. 1969)
MdB 2. WP (GB/BHE; 12. 7. 1955 → fraktionslos; 14. 7. 1955 → Gruppe Kraft/Oberländer; 15. 7. 1955 → CDU/CSU-Gast; 20. 3. 1956 → CDU/CSU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Haberer, Godfrid
Sonst. → 49/99 · 94/03 750

Haberl, Fritz
MdB 8. WP (CSU)

Habermann, Michael
MdB 12. WP (SPD)

Habsburg[-Lothringen], Otto von
MdEP ab 17. 7. 1979–19.7.1999 (CSU)

Hackel, Heinz Dieter
MdB 12. WP (FDP; 20. 3. 1994 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Hackel, Wolfgang
MdB 9. WP, 10. WP bis 1. 12. 1985 (CDU)
MdEP 2. 12. 1985–24. 7. 1989 (CDU)
Sonst. → 49/99

Hacker, Hans-Joachim
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–15. WP (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
FrVst → 94/03 204, 258
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 315, 712

Hackethal, Karl († 10. 12. 1990)
MdB 3. WP (CDU)

Häckel, Ingeborg
MdB 7. WP ab 28. 9. 1976 (CDU)

Häfele, Hansjörg
MdB 5.–11. WP (CDU)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99

Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Häfner, Gerald
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90), 13. WP, 14. WP ab1. 4. 2001 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 49/99 · 94/03 311, 409

Häfner, Hans-Peter
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Haehser, Karl
MdB 5.–10. WP (SPD)
PStS → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hämmerle, Gerlinde
MdB 11. WP, 12. WP bis 31. 7. 1994
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hänsch, Klaus
MdEP ab 17. 7. 1979 (SPD)
AVst → 49/99
Eur → 49/99 · 94/03 817
Sonst. → 49/99

Haenschke, Frank
MdB 7. WP (SPD)

Härdtl, Wighard
StS → 49/99 · 94/03 288

Härlin, Benedikt
MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 (GRÜNE)

Härzschel, Kurt
MdB 4. WP ab 28. 10. 1963, 5. WP ab 19. 10. 1967, 6. WP, 7. WP bis 23. 9. 1976 (CDU)
MdEP 14. 2. 1973–19. 1. 1977 (CDU)
Sonst. → 49/99

Häuser, Gerd Jürgen
MdB 11. WP ab 2. 1. 1990 (SPD)

Häussler, Erwin († 11. 1. 1981)
MdB 2.–3. WP, 4. WP ab 20. 4. 1964, 5.–6. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Haffner, Alexander
Sonst. → 49/99

Hagedorn, August
Sonst. → 49/99

Hagedorn, Bettina
MdB 15. WP (SPD)

Hagemann, Karl
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Hagemann, Klaus
MdB 13.–15. WP (SPD)
AVst → 94/03 463
Sonst. → 94/03 713

Hagen, Georg
Sonst. → 49/99

Hagen, Ingrid von
Sonst. → 49/99 · 94/03 835

Hagen, Marlis Gräfin vom
MdB 4. WP ab 20. 1. 1964 (CDU)

Hager, Kurt († 18. 9. 1998)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Hagge, Johannes († 10. 1. 1964)
MdB 1. WP (CDU; 24. 6. 1953 → FDP)
Sonst. → 49/99

Hahn, Andreas
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Hahn, Hans-Jürgen
MdVk 10. WP bis 27. 8. 1990 (PDS)

Hahn (△Bielefeld)**, Karl** († 6. 3. 1982)
MdB 2.–5. WP (CDU)
MdEP 27. 2. 1958–21. 1. 1970 (CDU)

Hahn, Karl
Sonst. → 49/99

Hahn (Heidelberg)**, Wilhelm** († 9. 12. 1996)
MdB 4. WP ab 9. 5. 1962 bis 16. 11. 1964 (CDU)
MdEP 17. 7. 1979–3. 10. 1987 (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 125

Hahne, Dietrich († 5. 8. 1974)
MdB 3. WP ab 7. 12. 1959 (CDU)

Haibach, Holger
MdB 15. WP (CDU)

Haider, Jörg
Sonst. → 49/99

Hajduk, Anja
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
AVst → 94/03 463

Hajek, Rosemarie
MdVk 10. WP (SPD)

Halbritter, Walter
DDR → 49/99

Halfmeier, Friedhelm († 11. 10. 1977)
MdB 6.–7. WP (SPD)

Haller, Gert
StS → 49/99

Haller, Heinz
StS → 49/99

Haller von Hallerstein, Helga
MdEP 27. 12. 1993–18. 7. 1994 (CDU)

Hallstein, Walter († 29. 3. 1982)
MdB 6. WP (CDU)
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Halm, Gunter
DDR → 49/99

Hamacher, Heinrich († 19. 7. 1974)
MdB 3.–5. WP (SPD)

Hamacher, Wilhelm († 19. 7. 1951)
MdB 1. WP bis † (Z)
Sonst. → 49/99

Hamelbeck, Elfriede
siehe Klemmert, Elfriede

Hamm (Kaiserslautern)**, Ludwig**
MdB 4. WP, 5. WP bis 12. 5. 1966 (FDP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hamm-Brücher, Hildegard
MdB 8.–11. WP (FDP)
PStS → 49/99
StS → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 724

Hammans, Hugo
MdB 5.–8. WP (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 838

Hammer, Richard († 3. 10. 1969)
MdB 1.–2. WP (FDP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hammerbacher, Ruth
Sonst. → 49/99

Hammersen, Walter († 10. 10. 1990)
MdB 4. WP (FDP)

Hammerstein, Carl-Detlev Freiherr von
MdB 10. WP ab 9. 4. 1984, 12.–14. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Hampel, Manfred [Eugen]
MdB 12.–14. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 460

Hanauer, Rudolf († 29. 12. 1992)
Sonst. → 49/99

Handlos, Franz
MdB 7.–9. WP (CSU), 10. WP (CSU; 8. 7. 1983 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Handschack, Lothar
MdB 12. WP ab 1. 7. 1994 (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Handschumacher, Johannes († 31. 10. 1957)
MdB 1. WP ab 21. 1. 1953 (CDU)

Hanewinckel, Christel
siehe Riemann-Hanewinckel, Christel

Haniel-Niethammer, Fritz von († 24. 5. 1977)
MdB 3.–4. WP (CSU)

Hannig, Wolf-Peter
MdVk 10. WP (PDS)

Hansen, Dirk
MdB 12. WP (FDP)

Hansen, Karl-Heinz
MdB 6.–8. WP (SPD), 9. WP (SPD; 14. 12. 1981 → fraktionslos)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Hansen (Hamburg)**, Uwe**
MdB 10. WP ab 29. 6. 1984 (SPD)
Sonst. → 49/99

Hansen (Köln)**, Werner** († 15. 6. 1972)
MdB 2. WP (SPD)

Hansing (△Bremen)**, Hermann** († 25. 11. 1977)
MdB 2.–6. WP (SPD)

Hansjakob, Gottfried
Sonst. → 49/99

Hanz (△Dahlen)**, August**
MdB 5.–6. WP, 8.–10. WP (CDU)
Bibl. → 49/99

Happach-Kasan, Christel
MdB 15. WP ab 10. 12. 2002 (FDP)

Happe, Heinrich († 12. 1. 1979)
MdB 1. WP (SPD)

Hare, Thomas († 1891)
Sonst. → 49/99

Harig, Paul († 24. 5. 1977)
MdB 1. WP (KPD)

Harkort, Günther († 3. 10. 1986)
StS → 49/99

Harm (△Hamburg)**, Walter** († 10. 8. 1964)
MdB 3. WP bis 22. 9. 1961, 4. WP bis † (SPD)

Harms, Rebecca
MdEP ab 20.7.2004 (GRÜNE)

Harnischfeger, Johann († 15. 3. 1984)
MdB 2.–4. WP (CDU)

Harries, Klaus
MdB 11.–12. WP (CDU)

Harrland, Harri
Sonst. → 49/99

Hartenbach, Alfred
MdB 13.–15. WP (SPD)
PStS → 94/03 204, 283
FrVst → 94/03 204, 266

Hartenstein, Liesel
MdB 8.–13. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 144

Hartkopf, Günter († 19. 9. 1989)
StS → 49/99

Hartling, Poul
Sonst. → 49/99

Hartmann, Alfred († 27. 8. 1967)
StS → 49/99

Hartmann (Homburg)**, Christoph**
MdB 15. WP bis 31. 10. 2004 (FDP)

Hartmann, Gert
MdVk 10. WP (SPD)

Hartmann, Günter
Sonst. → 49/99

Hartmann, Hanns-Peter
MdB 13. WP ab 25. 11. 1995 (PDS)

Hartmann, Klaus († 14. 12. 1995)
MdB 8.–9. WP, 10. WP bis 4. 6. 1984 (CSU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hartmann (Wackernheim)**, Michael**
MdB 15. WP (SPD)

Hartmann, Peter
StS → 49/99 · 94/03 282

Hartnack, Heinz († 1. 1. 1990)
MdB 6. WP ab 14. 9. 1972 (CDU)

Hartnagel, Anke († 17. 4. 2004)
MdB 14.–15. WP bis † (SPD)

Haschke (Großhennersdorf)**, Gottfried**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–14. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
PStS → 49/99 · 94/03 204
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 47

Haschke (Jena-West)**, Jürgen**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU [Gast])
MdVk 10. WP (DSU)
Sonst. → 49/99

Haschke (Jena-Ost/Jena)**, Udo**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Hase, Karl-Günther von
StS → 49/99

Hasemann, Walther († 20. 11. 1976)
MdB 1. WP (FDP)
AVst → 49/99

Hasenfratz, Klaus
MdB 11.–14. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 461
Sonst. → 49/99 · 94/03 49–50

Hasinger, Albrecht († 21. 2. 1994)
MdB 8. WP (CDU)
StS → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 123

Hassel, Kai-Uwe von († 8. 5. 1997)
MdB 2. WP bis 4. 11. 1954, 5.–8. WP (CDU)
MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (CDU)
BTPräs → 49/99
VPräs → 49/99
BRPräs → 49/99
BMin → 49/99
MPräs → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125, 451

Hasselfeldt, Gerda (geb. Rainer, Gerda)
MdB 11. WP ab 24. 3. 1987, 12.–15. WP (CSU)
BMin → 49/99 · 94/03 204
FrVst → 49/99 · 94/03 162, 165, 168, 204, 255, 261–263
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 48, 51, 315, 317

Hassemer, Winfried
Sonst. → 49/99 · 94/03 594

Hauchler, Ingomar
MdB 10.–13. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 204, 265
Sonst. → 49/99

Hauck, Christian
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Hauck, Rudolf († 17. 10. 2003)
MdB 5.–10. WP (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Hauenschild, Karl
MdEP 17. 7. 1979–14. 1. 1980 (SPD)

Hauer, Nina
MdB 14.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 167, 204, 258

Hauff, Volker
MdB 6.–10. WP, 11. WP bis 14. 6. 1989 (SPD)
BMin → 49/99
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Hauffe, Herbert († 21. 5. 1997)
MdB 2.–5. WP (SPD)

Haug, Jutta
MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Haungs, Rainer († 18. 1. 1996)
MdB 10.–12. WP, 13. WP bis † (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 204, 260
Sonst. → 49/99

Haunschild, Hans-Hilger
StS → 49/99

Haupt, Klaus
MdB 14.–15. WP (FDP)

Haupt, Peter
StS → 49/99 · 94/03 286

Hauschild, Hannelore
DDR → 49/99

Hauser (Bad Godesberg/Bonn-Bad Godesberg)**, Alo** († 29. 10. 1997)
MdB 5.–9. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Hauser (Rednitzhembach)**, Hansgeorg**
MdB 12.–14. WP (CSU)
PStS → 49/99 · 94/03 204, 284
FrVst → 49/99 · 94/03 204, 258, 261

Hauser (Krefeld)**, Hansheinz**
MdB 7.–11. WP (CDU)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Hauser (△Sasbach)**, Hugo** († 9. 6. 1980)
MdB 3. WP ab 11. 3. 1960, 4.–7. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hauser (Bonn)**, Norbert**
MdB 14. WP bis 9. 4. 2002 (CDU)
Sonst. → 94/03 129

Hauser (Esslingen)**, Otto**
MdB 10.–13. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 204, 281
Sonst. → 49/99 · 94/03 639

Hausmann, Peter
StS → 49/99 · 94/03 281

Hausmann, Willi
StS → 49/99 · 94/03 286

Haußleiter, August († 8. 7. 1989)
Sonst. → 49/99

Haussmann, Helmut
MdB 8.–14. WP (FDP)
BMin → 49/99 · 94/03 204
FrVst → 49/99 · 94/03 204, 268–269
Sonst. → 49/99 · 94/03 313

Haußmann, Wolfgang († 6. 3. 1989)
Sonst. → 49/99

Havel, Václav
Sonst. → 49/99 · 94/03 407

Havemann, Katja
Sonst. → 49/99

Havemann, Robert († 9. 4. 1982)
Sonst. → 49/99

Heck (^Rottweil)**, Bruno** († 16. 9. 1989)
MdB 3.–7. WP (CDU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Hecker, Klaus
MdB 10. WP bis 31. 8. 1983 (GRÜNE)
AVst → 49/99

Hecker, Wilhelm
StS → 49/99 · 94/03 285

Hedler, Wolfgang († 26. 2. 1986)
MdB 1. WP (DP; 19. 1. 1950 → fraktionslos; 28. 3. 1950 → DRP-Gast; 16. 9. 1950 → fraktionslos; 29. 4. 1953 → WAV)
Sonst. → 49/99

Hedrich, Klaus-Jürgen
MdB 10.–15. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 204, 288
FrVst → 94/03 204, 262–263
Sonst. → 49/99

Heereman von Zuydtwyck, Constantin Freiherr
MdB 10.–11. WP (CDU)

Hegewald, Helmar
MdVk 10. WP (PDS)

Heide, Johann Karl († 3. 5. 1974)
MdB 2.–4. WP (SPD)

Heiderich, Helmut
MdB 13. WP ab 26. 2. 1996, 14. WP ab 26. 1. 2000, 15. WP (CDU)
Sonst. → 94/03 712

Heil, Hubertus
MdB 14.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 204
Sonst. → 94/03 145

Heiland, Rudolf-Ernst († 6. 5. 1965)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (SPD)
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Heile, Wilhelm († 17. 8. 1969)
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Heiler, Anne Marie († 17. 12. 1979)
MdB 1. WP (CDU)

Heilmann, Friedrich
Sonst. → 49/99

Heimann, Gerhard
MdB 10.–11. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Heimerich, Hermann († 5. 1. 1963)
Sonst. → 49/99

Heimsberg, Bruno
Sonst. → 49/99

Hein (Salzgitter-Lebenstedt)**, Alfred** († 18. 4. 1971)
MdB 6. WP ab 27. 4. 1970 bis † (CDU)

Hein, Udo († 19. 1. 1971)
MdB 5. WP bis 22. 12. 1966, 6. WP bis † (SPD)
MdEP 21. 1. 1970 bis † (SPD)
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Heinemann, Gustav W. († 7. 7. 1976)
MdB 3.–4. WP, 5. WP bis 24. 6. 1969 (SPD)
BPräs → 49/99
BMin → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Heinemann, Hermann
MdEP 11. 3. 1983–23. 7. 1984 (SPD)

Heinen, Franz († 22. 9. 1963)
MdB 1. WP ab 24. 7. 1953 (SPD)
Sonst. → 49/99

Heinen, Ursula
MdB 14.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 204

Heinisch, Renate
MdEP 19. 7. 1994–19.7.1999 (CDU)

Heinrich, Brigitte († 29. 12. 1987)
MdEP 24. 7. 1984 bis † (GRÜNE)
Eur → 49/99

Heinrich, Fritz († 7. 3. 1959)
MdB 2. WP, 3. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Heinrich, Ulrich
MdB 11.–15. WP (FDP)
FrVst → 49/99 · 94/03 205, 256
Sonst. → 49/99 · 94/03 314

Heintzen, Markus
Sonst. → 49/99 · 94/03 589

Heinzig, Jens
MdB 13. WP ab 13. 5. 1998 (SPD)

Heinzmann, Gerhard M.
Sonst. → 49/99

Heise, Manfred
MdB 12.–14. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Heise, Margarete
siehe Berger-Heise, Margarete

Heise-Schirdewan, Rosemarie
MdVk 10. WP (PDS)

Heisig, Bernhard
Sonst. → 49/99

Heistermann, Dieter
MdB 9.–13. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 458
Sonst. → 49/99 · 94/03 719–720

Heitkamp, Willi
Sonst. → 49/99

Heix, Martin († 24. 4. 1977)
MdB 1. WP (CDU), 2. WP (Z; 23. 9. 1953 → CDU/CSU), 3.–4. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Held, Fritz († 15. 8. 1968)
MdB 2. WP ab 13. 9. 1954 (FDP)

Helfferich, Sibylle
Sonst. → 49/99

Helias, Siegfried
MdB 14.–15. WP (CDU)

Hellenbrock, Josef († 7. 4. 1977)
MdB 2.–5. WP (SPD)

Heller, Uda
MdB 15. WP (CDU)

Hellige, Walther († 23. 3. 1984)
MdB 4. WP (FDP), 5. WP (FDP; 13. 10. 1967 → fraktionslos; 24. 10. 1967 → CDU/CSU), 6. WP ab 19. 4. 1971 (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Helling, Detlef
MdB 13. WP ab 11. 12. 1996, 14. WP ab 10. 4. 2002 (CDU)

Hellmann, Herbert
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hellwege, Heinrich († 4. 10. 1991)
MdB 1. WP, 2. WP bis 27. 5. 1955 (DP)
BMin → 49/99
MPräs → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hellwig, Fritz
MdB 2. WP, 3. WP bis 30. 11. 1959 (CDU)
MdEP 25. 2. 1959–14. 9. 1959 (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hellwig, Renate
MdB 9.–13. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 205
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Helm, Dieter
MdVk 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 → CDU)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Helmrich, Herbert
MdB 8.–11. WP, 12. WP bis 21. 5. 1992 (CDU)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Helms, Wilhelm
MdB 6. WP (FDP; 23. 4. 1972 → fraktionslos; 5. 5. 1972 → CDU/CSU-Gast)
MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (CDU)
Sonst. → 49/99

Heltzig, Frank
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Hemker, Reinhold
MdB 13.–15. WP (SPD)

Hempel, Frank
MdB 14. WP (SPD)

Hempelmann, Rolf
MdB 13.–15. WP (SPD)
AVst → 94/03 530
Sonst. → 49/99 · 94/03 48, 50, 52

Hemsath, Heinrich († 14. 4. 1978)
Sonst. → 49/99

Henckel von Donnersmarck, Georg Graf († 2. 5. 1973)
MdB 2. WP, 3. WP ab 5. 9. 1959 (CSU)

Hendricks, Barbara
MdB 13.–15. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 164, 167, 205, 284, 335
Sonst. → 49/99

Henke, Erich
MdB 6.–8. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Henke, Hans Jochen
MdB 14. WP (CDU)
StS → 49/99 · 94/03 287

Henle, Günther († 13. 4. 1979)
MdB 1. WP (CDU)
MdEP 16. 7. 1952–10. 12. 1953 (CDU)
Sonst. → 49/99

Henn, Bernd
MdB 12. WP (PDS/LL; 21. 10. 1991 → fraktionslos; 1. 1. 1993 → PDS/LL)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Henn, Hans († 26. 8. 1958)
MdB 1. WP ab 1. 2. 1952 (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
Sonst. → 49/99

Hennig, Arno († 26. 7. 1963)
MdB 1. WP (SPD)
AVst → 49/99

Hennig, Ottfried (†19. 10. 1999)
MdB 8.–11. WP, 12. WP bis 31. 5. 1992 (CDU)
PStS → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 126

Henning, Werner
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Hennis, Wilhelm
Sonst. → 49/99

Hennrich, Michael
MdB 15. WP (CDU)

Henrich, Rolf
Sonst. → 49/99

Henschel, Johann-Friedrich
Sonst. → 49/99 · 94/03 594

Hensel, Karitas Dagmar († 13. 11. 1999)
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99

Henßler, Fritz († 4. 12. 1953)
MdB 1. WP (SPD)
MdEP 16. 7. 1952 bis † (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Henz, Erich
Sonst. → 94/03 66

Henze, Maria († 10. 4. 1972)
MdB 6. WP bis † (CDU)

Hepp, Karl († 3. 1. 1970)
MdB 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
Sonst. → 49/99

Heppe, Hans von († 2. 4. 1982)
StS → 49/99

Heptulla, Najma
StS → 49/99
Sonst. → 94/03 407

Herberholz, Ralph
MdB 9. WP, 11. WP ab 1. 9. 1990 (SPD)

Herbers, Rudolf
MdB 7. WP ab 12. 5. 1976 (SPD)

Herberts, Hermann († 25. 12. 1995)
MdB 4. WP ab 12. 3. 1964, 5. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Herbig, Gustav († 9. 10. 1965)
MdB 1. WP bis 1. 12. 1951 (SPD)
Sonst. → 49/99

Herbst, Erika
Sonst. → 49/99

Herkenrath, Adolf
MdB 9.–12. WP (CDU)
FrVst → 49/99

Herklotz, Luise
MdB 2. WP ab 24. 9. 1956, 3.–6. WP (SPD)
MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (SPD)
Sonst. → 49/99

Herles, Helmut
Sonst. → 49/99 · 94/03 796

Hermann, Winfried
MdB 14.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
AVst → 49/99 · 94/03 461
Sonst. → 94/03 316, 327, 329

Hermans, Hubert († 28. 12. 1989)
MdPR → 49/99

Hermenau, Antje
MdB 13.–15. WP bis 19. 12. 2004 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 94/03 316

Hermens, Ferdinand A.
Sonst. → 49/99

Hermes, Andreas († 4. 1. 1964)
Sonst. → 49/99

Hermes, Peter
StS → 49/99

Hermesdorf (Schleiden)**, Herbert (**† 9. 10. 1999)
MdB 6. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Hermsdorf (^Cuxhaven)**, Hans** († 30. 12. 2001)
MdB 2.–6. WP, 7. WP bis 30. 5. 1974 (SPD)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Herold, Karl († 1. 9. 1977)
MdB 2.–7. WP (SPD)
PStS → 49/99
Sonst. → 49/99

Herr, Norbert
MdB 12. WP ab 11. 11. 1993 (CDU)

Herrgesell, Gerhard
Sonst. → 49/99

Herrmann, Alfred (†)
Sonst. → 49/99

Herrmann, Joachim († 30. 7. 1992)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Herrmann, Jürgen
MdB 15. WP (CDU)

Herrmann, Matthäus († 29. 9. 1959)
MdB 1. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Hertel, Guido
Sonst. → 49/99

Herterich, Günter
MdB 9.–10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Herz, Karl († 11. 7. 1970)
StS → 49/99

Herzog, Gustav
MdB 14.–15. WP (SPD)

Herzog, Roman
BPräs → 49/99 · 94/03 449, 724–725
Sonst. → 49/99 · 94/03 724

Hesberg, Carl († 29. 6. 1977)
MdB 2.–5. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hesemann, Clemens († 26. 12. 1981)
MdB 3.–4. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Heß, Petra
MdB 15. WP (SPD)

Hettlage, Karl Maria († 3. 9. 1995)
StS → 49/99

Hettlich, Peter
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hettling, Ludwig
MdB 10. WP ab 15. 11. 1983 (SPD)

Heubaum, Monika
MdB 13.–15. WP (SPD)

Heuer, Ernst († 13. 4. 1996)
Sonst. → 49/99 · 94/03 563

Heuer, Uwe-Jens
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP (PDS/LL), 13. WP (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 144, 311, 409

Heukelum, Gerhard van († 5. 5. 1969)
Sonst. → 49/99

Heurich, Fridolin
Sonst. → 49/99

Heuser, Hedda
MdB 4. WP ab 6. 12. 1962, 5. WP ab 11. 3. 1968 (FDP)

Heusinger, Hans-Joachim
DDR → 49/99

Heuss, Theodor († 12. 12. 1963)
MdB 1. WP bis 15. 9. 1949 (FDP)
BPräs → 49/99
FrVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Hewusch, Franz
Sonst. → 49/99

Heydt Freiherr von Massenbach, Peter von der
MdB 8.–9. WP (CDU)

Heye, Hellmuth Guido Alexander († 10. 11. 1970)
MdB 2.–3. WP (CDU)
WehrB → 49/99
Sonst. → 49/99

Heye, Uwe-Karsten
StS → 49/99 · 94/03 281
Sonst. → 94/03 327

Heyen, Roelf († 5. 6. 1975)
MdB 6. WP, 7. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Heyenn, Günther
MdB 8.–12. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Heyl, Wolfgang
DDR → 49/99

Heyl zu Herrnsheim, Marie-Elisabeth Freiin von
siehe Klee, Marie-Elisabeth

Heym, Stefan († 16. 12. 2001)
MdB 13. WP bis 31. 10. 1995 (PDS)
Sonst. → 49/99 · 94/03 126–127, 144, 243

Heyne, Kristin († 30. 1. 2002)
MdB 13.–14. WP bis † (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 49/99 · 94/03 163, 165, 205, 252, 269
AVst → 94/03 242
Sonst. → 94/03 127

Heynemann, Bernd
MdB 15. WP (CDU)

Hickel, Erika
MdB 10. WP bis 9. 3. 1985 (GRÜNE)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hiebing, Maria Anna
MdB 12. WP ab 8. 12. 1993 (CDU)

Hiehle, Joachim
StS → 49/99

Hielscher, Günter
MdVk 10. WP ab 11. 6. 1990 (Die Liberalen)

Hieronymi, Ruth
MdEP ab 20.7.1999 (CDU)

Hiksch, Uwe
MdB 13.–14. WP (SPD; 29. 9. 1999 → fraktionslos, 5. 10. 1999 → PDS)
FrVst → 94/03 205, 270
Sonst. → 94/03 249

Hilbert, Anton († 16. 2. 1986)
MdB 1.–5. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Hilbrecht, Gisela (bis 6. 11. 2003 Schröter, Gisela)
MdB 12.–15. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 529

Hildebrand, Klaus
Sonst. → 94/03 836

Hildebrand, Peter
MdVk 10. WP (GP → Bündnis 90/Grüne)
DDR → 49/99

Hildebrandt, Regine
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99

Hillebrecht, Rudolf
Sonst. → 49/99

Hiller (Lübeck)**, Reinhold**
MdB 10.–14. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 712–713

Hiller-Ohm, Gabriele
MdB 15. WP (SPD)

Hillerich, Imma
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hilpert, Werner († 24. 2. 1957)
MdB 1. WP bis 10. 10. 1949 (CDU)
Sonst. → 49/99

Hilsberg, Stephan
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–15. WP (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
PStS → 94/03 205, 287
FrVst → 94/03 205, 267
Sonst. → 49/99 · 94/03 314

Hindenburg, Paul von († 2. 8. 1934)
Sonst. → 49/99

Hinrichs, Wolfgang
MdB 10.–11. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Hinsken, Ernst
MdB 9.–15. WP (CSU)
PStS → 49/99 · 94/03 205, 285
FrVst → 94/03 205
AVst → 49/99 · 94/03 205, 462, 464
Sonst. → 49/99 · 94/03 48–49, 51

Hintze, Peter
MdB 12.–15. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 205
FrVst → 94/03 205, 262–264
Sonst. → 94/03 315

Hirche, Walter
MdB 13.–14. WP (FDP)
PStS → 49/99 · 94/03 205, 288
FrVst → 49/99 · 94/03 205, 256

Hirsch, Burkhard
MdB 7. WP bis 5. 6. 1975, 9.–13. WP (FDP)
VPräs → 49/99 · 94/03 205, 235–236, 256, 411, 445
FrVst → 49/99 · 94/03 256
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Hirsch, Martin († 12. 4. 1992)
MdB 4.–5. WP, 6. WP bis 8. 12. 1971 (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Hirzel, Hans
Sonst. → 49/99 · 94/03 724

Hitler, Adolf († 30. 4. 1945)
Sonst. → 49/99

Hitschler, Walter
MdB 11. WP ab 7. 8. 1987, 12. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Hitzigrath, Rüdiger
MdB 9. WP ab 6. 11. 1981 (SPD)
MdEP ab 18. 12. 1984–24.7.1989 (SPD)

Hoch, Fritz († 20. 10. 1984)
MdPR → 49/99

Hochbaum, Robert
MdB 15. WP (CDU)

Höcherl, Hans
Sonst. → 49/99

Höcherl, Hermann († 18. 5. 1989)
MdB 2.–7. WP (CSU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Höchst, Josef († 11. 11. 1996)
MdB 4. WP (CDU)

Höck (^Salzgitter)**, Wilhelm** († 4. 3. 1983)
MdB 2.–3. WP (CDU)

Höcker, Heinrich († 25. 2. 1962)
MdB 1.–3. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Höcker, Karl
Sonst. → 49/99

Höfer, Gerd
MdB 13.–15. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 719

Höffkes, Peter Wilhelm
MdB 8.–11. WP (CSU)
FrVst → 49/99

Höfken, Ulrike (bis 15. 3. 1995 Höfken-Deipenbrock, Ulrike)
MdB 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
AVst → 49/99 · 94/03 461, 464
Sonst. → 94/03 314

Höfken-Deipenbrock, Ulrike
siehe Höfken, Ulrike

Höfler, Heinrich († 21. 10. 1963)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)
Sonst. → 49/99

Hoegner, Wilhelm († 5. 3. 1980)
MdB 4. WP bis 4. 1. 1962 (SPD)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Höhmann (^Hessisch Lichtenau)**, Egon** († 19. 1. 1979)
MdB 3.–7. WP, 8. WP bis † (SPD)
PStS → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Höhn, Michael
Sonst. → 49/99

Höhne, Franz († 16. 11. 1980)
MdB 1.–5. WP (SPD)

Hölkeskamp, Walter
Sonst. → 49/99

Höll, Barbara
MdB 12. WP (PDS/LL), 13.–14. WP (PDS)
FrVst → 49/99 · 94/03 166, 205, 256, 270, 410
GrVst → 94/03 163, 205, 256, 409
Sonst. → 49/99 · 94/03 315

Höllerer, Julius
Sonst. → 49/99

Hölscher, Friedrich
MdB 7.–8. WP (FDP), 9. WP (FDP; 23. 11. 1982 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Hölzl, Josef († 30. 9. 1975)
StS → 49/99

Hölzle, Ernst († 1. 6. 1970)
MdB 5. WP ab 20. 2. 1967 (SPD)

Hönes, Hannegret
MdB 10. WP ab 13. 4. 1985 (GRÜNE)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hoenicke, Bertram
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Hönle, Ludwig
Sonst. → 49/99

Höntsch, Michael
Sonst. → 49/99

Höpcke, Klaus
MdVk 10. WP (PDS)
DDR → 49/99

Höpfinger, Stefan († 16. 2. 2004)
MdB 8.–11. WP (CSU)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Höpker-Aschoff, Hermann († 15. 1. 1954)
MdB 1. WP bis 9. 9. 1951 (FDP)
AVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Höppner, Reinhard
MdVk 10. WP (SPD)
MPräs → 49/99
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Hörauf, Fritz Wilhelm († 24. 4. 1991)
MdB 2.–5. WP (SPD)

Hörmann (Freiburg)**, Hans**
MdB 4.–6. WP (SPD)

Hörnemann (Gescher)**, Heinrich** († 29. 9. 1977)
MdB 4.–5. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Hörning, Günter
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Hörsken, Heinz-Adolf († 23. 2. 1996)
MdB 12. WP, 13. WP bis † (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 205, 253
Sonst. → 49/99

Hörster, Joachim
MdB 11.–15. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 205, 252–253
AVst → 49/99 · 94/03 585
Eur → 94/03 803
Sonst. → 49/99 · 94/03 837

Hösl, Alex († 20. 3. 1977)
MdB 4.–7. WP, 8. WP bis † (CSU)
Sonst. → 49/99

Hößelbarth, Yvonne
Sonst. → 49/99

Hofbauer, Klaus
MdB 14.–15. WP (CSU)
Sonst. → 94/03 51

Hoff, Magdalene
MdEP 17. 7. 1979–19.7.2004 (SPD)
Eur → 49/99 · 94/03 817

Hoffacker, Paul
MdB 8. WP, 9. WP ab 21. 12. 1982, 10.–12. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99

Hoffie, Klaus-Jürgen
MdB 7.–8. WP, 9. WP bis 25. 6. 1981, 10. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Hoffmann (Lübeck)**, Curt** († 29. 11. 1961)
MdB 1. WP ab 15. 6. 1951 (FDP)
Sonst. → 49/99

Hoffmann, Erich
Sonst. → 49/99

Hoffmann (Saarbrücken)**, Hans-Joachim**
MdB 8.–9. WP, 10. WP bis 11. 4. 1985 (SPD)
MdEP 19. 1. 1977–16. 7. 1979 (SPD)
Sonst. → 49/99

Hoffmann (Hoya/Soltau)**, Ingeborg**
MdB 8.–11. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Hoffmann (Wismar)**, Iris**
MdB 14.–15. WP (SPD)

Hoffmann (Chemnitz)**, Jelena**
MdB 13.–15. WP (SPD)

Hoffmann (Lindlar)**, Johannes** († 15. 2. 1960)
MdB 1. WP ab 7. 8. 1951 (Z; 14. 12. 1951 → FU)
Sonst. → 49/99

Hoffmann, Johannes († 21. 9. 1967)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Hoffmann (Schönau)**, Karl** († 17. 7. 1981)
MdB 1.–2. WP (FDP)

Hoffmann, Karl-Heinz († 17. 8. 2001)
MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (CDU)

Hoffmann, Theodor
DDR → 49/99

Hoffmann (Darmstadt)**, Walter**
MdB 14.–15. WP (SPD)

Hofmann, Dieter
MdVk 10. WP bis 11. 6. 1990 (DFP → Die Liberalen)

Hofmann (Volkach)**, Frank**
MdB 13.–15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 593

Hofmann (Mainz)**, Josef**
MdB 5. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Hofmann (^Kronach)**, Karl**
MdB 5.–8. WP (SPD), 9. WP (SPD; 1. 4. 1982 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Hofmeister, Werner († 21. 9. 1984)
MdPR → 49/99

Hohenzollern, Prinz Louis Ferdinand von († 25. 9. 1994)
Sonst. → 49/99

Hohl, Heinrich († 29. 12. 1968)
MdB 1. WP ab 3. 11. 1949 (CDU)
Sonst. → 49/99

Hohmann, Martin
MdB 14.–15. WP (CDU; 14. 11. 2003 → fraktionslos)
Sonst. → 94/03 712–713

Holetschek, Klaus
MdB 14. WP bis 6. 5. 2002 (CDU)
Sonst. → 94/03 129, 712

Holkenbrink, Heinrich († 29. 11. 1998)
MdB 4. WP, 5. WP bis 17. 7. 1967 (CDU)
Sonst. → 49/99

Holl, Matthias
Sonst. → 49/99

Holla, Ernst († 18. 3. 1963)
MdB 2.–3. WP (CDU)

Hollerith, Josef
MdB 12.–14. WP (CSU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 48–49

Holsteg, Erwin
MdB 9. WP (FDP)

Holtz, Uwe
MdB 7.–12. WP (SPD)
AVst → 49/99
Eur → 49/99 · 94/03 802
Sonst. → 49/99

Holz, Joachim
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 → CDU)
Sonst. → 49/99

Holzapfel, Elke
MdB 13. WP ab 5. 11. 1997 (CDU)

Holzapfel, Friedrich († 15. 11. 1969)
MdB 1. WP bis 20. 1. 1953 (CDU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Holzfuß, Martin
MdEP 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (FDP)

Holzhüter, Ingrid
MdB 13.–14. WP (SPD)

Holzmeister, Lieselotte († 28./29. 6. 1994)
MdB 5. WP ab 5. 2. 1968 (CDU)

Homann, Heinrich
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Hombach, Bodo
BMin → 49/99 · 94/03 240, 280–281, 299, 325
Sonst. → 94/03 335

Homburger, Birgit
MdB 12.–15. WP (FDP)
FrVst → 94/03 168, 205, 256
Sonst. → 49/99 · 94/03 144, 312, 314, 316, 409–410

Honecker, Erich († 29. 5. 1994)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Honecker, Margot
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Hoogen, Matthias († 13. 7. 1985)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 11. 12. 1964 (CDU)
AVst → 49/99
WehrB → 49/99
Sonst. → 49/99

Hopf, Volkmar († 22. 3. 1997)
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Hoppe, Anton († 11. 8. 1968)
MdB 1. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hoppe, Hans-Günter († 22. 3. 2000)
MdB 7.–11. WP (FDP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hoppe, Thilo
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hoppenstedt, Karsten [Friedrich]
MdEP 25. 7. 1989–19.7.1999 und ab 20.7.2004 (CDU)

Horacek, Milan
MdB 10. WP ab 2. 9. 1983 bis 3. 10. 1985 (GRÜNE)
MdEP ab 20.7.2004 (GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Horlacher, Michael († 12. 10. 1957)
MdB 1.–2. WP (CSU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Horn, Erwin
MdB 6.–13. WP (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 156

Horn, Peter († 26. 6. 1967)
MdB 1. WP ab 10. 6. 1950, 2.–4. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Horn, Ricarda
Sonst. → 49/99

Hornhues, Karl-Heinz
MdB 7.–14. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 205
AVst → 49/99 · 94/03 205, 457
Sonst. → 49/99 · 94/03 156

Hornung, Siegfried
MdB 10. WP, 11. WP ab 6. 2. 1990, 12.–14. WP (CDU)
FrVst → 94/03 205
AVst → 49/99 · 94/03 205
Sonst. → 49/99

Horstmeier, Martin
MdB 5.–9. WP, 10. WP ab 3. 12. 1986 (CDU)

Horten, Alphons († 1. 12. 2003)
MdB 5.–6. WP (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Hospes, Gisela
Sonst. → 49/99

Hoss, Willi († 20. 2. 2003)
MdB 10. WP bis 12. 4. 1985 (GRÜNE), 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Hoth, Sigrid
MdB 12. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Hotz, Wolfgang
MdVk 10. WP (PDS)

Hoven, Viktor († 10. 10. 1968)
MdB 3.–4. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Hovermann, Eike Maria
MdB 13. WP ab 13. 1. 1995, 14.–15. WP (SPD)

Hoyer, Werner
MdB 11.–15. WP (FDP)
PStS → 49/99 · 94/03 206, 282
FrVst → 49/99 · 94/03 206, 256, 269
Sonst. → 49/99 · 94/03 315

Huber, Antje
MdB 6.–10. WP (SPD)
BMin → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hubert, Elinor († 25. 1. 1973)
MdB 1.–5. WP (SPD)
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Hubrig, Hans († 25. 3. 1982)
MdB 6. WP, 8. WP, 9. WP bis † (CDU)

Hudak, Adalbert († 27. 3. 1986)
MdB 5. WP (CSU)

Hübner, Carsten
MdB 14. WP (PDS)

Hübner, Heinz [Werner]
MdB 12. WP bis 12. 5. 1992 (FDP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99

Hübner, Karl († 20. 12. 1965)
MdB 1. WP ab 1. 2. 1952 (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (FDV; 9. 10. 1957 → CDU [Gast]; 1. 1. 1959 → CDU/CSU), 4. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Hübner, Klaas
MdB 15. WP (SPD)

Hübner, Klaus
MdB 4. WP ab 13. 5. 1965, 5. WP ab 6. 12. 1966 bis 14. 1. 1969 (SPD)
Sonst. → 49/99

Hülsmann, Wolfgang
Sonst. → 49/99

Hüppe, Hubert
MdB 12. WP ab 1. 2. 1991, 13.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 206
AVst → 94/03 531
Sonst. → 49/99

Hürland, Agnes
siehe Hürland-Büning, Agnes

Hürland-Büning, Agnes
(bis 26. 11. 1986 Hürland, Agnes)
MdB 7.–11. WP (CDU)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hüsch, Heinz Günther
MdB 8.–11. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hüser, Uwe
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hüttebräuker, Rudolf († 28. 1. 1996)
StS → 49/99

Hütter, Margarete († 25. 11. 2003)
MdB 1. WP ab 15. 9. 1949, 2. WP ab 29. 9. 1955 (FDP)
Sonst. → 49/99

Hufnagel, Josef († 9. 2. 1982)
MdB 2.–5. WP (SPD)

Humme, Christel
MdB 14.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 164, 167, 206, 266, 268
Sonst. → 94/03 50, 52

Hundhammer, Alois († 1. 8. 1974)
Sonst. → 49/99

Huonker, Gunter
MdB 7.–12. WP (SPD)
PStS → 49/99

Hupka, Herbert
MdB 6. WP (SPD; 29. 2. 1972 → fraktionslos; 3. 3. 1972 → CDU/CSU), 7.–10. WP (CDU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Hussing, Dieter
MdB 6. WP, 7. WP ab 16. 11. 1973 (CDU)

Hussong, Rudolf († 10. 12. 1967)
MdB 4. WP, 5. WP bis † (SPD)

Hustedt, Michaele
MdB 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 49/99 · 94/03 163, 206, 269
Sonst. → 49/99 · 94/03 312

Huth, Eugen († 3. 7. 1976)
MdB 1.–3. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Huthmacher, Eugen († 29. 5. 1967)
MdB 4. WP bis 13. 2. 1962 (CDU)
Sonst. → 49/99

Huyn, Hans Graf
MdB 8.–10. WP, 11. WP ab 2. 8. 1988 (CSU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Huys, Lambert († 26. 5. 1992)
MdB 3.–6. WP (CDU)

I

Ibrügger, Lothar
MdB 8.–15. WP (SPD)
MdEP 23. 2. 1978–16. 7. 1979 (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 206, 287
AVst → 49/99 · 94/03 459
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 157

Ilk, Herta († 29. 8. 1972)
MdB 1. WP ab 3. 11. 1949, 2. WP (FDP)

Illerhaus, Joseph († 22. 12. 1973)
MdB 2.–5. WP (CDU)
MdEP 27. 2. 1958–21. 1. 1970 (CDU)
FrVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Ils, Hans († 25. 3. 1988)
MdB 5. WP (SPD)

Ilte, Wolfgang
MdB 13. WP (SPD)

Imhof, Barbara
MdB 13.–14. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 712

Imig, Heinrich († 24. 2. 1956)
MdB 1. WP (SPD)
MdEP 16. 7. 1952–10. 12. 1953 (SPD)
AVst → 49/99

Imle, Wolfgang († 11. 8.2001)
MdB 3. WP ab 29. 6. 1960, 4. WP, 5. WP ab 2. 6. 1967 (FDP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99

Immer (Altenkirchen)**, Klaus**
MdB 7.–10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Ipsen, Jörn
Sonst. → 94/03 590

Ipsen, Knut
Sonst. → 49/99 · 94/03 588

Irber, Brunhilde [Theresia]
MdB 13.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 164, 167, 267–268

Irmer, Ulrich
MdB 11.–14. WP (FDP)
MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (FDP)
FrVst → 49/99 · 94/03 206, 256
Sonst. → 49/99

Ischinger, Wolfgang
StS → 49/99 · 94/03 282

Ittenbach, Margret
Sonst. → 49/99

Iven (△Düren)**, Hans** († 15. 4. 1997)
MdB 3.–5. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Iwersen, Gabriele
MdB 12.–14. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 525, 530

J

Jacob, Joachim[-Wolfgang]
Sonst. → 49/99 · 94/03 563

Jacob, Joseph
Sonst. → 49/99

Jacob, Willibald
MdB 13. WP (PDS)

Jacobi (Marl)**, Maria** († 16. 9. 1994)
MdB 4.–6. WP (CDU)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Jacobi (△Köln/Iserlohn)**, Werner** († 5. 3. 1970)
MdB 1.–5. WP, 6. WP bis † (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Jacobs, Paul
MdVk 10. WP (SPD)

Jacobs, Peter († 10. 1. 1967)
MdB 1.–4. WP (SPD)
AVst → 49/99

Jacoby, Peter
MdB 13.–14. WP bis 19. 10. 1999 (CDU)
Sonst. → 94/03 128, 132

Jäger (△Wangen)**, Claus**
MdB 7.–10. WP, 11. WP ab 1. 7. 1988, 12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Jaeger (Hannover)**, Elfriede** († 10. 5. 1964)
MdB 1. WP ab 29. 2. 1952 (fraktionslos)

Jaeger (Essen)**, Paul Hans** († 30. 4. 1958)
MdB 1. WP ab 22. 1. 1953 (FDP)
Sonst. → 49/99

Jäger, Renate
MdB 12.–15. WP (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
FrVst → 94/03 206
Sonst. → 49/99

Jaeger (△Bayern)**, Richard** († 14. 5. 1998)
MdB 1.–8. WP (CSU)
MdEP 10. 12. 1953–1. 7. 1954 (CSU)
VPräs → 49/99
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125, 451

Jaeger, Wilhelm
Sonst. → 49/99

Jaffé, Robert († 21. 2. 1968)
MdB 1. WP ab 9. 1. 1952 (DP)
Sonst. → 49/99

Jaffke, Susanne
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–15. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Jagoda, Bernhard
MdB 9.–10. WP, 12. WP bis 7. 2. 1993 (CDU)
StS → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Jahn (Stuttgart)**, Artur** († 16. 10. 1983)
MdB 2.–3. WP (CDU)

Jahn (Münster)**, Friedrich-Adolf**
MdB 7.–12. WP (CDU)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Jahn (△Marburg)**, Gerhard** († 20. 10. 1998)
MdB 3.–11. WP (SPD)
BMin → 49/99
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 126

Jahn (△Frankfurt)**, Hans** († 10. 7. 1960)
MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Jahn (Braunschweig)**, Hans Edgar** († 21. 4. 2000)
MdB 5.–8. WP (CDU)
MdEP 21. 1. 1970–16. 7. 1979 (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 126

Jahnen, Lutz
Sonst. → 49/99

Jahr, Peter
MdB 15. WP (CDU)

Jaksch, Ewald
Sonst. → 49/99

Jaksch, Wenzel († 27. 11. 1966)
MdB 2.–4. WP, 5. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Janka, Wolfgang
MdVk 10. WP ab 30. 8. 1990 (CDU)

Jannsen, Gert
MdB 10. WP bis 1. 3. 1985 (GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Janovsky, Georg
MdB 12.–14. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99 · 94/03 47

Jansen, Günther
MdB 9.–10. WP, 11. WP bis 16. 6. 1988 (SPD)
Sonst. → 49/99

Jansen, Mechtild
Sonst. → 49/99

Janssen, Jann-Peter
MdB 13.–15. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 462, 464
Sonst. → 49/99 · 94/03 48–49, 52

Janz, Ilse
MdB 12.–14. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 164, 206, 257
Sonst. → 49/99 · 94/03 50

Janzen, Ulrich
MdB 12. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Jarowinsky, Werner († 22. 10. 1990)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Jarzembowski, Georg
MdEP ab 5. 9. 1991 (CDU)

Jaschke, Günter († 23. 8. 1985)
MdB 5.–7. WP (SPD)

Jauch, Frank
MdVk 10. WP (SPD)

Jauck, Erhard
StS → 49/99 · 94/03 288

Jaunich, Horst
MdB 7.–12. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Javacheff, Christo
(genannt Christo)
Sonst. → 49/99 · 94/03 749–750

Jawurek, Helmut
MdB 13. WP (CSU)

Jeanne-Claude
siehe Guillebon, Jeanne-Claude de

Jeggle, Elisabeth
MdEP ab 20.7.1999 (CDU)

Jelen, Frieder
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Jellinek, Walter († 9. 6. 1955)
Sonst. → 49/99

Jelpke, Ulla
MdB 12. WP (PDS/LL), 13.–14. WP (PDS)
FrVst → 49/99 · 94/03 167, 206, 271
Sonst. → 49/99 · 94/03 311, 409

Jeltsch, Karin
MdB 12. WP (CDU)

Jenninger, Philipp
MdB 6.–11. WP (CDU)
BTPräs → 49/99
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Jens, Uwe
MdB 7.–14. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 206, 265
Sonst. → 49/99 · 94/03 50, 156, 327

Jentsch (Wiesbaden)**, Hans-Joachim**
MdB 8. WP, 9. WP bis 8. 9. 1982 (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Jentsch, Margit
MdVk 10. WP (PDS)

Jentzsch, Wilhelm († 21. 7. 1989)
MdB 2. WP (FDP)

Jobst, Dionys
MdB 6.–13. WP (CSU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99 · 94/03 206, 459
Sonst. → 49/99 · 94/03 144, 156

Jochimsen, Reimut († 25. 11. 1999)
StS → 49/99

Jochmus, Hedwig († 25. 7. 1993)
MdB 2. WP (CDU)

Jöns, Karin
MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Johannsen, Svend († 16. 2. 1978)
Sonst. → 49/99

John, Otto († 26. 3. 1997)
Sonst. → 49/99 · 94/03 124

Jonas, Klaus Werner
MdB 15. WP (SPD)

Jordan, Erwin
StS → 49/99 · 94/03 286

Jordan, Jens
MdB 12. WP ab 8. 6. 1994 (FDP)

Jordan, Pascual († 31. 7. 1980)
MdB 3. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Jork, Rainer
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–14. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 47

Joseph, Hans-Jürgen
DDR → 49/99

Josten, Johann Peter
MdB 2.–8. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Jünger, Sabine
MdB 14. WP (PDS)
Sonst. → 94/03 145

Jürgens, Heinrich
MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (FDP)

Jürgensen, Nikolaus († 17. 3. 1971)
MdB 3.–5. WP (SPD)
AVst → 49/99

Jüttemann, Gerhard
MdB 13.–14. WP (PDS)

Jüttner, Egon
MdB 12.–13. WP, 14. WP ab 6.8.2002, 15. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Juncker, Albert Ludwig († 8. 3. 1987)
MdB 1. WP (FDP)

Jung, Karl
StS → 49/99 · 94/03 285

Jung (^Kandel)**, Kurt** († 23. 4. 1989)
MdB 5. WP ab 17. 5. 1966, 6.–9. WP (FDP)
MdEP 14. 6. 1977–16. 7. 1979 (FDP)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Jung (Limburg)**, Michael**
MdB 11.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Jung (Düsseldorf)**, Volker**
MdB 10.–14. WP (SPD)

Jung (Lörrach)**, Wilhelm**
MdB 9.–11. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Junghanns, Hartmut
MdVk 10. WP ab 27. 8. 1990 (PDS)

Junghanns, Ulrich
MdB 12.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Junghans, Hans-Jürgen († 15. 7. 2003)
MdB 3.–10. WP (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Jungherz, Hubert († 21. 3. 1975)
MdB 3. WP ab 19. 1. 1960 (SPD)

Junglas, Johann († 8. 11. 1963)
MdB 1. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Jungmann, Erich
Sonst. → 49/99

Jungmann, Gerhard († 26. 1. 1981)
MdB 4.–6. WP (CDU)
AVst → 49/99

Jungmann (△Wittmoldt)**, Horst**
MdB 8.–12. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 715

Jungmann, Hugo
Sonst. → 49/99

Junker, Heinrich
MdB 4.–8. WP (SPD)

Junker, Karin
MdEP 25. 7. 1989–19.7.2004 (SPD)

Junker, Wolfgang († 9. 4. 1990)
Sonst. → 49/99

K

Kaack, Heino (†)
Sonst. → 49/99

Kabel, Rudolf
BTDir → 49/99 · 94/03 417, 770

Kaffka, Rudolf († 30. 1. 1985)
MdB 4.–8. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Kahl, Harald
MdB 12.–14. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Kahn, Karl († 16. 7. 1966)
MdB 1.–2. WP (CSU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kahn-Ackermann, Georg
MdB 2. WP, 4. WP ab 10. 1. 1962, 5. WP, 6. WP ab 28. 12. 1970, 7. WP bis 18. 9. 1974 (SPD)
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Kahnwald, Brigitte
Sonst. → 49/99

Kahrs, Johannes
MdB 14.–15. WP (SPD)

Kaisen, Wilhelm († 19. 12. 1979)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Kaiser, Ewald
Sonst. → 49/99

Kaiser, Harald
Sonst. → 49/99

Kaiser, Jakob († 7. 5. 1961)
MdB 1.–2. WP (CDU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 752

Kaiser (Schwäbisch Gmünd)**, Pia** († 7. 6. 1968)
MdB 2. WP ab 17. 9. 1956 (CDU)

Kalb, Bartholomäus
MdB 11.–15. WP (CSU)
AVst → 49/99 · 94/03 458, 462
Sonst. → 49/99 · 94/03 48–49, 51, 316

Kalbfell, Oskar († 5. 11. 1979)
MdB 1. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Kalbitzer, Hellmut
MdB 1.–4. WP (SPD)
MdEP 27. 2. 1958–22. 1. 1964 (SPD)
Eur → 49/99

Kaldenkerken, Karl-Heinz van
Sonst. → 49/99

Kalinke, Margot († 25. 11. 1981)
MdB 1. WP (DP), 2. WP ab 3. 6. 1955 (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU), 4.–6. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kalisch, Joachim
MdB 9.–11. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Kalkbrenner, Helmut
Sonst. → 49/99

Kallenbach, Gisela
MdEP ab 20.7.2004 (GRÜNE)

Kaltefleiter, Werner († 17. 3. 1998)
Sonst. → 49/99

Kalz, Manfred
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Kamilli, Karl-August
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Kamm, Udo
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Kammerer, Hans
Sonst. → 49/99

Kampeter, Steffen
MdB 12.–15. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Kanka, Karl († 20. 7. 1974)
MdB 3.–4. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Kansy, Dietmar
MdB 9.–14. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 206, 254–255, 261
AVst → 49/99 · 94/03 241–242, 741, 743, 749
Sonst. → 49/99 · 94/03 312, 314, 746

Kanther, Manfred
MdB 13. WP, 14. WP bis 25. 1. 2000 (CDU)
BMin → 49/99 · 94/03 206, 278, 283, 311, 319, 333, 639
Sonst. → 94/03 128

Kapp, Wolfgang († 12. 6. 1922)
Sonst. → 49/99

Kappes, Franz-Hermann († 24. 8. 1992)
MdB 11. WP, 12. WP bis † (CDU)
Sonst. → 49/99

Karius, Friedrich († 4. 4. 1973)
MdB 5. WP ab 18. 8. 1969 (SPD)

Karl, Albin
Sonst. → 49/99

Karpen, Ulrich
Sonst. → 49/99 · 94/03 838

Karpf, Hugo († 19. 7. 1994)
MdB 1.–2. WP (CSU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Kartte, Wolfgang
Sonst. → 49/99

Karwatzki, Irmgard
MdB 8.–15. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 162, 206, 283
Sonst. → 49/99 · 94/03 157

Kasparick, Ulrich
MdB 14.–15. WP (SPD)

Kaspereit, Sabine
MdB 13.–14. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 164, 206, 257
Sonst. → 94/03 314

Kassner, Kerstin
MdVk 10. WP (PDS)

Kaster, Bernhard
MdB 15. WP (CDU)

Kastler, Martin
MdEP 14.11.2003–19.7.2004 (CSU)

Kastner, Susanne
MdB 11. WP ab 22. 5. 1989, 12.–15. WP (SPD)
VPräs → 94/03 167, 235, 238, 242, 258
FrVst → 49/99 · 94/03 161, 164, 206, 257–258, 265
AVst → 94/03 242
Sonst. → 49/99

Kastning, Ernst
MdB 10.–13. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Kastrup, Dieter
StS → 49/99 · 94/03 282

Kater, Helmut
MdB 6.–7. WP (SPD)
MdEP 14. 2. 1973–16. 1. 1975 (SPD)
Sonst. → 49/99

Kather, Linus († 10. 3. 1983)
MdB 1. WP (CDU), 2. WP (CDU; 15. 6. 1954 → GB/BHE)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kattenstroth, Ludwig († 31. 8. 1971)
StS → 49/99

Katz, Rudolf († 23. 7. 1961)
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Katzer, Hans († 18. 7. 1996)
MdB 3.–8. WP (CDU)
MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (CDU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125, 451

Kauch, Michael
MdB 15. WP ab 14. 6. 2003 (CDU)

Kauder (Bad Dürrheim), **Siegfried**
MdB 15. WP (CDU)

Kauder (△Tuttlingen), **Volker**
MdB 12.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 207, 255
Sonst. → 49/99 · 94/03 317

Kauffmann, Horst
MdVk 10. WP (DFP → Die Liberalen)

Kauffold, Peter
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99

Kaufmann, Erich († 1980)
Sonst. → 49/99

Kaufmann, [Heinrich] Theophil († 22. 8. 1961)
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Kaufmann, Sylvia-Yvonne
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
MdEP ab 20.7.1999 (PDS)
Sonst. → 49/99

Kaupa, Gerlinde
MdB 15. WP (CSU)

Kayser, Birgit
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Keil, Wilhelm († 4. 4. 1968)
Sonst. → 49/99

Keilhack, Irma († 3. 6. 2001)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 19. 1. 1962 (SPD)
Sonst. → 49/99

Kelber, Ulrich
MdB 14. WP ab 1. 09. 2000, 15. WP (SPD)

Keller, Dietmar
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP (PDS/LL)
MdVk 10. WP (PDS)
FrVst → 49/99
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Keller, Ernst († 21. 7. 1963)
MdB 3. WP, 4. WP bis † (FDP)
AVst → 49/99

Keller, Peter
MdB 9.–10. WP, 11. WP ab 23. 2. 1990, 12.–13. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Keller, Reinhard
Sonst. → 49/99

Keller, Wilfried
MdB 1. WP ab 24. 4. 1952 (fraktionslos [WAV]), 2. WP (GB/BHE)
Sonst. → 49/99

Kelly, Petra [Karin] (1. 10. 1992 für † erklärt)
MdB 10.–11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Kemmer (^Bamberg)**, Emil** († 26. 11. 1965)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 7. 10. 1964 (CSU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kemper, Hans-Peter
MdB 12. WP ab 3. 5. 1993, 13.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 207

Kemper (^Trier)**, Heinrich** († 23. 8. 1962)
MdB 1.–2. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kempfler, Friedrich [Fritz] († 18. 10. 1985)
MdB 3.–7. WP (CSU)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Kennedy, John F. († 22. 11. 1963)
Sonst. → 49/99

Kenzler, Evelyn
MdB 14. WP (PDS)
FrVst → 94/03 167, 207, 271, 410
Sonst. → 94/03 314

Keppelhoff-Wiechert, Hedwig
MdEP 25. 7. 1989–19.7.2004 (CDU)

Kern, Karl († 14. 10. 1974)
MdB 1. WP (CDU)

Kern, Karl-Hans
MdB 5. WP ab 27. 2. 1967, 6.–7. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kertscher, Norbert
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
Sonst. → 49/99

Kessel, Friedrich von
Sonst. → 49/99

Keßler, Heinz
Sonst. → 49/99

Keßler, Kurt
Sonst. → 49/99

Keßler, Margot
MdEP 20.7.1999–19.7.2004 (SPD)

Keßler, Uwe
MdVk 10. WP bis 21. 8. 1990 (CDU → CDU/DA)

Ketels, Max Detlef († 29. 8. 1968)
Sonst. → 49/99

Kettig, Alma († 5. 8. 1997)
MdB 2.–4. WP (SPD)

Keuning, Dietrich († 23. 3. 1980)
MdB 1.–3. WP (SPD)

Kewenig, Marianne
Sonst. → 49/99

Kiechle, Brigitte
Sonst. → 49/99

Kiechle, Ignaz († 2. 12. 2003)
MdB 6.–12. WP (CSU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kiehm, Günter
MdB 9.–11. WP (SPD)

Kienbaum, Gerhard († 24. 2. 1998)
MdB 6. WP bis 2. 5. 1972 (FDP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kiep, Walther Leisler
MdB 5.–6. WP, 7. WP bis 24. 2. 1976, 9. WP bis 26. 4. 1982 (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Kiep-Altenloh, Emilie († 22. 2. 1985)
MdB 4. WP (FDP)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Kiesel, Wilhelm († 27. 8. 1956)
Sonst. → 49/99

Kiesinger, Kurt Georg († 9. 3. 1988)
MdB 1.–2. WP, 3. WP bis 19. 2. 1959, 6.–8. WP (CDU)
MdEP 1. 7. 1956–19. 3. 1958 (CDU)
BRPräs → 49/99
BK → 49/99
MPräs → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Kießling, Günter
Sonst. → 49/99

Kihn (Würzburg)**, Karl Alfred** († 10. 5. 1976)
MdB 2. WP (CSU)
FrVst → 49/99

Kilias, Günter
MdVk 10. WP (SPD)

Killat (^Unterbach)**, Arthur**
siehe Killat-von Coreth, Arthur

Killat-von Coreth, Arthur († 11. 05. 1999)
(bis 1970 Killat, Arthur)
MdB 3. WP ab 19. 3. 1959, 4.–6. WP (SPD)

Kiltz, Elke
Sonst. → 49/99

Kinat, Georg Richard († 2. 7. 1973)
MdB 1.–2. WP (SPD), 3. WP (SPD; 18. 8. 1961 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Kindermann, Heinz
MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Kinkel, Klaus
MdB 13.–14. WP (FDP)
BMin → 49/99 · 94/03 207, 278, 282, 303, 311, 318–320, 409, 634–635
StS → 49/99
FrVst → 49/99 · 94/03 207, 256
Sonst. → 49/99 · 94/03 259, 303

Kiper, Manuel
MdB 13. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 49/99 · 94/03 312

Kipp-Kaule, Liesel († 10. 7. 1992)
MdB 1.–4. WP (SPD)

Kirchhoff, Peterheinrich († 16. 6. 1973)
MdB 2.–3. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Kirchner, Martin
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Kirschner, Klaus
MdB 8.–15. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 207, 265
AVst → 49/99 · 94/03 207, 461, 464
Sonst. → 49/99 · 94/03 157, 312, 317

Kirst, Victor († 29. 5. 1997)
MdB 6.–7. WP (FDP)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125

Kissel, Otto Rudolf
Sonst. → 49/99

Kisslinger, Karl
MdB 10.–11. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Kisters, Gerhard († 2. 2. 1996)
MdB 3. WP ab 21. 9. 1959 (CDU)

Kittel, Walter
StS → 49/99

Kittelmann, Peter († 1. 3. 2003)
MdB 8.–12. WP (CDU)
MdEP 19. 7. 1994–19.7.1999 (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Klabunde, Erich († 21. 11. 1950)
MdB 1. WP bis † (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Klaeden, Eckart von
MdB 13.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 207, 254–255
Sonst. → 49/99 · 94/03 144, 712

Klamt, Hermann
Sonst. → 49/99

Klamt, Ewa
MdEP ab 20.7.1999 (CDU)

Klappert, Marianne
MdB 12.–14. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 458

Klaß, Christa
MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Klausner, Wolfgang († 17. 4. 1958)
MdB 2. WP, 3. WP bis † (CSU)
Sonst. → 49/99

Klaußner, Bernd
MdB 13. WP (CDU)

Kleditzsch, Jürgen
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Klee, Marie-Elisabeth
(zuvor Heyl zu Herrnsheim, Marie-Elisabeth Freiin von)
MdB 4.–6. WP (CDU)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Kleiber, Günther
Sonst. → 49/99

Klein, Friedrich-Ludwig († 21. 2. 1992)
Sonst. → 49/99

Klein, Fritz
Sonst. → 94/03 66

Klein (Berlin)**, Günter** († 22. 10. 1963)
MdB 4. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Klein (Bremen)**, Günter** († 15. 12. 1998)
MdB 12. WP (CDU)

Klein, Günther
Sonst. → 49/99

Klein (München)**, Hans** († 26. 11. 1996)
MdB 8.–12. WP, 13. WP bis † (CSU)
VPräs → 49/99 · 94/03 207, 235–237, 412, 451
BMin → 49/99 · 94/03 207
FrVst → 49/99 · 94/03 207
Sonst. → 49/99 · 94/03 125

Klein (Göttingen)**, Hans Hugo**
MdB 7.–9. WP, 10. WP bis 20. 12. 1983 (CDU)
PStS → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Klein (Dieburg)**, Heinrich** († 18. 12. 1989)
MdB 8.–10. WP, 11. WP bis † (SPD)
AVst → 49/99

Klein (^Saarbrücken)**, Johann** († 25. 5. 1976)
MdB 4.–5. WP (CDU)

Klein (Stolberg)**, Josef**
MdB 7. WP (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Klein, Kurt
Sonst. → 49/99

Klein, Lothar
MdVk 10. WP (DSU)

Klein, Thomas
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)
MdVk 10. WP (VL)
Sonst. → 49/99

Klein, Udo
Sonst. → 49/99

Kleinau, Armin
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Kleindinst, Josef Ferdinand († 8. 9. 1962)
MdB 1.–2. WP (CSU)
AVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Kleinert (^Hannover)**, Detlef**
MdB 6.–13. WP (FDP)
FrVst → 49/99 · 94/03 207, 268
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 156, 311

Kleinert (Marburg)**, Hubert**
MdB 10. WP bis 19. 1. 1986 (GRÜNE), 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Kleinert, Ingeborg († 4. 6. 1989)
MdB 4. WP ab 13. 11. 1964, 5. WP ab 14. 12. 1967 (SPD)

Klejdzinski, Karl-Heinz
MdB 9.–11. WP, 12. WP ab 30. 10. 1992 (SPD)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Klemm, Peter
StS → 49/99

Klemmer, Siegrun
MdB 12.–14. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Klemmert, Elfriede
(bis 1959 Hamelbeck, Elfriede)
MdB 3. WP (CDU)

Klepsch, Egon Alfred
MdB 5.–8. WP (CDU)
MdEP 14. 2. 1973–18. 7. 1994 (CDU)
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Kley, Gerry
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (FDP)
MdVk 10. WP (LDP → Die Liberalen)
Sonst. → 49/99

Kley, Gisbert († 23. 3. 2001)
MdB 6. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Kliese, Erhard
Sonst. → 49/99

Kliesing (^Honnef)**, Georg** († 19. 7. 1992)
MdB 2.–7. WP (CDU)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Klimke, Jürgen
MdB 15. WP (CDU)

Klimmt, Reinhard
BMin → 94/03 280, 287, 299, 321, 325, 645
MPräs → 49/99

Klinge, Friedrich († 21. 12. 1949)
MdB 1. WP bis † (DP)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Klingelhöfer, Gustav († 16. 1. 1961)
MdB 2. WP (SPD)

Klingspor, Hermann
Sonst. → 49/99

Klinkenborg, Jan († 28. 7. 1988)
MdEP 17. 7. 1979 bis † (SPD)

Klinker, Hans-Jürgen († 1. 8. 1988)
MdB 4. WP ab 10. 12. 1962, 5.–6. WP, 8. WP (CDU)
MdEP 14. 12. 1962–14. 2. 1973 und 19. 1. 1977–16. 7. 1979 (CDU)
Sonst. → 49/99

Klinkert, Ulrich
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–14. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
PStS → 49/99 · 94/03 207, 288
FrVst → 49/99 · 94/03 207
Sonst. → 49/99

Klinz, Wolf
MdEP ab 20.7.2004 (FDP)

Klöckner, Julia
MdB 15. WP (CDU)

Klöckner, Michael
MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 (GRÜNE)

Klötzer, Otto († 22. 5. 1976)
MdB 2. WP (GB/BHE)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99

Klose, Hans-Ulrich
MdB 10.–15. WP (SPD)
VPräs → 49/99 · 94/03 207, 235–236, 241, 257, 411–412, 686
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99 · 94/03 230
FrVst → 49/99 · 94/03 207, 257, 294
AVst → 49/99 · 94/03 207, 241, 460, 463
Sonst. → 49/99 · 94/03 145

Klüver, Wilhelm
Sonst. → 49/99

Klug, Astrid
MdB 15. WP (SPD)

Knaape, Hans-Hinrich
MdB 12.–13. WP (SPD)

Knabe, Wilhelm
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
Sonst. → 49/99

Knake-Werner, Heidi
MdB 13.–14. WP, bis 17. 2. 2002 (PDS)
FrVst → 49/99 · 94/03 166, 207, 256
AVst → 49/99 · 94/03 461
GrVst → 94/03 163, 207, 256, 270, 409
Sonst. → 49/99 · 94/03 129, 133, 312–313

Knapp, Oskar († 6. 6. 1967)
MdB 2. WP (CDU)

Kneipp, Otto († 5. 5. 1965)
MdB 1. WP (FDP)

Kney, Johannes
MdVk 10. WP (LDP → Die Liberalen)

Knickrehm, Uwe
Sonst. → 49/99

Knieper, Werner († 17. 7. 1977)
StS → 49/99

Knies, Wolfgang
Sonst. → 49/99

Knittel, Wilhelm
StS → 49/99 · 94/03 287

Knobloch, Ludwig († 22. 11. 1995)
MdB 2.–4. WP, 5. WP ab 24. 7. 1967 (CDU)

Knoche, Monika
MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 49/99 · 94/03 312, 327

Knoeringen, Waldemar von († 2. 7. 1971)
MdB 1. WP bis 3. 4. 1951 (SPD)
Sonst. → 49/99

Knolle, Karsten
MdEP 20.7.1999–19.7.2004 (CDU)

Knoop, Hugo
Sonst. → 49/99

Knop, Jutta
MdVk 10. WP bis 30. 8. 1990 (CDU → CDU/DA)

Knorr, Friedrich († 1. 4. 1978)
MdB 3.–4. WP (CSU)
AVst → 49/99

Knorr, Lorenz
Sonst. → 49/99

Knothe, Willy († 20. 2. 1952)
MdB 1. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Kober, Horst
MdVk 10. WP (PDS)

Kober, Ingo
StS → 49/99 · 94/03 283

Kober, Manfred
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Koblitz, Kurt († 13. 10. 1979)
MdB 7. WP, 8. WP bis † (SPD)

Koch, Dieter-Lebrecht
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)
Sonst. → 49/99

Koch, Gerhard († 22. 1. 1983)
MdB 4.–6. WP (SPD)
MdEP 21. 1. 1970–14. 2. 1973 (SPD)

Koch, Hans
Sonst. → 49/99

Koch, Harald († 18. 9. 1992)
MdB 1. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Koch, Hermann († 10. 2. 1984)
MdB 3. WP (CDU)

Koch, Horst-Dieter
Sonst. → 49/99

Koch, Norbert
MdVk 10. WP (DSU)
DDR → 49/99

Koch, Peter
Sonst. → 49/99

Koch, Roland
BRPräs → 49/99 · 94/03 725
MPräs → 49/99 · 94/03 519

Koch, Willi
Sonst. → 49/99

Koch-Merin, Silvana
MdEP ab 20.7.2004 (FDP)

Koch-Weser, Caio
StS → 49/99 · 94/03 284

Kögler, Brigitta Charlotte
MdVk 10. WP (DA → CDU/DA)
DDR → 49/99

Köhler, Anton († 23. 10. 1958)
Sonst. → 49/99

Köhler, Erich († 23. 10. 1958)
MdB 1.–2. WP (CDU)
BTPräs → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Köhler (△Hainspitz)**, Hans-Ulrich**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–13. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Köhler, Heinrich
Sonst. → 49/99

Köhler (△Mitwitz)**, Heinz**
MdB 15. WP (SPD)
MdEP 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (SPD)

Köhler (Duisburg)**, Herbert W.** († 11. 3. 2001)
MdB 7.–10. WP (CDU)
MdEP 17. 7. 1979–16. 1. 1981 (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Köhler, Horst
StS → 49/99

Köhler, Johanna
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Köhler, Klaus-Peter
MdEP 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (REP/ER, später parteilos)

Köhler (△Wiesbaden)**, Kristina**
MdB 15. WP (CDU)
Sonst. → 94/03 145

Köhler, Otto († 27. 6. 1960)
MdB 3. WP bis † (FDP)

Köhler (Wolfsburg)**, Volkmar**
MdB 7.–12. WP (CDU)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Köhne, Rolf
MdB 13. WP (PDS)
Sonst. → 94/03 409

Koenen (Lippstadt)**, Jakob** († 16. 1. 1974)
MdB 2.–5. WP (SPD)

Könen (Düsseldorf)**, Willy** († 28. 6. 1980)
MdB 2.–5. WP (SPD)
AVst → 49/99

König, Martin
Sonst. → 49/99

Koenig, Peter-Michael
MdB 6. WP (SPD)
Bibl. → 49/99

Koenig, Pierre († 2. 9. 1970)
Sonst. → 49/99

König, Wolfgang
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Königshaus, Hellmut
MdB 15. WP ab 20. 8. 2004 (FDP)

Königshofen, Norbert
MdB 13.–15. WP (CDU)

Königswarter, Wilhelm († 12. 12. 1966)
MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–3. WP (SPD)

Köppe, Ingrid
MdB 12. WP (Bündnis 90/Grüne)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Köppler, Heinrich († 20. 4. 1980)
MdB 5. WP, 6. WP bis 8. 8. 1970 (CDU)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Körber, Stefan
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99

Köring, Heinz
Sonst. → 49/99

Körner, Georg († 20. 11. 2002)
MdB 2. WP (GB/BHE; 12. 7. 1955 → fraktionslos; 14. 7. 1955 → FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
Sonst. → 49/99

Körper, Fritz Rudolf
MdB 12.–15. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 207, 283
FrVst → 49/99 · 94/03 207, 265

Köster, Gottfried
MdB 6.–9. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Köster-Loßack, Angelika
MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 49/99 · 94/03 311

Kohl (Heilbronn)**, Georg** († 31. 1. 1952)
MdB 1. WP bis † (FDP)
Sonst. → 49/99

Kofler, Bärbel
MdB 15. WP ab 21. 9. 2004

Kohl, Helmut
MdB 8.–14. WP (CDU)
BK → 49/99 · 94/03 207, 230, 276–278, 294–295, 301–303, 311, 318–320, 326, 331, 333, 634, 638, 725, 750
MPräs → 49/99 · 94/03 230
FrVst → 49/99 · 94/03 207
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 10–11, 144, 259, 294, 303, 645

Kohl (Stuttgart)**, Rudolf** († 8. 8. 1964)
MdB 1. WP ab 26. 1. 1950 (KPD)

Kohlberger, Richard († 2. 1. 1990)
MdB 4.–6. WP (SPD)

Kohn, Roland
MdB 10.–13. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Kohut, Oswald Adolph († 23. 7. 1977)
MdB 3.–4. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Kolb, Elmar
MdB 8. WP ab 10. 6. 1977, 9.–11. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Kolb, Heinrich Leonhard
MdB 12.–15. WP (FDP)
PStS → 49/99 · 94/03 207, 229, 284
FrVst → 94/03 207, 269
Sonst. → 49/99 · 94/03 317

Kolbe, Manfred
MdB 12.–14. WP bis 2. 10. 2000, 15. WP (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 47, 129, 133

Kolbe, Regina
MdB 12. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Kolbe, Walther († 25. 12. 1953)
MdB 2. WP bis † (CDU)

Kolbow, Walter
MdB 9.–15. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 207, 286, 721
FrVst → 49/99 · 94/03 207, 265
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 719–720

Kollatz, Udo Walter
StS → 49/99

Koltzsch, Rolf
MdB 11.–12. WP (SPD)

Konow, Gerhard († 27. 5. 1997)
StS → 49/99

Konrad, Christoph
MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Konrad, Klaus
MdB 6.–8. WP (SPD)
Bibl. → 49/99

Koops, Willi († 11. 1. 1972)
MdB 2. WP (CDU)

Kopf, Hermann († 5. 5. 1991)
MdB 1.–5. WP (CDU)
MdEP 16. 7. 1952–29. 11. 1961 (CDU)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Kopf, Hinrich Wilhelm († 21. 12. 1961)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kopp, Gudrun
MdB 14.–15. WP (FDP)
Sonst. → 94/03 316

Koppelin, Jürgen
MdB 12.–15. WP (FDP)
FrVst → 49/99 · 94/03 207, 256, 410
AVst → 94/03 242
Sonst. → 49/99

Korber, Horst († 2. 7. 1981)
MdB 9. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Kors, Eva-Maria
MdB 12.–14. WP (CDU)
FrVst → 94/03 208

Korspeter, Lisa († 8. 10. 1992)
MdB 1.–5. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kortmann, Johannes († 2. 11. 1965)
MdB 2. WP (CDU)

Kortmann, Karin
MdB 14.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 167, 208, 268

Kosche, Horst-Günther
Sonst. → 49/99

Koschnick, Hans
MdB 11.–12. WP (SPD)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Koschyk, Hartmut
MdB 12.–15. WP (CSU)
FrVst → 49/99 · 94/03 208, 253–255, 263
Sonst. → 49/99 · 94/03 51, 315

Kosler, Albert
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Koslowski, Manfred
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 13. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Kossendey, Thomas
MdB 11.–15. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 461, 464
Sonst. → 49/99 · 94/03 720

Kotowski, Georg († 29. 11. 1999)
MdB 6. WP (CDU)

Kottwitz, Almut
MdB 11. WP ab 8. 11. 1989 (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

Kozian, Bärbel
MdVk 10. WP (PDS)

Krack, Erhard
DDR → 49/99

Krämer, Alfred
Sonst. → 49/99

Kraft, Waldemar († 12. 7. 1977)
MdB 2. WP (GB/BHE; 11. 7. 1955 → fraktionslos; 14. 7. 1955 → Gruppe Kraft/Oberländer; 15. 7. 1955 → CDU/CSU-Gast; 20. 3. 1956 → CDU/CSU), 3. WP (CDU)
BMin → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Krahnstöver, Anni († 27. 7. 1961)
MdB 1. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Krahmer, Holger
MdEP ab 20.7.2004 (FDP)

Krall, Lothar († 24. 12. 2000)
MdB 6. WP ab 16. 3. 1970, 7. WP (FDP)
MdEP 14. 2. 1973–14. 6. 1977 (FDP)
Sonst. → 49/99

Kramel, Angelo († 30. 6. 1975)
MdB 2.–3. WP (CSU)

Kramer, Rolf
MdB 15. WP (SPD)

Kramme, Anette
MdB 14.–15. WP (SPD)

Krammig, Karl († 16. 6. 1991)
MdB 2.–3. WP, 5.–6. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Kramp-Karrenbauer, Annegret
MdB 13. WP ab 1. 3. 1998 (CDU)

Krampe, Wilhelm († 12. 2. 1986)
MdB 5. WP ab 11. 10. 1966, 6.–8. WP (CDU)

Kranz, Ernst
MdB 15. WP (SPD)

Krappe, Edith
MdB 3.–6. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Kraske, Konrad
MdB 5.–8. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kratz, Paul († 4. 6. 1994)
MdB 7.–8. WP (SPD)

Kratz, Wilhelm († 30. 4. 1986)
MdB 2. WP ab 4. 1. 1957 bis 11. 4. 1957 (CDU)
Sonst. → 49/99

Kraus, Friedrich († 21. 2. 1969)
MdB 3.–4. WP (SPD)

Kraus, Rudolf
MdB 8.–15. WP (CSU)
PStS → 49/99 · 94/03 208, 285
FrVst → 49/99 · 94/03 208
AVst → 49/99 · 94/03 208, 462, 464
Sonst. → 49/99 · 94/03 48, 51, 157

Krause (△Börgerende)**, Günther**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
BMin → 49/99
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Krause, Helmut
MdVk 10. WP (DFP → Die Liberalen)

Krause, Paul († 18. 10. 1950)
MdB 1. WP bis † (Z)

Krause (Bonese)**, Rudolf Karl**
MdB 12. WP (CDU; 25. 5. 1993 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Krause, Walter († 4. 12. 2000)
Sonst. → 49/99 · 94/03 126

Krause (△Dessau)**, Wolfgang**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–13. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU ? CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Krautscheid, Andreas
MdB 13. WP (CDU)

Krautwig, Carl († 18. 12. 1981)
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Krehl, Constanze
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Kreibaum, Friedrich († 21. 8. 1983)
MdB 7. WP ab 15. 12. 1975 (FDP)

Kreile, Reinhold
MdB 6.–10. WP, 11. WP ab 11. 7. 1988 bis 22. 2. 1990 (CSU)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Kreis, Rüdiger
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Kreissl-Dörfler, Wolfgang
MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Kreitmeyer, Reinhold († 16. 2. 1996)
MdB 3.–4. WP (FDP)

Krenz, Egon
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Kressl, Nicolette
MdB 13.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 167, 208, 258
Sonst. → 94/03 316

Kretkowski, Volkmar
MdB 8.–12. WP (SPD)
AVst → 49/99

Kretschmer, Michael
MdB 15. WP (CDU)

Kreutzmann, Heinz
MdB 5. WP (SPD-Gast; 1. 2. 1967 → SPD), 6.–9. WP (SPD)
PStS → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 844

Kreuz, Bärbel
MdVk 10. WP (PDS)

Kreuzeder, Matthias
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
Sonst. → 49/99

Krey, Franz Heinrich
MdB 8.–12. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kreyssig, Gerhard († 14. 10. 1982)
MdB 1. WP ab 4. 4. 1951, 2.–4. WP (SPD)
MdEP 16. 7. 1952–21. 12. 1965 (SPD)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Krichbaum, Gunther
MdB 15. WP (CDU)

Kriedemann, Herbert († 20. 1. 1977)
MdB 1.–6. WP (SPD)
MdEP 29. 11. 1961–14. 2. 1973 (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kriedner, Arnulf
MdB 12.–13. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 208
Eur → 49/99 · 94/03 803
Sonst. → 49/99

Krieger, Verena
MdB 11. WP bis 4. 4. 1989 (GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Krings, Günter
MdB 15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 208, 255

Krips, Ursula
MdB 5. WP bis 31. 1. 1969 (SPD)
Sonst. → 49/99

Krizsan, Julius H.
MdB 10. WP bis 13. 3. 1985 (GRÜNE)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Krockert, Horst
MdB 6.–8. WP (SPD)
Bibl. → 49/99

Kröger, Erdmann
MdVk 10. WP (PDS)
DDR → 49/99

Kröning, Volker
MdB 13.–15. WP (SPD)
AVst → 94/03 208, 462
Sonst. → 94/03 720

Krogmann, Martina
MdB 14.–15. WP (CDU)

Kroker, Herbert
DDR → 49/99

Krolikowski, Werner
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Kroll, Gerhard († 10. 11. 1963)
MdPR → 49/99

Kroll, Ludwig († 14. 9. 1989)
MdB 2.–3. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Kroll-Schlüter, Hermann
MdB 7.–11. WP (CDU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Krollmann, Hans
Sonst. → 49/99

Kronberg, Heinz-Jürgen
MdB 12.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Krone, Heinrich († 15. 8. 1989)
MdB 1.–5. WP (CDU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Krone-Appuhn, Ursula († 17. 12. 1988)
MdB 8.–10. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Kronenberg, Friedrich
MdB 10.–11. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kroppenstedt, Franz
StS → 49/99 · 94/03 283

Kroth, Alfred
Sonst. → 49/99

Krüger (Neheim)**, Caspar** († 30. 6. 1984)
MdB 3. WP ab 15. 12. 1958 (CDU)

Krüger, Hans († 3. 11. 1971)
MdB 3.–4. WP (CDU)
BMin → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Krüger, Hans Joachim
Sonst. → 49/99

Krüger, Hans-Ulrich
MdB 15. WP (SPD)

Krüger, Paul
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–13 WP, 14. WP bis 14. 8.2001 (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
BMin → 49/99 · 94/03 208
FrVst → 49/99 · 94/03 208, 252
AVst → 49/99 · 94/03 208, 461
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 129, 312

Krüger, Thomas
MdB 13. WP (SPD)
MdVk 10. WP bis 1. 8. 1990 (SPD)
Sonst. → 49/99

Krüger-Jacob, Jutta
MdB 15. WP ab 19. 10. 2004 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Krüger-Leißner, Angelika
MdB 14.–15. WP (SPD)

Krümmer, Ewald († 9. 10. 1968)
MdB 4. WP ab 24. 1. 1963 (FDP)

Krug, Georg († 2. 12. 1989)
MdB 3.–5. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Krupp, Hans-Jürgen
Sonst. → 49/99

Krziskewitz, Reiner
MdB 12.–13. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Kschenka, Susanne
(zuvor Seils, Susanne)
MdVk 10. WP (SPD)

Kubatschka, Horst
MdB 12.–15. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Kubel, Alfred († 22. 05. 1999)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 126

Kubicki, Wolfgang
MdB 12. WP bis 2. 8. 1992, 15. WP bis 9. 12. 2002 (FDP)
Sonst. → 49/99 · 94/03 129

Kubitza, Werner († 2. 11. 1995)
MdB 4.–5. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Kuchtner, Edeltraud († 20. 5. 2002)
MdB 2.–6. WP (CSU)

Kuckelkorn, Wilfried
MdEP 19. 7. 1994–19.7.2004 (SPD)

Kübler, Klaus
MdB 9.–10. WP, 11. WP ab 15. 6. 1989, 12. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Kübler, Paul († 9. 8. 1969)
MdB 4. WP, 5. WP bis † (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Küchler, Ernst
MdB 14.–15. WP bis 15. 10. 2004 (SPD)

Küchler, Siegfried
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Kühbacher, Klaus-Dieter
MdB 8.–11. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kühling, Georg († 12. 3. 1963)
MdB 1. WP (CDU)

Kühlmann, Mira von
Sonst. → 49/99

Kühlmann-Stumm, Knut Freiherr von († 19. 1. 1977)
MdB 3. WP ab 8. 8. 1960, 4.–5. WP, 6. WP bis 30. 5. 1972 (FDP), 7. WP (CDU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kühlthau, Walter († 27. 11. 1978)
MdB 2.–3. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kühn, Adolf († 23. 4. 1968)
MdPR → 49/99

Kühn (Hildesheim)**, Friedrich** († 12. 6. 1979)
MdB 4.–5. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kühn (Köln)**, Heinz** († 12. 3. 1992)
MdB 2.–3. WP, 4. WP bis 9. 4. 1963 (SPD)
MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (SPD)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Kühn (△Bonn)**, Walther** († 4. 12. 1962)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (FDP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kühn-Mengel, Helga
MdB 13. WP ab 23. 12. 1996, 14.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 167, 208, 268
Sonst. → 94/03 317

Kühne, Erich
Sonst. → 49/99

Kühne, Harald-Dietrich
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Kühnen, Michael († 25. 4. 1991)
Sonst. → 49/99

Künast, Renate
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
BMin → 94/03 165, 168, 208, 229, 279, 281, 285, 299, 317, 322–323, 332
Sonst. → 94/03 13, 259, 303

Künstler, Max
MdB 8. WP ab 11. 9. 1980 (CDU)

Kues, Hermann
MdB 13.–15. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 208, 253
Sonst. → 49/99 · 94/03 47, 313

Kuessner, Hinrich
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12. WP (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Küster, Uwe
MdB 12.–15. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 208, 257–258
AVst → 49/99 · 94/03 241–242
Sonst. → 49/99 · 94/03 317, 712

Kufner, Gerhard
Sonst. → 49/99

Kugelberg, Robert
Sonst. → 49/99

Kugler, Ursula
MdB 11. WP ab 1. 6. 1990 (SPD)

Kuhlemann, Christian († 3. 9. 1964)
MdB 1. WP (DP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kuhlwein, Eckart
MdB 8.–13. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 208
AVst → 49/99 · 94/03 208
Sonst. → 49/99

Kuhn, Annemarie
MdEP 22. 12. 1990–19.7.1999 (SPD)

Kuhn (△Berlin)**, Fritz**
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 94/03 12, 259, 303

Kuhn, Karl († 18. 10. 1986)
MdPR → 49/99

Kuhn (Zingst)**, Werner**
MdB 13. WP, 14. WP ab 15. 8. 2001, 15. WP (CDU)
AVst → 94/03 208, 461

Kuhne, Helmut
MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Kulawig, Alwin († 19. 10. 2003)
MdB 4.–7. WP (SPD)
MdEP 22. 1. 1964–21. 1. 1970 (SPD)
AVst → 49/99

Kummert, Angela
MdVk 10. WP (PDS)

Kumpf, Ute
MdB 14.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 167, 209, 258

Kunckel, Karl-Heinz
MdVk 10. WP (SPD)

Kunert, Wolfgang
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Kunert, Wolfgang
MdVk 10. WP (PDS)

Kunick, Konrad
MdB 13.–14. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 50, 327

Kunst, August († 23. 5. 1981)
MdB 3. WP (CDU)

Kunst, Hermann († 6. 11. 1999)
Sonst. → 49/99

Kunstmann, Heinrich († 2. 3. 1964)
Sonst. → 49/99

Kuntscher, Ernst († 10. 10. 1971)
MdB 1.–5. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kunz, Eva
MdVk 10. WP bis ... (SPD)

Kunz (△Berlin)**, Gerhard**
MdB 6. WP ab 13. 12. 1971, 7.–8. WP, 9. WP bis 15. 6. 1981 (CDU)
MdEP 19. 1. 1977–1. 1. 1978 (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kunz (Schwalbach)**, Lothar** († 19. 2. 1972)
MdB 2. WP (GB/BHE)

Kunz (Weiden)**, Max**
MdB 7.–11. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Kunze (△Bielefeld)**, Johannes** († 11. 10. 1959)
MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Kunze, Werner († 19. 5. 1986)
MdB 5. WP (SPD)

Kuppe, Gerlinde
MdVk 10. WP (SPD)

Kurlbaum, Georg († 23. 12. 1988)
MdB 1.–5. WP (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Kurlbaum-Beyer, Lucie
(bis Oktober 1965 Beyer, Lucie)
MdB 2.–5. WP (SPD)
Bibl. → 49/99

Kurth (△Dortmund)**, Markus**
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 94/03 317

Kurth (Quedlinburg)**, Undine**
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kurtz, Josef († 29. 8. 1970)
MdB 4. WP ab 12. 10. 1964 (CDU)
Sonst. → 49/99

Kurz, Ingrid
Sonst. → 49/99

Kurzhals, Christine († 4. 5. 1998)
MdB 13. WP bis † (SPD)

Kutschera, Walter
MdB 2. WP (GB/BHE)

Kutzmutz, Rolf
MdB 13.–14. WP (PDS)
FrVst → 94/03 209, 256, 271
Sonst. → 49/99 · 94/03 314, 588, 591

L

Laage, Gerhart
Sonst. → 49/99

Labsch, Werner
MdB 13.–14. WP (SPD)

Ladebeck, Artur († 12. 10. 1963)
MdB 2. WP (SPD)

Laermann, Karl-Hans
MdB 7. WP ab 28. 6. 1974, 8.–13. WP (FDP)
BMin → 49/99 · 94/03 209
FrVst → 49/99 · 94/03 209
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Lafontaine, Oskar
MdB 13. WP bis 17. 11. 1994, 14. WP bis 16. 3. 1999 (SPD)
BRPräs → 49/99
BMin → 49/99 · 94/03 209, 230, 279, 284, 303, 315, 325, 331, 641
MPräs → 49/99 · 94/03 127, 131–132, 230, 311, 584
AVst → 49/99 · 94/03 584
Sonst. → 49/99 · 94/03 50, 128, 131–132, 260, 294, 303

Laforet, Wilhelm († 14. 9. 1959)
MdB 1. WP (CSU)
AVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Lagershausen, Karl-Hans († 31. 8. 1988)
MdB 7.–8. WP, 9. WP ab 29. 3. 1982 (CDU)
Sonst. → 49/99

Lahnstein, Manfred
MdB 10. WP bis 31. 8. 1983 (SPD)
BMin → 49/99
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Lahr, Karl († 5. 12. 1974)
MdB 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
Sonst. → 49/99

Lahr, Rolf († 14. 9. 1985)
StS → 49/99

Lambinus, Uwe
MdB 7. WP, 8. WP ab 20. 5. 1977, 9.–12. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Lambrecht, Christine
MdB 14.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 167, 209, 267

Lambsdorff, Alexander Graf
MdEP ab 20.7.2004 (FDP)

Lambsdorff, Otto Graf
MdB 7.–13. WP (FDP)
BMin → 49/99 · 94/03 209
FrVst → 49/99 · 94/03 209, 268
Sonst. → 49/99 · 94/03 11, 144, 156

Lamers, Karl [Franz]
MdB 9.–14. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 209, 261–263
Sonst. → 49/99

Lamers (Heidelberg)**, Karl A.**
MdB 13.–15. WP (CDU)

Lammert, Norbert
MdB 9.–15. WP (CDU)
VPräs → 94/03 209, 235, 238, 242
PStS → 49/99 · 94/03 209, 284, 287
FrVst → 94/03 209, 262–263
AVst → 49/99 · 94/03 242
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 314–315, 413, 437

Lamp, Helmut
MdB 12.–13. WP, 14. WP ab 28. 3. 2000, 15. WP ab 18. 6. 2003 (CDU)

Lampersbach, Egon († 16. 12. 1982)
MdB 5.–8. WP, 9. WP bis † (CDU)
Sonst. → 49/99

Lampl, Roman († 17. 4. 1965)
MdB 1. WP ab 10. 11. 1950 (BP; 14. 12. 1951 → FU)
Sonst. → 49/99

Landgraf (Großstorkwitz)**, Katharina**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Landgraf (Remse)**, Sabine**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU [Gast])
MdVk 10. WP (DSU)
Sonst. → 49/99

Landré, Heinz F. († 2. 6. 1999)
MdB 8.–10. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Lanfermann, Heinz
MdB 13. WP bis 7. 2. 1996 (FDP)
StS → 49/99 · 94/03 128, 283
Sonst. → 49/99 · 94/03 128

Lang (München)**, Georg** († 1. 6. 1965)
MdB 2.–3. WP, 4. WP bis † (CSU)

Lang-Brumann, Thusnelda († 10. 6. 1953)
Sonst. → 49/99

Lange, Bernd
MdEP 19. 7. 1994–19.7.2004 (SPD)

Lange, Bernd Lutz
Sonst. → 49/99

Lange, Brigitte
MdB 12.–14. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Lange (Backnang)**, Christian**
MdB 14.–15. WP (SPD)

Lange (△Essen)**, Erwin** († 30. 10. 1991)
MdB 1.–8. WP (SPD)
MdEP 21. 1. 1970–23. 7. 1984 (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Lange, Torsten
MdB 10. WP ab 17. 4. 1985 (DIE GRÜNEN)
Sonst. → 49/99

Langebeck, Walter
MdB 4.–6. WP (SPD)

Langen, Werner
MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Langendörfer, Johannes († 18. 7. 1985)
Sonst. → 49/99

Langenhagen, Brigitte
MdEP 25. 11. 1990–19.7.2004 (CDU)

Langer, Erich († 21. 5. 1958)
MdB 1. WP (FDP; 10. 6. 1952 → fraktionslos; 29. 4. 1953 → WAV)
Sonst. → 49/99

Langer, Wolfram
StS → 49/99

Langes, Horst
MdEP 17. 7. 1979–18. 7. 1994 (CDU)

Langguth, Gerd
MdB 8. WP (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Langner, Manfred
MdB 8.–11. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Lantermann, Wilhelm († 11. 5. 1973)
MdB 3. WP (SPD)

Lanzinger, Barbara
MdB 15.WP CSU

Lappas, Alfons
Sonst. → 49/99

Lappas, Günther
Sonst. → 49/99

Larcher, Detlev von
MdB 12.–14. WP (SPD)
FrVst → 94/03 209
Sonst. → 49/99

LaRouche, Lyndon H.
Sonst. → 49/99

Laschet, Armin
MdB 13. WP (CDU)
MdEP ab 20.7.1999

Lassalle, Ferdinand († 31. 8. 1864)
Sonst. → 49/99

Lassowsky, Heinz
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Lattmann, Dieter
MdB 7.–8. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Lattmann, Herbert
MdB 9. WP ab 27. 4. 1982, 10.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Latussek, Paul
MdVk 10. WP (DSU)

Lauck, Hans-Joachim
DDR → 49/99

Laufs, Paul
MdB 8.–14. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 209, 287
FrVst → 49/99 · 94/03 209
Sonst. → 49/99

Laumann, Karl-Josef
MdB 12.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 209, 254, 263
Sonst. → 94/03 313, 316

Lauk, Kurt
MdEP ab 20.7.2004 (CDU)

Laurien, Hanna-Renate
Sonst. → 49/99

Laurischk, Sibylle
MdB 15. WP (FDP)

Lauritzen, Lauritz († 5. 6. 1980)
MdB 6.–7. WP, 8. WP bis † (SPD)
BMin → 49/99
Sonst. → 49/99

Lausen, Willi († 18. 4. 1972)
MdB 1. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Lautenschlager, Hans
MdB 3. WP ab 9. 11. 1960, 4.–7. WP (SPD)
MdEP 19. 1. 1968–19. 1. 1977 (SPD)

Lautenschlager, Hans Werner
StS → 49/99

Lauterbach, Ellen
MdB 6. WP (SPD)

Lazar, Monika
MdB 15.WP ab 21. 12.3.–9. WP (SPD)

Leber, Georg
MdB 3.–9. WP (SPD)
MdEP 27. 2. 1958–25. 2. 1959 (SPD)
VPräs → 49/99
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Lechner, Kurt
MdEP ab 20.7.1999 (CDU)

Leddin, Bruno († 25. 3. 1951)
MdB 1. WP bis † (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Lederer, Andrea
siehe Gysi, Andrea

Leeb, Hermann
Sonst. → 49/99

Legge, Stephan
Sonst. → 49/99

Legge-Suwelack, Ursula
Sonst. → 49/99

Lehder, Christine
MdB 14.–15. WP (SPD)

Lehmann, Uwe
Sonst. → 49/99

Lehment, Conrad-Michael
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (FDP)
MdVk 10. WP (LDP → Die Liberalen)

DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Lehn, Waltraud
MdB 13.–15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 52

Lehne, Klaus-Heiner
MdB 12. WP ab 12. 3. 1992 (CDU)
MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)
Sonst. → 49/99

Lehr, Robert († 13. 10. 1956)
MdB 1. WP (CDU)
BMin → 49/99
AVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Lehr, Ursula [Maria]
MdB 12. WP (CDU)
BMin → 49/99
AVst → 49/99

Leibbrand, Robert († 25. 1. 1963)
MdB 1. WP bis 26. 1. 1950 (KPD)
Sonst. → 49/99

Leibfried, Eugen († 12. 10. 1978)
MdB 1. WP, 2. WP bis 21. 6. 1956 (CDU)
Sonst. → 49/99

Leibholz, Gerhard († 19. 2. 1982)
Sonst. → 49/99

Leibing, Christian
MdB 2. WP ab 8. 8. 1955 (CDU)

Leibrecht, Harald
MdB 15. WP (FDP)

Leich, Werner
Sonst. → 49/99

Leicht, Albert († 2. 10. 1994)
MdB 3.–7. WP, 8. WP bis 24. 10. 1977 (CDU)
PStS → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 124

Leidinger, Robert
MdB 11.–14. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 721

Leinen, Josef
MdEP ab 20.7.1999 (SPD)

Leiske, Walter († 22. 10. 1971)
MdB 2.–3. WP (CDU)

Leister, Klaus Dieter
StS → 49/99

Leitow, Erich
MdB 2. WP ab 3. 8. 1956 (SPD)

Leja, Michael
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Lemke, Helmut († 15. 4. 1990)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Lemke, Steffi
MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 49/99 · 94/03 165, 209, 228, 252
Sonst. → 49/99 · 94/03 144, 327

Lemmer, Ernst († 18. 8. 1970)
MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–5. WP, 6. WP bis † (CDU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Lemmer, Gerd [Ludwig]
MdEP 17. 7. 1979–18. 7. 1994 (CDU)
StS → 49/99

Lemmrich, Karl Heinz
MdB 4.–10. WP, 11. WP bis 28. 7. 1988 (CSU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Lemp, Hans
MdB 5. WP ab 29. 11. 1967, 6.–8. WP (SPD)
MdEP 26. 5. 1977–16. 7. 1979 (SPD)
Bibl. → 49/99

Lemper, Hubert († 19. 10. 1990)
MdB 4.–6. WP (SPD)

Lenders, Helmut († 20. 1. 2002)
MdB 5.–8. WP (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Lengl, Siegfried
StS → 49/99

Lengsfeld, Vera
(bis 1. 11. 1994 Wollenberger, Vera)
MdB 11. WP ab 5. 10. 1990 (GRÜNE/BÜNDNIS 90), 12. WP (Bündnis 90/Grüne), 13. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE; 17. 12. 1996 → CDU/CSU), 14.–15. WP (CDU)
MdVk 10. WP (GP → Bündnis 90/Grüne)
FrVst → 49/99 · 94/03 209
DDR → 49/99
GrVst → 94/03 209
Sonst. → 49/99 · 94/03 249

Lenin, Wladimir Iljitsch († 24. 1. 1924)
Sonst. → 49/99

Lenke, Ina
MdB 14.–15. WP (FDP)
Sonst. → 94/03 313, 316

Lennartz, Klaus
MdB 9.–14. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Lensing, Eduard († 27. 8. 2004)
MdB 6. WP (CDU)
Bibl. → 49/99

Lensing, Lambert († 25. 4. 1965)
MdPR → 49/99

Lensing, Werner
MdB 13.–15. WP (CDU)
Sonst. → 94/03 145

Lenz (^Brühl)**, Aloys** († 1. 3. 1976)
MdB 1.–5. WP (CDU)
MdEP 10. 2. 1953–21. 1. 1970 (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Lenz (Bergstraße)**, Carl Otto**
MdB 5.–9. WP, 10. WP bis 13. 1. 1984 (CDU)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Lenz (Trossingen)**, Hans** († 28. 8. 1968)
MdB 2.–4. WP, 5. WP bis 5. 10. 1967 (FDP)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Lenz, Marlene
MdEP 17. 7. 1979–19.7.1999 (CDU)
Eur → 49/99

Lenz (Godesberg)**, Otto** († 2. 5. 1957)
MdB 2. WP bis † (CDU)
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Lenz (Bremerhaven)**, Werner** († 24. 10. 2004)
MdB 4. WP (SPD)

Lenze (Attendorn)**, Franz**
MdB 2.–6. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Lenzer, Christian
MdB 6.–13. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 210, 261
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 156

Leonhard, Elke
(während der 12. WP Leonhard-Schmid, Elke)
MdB 12.–15. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 164, 210, 462
Sonst. → 49/99 · 94/03 835–836

Leonhard, Gottfried († 7. 10. 1983)
MdB 1.–4. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Leonhard-Schmid, Elke
siehe Leonhard, Elke

Leonhart, Günther († 23. 3. 2003)
MdB 9.–11. WP (SPD)

Lepsius, Renate († 28. 6. 2004)
MdB 7.–9. WP, 10. WP ab 12. 4. 1984 (SPD)
Sonst. → 49/99

Lerche, Peter
Sonst. → 49/99

Lermer, Josef († 15. 7. 1964)
MdB 2.–3. WP, 4. WP bis † (CSU)
Sonst. → 49/99

Leskien, Jürgen
MdVk 10. WP (PDS)

Lessmann, Horst
Sonst. → 49/99

Letzgus, Peter
MdB 13.–15. WP (CDU)

Leuchtgens, Heinrich († 21. 3. 1959)
MdB 1. WP (FDP; 11. 9. 1949 → DRP/NR; 6. 12. 1950 → DP; 16. 1. 1952 → DP/DPB; 27. 7. 1953 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Leukert, Edmund († 10. 5. 1983)
MdB 2. WP, 3. WP ab 21. 4. 1958, 4. WP ab 27. 6. 1962, 5. WP (CSU)

Leuschner, Kurt († 19. 11. 1996)
MdB 8. WP ab 9. 6. 1980, 9. WP (SPD)

Leussink, Hans
BMin → 49/99

Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine
MdB 12.–15. WP (FDP)
BMin → 49/99 · 94/03 163, 210, 278, 283, 311, 325
FrVst → 94/03 166, 210, 256
Sonst. → 49/99

Leuze, Eduard († 23. 10. 1973)
MdB 1. WP ab 21. 3. 1952 (FDP)

Leverenz, Bernhard († 4. 6. 1987)
Sonst. → 49/99

Leverkuehn, Paul († 1. 3. 1960)
MdB 2. WP, 3. WP bis † (CDU)
MdEP 27. 2. 1958–4. 11. 1959 (CDU)
Eur → 49/99

Lewering, Eckhart
MdB 14.–15. WP (SPD)

Lex, Hans Ritter von († 26. 2. 1970)
StS → 49/99

Leyk, Günther
Sonst. → 49/99

Lieberoth, Immo
MdB 12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Liebknecht, Karl († 15. 1. 1919)
Sonst. → 49/99

Liebknecht, Wilhelm († 7. 8. 1900)
Sonst. → 49/99

Liebrenz, Viktor
Sonst. → 49/99

Liedtke, Karl
MdB 5.–10. WP (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Liehr, Harry
MdB 4. WP ab 11. 1. 1962, 5. WP, 6. WP bis 16. 7. 1971 (SPD)
Sonst. → 49/99

Liepelt, Klaus
Sonst. → 49/99

Liese, Hans-Peter
MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Lietz, Heiko
Sonst. → 49/99

Lietz, Ursula
MdB 14.–15. WP (CDU)

Limbach, Editha
MdB 11.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Limbach, Jutta
Sonst. → 94/03 594

Linde, Erdmann
MdEP 17. 7. 1979–30. 9. 1981 (SPD)

Linde, Jürgen
MdB 8.–9. WP, 10. WP bis 10. 11. 1983 (SPD)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 838

Lindeiner, Hanns-Gero von († 5. 1. 1984), gen. Wildau, Hanns-Gero von
MdB 3. WP ab 8. 9. 1959 (CDU)

Lindemann, Elke
MdVk 10. WP (SPD)

Linden, Elly
Sonst. → 49/99

Lindenberg, Heinrich († 17. 11. 1982)
MdB 2.–3. WP, 5. WP ab 29. 9. 1967 (CDU)
MdEP 27. 2. 1958–29. 11. 1961 (CDU)

Lindenlaub, Andreas
MdVk 10. WP (DSU)
DDR → 49/99

Lindrath, Hermann († 27. 2. 1960)
MdB 2. WP, 3. WP bis † (CDU)
BMin → 49/99
Sonst. → 49/99

Lingemann, Heinrich
Sonst. → 49/99

Linhardt, Hanns († 10. 5. 1989)
Sonst. → 49/99

Link (△Frankfurt)**, Helmut**
MdB 6.–11. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Link (△Diepholz)**, Walter**
MdB 10.–15. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 210, 464, 525, 530
Sonst. → 49/99 · 94/03 145

Linkohr, Rolf
MdEP 17. 7. 1979–19.7.2004 (SPD)

Linnert, Fritz († 27. 10. 1949)
MdB 1. WP bis † (FDP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Linsmeier, Josef
MdB 9.–11. WP (CSU)
AVst → 49/99

Lintner, Eduard
MdB 8.–15. WP (CSU)
PStS → 49/99 · 94/03 210, 283
FrVst → 49/99 · 94/03 210
Eur → 94/03 802
Sonst. → 49/99 · 94/03 48–49, 51, 157

Lippelt (△Hannover)**, Helmut**
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90), 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 49/99 · 94/03 210, 269
Sonst. → 49/99 · 94/03 145

Lippmann, Frieder
MdVk 10. WP (SPD)

Lippmann, Heidi
(bis 22. 2. 1999 Lippmann-Kasten, Heidi)
MdB 14. WP (PDS)
FrVst → 94/03 167, 210, 271
Sonst. → 94/03 720–721

Lippmann-Kasten, Heidi
siehe Lippmann, Heidi

Lippold (△Offenbach)**, Klaus W.**
MdB 10.–15. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 210, 254–255, 261–262
AVst → 49/99 · 94/03 210
Sonst. → 49/99 · 94/03 312, 314, 316

Lips, Patricia
MdB 15. WP (CDU)

Lischewski, Manfred
MdB 12.–14. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 210, 459

Litt, Theodor († 16. 7. 1962)
Sonst. → 49/99

Ljustina, Helga
siehe Zepp-LaRouche, Helga

Lockmann, Gertrud († 10. 9. 1962)
MdB 1. WP ab 28. 11. 1950, 2. WP (SPD)

Loderer, Eugen († 9. 2. 1995)
MdEP 17. 7. 1979–14. 1. 1980 (SPD)

Löbbert, Josef († 22. 2. 1996)
MdB 5.–7. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Löbe, Karl († 24. 2. 1993)
MdB 4. WP (FDP)

Löbe, Paul († 3. 8. 1967)
MdB 1. WP (SPD)
MdPR → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 743, 752

Löbe, Werner
Sonst. 49/99 · 94/03 743

Löbel, Hans
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Löfflad, Hans († 25. 10. 1997)
MdB 1. WP (WAV; 6. 12. 1951 → DPB)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Löffler, Heinrich
Sonst. → 49/99

Löffler, Lothar
MdB 6.–10. WP (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Löher (△Dortmund)**, Paul** († 27. 2. 1995)
MdB 6. WP ab 23. 4. 1972, 7.–10. WP (CDU)

Löhr, Walter († 4. 10. 1976)
MdB 2.–6. WP (CDU)
MdEP 5. 11. 1959–14. 2. 1973 (CDU)

Löning, Markus
MdB 15. WP (FDP)

Löper, Irmgard
Sonst. → 49/99

Lörcher, Christa
MdB 12. WP ab 3. 9. 1993, 13.–14. WP (SPD, 15. 11. 2001 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99 · 94/03 249, 329

Lösche, Dorothea († 22. 11. 1985)
MdB 4. WP ab 18. 4. 1963, 5. WP ab 29. 7. 1966 (SPD)

Lösekrug-Möller, Gabriele
MdB 14. WP ab 1. 11. 2001, 15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 167, 210, 267
Sonst. → 94/03 713

Lötzer, Ursula
MdB 14. WP (PDS)

Lötzsch, Gesine
MdB 15. WP (fraktionslos)
Sonst. → 94/03 274, 315–317

Loevy, Albert
Sonst. → 94/03 753

Loevy, Siegfried
Sonst. → 94/03 753

Loewenich, Gerhard von
StS → 49/99

Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Hubertus Prinz zu († 28. 11. 1984)
MdB 2. WP (FDP; 6. 6. 1957 → fraktionslos; 25. 6. 1957 → DP/FVP)
Sonst. → 49/99

Löwenthal, Fritz († 28. 8. 1956)
MdPR → 49/99

Löwer, Wolfgang
Sonst. → 49/99 · 94/03 588–589

Löwisch, Sigrun
MdB 12. WP ab 21. 10. 1991, 13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Logemann, Fritz († 24. 9. 1993)
MdB 3. WP (DP; 25. 4. 1961 → FDP), 4.–7. WP (FDP)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Lohmann (△Neubrandenburg)**, Götz-Peter**
MdB 14.–15. WP (SPD)

Lohmann, Karl
Sonst. → 49/99

Lohmann (Witten)**, Klaus**
MdB 10.–13. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 210, 265
Sonst. → 49/99 · 94/03 49

Lohmann (Lüdenscheid)**, Wolfgang**
MdB 10. WP, 11. WP ab 12. 11. 1990, 12.–14. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 210, 261–263
Sonst. → 49/99 · 94/03 312–313

Lohmar, Ulrich († 28. 11. 1991)
MdB 3.–7. WP (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Lohmüller, Bernhard († 2. 3. 1952)
MdB 1. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Lohoff, Dietrich
Sonst. → 94/03 449

Loibl, Alfons († 23. 4. 1969)
Sonst. → 49/99

Loibl, Martin († 16. 4. 1951)
MdB 1. WP bis † (CSU)
Sonst. → 49/99

Lojewski, Günter von
Sonst. → 49/99

Looft, Uwe
MdB 6. WP ab 15. 10. 1971 (CDU)

Lorenz, Peter († 6. 12. 1987)
MdB 8. WP bis 23. 2. 1977, 9.–10. WP, 11. WP bis † (CDU)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Loritz, Alfred († 14. 4. 1979)
MdB 1. WP (WAV; 6. 12. 1951 → fraktionslos; 29. 4. 1953 → WAV)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Loske, Reinhard
MdB 14.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 94/03 210, 270

Lotz, Erika
MdB 13.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 210

Lotze, Rudi († 17. 10. 1971)
MdB 5. WP, 6. WP bis † (SPD)

Lotze, Wilhelm († 2. 6. 1983)
MdB 2. WP ab 1. 11. 1954 (CDU)

Louven, Julius
MdB 9.–14. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 210, 261
Sonst. → 49/99

Lowack, Ortwin
MdB 9.–11. WP (CSU), 12. WP (CSU; 22. 4. 1991 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99 · 94/03 591–592

Lubk, Hans-Ulrich
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Luchtenberg, Paul († 7. 4. 1973)
MdB 1. WP ab 30. 10. 1950, 2. WP ab 18. 9. 1954 bis 9. 4. 1956 (FDP)
Sonst. → 49/99

Lucyga, Christine
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–15. WP (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
Eur → 94/03 803
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Luda, Manfred
MdB 4.–8. WP (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Ludendorff, Erich († 20. 12. 1937)
Sonst. → 49/99

Ludewig, Johannes
StS → 49/99 · 94/03 284

Ludewig, Walther
MdB 8. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Ludwig, Adolf († 18. 2. 1962)
MdB 1.–3. WP, 4. WP ab 6. 1. 1962 bis † (SPD)

Lübke, Friedrich-Wilhelm († 16. 10. 1954)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Lübke, Heinrich († 6. 4. 1972)
MdB 1. WP bis 30. 9. 1950, 2. WP, 3. WP bis 2. 9. 1959 (CDU)
BPräs → 49/99
BMin → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Lücke (Osnabrück)**, Johannes** († 19. 12. 1968)
MdB 3.–4. WP (SPD)

Lücke (△Engelskirchen/Bensberg)**, Paul** († 10. 8. 1976)
MdB 1.–6. WP (CDU)
BMin → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Lücker (△München)**, Hans August**
MdB 2.–8. WP (CSU)
MdEP 19. 3. 1958–23. 7. 1984 (CSU)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Lücker, Willi
Sonst. → 49/99

Lüdecke, Andreas
Sonst. → 49/99

Lüdemann, Barbara († 20. 2. 1992)
MdB 7. WP ab 4. 9. 1973 (FDP)

Lüdemann, Hermann († 27. 5. 1959)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Lüder, Wolfgang
MdB 11.–12. WP (FDP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Lüders, Marie-Elisabeth († 23. 3. 1966)
MdB 2.–3. WP (FDP)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 752

Lühr, Uwe-Bernd
MdB 12.–13. WP (FDP)
FrVst → 49/99 · 94/03 211, 256
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Lührmann, Anna
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 94/03 145

Lünenstraß, Karl-Heinz († 16. 5. 1963)
MdB 3. WP, 4. WP bis † (SPD)

Lüth, Heidemarie
MdB 13.–14. WP (PDS)
AVst → 49/99 · 94/03 166, 211, 460, 711
Sonst. → 49/99 · 94/03 712–713

Lüth, Peter
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Lütkens, Gerhard († 17. 11. 1955)
MdB 1. WP, 2. WP bis † (SPD)
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99

Lüttge, Günter († 7. 9. 2000)
MdEP 25. 7. 1989 bis † (SPD)

Lützeler, Heinrich († 13. 6. 1988)
Sonst. → 49/99

Luft, Christa
MdB 13.–14. WP (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
FrVst → 49/99 · 94/03 166, 211, 256, 411
DDR → 49/99
GrVst → 94/03 163, 211, 256, 270
Sonst. → 49/99 · 94/03 312, 315, 588, 685

Lukaschek, Hans († 26. 1. 1960)
BMin → 49/99
Sonst. → 49/99

Lukaschenko, Alexander
Sonst. → 94/03 639

Lulay, Wilhelm Adam († 26. 1. 1974)
MdB 2. WP, 3. WP ab 23. 2. 1959 (CDU)

Lummer, Heinrich
MdB 11.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Lundt, André
Sonst. → 49/99 · 94/03 743

Luster, Rudolf († 12. 2. 2000)
MdB 8. WP (CDU)
MdEP 1. 1. 1978–18. 7. 1994 (CDU)
Sonst. → 49/99

Luster-Haggeney, Franz
Sonst. → 49/99

Luther, Hans († 11. 5. 1962)
Sonst. → 49/99

Luther, Michael
MdB 12.–15. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
FrVst → 49/99 · 94/03 211, 253, 262
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 314

Lutz, Egon
MdB 7.–11. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Luuk, Dagmar
MdB 9.–11. WP (SPD)

Luxemburg, Rosa († 15. 1. 1919)
Sonst. → 49/99

M

Maaß (Herne)**, Dieter**
MdB 12.–14. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 49–50

Maaß (△Wilhelmshaven)**, Erich**
MdB 9.–14. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Maassen, Hermann
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Machnig, Matthias
StS → 49/99 · 94/03 287

Mäder, Jürgen
MdVk 10. WP (GP → Bündnis 90/Grüne)

Mälzig, Konrad († 2. 11. 1981)
MdB 4. WP (FDP)

Männing, Peter
MdB 7. WP ab 19. 6. 1975, 8.–9. WP (SPD)

Männle, Ursula
MdB 8. WP ab 4. 10. 1979, 9. WP ab 17. 3. 1983, 10.–12. WP (CSU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Maerkl, Heinrich († 15. 2. 1983)
MdB 1. WP ab 1. 9. 1952 (FU)

Magin, Theo
MdB 9.–12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Mahlo, Dietrich
MdB 11. WP ab 9. 12. 1987, 12.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Mahne, Erhard
MdB 7.–9. WP (SPD)
PStS → 49/99

Mahrenholz, Ernst Gottfried
Sonst. → 49/99

Maibaum, Gepa
MdEP 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (SPD)

Maibaum, Wilhelm († 14. 7. 1994)
MdB 4. WP ab 22. 5. 1963, 5.–6. WP (SPD)

Maier (Freiburg)**, Friedrich** († 14. 12. 1960)
MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Maier, Hans
Sonst. → 49/99

Maier (Mannheim)**, Josef** († 13. 11. 1985)
MdB 2. WP ab 20. 11. 1953, 3.–4. WP (CDU)

Maier (Berlin)**, Pia**
MdB 14. WP ab 31. 8. 2000 (PDS)
AVst → 94/03 461

Maier (Stuttgart)**, Reinhold** († 19. 8. 1971)
MdB 2. WP bis 14. 5. 1956, 3. WP bis 30. 9. 1959 (FDP)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Maier-Bode, Martin
Sonst. → 49/99

Maihofer, Werner
MdB 7.–8. WP (FDP)
BMin → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Maizière, Lothar de
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP bis 15. 10. 1991 (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
BMin → 49/99
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Majonica, Ernst († 21. 7. 1997)
MdB 1. WP ab 19. 11. 1950, 2.–6. WP (CDU)
MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (CDU)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125

Malangré, Kurt
MdEP ab 17. 7. 1979–19.7.1999 (CDU)

Maleuda, Günther
MdB 13. WP (PDS)
MdVk 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 → fraktionslos)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Mandela, Nelson
Sonst. → 49/99 · 94/03 407

Manger-Koenig, Ludwig von († 2. 6. 1983)
StS → 49/99

Mangold, Hans
Sonst. → 49/99

Mangoldt, Hermann von († 24. 2. 1953)
MdPR → 49/99

Manhenke, Volker
MdVk 10. WP (SPD)

Mann, Erika
MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Mann, Norbert
MdB 10. WP ab 1. 4. 1985 (GRÜNE)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Mann, Siegfried
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Mann, Thomas
MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Mann, Ulrich
Sonst. → 49/99

Mansholt, Sicco
Eur → 49/99

Mante, Winfried
MdB 13.–14. WP (SPD)

Mantel, Dorothee
MdB 15. WP (CSU)
Sonst. → 94/03 145

Manteuffel (Neuß)**, Hasso von** († 24. 9. 1978)
MdB 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Manteuffel-Szoege, Georg Baron († 8. 6. 1962)
MdB 2.–3. WP, 4. WP bis † (CSU)
Sonst. → 49/99

Manzewski, Dirk
MdB 14.–15. WP (SPD)

Mao Tse-tung († 9. 9. 1976)
Sonst. → 49/99

Maren-Griesebach, Manon
Sonst. → 49/99

Marg, Volkwin
Sonst. → 49/99 · 94/03 750

Margulies, Robert († 31. 12. 1974)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 27. 8. 1964 (FDP)
MdEP 27. 2. 1958–21. 8. 1964 (FDP)
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Marhold, Tobias
MdB 14.–15. WP (SPD)

Marienfeld, Claire
MdB 12. WP, 13. WP bis 28. 4. 1995 (CDU)
WehrB → 49/99 · 94/03 127, 211, 715–716, 719–720
Sonst. → 49/99

Mark, Lothar
MdB 14.–15. WP (SPD)

Markov, Helmuth
MdEP ab 20.7.1999 (PDS)

Marks, Caren
MdB 15. WP (SPD)

Marquardt, Angela
MdB 14. WP (PDS)
FrVst → 94/03 166–167, 211, 228, 256, 271
Sonst. → 94/03 145, 314

Marquardt, Werner († 28. 12. 2001)
MdB 4.–8. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Marschall, Manfred († 8. 10. 2004)
MdB 7.–9. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Marschewski (△Recklinghausen)**, Erwin**
MdB 10.–15. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 211, 255, 260–262
Sonst. → 49/99

Marten, Günter
MdB 12.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Marth, Anton K.
Sonst. → 49/99

Martin, Berthold († 12. 11. 1973)
MdB 3.–6. WP, 7. WP bis † (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Martin, Joseph W.
Sonst. → 49/99

Martini zum Berge, Dörte
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Martiny-Glotz, Anke, gen. Anke Martiny
(vgl. Riedel-Martiny, Anke)
MdB 7.–10. WP, 11. WP bis 22. 5. 1989 (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Marusch, Werner
MdVk 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 → SPD)
Sonst. → 49/99

Marx, Dorle
MdB 12.–13. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Marx (△München)**, Franz** († 25. 12. 1985)
MdB 1.–6. WP (SPD)
Bibl. → 49/99

Marx, Karl († 14. 3. 1883)
Sonst. → 49/99

Marx (△Kaiserslautern)**, Werner** († 12. 7. 1985)
MdB 5.–9. WP, 10. WP bis † (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Mascher, Ulrike
MdB 12.–14. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 164, 211, 285
AVst → 49/99 · 94/03 161, 211, 458
Sonst. → 49/99

Massoth, Willy († 21. 11. 1978)
MdB 1.–2. WP (CDU)

Masuch, Gerhard
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Masur, Kurt
Sonst. → 49/99

Matern, Hermann († 24. 1. 1971)
DDR → 49/99

Matschie, Christoph
MdB 12.–15. WP bis 1.7.2004 (SPD)
PStS → 94/03 211, 288
FrVst → 94/03 211
AVst → 49/99 · 94/03 211, 229, 461
Sonst. → 49/99

Matterne, Dietmar († 7. 10. 2000)
MdB 12. WP (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Matthäus-Maier, Ingrid
MdB 8. WP (FDP), 9. WP bis 2. 12. 1982 (FDP; 9. 11. 1982 → fraktionslos), 10.–14. WP bis 1. 7. 1999 (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 161, 164, 211, 257
AVst → 49/99 · 94/03 211
Sonst. → 49/99 · 94/03 128, 315

Mattheis, Hilde
MdB 15. WP (SPD)

Matthes, Heinz († 2. 7. 1976)
MdB 1. WP (DP), 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 3. 5. 1961 → fraktionslos)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Matthes, Kurt
MdB 5.–6. WP (SPD)

Matthöfer, Hans
MdB 4.–10. WP (SPD)
BMin → 49/99
PStS → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Mattick, Kurt († 6. 1. 1986)
MdB 2.–8. WP (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Mattischeck, Heide
MdB 12.–14. WP (SPD)
FrVst → 94/03 211
Sonst. → 49/99

Matzat, Gotthilf
MdVk 10. WP ab 1. 8. 1990 (Bündnis 90/Grüne)

Matzner, Oskar († 29. 12. 1980)
MdB 1.–4. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Maucher, Eugen († 4. 12. 1991)
MdB 2. WP bis 16. 9. 1956, 3. WP ab 30. 1. 1958, 4.–7. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Mauk, Adolf († 24. 1. 1983)
MdB 1. WP ab 7. 4. 1952, 2.–5. WP (FDP)
MdEP 29. 11. 1961–21. 1. 1970 (FDP)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Maurer, Ulrich
Sonst. → 49/99

Mauss, Werner
Sonst. → 94/03 636

Mausbach, Hans
Sonst. → 49/99

Maxsein, Agnes Katharina († 31. 10. 1991)
MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–5. WP (CDU)

Mayer (Baiersbronn/Freiburg)**, Conny** (Cornelia)
MdB 15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 211

Mayer (Stuttgart)**, Ernst** († 18. 12. 1952)
MdB 1. WP bis † (FDP)
FrVst → 49/99

Mayer, Hans-Peter
MdEP ab 20. 7. 1999 (CDU)

Mayer (Rheinland-Pfalz/Birkenfeld)**, Hugo** († 22. 8. 1968)
MdB 1.–2. WP (CDU)

Mayer, Josef
Sonst. → 49/99

Mayer (Siegertsbrunn)**, Martin**
MdB 12.–15. WP (CSU)
Sonst. → 94/03 51

Mayer (Altötting)**, Stephan**
MdB 15. WP (CSU)
Sonst. → 94/03 51

Mayer, Xaver
MdEP 19. 7. 1994–19.7.2004 (CSU)

Mayerhofer, Georg († 17. 12. 1966)
MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU)
Sonst. → 49/99

Mayr, Karl-Sigmund († 19. 7. 1978)
MdPR → 49/99

Mazowiecki, Tadeusz
Sonst. → 49/99

Mechtersheimer, Alfred
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
Sonst. → 49/99

Meckel, Dietmar
Sonst. → 49/99

Meckel, Markus
MdB 12.–15. WP (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 457
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 822

Meckelburg, Wolfgang
MdB 12. WP, 13. WP ab 2. 5. 1995, 14.–15. WP (CDU)

Mecklinger, Ludwig
DDR → 49/99

Meermann, Hedwig († 9. 4. 2000)
MdB 4.–7. WP (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Mehl, Ulrike
MdB 12.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 164, 167, 211, 267–268
Sonst. → 49/99 · 94/03 314, 316

Mehs, Matthias Joseph († 7. 4. 1976)
MdB 1. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Meier, Bernd
MdVk 10. WP (PDS)
DDR → 49/99

Meier, Ernst
Sonst. → 94/03 66

Meier, Lothar
MdVk 10. WP (PDS)

Meinberg, Wilhelm († 8. 2. 1973)
Sonst. → 49/99

Meinecke (≙Hamburg)**, Rolf** († 27. 3. 1984)
MdB 5.–8. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Meinhof, Ulrike († 9. 5. 1976)
Sonst. → 49/99

Meinike (Oberhausen)**, Erich**
MdB 6.–9. WP (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Meininghaus, Alfred
MdB 8.–10. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Meinl, Rudolf
MdB 12.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Meis, Hans († 8. 12. 1984)
MdB 3. WP ab 2. 7. 1958, 4.–5. WP (CDU)

Meisel, Hanns-Ulrich
MdVk 10. WP (NF → Bündnis 90/Grüne)

Meißner, Gert
MdVk 10. WP (FDP → Die Liberalen)

Meißner, Herbert
MdB 12.–13. WP (SPD)

Meißner, Karl
Sonst. → 49/99

Meister, Michael
MdB 13.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 211, 264
AVst → 49/99 · 94/03 527
Sonst. → 94/03 316

Meister, Siegfried († 31. 10. 1982)
MdB 5.–6. WP (CDU)
MdEP 21. 1. 1970–14. 2. 1973 (CDU)

Meitinger, Franz Xaver († 25. 7. 1966)
MdB 1. WP ab 26. 9. 1951 (BP; 14. 12. 1951 → FU)
Sonst. → 49/99

Meitmann, Karl († 17. 2. 1971)
MdB 1.–3. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Mellies, Wilhelm († 19. 5. 1958)
MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Memmel, Linus († 22. 7. 2004)
MdB 3.–7. WP (CSU)
MdEP 9. 12. 1965–19. 1. 1977 (CSU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Mende, Erich († 6. 5. 1998)
MdB 1.–5. WP (FDP), 6. WP (FDP; 9. 10. 1970 → CDU/CSU), 7.–8. WP (CDU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125, 451

Meneses Vogl, German
MdB 11. WP ab 21. 2. 1989 (AL Berlin → GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
Sonst. → 49/99

Mengelkamp, Theodor († 21. 7. 1967)
MdB 3.–4. WP, 5. WP bis † (CDU)

Menke, Josef († 6. 5. 1975)
MdB 2.–4. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Menne (Frankfurt)**, W. Alexander** († 13. 3. 1993)
MdB 4.–5. WP, 6. WP ab 31. 5. 1972 (FDP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Menrad, Winfried
MdEP 25. 7. 1989-19.7.2004 (CDU)

Mensch, Hannelore
DDR → 49/99

Mensing, Fritz († 2. 11. 1978)
MdB 1.–3. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Menth (Rittershausen)**, Otto** († 31. 1. 1979)
MdB 6. WP ab 19. 9. 1972 (CSU)

Menzel, Bruno († 13. 9. 1996)
MdB 12. WP (FDP)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125

Menzel, Heinz († 18. 09. 2000)
MdB 8.–11. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Menzel, Walter († 24. 9. 1963)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
MdPR → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Mercker, Reinhold († 26. 3. 1996)
StS → 49/99

Merk, Hans Günther
Sonst. → 49/99

Merkatz, Hans-Joachim von († 25. 2. 1982)
MdB 1. WP (DP), 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU), 4.–5. WP (CDU)
MdEP 16. 7. 1952–19. 3. 1958 (DP)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Merkel, Angela [Dorothea]
MdB 12.–15. WP (CDU)
BMin → 49/99 · 94/03 162, 211, 278, 288, 312, 318–320, 333
FrVst → 94/03 168, 211, 255, 259, 294
Sonst. → 49/99 · 94/03 11–12, 259, 294, 315

Merkel, Petra-Evelyne
MdB 15. WP (SPD)

Merker, Rolf († 20. 3. 2002)
MdB 8. WP ab 20. 4. 1978, 9. WP (FDP)

Merten, Hans († 12. 12. 1967)
MdB 1. WP ab 23. 4. 1951, 2.–4. WP, 5. WP bis † (SPD)
MdEP 12. 3. 1965 bis † (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Merten, Ulrike
MdB 14.–15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 720–721

Mertens, Angelika
MdB 13.–15. WP (SPD)
PStS → 94/03 164, 167, 211, 287
FrVst → 94/03 164, 211, 267

Mertens (Bottrop)**, Franz-Josef**
MdB 9.–12. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Mertens, Meinolf
MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (CDU)

Mertensacker, Adelgunde
Sonst. → 49/99

Mertes (Gerolstein)**, Alois** († 16. 6. 1985)
MdB 7.–9. WP, 10. WP bis † (CDU)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Mertes (△Stuttgart)**, Werner** († 6. 4. 1985)
MdB 4.–7. WP (FDP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Mertins, Arthur († 9. 12. 1979)
MdB 1. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Merz, Friedrich
MdB 13.–15. WP (CDU)
MdEP 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 212, 253–255, 259, 294, 328, 410
Sonst. → 94/03 315–316

Meseke, Hedda
(nach Mandatsniederlegung Namenswechsel: ab 19. 11. 1993 Czasche-Meseke, Hedda; ab 22. 6. 1995 Czasche, Hedda; ab 20. 9. 1996 Wedel, Hedda von)
MdB 12. WP bis 6. 12. 1993 (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 563

Metter, Rudolf († 1. 8. 1972)
MdB 3.–4. WP (SPD)

Metz, Reinhard
MdB 8.–10. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Metzger, Günther
MdB 6.–7. WP (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Metzger, Ludwig († 13. 1. 1993)
MdB 2.–5. WP (SPD)
MdEP 29. 10. 1957–21. 1. 1970 (SPD)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Metzger, Oswald
MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 49/99 · 94/03 685

Metzroth, Alfred
Sonst. → 49/99

Meyer (Tapfheim)**, Doris**
MdB 15. WP (CSU)

Meyer (Hagen/Wanne-Eickel)**, Erich** († 9. 5. 1968)
MdB 1.–4. WP (SPD)

Meyer (Frankfurt)**, Ernst Wilhelm** († 15. 5. 1969)
MdB 3.–4. WP (SPD)

Meyer, Hans
Sonst. → 49/99 · 94/03 61, 590

Meyer, Hans Joachim
DDR → 49/99

Meyer (Bremen)**, Heinz** († 14. 10. 1959)
MdB 1. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Meyer, Heinz-Werner († 9. 5. 1994)
MdB 11. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 124

Meyer (Ulm)**, Jürgen**
MdB 12.–14. WP (SPD)
FrVst → 94/03 212
AVst → 49/99 · 94/03 462
Bibl. → 49/99
Eur → 94/03 570
Sonst. → 49/99

Meyer, Karl Otto
Sonst. → 49/99

Meyer (Hamm)**, Laurenz**
MdB 15. WP (CDU)

Meyer (Oppertshofen)**, Philipp** († 29. 1. 1962)
MdB 2.–3. WP, 4. WP bis † (CSU)
Sonst. → 49/99

Meyer (Winsen)**, Rudolf**
MdB 13. WP (CDU)

Meyer (Dortmund)**, Trudel** († 12. 11. 1989)
MdB 2. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Meyer, Wolfgang
DDR → 49/99

Meyer zu Bentrup, Reinhard
MdB 8.–12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Meyer-Abich, Klaus Michael
Sonst. → 49/99

Meyer-Bodemann, Werner
MdVk 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 → CDU)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Meyer-Landrut, Andreas
StS → 49/99

Meyer-Laule, Emmy († 15. 3. 1985)
MdB 1.–3. WP (SPD)
AVst → 49/99

Meyer-Ravenstein, Adolf
Sonst. → 49/99

Meyer-Ronnenberg, Rudolf († 28. 10. 1973)
MdB 2. WP (GB/BHE; 20. 8. 1954 → CDU/CSU)
Sonst. → 49/99

Meyers (Aachen)**, Franz** († 27. 1. 2002)
MdB 3. WP bis 4. 9. 1958 (CDU)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 127

Michalik, Regina
Sonst. → 49/99

Michalk, Maria
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP ab 13. 2. 1991, 15. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
FrVst → 49/99
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Michelbach, Hans [Georg]
MdB 13.–15. WP (CSU)
FrVst → 94/03 212

Michels, Meinolf
MdB 9.–14. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Michels, Wilhelm († 7. 4. 2003)
MdB 4.–6. WP (SPD)
MdEP 29. 11. 1961–22. 1. 1964 (SPD)
Sonst. → 49/99

Mick, Josef († 24. 7. 1978)
MdB 3.–7. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Middelhauve, Friedrich († 14. 7. 1966)
MdB 1. WP bis 17. 10. 1950, 2. WP bis 10. 9. 1954 (FDP)
Sonst. → 49/99

Mielke, Erich († 21. 5. 2000)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Mies, Herbert
Sonst. → 49/99

Miessner, Herwart († 7. 12.2002)
MdB 1. WP (DRP/NR; 5. 10. 1950 → FDP-Gast; 20. 12. 1950 → FDP), 2. WP, 3. WP ab 21. 5. 1959, 4.–5. WP (FDP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Mihr, Karl-Heinz
MdEP 16. 1. 1980–18. 7. 1994 (SPD)

Mikat, Paul
MdB 6.–10. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Milatz, Alfred
Sonst. → 49/99

Mildner, Klaus
MdB 12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Miller (Ingolstadt)**, Anton** († 26. 6. 1988)
MdB 2. WP (CSU)

Miltner, Karl
MdB 6.–10. WP, 11. WP bis 20. 5. 1988 (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Milz, Peter († 26. 11. 1986)
MdB 7.–9. WP, 10. WP bis † (CDU)
Sonst. → 49/99

Minkel, Klaus
MdB 15. WP (CDU)

Mischnick, Wolfgang († 6. 10. 2002)
MdB 3.–12. WP (FDP)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 127

Missbach, Artur († 4. 9. 1988)
MdB 4.–5. WP (CDU)

Misselwitz, Hans-Jürgen
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Missmahl, Friedhelm († 7. 12. 1967)
MdB 1. WP, 2. WP ab 1. 9. 1954 (SPD)

Mittag, Günter († 18. 3. 1994)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Mitterrand, FranÂois († 8. 1. 1996)
Sonst. → 49/99

Mitzscherling, Peter († 28. 12. 1996)
MdB 9.–10. WP, 11. WP bis 10. 5. 1989 (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Mocek, Reinhard
MdVk 10. WP (PDS)
DDR → 49/99

Mocker, Karl († 17. 7. 1996)
MdB 2. WP (GB/BHE)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125

Modrow, Hans
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP (PDS/LL)
MdVk 10. WP (PDS)
MdEP 20.7.1999–19.7.2004 (PDS)
FrVst → 49/99
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Möbus, Walter
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Möhring, Helmuth
MdB 6.–9. WP, 10. WP ab 8. 7. 1986 (SPD)

Möllemann, Jürgen W. († 5. 6. 2003)
MdB 7.–14. WP bis 5. 6. 2000, 15. WP bis † (FDP, ab 11. 2. 2003 → fraktionslos)
BMin → 49/99 · 94/03 212
PStS → 49/99 · 94/03 212
FrVst → 49/99 · 94/03 212
AVst → 49/99 · 94/03 212, 462
Sonst. → 49/99 · 94/03 11, 128, 134, 156–157, 250, 314

Möller, Alex († 2. 10. 1985)
MdB 4.–7. WP (SPD)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Möller, Claus
DDR → 49/99

Möller, Franz
MdB 8.–12. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Möller (Lübeck)**, Heiner** († 5. 8. 1999)
MdB 7. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Möller, Jes Albert
MdVk 10. WP (SPD)

Mönikes, Anna († 22. 5. 1995)
MdB 5. WP ab 12. 10. 1967 (CDU)

Moerchel, Siegfried († 11. 1. 2002)
MdB 2. WP (CDU)

Moersch, Karl
MdB 4. WP ab 1. 9. 1964, 5.–7. WP (FDP)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Mogg, Ursula
MdB 13.–15. WP (SPD)

Moldt, Ewald
DDR → 49/99

Moll, Matthias († 30. 9. 1958)
MdB 2. WP (SPD)

Molnar, Thomas
MdB 12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Mombaur, Peter-Michael
MdEP 19. 7. 1994–19.7.2004 (CDU)

Mommer, Karl († 3. 9. 1990)
MdB 1.–5. WP (SPD)
VPräs → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Mommsen, Ernst Wolf († 23. 1. 1979)
StS → 49/99

Mommsen, Friedrich († 21. 9. 1965)
Sonst. → 49/99

Momper, Walter
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99

Montag, Jerzy
MdB 15. WP ((BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 94/03 315

Moosbauer, Christoph
MdB 14. WP (SPD)

Moosdorf, Kurt († 24. 4. 1956)
MdB 1. WP ab 4. 5. 1952 (SPD)
Sonst. → 49/99

Morawe, Petra
Sonst. → 49/99

Moreth, Peter
DDR → 49/99

Morgenstern, Heinz († 3. 9. 1980)
MdB 4. WP, 5. WP bis 14. 9. 1966 (SPD)
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Morgenstern, Luise
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Morgenstern, Marion
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
Sonst. → 49/99

Morgenthaler, Wendelin († 22. 4. 1963)
MdB 1.–2. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Morlok, Martin
Sonst. → 49/99 · 94/03 588–590

Morsey, Rudolf
Sonst. → 49/99 · 94/03 796, 836

Mortler, Marlene
MdB 15. WP (CSU)
Sonst. → 94/03 51

Mosdorf, Siegmar
MdB 12.–14. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 212, 284
AVst → 49/99 · 94/03 212, 527
Sonst. → 49/99 · 94/03 551

Mosiek-Urbahn, Marlies
MdEP 19. 7. 1994–22.4.1999 (CDU)

Muckermann, Richard († 2. 2. 1981)
MdB 1.–3. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Mücke, Willibald († 25. 11. 1984)
MdB 1. WP (SPD)
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Mückenberger, Erich († 10. 2. 1998)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Mühlen, Klaus Freiherr von († 12. 7. 1985)
MdB 3. WP ab 6. 10. 1959, 4. WP (FDP)

Mühlenberg, Franz († 16. 2. 1976)
MdB 1.–3. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Mühlenfeld, Hans († 14. 10. 1969)
MdB 1. WP bis 15. 5. 1953 (DP)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Mühlhan, Bernhard († 11. 10. 1972)
MdB 5. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Mühlmann, Manfred
DDR → 49/99

Müller (Remscheid)**, Adolf**
MdB 4.–10. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Müller (Pleisweiler)**, Albrecht**
MdB 11.–12. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Müller, Alexander
StS → 94/03 285

Müller (Wesseling)**, Alfons** († 13. 10. 2003)
MdB 9.–12. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Müller (△Jena)**, Bernward**
MdB 14.–15. WP (CDU)

Müller (Zittau)**, Christian**
MdB 12.–15. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 458, 460
Sonst. → 49/99

Müller, Edith
MdEP 19. 7. 1994–19.7.1999 (GRÜNE)

Müller (Kirchheim)**, Elmar**
MdB 12.–14. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 212, 261
AVst → 49/99

Müller, Emilia
MdEP 20. 7. 1999–5.11.2003 (CSU)

Müller, Erhard O.
Sonst. → 49/99

Müller (Ludwigsburg)**, Gebhard** († 7. 8. 1990)
MdB 2. WP bis 11. 11. 1953 (CDU)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Müller, Gerd
MdB 13.–15. WP (CSU)
MdEP 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (CSU)
FrVst → 94/03 258
AVst → 49/99 · 94/03 459
Sonst. → 49/99 · 94/03 48–49, 51

Müller, Gottfried
DDR → 49/99

Müller (△München)**, Günther** († 27. 2. 1997)
MdB 5. WP (SPD), 6. WP (SPD; 17. 5. 1972 → fraktionslos; 19. 9. 1972 → CDU/CSU), 7.–12. WP (CSU)
MdEP 1. 4. 1988–24. 7. 1989 und 4. 12. 1992–6. 11. 1993 (CSU)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Müller (Erbendorf)**, Hans** († 11. 3. 1974)
MdB 2.–4. WP (SPD)

Müller (Wadern)**, Hans-Werner**
MdB 8.–12. WP (CDU)
MdEP 19. 1. 1977–16. 7. 1979 (CDU)
Sonst. → 49/99

Müller (Hessen), **Heinrich** († 6. 5. 1966)
MdB 1. WP (SPD)

Müller (Nordenham), **Heinrich**
MdB 4. WP, 6.–8. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Müller (△Düsseldorf), **Hildegard**
MdB 15. WP (CDU)

Müller (Bremen), **Joachim**
MdB 10. WP ab 13. 3. 1985 (GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Müller (Berlin), **Johannes** († 15. 5. 1992)
MdB 4.–8. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Müller (Aachen-Land), **Josef**
MdB 4.–6. WP (CDU)
MdEP 9. 12. 1965–14. 2. 1973 (CDU)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Müller, Josef († 12. 9. 1979)
Sonst. → 49/99

Müller (Völklingen), **Jutta**
MdB 12.–14. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 457, 460
Sonst. → 49/99 · 94/03 50, 712–713

Müller (Bonn), **Karl** († 18. 4. 1964)
MdB 1.–2. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Müller (Ravensburg), **Karl** († 21. 7. 1982)
MdB 3.–5. WP (SPD)

Müller (Wehdel), **Karl** († 5. 10. 1966)
MdB 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)

Müller (Köln), **Kerstin**
MdB 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
PStS → 94/03 168, 212, 283
FrVst → 49/99 · 94/03 162, 165, 212, 251–252, 259
Sonst. → 49/99 · 94/03 14, 311, 313

Müller (Kiel), **Klaus Wolfgang**
MdB 14. WP bis 31. 3. 2000 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 94/03 128, 133, 315

Müller (Hannover), **Kurt** († 21. 8. 1990)
MdB 1. WP (KPD; März 1950 Verschleppung in die DDR; briefliche Mandatsniederlegung vom 6. 5. 1950 nicht anerkannt; ab 10. 5. 1950 als fraktionslos geführt)
Sonst. → 49/99

Müller (Berlin), **Manfred**
MdB 13.–14. WP (PDS)
FrVst → 49/99
GrVst → 94/03 212, 256
Sonst. → 49/99 · 94/03 311

Müller, Manfred
Sonst. → 49/99

Müller (△Düsseldorf), **Michael**
MdB 10.–15. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 212, 257–258, 265
AVst → 49/99 · 94/03 212
Sonst. → 49/99 · 94/03 312, 314, 316

Müller (Frankfurt), **Oskar** († 14. 1. 1970)
MdB 1. WP (KPD)
Sonst. → 49/99

Müller, Peter
MPräs → 94/03 519

Müller (Bayreuth), **Richard** († 13. 7. 1986)
MdB 7.–9. WP (SPD)
AVst → 49/99

Müller, Rosemarie
MdEP 20. 7. 1999-19.7.2004 (SPD)

Müller (Niederfischbach), **Rudolf** († 20. 4. 1987)
MdB 6. WP (CDU)

Müller (Schweinfurt), **Rudolf**
MdB 7.–12. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Müller (Erlangen), **Stefan**
MdB 15. WP (CSU)

Müller, Werner
BMin → 49/99 · 94/03 279, 284, 299, 314, 644, 646

Müller, Werner
Sonst. → 49/99

Müller (Mülheim), **Willi**
MdB 5.–8. WP (SPD)
MdEP 14. 2. 1973–16. 7. 1979 (SPD)
Sonst. → 49/99

Müller (Worms), **Willy** († 19. 9. 1976)
MdB 1.–5. WP (SPD)

Müller-Armack, Alfred († 16. 3. 1978)
StS → 49/99

Müller-Emmert, Adolf
MdB 4.–10. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Müller-Hermann, Ernst († 19. 7. 1994)
MdB 1. WP ab 1. 1. 1952, 2.–8. WP (CDU)
MdEP 27. 2. 1958–21. 12. 1965 und 19. 1. 1977–23. 7. 1984 (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 124

Münch, Werner
MdEP 24. 7. 1984–16. 11. 1990 (CDU)
MPräs → 49/99

Münchow, Samuel († 23. 9. 1976)
Sonst. → 49/99

Müntefering, Franz
MdB 7. WP ab 10. 6. 1975, 8.–11. WP, 12. WP bis 8. 12. 1992, 14.–15. WP (SPD)
BMin → 49/99 · 94/03 212, 280, 287, 314, 325, 742
FrVst → 49/99 · 94/03 212, 234, 258, 260, 294
Sonst. → 49/99 · 94/03 315

Müser, Franzjosef († 27. 6. 1976)
MdB 2.–4. WP (CDU)

Müser, Willi
MdB 5. WP (CDU)

Müthling, Hans († 5. 2. 1976)
MdB 5.–6. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Mützenich, Rolf
MdB 15. WP (SPD)

Mugay, Peter-Klaus
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Mulert, Friederike († 5. 4. 1991)
MdB 1. WP ab 1. 2. 1952 (FDP)
Bibl. → 49/99

Multhaupt, Gesine
MdB 15. WP (SPD)

Munzinger, Oskar († 6. 9. 1983)
MdB 3. WP ab 20. 4. 1959 bis 1. 10. 1959 (SPD)
Sonst. → 49/99

Murr, Leonhard († 2. 10. 1967)
MdB 3.–4. WP (FDP)

Mursch (Soltau-Harburg)**, Karl-Heinz** († 13. 6. 2002)
MdB 6.–7. WP (CDU)
MdEP 14. 2. 1973–19. 1. 1977 (CDU)
Sonst. → 49/99

Mußgnug, Martin († 2. 2. 1997)
Sonst. → 49/99

Muth, Maic-Roland
Sonst. → 94/03 66

N

Nachtwei, Winfried
MdB 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 94/03 212, 270
Sonst. → 49/99 · 94/03 315, 712, 719–721

Nadig, Frieda († 14. 8. 1970)
MdB 1.–3. WP (SPD)
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Naegel, Wilhelm († 24. 5. 1956)
MdB 1. WP, 2. WP bis † (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Nagel, Heinz-Joachim
Sonst. → 49/99

Nagel, Werner († 12. 7. 1993)
MdB 7.–11. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Nagel, Ralf
StS → 94/03 287

Nahles, Andrea
MdB 14. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 145

Nahm, Peter-Paul († 1981)
StS → 49/99

Nann, Alfred
MdB 5. WP ab 17. 2. 1969 (SPD)

Narjes, Karl-Heinz
MdB 7.–8. WP, 9. WP bis 9. 1. 1981 (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Nassauer, Hartmut
MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Naßmacher, Karl-Heinz
Sonst. → 49/99

Natzius, Rüdiger
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99

Nau, Alfred († 18. 5. 1983)
Sonst. → 49/99

Naumann, Kersten
MdB 14. WP (PDS)
Sonst. → 94/03 314

Naumann, Manfred
MdVk 10. WP (SPD)

Naumann, Michael
PStS → 49/99 · 94/03 282, 293, 314

Neber, Jakob († 23. 6. 1968)
MdB 1. WP (CDU)

Neddermeyer, Helmut
Sonst. → 49/99

Neef, Fritz († 29. 8. 1979)
StS → 49/99

Neemann, Georg († 6. 2. 1993)
MdB 5.–6. WP (SPD)

Nehm, Albert
MdB 8. WP ab 13. 9. 1978, 9.–11. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Nelle, Engelbert
MdB 9.–13. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 212, 458
Sonst. → 49/99

Nellen, Peter († 29. 12. 1969)
MdB 1.–2. WP (CDU), 3. WP (CDU; 8. 11. 1960 → SPD), 4.–5. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Nessing-Stranz, Dorit
Sonst. → 49/99

Neubauer, Harald
MdEP 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (REP)
Sonst. → 49/99

Neubauer, Kurt
MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–3. WP, 4. WP bis 16. 4. 1963 (SPD)
Sonst. → 49/99

Neuburger, August († 2. 2. 1999)
MdB 1.–3. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 126

Neugebauer, Lore
MdEP 3. 7. 1987–24. 7. 1989 (SPD)

Neuhäuser, Rosel
MdB 13.–14. WP (PDS)
FrVst → 49/99
GrVst → 94/03 163, 212, 256

Neuhaus, Alfred Hubertus
MdB 8.–9. WP (CDU)
AVst → 49/99

Neuhausen, Friedrich († 6. 12. 1994)
MdB 9.–11. WP (FDP)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Neuling, Christian
MdB 11.–12. WP (CDU)

Neumann, Alfred
DDR → 49/99

Neumann (Bremen)**, Bernd**
MdB 11.–15. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 212, 288
Sonst. → 49/99

Neumann (Allensbach)**, Erich Peter** († 12. 6. 1973)
MdB 4. WP (CDU)

Neumann (^Berlin)**, Franz** († 9. 10. 1974)
MdB 1.–5. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Neumann (Gotha)**, Gerhard**
MdB 12.–14. WP (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 721

Neumann (Berlin)**, Kurt**
MdB 13. WP (SPD; 8. 10. 1996 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99 · 94/03 249

Neumann (^Stelle)**, Paul**
MdB 5.–9. WP (SPD)

Neumann (Bramsche)**, Volker**
MdB 8. WP ab 20. 6. 1978, 9. WP, 10. WP ab 11. 11. 1983, 12.–15. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 212, 512–513

Neumayer, Fritz († 12. 4. 1973)
MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
BMin → 49/99
Sonst. → 49/99

Neumeister, Günter
MdVk 10. WP (SPD)

Neumeister, Hanna
MdB 7.–10. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Neusel, Hans
StS → 49/99

Nevermann, Paul († 21. 3. 1979)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Ney, Hubert († 3. 2. 1984)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Nickel, Uta
DDR → 49/99

Nickels, Christa
MdB 10. WP bis 30. 3. 1985 (GRÜNE), 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90), 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
PStS → 49/99 · 94/03 165, 213, 286, 531, 712
FrVst → 49/99 · 94/03 213
AVst → 49/99 · 94/03 162, 165, 168, 213, 457, 461, 464, 711
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 469, 712

Nickl, Christof († 14. 11. 1967)
MdB 1. WP (CSU)

Nida-Rümelin, Julian
PStS → 49/99 · 94/03 282, 293

Niebel, Dirk
MdB 14.–15. WP (FDP)

Nieberg, Wilhelm († 27. 3. 1970)
MdB 3.–4. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Niebergall, Otto († 13. 2. 1977)
MdB 1. WP (KPD)

Niebes, Heinrich († 25. 9. 1966)
MdB 1. WP ab 10. 7. 1952 (KPD)
Sonst. → 49/99

Niebler, Angelika
MdEP ab 20. 7. 1999 (CSU)

Niedenthal, Erhard
MdB 12. WP ab 8. 2. 1993 (CDU)

Niederalt, Alois († 16. 7. 2004)
MdB 2.–5. WP (CSU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Niederkirchner, Käte
MdVk 10. WP (PDS)
DDR → 49/99

Niegel, Lorenz († 24. 7. 2001)
MdB 6.–11. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Niehof, Hans-Jürgen
DDR → 49/99

Niehuis, Edith
MdB 11.–14. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 164, 213, 286
AVst → 49/99 · 94/03 161, 213, 458
Sonst. → 94/03 50

Niemeyer, Gisela
Sonst. → 49/99

Niemeyer, Horst
Sonst. → 49/99

Nierade, Ilse Renate († 17. 6. 1990)
MdVk 10. WP bis † (NF → Bündnis 90/Grüne)

Niese, Rolf
MdB 11.–14. WP (SPD)

Nietan, Dietmar
MdB 14.–15. WP (SPD)

Niggemeier, Adolf
DDR → 49/99

Niggemeier, Horst († 1. 10. 2000)
MdB 11.–12. WP (SPD)

Niggemeyer, Heike
MdB 12. WP ab 22. 10. 1992 bis 29. 10. 1992 (SPD)

Niggemeyer, Maria († 27. 9. 1968)
MdB 1.–3. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Niklas, Wilhelm († 12. 4. 1957)
MdB 1. WP ab 30. 5. 1951 (CSU)
BMin → 49/99
Sonst. → 49/99

Nissen, Uwe-Jens († 27. 11. 1991)
MdB 4. WP bis 1. 10. 1964 (SPD)

Nitsch (Rendsburg)**, Egbert**
MdB 13. WP ab 4. 6. 1996 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
MdEP 11. 1. 1988–24. 7. 1989 (GRÜNE)

Nitsch, Johannes
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–13. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
PStS → 49/99 · 94/03 213, 287
FrVst → 49/99 · 94/03 213
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Nitzsche, Henry
MdB 15. WP (CDU)

Nixon, Richard M. († 22. 4. 1994)
Sonst. → 49/99

Noack, Arndt
Sonst. → 49/99

Noack, Gabriele
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Noack, Ludwig
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Noé, Claus
StS → 49/99 · 94/03 284

Nöbel, Wilhelm
MdB 8.–11. WP (SPD)

Nöll von der Nahmer, Robert Philipp († 24. 5. 1986)
MdB 1. WP (FDP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Nölling, Wilhelm
MdB 6. WP, 7. WP bis 20. 5. 1974 (SPD)
Sonst. → 49/99

Nölting, Erik († 15. 7. 1953)
MdB 1. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Noll, Michaela (bis 31. 12. 2002 Tadjadod, Michaela)
MdB 15. WP (CDU)

Nolte, Claudia
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–15. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
BMin → 49/99 · 94/03 162, 213, 229, 278, 286, 312
FrVst → 49/99 · 94/03 213
Sonst. → 49/99 · 94/03 144

Nolting, Günther Friedrich
MdB 11.–15. WP (FDP)
Sonst. → 49/99 · 94/03 712–713, 719–720

Nooke, Günter
MdB 14.–15. WP (CDU)
MdVk 10. WP (DJ → Bündnis 90/Grüne)
FrVst → 94/03 213, 254, 263–264
Sonst. → 94/03 316

Nordenskjöld, Günter von († 13. 3. 1997)
MdB 5.–6. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Nordlohne, Franz-Josef († 29. 1. 1981)
MdB 7. WP, 8. WP bis 4. 9. 1979 (CDU)
MdEP 17. 7. 1979 bis † (CDU)
Sonst. → 49/99

Nostitz, Wolfgang von
MdEP 28. 2. 1987–24. 7. 1989 (GRÜNE)

Noth, Erke
MdB 9. WP (FDP)

Nothhelfer, Norbert
MdB 8. WP bis 6. 6. 1977 (CDU)
Sonst. → 49/99

Nowack (Harburg)**, Friedrich** († 13. 4. 1959)
MdB 1. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Nowack, Joachim Hubertus
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (DSU; 1. 7. 1990 → fraktionslos; 5. 9. 1990 → CDU)
Sonst. → 49/99

Nowack (Rheinland-Pfalz)**, Wilhelm** († 31. 7. 1990)
MdB 1. WP bis 30. 9. 1952 (FDP)
Sonst. → 49/99

Nuding, Hermann († 31. 12. 1966)
MdB 1. WP bis 20. 4. 1951 (KPD)
Sonst. → 49/99

Nüßlein, Georg
MdB 15. WP (CSU)
Sonst. → 94/03 51

Nuschke, Otto († 27. 12. 1957)
DDR → 49/99

O

Ober, Erika
MdB 15. WP (SPD)

Oberländer, Theodor († 4. 5. 1998)
MdB 2. WP (GB/BHE; 12. 7. 1955 → fraktionslos; 14. 7. 1955 → Gruppe Kraft/Oberländer; 15. 7. 1955 → CDU/CSU-Gast; 20. 3. 1956 → CDU/CSU), 3. WP, 4. WP ab 9. 5. 1963 (CDU)

BMin → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125

Obermeier, Franz
MdB 14.–15. WP (CSU)
Sonst. → 94/03 51

Oberndörfer, Dieter
Sonst. → 49/99

Oberreuter, Heinrich
Sonst. → 49/99

Obert, Günter
StS → 49/99

Odendahl, Doris
MdB 10.–13. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 213
AVst → 49/99 · 94/03 161, 213, 459
Sonst. → 49/99

Odenthal, Willy († 12. 1. 1962)
MdB 1. WP ab 28. 9. 1951, 2.–3. WP (SPD)
MdEP 25. 2. 1959–29. 11. 1961 (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Oeftering, Heinz Maria
Sonst. → 49/99

Öger, Vural
MdEP ab 20. 7. 2004 (SPD)

Öcalan, Abdullah
Sonst. → 94/03 320

Oehler, Bernd
Sonst. → 49/99

Oellers, Fritz († 4. 12. 1977)
MdB 1. WP bis 5. 6. 1951 (FDP)
Sonst. → 49/99

Oesinghaus, Günter
MdB 11.–14. WP (SPD)

Oesterle, Josef († 31. 8. 1959)
MdB 1.–2. WP, 3. WP bis † (CSU)
MdEP 1. 7. 1954 bis † (CSU)
Sonst. → 49/99

Oesterle-Schwerin, Jutta
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Oetting, Hermann
MdB 6. WP ab 19. 10. 1971, 7. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Oettingen-Wallerstein, Eugen Fürst zu († 3. 10. 1969)
MdB 1. WP ab 8. 1. 1951 bis 1. 9. 1952 (BP; 14. 12. 1951 → FU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Oetzel, Richard († 9. 3. 1985)
MdB 1. WP ab 24. 1. 1953, 2.–4. WP (CDU)

Özdemir, Cem
MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
MdEP ab 20.7.2004 (GRÜNE)
FrVst → 49/99 · 94/03 213, 269
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 144, 314

Offergeld, Rainer
MdB 6.–9. WP, 10. WP bis 1. 6. 1984 (SPD)
BMin → 49/99
PStS → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Ohl, Eckhard
MdB 14. WP (SPD)

Ohlemeyer, Wilhelm
MdB 4. WP ab 14. 6. 1965 (SPD)

Ohlig, Fritz († 27. 6. 1971)
MdB 1.–2. WP (SPD)

Oldenstädt, Martin († 21. 11. 2004)
MdB 7. WP, 8. WP ab 11. 9. 1979, 9. WP ab 5. 12. 1980, 10. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Olderog, Rolf
MdB 9.–13. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 213, 261
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Oleikiewitz, Peter
MdVk 10. WP (SPD)

Ollenhauer, Erich († 14. 12. 1963)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (SPD)
MdEP 16. 7. 1952–19. 3. 1958 (SPD)
FrVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Ollesch, Alfred († 16. 4. 1978)
MdB 4.–7. WP, 8. WP bis † (FDP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Olms, Ellen
MdB 11. WP bis 20. 2. 1989 (AL Berlin → GRÜNE)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Onnen, Alfred († 16. 5. 1966)
MdB 1.–2. WP (FDP)
AVst → 49/99

Onur, Leyla
MdB 13.–14. WP (SPD)
MdEP 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (SPD)
Sonst. → 94/03 49

Oostergetelo, Jan († 9. 7. 1996)
MdB 8.–12. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Op den Orth, Franz († 10. 3. 1970)
MdB 2. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Opel, Manfred
MdB 11. WP ab 20. 6. 1988, 12.–14. WP (SPD)

Opitz, Bernhardt
MdVk 10. WP (DFP → Die Liberalen)

Opitz, Erich
Sonst. → 49/99

Opitz, Rudolf († 25. 9. 1997)
MdB 4.–5. WP, 6. WP ab 2. 5. 1972, 7. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Orgaß, Gerhard
MdB 5.–7. WP (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Ortel, Holger
MdB 14.–15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 49

Orth, Eduard († 31. 3. 1968)
MdB 1. WP, 2. WP bis 7. 10. 1956 (CDU)
Sonst. → 49/99

Orth, Elisabeth († 10. 5. 1976)
MdB 6. WP, 7. WP bis † (SPD)
MdEP 21. 1. 1970 bis † (SPD)

Ortleb, Rainer
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–13. WP (FDP)
MdVk 10. WP (LDP → Die Liberalen)
BMin → 49/99 · 94/03 213
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Ossenbroich-Oepen, Anne-Marie
Sonst. → 49/99

Ossietzky, Carl von († 4. 5. 1938)
Sonst. → 49/99

Osswald, Albert († 16. 8. 1996)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125

Osswald, Klaus-Dieter
MdB 9. WP, 11. WP ab 6. 6. 1988 (SPD)

Oßwald, Melanie
MdB 15. WP
Sonst. → 94/03 145

Ost, Friedhelm
MdB 12.–14. WP (CDU)
StS → 49/99
AVst → 49/99 · 94/03 213, 458
Sonst. → 49/99 · 94/03 47

Ostendorff, Friedrich
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ostertag, Adolf
MdB 12.–14. WP (SPD)
FrVst → 94/03 213, 266
Sonst. → 49/99 · 94/03 50, 313

Ostman von der Leye, Wilderich Freiherr († 30. 5. 1990)
MdB 6.–7. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Ostrowski, Christine
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 14. WP (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
FrVst → 94/03 166, 213, 271
Sonst. → 49/99 · 94/03 314

Ostrowski, Otto († 21. 6. 1963)
MPräs → 49/99

Oswald, Eduard
MdB 11.–15. WP (CSU)
BMin → 49/99 · 94/03 213, 278, 288
FrVst → 49/99 · 94/03 213, 252, 258
AVst → 49/99 · 94/03 213, 241, 461, 464
Sonst. → 49/99 · 94/03 48–49, 51, 316

Ott, Anton († 27. 5. 2001)
MdB 5.–6. WP (CSU)

Ott, Franz
MdB 1. WP (parteilos; 4. 5. 1950 → WAV-Gast; 13. 10. 1950 → BHE/DG; 21. 3. 1952 → fraktionslos; 26. 3. 1952 → DP/DPB-Gast; 26. 6. 1952 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Otto (Godern), Eberhard
MdB 15. WP (FDP)

Otto (Frankfurt)**, Hans-Joachim**
MdB 12. WP, 14.–15. WP (FDP)
Sonst. → 49/99 · 94/03 316

Otto, Helga
MdB 12. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Otto, Irmtrud
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Otto (Erfurt)**, Norbert**
MdB 12.–14. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Otto, Paul († 24. 1. 1979)
Sonst. → 49/99

Overhaus, Manfred
StS → 49/99 · 94/03 283–284

P

Paar, Gisbert
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Pack, Doris
MdB 7. WP ab 1. 6. 1974, 8.–9. WP, 10. WP ab 1. 10. 1985, 11. WP bis 8. 9. 1989 (CDU)
MdEP ab 25. 7. 1989 (CDU)
Sonst. → 49/99

Páez Verdugo, Sergio
Sonst. → 94/03 824

Päselt, Gerhard
MdB 12.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Pagel, Paul
Sonst. → 49/99

Paintner, Hans [Johann] (†3. 10. 2000)
MdB 8.–12. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Palis, Kurt
MdB 12. WP ab 12. 7. 1993, 13.–14. WP (SPD)

Palleske, Hagen
Sonst. → 49/99

Panholzer, Joseph
Sonst. → 49/99

Pannenbecker, Otto († 19. 5. 1956)
MdB 1. WP (Z; 14. 12. 1951 → FU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Pannhoff, Maria († 31. 7. 1989)
MdB 3.–4. WP (CDU)

Pape, Martin
Sonst. → 49/99

Papen, Franz von († 2. 5. 1969)
Sonst. → 49/99

Papenroth, Albrecht
MdB 13.–14. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 720

Papier, Hans-Jürgen
Sonst. → 94/03 594

Parr, Detlef
MdB 12. WP ab 1. 2. 1994, 14.–15. WP (FDP)
Sonst. → 94/03 531

Parra, Lucas
Sonst. → 49/99

Partsch, Karl
MdEP 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (parteilos [GRÜNE])

Partsch, Karl Josef († 30. 12. 1996)
AVst → 49/99

Parzinger, Sepp († 28. 6. 1979)
MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU)
Sonst. → 49/99

Paschek, Wilhelm († 22. 4. 1952)
MdB 1. WP bis † (WAV; 28. 3. 1950 → DRP-Gast; 5. 10. 1950 → fraktionslos [DRP]; 30. 1. 1951 → WAV; 6. 12. 1951 → DPB)
Sonst. → 49/99

Paschen, Herbert
Sonst. → 49/99

Passy, Frédéric († 1912)
Sonst. → 49/99 · 94/03 824

Paterna, Peter
MdB 8.–12. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Patijn, Schelto
Sonst. → 49/99

Patzig, Uwe
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Pau, Petra
MdB 14. WP (PDS); 15. WP (fraktionslos)
FrVst → 94/03 166, 213, 256
Sonst. → 94/03 274, 314–316

Paul (△Württemberg)**, Ernst** († 11. 6. 1978)
MdB 1.–5. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Paul (Düsseldorf)**, Hugo** († 12. 10. 1962)
MdB 1. WP (KPD)
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Paula, Heinz
MdB 15. WP (SPD)

Pauli, Günter
MdB 9.–11. WP (SPD)

Paulinski, Silvina
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Pausch, Hans
StS → 49/99

Pawelczyk, Alfons
MdB 6.–8. WP, 9. WP bis 18. 12. 1980 (SPD)
Sonst. → 49/99

Pawelski, Rita
MdB 15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 213

Paziorek, Peter
MdB 12.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 213, 263–264
AVst → 94/03 460
Sonst. → 49/99 · 94/03 316

Peichl, Gustav
Sonst. → 49/99 · 94/03 752

Peiter, Willi († 26. 7. 1989)
MdB 4. WP ab 22. 2. 1962, 5. WP ab 19. 9. 1967, 6.–8. WP (SPD)

Pelster, Georg († 25. 6. 1963)
MdB 1.–3. WP (CDU)
MdEP 16. 7. 1952–19. 3. 1958 (CDU)
Sonst. → 49/99

Peltsch, Steffen
MdVk 10. WP (PDS)

Penner, Willfried
MdB 7.–14. WP bis 11. 5. 2000 (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 214
FrVst → 49/99 · 94/03 214
AVst → 49/99 · 94/03 214, 458, 460
WehrB → 94/03 128, 214, 715–716, 721
Sonst. → 49/99 · 94/03 50, 128, 156

Pensky, Heinz
MdB 6.–9. WP (SPD)

Pernoll, Ernst († 15. 7. 1959)
MdB 3. WP bis † (CDU)

Perschau, Hartmut
MdEP 25. 7. 1989–5. 9. 1991 (CDU)

Pesch, Hans-Wilhelm
MdB 10.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Peschel, Kurt († 7. 8. 1993)
Sonst. → 49/99

Peter, Helwin
MdB 7. WP ab 10. 6. 1974, 8. WP (SPD)
MdEP ab 25. 7. 1989–19.7.1999 (SPD)

Peter (Kassel)**, Horst**
MdB 9.–12. WP (SPD)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Peter, Luise († 16. 6. 1979)
MdB 2. WP ab 24. 7. 1957 (SPD)

Peters (△Norden)**, Georg** († 3. 8. 1992)
MdB 1.–6. WP (SPD)

Peters, Hans
Sonst. → 49/99

Peters, Johannes Wilhelm [Hans]
MdEP 17. 7. 1979–18. 7. 1994 (SPD)
Eur → 49/99

Peters, Lisa
MdB 12.–13. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Peters (Poppenbüll)**, Walter** († 8. 4. 1979)
MdB 4.–6. WP, 7. WP ab 13. 6. 1975, 8. WP bis † (FDP)
Sonst. → 49/99

Petersen, Helmut († 26. 7. 1982)
MdB 2. WP (GB/BHE)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99

Petersen, Peter
MdB 5.–6. WP, 8.–11. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Petersen, Rudolf H. († 10. 9. 1962)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Petzold, Ulrich
MdB 12.–13. WP, 15. WP (CDU)
AVst → 94/03 464

Peus, Gabriele
MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 (CDU)

Pfaff, Martin
MdB 12.–14. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Pfahls, Ludwig-Holger
StS → 49/99

Pfannenstein, Georg
MdB 13.–14. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 720

Pfeffermann, Gerhard O.
MdB 7.–11. WP, 12. WP bis 6. 9. 1993 (CDU)
StS → 49/99 · 94/03 287
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Pfeifer, Anton
MdB 6.–14. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 214, 240, 281
FrVst → 49/99 · 94/03 214
Sonst. → 49/99 · 94/03 156

Pfeiffer, Angelika Sabine
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–13. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
AVst → 49/99 · 94/03 458
Sonst. → 49/99

Pfeiffer, Anton († 20. 7. 1957)
MdPR → 49/99

Pfeiffer, Joachim
MdB 15. WP (CDU)

Pfeiffer, Sibylle
MdB 15. WP (CDU)

Pfender, Franz († 9. 7. 1972)
MdB 1. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Pfennig, Gero
MdB 8. WP ab 24. 2. 1977, 10. WP ab 2. 12. 1985, 11.–13. WP (CDU)
MdEP 17. 7. 1979–2. 12. 1985 (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 261
AVst → 49/99 · 94/03 214
Sonst. → 49/99

Pferdmenges, Robert († 28. 9. 1962)
MdB 1. WP ab 12. 1. 1950, 2.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Pflaumbaum, Walter († 3. 11. 1974)
MdB 3.–4. WP (CDU)

Pfleiderer, Karl Georg († 8. 10. 1957)
MdB 1. WP, 2. WP bis 20. 9. 1955 (FDP)
Sonst. → 49/99

Pflimlin, Pierre
Eur → 49/99

Pflüger, Friedbert
MdB 12.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 214, 264
AVst → 49/99 · 94/03 214, 462
Sonst. → 49/99 · 94/03 315

Pflüger, Tobias
MdEP ab 20. 7. 2004 (PDS)

Pflug, Johannes Andreas
MdB 14.–15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 50, 52

Pflugbeil, Sebastian
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Pfuhl, Albert
MdB 10.–12. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Philipp, Beatrix
MdB 13.–15. WP (CDU)

Philipp, Gerhard († 20. 4. 1966)
MdB 3.–4. WP, 5. WP bis † (CDU)
MdEP 29. 10. 1957–19. 3. 1958 und 5. 11. 1959 bis † (CDU)

Philipp, Ingeborg
MdB 12. WP ab 21. 5. 1992 (PDS/LL)
Sonst. → 49/99

Piazolo, Paul Harro
StS → 49/99

Picard, Walter (†10. 3. 2000)
MdB 5.–9. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Piche, Lothar
MdVk 10. WP (DSU)
Sonst. → 49/99

Pick, Eckhart
MdB 11.–14. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 214, 283
Sonst. → 49/99

Pickart Alvaro, Alexander
MdEP ab 20. 7. 2004 (FDP)

Piecyk, Wilhelm
MdEP ab 11. 5. 1992 (SPD)

Pieper, Cornelia
MdB 14. WP bis 31.5.2002, 15. WP (FDP)
FrVst → 49/99 · 94/03 166, 214, 256
Sonst. → 94/03 129, 314

Pieper, Markus
MdEP ab 20. 7. 2004 (CDU)

Piermont, Dorothee
MdEP 24. 7. 1984–28. 2. 1987 und 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (GRÜNE)

Pieroth, Bodo
Sonst. → 94/03 590

Pieroth, Elmar
MdB 6.–8. WP, 9. WP bis 16. 7. 1981 (CDU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Pieser, Liselotte († 24. 11. 1998)
MdB 5. WP ab 26. 6. 1968, 6.–8. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Pietsch, Rainer
MdVk 10. WP (NF → Bündnis 90/Grüne)

Pietscher, Carl († 20. 12. 1973)
MdB 3. WP (CDU)

Pietzcker, Jost
Sonst. → 49/99

Piltz, Gisela
MdB 15. WP ab 11. 11. 2002 (FDP)

Pinger, Winfried
MdB 6. WP, 8.–13. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 214, 261
Sonst. → 49/99

Pinkwart, Andreas
MdB 15. WP (FDP)

Pirkl, Fritz († 19. 8. 1993)
MdEP 24. 7. 1984 bis † (CSU)

Pitz-Savelsberg, Elisabeth († 13. 10. 1996)
MdB 2.–5. WP (CDU)
Bibl. → 49/99

Platner, Eduard († 2. 8. 1980)
MdB 2. WP (CDU; 12. 12. 1956 → DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
Sonst. → 49/99

Platzeck, Matthias
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (GRÜNE/BÜNDNIS 90)
MdVk 10. WP (GP → Bündnis 90/Grüne)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Pleitgen, Fritz
Sonst. → 49/99

Pleuger, Gunter
StS → 94/03 283

Ploetz, Hans-Friedrich von
StS → 49/99 · 94/03 282

Plumb, Sir Henry
Eur → 49/99

Pöhl, Karl Otto
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Pöhler (△Eckernförde)**, Heinz** († 21. 9. 1989)
MdB 2.–6. WP (SPD)
Eur → 49/99

Poepke, Arnold († 14. 7. 1989)
MdB 4. WP (CDU)

Pöppl, Ernst Josef
MdB 10. WP ab 15. 4. 1985 (CSU)
Sonst. → 49/99

Poetschki, Hans
MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 (CDU)

Pöttering, Hans-Gert
MdEP ab 17. 7. 1979 (CDU)
Eur → 94/03 817

Pofalla, Ronald
MdB 12.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 214, 255
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 590, 593

Pohl, Eva
MdB 12. WP (FDP)

Pohl, Gerhard
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Pohl, Wolfgang
MdVk 10. WP (PDS)

Pohle (△Eckernförde)**, Kurt** († 3. 11. 1961)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Pohle (△Düsseldorf)**, Wolfgang** († 27. 8. 1971)
MdB 2. WP (CDU), 5. WP, 6. WP bis † (CSU)
MdEP 10. 12. 1953–29. 10. 1957 (CDU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Pohlenz, Hans-Jürgen
MdB 4. WP ab 30. 9. 1963 bis 10. 6. 1965 (SPD)

Pohler, Hermann
MdB 12.–13. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 214
AVst → 49/99 · 94/03 459
Sonst. → 49/99

Pohlmann, Eberhard
MdB 6. WP ab 4. 11. 1969, 7.–10. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Pohlmeier, Heinrich
MdB 9.–11. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Polenz, Ruprecht
MdB 13.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 214

Polkehn, Walter († 16. 8. 1985)
MdB 7.–9. WP, 10. WP bis † (SPD)

Pollack, Peter
DDR → 49/99

Polte, Wilhelm
MdVk 10. WP bis 24. 8. 1990 (SPD)

Ponto, Jürgen († 30. 7. 1977)
Sonst. → 49/99

Popp, Karl-Heinz
MdB 9. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Poppe, Gerd
MdB 12. WP (Bündnis 90/Grüne), 13. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
MdVk 10. WP (IFM → Bündnis 90/Grüne)
FrVst → 49/99
DDR → 49/99
GrVst → 94/03 214
Sonst. → 49/99

Poppe, Ulrike
Sonst. → 49/99

Porsch, Werner († 25. 2. 2004)
MdB 5. WP ab 27. 7. 1967 (FDP)
Sonst. → 49/99

Porten, Josef († 19. 1. 1978)
MdB 4.–5. WP (CDU)

Porzner, Konrad
MdB 4. WP ab 21. 5. 1962, 5.–8. WP, 9. WP bis 28. 1. 1981, 10. WP, 11. WP bis 2. 10. 1990 (SPD)
PStS → 49/99
StS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 509

Poß, Joachim
MdB 9.–15. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 214, 257–258, 265–266
Sonst. → 49/99 · 94/03 48, 50, 52, 315–316

Posselt, Bernd
MdEP ab 19. 7. 1994 (CSU)

Posser, Diether
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Potthast, Gabriele
MdB 10. WP bis 3. 4. 1985 (GRÜNE)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Potthoff, Erich
Sonst. → 49/99

Povel, Bernardus († 21. 10. 1952)
MdB 1. WP bis † (CDU)

Praetorius, Gisela († 3. 2. 1981)
MdB 2. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Prangenberg, Heinz-Jürgen († 18. 5. 2002)
MdB 8.–9. WP (CDU)

Prassler, Helmut († 30. 3. 1987)
MdB 5.–6. WP, 7. WP bis 3. 11. 1975 (CDU)
Sonst. → 49/99

Preiß, Ludwig († 14. 5. 1996)
MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU), 4. WP ab 24. 11. 1964, 5.–6. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 124

Preiß, Manfred
DDR → 49/99

Preller, Ludwig († 29. 11. 1974)
MdB 1. WP ab 16. 3. 1951, 2. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Prennel, Carl († 14. 1. 1968)
MdB 2. WP ab 9. 11. 1955, 3. WP (SPD)

Pretzlaff, Marlies
MdB 13.–14. WP (CDU)

Preusker, Victor-Emanuel († 13. 5. 1991)
MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU)
MdEP 16. 7. 1952–1. 7. 1954 (FDP)
VPräs → 49/99
BMin → 49/99
Sonst. → 49/99

Priebe, Moritz-Ernst († 26. 1. 1990)
MdB 1.–4. WP (SPD)

Priebus, Rosemarie
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Priemer, Rolf-Jürgen
Sonst. → 49/99

Priesmeier, Wilhelm
MdB 15. WP (SPD)

Priesnitz, Walter
StS → 49/99 · 94/03 283

Priester, Heinz
Sonst. → 49/99

Probst, Albert
MdB 6.–13. WP (CSU)
PStS → 49/99 · 94/03 214
AVst → 49/99 · 94/03 214
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 48, 156

Probst, Maria († 1. 5. 1967)
MdB 1.–4. WP, 5. WP bis † (CSU)
MdEP 27. 2. 1958–21. 12. 1965 (CSU)
VPräs → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Probst, Simone
MdB 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
PStS → 49/99 · 94/03 165, 168, 214, 230, 288, 314
FrVst → 49/99 · 94/03 162, 214, 228, 251
Sonst. → 49/99 · 94/03 144

Probst (Freiburg)**, Wilhelm** († 22. 1. 1979)
MdB 3. WP (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU)
Sonst. → 49/99

Prochazka, Herbert
MdB 5. WP, 6. WP ab 18. 9. 1972 (CSU)
Sonst. → 49/99

Pronold, Florian
MdB 15. WP (SPD)

Protzner, Bernd
MdB 12.–14. WP (CSU)
FrVst → 49/99 · 94/03 214, 258
Sonst. → 49/99

Pünder, Hermann († 3. 10. 1976)
MdB 1.–2. WP (CDU)
MdEP 16. 7. 1952–1. 7. 1956 (CDU)
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Pürsten, Albert († 10. 6. 1980)
MdEP 17. 7. 1979 bis † (CDU)

Pütz, Severin Fritz († 16. 11. 1988)
MdB 3. WP (SPD)

Pützhofen, Dieter
MdB 12.–14. WP bis 30. 9. 1999 (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 458, 460
Sonst. → 49/99 · 94/03 128

Purps, Rudolf
MdB 9.–13. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 458
Sonst. → 49/99

Pusch, Rudolf
Sonst. → 49/99

Pusch, Werner († 16. 9. 1988)
MdB 2.–3. WP (SPD)

Putin, Wladimir
Sonst. → 49/99 · 94/03 407

Putzig, Paul († 12. 7. 1975)
MdB 2. WP ab 13. 2. 1954 (SPD)

Q

Qualen, Hans-Hellmuth
StS → 49/99

Quien, Hermann
MdVk 10. WP (SPD)

Quilling, Karl
Sonst. → 49/99

Quisthoudt-Rowohl, Godelieve
MdEP ab 25. 7. 1989 (CDU)

Quistorp, Eva-Maria
MdEP 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (GRÜNE)

R

Raab, Daniela
MdB 15. WP (CSU)
Sonst. → 94/03 145

Raabe, Sascha
MdB 15. WP (SPD)

Rabbethge, Renate-Charlotte
MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (CDU)

Rachel, Thomas
MdB 13.–15. WP (CDU)
AVst → 94/03 530
Sonst. → 94/03 314

Radbruch, Gustav († 23. 11. 1949)
Sonst. → 49/99

Radcke, Antje
Sonst. → 49/99 · 94/03 259, 303

Radecke, Wilhelm († 26. 7. 1978)
Sonst. → 49/99

Rademacher, Willy Max († 22. 7. 1971)
MdB 1.–4. WP (FDP)
MdEP 29. 11. 1961–21. 12. 1965 (FDP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Radwan, Alexander
MdEP ab 20. 7. 1999 (CSU)

Raestrup, Bernhard († 20. 7. 1959)
MdB 1.–2. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Raffert, Joachim
MdB 5.–6. WP (SPD)
PStS → 49/99

Rahardt-Vahldieck, Susanne
MdB 12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Rahn, Wilhelm († 16. 9. 1960)
MdB 1. WP ab 14. 1. 1950 (BP; 8. 9. 1950 → fraktionslos; 17. 10. 1950 → WAV-Gast; 14. 2. 1951 → CDU/CSU)
Sonst. → 49/99

Raidel, Hans
MdB 12.–15. WP (CSU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 48–49, 51, 720–721

Rainer, Alois († 14. 3. 2002)
MdB 5.–9. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Rainer, Gerda
siehe Hasselfeldt, Gerda

Raiser, Thomas
Sonst. → 49/99

Ramminger, August († 29. 11. 1975)
MdB 4. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Ramms, Egon Wilhelm Theodor († 6. 2. 1993)
MdB 3.–5. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Ramsauer, Peter
MdB 12.–15. WP (CSU)
FrVst → 49/99 · 94/03 214, 252–255, 258
AVst → 94/03 242
Sonst. → 49/99 · 94/03 48–49, 51

Randelzhofer, Albrecht
Sonst. → 49/99

Randzio-Plath, Christa
MdEP 25. 7. 1989-19.7.2004 (SPD)
Eur → 94/03 818

Ranke-Heinemann, Uta
Sonst. → 49/99 · 94/03 724

Ranker, Fred
MdB 10. WP ab 11. 4. 1985 (SPD)

Rapkay, Bernhard
MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Rapp (Göppingen)**, Heinz**
MdB 7.–10. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Rappe (Hildesheim)**, Hermann**
MdB 7.–13. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 215
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 156

Rasch, Hugo († 15. 9. 1960)
MdB 2. WP, 3. WP bis † (SPD)

Rasner, Will († 15. 10. 1971)
MdB 2.–5. WP, 6. WP bis † (CDU)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Rath, Eva
Sonst. → 49/99

Rath, Wilhelm († 31. 5. 1967)
MdB 1. WP (FDP)

Rathenau, Walther († 24. 6. 1922)
Sonst. → 49/99

Rattenhuber, Ernst († 16. 11. 1951)
Sonst. → 49/99

Ratzel, Ludwig († 6. 2. 1996)
MdB 2. WP ab 15. 9. 1955, 3. WP bis 21. 6. 1960 (SPD)
MdEP 27. 2. 1958–6. 11. 1959 (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Rau, Friedrich († 24. 12. 2001)
MdB 5. WP (SPD)

Rau, Johannes
BPräs → 49/99 · 94/03 450, 724–725
BRPräs → 49/99 · 94/03 725
MPräs → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 724

Rau, Rolf
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–13. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Rauber, Helmut
MdB 13.–15. WP (CDU)
Sonst. → 94/03 719–720

Rauber, Klaus
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Rauen, Peter [Harald]
MdB 11.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 215, 254
AVst → 49/99 · 94/03 215, 458, 463
Sonst. → 49/99 · 94/03 47, 315

Rauhaus, Hans († 28. 1. 1998)
MdB 4. WP (CDU)

Rauls, Wolfgang
Sonst. → 49/99

Ravens, Karl
MdB 4.–7. WP, 8. WP bis 15. 6. 1978 (SPD)
BMin → 49/99
PStS → 49/99
Sonst. → 49/99

Rawe, Wilhelm
MdB 5.–12. WP (CDU)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Rayer, Wolfgang († 27. 5. 1996)
MdB 9. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Reagan, Ronald († 5. 6. 2004)
Sonst. → 49/99

Reber, Stephan
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Rechenberg, Hans Albrecht Freiherr von († 19. 1. 1953)
MdB 1. WP bis † (FDP)
Sonst. → 49/99

Recktenwald, Rudolf
MdB 3. WP ab 11. 8. 1959 bis 20. 10. 1959 (SPD)

Reddemann, Gerhard
MdB 6.–12. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Eur → 49/99 · 94/03 801–802
Sonst. → 49/99

Redeker, Konrad
Sonst. → 49/99

Reents, Jürgen
MdB 10. WP bis 19. 3. 1985 (GRÜNE)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Reetz, Christa
MdB 10. WP bis 16. 4. 1985 (GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Regenspurger, Otto († 11. 6. 2003)
MdB 8.–13. WP (CSU)
FrVst → 49/99 · 94/03 258
Sonst. → 49/99

Regling, Karl († 25. 3. 2003)
MdB 2.–5. WP (SPD)

Rehbock-Zureich, Karin
MdB 13.–15. WP (SPD)

Rehder, Klaus
MdEP 19. 7. 1994–19.7.1999 (SPD)

Rehlen, Wiltrud († 8. 5. 1984)
MdB 7. WP ab 14. 11. 1974 (SPD)

Rehling, Luise († 29. 5. 1964)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)
FrVst → 49/99

Rehlinger, Ludwig A.
StS → 49/99

Rehm, Georg-Wilhelm
StS → 49/99

Rehm, Stefanie
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Rehs, Reinhold († 4. 12. 1971)
MdB 2.–4. WP (SPD), 5. WP (SPD; 13. 5. 1969 → CDU/CSU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Reich, Jens
MdVk 10. WP (NF → Bündnis 90/Grüne)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 724

Reichard (Dresden)**, Christa**
MdB 13.–15. WP (CDU)

Reichardt (Mannheim)**, Klaus Dieter**
MdB 13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 712

Reiche, Katherina
MdB 14.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 168, 215, 264
Sonst. → 94/03 145, 316, 712–713

Reiche, Klaus
MdVk 10. WP ab ... (SPD)

Reiche, Steffen
MdVk 10. WP (SPD)

Reichelt, Bernd
MdVk 10. WP (GP → Bündnis 90/Grüne)

Reichelt, Hans
DDR → 49/99

Reichenbach, Gerold
MdB 15. WP (SPD)

Reichenbach, Jürgen
Sonst. → 49/99

Reichenbach, Klaus
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Reichhardt, Gerhard († 18. 4. 1969)
MdB 4. WP ab 5. 10. 1964 (SPD)

Reichmann, Martin († 12. 6. 2000)
MdB 4.–5. WP (FDP)

Reichold, Heinrich († 2. 10. 1979)
MdB 8. WP ab 4. 12. 1978 bis † (CSU)

Reichstein, Willy († 22. 8. 1978)
MdB 2. WP (GB/BHE)
FrVst → 49/99

Reider, Sybille
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99

Reif, Hans († 11. 11. 1984)
MdB 1.–2. WP (FDP)
FrVst → 49/99
MdPR → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Reigrotzki, Erich († 11. 1. 1995)
Sonst. → 49/99

Reimann, Carola
MdB 14. WP ab 22. 2. 2000, 15. WP (SPD)

Reimann, Kay
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Reimann, Manfred
MdB 10.–12. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Reimann, Max († 18. 1. 1977)
MdB 1. WP (KPD)
FrVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Reimers, Stephan
MdB 8. WP (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Reinartz, Bertold Mathias
MdB 12.–13. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 457, 512

Reindl, Otto († 1. 9. 1994)
MdB 1. WP (WAV; 6. 12. 1951 → DPB; 9. 12. 1952 → fraktionslos; 29. 4. 1953 → WAV)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 124

Reinert, Egon († 23. 4. 1959)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Reinhard, Carl († 13. 2. 1992)
MdB 3.–6. WP (CDU)

Reinhardt, Erika
MdB 12.–14. WP (CDU)
FrVst → 94/03 215
Sonst. → 49/99 · 94/03 144

Reinholz, Hermann Alexander († 7. 10. 1967)
MdB 5. WP ab 24. 7. 1967 bis † (CDU)

Reischl, Gerhard († 16. 4. 1998)
MdB 4.–6. WP (SPD)
MdEP 13. 10. 1971–14. 2. 1973 (SPD)
PStS → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125

Reiser, Hermann P.
MdB 7. WP (SPD)

Reismann, Bernhard († 13. 1. 1982)
MdB 1. WP (Z; 14. 12. 1951 → FU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Reiter, Heinrich
Sonst. → 49/99

Reith, Eckhard
MdB 3. WP (CDU)

Reitz, Wilhelm († 25. 7. 1980)
MdB 2.–5. WP (SPD)

Reitzner, Richard († 11. 5. 1962)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Remmele, Adam († 9. 9. 1951)
Sonst. → 49/99

Rempe, Walter († 22. 4. 1993)
MdB 12. WP bis † (SPD)

Renesse, Margot von
MdB 12.–14. WP (SPD)
FrVst → 94/03 215
AVst → 49/99 · 94/03 164, 215, 531
Sonst. → 49/99 · 94/03 556

Renger, Annemarie
MdB 2.–11. WP (SPD)
BTPräs → 49/99
VPräs → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 838

Rennebach, Renate
MdB 12.–14. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 552

Renner, Heinz († 11. 1. 1964)
MdB 1. WP (KPD)
FrVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Rentrop, Friedhelm
MdB 9. WP (FDP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Repnik, Hans-Peter
MdB 9.–15. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 215
FrVst → 49/99 · 94/03 215, 252–254, 328
Sonst. → 49/99 · 94/03 311

Reschke, Otto
MdB 9.–13. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 459
Sonst. → 49/99 · 94/03 48

Ress, Georg
Sonst. → 49/99

Reul, Herbert
MdEP ab 20. 7. 2004 (CDU)

Reuschenbach, Peter W.
MdB 7.–12. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Reuter, Bernd
MdB 9.–14. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 215, 265–266
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 712–713

Reuter, Ernst († 29. 9. 1953)
MPräs → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Reuter, Georg († 28. 1. 1969)
Sonst. → 49/99

Revenstorff, Hans († 8. 8. 1978)
MdB 1. WP (FDP)

Rexrodt, Günter († 19. 8. 2004)
MdB 13.–15. WP bis † (FDP)
BMin → 49/99 · 94/03 215, 278, 284, 312, 318–320, 333, 409, 633
Sonst. → 94/03 316

Ribbeheger, Gerhard
MdB 1. WP (Z; 14. 12. 1951 → FU)
Sonst. → 49/99

Richarts, Hans († 12. 6. 1979)
MdB 2.–4. WP, 5. WP bis 16. 9. 1969, 6. WP (CDU)
MdEP 27. 2. 1958–14. 2. 1973 (CDU)
Sonst. → 49/99

Richter, Bernd
Sonst. → 49/99

Richter (△Weimar)**, Edelbert**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 13.–14. WP (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)

DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Richter (Niedersachsen)**, Franz** (alias **Rössler, Fritz**) († 11. 10. 1987)
MdB 1. WP bis 21. 2. 1952 (DRP/NR; 6. 9. 1950 → fraktionslos; 13. 12. 1950 → WAV-Gast; 17. 1. 1951 → WAV; 26. 9. 1951 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Richter, Herbert
MdVk 10. WP (PDS)

Richter, Joachim
MdVk 10. WP (SPD)

Richter, Klaus
MdB 5.–7. WP (SPD)
Eur → 49/99

Richter (Bremerhaven)**, Manfred**
MdB 11.–12. WP (FDP)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Richter, Marlene
Sonst. → 49/99

Richter, Roland
MdB 13. WP (CDU)

Richter (Frankfurt)**, Willi** († 27. 11. 1972)
MdB 1.–2. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Richwien, Roland
MdB 13. WP bis 4. 11. 1997 (CDU)
Sonst. → 94/03 128

Riebensahm, Dietrich
MdB 9. WP ab 13. 12. 1982 (FDP)
Sonst. → 49/99

Riede (Oeffingen)**, Paula**
MdB 7. WP, 8. WP ab 9. 5. 1977 (CDU)
Sonst. → 49/99

Riedel (Frankfurt)**, Clemens** († 17.06.2003)
MdB 3.–6. WP (CDU)
MdEP 9. 12. 1965–14. 2. 1973 (CDU)
Sonst. → 49/99

Riedel-Martiny, Anke
siehe Martiny-Glotz, Anke

Rieder, Norbert
MdB 12.–13. WP (CDU)

Riederer von Paar, Freiherr Max († 4. 1. 1964)
MdB 2. WP (CSU)

Riedl (München)**, Erich**
MdB 6.–13. WP (CSU)
PStS → 49/99 · 94/03 215
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 156

Riege, Gerhard († 15. 2. 1992)
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP bis † (PDS/LL)
MdVk 10. WP (PDS)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Riegel (Göppingen)**, Karl** († 14. 9. 2001)
MdB 4.–5. WP (SPD)

Rieger, Helmut Martin
MdEP 13. 11. 1980–23. 7. 1984 (SPD)

Rieger (Köln)**, Walter** († 1. 8. 1989)
MdB 4. WP (FDP)

Riegert, Klaus
MdB 12. WP ab 10. 6. 1992, 13.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 215, 254, 263–264
Sonst. → 49/99

Riemann-Hanewinckel, Christel
(bis 24. 3.2001 Hanewinckel, Christel)
MdB 12.–15. WP (SPD)
PStS → 94/03 167, 215, 286
FrVst → 49/99 · 94/03 161, 215, 265
AVst → 49/99 · 94/03 164, 215, 461
Sonst. → 49/99 · 94/03 312

Riemeck, Renate
Sonst. → 49/99

Riemer, Horst-Ludwig
MdB 9. WP (FDP)

Riesenhuber, Heinz
MdB 8.–15. WP (CDU)
BMin → 49/99 · 94/03 215
FrVst → 49/99 · 94/03 215
AVst → 94/03 215, 460
Sonst. → 49/99 · 94/03 145, 157

Riester, Walter
MdB 15. WP (SPD)
BMin → 49/99 · 94/03 215, 279, 285, 299, 313, 335–337, 410, 518, 641–642, 647–648
Sonst. → 49/99 · 94/03 639

Rimmelspacher, Hugo († 6. 11. 1986)
MdB 3. WP ab 27. 6. 1960 (SPD)

Rind, Hermann
MdB 11.–12. WP (FDP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Rinderspacher, Fritz († 8. 7. 1998)
MdB 4.–6. WP (SPD)

Ringkamp, Werner
MdB 12. WP ab 1. 6. 1992 (CDU)

Ringleb, Ortwin
MdVk 10. WP ab 24. 8. 1990 (SPD)

Ringstorff, Harald
MdVk 10. WP (SPD)
MPräs → 49/99

Rink, Roberto
Sonst. → 49/99

Rinke, Walter († 21. 5. 1983)
MdB 2. WP (CSU)

Rinsche, Günter
MdB 5.–6. WP (CDU)
MdEP ab 17. 7. 1979–19.7.1999 (CDU)
AVst → 49/99

Rinser, Luise († 17. 3. 2002)
Sonst. → 49/99

Ripken, Georg († 26. 10. 1962)
MdB 3. WP ab 10. 3. 1958 (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU)
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Rippert, Ulrich
Sonst. → 49/99

Ripsam, Josef
Sonst. → 49/99

Rische, Friedrich
MdB 1. WP (KPD)
Sonst. → 49/99

Ritgen, Gerd († 7. 7. 1998)
MdB 5.–7. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Ritter, Gerhard
Sonst. → 49/99

Ritter, Hans-Joachim
Sonst. → 49/99

Ritz, Burkhard
MdB 5.–8. WP, 9. WP bis 2. 12. 1980 (CDU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Ritzel, Heinrich Georg († 19. 6. 1971)
MdB 1.–4. WP (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Ritzer, Helmut
Sonst. → 94/03 836

Rixe, Günter
MdB 11.–13. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Robbe, Reinhold
MdB 13.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 215
AVst → 94/03 215, 464
Sonst. → 94/03 315

Robertson, Brian
Sonst. → 49/99

Robinson, Mary
Sonst. → 94/03 647

Rochlitz, Jürgen
MdB 13. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
AVst → 49/99 · 94/03 459

Rock, Edelhard († 7. 3. 1985)
MdB 5.–6. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Rock, Helga
(bis Mai 1988 Brahmst-Rock, Helga)
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

Rode (Wietzen)**, Helmut**
MdB 10. WP, 12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Rodiek, Ernst († 20. 12. 1980)
MdB 3. WP ab 15. 7. 1960 (SPD)

Roedel, Hannelore
MdB 15. WP (CSU)

Röder, Franz Josef († 26. 6. 1979)
MdB 2. WP ab 4. 1. 1957 (CDU)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Röhl, Klaus
MdB 12.–13. WP (FDP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Röhlig, Siegfried († 23. 9. 2000)
MdB 7. WP ab 19. 3. 1975 (SPD)

Röhm, Ernst († 1. 7. 1934)
Sonst. → 49/99

Röhner, Paul
MdB 5.–8. WP, 9. WP bis 11. 5. 1982 (CSU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Roemheld, Lutz
Sonst. → 49/99

Rönneburg, Heinrich († 1. 9. 1949)
MdPR → 49/99

Rönsch (Wiesbaden)**, Hannelore**
MdB 10.–14. WP (CDU)
BMin → 49/99 · 94/03 215
FrVst → 49/99 · 94/03 162, 165, 215, 252–253
Sonst. → 49/99 · 94/03 312–313

Roesch, Carl († 23. 12. 1984)
MdB 4. WP (SPD)

Rösch, Julie († 13. 5. 1984)
MdB 1.–3. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Rösch, Klaus
MdB 9. WP (FDP)

Rösing, Josef († 7. 6. 1983)
MdB 2. WP ab 14. 1. 1954 (fraktionslos [Z]; 25. 6. 1954 → CDU/CSU-Gast; 6. 6. 1955 → CDU/CSU), 3. WP, 4. WP ab 30. 6. 1965, 5.–6. WP (CDU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Roeskens, Heribert
Sonst. → 49/99

Rösler, Johannes Baptist
MdB 5. WP ab 24. 9. 1969 (CDU)

Röspel, René
MdB 14.–15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 50, 52

Rössel, Uwe-Jens
MdB 13.–14. WP (PDS)
Sonst. → 49/99 · 94/03 312, 314

Rössler, Fritz
siehe Richter, Franz

Röstel, Gunda
Sonst. → 49/99 · 94/03 259, 303

Röttgen, Norbert
MdB 13.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 216, 263
Sonst. → 49/99 · 94/03 144, 315

Rogalla, Dieter
MdEP 30. 9. 1981–18. 7. 1994 (SPD)
Eur → 49/99

Rohde (^Hannover)**, Helmut**
MdB 3.–10. WP (SPD)
MdEP 22. 1. 1964–21. 12. 1965 (SPD)
BMin → 49/99
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Rohmann, Eva
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Rohr, Hans-Jürgen
StS → 49/99

Rohrer, Berndt W.
Sonst. → 49/99

Rohwedder, Detlev Karsten († 1. 4. 1991)
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Roitzsch (^Quickborn)**, Ingrid**
MdB 9.–12. WP (CDU)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Rollmann, Dietrich-Wilhelm
MdB 3. WP ab 7. 3. 1960, 4.–7. WP (CDU)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Romberg, Walter
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99

Romer, Franz
MdB 12. WP, 13. WP ab 1. 2. 1996, 14.–15. WP (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 51

Rommerskirchen, Josef
MdB 3. WP ab 12. 12. 1960, 4.–7. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Ronneburger, Uwe
MdB 7. WP bis 12. 6. 1975, 9.–11. WP (FDP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Ronsöhr, Heinrich-Wilhelm
MdB 13.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 216, 262

Roos, Gudrun
MdB 14. WP ab 29. 3. 1999 (SPD)
Sonst. → 94/03 327

Rose, Klaus
MdB 8. WP ab 24. 3. 1977, 9.–15. WP (CSU)
PStS → 49/99 · 94/03 216, 285
AVst → 49/99 · 94/03 216, 458, 460
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 48, 51, 157, 719

Rosenberg, Helga
Sonst. → 49/99

Rosenberg, Ludwig († 23. 10. 1977)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Rosenthal, Philip († 27. 9. 2001)
MdB 6.–9. WP (SPD)
PStS → 49/99
Sonst. → 49/99

Roser, Hans
MdB 6.–7. WP (CSU)
Bibl. → 49/99

Roske, Norbert
MdB 11. WP ab 22. 6. 1990 (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

Ross, Kurt
MdB 4. WP ab 18. 8. 1964, 5. WP ab 21. 9. 1966, 6. WP (SPD)

Rosshaupter, Albert († 14. 12. 1949)
MdPR → 49/99

Rossig, Johannes
Sonst. → 49/99

Rossmanith, Kurt J.
MdB 9.–15. WP (CSU)
FrVst → 49/99 · 94/03 258
AVst → 49/99 · 94/03 216, 458
Sonst. → 49/99 · 94/03 48–49, 51, 720

Rossmann, Ernst Dieter
MdB 14.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 216

Rossow, Walter
Sonst. → 49/99

Rost (Berlin)**, Gabriele**
MdB 11. WP ab 26. 9. 1989 bis 16. 2. 1990 (CDU)
Sonst. → 49/99

Roth (Gießen)**, Adolf**
MdB 10.–14. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 216, 261
AVst → 49/99 · 94/03 216, 460

Roth (Speyer)**, Birgit**
MdB 14. WP (SPD)

Roth (Augsburg)**, Claudia**
MdB 14. WP bis 31. 3. 2001, 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
MdEP 25. 7. 1989–18. 11. 1998 (GRÜNE)
AVst → 49/99 · 94/03 165, 216, 461
Eur → 49/99 · 94/03 817
Sonst. → 49/99 · 94/03 13, 129, 259, 303, 327

Roth, Ernst († 14. 5. 1951)
MdB 1. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Roth (Esslingen), **Karin**
MdB 15. WP (SPD)

Roth (Heringen), **Michael**
MdB 14.–15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 145

Roth, Wolfgang
MdB 8.–11. WP, 12. WP bis 2. 9. 1993 (SPD)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Roth-Behrendt, Dagmar
MdEP ab 25. 7. 1989 (SPD)

Rothe, Mechtild
MdEP ab 24. 7. 1984 (SPD)

Rother, Heinz
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Rothley, Willi
MdEP 24. 7. 1984–19.7.2004 (SPD)

Royeck, Henry
Sonst. → 49/99

Ruban, Ernst
Sonst. → 49/99

Ruck, Christian
MdB 12.–15. WP (CSU)
FrVst → 94/03 216, 264
Sonst. → 94/03 315

Ruden, Gerhard
Sonst. → 49/99

Rudoll, Margarete († 15. 9. 1979)
MdB 2.–5. WP (SPD)

Rudolph, Christine
MdVk 10. WP (SPD)

Rudolph, Thomas
Sonst. → 49/99

Rudorf, Dieter
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99

Rübenkönig, Gerhard
MdB 13.–15. WP (SPD)
AVst → 94/03 463

Rüdel (Kiel), **Hans-Carl** († 27. 6. 1976)
MdB 3. WP (CDU)

Rüdiger, Karl († 20. 2. 1951)
MdB 1. WP bis † (FDP)
Sonst. → 49/99

Rühe, Volker
MdB 8.–15. WP (CDU)
BMin → 49/99 · 94/03 216, 278, 285, 638, 719–720
FrVst → 49/99 · 94/03 216, 253–254
AVst → 94/03 216, 463
Sonst. → 49/99 · 94/03 157, 313

Rühl, Lothar
StS → 49/99

Rühle, Heide
MdEP ab 20.7.1999 (GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Rühmkorf, Eva
Sonst. → 49/99

Rümmele, Oskar († 29. 6. 1975)
MdB 1.–2. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Rüstow, Alexander († 30. 6. 1963)
Sonst. → 49/99

Rüttgers, Jürgen
MdB 11.–14. WP bis 5. 6. 2000 (CDU)
BMin → 49/99 · 94/03 216, 278, 288, 312
FrVst → 49/99 · 94/03 216, 253
AVst → 49/99 · 94/03 216
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 128, 314

Ruf, Rudolf
MdB 9.–11. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Ruf, Sep († 29. 7. 1982)
Sonst. → 49/99

Ruf, Thomas († 5. 1. 1996)
MdB 2.–6. WP (CDU)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 124

Ruhfus, Jürgen
StS → 49/99

Ruhnau, Heinz
StS → 49/99

Ruhnke, Heinrich-Wilhelm († 21. 3. 1963)
MdB 1.–3. WP (SPD)
AVst → 49/99

Ruland, Franz († 28. 9. 1964)
MdB 2. WP ab 4. 1. 1957 (fraktionslos [CVP]; 23. 5. 1957 → CDU/CSU-Gast), 3. WP, 4. WP ab 19. 2. 1962 bis † (CDU)
Sonst. → 49/99

Rumpf, Wolfgang
MdB 9.–10. WP, 11. WP bis 6. 8. 1987 (FDP)
Sonst. → 49/99

Runde, Ortwin
MdB 15. WP (SPD)
MPräs → 49/99 · 94/03 585
FrVst → 94/03 216
AVst → 94/03 585

Runge, Hermann († 3. 6. 1975)
MdB 1.–2. WP (SPD)
MdPR → 49/99

Rupprecht (Weiden), **Albert**
MdB 15. WP (CSU)

Rupprecht, Fritz
Sonst. → 49/99

Rupprecht (Tuchenbach), **Marlene**
MdB 13. WP ab 25. 9. 1996, 14.–15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 712

Rusche, Herbert
MdB 10. WP ab 4. 10. 1985 (GRÜNE)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Russe (^Bochum)**, Hermann Josef**
MdB 5.–8. WP (CDU)

Rust, Bärbel
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Rust, Josef († 5. 7. 1997)
StS → 49/99

Rutschke, Wolfgang († 12. 8. 1996)
MdB 3.–5. WP, 6. WP bis 7. 1. 1971 (FDP)
StS → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125

Ryssel, Thomas von
MdVk 10. WP (DFP → Die Liberalen)
DDR → 49/99

Rzepka, Peter
MdB 15. WP (CDU)

S

Saam Hermann
MdB 5. WP (FDP)

Sabaß, Wilmar († 15. 4. 1980)
MdB 2. WP (CDU)
MdEP 4. 5. 1955–29. 10. 1957 (CDU)

Sabel, Anton († 5. 1. 1983)
MdB 1. WP, 2. WP bis 16. 9. 1957 (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Sachs, Hans-Georg († 10. 7. 1975)
StS → 49/99

Säckl, Peter
MdB 6. WP ab 10. 11. 1969 (SPD)

Sälzer, Bernhard († 18. 12. 1993)
MdEP 17. 7. 1979 bis † (CDU)

Sänger, Fritz († 30. 7. 1984)
MdB 4.–5. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Sager, Krista
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 94/03 168, 216, 252, 259
Sonst. → 49/99 · 94/03 259

Saibold, Hannelore [Halo]
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90), 13. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
AVst → 49/99 · 94/03 162, 216, 459
Sonst. → 49/99

Sakellariou, Jannis
MdEP 24. 7. 1984–19.7.2004 (SPD)

Salisch, Heinke
MdEP 17. 7. 1979–1. 2. 1996 (SPD)

Salzwedel, Jürgen
Sonst. → 49/99

Samland, Detlev
MdEP ab 25. 7. 1989–19.7.1999 (SPD)
Eur → 49/99 · 94/03 817

Samwer, Adolf Franz († 30. 9. 1958)
MdB 2. WP ab 15. 10. 1953 (GB/BHE; 12. 7. 1955 → fraktionslos; 14. 7. 1955 → Gruppe Kraft/Oberländer; 15. 7. 1955 → CDU/CSU-Gast; 20. 3. 1956 → CDU/CSU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Sander, Engelbert († 17. 4. 2004)
MdB 6.–7. WP, 8. WP ab 26. 5. 1978, 9.–10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Sander, Gustav († 29. 11. 1955)
MdB 1. WP (SPD)

Sander, Heinrich († 19. 9. 1982)
MdB 3.–5. WP (FDP)

Sanne, Carl-Werner († 4. 7. 1981)
StS → 49/99

Santer, Jacques
Eur → 49/99

Sarge, Günter
DDR → 49/99

Sassnick, Walter († 6. 11. 1955)
MdB 1. WP, 2. WP bis † (SPD)

Sauer (Salzgitter)**, Helmut**
MdB 7.–12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Sauer (Stuttgart)**, Roland**
MdB 9.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Sauer, Thomas
MdB 14.–15. WP (SPD)

Sauerborn, Maximilian († 17. 5. 1963)
StS → 49/99

Sauermilch, Walter
MdB 10. WP bis 16. 4. 1985 (GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Saurin, Wolfgang
MdB 10. WP ab 19. 4. 1983 (CDU)

Sauter (Ichenhausen)**, Alfred**
MdB 9.–10. WP, 11. WP bis 6. 7. 1988 (CSU)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Sauter (^Epfendorf)**, Franz**
MdB 6. WP ab 29. 8. 1972, 7.–11. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Saxowski, Karl-Heinz († 9. 4. 1981)
MdB 4.–8. WP (SPD)

Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Casimir J. Prinz zu
MdEP 19. 7. 1979–1. 1. 1984 (CDU)

Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Botho Prinz zu
MdB 5.–8. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Sbrzesny, Klaus
Sonst. → 49/99

Schaaf, Anton
MdB 15. WP (SPD)

Schabowski, Günter
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Schachtschabel, Hans Georg († 29. 10. 1993)
MdB 6.–9. WP (SPD)
MdEP 20. 2. 1974–18. 9. 1974 (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schäfer (Saalstadt)**, Anita**
MdB 14.–15. WP (CDU)
Sonst. → 94/03 720

Schäfer (Bochum)**, Axel**
MdB 15. WP (SPD)
MdEP 19. 7. 1994–19.7.1999 (SPD)
Sonst. → 94/03 52

Schäfer (△Tübingen)**, Friedrich** († 31. 8. 1988)
MdB 3.–4. WP, 5. WP bis 14. 2. 1967, 6.–8. WP (SPD)
StS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schäfer, Hans († 6. 5. 1980)
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Schäfer, Hansjörg
MdB 13.–14. WP (SPD)

Schäfer (Appenweier/Offenburg)**, Harald B.**
MdB 7.–11. WP, 12. WP bis 27. 6. 1992 (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schäfer (Mainz)**, Helmut**
MdB 8. WP ab 9. 11. 1977, 9.–13. WP (FDP)
PStS → 49/99 · 94/03 216, 282, 344
FrVst → 49/99 · 94/03 216
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schäfer, Hermann († 26. 5. 1966)
MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
VPräs → 49/99
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Schäfer, Karl
Sonst. → 49/99

Schäfer (Saarbrücken)**, Manfred** († 13. 2. 1999)
MdB 2. WP ab 4. 1. 1957 (CDU)
Sonst. → 49/99

Schäffer, Fritz († 29. 3. 1967)
MdB 1.–3. WP (CSU)
BMin → 49/99
MPräs → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schätz, Hermann
MdB 9. WP (SPD)

Schätze, Michael
MdVk 10. WP ab 21. 8. 1990 (CDU)

Schätzle, Ortrun
MdB 11. WP ab 25. 8. 1989, 12.–13. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 162, 216, 529
Sonst. → 49/99 · 94/03 312, 552

Schäuble, Wolfgang
MdB 7.–15. WP (CDU)
BMin → 49/99 · 94/03 217
FrVst → 49/99 · 94/03 217, 233, 252–253, 255, 259, 294, 740
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 47, 156–157, 259, 294, 311, 313, 315, 592, 747

Schaich-Walch, Gudrun
MdB 12.–15. WP (SPD)
PStS → 94/03 164, 217, 286
FrVst → 94/03 164, 167, 217, 257–258, 266
Sonst. → 94/03 313, 317

Schalck-Golodkowski, Alexander
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Schalfejew, Eduard († Dez. 1962)
StS → 49/99

Schall, Wolfgang († 28. 8. 1997)
MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (CDU)

Schanz, Dieter
MdB 10.–13. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 48

Schanzenbach, Marta († 3. 6. 1997)
MdB 1.–6. WP (SPD)
AVst → 49/99

Schapper, Claus Henning
StS → 49/99 · 94/03 283

Scharf, Albert
Sonst. → 49/99

Scharf, Eberhard
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Scharnagl, Wilfried
Sonst. → 49/99

Scharnberg, Hugo († 30. 4. 1979)
MdB 1.–3. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Scharnowski, Ernst († 9. 3. 1985)
MdB 3. WP (SPD)

Scharoun, Hans
Sonst. → 49/99

Scharping, Rudolf
MdB 13.–15. WP (SPD)
BMin → 49/99 · 94/03 217, 231, 279, 286, 313, 322, 325, 332, 440, 720
MPräs → 49/99 · 94/03 231
FrVst → 49/99 · 94/03 217, 257, 260, 294, 409
Sonst. → 49/99 · 94/03 260, 294, 311

Scharrenbroich, Heribert
MdB 10. WP ab 19. 6. 1985, 11. WP, 12. WP bis 23. 3. 1994 (CDU)
StS → 49/99 · 94/03 286
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schartau, Harald
Sonst. → 94/03 646

Schartz (Trier)**, Günther**
MdB 8.–12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Schatz, Josef († 3. 10. 1993)
MdB 1. WP (CSU)

Schauerte, Hartmut
MdB 13.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 217, 255

Schaumann, Fritz
StS → 49/99 · 94/03 288

Schedl, Albert
MdB 6. WP ab 7. 1. 1971, 7.–8. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Scheel, Christine
MdB 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
AVst → 49/99 · 94/03 165, 168, 217, 411, 460, 463
Sonst. → 94/03 315–316

Scheel, Walter
MdB 2.–6. WP, 7. WP bis 27. 6. 1974 (FDP)
MdEP 1. 7. 1956–20. 11. 1961 (FDP)
BPräs → 49/99
VPräs → 49/99
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Scheelen, Bernd
MdB 13.–15. WP (SPD)

Scheer, Hermann
MdB 9.–15. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99 · 94/03 802
Sonst. → 49/99

Scheffer, Hans-Heinrich
Sonst. → 49/99

Scheffler, Hermann († 11. 1. 1983)
MdB 7.–8. WP (SPD)

Scheffler, Siegfried
MdB 12.–15. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 217, 287
FrVst → 94/03 217
Sonst. → 49/99

Scheidemann, Philipp († 29. 11. 1939)
Sonst. → 49/99

Schell, Manfred
MdB 12. WP ab 22. 7. 1993 (CDU)

Schellenberg, Ernst († 6. 6. 1984)
MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–7. WP (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schellknecht, Helmut († 1. 10. 1994)
BTDir → 49/99
Sonst. → 49/99

Schelter, Kurt
StS → 49/99 · 94/03 283

Schemken, Heinz
MdB 10.–14. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 458
Sonst. → 49/99

Schemmel, Volker
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Schenk, Christina
MdB 12. WP (Bündnis 90/Grüne; 10. 5. 1994 → fraktionslos), 13.–14. WP (PDS)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
GrVst → 94/03 163, 217
Sonst. → 49/99 · 94/03 312

Scheppmann, Heinrich († 28. 9. 1968)
MdB 2.–4. WP (CDU)
AVst → 49/99

Scherf, Henning
MPräs → 49/99 · 94/03 585
AVst → 94/03 585
Sonst. → 49/99

Scherhag, Karl-Heinz
MdB 13.–14. WP (CDU)

Scheringer, Johann
MdVk 10. WP (PDS)

Scherrer, Manfred
MdB 11. WP bis 31. 8. 1990 (SPD)
Sonst. → 49/99

Scherpenberg, Hilger van († 13. 9. 1969)
StS → 49/99

Schetter, Martin († 12. 10. 2003)
MdB 7. WP ab 3. 11. 1975, 8. WP ab 17. 10. 1978 (CDU)

Scheu, Adolf († 20. 12. 1978)
MdB 6.–7. WP, 8. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Scheu, Gerhard
MdB 10.–14. WP (CSU)
FrVst → 49/99 · 94/03 217, 252
AVst → 49/99 · 94/03 217
Sonst. → 49/99 · 94/03 48

Scheuch, Erwin K.
Sonst. → 49/99

Scheuer, Andreas
MdB 15. WP (CSU)

Scheuner, Ulrich († 25. 2. 1981)
Sonst. → 49/99

Scheuren, Josef († 24. 6. 1972)
MdB 2. WP, 3. WP ab 20. 3. 1959, 4. WP (SPD)

Schewardnadse, Eduard
Sonst. → 49/99

Schewe-Gerigk, Irmingard
MdB 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 94/03 168, 217, 252
AVst → 94/03 242
Sonst. → 49/99 · 94/03 313, 316, 327, 429

Schicke, Dietmar
MdVk 10. WP (LDP → Die Liberalen)
DDR → 49/99

Schieder, Theodor († 8. 10. 1984)
Sonst. → 49/99

Schiedermeier, Edgar
MdEP 5. 7. 1993–19.7.1999 (CSU)

Schieler, Rudolf
MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (SPD)

Schierholz, Henning
MdB 10. WP ab 14. 3. 1985 (GRÜNE)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schiffner, Eberhard
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Schild (△Düsseldorf)**, Heinrich** († 18. 2. 1978)
MdB 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU)
MdEP 15. 12. 1958–29. 11. 1961 (DP)
Sonst. → 49/99

Schild, Horst
MdB 13.–15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 49

Schill (△Freiburg)**, Lambert** († 13. 12. 1976)
MdB 1.–2. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Schiller (Bayreuth)**, Christoph** († 4. 11. 1994)
MdB 6. WP (SPD)

Schiller, Karl († 26. 12. 1994)
MdB 5.–6. WP (SPD)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 124, 451

Schilling, Gertrud
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
Sonst. → 49/99

Schily, Otto
MdB 10. WP bis 13. 3. 1986, 11. WP bis 7. 11. 1989 (GRÜNE), 12.–15. WP (SPD)
BMin → 49/99 · 94/03 217, 279–280, 283, 314–315, 320
FrVst → 49/99 · 94/03 217, 257
AVst → 49/99 · 94/03 217
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 145, 243, 311

Schimschok, Hildegard († 24. 10. 2001)
MdB 5.–7. WP (SPD)

Schindler, Norbert
MdB 13.–15. WP (CDU)

Schindler, Peter
Sonst. → 49/99

Schinzel, Dieter
MdB 7. WP, 8. WP ab 5. 5. 1980 (SPD)
MdEP 17. 7. 1979–18. 7. 1994 (SPD)
Sonst. → 49/99

Schipanski, Dagmar
Sonst. → 49/99 · 94/03 724

Schirmbeck, Georg
MdB 15. WP (CDU)

Schirmer, Friedel
MdB 6.–9. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schirmer, Herbert
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Schlack, Peter († 4. 2. 1957)
Sonst. → 49/99

Schlaga, Georg
MdB 6.–10. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schlager, Manfred
MdB 5. WP (CSU)

Schlaich, Jörg
Sonst. → 49/99

Schlange-Schöningen, Hans († 20. 7. 1960)
MdB 1. WP bis 9. 6. 1950 (CDU)
Sonst. → 49/99

Schlatter, Günter
MdB 9.–10. WP (SPD)

Schlauch, Rezzo
MdB 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
PStS → 94/03 217, 285
FrVst → 49/99 · 94/03 217, 252, 259, 269, 327–328
Sonst. → 94/03 12

Schlecht, Otto
StS → 49/99

Schlee, Albrecht († 14. 6. 1990)
MdB 3. WP, 4. WP ab 15. 2. 1963, 5.–6. WP (CSU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schlee, Dietmar († 3. 8. 2002)
MdB 13., 14. WP bis † (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 47, 66

Schlee, Emil
MdEP 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (REP, später parteilos)

Schlegelberger, Hartwig († 6. 10. 1997)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schlei, Marie († 21. 5. 1983)
MdB 6.–8. WP, 9. WP bis 3. 11. 1981 (SPD)
BMin → 49/99
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schleicher, Kurt von († 30. 6. 1934)
Sonst. → 49/99

Schleicher, Ursula
MdB 7.–8. WP (CSU)
MdEP 17. 7. 1979-19.7.2004 (CSU)
AVst → 49/99
Eur → 49/99 · 94/03 817

Schleifenbaum, Eckhard († 13. 12. 1981)
MdB 7. WP ab 5. 6. 1975, 8. WP ab 26. 11. 1979 (FDP)
Sonst. → 49/99

Schleth, Uwe
Sonst. → 49/99

Schleyer, Hanns-Martin († 18. 10. 1977)
Sonst. → 49/99

Schlichting-von Rönn, Günter († 1. 4. 1976)
MdB 6. WP ab 17. 4. 1972 (CDU)

Schlick, Josef († 16. 2. 1977)
MdB 2.–4. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Schlierer, Rolf
Sonst. → 49/99

Schliestedt, Alfred († 22. 4. 1963)
MdB 3. WP ab 29. 9. 1961 (SPD)

Schlör, Kaspar Gottfried († 15. 10. 1964)
MdPR → 49/99

Schloß, Hanns († 6. 1. 1986)
MdB 2. WP (FDP)

Schloten, Dieter
MdB 12.–14. WP (SPD)
AVst → 49/99
Eur → 94/03 803
Sonst. → 94/03 50

Schlottmann, Norbert († 11. 1. 2004)
MdB 10. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Schluckebier, Günter († 20. 1. 2002)
MdB 7.–13. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 48, 156

Schlüter, Helmut († 7. 4. 1967)
MdB 4. WP ab 11. 9. 1964, 5. WP bis † (SPD)

Schlüter, Klaus
DDR → 49/99

Schmalz, Ulrich
MdB 12.–13. WP (CDU)

Schmalz-Jacobsen, Cornelia
MdB 12.–13. WP (FDP)
Sonst. → 49/99 · 94/03 312

Schmedt (Lengerich)**, Helga**
MdB 9. WP, 10. WP ab 1. 9. 1983 (SPD)

Schmid, Angela
MdB 15. WP ab 28. 7. 2004 (CDU)

Schmid (Tübingen/Frankfurt)**, Carlo** († 11. 12. 1979)
MdB 1.–6. WP (SPD)
VPräs → 49/99
BMin → 49/99
MPräs → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
MdPR → 49/99
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 451

Schmid, Gerhard
MdEP 17. 7. 1979-19.7.2004 (SPD)
Eur → 94/03 817

Schmid-Burgk, Klaus († 8. 3. 1984)
MdB 5.–6. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Schmidbauer, Barbara
MdEP 3. 3. 1987–19.7.1999 (SPD)

Schmidbauer, Bernd
MdB 10.–15. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 217, 240, 281
FrVst → 49/99 · 94/03 217
AVst → 49/99 · 94/03 217
Sonst. → 49/99

Schmidbauer (Nürnberg)**, Horst**
MdB 12.–15. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Schmidhuber, Peter M.
MdB 5. WP, 7. WP, 8. WP bis 6. 12. 1978 (CSU)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schmidt (Wattenscheid)**, Adolf**
MdB 7.–10. WP (SPD)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schmidt (Hitzhofen/Ingolstadt)**, Albert**
MdB 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 94/03 217, 270, 411
Sonst. → 94/03 314, 316

Schmidt (Mülheim)**, Andreas**
MdB 12.–15. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 218, 253–254
AVst → 94/03 218, 463

Schmidt (Dresden)**, Arno**
MdB 12. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Schmidt, Christa
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP ab 1. 2. 1994 (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Schmidt (Fürth), **Christian**
MdB 12.–15. WP (CSU)
FrVst → 94/03 218, 264
Sonst. → 49/99 · 94/03 315, 720

Schmidt (Hamburg-Neustadt), **Christian**
MdB 10. WP ab 22. 3. 1985 (GRÜNE)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schmidt (Meschede), **Dagmar**
MdB 13.–15. WP (SPD)

Schmidt (Krefeld), **Ferdinand** († 3. 2. 1980)
MdB 6. WP (SPD)

Schmidt (Dresden), **Frank**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Schmidt (Weilburg), Frank
MdB 14. WP ab 14. 5. 2001 (SPD)

Schmidt, Frithjof
MdEP ab 20.7.2004 (GRÜNE)

Schmidt, Hanno († 20. 11. 1972)
Sonst. → 49/99

Schmidt (Kempten), **Hansheinrich** († 12. 3. 1994)
MdB 4.–9. WP (FDP)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 123

Schmidt (Hamburg), **Helmut**
MdB 2.–3. WP, 4. WP bis 19. 1. 1962, 5.–10. WP (SPD)
MdEP 27. 2. 1958–29. 11. 1961 (SPD)
BK → 49/99 · 94/03 326
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schmidt (Würgendorf), **Hermann** († 10. 2. 1983)
MdB 4.–8. WP, 9. WP bis † (SPD)
PStS → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schmidt (Offenbach), **Horst** († 4. 10. 1976)
MdB 4.–5. WP, 6. WP bis 3. 11. 1969 (SPD)
Sonst. → 49/99

Schmidt (Halsbrücke), **Joachim**
MdB 12.–14. WP (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 48

Schmidt (München), **Manfred**
MdB 6.–11. WP (SPD)
MdEP 14. 2. 1973–16. 7. 1979 (SPD)

Schmidt (Wuppertal), **Manfred**
MdB 7. WP ab 17. 1. 1975, 8. WP (CDU)

Schmidt (Hamburg), **Marie-Luise**
MdB 11. WP ab 20. 2. 1989 (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)

Schmidt, Martin
siehe Schmidt, R. Martin

Schmidt (Wuppertal), **Otto** († 12. 12. 1984)
MdB 3.–6. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schmidt, Rebekka
Sonst. → 49/99

Schmidt (Niedersachsen/Gellersen), **R[einhold] Martin** († 30. 7. 2002)
MdB 1.–10. WP (SPD)
MdEP 27. 2. 1958–29. 11. 1961 (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schmidt (Nürnberg), **Renate**
MdB 9.–12. WP (SPD)
VPräs → 49/99 · 94/03 218
BMin → 94/03 218, 281, 286, 299, 316
FrVst → 49/99 · 94/03 218
Sonst. → 49/99

Schmidt (Eisleben), **Silvia**
MdB 14.–15. WP (SPD)

Schmidt (Hohen Neuendorf), **Thomas**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU [Gast])
MdVk 10. WP (DSU)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Schmidt (Spiesen), **Trudi**
MdB 11. WP ab 9. 9. 1989, 12. WP (CDU)

Schmidt (Aachen), **Ulla**
MdB 12.–15. WP (SPD)
BMin → 94/03 164, 167, 218, 279, 281, 286, 316–317, 322, 518
FrVst → 49/99 · 94/03 161, 164, 218, 257, 264
Sonst. → 49/99 · 94/03 312–313, 426, 429

Schmidt (Braunschweig), **Walter** († 17. 10. 1997)
MdB 4.–6. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Schmidt (Bayern), **Wilhelm** († 6. 4. 1962)
MdB 1. WP (WAV; 6. 12. 1951 → DPB; 9. 12. 1952 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Schmidt (Salzgitter), **Wilhelm**
MdB 11.–15. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 218, 257–258
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 49, 52

Schmidt (Niederselters), **Wolfgang** († 22. 5. 2000)
MdB 6.–7. WP, 8. WP ab 9. 1. 1978 (SPD)

Schmidt-Bott, Regula
MdB 11. WP bis 18. 2. 1989 (GRÜNE)
FrVst → 49/99

Schmidt-Jortzig, Edzard
MdB 13.–14. WP (FDP)
BMin → 49/99 · 94/03 218, 278, 283
FrVst → 94/03 218, 269
Bibl. → 49/99

Schmidt-Wittmack, Karlfranz
MdB 2. WP bis 23. 2. 1955 (Mandatsverlust) (CDU; 22. 8. 1954 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Schmidt-Zadel, Regina
MdB 12.–14. WP (SPD)
FrVst → 94/03 164, 218, 266

Schmiedeberg, Hans-Otto
MdB 13. WP (CDU)

Schmieder, Jürgen
MdB 12. WP (FDP)
MdVk 10. WP (DFP → Die Liberalen)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Schmiele, Joachim
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU [Gast])
MdVk 10. WP (DSU)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Schmierer, Hans-Gerhart
Sonst. → 49/99

Schmitt (Fulda)**, Cläre**
MdB 3. WP (CDU)

Schmitt (Berg/Landau)**, Heinz**
MdB 13.–15. WP (SPD)

Schmitt, Heinz († 30. 10. 1980)
MdEP 17. 7. 1979 bis † (SPD)

Schmitt (Vockenhausen)**, Hermann**
siehe Schmitt-Vockenhausen, Hermann

Schmitt, Ingo
MdEP ab 20.7.1999 (CDU)

Schmitt (Lockweiler)**, Josef** († 19. 3. 1996)
MdB 5.–7. WP (CDU)
AVst → 49/99

Schmitt (Mainz)**, Joseph** († 25. 7. 1967)
MdB 1. WP (CDU)

Schmitt (Wiesbaden)**, Rudi**
MdB 9.–10. WP (SPD)

Schmitt (Langenfeld)**, Wolfgang**
MdB 13. WP (BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Schmitt-Vockenhausen, Hermann († 2. 8. 1979)
(bis 1960 Schmitt [Vockenhausen], Hermann)
MdB 2.–7. WP, 8. WP bis † (SPD)
VPräs → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schmitz, Hans († 8. 1. 1986)
MdB 1. WP (CDU)
Sonst. → 94/03 156

Schmitz (Baesweiler)**, Hans Peter**
MdB 7.–14. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 218
AVst → 49/99 · 94/03 218, 459
Sonst. → 49/99

Schmitz (Berlin)**, Karl-Heinz**
MdB 6. WP ab 20. 8. 1970 bis 25. 8. 1971 (CDU)
Sonst. → 49/99

Schmöle, Hans Werner
MdB 7.–9. WP (CDU)

Schmude, Jürgen
MdB 6.–12. WP (SPD)
BMin → 49/99
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schmude, Michael von
MdB 10.–14. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Schmücker, Kurt († 6. 1. 1996)
MdB 1.–6. WP (CDU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 124, 451

Schmülling, Herbert
StS → 49/99

Schmuhl, Boje
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Schneble, Eugen
Sonst. → 49/99

Schneeweiß, Burkhard
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Schneider, Angela
MdVk 10. WP (PDS)

Schneider, Carsten
MdB 14.–15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 145

Schneider (Berlin)**, Dirk**
MdB 10. WP bis 30. 3. 1985 (AL Berlin → GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Schneider (Brotdorf)**, Franz** († 22. 4. 1985)
MdB 2. WP ab 4. 1. 1957 (fraktionslos [CVP]; 23. 5. 1957 → CDU/CSU-Gast)
Sonst. → 49/99

Schneider (Hamburg)**, Georg** († 1. 6. 1977)
MdB 2.–3. WP, 4. WP ab 27. 3. 1962 (CDU)

Schneider, Hans-Peter
Sonst. → 49/99

Schneider, Hans-Peter
Sonst. → 49/99 · 94/03 796

Schneider (⌂Saarbrücken)**, Heinrich** († 12. 1. 1974)
MdB 2. WP ab 4. 1. 1957 (fraktionslos [DPS]; 8. 1. 1957 → FDP-Gast), 3.–4. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Schneider (Bremerhaven/Königswinter)**, Herbert** († 12. 12. 1995)
MdB 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 2. 7. 1960 → Gruppe DP; 3. 5. 1961 → fraktionslos), 6. WP (CDU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 124

Schneider, Karl
Sonst. → 49/99

Schneider, Karl-Heinz
Sonst. → 49/99

Schneider, Karl Richard Gustav († 2. 4. 1969)
StS → 49/99

Schneider (⌂Lollar)**, Ludwig** († 23. 4. 1978)
MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 26. 6. 1956 → FVP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP ab 10. 9. 1958 (DP; 3. 5. 1961 → CDU/CSU)
VPräs → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schneider (Idar-Oberstein)**, Manfred**
MdB 10. WP, 11. WP ab 8. 2. 1990 (CDU)
Sonst. → 49/99

Schneider (⌂Nürnberg)**, Oscar**
MdB 6.–12. WP (CSU)
BMin → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schneider (Crimmitschau)**, Reiner**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Schneider, Renate
MdVk 10. WP (DSU)

Schneider, Rudibert († 7. 1. 1978)
Sonst. → 49/99

Schnell, Emil
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–14. WP (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Schnell, Karl
StS → 49/99

Schnellhardt, Horst
MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Schnieber-Jastram, Birgit
MdB 13.–14. WP bis 7. 11. 2001 (CDU)
FrVst → 94/03 165, 218, 254, 262
Sonst. → 94/03 129, 133

Schnippenkötter, Swidbert
Sonst. → 49/99

Schnitker, Paul
MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (CDU)
Sonst. → 49/99

Schnittler, Christoph
MdB 12. WP ab 22. 5. 1992 (FDP)
Sonst. → 49/99

Schnitzler, Karl-Eduard von
Sonst. → 49/99

Schnoor, Herbert
Sonst. → 49/99

Schnur, Wolfgang
Sonst. → 49/99

Schober, Kurt († 12. 7. 2003)
MdB 5.–6. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schockenhoff, Andreas
MdB 12.–15. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Schodruch, Hans-Günter
MdEP 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (REP, später parteilos)

Schöfberger, Rudolf
MdB 7.–12. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schoeler, Andreas von
MdB 7.–8. WP (FDP), 9. WP bis 8. 12. 1982 (FDP; 23. 11. 1982 → fraktionslos)
PStS → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schöler, Walter
MdB 12. WP ab 8. 12. 1992, 13.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 218, 267
Sonst. → 49/99

Schöllhorn, Johann Baptist
StS → 49/99

Schön, Karl E. († 6. 6. 1994)
MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (SPD)

Schön, Konrad
MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (CDU)
Eur → 49/99

Schönauer, Friedrich († 2. 4. 1950)
MdB 1. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Schönbeck, Otto F.
Sonst. → 49/99

Schönberger, Ursula
MdB 13. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schönbohm, Jörg
StS → 49/99 · 94/03 285
Sonst. → 49/99

Schönburg-Glauchau, Joachim Graf von († 2. 10. 1998)
MdB 12. WP bis 30. 6. 1994 (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schöne, Joachim († 13. 7. 1967)
MdB 1.–2. WP (SPD)
MdEP 16. 7. 1952–29. 10. 1957 (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schönebeck, Martina
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Schönfeld, Karsten
MdB 14.–15. WP (SPD)

Schönfelder, Adolph († 3. 5. 1966)
MdPR → 49/99

Schönhuber, Franz
MdEP 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (REP, ab Dez. 1990 fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Schösser, Fritz
MdB 14.–15. WP (SPD)

Schoettle, Erwin († 25. 1. 1976)
MdB 1.–6. WP (SPD)
VPräs → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Scholl, Robert
Sonst. → 49/99

Schollmeyer, Wolfgang
MdB 6. WP (SPD)

Scholz, Christiane
MdVk 10. WP (PDS)

Scholz, Heinrich
DDR → 49/99

Scholz, Helmut
StS → 49/99

Scholz, Olaf
MdB 14. WP bis 6. 6. 2001, 15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 218
Sonst. → 94/03 129, 133, 249, 315

Scholz, Peter († 26. 9. 1986)
Sonst. → 49/99

Scholz, Rupert
MdB 12.–14. WP (CDU)
BMin → 49/99 · 94/03 218
FrVst → 49/99 · 94/03 218, 253, 740
AVst → 49/99 · 94/03 218, 460
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 311

Schomerus, Lorenz
StS → 49/99 · 94/03 284

Schonhofen, Friedrich († 3. 7. 1984)
MdB 5.–7. WP (SPD)

Schoppe, Waltraud
MdB 10. WP bis 31. 3. 1985, 11. WP bis 21. 6. 1990 (GRÜNE), 13. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 49/99 · 94/03 218
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schorlemer, Reinhard Freiherr von
MdB 9.–14. WP (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 835

Schorlemmer, Friedrich
Sonst. → 49/99

Schornstein, Johannes († 30. 1. 1976)
StS → 49/99

Schrader, Rudolf († 1. 4. 1991)
MdB 2. WP (CDU)

Schrage, Josef († 27. 11. 1953)
MdPR → 49/99

Schramm, Andreas
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Schramm, Heinrich
Sonst. → 49/99

Schramm, Henry
Sonst. → 49/99

Schranz, Helmuth († 7. 5. 1968)
MdB 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 2. 7. 1960 → Gruppe DP; 3. 5. 1961 → fraktionslos)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schreck, Wilfried
MdB 15. WP (SPD)

Schreckenberger, Waldemar
StS → 49/99

Schreiber, Harald († 16. 7. 1996)
MdB 12. WP bis 30. 6. 1993 (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
AVst → 49/99
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Schreiber (^Solingen)**, Heinz**
MdB 7.–9. WP (SPD)
MdEP 19. 1. 1977–16. 7. 1979 und 24. 7. 1984–24. 7. 1989 (SPD)
Sonst. → 49/99

Schreiber, Ottomar († 6. 2. 1955)
StS → 49/99

Schreiber, Walter († 30. 6. 1958)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Schreiber, Werner
MdB 10.–11. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Schreiner, Nikolaus
MdB 2. WP ab 4. 1. 1957, 3. WP bis 31. 8. 1958 (SPD)
Sonst. → 49/99

Schreiner, Ottmar
MdB 9.–15. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 218, 257, 265
Sonst. → 49/99 · 94/03 50

Schroeder (Detmold)**, Christa** († 15. 2. 1988)
MdB 4.–7. WP (CDU)

Schroeder (Freiburg)**, Conrad**
MdB 9.–11. WP, 12. WP bis 20. 10. 1991 (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schröder (Wilhelminenhof)**, Diedrich**
MdB 6.–9. WP (CDU)
AVst → 49/99

Schröder, Ernst
Sonst. → 49/99

Schröder (Düsseldorf)**, Gerhard** († 31. 12. 1989)
MdB 1.–8. WP (CDU)
BMin → 49/99

FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schröder (△Hannover)**, Gerhard**
MdB 9. WP, 10. WP bis 1. 7. 1986, 14.–15. WP (SPD)
BRPräs → 49/99 · 94/03 639, 725
BK → 49/99 · 94/03 218, 231, 277, 279–280, 294–295, 301–303, 313, 315, 320–324, 326–328, 410, 518, 641, 643, 648, 725, 752
MPräs → 49/99 · 94/03 61, 132, 231, 312
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 11, 132, 260, 294, 303

Schroeder, Hans-Julius
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Schröder (Sellstedt)**, Heinrich** († 28. 2. 1989)
MdB 5. WP, 6. WP bis 12. 9. 1972 (CDU)

Schröder (Lüneburg)**, Horst**
MdB 7.–9. WP, 10. WP bis 22. 3. 1984 (CDU)
Sonst. → 49/99

Schröder, Ilka
MdEP 20. 7. 1999-19.7.2004 (GRÜNE)

Schröder, Jürgen
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
MdEP ab 19. 7. 1994 (CDU)

Schröder, Klaus Theo
StS → 94/03 286

Schröder (Osterode)**, Kurt** († 6. 9. 1964)
MdB 3. WP, 4. WP bis † (SPD)

Schroeder (Berlin)**, Louise** († 4. 6. 1957)
MdB 1. WP, 2. WP bis † (SPD)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Schröder, Ole
MdB 15. WP (CDU)

Schröder (Blankenfelde)**, Richard**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Schroedter, Elisabeth
MdEP ab 19. 7. 1994 (GRÜNE)

Schröer (Mülheim)**, Thomas**
MdB 9.–11. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Schröter, Carl († 25. 2. 1952)
MdB 1. WP bis † (CDU)
FrVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Schröter, Gisela
siehe Hilbrecht, Gisela

Schröter, Karl Heinz
MdB 12. WP (SPD)

Schröter (△Wilmersdorf/Berlin)**, Richard** († 19. 2. 1977)
MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–3. WP (SPD)

Schubert, Cordula
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Schubert, Ina
MdVk 10. WP (PDS)

Schubert, Mathias († 29. 10. 2004)
MdB 13.–14. WP (SPD)
FrVst → 94/03 218, 267

Schuberth, Hans († 2. 9. 1976)
MdB 2. WP (CSU)
BMin → 49/99
Sonst. → 49/99

Schuchardt, Erika
MdB 13.–14. WP (CDU)

Schuchardt, Helga
MdB 7.–8. WP (FDP), 9. WP bis 10. 2. 1983 (FDP; 23. 11. 1982 → fraktionslos)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schuchart, Gerhard
Sonst. → 49/99

Schüler, Manfred
StS → 49/99

Schüller, Heidi
Sonst. → 49/99

Schüneman, Bernd
Sonst. → 49/99

Schürer, Gerhard
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Schürmann, Joachim
Sonst. → 49/99

Schüßler, Gerhard
MdB 12. WP, 14. WP (FDP)

Schüttler, Josef († 7. 10. 1972)
MdB 1.–3. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Schütz (△Oldenburg)**, Dietmar**
MdB 11.–14. WP bis 31. 10. 2001 (SPD)
Sonst. → 94/03 129

Schütz (△München)**, Hans** († 24. 1. 1982)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 5. 2. 1963 (CSU)
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schütz (Berlin)**, Klaus**
MdB 3. WP, 4. WP bis 9. 1. 1962 (SPD)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Schütze (Berlin)**, Diethard**
MdB 13.–14. WP (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 134

Schuhmann (Delitzsch)**, Richard**
MdB 13.–14. WP (SPD)

Schuler, Fritz († 30. 7. 1955)
MdB 1. WP, 2. WP bis † (CDU)
Sonst. → 49/99

Schulhoff, Georg († 5. 6. 1990)
MdB 4.–6. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Schulhoff, Wolfgang
MdB 10.–14. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Schulmann, Horst
StS → 49/99

Schult, Reinhard
Sonst. → 49/99

Schulte (Hameln)**, Brigitte**
(bis 5. 5. 1989 Traupe, Brigitte)
MdB 8.–15. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 164, 219, 286, 336
FrVst → 49/99 · 94/03 219
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 49, 157, 719, 822

Schulte (Schwäbisch Gmünd)**, Dieter**
MdB 6.–13. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 219
FrVst → 49/99 · 94/03 219
Sonst. → 49/99 · 94/03 156

Schulte (△Unna)**, Manfred** († 19. 9. 1998)
MdB 5.–10. WP (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125

Schulte (Menden)**, Stefan**
MdB 10. WP ab 13. 4. 1985 (GRÜNE)

Schulte-Drüggelte, Bernhard
MdB 15. WP (CDU)

Schultes, Axel
Sonst. → 49/99 · 94/03 749

Schultz (△Gau-Bischofsheim)**, Fritz-Rudolf** († 2. 3. 2002)
MdB 3.–5. WP, 6. WP bis 11. 3. 1970 (FDP)
FrVst → 49/99
WehrB → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schultz (Wörrstadt)**, Helmut**
MdB 10. WP ab 22. 7. 1985 (CDU)

Schultz (Everswinkel)**, Reinhard**
MdB 13.–15. WP (SPD)

Schultz (Köln)**, Volkmar**
MdB 13.–14. WP (SPD)

Schultze, Christian Friedrich
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
FrVst → 49/99
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Schulz (Leipzig)**, Gerhard**
MdB 12.–13. WP, 14. WP ab 5. 10. 2000 (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Schulz, Horst
MdVk 10. WP (DA → CDU/DA)
DDR → 49/99

Schulz (Berlin)**, Klaus-Peter** († 15. 11. 2000)
MdB 5. WP (SPD), 6. WP (SPD; 14. 10. 1971 → fraktionslos; 19. 10. 1971 → CDU/CSU), 7. WP (CDU)
MdEP 14. 2. 1973–19. 1. 1977 (CDU)
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Schulz, Martin
MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)

Schulz, Peter
MPräs → 49/99

Schulz, Swen
MdB 15. WP (SPD)

Schulz (△Berlin/Leipzig)**, Werner**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (GRÜNE/BÜNDNIS 90), 12. WP (Bündnis 90/Grüne), 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
MdVk 10. WP (NF → Bündnis 90/Grüne)
FrVst → 49/99 · 94/03 219, 251
DDR → 49/99
GrVst → 94/03 219
Sonst. → 49/99 · 94/03 311, 314, 316

Schulze (Sangerhausen)**, Frederick**
MdB 13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 712

Schulze, Friedrich
Sonst. → 49/99

Schulze (Berlin)**, Gerhard**
MdB 9. WP ab 4. 2. 1981, 10–11. WP (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schulze, Karl
Sonst. → 49/99

Schulze, Oskar († 9. 6. 1968)
Sonst. → 49/99

Schulze (Berlin)**, Waldemar**
MdB 8. WP (SPD)

Schulze-Pellengahr, Hubert († 23. 6. 1985)
MdB 1.–3. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Schulze-Vorberg, Max
MdB 5.–7. WP (CSU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schumacher, Kurt († 20. 8. 1952)
MdB 1. WP bis † (SPD)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schumacher, Martin
Sonst. → 49/99 · 94/03 836

Schuman, Robert († 4. 9. 1963)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Schumann (Kroppenstedt)**, Fritz**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP (PDS/LL)
MdVk 10. WP (PDS)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schumann, Ilse († 9. 8. 2000)
MdB 13.–14. WP bis † (SPD)
Sonst. → 94/03 249, 720

Schumann (Potsdam)**, Michael**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
Sonst. → 49/99

Schummer, Uwe
MdB 15. WP (CDU)

Schur, Gustav-Adolf
MdB 14. WP (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
Sonst. → 49/99 · 94/03 144

Schurer, Ewald
MdB 14. WP (SPD)

Schuster, Hans Paul Hermann
MdB 12. WP (FDP)

Schuster, Johann († 9. 1. 1975)
MdB 1. WP (WAV; 6. 12. 1951 → DPB)
Sonst. → 49/99

Schuster, R. Werner († 10. 5. 2001)
MdB 12.–14. WP bis † (SPD)

Schuth, Willem
MdEP ab 20.7.2004 (FDP)

Schwab, Andreas
MdEP ab 20.7.2004 (CDU)

Schwabe, Wolfgang († 4. 1. 1978)
MdB 4.–7. WP, 8. WP bis † (SPD)
MdEP 5. 2. 1970 bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Schwaetzer, Irmgard
(bis 27. 9. 1991 Adam-Schwaetzer, Irmgard)
MdB 9.–14. WP (FDP)
BMin → 49/99 · 94/03 219
PStS → 49/99 · 94/03 219
FrVst → 49/99 · 94/03 166, 219, 269
Sonst. → 49/99 · 94/03 313

Schwaiger, Konrad
MdEP 19. 7. 1994–19.7.2004 (CDU)

Schwalba-Hoth, Frank
MdEP 24. 7. 1984–18. 2. 1987 (GRÜNE)

Schwalbe, Clemens
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–14. (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
FrVst → 49/99 · 94/03 219, 253
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 445

Schwalber, Josef († 16. 8. 1969)
MdPR → 49/99

Schwall-Düren, Angelica
MdB 13.–15. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 164, 167, 219, 257–258
Sonst. → 94/03 315

Schwamberger, Emil
Sonst. → 49/99

Schwanhold, Ernst
MdB 12.–14. WP bis 21. 2. 2000 (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 219, 257, 265
AVst → 49/99 · 94/03 219, 458, 525
Sonst. → 94/03 128, 133, 314

Schwanholz, Martin
MdB 15. WP (SPD)

Schwanitz, Rolf
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–15. WP (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 219, 240, 281–282, 314, 531
FrVst → 49/99 · 94/03 219, 264
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 311

Schwanitz, Wolfgang
DDR → 49/99

Schwann, Hermann († 15. 1. 1977)
MdB 2. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Schwarz, Heinz
MdB 8.–11. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Schwarz, Henning M. († 13. 4. 1993)
MPräs → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schwarz, Jürgen
MdVk 10. WP (DSU)
DDR → 49/99

Schwarz, Stefan
MdB 12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Schwarz, Werner († 2. 9. 1982)
MdB 2.–4. WP (CDU)
BMin → 49/99
Sonst. → 49/99

Schwarz-Schilling, Christian
MdB 8.–14. WP (CDU)
BMin → 49/99 · 94/03 219
AVst → 49/99 · 94/03 219, 461
Sonst. → 49/99 · 94/03 144

Schwarzhaupt, Elisabeth († 29. 10. 1986)
MdB 2.–5. WP (CDU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schwedler, Rolf († 13. 2. 1981)
MdB 7. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schweger, Peter
Sonst. → 49/99 · 94/03 750

Schweitzer, Carl-Christoph
MdB 7. WP, 8. WP ab 11. 3. 1980 (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schwencke (△Nienburg)**, Olaf**
MdB 7.–8. WP (SPD)
MdEP 17. 7. 1979–23. 7. 1984 (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Schwenk (Stade)**, Wolfgang**
MdB 7. WP ab 3. 6. 1974, 8.–10. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Schwenninger, Walter
MdB 10. WP bis 16. 4. 1985 (GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Schwering, Leo († 7. 5. 1971)
Sonst. → 49/99

Schwertner, Erich († 9. 1. 1965)
MdB 2. WP ab 4. 1. 1957 (fraktionslos [DPS]; 8. 1. 1957 → FDP-Gast)
Sonst. → 49/99

Schwippert, Hans († 18. 10. 1973)
Sonst. → 49/99

Schwörer, Hermann
MdB 3. WP ab 21. 10. 1958, 4.–12. WP (CDU)
MdEP 21. 1. 1970–16. 7. 1979 (CDU)
Sonst. → 49/99

Sebastian, Wilhelm Josef
MdB 13.–15. WP (CDU)

Seebohm, Hans-Christoph († 17. 9. 1967)
MdB 1. WP (DP), 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP), 3. WP (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU), 4. WP, 5. WP bis † (CDU)
BMin → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Seefeld, Horst
MdB 6.–8. WP (SPD)
MdEP 21. 1. 1970–24. 7. 1989 (SPD)
Eur → 49/99

Seeger, Per-René
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 → SPD)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Seehofer, Horst [Lorenz]
MdB 9.–15. WP (CSU)
BMin → 49/99 · 94/03 219, 278, 286, 312, 318, 635, 639
PStS → 49/99 · 94/03 219
FrVst → 49/99 · 94/03 219, 253–255
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 48–49, 51, 314, 317

Seeler, Hans-Joachim
MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (SPD)

Seelig, Marion
Sonst. → 49/99

Seeling, Otto († 28. 2. 1955)
Sonst. → 49/99

Seelos, Gebhard († 18. 12. 1984)
MdB 1. WP bis 25. 9. 1951 (BP)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Seesing, Heinrich († 3. 11. 2004)
MdB 10.–12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Seffrin, Roland († 10. 2. 1985)
MdB 2.–4. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Segall, Inge
MdB 10. WP ab 13. 12. 1984, 11. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Segitz, Johann-Adam († 19. 5. 1963)
MdB 1. WP ab 4. 12. 1951 (SPD)
Sonst. → 49/99

Segner, Kurt
MdB 15. WP (CDU)

Sehling, Matthias
MdB 15. WP (CSU)

Sehn, Marita († 18. 1. 2004)
MdB 12. WP, 14.–15. WP bis † (FDP)
AVst → 94/03 168, 219, 463, 711
Sonst. → 49/99

Seib, Marion
MdB 13. WP ab 27. 11. 1996, 14. WP ab 7. 5. 2002, 15. WP (CSU)
Sonst. → 94/03 713

Seibel, Wilfried
MdB 12.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Seibel-Emmerling, Lieselotte
MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (SPD)

Seibert, Philipp († 20. 11. 1987)
MdB 4.–7. WP (SPD)

Seibold, Kaspar († 15. 10. 1995)
MdPR → 49/99

Seiboth, Frank († 4. 7. 1994)
MdB 2. WP (GB/BHE)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 124

Seidel, Christine
Sonst. → 49/99

Seidel, Hanns († 5. 8. 1961)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Seidel, Jürgen
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Seidel (△Fürth)**, Max** († 21. 3. 1983)
MdB 2.–6. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Seidel, Otto
Sonst. → 49/99 · 94/03 594

Seidenthal, Bodo
MdB 11.–14. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Seidl (Dorfen/München)**, Franz** († 2. 6. 1992)
MdB 2.–4. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Seiermann, Ludwig († 9. 1. 1979)
StS → 49/99

Seifert, Ilja
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS), 12. WP (PDS/LL), 14. WP (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
Sonst. → 49/99

Seiffert, Heinz
MdB 13.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 219

Seifried, Josef († 9. 7. 1962)
MdPR → 49/99

Seifriz, Hans Stefan
MdB 4.–5. WP, 6. WP bis 6. 1. 1970 (SPD)
MdEP 29. 11. 1961–1. 10. 1967 (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Seiler-Albring, Ursula
MdB 10.–12. WP (FDP)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Seils, Susanne
siehe Kschenka, Susanne

Seite, Berndt
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99

Seiters, Rudolf
MdB 6.–14. WP (CDU)
VPräs → 49/99 · 94/03 219, 235, 237, 242
BMin → 49/99 · 94/03 219
FrVst → 49/99 · 94/03 219, 253
AVst → 49/99 · 94/03 242
Sonst. → 49/99 · 94/03 47, 156, 311

Seither, Max († 12. 5. 2003)
MdB 2.–5. WP (SPD)

Selbert, Elisabeth († 9. 6. 1986)
MdPR → 49/99

Selg, Petra
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selke, Karl-Ernst
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Selle, Johannes
MdB 13. WP (CDU)

Sellin, Peter
MdB 11. WP bis 20. 2. 1989 (AL Berlin → GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Semler, Christian
Sonst. → 49/99

Semler, Johannes († 31. 1. 1973)
MdB 1. WP ab 14. 5. 1950 (CSU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Semper, Sigrid
MdB 12. WP (FDP)

Semprún, Jorge
Sonst. → 94/03 407, 450

Sendler, Horst
Sonst. → 49/99

Senfft, Hans-Werner
MdB 10. WP ab 3. 4. 1985 (GRÜNE)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Senninger, Erhard
Sonst. → 49/99

Seppi, Elfriede († 14. 6. 1976)
MdB 3. WP ab 13. 10. 1959, 4.–6. WP (SPD)

Sept-Hubrich, Gisela
MdVk 10. WP (SPD)

Serowiecki, Gudrun
MdB 14. WP ab 3.6.2002 (FDP)

Serres, Günther († 26. 12. 1981)
MdB 1.–5. WP (CDU)
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Seuffert, Walter († 28. 12. 1989)
MdB 1.–4. WP, 5. WP bis 18. 10. 1967 (SPD)
MdEP 4. 6. 1964–13. 10. 1967 (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Seume, Franz († 29. 9. 1982)
MdB 3.–5. WP (SPD), 6. WP (SPD; 2. 3. 1972 → fraktionslos; 17. 3. 1972 → CDU/CSU-Gast)
Sonst. → 49/99

Seuster, Lisa
MdB 11.–13. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 712

Sewald, Günther († 25. 11. 1949)
MdB 1. WP bis † (CDU)

Siara, Walter († 18. 6. 1959)
Sonst. → 49/99

Sick, Willi-Peter
MdB 7.–9. WP (CDU)

Siebel, Theodor († 14. 9. 1975)
MdB 1.–3. WP (CDU)
AVst → 49/99

Siebert, Bernd
MdB 13.–15. WP (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 719, 721

Siegert, Walter
DDR → 49/99

Sieglerschmidt, Hellmut († 1. 3. 1992)
MdB 5. WP ab 4. 6. 1969, 6.–8. WP (SPD)
MdEP 19. 1. 1977–23. 7. 1984 (SPD)
Eur → 49/99

Sielaff, Horst
MdB 9.–13. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 220, 265
Sonst. → 49/99

Sieler (△Amberg)**, Wolfgang** († 1. 6. 2001)
MdB 8.–11. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Siemann, Johann
Sonst. → 49/99

Siemann, Werner
MdB 14. WP (CDU)
Sonst. → 94/03 720–721

Siemer, J. Hermann († 7. 7. 1996)
MdB 2.–6. WP (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Sieveking, Kurt († 16. 3. 1986)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Sikora, Jürgen
MdB 12. WP ab 22. 5. 1992, 13. WP (CDU)

Silberhorn, Thomas
MdB 15. WP (CSU)
Sonst. → 94/03 51

Simm, Erika
MdB 12.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 220
AVst → 49/99 · 94/03 164, 167, 220, 460, 463, 511
Sonst. → 49/99

Simmert, Christian
MdB 14. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 94/03 145, 327, 329

Simon, Gunnar
StS → 49/99 · 94/03 285

Simon, Paul Heinrich († 26. 10. 1978)
MdB 6.–7. WP (SPD)

Simonis, Heide
MdB 8.–10. WP, 11. WP bis 8. 6. 1988 (SPD)
MPräs → 49/99
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Simons, Barbara
MdEP 24. 7. 1984–18. 7. 1994 (SPD)

Simpfendörfer, Hansmartin
MdB 7.–8. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Simpfendörfer, Karl († 25. 12. 1984)
MdB 3. WP (CDU)

Sindermann, Horst († 20. 4. 1990)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Singer, Johannes
MdB 11.–13. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 220, 265

Singhammer, Johannes
MdB 13.–15. WP (CSU)
Sonst. → 94/03 313

Singhuber, Kurt
DDR → 49/99

Sinn, Edmund († 26. 3. 1978)
MdB 4.–5. WP (CDU)

Sirven, Alfred
Sonst. → 94/03 656

Sitte, Fritz Moritz († 19. 12. 1994)
Sonst. → 49/99

Six, Bruno
Sonst. → 49/99

Skarpelis-Sperk, Sigrid
MdB 9.–15. WP (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Skopp, Paulus
Sonst. → 49/99

Skowron, Werner H.
MdB 12. WP (CDU)
DDR → 49/99

Skubiszewski, Krzysztof
Sonst. → 49/99

Slotta, Günter († 9. 6. 1974)
MdB 6. WP, 7. WP bis † (SPD)
Bibl. → 49/99

Sobetzko, Werner
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Söderman, Jacob N.
Eur → 49/99

Soell, Hartmut
MdB 9.–12. WP (SPD)
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Soetebier, Friedrich († 20. 3. 1973)
MdB 4. WP (FDP)

Sohn, Karl-Heinz
StS → 49/99

Solke, Emil († 16. 8. 1999)
MdB 2.–3. WP, 6.–7. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Solleder, Max († 23. 1. 1966)
MdB 1. WP (CSU)
FrVst → 49/99

Solms, Hermann Otto
MdB 9.–15. WP (FDP)
VPräs → 49/99 · 94/03 220, 235, 237–238, 256, 413
FrVst → 49/99 · 94/03 220, 256, 259
Sonst. → 49/99 · 94/03 311, 315–316

Soltwedel-Schäfer, Irene
MdEP 19. 7. 1994–19.7.1999 (GRÜNE)

Sommer, Renate
MdEP ab 20.7.1999 (CDU)

Sonnemann, Theodor († 6. 9. 1987)
StS → 49/99

Sonntag, Franz
Sonst. → 49/99

Sonntag-Wolgast, Cornelie
MdB 11. WP ab 14. 6. 1988, 12.–15. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 164, 220, 283
AVst → 94/03 167, 220, 463
Sonst. → 49/99

Sopart, Hans-Joachim
MdB 12. WP bis 3. 1. 1993 (CDU)

Sorge, Wieland
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–14. WP (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Sornik, Paul († 21. 3. 1982)
MdB 2. WP (GB/BHE)

Sothmann, Bärbel
MdB 12.–14. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 162, 165, 220, 253–254

Sowa, Ursula
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Spaak, Paul-Henri († 31. 7. 1972)
Eur → 49/99

Späte, Margarete
MdB 13.–14. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 462

Späth, Leopold
MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 (CDU)

Späth, Lothar
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99

Spahn, Jens
MdB 15. WP (CDU)
Sonst. → 94/03 145

Spangenberg, Dietrich († 3. 8. 1990)
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Spanier, Wolfgang
MdB 13.–15. WP (SPD)

Specker, Roland
Sonst. → 49/99

Spénale, Georges
Sonst. → 49/99

Spengelin, Friedrich
Sonst. → 49/99

Sperling, Dietrich
MdB 6.–13. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 220
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 156

Sperling, Fritz
Sonst. → 49/99

Spiecker, Carl († 16. 11. 1953)
Sonst. → 49/99

Spielmann, Margrit
MdB 14.–15. WP (SPD)

Spies (Brücken)**, August** († 30. 6. 1972)
MdB 2.–3. WP (CDU)

Spies (△Emmenhausen)**, Josef** († 14. 3. 1985)
MdB 1.–4. WP, 5. WP ab 4. 8. 1969 (CSU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Spies von Büllesheim, Adolf Freiherr
MdB 7.–10. WP (CDU)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Spilker, Karl-Heinz
MdB 6.–12. WP (CSU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Spillecke, Hermann († 5. 5. 1977)
MdB 5.–7. WP, 8. WP bis † (SPD)
MdEP 19. 1. 1977 bis † (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Spiller, Jörg-Otto
MdB 13.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 220, 266–267
Sonst. → 94/03 316

Spitzmüller, Kurt
MdB 3.–5. WP, 6. WP ab 12. 1. 1971, 7.–8. WP (FDP)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Spliedt, Franz
Sonst. → 49/99

Spöri, Dieter
MdB 8.–10. WP, 11. WP bis 5. 6. 1988 (SPD)
Sonst. → 49/99

Spörl, Max († 9. 7. 1997)
MdB 2. WP (CSU)

Sponheimer, Franz
Sonst. → 49/99

Spranger, Carl-Dieter
MdB 7.–14. WP (CSU)
BMin → 49/99 · 94/03 220, 278, 288
PStS → 49/99 · 94/03 220
FrVst → 49/99 · 94/03 220
AVst → 49/99 · 94/03 460
Sonst. → 49/99 · 94/03 156

Spranger, Eduard († 17. 9. 1963)
Sonst. → 49/99

Spreti, Karl Graf von († 5. 4. 1970)
MdB 1. WP, 2. WP bis 5. 3. 1956 (CSU)
Sonst. → 49/99

Springmann, Baldur
Sonst. → 49/99

Springorum, Gerd († 11. 11. 1995)
MdB 5.–7. WP (CDU)
MdEP 18. 5. 1966–19. 1. 1977 (CDU)
Eur → 49/99

Sprung, Rudolf
MdB 6.–12. WP (CDU)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Srock, Ernst
MdB 2. WP (GB/BHE)

Staak (Hamburg)**, Werner**
MdB 6. WP ab 21. 5. 1970, 7. WP bis 13. 11. 1974 (SPD)
Sonst. → 49/99

Stachowa, Angela
MdB 12. WP (PDS/LL; 15. 6. 1994 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Staden, Berndt von
StS → 49/99

Stadermann, Peter
MdVk 10. WP (PDS)

Stadler, Max
MdB 13.–15. WP (FDP)
Sonst. → 94/03 315, 411

Staegemann, Gerd
MdVk 10. WP (NDPD → Die Liberalen)
Sonst. → 49/99

Staffelt, Ditmar
MdB 14.–15. WP (SPD)
PStS → 94/03 220, 284
FrVst → 94/03 220, 266

Stahl, Alexander von
Sonst. → 49/99

Stahl (Kempen)**, Erwin**
MdB 7.–11. WP (SPD)
PStS → 49/99
Sonst. → 49/99

Stahl, Helmut
StS → 49/99 · 94/03 288

Stahl, Willy († 6. 10. 1989)
MdB 1.–3. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Stahlberg, Hermann
MdB 5.–6. WP, 7. WP ab 1. 11. 1974, 8. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Stalin, Josef († 5. 3. 1953)
Sonst. → 49/99

Stamm, Michael
Sonst. → 49/99

Stammberger, Wolfgang († 1. 5. 1982)
MdB 2.–3. WP (FDP), 4. WP (FDP; 3. 6. 1964 → SPD), 5. WP (SPD)
BMin → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Stange, Carmen
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Staratzke, Hans-Werner († 18. 10. 2004)
MdB 5. WP (FDP)
FrVst → 49/99

Stark (Stuttgart/Nürtingen)**, Anton**
MdB 5.–11. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Stark, Jürgen
StS → 49/99 · 94/03 283

Starke (^Franken)**, Heinz** († 31. 01. 2001)
MdB 2.–5. WP (FDP), 6. WP (FDP; 9. 10. 1970 → CDU/CSU), 7.–8. WP (CSU)
MdEP 27. 2. 1958–29. 11. 1961 (FDP) und 25. 1. 1963–16. 7. 1979 (FDP → CSU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 126

Starnick, Jürgen
MdB 12. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Stather, Erich
StS → 49/99 · 94/03 288

Stauch, Robert († 1. 5. 1981)
MdB 1.–4. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Staudt, Reinhold († 11. 9. 1978)
MdB 8. WP bis † (SPD)

Stauffenberg, Franz Ludwig Schenk Graf von
MdB 7.–9. WP, 10. WP bis 20. 11. 1984 (CSU)
MdEP 24. 7. 1984–30. 11. 1992 (CSU)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Stauner, Gabriele
MdEP 20.7.1999-19.7.2004 (CSU)

Stavenhagen, Lutz G. († 31. 5. 1992)
MdB 7.–11. WP, 12. WP bis † (CDU)
PStS → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Stech, Paul († 30. 9. 1956)
MdB 1. WP (SPD)

Stecker, Josef
MdB 3.–5. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Steen, Antje-Marie
MdB 12.–14. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Steenblock, Rainder
MdB 13. WP bis 1. 6. 1996, 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 49/99 · 94/03 128, 132

Steger, Ulrich
MdB 8.–9. WP, 10. WP bis 9. 7. 1984 (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Stegner, Artur († 5. 8. 1986)
MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 13. 1. 1954 → fraktionslos; 6. 2. 1957 → GB/BHE)
Sonst. → 49/99

Stehle, German Otto († 5. 6. 1987)
MdB 6. WP ab 7. 9. 1972 (CDU)

Stehr, Heinz
Sonst. → 49/99

Steiger, Wolfgang
MdB 13. WP, 14. WP ab 15. 4. 1999 (CDU)

Stein (Mainz)**, Franz** († 14. 9. 1967)
MdB 5. WP bis † (SPD)

Stein (^Honrath)**, Gustav** († 21. 10. 1979)
MdB 4.–6. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Steinbach, Erika
(während der 12. WP Steinbach-Hermann, Erika)
MdB 12.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 220
Sonst. → 49/99

Steinbach-Hermann, Erika
siehe Steinbach, Erika

Steinberg, Karl-Hermann
DDR → 49/99

Steinberger, Helmut
Sonst. → 49/99 · 94/03 589

Steinbiß, Viktoria († 11. 2. 1971)
MdB 1.–3. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Steindor, Marina
MdB 13. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Steinecke, Jochen
MdVk 10. WP (LDP → Die Liberalen)
DDR → 49/99

Steiner (Oelsnitz)**, Andreas**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU [Gast])
MdVk 10. WP (DSU)
Sonst. → 49/99

Steiner, Heinz-Alfred
MdB 9.–12. WP (SPD)
AVst → 49/99
Eur → 49/99 · 94/03 803
Sonst. → 49/99

Steiner, Julius († 8. 9. 1997)
MdB 6. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Steiner, Michael
Sonst. → 94/03 657

Steinhauer, Karl († 13. 3. 1981)
MdB 2. WP ab 12. 4. 1957 (CDU)
Sonst. → 49/99

Steinhauer, Waltraud († 9. 3. 2002)
MdB 7. WP ab 9. 12. 1974, 8.–11. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Steinhörster, Willi († 26. 11. 1978)
MdB 1. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Steinhoff, Fritz († 22. 10. 1969)
MdB 4.–5. WP (SPD)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Steinitz, Klaus
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
Sonst. → 49/99

Steinmann, Joachim
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Steinmeier, Frank-Walter
StS → 49/99 · 94/03 240, 281–282

Steinmetz, Hans († 17. 10. 1987)
StS → 49/99

Steinmetz, Willy († 20. 12. 1969)
MdB 3. WP (DP; 1. 7. 1960 → fraktionslos; 20. 9. 1960 → CDU/CSU), 4.–5. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Steltzer, Theodor († 27. 10. 1967)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Stempell, Kurt
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Stenger, Carl († 29. 6. 1982)
MdB 3. WP (SPD)

Stephan, Heinrich († 1. 9. 1990)
MdB 4.–5. WP (SPD)

Stephan, Volker
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Stercken, Hans († 26. 6. 1999)
MdB 8.–12. WP (CDU)
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 126, 824

Stern, Fritz
Sonst. → 49/99

Stern, Klaus
Sonst. → 49/99

Sternberger, Dolf († 27. 7. 1989)
Sonst. → 49/99

Sterzing, Christian
MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 94/03 220, 270

Sterzinsky, Georg
Sonst. → 49/99

Stetefeld, Georg
Sonst. → 49/99

Stetten, Christian Freiherr von
MdB 15. WP (CDU)

Stetten, Wolfgang [Hermann] Freiherr von
MdB 12.–14. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 460
Sonst. → 49/99

Stetter, Inge
MdVk 10. WP (SPD)

Stief, Eberhard
DDR → 49/99

Stiegler, Ludwig
MdB 9.–15. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 220, 257–258, 260, 294
AVst → 49/99 · 94/03 458
Sonst. → 49/99 · 94/03 316

Stieler, Georg
Sonst. → 49/99

Stienen, Karl-Heinz
MdB 7. WP (SPD; 8. 12. 1976 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Stierle, Georg († 26. 5. 1979)
MdB 1.–3. WP (SPD)

Stiller, Georg († 11. 3. 1992)
MdB 2.–5. WP (CSU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Stingl, Josef († 19. 3. 2004)
MdB 2.–4. WP, 5. WP bis 15. 6. 1968 (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Stinner, Rainer
MdB 15. WP (FDP)

Stobbe, Dietrich
MdB 10.–11. WP (SPD)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Stock, Christian († 13. 4. 1967)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Stock, Jean († 13. 1. 1965)
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Stockhausen, Karl († 13. 8. 2002)
MdB 10. WP ab 6. 12. 1983, 12. WP (CDU)

Stockleben, Adolf
MdB 8.–10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Stockmann, Ulrich
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Stöckel, Rolf
MdB 14.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 220
Sonst. → 94/03 50, 52

Stöckl, Wilhelm
MdB 8.–9. WP (SPD)

Störr-Ritter, Dorothea
MdB 14. WP (CDU)

Stoiber, Edmund
BRPräs → 49/99 · 94/03 725
MPräs → 49/99 · 94/03 312, 519
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 11–13, 259, 294

Stokar von Neuforn, Silke
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 94/03 315

Stolfa, Roswitha
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
Sonst. → 49/99

Stolpe, Manfred
BMin → 94/03 230, 281, 287, 299, 316
MPräs → 49/99 · 94/03 230
Sonst. → 49/99

Stoltenberg, Gerhard († 23. 11. 2001)
MdB 3.–5. WP, 6. WP bis 3. 6. 1971, 10.–13. WP (CDU)
BRPräs → 49/99
BMin → 49/99 · 94/03 220, 230
MPräs → 49/99 · 94/03 230
FrVst → 49/99 · 94/03 220
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 126, 156

Stolze, Diether († 24. 10. 1990)
StS → 49/99

Stommel, Maria († 19. 3. 1990)
MdB 4. WP ab 4. 12. 1964, 5.–7. WP (CDU)

Stommel, Wilhelm Peter
MdB 8. WP, 10. WP ab 21. 3. 1985 (CDU)

Stooß, Heinrich († 19. 5. 1971)
MdB 4.–5. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Stoph, Willi († 13. 4. 1999)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Stopperich, Hermann († 6. 1. 1952)
MdB 1. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Storch, Anton († 26. 11. 1975)
MdB 1.–4. WP (CDU)
MdEP 27. 2. 1958–21. 12. 1965 (CDU)
BMin → 49/99
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Storck, Dieter
Sonst. → 49/99

Storck, Louis
StS → 49/99

Storjohann, Gero
MdB 15. WP (CDU)

Storm, Andreas
MdB 13.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 221, 264
Sonst. → 94/03 317

Storm (△Meischenstorf)**, Friedrich-Karl** († 19. 4. 1987)
MdB 3.–6. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Storm (△Duisburg)**, Leo** († 27. 12. 1981)
MdB 2.–3. WP (CDU)

Strässer, Christoph
MdB 15. WP (SPD)

Sträter, Artur
Sonst. → 49/99

Sträter, Heinrich († 11. 4. 1968)
MdB 2.–3. WP (SPD)
MdEP 27. 2. 1958–29. 11. 1961 (SPD)
Sonst. → 49/99

Strahringer, Wilhelm
Sonst. → 49/99

Strasser, Otto († 27. 8. 1974)
Sonst. → 49/99

Straßmeir, Günter
MdB 7.–11. WP (CDU)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Stratenwerth, Günther
Sonst. → 49/99

Stratmann, Eckhard
siehe Stratmann-Mertens, Eckhard

Stratmann-Mertens, Eckhard
(bis 20. 4. 1990 Stratmann, Eckhard)
MdB 10. WP bis 31. 3. 1985 (GRÜNE), 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
Sonst. → 49/99

Straubinger, Max
MdB 13.–15. WP (CSU)
FrVst → 94/03 258
AVst → 94/03 463
Sonst. → 49/99 · 94/03 48–49, 51, 712

Strauß, Franz Josef († 3. 10. 1988)
(während der 1. WP Strauß, Franz)
MdB 1.–7. WP, 8. WP bis 29. 11. 1978, 11. WP bis 19. 3. 1987 (CSU)
MdEP 16. 7. 1952–2. 5. 1956 (CSU)
BRPräs → 49/99
BMin → 49/99
MPräs → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Strauß, Walter († 1. 1. 1976)
StS → 49/99
MdPR → 49/99

Streb-Hesse, Rita
MdB 14.–15. WP (SPD)

Strebl, Matthäus
MdB 13. WP ab 20. 11. 1995, 14. WP ab 12. 1. 1999, 15. WP (CSU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 712

Strehlke, Reinhard
StS → 49/99

Streibl, Max († 11. 12. 1998)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 126

Strelitz, Johannes E. († 7. 3. 1991)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Stresemann, Gustav († 3. 10. 1929)
Sonst. → 49/99

Stricker, Fritz († 9. 7. 1949)
Sonst. → 49/99

Striebeck, Otto († 1. 2. 1972)
MdB 1. WP, 3. WP ab 27. 5. 1958, 4. WP (SPD)

Strobel, Käte († 26. 3. 1996)
MdB 1.–6. WP (SPD)
MdEP 27. 2. 1958–26. 1. 1967 (SPD)
BMin → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 124

Strobel, Thomas
MdB 14. WP (CDU)

Strobl, Reinhold
MdB 14. WP ab 17. 9. 1999 (SPD)

Strobl (Heilbronn)**, Thomas**
MdB 14.–15. WP (CDU)
AVst → 94/03 463

Ströbele, Hans-Christian
MdB 10. WP ab 31. 3. 1985 (AL Berlin → GRÜNE), 14.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 94/03 221, 270
Sonst. → 49/99 · 94/03 13, 327, 329, 410

Stroetmann, Clemens
StS → 49/99 · 94/03 288

Strohbach, Gertrud
MdB 1. WP ab 16. 5. 1951 (KPD)

Strohmayr, Alois († 27. 2. 1993)
MdB 4.–6. WP (SPD)

Strosche, Johannes-Helmut († 26. 5. 1996)
MdB 2. WP (GB/BHE)
Sonst. → 49/99

Strothmann, Lena [Magdalena]
MdB 15. WP ab 3. Juli 2003 (CDU)

Strube, Hans-Gerd
MdB 10.–12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Struck, Peter
MdB 9.–15. WP (SPD)
BMin → 94/03 221, 279–280, 286, 315, 323, 406
FrVst → 49/99 · 94/03 221, 234, 257, 260, 294, 327–329
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 313

Strunk, Heinrich († 5. 3. 1952)
Sonst. → 49/99

Struve, Detlef († 24. 5. 1987)
MdB 1.–6. WP (CDU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Stübgen, Michael
MdB 12.–15. WP (CDU)
AVst → 49/99 · 94/03 459
Sonst. → 49/99

Stücklen, Richard († 2. 5. 2002)
MdB 1.–11. WP (CSU)
BTPräs → 49/99
VPräs → 49/99
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 127, 451

Stümer, Ferdinand
MdB 2. WP ab 30. 3. 1954 (SPD)

Stünker, Joachim
MdB 14.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 221, 267
AVst → 94/03 221, 462

Stützle, Walther
StS → 49/99 · 94/03 286

Stutzer, Hans-Jürgen
MdB 8.–10. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Such, Manfred
MdB 11. WP ab 4. 4. 1989 (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90), 13. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FrVst → 49/99 · 94/03 221

Suck, Walter († 11. 11. 1983)
MdB 6.–7. WP (SPD)
MdEP 16. 1. 1975–19. 1. 1977 (SPD)
Sonst. → 49/99

Sudhoff, Heike
Sonst. → 94/03 835

Sudhoff, Jürgen
StS → 49/99

Sühler, Gustav († 3. 7. 1998)
MdB 3.–4. WP (CSU)

Süssmuth, Rita
MdB 11.–14. WP (CDU)
BTPräs → 49/99 · 94/03 162, 221, 233–234, 409, 411, 413, 459, 686, 724–725, 739–741, 749–752
BMin → 49/99 · 94/03 221
AVst → 49/99 · 94/03 221
Bibl. → 49/99
Eur → 49/99 · 94/03 823–824
Sonst. → 49/99

Süsterhenn, Adolf († 24. 11. 1974)
MdB 4.–5. WP (CDU)
AVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Suhr, Heinz
MdB 10. WP ab 1. 4. 1985 (GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Suhr, Otto († 30. 8. 1957)
MdB 1. WP bis 31. 1. 1952 (SPD)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Sund, Olaf
MdB 7. WP, 8. WP bis 17. 5. 1977 (SPD)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Supf, Ernst († 24. 3. 1970)
MdB 4. WP (FDP)

Susset, Egon
MdB 6.–13. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 221, 261
Sonst. → 49/99 · 94/03 156, 312

Sybertz, Manfred
MdB 8. WP (SPD)

Szwed, Dorothea
MdB 12. WP ab 24. 3. 1994 (CDU)

T

Tacke, Alfred
StS → 49/99 · 94/03 284

Tadjadod, Michaela
siehe Noll, Michaela

Täschner, Uwe
MdVk 10. WP (GP → Bündnis 90/Grüne)

Tallert, Harry († 29. 11. 1997)
MdB 5.–6. WP (SPD)

Tamblé, Richard († 11. 6. 1982)
MdB 3. WP ab 25. 4. 1960, 4.–6. WP (SPD)

Tamm, Ingeborg
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Tandler, Gerold
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Tannert, Christof
MdEP 19. 7. 1994–19.7.1999 (SPD)

Tantzen, Theodor († 11. 1. 1947)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Tappe, Joachim
MdB 12.–14. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 50

Tatge, Willi
MdB 10. WP ab 18. 6. 1985 (GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Tausch-Treml, Franz († 30. 7. 1986)
MdB 2. WP ab 25. 6. 1957 (SPD)

Tauss, Jörg
MdB 13.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 221, 267–268
Sonst. → 94/03 316

Tegtmeier, Werner
StS → 49/99 · 94/03 285

Teichman, Cornelia Christiane von
MdB 12. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Teichmann, Bodo
MdB 13. WP (SPD)

Teiser, Michael
MdB 13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 134

Telkämper, Wilfried
MdEP ab 19. 2. 1987–19.7.1999 (GRÜNE)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Temmen, Johann († 7. 8. 1959)
MdB 1. WP (SPD)

Templin, Regina
Sonst. → 49/99

Templin, Wolfgang
Sonst. → 49/99

Tenhagen, Wilhelm († 22. 8. 1954)
MdB 1. WP, 2. WP bis † (SPD)
AVst → 49/99

Terborg, Margitta
MdB 9.–13. WP (SPD)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Teriete, Theodor († 15. 2. 1971)
MdB 2.–5. WP (CDU)

Terpe, Frank
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99

Terra, Hans-Adolf de († 19. 1. 1994)
MdB 7.–8. WP (CDU)

Teubner, Maria Luise
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Teuchner, Jella
MdB 13.–15. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 317, 740

Teufel, Erwin
BRPräs → 49/99 · 94/03 725
MPräs → 49/99

Thadden, Adolf von († 17. 7. 1996)
MdB 1. WP (DRP/NR; 24. 10. 1951 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99 · 94/03 124

Thadden, Franz-Lorenz von (23. 4. 1979 für † erklärt)
MdB 6. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Thalheim, Gerald
MdB 12.–15. WP (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 221, 285
Sonst. → 49/99 · 94/03 312

Thatcher, Margaret
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Thaysen, Uwe
Sonst. → 94/03 796

Theato, Diemut R.
MdEP 5. 10. 1987-19.7.2004 (CDU)
Eur → 49/99 · 94/03 817–818

Thedieck, Franz († 20. 11. 1995)
StS → 49/99

Thees, Olaf
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Theil (Bremen)**, Emil** († 27. 12. 1968)
MdB 3. WP ab 6. 3. 1960 (SPD)
Sonst. → 49/99

Theis, Hanns
MdB 3.–4. WP (SPD)

Thelen, Holger
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Thiele, Carl-Ludwig
MdB 12.–15. WP (FDP)
FrVst → 94/03 221, 256
AVst → 49/99 · 94/03 221, 228, 458, 460, 463
Sonst. → 94/03 315, 317

Thiele, Grete († 29. 12. 1993)
MdB 1. WP (KPD)

Thiele, Ilse
Sonst. → 49/99

Thielen, Friedrich [Fritz]
Sonst. → 49/99

Thielen, Peter († 4. 9. 1957)
Sonst. → 49/99

Thielicke, Helmut († 5. 3. 1986)
Sonst. → 49/99

Thielmann, Klaus
DDR → 49/99

Thiemann, Hanno
Sonst. → 94/03 835

Thieme, Willy († 17. 10. 1979)
MdB 2. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Thierse, Wolfgang
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–15. WP (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
BTPräs → 49/99 · 94/03 221, 234, 328, 410, 413, 462, 464, 724–725, 742–744, 752–753
VPräs → 94/03 257–258
FrVst → 49/99 · 94/03 221, 257–258
Bibl. → 49/99
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 312

Thies, Johann († 12. 11. 1969)
MdB 2. WP ab 30. 5. 1956 (CDU)

Thieser, Dietmar
MdB 13. WP bis 19. 12. 1996 (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 128

Thiessen, Rolf († 1970)
StS → 49/99

Thietz, Peter
MdVk 10. WP (FDP → Die Liberalen)

Thoben, Christa
StS → 49/99 · 94/03 288

Thönnes, Franz
MdB 13.–15. WP (SPD)
PStS → 94/03 221, 286
FrVst → 94/03 221, 257, 266

Thomae, Dieter
MdB 11.–15. WP (FDP)
AVst → 49/99 · 94/03 221, 458
Sonst. → 49/99 · 94/03 312–313, 317

Thomas, Uwe
StS → 49/99 · 94/03 288

Thürk, Kurt († 8. 7. 2002)
MdB 7. WP (CDU)

Thüsing, Klaus
MdB 8. WP ab 9. 5. 1977, 9. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Tichi, Hans († 22. 7. 1955)
MdB 1. WP (WAV; 13. 10. 1950 → BHE/DG; 21. 3. 1952 → fraktionslos)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Tiemann, Susanne
MdB 13.–14. WP (CDU)

Tiesler, Frank
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU [Gast])
MdVk 10. WP (DSU)
Sonst. → 49/99

Tietjen, Günther († 7. 7. 1993)
MdB 7. WP ab 12. 9. 1974, 9.–11. WP, 12. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Tietmeyer, Hans
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Tillich, Stanislaw
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
MdEP 19. 7. 1994–26.10.1999 (CDU)

Tillmann, Antje
MdB 15. WP (CDU)

Tillmann, Ferdinand
MdB 7.–12. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Tillmanns, Robert († 12. 11. 1955)
MdB 1. WP, 2. WP bis † (CDU)
BMin → 49/99
Sonst. → 49/99

Timm, Gottfried
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99

Timm, Helga
MdB 6.–11. WP (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99

Timm, Jürgen
MdB 9. WP, 11.–12. WP (FDP)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Timmermann, Manfred
StS → 49/99

Tindemans, Leo
Sonst. → 49/99

Tippach, Steffen
MdB 13. WP (PDS)
GrVst → 94/03 270
Sonst. → 49/99 · 94/03 144

Tisch, Harry († 18. 6. 1995)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Tischer, Udo († 4. 2. 1992)
MdB 10. WP ab 3. 4. 1985 (GRÜNE; 2. 12. 1986 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Titzck, Rudolf
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Titze, Uta
siehe Titze-Stecher, Uta

Titze-Stecher, Uta (in der 12. WP Titze, Uta)
MdB 12.–14. WP (SPD)
AVst → 94/03 460
Sonst. → 49/99

Tobaben, Peter († 17. 12. 1972)
MdB 1. WP (DP), 3. WP (DP; 3. 5. 1961 → CDU/CSU), 4.–6. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Todenhöfer, Jürgen [Gerhard]
MdB 7.–11. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Tönjes, Albert († 25. 4. 1980)
MdB 5.–7. WP, 8. WP bis † (SPD)

Töpfer, Edeltraut
MdB 14.–15. WP (CDU)

Töpfer, Klaus
MdB 12. WP, 13. WP bis 28. 2. 1998 (CDU)
BMin → 49/99 · 94/03 221, 278, 288, 302, 312, 325, 334, 739–741, 749, 751
Sonst. → 49/99 · 94/03 128

Toeplitz, Heinrich
DDR → 49/99

Toetemeyer, Hans-Günther
MdB 10.–12. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Topmann, Günter
MdB 8.–9. WP (SPD)
MdEP 24. 7. 1984–18. 7. 1994 (SPD)

Toscher, Willibald
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Toussaint, Hans († 12. 6. 1977)
MdB 3.–5. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Trampert, Rainer
Sonst. → 49/99

Trapp, Horst
Sonst. → 49/99

Traub, Wilhelm († 3. 9. 1998)
MdB 2. WP bis 8. 9. 1955 (SPD)
Sonst. → 49/99

Traube, Klaus
Sonst. → 49/99

Traupe, Brigitte
siehe Schulte, Brigitte

Trenz, Erika
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
Sonst. → 49/99

Treviranus, Gottfried Reinhold († 7. 6. 1971)
Sonst. → 49/99

Trischler, Josef († 18. 12. 1975)
MdB 1. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Trittelvitz, Hermann († 11. 1. 1970)
MdB 2. WP bis 12. 9. 1956 (SPD)
Sonst. → 49/99

Trittin, Jürgen
MdB 14.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
BMin → 49/99 · 94/03 222, 280–281, 287–288, 316, 321–323, 331, 438, 640
Sonst. → 49/99 · 94/03 12, 259

Tritz, Marianne
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tröger, Gottfried
MdB 13. WP (CDU)

Tröscher, Adelheid
MdB 13.–14. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 161, 164, 222, 265, 267

Troppenz, Hermann († 10. 3. 1964)
MdB 1. WP (SPD)

Troßmann, Hans († 2. 11. 1993)
BTDir → 49/99
Sonst. → 49/99

Trotzki, Leo († 21. 8. 1940)
Sonst. → 49/99

Trüpel, Helga
MdEP ab 20.7.2004 (GRÜNE)

Trumpf, Jürgen
StS → 49/99

Tschalamoff, Nikolaj Klaus
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Tschiche, Hans-Jochen
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (GRÜNE/BÜNDNIS 90)
MdVk 10. WP (NF → Bündnis 90/Grüne)
Sonst. → 49/99

Tübler, Irma († 25. 6. 1992)
MdB 6.–8. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Türk, Jürgen
MdB 12.–15. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Tumay, Muhlis
Sonst. → 49/99

Twardowski, Fritz († 21. 9. 1970)
Sonst. → 49/99

U

Uca, Feleknas
MdEP ab 20.7.1999 (PDS)

Ueberhorst, Reinhard
MdB 8. WP, 9. WP bis 28. 1. 1981 (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Ueberschär, Kurt
MdB 9. WP ab 2. 2. 1981 (SPD)

Uecker, Sabine
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Uelhoff, Klaus-Dieter
MdB 11.–13. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Uexküll, Jakob von
MdEP 5. 11. 1987–24. 7. 1989 (GRÜNE)

Uhl, Hans-Jürgen
MdB 15. WP (SPD)

Uhl, Hans-Peter
MdB 14.–15. WP (CSU)

Uhlmann, Ekkehard
Sonst. → 49/99

Ulbricht, Hartmut
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Ulbricht, Walter († 1. 8. 1973)
DDR → 49/99

Uldall, Gunnar
MdB 10.–14. WP, bis 6. 11. 2001 (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 222, 260–262
Sonst. → 49/99 · 94/03 129, 133

Ullmann, Wolfgang († 30. 7. 2004)
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (GRÜNE/BÜNDNIS 90), 12. WP (Bündnis 90/Grüne)
MdVk 10. WP (DJ → Bündnis 90/Grüne)
MdEP 19. 7. 1994–19.7.1999 (GRÜNE)
Bibl. → 49/99

DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Ulmer, Thomas
MdEP ab 20.7.2004 (CDU)

Ulrich, Hubert
MdB 15. WP bis 18. 10. 2004 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unertl, Franz Xaver († 31. 12. 1970)
MdB 2.–5. WP, 6. WP bis † (CSU)
Sonst. → 49/99

Unger, August
Sonst. → 49/99

Unger, Dietmar-Richard
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Unkelbach, Helmut († 17. 1. 1968)
Sonst. → 49/99

Unland, Hermann Josef
MdB 6.–11. WP (CDU)
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Unruh, Gertrud [Trude]
MdB 11. WP (GRÜNE; 13. 9. 1989 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Urban, Wilhelm († 8. 2. 1973)
MdB 4.–5. WP (SPD)

Urbaniak, Hans-Eberhard
MdB 6. WP ab 9. 3. 1970, 7.–14. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 50, 144, 156

V

Vaatz, Arnold
MdB 14.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 222, 255
Sonst. → 94/03 132, 316

Vagts, Erich
MPräs → 49/99

Vahlberg, Jürgen
MdB 7. WP, 10.–11. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Valentyn, Thomas van den
Sonst. → 49/99 · 94/03 750

Varelmann, Franz († 17. 10. 1978)
MdB 2.–6. WP (CDU)

Vedel, Georges
Sonst. → 49/99

Vehar, Max († 25. 9. 1992)
MdB 3. WP, 6.–7. WP (CDU)

Veil, Simone
Eur → 49/99

Veit, Hermann († 15. 3. 1973)
MdB 1. WP, 2. WP bis 10. 12. 1953 (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Veit, Rüdiger
MdB 14.–15. WP (SPD)

Vennegerts, Christa
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Verbeek, Hans († 13. 12. 1966)
MdB 5. WP bis † (CDU)
Sonst. → 49/99

Vergin, Siegfried
MdB 12.–13. WP (SPD)
AVst → 49/99 · 94/03 526
Sonst. → 49/99

Verheugen, Günter
MdB 10.–14. WP bis 15. 9. 1999 (SPD)
PStS → 49/99 · 94/03 222, 282
FrVst → 49/99 · 94/03 222, 257
AVst → 49/99 · 94/03 222
Bibl. → 49/99
Eur → 94/03 128
Sonst. → 49/99 · 94/03 128, 311

Verheyen (Bielefeld)**, Hans**
MdB 10. WP bis 30. 3. 1985 (GRÜNE)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Verhoeven, Arnold († 2. 8. 1998)
MdB 4. WP (CDU)

Verhülsdonk, Roswitha
MdB 7.–12. WP (CDU)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Vesper, Michael
Sonst. → 49/99

Vesper, Walter († 17. 12. 1978)
MdB 1. WP bis 30. 6. 1952 (KPD)
Sonst. → 49/99

Vetter, Heinz Oskar († 18. 10. 1990)
MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (SPD)

Vialon, Friedrich Karl
StS → 49/99

Viehweger, Axel
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Viererbe, Rainer
DDR → 49/99

Vietje, Elisabeth († 2. 5. 1963)
MdB 2. WP, 3. WP ab 6. 5. 1960, 4. WP bis † (CDU)

Violka, Simone
MdB 14.–15. WP (SPD)

Vit, Franz
MdB 5.–7. WP (SPD)

Vittinghoff, Kurt
MdEP 24. 7. 1984–18. 7. 1994 (SPD)

Vittinghoff-Schell, Felix Freiherr von († 13. 11. 1992)
MdB 4.–5. WP (CDU)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Vitzthum, Wolfgang Graf
Sonst. → 49/99

Vockel, Heinrich
Sonst. → 49/99

Vöcking, Johannes
StS → 49/99

Völkl, Herbert
Sonst. → 49/99

Vogel (München)**, Axel**
MdB 10. WP ab 16. 3. 1985 (GRÜNE)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Vogel (Speyer)**, Bernhard**
MdB 5. WP bis 17. 7. 1967 (CDU)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99 · 94/03 230, 314
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Vogel, Dieter
StS → 49/99 · 94/03 281

Vogel (△Warendorf/Ennepetal)**, Friedrich**
MdB 5. WP bis 6. 10. 1966, 6.–12. WP (CDU)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Vogel (△München)**, Hans-Jochen**
MdB 7.–8. WP, 9. WP bis 28. 1. 1981, 10.–12. WP (SPD)
BMin → 49/99
MPräs → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Vogel, Horst
Sonst. → 49/99

Vogel, Rudolf († 5. 6. 1991)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 15. 4. 1964 (CDU)
StS → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Vogel, Volkmar Uwe
MdB 15. WP (CDU)

Vogel, Werner
Sonst. → 49/99

Vogel, Wolfgang
Sonst. → 49/99

Vogel-Sperl, Antje
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vogelsänger, Jörg
MdB 15. WP (SPD)

Vogelsang, Bernhard
Sonst. → 49/99

Vogelsang, Kurt
MdB 7.–10. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Vogt, Karl-Heinz († 1. 3. 1988)
MdB 3.–5. WP (CSU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Vogt (Kaiserslautern)**, Roland**
MdB 10. WP bis 18. 6. 1985 (GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Vogt (Pforzheim)**, Ute**
MdB 13.–15. WP (SPD)
PStS → 94/03 167, 222, 283
AVst → 94/03 164, 222, 460

Vogt (△Düren)**, Wolfgang**
MdB 6.–13. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 222
FrVst → 49/99 · 94/03 222, 253
Sonst. → 49/99 · 94/03 156

Vohrer, Manfred
MdB 7.–9. WP (FDP)
MdEP 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (FDP)
FrVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Voigt (Sonthofen)**, Ekkehard**
MdB 8. WP ab 8. 12. 1978, 9. WP ab 14. 5. 1982 (CSU), 10. WP (CSU; 28. 10. 1983 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Voigt, Gisela
MdVk 10. WP (PDS)

Voigt, Gotthard († 10. 6. 1991)
MdVk 10. WP (DSU)

Voigt (Northeim)**, Hans-Peter**
MdB 10. WP ab 21. 12. 1983, 11.–12. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Voigt (Frankfurt)**, Karsten D.**
MdB 7. WP ab 28. 10. 1976, 8.–13. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 222, 265
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 822

Voigt, Udo
Sonst. → 49/99

Voigtländer, Bernd
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Volkholz, Ludwig († 20. 5. 1994)
MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU)
Sonst. → 49/99

Volkmer, Marlies
MdB 15. WP (SPD)

Vollbrecht, Ursula
MdVk 10. WP (SPD)

Vollmer, Antje
MdB 10. WP bis 2. 4. 1985 (GRÜNE), 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90), 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
VPräs → 49/99 · 94/03 162, 165, 168, 222, 235–238, 335, 412–413
FrVst → 49/99 · 94/03 222
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Volmer, Günter
MdB 6.–9. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Volmer, Ludger
MdB 10. WP ab 10. 4. 1985 (GRÜNE), 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90), 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
PStS → 49/99 · 94/03 222, 283, 640
FrVst → 49/99 · 94/03 222
Sonst. → 49/99 · 94/03 259, 311, 740

Volquartz, Angelika
MdB 14.–15. WP bis 16. 6. 2003 (CDU)

Volz, Sylvia
Sonst. → 49/99

Volz, Wolfgang
Sonst. → 49/99

Vondran, Ruprecht
MdB 11.–12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Voscherau, Henning
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99 · 94/03 584
AVst → 49/99 · 94/03 584

Vosen, Josef
MdB 8. WP ab 18. 10. 1979, 9.–12. WP, 13. WP bis 3. 6. 1998 (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 222
Sonst. → 49/99 · 94/03 128

Voss, Friedrich
MdB 8.–11. WP (CSU)
PStS → 49/99

Voß, Heinrich († 22. 3. 1982)
MdB 2. WP (CDU)

Voß, Otto
Sonst. → 49/99

Voß, Sylvia
MdB 14. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 94/03 327

Voßhoff, Andrea Astrid
MdB 14.–15. WP (CDU)

Vries, Axel de († 24. 1. 1963)
MdB 1. WP ab 5. 1. 1953 (FDP)

Vring, Thomas von der
MdEP 17. 7. 1979–18. 7. 1994 (SPD)
Eur → 49/99

W

Wacher (Hof)**, Gerhard** († 27. 10. 1990)
MdB 2.–3. WP, 4. WP bis 26. 3. 1963 (CSU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Wacker (^Buchen)**, Oskar** († 26. 8. 1972)
MdB 1.–2. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Wackerzapp, Oskar († 8. 8. 1965)
MdB 1. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Wächter, Gerhard
MdB 15. WP (CDU)

Wächter, Gerold († 10. 9. 1992)
MdB 4.–5. WP (FDP)

Waffenschmidt, Horst († 7. 5. 2002)
MdB 7.–13. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 222, 283
FrVst → 49/99 · 94/03 222
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 127, 156

Wagenknecht-Niemeyer, Sahra
MdEP ab 20.7.2004 (PDS)

Wagner, Albert
Sonst. → 49/99

Wagner, Baldur
StS → 49/99 · 94/03 286

Wagner (Trier)**, Carl-Ludwig**
MdB 6. WP, 7. WP bis 8. 4. 1976 (CDU)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Wagner, Christean
StS → 49/99

Wagner (^Ludwigshafen)**, Friedrich Wilhelm** († 17. 3. 1971)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis 19. 12. 1961 (SPD)
AVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Wagner, Hans Georg
MdB 12.–15. WP (SPD)
PStS → 94/03 223, 286
FrVst → 94/03 223, 266
Sonst. → 94/03 145

Wagner, Heinz
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Wagner (Deggenau)**, Josef** († 2. 1. 1979)
MdB 2. WP (SPD)

Wagner (^Günzburg)**, Leo**
MdB 4.–7. WP (CSU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Wagner, Manfred W.
MdEP 17. 7. 1979–24. 7. 1989 (SPD)

Wagner, Marita
MdB 10. WP ab 3. 4. 1985 (GRÜNE)

Wahl, Eduard († 6. 2. 1985)
MdB 1.–5. WP (CDU)
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Waigel, Theodor
MdB 7.–14. WP (CSU)
BMin → 49/99 · 94/03 223, 278, 283, 303, 311, 318–319, 331, 409, 429, 635
FrVst → 49/99 · 94/03 223
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 11, 48, 156, 259, 294, 303

Waldburg-Zeil, Alois Graf von
MdB 9.–13. WP (CDU)
FrVst → 49/99 · 94/03 223
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 47

Waldenfels, Georg von
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Walkhoff, Karl-Heinz
MdB 6.–7. WP, 8. WP ab 31. 12. 1978 (SPD)
MdEP 14. 2. 1973–19. 1. 1977 (SPD)
Bibl. → 49/99

Wallmann, Walter
MdB 7. WP, 8. WP bis 14. 6. 1977, 11. WP bis 29. 4. 1987 (CDU)
BRPräs → 49/99
BMin → 49/99
MPräs → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Wallner, Josef
MdB 1. WP (WAV; 6. 12. 1951 → DPB; 9. 12. 1952 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Wallot, Paul († 10. 8. 1912)
Sonst. → 49/99

Wallow, Hans
MdB 9. WP ab 29. 6. 1981, 12.–13. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Walpert, Otto († 11. 3. 1979)
MdB 3. WP bis 12. 1. 1960 (SPD)
Sonst. → 49/99

Waltemathe, Ernst († 9. 6. 1997)
MdB 7.–12. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Walter, Albert († 14. 2. 1980)
MdB 1. WP (DP), 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
Sonst. → 49/99

Walter, Felix († 17. 2. 1949)
MdPR → 49/99

Walter, Fritz († 1. 4. 1977)
MdB 3.–5. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Walter, Gerd
MdEP 17. 7. 1979–7. 5. 1992 (SPD)

Walter (Cochem)**, Ralf**
MdB 12. WP ab 10. 6. 1991 bis 21. 8. 1994 (SPD)
MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)
Sonst. → 49/99

Walther, Hansjoachim
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU [Gast])
MdVk 10. WP (DSU)
BMin → 49/99
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Walther, Katrin
Sonst. → 49/99

Walther, Manfred
DDR → 49/99

Walther (^Zierenberg)**, Rudi**
MdB 7.–12. WP (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Walz, Hanna († 17. 12. 1997)
MdB 6.–8. WP (CDU)
MdEP 14. 2. 1973–23. 7. 1984 (CDU)
Eur → 49/99

Walz, Ingrid
MdB 11. WP ab 6. 1. 1989, 12. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Walz, Karl († 17. 4. 1990)
MdB 2. WP (CDU)

Wandel, Karl-Heinz
Sonst. → 49/99

Wandersleb, Hermann († 19. 5. 1977)
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Wanderwitz, Marco
MdB 15. WP (CDU)
Sonst. → 94/03 145

Wargin, Ben
Sonst. → 49/99 · 94/03 753

Warnick, Klaus-Jürgen
MdB 13. WP (PDS)
Sonst. → 49/99 · 94/03 312, 409

Warnke, Jürgen
MdB 6.–13. WP (CSU)
BMin → 49/99 · 94/03 223
FrVst → 49/99
AVst → 49/99 · 94/03 223
Sonst. → 49/99 · 94/03 156

Warrikoff, Alexander
MdB 10.–12. WP (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Wartenberg (Berlin)**, Gerd**
MdB 9.–12. WP (SPD)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Wartenberg, Ludolf-Georg von
MdB 8.–11. WP (CDU)
PStS → 49/99

Wartner, Johann († 13. 1. 1963)
MdB 1. WP (BP; 14. 12. 1951 → FU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Waschnewski, Eckhard
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Watzek, Hans
MdVk 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 → SPD)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Wawrzik, Kurt
MdB 6.–8. WP (CDU)
MdEP 19. 1. 1977–24. 7. 1989 (CDU)

Weber, Alfred († 2. 5. 1958)
Sonst. → 49/99

Weber, Beate
MdEP 17. 7. 1979–14. 12. 1990 (SPD)
Eur → 49/99

Weber, Ernst-Hinrich
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Weber, Franz († 1955)
StS → 49/99

Weber (Untersontheim/Georgenau)**, Fritz** († 1. 5. 1998)
MdB 2. WP ab 15. 5. 1956, 3.–4. WP (FDP)

Weber (Essen/Aachen)**, Helene** († 25. 7. 1962)
MdB 1.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Weber (Köln)**, Hubert**
MdB 6.–8. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Weber, Josef († 22. 8. 1985)
Sonst. → 49/99

Weber (Koblenz)**, Karl** († 21. 5. 1985)
MdB 1.–4. WP (CDU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Weber (Heidelberg)**, Karl**
MdB 6.–8. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Weber, Manfred
MdEP ab 20.7.2004 (CSU)

Weber, Werner
Sonst. → 49/99

Wechmar, Rüdiger Freiherr von
MdEP 25. 7. 1989–18. 7. 1994 (FDP)
StS → 49/99

Wedekind, Rudolf P.
MdEP 17. 2. 1981–24. 7. 1989 (CDU)

Wedel, Fritz († 30. 12. 1964)
MdB 2. WP ab 5. 1. 1957 (fraktionslos [DPS]; 8. 1. 1957 → FDP-Gast)
Sonst. → 49/99

Wedel, Hedda von
siehe Meseke, Hedda

Wedemeier, Klaus
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99

Wedepohl, Edgar
Sonst. → 49/99

Wegener, Hedi
MdB 14.–15. WP (SPD)

Wegener, Heinz
MdB 3.–4. WP (SPD)

Wegener, Solveig
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (PDS)
MdVk 10. WP (PDS)
Sonst. → 49/99

Wegera, Lydia
Sonst. → 49/99

Wegner, Konstanze
MdB 11. WP ab 31. 8. 1988, 12.–14. WP (SPD)
FrVst → 94/03 223
Sonst. → 49/99

Wegner, Markus
Sonst. → 49/99

Wehgartner, Robert
Sonst. → 49/99

Wehking, Heinrich († 18. 6. 1984)
MdB 2.–4. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Wehlitz, Gerhard
Sonst. → 49/99

Wehner, Herbert († 19. 1. 1990)
MdB 1.–9. WP (SPD)
MdEP 16. 7. 1952–19. 3. 1958 (SPD)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Wehr, Philipp († 20. 2. 1960)
MdB 1. WP ab 21. 5. 1952, 2. WP, 3. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Weichmann, Herbert († 9. 10. 1983)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Weickert, Stephan († 16. 3. 1952)
MdB 1. WP bis † (WAV; 13. 10. 1950 → BHE/DG)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Weiermann, Wolfgang
MdB 11.–14. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 49–50

Weigel, Andreas
MdB 15. WP (SPD)

Weigel, Siegfried
MdVk 10. WP (SPD)

Weigl, Franz († 21. 8. 1996)
MdB 4.–6. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Weil, Karl
Sonst. → 49/99

Weiland, Erich († 8. 12. 1992)
MdB 5. WP ab 14. 12. 1966 (CDU)

Weiler, Barbara
MdB 11. WP, 12. WP bis 14. 8. 1994 (SPD)
MdEP ab 19. 7. 1994 (SPD)
Sonst. → 49/99

Weimer, August († 20. 1. 1980)
MdB 3. WP, 5. WP (CDU)

Weinhofer, Karl
MdB 9.–10. WP, 11. WP ab 3. 10. 1990 (SPD)

Weinhold, August († 18. 5. 1961)
MdB 1. WP (SPD)

Weinkamm, Otto († 27. 1. 1968)
MdB 3.–4. WP (CSU)
MdEP 5. 11. 1959–21. 12. 1965 (CSU)
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Weinzierl, Paul († 8. 9. 1979)
MdB 4. WP (CSU)
Sonst. → 49/99

Weirich, Dieter
MdB 9.–10. WP, 11. WP ab 29. 4. 1987 bis 5. 12. 1989 (CDU)
Sonst. → 49/99

Weis (^Duisburg)**, Petra**
MdB 15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 52

Weis (Stendal)**, Reinhard**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–15. WP (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
FrVst → 94/03 223, 267–268
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Weisgerber, Anja
MdEP ab 20.7.2004 (CSU)

Weisheit, Matthias († 17. 5. 2004)
MdB 12. WP ab 29. 6. 1992, 13.–15. WP bis † (SPD)
FrVst → 94/03 223, 266, 268
Sonst. → 49/99 · 94/03 314, 317

Weiske, Christine
Sonst. → 49/99

Weiskirch (Olpe)**, Willi** († 11. 9. 1996)
MdB 8.–9. WP, 10. WP bis 20. 3. 1985 (CDU)
FrVst → 49/99
WehrB → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 125

Weiss, Christina
PStS → 94/03 240, 282, 293, 315

Weiß, Franz († 2. 10. 1974)
MdB 1. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Weiß (Groß-Gerau)**, Gerald**
MdB 14.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 223, 255

Weiß, German
Sonst. → 49/99

Weiß (Berlin)**, Konrad**
MdB 12. WP (Bündnis 90/ Grüne)
MdVk 10. WP (DJ → Bündnis 90/Grüne)
Sonst. → 49/99

Weiss (München)**, Michael**
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
Sonst. → 49/99

Weiß (Emmendingen)**, Peter**
MdB 14.–15. WP (CDU)

Weiß, Rosel
Sonst. → 49/99

Weiß (^Kaiserslautern)**, Werner** († 6. 2. 1990)
MdB 9.–10. WP, 11. WP bis † (CDU)

Weißgerber, Gunter
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990, 12.–15. WP (SPD)
MdVk 10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Weißhuhn, Reinhard
Sonst. → 49/99

Weisskirchen (Wiesloch)**, Gert**
MdB 8.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 223, 266–267
Eur → 49/99 · 94/03 823–824
Sonst. → 49/99 · 94/03 157

Weissová-Hoskowá, Helga
Sonst. → 94/03 449

Weizmann, Ezer
Sonst. → 49/99 · 94/03 407

Weizsäcker, Ernst Ulrich von
MdB 14.–15. WP (SPD)
AVst → 94/03 223, 464, 530

Weizsäcker, Richard von
MdB 6.–8. WP, 9. WP bis 15. 6. 1981 (CDU)
BPräs → 49/99
VPräs → 49/99
MPräs → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Welke, Erwin († 28. 5. 1989)
MdB 1.–5. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Well, Günther van († 14. 8. 1993)
StS → 49/99

Wellenreuther, Ingo
MdB 15. WP (CDU)

Wellhausen, Hans († 3. 9. 1964)
MdB 1. WP (FDP), 2. WP (FDP; 23. 2. 1956 → fraktionslos; 15. 3. 1956 → DA; 23. 6. 1956 → CDU/CSU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Wellmann, Hans († 30. 5. 1969)
MdB 4. WP ab 1. 1. 1962, 5. WP bis † (SPD)

Wellner, Thomas
Sonst. → 49/99

Welsch, Heinrich († 22. 11. 1976)
MPräs → 49/99

Welskop, Friedrich († 20. 10. 1977)
MdB 2. WP (CDU)

Welslau, Heinrich († 31. 10. 1991)
MdB 3.–5. WP, 6. WP ab 26. 2. 1970 (SPD)

Welt, Jochen
MdB 12.–15. WP bis 22. 10. 2004 (SPD)
Sonst. → 94/03 50, 52

Welter (Aachen)**, Emmi** († 10. 3. 1971)
MdB 2. WP ab 4. 1. 1954, 3.-4. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Weltner (△Rinteln)**, Ernst** († 21. 6. 1969)
MdB 1.–4. WP (SPD)

Wemheuer, Rosemarie
MdEP 19. 7. 1994–19.7.1999 (SPD)

Wend, Rainer
MdB 14.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 223, 266
AVst → 94/03 223, 463

Wende, Manfred
MdB 6.–7. WP (SPD)

Wendelborn, Helmut († 24. 10. 2003)
MdB 3.–5. WP, 6. WP ab 11. 6. 1971 (CDU)
Sonst. → 49/99

Wendig, Friedrich
MdB 7.–9. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Wendland, Günter
DDR → 49/99

Wendorff, Claus-Heinrich von
Sonst. → 49/99

Wendt, Martin
MdB 5.–8. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Weng (Gerlingen)**, Wolfgang**
MdB 10.–13. WP (FDP)
FrVst → 49/99 · 94/03 223, 256
Sonst. → 49/99 · 94/03 311

Wenke, Hans
Sonst. → 49/99

Wenzel, Fritz († 25. 6. 1976)
MdB 1.–2. WP (SPD)

Wenzel-Perillo, Alma
MdEP 27.11.1999-19.7.2004 (CDU)

Werber, Friedrich († 4. 1. 1981)
MdB 2.–3. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Werner, Arthur († 27. 7. 1967)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Werner, Frieder
MdVk 10. WP (PDS)

Werner (Westerland)**, Gerd Peter**
MdB 10. WP ab 16. 4. 1985 (GRÜNE)
Sonst. → 49/99

Werner, Heinrich
Sonst. → 49/99

Werner (Dierstorf)**, Helmut**
MdB 10. WP ab 2. 4. 1985 (GRÜNE)

Werner (△Ulm)**, Herbert**
MdB 7.–12. WP (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Werner, Monika
Sonst. → 49/99

Werner, Rudolf († 7. 5. 1996)
MdB 3. WP ab 24. 7. 1959, 4. WP, 6. WP (CDU)
MdEP 21. 1. 1970–14. 2. 1973 (CDU)
AVst → 49/99

Wernicke, Kurt Georg († 8. 11. 1997)
Sonst. → 49/99

Wernitz, Axel
MdB 7.–12. WP (SPD)
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Werthebach, Eckart
StS → 49/99 · 94/03 283

Werthern, Elisabeth Gräfin
Sonst. → 49/99

Wessel, Helene († 13. 10. 1969)
MdB 1. WP (Z; 14. 12. 1951 → FU; 13. 11. 1952 → fraktionslos), 3.–4. WP, 5. WP bis † (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Wester, Hildegard
MdB 12.–14. WP 15. WP ab 25. 10. 2004 (SPD)
FrVst → 94/03 164, 223, 257, 266
Sonst. → 49/99 · 94/03 313, 712

Westerwelle, Guido
MdB 13. WP ab 8. 2. 1996, 14.–15. WP (FDP)
Sonst. → 49/99 · 94/03 11, 259, 314–315

Westphal, Heinz († 30. 10. 1998)
MdB 5.–11. WP (SPD)
VPräs → 49/99
BMin → 49/99
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 126, 451

Westphal, Hilde
Sonst. → 49/99

Westphalen, Karl Graf von († 18. 10. 1975)
Sonst. → 49/99

Westrich, Lydia
MdB 12.–15. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Westrick, Ludger († 31. 7. 1990)
BMin → 49/99
StS → 49/99
Sonst. → 49/99

Wettig, Klaus
MdEP 17. 7. 1979–18. 7. 1994 (SPD)

Wettig-Danielmeier, Inge
MdB 12.–15. WP (SPD)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 145

Wetzel, Dietrich
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Wetzel, Günter
StS → 49/99

Wetzel (△Langenorla)**, Kersten**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–13. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Wetzel, Margrit
MdB 12. WP, 14.–15. WP (SPD)

Wetzel, Siegfried
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Wex, Helga († 9. 1. 1986)
MdB 5. WP ab 28. 4. 1967, 7.–9. WP, 10. WP bis † (CDU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Weyel, Gudrun
MdB 9.–12. WP (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99

Weyer, Hans Hermann
Sonst. → 49/99

Weyer, Willi († 25. 8. 1987)
MdB 2. WP bis 17. 9. 1954 (FDP)
Sonst. → 49/99

Wichert, Günter
MdB 6. WP, 7. WP bis 10. 9. 1974 (SPD)
Sonst. → 49/99

Wichert, Peter
StS → 49/99 · 94/03 285–286

Wichterich, Bernd
Sonst. → 94/03 835

Wicklein, Andrea
MdB 15. WP (SPD)

Widmann-Mauz, Annette
MdB 14.–15. WP (CDU)
FrVst → 94/03 165, 168, 223, 255, 264
Sonst. → 94/03 317

Wiebke, Karsten
MdVk 10. WP (SPD)

Wiechatzek, Gabriele
MdB 12. WP (CDU)

Wieczorek (Auerbach)**, Bertram**
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12. WP bis 31. 1. 1994 (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Wieczorek (Duisburg)**, Helmut**
MdB 9.–14. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 223
AVst → 49/99 · 94/03 223, 458, 461
Sonst. → 49/99 · 94/03 48, 50

Wieczorek (Böhlen)**, Jürgen**
MdB 14.–15. WP (SPD)

Wieczorek, Norbert
MdB 9. WP, 10. WP ab 11. 7. 1984, 11.–14. WP (SPD)
FrVst → 94/03 224, 257, 267
AVst → 49/99 · 94/03 224, 459
Bibl. → 49/99

Wieczorek-Zeul, Heidemarie
MdB 11.–15. WP (SPD)
MdEP 17. 7. 1979–1. 3. 1987 (SPD)
BMin → 49/99 · 94/03 164, 167, 224, 280–281, 288, 313, 315, 321, 323
FrVst → 49/99 · 94/03 161, 224, 264, 266
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 311

Wiedeck, Hugo († 21. 12. 1973)
MdB 2. WP (CDU)

Wiefel, Bruno († 23. 9. 2001)
MdB 5.–10. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Wiefelspütz, Dieter
MdB 11.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 224, 266–267
AVst → 49/99 · 94/03 224, 457
Sonst. → 49/99 · 94/03 50

Wieland, Joachim
Sonst. → 49/99 · 94/03 591

Wieland, Rainer
MdEP ab 10.10.1997 (CDU)

Wienand, Karl
MdB 2.–6. WP, 7. WP bis 3. 12. 1974 (SPD)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 633

Wienecke, Ernst
Sonst. → 49/99

Wieninger, Karl († 20. 8. 1999)
MdB 2.–5. WP (CSU)
AVst → 49/99

Wiesche, Eugen von der
MdB 9.–11. WP (SPD)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Wiese (Hannover)**, Heino**
MdB 14. WP (SPD)

Wiese (Ehingen)**, Heinz**
MdB 14. WP (CDU)

Wiesehügel, Klaus
MdB 14. WP (SPD)

Wiesel, Elie
Sonst. → 10. WP (SPD)

Wildau, Hanns-Gero von
siehe Lindeiner, Hanns-Gero von

Wildenmann, Rudolf († 14. 7. 1993)
Sonst. → 49/99

Wildermuth, Eberhard († 9. 3. 1952)
MdB 1. WP bis † (FDP)
BMin → 49/99
Sonst. → 49/99

Wilhelm I. († 9. 3. 1888)
Sonst. → 49/99

Wilhelm II. († 4. 6. 1941)
Sonst. → 49/99

Wilhelm (Mainz)**, Hans-Otto**
MdB 13.–14. WP (CDU)

Wilhelm (Amberg)**, Helmut**
MdB 13.–14. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonst. → 94/03 712–713

Wilhelm, Werner
MdB 3. WP ab 5. 9. 1958, 4.–8. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Wilhelmi, Hans († 5. 6. 1970)
MdB 3.–5. WP (CDU)
BMin → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Will (Saarbrücken)**, Hans-Peter** († 3. 2. 1990)
MdB 2. WP ab 4. 1. 1957 (SPD)
Sonst. → 49/99

Will, Rudolf († 10. 1. 1963)
MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–3. WP (FDP)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Will-Feld, Waltrud
MdB 7.–11. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Wille, Martin
StS → 49/99 · 94/03 285

Willeke, Friedrich Wilhelm († 24. 6. 1965)
MdB 2.–3. WP, 4. WP bis † (CDU)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Willenberg, Alex († 2. 1. 1974)
MdB 1. WP ab 26. 10. 1950 (Z; 14. 12. 1951 → FU)
Sonst. → 49/99

Willerding, Hans-Joachim [Jochen]
MdVk 10. WP (PDS)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Willms, Karl
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Willner, Gert († 23. 3. 2000)
MdB 13. WP, 14. WP bis † (CDU)

Willsch, Klaus-Peter
MdB 14.–15. WP (CDU)

Wilms, Dorothee
MdB 8.–12. WP (CDU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 838

Wilms-Kegel, Heike
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Wilper, Heinrich († 3. 3. 1967)
MdB 5. WP bis † (CDU)
Sonst. → 49/99

Wilz, Bernd
MdB 10.–13. WP, 14. WP ab 14. 6. 2000 (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 224, 285
FrVst → 49/99 · 94/03 224
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Wimmer (Karlsruhe)**, Brigitte**
MdB 14.–15. WP (SPD)

Wimmer (Neuötting)**, Hermann**
MdB 8.–12. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Wimmer (Eggenfelden)**, Manfred** († 5. 1. 1993)
(ab 10. 12. 1991 Wimmer-Hauser, Manfred)
MdB 7. WP ab 18. 9. 1974, 9. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Wimmer (Mönchengladbach/Neuss)**, Willy**
MdB 8.–15. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 224
FrVst → 49/99 · 94/03 224
Eur → 49/99 · 94/03 823
Sonst. → 49/99 · 94/03 157

Windelen, Heinrich
MdB 2. WP ab 28. 9. 1957, 3.–11. WP (CDU)
VPräs → 49/99
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Winkelheide, Bernhard († 25. 11. 1988)
MdB 1.–6. WP (CDU)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Winkler, Josef Philip
MdB 15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Winneke, Stefan
Sonst. → 49/99

Winter, Ernst († 7. 3. 1954)
MdB 1. WP ab 9. 11. 1952, 2. WP bis † (SPD)
Sonst. → 49/99

Winter, Friedrich († 10. 6. 1982)
MdB 2. WP ab 6. 3. 1956, 3. WP, 4. WP ab 2. 2. 1962 (CSU)

Winter, Johannes
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Winterstein, Claudia
MdB 15. WP (FDP)

Winterstein, Ladislaus († 2. 11. 1964)
MdB 4. WP ab 26. 10. 1964 bis † (SPD)

Wintrich, Josef († 19. 10. 1958)
Sonst. → 49/99

Wirmer, Ernst († 19. 8. 1981)
MdPR → 49/99

Wirth, Joseph († 3. 1. 1956)
Sonst. → 49/99

Wirths, Carl († 16. 6. 1955)
MdB 1. WP, 2. WP bis † (FDP)
AVst → 49/99

Wischnewski, Hans-Jürgen
MdB 3.–11. WP (SPD)
MdEP 29. 11. 1961–12. 3. 1965 (SPD)
BMin → 49/99
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Wisniewski, Roswitha
MdB 8.–12. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Wissebach, Hans († 13. 8. 1983)
MdB 6.–7. WP, 8. WP ab 15. 6. 1977 (CDU)

Wissing, Volker
MdB 15. WP ab 23. 1. 2004 (FDP)

Wissmann, Matthias
MdB 8.–15. WP (CDU)
BMin → 49/99 · 94/03 224, 278, 287, 312, 331, 334
FrVst → 49/99 · 94/03 224, 262
AVst → 49/99 · 94/03 224, 460, 464
Sonst. → 49/99 · 94/03 157, 314

Wistuba, Engelbert
MdB 14.–15. WP (SPD)

Witek, Lothar
MdB 9. WP, 10. WP ab 16. 7. 1984 (SPD)

With, Hans de
MdB 6.–12. WP (SPD)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Witte, Martin († 10. 11. 1930)
Sonst. → 49/99

Witte, Otto
Sonst. → 49/99

Wittenburg, Otto († 1. 12. 1976)
MdB 1. WP (DP), 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
Sonst. → 49/99

Wittich, Berthold
MdB 11.–13. WP (SPD)

Wittig, Barbara
MdB 14.–15. WP (SPD)

Wittlich, Werner
MdB 14.–15. WP (CDU)

Wittling, Henner
StS → 94/03 287

Wittmann, Franz († 24. 12. 1975)
MdB 2.–3. WP, 4. WP ab 26. 10. 1964 (CSU)

Wittmann (△München)**, Fritz**
MdB 6. WP ab 6. 9. 1971, 7.–12. WP, 13. WP ab 22. 8. 1996 (CSU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 156

Wittmann, Konrad († 8. 2. 1981)
MdB 1. WP (WAV; 6. 12. 1951 → DPB; 9. 5. 1952 → fraktionslos; 5. 7. 1952 → CDU/CSU-Gast)
Sonst. → 49/99

Wittmann (△Straubing)**, Otto**
MdB 6.–8. WP (SPD)

Wittmann (Tännesberg)**, Simon [Georg]**
MdB 10. WP ab 20. 11. 1984, 12. WP, 13. WP bis 21. 8. 1996 (CSU)
AVst → 49/99 · 94/03 459
Sonst. → 49/99 · 94/03 128

Wittmer-Eigenbrodt, Kurt († 24. 10. 1975)
MdB 3.–4. WP (CDU)

Wittrock, Karl († 31. 1. 2000)
MdB 2.–3. WP, 4. WP bis 8. 5. 1963 (SPD)
StS → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 126

Wodarg, Wolfgang
MdB 13.–15. WP (SPD)

Wöhrl, Dagmar
MdB 13.–15. WP (CSU)
FrVst → 94/03 168, 263
Sonst. → 94/03 314, 316

Wönner, Max († 22. 11. 1960)
MdB 1. WP (SPD)

Wörner, Manfred († 13. 8. 1994)
MdB 5.–10. WP, 11. WP bis 30. 6. 1988 (CDU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 124, 451

Wöstenberg, Dieter
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (FDP)
MdVk 10. WP (FDP → Die Liberalen)
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Wogau, Karl von
MdEP ab 17. 7. 1979 (CDU)
Eur → 49/99 · 94/03 817

Wohleb, Leo († 17. 3. 1955)
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99

Wohlers, Hannelore
Sonst. → 49/99

Wohlers, Robert
Sonst. → 49/99

Wohlleben, Verena [Ingeburg]
MdB 12.–15. WP (SPD)
Sonst. → 49/99 · 94/03 721

Wohlrabe, Jürgen († 19. 10. 1995)
MdB 6.–7. WP, 8. WP bis 11. 9. 1979, 12. WP ab 5. 1. 1993 (CDU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 124

Woitzik, Gerhard
Sonst. → 49/99

Wolf (Stuttgart)**, Albert** († 5. 2. 1986)
MdB 2. WP ab 13. 11. 1953 (CDU)

Wolf, Aribert
MdB 14. WP (CSU)
Sonst. → 94/03 712

Wolf, Bernd
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Wolf, Christa
Sonst. → 49/99

Wolf, Christoph Heinrich
Sonst. → 49/99

Wolf, Erika († 4. 2. 2003)
MdB 5.–7. WP (CDU)
AVst → 49/99

Wolf, Friedrich Otto
MdEP 19. 7. 1994–19.7.1999 (GRÜNE)

Wolf (△München)**, Hanna**
MdB 12.–14. WP (SPD)
FrVst → 49/99 · 94/03 224
Sonst. → 49/99

Wolf , Ingo
MdB 15. WP bis 8. 11. 2002 (FDP)
Sonst. → 94/03 129

Wolf, Ingrid
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Wolf, Klaus
DDR → 49/99

Wolf (△Frankfurt)**, Margareta**
(bis 24. 3. 1995 Wolf-Mayer, Margareta)
MdB 13.–15. WP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
PStS → 94/03 165, 168, 224, 284, 288
FrVst → 49/99 · 94/03 162, 166, 224, 251, 270
Sonst. → 49/99 · 94/03 312, 314

Wolf, Markus
Sonst. → 49/99

Wolf, Willi
MdB 4. WP ab 19. 12. 1963, 5.–7. WP (SPD)

Wolf, Winfried Maria
MdB 13.–14. WP (PDS)
Sonst. → 94/03 720–721

Wolf-Mayer, Margareta
siehe Wolf, Margareta

Wolff, Friederike von
Sonst. → 49/99

Wolff, Friedrich († 13. 12. 1976)
MdPR → 49/99

Wolff (Denzlingen)**, Herbert** († 15. 10. 1958)
MdB 3. WP bis † (CDU)

Wolff (△Berlin)**, Jeanette** († 19. 5. 1976)
MdB 1. WP ab 1. 2. 1952, 2.–3. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Wolff (△Wolmirstedt)**, Waltraud**
MdB 14.–15. WP (SPD)

Wolff, Wilhelm von
Sonst. → 49/99

Wolfgramm (Göttingen)**, Torsten**
MdB 7. WP ab 5. 7. 1974, 8.–12. WP (FDP)
PStS → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Wolfram (△Recklinghausen)**, Erich** († 8. 2. 2003)
MdB 6.–10. WP (SPD)
MdEP 26. 5. 1970–14. 2. 1973 (SPD)
Sonst. → 49/99

Wollenberger, Vera
siehe Lengsfeld, Vera

Wollny, Lieselotte
MdB 11. WP (GRÜNE; 4. 10. 1990 → GRÜNE/BÜNDNIS 90)
FrVst → 49/99

Wolters, Hans-Georg
StS → 49/99

Woltje, Ernst († 22. 7. 1965)
MdB 1. WP ab 30. 5. 1953 (DP)

Wonneberger, Michael
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU), 12.–13. WP (CDU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Woodborn, Arthur († 1. 6. 1978)
Sonst. 49/99

Worms, Bernhard
MdB 12. WP bis 31. 1. 1991 (CDU)
StS → 49/99 · 94/03 285
Sonst. → 49/99

Worms, Josef († 3. 7. 1985)
MdB 3. WP (CDU)

Wowereit, Klaus
BRPräs → 94/03 725

Wrage, Ernst G.
Sonst. → 49/99

Wrangel, Olaf Baron von
MdB 5.–8. WP, 9. WP bis 3. 4. 1982 (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Wrede, Lothar
MdB 6.–9. WP (SPD)
PStS → 49/99
AVst → 49/99

Wright, Heidemarie
MdB 13.–15. WP (SPD)
Sonst. → 94/03 712

Wülfing, Elke
MdB 12.–15. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 162, 224, 288
FrVst → 94/03 224
Sonst. → 49/99 · 94/03 47

Wülker, Gabriele
StS → 49/99

Wünsche, Kurt
DDR → 49/99
Sonst. → 49/99

Wünschmann, Martin
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Wüppesahl, Thomas
MdB 11. WP (GRÜNE; 26. 1. 1988 → fraktionslos)
Sonst. → 49/99

Würfel, Uta
MdB 11.–12. WP (FDP)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Wuermeling, Franz-Josef († 7. 3. 1986)
MdB 1.–5. WP (CDU)
BMin → 49/99
Sonst. → 49/99

Würmeling, Joachim
MdEP ab 20.7.1999 (CSU)

Würtz, Peter
MdB 6.–11. WP (SPD)
MdEP 19. 1. 1977–16. 7. 1979 (SPD)
Sonst. → 49/99

Würzbach, Peter Kurt
MdB 8.–14. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 224
FrVst → 49/99 · 94/03 224
Sonst. → 49/99

Würzen, Dieter von
StS → 49/99 · 94/03 284

Würzner, Alexander
MdVk 10. WP ab 4. 9. 1990 (SPD)

Wüster, Kurt († 22. 11. 1999)
MdB 6.–8. WP (SPD)

Wulff, Otto
MdB 6.–11. WP (CDU)
Sonst. → 49/99

Wullenhaupt, Heinrich († 13. 2. 1985)
MdB 2.–5. WP (CDU)

Wunderlich, Gert
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Wunderlich, Hans († 26. 12. 1977)
MdPR → 49/99

Wurbs, Richard
MdB 5.–9. WP, 10. WP bis 13. 12. 1984 (FDP)
VPräs → 49/99
FrVst → 49/99
Bibl. → 49/99

Wurche, Gottfried
MdB 7. WP bis 3. 6. 1975 (SPD)
Sonst. → 49/99

Wuttke, Günther († 11. 2. 2002)
MdB 6.–9. WP (SPD)

Wutzke, Oswald
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
DDR → 49/99

Wuwer, Johann
MdB 5.–8. WP (SPD)
Sonst. → 49/99

Y

Yzer, Cornelia
MdB 12.–13. WP (CDU)
PStS → 49/99 · 94/03 162, 224, 229, 288
Sonst. → 49/99

Z

Zaborowski, Horst
Sonst. → 49/99

Zahorka, Hans-Jürgen
MdEP 24. 7. 1984–24. 7. 1989 (CDU)

Zander, [Karl] Fred
MdB 6. WP ab 3. 11. 1969, 7.–11. WP (SPD)
PStS → 49/99
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Zapf, Uta
MdB 12.–15. WP (SPD)
FrVst → 94/03 225
Sonst. → 49/99

Zarges, Axel N. († 29. 12. 1989)
MdEP 1. 1. 1984 bis † (CDU)

Zavelberg, Heinz Günter
Sonst. → 49/99 · 94/03 563

Zawadil, Walter († 28. 2. 1960)
MdB 1. WP (FDP; 26. 11. 1952 → DP/DPB)
Sonst. → 49/99

Zebisch, Franz Josef († 24. 2. 1988)
MdB 5.–8. WP (SPD)

Zeh, Wolfgang
BTDir → 94/03 770

Zeidler, Wolfgang († 31. 12. 1987)
Sonst. → 49/99

Zeitel, Gerhard († 26. 1. 1991)
MdB 7. WP, 8. WP bis 3. 9. 1980 (CDU)
Sonst. → 49/99

Zeitler, Franz-Christoph
StS → 49/99 · 94/03 284

Zeitler, Karin
MdB 10. WP ab 3. 4. 1985 (GRÜNE)

Zeitler, Werner († 24. 1. 2004)
MdB 7.–11. WP (SPD)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Zeitlmann, Wolfgang
MdB 11.–15. WP (CSU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 48–49, 51, 314

Zeman, Milos
Sonst. → 94/03 648

Zepp-LaRouche, Helga
(zuvor: Ljustina, Helga)
Sonst. → 49/99

Zerbe, Edwin († 13. 10. 1992)
MdB 5. WP bis 2. 5. 1967 (SPD)
Sonst. → 49/99

Zeyer, Werner († 26. 3. 2000)
MdB 7. WP, 8. WP bis 10. 7. 1979 (CDU)
MdEP 19. 1. 1977–21. 11. 1978 (CDU)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
Sonst. → 49/99 · 94/03 126

Ziegler, Erich († 19. 3. 1995)
MdB 4. WP ab 1. 4. 1963, 5.–8. WP (CSU)

Ziegler, Franz († 27. 12. 1949)
MdB 1. WP bis † (BP)
Sonst. → 49/99

Ziegler, Martin
Sonst. → 49/99

Ziegler, Otto († 27. 7. 1956)
MdB 2. WP bis † (SPD)

Ziel, Alwin
MdVk 10. WP (SPD)
DDR → 49/99

Zierenberg, Fred
Sonst. → 49/99

Zierer, Benno
MdB 9.–14. WP (CSU)
Sonst. → 49/99 · 94/03 48, 721

Zierl, Max
Sonst. → 49/99

Zill, Hans-Bernhard
Sonst. → 49/99

Ziller, Christiane
Sonst. → 49/99

Ziller, Gebhard
StS → 49/99 · 94/03 288

Zimmer, Alois († 11. 4. 1973)
MdB 3.–4. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Eur → 49/99
Sonst. → 49/99

Zimmer, Gabriele
MdEP ab 20.7.2004 (PDS)

Zimmerling, Jürgen
MdEP 20.7.1999-19.7.2004 (CDU)

Zimmermann (Brackwede)**, Else** († 21. 6. 1995)
MdB 4. WP (SPD)

Zimmermann (^München)**, Friedrich**
MdB 3.–4. WP, 5. WP bis 15. 10. 1969, 6.–11. WP (CSU)
BMin → 49/99
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Zimmermann, Gustav († 1. 8. 1949)
MdPR → 49/99

Zimmermann, Hans
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (CDU/CSU)
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)
Sonst. → 49/99

Zimmermann, Heinrich († 4. 7. 1963)
MdB 2. WP (DP; 14. 3. 1957 → DP/FVP)
Sonst. → 49/99

Zimmermann, Maria
MdEP 19. 7. 1994–19.7.1999 (SPD)

Zimmermann, Rolf
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Zink, Otto
MdB 5.–11. WP (CDU)
FrVst → 49/99
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Zinn, Georg-August († 27. 3. 1976)
MdB 1. WP bis 21. 1. 1951, 4. WP bis 13. 12. 1961 (SPD)
BRPräs → 49/99
MPräs → 49/99
AVst → 49/99
MdPR → 49/99
Sonst. → 49/99

Zirkler, Klaus-Otto
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (FDP)
MdVk 10. WP (LDP → Die Liberalen)
Sonst. → 49/99

Zissener, Sabine
MdEP 20.7.1999-19.7.2004 (CDU)

Zitzelsberger, Heribert
StS → 49/99 · 94/03 284

Zlonicky, Peter
Sonst. → 49/99

Zocher, Lothar
MdVk 10. WP (CDU → CDU/DA)

Zöller, Wolfgang
MdB 12.–15. WP (CSU)
AVst → 49/99 · 94/03 461, 464
Sonst. → 49/99 · 94/03 48, 51, 313

Zöllmer, Manfred Helmut
MdB 15. WP (SPD)

Zöpel, Christoph
MdB 12.–15. WP (SPD)
PStS → 94/03 225, 282
FrVst → 94/03 225, 266
AVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Zoglmann, Siegfried
MdB 3.–5. WP (FDP), 6. WP (FDP; 9. 10. 1970 → CDU/CSU-Gast; 13. 12. 1972 → CDU/CSU), 7. WP (CSU)
FrVst → 49/99
Sonst. → 49/99

Zschoche, Irma Brigitte
MdVk 10. WP (PDS)

Zschornack, Georg
MdB 11. WP ab 3. 10. 1990 (FDP)
MdVk 10. WP (DBD → DBD/DFD; 29. 8. 1990 → FDP)
Sonst. → 49/99

Zühlke, Ernst († 9. 6. 1976)
MdB 1.–4. WP (SPD)
AVst → 49/99

Zumkley, Peter
MdB 11. WP, 12. WP bis 3. 7. 1991, 13.–14. WP (SPD)
FrVst → 94/03 225, 266
Sonst. → 49/99 · 94/03 720

Zumpfort, Wolf-Dieter
MdB 8. WP ab 30. 4. 1979, 9. WP (FDP)
Bibl. → 49/99
Sonst. → 49/99

Zurheide, Burkhard
MdB 12. WP (FDP)
Sonst. → 49/99

Zutt, Ruth († 29. 6. 1987)
MdB 9.–10. WP, 11. WP bis † (SPD)

Zweigert, Konrad († 12. 2. 1996)
Sonst. → 49/99

Zwerenz, Gerhard
MdB 13. WP (PDS)
Sonst. → 49/99 · 94/03 144, 311, 719–720

Zwicknagl, Max († 10. 1. 1969)
Sonst. → 49/99

Zworowsky, Wolf von
Sonst. → 49/99

Zylajew, Willi
MdB 15. WP (CDU)

Zypries, Brigitte
BMin → 94/03 280, 283, 299
StS → 49/99 · 94/03 283
Sonst. → 94/03 315

Zywietz, Werner
MdB 7.–9. WP, 11.–12. WP (FDP)
MdEP 19. 1. 1977–16. 7. 1979 (FDP)
Sonst. → 49/99

27 Sachregister

In das Sachregister wurde Kapitel 23 (Statistische Gesamtübersicht) nicht aufgenommen.

A

AB 2000 → Partei der Alternativen Bürgerbewegung 2000 Deutschland

Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland (Deutschland) → 8–9

ABC-Waffen → 693 → Waffen

Abfallwirtschaft → 309, 619

Abgeordnete des Deutschen Bundestages
– Abgeordnetenbüros → 750
– Abgeordnetenentschädigung/Diäten → 117, 685, 695, 698, 729–731
– Alters- und Sozialstruktur → 140–231
– Altersentschädigung → 117
– Anzahl → Bundestag, Mitgliederzahl, gesetzliche
– Auslandsreisen → 833–834
– Berufstruktur → 173–190
– Bildung, Schulbildung, Hochschulbildung → 161, 171–172
– Dienstreisen → 116
– Doppelmitgliedschaft in Bundestag und Europäisches Parlament, Landesregierung oder Landtag → 130–136
– Erinnerungen → 775
– Familienstand → 160, 169
– Frühere Mitgliedschaft in der Volkskammer der DDR (10. WP) → 157
– Gewerkschaftsmitgliedschaft → 191–193
– Konfession/Religion → 160, 170
– Mandatsaberkennung → 123
– Mandatsdauer → 146–157, 159
– Mandatsverzicht → 123, 127–129
– Mandatswechsel (Wechsel zwischen Bundestagsmandat und Ministerpräsidentenamt) → 230–231
– Mitarbeiter → 735–738, 740
– Privatsphäre → 682
– Rechtsstellung → 424
– Überbrückungsgeld („Sterbegeld“) für Abgeordnete → 729
– Überprüfung auf eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit → 121–122, 588
– Verhaltensregeln → 681
– Wehrdienst → 173
– Weibliche Abgeordnete/Parlamentarierinnen → 158–169, 416, 451
– Wiederwahlhäufigkeit → 154–155

Abgeordnete des Europäischen Parlaments → 116

Abgeordnetengesetz (Fraktionsgesetz) → 116–118, 121, 273, 588, 591–592

Abkommen → Rambouillet-Abkommen → Vertrag

Abrechnungsverhalten → 639

Abrüstung → 310, 343–344, 479 → Jahresabrüstungsbericht → KSE-Vertrag → Rüstung, Rüstungskontrolle

Absatzfondsgesetz → 498

Abschiebestopp
– für Kurden → 422
– Abschiebestopp für syrisch-orthodoxe Christen aus der Türkei → 422

Abstimmung/-sverfahren
– abgestuftes Abstimmungsverfahren → 440 → Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages § 50
– durch Aufstehen → 420
– durch Handzeichen → 420
– Hammelsprung → 420, 446
– namentliche Abstimmung → 420–443, 446, 680
– Abstimmungsmehrheiten → Mehrheitsverhältnisse

Abtreibung → Schwangerschaftsabbruch

Abwasserbehandlung und -vermeidung → 618

Adler des Bundestages → 752

Adtranz, Firma in Hennigsdorf → 647

AFB → Arbeit für Bremen und Bremerhaven e.V.

Afghanistan → 322, 327–329, 406, 440– 443, 647, 658

Afrika-Politik → 398, 618, 628

„Agenda 2000“ → 320, 498, 641

„Agenda 21“ der VN → 491

Agrarpolitik → 309–310, 322, 367–370, 498, 504, 617, 626
– Agrarbericht → 651–653
– in der EU → 498, 622

AIDS-Bekämpfung → 504

Airbus Produktionsstätte in Mecklenburg-Vorpommern → 504

Aktien → 483

Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) → 66

„Aktuelle Begriff“, Der, Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages → 778

Aktuelle Stunde → 333–336, 419, 631–650, 662

Albanien → 405

Alkohol- und Tablettenabhängige → 708

Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) → 622, 821

Alter/Altwerden/Senioren → 626, 656, 504
– Altenbericht → 377
– Altenpflege → 486, 500, 599
– Altersentschädigung für Abgeordnete → 695, 730
– Altershilfe für Landwirte → 609
– Alterssicherung → 307, 372–373, 485, 499–500
– Altersvermögensgesetz → 438, 612
– Altersversorgung → 426, 499, 596, 612, 656

Alternative spirituelle Politik im neuen Zeitalter – Die Violetten (Die Violetten) → 9, 18

Alters- und Sozialstruktur des Bundestages → Abgeordnete, Alters- und Sozialstruktur

Alterspräsident des Deutschen Bundestages → 243

Ältestenrat des Deutschen Bundestages → 233, 239, 246, 341, 349, 386, 403, 412, 419, 448, 465, 561, 604, 632, 680, 740–742, 749, 751
→ Kommissionen des Ältestenrats
– Sitzungsstatistik → 136, 243, 401
– Vertreter des Bundeskabinetts im Ältestenrat → 240

Altschuldenhilfe → 386, 503, 633

Aluminium → 623

Ammendorf, Bombardier-Werke → 648

Amnestie → 642

Amsterdam → Vertrag, Vertrag von Amsterdam

Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages → 191, 557, 559–562, 564–570, 681–682, 773

Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands (APPD) → 7, 18

Anfragen
– Große Anfragen → 333, 385, 418, 445, 614–617, 659–661, 741
– Kleine Anfragen → 395, 614–617, 659–661
– Mündliche Anfragen (Fragestunde) → 335, 614–617, 659–661, 681
– Schriftliche Fragen → 659–661, 681
– Dringliche Fragen → 659–661

Angriffskrieg → 70

Anhörungen, öffentliche → 448, 454, 475–507

Anleger, Institutionelle → 630

Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebietes (AAÜG) → 706

Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz → 597

Anstalten des öffentlichen Rechts → 701

„Antifaschistische Klausel“ im Grundgesetz → 698

Anti-Personen-Minen → 345

Antirassismusgesetz → 696 → Rassismus

Antisemitismus → 350, 413, 416, 450, 649

Anträge
– Entschließungsanträge → 418
– politische Anträge → 417–419
– unselbständige Anträge → 418

Anzahl der Abgeordneten → 114–115 → Bundestag, Mitgliederzahl, gesetzliche

Anzeigepflicht der Abgeordneten → Abgeordnete, Verhaltensregeln

APD → AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS

Apotheken → 636
– Apothekenbetriebsordnung → 600
– Apothekengesetz → 501–502

APPD → Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands

Arbeit für Bremen und Bremerhaven e.V. → 74–80

Arbeitgeberdarlehen → 706

Arbeitnehmer → 424, 597
– Arbeitnehmerrechte → 434, 499
– Arbeitnehmerüberlassungsgesetz → 371, 499
– Entsendegesetz → 424–425, 484, 636
– Vermögensbildung → 485

Arbeitsbeschaffungsmassnahmen (ABM) → 623

Arbeitsentgelt → 485, 599

Arbeitsförderung → 404, 435, 427–429, 485, 599, 652
– Arbeitsförderungsgesetz → 484–485, 579, 596, 599
→ Arbeitslosigkeit
– Arbeitsvermittlung, private → 374
→ Beschäftigung/-spolitik

Arbeitsgeld (Einmalzahlungs-Neuregelungsgesetz) → 499

Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) → 415, 796

Arbeitskreis- und Arbeitsgruppen der Fraktionen im Deutschen Bundestag
– Sitzungsstatistik → 401
– BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN → 269–270
– Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in Bayern → 252–255, 260–264
– Freie Demokratische Partei → 268–269
– Partei des Demokratischen Sozialismus → 270–271
– Sozialdemokratische Partei → 264–268

Arbeitslosigkeit → 306– 308, 334, 445, 499, 636, 638, 642, 646–648, 647, 708
→ Arbeitsförderung
– Arbeitslosenhilfe → 280, 425, 435, 484, 500, 645 → Sozialhilfe
– Arbeitslosenstatistik → 647–648
– Arbeitslosenversicherung → 636, 645
– Arbeitslosenzahlen → 637, 649
→ Arbeitsmarkt/-politik
→ Arbeitsplätze
→ Beschäftigung/-spolitik
– „Bündnisses für Arbeit“ → 306, 440, 642
– „Bündnis gegen Arbeitslosigkeit“ → 484
→ Jugendarbeitslosigkeit
– Langzeitarbeitslose → 656
– Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter → 499, 655

Arbeitsmarkt/-politik → 305, 308, 320–321, 374, 415, 417, 425, 442, 491, 499–500, 506, 618, 625, 636, 645, 647, 656

Arbeitsplätze → 319, 363, 416, 489, 596, 618–619, 640, 652, 821 → Beschäftigung/-spolitik

Arbeitsrecht → 656

Arbeitsstab Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (AS WWU) → 654, 657

Arbeitsverträge, befristete → 499

Arbeitszeitregelungen/Arbeitszeitflexibilisierung → 333, 373–374, 426, 445, 618, 630, 653

ARD – Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland → 415, 796

Armenien → 801

Armuts- und Reichtumsbericht → 309, 374

Armutsbekämpfung → 398, 490, 619, 656

Artenschutzübereinkommen von Washington → 321

Arzneimittel → 502, 598
– Arzneimittelausgaben → 502
– Arzneimittelfestbeträge → 486
– Arzneimittelgesetz → 381, 487, 501, 600, 708
– Arzneimittelhaftungsrechts → 487
– Arzneimittelmarkt, Positivliste → 307
– Arzneimittelmissbrauch → 495
– Arzneimitteltherapie → 502

Arzt → 381, 487, 708
– Ärztliche Vergütung → 646, 709

Ärztetag, Deutscher → 639

Aserbeidschan → 801

Asylpolitik → 633, 642, 832

Asylrecht/Asylverfahren → 335, 425, 427, 433, 486–487, 493, 620, 638

Atomanlagen, Sicherheit → 392

Atomares Endlager Morsleben → 645

Atomenergie → 307, 309, 623, 634 → Kernenergie

Atomgesetz → 488

Atommüll/-transporte → 488, 635, 637, 645 → Radioaktive Abfälle

Atomteststoppvertrag → 416

Atomunfall
– Tokaimura, Japan → 416
– Tschernobyl → 319, 390, 415, 652
– Verseuchung des Meerwassers bei La Hague → 637

Atomwaffen → 333, 404, 633 → Waffen

„Aufbau Ost“/Wirtschaftlicher Aufbau in den neuen Bundesländern → 308, 318, 320, 341, 348, 364, 491, 639, 646, 651–652 → Neue Bundesländer

Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit (AUFBRUCH) → 9, 18

Aufenthaltsrecht → 350, 425

Aufsichtsräte → 597

Aufstiegsfortbildungsförderung → 425, 504, 579, 651

Ausbildung → 308, 676
– berufliche Ausbildung → 309, 620, 623
– Ausbildungsfinanzierung → 436, 490
– Ausbildungsförderung → 396, 490
– Ausbildungsplatzsituation → 334, 394, 490, 633, 635, 637

Auschwitz, Konzentrationslager → 449–450 → Konzentrationslager

Ausfuhrgewährleistungen des Bundes (HERMES) → 310

Ausländer → 372, 377, 431, 492, 639, 696
– Ausländerrecht → 335, 372, 427, 492
– Ausländerwahlrecht → 3, 694, 695, 698
→ Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (Ausländerbeauftragter)

Ausländerrecht → 306

Auslandsreisen der Abgeordneten → 833–834

Auslandsrundfunk, deutscher → 479

Auslieferungsverbot → 690

Ausschluss von Mitgliedern des Bundestages → 447

Ausschüsse der Parlamentarischen Versammlung des Europarates → 802

Ausschüsse der Versammlung der Westeuropäischen Union → 803

Ausschüsse des Deutschen Bundestages
– Auslandsreisen der Ausschussmitglieder → 833–834
– Bibliographie → 468–474
– Erweiterte öffentliche Ausschussberatung → 448, 474–475, 680
– Mitgliederzahl → 466–468, 561
– Öffentliche Anhörungen → 475–507
– Öffentliche Ausschusssitzungen → 448, 794
– Richterwahlausschuss → 453, 562

→ Sonderausschuss
– Ständige Ausschüsse → 561
– Statistik → 401, 448, 453–456
→ Unterausschüsse des Deutschen Bundestages
– Verzeichnis → 457
– Vorsitzende → 161–169, 457–465

Ausschüsse des Deutschen Bundestages
– Auswärtiger Ausschuss → 327, 329, 344–345, 424, 428, 432, 434, 436, 438–442, 457, 460, 463, 476, 479, 492, 800 → Unterausschüsse des Deutschen Bundestages
– Finanzausschuss → 165, 359, 432, 436, 438, 458, 460, 463, 477, 482, 496, 499, 607–612
– Haushaltsausschuss → 327, 329, 457–458, 460, 463, 477, 483, 497, 559, 607–608, 611, 741–743, 751
→ Unterausschüsse des Deutschen Bundestages
– Vertrauensgremium des Haushaltsausschusses → 560, 669
– Innenausschuss → 164, 349, 445, 458, 460, 463, 476, 479, 488, 492, 607–609
– Petitionsausschuss → 162, 166, 457, 460, 463, 476, 492, 695, 698, 701–702, 714
– Jahresberichte → 711–713
→ Petitionen an den Deutschen Bundestag
– Sammelübersichten → 711
– Vorsitzende → 711
– Rechtsausschuss → 327, 458, 460, 463, 476, 480, 486, 488–489, 493–498, 502, 506, 607–611 → Unterausschüsse des Deutschen Bundestages
– Sportausschuss → 458, 460, 463, 475–476, 480, 490, 493, 505
– Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder → 461, 478, 493, 504
– Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung → 161, 164, 425, 458, 461, 477, 484, 486, 499, 607, 609, 612
– Ausschuss für Tourismus → 464, 478, 505
– Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung → 436, 462, 464, 478, 504, 670–671 → Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB)
– Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung → 161, 459, 475, 480, 489 → Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB)
– Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union → 422, 457, 459, 462, 464, 478, 482–483, 490, 498, 505, 603, 680
– Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten → 458, 461, 477, 483 → Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
– Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend → 161, 164, 458, 461, 464, 475, 477, 481, 485, 493–494, 500–502, 505, 607, 610 → Unterausschüsse des Deutschen Bundestages → Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder („Kinderkommission“)
– Ausschuss für Fragen der Europäischen Union des Bundesrates → 505 → Bundesrat, Ausschuss für Fragen der Europäischen Union
– Ausschuss für Fremdenverkehr und Tourismus → 162, 459, 462, 478, 490
– Ausschuss für Gesundheit → 381, 458, 461, 478, 480, 486, 495, 500–501
– Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung → 464
– Ausschuss für Kultur und Medien → 164, 339, 413, 436, 441, 462, 464, 479, 495, 505 → Unterausschüsse des Deutschen Bundestages
– Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe → 165, 327, 461, 464, 478, 504
– Ausschuss für Post und Telekommunikation → 459, 475, 478, 489
– Ausschuss für Raumordnung → 607
– Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau → 459, 478, 489, 609
– Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit → 389, 459, 461, 464, 478, 488, 503, 506
– Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft → 461, 464, 477, 498
– Ausschuss für Verkehr → 331, 459, 478, 488
– Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen → 384, 461, 464, 478, 503
– Ausschuss für Verteidigung → 327, 375, 457–458, 461, 464, 477, 558 → Unterausschüsse → Untersuchungsausschüsse
– Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung → 119, 121, 164, 453, 457, 460, 463, 474, 476, 479, 492, 509, 511–516, 518, 525–529, 559, 588, 606–607, 612, 682
– Ausschuss für Wirtschaft → 458, 477, 483–484, 488 → Unterausschüsse des Deutschen Bundestages
– Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit → 463 → Unterausschüsse des Deutschen Bundestages
– Ausschuss für Wirtschaft und Technologie → 477, 497
– Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung → 327, 459, 462, 464, 478, 490, 504, 506
– Gemeinsamer Ausschuss gemäß Artikel 45 Grundgesetz → 453, 562
– Gemeinsamer Ausschuss nach Artikel 53a des Grundgesetzes → 137, 453, 459, 462, 464, 562

Außenpolitik, Europäische → 310, 637, 830, 832

Außenwirtschaftspolitik → 365, 618
– Außenwirtschaftsgesetz → 560, 669

Außerparlamentarische Gremien mit parlamentarischer Beteiligung → 557, 564

Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“ → 429

Ausstellung des Bundestages „Wege-Irrwege-Umwege – Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“ → 794

Auswärtige Beziehungen → 310, 319, 653, 800–834

Auswärtige Kulturpolitik → 319, 344–345, 479, 622

Auswärtiger Ausschuss → Ausschüsse des Deutschen Bundestages, Auswärtiger Ausschuss

Auswärtiger Dienst/Auswärtiges Amt → Bundesminister/Bundesministerien, BM des Auswärtigen/Auswärtiges Amt

Auszählungsverfahren
– d’Hondt → 559, 804–805
– Hagenbach-Bischoff-System → 804
– Niemeyer → 804–805
– Sainte-Laguë – Sainte-Laguë/Schepers → 465, 805

Aut-idem-Regelung → 381

Auto → 391, 621
– Entsorgung von Altautos → 391

Autobahn → 503, 701, 708
– Vignette → 334, 635

AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS (APD) → 6, 7, 18, 74–77, 84, 99, 810–811

Automobile-Steuerzahler-Partei (ASP) → 811

B

Bäckerei → 373, 426

BAföG → Bundesausbildungsförderungsgesetz

Bahnpolitik/Eisenbahn → 385, 388, 503, 627, 629–631
– Bundesschienenwege → 331, 385, 655
– Deutsche Bahn AG → 636, 641, 645–646, 729
– Deutsche Reichsbahn der DDR → 709
– Eisenbahnerwohnungen → 645
– Eisenbahnneuordnungsgesetz → 116, 385
→ Magnetschwebebahn (Transrapid)
– Bahnindustrie → 647
→ Eisenbahn
→ Verkehr/-spolitik
– Schienenbau → 488, 649
– Reichsbahn → 708

Bahnunglück in Eschede → 641

Balkan → 345–346, 636
– Sonderbeauftragter der Europäischen Union für den Balkan → 280

Bank- und wertpapieraufsichtsrechtliche Vorschriften → 482

Bankgeheimnis → 654

Bannmeile/Befriedeter Bezirk → 349, 757–759

Bargeldloser Zahlungsverkehr → 482

Basler Eigenkapitalvereinbarung und Überarbeitung der Eigenkapitalvorschriften für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Eigenkapitalrichtlinien) → 497

Baukommission des Ältestenrats → Kommissionen des Ältestenrats, Kommission für die Verlegung des Bundestages von Bonn nach Berlin und für die Bauangelegenheiten des Bundestages in Bonn

Bauministerkonferenz → 645

Bausparverträge → 708

Bauwesen/Bauwirtschaft → 374, 384–385, 387–388, 484, 489, 491, 493, 496, 498, 623, 628, 630, 635–636, 641, 646, 648

Bayern → 637

Bayern Staatsregierung → 426, 590, 649

Bayernpartei (BP) → 6, 7, 9, 19, 74–76, 84, 99, 810, 811

Beamte → 299, 694
– Beamtenrecht → 395, 480
– Beamtenversorgung → 348, 480

Beamtenbund → Deutscher Beamtenbund

Beamteter Staatssekretär → 281–288

Beauftragter der Bundesregierung
– für Migranten, Flüchtlinge und Integration → Berichte der Bundesregierung, Beauftragte für Migranten, Flüchtlinge und Integration
– für die Belange der Ausländer → 372, 696
– für Angelegenheiten der Kultur und Medien → 282, 293, 506
– für Angelegenheiten der neuen Länder → 280–281

Beauftragter des Bundestages → Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

Befragung der Bundesregierung → Regierungsbefragung

Befriedeter Bezirk/Bannmeile → 349, 757–759

Befristete Arbeitsverträge → 656

Behinderte → 309, 371, 416, 486, 493, 499–500, 505, 618, 621, 624, 627, 629, 658
– Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter → 655, 499
– Beschäftigung Schwerbehinderter → 370, 372, 382
– Schwerbehinderte im öffentlichen Dienst → 379, 655

Beihilfevorschriften → 632

Beitragsbemessungsgrenze → 709

Beitragsentlastungsgesetz → 404, 426

Beitragssatzsicherungsgesetz → 442

Beitrittsgebiete → Neue Bundesländer → „Aufbau Ost“

Beleidigung des Deutschen Bundestages → 682

Beleidigungen, verleumderische → 118

Belgien → 642, 800, 804–805, 819

Belgrad → 633

Benzinsteuer → 643

Beratungstätigkeit, kirchliche, bei Schwangerschaftskonflikten → 638

Berechnungsverfahren → Auszählungsverfahren

Bergbau → 597

Bergmannsprämien → 608

Bergrecht → 483, 706

Berichte der Bundesregierung an den Bundestag (nach Ressorts)
– Auswärtiges Amt → 338, 341–346
– Beauftragter für Migranten, Flüchtlinge und Integration → 376–378
– Bundeskanzleramt / Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien → 338–340
– Bundeskanzleramt / Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der neuen Länder → 338, 341
– BM der Finanzen → 338, 353–360

– BM der Justiz → 338, 350–352
– BM der Verteidigung → 338, 375–376
– BM des Innern → 338, 346–350
– BM für Arbeit und Sozialordnung → 338, 370–375
– BM für Bildung und Forschung → 338, 393–397
– BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend → 338, 376–378
– BM für Gesundheit bzw. Gesundheit und Soziale Sicherung → 338, 379–382
– BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit → 338, 389–393
– BM für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft → 338, 367–370
– BM für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen → 338, 382–388
– BM für Wirtschaft und Technologie, bzw. Wirtschaft und Arbeit → 338, 361–367
– BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung → 338, 397–399

Berichte der Bundesregierung an den Bundestag → 338–399, 690
– Agrarbericht → 651–653
– Altenbericht → 377
– Armuts- und Reichtumsbericht → 309, 374
– Berufsbildungsbericht → 394, 651, 653–654
– Bodenschutzbericht → 392
– Bundesbericht Forschung → 394
– Dorferneuerungsbericht → 384
– Energiebericht → 630
– Ernährungs- und agrarpolitischer Bericht → 367
– Familienbericht → 376
– Finanzbericht → 354
– Fortschrittsbericht → 654
– Jahresabrüstungsbericht → 343
– Kinder- und Jugendbericht → 376, 485
– Medien- und Kommunikationsbericht → 339–340
– Menschenrechtsbericht → 343
– Migrationsbericht → 374
– Obdachlosigkeitsbericht → 386–387
– Raumordnungsbericht → 382
– Jahresgutachten zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung → 319–320, 353, 361, 415, 482, 654–655, 658
– Sozialbericht → 371
– Subsidiaritätsbericht → 358–360, 364–365
– Subventionsbericht → 354
– Tropenwaldbericht → 368
– Umweltbericht → 391
– Unfallverhütungsbericht → 383
– Verkehrsbericht → 322, 387
– Versorgungsbericht → 480, 652
– Waldbericht/Waldzustandsbericht/Gesamtwaldbericht → 369–370, 399, 653
– Wohngeld- und Mietenbericht → 384

Berlin → 116, 382, 386–387, 401, 480, 641, 647, 654
– Bundeshauptstadt → 505, 757–758
– Deutscher Dom, Ausstellung des Deutschen Bundestages → 794
– Jüdisches Museum → 656
– Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin → 412–413, 415, 436, 505 → Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“
– Palast der Republik → 483, 653
– Parlaments- und Regierungsbauten → 489, 648, 740, 749–753
  – Umweltfreundliche Maßnahmen bei den Bauten des Bundes in Berlin → 387
– Präsenz des Bundestages in Berlin → 401
– Reichstagsgebäude → 749–753
– Stadtschloss → 413, 441
– Umzug der obersten Bundesbehörden von Bonn nach Berlin → 621–622, 651, 740

Berliner Mauer → 753
– Mauerfall → 407, 451
– Mauermahnmal im Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses → 753

„Berliner Reden“ des Bundespräsidenten → 493

„Berliner Stunde“ (Regelung zur Redezeit im Plenum) → 420

Berufe → Abgeordnete, Berufsstruktur
– Freie Berufe → 362
– Künstlerische Berufe → 371

Berufs- und Einkommenssituation → 376

Berufsbeamtentum → Beamte

Berufsbildung → 396, 490, 627, 651, 653, 693
– Berufsausbildungsbeihilfe → 374
– Berufsausbildungskosten → 707
– Berufliche Aufstiegsfortbildung → 489
– Berufsbildungsbericht → 394, 651, 653–654
– Berufsbildungsförderungsgesetz → 394

Berufsgeheimnisträger → 481

Berufskrankheiten → 365, 370–371

Berufszulassung für geistige Heiler → 708

Beschäftigung/-politik → 308, 319–320, 358, 404, 416, 485, 490, 496, 499, 638, 652, 655, 676, 707, 830–831
→ Arbeitslosigkeit
– Beschäftigung für Arbeitslosen- oder Sozialhilfeempfänger → 305
– Beschäftigung in der Bauwirtschaft → 374
– Beschäftigung, illegale → 371, 496, 500, 636, 641, 656
– Beschäftigung in privaten Haushalten → 485
– Beschäftigung Schwerbehinderter → 370, 372, 382
– Beschäftigungspolitischer Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland → 358, 654
– Beschäftigungsverhältnis, geringfügiges → 371, 374, 435, 499, 637, 640
  – Sechshundertdreißig-DMark-Job → 499, 641
  – Sechshundertzwanzig-DMark-Job → 640
– Beschäftigung, geringqualifizierter → 656

Beschäftigungsförderungsgesetz → Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz

Beschlussfähigkeit des Bundestages → 420, 445–446, 662, 680 → Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages §45

Beschneidung von Mädchen und Frauen → 623

Beschwerden → Petitionen an den Deutschen Bundestag

Besoldungsrecht → 395

Besoldungsstruktur → 493

Besteuerung von geldwerten Vorteilen → 706

Besucher des Deutschen Bundestages → Bundestag, Besucher

Betäubungsmittelgesetz → 487, 501

Betreuungsrecht → 481, 621

Betriebsräte, Europäische → 485

Betriebsverfassungsgesetz → 438, 499, 597, 646, 656

Betrugsbekämpfung in der Europäischen Union → 505

Bevölkerungsentwicklung → 491 → Demographische Entwicklung Deutschlands → Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ → Weltbevölkerung

Bevölkerungsschutz vor Katastrophen → 310

Bewaffnete deutsche Streitkräfte → Bundeswehr

Bewegungserziehung im Vorschulalter → 493

Bezirk, befriedeter → Befriedeter Bezirk

Bezügefortzahlung bei Krankheit → 404, 415, 579

BfA → Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)

BFB → BUND FREIER BÜRGER – OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND – Die Freiheitlichen

BGD → Bund für Gesamtdeutschland, Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft – DIE NEUE DEUTSCHE MITTE –

Bibliographien
- Ausschüsse des Deutschen Bundestages → 468–474
- der Bundestagsbibliothek → 777–778
- Bundestagswahlen → 30–40
- Enquete-Kommissionen → 549–556
- Parlamentssoziologie → 194
- Regierungsbildung → 297–298
- Untersuchungsausschuss → 521–524
- Vermittlungsausschuss → 585–587
- Architektonische Umgestaltung des Reichstagsgebäudes und der Neubauten für den Bundestag → 754–757
- Bannmeile/Befriedeter Bezirk → 758–759
- Parlamentsreform → 683–684
- Umzug des Deutschen Bundestages nach Berlin → 744–748
- Veröffentlichungen der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages → 783–792
- Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages → 773–780
- Veröffentlichungen des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag → 671–677

Bibliothek des Deutschen Bundestages → 772
Bibliographien → 777

Bilanz- und der Konzernbilanzrichtlinie → 494

Bildung → Abgeordnete, Bildung, Schulbildung Hochschulbildung → Ausbildung → PISA-Studie
- Bildung/-spolitik → 306, 309, 492, 629, 648, 658
- Bildungsarbeit → 588–589
- Bildungsoffensive → 628
- Bildungsprogramme → 395 → LEONARDO DA VINCI → SOKRATES
- Bildungsstandards → 649
- Berufliche Bildung → 306
- Politische Bildung → 490, 625

Biodiversität → 674, 677

Bioenergieträger → 676–677

Bioethik-Konvention des Europarates, später: Menschenrechtsübereinkommen des Europarates zur Biomedizin → 351, 480, 482

Biokraftstoff → 356 → Kraftstoff

Biologie → 482

Biologisch abbaubare Schmierstoffe und Hydraulikflüssigkeiten → 369

Biologische Vielfalt → 651, 653

Biomasse → 672, 674

Biometrische Identifikationssysteme → 676–677

Biosicherheits-Protokoll → 381

Biotechnologie → 495, 507, 672, 677

Biozidgesetz → 393, 503

Biozid-Produkte → 393, 503

Bischofskonferenz, Deutsche → 642

Bitten → Petitionen an den Deutschen Bundestag

„Blaue Liste“ → 624

„Blickpunkt Bundestag – Forum der Demokratie“, Veröffentlichung der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages → 785, 794

Boden → 696

Boden- und Industriereform 1945- 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone → 707

Bodenreform → 638

Bodenschutz → 652

Bodenschutzbericht → 392

Bodenschutzgesetz → 488

Bombardier-Werke in Ammendorf → 648

Bonn → 382, 386, 413, 416, 651, 655–656, 740, 742
- Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ → 566
- Plenarsaal in Bonn → 449, 752 → Plenarsaal

„Bonner Stunde“ (Regelung zur Redezeit im Plenum) → 419

Bosnien → 333, 404, 635

Bosnien-Herzegowina → 319, 424, 635, 801

Bovine spongiforme Enzephalopathie (BSE) → 318, 619, 629, 634, 645, 653, 656

BP → Bayernpartei

Brandenburg → 425, 480, 592, 641, 709

Brasilien → 619

Braunkohle → 366

„Bremer Vulkan“ → 415

Brennstoffzellen-Technologie → 367, 674–675, 677 → Energiepolitik, Energiewirtschaft

Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis → 559–560, 598, 668–669

Briefporto → 644

Briefwahl
– Wahlen zum Bundestag → 41–42, 64
– Wahlen zum Europäischen Parlament → 805–807

BSA → Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale

BSE – Bovine spongiforme Enzephalopathie (BSE) → 318, 619, 629, 634, 645, 653, 656

Buchenwald, Konzentrationslager → 450 → Konzentrationslager

BUND FREIER BÜRGER – OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND – Die Freiheitlichen (BFB) → 7, 19, 74–79, 85, 100, 810

Bund für Gesamtdeutschland, Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft DIE NEUE DEUTSCHE MITTE – (BGD) → 6

Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale (BSA) → 6, 19, 86, 101, 810

Bundesamt
– für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge → 634
– für Bauwesen und Raumordnung → 503
– Bundesausgleichsamt → 564
– Bundeskartellamt → 362
– Bundeskriminalamt → 651
– für Verfassungsschutz → 668
– für Strahlenschutz → 488
– Statistisches Bundesamt → 41, 274, 359

Bundesanstalt
– für Arbeit (BA) → 500, 636, 648, 656, 707
– für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben → 640

Bundesanzeiger → 508

Bundesartenschutzverordnung → 709

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) → 374, 394–395, 435, 489–490, 504, 595–597, 643, 651, 655, 701

Bundesbaugesellschaft Berlin → 648, 743, 750, 752

Bundesbeauftragter für den Datenschutz → 130, 348, 421, 563

Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik → 130, 348, 563, 567

Bundesbehörden, Verringerung → 479

Bundesbericht Forschung → 394

Bundesbesoldungsgesetz → 595, 597

Bundesdatenschutzgesetz → 349

Bundesdruckerei → 644

Bundeserziehungsgeldgesetz → 378, 486 → Erziehung

Bundesfernstraßen → 383, 503, 655

Bundesfinanzverwaltung → 701

Bundesgerichte → 691

Bundesgesetze → Gesetzgebung

Bundesgleichstellungsgesetz (Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Gerichten des Bundes) → 378

Bundesgremienbesetzungsgesetz → 377

Bundesgrenzschutz → 310, 480, 640

Bundeshauptstadt, Berlin → Berlin, Bundeshauptstadt

Bundeshaushalt → Haushalt

Bundeshaushaltsordnung → 354, 560, 656, 669

Bundes-Immissionsschutzgesetz → 389, 423

Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte → 274

Bundesinstitute, Privatisierung → 380

Bundeskabinett → 240, 277–281, 300–304, 358–360, 364–366

Bundeskanzler → 276–282, 291, 294, 333, 334, 336–337, 725
→ Bundeskanzleramt
→ Misstrauensvotum, konstruktives
→ Vertrauensfrage des Bundeskanzlers
– Regierungserklärungen → 324
– Stellvertreter → 278
– Vereidigung → 276–277
– Wahl → 276–277, 297, 421, 561

Bundeskanzleramt → 289, 576–577, 705
– Chef des → 282
– Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der neuen Länder → Berichte der Bundesregierung, Bundeskanzleramt / Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der neuen Länder
– Staatsminister im Bundeskanzleramt → 281–282

Bundeskartellamt → 362

Bundeskriminalamtgesetz → 651

Bundesminister, Antrag auf Entlassung → 429, 438, 440, 654

Bundesminister/Bundesministerien → 281–290 → Berichte der Bundesregierung
– BM der Finanzen → 278–280, 283–284, 334–335, 337, 347, 565, 576–577, 604, 705
  – Arbeitsstab „Währungsunion“ → 357
  – Regierungserklärungen → 324
  – Parlamentarischer Staatssekretär → 162, 164, 167
– BM der Justiz → 119, 163–164, 278, 279–280, 283, 289, 576–577, 705
  – Regierungserklärungen → 324
– BM der Verteidigung → 278–280, 285–286, 289, 336, 406, 576–577, 705 → Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages
  – Antrag auf Entlassung des Bundesministers → 440
  – Parlamentarischer Staatssekretär → 162, 164
  – Regierungserklärungen → 324
– BM des Auswärtigen/Auswärtiges Amt → 278–280, 282–283, 289, 324, 576–577, 624, 656, 701, 705
  – Parlamentarischer Staatssekretär → 168
– BM des Innern → 278–280, 283, 289, 333, 335, 450, 567, 576–577, 622, 705
  – Parlamentarischer Staatssekretär → 164, 167
  – Regierungserklärungen → 324
– BM für Arbeit und Sozialordnung → 278–280, 285, 289, 335–337, 576–577, 657, 705
  – Parlamentarischer Staatssekretär → 164
  – Regierungserklärungen → 324
– BM für besondere Aufgaben → 278, 280–281
– BM für Bildung und Forschung → 164, 167, 279–280, 288, 290, 577, 705
  – Regierungserklärungen → 325
– BM für Bildung und Wissenschaft → 278
– BM für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie → 278–279, 288, 290, 576, 705
  – Parlamentarischer Staatssekretär → 162
– BM für das Post- und Fernmeldewesen → 565
– BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten → 278–279, 281, 285, 289, 483, 576, 705, 707 → BM für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
– BM für Familie und Senioren → 278
– BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend → 162, 164, 278–279, 281, 286, 290, 576–577, 705
  – Parlamentarischer Staatssekretär → 162, 164, 167–168
  – Regierungserklärungen → 324
– BM für Forschung und Technologie → 278
– BM für Frauen und Jugend → 278
– BM für Gesundheit bzw. Gesundheit und Soziale Sicherung → 164–165, 167, 278–281, 286, 290, 576–577, 705, 709
  – Parlamentarischer Staatssekretär → 162, 164–165, 167
  – Regierungserklärungen → 324
– BM für Post- und Fernmeldewesen → 290
– BM für Post und Telekommunikation → 278, 287, 576, 592, 705
  – Regulierungsrat → 568
– BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau → 278–279, 288, 290, 334, 576–577, 705
– BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit → 162, 278, 280–281, 288, 290, 333, 491, 576–577, 705
  – Entlassung des Bundesministers → 438
  – Parlamentarischer Staatssekretär → 165, 168
  – Regierungserklärungen → 324
– BM für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft → 165, 168, 279, 281, 285, 289, 324, 577, 705 → BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
– BM für Verkehr → 278–279, 287, 290, 334, 576, 705
– BM für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen → 279–281, 287, 290, 577, 705
  – Parlamentarischer Staatssekretär → 164, 167
  – Regierungserklärungen → 324
– BM für Wirtschaft → 278–289, 284, 333, 565, 576
– BM für Wirtschaft und Arbeit → 280–281, 284–285, 289
– BM für Wirtschaft und Technologie → 279–280, 284, 289, 335–337, 577, 705
  – Parlamentarischer Staatssekretär → 165, 656
  – Regierungserklärungen → 324
– BM für Wirtschaft und Technologie → 630
– BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung → 164, 167, 278, 280–281, 288, 290, 576–577, 705
  – Parlamentarischer Staatssekretär → 166, 168
  – Regierungserklärungen → 325

Bundesministerien, Sitz in Berlin → 739

Bundesnachrichtendienst → 668

Bundesnaturschutzgesetz → 307, 488

Bundesnotarordnung → 481

Bundesorgane, Oberste und andere staatliche Ämter und Gremien → 561

Bundespersonalvertretungsgesetz → 609

Bundespflegesatzverordnung → 501

Bundespräsident → 130, 276, 326, 450, 493, 561, 725
– „Berliner Reden“ des Bundespräsidenten → 493
– Bundespräsidialamt → 705
– Wahl des Bundespräsidenten → Bundesversammlung

Bundespresseamt → 783

Bundespressekonferenz → 327

Bundesrat → 603–604, 638, 705, 740
– Ausschuss für Fragen der Europäischen Union → 505
– Mehrheitsverhältnisse → 580–582 → Mehrheitsverhältnisse
– Präsident des Bundesrats → 725
– Verhältnis zum Bundestag → 577–585
– Versagung der Zustimmung bei Gesetzentwürfen → 583

Bundesrechnungshof → 421, 563

Bundesrechtsanwaltordnung → 599

Bundesregierung → 653
– Amtsantritt → 311
– Gesetzgebungstätigkeit → 576–577
– Herbeirufung von Mitgliedern der Bundesregierung → 33
– Informationspflicht gegenüber dem Bundestag → 603
– Zusammenarbeit mit Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union → 603

Bundesschienenwege → Bahnpolitik/Eisenbahn

Bundesschuldenverwaltung → 564

Bundessozialgericht → 709

Bundessozialhilfegesetz → 337, 500

Bundessozialhilfegesetz → 657

Bundesstadt → Bonn

Bundesstadt Bonn → Bonn

Bundesstatistikgesetz → 348

Bundestag
– Alterspräsident des Deutschen Bundestages → 243
→ Ältestenrat des Deutschen Bundestages
→ Ausschüsse des Deutschen Bundestages
– Besucher → 782–783
– Bundestagsadler von Ludwig Gies → 752
– Bundestagsbauten → 489, 648, 740–741, 749–753
  – Schürmann-Bau in Bonn → 334
  – Umweltfreundliche Maßnahmen bei den Bauten des Bundes in Berlin → 387
– Bundestagsverwaltung → 233, 738, 742
  – Bundestagsbibliothek → 753, 794, 772
  – Direktor beim Deutschen Bundestag → 604, 762, 770
  – Informationsmaterialien → Bibliographien, Veröffentlichungen der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages
  – Mitarbeiter/Personal → 770–771, 740
  – Personalausgaben → 738
  – Personalaustausch im Zusammenhang mit dem Umzug von Bonn nach Berlin → 771
  – Organigramm → 761
  – Organisationseinheiten und Referate → 761–770
  – Pressedokumentation → 772
  – Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages → 773–780
– deutsch-ausländische Beziehungen → 825–828
– Geschäftsordnung → Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
– Gremien → Parlamentarische Ämter und Gremien
– Haushalt des Bundestages (Einzelplan 02) → 685, 728–738
– Hausrecht im Bundestag → 233
– Internetangebot des Bundestages → 793–794
– Kindergartentagesstätte → 742, 752
– Konstituierung → 5, 69, 243, 297
– Kontrolltätigkeit → 333, 338, 614–678
– Kunstbeirat → 241
– Mehrheitsverhältnisse → 580–582 → Mehrheitsverhältnisse
– Mitgliederzahl, gesetzliche → 114, 248
– Neubauten in Berlin → 749–753
– Öffentlichkeitsarbeit → 782–798
– Ordnungsmaßnahmen des Bundestagspräsidenten → 118, 446–447
– Parlamentsfernsehen → 794–796
– Plenarreden des Bundestagspräsidenten → 411–413
– Präsident des Deutschen Bundestages → 233–234, 411–413, 421, 446–447, 508, 558, 561, 680–681, 725, 762, 770, 796, 833 → Bundestag, Alterspräsident → Bundestag, Vizepräsidenten
– Präsidium des Deutschen Bundestages → 233, 235, 239, 833
  – Anzahl der Sitze → 136
  – Sitzungsstatistik → 242, 401, 448
– Rederecht im Bundestag → Rederecht im Deutschen Bundestages
– Tagungsstätten des Bundestages → 401
– Umzug von Bonn nach Berlin → 739–744, 771
– Umzugsbeauftragter → 740
– Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages → 233, 235–238, 240, 421, 561, 833
  – Bundestag, Präsidium des Deutschen Bundestages
  – Wahl → 558, 680
→ Wahlen zum Deutschen Bundestag
– Zusammenarbeit mit der Bundesregierung in Angelegenheiten der EU → 358

„Bundestag Report“, Veröffentlichung der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages → 785

„Bundestagsmagazin“, CD-ROM-Veröffentlichung der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages → 789–791

Bundestreue → 592

Bundesunmittelbare Körperschaften → 701

Bundesverfassungsgericht → 61, 63, 67, 72, 114, 123, 248, 450, 559, 567, 594
– Urteil vom 28. Mai 1993 (Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz) → 485
– Urteil vom 8. April 1997 (Erhalt der sanierungsfähigen Nachfolgebetriebe der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften) → 637
– Urteil vom 26.Februar 1998 (Überhangmandat) → 248
– Urteil vom 19. Januar 1999 (Kinderbetreuungskosten und Haushaltsfreibetrag bei Ehepaaren im Zusammenhang mit der aktuellen Behandlung des Steuerentlastungsgesetzes und seiner haushalterischen Auswirkungen) → 640
– Urteil vom 28. April 1999 (Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz) → 709
– Urteil vom 6. Juli 1999 (Hennenhaltungsverordnung von 1987) → 498
– Verfahrensbeitritte des Bundestages → 588–591

Bundesverfassungsgerichtsgesetz → 567, 695

Bundesverkehrswege → 384, 503, 580, 657 → Autobahn → Bahnpolitik/Eisenbahn → Verkehr/-spolitik

Bundesversammlung → 722–725
– Zusammensetzung nach Parteien → 723
– Wahl des Bundespräsidenten, Wahlergebnisse726

Bundesversicherungsamt → 274

Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) → 641, 701

Bundesversorgungsgesetz → 373, 598

Bundesvertriebenengesetz → 505

Bundeswahlgesetz → 2, 41, 65

Bundeswahlleiter → 42, 66

Bundeswahlordnung → 2

Bundeswasserstraßen → 655, 709

Bundeswehr → 173, 310, 318, 322–323, 327–329, 416, 497, 519–520, 624, 630, 635, 640, 646, 651
– Auslandseinsätze/internationale (militärische) Einsätze → 310, 327–330, 405–406, 423–424, 428, 437, 439–442, 657
– Bundeswehr, Frauen in der → 690, 696
– Bundeswehrverwaltung → 701
– Verunglimpfungen der Bundeswehr → 480
→ Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

Bundeszentrale für politische Bildung → 566

BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN, Fraktion im Deutschen Bundestag
– Arbeitskreise → 269–270
– Fraktionsvorstand → 162–163, 165–166, 168, 251–252
– Fraktionssprecher → 251–252
– Parlamentarische Geschäftsführer → 251–252

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE Saar) → 8–9

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE), Partei
– Kandidatur für die Bundestagswahl → 7–9
– Parteirat → 327
– Parteivorsitzende → 259
– Rechenschaftsbericht der Partei → 85, 100
– Staatliche Teilfinanzierung der Partei → 74–81
– Wahlergebnis bei der Bundestagswahl → 19, 22–26
– Wahlergebnis bei der Europawahl → 810–811
– Wahlkampfslogans → 10–14

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grün-Alternative Liste (GRÜNE/GAL) → 7–9

„Bündnisses für Arbeit“ → 306, 440, 642

Bürgerbeteiligungsrechte/plebiszitärer Elemente (Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid) → 441, 493, 697, 699, 707

„Bürgergeld“ → 305

Bürgergesellschaft → 310, 506 → Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“

Bürgerkriegsflüchtlinge → 633, 635
– Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina → 333–334

Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) → 7, 9, 19, 86, 101, 810–811

Bürgschaftsübernahme → 386

Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) → 823

Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) → 670–677

Bürokratieabbau → 305, 308

Burundi → 621

BüSo → Bürgerrechtsbewegung Solidarität

C

CAESAR → Stiftung

Carlo-Schmid-Stiftung → 451

Castor-Transporte → 319, 428, 636

Castortransporte → 646

CDU → Christlich Demokratische Union Deutschlands

CHANCE 2000 → 7, 19

Charta der Grundrechte der Europäischen Union → 505, 821

Chemikalien → 392, 625

Chemikaliengesetz → 391

Chemnitz → 708

China → 396, 634–635, 637

Christenverfolgung → 626

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Partei
– Kandidatur für die Bundestagswahl → 6–7, 9
– Kanzlerkandidat → 294
– Parteivorsitzende → 259, 294, 303
– Rechenschaftsbericht der Partei → 87, 102
– Staatliche Teilfinanzierung der Partei → 74–81
– Wahlergebnis bei der Bundestagswahl → 19, 22–26
– Wahlergebnis bei der Europawahl → 810–811
– Wahlkampfslogans → 10–14

Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in Bayern (CDU/CSU), Fraktion
– Arbeitsgruppen der Fraktion → 260–264
– Arbeitsgruppenvorsitzende → 252–255
– Arbeitsordnung → 248
– Justitiare → 252–255
– Parlamentarische Geschäftsführer → 252–255
– Vorsitzender → 252–255, 294
– Vorstand → 162, 165, 168

CHRISTLICHE LIGA Die Partei für das Leben (LIGA) → 7, 19, 810

CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM) → 6–7, 9, 19, 810–811

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) → Abgeordnete, Gewerkschaftsmitgliedschaft

Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU), Landesgruppe im Bundestag
→ Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in Bayern (CDU/CSU), Fraktion
– Landesgruppe → 248
– Vorstand → 258
– Parlamentarischer Geschäftsführer → 258

Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU), Partei
– Kandidatur für die Bundestagswahl → 6–7, 9
– Kanzlerkandidat → 294
– Parteivorsitzende → 259, 294, 303

– Rechenschaftsbericht der Partei → 87, 102
– Staatliche Teilfinanzierung der Partei → 74–81
– Wahlergebnis bei der Bundestagswahl → 19, 22–26
– Wahlergebnis bei der Europawahl → 810–811
– Wahlkampfslogans → 10–14

Chronik zur Geschichte des Deutschen Bundestages, Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages → 774

CM → CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM)

CO2-Minderung → 396

Colonia Dignidad → 346

Computerattacken → 628

Conférence des Organes Spécialisés en Affaires Communautaires → COSAC

Copyright → 492

COSAC (Conférence des Organes Spécialisés en Affaires Communautaires) – Konferenz der Europaausschüsse → 828–832

COSAC → 820

CSU → Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.

Cyber-Crime/TKÜV → 506

D

Dänemark → 628, 800, 804–805, 819

„Das Parlament“, Veröffentlichung des Pressezentrums des Deutschen Bundestages → 794

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages → 774

Datenschutz → 310, 348, 350, 352, 492 → Bundesbeauftragter für den Datenschutz

DDR – Deutsche Demokratische Republik → 491
– Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik → 130, 348, 563, 567
– DDR-Vermögen → 619
  – „DDR-Vermögen“ (2. Untersuchungsausschuss 13. WP) → 404, 512, 516–517, 521
– Deutsche Post der DDR → 709
– Deutsche Reichsbahn → 709
– Doping-Opfer der DDR → 493
– Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ → 401, 413, 491, 526, 534–536, 548, 553–554
– Generalstaatsanwaltschaft der DDR → 741
– Gesundheits- und Sozialwesen → 708
– „Kommerzielle Koordinierung“ → 516–517
– Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit in der DDR (MfS/AfNS) → 121–122, 516–517, 708–709
– Überprüfung der Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit → 121–122, 588
– Opfer des SED-Regimes → 308
– Palast der Republik → 483, 653
– Parteiengesetz → 348
– Regierungskriminalität in der DDR → 707
– Schulden → 620
– SED-Unrechtsbereinigungsgesetze → 504
– Staatsratsgebäude der DDR → 742
– Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR → 567
– Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR → 348
– Volkskammer der DDR (10. Wahlperiode) → 157, 451
– Wehrdienstverweigerung in der DDR → 173

Debatten im Plenum → 680
– Debattendauer im Plenum → 419
– Vereinbarte Debatte → 415–417

Delegationen unter der Leitung des Präsidenten oder eines Mitgliedes des Präsidiums des Deutschen Bundestages → 833–834

Demenzkrankheit → 620

Demographische Entwicklung Deutschlands → 376, 377, 491, 507, 626 → Kinder- und Jugendbericht → Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, „Demographischer Wandel - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“

DEMOKRATEN, DIE → 6

Demokratiedefizit → 830

Demokratiedefizit → 831

DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (DPD) → 8, 19

Demonstrationsverbot → Bannmeile/Befriedeter Bezirk

Denkmal für die ermordeten Juden Europas → Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin → Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“

Derivative Geschäfte → 618

Deserteure → 480, 495

Deutsche Akademie der Wissenschaft → 306

Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) → Abgeordnete, Gewerkschaftsmitgliedschaft

Deutsche Ausgleichsbank → 566

Deutsche Bundesbank → 497, 653, 657

Deutsche Einheit → 318, 321–322, 341, 348–349, 386, 401, 415, 483, 491, 619
– Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ → 401, 413, 491, 526, 534–536, 548, 553–554

Deutsche Energie-Agentur (dena) → 366 → Elektrizitätsversorgung

Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung e.V. → 838

Deutsche Kommunistische Partei (DKP) → 6, 8–9, 88, 103

Deutsche Parlamentarische Gesellschaft → 752

Deutsche Parlamentarische Gesellschaft e.V. → 835

Deutsche Post (AG) → 565, 639, 648, 652

Deutsche Soziale Union (DSU) → 6, 8–9, 810

Deutsche Sprache → 349

Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung → 274, 568

Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e.V. → 837

Deutsche Volkspartei (DVP) → 6

DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) → 8, 19, 74–81, 88, 103

Deutsche Welle → 479, 564, 566

Deutsche Welle → 653

Deutsche Zentrale für Tourismus e. V. → 633

Deutsche Zentrumspartei – Älteste Partei Deutschlands gegründet 1870 (ZENTRUM) → 7, 9–10, 19, 811

Deutscher Ärztetag → 639

Deutscher Beamtenbund (dbb) → Abgeordnete, Gewerkschaftsmitgliedschaft

Deutscher Bundestag, Gedenkveranstaltung zum 50jährigen Bestehen → 451

Deutscher Gewerkschaftsbund → Abgeordnete, Gewerkschaftsmitgliedschaft

Deutscher Reichstag → 824

Deutscher Städtetag → 41

Deutsches Historisches Museum Berlin → 339

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik → 274

Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information → 486

Deutsch-französischer Gipfel in Vittel → 645

Deutschland → Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland

Deutschlandfunk → 565–566

Deutsch-tschechische Beziehungen → 318–319, 428, 634–635, 641

Diabetes-Versorgung → 501

Diäten → 685

Diäten für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages → 729–731

DIE DEMOKRATEN → DEMOKRATEN, DIE

DIE FRAUEN → Feministische Partei DIE FRAUEN

DIE GRAUEN – Graue Panther (GRAUE) → 7–9, 20, 74–81, 91, 106, 591, 810–811

Die MittelstandsPartei (DMP) → 8, 91, 106

DIE NATURGESETZ-PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN (NATURGESETZ) → 7–8, 20, 810–811

DIE REPUBLIKANER (REP) → 7–8, 21, 74–81, 96, 111, 810–811

Die Unregierbaren –Autonome Liste → 810

Die Violetten → Alternative spirituelle Politik im neuen Zeitalter – Die Violetten

Dienst- und Versorgungsbezüge → 579, 611

Dienstleistung → 442

Dienstleistungsagenturen → 485

Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Kommission → 484

Dienstrechtsreform → 493

Dienstreise von Abgeordneten → 729

Dienstreisen → 706

Digitale multimediale Medien (CD-ROM) der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages → 788–792

Dioxinverseuchte Lebensmittel in Belgien → 642

Direktmandat → 246, 274

Direktor beim Deutschen Bundestag → 604, 762, 770

Diskriminierung → 377, 696
– Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften/Lebenspartnerschaften → 494, 590
– Diskriminierung von Prostituierten → 486
→ Gleichstellung von Mann und Frau
→ Frauenpolitik

DKP → Deutsche Kommunistische Partei

DMP → Die MittelstandsPartei

DNA-Analyse („genetischer Fingerabdruck“) → 480

DNA-Untersuchung → 495

Donauausbau Straubing – Vilshofen → 503

Doping → 480, 493, 626

Doping-Opfer der DDR → 493

Doppelmitgliedschaft von Abgeordneten
– in Bundestag und Europäisches Parlament → 136
– in Bundestag und Landesregierung → 130–133
– in Bundestag und Landtag → 134–135

Dorferneuerungsbericht → 384

Dosenpfand → 658

DPD → DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Dresdner Bank → 644

Dringliche Fragen → 659–661

Dritte Welt → Entwicklungspolitik

Drogen/Drogenpolitik → 307, 310, 416, 488, 636–637, 653

DSU → Deutsche Soziale Union

Dual-use-Verordnung der EG → 364

Düsseldorf, Flughafenbrand → 635

Duty-Free-Handel → 639

DVP → Deutsche Volkspartei

DVU → DEUTSCHE VOLKSUNION

E

E-Commerce → 497, 671, 676–677

EGKS → 361

EG-Richtlinien → 830

EG-Richtlinien zur Harmonisierung bank- und wertpapieraufsichtsrechtlicher Vorschriften → 482

EG-Vorlagen → 680

Ehe → Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften

Ehe, sexuelle Nötigung bzw. Vergewaltigung in der → 412, 425, 427, 429

Ehegatten, Rechtsstellung → 351

Ehewohnung bei Trennung → 494

Ehrenamt → 412, 496, 499, 620

Eidesleistung → Vereidigung vor dem Bundestag

Eigenheimzulage → 650

Eigentumsschutz → 481

Einbürgerung → 308, 706

Einheit Deutschlands → 384 → Deutsche Einheit

Einigungsprozess in Deutschland → 321

Einigungsprozess, europäischer → 633

Einigungsvertrag (Gesetz zu dem Vertrag vom 3.August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik) → 114, 349, 480, 564, 609, 739

Einkommenssituation → 376, 657

Einkommensteuer → 482, 596, 599, 652

Einspruchsgesetze → 577–580

Einwanderungspolitik → 428–429, 493, 620, 830, 832

Einzelhandel → 624

Eisen und Stahl erzeugende Industrie → 597

Eisenbahn → Bahnpolitik/Eisenbahn

Elbe → 620

Elektrizitätsversorgung → 365–366, 503 → Deutsche Energie-Agentur (dena) → Energiepolitik → Strom

Elektromagnetischer Felder → 629

Elektronisches Geschäftsverkehr-Gesetz → 498

Elektrosmog → 620

Elterngeld → 486

Elternpflichten → 696

Elternurlaub → 486

Élysée-Vertrag → 417

Embryonenschutz → 351, 440, 504

Emigration → 821

Emmissionsschutz → 393

Ems Sperrwerk → 435

Endlager, atomares, in Morsleben → 645

ENDURING FREEDOM, Militäroperation → 328–329

Energiepolitik → 321, 507, 626, 643, 671–672
- Energiebericht → 630
- Energieeinsparung → 366, 675, 677
- Energiekonsensgespräche → 633, 636, 643
- Energien, erneuerbare → 366, 437, 497, 672 → Elektrizitätsversorgung
- Energiesteuer → 306, 640
- Energieumwandlung → 675
- Energieversorgung → 365, 675–677 → Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“
- Energiewirtschaft → 307, 367, 437, 483, 498, 579 → Atomenergie → Brennstoffzellen-Technologie → Elektrizitätsversorgung → Kernenergie → Strom

Engagement, freiwilliges soziales → 412

Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages
- „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ → 415, 491, 507, 525, 530, 533–534, 543–544, 548, 551
- „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“ → 506, 530, 539–542, 548, 554–555
- „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“ → 507, 530, 544–546, 548, 555–556
- „Recht und Ethik der modernen Medizin“ → 164, 507, 531, 546–548, 556
- „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ → 161, 491–492, 506, 525, 532–533, 548–551, 623
- „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“ → 162, 492, 529, 538–539, 548, 552–553

– „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ → 401, 413, 491, 526, 534–536, 548, 553–554
– „Verfassungsreform“ → 509
– „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ → 486, 492, 527–528, 536–538, 548, 551–552
– „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ → 506, 530, 542–543, 548, 555

Enquete-Kommissionen → 453, 524–556
– Anzahl der Sitze → 136, 448
– Bibliographie → 549–556
– Öffentliche Anhörungen → 475, 491–492, 506–507
– Sitzungsstatistik → 453

Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone → 652

Entfernungspauschale → 612

Entkriminalisierung des Ladendiebstahls, Schwarzfahrens und der Fahrerflucht bei Sachbeschädigung → 481

Entlassung eines Bundesministers → 429, 438, 440, 654

Entlassungsentschädigungen → 435

Entschädigung → 496, 599
→ Abgeordnete, Abgeordnetenentschädigung
– Entschädigung an die Heimkehrer → 438
– Entschädigung von NS-Opfern → 352, 359, 417, 709

Entschließungsanträge → 614–617 → Anträge

Entsendegesetz → 424–425, 484, 636

Entsenderichtlinie der EU → 484

Entsorgungsplan der Bundesregierung → 392

Entwicklungsdienst → 274 → Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

Entwicklungsländer → 490, 504, 507, 627, 672, 676–677

Entwicklungspolitik → 310, 397–399, 490, 504, 622

Enzephalopathie, spongiforme → 671

Erblastentilgungsfonds-Gesetz → 426, 483

Erbrechtsgleichstellungsgesetz → 431

Erbschaft- und Schenkungssteuer → 595, 634, 643–644, 647

Erdgaswirtschaft → 672 → Energiepolitik

Ergebnisse des Europäischen Rates in Helsinki am 10./11.Dezember 1999 → 321

Erinnerungskultur → 491 → Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland → Gedenkstunde des Deutschen Bundestages

Erklärungen zur Abstimmung → 444 → Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages § 31

Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder des Deutschen Bundestages → Immunität

Ernährung → 309, 398, 504, 620

Ernährungs- und agrarpolitischer Bericht → 367

Erneuerbare Energien → Energiepolitik

Erweiterte öffentliche Ausschussberatungen → 448, 474–475

Erwerbstätigkeit von Frauen → 426

Erwerbsunfähigkeitsrente → 656

Erziehung → 692, 696
– Erziehung, gewaltfreie → 308
– Erziehungsgeld → 378, 486, 500, 655
– Erziehungsurlaub/Erziehungszeit → 378, 486, 500, 595

Eschede, ICE-Unglück → 641

Ethik und moderne Medizin → 507 → Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, „Recht und Ethik der modernen Medizin“

Ethische Fragen → Gentechnik → Klonierung beim Menschen

Euratom → 361

Euro-Einführung (Währungsumstellung von DM auf Euro) → 117, 357, 494, 637, 653–654, 657, 707

Eurofighter → 653, 707

Europa, Mittel- und Osteuropa, Heranführung an die EU → 306

Europaabgeordnetengesetz → 116–117

Europaausschuss → Ausschüsse des Deutschen Bundestages, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Europabüro des Deutschen Bundestages → 604

Europäische Abkommen und Konventionen, Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland → 343

Europäische Betriebsräte → 485

Europäische Impulse auf die Gesetzgebung → 601–602

Europäische Integration → 341–342, 361, 800–834

Europäische Kommission → 320, 373, 484, 604, 640

Europäische Konvention zur Staatsangehörigkeit → 431

Europäische Politik → 310

Europäische Union → 318, 358, 504, 603, 643, 820, 830–832
– Agrarministerrat → 641
– Ausschuss der Regionen → 686
– Bildungsprogramme → LEONARDO DA VINCI → SOKRATES
– Bürger → 493
– Erweiterung → 308, 498, 503, 505, 507, 622–623, 628, 630, 820, 831–832
– Grundrechtecharta → 417, 821, 832
– Regierungskonferenz 2000 → 416
– Sonderbeauftragter für den Balkan → 280
– Staatliche Beihilfen → 358

– Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der EU-Mitgliedstaaten → 356
– Verfassungsdiskussion/Verfassungskonvent → 417, 505, 570
– Vertrag über die Europäische Union → 479
– Währungsunion → 320, 432, 482–483, 620, 622, 830–831

Europäischer Einigungsprozess → 310, 633

Europäischer Gerichtshof → 379

Europäischer Menschenrechtsgerichtshof → 801

Europäischer Rat → 604
– Tagung 1995 in Cannes → 318
– Tagung 1995 in Madrid → 319
– Tagung 1996 in Dublin → 319
– Tagung 1997 in Amsterdam → 319–320
– Tagung 1997 in Luxemburg → 320
– Tagung 1998 in Cardiff → 320
– Tagung 1998 in Wien → 320, 434
– Tagung 1999 in Berlin → 320
– Tagung 1999 in Helsinki → 321
– Tagung 1999 in Köln → 321, 405
– Tagung 1999 in Tampere → 321
– Tagung 2000 in Biarritz → 645
– Tagung 2000 in Feira → 322
– Tagung 2000 in Lissabon → 321, 359
– Tagung 2000 in Nizza → 322, 373
– Tagung 2001 in Laeken → 323, 570
– Tagung 2001 in Gent → 323
– Tagung 2001 in Göteborg → 322
– Tagung 2002 in Barcelona → 323, 831
– Tagung 2002 in Kopenhagen → 324

Europäischer Rat, deutsche Präsidentschaft 1999 → 434

Europäisches Parlament → 392, 604, 640, 804–820, 830
→ Doppelmitgliedschaft in Bundestag und Europäisches Parlament
– Gesetzgebung → 343
– Sitzverteilung → 813–816
– Wahl zum → 2, 4, 810–813

Europäisches Patentamt → 643

Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD) → 820

Europapolitik → 318–319, 415, 644, 655 → COSAC (Conférence des Organes Spécialisés en Affaires Communautaires) – Konferenz der Europaausschüsse

Europarat (Rat der Europäischen Union) → 341–342, 654, 800–801, 820
– Erklärung zur Gemeinsamen Außenpolitik → 830
– Menschenrechtsübereinkommen des Europarates zur Biomedizin (früher: Bioethik-Konvention des Europarates) → 351, 480, 482
– Parlamentarische Versammlung des Europarates → 345, 570
– Satzung → 570

Europarat, Parlamentarische Versammlung → 570, 800–802, 820
– Anzahl der Sitze → 137

Europol → 479, 653, 831

EWG → 361

Existenzgründungen von Frauen → 486

Existenzgründungsbewegung → 618

Existenzminimum → 305

Existenzminimum von Familien → 482

Expertenkommission Wohnungspolitik → 384

EXPO → Weltausstellung

Exportchancen → 672

Exportkontrollpolitik → 622

EZPWD – Europäische Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation → 820

F

F.D.P. → Freie Demokratische Partei

F.D.P./DPS → Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar

Fachkräftemangels → 628

Fahrerflucht bei Sachbeschädigung → 481

Fahrlehrerberuf → 387

Fall der Mauer → Mauerfall

Fallpauschalengesetz → 502

FAMILIE → FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS

Familie
– Familienbericht → 376
– Familienförderung → 437, 496, 596
– Familienhilfeänderungsgesetz → Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz
– Familienlastenausgleich → 629, 633, 689
– Familienleistungsausgleich → 482

FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS (FAMILIE) → 8–9, 19, 78–81, 89, 104, 810–811

Familienpolitik → 305, 307–308, 310, 323, 650 → Kindergeld

FBU → FREIE BÜRGER UNION

FDP → Freie Demokratische Partei – Die Liberalen

FDP Parteienfinanzierung → 650

FDP/DPS → Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar

FDP/DVP → Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei

Feierakte → 407 → Staatsakt

Feminismus → 621

Feministische Partei DIE FRAUEN (DIE FRAUEN) → 8–9, 19, 104, 811

Fernmeldeverkehr → 651

Fernsehanstalten → ARD

Fernsehen → Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages

Fernsehen → 364 → Rundfunk

Fernverkehr → 701 → Verkehr/-spolitik

Filme, Veröffentlichung der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages → 792

Filmförderung → 340, 363–364, 483, 506, 565

Finanzausgleich → 507

Finanzausschuss → Ausschüsse des Deutschen Bundestages, Finanzausschuss

Finanzbericht → 354

Finanzdienstleistungsaufsicht → 497

Finanzgerichtsbarkeit → 608, 691

Finanzhilfen → Subventionsbericht

Finanzielle Zuschüsse an die Fraktionen → Fraktionen, Zuschuss an die Fraktionen

Finanzmarkt / Finanzmarktförderungsgesetz → 483, 497, 506, 618, 638, 657

Finanzpolitik → 308, 319, 353, 356, 416

Finanzreform, ökologische → 308

Finanzverwaltung des Bundes und der Länder → 691

Finnland → 804–805, 819, 831

Firmenübernahmen → 627

Fischerei → 618–620

Fischerei und Fischwirtschaft in der EU → 498

Flaggenrechtsgesetz → 595

Flüchtlinge → 493, 620, 634, 638, 642 → Asylpolitik → Asylrecht/Asylverfahren

Flugverkehr
Luftverkehr, internationaler, Sicherheit → 387

Flugverkehr
– Flughäfen → 651, 709
– Flughafen München GmbH → 741
– Flugkraftstoffbesteuerung → 392
– Fluglärm → 392, 488
– Flugtourismus → 490
– Flugverkehrskontrolle → 580

Flurbereinigungsgesetzes → 498

Flussausbaumaßnahmen → 625

Flutopfersolidaritätsgesetz → 406

Föderalismus → 308, 310

Folter → 504

Forderungssicherungsgesetz → 495

Forschung/-spolitik → 306, 308–309, 490, 618, 620, 624, 629–630, 655, 674–675, 677
– Bundesbericht Forschung → 394
– Forschungseinrichtungen → 395, 624
– Hochschulrahmengesetz → 306

Forschungsgruppe Wahlen e.V. Mannheim → 44

Forstwirtschaft → 498

Fortschrittsbericht → 654

FORUM → NEUES FORUM

FP Deutschland → Freiheitliche Partei Deutschlands

Fragestunde (Mündliche Anfragen) → 335, 614–617, 659–661, 681

Fraktionen und Gruppen im Bundestag
– Anteile bei der Besetzung von Führungspositionen → 226–227
→ Arbeitskreis- und Arbeitsgruppen der Fraktionen im Deutschen Bundestag
– Finanzierung → 273
– Fraktionsbildung → 245
– Fraktionsgesetz (Abgeordnetengesetz) → 116–118, 121, 273, 588, 591–592
– Fraktionslose Abgeordnete → 274
– Fraktionsstärke → 245
– Fraktionsstatus → 588, 591
– Fraktionswechsel → 248–251
– Mitarbeiter/Hilfsdienste → 272–274, 738, 740
– Mitgliederanzahl → 247
– Rechnungslegung und Rechnungsprüfung durch den Bundesrechnungshof → 116
– Sitzungsstatistik → 247, 401, 448
– Vollversammlung → 260
– Vorsitzende → 294
– Vorstände → 161–169, 251–258, 402
– Zuschüsse an die Fraktionen → 731–734

Fraktionen und Gruppen im Bundestag → 245–274, 561
→ BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN, Fraktion im Deutschen Bundestag
→ Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in Bayern (CDU/CSU), Fraktion
→ Freie Demokratische Partei (F.D.P.) bzw. Freie Demokratische Partei – Die Liberalen (FDP), Fraktion im Deutschen Bundestag
→ Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Fraktion bzw. Gruppe
→ Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Fraktion im Bundestag

Frankfurter Paulskirche,Verfassungsgebende Nationalversammlung → 412

Frankreich → 404, 633, 800, 804, 806, 819

Französische Revolution → 401

Frauenpolitik → 308, 310, 412, 486, 620–621, 623–624
– Erwerbs- und Einkommenssituation der Frauen in ländlichen Räumen → 367
– Frauen im Beruf → 305
– Frauen im Bundestag → Abgeordnete, Weibliche
– Frauen in der Bundeswehr → 494, 690, 696
– Frauenförderung → 373, 377, 490
  – in der Europäischen Union → 412, 415
  – Frauenfördergesetz → 377
– Gesundheitspolitik für Frauen → 501
– Gewalt gegen Frauen → 308, 310, 655
→ Gleichstellung von Mann und Frau
– Grundrechte für Frauen → 692
– Rolle der Frau im geteilten und im vereinigten Deutschland → 491
– Selbstbestimmungsrecht der Frau → 485

Frauentag, Internationaler → 411, 415–416

Fraunhofer-Institut für Systemtechnik- und Innovationsforschung → 671

FREIE BÜRGER UNION (FBU) → 6

Freie Demokratische Partei (F.D.P.) bzw. Freie Demokratische Partei – Die Liberalen (FDP), Fraktion im Deutschen Bundestag
– Arbeitskreise → 268–269
– Parlamentarische Geschäftsführer → 256
– Stellvertretender Vorsitzender → 256
– Vorsitzender → 256
– Vorstand → 163, 166, 168–169, 256

Freie Demokratische Partei (F.D.P.) bzw. Freie Demokratische Partei – Die Liberalen (FDP), Partei
– Kandidatur für die Bundestagswahl → 6, 8–9
– Parteivorsitzende → 259
– Rechenschaftsbericht der Partei → 90, 105
– Staatliche Teilfinanzierung der Partei → 74–81
– Wahlergebnis bei der Bundestagswahl → 20, 22–26
– Wahlergebnis bei der Europawahl → 810–811
– Wahlkampfslogans → 10–14

Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar (FDP/DPS) → 6, 8–9

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei (FDP/DVP) → 6, 8–9

Freie Wählergruppen Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. (FWG PR) → 81

Freien Berufe, Situation der → 362

Freiheitliche Deutsche Volkspartei – Die Freiheitlichen in Deutschland (FDVP) → 105

Freiheitliche Partei Deutschlands (FP Deutsch) → 8–9

FREISOZIALE UNION – Demokratische Mitte (FSU) → 6, 8

Freiwilligendienste → 506, 657

Freiwilliger Dienst von Frauen in der Bundeswehr → 690

Freiwilliges soziales Jahr → 500

Fremdenfeindlicher Übergriff in Detmold → 718

Fremdenfeindlichkeit → 349–350, 413, 416, 450

Fremdenverkehr → 621 → Tourismus

Fremdenverkehr in Deutschland → 490

Friedensgutachten → 649

Friedensvertrag für Bosnien-Herzegowina → 319

Frischzellen-Verordnung → 598

Friseurin → 645

FSU → FREISOZIALE UNION – Demokratische Mitte

Führerscheinrichtlinie → 383

Führungsakademie der Bundeswehr → 416

Fünf-Prozent-Sperrklausel → 3

Futtermittelgesetz → 423

FWG RP → Freie Wählergruppen Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

G

G10-Kommission nach § 15 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz) (G10) → 668

G-7 → 657

„Galileo“-Projekt → 657

Garching → 620

GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) → 622, 821

Gebäudeschäden → 384

Gebiets- und Kreisreform in den neuen Ländern → 382

Gebührenordnung für Rechtsanwälte → 481

Geburt, anonyme → 493

Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland → 349, 450, 491

Gedenkstunde des Deutschen Bundestages → 407, 449–451
– zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ (27. Januar) → 407, 449
– zum 17.Juni → 407, 413

Gefahrguttransporte auf See → 385–386

Geheimdiensttätigkeit → 636

Geiselnahme in Südostasien → 655

Geldwäsche → 652, 657

Gelöbnis, öffentliches → 635, 638

Gemeinden → 443, 497, 624–625, 629, 648, 654, 689, 694 → Kommunen

Gemeinsame Verfassungskommission → 794–795

Gemeinsamer Ausschuss gemäß Artikel 45 Grundgesetz → Ausschüsse des Deutschen Bundestages, Gemeinsamer Ausschuss gemäß Artikel 45 Grundgesetz

Gemeinsamer Ausschuss nach Artikel 53a des Grundgesetzes → Ausschüsse des Deutschen Bundestages, Gemeinsamer Ausschuss nach Artikel 53a des Grundgesetzes

Gender Mainstreaming → 310, 397, 506

Genehmigungsverfahren (Genehmigungsverfahrensbeschleunigungsgesetz) → 488, 707

Generationenvertrag → 485

Genetische Diagnostik → 507, 675, 677

Genetischer Fingerabdruck (DNA-Analyse) → 480

Genitalverstümmelung → 629

Genmanipulation → 643, 655

Genomanalyse → 677

Gentechnik → 307, 309, 380, 498, 502, 626, 674, 677

Gentest → 502

Gentherapie → 671–672, 677

Geoinformationswesen → 350, 627

Georgien → 801

Geothermische Stromerzeugung → 677

Gerichtsbarkeit/Gerichtswesen → 481–482, 494, 598, 608

Gerichtsferien → 480

Geringfügigkeitsgrenze in der Sozialversicherung → 485, 706

Geringqualifizierten Beschäftigung → 656

Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung → 353 → Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Geschäftsordnung des Bundesrates → 130

Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages → 118, 417, 422, 561, 614
→ Ausschüsse des Deutschen Bundestages, Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
– § 1 → 243
– § 2 → 233, 239, 558, 680
– § 2a → 682
– § 4 → 245, 558, 561, 682
– § 6 → 239, 246, 561
– § 7 → 233
– § 10 → 245
– § 12 → 246, 557, 561
– § 20 → 246, 680
– § 27 → 680
– § 29 → 447
– § 31 → 444 → Erklärungen zur Abstimmung
– § 32 → 447
– § 35 → 447
– § 36 → 446
– § 36 → 447
– § 37 → 446
– § 38 → 447
– § 39 → 447
– § 42 → 333
– § 45 → 445, 680 → Beschlussfähigkeit des Bundestages
– § 50 → 440
– § 51 → 420
– § 52 → 421
– § 54 → 561
– § 56 → 524
– § 56a → 670
– § 57 → 561
– § 60 → 475
– § 62 → 246, 453, 606
– § 69a → 474, 680
– § 70 → 475
– § 71 → 681
– § 80 → 681
– § 88 → 246
– § 93 → 603, 680
– § 93a → 680
– § 96 → 329
– § 101 → 246
– § 102 → 246
– § 96 → 327
– § 106 → 650
– § 107 → 119
– § 110 → 702
– § 112 → 711
– Anlage 1 (Verhaltensregeln) → 479, 492, 681–683
– Anlage 2 (Registrierung von Verbänden) → 508, 682
– Anlage 3 (Geheimschutzordnung) → 492
– Anlage 4 (Fragestunde) → 681
– Anlage 5 (Aktuelle Stunde) → 632
– Anlage 6 (Immunität) → 119, 681, 682
– Anlage 7 (Befragung der Bundesregierung) → 650–651

Geschäftsordnung für den Gemeinsamen Ausschuss nach Artikel 45 Grundgesetz → 562

Geschäftsordnung, Gemeinsame, des Bundestages und des Bundesrates für den Vermittlungsausschuss → 562

Gesellschaft „Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH“ → 568

Gesellschaftspolitik → 310, 371

Gesetzentwürfe auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen → 606–612

Gesetzesinitiativrecht → 606

Gesetzesmaterialien, veröffentlichte, Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages → 778

Gesetzgebung → 507, 572–612
– Einspruchsgesetze → 577–580

– Gesetzgebung aufgrund europäischer Impulse → 601–602
– Gesetzgebungskompetenzen der Länder → 686
– Mitwirkung des Bundesrates → 583, 688
– für nichtig oder verfassungswidrig erklärte Gesetze → 567
– Statistik → 572–577, 607–612
– Zustimmungsgesetze → 577–580

Gesetzliche Krankenversicherung → 427, 429–430

Gesetzliche Mitgliederzahl → Bundestag, Mitgliederzahl, Gesetzliche

GESTA → „Stand der Gesetzgebung des Bundes“

Gesundheitspolitik → 307, 416, 436, 486–487, 501, 503, 598–599, 642, 644, 707

Gesundheitsversorgung → 308, 501, 623, 646, 649

Gesundheitswesen → 309, 379, 381, 507, 599, 624–625, 628, 635, 674–675, 677

Getränkeverpackungen → 671

Gewalt → 350, 413, 416–417, 494
– gegen Frauen → 308, 310, 655
– in der Erziehung → 494, 692

Gewaltenteilung → 702

Gewässer- und Naturschutz → 309

Gewerbeertragssteuer → 694

Gewerbekapitalsteuer → 305, 694

Gewerbesteuer → 305, 689, 695

Gewerkschaften → 306 → Abgeordnete, Gewerkschaftsmitgliedschaft

Girokonto → 482

Gleichberechtigungsgesetz → 377

Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften → 481, 494, 579, 590, 611 → Homosexualität

Gleichstellung beruflicher und schulischer Abschlüsse → 306

Gleichstellung von Mann und Frau → 310, 377–378, 621 → Frauenpolitik
– Bundesgleichstellungsgesetz (Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Gerichten des Bundes) → 378

Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsregelungen → 621, 656

Global Governance → Globalisierung

Globalisierung → 310, 321, 506–507, 625, 627–629, 821 → Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“ → Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“

Golfkrieg → 638

Gorleben → 626, 635–636

Graffiti-Bekämpfungsgesetz → 494–495

GRAUEN, DIE → DIE GRAUEN – Graue Panther

Gremiensitze im Bundestag im Verhältnis zur Abgeordnetenzahl → 136–137

Gremium nach § 41 Abs. 5 des Außenwirtschaftsgesetzes → 669

Gremium nach Art. 13 Abs. 6 Satz 2 Grundgesetz → 669–670

Griechenland → 804, 806, 819

Gröditzer Stahlwerke, Insolvenz → 655

Großbritannien → 634, 800, 805, 807, 819

Große Anfragen → 333, 385, 418, 445, 614–617, 659–661, 741

Großforschungseinrichtungen → 395

Großunternehmen → 635

Grundfreiheiten → 651 → Grundrechte

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Grundgesetzartikel ggf. auch nicht verabschiedete Entwürfe)
– Präambel → 609
– Art. 2 → 423, 485, 692
– Art. 2a → 610
– Art. 3 → 610
– Art. 3a → 696
– Art. 6 → 609, 696
– Art. 10 → 559, 598, 668
– Art. 12 → 693
– Art. 12a → 438, 494, 690–691, 696
– Art. 13 → 352, 431, 481, 560, 669, 690–691
– Art. 15 → 696
– Art. 16 → 690–691
– Art. 17 → 701–702, 696
– Art. 19 → 590, 701
– Art. 20 → 590, 697, 701–702
– Art. 20a → 437, 482, 609–610, 691, 693, 697 → Tierschutz als Staatsziel
– Art. 20b → 610, 693, 698 → Tierschutz als Staatsziel
– Art. 21 → 588–589, 608
– Art. 23 → 680
– Art. 26 → 495, 693, 698
– Art. 28 → 405, 430, 590, 610, 689, 691, 694
– Art. 29 → 69, 610
– Art. 33 → 694
– Art. 38 → 3, 6, 593, 695–698
– Art. 39 → 69, 403–404, 432, 690–691
– Art. 40 → 558, 680
– Art. 43 → 333, 407, 414, 702
– Art. 44 → 509–510, 590–591, 593
– Art. 45 → 453, 457, 680
– Art. 45a → 457, 509, 800
– Art. 45b → 558, 696, 714
– Art. 45c → 457, 695, 698, 702
– Art. 46 → 119, 592–593, 682
– Art. 47 → 593

– Art. 48 → 424, 685, 695, 698, 729
– Art. 53a → 130, 562 → Ausschüsse des Deutschen Bundestages, Gemeinsamer Ausschuss nach Artikel 53a des Grundgesetzes
– Art. 54 → 722
– Art. 59 → 590, 695, 800
– Art. 61 → 726
– Art. 63 → 276, 561
– Art. 64 → 561
– Art. 67 → 276, 326, 561
– Art. 68 → 326, 328, 331, 439
– Art. 69 → 276, 561
– Art. 70 ff. → 701
– Art. 72 → 610
– Art. 74 → 610
– Art. 75 → 610
– Art. 76 → 606, 610, 695–697, 699
– Art. 77 → 562, 583, 610, 695
– Art. 78a → 696
– Art. 79 → 688, 695–697, 699
– Art. 80 → 610
– Art. 82a → 695, 699
– Art. 82b → 699
– Art. 82c → 699
– Art. 82d → 699
– Art. 83 → 701
– Art. 84 → 701
– Art. 85 → 701
– Art. 86 → 701
– Art. 87 → 610, 701
– Art. 87b → 701
– Art. 90 → 701
– Art. 92 → 590, 701
– Art. 93 → 610, 695–697
– Art. 96 → 441, 691
– Art. 97 → 590, 701
– Art. 101 → 590
– Art. 106 → 422, 424, 480, 689, 694–695, 701
– Art. 108 → 691, 701
– Art. 115 → 592
– Art. 118a → 610
– Art. 120a → 701
– Art. 125a → 610
– Art. 125b → 610

Grundgesetzänderungen → 412, 420, 441, 579, 669, 688–699
– Änderungsgesetze → 689–691
– Einfügen plebiszitärer Elemente (Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid) in das Grundgesetz → 441, 493, 697, 699, 707
– Einfügen einer „Antifaschistischen Klausel“ ins Grundgesetz → 698
– Nicht verabschiedete Änderungsentwürfe → 692–699
– Statistik → 688–689

Grundrechte → 423, 668
– der Eltern → 692
– der Frauen → 485, 692, 706

Grundrechtecharta der Europäischen Union → 505, 821

Grundstücke in den neuen Bundesländern → 494, 598

Grundwasserschutz → 677

GRÜNE → BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

GRÜNE Saar → BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

GRÜNE/B 90 → BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

GRÜNE/GAL → BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grün-Alternative-Liste

Gruppen im Bundestag → 245–247 → Parlamentariergruppen
– Gruppenrechte → 588
– Mitgliederanzahl → 247 → Fraktionen, Fraktionswechsel
– Sitzungsstatistik → 247, 401, 448
– Vorstand → Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Gruppe

Gundremmingen → 634

GUS-Staaten → 306

Güterverkehr → 388, 620, 645
– Güterkraftverkehr (LKW-Verkehr) → 309, 360, 387–388, 656

H

Habitat → 386 → Siedlungsentwicklung und Siedlungspolitik

Haftungsrechts → 491

Hammelsprung, Abstimmungsverfahren → 420, 446

Handbuch des Deutschen Bundestages → Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages

Handel → 498, 621, 671

Handelsschranken, Abbau → 398

Handwerk → 625

Hannover → Weltausstellung

Hauptstadtbeschluss vom Juni 1991 → 754

Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn → Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“

Haushalt → 42, 273–273, 305, 334, 355, 388, 422–424, 427, 430–431, 437, 483, 497, 588–589, 592, 633–633, 636, 640, 644, 647, 648, 650, 654, 667, 686, 728
– Haushalt des Bundestages (Einzelplan 02) → 685, 728–738
– Haushalt des Bundeskanzleramtes (Einzelplan 04) → 430, 435, 437–439, 443
– Haushalt des Innenministeriums (Einzelplan 06) → 588–589
– Haushalt des BM für Arbeit und Sozialordnung (Einzelplan 11) → 435
– Haushalt des BM für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Einzelplan 12) → 435, 438
– Haushalt des Verteidigungsministeriums (Einzelplan 14) → 329, 435, 438

– Haushalt des BM für Bildung und Forschung (Einzelplan 30) → 438
– Bundeshaushaltsordnung → 354, 560, 656, 669
– Haushaltsausschuss → Ausschüsse des Deutschen Bundestages, Haushaltsausschuss
– Haushaltsberatungen → 664–667, 685
– Haushaltsfreibetrag → 640
– Haushaltssanierungsgesetz → 497, 650
– Haushaltssolidarität → 642
– Haushaltssperre → 634
– Nachtragshaushalt → 593
– Neuverschuldung für den Bundeshaushalt → 650

Haushalte, private, als Arbeitgeber → 305

Hausmüllentsorgung → 677

Hausrecht im Bundestag → 233

Havarie → 639

Heil- und Arzneimittelbudgets → 707

Heiler, geistige, Berufszulassung → 708

Heilmittel → 709

Heilwesen, Werbung → 600

Heimatvertriebene → 318

Heimgesetz → 486, 500

Heimpersonalverordnung → 638

Heizkostenzuschuss → 612

Hennenhaltungsverordnung 1987 → 498

Hepatitis-C-Infektionen → 619

Hepatitis-C-Virus → 501

Herbeirufung von Mitgliedern der Bundesregierung → 333–337

Herbeirufung von Regierungsmitgliedern → 662

HERMES – Ausfuhrgewährleistungen des Bundes → 310

Hessen, Verfassung des Landes → 590

HIV-Hilfegesetz → 486

HIV-infizierte Personen → 486, 568

Hochburgen → Wahlen zum Deutschen Bundestag

Hochgeschwindigkeitsschienenverbindung → Transrapid

Hochrechnungen → 41

Hochschulbildung → Abgeordnete, Bildung, Schulbildung

Hochschulen/Hochschulpolitik → 309, 347, 395, 489–490, 624
– Hochschul-Bibliotheksprogramm → 397
– Hochschulrahmengesetz → 395, 432, 490, 504, 653
– Hochschulstatistik → 393

Höchstwahlverfahren nach d'Hondt → 559, 804–805

Hochwassergefahr/-katastrophe → 318, 324, 406, 488, 625
→ Flutopfersolidaritätsgesetz
– an der Oder → 320, 405, 416, 653

Holocaust → 449 → Nationalsozialismus

Holzmann AG → 643

Holzwirtschaft → 620

Homosexualität → 619–620, 625
– in der NS-Zeit → 352, 359
→ Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften → 481, 494, 579, 590, 611

Hospizarbeit → 502

HP → Humanistische Partei

Humanistische Partei (HP) → 8, 9, 20, 811

Humanitäre Hilfe → 344, 435–436, 486

Hydraulikflüssigkeiten → 369

I

Identifikationssysteme, biometrische → 676

IG Metall → 639, 647

Illegale Beschäftigung → Beschäftigung, illegale

Immissionsschutz → 389, 488 → Umwelt

Immunität von Mitgliedern des Bundestages → 118–120, 592–593, 681–682

Immunitätenprotokoll im Amsterdamer Vertrag → 653

Indemnität → 118–120

Indien → 625

Indonesien → 637

Industrie- und Handelskammer → 365, 483

Industriegesellschaft → 506, 618

Inflation → 647

Inflationsausgleich → 611

Inflationsrate → 644

„Info-Brief", Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages → 775

Informations- und Kommunikationsdienste → 490, 500, 652

Informations- und Kommunikationstechnologien → 339–340, 492, 624, 628, 654, 671–672

Informationsgesellschaft → 359, 363, 492, 506, 626, 652 → Medien/-politik

Ingenieure → 629

Initiative Pro D-Mark - neue liberale Partei (Pro DM) → 8, 21, 77–81, 92, 106

Inkompatibilität → 123, 130, 299

Innenausschuss → Ausschüsse des Deutschen Bundestages, Innenausschuss

Innenpolitik → 830

Innere Sicherheit → 830

Innovationspolitik → 619

Insolvenz → 363, 374, 496, 618, 634, 636, 649
– der Gröditzer Stahlwerke → 655

Institut für Entwicklungspolitik → 274

Institut für medizinische Dokumentation und Information → 486

Integration von EU-Bürgern und Ausländern → 493

Interessenverbände, Registrierung → 508

Internationale Einsätze der Bundeswehr → Bundeswehr

Internationale Entwicklung, Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung → 568

Internationale interparlamentarische Versammlungen → 570

Internationale Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung ICPD 1994 in Kairo → 349, 622

Internationale Walfangkommission (IWC) → 369

Internationaler Gerichtshof → 690

Internationaler Währungsfond (IWF) → 318, 367, 653

Internet
– Angebot des Deutschen Bundestages → 793–794
– Internet-Ökonomie → 497
– Internet-Sicherheit → 644

Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft (IPA) → 836

Interparlamentarische Union (IPU) → 137, 570, 824

Interparlamentarischen Konferenz der Europäischen Gemeinschaft („Assisen“) → 830

Interreligiöser und interkultureller Dialog → 310

Investitionen → 355, 363, 366, 398, 821

IPU → Interparlamentarische Union

Irak → 416–417, 648, 650

Iran → 416, 619

Irland → 800, 804, 806, 819

Islam in Deutschland → 627

Islam-Konferenz → 634

Italien → 800, 804, 806, 819

IuK-Kommission → Kommissionen des Ältestenrates, Kommission für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und -medien

J

Jahresabrüstungsbericht → 343 → Abrüstung → Rüstung, Rüstungskontrolle

Jahresberichte des Petitionsausschusses → 711–713

Jahresberichte des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages → 719–721

Jahressteuergesetz → 404, 415, 423–424, 427–428, 482, 599, 652, 706

Jahrestag der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion → 416

Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung → Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Japan, Atomunfall in Tokaimura → 416

Journalisten → 627

Juden in Deutschland → 416, 449

Jugendarbeitslosigkeit → 307

Scheinselbständigkeit → 307

Jugendarbeitslosigkeit → 642

Jugendarbeitsschutzgesetzes → 485

Jugendbegegnung → 449–450

Jugendbericht (Kinder- und Jugendbericht) → 485

Jugendgefährdende Schriften und Medieninhalte → 378, 486, 500

Jugendgerichtsgesetz → 599

Jugendliche → 360, 480, 629, 692

Jugendpolitisches Programm → 657

Jugendschutzgesetzes → 500

Jugendstrafrecht → 622

Jugendwohlfahrtsgesetz → 376

Jugoslawien → 416, 423, 428, 432

Junge Menschen → Kinder und Jugend

Juristenausbildung, Reform der → 494

Justiz → 481, 622

Justiz- und Innenpolitik, Europäische → 310

Justizentlastungsmaßnahmen → 351

K

Kabelnetze → 506

Kampfhunde → 644

Kampfstoffe, chemische → 385 → Rüstung → Waffen

Kanada → 822

Kandidaten bei der Bundestagswahl → Wahl zum Deutschen Bundestag, Kandidaten

Kanzlerkandidat → 294

Kapitalgesellschaften- und Co-Richtlinie-Gesetz → 494

Kapitalmarkt → 483, 628

Karlruhe, Kernforschungszentrum → 670–671

Kartellrecht → 626

Katalysatoren- und Enzymtechnik → 674

Kernenergie → 306, 318, 321, 422, 626, 641 → Atomenergie → Stromerzeugung

Kernenergieausstieg → 626, 640

Kernenergienutzung → 503

Kernforschungszentrums Karlsruhe → 670–671

Kernfusion → 504

Kernfusion → 676

Kernkraftgegner → 646

Kinder/-politik → 308, 310, 480, 486, 501, 629, 644, 692, 696
– Betreuungs- und Freizeitangebot für Kinder → 500, 640
– Existenzminimum von Kindern und Familien → 356–357
→ Familienpolitik
– Kinder als Konsumenten → 486
– Kinder- und Jugendbericht → 376
– Kinder- und Jugenddelinquenz → 494
– Kinder- und Jugendhilfe → 376
– Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten → 707
– Kinder- und Jugendtourismus → 505
– Kinder und Medien → 501
– Kinder und Verkehr → 486, 501
– Kinderarbeit → 373, 626
– Kinderbetreuung → 308, 485, 640
– Kinderfreibetrag → 305
– Kindergartenplatz → 485–486
– Kindergartentagesstätte des Bundestages → 742, 752
– Kindergeld → 305, 307, 608, 708
– Kindergesundheit → 501
– Kinderheime → Heimgesetz
– Kinderpornographie → 486
– Kinderprostitution → 505
– Kinderrechte → 692, 696
– Kinderstaatszugehörigkeit → 306
– Kindertagesstätte des Bundestages → 752
– Kindschaftsrecht → 481, 598, 600, 652
– Medizinische Versorgung von Kindern → 502
– Pflege schwerstkranker Kinder → 502
– Sexueller Missbrauch von Kindern → 495
– ungeborene Kinder → 423
– Unterhaltsrecht für Kinder → 652

Kinderkommission → Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder

Kirchen → 506, 621

Kirchliche Beratungstätigkeit bei Schwangerschaftskonflikten → 638

Kirch-Media AG → 649

Kläranlagen → 390

Kleine Anfragen → 395, 614–617, 659–661

Klimarahmenkonvention in Bonn → 321

Klimaschutz → 307, 309, 318, 320, 323, 392, 422, 507, 618, 621
– Umweltgesetzbuch → 307
→ Weltklimakonferenz

Klonen von Tieren → 351, 675, 677

Klonen, therapeutisches → 628

Klonierung beim Menschen → 397

Koalition/Regierungskoalition → 295–296
– Große Koalition → 296
– Kleine Koalition → 296
– Koalitionsausschuss → 305–308
– Koalitionsvertrag/Koalitionsvereinbarungen → 305–310
– Koalitionsverhandlungen → 296 → Regierungsbildung

Kolumbien → 504

Kommandeurstagung → 643

Kommando Spezialkräfte (KSK) → Bundeswehr

Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V. → 835–836

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder („Kinderkommission“) → 458, 461, 464, 477, 486, 501, 505

Kommission, Unabhängige, zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR → 348

Kommissionen des Ältestenrates des Deutschen Bundestages → 243, 448
– für Angelegenheiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abgeordneten → 241–242
– für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und -medien (IuK-Kommission) → 241–242
– für die Raumverteilung → 241, 242, 742
– für die Rechtsstellung der Abgeordneten → 241–242
– für die Rechtsstellung der Abgeordneten → 412
– für die Verlegung des Bundestages von Bonn nach Berlin und für die Bauangelegenheiten des Bundestages in Bonn (Baukommission) → 241–242, 741, 743, 749–752
– für innere Angelegenheiten des Bundestages gem. § 6 Abs. 3, 4 GOBT → 241–242
– für soziale, dienst- und tarifrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Verlegung des Parlamentssitzes nach Berlin (Personal- und Sozialkommission) → 241–242
– Ad-hoc-Kommission Parlamentsreform → 794

Kommunale Selbstverwaltung → 479, 628, 630

Kommunalen Finanzen → 650

Kommunalwahlen, Wahlrecht für Ausländer → 694

Kommunen → 624, 629, 633 → Gemeinden

Kommunikation, Multimediale → 489

Kommunikationsdienste → 490, 652

Kommunikationsinfrastrukturen → 671

Kommunikationstechnologien → 339

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) → 7, 9, 20

Konditorei → 373, 426

Konferenz der Europaausschüsse → COSAC

Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten (PPK) → 820–821

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)
– KSZE-Schlussakte 1975 von Helsinki → 824
→ Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Konfession der Angeordneten des Deutschen Bundestages → Abgeordnete, Konfession/Religion

Konfliktprävention → 490

Konstituierung des Bundestages → Bundestag, Konstituierung

Konstruktives Misstrauensvotum → Misstrauensvotum, konstruktives

Kontrollausschusses beim Bundesausgleichsamt → 564

Kontrolle, parlamentarische, Wohnraumüberwachung → 560

Kontrollgremiumgesetz → 668

Kontrollkommission → Parlamentarische Kontrollkommission

Kontrolltätigkeit des Bundestages → 333, 338, 614–678

Konvention gegen Vertreibung → 343

Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten → 322, 651

Konvergenz in der Europäischen Union → 335, 651–652, 656

Konvergenzprogramme in der EU → Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der EU-Mitgliedstaaten → 356

Konzentrationslager → Auschwitz → Buchenwald → Sachsenhausen → Theresienstadt

Konzepte zur Stärkung des Tourismus in Deutschland → 505

Kopenhagen → 823

Korruptionsbekämpfung → 481, 505, 652, 821

Kosovo/Kosovo-Krieg → 320–321, 336, 405, 433, 435–438, 441, 642, 646

Kostenpauschale für Abgeordnete → 118, 729

KPD → Kommunistische Partei Deutschlands

Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetz → 482, 652

Kraftstoff → 356, 628, 674 → Biokraftstoff

Kraft-Wärme-Kopplung → 497–498, 642, 657

Kranken- und Pflegeversicherung für Abgeordnete → 729

Krankenhausausgaben → 486

Krankenhäuser → 502

Krankenhausfinanzierung → 486, 501, 579

Krankenhaus-Neuordnungsgesetz → 404, 415

Krankenhausnotopfer → 638

Krankenkassen → 487

Krankenkassen, gesetzliche → 645, 707

Krankenkassenwahlrechte → 502

Krankenpflegegesetz → 599

Krankenversicherung → 356, 379, 427, 436, 442, 486–487, 501–502, 579, 598–599, 611, 639, 642, 647, 649, 652, 654, 709

Krankheit → 415

Krankheit, Bezügefortzahlung → 579

Krankheiten, Klassifikation → 486

Krebs, Früherkennung, Versorgung und Forschung → 502

Krebsrisiko → 333, 633

Kreditgewährung → 367

Kreditwirtschaft → 618

Krefeld → 590

Kreise, Landkreise → 624–625, 654

Kreislaufwirtschaft → 671

Kreislaufwirtschaftsgesetz → 619

Kreisreform in den neuen Ländern → 382

Kreiswahlvorschlägen → 114

Kriege und bewaffnete Konflikte → 618, 627
– Angriffskrieg → 70
→ Bundeswehr, Auslandseinsätze/internationale (militärische) Einsätze
→ Bürgerkriegsflüchtlinge
– Golfkrieg → 638
– Kosovo-Krieg → 320–321, 336, 405, 433, 435–438, 441, 642, 646
– Zweiter Weltkrieg → 173, 451, 709

Kriegsdienstverweigerer → 480 → Wehrdienstverweigerung

Kriegsfolgen- und Kriegslastenbeseitigung → 497

Kriegsopferversorgung → 701

Kriegsverbrecher → 485

Kriegswaffenexport → 655 → Waffen

Kriegswaffenkontrollgesetz → 669

Kriminalität → 308, 431, 481, 495, 619, 625, 652, 656, 670

Krisenprävention → 310

Kroatien → 801

Kronzeugenregelung → 480, 495

KSE-Vertrag (Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa) → 344

KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) → Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) → Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Kulturpolitik → 310, 344, 349, 625, 676–677, 821
– Auswärtige Kulturpolitik → 310, 319, 344–345, 479, 622
– Kulturfinanzierung in Berlin und Bonn → 340
– Kulturförderung → 339–340, 347, 505

Kulturstiftung des Bundes → 657

Kündigungspraxis → 373

Kündigungsschutz → 373, 424, 434

Kunst im Reichstagsgebäude, Kunstwerk „Der Bevölkerung“ von *Hans Haacke* → 413, 437

Kunstbeirat
– der Deutschen Bundespost → 565
– des Deutschen Bundestages → 241

Künstlerische Berufe → 371, 707

Künstlersozialversicherung → 499

Kur- und Rehabereich → 638

Kurden → 422

Kurdische Flüchtlinge → 638

Kürschners Volkshandbuch „Der Deutsche Bundestag“ → 784

Kurzinterventionen → 680

Küstenschutz → 368, 626

Kyoto → Weltklimakonferenz in Kyoto

Kyritz-Ruppiner Heide → 504

L

La Hague Wiederaufbereitungsanlage → 637, 645

Ladendiebstahl → 481

Ladenschluss → 335, 373, 426, 484, 599, 645, 655

Laeken, Tagung des Europäischen Rates → 323, 570

Landesgruppen → Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU), Landesgruppe im Bundestag

Landeslisten → 114

Landesparlamente → 701
– Konferenz der Präsidenten der deutschen Landesparlamente → 686

Landesverfassungen → 691

Landeswahlleiter → 42

Ländlicher Raum → 620, 627

Landschaftspflege → 488, 503 → Naturschutz

Landsmannschaft, Sudetendeutsche → 655

Landtagswahlen → 27–29, 657

Landwirte → 373, 485, 609

Landwirtschaft → 308–309, 318, 367, 427, 498, 624, 626, 629–630, 646

Lastenausgleich → 564, 689, 701

Lateinamerikapolitik → 318, 344, 651

Lauschangriff → 481, 690 → Überwachung von Wohnungen zum Zweck der Strafverfolgung

LD → Liberale Demokraten, die Sozialliberalen

Lebens- oder Krankenversicherungsunternehmen → 497

Lebensbewältigungshilfe (Psychomarkt) → 624

Lebensgemeinschaften, nichteheliche → 482

Lebenslanges Lernen → 397

Lebensmittel → 309, 623, 671
– dioxinverseuchte Lebensmittel in Belgien → 642
– Lebensmittelbestrahlung → 380
– Lebensmittelsicherheit → 499
– manipulierte Lebensmittel und Lebensmittelzusatzstoffe → 415

Lebenspartnerschaften, Gleichgeschlechtliche → 481, 494, 579, 590, 611 → Homosexualität

Lebenswissenschaften → 656

Legehennen → 369, 498 → Tierhaltung

Leipzig → 708

Leistungsmissbrauch in der Solidargemeinschaft → 599

Leitungs- und Ordnungsgewalt in den Bundestagssitzungen → Bundestag, Präsident des Deutschen Bundestages

LEONARDO DA VINCI, EU-Bildungsprogramm → 395

Lernen → 623

Lesben → Homosexualität

Lettland → 449

„Lex Naumann“ – Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre → 289, 291, 293

Liberale Demokraten, die Sozialliberalen (LD) → 7

Libyen → 632

LIGA → CHRISTLICHE LIGA Die Partei für das Leben

Lions Club → 506

Lobbyisten-Liste, Registrierung der Interessenverbände → 508

Logopädische Therapie zu erwarten sei. → 709

Lohndumping → 636

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall → 634–635

Lohnnebenkosten → 307, 637, 648

Lomé-Abkommen → 624

Luft- und Raumfahrt → 415, 657

Luftbelastung → 309

Lufthansaprivatisierung → 652

Luxemburg → 800, 804, 806, 819

M

Maastricht, Vertrag von → 618, 820, 830–831

Mädchenpolitik → 623

Magnetschwebebahn (Transrapid) → 307, 425, 433, 488

Magnus-Hirschfeld-Stiftung → 495

Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin → 412–413, 415, 436, 505 → Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“

Mandatsaberkennung → 114, 123, 248

Mandatsdauer → Abgeordnete, Mandatsdauer

Mandatsverzicht → 123, 127–129

Mandatswechsel (Wechsel zwischen Bundestagsmandat und Ministerpräsidentenamt) → 230–231

Marktwirtschaft → 323, 627

Marktwirtschaft, soziale → 629

Marshallplan → 319

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) → 7–8, 20, 92, 107

Masseneingaben → Petitionen an den Deutschen Bundestag, Masseneingaben

Massentierhaltung → 706 → Tierhaltung

Masseur- und Physiotherapeutengesetz → 380

Maßstäbegesetz → 439, 507

Materialien, Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages → 775

Mauerfall → 407, 451

Mauermahnmal im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus → 753

Mazedonien → 322, 345, 405, 439–442, 654

Mecklenburg-Vorpommern → 504

MEDA-Programm → 821

Medien/-politik → 310, 486, 501, 505–506, 626, 643, 654
- Ausschuss für Kultur und Medien → 164, 339, 413, 436, 441, 462, 464, 479, 495, 505
  - Unterausschuss „Neue Medien“ → 462, 464, 506
- Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und Medien → 282, 293, 338–340, 506
- Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ → 486, 492, 527–528, 536–538, 548, 551–552
- Informationsgesellschaft → 359, 363, 492, 506, 626, 652
- Jugendgefährdende Schriften und Medieninhalte → 378, 486, 500
- Kinder und Medien → 501
- Medien- und Kommunikationsbericht → 339–340
- Neue Medien → 350, 492, 676–677

Medizin → 482, 507

Medizin, Recht und Ethik der modernen Medizin und Biotechnologie → 417 → Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, „Recht und Ethik der modernen Medizin“

Medizinische Behandlung → 626

Medizinische Versorgung von Kindern → 502

Medizinproduktegesetz → 502

Medizintechnik → 672

Meere → 618

Mehrheitsverhältnisse
- Antragsberechtigte, für einen Untersuchungsausschuss → 510
- im Bundesrat → 580–582, 688
- im Bundestag → 114, 558–563, 580–582, 688
→ Koalition/Regierungskoalition
- qualifizierte Mehrheit → 420
- Zweidrittelmehrheit → 420

Mehrwertsteuer → 442, 637, 640–642, 644

Meinungsfreiheit/Meinungsvielfalt → 492

„Meister-BAFöG“ → 651

Meldepflicht in Beherbergungsstätten → 608

Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)/ Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutz) → 7, 9–10, 20, 78–81, 93, 107, 811

Menschen → Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele

und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“

Menschenrechte → 310, 343, 413, 416, 482, 504, 651 → Grundrechte → Vereinte Nationen, Hochkommissar für Menschenrechte
– für Frauen → 706
– in der Türkei → 479
– Tag der Menschenrechte → 415
– Menschenrechtsbericht → 343
– Menschenrechtsgerichtshof, Europäischer → 801
– Menschenrechtsinstitut in Deutschland → 479
– Menschenrechtskonvention → Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
– Menschenrechtspolitik → 653
– Menschenrechtspolitik → 319
– Menschenrechtsübereinkommen des Europarates zur Biomedizin (früher: Bioethik-Konvention des Europarates) → 351, 480, 482
– Menschenrechtsübereinkommens zur Biomedizin → 482 → Bioethik-Konvention
– Menschenrechtsverletzungen → 623, 625, 637
– Menschenrechtsweltkonferenz 1993 → 625

Menschenwürde → 482

Menschlichkeit → 485

MERCOSUR-Länder → 821

Messewirtschaft → 629

Metro AG-Sparten → 640

Mietenbericht → Wohngeld- und Mietenbericht

Mietenüberleitungsgesetz → 423, 489, 651

Mieterschutz → 480

Miethöherecht → 489

Mietrecht → 384, 438, 494

Migration → 491

Migrationsbericht → 374

Milch (Milchquoten) in Deutschland → 618

Milchquotenregelung → 498

Militärische Zwecke → 706

Militärischen Maßnahmen zur Absicherung des Friedensvertrages für Bosnien-Herzegowina → 319

Militärischer Abschirmdienst → 668

Minderheiten, deutsche, in Dänemark → 628

Minderheitenrechte → 592

Minderheitsregierungen → 296

Mindestlöhne → 635

Mineralölpreise → 644

Mineralölsteuer/Mineralölsteuergesetz → 356, 437, 496–497, 609, 637, 640, 642, 646

Ministerpräsidenten → 230–231

Ministerwechsel → 299

Missbilligungs- und Entlassungsanträge
– gegen Parlamentarische Staatssekretäre → 332
– gegen Regierungsmitglieder → 330–332

Missbilligungsanträge → 662

Missbrauchsbekämpfung und Anpassung von öffentlichen Leistungen → 355

Misstrauensvotum, konstruktives → 276, 326, 330

Mitarbeiter der Abgeordneten → Abgeordnete, Mitarbeiter

Mitglieder des Bundestages → Abgeordnete des Deutschen Bundestages → Bundestag, Mitgliederzahl, gesetzliche

Mitglieder des Bundestages, Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat → 299

Mitgliederstärke von Fraktion und Gruppe → 245–246

Mittelmeerpolitik → 619

Mittelstand → 305, 308, 363, 497, 499, 628, 644, 649, 657

Mittelstandsinitiative → 308

MLPD → Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

Mobile Telekommunikation → 677

Mobilfunk → 503, 629

Mobilfunktechnologie → 393

Mobilität → 507

Mobilität → 676

MOE-Staaten → 621

Monopolkommission → 359, 362–364, 497

Montan-Mitbestimmung → 597

Morsleben → 623, 634

Morsleben, atomares Endlager → 645

Morsleben, Endlager → 645

Moskau → 634

Müllvermeidung → 677

Multimedia → 671, 677

Multimediale Kommunikation → 618

München → Flughafen München GmbH → 741

Mündliche Anfragen (Fragestunde) → 335, 614–617, 659–661, 681

Munition, uranhaltige → 646

Musik → 628

Mütter, Vorsorge und Rehabilitation → 502

Mutterschutzfrist → 378, 486

N

Nachhaltigkeit → 309, 323, 391–392, 396, 491, 507, 621, 629, 674–675, 657, 677, 832
– Nachhaltige Energieversorgung → 677
– Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit → 490, 504

Nachrichtendienste des Bundes → 282, 559, 668

Nachtragshaushalt → Haushalt

Naher Osten → 323, 417

Nahrungsmittelangebot und -nachfrage → 676–677

Nahrungsmittelhilfe → 398

Nahrungsmittelsicherheit → 832

Namensaktie → 655

Namentliche Abstimmung → 420–443, 446

Nanotechnologie → 677

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) → 8–9, 20, 77–81, 93, 108, 648, 810–811

Nationale Volksarmee (NVA) → 173

Nationaler Beschäftigungspolitischer Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland → Beschäftigung/-spolitik, Beschäftigungspolitischer Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland

Nationalparks in den neuen Bundesländern → 638

Nationalsozialismus → 451, 480
– Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ (27. Januar) → 407, 449
– Holocaust → 449
– Nationalsozialistische Unrechtsurteile → 495
– Nationalsozialistische Verbrechen → Entschädigung, Entschädigung von NS-Opfern
– Nationalsozialistische Verfolgung → 753
– Nationalsozialistisches Gedankengut → 698

NATO → 310–320, 322, 406, 590, 592, 654
– Militärische Operationen → 439, 646
  – in Mazedonien → 405, 440, 442
  – im ehemaligen Jugoslawien → 416, 428, 432
  – im Kosovo → 405, 433
– Erweiterung → 306, 310
– Frühjahrstagung in Berlin → 415
– Gipfel in Prag 2002 → 324
– Nordatlantikvertrag → 327–329, 346, 431
– Parlamentarische Versammlung (North Atlantic Assembly) → 137, 570, 822

NATURGESETZ → DIE NATURGESETZ-PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN

Naturschätze → 696

Naturschutz → 309, 503, 619, 671
– Bundesnaturschutzgesetz → 488

Nebentätigkeit → 610, 652

Nettolohnanpassung → 645

Neue Bundesländer/Beitrittsgebiet/Ostdeutschland → 318–320, 365, 437, 483–484, 497, 596–598, 621, 623, 625–626, 628, 633, 635, 638, 641–642, 645–646, 648, 654, 709 → „Aufbau Ost“

Neue Medien → Medien/-politik

NEUES FORUM (FORUM) → 8, 74–77, 94, 108, 810

Nichtigkeitserklärung von Gesetzen → 567

Nichtraucher → 431, 483, 487

Nichtstaatliche Verfolgung → 504

Nichtwähler → Partei der Nichtwähler

Niederlande → 800, 805–806, 819

Niedersachsen → 626, 638

Nigeria → 344, 399

Nitrofen-Skandal → 649

Nizza, Vertrag von → 439, 821 → Europäischer Rat, Tagung 2000 in Nizza

Nordatlantikvertrag → NATO, Nordatlantikvertrag

Nordatlantische Versammlung → NATO, Parlamentarische Versammlung

Nordirland → 805, 807

Nordrhein-Westfalen → 592, 656

Normenkontrollantrag → 61

Normung, Europäische → 677

Norwegen → 800, 831

NPD → Nationaldemokratische Partei Deutschlands

NS-Zeit → Nationalsozialismus

Nukleare Abfälle → 503, 623 → Atommüll/-transporte

Nukleare Proliferation → 492

Nutzerschutzgesetz → 480

Nutzungsentgeltverordnung → 351, 645

O

Obdachlosigkeitsbericht → 386–387

Oder, Hochwasserkatastrophe → 320, 405, 416, 653

ÖDP → Ökologisch-Demokratische Partei

OECD-Schiffbau-Übereinkommen → 366

OECD-Studie 2002 „Bildung auf einen Blick“ → 658

OECD-Übereinkommens zur Bekämpfung der Bestechung im internationalen Geschäftsverkehr → 351

Öffentliche Anhörungen von Ausschüssen → 448, 454, 475–507

Öffentliche Aufträge → 579, 623

Öffentliche Ausschussberatung, Erweiterte → 680

Öffentliche Ausschusssitzungen → 403, 794

Öffentliche Enquete-Kommissions-Sitzungen, Sitzungsstatistik → 448

Öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen → 448

Öffentliche Verwaltung → 479, 492, 654, 657

Öffentlicher Dienst → 379, 479–480, 652

Öffentlicher Personenverkehr → 307, 383–384, 388

Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages → Bundestag, Öffentlichkeitsarbeit

Ökologie → Umweltpolitik

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp) → 7–9, 20, 74–81, 109, 591, 810–811

Ökologische Finanzreform → 308

Ökologische Steuerreform → 432, 434, 436, 442, 482, 496, 641

Ökosteuer → 335, 496, 628, 644–645, 656

Ölplattform „Brent Spar“ → 633

Online-Wahlen → 350

Opfer- und Zeugenschutz → 306

Opferanwalt → 709

Opferanwalt bei Sexualverbrechen → 707

Opposition → 295–296

Oppositionelles Verhalten → Kontrolltätigkeit

Oppositionelles Verhalten, Statistik → 659–663

Ordnungsmaßnahmen des Bundestagspräsidenten → 118, 446–447

Ordnungspolitik → 627

Ordnungsruf → 447

Ordnungswidrigkeiten → 481

Organhandel → 487

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) → 622
- Parlamentarische Versammlung → 137, 823–824
- OSZE-Beobachter → 654
- OSZE-Beobachter im Kosovo → 433
- OSZE-Gipfel in Istanbul 1999 → 655

Organisierte Kriminalität → 495

Organklagen → 590

Organspende, -Entnahme und -Übertragung (Transplantationsgesetz) → 481, 487

Organstreitverfahren → 589–591

Osterferien des Parlaments

Österreich → 643, 805, 807, 819, 831

Osterweiterung der Europäischen Union → Europäischen Union, Erweiterung

Osteuropa → 310, 621

Ostsee → 385, 388, 391, 625, 627–628

Osttimor → 654

OSZE → Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Ozon/Ozongesetz → 333, 389, 488, 622, 633, 709

P

Panzerlieferung an die Türkei → 643

Parlament, Das, Veröffentlichung des Pressezentrums des Deutschen Bundestages → 794

Parlamentariergruppen → 825–828, 833–834

Parlamentarierinnnen → Abgeordnete, Weibliche

Parlamentarische Ämter und Gremien → 557–561

Parlamentarische Geschäftsführer → 403
- BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN → 251–252
- Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in Bayern (CDU/CSU) → 252–255
- Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU), Landesgruppe im Bundestag → 258
- Freie Demokratische Partei (F.D.P.) bzw. Freie Demokratische Partei – Die Liberalen (FDP) → 256
- Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) → 256
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) → 256–258

Parlamentarische Gesellschaft → 751

Parlamentarische Kontrolle → 614–678, 690, 714 → Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

Parlamentarische Kontrollgremien → 667–670

Parlamentarische Kontrollkommission → 559

Parlamentarische Vereinigungen → 835–838
- Deutsche Parlamentarische Gesellschaft e.V. → 835
- Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V. → 835–836
- Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft (IPA) → 836
- Verband der Parlaments- und Verhandlungsstenographen e.V. → 836–837
- Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e.V. → 837
- Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages e.V., ab 1984: Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e.V. → 837–838
- Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung e.V. → 838

Parlamentarische Versammlungen
– der KSZE → Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
– der NATO → NATO, Parlamentarische Versammlung
– OSZE → Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE),
– Parlamentarische Versammlung des Europarates → 570, 800–802, 820 → Europarat

Parlamentarischer Rat → 451

Parlamentarischer Staatssekretär → 281–293, 332, 653
– Beamteter Staatssekretär → 281–288
→ Bundesminister/Bundesministerien *(innerhalb der jeweiligen Ressorts)* Staatsminister → 281–282, 289
– Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre („Lex Naumann“) → 289, 291, 293
– Missbilligungs- und Entlassungsanträge gegen Parlamentarische Staatssekretäre → 332
– Übergangsgeld bei Ausscheiden von Mitgliedern der Bundesregierung und Parlamentarischen Staatssekretären → 653

Parlamentarisches Kontrollgremium (PKGr) → 668

Parlamentarisches Weisungsrecht → 714, 718

Parlamente, nationale → 832

Parlamente, nationale, in der EU → 831–832

Parlamentsbauten in Berlin → 489, 648, 740–741, 749–753
– Umweltfreundliche Maßnahmen bei den Bauten des Bundes in Berlin → 387

Parlamentsbibliotheken → „World Directory of National Parliamentary Libraries“ → 778

Parlamentsferien → 403

Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages → 448, 794–796

Parlamentsgebäude Umbau → 749–753

Parlamentspräsidenten, europäisch → Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten (PPK)

Parlamentsreform → 412, 474, 794
– Bibliographie → 683–684
→ Verkleinerung des Deutschen Bundestages

Partei Bibeltreuer Christen (PBC) → 7–8, 10, 20, 109, 810–811

Partei der Alternativen Bürgerbewegung 2000 Deutschland (AB 2000) → 7

Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen (PASS) → 7–8, 20, 810–811

Partei der Nichtwähler (Nichtwähler) → 8, 20

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Fraktion bzw. Gruppe
– Arbeitsbereiche bzw. Arbeitsgruppen der Fraktion → 270–271
– Gruppe → 251
– (Stellvertretender) Parlamentarischer Geschäftsführer → 256
– Vorsitzender → 256
– Vorstand → 163, 166–167, 256

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Partei
– Kandidatur für die Bundestagswahl → 7–8, 10
– Landesverband Niedersachsen Linke Liste (PDS Linke Liste), Kandidatur für die Bundestagswahl 1994 → 7
– Parteivorsitzende → 260
– Rechenschaftsberichte → 95, 110
– Staatliche Teilfinanzierung der Partei → 74–81
– Wahlergebnis bei der Bundestagswahl → 20, 22–26
– Wahlergebnis bei der Europawahl → 810–811
– Wahlkampfslogans → 10–14

Partei für Arbeit und Soziale Sicherheit/Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen (PASS) → 7–8, 20, 810–811

Partei für RentenGerechtigkeit und Familie (PRG) → 10, 20

Partei für Soziale Gleichheit (PSG) → 8, 20, 110

Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill) → 10, 21, 80–81

Parteien → BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN, Parteivorsitzende → Christlich Demokratische Union Deutschlands/ Christlich-Soziale Union in Bayern, Parteivorsitzende → Freie Demokratische Partei, Parteivorsitzende → Partei des Demokratischen Sozialismus, Parteivorsitzende → Sozialdemokratische Partei, Parteivorsitzende
– Parteienfinanzierung → 416, 618, 643
– Parteienfinanzierung, staatliche → 72–81
– Parteiengesetz → 72–73, 493, 591, 646–647, 650, 708
– Parteiengesetz der DDR → 348
– Parteispenden → 644 → Untersuchungsausschuss „Parteispenden“
– Parteiverbot → 114, 123
– Parteivorsitzende → 294, 303
– Rechenschaftsberichte → 82–112
– Verzeichnis der Parteien für die Bundestagswahlen → 6–10

Partîya Karkerên Kurdistan [Arbeiterpartei Kurdistans] 320

PASS → Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen

PASS → Partei für Arbeit und Soziale Sicherheit/Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen

Patent für den europäischen Markt → 608

Patentanwälte, Berufsrechte → 494

Patente auf Manipulation menschlicher Gene → 655

Patentvergabe → 643

Patientenschutz → 626

Patientenselbstbestimmung → 626

Paulskirche in Frankfurt, Verfassungsgebende Nationalversammlung → 412

PBC → Partei Bibeltreuer Christen

PDS → Partei des Demokratischen Sozialismus

PDS Linke Liste → Partei des Demokratischen Sozialismus Landesverband Niedersachsen Linke Liste

PDS, Gruppenstärke → 247

Pelztiere → 707 → Tierhaltung

Pensionsfonds → 630

Pensionsrückstellungen → 496

Personalausweise → 608

Personalkonzept → 622

Personenkraftwagen (PKW) → 482

Personenstandswesen → 701

Personenverkehr, Öffentlicher → 307, 383–384, 388

Persönlichkeitsschutz → Datenschutz

Petitionen an den Deutschen Bundestag → 592, 701–714
– Masseneingaben → 706–709
– Petitionsverfahren/Petitionsrecht → 701–702
– Statistik → 702–706, 710–711

Petitionen an den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages → 714, 716–717

Petitionsausschuss → Ausschüsse des Deutschen Bundestages, Petitionsausschuss

Petitionsinformationsrecht → 589, 702

Pfand → 658

Pfändungsfreigrenzen → 495

Pfinztal → 708

Pflanzen, transgene → 675

Pflanzenschutzmittel → 627

Pflanzliche Öle → 674

Pflege schwerstkranker Kinder → 502

Pflege von Pflegebedürftigen → 502

Pflegeheime → 502

Pflege-Qualitätssicherung → 502

Pflegestation → 709

Pflegeversicherung → 372, 380, 501–502, 507, 621, 636, 642, 643

Pflegeversicherung für Abgeordnete → 729

Pflegeversicherungsgesetz → 484, 632

PHOENIX, Fernsehkanal → 795–796

Photovoltaik → 623

PISA-Studie → 504, 648–649

PKK → Partîya Karkerên Kurdistan

Planungs- und Genehmigungsverfahren → 707

Plattform Europa der ArbeiterInnen und Demokratie → 810

Plebiszit → Volksentscheid

Plebiszitäre Elemente (Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid) in das Grundgesetz → 441, 493, 697, 699, 707

Plenarprotokolle → Stenographische Berichte

Plenarreden
– Ausländischer Gäste im Bundestag → 406–407 → Rederecht im Deutschen Bundestag
– des Bundestagspräsidenten → 411–413
– von Bundesratsmitgliedern → 414
– Statistik → 408–411

Plenarsaal
– in Berlin → 752
– Bonn → 449, 752
– Sitzordnung → 401–402

Plenarsitzungen
– Debattendauer → 419
– Redezeit → 419
– Plenarsitzungsregister → 1084–1087
– Sitzungsdauer → 403
– Sitzungsstatistik → 401, 403, 448
– Störung → 446–447

Plutonium-Schmuggel → 515–516 → Untersuchungsausschuss Plutonium-Schmuggel

Pockenviren → 650

Podologengesetz → 502

Polen → 320, 431, 450, 622

Politische Bildung → 490, 625

Polizei → 310, 621, 690 → Europol

Polizeigewalt der Parlamentspräsidenten → 233, 686

Portugal → 805, 807, 819

Postgesetz → 364, 430, 489, 497–498

Postwesen → 278, 416, 489, 620, 636 → Bundesminister/Bundesministerien, BM für Post und Telekommunikation

PPK → Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten (PPK)

Präimplantationsdiagnostik/-gesetz → 495, 500, 502, 507, 677

Pränatale Diagnostik → 500, 671

Präsident
– der Bundesrepublik Deutschland → Bundespräsident
– des Bundesrates → Bundesrat, Präsident
– des Bundesrechnungshofes → 421, 563
– des Deutschen Bundestages → Bundestag, Präsident → Bundestag, Präsidium
– der deutschen Landesparlamente → 686

Präsident des Deutschen Bundestages → Bundestag, Präsident des Deutschen Bundestages

Präsidentenanklage → 726

Präsidium des Deutschen Bundestages → Bundestag, Präsidium

Prävention ungewollter Schwangerschaften → 423, 485

Preisbindung bei Verlagserzeugnissen → 657

Presse und Rundfunk → 482

Pressefreiheit → 482, 494

Preussag Stahl AG → 638

PRG → Partei für RentenGerechtigkeit und Familie (PRG)

Private Arbeitsvermittlung → 374, 500

Privatisierung → 618, 628, 638, 645, 686
– Privatisierung der Lufthansa → 652
– Privatisierung von Flughäfen → 651

Privatisierung von Bundesinstituten → 380

Privatsphäre des Abgeordneten → 682

Pro Deutsche Mitte – Initiative Pro D-Mark (Pro DM) → Initiative Pro D-Mark - neue liberale Partei

Produktionsmitteln → 696

Professorenbesoldung → 493

Program for Intensifying of Nuclear Competence (PINK) → 396

Prostitution → 486, 500, 505

PSG → Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale

Psychogruppen → 492

Psychotherapeuten → 487, 501, 707, 709

Pyrolyse → 674

Q

Qualitätssicherung → 502

Querschnittsgruppen → Sozialdemokratische Partei, Fraktion, Arbeitsgruppen

R

Rabattgesetz → 497–498

Radioaktive Abfälle → 503, 623 → Atommüll/-transporte

Radioaktivität → 389, 634

Radverkehr → 388, 503

RAF → Rote Armee Fraktion → 652

Rambouillet-Abkommen → 434

Rassismus → 349, 450, 633, 696
– Antirassismusgesetz → 696

Rates von Sachverständigen für Umweltfragen → 503

Ratspräsidentschaften in der EU → 832

Raucher/Nichtraucher → 487

Raucher/Nichtraucherschutz → 431

Raumfahrt → 396

Raumfahrtprogramm der Bundesregierung → 657

Raumpolitik → 382, 384
→ Bundesverkehrswege
– Dorferneuerungsbericht → 384
– Raumordnung (Bau- und Raumordnungsgesetz 1998) → 489
– Raumordnung an der deutsch-polnischen Grenze → 385
– Raumordnung innerhalb der Europäischen Union → 385
– Raumordnungsbericht → 382
– Raumordnungsgesetz (ROG) → 382
→ Tourismus

Raumstation, Internationale → 396

Raumtransportsystem SÄNGER → 677

Reaktorunfall von Tschernobyl → 319, 390, 415, 652

Rechenschaftsberichte der Parteien → Parteien, Rechenschaftsberichte

Rechnungsprüfungsausschuss → 458, 457, 460, 463

Rechts- und Innenpolitik → 306, 310
– Kriminalitätsbekämpfung → 306
– Bundeskriminalamtsgesetz → 306

Rechtsanwalt → 495
– Berufsrechte → 494
– Gebührenordnung/Rechtsanwaltsvergütung → 481, 495

Rechtsausschuss → Ausschüsse des Deutschen Bundestages, Rechtsausschuss

Rechtsberatung → 627

Rechtschreibung → 481

Rechtsextremismus → 350, 493

Rechtspflege → 482

Rechtsstaatlichkeit → 485

Rechtsstellung der Abgeordneten → 412

Reden im Plenum → Plenarreden

Redepflicht → 406

Rederecht im Deutschen Bundestag → 406–407
→ Plenarreden ausländischer Gäste im Bundestag
– Rederecht von Bundesratsmitgliedern → 414

Redezeit → 419, 447

Referendum → Volksbegehren/-entscheid/-initiative in das Grundgesetz

Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages → 241, 448 → Verkleinerung des Deutschen Bundestages

Regenerative Energien → 672

Regierungsbefragung → 650–658

Regierungsbildung → 296–298 → Koalition/Regierungskoalition
– Bibliographie → 297–298

Regierungserklärungen → 297, 311–325, 327, 336–337, 405–406, 418

Regierungskriminalität → 707

Regierungsmitglieder ohne Bundestagsmandat → 299 → Inkompatibilität

Regierungsprogramm → 318, 320, 324, 422

Regierungssprecher → 281 → Sprecher der Bundesregierung

Regierungswechsel → 299

Regionalförderpolitik → 627 → Raumpolitik

Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post → 364, 497, 644

Regulierungsrat beim Bundesministerium für Post und Telekommunikation → 568

Rehabilitation unter ökonomischen Gesichtspunkten → 491

Rehabilitierung der Opfer der Boden- und Industriereform → 707

Reichsbahn → 708

Reichsknappschaftsgesetz → 595

Reichstagsgebäude → 401, 741, 749–753
– Architektur, Kunst und Ausstellungen → 754–757, 794
– Deutscher Reichstag → 824
– Inschrift „DEM DEUTSCHEN VOLKE“ → 753
– Kunstwerk „Der Bevölkerung“ von *Hans Haacke* → 413, 437
– Plenarbereich, Einweihung → 451
– Umbauarbeiten → 401, 739, 749–757
– Verhüllung → 749

Reichstagspräsidentenpalais → 750, 752

Reichsversicherungsordnung → 595

Reichtumsbericht → Armuts- und Reichtumsbericht

Reisekosten für Abgeordnete → 729

Reisemarkt → 363

Reisen (Auslandsreisen) der Abgeordneten → 833–834

Religion → Abgeordnete, Konfession/Religion

Religionsgemeinschaften → 506, 707

Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach in Brandenburg → 425, 592

Religiöse und weltanschauliche Überzeugungen → 494

„Remailing“ → 489

Rente → Riester-Rente → 649

Rente → 644 → Altersentschädigung für Abgeordnete

Rente mit 60 → 642

Rente, Betriebsrente → 707

Renten → 649, 709

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit → 499

Renten, Hinterbliebenenrentengesetz → 595

Rentenalter → 635

Rentenanpassung → 335, 642, 644

Rentenbeiträge → 416

Rentenberechnung Ost → 484

Rentenbesteuerung → 635

Rentenbroschüre → 656

Rentendiskussion in der SPD → 639

Rentenkürzungen → 484

Rentenniveau → 642

Rentenpolitik → 417, 499 → Alterssicherung

Rentenrecht → 709

Rentenreform → 630

Rentenreformgesetz 1999 → 485

Rentenreformgesetz → 372, 379, 431

Rentensystem → 708

Renten-Überleitungsgesetz → 484, 597, 706, 708

Rentenüberleitungs-Korrekturgesetz → 484

Rentenversicherung → 319, 372, 379, 404, 430–431, 442, 484–485, 499, 611–612, 621, 634–636, 638, 651, 656, 706, 708

REP → DIE REPUBLIKANER

Repräsentative Wahlstatistik → Wahlstatistik, Repräsentative → Wahl zum Bundestag, Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht → Wahlen zum Bundestag

Reptilien → 709

Republikaner → DIE REPUBLIKANER

REPUBLIKANER, DIE (REP) → 10

Resolution 1244 (1999) des der vom 10.Juni 1999 → 405

Rheumabekämpfung → 380

Richter, Unabhängigkeit der → 494

Richterliche Unabhängigkeit → 701

Richterwahl → 594

Richterwahlausschuss → 453, 562

Richterwahlgesetz → 562

Riester-Rente → 649

Rindfleisch, britisches → 634

Rindfleischimport → 318

Risikobewertung und Risikomanagement → 671

Risikokapitalversorgung → 483

Risikostrukturausgleich → 381, 649

Rohöl → 356 → Kraftstoff

Rohstoffabkommen → 362

Rohstoffe → 362

Rohstoffe → 672

Rohstoffe, nachwachsende → 674

Rohstoffe, Nachwachsende → 675

Röntgenuntersuchungen → 389

Rotary → 506

Rote Armee Fraktion (RAF), RAF-Aussteigerprogramm → 652

Rücktritt vom Amt des Bundesministers → 325

Rüge → Ordnungsmaßnahmen

Ruhestand → 484

Ruhestandsregelungen → 652

Rundfunk → 482, 630

Rundfunk, öffentlich-rechtlicher → 364

Rundfunkanstalten → ARD

Russische Nordflotte → 623

Russland → 310, 643, 801, 832 → Sowjetunion

Rüstung → 490, 622, 674 → Kampfstoffe → Waffen
- Rüstungsaltlasten → 385, 497
- Rüstungsexport → 366–367, 643, 656
- Rüstungsexportkontrolle → 310, 625
- Rüstungskontrolle → 310, 343–344, 677 → Abrüstung → Jahresabrüstungsbericht → KSE-Vertrag

S

Saale → 620

Saatgutrecht → 370

Sachenrechtsänderungsgesetz → 595

Sachregister und Sprechregister → 773

Sachsen, Staatsregierung → 590

Sachsenhausen, Konzentrationslager → 450 → Konzentrationslager

Sächsische Staatsregierung → 654

Sachverständigenkommission des Bundespräsidenten zu Abgeordnetenentschädigungen → 698

Sachverständigenrat für Umweltfragen → 415, 390

Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration → 350

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
- Jahresgutachten zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung → 319–320, 353, 361, 415, 482, 654–655, 658
- Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung → 353, 361

Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen → 381

Sainte-Laguë/Schepers Berechnungsverfahren → 465

Saudi-Arabien → 656

Säuglingsfertignahrung und Folgemilch → 379

Säuglingsnahrungswerbegesetz → 380

Schadstoffe → 624

Schadstoffemissionen → 482

Scheinselbständigkeit → 485, 499, 636, 641, 654

Schienenverkehr → Bahnpolitik/Eisenbahn

Schiffbau → 366

Schifffahrt → 619

Schiffssicherheit → 385, 386

Schill → Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill)

Schlachtvieh → 707 → Tierhaltung

„Schlanker Staat“ → 633

Schlechtwettergeld → 335, 484, 642, 654

Schleswig-Holstein → 636

Schmierstoffe → 369

Schriftführer des Bundestages → 558

Schriftliche Fragen → 659–661, 681

Schuhindustrie → 618

Schulbildung → Abgeordnete, Bildung

Schulden der DDR → 620

Schulden der Kommunen → 483

Schuldenausschusses bei der Bundesschuldenverwaltung → 564

Schuldenverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes → 564

Schuldrecht → 494, 657

Schuldrechtsanpassungsgesetz → 440, 598

Schulen, Ganztagsschulen → 650

Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen → 691

Schutz des ungeborenen Kindes → 485

Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz → 423, 426, 485, 610

Schwangerschaftsabbruch → 411, 485, 692

Schwangerschaftsberatung → 423, 642

Schwangerschaftskonfliktgesetz → 638

Schwangerschaftsprävention → 423

Schwankungsreserve → 499

Schwarzarbeit → Beschäftigung, illegale

Schwarzfahren → 481

Schweden → 800, 805, 807, 819

Schweden → 831

Schweinemastskandal in Bayern → 646 → Tierhaltung

Schweiz → 637

Schweizerische Eidgenossenschaft → 580

Schwerbehinderte → Behinderte

Schwule → Homosexualität

Scientology-Unternehmen → 653

SED → DDR – Deutsche Demokratische Republik
– Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ → 401, 413, 491, 526, 534–536, 548, 553–554
– Opfer des SED-Regimes → 308
– SED-Unrechtsbereinigungsgesetze → 504
– Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR → 567

Seeschifffahrt → 387, 503

Sekten → 492 → Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, „So genannte Sekten und Psychogruppen“

Selbständigkeit → 499, 629
– Scheinselbständigkeit → 485

Selbsthilfeorganisationen in der EU → 655

Selbstverwaltung der Gemeinden → 691

Senioren → 654

Seuchenrechtsneuordnungsgesetz → 501

Sexualaufklärung → 423, 485

Sexualverbrechen/-straftaten → 411, 480–481, 495, 653, 707, 709
– Nötigung in der Ehe → 412
– Missbrauch von Kindern → 495
– Sextourismus → 505

SFOR-Friedensmission im früheren Jugoslawien → 428
– SFOR-Folgeoperation → 432–433

Sibirische Lager → 709

Sicherheit auf der Ostsee → 388

Sicherheit von Castor-Transporten → 416

Sicherheit, Innere → 308, 310

Sicherheitsdienste, Private → 479

Sicherheitsfragen → 822

Sicherheitsmaßnahmen in der Seeschifffahrt → 386

Sicherheitspolitik → 310, 323, 333, 406, 415, 622

Sicherheitspolitik der EU → 832

Sicherheitsrat → Vereinte Nationen, Sicherheitsrat

Sicherungssysteme, soziale → 636

Sicherungsverwahrung → 481, 495, 709

Siedlungsentwicklung und Siedlungspolitik → 386

Sitz des Bundestages → 401

Sitzordnung im Plenum → 401–402

Sitzungen, Öffentliche und nichtöffentliche → 448

Sitzungsdauer, durchschnittliche, der Plenarsitzungen → 403

Sitzungsstatistik → Fraktionen, Sitzungsstatistik → Gruppen, Sitzungsstatistik

Sitzungsstatistik → 401, 448
– der Ausschüsse → 453–456

Sitzungsstatistik für Ältestenrat, Präsidium und Kommissionen des Ältestenrates → 243

Skandal-Video in Hammelburg → 718

SKET Schwermaschinenbau GmbH Magdeburg → 635

Smog → 655

Software-Patente/Open source → 506

SOKRATES, EU-Bildungsprogramm → 395

Soldaten als Petenten → 701

Soldatengesetz → 655

Solidargemeinschaft → 599

Solidarität → Bürgerrechtsbewegung Solidarität

Solidaritätszuschlag → 425, 611, 617, 634, 639

Solidarpakt → 322

Sommersmogverordnung → 655

Sonderabfallskandal → 637

Sonderausschuss „Maßstäbegesetz/Finanzausgleichsgesetz“ → 462, 479, 507

Sonderausschüsse, Anzahl der Sitze → 136

Sondersitzung nach Art 39 Abs. 3 GG → 403–406

Sonderveranstaltungen des Deutschen Bundestages → 406–407, 449–451

Sorgerecht → 706

Soroptimist → 506

Sowjetische Besatzungszone 1945- 1949 → 652, 707

Sowjetunion → 621 → Russland

Sozialbeirat, Gutachten des → 372, 379

Sozialbericht → 371

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Fraktion im Bundestag
– Arbeitsgruppen → 264–268
– Parlamentarische Geschäftsführer → 256–258
– Vorsitzender → 256–258, 294
– Vorstand → 161–162, 164–165, 167, 256–258

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Partei
– Kandidatur für die Bundestagswahl → 7–8, 10
– Kanzlerkandidat → 294
– Parteivorsitzende → 260, 294, 303
– Rechenschaftsberichte der Partei → 97, 111
– Staatliche Teilfinanzierung der Partei → 74–81
– Wahlergebnis bei der Bundestagswahl → 21–27
– Wahlergebnis bei der Europawahl → 810–811
– Wahlkampfslogans → 10–14

Soziale Dienste → 623

Soziale Sicherheit → 417, 643

Soziale Sicherungssysteme → 642

Sozialen Leistungen → 624

Soziales Jahr, freiwilliges → 500

Sozialgesetzbuch
– Erstes → 609
– Zweites → 484
– Drittes → 374, 596, 599, 611
– Viertes → 374, 599, 706
– Fünftes → 379, 381, 404, 415, 424, 426, 430–431, 486–487, 501–502, 598–599
– Sechstes → 371–372, 379, 484, 706
– Siebentes → 365, 370
– Achtes → 376
– Neuntes → 371, 382, 499
– Elftes → 372, 380, 484, 501, 599

Sozialhilfe → 278, 280, 360, 486, 500, 637, 642 → Arbeitslosenhilfe

Sozialpolitik → 305, 309, 371

Sozialstaat → 305, 309, 491

Sozialstruktur des Bundestages → Abgeordnete, Alters- und Sozialstruktur

Sozialversicherung → 374, 434, 485, 499, 626, 637, 649, 706

Soziokultur → 627

Spanien → 805, 807, 819

SPD → Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Spielzeug, Sicherheit → 370

Sport/Sportförderung → 310, 346, 490, 493, 505, 621, 626, 630

Sportausschuss → Ausschüsse des Deutschen Bundestages, Sportausschuss

Sportgemeinschaft Deutscher Bundestag e.V. → 742

Sprache → Deutsche Sprache

Sprache, deutsche → 629–630

Sprecher der Bundesregierung → 281

Spürpanzers Fuchs → 655

Staatsakt → 450–451 → Trauerstaatsakt für verstorbene Politiker

Staatsangehörigkeit
– Auslieferung → 691
– Doppelte Staatsangehörigkeit → 706
– Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit → 431, 445
– Staatsangehörigkeitsrecht → 436, 492, 579, 701

Staatsbegräbnis → 450

Staatsbürgerschaftsrecht → 308

Staatsquote → 305

Staatsratsgebäude der DDR → 742

Staatssekretär, beamteter → 281–288

Staatssicherheit der DDR, Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit in der DDR (MfS/AfNS) → 121–122, 516–517, 708–709
– Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik → 130, 348, 563, 567
– Überprüfung der Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit → 121–122, 588

Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik → 493, 567 → Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Staatsziel Tierschutz → Grundgesetz, Art. 20a → Tierschutz als Staatsziel

Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der EU-Mitgliedstaaten → 356, 360

Stabilitätsprogramm → 656

Städte → 624–625, 629, 654

Städtebau → 310, 383, 489, 503–504, 623

Stammzellen, menschliche embryonale/Stammzellgesetz → 440, 504

„Stand der Gesetzgebung des Bundes“ (GESTA), Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages → 606, 774

Ständige Ausschüsse, Anzahl der Sitze → 136

Stasi-Unterlagen-Gesetz → 493, 563, 655

Statistische Ämter der Länder → 42

Statistisches Bundesamt → 41, 274, 359

STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN (STATT Partei) → 7, 8, 21, 74–79, 97, 112, 810

Steinkohlebergbau → 416

Stellvertreter des Bundeskanzlers → 279

Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Bundestages → Vizepräsidenten

Stenographische Berichte (Plenarprotokolle) → 403, 421

Sterbegeld (Überbrückungsgeld) für Abgeordnete → 729

Sterilisation → 351

Steuer
- Benzinsteuer → 643
- Besteuerung von geldwerten Vorteilen → 706
- Einkommensteuer → 482, 596, 599, 652
- Energiesteuer → 306, 640
- Erbschaft- und Schenkungssteuer → 595, 634, 643–644, 647
- Flugkraftstoffbesteuerung → 392
- Gewerbeertragssteuer → 694
- Gewerbekapitalsteuer → 305, 694
- Gewerbesteuer → 305, 689, 695
- Jahressteuergesetz → 404, 415, 423–424, 427–428, 482, 599, 652, 706
- Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetz → 482, 652
- Mehrwertsteuer → 442, 637, 640–642, 644
- Mineralölsteuer/Mineralölsteuergesetz → 356, 437, 496–497, 609, 637, 640, 642, 646
- Ökosteuer → 335, 496, 628, 644–645, 656
- Rentenbesteuerung → 635
- Steueränderungsgesetz → 496, 596, 611
- Steuerbeamten-Ausbildungsgesetz → 497
- Steuerberatungsgesetz → 358–359
- Steuerbereinigungsgesetze → 596, 609, 496
- Steuerehrlichkeit → 658
- Steuerentlastungsgesetz 1999 → 334, 433–435, 496, 611, 640, 654
- Steuerentlastungsgesetzes → 640
- Steuerfreistellung → 305
- Steuergerechtigkeit für Familien → 308
- Steuergesetze → 654
- Steuermehreinnahmen → 643
- Steuerpolitik → 305, 307–308, 416–417, 630, 642, 648, 650, 656
- Steuerrecht → 631
- Steuerreform → 496, 649, 708
  - Steuerreform- und Rentenreformkommission → 652
  - Dreistufige Steuerreform → 307
  - Ökologische Steuerreform → 432, 434, 436, 442, 482, 496, 641
  - Steuerreformgesetze → 430, 483, 579, 653
  - Unternehmenssteuerreform → 428
- Steuersätze → 638
- Steuerschätzung → 405, 416, 648, 650
- Steuersenkung/Steuersenkungsgesetz → 437, 596, 643
- Steuervergünstigungen → 443 → Subventionsbericht
- Steuervergünstigungsabbaugesetz → 443
- Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz → 496
- Steuerverwaltung → 701
- Stromsteuer → 496, 643, 646
- Substanzsteuern → 415, 427
- Umsatzsteuer → 428, 496, 610, 648, 689
- Umsatzsteueraufkommen → 507, 695
- Unternehmensbesteuerung → 359, 428, 437, 496, 610, 641, 650, 694
- Verfassungsmäßigkeit der Steuerpolitik → 642
- Vermögensteuer → 436, 595
- Verteilung der Steuern → 691

„Steuerung Umzug Berlin“ (StUB) → 741

„Stichwort“, Schriftenreihe, Veröffentlichung der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages → 785–786

Stiftung
- Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR → 567
- CAESAR → 568
- Carlo-Schmid-Stiftung → 451
- „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ → 569 → Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin
- Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) → 568
- „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ → 345, 360, 437, 492, 569, 646, 655
- „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.“ → 588–589
- „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn → 566
- für „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“ → 568
- Jüdisches Museum Berlin → 656
- für das sorbische Volk → 567

Stiftungen, parteinahe → 618

Stiftungsrecht → 495, 505

Stimmenzählung → 680

Straffreiheit → Indemnität

Strafgefangene → 642

Strafgesetzbuch → 423, 425, 427, 480, 485, 495, 599

Strafprozessordnung → 117, 352, 430, 480, 482, 494–495, 598, 608

Strafrahmenharmonisierung → 481

Strafrechtsentwicklung und Justizbelastung → 621

Strafverfahren → 480, 494

Strafverfolgung → 627

Strafvollzug → 595, 623, 701, 709

Strahlenbelastung → 389

Straßenverkehr → Verkehr/-spolitik

Streitkräfte in Europa → 655

Streitkräfte, alliierte → 622

Strom
→ Elektrizitätsversorgung
→ Energiepolitik
– Stromeinspeisungsgesetz → 363, 637, 707, 709
– Stromerzeugung → 306, 437, 497, 498, 503, 642, 672, 677 → Atomenergie → Kernenergie
– Stromsteuer → 496, 643, 646

Strukturfonds der Europäischen Union → 627

Studienabschlussförderung → 395

Subsidiaritätsbericht → 358–360, 364–365

Subsidiaritätsprinzip → 490, 830–831

Substanzsteuern → 415, 427

Subventionsabbau → 654

Subventionsbericht → 354

Sucht- und Drogenpolitik → 309

Süddeutsche Zeitung → 327

Sudetendeutsche Landsmannschaft → 635, 648, 655

Südosteuropa → 321–322, 345–346, 655

Südpazifik/Südsee → 404

Südschleswigscher Wählerverband (SSW) → 74–78, 80–81, 98, 112

T

TAB → Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag

Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus → Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ (27. Januar)

Tagesordnung im Bundestag → 421, 680

Tagungsstätten, des Bundestages → 401

Tarifliche Entlohnung → 498, 579

Täter-Opfer-Ausgleich → 481

„taz“, Tageszeitung → 634

Technik/Technologie → 308, 397, 643, 656, 672, 674–675, 821

Technikakzeptanz /Technikfeindlichkeit → 671, 674, 677

Technikfolgenanalysen → Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag

Teilzeitarbeit → 378, 484, 499, 656

Telefonüberwachung → 351–352

Telekom, Deutsche → 506

Telekommunikation → 364, 481, 489, 497, 598, 629, 651, 676

Telematik → 619

Terrorismus/Terrorismusbekämpfung → 310, 322–323, 327–329, 346, 439, 442, 480, 493, 495, 496, 504, 657, 821, 832 → RAF
– Terroranschläge in den Vereinigten Staaten von Amerika (11. 9. 2001) → 322, 328–329, 346, 406, 439, 442

Theresienstadt, Konzentrationslager → 449 → Konzentrationslager

Thüringen, Verkehr → 388, 590

Tibetische Exilregierung → 708

Tierarzneimittel → 623

Tierarzneimittelrechtliche Vorschriften → 499

Tiere, Klonen von Tieren → 675, 677

Tierhaltung → 495, 709
– Legehennen → 369, 498
– Massentierhaltung → 706
– Pelztiere → 707
– Schlachtvieh → 707
– Schweinemastskandal in Bayern → 646

Tierschutz → Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)

Tierschutz → 309, 368, 483, 652–654, 691, 707

Tierschutz als Staatsziel → 437, 441, 693, 697–698 → Grundgesetz, Art. 20a und 20b

Tierversuche → 693

Tokaimura, Atomunfall → 416

Toleranz → 416, 494

Tourismus → 308, 360, 362, 365, 382, 391, 490, 505, 626, 628–629, 631, 671, 674–677

Transatlantische Beziehungen → 417

Transferleistungen, soziale → 305

Transformationsländer → 507

Transfusionswesens (Transfusionsgesetz) → 487

Transitverkehr → 639

Transplantation/Transplantationsgesetz → 412, 430, 481, 486–487 → Xenotransplantation

Transrapid (Magnetschwebebahn) → 488, 624, 627, 636–637, 643, 653, 707

Trauerstaatsakt für verstorbene Politiker → 450–451

Treuhand /Treuhand-Nachfolgeeinrichtung → 591, 618, 623, 634

Trinkwasserrichtlinie der EG → 379

Tropenwald → 619

Tropenwaldbericht → 368

Tschechische Republik → 320, 333, 428, 431 → Deutsch-tschechische Beziehungen

Tschernobyl → 319, 390, 415, 652

Tschetschenien → 318, 415, 627, 643

Türkei → 422, 479, 643

U

UAP → UNABHÄNGIGE ARBEITER-PARTEI (Deutsche Sozialisten)

Überbrückungsgeld („Sterbegeld") für Abgeordnete → 729

Übergangsgeld bei Ausscheiden von Mitgliedern der Bundesregierung und Parlamentarischen Staatssekretären → 653

Übergangsgeld für Abgeordnete → 730

Überhangmandat → 3, 60–63, 114, 248

Überprüfung der Abgeordneten auf eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit → 121–122, 588, 591–592

Überstundenabbau → 639

Überwachung von Wohnungen zum Zweck der Strafverfolgung → 690

Überweisungsgesetz → 493

U-Boote → 637

„Umbau des Sozialstaates" → 305

Umsatzsteuer → 496, 610, 648, 689

Umsatzsteueraufkommen → 507, 695

Umwelt/-politik → 306–307, 309, 389–391, 488, 490, 503, 507, 623–624, 644, 674–675, 677, 832
→ Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung"
→ Immissionsschutz
→ Ozon
→ Strahlenbelastung
– Umwelt- und Sozialstandards im internationalen Handel → 490
– Umweltauditgesetz → 391
– Umweltbericht → 391
– Umweltfreundliche Maßnahmen bei den Bauten des Bundes in Berlin → 387
– Umweltfreundlichere Verkehrsträger → 674, 677
– Umweltgesetzbuch → 491, 620
– Umweltgutachten → 390, 488, 503
– Umweltinformationsgesetz → 391
– Umweltmaßnahmen in der Seeschifffahrt → 386
– Umweltökonomie → 619
– Umweltrecht → 309
– Umwelt-Sachverständigenrat → 644
– Umweltschutz → 391, 633, 671–672, 676, 831
– Umwelttechnik → 672, 677
– Umweltveränderungen, globale → 390–391
– Umweltverträglichkeit → 621, 625

Umzug des Bundestages und der Regierung nach Berlin → 274, 401, 741
– Bibliographie → 744–748
– Chronik → 739–744
– Personaltausch → 771
– „Steuerung Umzug Berlin" (StUB) → 741

Umzugsbeauftragte
– der Bundesregierung → 742
– des Deutschen Bundestages → 274, 740

UNABHÄNGIGE ARBEITER-PARTEI (Deutsche Sozialisten) (UAP), Kandidatur für die Bundestagswahl 1994 → 7

Unfall- und Berufskrankheiten → 365, 370–371

Unfallhäufigkeit → 488

Unfallverhütungsbericht → 383

Unfallversicherungs-Einordnungsgesetz → 371, 484

Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz → 370

Ungarn → 320, 431

UNIDO (United Nations Industrial Development Organization) → Vereinte Nationen

Unionsvorlagen → 603–605, 680–681

Unlauterer Wettbewerb → 481

UNO → Vereinte Nationen

Unterausschüsse des Deutschen Bundestages → 457–464
– des Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz" → 458, 485
– des Ausschusses für Kultur und Medien „Neue Medien" → 462, 464, 506
– des Ausschusses für Wirtschaft „Aufbau-Ost" → 458
– des Ausschusses für Wirtschaft bzw. Ausschuss für Wirtschaft und Technologie bzw. Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit „ERP-Wirtschaftspläne" → 458, 460, 463
– des Ausschusses für Wirtschaft bzw. Ausschuss für Wirtschaft und Technologie bzw. Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit „Regionale Wirtschaftspolitik" → 458, 460, 463
– des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie „Telekommunikation und Post" → 460, 497–498
– des Auswärtigen Ausschusses „Abrüstung und Rüstungskontrolle" bzw. „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung" → 457, 460, 463, 479
– des Auswärtigen Ausschusses „Auswärtige Kulturpolitik" → 345, 457, 460, 479
– des Auswärtigen Ausschusses „Globalisierung und Außenwirtschaft" → 463
– des Auswärtigen Ausschusses „Menschenrechte und Humanitäre Hilfe" → 457, 479
– des Auswärtigen Ausschusses „Vereinte Nationen/Internationale Organisationen" → 457, 460, 463
– des Haushaltsausschusses zu Fragen der Europäischen Union → 463

– des Rechtsausschusses „Europarecht“ → 458, 460, 463
– Unterausschuss/Arbeitsgruppe des Verteidigungsausschusses
  – „Weiterentwicklung der Inneren Führung ... “ → 464
  – „Streitkräftefragen in den neuen Bundesländern“ → 458, 461
  – „Zukünftige Luftverteidigung“ → 458

Unternehmen in Deutschland → 306, 365, 597, 618, 621, 624
– unzuverlässige Unternehmen → 498, 579
– Fusion und Konzentration → 626
– Unternehmensbesteuerung → 359, 428, 437, 496, 610, 641, 650, 694
– Unternehmensübernahmen (Übernahmegesetz) → 483, 496
– Unternehmer → 629

Unternehmenssteuerreform → 428

Untersuchungsausschuss
– „DDR-Vermögen“ (2. UA 13. WP) → 404, 512, 516–517, 521
– „Parteispenden“ (1. UA 14. WP) → 513, 517–518, 521, 593
– „Plutonium-Schmuggel“ (1.UA 13. WP) → 511, 515–516, 521, 590, 592
– „Wahlbetrug“ → 514, 518–519
– des Ausschusses für Verteidigung → 509–510, 519–520

Untersuchungsausschüsse → 114, 492, 509–524, 612, 662
– Anzahl der Sitze → 136
– Sitzungsstatistik → 448, 453
– Untersuchungsaufträge → 515–520
– Untersuchungsausschussgesetz → 492, 509, 612, 682
– Zeugenvernehmung → 645

Unvereinbarkeit des Abgeordnetenmandats mit Ämtern und Funktionen → Inkompatibilität

Unvereinbarkeitserklärung von Gesetzen → 567

Unverletzlichkeit der Wohnung → 691

Uran → 620

Uranhaltige Munition → 646

Urheberrecht → 350, 492, 495, 505, 628

USA → Vereinigte Staaten von Amerika

V

Verband der Parlaments- und Verhandlungsstenographen e.V. → 836–837

Verbände → 506, 508

Verbraucherinformationsgesetz → 498, 579

Verbraucherorganisationen → 483

Verbraucherpolitik/-schutz → 309, 318, 322–323, 499, 502, 579, 624, 631, 708

Verbrechensbekämpfung → 481, 598, 627, 821

Verdi (Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft/ver.di) → Abgeordnete, Gewerkschaftsmitgliedschaft

Vereidigung vor dem Bundestag → 558
– des Bundespräsidenten → 561
– des Kabinetts und der Kabinettsmitglieder → 297, 406

Verein Deutscher Ingenieure → 750

Vereinbarte Debatten → 415–417

Vereine → 628

Vereinigte Arabische Emirate → 655

Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft/ver.di → Abgeordnete, Gewerkschaftsmitgliedschaft

Vereinigte Staaten von Amerika (USA), Terroranschläge vom 11. 9. 2001 → 322, 328–329, 346, 406, 439, 442 → Terroranschläge

Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages e.V., ab 1984: Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e.V. → 837–838

Vereinigungen → Parlamentarische Vereinigungen

Vereinsförderung → 496

Vereinte Nationen → 310, 318, 320, 824 → Weltfrauenkonferenz → Weltklimakonferenz → Weltkonferenz zur Zukunft der Städte
– Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte → 641
– Campus in Bonn → 656
– Hochkommissar für Menschenrechte → 647
– Reformen der → 622
– Satzung → 327–329, 346
– Sicherheitsrat → 322, 405, 439
  – Resolution 1244 (1999) → 437
  – Resolution 1368 (2001) → 327–329, 346
  – Resolution 1373 (2001) → 327–329, 346
  – Resolution 1378 (2001) → 406
  – Resolution 1383 (2001) → 406
  – Resolution 1386 (2001) → 406
– Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) → 377
– UNIDO (United Nations Industrial Development Organization) → 652
– Westsahara-Friedensplan → 344
– Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den VN → 345

Vereinte Nationen, Waffenübereinkommen → 651 → Waffen

Verfassunggebende Nationalversammlung 1848 → 416

Verfassungsdiskussion in der Europäischen Union → 505

Verfassungsgebende Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche → 412

Verfassungsklage gegen das Land Nordrhein-Westfalen → 656

Verfassungsklagen aus dem Bundestag → 591

Verfassungskonvent → Europäische Union, Verfassungskonvent

Verfassungsmäßigkeit der Steuerpolitik → 642

Verfassungsorgane
– des Bundes in Berlin → 654
– Schutz der Verfassungsorgane → 757–758

Verfassungsorgantreue → 592

Verfassungsschutz → Bundesamt für Verfassungsschutz

Verfassungswidrig → 567

Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergaberecht) → 489

Vergabepraxis durch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung → 657

Vergaberecht → 366, 498, 630

Vergabeverfahren bei öffentlichen Aufträgen → 623

Vergasung → 674

Vergewaltigung → 706
– in der Ehe → 412, 425, 427, 429

Vergütung → Rechtsanwaltsvergütung → 495

Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages (Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, Anlage1) → 479, 492, 681–683

Verhältniswahl → 559

Verhüllung des Reichstagsgebäudes → 749 → Reichstagsgebäude

Verhütung vor ungewollten Schwangerschaften → 423, 485

Verkehr/-spolitik → 307, 309, 323, 334, 387–388, 507, 619, 629, 677
– Autobahn → 503, 701, 708
  – Vignette → 334, 635
– Fernverkehr → 701
– Kombinierter Verkehr → 387
→ Güterverkehr, Güterkraftverkehr (LKW-Verkehr)
– Öffentlicher Personenverkehr → 307, 383–384, 388
– Personenkraftwagen (PKW) → 482
– Radverkehr → 388, 503
– Schifffahrt → 619
– Straßenbau → 383, 649
– Straßenverkehr → 309, 383, 503, 622–623, 674, 677 → Unfallverhütungsbericht
  – Bundesstraßen → 701, 708
  – Mautpflicht im Straßennetz → 388
– Straßenverkehrsgesetz → 383, 423, 432, 481, 488, 609, 652
– Umweltfreundlichere Verkehrsträger → 674, 677
– Verkehr in Thüringen → 388
– Verkehr und Kinder → 501
– Verkehrsbericht → 322, 387
– Verkehrsinfrastruktur → 627
– Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft → 503, 580, 657
– Verkehrslärm → 488
– Verkehrsnetze → 677
– Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ → 657
– Verkehrssicherheit → 622, 628
– Verkehrssünder → 383, 384
– Verkehrstelematik → 503
– Verkehrsvermeidung → 621

Verkleinerung des Deutschen Bundestages → 2, 474
– Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages → 241, 448

Verlagserzeugnisse → 657

Vermittlungsagenturen → 441

Vermittlungsausschuss → 367, 404, 423–425, 427, 430, 437–438, 453, 562, 583–587, 593, 607, 610–611, 665
– Anzahl der Sitze → 136
– Bibliographie → 585–587
– Vorsitzende → 584–585
– Mitglieder → 591
– Statistik → 584
– Zusammensetzung → 583

Vermögen → 620

Vermögensbeteiligungsgesetz → 485

Vermögensbildung → 485, 500

Vermögensbildungsgesetz → 374

Vermögensgesetz → 495

Vermögensrecht → 495–496

Vermögensschutz → 481

Vermögensteuer → 436, 595

Vermögenswerten → 623

Vermögenswirksame Leistungen → 374

Vermögenszuordnung → 623

Vermögenszuordnungsgesetz → 623

Veröffentlichungen → Bibliographien

Verpackungen → 658

Verpackungsabfällen → 652

Verpflegungspauschale bei eintägigen Dienstreisen → 706

Versammlung der Westeuropäischen Union → Westeuropäische Union

Versammlungsgesetz → 480, 493, 608

Verschuldung → 496

Verschuldung in den Entwicklungsländern → 504

Versicherung → Sozialversicherung

Versicherungsrechtliche Vorschriften → 609

Versicherungsvertragsrecht → 708

Versorgungsänderungsgesetzes 2001 → 493

Versorgungsausgaben → 652

Versorgungsausgleich → 596

Versorgungsbericht → 480, 652

Versorgungsleistungen → 652

Versorgungsleistungen im öffentlichen Dienst → 348, 480

Versorgungsreformgesetz → 348, 434

Verstromungsgesetz → 595

Vertagung der Beratung → 421

Vertagung der Sitzung → 421

Verteidigungsausschuss → Ausschüsse des Deutschen Bundestages

Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss → 519–520

Verteidigungsfragen → 822

Vertrag, international, multilateral → 686, 800
→ Einigungsvertrag
→ Friedensvertrag für Bosnien-Herzegowina
→ Koalition/Regierungskoalition, Koalitionsvertrag
→ KSE-Vertrag
→ NATO, Nordatlantikvertrag
– Vertrag vom 18. Oktober 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle → 580
– über die Europäische Union → 479
– Vertrag von Amsterdam → 320, 358, 373, 431, 653, 821, 828–829, 831–832
– Vertrag von Maastricht → 618, 820, 830–831
– Vertrag von Nizza → 439, 821 → Europäischer Rat, Tagung 2000 in Nizza

Vertrauensfrage des Bundeskanzlers → 326–331, 439, 657 → Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 68

Vertrauensgremium des Haushaltsausschusses → 560, 669

Vertrauensverhältnis → 481

Vertreibung → Konvention gegen Vertreibung → 343

Verunglimpfung der Bundeswehr → 480

Verunglimpfung, verfassungsfeindliche, des Deutschen Bundestages → 682

Verurteilte Personen → 580

Verwaltung des Deutschen Bundestages → Bundestag, Bundestagsverwaltung

Verwaltung, Modernisierung → 308, 310

Verwaltungsgerichtsbarkeit → 480, 488, 598, 608

Verwaltungskosten- und Instandhaltungskostenpauschalen → 388

Verwaltungsreform → 622

Videoüberwachung → 493

Vietnam → 651

Visumspflicht → 636

Vittel, Deutsch-französischer Gipfel → 645

Vizepräsident des Bundesrechnungshofes → 563

Vizepräsident des Bundestages → Bundestag, Vizepräsidenten

Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofes → 421

V-Mann im NPD-Vorstand → 648

VN → Vereinte Nationen

VN-Sondergeneralversammlung Umwelt und Entwicklung 1997 in New York → 391

Völkermord → 691

Völkerrechtliche Verträge des Bundes → 686

Volksbegehren/-entscheid/-initiative in das Grundgesetz → 441, 493, 695–697, 699, 707

Volkskammer der DDR (10. Wahlperiode) → 157, 451

Volkswagenwerke → 647

Vorruhestand → 484

Vorstände → 597

VW → Volkswagenwerke

W

Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz → 373, 404, 415, 426, 484, 579

Waffen → 620 → Rüstung
– ABC-Waffen → 693 → Waffen
– Atomwaffen → 333, 404, 633
– Kriegswaffenexport → 655
– Kriegswaffenkontrollgesetz → 669
– Vereinte Nationen, Waffenübereinkommen → 651
– Waffenrecht → 493
– Waffensystem → Eurofighter 2000 → 653

Waffen-SS-Angehörige → 485

Wahl des Bundeskanzlers → Bundeskanzler, Wahl

Wahl des Bundespräsidenten → Bundesversammlung

Wahlabsprachen → 274

Wahlalter → 3, 6, 695, 698, 804–808

Wahlausschuss → 559

Wahlberechtigte → 14

Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl → 14
– bei den Wahlen zum Europäischen Parlament → 813

Wahlbetrug → Untersuchungsausschuss „Wahlbetrug“

Wahlbezirke → 42

Wahlbündnis → 274

Wahleinsprüche → 67

Wahlen → Briefwahl

Wahlen im Deutschen Bundestag → 421, 594, 557–570 → Bundeskanzler, Wahl

Wahlen zum Deutschen Bundestag → 41
– Bibliographie zu den Bundestagswahlen → 30–40
– Bundestagswahl 1949 → 2
– Bundestagswahl 1953 → 2
– Hochburgen → 46–60
– Kandidaten → 159
– Nachwahlen → 65–66
– Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht → 41–43
– Stimmabgabe nach Beruf → 44–46
– Stimmabgabe nach Konfession → 46
– Stimmenanteil/Mandatsanteil → 65
– Trendverschiebungen zwischen Bundestags- und Landtagswahlen → 70–72
– Ungültige Stimmen → 64
– Wahlbeteiligung → 14
– Wahlergebnis → 15–26
– Wahlergebnis in den neuen Bundesländern → 639
– Wahlprüfung → Wahlprüfung

Wahlen, Losentscheidung → 558

Wahlen, Online-Wahlen → 350

Wahlergebnis der Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland → 810–813

Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein (WSH) → 75–78

Wahlforschung → 41

Wahlgeheimnis → 4

Wahlgesetz der Bundesrepublik Deutschland für die Wahl zum Europäischen Parlament → 808–809

Wahlgesetz/Bundeswahlgesetz → 2–4, 114

Wahlkampfslogans der Parteien → 10–14

Wahlkreise/Wahlkreiseinteilung → 2–3, 21–22, 46, 347, 590

Wahlmännerausschuss → 453, 559

Wahlperiode → 69, 691

Wahlprüfung → 63, 67–68, 590 → Ausschüsse des Deutschen Bundestages, Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Wahlprüfungsgesetz → 67, 559

Wahlrecht → 2, 698 → Wahlgesetz
– aktives Wahlrecht → Wahlalter
– für Ausländer → 3, 694–695, 698
– in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften → 804–807

Wahlstatistik, repräsentative → 2, 4, 41–42, 44

Wahltag/-termin → 5, 690

Währungspolitik → 318

Währungsumstellung von DM auf Euro (Euro-Einführung) → 117, 357, 494, 637, 653–654, 657, 707

Währungsunion → Europäische Union, Währungsunion

Währungsunion, Arbeitsstab beim Bundesministerium der Finanzen → 357

Wald
– Tropenwaldbericht → 368
– Waldaktionsplan → 649
– Waldbericht/Waldzustandsbericht/Gesamtwaldbericht → 369–370, 399, 653
– Wälder, tropische → 619

Walfangkommission, Internationale (IWC) → 369

Wärme- und Stromgewinnung → Strom

Washington, Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs April 1999 → 590

Washingtoner Artenschutzübereinkommen → 321

Wasser → 506

Wasserhaushaltsgesetz → 389–390, 488

Wasserrahmenrichtlinie → 392

Wasserstoffeinsatz → 677

Wasserstraßen → 620

Wasserversorgung → 677

Wattenmeer → 635

„Wegweiser für Abgeordnete“, Veröffentlichung des Deutschen Bundestages → 778

Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages → 130, 406, 558, 714–721, 728
– Amtszeit und Wahl → 714–716
– Gesetz über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages → 558
– Jahresbericht → 375
– Leitender Beamter beim Wehrbeauftragten → 767
– Petitionen an den Wehrbeauftragten → 714, 716–717
– Wahl → 421

Wehrdienst → Zivildienst
– Wehrdienst der Abgeordneten → 173
– Wehrdienstverweigerung (in der Bundesrepublik) → 480
– Wehrdienstverweigerung (in der DDR) → 173

„Wehrkraftzersetzer“ → 480

Wehrmachtsausstellung (Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“) → 429

Wehrrechtsänderungsgesetz → 651

Wehrstrafgesetz → 608

Wehrtechnische Industrie → 497

Weibliche Abgeordnete → Abgeordnete, Weibliche

Wein, Absatzförderung für → 369

„Weiße Rose“, Widerstandsgruppe → 449

Weisungsrecht, parlamentarisches → 714, 718

Weiterbildung → 309, 504, 623, 627

Weltanschauungsvereinigungen → 707 → Religionsgesellschaften

Weltausstellung EXPO 2000 Hannover → 366, 491, 629

Weltbank → 318

Weltbevölkerung → 491

Welternährung → 483

Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen 1995 in Peking → 377, 412

Weltgesundheitsorganisation → 644

Welthandelsorganisation (WTO) → 504, 622, 628, 832

Weltklimakonferenz → Klimaschutz
– in Berlin → 318, 422, 618
– in Kyoto → 320, 323
– in Den Haag → 322

Weltkonferenz zur Zukunft der Städte URBAN 21 in Berlin 2000 → 321

Weltkrieg, Zweiter → 173, 451, 709

Weltraum → 677

Weltraumforschung → 396

Weltwirtschaft → 627

Weltwirtschaftsgipfel in Denver 1997 → 320

Weltwirtschaftsordnung → 310

Werbung → 655

Werbung auf dem Gebiet des Heilwesens → 600

Werkstoffe → 627, 671, 677

Werkunternehmeransprüche → 495

Wertpapiere → 496

Westeuropäische Union (WEU) → 341–342, 345, 570, 624, 802–803, 820, 822

Westsahara-Friedensplan → 344

Wettbewerbspolitik → 483, 492, 506, 653, 655
– Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Güterkraftverkehrsgewerbe → 360

WEU → Westeuropäische Union

WFK → Weltfrauenkonferenz

Wiederaufbau in Deutschland (nach dem Zweiten Weltkrieg) → 318

Wiederaufbereitungsanlage → La Hague

Wiedergutmachung → 701
– Wiedergutmachungsleistungen deutscher Unternehmer an jüdische Verfolgte → 356–357,

Wiedervereinigung → Deutsche Einheit

Windenergie → 630

Wirtschaft/Wirtschaftspolitik → 305–306, 308, 310, 319, 321–323, 336, 361–362, 385, 404, 415, 417, 441, 488, 491, 504, 618, 621, 628, 643, 669, 672, 707
→ „Aufbau Ost“
– Maritime Wirtschaft → 621
– Wirtschaftsbericht → Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
– Wirtschafts- und Währungsunion, Europäische → 654

Wirtschaftsforschungsinstitute → 647, 649

Wirtschaftskriminalität in den Neuen Bundesländern → 707

Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes → 564

Wirtschaftsspionage → 623

Wirtschaftswachstum → 650, 652, 707, 831
– Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz → 373, 404, 415, 426, 484, 579
– Wachstumsprognosen → 647, 649
– Wachstumsraten → 649

Wissens- und Informationsgesellschaft → 359

Wissenschaft → 306, 672

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages → 762
– Veröffentlichungen → 773–780

Wissenschaftspreis und Medienpreis für Arbeiten zum Parlamentarismus → 796–798

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH → Gesellschaft „Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH“ → 568

Wissensgesellschaft → 506

Witwenrenten → 635

Wohnbevölkerung → 14

Wohneigentumsförderung → 482

Wohnen → 491

Wohngeld- und Mietenbericht → 384

Wohngeldgesetz (WoGG) → 384, 436, 609, 611, 701

Wohngeldnovelle 2001 → 384

Wohngeldsondergesetz → 609

Wohngesetzbuches → 489

Wohnraum/Wohnungsbau/Wohnraumpolitik → 305–306, 310, 384–386, 489

Wohnraumüberwachung → 560

Wohnungsbau
– Wohnungsbau-Erleichterungsgesetz → 384

– Wohnungsbauförderung → 643
– Wohnungsbaugenossenschaften → 482
– Wohnungsbaupolitik → 503, 675
– Wohnungsbaurecht → 503

Wohnungsbindungsgesetzes → 595

Wohnungseigentum → 620, 630

Wohnungsfürsorge → 622

Wohnungsleerstand in Ostdeutschland → 645

Wohnungsmieten in den neuen Bundesländern → 489

Wohnungsprivatisierung in den neuen Bundesländern → 386

Wohnungs-Selbsthilfe-Gesetz → 482

Wohnungsüberwachung/Wohnraumüberwachung, Elektronische → 352

„World Directory of National Parliamentary Libraries“ Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages → 778

Wortentziehung → 446–447

Worterteilung und Wortmeldung → 680

WSH → Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein

WTO → Welthandelsorganisation (WTO)

X

Xenotransplantation → 675

Y

Yad Vashem, Gedenkstätte → 449–450

Z

Zahl der Mitglieder des Bundestages → 2

Zahnärzte → 639

Zeitvertragsgesetz → 394–395

ZENTRUM → Deutsche Zentrumspartei

Zentrum für Internationale Zusammenarbeit → 398

Zeugenschutz im Strafprozess → 622

Zeugnisverweigerungsrecht → 118–119, 482, 627

Zivildienst → 173, 310, 377, 624 → Wehrdienst

Zivile und militärische Dienstpflichten → 691

Zivilgerichtliche Verfahren → 481

Zivilgesellschaft → 310 → Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“

Zivilprozesses → 494

Zoll- und Handelsabkommen, Allgemeines (GATT) → 622, 821

Zollfahndungsneuregelungsgesetz → 440

Zollkriminalamt → 669

Zonta → 506

Züchtung → 674, 677

Zugaberecht an die EU-Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr → 498

Zugabeverordnung → 498

Zugreifverfahren bei Besetzung des Ausschussvorsitzenden → 465

Zukunft der Altersversorgung im öffentlichen Dienst → 491

„Zur Sache“, Schriftenreihe, Veröffentlichung der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages → 787–788

Zürich, Fughafen → 580

Zusatz- und Sonderversorgungssystemen → 597

Zusatzabgabenverordnung → 498

Zuschüsse an die Fraktionen → Fraktionen, Finanzierung

Zustimmungsgesetze → 440, 493, 577–580

Zwangsarbeiter → Entschädigung von NS-Opfern

Zwangsgelder, von der EU verhängt → 365

Zwangsvollstreckungsrecht → 481, 608

Zweiter Weltkrieg → 173, 451, 709

28 Plenarsitzungsregister

Das Plenarsitzungsregister umfasst im Anschluss an das **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 34, die laufenden Nummern und Termine der Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages des im vorliegenden Datenhandbuchs behandelten Zeitraums (13., 14. sowie 15. Wahlperiode bis zum 31. März 2003). Bei den wenigen Plenarsitzungen, die keine laufende Sitzungsnummer erhalten haben, handelt es sich zumeist um Gedenk- oder Sonderveranstaltungen, die im Plenarbereich stattfanden.

13. Wahlperiode (1994-1998)

1./10.11.1994 → 5, 69, 233, 235–236, 239, 297, 401, 680
2./15.11.1994 → 276
3./15.11.1994 → 276, 297
4./17.11.1994 → 296, 297
5./23.11.1994 → 311, 318, 297
6./24.11.1994 → 311, 318, 422
7./25.11.1994 → 311, 318
8./14.12.1994 → 664
9./15.12.1994 → 422, 603, 664, 680
10./16.12.1994 → 664
11./18.1.1995 → 632, 651
12./19.1.1995 → 318, 415, 632
13./20.1.1995 →
14./25.1.1995 → 633, 651
15./26.1.1995 → 633
16./27.1.1995 →
17./8.2.1995 → 415, 651
18./9.2.1995 → 318
19./10.2.1995 →
20./15.2.1995 → 651
21./16.2.1995 → 318, 422, 459
22./17.2.1995 → 411
23./8.3.1995 → 411, 415, 633, 651
24./9.3.1995 → 246, 633
25./10.3.1995 →
26./15.3.1995 → 651
27./16.3.1995 → 318, 618
28./17.3.1995 → 318, 422
29./28.3.1995 → 664
30./29.3.1995 → 588, 664
31./30.3.1995 → 422, 664, 715
32./31.3.1995 → 664
33./26.4.1995 → 318, 415, 422, 511, 633, 651
– /28.4.1995 → 451
34./10.5.1995 →
35./11.5.1995 → 511, 715
36./12.5.1995 → 422, 695
37./17.5.1995 → 633, 651
38./18.5.1995 → 318, 333, 423, 633
39./19.5.1995 → 423
40./31.5.1995 → 633, 651
41./1.6.1995 → 318, 415, 525–526, 617
42./2.6.1995 → 357, 423, 588
43./21.6.1995 → 633, 651
44./22.6.1995 → 318, 391, 415, 526, 633
45./23.6.1995 → 423, 633, 712
46./28.6.1995 →
47./29.6.1995 → 351, 363, 386, 411–412, 423, 512, 692
48./30.6.1995 → 423
49./13.7.1995 → 404, 415, 424, 633
50./5.9.1995 → 664
51./6.9.1995 → 618, 664
52./7.9.1995 → 664
53./8.9.1995 → 664
54./20.9.1995 →
55./21.9.1995 → 341, 361, 412, 424, 474, 563, 618, 651, 680–681, 689
56./22.9.1995 → 318
57./27.9.1995 → 633, 651
58./28.9.1995 → 415, 512, 517
59./29.9.1995 → 333, 693
60./11.10.1995 → 651
61./12.10.1995 → 318, 333, 364, 445, 618
62./13.10.1995 → 424
63./25.10.1995 → 318, 633
64./26.10.1995 → 412, 415, 527, 618
65./27.10.1995 → 318, 386, 633
66./7.11.1995 → 664, 685
67./8.11.1995 → 364, 424, 589, 664
68./9.11.1995 → 664
69./10.11.1995 → 424, 589, 664
70./22.11.1995 → 634
71./23.11.1995 → 396, 618, 634
72./24.11.1995 → 618
73./29.11.1995 → 634, 651
74./30.11.1995 → 319, 424
75./1.12.1995 → 344, 412
76./6.12.1995 → 319, 424
77./7.12.1995 → 319, 415, 527–528, 619, 634
78./8.12.1995 → 424, 634
79./17.1.1996 → 634
80./18.1.1996 → 618, 634
81./19.1.1996 →
– /19.1.1996 → 450
82./31.1.1996 → 333, 634
83./1.2.1996 → 369, 425, 618–620
84./2.2.1996 → 319
85./7.2.1996 → 634, 652
86./8.2.1996 → 319, 425
87./9.2.1996 → 425
88./28.2.1996 → 415, 634, 652
89./29.2.1996 → 344, 619, 719
90./1.3.1996 →
91./6.3.1996 → 634, 652
92./7.3.1996 → 634
93./8.3.1996 → 620
94./13.3.1996 → 634
95./14.3.1996 → 386, 415, 529
96./15.3.1996 → 425, 618
97./17.4.1996 → 634, 652
98./18.4.1996 → 377, 412, 425
99./19.4.1996 → 339, 412
100./24.4.1996 → 635
101./25.4.1996 → 319, 389, 619
102./26.4.1996 → 319
103./8.5.1996 → 635
104./9.5.1996 → 341, 349, 386, 412, 415, 425, 529, 619, 635
105./10.5.1996 → 344
106./22.5.1996 → 652
107./23.5.1996 → 362, 391, 512, 619
108./24.5.1996 → 619
109./12.6.1996 → 415, 652
110./13.6.1996 → 319, 425–426, 619, 622, 635
111./14.6.1996 → 635
112./19.6.1996 → 375, 635, 652
113./20.6.1996 → 382, 396, 618, 621, 635
114./21.6.1996 → 373, 426
115./26.6.1996 → 635
116./27.6.1996 → 380, 396, 426, 635, 694
117./28.6.1996 → 373, 426

118./9.7.1996 → 404, 512
119./29.8.1996 → 404, 415
120./10.9.1996 → 664
121./11.9.1996 → 664
122./12.9.1996 → 664
123./13.9.1996 → 415, 426, 664
124./25.9.1996 → 333, 635, 652
125./26.9.1996 → 339, 635
126./27.9.1996 → 619
127./9.10.1996 →
128./10.10.1996 → 319, 334, 365, 415, 427, 618, 635
129./11.10.1996 → 2–3, 635, 712
130./16.10.1996 → 652
131./17.10.1996 → 619–621, 635
132./18.10.1996 → 512, 635
133./30.10.1996 → 404
134./6.11.1996 → 636, 652
135./7.11.1996 → 427, 619, 621–622, 719
136./8.11.1996 → 427
137./13.11.1996 → 636
138./14.11.1996 → 427, 619–622, 740
139./15.11.1996 → 378, 427, 621
140./26.11.1996 → 664
141./27.11.1996 → 427, 589, 664
142./28.11.1996 → 664
143./29.11.1996 → 427, 664
144./4.12.1996 → 636, 652
145./5.12.1996 → 319, 344, 373, 382, 412, 620, 636
146./6.12.1996 →
147./11.12.1996 → 636, 652, 689
148./12.12.1996 → 319, 391, 563, 415, 427
149./13.12.1996 → 415, 428
150./15.1.1997 → 636
151./16.1.1997 → 237, 620–622, 636
152./17.1.1997 → 636
– /27.1.1997 → 450
153./29.1.1997 →
154./30.1.1997 → 319, 387, 428, 621–622, 636, 741
155./31.1.1997 → 319, 415, 428
156./19.2.1997 → 636, 653
157./20.2.1997 → 319, 621–622, 636
158./21.2.1997 → 621
159./26.2.1997 → 334, 636
160./27.2.1997 → 319, 345, 391, 396, 412, 428, 636, 696
161./28.2.1997 → 428, 621
162./12.3.1997 → 636, 653
163./13.3.1997 → 345, 428–429, 620–621, 681, 692
164./14.3.1997 → 369, 416
165./19.3.1997 → 636, 653
166./20.3.1997 → 392, 429, 621–623, 637
167./21.3.1997 → 351, 397, 637, 695
168./16.4.1997 → 637, 653
169./17.4.1997 → 416, 618, 622, 637
170./18.4.1997 → 622
171./23.4.1997 → 637, 653
172./24.4.1997 → 331, 429
173./25.4.1997 → 637
174./14.5.1997 → 637, 653
175./15.5.1997 → 334, 387, 412, 429, 620, 622, 637
176./16.5.1997 → 405, 416, 624
177./4.6.1997 → 319, 331, 429
178./5.6.1997 → 343, 357–358, 365
179./6.6.1997 → 620
180./11.6.1997 → 319, 375, 637
181./12.6.1997 → 319, 416, 429–430, 622
182./13.6.1997 → 340
183./25.6.1997 → 412, 430
184./26.6.1997 → 341, 349, 351, 386–387, 430, 620
185./27.6.1997 → 320, 637
186./5.8.1997 → 320, 405, 416
187./9.9.1997 → 665
188./10.9.1997 → 665
189./11.9.1997 → 430, 665, 689, 694
190./12.9.1997 → 665
191./24.9.1997 → 637, 653
192./25.9.1997 → 365
193./26.9.1997 → 525, 529, 620
194./1.10.1997 → 637, 653, 712
195./2.10.1997 → 331, 416, 430, 637
196./8.10.1997 → 653
197./9.10.1997 → 320, 430, 619, 623, 693
198./10.10.1997 → 430, 620
199./29.10.1997 → 637, 653
200./30.10.1997 → 387, 445, 623–624, 637, 719
201./31.10.1997 → 430, 623, 638, 695
202./12.11.1997 → 638
203./13.11.1997 → 320, 373, 622, 638, 693
204./14.11.1997 → 387, 430
205./25.11.1997 → 397, 665, 693, 741
206./26.11.1997 → 430, 665
207./27.11.1997 → 431, 665
208./28.11.1997 → 351, 431, 665
209./10.12.1997 → 416, 431, 638, 653
210./11.12.1997 → 320, 351, 416, 431, 638
211./12.12.1997 → 387, 623, 638
212./14.1.1998 → 638
213./15.1.1998 → 320, 334, 362, 398, 445, 638
214./16.1.1998 → 352, 431, 638, 690
– /27.1.1998 → 449
215./4.2.1998 → 638
216./5.2.1998 → 431, 623, 638, 681, 696
217./6.2.1998 → 624, 638
218./11.2.1998 → 653
219./12.2.1998 → 381, 416, 528, 621, 638
220./13.2.1998 → 2
221./4.3.1998 → 622, 638
222./5.3.1998 → 2, 387, 431, 619–621, 624, 693
223./25.3.1998 →
224./26.3.1998 → 320, 349, 431, 625, 638
225./27.3.1998 → 320, 431–432
226./1.4.1998 → 638, 653
227./2.4.1998 → 320, 365, 526, 527, 622, 624, 639
228./3.4.1998 →
229./22.4.1998 → 639, 654
230./23.4.1998 → 432, 623, 639
231./24.4.1998 → 624
232./29.4.1998 → 340, 378, 623–624, 654
233./30.4.1998 → 639
234./6.5.1998 → 639
235./7.5.1998 → 623, 639
236./8.5.1998 → 366, 529, 625
237./27.5.1998 → 412, 416, 639
238./28.5.1998 → 350, 432, 563, 623–625, 639, 690
239./29.5.1998 → 369, 622–623, 639
240./17.6.1998 → 413, 526–527, 625, 639
241./18.6.1998 → 320, 351, 366, 381, 398, 432, 512, 624–625, 639, 693–694
242./19.6.1998 → 432–433, 529
243./23.6.1998 → 525, 623–625, 712
244./24.6.1998 → 345, 351, 375, 433, 511, 519, 526, 528, 624–625, 695, 720
245./25.6.1998 → 2, 41, 433, 625, 808
246./2.9.1998 → 366, 392, 397, 665
247./3.9.1998 → 665
248./16.10.1998 → 69, 320, 405, 433

14. Wahlperiode (1998-2002)

1./26.10.1998 → 5, 69, 234, 237, 297
2./27.10.1998 → 277, 296–297
3./10.11.1998 → 297, 313, 320
4./11.11.1998 → 313, 320
5./12.11.1998 → 313, 320
6./13.11.1998 → 313, 320, 433
7./18.11.1998 → 639, 654, 742
8./19.11.1998 → 433, 640
9./20.11.1998 →
10./2.12.1998 → 640, 654
11./3.12.1998 → 640
12./4.12.1998 → 334, 433, 640
13./9.12.1998 → 640, 654
14./10.12.1998 → 320, 373, 392, 413, 416, 434, 640

15./20.1.1999 → 640, 654
16./21.1.1999 → 640
17./22.1.1999 → 640
18./27.1.1999 → 641, 654
– /27.1.1999 → 449
19./28.1.1999 → 334, 641
20./23.2.1999 → 320, 665
21./24.2.1999 → 665
22./25.2.1999 → 434, 665
23./26.2.1999 → 665
24./3.3.1999 → 434, 641, 654
25./4.3.1999 → 416, 434–435, 641
26./17.3.1999 → 641, 654
27./18.3.1999 → 320, 331, 435, 641
28./19.3.1999 → 641
29./24.3.1999 → 641
30./25.3.1999 → 4, 416, 435, 641, 808
31./26.3.1999 → 320
32./15.4.1999 → 321, 405
33./19.4.1999 → 321, 401, 742, 795
34./21.4.1999 → 641, 654
35./22.4.1999 → 321, 641
36./23.4.1999 → 332
37./4.5.1999 → 665
38./5.5.1999 → 435, 665
39./6.5.1999 → 435, 665
40./7.5.1999 → 435–436, 626
41./8.6.1999 → 321, 405, 642
42./10.6.1999 → 335, 405, 642
43./11.6.1999 → 436, 642
44./16.6.1999 → 321, 654
45./17.6.1999 → 626, 642
46./23.6.1999 → 335, 642, 654
47./24.6.1999 → 321, 381, 399, 642
48./25.6.1999 → 413, 436
49./30.6.1999 → 376, 436, 642
50./1.7.1999 → 413, 416
51./1.7.1999 → 724
52./8.9.1999 → 416, 451, 642
53./9.9.1999 → 642
54./15.9.1999 → 665
55./16.9.1999 → 665
56./17.9.1999 → 665
57./29.9.1999 → 642, 654
58./30.9.1999 → 642
59./1.10.1999 →
60./6.10.1999 → 642, 654
61./7.10.1999 → 374, 416, 642
62./27.10.1999 → 642, 654
63./28.10.1999 → 321, 387, 436, 642, 712
64./29.10.1999 → 416, 643
65./3.11.1999 → 643, 655
66./4.11.1999 → 436, 643
67./5.11.1999 → 321
68./10.11.1999 → 643, 655
69./11.11.1999 → 321, 436, 626, 643, 696
70./12.11.1999 → 436–437, 626
71./23.11.1999 → 665
72./24.11.1999 → 437, 665
73./25.11.1999 → 665
74./26.11.1999 → 437, 665
75./1.12.1999 → 643, 655
76./2.12.1999 → 416, 513, 626
77./3.12.1999 → 321
78./15.12.1999 → 530, 643, 655
79./16.12.1999 → 321, 381, 416, 533
80./19.1.2000 → 643, 655
81./20.1.2000 → 381, 391–392, 416, 626, 643
82./21.1.2000 → 375, 720
83./26.1.2000 → 643, 655
84./27.1.2000 → 321, 374, 392, 643
– /27.1.2000 → 450
85./28.1.2000 → 626, 643
86./16.2.2000 → 643
87./17.2.2000 → 416, 530, 626, 643, 697
88./18.2.2000 → 513, 643
89./23.2.2000 → 643, 655
90./24.2.2000 → 416, 626, 643
91./25.2.2000 → 437
92./15.3.2000 → 644, 655
93./16.3.2000 → 335, 437, 626, 644
94./22.3.2000 → 644, 655
95./23.3.2000 → 321, 626, 644
96./24.3.2000 → 437, 531
97./5.4.2000 → 321, 413, 437, 531, 644, 655
98./6.4.2000 → 321, 626, 720
99./13.4.2000 → 352, 370, 399, 437, 697
100./14.4.2000 → 715
101./10.5.2000 → 644, 655
102./11.5.2000 → 321, 358, 644, 715
103./12.5.2000 → 626, 644
104./17.5.2000 → 655
105./18.5.2000 → 359, 437
106./19.5.2000 → 321, 386, 644
107./7.6.2000 → 416, 644, 655
108./8.6.2000 → 321, 374, 388, 437, 644, 809
109./9.6.2000 → 712
110./28.6.2000 → 644, 656
111./29.6.2000 → 321–322, 644
112./30.6.2000 → 416, 644
113./5.7.2000 → 335, 645, 656
114./6.7.2000 → 397, 416, 437, 645
115./7.7.2000 → 645
116./12.9.2000 → 666
117./13.9.2000 → 666
118./14.9.2000 → 666
119./15.9.2000 → 461–462, 467, 666
120./27.9.2000 → 645, 656
121./28.9.2000 → 335, 370, 413, 416, 645
122./29.9.2000 → 322, 563, 645
123./11.10.2000 → 416, 645, 656
124./12.10.2000 → 322, 416–417
125./13.10.2000 → 4
126./25.10.2000 → 417, 645
127./26.10.2000 → 322, 375, 392, 645, 698, 721
128./27.10.2000 → 322, 438, 645, 690
129./8.11.2000 → 370, 627, 645, 656
130./9.11.2000 → 322, 627
131./10.11.2000 → 359
132./15.11.2000 → 645, 656
133./16.11.2000 → 340, 367, 627, 645
134./17.11.2000 → 628, 698
135./28.11.2000 → 322, 359, 667
136./29.11.2000 → 438, 667
137./30.11.2000 → 667
138./1.12.2000 → 438, 667
139./6.12.2000 → 645, 656
140./7.12.2000 → 322, 352, 359, 645
141./8.12.2000 → 417
142./17.1.2001 → 645, 656
143./18.1.2001 → 322, 388, 627, 646
144./19.1.2001 → 322
145./24.1.2001 → 646, 656
146./25.1.2001 → 438, 646
147./26.1.2001 → 438
148./7.2.2001 → 646, 656
149./8.2.2001 → 4, 322, 627, 646
150./9.2.2001 → 322, 627–628
151./14.2.2001 → 646, 656
152./15.2.2001 → 335, 350, 360, 627, 646
153./16.2.2001 → 336, 626, 646, 698
154./7.3.2001 → 646, 656
155./8.3.2001 → 627–628, 646
156./9.3.2001 →
157./14.3.2001 → 461, 467, 646
158./15.3.2001 → 417, 628, 646
159./16.3.2001 → 331
160./28.3.2001 → 646, 656
161./29.3.2001 → 438, 627, 646
162./30.3.2001 → 350, 627
163./4.4.2001 → 646, 656
164./5.4.2001 → 331, 438, 627, 646
165./6.4.2001 → 509
166./9.5.2001 → 647, 657
167./10.5.2001 → 531, 627, 647
168./11.5.2001 → 350, 417, 438
169./16.5.2001 → 647, 657
170./17.5.2001 → 322, 627–628, 647, 682
171./18.5.2001 →
172./30.5.2001 → 417, 647, 657
173./31.5.2001 → 417, 647, 721
174./1.6.2001 → 438, 460–461, 466
175./20.6.2001 → 336, 657
176./21.6.2001 → 322, 629, 647
177./22.6.2001 → 345, 388, 438, 628
178./27.6.2001 → 352, 647
179./28.6.2001 → 345, 360, 629, 647
180./29.6.2001 → 322, 336, 628, 691
181./4.7.2001 → 531, 647, 657
182./5.7.2001 → 439, 628, 647, 809
183./6.7.2001 → 322, 629
184./29.8.2001 → 345, 405, 439
185./11.9.2001 → 666
186./12.9.2001 → 322
187./19.9.2001 → 322, 406, 439
188./25.9.2001 →

189./26.9.2001 → 666
190./27.9.2001 → 439, 666
191./10.10.2001 → 647, 657
192./11.10.2001 → 322, 627
193./12.10.2001 →
194./17.10.2001 → 647, 657
195./18.10.2001 → 323, 439, 530, 627–629, 647
196./19.10.2001 →
197./7.11.2001 → 648, 657
198./8.11.2001 → 4, 323, 327, 629, 648, 809
199./9.11.2001 →
200./14.11.2001 → 648, 657
201./15.11.2001 → 375, 627, 648, 721
202./16.11.2001 → 329–330, 346, 439
203./27.11.2001 → 667
204./28.11.2001 → 439, 667
205./29.11.2001 → 667
206./30.11.2001 → 439, 667
207./12.12.2001 → 323, 657
208./13.12.2001 → 388, 439, 530, 629, 648, 713
209./14.12.2001 → 381, 392
210./22.12.2001 → 406, 440
211./23.1.2002 → 648, 657
212./24.1.2002 → 440, 628–629, 648
213./25.1.2002 → 648
214./30.1.2002 → 440, 531, 556
215./31.1.2002 → 360, 629
216./1.2.2002 → 629, 648, 696
217./20.2.2002 → 531, 648, 657, 795
218./21.2.2002 → 380, 627, 648
219./22.2.2002 → 417, 440, 628, 648
220./27.2.2002 → 648, 657
221./28.2.2002 → 366–367, 649, 809
222./1.3.2002 → 336, 440, 530, 628
223./13.3.2002 → 649, 657
224./14.3.2002 → 323, 337, 350, 360, 628
225./15.3.2002 → 323, 374, 630
226./20.3.2002 → 657
227./21.3.2002 → 323, 393, 629
228./22.3.2002 → 323, 440, 530
229./17.4.2002 → 649, 657
230./18.4.2002 → 323, 360, 388, 440, 649
231./19.4.2002 → 649, 721
232./24.4.2002 → 649, 657
233./25.4.2002 → 323, 388, 440, 530
234./26.4.2002 →
235./15.5.2002 → 649, 657
236./16.5.2002 → 323, 332, 346, 440
237./17.5.2002 → 441, 691, 697–698
238./5.6.2002 → 649, 657
239./6.6.2002 → 323, 649
240./7.6.2002 → 441, 699
241./12.6.2002 → 649, 657
242./13.6.2002 → 323, 340, 530–531, 649, 698
243./14.6.2002 → 441, 649, 691
244./26.6.2002 → 649
245./27.6.2002 → 323, 341, 366, 417, 649
246./28.6.2002 → 367, 397, 530, 713
247./3.7.2002 → 413, 417
248./4.7.2002 → 323, 340, 388, 393, 413, 441, 513, 682
249./5.7.2002 → 530
250./25.7.2002 → 323–324, 406
251./29.8.2002 → 406
252./12.9.2002 → 666, 682–683
253./13.9.2002 → 69, 666

15. Wahlperiode (2002-)

1./17.10.2002 → 69, 234, 238, 297
2./22.10.2002 → 277, 296–297
3./23.10.2002 → 442
4./29.10.2002 → 297, 315, 324
5./30.10.2002 → 315, 324, 591, 593
6./31.10.2002 → 315, 324, 337
7./6.11.2002 → 650, 658
8./7.11.2002 → 463, 467, 650
9./13.11.2002 → 650, 658
10./14.11.2002 → 324, 442, 650
11./15.11.2002 → 442
12./3.12.2002 → 666
13./4.12.2002 → 666
14./5.12.2002 → 346, 442, 513, 666
15./18.12.2002 → 650, 658
16./19.12.2002 → 324, 417
17./20.12.2002 → 442, 514
18./15.1.2003 → 650, 658
19./16.1.2003 → 417
20./17.1.2003 →
21./29.1.2003 → 650, 658
22./30.1.2003 →
23./31.1.2003 → 442
24./12.2.2003 → 650
25./13.2.2003 → 324, 383, 442–443, 650
26./14.2.2003 →
27./19.2.2003 → 650, 658
28./20.2.2003 →
29./21.2.2003 → 443
30./12.3.2003 →
31./13.3.2003 → 367
32./14.3.2003 → 324
33./18.3.2003 → 667
34./19.3.2003 → 443, 667
35./20.3.2003 → 417, 667

29 Abkürzungen

Bemerkung: Die Abkürzungen für die Parteien bzw. Fraktionen finden sich in Kap. 1.5

€	–	Euro
A	–	Ausschuss
AA	–	Auswärtiges Amt
a.a.O.	–	am angegebenen Ort
Abg.	–	Abgeordneter(r)
Abl.	–	Ablehnung
Abs.	–	Absatz
Abs.	–	absolut
a.D.	–	außer Dienst
ÄndG	–	Änderungsgesetz
ÄR	–	Ältestenrat
a.F.	–	alte Fassung
AH	–	Abgeordnetenhaus
AK	–	Arbeitskreis der Fraktion
Anl.	–	Anlage
Ann.	–	Annahme
Antr.	–	Antrag
Antw.	–	Antwort
Art.	–	Artikel des Grundgesetzes
Aufl.	–	Auflage
A, Aussch.	–	Ausschuss
B	–	Beilage
B 90/GR	–	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
B 90/DIE GRÜNEN	–	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
BAnz	–	Bundesanzeiger
Bd.	–	Band
Bek.	–	Bekanntmachung
Ber.	–	Bericht
betr.	–	betreffend
BGB	–	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl. I	–	Bundesgesetzblatt Teil 1
BGBl. II	–	Bundesgesetzblatt Teil 2
BHO	–	Bundeshaushaltsordnung
BK	–	Bundeskanzler
BKA	–	Bundeskanzleramt
BM, BMin	–	Bundesminister(-ium)
BPA	–	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
BPräs	–	Bundespräsident
BR, BRat	–	Bundesrat
BRD	–	Bundesrepublik Deutschland
BReg	–	Bundesregierung
BRH	–	Bundesrechnungshof
BT	–	Deutscher Bundestag
BTDir	–	Direktor beim Deutschen Bundestag
BT-Drs.	–	Bundestags-Drucksache
BTPräs.	–	Bundestagspräsident
Bü	–	Bürgerschaft
BVerfG	–	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	–	Entscheidung (auch: Entscheidungssammlung) des Bundesverfassungsgerichts
BWG	–	Bundeswahlgesetz
DDR	–	Deutsche Demokratische Republik
Diss.	–	Dissertation
DM	–	Deutsche Mark
Drs.	–	Drucksache
ebd.	–	ebenda
EG	–	Europäische Gemeinschaft
EGKS	–	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montan-Union)
ehem.	–	ehemalig
Entw.	–	Entwurf
EP	–	Europäisches Parlament
Epl.	–	Einzelplan (im Haushaltsplan)
Erl.	–	Erledigung
EstG	–	Einkommensteuergesetz
e.V.	–	eingetragener Verein
EWG	–	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
(f.)	–	federführend
f.	–	folgende Seite
FB	–	Fachbereich
Fn.	–	Fußnote
Fr	–	Fraktion
Forts.	–	Fortsetzung
Frtl.	–	Fraktionslose(r)
frtl.	–	fraktionslos
FrVst	–	Fraktionsvorstand
FrW	–	Fraktionswechsel
G	–	Gesetz
GBl.	–	Gesetzblatt
gem.	–	gemäß
GESTA	–	Informationssystem „Stand der Gesetzgebung“
GG	–	Grundgesetz
GGÄndG	–	Grundgesetz-Änderungsgesetz

GGO	–	Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien
GO	–	Geschäftsordnung
GO BR	–	Geschäftsordnung des Bundesrates
GOBT	–	Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
GOVA	–	Geschäftsordnung des Vermittlungsausschusses
H	–	Heft
Hrsg.; hrsg.	–	Herausgeber; herausgegeben
i.d.F.d.Bek.	–	in der Fassung der Bekanntmachung
IG	–	Industrie-Gewerkschaft
IPA	–	Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft
i.S.	–	im Sinne
Jg.	–	Jahrgang
Kap.	–	Kapitel (im Haushaltsplan)
lfd.Nr.	–	laufende Nummer
LL	–	Landeslistensitze bzw. –mandate
LT	–	Landtag
MdB	–	Mitglied des Bundestages
MdEP	–	Mitglied des Europäischen Parlaments
MdL	–	Mitglied des Landtages
Mdl. Ber.	–	Mündlicher Bericht
MdPR	–	Mitglied des Parlamentarischen Rates
MdR	–	Mitglied des Reichstages
MdVk	–	Mitglied der Volkskammer der DDR
mdWdGb	–	mit der Wahrnehmung (auch: Weiterführung) der Geschäfte beauftragt
Mill./Mio.	–	Million(en)
MPräs	–	Ministerpräsident
Mrd.	–	Milliarde(n)
n.F., NF	–	neue Fassung; neue Folge
N.N.	–	nomen nescio / nomen nominandum (lateinisch: den Namen weiß ich nicht/ der zu nennende Name)
Nr.	–	Nummer
o.J.	–	ohne Jahr
o.O.	–	ohne Ort
PR	–	Parlamentarischer Rat
Präs	–	Präsident
PStS	–	Parlamentarischer Staatssekretär
Ref.	–	Referat
RGBl.	–	Reichsgesetzblatt
RT	–	Reichstag
RTPräs	–	Reichstagspräsident
s.	–	siehe
S.	–	Seite
SBZ	–	Sowjetische Besatzungszone
Sitz.	–	Sitzung
Sitz.-Nr.	–	Sitzungs-Nummer
sog.	–	so genannt
Sp.	–	Spalte
Std.	–	Stunde(n)
StenBer	–	Stenographischer Bericht/ Plenarprotokoll
StGB	–	Strafgesetzbuch
StS	–	Staatssekretär
stv. Vors.	–	stellvertretender Vorsitzender
Tit.	–	Titel (im Haushaltsplan)
TO	–	Tagesordnung
TOP	–	Tagesordnungspunkt
Tsd.	–	Tausend
Überw.	–	Überweisung
UK	–	Unterkommission
Umdr.	–	Umdruck
VA	–	Vermittlungsausschuss
Verf.	–	Verfassung
vgl.	–	vergleiche
Vors.	–	Vorsitzender
VR	–	Volksrepublik
Vst	–	Vorstand
WEU	–	Westeuropäische Union
WiGBl	–	Gesetzblatt für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet
WK	–	Wahlkreis, Wahlkreissitze bzw. -mandate
WP	–	Wahlperiode
ZDF	–	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	–	Zentralkomitee